

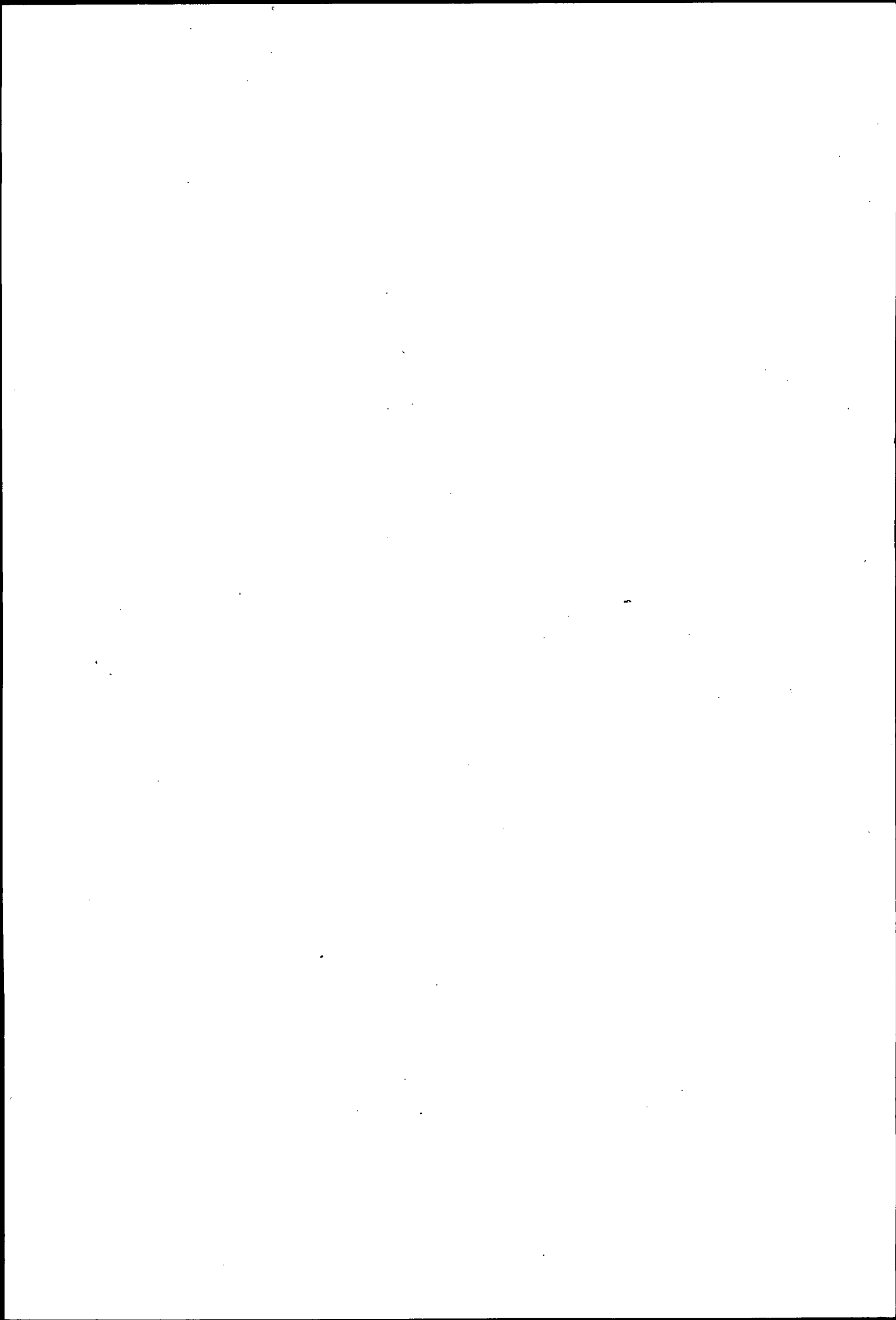
21. FEB. 1973

GP 260

**Statistisches Landesamt**  
Hamburg  
+ BIBLIOTHEK +  
2000 Hamburg 11, Steckelhorn 12

8/14	H/m	1973
1221 - 60		

3, EX



# HAMBURG IN ZAHLEN

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

Jahrgang 1973

## INHALTSVERZEICHNIS

### a) Nach der Heftfolge

	Seite		Seite
<b>Januar-Heft</b>			
Kurzinformationen	1	Kurzinformationen	231
Der Groß- und Außenhandel in Hamburg (HGZ 1968)	3	Geburtenentwicklung und langfristige Tendenzen der allgemeinen Fruchtbarkeit in Hamburg (1972)	233
Die Entwicklung der Tätigen Personen im Raum Hamburg/Umland (1970)	15	Monatszahlen	255
Monatszahlen	19	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1972	263
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	27	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	264
<b>Februar-Heft</b>			
Kurzinformationen	29	<b>August-Heft</b>	
Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Hamburg (HGZ 1968)	31	Kurzinformationen	267
Die Bundestagswahl am 19. November 1972 in Hamburg	37	Wohnabsichten der Hamburger — Vorläufige Ergebnisse der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 —	269
Regionaldaten — Konzeption und Anwendungsmöglichkeiten der Datenbank für Hamburg und das Hamburger Umland	49	Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Bundesgebiet — Typisierung der Trendentwicklung in einzelnen Bereichen — (1972)	272
Monatszahlen	56	Monatszahlen	279
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1972	64	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1972	287
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	65	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	288
<b>März-Heft</b>			
Kurzinformationen	69	<b>September-Heft</b>	
Hamburg als Zentrum des Gartenbaus und des Umschlages von gartenbaulichen Erzeugnissen (1971)	71	Kurzinformationen	291
Hamburg als Wirtschafts- und Kulturzentrum	93	Die bauliche und soziographische Struktur der großen Neubaugebiete in Hamburg (GWZ 1968, VZ 1970)	293
Monatszahlen	104	Die Hamburger Privathaushalte nach Art und Größe sowie ihre Haushaltsvorstände nach Stellung im Beruf und überwiegendem Lebensunterhalt — Ergebnisse der Volkszählung 1970 —	304
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	112	Monatszahlen	330
<b>April-Heft</b>			
Kurzinformationen	113	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1972	338
Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen und seiner Komponenten in den norddeutschen Ländern 1961 bis 1970	115	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	339
Selbstmordhäufigkeit in Hamburg im Regionalvergleich (1971)	123	<b>Oktober-Heft</b>	
Monatszahlen	141	Kurzinformationen	343
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1972	149	Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (II) — Struktur und Entwicklung der Berufseinpender — (VZ 1970)	345
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	150	Das Konzept der Zählung 1975	352
<b>Mai-Heft</b>			
Kurzinformationen	153	Monatszahlen	360
Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1972 in Hamburg	155	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1. Vj. 1973 u. 4. Vj. 1972	368
Grundtendenzen der Bevölkerungsentwicklung in den letzten 50 Jahren	167	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	369
Monatszahlen	185	<b>November-Heft</b>	
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1972	193	Kurzinformationen	371
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	194	Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1950 (1972)	373
<b>Juni-Heft</b>			
Kurzinformationen	197	Monatszahlen	386
Containerverkehr im Hamburger Hafen 1970 bis 1972	199	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1. Vj. 1973 u. 4. Vj. 1972	394
Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (I) — Die Berufspendler nach Herkunftsgebieten — (VZ 1970)	211	Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	395
Monatszahlen	220	<b>Dezember-Heft</b>	
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1972	228	Hamburg im Jahre 1973	399
Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	229	Monatszahlen	422
		Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen in Hamburg und 10 anderen Großstädten des Bundesgebietes 1. Vj. 1973 und 4. Vj. 1972	430
		Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet	431

## b) Alphabetisches Sachregister

(Die vollständigen Titel sind aus dem Verzeichnis nach der Heftfolge zu ersehen)

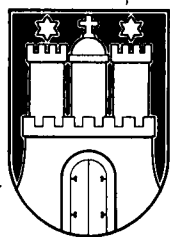
Zeichenerklärung: x = Regionalstatistische Ergebnisse Hamburgs  
xx = Regionalstatistische Ergebnisse für das Umland Hamburg bis 40 km

- Außenhandel, Detailübersicht; Januar S. 3
- Bauliche Struktur der Neubaugebiete; September S. 293  
Beruf der Haushaltsvorstände; September S. 304  
xx Berufspendler; Juni S. 211, Oktober S. 345  
Bevölkerungsentwicklung in 50 Jahren; Mai S. 167  
Bevölkerungsentwicklung seit 1950; November S. 373  
Bruttoinlandsprodukt, Entwicklung in den norddeutschen Ländern 1961 bis 1970; April S. 115  
–, Hamburg und Bundesgebiet; August S. 272  
x Bundestagswahl 1972; Februar S. 37  
–, Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik; Mai S. 155
- Containerverkehr; Juni S. 199
- Demographische Entwicklung Hamburgs 1973; Dezember S. 399
- xx Entwicklung der Berufseinpender; Oktober S. 345  
xx Erwerbstätigkeit; Januar S. 15
- Fruchtbarkeitsmessung; Juli S. 233
- x Gartenbau, Wirtschaftliche Bedeutung; März S. 71  
Gastgewerbe, Umsätze und Erträge; Februar S. 31  
Gebäude- und Wohnungszählung 1968; September S. 293, Oktober S. 352, November S. 373  
Geburten und Fruchtbarkeit; Juli S. 233  
Großhandel, Detailübersicht; Januar S. 3
- Hamburg 1973; Dezember S. 399  
Hafen, Containerverkehr; Juni S. 199  
Handels- und Gaststättenzählung 1968; Januar S. 3, Februar S. 31  
Haushalte, Art und Größe; September S. 304  
Haushaltsvorstände, Beruf und Lebensunterhalt; September S. 304  
xx Herkunftsgebiete der Berufseinpender; Juni S. 211
- Jahresübersicht 1973; Dezember S. 399
- Kulturzentrum Hamburg; März S. 93
- x Landwirtschaft, Gartenbau; März S. 71
- Neubaugebiete, Struktur; September S. 293  
Norddeutsche Länder, Bruttoinlandsprodukt; April S. 115
- xx Pendelbewegung; Juni S. 211, Oktober S. 345  
Privathaushalte, Art und Größe; September S. 304
- xx Regionalstatistik, Berufseinpender; Juni S. 211, Oktober S. 345  
–, Entwicklung der Tätigen Personen; Januar S. 15  
–, Regionaldatei; Februar S. 49  
Regionalvergleich der Selbstmordhäufigkeit; April S. 123  
Repräsentative Wahlstatistik; Mai S. 155
- Selbstmord, Häufigkeit in Hamburg und anderen Großstädten; April S. 123  
Soziographische Struktur der Neubaugebiete; September S. 293  
Stichprobe über Wohnungen 1972; August S. 269  
xx Struktur der Berufseinpender; Oktober S. 345  
Struktur der großen Neubaugebiete; September S. 293
- Typisierung der Trends beim Bruttoinlandsprodukt; August S. 272
- Volkszählung 1970; September S. 293 u. 304
- x Wahl 1972; Februar S. 37, Mai S. 155  
Wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs 1973; Dezember S. 399  
Wirtschaftsentwicklung in den norddeutschen Ländern; April S. 115  
Wirtschaftszentrum Hamburg; März S. 93  
Wohnabsichten; August S. 269  
Wohnungsbau seit 1950; November S. 373
- Zählung 1975, Konzept; Oktober S. 352



# Hamburg in Zahlen

1973



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

## Inhalt

<i>Kurzinformationen</i>	Seite	1
Der Groß- und Außenhandel in Hamburg		3
Die Entwicklung der Tätigen Personen im Raum Hamburg/Umland		15
<i>Monatszahlen</i>		19
<i>Ausgewählte Zahlen für das Bundesgebiet</i>		27

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes  
der Freien und Hansestadt Hamburg

1221/62

21. FEB. 1973  
GP 260

### Zeichenerklärung

- = Zahlenwert genau Null (nichts).
- . = Zahlenwert ist unbekannt, kann aus bestimmten Gründen nicht mitgeteilt werden oder Fragestellung ist nicht zutreffend.
- ... = Zahlenangaben fallen später an.
- 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die in der betreffenden Tabelle gewählte kleinste Stelleneinheit.
- r = berichtigte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- s = geschätzte Zahl.
- \* = Die hiermit versehenen Positionen im ständigen Zahlenspiegel werden von allen Statistischen Landesämtern veröffentlicht.

Statistisches Landesamt  
Hamburg  
← BIBLIOTHEK →

8/14	4/III	1973
1221 / 6A		3.6x

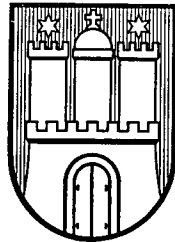
**Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet!**

Verlag und Vertrieb:

Statistisches Landesamt, Hamburg 11, Steckelhorn 12

Druck: Hermann Kampen, Hamburg 1

# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

Januar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

**Vielen Haushalten ist die gegenwärtige Wohnung zu klein**

Nach einer vorläufigen Auszählung der Ergebnisse der 1972 durchgeführten 1%-Wohnungss Stichprobe besteht etwa in jedem fünften der erfaßten Haushalte der Wunsch nach einem Wohnungswechsel in den nächsten fünf bis sechs Jahren. In annähernd 90% der Fälle sucht der ganze Haushalt eine neue Wohnung; bei etwas mehr als 10% sind es nur Teile des Haushalts – etwa erwachsene Kinder – die umziehen möchten.

Unter den Wohnungswünschen ganzer Haushalte ist der Grund für den angestrebten Wechsel bei fast einem Drittel eine zu kleine gegenwärtige Wohnung. Rund 13% dieser Haushalte, die bisher als Untermieter wohnen, streben nach einer eigenen Wohnung bzw. eigenem Haus; bei etwa 10% genügt die jetzige Wohnung ausstattungs-mäßig nicht den Ansprüchen. Die Kündigung durch den Vermieter ist bei jedem 15. der genannten Haushalte der Anlaß für einen Wohnungswunsch. Geräusch- oder Geruchsbelästigung durch Verkehr oder Industrie geben rd. 6% der Haushalte, die sich verändern wollen, als Umzugsmotiv an. Weil die jetzige Wohnung zu groß ist, sucht nur jeder 20. dieser Haushalte eine neue Wohnung.

Hauptsächlich zwei Gründe sind es, die bei den Haushalts-teilen einen Wohnungswunsch auslösen: in fast 45% der Fälle ist es die Eheschließung und bei etwa 40% der Wunsch nach einer eigenen Wohnung bzw. eigener Haus-haltsführung.

**Übergänge auf weiterführende Schulen nehmen weiter zu**

Immer mehr Eltern schicken ihre Kinder auf weiterführende Schulen. Nach den ersten Ergebnissen der Schulstatistik für das laufende Schuljahr sind im Herbst 1972 über 38% aller Schüler der 4. Grundschulklassen in die 5. Klassen der Hamburger staatlichen Gymnasien übergegangen; im Schuljahr zuvor waren dies noch 36%. Die Schülerzahlen aus dem Gesamtschulbereich, für den eine Ermittlung von „Übergängen“ nicht möglich ist, mußten bei dieser Berechnung unberücksichtigt bleiben.

Absolut gesehen haben sich die Zugänge in den Gymnasien allerdings etwas vermindert: Gab es im Herbst 1972 insgesamt nicht ganz 9 100 neue Schüler in den 5. Klassen der gymnasialen Beobachtungsstufe, so waren es im Herbst 1971 mehr als 9 300.

Auch die Realschulen werden relativ stärker in Anspruch genommen. Rund 6 200 oder gut 44% der Schüler aus Klassenstufe 6 der Volksschulen wechselten zu Beginn des Schuljahres 1972/73 auf die staatlichen Realschulen über; im vorangegangenen Schuljahr belief sich die Übergangsquote noch auf knapp 43%.

**Preisanstieg für Bauleistungen schwächt sich ab**

Der Hamburger Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden auf der Basis 1962 = 100 erreichte im Novem-

ber 1972 den Stand von 187,3; gegenüber dem August 1972, dem letzten vorangegangenen Berichtszeitpunkt, lag der Index nur noch um 1,1% höher.

Im Vergleich zu 1962 ist die Errichtung von Wohngebäuden in konventioneller Bauweise damit um fast 90% teurer geworden. Die jährliche Steigerungsrate war dabei durchaus unterschiedlich: Im Durchschnitt der Jahre 1962 bis 1968 betrug sie rd. 3,4%; sie erhöhte sich 1968/69 auf 4,6%, stieg im folgenden Jahr sprunghaft auf 16,6% und schwächte sich 1970/71 auf 12,0% ab. Im vergangenen Jahr belief sich die Steigerungsrate auf 9,7%.

**Ausfuhr der hamburgischen Exporteure nur leicht gestiegen**

In den Monaten Januar bis September 1972 wurden durch hamburgische Exporteure für rd. 6,1 Mrd DM Waren ausgeführt; dies entspricht einer Zunahme von 2% gegenüber den ersten drei Quartalen 1971. In den Vorjahren lagen die jeweiligen Zuwachsraten mit + 9,5% (1970) und + 5,3% (1971) allerdings deutlich höher.

Das fortwährende Absinken der Steigerungsraten deutet auf eine noch immer anhaltende Schwächung des Hamburger Exporthandels in Übersee hin und ist zu einem erheblichen Teil auf Maßnahmen wie DM-Aufwertung, das anschließende Floating sowie die Abwertung des Dollars und einer Reihe anderer Währungen zurückzuführen.

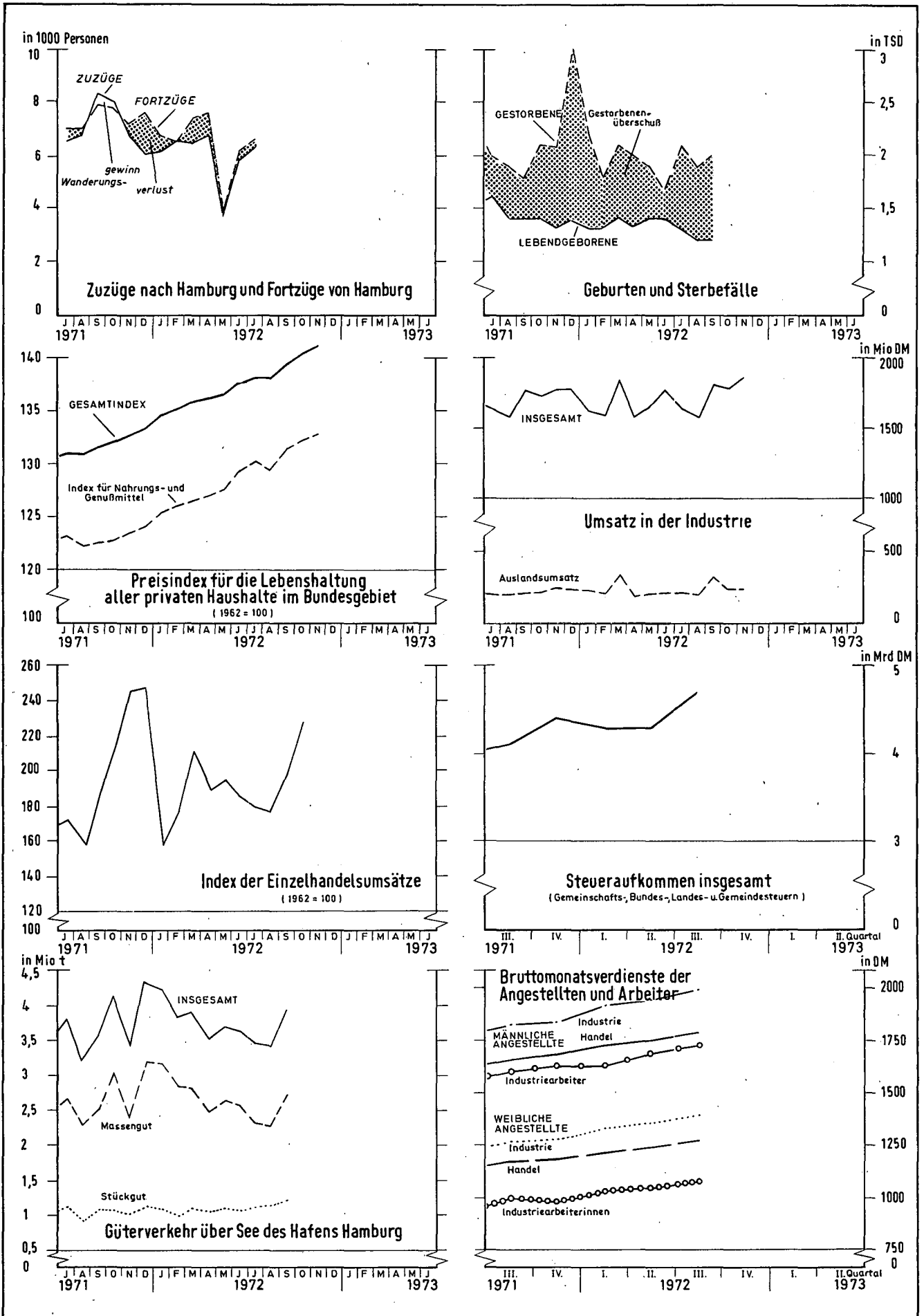
So beruht die Exportsteigerung in diesem Jahr ausschließlich auf einer relativ starken Ausweitung des Europa-Exports (+9,5%), während in Übersee Einbußen um 10% hingenommen werden mußten.

Die Exporte von Waren der gewerblichen Wirtschaft betragen gut 5,0 Mrd DM (+ 3%). Dabei bildeten Maschinen mit einem Ausfuhrwert von 1,0 Mrd DM die wichtigste Gütergruppe. Bedeutend waren auch die Exporte von elektrotechnischen Erzeugnissen, von Fahrzeugen, von chemischen sowie feinmechanischen und optischen Erzeugnissen und Eisenwaren. Auf rd. 1,1 Mrd DM beliefen sich im Berichtszeitraum die Ausfuhr der Ernährungswirtschaft.

**790 000 t Getreide aus Australien**

Mit einem Umschlagsvolumen von rd. 1,1 Mio t in den ersten neun Monaten des Jahres 1972 wurde im Hamburger Hafen ein neuer Höchststand im Australienverkehr erreicht; gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres hat sich der Umschlag damit um mehr als die Hälfte erhöht. Während der Versand von 136 000 t auf rd. 118 000 t zurückging (- 13%), konnte der Empfang um nicht weniger als 380 000 t (+ 66%) gesteigert werden. Dabei waren die mit Abstand höchsten Zunahmen beim Getreideumschlag zu verzeichnen; hier wurde mit knapp 790 000 t ein neues Rekordergebnis erzielt, wobei sich der entsprechende Vorjahreswert fast verdoppelte. Dieser außergewöhnlich starke Anstieg war fast ausschließlich auf den direkten und indirekten Transitverkehr zur DDR zurückzuführen. Steigerungen waren außerdem noch beim Empfang von Stahlabzeug und Ölfrüchten zu verzeichnen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Der Groß- und Außenhandel in Hamburg

Nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1968 gibt es in Hamburg fast 7 000 Unternehmen des Großhandels, die über 78 000 Personen beschäftigen. Damit sind pro Unternehmen durchschnittlich 11 Personen tätig. Ein Anteil von gut einem Drittel aller Beschäftigten ist weiblich. Jeder zehnte ist Teilzeitbeschäftigter, 84 % sind Arbeitnehmer. Jeder zehnte Beschäftigte ist ein im Betrieb tätiger Inhaber. Weniger als 5 % sind Lehrlinge. Jedes fünfte Unternehmen hat 10 und mehr Beschäftigte.

Fast 38 % aller Unternehmen gehen außer dem Großhandel auch noch einer anderen gewerblichen Tätigkeit nach. Von diesen Unternehmen betreiben mehr als die Hälfte Einzelhandel und fast 40 % Handelsvermittlung neben der Großhandelstätigkeit.

Über die Großhandelsunternehmen ging 1967 ein Warenstrom im Werte von rund 28,8 Mrd DM. Davon entfielen über 22 Mrd DM auf die fast 3 000 Unternehmen des Außenhandels, bei denen die Außenhandelsorientierung auf der Einfuhrseite mit 51 % Einfuhranteil am Wareneingang wesentlich größer ist als mit 26 % Ausfuhranteil auf der Umsatzseite. Bei einer Aufgliederung nach Umsatzgrößenklassen ergibt sich eine Konzentration der Unternehmen in den unteren Größenklassen, während die Zahl der umsatzstarken Unternehmen mit steigendem Umsatz allmählich zurückgeht. So erzielten 62 % aller Unternehmen einen Umsatz von weniger als 1 Mio DM; ihr Anteil am gesamten Umsatz liegt bei 4,4 %.

Der Umsatz je Beschäftigten beträgt im Gesamtdurchschnitt rund 380 000 DM und reicht von 137 000 DM beim Handel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen bis zu fast 1,7 Mio DM beim Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren. Ebenfalls eine große Spannweite haben die Werte für den durchschnittlichen Unternehmensumsatz. Unter den Wirtschaftsgruppen liegt der Handel mit Eisen, Erzen, NE-Metallen und Halbzeug mit 15,6 Mio DM an der Spitze; den niedrigsten Wert weist wiederum der Schrotthandel mit knapp 0,8 Mio DM auf. Der Großhandelsdurchschnitt liegt bei 4,4 Mio DM.

Die Rohertragsquote reicht von 2,4 % im Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren bis zu 25,4 % beim Großhandel mit Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren; für den Großhandel insgesamt ergibt sich ein Durchschnitt von 11,6 %.

Im vorliegenden Beitrag werden weitere Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1968 vorgelegt. Bereits erschienen ist ein Aufsatz mit den Eckdaten (Unternehmen, Beschäftigten, Umsatz) aller vier in der Zählung erfaßten Bereiche (Großhandel, Einzelhandel, Handelsvermittlung, Gastgewerbe). Hier stand insbesondere der Vergleich der Zahlen für 1968 und 1960 unter Berücksichtigung der Aufgliederung nach Wirtschaftsgruppen und nach Umsatzgrößenklassen im Vordergrund<sup>1)</sup>. Einzelheiten über die methodischen Grundlagen der Zählung wurden bereits zu einem früheren Zeitpunkt veröffentlicht<sup>2)</sup>. Nach speziellen Beiträgen über die Handelsvermittlung<sup>3)</sup> und über den Einzelhandel<sup>4)</sup> in Hamburg soll im vorliegenden Aufsatz der Großhandel näher beleuchtet werden.

<sup>1)</sup> Siehe „Die Unternehmen des Handels und Gastgewerbes in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, Februar-Heft.

<sup>2)</sup> Siehe „Methoden und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1968“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1970, April-Heft.

<sup>3)</sup> Siehe „Die Handelsvermittlung in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, April-Heft.

<sup>4)</sup> Siehe „Der Einzelhandel in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, September-Heft.

Der Großhandel nimmt in Hamburg im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen und auch im Vergleich zum Großhandel in anderen Bundesländern eine herausragende Stellung ein. Sind hier schon etwas mehr als 6 % aller Großhandelsfirmen der Bundesrepublik ansässig, so erzielen sie sogar fast 12 % des gesamten Großhandelsumsatzes der Bundesrepublik. Dies ist in erster Linie bedingt durch die Funktion als Hafenstadt und damit durch den Zugang zu den Handelswegen und -plätzen in allen Teilen der Welt mit entsprechenden Geschäftsverbindungen. Aus diesem Grunde verstehen sich zahlreiche, in ihrer Geschäftstätigkeit nach außen orientierte Hamburger Handelsfirmen viel eher als „Außenhändler“ denn als Großhändler. Im Sinne der amtlichen Wirtschaftssystematik üben sie jedoch reine Großhandelsfunktion aus. Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß Handelsware in eigenem Namen an Unternehmen abgesetzt wird, die sie weiterverkaufen, weiterverarbeiten oder für betriebliche Zwecke verwenden, also unabhängig vom inländischen oder ausländischen Sitz des Lieferanten oder Abnehmers des Hamburger Händlers.

Die Abgrenzung des Großhandels gegenüber anderen Teilbereichen der Volkswirtschaft erfolgte nach dem Schwerpunkt der einzelnen Unternehmenstätigkeit. Entscheidendes Kriterium war hierfür der erzielte Rohertrag. Danach wurden beim Vorliegen mehrerer gewerblicher Tätigkeiten zum Großhandel alle die Unternehmen gerechnet, bei denen der im Großhandel erzielte Rohertrag größer war, als der aus anderen Tätigkeiten (wie z. B. Handelsvermittlung, Einzelhandel, Herstellung/Reparatur).

Daraus ergibt sich, daß in den vorliegenden Ergebnissen auch Umsätze enthalten sind, die nicht durch Großhandel entstanden, sondern durch Nebentätigkeiten erzielt wurden. Andererseits sind nicht erfaßt die Großhandelsumsätze von schwerpunktmäßig anderen Wirtschaftsbereichen angehörenden Unternehmen. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß in den Angaben für Hamburger Unternehmen die Zahlen für außerhalb Hamburgs gelegene Zweigniederlassungen von hiesigen Unternehmen enthalten sind, während umgekehrt die Hamburger Filialen von auswärtigen Unternehmen unberücksichtigt blieben.

Innerhalb des Großhandels werden die Werkhandelsunternehmen in einigen Tabellen gesondert ausge-

wiesen. Hierbei handelt es sich um eine kleinere Zahl von Unternehmen, die als rechtlich selbständige Vertriebsgesellschaften oder Vertragshändler den Absatz von Unternehmen des produzierenden Gewerbes zentral durchführen. Sie üben damit Großhandelsfunktionen aus und waren daher im Handelszensus berichtspflichtig. Da sich bei diesen Unternehmen die ausgewiesenen Zahlen über das betriebliche Rechnungswesen häufig wesentlich von denjenigen der wirtschaftlich und finanziell unabhängigen Großhandelsunternehmen unterscheiden, werden sie in den entsprechenden Tabellen getrennt dargestellt.

Die Systematik der Wirtschaftszweige sieht für den Großhandel je nach den gehandelten Warenarten 16 Wirtschaftsgruppen mit insgesamt 120 Wirtschaftsklassen vor. Diese breite Untergliederung ist erforderlich, da im Großhandel sowohl Rohstoffe und Halbwaren als auch Fertigwaren umgesetzt und in der Systematik getrennt dargestellt werden. In diesem Beitrag können jedoch nicht alle Wirtschaftsklassen abgehandelt werden. Aus Platzgründen wird auf die 16 Wirtschaftsgruppen zurückgegriffen und in den Fällen auf die Klassen hingewiesen werden, in denen diese besonderen Einfluß auf ein bestimmtes Gruppenergebnis haben.

Tabelle 1

**Die Unternehmen des Großhandels und ihre Beschäftigten in Hamburg am 30. 9. 1968,  
Umsatz, Wareneinsatz sowie Löhne und Gehälter 1967  
nach Wirtschaftsgruppen und ausgewählten Wirtschaftsklassen  
— nur Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr 1967 —**

Wirtschaftsgruppen Wirtschaftsklassen	Unter- nehmen	Beschäf- tigte	Umsatz	Umsatz je Beschäf- tigten	Umsatz je Unter- nehmen	Waren- einsatz <sup>1)</sup>	Roh- ertrags- quote <sup>2)</sup>	Löhne, Gehälter <sup>3)</sup>
	Anzahl		1 000 DM				%	1 000 DM
	1	2	3	4	5	6	7	8
Waren verschiedener Art .....	243	3 694	1 533 094	415	6 309	1 352 814	11,8	44 373
Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere	284	2 524	4 243 552	1 681	14 942	4 142 664	2,4	35 205
Textile Rohstoffe und Halbwaren, Häute	105	814	456 162	560	4 344	418 614	8,2	8 852
Technische Chemikalien und Kautschuk	147	2 598	1 317 204	507	8 961	1 182 711	10,2	37 671
Kohle und Mineralölzeugnisse .....	175	3 906	2 153 384	551	12 305	1 886 780	12,4	57 113
Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug .	86	2 645	1 342 567	508	15 611	1 186 188	11,6	39 008
Holz, Baustoffe und ähnliches .....	338	5 195	968 404	186	2 865	781 603	19,3	64 044
Schrott und sonstige Abfallstoffe .....	269	1 521	207 841	137	773	162 186	22,0	14 155
Nahrungs- und Genußmittel .....	1 697	16 992	9 568 918	563	5 639	8 838 347	7,6	182 639
darunter								
Nahrungs- und Genußmittel								
verschiedener Art <sup>4)</sup> .....	123	3 095	762 282	246	6 197	657 417	13,8	33 202
Gemüse, Obst und Gewürze .....	535	5 266	2 807 959	533	5 249	2 605 092	7,2	61 405
Milcherzeugnisse und Fettwaren ...	99	1 076	2 377 084	2 209	24 011	2 293 991	3,5	11 200
Fleisch und Fleischwaren .....	206	1 345	1 093 475	813	5 308	1 006 892	7,9	14 863
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und								
Schuhe .....	441	3 556	681 858	192	1 546	548 243	19,6	33 004
Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und								
Holzwaren .....	467	4 007	548 232	137	1 174	409 124	25,4	38 463
Elektro- und Optikerzeugnisse, Uhren ..	504	4 634	871 902	188	1 730	722 316	17,2	44 188
Fahrzeuge und Maschinen .....	547	6 474	1 233 503	191	2 255	967 588	21,6	77 303
Technischer und Spezialbedarf								
verschiedener Zweige .....	408	3 148	445 070	141	1 091	353 158	20,7	29 572
Pharmazeutische, kosmetische u. ä.								
Erzeugnisse .....	269	5 563	779 486	140	2 898	608 009	22,0	59 844
Papier, Papierwaren und Druck- erzeugnisse .....	330	3 136	636 751	203	1 930	535 014	16,0	28 759
Großhandel ohne Werkhandels- unternehmen zusammen .....	6 310	70 407	26 987 928	383	4 277	24 095 359	10,7	794 193
Werkhandelsunternehmen .....	130	4 565	1 613 056	353	12 408	1 194 832	25,9	73 476
Großhandel mit Werkhandels- unternehmen insgesamt .....	6 440	74 972	28 600 984	381	4 441	25 290 191	11,6	867 669

<sup>1)</sup> Wareneingang einschließlich Aufwendungen für vergebene Lohnarbeiten plus Warenanfangsbestand minus Warenendbestand

<sup>2)</sup> Umsatz minus Wareneinsatz in % vom Umsatz

<sup>3)</sup> Einschließlich gesetzlicher Sozialaufwendungen

<sup>4)</sup> Ohne ausgeprägten Schwerpunkt

## Große Streuung der betrieblichen Kennziffern

Die Tabelle 1, die die Angaben aus dem Geschäftsbereich nur für die Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr<sup>5)</sup> enthält, erlaubt die Ermittlung und den Vergleich verschiedener betrieblicher Kennzahlen. Im folgenden soll nur auf die gravierendsten Tatbestände hingewiesen werden; dabei wird berücksichtigt, daß einiges über die Anzahl der Unternehmen und der Beschäftigten sowie über den Umsatz schon früher an anderer Stelle<sup>6)</sup> zu den globalen Eckwerten gesagt wurde.

### Nahrungs- und Genußmittelhandel bedeutendster Teilbereich

Auf den ersten Blick fällt sofort der Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln ins Auge, der sowohl nach der Unternehmens- als auch nach der Beschäftigtenzahl sowie nach der Umsatzhöhe alle anderen Wirtschaftsgruppen weit übertrifft. Bei den drei Kennzahlen der Spalten 4, 5 und 7 jedoch (Umsatz je Beschäftigten, Umsatz je Unternehmen und Rohertragsquote), liegen die Werte des gesamten Nahrungs- und Genußmittelhandels durchaus im Rahmen der Angaben für die anderen Wirtschaftsgruppen. Werden jedoch die vier wichtigsten Wirtschaftsklassen dieser Gruppe gesondert betrachtet, so sind für den Großhandel mit Milcherzeugnissen und Fettwaren für die Kennzahlen Umsatz je Beschäftigten und Umsatz je Unternehmen mit Abstand die höchsten, für die Rohertragsquote jedoch fast der niedrigste Wert festzustellen. Hierbei ist noch zu beachten, daß ein bedeutendes Großunternehmen einen erheblichen Teil des Branchenumsatzes erzielt und somit die Durchschnittswerte wesentlich beeinflusst. Dies ist auch in den folgenden Tabellen für die Wirtschaftsgruppe Nahrungs- und Genußmittel zu berücksichtigen.

### Umsatz je Beschäftigten von 137 000 DM bis 1,7 Mio DM

Liegt der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten für den Großhandel insgesamt bei 381 000 DM, so ist er im Großhandel mit Milcherzeugnissen und Fettwaren sechsmal so hoch. Ebenfalls weit überdurchschnittlich liegt der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren, wo fast 1,7 Mio DM je Beschäftigten erzielt werden. Hier gilt allerdings auch, daß ein Großunternehmen das Gruppenergebnis beeinflusst.

Die niedrigsten Werte verzeichnen der Großhandel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen sowie der Großhandel mit Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren, beide mit je 137 000 DM je Beschäftigten. Nur wenig darüber liegt der „Technische und Spezialbedarf verschiedener Zweige“ und der Großhandel mit pharmazeutischen, kosmetischen u. ä. Erzeugnissen, die 141 000 DM bzw. 140 000 DM aufweisen. Die

Mehrzahl der übrigen Gruppen liegen etwa um 200 000 DM oder um 500 000 DM Umsatz je Beschäftigten.

### Umsatz je Unternehmen von 800 000 DM bis 15 Mio DM

Bei der Kennzahl Umsatz je Unternehmen dominieren ebenfalls wieder der Getreide- und Futtermittelhandel mit fast 15 Mio DM und innerhalb des Nahrungs- und Genußmittelhandels der Milch- und Fettwarenhandel. Hinzu kommt noch der Großhandel mit Eisen, Erzen, NE-Metallen und Halbzeug, der mit 15,6 Mio DM bei den Gruppenergebnissen sogar noch die zweite Stelle einnimmt. Die übrigen Gruppen fallen außer dem Kohle- und Mineralölerzeugnishandel mit 12,3 Mio DM weit zurück. Es ergibt sich somit für diese Kennzahl ein recht differenziertes Bild. Nur in einer Branche wird pro Unternehmen für nur weniger als 1 Mio DM umgesetzt, nämlich im Schrotthandel. Hier beträgt der Durchschnittsumsatz je Unternehmen unter 800 000 DM. Dies ist jedoch, wie später noch zu zeigen sein wird, durchaus typisch für diese Branche, in der kleine Unternehmen vorherrschen. Mithin wird deutlich, daß zumeist die Unternehmen mit hohem Unternehmensumsatz auch einen hohen Beschäftigtenumsatz aufweisen, eine Erscheinung, die gar nicht zwangsläufig ist, wenn man beide Kennzahlen z. B. für den Eisen- und Erze-Großhandel oder für „Kohle- und Mineralölerzeugnisse“ berücksichtigt.

### Rohertragsquoten von 2,4 % bis über 25 %

Zu der Rohertragsquote<sup>7)</sup> in Spalte 7 der Tabelle 1 ist eine Erläuterung notwendig, da es nicht zulässig ist, diesen Wert irgendwie in Zusammenhang mit einer Gewinngröße zu bringen. Vielmehr müßten bei einer Gewinnermittlung die verschiedensten Kostengrößen wie z. B. Abschreibungen, Zinsen, Mieten oder Betriebsaufwendungen berücksichtigt werden. In diesem Aufsatz wird jedoch lediglich eine wichtige, aber auch aus erhebungstechnischen Gründen nur aus Umsatz und Wareneinsatz abgeleitete Maßzahl zur Beurteilung der Ertragslage der Unternehmen ausgewiesen. Als Größe für die Wertschöpfung gilt sie ferner als Maßstab für die Eigenleistung eines Bereiches innerhalb der Volkswirtschaft. Die Rohertragsquote<sup>8)</sup> liegt für den Großhandel ohne Werkhandelsunternehmen bei 10,7 %. Die verschiedenen Rohertragsquoten im Großhandel bewegen sich, wie Spalte 7 zeigt, zum Teil recht weit vom Mittelwert weg. So liegt der niedrigste Wert mit 2,4 % beim Getreide- und Futtermittelhandel; der höchste Wert liegt beim Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzhandel. Der Grund für diese breite Streuung ist unter anderem darin zu suchen, daß der Fertigwarenhandel erheblich anlageintensiver ist, als der Rohstoff- und Produktionsverbindungshandel. Dieser macht in zum Teil erheblichem Umfang Streckengeschäfte. Dabei

$$^7) \text{ Rohertragsquote} = \frac{\text{Umsatz} \cdot \text{Wareneinsatz} \cdot 100}{\text{Umsatz}}$$

<sup>8)</sup> Betreiben Unternehmen neben dem Großhandel auch noch Handelsvermittlung, so sind im Umsatz auch die Provisionen aus der Handelsvermittlung enthalten. Da die Provision Ertrag darstellt und nicht Umsatz im eigentlichen Sinne ist, können die Provisionen als Bestandteil des Großhandelsumsatzes diesen in seiner Aussagekraft beeinflussen. In diesem Aufsatz jedoch kann dieser Tatbestand vernachlässigt werden, da die Provisionseinnahmen insgesamt nur 80 Mio DM betragen und damit nicht ins Gewicht fallen.

<sup>5)</sup> Die Zahlen für Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz des Großhandels insgesamt, also einschließlich der Unternehmen mit Rumpfgeschäftsjahr und der Neugründungen, sind der Tabelle 2 zu entnehmen.

<sup>6)</sup> Siehe „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1972, Februar-Heft: a.a.O.

wird die Ware vom Lieferanten des Großhändlers aus direkt dem Kunden angeliefert, ohne ein Lager des Großhändlers zu berühren. Auf diese Weise können die mit der Lagerhaltung verbundenen hohen Kosten (zusätzlicher Personalaufwand, Kapitalbindung) vermieden werden, was sich auch in einer niedrigeren Rohertragsquote ausdrücken kann.

#### Geringere Rohertragsquote bei höherem Umsatz

Betrachtet man nochmals die Spalten 4 und 5 und zieht zum Vergleich die Rohertragsquoten der Spalte 7 hinzu, so erkennt man, daß die Rohertragsquoten sich umgekehrt proportional zu den durchschnittlichen Umsätzen je Beschäftigten und je Unternehmen verhalten. D. h., daß ein Unternehmen relativ um so mehr Rohertrag erwirtschaftet, je niedriger der pro Beschäftigten oder pro Unternehmen erzielte Umsatz ist und umgekehrt. Dabei fällt ferner auf, daß ein gewisser Unterschied besteht zwischen den Wirtschaftsgruppen mit Rohstoffen und Halbwaren einerseits und mit industriellen Fertigprodukten andererseits. Ersterer zeichnet sich darin aus, daß es sich um Massengüter mit geringerem spezifischem Wert handelt. Dagegen wird bei den Gruppen der Fertigwaren, die einen höheren spezifischen Wert haben, auch ein deutlich höherer Rohertrag erzielt. Dadurch wird trotz geringeren Umsatzes das Geschäft in genügendem Maße rentabel. Das eindrucksvollste Beispiel ist hierfür wieder der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren. Hier wird einerseits jeweils der höchste Durchschnittsumsatz, andererseits aber auch mit nur 2,4 % die niedrigste Rohertragsquote erzielt. Mit über 25 % haben unter den Fertigwaren die „Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren“ die höchste Quote dieser Tabelle. Mit jeweils nur geringen Abständen folgen die Gruppen der anderen Fertigwaren, während unter diesen allein die Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel mit 7,6 % Rohertragsquote einen unter dem Großhandelsdurchschnitt liegenden Wert aufweist. Die Werkhandelsunternehmen mit fast 26 % Rohertrag liegen noch über dem genannten Höchstwert, bilden aber eine – wie bereits erwähnt – für den Großhandel nicht typische Kategorie.

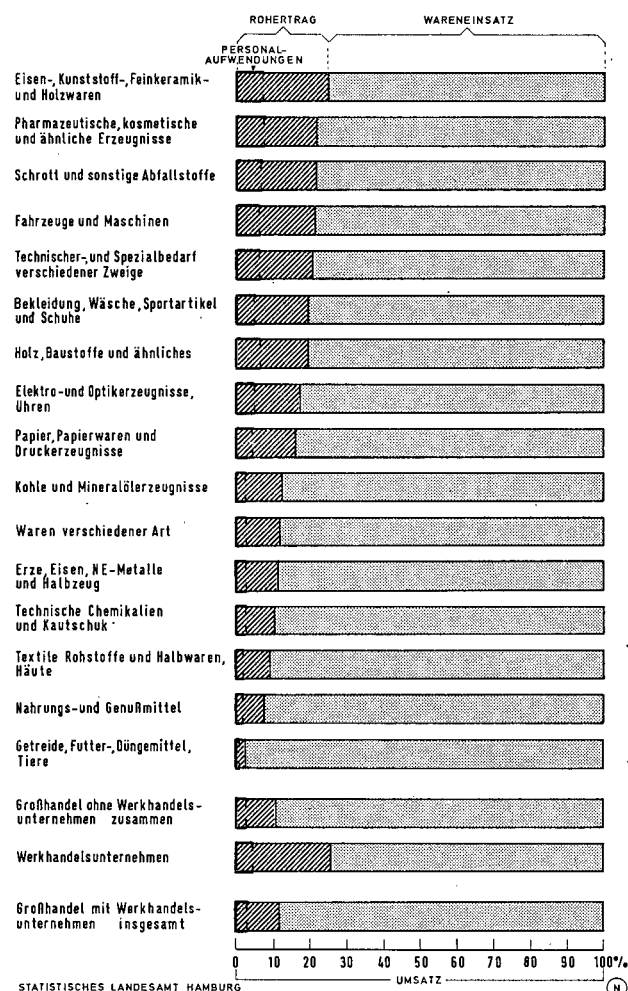
#### 26 % des Rohertrages sind Personalaufwendungen

Die Spalte 8 der Tabelle 1 gibt einen Überblick über die im Jahre 1967 geleisteten Personalaufwendungen. Mit nicht ganz 780 Mio DM wurden 3 % des Umsatzes für Löhne und Gehälter eingesetzt. Eine Berechnung der durchschnittlichen Lohnausgaben je Unternehmen oder je Beschäftigten anhand dieser Tabelle ist nicht sinnvoll. Denn auch im Großhandel gibt es viele Familienbetriebe, die über nur wenige Angestellte verfügen. Dann sind meist Inhaber, Mitinhaber und tätige Familienangehörige die Beschäftigten. Außerdem ist – wie noch zu zeigen sein wird – die Teilzeitbeschäftigung in diesem Dienstleistungssektor stark verbreitet, was in der Spalte 2 nicht berücksichtigt ist.

Das Schaubild 1 zeigt als Ergänzung zu Tabelle 1 in den 10 Wirtschaftsgruppen des Großhandels die Anteile des Wareneinsatzes, des Roher-

Schaubild 1

#### Rohertrag und Personalaufwendungen in % des Umsatzes 1967 von Unternehmen des Großhandels in Hamburg nach Wirtschaftsgruppen



trags und der Personalaufwendungen am Umsatz. Die Personalaufwendungen setzen sich zusammen aus Löhnen, Gehältern und gesetzlichen Sozialaufwendungen und bilden in diesem Dienstleistungsreich einen der wesentlichsten Kostenfaktoren, der in den letzten Jahren erheblichen Steigerungen unterlag. Wenn man feststellt, daß der Anteil der Personalaufwendungen am Umsatz je Wirtschaftsgruppe nicht in jedem Fall bei zunehmendem Rohertrag ebenfalls wächst, sondern vielleicht abnimmt, so ist zu berücksichtigen, daß – wie noch darzulegen sein wird – die Beschäftigtenstruktur sehr unterschiedlich ist. Je nach Wirtschaftsgruppe haben tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige einen verschiedenen hohen Anteil an den Beschäftigten; oder qualifizierte Fachkräfte sind in einem Bereich stärker vertreten als das Verwaltungspersonal besonders großer Unternehmen in einem anderen Bereich.

#### Außenhändler haben mehr Bedeutung als Binnen-großhändler

Für die Tabelle 2 wurden die Unternehmen gegliedert in Unternehmen des Außenhandels einerseits und des Binnengroßhandels andererseits. Als Kriterium für die Unterscheidung diente der Ausfuhranteil



am Umsatz und der Einfuhranteil am Wareneingang. Danach gehören zu den Außenhändlern diejenigen Firmen, bei denen der Anteil der Ausfuhr- und Transit-handelsgeschäfte am Gesamtumsatz 50 % und mehr betragen oder der Anteil der Einfuhren und der Transithandelskäufe am gesamten Wareneingang 50 % und mehr ausmachen. Wenn in der Tabelle 2 in vielen Fällen je Wirtschaftsgruppe die Außenhandelsanteile trotz der erwähnten 50 %-Grenze weit darunter liegen, so liegt das an der Zusammenfassung der Ausfuhr- und der Einfuhrhändler zu einer Position. Vielfach sind diese nämlich jeweils nur entweder auf der Umsatz- oder auf der Wareneingangsseite nach außen orientiert. Die Tabelle 2 gibt nun Aufschluß darüber, wie bedeutend je Wirtschaftsgruppe der Außen- bzw. Binnengroßhandel gemessen an der Zahl der Unternehmen, der Beschäftigtenzahl und der Umsatzhöhe ist.<sup>9)</sup>

Die Gesamtzahlen zeigen das besondere Gepräge der Handelsmetropole Hamburg, das gekennzeichnet ist durch eine sonst nirgends im Bundesgebiet anzutreffende Konzentration des Außenhandels. Nach der Zahl der Unternehmen dominieren zwar die Binnengroßhändler mit ca. 4 000 Unternehmen gegenüber den Außenhändlern mit knapp 3 000 Unternehmen. Aber schon bei der Zahl der Beschäftigten zeigt sich das größere Gewicht der Außenhandelsunternehmen, die um ein Drittel mehr Arbeitskräfte beschäftigen als die Binnengroßhändler. Noch deutlicher überwiegen die Außenhandelsunternehmen gemessen am Umsatz, der hier mehr als dreimal so groß ist wie bei den Binnenhändlern. Dadurch wird die dominierende Funktion Hamburgs als wichtiger Außenhandelsplatz dokumentiert, dessen wirtschaftliche Ausstrahlungskraft weit über die Landesgrenzen hinausreicht.

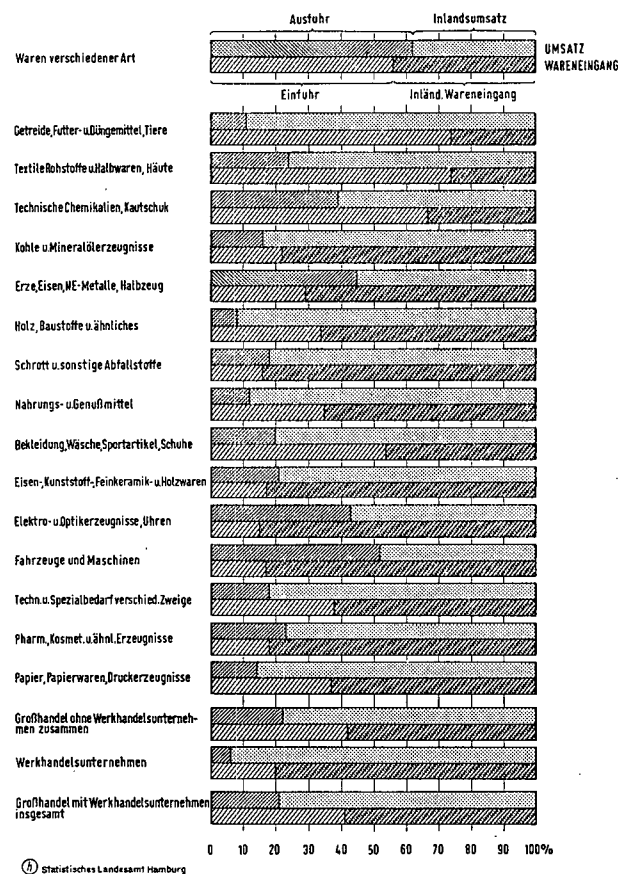
#### Im Außenhandel wird mehr ein- als ausgeführt

Für den Großhandel insgesamt gilt, daß wertmäßig die Außenhandelsorientierung auf der Wareneingangsseite mit 41 % Einfuhren wesentlich größer ist als auf der Umsatzseite mit 21 % Ausfuhren. Aus der Tabelle 2 und Schaubild 2 ist zu ersehen, ob die Firmen einer Wirtschaftsgruppe überhaupt einen nennenswerten Außenhandel betreiben, und wenn ja, in welcher Richtung, auf der Ausfuhr- oder Einfuhrseite, er sich abwickelt. Darüber hinaus erlaubt die Tabelle 2, jeweils den absoluten Wert des Außenhandels zu ermitteln und damit seine Relevanz für den Großhandel insgesamt festzustellen. Denn es ist durchaus denkbar, daß in einer umsatzstarken Branche die Abhängigkeit vom Außenhandel gering ist, daß aber die absolut im Außenhandel erzielten Werte hier höher liegen als in einer stark außenhandelsabhängigen Gruppe von umsatzmäßig geringerer Bedeutung. Im einzelnen zeigen sich recht unterschiedliche Verhältnisse, die teils charakteristisch für die Gruppe sind, teils von einer, innerhalb der Gruppe dominierenden Wirtschaftsklasse herrühren und das Gruppenergebnis beeinflussen.

<sup>9)</sup> Es ist zu beachten, daß hier nicht die gesamten Im- und Exporte aller Hamburger Firmen, sondern nur von Unternehmen mit überwiegender Tätigkeit im Handel aufgeführt werden. Der direkte Im- und Export von Nicht-Handels-Unternehmen, wie z. B. von Industriefirmen, bleibt unberücksichtigt.

Schaubild 2

### Umsatz und Wareneingang 1967 von Unternehmen des Großhandels in Hamburg am 30. 9. 1968 nach Wirtschaftsgruppen, nach Außenhandels- und Binnengroßhandelsumsatz sowie nach Einfuhr und inländischem Wareneingang in %



So sind die Firmen der Gruppe „Waren verschiedener Art“, als einziger Zweig sowohl auf der Umsatz- als auch auf der Wareneingangsseite in starkem Maße nach außen orientiert, während die Händler von Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren nur 11 % ausführen, dagegen aber 74 % Einfuhren verzeichnen. Allerdings stellen die 11 % vom Umsatz in absoluten Werten immerhin fast eine halbe Mrd DM dar. Eindeutig ist jedoch das Übergewicht des hohen Einfuhranteils dieser für eine Hafenstadt wie Hamburg typischen Importwaren. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den „Textilen Rohstoffen, Halbwaren, Häute“ und bei den „Technischen Chemikalien und Kautschuk“ mit eindeutigem Schwerpunkt auf der Einfuhrseite. Dagegen sind der Handel mit Kohle und Mineralölzeugnissen ebenso wie der Handel mit Schrott, mit Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren, mit pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen sowie die Werkhandelsunternehmen überwiegend auf den Binnenmarkt ausgerichtet. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß beim Handel mit Kohle und Mineralölzeugnissen die Ausfuhren in absoluten Werten immerhin fast 360 Mio DM und die Einfuhren sogar fast 440 Mio DM betragen. Die übrigen Wirtschaftsgruppen sind sowohl außen- als auch binnenhandelsorientiert. Besondere Aufmerksamkeit verdient der Großhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln, der durch sein Gewicht im Großhandel insgesamt dominiert. Er ist jedoch auch

Tabelle 2

**Die Unternehmen des Großhandels und ihre Beschäftigten in Hamburg am 30. 9. 1968  
sowie Umsatz und Ausfuhren, Wareneingang und Einfuhren 1967 nach Wirtschaftsgruppen  
und nach Außenhandel und Binnengroßhandel  
— alle erfaßten Unternehmen —**

Wirtschaftsgruppen überwiegende Tätigkeit im Außenhandel Binnengroßhandel	Unter- nehmen	Beschäf- tigte	Umsatz		Wareneingang	
			ins- gesamt	darunter Ausfuhren und Transit- handels- geschäfte	ins- gesamt	darunter Einfuhren und Transit- handels- käufe
	Anzahl		Mio DM	in % von Spalte 3	Mio DM	in % von Spalte 5
	1	2	3	4	5	6
Waren verschiedener Art .....	258	3 713	1 534	62	1 365	56
davon						
Außenhandel .....	213	3 489	1 516	63	1 350	56
Binnengroßhandel .....	45	224	18	9	15	—
Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere .....	310	2 548	4 250	11	4 107	74
davon						
Außenhandel .....	127	1 798	3 681	10	3 566	79
Binnengroßhandel .....	183	750	569	20	541	41
Textile Rohstoffe und Halbwaren, Häute .....	108	871	457	24	422	74
davon						
Außenhandel .....	77	691	416	25	386	81
Binnengroßhandel .....	31	180	41	6	36	1
Technische Chemikalien und Kautschuk .....	156	2 634	1 317	39	1 170	67
davon						
Außenhandel .....	124	2 524	1 300	39	1 158	68
Binnengroßhandel .....	32	110	17	9	12	4
Kohle und Mineralölerzeugnisse .....	191	3 975	2 235	16	1 986	22
davon						
Außenhandel .....	59	2 379	1 623	22	1 449	31
Binnengroßhandel .....	132	1 596	612	0	537	0
Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug .....	91	2 833	1 363	45	1 196	29
davon						
Außenhandel .....	46	2 123	1 248	49	1 100	31
Binnengroßhandel .....	45	710	115	1	96	—
Holz, Baustoffe und ähnliches .....	369	5 392	971	8	781	34
davon						
Außenhandel .....	167	3 004	639	11	518	47
Binnengroßhandel .....	202	2 388	332	1	263	6
Schrott und sonstige Abfallstoffe .....	289	1 564	208	18	163	16
davon						
Außenhandel .....	16	671	148	25	124	22
Binnengroßhandel .....	273	893	60	0	39	—
Nahrungs- und Genußmittel .....	1 813	17 925	9 598	12	8 954	35
davon						
Außenhandel .....	640	9 164	7 108	16	6 713	46
Binnengroßhandel .....	1 173	8 761	2 490	1	2 241	3
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe .....	483	3 745	688	20	545	54
davon						
Außenhandel .....	290	2 898	608	22	483	61
Binnengroßhandel .....	193	847	80	0	62	—
Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren .....	500	4 187	553	21	412	17
davon						
Außenhandel .....	193	2 332	310	37	234	29
Binnengroßhandel .....	307	1 855	243	0	178	—
Elektro- und Optikerzeugnisse, Uhren .....	560	4 937	879	43	736	15
davon						
Außenhandel .....	247	2 248	600	63	513	22
Binnengroßhandel .....	313	2 689	279	2	223	—
Fahrzeuge und Maschinen .....	597	6 779	1 244	52	970	17
davon						
Außenhandel .....	290	4 034	971	65	773	21
Binnengroßhandel .....	307	2 745	273	4	197	0

**Die Unternehmen des Großhandels und ihre Beschäftigten in Hamburg am 30. 9. 1968  
sowie Umsatz und Ausfuhren, Wareneingang und Einfuhren 1967 nach Wirtschaftsgruppen  
und nach Außenhandel und Binnengroßhandel  
— alle erfaßten Unternehmen —**

Wirtschaftsgruppen überwiegende Tätigkeit im Außenhandel Binnengroßhandel	Unter- nehmen	Beschäf- tigte	Umsatz		Wareneingang	
			ins- gesamt	darunter Ausfuhren und Transit- handels- geschäfte	Ins- gesamt	darunter Einfuhren und Transit- handels- käufe
	Anzahl		Mio DM	Spalte 3 in % von	Mio DM	in % von Spalte 5
	1	2	3	4	5	6
Technischer und Spezialbedarf verschiedener Zweige .....	441	3 051	450	18	358	38
davon						
Außenhandel .....	181	1 635	297	25	242	56
Binnengroßhandel .....	260	1 416	153	3	116	0
Pharmazeutische, kosmetische und ähnliche Erzeugnisse ....	299	5 711	781	23	619	18
davon						
Außenhandel .....	116	1 202	296	56	255	43
Binnengroßhandel .....	183	4 509	485	2	364	—
Papier, Papierwaren und Druckerzeugnisse .....	351	3 430	642	14	538	37
davon						
Außenhandel .....	83	2 251	544	16	464	43
Binnengroßhandel .....	268	1 179	98	1	74	—
Großhandel ohne Werkhandelsunternehmen zusammen ....	6 816	73 295	27 171	22	24 320	42
davon						
Außenhandel .....	2 869	42 443	21 305	27	19 327	51
Binnengroßhandel .....	3 947	30 852	5 866	3	4 993	6
Werkhandelsunternehmen .....	150	4 829	1 628	6	1 216	20
davon						
Außenhandel .....	76	2 067	861	11	745	33
Binnengroßhandel .....	74	2 762	767	0	471	0
Großhandel mit Werkhandelsunternehmen insgesamt .....	6 966	78 124	28 799	21	25 536	41
davon						
Außenhandel .....	2 945	44 510	22 166	26	20 072	51
Binnengroßhandel .....	4 021	33 614	6 633	3	5 464	6

hinsichtlich seiner außenwirtschaftlichen Tätigkeit von entscheidender Bedeutung für das Gesamtergebnis. In dieser Gruppe ergeben die nur 12 % Ausfuhren in absoluten Zahlen immerhin 1,1 Mrd DM und die 35 % Einfuhren über 3 Mrd DM. Damit stellt dieser Bereich absolut gesehen die bei weitem höchsten Außenhandelsanteile sowohl auf der Absatz- als auch auf der Bezugsseite. Im einzelnen waren an der Ausfuhr innerhalb dieser Wirtschaftsgruppe am stärksten beteiligt die Branchen „Gemüse, Obst, Früchte, Gewürze“, „Milcherzeugnisse, Fettwaren“, „Kaffee“, die zusammen allein für fast 700 Mio DM Waren ausführten. Auf der Einfuhrseite bezogen zum Teil dieselben Branchen die höchsten Anteile aus dem Ausland. In den Branchen „Gemüse, Obst, Früchte, Gewürze“, „Milcherzeugnisse, Fettwaren“, „Fleisch und -waren“, „Kaffee“ und „Rohkakao“ wurden Waren für fast 2,5 Mrd DM eingeführt.

Bei einer Wirtschaftsgruppe kommt es vor, daß die Unternehmen, die aufgrund ihrer relativen Beiträge zum Außenhandel an ihrem gesamten Umsatz bzw. Wareneingang dem Binnenhandel zugeordnet wurden, absolut gesehen doch eine außenwirtschaftliche Relevanz aufweisen. So wird bei den Binnenhändlern

mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren mit 20 % des Umsatzes immerhin 111 Mio DM Ausfuhr erzielt. Auf der Wareneingangsseite werden mit 41 % sogar 224 Mio DM von außerhalb bezogen. Das entspricht jeweils etwa 2 % der für den gesamten Großhandel geltenden Werte.

*40 % der Unternehmen haben 5 und mehr Beschäftigte*

Die Tabelle 3 veranschaulicht je Wirtschaftsgruppe, wie sich die Zahl der Unternehmen auf verschiedene Beschäftigtenengrößenklassen verteilt. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß zu den Beschäftigten nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige sowie Lehrlinge zu rechnen sind. Was für den Großhandel insgesamt gilt, trifft auch für alle Gruppen zu, nämlich daß die überwiegende Zahl der Unternehmen jeweils in der Beschäftigtengrößenklasse „1 bis 4 Beschäftigte“ liegt. Bis auf 4 Gruppen befinden sich hier sogar jeweils mehr als die Hälfte der Unternehmen. Die Abnahme in der Besetzung zur nächsten Größenklasse ist durchweg sehr stark; von dieser jedoch bis

Tabelle 3

**Die Unternehmen des Großhandels in Hamburg am 30. 9. 1968**  
**nach Wirtschaftsgruppen und Beschäftigtengrößenklassen**  
 – alle erfaßten Unternehmen –

Wirtschaftsgruppen	Anzahl der Unternehmen	Davon mit . . . bis . . . Beschäftigten				
		1-4	5-9	10-19	20-49	50 und mehr
		%				
	1	2	3	4	5	6
Waren verschiedener Art .....	258	45	18	19	11	7
Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere .....	310	71	16	7	2	4
Textile Rohstoffe und Halbwaren, Häute .....	108	57	19	13	10	1
Technische Chemikalien und Kautschuk .....	156	51	17	15	10	7
Kohle und Mineralölerzeugnisse .....	191	49	15	16	10	10
Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug .....	91	39	22	9	15	15
Holz, Baustoffe und ähnliches .....	369	45	17	19	13	6
Schrott und sonstige Abfallstoffe .....	289	79	11	5	3	2
Nahrungs- und Genußmittel .....	1 813	62	20	9	6	3
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe .....	483	65	18	9	6	2
Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren .....	500	61	18	11	8	2
Elektro- und Optikerzeugnisse, Uhren .....	560	61	19	12	5	3
Fahrzeuge und Maschinen .....	597	55	20	12	9	4
Technischer und Spezialbedarf verschiedener Zweige .....	441	64	17	11	6	2
Pharmazeutische, kosmetische und ähnliche Erzeugnisse .....	299	59	15	14	8	4
Papier, Papierwaren und Druckerzeugnisse .....	351	65	17	9	5	4
Großhandel ohne Werkhandelsunternehmen zusammen .....	6 816	60	18	11	7	4
Werkhandelsunternehmen .....	150	38	20	15	14	13
Großhandel mit Werkhandelsunternehmen insgesamt .....	6 966	60	18	11	7	4

zur höchsten Beschäftigtengrößenklasse ist die Abnahme von Spalte zu Spalte verhältnismäßig gering. In drei Wirtschaftsgruppen gibt es sogar mehr Unternehmen mit 10 bis 19 als mit 5 bis 9 Beschäftigten. Schließlich gibt es im Großhandel mit Kohle- und Mineralölerzeugnissen und im Eisen-, Erz-, NE-Metallhandel ebenso viele Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten wie mit 20 bis 49 Beschäftigten.

Bei den beiden Stufen innerhalb des Großhandels – Rohstoffe und Halbwaren einerseits, Fertigwaren andererseits – bestehen in der Unternehmensgröße anhand der Beschäftigtenzahl gewisse Unterschiede. So sind bei den Rohstoffhändlern die prozentualen Anteile der Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten zumeist größer als bei den Fertigwarenhändlern. Bei diesen ist eine stärkere Besetzung der unteren Größenklassen zu erkennen. Bei einer Betrachtung der einzelnen Wirtschaftsgruppen wird festgestellt, daß trotz der Aussage der vorhergehenden globalen Betrachtung beim Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln der relativ zweitgrößte Teil der kleinen Unternehmen vorzufinden ist. Wenn man sich an den hohen Umsatz dieser Gruppe aus Tabelle 1 erinnert, wird die Vermutung nach einem hohen Anteil der Streckengeschäfte in diesem Bereich gestärkt, wodurch wenigen Beschäftigten hohe Umsätze ermöglicht werden. Die Gruppe mit den verhältnismäßig meisten personalstarken Unternehmen ist der Großhandel mit Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug. In der Größenklasse mit 1 bis 4 Beschäftigten liegen hier nur 39% der Unternehmen, in den beiden höchsten Größenklassen hält diese Wirtschaftsgruppe dadurch die relativ stärkste Besetzung. Dieser Wirtschaftsgruppe recht ähnlich ist die Verteilung der Werkhandelsunternehmen auf die Beschäftigtengrößenklassen.

#### Ein Drittel weibliche Beschäftigte

In den Hamburger Unternehmen des Großhandels sind rund 78 000 Personen beschäftigt. Über die Anteile der einzelnen Beschäftigungsarten gibt Tabelle 4 Auskunft. Ebenso wie schon im Einzelhandel entfällt mit mehr als ein Fünftel aller Beschäftigten der größte Teil auf den Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel. Die Vermutung, daß auch im Großhandel der Anteil der weiblichen Beschäftigten bedeutend sein würde, wird bestätigt. Etwas mehr als jede dritte Person ist weiblich. Die Abweichungen für die einzelnen Gruppen vom gesamten Großhandelsdurchschnitt (36%) sind bis auf eine Ausnahme nicht erheblich. Nur im Großhandel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen liegt der Anteil der weiblichen Beschäftigten mit nur knapp 19% weit unter den anderen Werten. Am höchsten ist der Wert im Großhandel mit Textilfertigwaren. Sind mit 6 400 Personen die meisten der weiblichen Beschäftigten im Nahrungs- und Genußmittelhandel zu verzeichnen, so gilt dies auch für die Teilzeitbeschäftigten. Prozentual wird hier etwa der gleiche Wert erreicht wie für den Großhandel insgesamt (10,4%).

Aus den Spalten 6 bis 9 geht jeweils der Beschäftigtenstatus im Unternehmen hervor. So ist fast jeder zehnte Beschäftigte ein im Unternehmen tätiger Inhaber oder Mitinhaber. Dieser Wert wird im Schrotthandel weit übertroffen, wo etwa jeder fünfte Beschäftigte von Inhabern gestellt wird. Wesentlich unter dem Durchschnitt liegt der Großhandel mit Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug sowie der Großhandel mit Kohle und Mineralölerzeugnissen. Im Gegensatz zum Einzelhandel spielt im Großhandel der Beschäftigtenanteil der unbezahlt mithelfen-

Tabelle 4

**Die Beschäftigten der Großhandelsunternehmen in Hamburg am 30. 9. 1968**  
**gegliedert nach Geschlecht, nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb**  
**und nach Wirtschaftsgruppen**  
 — Beschäftigte aller erfaßten Unternehmen —

Wirtschaftsgruppen	Beschäftigte					Von den Beschäftigten insgesamt (Sp. 1) waren			
	insgesamt	und zwar				tätige Inhaber und Mitinhaber	unbezahlte mit-helfende Familienangehörige	Arbeitnehmer	Lehrlinge, Volontäre
		weibliche Beschäftigte		Teilbeschäftigte					
	Anzahl		in % von Sp. 1	Anzahl		in % von Sp. 1	in % von Sp. 1		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Waren verschiedener Art . . . .	3 853	1 516	39,3	443	11,5	7,7	1,0	80,6	10,7
Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere . . . . .	2 628	951	36,2	299	11,4	12,9	2,7	80,0	4,4
Textile Rohstoffe und Halbwaren, Häute . . . . .	871	344	39,5	126	14,5	14,2	1,6	81,1	3,1
Technische Chemikalien und Kautschuk . . . . .	2 775	1 013	36,5	153	5,5	5,7	0,6	89,6	4,1
Kohle und Mineralöl-erzeugnisse . . . . .	4 270	1 336	31,3	301	7,0	4,0	0,6	92,3	3,1
Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug . . . . .	2 890	946	32,7	157	5,4	2,9	0,2	91,1	5,8
Holz, Baustoffe und ähnliches Schrott und sonstige Abfallstoffe . . . . .	5 664	1 559	27,5	505	8,9	7,4	0,9	87,8	3,9
Nahrungs- und Genußmittel . . . . .	1 632	306	18,8	93	5,7	19,4	3,0	76,9	0,7
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe . . . . .	18 025	6 367	35,3	1 856	10,3	11,2	2,4	83,2	3,2
Eisen-, Kunststoff-, Fein-keramik- und Holzwaren . . . . .	3 815	1 798	47,1	531	13,9	12,9	2,0	77,7	7,4
Elektro- und Optikerzeugnisse, Uhren . . . . .	4 254	1 503	35,3	581	13,7	13,4	2,6	78,2	5,8
Fahrzeuge und Maschinen . . . . .	5 794	2 401	41,4	646	11,1	10,5	2,2	80,7	6,6
Technischer und Spezialbedarf verschiedener Zweige . . . . .	8 014	2 392	29,8	759	9,5	8,2	1,3	84,8	5,7
Pharmazeutische, kosmetische u. ä. Erzeugnisse . . . . .	3 097	1 229	39,7	419	13,5	15,8	3,1	78,5	2,6
Papier, Papierwaren und Druckerzeugnisse . . . . .	7 094	3 014	42,5	763	10,8	4,4	0,8	91,5	3,3
Insgesamt . . . . .	3 448	1 572	45,6	454	13,2	11,2	2,2	84,3	2,3
Insgesamt . . . . .	78 124	28 247	36,2	8 086	10,4	9,6	1,7	84,2	4,5

den Familienangehörigen nur eine untergeordnete Rolle. Dagegen stellen die Arbeitnehmer hier einen weit höheren Prozentsatz als im Einzelhandel. Diese Anteile sind umgekehrt proportional zu den Inhaberanteilen, da Zahlen für die Familienangehörigen und Lehrlinge im Vergleich dazu (außer der Wirtschaftsgruppe Waren verschiedener Art) verhältnismäßig niedrig sind.

#### *Umsatzstarke Unternehmen im Rohstoff- und Halbwarengroßhandel*

Die Tabelle 5 zeigt einmal die Verteilung der Unternehmen nach ihrer Umsatzhöhe je Wirtschaftsgruppe und zum anderen den Umsatzanteil der Unternehmen der jeweiligen Größenklasse am Gesamtumsatz der Gruppe. Die Tabelle gibt also ein plastisches Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung der großen und kleinen Unternehmen und erlaubt den Nachweis ihrer Marktanteile innerhalb der Wirtschaftsgruppe. In Spalte 6 ist der Anteil derjenigen Firmen aufgeführt, die für den Befragungszeitraum keinen Umsatz angeben konnten, da das Geschäft neu gegründet wurde. Mit fast 4% (bei Werkhan-

delsunternehmen 6,7%) verdeutlicht der Anteil dieser Firmen eine gewisse Fluktuation im Großhandel. Zunächst ist für den Großhandel insgesamt und die meisten Wirtschaftsgruppen festzustellen, daß die Besetzung der Größenklassen mit steigendem Umsatz abnimmt, während der in den einzelnen Größenklassen erzielte Umsatz mit der Höhe der Umsatzgrößenklasse steigt. Als besonders deutliches Beispiel sei der Großhandel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren angeführt. Danach liegen immerhin 42,2% der Unternehmen dieser Gruppe in der untersten Umsatzgrößenklasse; sie erzielen aber nur 0,3% des gesamten Gruppenumsatzes. In der höchsten Größenklasse liegen dagegen 3,5% der Unternehmen, die jedoch 96,3% vom Gesamtumsatz der Gruppe erbringen.

Könnte bei einer Untersuchung über den Einzelhandel eine ähnliche Verteilung der Unternehmen recht einheitlich über alle Wirtschaftsgruppen beobachtet werden, so sind im Großhandel die Abweichungen je nach Wirtschaftsgruppe doch sehr unterschiedlich. Das genannte Beispiel ist für den gesamten Bereich des Fertigwarenhandels typisch. Auch hier liegen in der untersten Größenklasse jeweils die meisten Un-

Tabelle 5

**Die Unternehmen des Großhandels in Hamburg am 30. 9. 1968 und ihr Umsatz 1967**  
**nach Umsatzgrößenklassen**  
 — alle erfaßten Unternehmen —

Wirtschaftsgruppen	Unter- nehmen	Davon mit einem Umsatz von ... bis unter ... DM					Umsatz	Davon Umsatz von ... bis unter ... DM			
		unter 250 000	250 000 bis 1 Mio	1 Mio bis 5 Mio	5 Mio und mehr	ohne Um- satz- an- gaben		unter 250 000	250 000 bis 1 Mio	1 Mio bis 5 Mio	5 Mio und mehr
	Anzahl	%					Mio DM	%			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Waren verschiedener Art .....	258	21,7	19,8	36,4	17,8	4,3	1 534	0,4	1,9	14,8	82,9
Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere	310	42,3	26,1	15,8	12,3	3,5	4 250	0,3	1,1	2,3	96,3
Textile Rohstoffe und Halbwaren, Häute	108	17,6	23,1	32,4	25,0	1,9	457	0,5	2,9	20,6	76,0
Technische Chemikalien und Kautschuk	156	25,0	19,9	26,3	26,9	1,9	1 318	0,3	1,3	7,6	90,8
Kohle und Mineralölerzeugnisse .....	191	28,8	11,0	25,6	30,9	3,7	2 235	0,2	0,5	4,9	94,4
Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug	91	15,4	16,5	32,9	30,8	4,4	1 363	0,1	0,7	4,7	94,5
Holz, Baustoffe und ähnliches .....	369	23,1	24,9	33,6	14,1	4,3	971	0,9	5,6	32,7	60,8
Schrott und sonstige Abfallstoffe .....	289	72,3	18,0	3,5	2,7	3,5	208	6,7	10,8	12,7	69,8
Nahrungs- und Genußmittel .....	1 813	30,0	27,6	25,5	13,7	3,2	9 598	0,7	2,8	10,9	85,6
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe .....	483	39,1	28,2	20,7	7,2	4,8	688	2,9	10,1	29,8	57,2
Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren .....	500	42,8	30,8	19,8	3,8	2,8	553	3,6	14,8	39,7	41,9
Elektro- und Optikerzeugnisse, Uhren	560	37,9	32,3	20,9	5,0	3,9	879	2,4	10,9	28,4	58,3
Fahrzeuge und Maschinen .....	597	31,8	29,3	26,0	7,4	5,5	1 244	1,8	7,5	28,9	61,8
Technischer und Spezialbedarf verschiedener Zweige .....	441	42,9	32,0	18,1	4,3	2,7	450	4,3	16,7	40,4	38,6
Pharmazeutische, kosmetische u. ä. Erzeugnisse .....	299	42,1	26,1	18,4	9,0	4,4	781	1,5	5,6	16,0	76,9
Papier, Papierwaren und Druck- erzeugnisse .....	351	53,6	25,6	12,8	6,0	2,0	642	2,7	7,1	14,3	75,9
Großhandel ohne Werkhandels- unternehmen zusammen .....	6 816	36,1	26,7	22,7	10,9	3,6	27 171	0,9	3,6	12,9	82,6
Werkhandelsunternehmen .....	150	14,0	25,3	30,0	24,0	6,7	1 628	0,2	1,4	6,4	92,0
Großhandel mit Werkhandels- unternehmen insgesamt .....	6 966	35,6	26,7	22,8	11,2	3,7	28 799	0,9	3,5	12,5	83,1

ternehmen. Dagegen liegen die Schwerpunkte der Besetzung für den Rohstoff- und Halbwarengroßhandel zumeist in der Größenklasse 1 Mio DM bis unter 5 Mio DM, in zwei Gruppen sogar in der nächsthöheren Klasse. Die zweite Ausnahme für diesen Bereich bildet außer dem Getreidehandel noch der Großhandel mit Schrott und sonstigen Abfallstoffen. Hier liegt die mit Abstand relativ stärkste Häufung kleiner Unternehmen mit über 72%. Entsprechend schwach besetzt sind die höheren Größenklassen.

Verteilte sich die stärkste Unternehmenskonzentration je Wirtschaftsgruppe auf unterschiedliche Umsatzgrößenklassen, so liegt — bis auf eine Ausnahme — die stärkste Umsatzkonzentration in der höchsten Größenklasse. Nur im Großhandel mit technischem und Spezialbedarf wird von den 18,1% Unternehmen mit Umsatz zwischen 1 Mio und 5 Mio DM mit 40,4% mehr Umsatz erbracht als von den 4,3% Unternehmen mit 5 Mio DM Umsatz und mehr, die mit 38,6% etwas weniger Umsatz erreichen. Diesen Sachverhalt kann man auch umgekehrt so ausdrücken, daß die unterste Größenklasse allein von der Zahl der Unternehmen von Bedeutung ist, gemessen am für die jeweilige Wirtschaftsgruppe erzielten Umsatzanteile allerdings kein entscheidendes Gewicht hat.

*Jedes fünfte Großhandelsunternehmen betreibt nebenbei Einzelhandel*

In der statistischen Erfassung und wirtschaftssystematischen Zuordnung erscheint immer das Problem der Mehrbereichsunternehmen. Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die nicht nur die gewerbliche Tätigkeit eines Wirtschaftszweiges, z. B. nur Großhandel ausüben, sondern darüber hinaus auch noch andere Tätigkeiten gleichzeitig betreiben. Über die Methode der wirtschaftssystematischen Zuordnung dieser Fälle wurde an anderer Stelle gesprochen<sup>10)</sup>. Hier soll ein Überblick über die am häufigsten vorkommenden Tätigkeitskombinationen gegeben werden.

Für den Großhandel insgesamt ergibt sich, daß mehr als jedes dritte Unternehmen außer dem Verkauf von Waren in eigenem Namen an Wiederverkäufer oder Weiterverarbeiter — so die Definition dieser Tätigkeit in der amtlichen Statistik — auch noch etwas anderes betreibt. Diese zusätzliche Tätigkeit kann z. B. darin bestehen, daß die Ware zwar in eigenem Namen, aber nicht an einen Wiederverkäufer abgesetzt wird, sondern daß der private Letztverbraucher als Kunde angesprochen wird. Es würde dann Einzelhandel be-

<sup>10)</sup> Siehe „Hamburg in Zahlen“, Jg. 1970, April-Heft, a.a.O.

Tabelle 6

**Die Unternehmen des Großhandels und ihre Nebentätigkeiten in Hamburg am 30. 9. 1968**  
**nach Wirtschaftsgruppen**  
 — alle erfaßten Unternehmen —

Wirtschaftsgruppen	Unter- nehmen ins- gesamt	Davon betrieben											
		nur Großhandel		außerdem noch eine oder mehrere gewerbliche Tätigkeiten									
				insgesamt		darunter							
		Einzelhandel				Handels- vermittlung		Herstellung, Reparatur		sonst. gewerb- liche Tätigkeiten			
Anzahl	in % v. Sp. 1	An- zahl	in % v. Sp. 1	An- zahl	in % v. Sp. 4	An- zahl	in % v. Sp. 4	An- zahl	in % v. Sp. 4	An- zahl	in % v. Sp. 4	An- zahl	in % v. Sp. 4
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Waren verschiedener Art .....	260	166	63,8	94	36,2	28	29,8	64	68,1	7	7,4	8	8,5
Getreide, Futter- und Dünge- mittel, Tiere .....	314	239	76,1	75	23,9	45	60,0	19	25,3	17	22,7	10	13,3
Textile Rohstoffe und Halbwaren, Häute .....	108	72	66,7	36	33,3	8	22,2	23	77,8	3	8,3	1	2,8
Technische Chemikalien und Kautschuk .....	161	109	67,7	52	32,3	5	9,6	37	71,2	10	19,2	1	1,9
Kohle und Mineralölzeugnisse Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug .....	201	107	53,2	94	46,8	61	64,9	23	24,5	9	9,6	18	19,1
Holz, Baustoffe und ähnliches ..	381	210	55,1	171	44,9	108	63,2	48	28,1	24	14,0	15	8,8
Schrott und sonstige Abfallstoffe	291	254	87,3	37	12,7	25	67,6	3	8,1	5	13,5	7	18,9
Nahrungs- und Genußmittel ...	1 825	1 301	71,3	524	28,7	324	61,8	160	30,5	59	11,3	21	4,0
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe .....	491	255	51,9	236	48,1	154	65,3	96	40,7	18	7,6	8	3,4
Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren .....	505	267	52,9	238	47,1	125	52,5	83	34,9	64	26,9	7	2,9
Elektro- und Optikerzeugnisse, Uhren .....	576	336	58,3	240	41,7	133	55,4	88	36,7	64	26,7	6	2,5
Fahrzeuge und Maschinen .....	639	281	44,0	358	56,0	141	39,4	185	51,7	150	41,9	25	7,0
Technischer und Spezialbedarf verschiedener Zweige .....	454	266	58,6	188	41,4	80	42,6	96	51,1	53	28,2	6	3,2
Pharmazeutische, kosmetische u. ä. Erzeugnisse .....	310	200	64,5	110	35,5	39	35,5	45	40,9	42	38,2	3	2,7
Papier, Papierwaren und Druck- erzeugnisse .....	356	204	57,3	152	42,7	92	60,5	47	30,9	23	15,1	7	4,6
Insgesamt .....	6 966	4 339	62,3	2 627	37,7	1 371	52,2	1 034	39,4	558	21,2	145	5,5

trieben werden, oder die Ware wird nicht in eigenem, sondern in fremdem Namen verkauft, so daß Handelsvermittlung vorliegen würde. Von nennenswerter Bedeutung könnte schließlich noch Herstellung/Reparatur sein.

Bei einer Gegenüberstellung des Fertigwarengroßhandels mit dem Rohstoff- und Halbwarenhandel wird aus Spalte 5 der Tabelle 6 ersichtlich, daß die sogenannten kombinierten Firmen beim Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren nicht nur absolut, sondern auch relativ weniger vertreten sind als beim Fertigwarenhandel. Es mag daran liegen, daß letzterer aufgrund der Warenarten eher etwas verbrauchernäher orientiert ist.

In beiden Großhandelsbereichen kommt die Kombination mit Einzelhandel in der Mehrzahl der einzelnen Wirtschaftsgruppe am häufigsten vor. Dies liegt daran, daß einmal der Fertigwarenhandel so wieso den Letztverbraucher direkt beliefern kann, daß aber auch in vier Wirtschaftsgruppen des übrigen Großhandels Waren an den Letztverbraucher abgesetzt werden können. So sind es innerhalb der Gruppe „Getreide, Futter- und Düngemittel, Tiere“ die Blumen und Saaten, die an den privaten Abnehmer gegeben werden. Auch Kohle und Mineralölzeugnisse sind für den privaten Verbrauch geeignete Produkte. Bei der Gruppe „Holz, Baustoffe“ werden die verschiedensten, für den Bau notwendigen Materialien von nichtgewerblichen Abnehmern erworben, wie Installationsbedarf, Baustoffe, Kunst-

stoffplatten und Holzhalbwaren. Der Schrotthandel schließlich nimmt eine besondere Stellung ein. Hier ist der Anteil der kombinierten Unternehmen relativ am kleinsten. Die Waren, die hier aufgekauft werden, eignen sich also bei den allermeisten Unternehmen nur zur Weiterverarbeitung. Wenn aber dennoch von den 35 kombinierten Unternehmen 25 Einzelhandel betreiben, dann haben sie sich auf bestimmte Branchen spezialisiert und setzen durchaus auch verwertbare Waren ab.

In sieben Wirtschaftsgruppen wird Handelsvermittlung als Nebentätigkeit relativ am meisten betrieben, dabei allein in vier Gruppen des Rohstoffgroßhandels. In der Kombination mit Großhandel in der Form von Streckengeschäften eignen sich diese vier Branchen besonders gut für das Vermittlergeschäft, da meistens große Warenposten ohne Benutzung eines Lagers direkt weitergeleitet werden. Von nennenswerter Bedeutung sind noch die innerhalb des Großhandels betriebenen Funktionen „Herstellung/Reparatur“ und die sonstigen gewerblichen Tätigkeiten, worunter alle übrigen Funktionen zusammengefaßt sind.

#### *Rechtsform Alleininhaber überwiegt*

Die Rechtsform eines Unternehmens beeinflusst die Höhe des Eigenkapitals und die Haftungsbedingungen und dadurch zugleich die Sicherheit, die den Gläubigern durch die verschiedenen Gesellschafts-

Tabelle 7

**Die Unternehmen des Großhandels und Beschäftigte  
je Unternehmen in Hamburg am 30. 9. 1968  
sowie Umsatz 1967 je Unternehmen nach Rechtsformen**  
— alle erfaßten Unternehmen —

Rechtsformen	Unternehmen		Be- schäf- tigte	Um- satz
	je Unternehmen			
	An- zahl	%	An- zahl	1 000 DM
	1	2	3	4
Nur eine Person als Inhaber .	4 035	57,9	4,9	1 133
Mehrere Personen				
als Inhaber <sup>1)</sup> .....	190	2,7	6,2	1 082
Offene Handelsgesellschaft ..	829	11,9	15,2	4 472
Kommanditgesellschaft <sup>2)</sup> ....	1 078	15,5	24,4	9 453
Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	797	11,5	18,7	11 442
Aktiengesellschaft <sup>3)</sup> .....	13	0,2	143,1	28 494
Eingetragene Genossenschaft	21	0,3	79,2	29 951
Sonstige Rechtsformen .....	3	0	1,3	814
Insgesamt .....	6 966	100	11,2	4 134

<sup>1)</sup> Jedoch nicht in einer der nachstehend genannten Gesellschaftsformen

<sup>2)</sup> auch GmbH & Co KG

<sup>3)</sup> auch KG auf Aktien

formen in unterschiedlichem Ausmaß gewährt wird. Von den fast 7 000 Unternehmen hatten knapp 60 % nur einen Inhaber (Tabelle 7). Hier wurden bei fast fünf Beschäftigten je Unternehmen durchschnittlich 1,1 Mio DM Umsatz erzielt. Die nächste Rechtsform mit mehreren Personen als Inhaber ist verhältnismäßig gering besetzt. Dagegen bilden die Rechtsformen OHG und KG rund 28 % aller Firmen. Insgesamt wurden 88 % der Firmen als Personengesellschaft geführt. Auf die Kapitalgesellschaften entfielen knapp 12 %, wobei es sich fast nur um Gesellschaften mit beschränkter Haftung handelt. Die Kapitalgesellschaften und die Genossenschaften erreichen für die Durchschnittszahlen Umsatz je Unter-

nehmen wesentlich, zum Teil um ein mehrfaches höhere Werte, für die Relation Beschäftigte je Unternehmen zum Teil wesentlich höhere Werte als die Personengesellschaften.

#### Vergleich Unternehmen - Arbeitsstätten

Bei einem Vergleich der Großhandelswerte für Unternehmen und Arbeitsstätten ist zu beachten, daß Hamburger Unternehmen auch außerhalb Hamburgs gelegene Zweigniederlassungen unterhalten; deren Beschäftigte und Umsatz müssen bei einer Ermittlung des Hamburger Ergebnisses auf Arbeitsstättenbasis selbstverständlich dem jeweiligen Sitz der Zweigniederlassung zugerechnet werden. Dementsprechend gibt es umgekehrt in Hamburg Zweigniederlassungen von Nicht-Hamburger Firmen, deren Zahlen in das Hamburger Material einbezogen werden müssen.

Zieht man den Saldo bei dieser Bereinigung, so ergibt sich, daß in Hamburg am 30. 9. 1968 rund 7 300 Arbeitsstätten mit fast 73 000 Beschäftigten existierten, die für das Jahr 1967 einen Umsatz von rund 27 750 Mio DM erzielten. Demgegenüber unterhalten die Hamburger Unternehmen fast 7 900 Arbeitsstätten mit über 78 000 Beschäftigten am 30. 9. 1968, die gut 25 500 Mio DM Umsatz für 1967 erwirtschafteten. Ein Vergleich dieser beiden Zahlenreihen zeigt, daß die Hamburger Unternehmen mehr Arbeitsstätten und Beschäftigte außerhalb Hamburgs unterhalten als umgekehrt. Andererseits setzen die Hamburger Arbeitsstätten von auswärtigen Unternehmen hier mehr um als umgekehrt. Die geschilderten Verhältnisse gelten nicht nur für den Großhandel insgesamt, sondern auch für alle Gruppen. Das bedeutet, daß ein Überwiegen von Unternehmen oder Arbeitsstätten in einer bestimmten Branche bei dieser Betrachtung nicht festgestellt wurde.

Erich Walter



# Die Entwicklung der Tätigen Personen im Raum Hamburg / Umland

Eine kurze Betrachtung der Tätigen Personen des Verflechtungsraumes Hamburg (definiert als Hamburg plus sechs benachbarte Landkreise: Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hzgt. Lauenburg, Harburg und Stade) zeigt, daß Hamburg bzw. die in ihren Ergebnissen wesentlich von Hamburg bestimmte Region gekennzeichnet sind durch eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsquote und überdurchschnittlich große Anteile der im tertiären Sektor, also im Dienstleistungsbereich tätigen Personen. Das unterstreicht zugleich die überregionalen Funktionen Hamburgs in diesem Bereich. Demgegenüber zeigen der sekundäre Sektor und die Industriebeschäftigten für Hamburg und den Gesamttraum eine rückläufige bzw. stagnierende Tendenz, die auch durch das erhebliche Wachstum dieses Bereiches in den Hamburger Nachbarkreisen (mitbestimmt durch Betriebsverlagerungen aus Hamburg in das Umland) nicht aufgehoben wird. Innerhalb der Region führt das zu einem stärkeren Gewicht des Umlandes (1971 waren bereits 26% der Industriebeschäftigten der Region in den sechs Nachbarkreisen tätig) mit der Konsequenz, daß bei regionalpolitischen Analysen für Hamburg in zunehmendem Maße auch das Umland berücksichtigt werden muß.

Die folgende kurze Darstellung soll einige Entwicklungen der Tätigen Personen<sup>1)</sup> im Verflechtungsraum Hamburg/Umland zwischen den beiden Großzählungen vom 6. 6. 1961 und 27. 5. 1970 aufzeigen. Der Verflechtungsraum Hamburg/Umland wird dabei definiert als Hamburg zuzüglich vier schleswig-holsteinische und zwei niedersächsische Nachbarkreise (Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hzgt. Lauenburg; Harburg und Stade). Gerade bei Vergleichen mit dem Bundesgebiet ist es vielfach zweckmäßiger, von einem Verflechtungsraum auszugehen, weil sich in einem solchen die Zufälligkeiten administrativer Grenzen weniger verzerrend auswirken. Als Indiz für die Brauchbarkeit der gewählten Abgrenzung diene in diesem Fall die Abweichung zwischen Tätigen Personen und Erwerbspersonen, d. h. der Berufspendlerausgleich. In der hier gewählten Abgrenzung beträgt diese Abweichung 1970 nur noch etwa 3%, für Hamburg allein liegt diese Differenz bei etwa 18%:

	Tätige Personen	Erwerbspersonen
Hamburg	977 600	827 700
Raum Hamburg/Umland	1 288 800	1 250 100

Bemerkenswert ist zunächst der generelle Rückgang der Erwerbsquote zwischen den beiden Großzählungen sowie die Tatsache, daß sowohl Hamburg als auch der Raum Hamburg/Umland eine höhere Erwerbsquote aufweisen und vom Rückgang geringer betroffen sind als das Bundesgebiet:

<sup>1)</sup> Die „Tätigen Personen“ der Arbeitsstättenzählung 1970 entsprechen den „Beschäftigten“ der Arbeitsstättenzählung 1961; im folgenden wurden im Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ anstelle der AZ-Daten die Volkszählungsdaten (Erwerbstätige/Erwerbspersonen) verwendet.

## Übersicht 1

### Entwicklung der Erwerbsquoten 1961 bis 1970

Erwerbsquoten	1961	1970	Veränderung 1970 gegenüber 1961
	in %		
	1	2	3
Hamburg .....	48,7	46,1	— 2,6
2 niedersächsische Umlandkreise .....	46,3	43,0	— 3,3
4 schleswig-holsteinische Umlandkreise ....	44,7	42,9	— 1,8
6 Umlandkreise zusammen	45,2	43,0	— 2,2
Raum Hamburg/Umland .	47,6	45,0	— 2,6
Bundesgebiet .....	47,2	43,7	— 3,5

Dabei fällt zugleich — allerdings mitbedingt durch die Gebietsreform — eine gewisse Angleichung auf: Betrug 1961 die Differenz zwischen der höchsten und der niedrigsten Erwerbsquote in den sechs Umlandkreisen noch 4,2 Punkte, so ging die Differenz 1970 auf 3,2 Punkte zurück, und zwar zwischen Kreis Pinneberg mit einer Erwerbsquote von 44,3% und Kreis Hzgt. Lauenburg mit 41,1%.

Betrachtet man die Entwicklung der Struktur der Tätigen Personen, so zeigt sich, daß bei etwa gleichgebliebenem Bundesdurchschnitt der Anteil des sekundären Sektors<sup>2)</sup> in Hamburg weiter zurückgegangen ist. Das Gewicht Hamburgs in der

<sup>2)</sup> Die Sektoren sind aus den Wirtschaftsbereichen gebildet, und zwar wie folgt:

Primärer Sektor:	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
Sekundärer Sektor:	Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe
Tertiärer Sektor:	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Dienstleistungen, Organisation ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen.

## Übersicht 2

## Struktur der Tätigen Personen nach Sektoren 1961 bis 1970

Gebiete	Primärer Sektor		Veränderung 1970 gegenüber 1961	Sekundärer Sektor		Veränderung 1970 gegenüber 1961	Tertiärer Sektor		Veränderung 1970 gegenüber 1961
	in %			in %			in %		
	1961	1970	1961	1970	1961	1970			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Hamburg .....	1,3	1,0	— 0,3	40,0	35,2	— 4,8	58,7	63,8	+ 5,1
2 niedersächsische Umlandkreise .....	35,0	21,2	—13,8	27,8	33,1	+ 5,3	37,2	45,7	+ 8,5
4 schleswig-holsteinische Umlandkreise .....	20,7	11,3	— 9,4	42,5	48,1	+ 5,6	36,8	40,6	+ 3,8
6 Umlandkreise zusammen ..	25,3	14,2	—11,1	37,8	43,8	+ 6,0	36,9	42,0	+ 5,1
Raum Hamburg/Umland .....	6,6	4,2	— 2,4	39,6	37,3	— 2,3	53,8	58,5	+ 4,7
Bundesgebiet .....	13,5	7,6	— 5,9	48,7	48,9	+ 0,2	37,8	43,5	+ 5,7

Region bewirkte, daß trotz kräftigen Anstiegs dieses Bereichs in den Umlandkreisen der Anteil des sekundären Sektors auch im Raum Hamburg/Umland noch zurückging. Eine kräftige Zunahme zeigte in allen regionalen Einheiten, ganz besonders aber im Kreis Harburg, der tertiäre Sektor.

Schließlich fällt auf, daß sich die Struktur der Tätigen Personen der vier schleswig-holsteinischen Umlandkreise in starkem Maße dem Bundesdurchschnitt annähert, während bei den niedersächsischen Umlandkreisen trotz erheblicher Entwicklungen auch in diesen beiden Sektoren der Anteil des primären Sektors beträchtlich über, der des sekundären Sektors entsprechend unter dem Bundesdurchschnitt liegt (vergleiche Übersicht 2).

Dieser Unterschied zwischen den schleswig-holsteinischen und den niedersächsischen Umlandkreisen wird noch augenfälliger, wenn man die jeweiligen

Extremwerte in den einzelnen Bereichen gegenüberstellt. So betrug 1970 der Anteil der Tätigen Personen im Bereich (vergleiche Übersicht 3).

In acht der zehn Fälle, vor allem in den sechs Fällen mit den relativ größten Abweichungen stehen positiven Extremwerten in den schleswig-holsteinischen Nachbarkreisen negative im niedersächsischen Umland gegenüber und umgekehrt.

Die Dynamik der Entwicklung, die selbst unter Berücksichtigung der Gebietsveränderungen (vor allem zugunsten Segebergs bzw. zu Lasten Pinnebergs) festzustellen ist, und die strukturelle Angleichung mögen die nachfolgenden Schaubilder 1 und 2 verdeutlichen.

Im Vergleich zwischen dem Raum Hamburg/Umland und dem Bundesgebiet stellt sich der strukturelle Unterschied — wieder gemessen an den Tätigen Personen — vor allem in den Bereichen „Verarbeitendes

## Übersicht 3

## Strukturunterschiede in den sechs Hamburg-Umlandkreisen — jeweilige Extremwerte in % der Tätigen Personen 1970 —

Wirtschaftsbereiche	Höchstwerte		Tiefstwerte	
	1	2	3	4
Verarbeitendes Gewerbe .....	Pinneberg	40,7 %	Stade	20,1 %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei .....	Harburg	22,0 %	Pinneberg	7,9 %
Verkehr- und Nachrichtenübermittlung .....	Stade	6,9 %	Segeberg	2,7 %
Gebietskörperschaften, Soz.-Versicherungen .....	Hzgt. Lauenburg	11,4 %	Harburg	7,4 %
Handel .....	Stade	16,9 %	Hzgt. Lauenburg	13,7 %
Dienstleistungen .....	Harburg	11,4 %	Pinneberg, Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn	8,9 %
Baugewerbe .....	Hzgt. Lauenburg	12,2 %	Stormarn	10,0 %
Organisationen ohne Erwerbscharakter .....	Hzgt. Lauenburg	2,3 %	Pinneberg	0,9 %
Energiewirtschaft .....	Stade	1,1 %	Segeberg	0,3 %
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen .....	Stade	2,2 %	Hzgt. Lauenburg	1,5 %

## Übersicht 4

## Anteil der Tätigen Personen 1970 in % nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche Anteil der Tätigen Personen im Raum Hamburg ...	Hamburg	2 niedersächsische Umlandkreise	4 schleswig-holsteinische Umlandkreise	6 Umlandkreise zusammen	Raum Hamburg/Umland	Bundesgebiet
	1	2	3	4	5	6
<b>Kleiner als Bundesgebiet:</b>						
Verarbeitendes Gewerbe .....	27,5	20,9	37,2	32,4	28,7	39,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	1,0	21,2	11,3	14,2	4,2	7,6
Energiewirtschaft .....	0,8	0,8	0,6	0,7	0,8	1,9
Baugewerbe .....	6,9	11,4	10,4	10,7	7,8	8,1
Organisationen ohne Erwerbscharakter	2,1	1,4	1,7	1,6	2,0	2,2
Insgesamt .....	38,3	55,7	61,2	59,6	43,5	58,8
<b>Größer als Bundesgebiet:</b>						
Handel .....	20,5	16,7	15,2	15,6	19,3	14,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ..	12,7	6,4	3,8	4,5	10,7	5,6
Dienstleistungen .....	13,2	10,1	9,2	9,5	12,3	9,3
Kreditinstitute und Vers.-Unternehmen	4,8	1,9	1,6	1,7	4,0	2,5
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen .....	10,5	9,1	9,1	9,1	10,2	9,7
Insgesamt .....	61,7	44,2	38,9	40,4	56,5	41,3

Gewerbe" und „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" auf der einen Seite, „Handel", „Verkehr und Nachrichtenübermittlung" sowie „Dienstleistungen" auf der anderen Seite dar (siehe vorstehende Übersicht 4).

Aus der Übersicht 4 ergeben sich nicht nur Anhaltspunkte für die funktionale Arbeitsteilung zwischen Hamburg bzw. seiner Region und dem übrigen Bundesgebiet, sondern auch Hinweise darauf, in welchen Bereichen die Umlandkreise im Rahmen des

Schaubild 1

Anteil der Tätigen Personen 1961 und 1970 im Verarbeitenden Gewerbe sowie in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei – Kreise nach jeweiligem Gebietsstand –

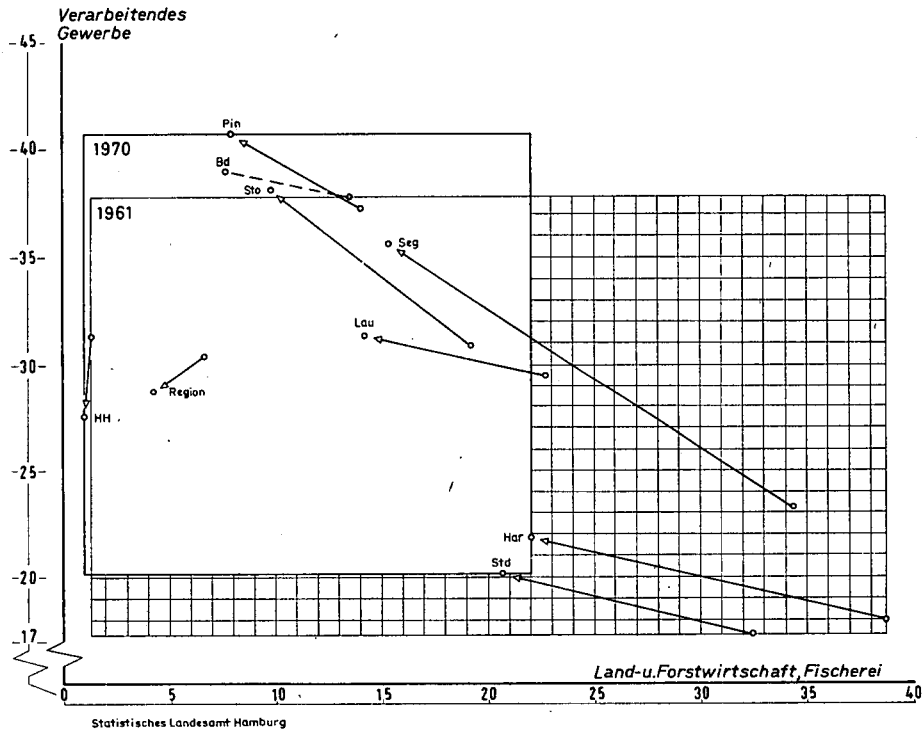
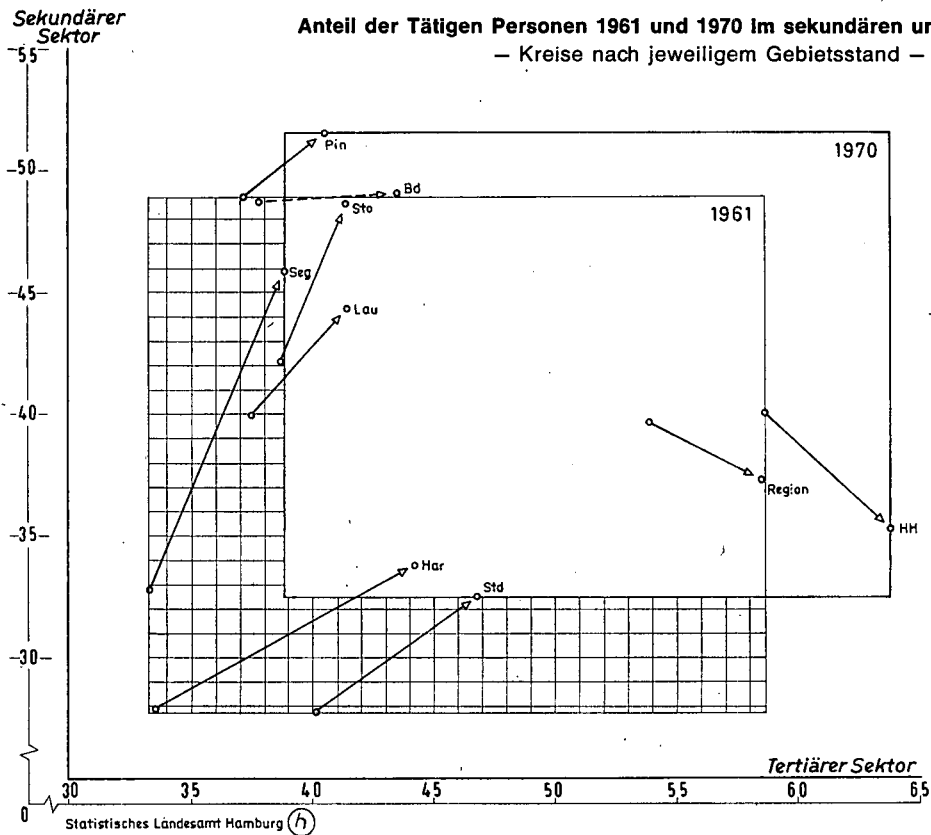


Schaubild 2

Anteil der Tätigen Personen 1961 und 1970 im sekundären und tertiären Sektor – Kreise nach jeweiligem Gebietsstand –



## Übersicht 5

Anteil der tätigen Personen in Hamburg und im Raum Hamburg am Bundesgebiet 1970  
nach 10 Wirtschaftsbereichen in %

Wirtschaftsbereiche	Tätige Personen 1970			Anteil am Bundesgebiet		Anteil der tätigen Personen	
	Hamburg	Raum Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Raum-Hamburg	Anteil der Wohnbevölkerung	
				in %		Hamburg	Raum Hamburg/Umland
1	2	3	4	5	6	7	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei .....	10 130	54 240	1 990 510	0,5	2,7	0,2	0,6
Energiewirtschaft .....	8 070	10 150	496 360	1,6	2,0	0,5	0,4
Verarbeitendes Gewerbe .....	268 660	369 450	10 241 790	2,6	3,6	0,9	0,8
Baugewerbe .....	67 160	100 480	2 117 520	3,2	4,7	1,1	1,0
Handel .....	200 070	248 660	3 723 250	5,4	6,7	1,8	1,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ...	123 780	137 910	1 465 440	8,4	9,4	2,8	2,0
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen .....	46 450	51 790	659 440	7,0	7,9	2,3	1,7
Dienstleistungen .....	129 520	158 990	2 446 130	5,3	6,5	1,8	1,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter .	20 760	25 680	586 050	3,5	4,4	1,2	1,0
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen .....	102 990	131 400	2 560 730	4,0	5,1	1,3	1,1
Insgesamt .....	977 590	1 288 750	26 287 230	3,7	4,9	1,2	1,1
Wohnbevölkerung 1970 .....	1 793 800	2 777 000	60 650 600	3,0	4,6		

Gesamtraumes ein stärkeres Gewicht besitzen; absolut z. B. bei der Land- und Forstwirtschaft und beim Verarbeitenden Gewerbe, relativ ebenfalls bei der Land- und Forstwirtschaft, außerdem aber auch beim Baugewerbe. Die Oberzentrenfunktion Hamburgs dagegen drückt sich etwa bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung, beim Handel und – relativ – bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen besonders aus.

Noch deutlicher zeigen sich die überregionalen Funktionen Hamburgs und – infolge seines Anteils in der Region – auch des Raumes Hamburg/Umland in der vorstehenden Übersicht 5. Hier wurde der Anteil der Tätigen Personen der jeweiligen Bereiche am Bundesgebiet durch den Bevölkerungsanteil Hamburgs bzw. der Region am Bundesgebiet dividiert. Danach dominieren an überregionalen Funktionen Hamburgs bzw. der Region:

Wirtschaftsbereiche	Hamburg	Raum Hamburg/ Umland
	mit ..... Punkten	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,8	2,0
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	2,3	1,7
Handel	1,8	1,5
Dienstleistungen	1,8	1,4
Unterrepräsentiert erscheinen demgegenüber		
Energiewirtschaft	0,5	0,4
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	0,2	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	0,9	0,8

Hinsichtlich der innerregionalen Verflechtung (Rückgang in Hamburg zugunsten der Umlandkreise), zugleich aber auch als Hinweis auf die Auswirkungen der Gebietsreform auf die Kreisergebnisse (vergleiche vor allem die Kreise Segeberg und Pinneberg in den Jahren 1969 und 1971) sei zum Schluß dieser

kurzen Betrachtung die Entwicklung der Industriebeschäftigten dargestellt:

## Übersicht 6

Industriebeschäftigte 1961 bis 1971  
– in 1 000 –

Gebiete	1961	1965	1967	1969	1971
	1	2	3	4	5
Kreise Pinneberg ....	19,4	22,9	23,0	27,2	24,9
„ Segeberg .....	4,8	5,3	5,4	6,1	13,5
„ Stormarn .....	8,8	11,1	13,5	15,8	14,8
„ Hzgt. Lauenburg	33,0	39,3	41,9	49,1	53,2
Umlandkreise in Schleswig-Holstein zusammen ....	9,3	8,9	8,3	8,9	9,3
„ Harburg .....	42,3	48,2	50,2	58,0	62,5
„ Stade .....	2,7	3,5	3,1	3,5	4,0
„ Umlandkreise in Niedersachsen zusammen ....	4,3	5,0	5,4	5,6	5,9
Umland insgesamt ....	7,0	8,5	8,5	9,1	9,9
Hamburg .....	49,3	56,7	58,7	67,1	72,4
Summe Raum Hamburg/Umland .....	234,0	219,5	201,9	209,2	205,2
	283,3	276,2	260,6	276,3	277,6

Hier wird – neben dem konjunkturellen Tief 1967 – das stetige Anwachsen der Industriebeschäftigtenzahl in den Umlandkreisen bei Rückgang der Industriebeschäftigten in Hamburg deutlich. Einem Anstieg von 23 100 Industriebeschäftigten im Umland zwischen 1961 und 1971 steht ein Rückgang von 28 800 in Hamburg gegenüber. Oder anders ausgedrückt: Der Anteil der Industriebeschäftigten der Umlandkreise am Gesamttraum betrug 1961 über 17 %, 1971 bereits 26 %. Angesichts dieses Gewichtes wird es in Zukunft immer mehr erforderlich werden, bei Analysen der hamburgischen Struktur und ihrer Entwicklung, die Gesamtregion mit zu betrachten, um zu sinnvollen Interpretationen gelangen zu können.

Jürgen Weißker

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	762	764,8	765,5	759,0	757,9
Lufttemperatur	°C	8,6	10	12,3	8,9	5,9	5,4
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	75	78	87	86	83
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	2,7	3,8	4
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	5	4,2	7	6
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	593	85	24	74	56
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 501	137	154	37	50
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	91	4	6	16	13
Tage mit Niederschlägen	"	256	227	17	9	23	25
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	...	...	...	...	246,8
" Altona	"	264,3	...	...	...	...	258,8
" Eimsbüttel	"	264,6	...	...	...	...	255,3
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	...	...	...	350,1
" Wandsbek	"	357,5	...	...	...	...	373,2
" Bergedorf	"	82,6	...	...	...	...	94,7
" Harburg	"	199,0	...	...	...	...	205,9
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 788,9	...	...	...	1 784,8
dav. männlich	"	861,9	827,9	...	...	...	826,0
weiblich	"	995,0	961,0	...	...	...	958,8
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	59,8	104,4	115 707	...	...	109,6
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 081	1 140 p	885 p	750 p	821 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,3	...	...	...	5,6 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 470	1 230 p	1 150 p	1 120 p	1 361 r
dar. unehelich	"	143	122	105 p	130 p	95 p	121 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	9,9	...	...	...	9,3 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	8,3	8,5 p	11,2 p	8,4 p	9,0 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 158	2 020 p	2 100 p	2 070 p	2 160
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	33	31 p	20	20 p	23 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,5	...	...	...	14,7 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>9)</sup>	"	17,2	22,6 r	25,2 p	17,4 p	17,9 p	16,2 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 689 r	- 790 p	- 950 p	- 950 p	- 799 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 4,6	...	...	...	- 5,4 r
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 798	...	...	...	6 716
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	7 109	...	...	...	7 172
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 379	- 313	...	...	...	- 456
weiblich	"	- 37	- 113	...	...	...	- 458
weiblich	"	- 342	- 200	...	...	...	+ 2
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 459	...	...	...	15 015
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus Schleswig-Holstein	"	1 542	1 640	...	...	...	1 628
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	835	1 005	...	...	...	984
Niedersachsen	"	1 091	1 045	...	...	...	1 116
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	272	331	...	...	...	354
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 008	1 821	...	...	...	1 686
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	2 290	...	...	...	2 286
b) Fortgezogene nach Schleswig-Holstein	"	2 351	2 665	...	...	...	2 502
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 620	1 964	...	...	...	1 986
Niedersachsen	"	1 268	1 488	...	...	...	1 427
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	525	771	...	...	...	681
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 834	...	...	...	1 847
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	1 122	...	...	...	1 396

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	11 749	11 265	11 307	11 340	11 255	11 302
Pflegetage		273 169	261 148	249 229	271 149	267 035	272 619
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	80,8	78,5	82,5	84,2	84,5
b) Gemeinnützige Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	4 573	4 803	4 690	4 690	4 698	4 811
Pflegetage		123 729	129 072	120 874	131 783	129 122	132 166
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	88,0	85,8	90,1	90,7	91,0
c) Private Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	745	783	803	803	787	783
Pflegetage		19 012	19 745	19 859	23 614	22 443	22 145
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	81,1	84,2	94,3	92,0	90,4
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	885	823	820	820	820	820
Pflegetage		21 274	20 114	19 322	20 285	19 880	19 941
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	81,5	78,5	79,8	80,8	81,0
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	1 084	781	761	781	761	761
Pflegetage		25 626	18 239	16 783	17 557	17 014	17 672
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	65,0	86,0	79,8	80,8	80,9	84,3
<b>3. Krankenhäuser für Geistesranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 743	1 743	1 739	1 739	1 739	1 743
Pflegetage		48 245	44 469	42 652	43 157	43 601	41 967
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	87,3	87,4	86,0	89,3	83,6
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 275	1 292	1 289	1 289	1 289	1 292
Pflegetage		38 084	38 502	37 879	39 210	38 060	38 055
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	98,0	97,8	98,1	98,4	98,2
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 476	1 397	1 422	1 422	1 412	1 397
Pflegetage		43 630	42 171	42 086	42 622	43 093	41 878
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	98,1	97,7	95,7	99,2	99,1
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>4)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	685,7	688,6	688,6	689,7	685,4
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	614,6	625,8	626,1	627,3	617,1
<b>2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	441 521	495 513	543 663	547 318	520 263
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 578	5 573	6 596	7 327	7 339
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>5)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	35 979	34 261	40 320	40 989	44 324
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	12 860	12 290	14 058	16 211	15 672
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl		43 961	59 028	51 596	65 231	55 996	47 541
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>6)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	693,6	685,0	684,9	686,1	693,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	410,3	403,3	402,7	403,8	409,7
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	50,4	48,3	47,8	47,8	50,0
Rentner	"	175,5	232,9	234,2	234,4	234,5	234,0
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	21,8	21,3	22,5	26,2	25,1
dav. männlich	"	17,9	14,9	14,8	15,5	17,9	17,0
weiblich	"	8,8	6,9	6,5	7,0	8,3	8,1

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 290	3 977	4 717	4 969	3 991
dav. männlich	"	2 318	1 789	2 138	2 196	2 719	2 351
weiblich	"	1 092	1 501	1 756	1 781	2 250	1 640
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	42	27	28	27	86
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	34	34	34	28	40
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	59	78	91	105	114
Elektriker	"	24	20	19	42	35	14
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	38	48	55	56	48
Tischler, Modelibauer	"	24	12	12	28	50	11
Drucker	"	44	40	34	36	44	45
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	18	14	13	37	11
Ernährungsberufe	"	75	86	82	92	103	118
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	127	52	144	152	134
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	84	119	130	121	73
Warenkaufleute	"	368	317	386	431	453	317
Verkehrsberufe	"	313	189	240	288	308	268
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	617	951	1 228	1 297	758
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	216	244	260	293	236
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	25 299	19 421	18 042	16 585	20 401
dav. männlich	"	13 014	13 727	10 368	9 880	8 849	10 883
weiblich	"	12 813	11 572	9 053	8 162	7 736	9 518
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	6 402	5 572	5 830	5 329	6 167
dav. männlich	"	4 134	4 841	3 893	4 007	3 733	4 375
weiblich	"	1 707	1 761	1 679	1 823	1 596	1 792
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 705	5 740	5 228	4 075	4 314
dav. männlich	"	9 955	4 876	4 846	4 409	3 387	3 507
weiblich	"	572	1 029	894	819	688	807
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	9 098	10 788	11 747	12 156	10 493
dav. männlich	"	5 512	4 338	5 512	5 951	6 067	5 264
weiblich	"	2 787	4 760	5 276	5 796	6 089	5 229
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	43 490	45 509	.	.	.
weiblich	"	5 157	17 014	18 370	.	.	.
<b>Landwirtschaft und Fischerel</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 596	1 066	1 087	1 134	1 100
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	92,7	93,0	93,0	93,0	93,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	11,2	8,1	8,0	8,6	8,2
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	11 626	10 261	10 927	10 836	11 292
dav. lose	"	3 628	2 282	1 619	1 832	1 773	2 140
in Flaschen	"	-	805	-	-	-	664
in verlorenen Packungen	"	-	8 123	7 971	8 523	8 400	8 042
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"	-	88	139	155	176	109
Ultra-hocherhitzte Milch	"	-	329	332	417	487	337
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	579	375	369	366	364
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,9	6,6	8,0	7,2	12,0
Kälber	"	2,6	1,9	1,0	0,9	0,7	1,5
Schweine	"	47,0	41,1	33,1	37,8	32,4	43,1
Schafe	"	2,7	1,0	1,0	0,9	0,7	1,1
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	9,0	5,9	6,6	6,2	10,4
Kälber	"	2,5	1,8	0,8	0,9	0,7	1,3
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,6	41,8	33,9	38,5	34,2	44,4
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	"	6 229	6 460	5 048	5 714	5 241	7 280
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 277	1 568	1 787	1 652	2 665
Kälber	t	187	160	82	85	60	118
Schweine	"	4 318	3 979	3 369	3 811	3 499	4 447

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 452	1 410	1 150	1 403	1 177
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	205	197	196	196	202
• dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	"	152	130	122	122	121	127
• Geleistete Arbeitsstunden <sup>3)</sup>	"	24 859	20 438	18 546	19 737	19 710	20 468
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	178	182	186	215	196
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	139	153	145	191	163
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	7	4	5	4	7
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	3 577	2 090	2 647	2 852	3 839
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	"	24 621	45 273	56 750	52 635	37
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	62	59	62	66	71
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	149	168	184	189	164
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	"	"	"	"	"
• Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 656	1 808	1 789	1 788	1 768
• dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	"	155	224	331	245	239	481
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	125,3	117,6	127,5 r	135,7 p	129,9
• Verarbeitende Industrie	"	109,0	123,7	115,3	124,8 r	131,0 p	126,7
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	134,1	132,2	146,6 r	149,4 p	136,9
• Investitionsgüterindustrie	"	110,0	133,1	121,2	128,6 r	135,4 p	133,8
• Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	110,3	108,3	106,7 r	114,3 p	112,8
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	107,1	91,5	101,0 r	110,5 p	112,5
• Bauindustrie	"	103,7	126,9	142,5	145,7 r	157,2 p	135,5
• Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 656	1 808	1 789 r	1 788	1 768
• dar. Mineralölverarbeitung	"	215	263	275	319 r	309	273
• Chemische Industrie	"	101	157	169	148 r	148	154
• Elektroindustrie	"	143	205	231	235 r	237	243
• Maschinenbau	"	83	136	131	143 r	138	147
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	13	13	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	603	522	645	778	716
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	64	47	55	64	68
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup></b>				1. Vj. 1972	2. Vj. 1972	3. Vj. 1972	3. Vj. 1971
<b>3. Handwerk (Meßziffern) <sup>10)</sup></b>							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,3	82,6	82,8	82,6	86,0
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	171,5	154,6	174,9	181,0	171,3
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	169,7	144,9	171,1	180,4	168,5
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>11)</sup></b>							
<b>Monatsdurchschnitt</b>							
		1965	1971	September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	45 251	44 369	44 006	...	44 697
• dar. Inhaber	"	1 365	1 240	1 210	1 167	...	1 293
• Angestellte	"	4 684	5 723	5 890	5 882	...	5 817
• Arbeiter <sup>12)</sup>	"	43 102	38 288	37 269	36 957	...	37 587
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 235	6 649	6 969	...	6 545
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 792	2 286	2 278	...	2 184
• gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 768	2 302	2 483	...	2 017
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 675	2 061	2 208	...	2 344
• Löhne (Bruttosumme) <sup>13)</sup>	Mio DM	48,3	69,7	82,9	87	...	70
• Gehälter (Bruttosumme) <sup>14)</sup>	"	5,9	11,8	13,5	13	...	15
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	212,3	213,5	216	...	229
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	51,9	58,8	61	...	54
• gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	70,8	77,8	81	...	62
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	89,6	76,9	74	...	113
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	170	163	247	169	199
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	92	80	80	112	103	79
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	426	322	728	355	515
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	69,8	63,7	148,8	60,1	78,8
• Wohnfläche	1 000 qm	95	88	67	157	78	111
<b>Nichtwohnbauten</b>							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	76	82	62	54	85
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	640	950	491	413	926
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	65,7	191,5	67,9	50,8	108,7
• Nutzfläche	1 000 qm	73	96	170	83	87	129
<b>Wohnungen</b>							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 242	948	2 056	1 032	1 514

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung, ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.



### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	174	191	219	160	264
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	445	414	569	382	834
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	68,8	79,8	110,8	75,3	123,3
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	70	81	52	51	95
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	564	845	447	263	687
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	55,4	188,8	64,2	29,7	77,6
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 140	1 299	1 198	1 573	1 130	2 597
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)							
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	191	165	149	222	154
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	117	66	106	107	76
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	382	415	299	604	394
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	52,7	65,3	50,8	99,0	55,1
Wohnfläche	1 000 qm	98	78	89	59	127	81
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	77	65	53	60	64
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	561	330	250	232	696
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	50,5	38,9	39,6	21,5	66,2 r
Nutzfläche	1 000 qm	69	92	70	56	52	97
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 438	1 139	1 261	777	1 744	1 085
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)		988	547	770	208	756	640
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert							
<b>5. Bauüberhang</b>							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 358	19 600	20 400	19 800	19 500
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 804	3 900	4 300	4 200	4 700
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	185	186	186	186	184
Wohnungen	"	636	711	716	717	718	705
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 655	2 674	2 677	2 682	2 634
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	189	197	228	...	246
dar. Warenhäuser	"	130	270	267	294	...	348
Facheinzelhandel	"	120	158	160	170	...	179
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	..	168	..	..	..	169
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	..	169	..	..	..	171
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	..	164	..	..	..	166
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	161 713	..	..	..	165 681
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	211 030	..	..	..	224 122
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
dav. Waren der	Mio DM	212	307	283	483	...	292
Ernährungswirtschaft	"	17	33	32	42	...	26
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	274	251	441	...	266
dav. Rohstoffe	"	2	3	2	2	...	2
Halbwaren	"	50	64	59	68	...	59
Fertigwaren	"	143	207	190	371	...	205
dav. Vorerzeugnisse	"	9	19	20	29	...	18
Enderzeugnisse	"	134	188	170	342	...	187
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	220	203	357	...	215
dar. EWG-Länder	"	65	90	89	119	...	85
EFTA-Länder	"	87	86	85	201	...	77

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. - \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. - \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. - \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	.	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	118	133	130	...	114
dar. von Auslandsgästen	.	42	41	48	44	...	32
* Fremdenübernachtungen	.	232	234	257	251	...	220
dar. von Auslandsgästen	.	90	79	96	88	...	65
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 552	1 653	1 616	p	1 382
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 601	1 730	1 668	p	1 526
Abgegangene Schiffe	.	.	.	.	.	.	.
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 440	r	3 925	r	4 055
dav. Empfang	.	2 229	2 684	r	2 910	r	3 116
dav. Massengut	.	1 634	2 110	r	2 283	p	2 507
dar. Mineralöle	.	868	1 193	r	1 414	r	1 521
Kohle	.	192	59	r	161	r	166
Getreide	.	180	343	r	64	r	216
Sack- und Stückgut	.	595	574	r	627	p	609
Versand	.	713	756	r	1 015	p	939
dav. Massengut	.	292	310	r	431	p	414
Sack- und Stückgut	.	421	446	r	584	p	525
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
* Gütereingang	1 000 t	340	402	412	451	406	392
* Güterversand	.	309	480	363	413	457	479
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 960	r	3 371	p	2 486
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	2 953	r	3 370	p	2 486
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	138,3	r	167,6	p	118,5
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	138,0	r	175,1	p	117,2
Angekommene Fracht	t	578	1 122	r	1 269	p	1 836
Abgegangene Fracht	.	587	1 207	r	1 011	p	1 068
Angekommene Post	.	185	278	r	383	p	350
Abgegangene Post	.	229	351	r	384	p	424
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 546	10 705	...	...	12 380
Hoch- u. U-Bahn	.	13 705	15 823	14 657	16 461	...	16 761
Straßenbahn	.	9 438	4 696	4 011	4 479	...	4 789
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	13 360	13 344	14 964	...	14 769
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 451	2 471	2 808	...	2 685
Private Kraftomnibusse	.	301	275	397	310	...	225
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	1 000	352,2	479,2	478,4	479,3	480,3	479,6
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	.	310,8	432,5	430,9	431,5	432,4	432,9
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	6 263	4 522	5 652	...	4 865
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	.	4 632	5 673	4 057	5 052	...	4 338
Lastkraftwagen	.	362	477	368	529	...	455
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
* Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	Anzahl	859	1 058	1 057	1 131	1 234	1 208
* Getötete Personen	.	26	27	28	29	45	33
* Verletzte Personen	.	1 106	1 405	1 443	1 485	1 586	1 548

<sup>1)</sup> ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Transit. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Berinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen *) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
	Mio DM						
• Kredite an Nichtbanken			28 143,1	32 484,5	32 775,0	33 438,7	29 429,1
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)			8 705,1	10 031,6	10 079,2	10 537,1	9 022,6
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen			8 604,6	9 860,2	9 909,5	10 373,3	8 966,7
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren *)			4 452,7	5 052,8	5 162,5	5 224,9	4 771,9
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen			4 008,9	4 592,6	4 706,7	4 775,4	4 352,7
• Langfristige Kredite *) (von 4 Jahren und darüber)			14 985,3	17 400,1	17 533,3	17 676,7	15 634,6
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen			13 248,9	15 485,5	15 611,5	15 763,0	13 837,7
• dar. Durchlaufende Kredite			637,5	681,1	672,8	677,4	618,5
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			18 559,3	21 443,2	21 724,5	22 160,8	19 201,8
• dav. Sicht- und Termingelder			10 451,2	12 224,6	12 455,7	12 868,7	10 956,2
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen			9 044,5	10 694,6	10 887,0	11 394,7	9 610,8
• Spareinlagen		4 069,9	8 108,1	9 218,6	9 268,8	9 292,1	8 245,6
• dar. bei Sparkassen		2 792,9	5 399,0	5 996,8	6 041,3	6 069,3	5 467,6
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)		244,3	472,2	450,6	496,6	488,9	442,7
• Lastschriften auf Sparkonten		203,9	430,6	415,7	448,6	467,6	395,4
• Zinsgutschriften		12,9	35,8	1,6	2,2	2,1	1,6
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	22	21	19	16	36
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	815	604	725	688	862
Betrag	1 000 DM	1 314	2 329	1 446	2 579	2 150	2 221
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen *)</b>	Anzahl	20 563	24 410	24 510	26 834	26 454	23 128
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls		3 058	3 240	3 171	3 301	3 468	3 145
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		1 196	1 529	1 382	1 720	1 364	1 599
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		353	455	429	455	465	510
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen							
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg *)</b>	Anzahl	182	149	154	154	153	152
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 144	5 641	5 717	5 763	5 174
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 306	5 690	5 710	5 761	5 404
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	4 866	5 029	5 045	5 081	4 965
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM		624 117	946 780	607 824	618 649	551 309
• dav. Steuern vom Einkommen		200 385	352 023	625 068	317 702	289 383	257 986
• dav. Lohnsteuer		89 007	221 422	279 599	252 614	253 068	224 610
• Veranlagte Einkommensteuer		64 393	78 512	209 762	25 347	12 806	18 764
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		10 279	12 091	25 886	7 251	6 522	4 102
• Körperschaftsteuer		36 706	39 999	109 822	32 490	16 987	10 510
• Steuern vom Umsatz		272 094	321 713	290 122	290 122	329 266	293 323
• dav. Umsatzsteuer		82 627	152 620	184 897	181 834	185 559	162 518
• Einfuhrumsatzsteuer		119 474	136 815	108 815	108 288	143 707	130 805
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	628 888	716 233	758 081	777 122	671 692
• dar. Zölle		45 078	56 144	59 689	67 019	65 652	58 521
• Verbrauchsteuern		358 150	551 800	629 201	673 568	688 152	595 913
• dar. Mineralölsteuer		261 342	458 107	530 415	578 806	570 073	497 470
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	40 675	24 905	23 120	69 086	62 067
• dar. Vermögensteuer		11 355	17 424	4 051	876	45 223	42 093
• Kraftfahrzeugsteuer		7 992	10 870	10 212	10 807	10 592	9 785
• Biersteuer		2 430	3 046	3 665	3 114	3 395	2 955
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	68 987	18 884	44 281	193 444	163 933
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		34 764	51 289	16 319	5 182	166 197	145 798
• Grundsteuer A		73	72	25	16	391	103
• Grundsteuer B		5 134	7 321	1 563	1 484	25 752	15 429
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	984 879	1 203 625	1 086 055	1 151 409	1 021 450
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>	1 000 DM	157 752	213 828	313 646	150 646	243 741	159 006
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen *)		122 235	135 006	278 279	56 480	124 571	54 551
• Anteil an den Steuern vom Umsatz		27 638	10 638	10 463	71 046	15 900	9 912
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage		7 879	10 509	—	—	34 184	32 475
Außerdem:							
• Einnahmen aus Gemeindesteuern		46 355	47 969	18 884	44 281	125 076	98 982
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer *)		—	36 312	68 510	17 875	37 222	15 412
Einnahmen des Landes insgesamt		—	298 110	401 040	212 803	406 040	273 400

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

\*) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — \*) einschließlich durchlaufender Kredite. — \*) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — \*) ohne RM-Gesellschaften. — \*) nach Zerlegung. — \*) Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

## Zahlenspiegel

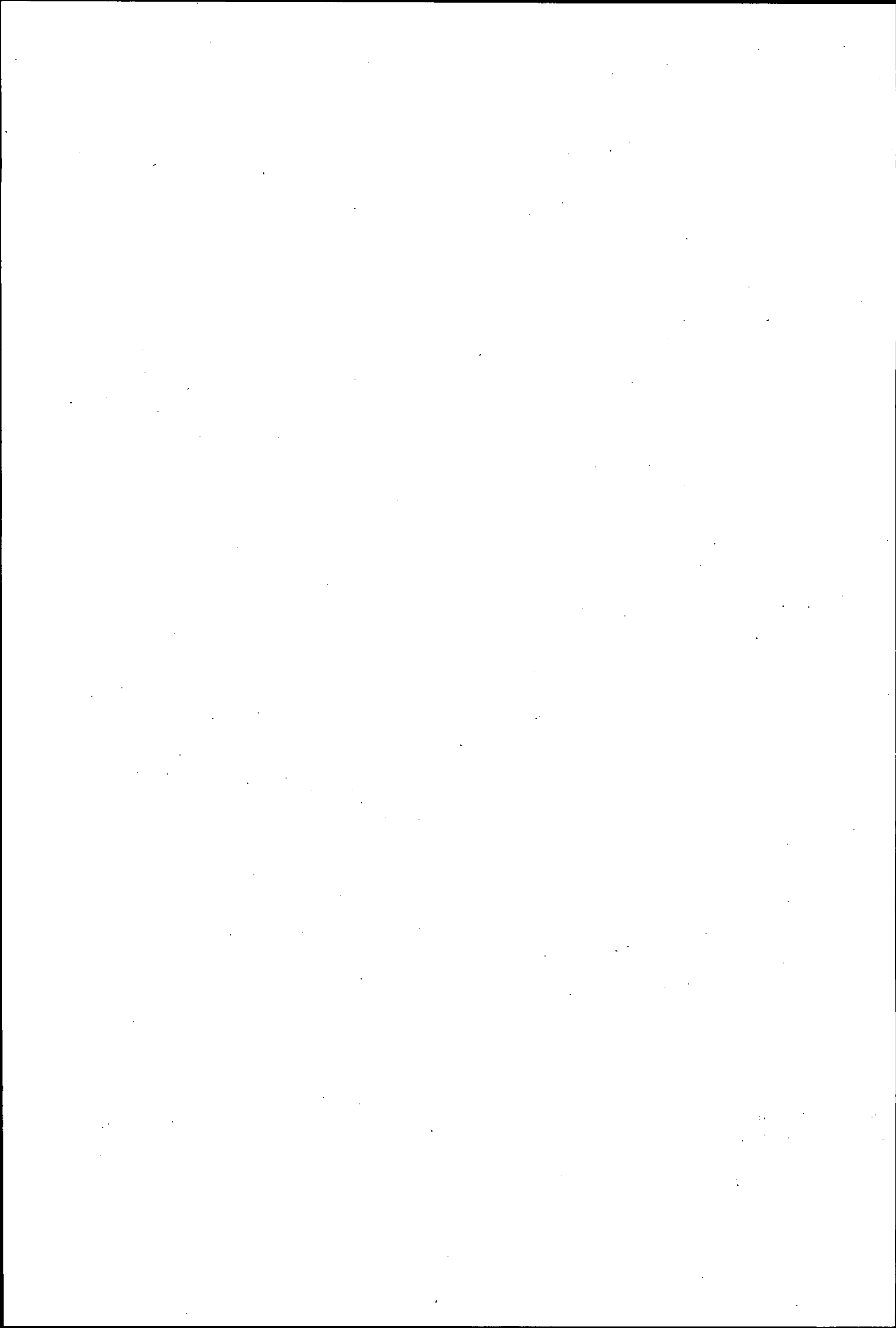
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1972	August 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	166,8	182,7	185,3	187,3	172,0
Einfamiliengebäude	"	113,3	166,5	182,9	185,6	187,7	171,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	167,0	182,4	185,1	186,9	172,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	167,0	182,2	184,5	186,4	171,8
Bürogebäude	"	112,2	166,1	180,4	182,3	184,0	170,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	169,6	180,4	182,6	183,8	173,7
				Januar 1972	April 1972	Juli 1972	Juli 1971
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	363	373	388	397	367
weibliche Arbeiter	"	140	221	236	241	247	227
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,08	8,52	8,72	9,01	8,16
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,44	5,75	5,87	6,04	5,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,9	43,8	44,5	44,1	44,9
weibliche Arbeiter	"	42,2	40,3	41,0	41,1	40,9	41,0
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,5	40,3	39,8	35,8	36,5
weibliche Arbeiter	"	37,2	35,0	37,8	36,7	32,0	31,6
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 726	1 846	1 875	1 919	1 741
weiblich	"	747	1 244	1 330	1 353	1 394	1 257
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	1 861	1 974	1 998	2 054	1 879
weiblich	"	748	1 252	1 322	1 343	1 389	1 271
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 636	1 716	1 743	1 787	1 646
weiblich	"	668	1 143	1 201	1 230	1 264	1 157
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 659	1 748	1 776	1 820	1 670
weiblich	"	688	1 169	1 234	1 261	1 297	1 183
Technische Angestellte							
männlich	"	1 178	1 859	1 970	1 989	2 044	1 879
weiblich	"	838	1 403	1 477	1 463	1 515	1 414
				September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	480	388	...	...	426
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	113	91	...	...	120
bekämpfte Brände	"	221	367	297	...	...	306
dav. Großbrände	"	9	13	12	...	...	12
Mittelbrände	"	28	41	22	...	...	22
Kleinbrände	"	98	169	148	...	...	123
Entstehungsbrände	"	80	133	111	...	...	134
Schornsteinbrände	"	6	11	4	...	...	15
Hilfeleistungen aller Art	"	...	767	814	...	...	722
Rettungswageneinsätze	"	...	11 033	11 576	...	...	11 718
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 663	1 703	...	...	1 736
Betriebsunfälle	"	544	467	474	...	...	496
Krankenbeförderungen	"	...	3 800	2 608	...	...	3 834
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	...	12 280	12 778	...	...	12 866
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	...	97	94	...	...	70
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 105	10 411	11 174	12 353	12 248
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	5	14	9	2
Sittlichkeitsdelikte	"	214	222	242	208	217	190
Körperverletzung <sup>3)</sup>	"	91	130	110	94	167	101
Raub, räuberische Erpressung	"	41	86	81	98	98	112
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 940	3 362	3 688	4 105	4 297
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 492	3 524	3 641	3 943	3 933
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 432	6 886	7 329	8 048	8 230
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs- diebstahl	"	180	286	263	272	220	286
Unterschlagung	"	203	160	111	155	159	186
Begünstigung und Hehlerei	"	85	80	49	63	59	121
Betrug und Untreue	"	722	1 019	1 331	1 203	1 237	1 141
Brandstiftung	"	33	39	29	32	35	26
Außerdem:							
Verkehrsvergehen <sup>4)</sup>	"	778	1 364	1 459	1 579	1 517	1 360
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>5)</sup>	"	8 929	21 580	23 111	29 160	29 743	25 644
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	422	304	485	419	391
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>6)</sup>	"	31 317	26 760	30 166	31 918	32 415	30 409

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neue Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge- werbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Ge- bührenpflichtige Verwarnungen.

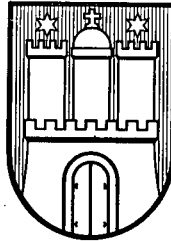
# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1972	September 1972	Oktober 1972	Oktober 1971
		1965	1971				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	8,3	...	...	7,5
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	12,2	...	...	11,6
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	10,8	...	...	11,3
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 538 r	8 345	8 352	...	8 527
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	977 r	883	933	...	1 004
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	46 919 r	47 194	52 078	...	49 898
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 166 r	8 954	10 544	...	9 220
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)	1962=100	118,2	160,5	143,5 r	167,4 r	174,8	169,9
Industrie (einschl. Bau- u. Energiegew.)	"	119,1	163,5	145,1 r	170,2 r	177,2	173,1
Verarbeitende Industrie	"	124,8	182,0	181,2 r	197,5 r	200,2	187,2
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	117,8	159,6	125,8 r	158,5 r	167,2	167,5
Investitionsgüterindustrie	"	115,6	154,4	134,1 r	168,3 r	173,2	169,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,2	146,3	135,4 r	144,6 r	160,1	162,3
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	118,9	139,9	148,9 r	167,1 r	175,0	163,2
Bauindustrie	"	...	...	...	...	...	...
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>	1 000	1 642,6	1 544	1 554	...	...	1 572
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	212,8	222	...	...	243
Geleistete Arbeitsstunden	Mio DM	3 698	5 586	6 296	...	...	6 314
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Anzahl	51 898	58 785 r	70 157	68 044	70 899	65 947
Baugenehmigungen für Wohnungen	"	49 326	46 249 r	34 405	42 039	52 581	51 023
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	...	...	...	...	...	...
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	188	194	198	215	201
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	...	...	...	...	169
<b>VERKEHR</b>							
<b>Seeschifffahrt</b>							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	11 340	10 894	...	...	11 151
dav. Empfang	"	6 950	9 037	8 578	...	...	8 852
Versand	"	1 885	2 303	2 316	...	...	2 299
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	199 107	150 745	169 224	205 210	199 874
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	30 759 r	33 078 p	32 716 p	33 518 p	34 706
Getötete Personen	"	1 313	1 561 r	1 648 p	1 514 p	1 658 p	1 865
Verletzte Personen	"	36 124	43 163 r	46 742 p	45 785 p	45 902 p	48 332
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	3 567	4 639	4 332	4 495	3 939
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 528	502	4 663	715	282
Körperschaftsteuer	"	681	597	148	1 872	240	122
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 575	3 737	3 701	3 978	3 564
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	112,5	116,3	117,1	117,5	113,1
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,7	105,6	107,1	108,7	103,3
Index der Ausführpreise	"	104,8	121,6	124,8	125,2	125,6	121,6
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	162,7	138,5	...	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	130,4	130,6	140,0	140,6	132,0
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	122,6	189,0	132,8	133,3	123,2
Wohnungsmieten	"	118,5	178,5	175,9	190,0	191,1	181,6
<b>LÖHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,25	7,61	7,77	...	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,9	42,6	43,8	...	44,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.  
<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.



# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

Februar-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Viele Hamburger Abiturienten wollen später freiberuflich tätig sein

Wie bei der Befragung der Abiturientinnen und Abiturienten des Schuljahres 1972/73 nach ihren Studien- und Berufsabsichten ermittelt wurde, haben 84% der Jungen und 79% der Mädchen vor zu studieren; jeweils 11% sind noch unentschieden, und 5% der Jungen sowie 10% der Mädchen beabsichtigen nicht, eine Hochschulausbildung zu beginnen. Insgesamt haben sich 1 575 Schüler und 1 172 Schülerinnen – etwa 90% des Abschlußjahrgangs der Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen – an der Befragung beteiligt.

Im Vergleich zu den Studienwünschen der Abiturienten des vorangegangenen Schuljahres sind Allgemeine Medizin und Rechtswissenschaft als Studienfächer beliebter geworden; 11% aller Studienwilligen möchten Arzt werden (Vorjahr: 9%), 8% wollen Jura studieren (Vorjahr: 6%). Das in der Vergangenheit relativ selten gewählte Architekturstudium findet bei 3% der Studienwilligen Interesse. Nach wie vor aber entfällt der Hauptanteil der Studienwünsche auf die verschiedenen Lehrämter. Wie im Vorjahr will von allen Abiturienten, die ein Studium beginnen möchten, mehr als jeder vierte Lehrer werden. Dabei konzentrieren sich die Studienabsichten jetzt allerdings erheblich stärker als früher auf das Lehramt an Gymnasien.

Auch über ihre berufliche Tätigkeit nach Abschluß des Studiums haben die meisten recht genaue Vorstellungen. Nur für jeden vierten Jungen und jedes vierte Mädchen ist der Bereich der späteren Berufsausübung noch unbestimmt. Von den studienwilligen männlichen Abiturienten, die Angaben über ihre zukünftige Berufstätigkeit gemacht haben, möchten 70% eine unselbständige Beschäftigung aufnehmen, und zwar überwiegend im Bildungswesen und in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes; der kleinere Teil – nur etwa ein Viertel – will sich eine Anstellung in der freien Wirtschaft suchen. 30% der Abiturienten haben angegeben, sie beabsichtigen, später selbständig tätig zu sein. Dies korrespondiert mit der Attraktivität der oben genannten Studiengänge, da zum Beispiel Medizin, Jura und Architektur auf Berufe vorbereiten, die großenteils freiberuflich ausgeübt werden. Von den erwerbstätigen Hamburger Männern ist gegenwärtig gut jeder zehnte selbständig.

Die Abiturientinnen haben zu über vier Fünfteln unselbständige Beschäftigungen – zumeist im öffentlichen Dienst – ins Auge gefaßt; dieser hohe Anteil erklärt sich in erster Linie daraus, daß sehr viele weibliche Abiturienten Lehrerin werden möchten. Immerhin streben aber auch ein Fünftel der studienwilligen Abiturientinnen des befragten Jahrgangs eine selbständige Berufstätigkeit an. Dagegen ist von den erwerbstätigen Hamburgerinnen zur Zeit nur jede 20. ihrer Stellung im Beruf nach selbständig.

### Umland weiterhin Anziehungspunkt für Wanderungen aus Hamburg

Im Jahre 1971 gewannen die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen durch Wanderungen aus Hamburg

bei 49 800 Fort- und 32 200 Zuzügen 17 600 Personen. In der Gesamtwanderung Hamburgs überwogen die Fortzüge mit 85 300 die Zuzüge von 81 500 allerdings nur um 3 800 Personen, und zwar wegen der Zuzüge aus den anderen Bundesländern in Höhe von 21 800 bei 22 000 Fortzügen und den Zuzügen aus übrigen Gebieten von 27 500 bei nur 13 500 Fortzügen.

Die 403 Gemeinden des Umlandes Hamburg bis 40 km waren am Wanderungssaldo Hamburgs mit den Nachbarländern mit nicht weniger als 16 100 Personen beteiligt. D. h., daß fast 92% des Abwanderungsüberschusses „vor den Toren der Stadt“ verbleibt.

Vom Bevölkerungsgewinn des Umlandes im Jahre 1971 in Höhe von 28 100 Personen (3,4%) entfallen 57% auf den positiven Wanderungssaldo mit Hamburg

In die 210 Gemeinden des nördlichen Umlandes, in denen die Bevölkerung 1971 um 18 800 Personen (3,3%) zunahm, wanderten aus Hamburg per Saldo 11 100 Personen zu – dieses entspricht einem Anteil von fast 60% an der Gesamtveränderung.

Auch im südlichen Umland macht der positive Wanderungssaldo mit Hamburg in Höhe von 5 000 Personen noch fast 54% der dortigen Bevölkerungszunahme (9 300 Personen oder 3,5%) aus.

### Weniger Konkurse, größere Schuldenmasse

1972 wurden bei den Hamburger Amtsgerichten 223 Konkurse und 3 Vergleichsverfahren beantragt, das sind 35 Insolvenzen oder 13% weniger als 1971. Die den Konkursen zugrunde liegende Schuldenmasse stieg dagegen um 15 Mio DM auf 74 Mio DM an. Unter den im letzten Jahr beantragten Verfahren befanden sich 14 Millionenkonkurse mit angemeldeten Forderungen der Gläubiger in Höhe von 49 Mio DM.

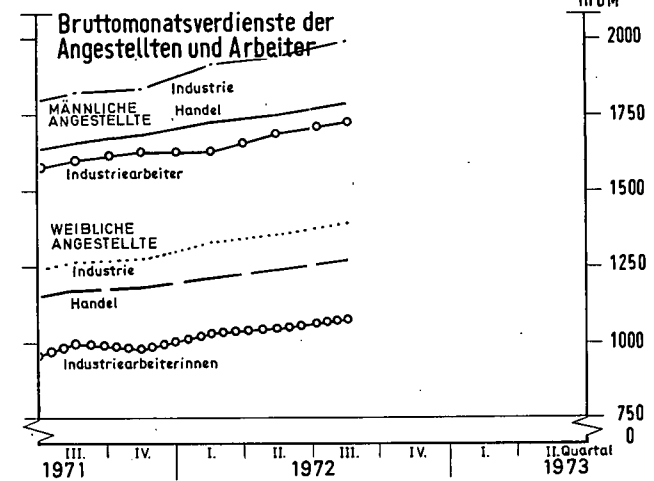
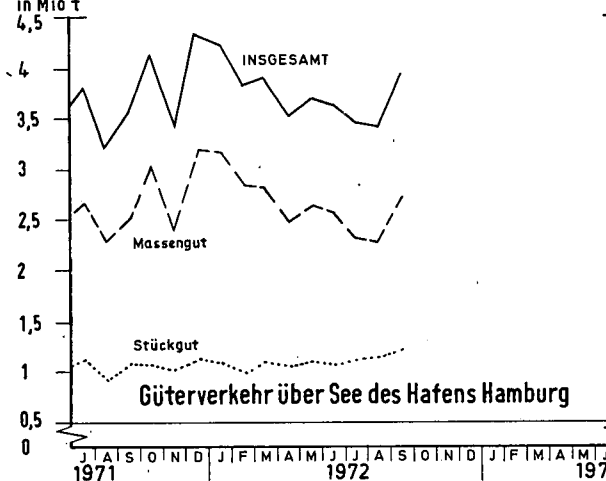
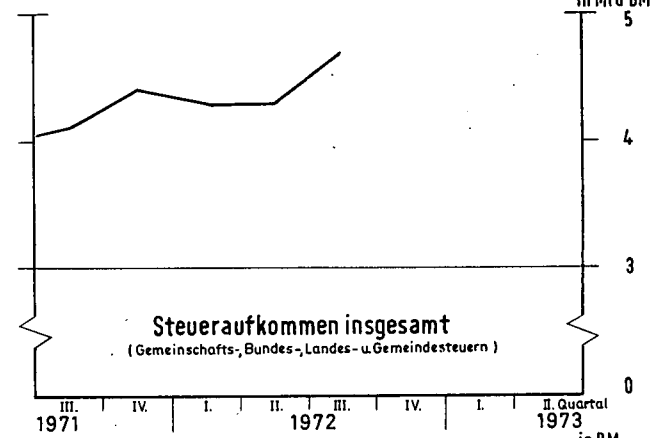
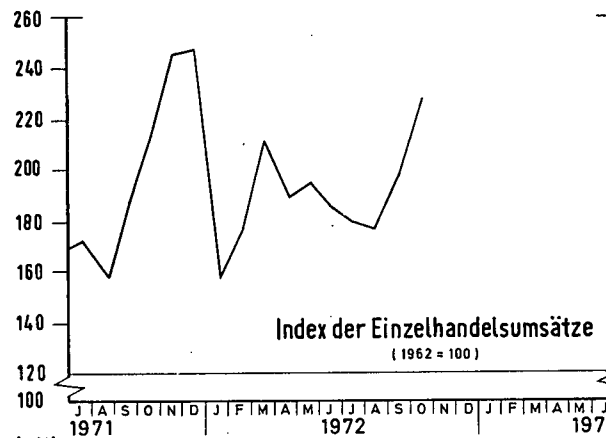
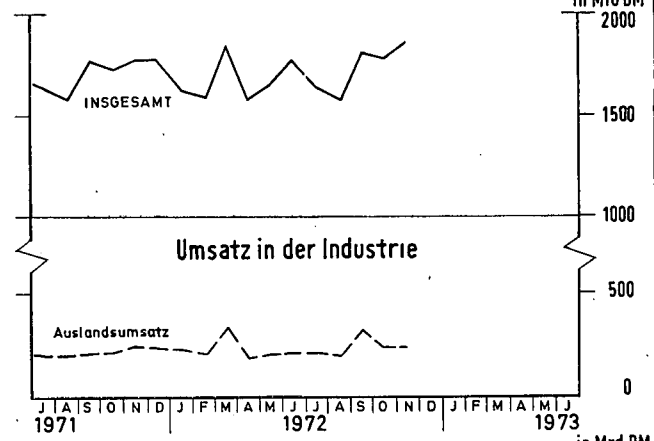
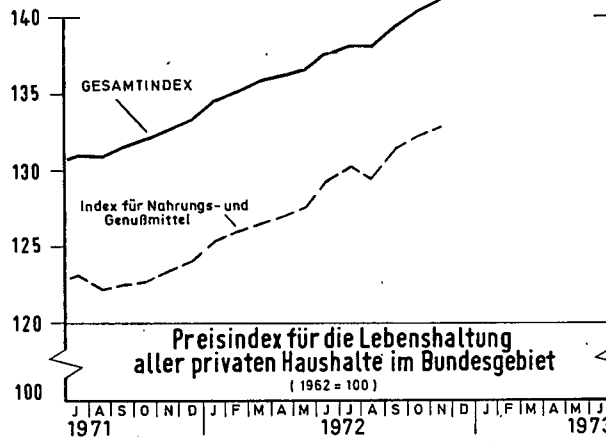
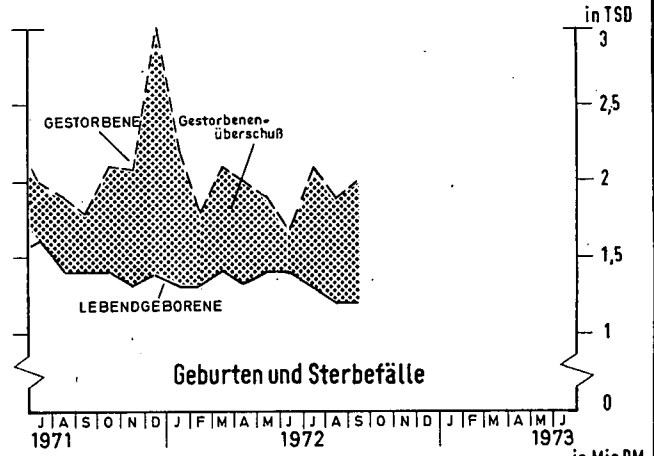
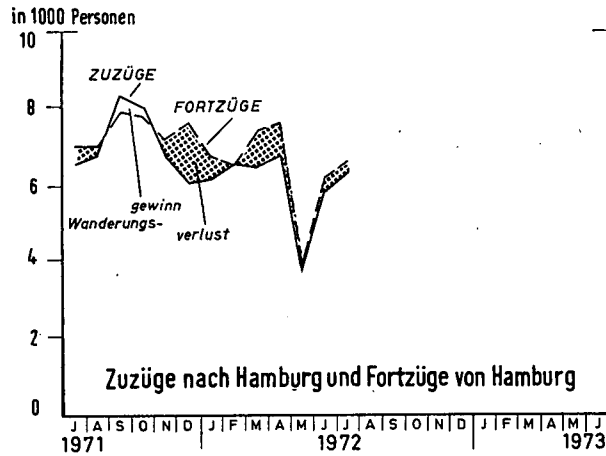
Bei 114 Anträgen – d. h. in mehr als jedem zweiten Fall – mußte die Eröffnung des Konkursverfahrens abgelehnt werden, da die Vermögenslage der zahlungsunfähigen Schuldner zu schlecht war, daß nicht einmal die Kosten für das Gericht und den Konkursverwalter hätten gedeckt werden können. Durch diese totalen Bankrotterklärungen gingen den Gläubigern 27 Mio DM verloren.

An den 223 Konkursen waren genau 100 Erwerbsunternehmen und Angehörige freier Berufe beteiligt. Bei rund einem Drittel dieser Betriebe handelte es sich um junge Unternehmen, die bei Einleitung des Verfahrens noch keine sechs Jahre bestanden.

Eine Ausnahme vom Rückgang der Konkursfälle bei den Erwerbsunternehmen machte der Einzelhandel; hier stieg die Zahl der finanziellen Zusammenbrüche von 9 im Jahre 1971 auf 27 in 1972 an.

Die Anzahl der Insolvenzen von nichtgewerblichen Schuldner ging um 14% zurück. Die Konkurse über das Vermögen Verstorbener waren in dieser Gruppe mit 106 Nachlaßfällen am stärksten vertreten.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung





# Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe in Hamburg

*Nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1968 gab es in Hamburg über 4 200 Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (kurz Gastgewerbe genannt), die fast 25 000 Personen beschäftigen. Damit sind pro Unternehmen durchschnittlich 6 Personen tätig. Die Gastgewerbeunternehmen erzielten 1967 einen Umsatz von rund 650 Mio DM. Die Rohertragsquoten streuen entsprechend den unterschiedlichen Tätigkeiten sehr weit; sie reichen von 41 % bei den Kantinen bis zu 86 % bei den Fremdenheimen und Pensionen; für das Gastgewerbe insgesamt ergibt sich ein Durchschnitt von 60 %. Der Umsatz je Beschäftigten beträgt im Gesamtdurchschnitt 29 000 DM. Der Umsatz pro Unternehmen ist je nach Betriebsart sehr unterschiedlich; so erzielen die Bahnhofsgaststätten mit 852 000 DM und die Hotels mit 735 000 DM die höchsten Werte. Die Fremdenheime und Pensionen rangieren mit 55 000 DM am unteren Ende der Skala.*

*Bei einer Aufgliederung nach Umsatzgrößenklassen ergibt sich eine starke Häufung bei den kleinen Unternehmen. So erzielten nur 10 % der Unternehmen einen Umsatz von 250 000 DM und mehr.*

*Ein Anteil von 55 % aller Beschäftigten ist weibliches Personal. Jeder siebente ist Teilzeitbeschäftigter. Nur rund 70 % sind Arbeitnehmer; ein Viertel sind tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige.*

Im vorliegenden Aufsatz werden weitere Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1968 vorgelegt. Bereits erschienen ist ein Aufsatz mit den Eckdaten (Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz) aller vier in der Zählung erfaßten Bereiche (Großhandel, Einzelhandel, Handelsvermittlung, Gastgewerbe). Hier stand insbesondere der Vergleich der Zahlen 1968 und 1960 unter Berücksichtigung der Aufgliederung nach Wirtschaftsgruppen und nach Umsatzgrößenklassen im Vordergrund<sup>1)</sup>. Ferner wurden spezielle Beiträge über die Handelsvermittlung<sup>2)</sup>, über den Einzelhandel<sup>3)</sup> und über den Groß- und Außenhandel<sup>4)</sup> gebracht. Einzelheiten über die methodischen Grundlagen der Zählung wurden bereits zu einem früheren Zeitpunkt veröffentlicht<sup>5)</sup>.

Im nachstehenden Beitrag stehen die Ergebnisse über die Unternehmen im Vordergrund, da die vorliegenden Zahlen nur auf Unternehmensbasis anfallen, wie Angaben über Ertragslage, Personalaufwendungen, Beschäftigtenstruktur. Zudem gibt es im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe – im folgenden kurz Gastgewerbe genannt – nur verhältnismäßig wenig Unternehmen mit mehr als einer Arbeitsstätte, so daß die Ergebnisse der Unternehmen von denen der Arbeitsstätten nur unwesentlich abweichen.

Nach der amtlichen Systematik der Wirtschaftszweige gehören zum Gastgewerbe alle Unternehmen, die „ausschließlich oder überwiegend in jedermann

oder nur bestimmten Personengruppen zugänglichen Räumen Gäste beherbergen und/oder Getränke oder zubereitete Speisen zum unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle verabreichen.“ Nicht zum Gastgewerbe gehören dagegen solche Beherbergungsstätten, die ohne Erwerbscharakter betrieben werden (wie z. B. Jugendherbergen, Kinderheime, Krankenhäuser) sowie Privatquartiere.

Die Abgrenzungen der im Handelszensus erfaßten Wirtschaftsbereiche sind bereits in dem oben genannten Methodik-Beitrag allgemein dargestellt worden. Hier erscheint es jedoch darüber hinaus erforderlich, auf einige besondere Probleme des Gastgewerbes hinzuweisen. Erfolgte die Unterscheidung zu anderen Wirtschaftsbereichen nach dem Schwerpunktprinzip – gemessen an den Umsatzanteilen bei verschiedenen gewerblichen Tätigkeiten –, so hatten die Auskunftspflichtigen bei der Bestimmung der Betriebsart innerhalb des Gastgewerbes nach eigener Selbsteinschätzung zu verfahren. Bei der Schwerpunktbestimmung gab es Schwierigkeiten z. B. bei den Konditorei-Cafés, die selbsthergestellte Backwaren sowohl im Ladengeschäft zum Verzehr außer Hause als auch im Café verkauften und nicht in jedem Fall die Umsätze danach trennen konnten. Je nach dem Schwerpunkt der überwiegenden wirtschaftlichen Tätigkeit waren sie entweder dem produzierenden Gewerbe (Herstellung von Konditorwaren) oder dem Gastgewerbe als Café zuzuordnen. In die Zählung sind daher nur die letzteren einbezogen worden. Aus dem gleichen Grund sind andererseits Gaststätten, die als Nebenbetrieb z. B. von Kaufhäusern und Lichtspieltheatern gelten, nicht erfaßt worden. Die Selbsteinschätzung anhand vorgegebener Betriebsarten war in den wenigsten Fällen zu kontrollieren, und man mußte sich weitgehend auf die Angaben der Auskunftspflichtigen verlassen.

<sup>1)</sup> Siehe „Die Unternehmen des Handels und Gastgewerbes in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, Februar-Heft.

<sup>2)</sup> Siehe „Die Handelsvermittlung in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, April-Heft.

<sup>3)</sup> Siehe „Der Einzelhandel in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1972, September-Heft.

<sup>4)</sup> Siehe „Der Groß- und Außenhandel in Hamburg“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1973, Januar-Heft.

<sup>5)</sup> Siehe „Methoden und Verfahren der Handels- und Gaststättenzählung 1968“ in Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1970, April-Heft.

Tabelle 1

**Unternehmen und Beschäftigte des Gastgewerbes in Hamburg am 31. 8. 1968, Umsatz, Wareneinsatz, Rohertragsquote sowie Löhne und Gehälter 1967 nach Betriebsarten**

– nur Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr –

Betriebsarten	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz	Umsatz je Beschäftigten	Umsatz je Unternehmen	Wareneinsatz <sup>1)</sup>	Rohertragsquote <sup>2)</sup>	Löhne und Gehälter <sup>3)</sup>
	Anzahl		1 000 DM			%	1 000 DM	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Insgesamt . . . . .	3 125	20 958	607 138	29	194	242 767	60	135 821
darunter								
Hotels . . . . .	123	3 944	90 361	23	735	21 029	77	30 287
Gasthöfe . . . . .	57	445	13 697	31	240	5 090	63	2 934
Fremdenheime und Pensionen . . . . .	228	650	12 470	19	55	1 690	86	1 996
Bahnhofsgaststätten . . . . .	19	405	16 189	40	852	9 126	44	3 126
Gast- und Speisewirtschaften . . . . .	2 060	10 362	316 090	31	153	140 902	55	59 086
Cafés . . . . .	59	839	19 583	23	332	6 952	65	5 609
Bars, Tanz- oder Vergnügungsorte . . . . .	146	2 048	60 300	29	413	13 054	78	20 369
Kantinen . . . . .	148	1 321	46 350	35	313	27 267	41	9 363
Eisdiele . . . . .	74	259	6 876	27	93	3 285	52	660
Trink- oder Imbißhallen . . . . .	205	651	24 636	38	120	14 097	43	2 190

<sup>1)</sup> Wareneingang einschließlich Aufwendungen für vergebene Lohnarbeiten plus Warenanfangsbestand minus Warenendbestand. – <sup>2)</sup> Umsatz minus Wareneinsatz in % vom Umsatz. – <sup>3)</sup> Einschließlich gesetzlicher Sozialaufwendungen.

Der Stichtag der Erhebung war im Gastgewerbe auf Ende August gelegt worden, um auch die Saisonbetriebe möglichst vollzählig zu erfassen und auch im Hinblick auf die Beschäftigtenstruktur ein zutreffendes Bild zu erhalten.

Von den 12 Betriebsarten im Gastgewerbe werden in den folgenden Tabellen und Schaubildern nur 10 ausgewiesen, da die Erholungs- und Ferienheime sowie die Campingplätze eine zahlenmäßig untergeordnete Rolle spielen oder aus Geheimhaltungsgründen nicht dargestellt werden dürfen.

#### Gast- und Speisewirtschaften größter Teilbereich

Die Tabelle 1, die die Angaben aus dem Geschäftsbereich nur für die Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr enthält, erlaubt die Ermittlung und den Vergleich verschiedener betrieblicher Kennzahlen. Im folgenden soll nur auf die gravierendsten Tatbestände hingewiesen werden; dabei wird berücksichtigt, daß einiges über die Anzahl der Unternehmen, die Beschäftigten sowie über den Umsatz schon früher an anderer Stelle<sup>6)</sup> zu den globalen Eckwerten gesagt wurde.

Zu der Rohertragsquote<sup>7)</sup> ist eine Erläuterung notwendig, da es nicht zulässig ist, diesen Wert etwa irgendwie in Zusammenhang mit dem Gewinn gleichzusetzen. Sie ist lediglich eine wichtige, aus Umsatz und Wareneinsatz abgeleitete Meßziffer zur Beurteilung der Ertragslage eines Unternehmens. Als Annäherungswert für die Wertschöpfung spiegelt sie ferner die Eigenleistung eines Bereiches wieder. In ihr sind jedoch keine Kostengrößen wie Betriebs- oder Personalaufwendungen berücksichtigt.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß eine strenge Trennung des gesamten Gastgewerbes in Beherber-

gungs- und in Gaststättengewerbe nicht sinnvoll ist; denn zumindest die Hotels und Gasthöfe; in einzelnen Fällen auch die Fremdenheime und Pensionen, erzielen in zum Teil erheblichem Umfang auch Verpflegungsumsätze und stehen in diesen Tätigkeiten dem Gastgewerbe nicht nach.

#### Durchschnittlicher Umsatz je Beschäftigten von 29 000 DM

Auf den ersten Blick fallen sofort die Gast- und Speisewirtschaften ins Auge, da sie sowohl hinsichtlich der Zahl der Unternehmen als auch der Zahl der Beschäftigten und des Umsatzes alle anderen Wirtschaftsgruppen weit übertreffen. Bei den drei Kennzahlen der Spalten 4, 5 und 7 jedoch, Umsatz je Beschäftigten, Umsatz je Unternehmen und Rohertragsquote weichen die Durchschnittswerte für diese Betriebsart kaum von denen für das Gastgewerbe insgesamt ab. Die größte Abweichung nach oben beim Beschäftigtenumsatz bilden die Bahnhofsgaststätten, die 40 000 DM je Beschäftigten erzielen. Den niedrigsten Wert erreichen bei dieser Kennzahl die Fremdenheime und Pensionen mit nur 19 000 DM. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß dieser Betrag zum größten Teil Rohertrag darstellt. Die Tätigkeit dieser Betriebe besteht überwiegend in der Beherbergung von Gästen, so daß nur ein geringer Wareneinsatz zur Verabreichung allenfalls von Getränken und Frühstück vorhanden ist. In dieser Branche ist die mit Abstand höchste Rohertragsquote des gesamten Gastgewerbes mit 86 % zu verzeichnen. Die vorher erwähnten Bahnhofsgaststätten haben dagegen mit nur 44 % fast die niedrigste Rohertragsquote.

#### Rohertragsquote von 41 % bis 86 %

Aus den bisher genannten wenigen Zahlen ist schon zu erkennen, daß cum grano salis ein umgekehrt proportionales Verhältnis besteht zwischen Umsatz

<sup>6)</sup> Siehe Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1970, April-Heft, a. a. O.

<sup>7)</sup> Rohertragsquote =  $\frac{(\text{Umsatz} - \text{Wareneinsatz})}{\text{Umsatz}} \cdot 100$

je Beschäftigten und erzielter Rohertragsquote. Anders ausgedrückt bedeutet dies, daß je höher der Anteil der Verpflegung der Gäste ohne gleichzeitige besondere Dienstleistungen ist, desto niedriger sind die Rohertragsquoten, und um so höher müssen die Beschäftigtenumsätze sein, um den Betrieb rentabel zu gestalten. Als Beispiele stehen hierfür die Kantinen, Trink- und Imbißhallen und Bahnhofsgaststätten, die einerseits die drei höchsten Beschäftigtenumsätze, andererseits die drei niedrigsten Rohertragsquoten aufweisen (siehe auch *Schaubild 1*). Je mehr nun der reine Vorgang der Verpflegung verbunden ist mit zusätzlichen Dienstleistungen wie besonderer Bedienung, besserer Ausstattung der Gasträume, anspruchsvolleren Speisen, desto höher liegt die Rohertragsquote. Hier können die Gastwirtschaften, Cafés, Bars und Tanzlokale genannt werden. Bestehen in zunehmendem Maße die Einnahmen auch aus Beherbergungsumsätzen, die praktisch gleichzeitig Rohertrag darstellen, wie bei den Gasthöfen, Hotels und Fremdenheimen hinzu, so steigt entsprechend die Quote bis zu 86 %.

#### Umsatz je Unternehmen von 55 000 DM bis 852 000 DM

Es fällt auf, daß in zwei Branchen der durchschnittliche Unternehmensumsatz um ein Mehrfaches über dem Gesamtdurchschnitt liegt. Das gilt für die Bahnhofsgaststätten und die Hotels. Bei den Hotels ist es allein schon durch die Abgrenzung dieser Betriebsart von anderen bedingt, daß hier in erster Linie größere Unternehmen erfaßt werden, da es sich um Unterkunftsstätten handelt, in denen jedermann beherbergt wird und in denen meist auch ein allgemein zugängliches Restaurant vorhanden ist. Bei den Bahnhofsgaststätten ist es der Standort, der die Unternehmensgröße maßgeblich beeinflußt.

Den niedrigsten Unternehmensumsatz weisen die schon erwähnten Fremdenheime und Pensionen auf, deren Tätigkeit in der Großstadt anders als in den Flächenländern überwiegend auf Beherbergung ausgerichtet ist, so daß der Verpflegungsumsatz keine Rolle spielt. Aber auch der durchschnittliche Umsatz der Eisdielen liegt bei nur 93 000 DM. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß in vielen Fällen das Geschäftsjahr nur die Sommersaison umfaßt. Die Gast- und Speisewirtschaften, die rund zwei Drittel aller Gastgewerbeunternehmen bilden, erreichen durchschnittlich 153 000 DM Umsatz pro Jahr. Diese Gruppe ist sehr heterogen. Sie setzt sich zusammen aus zahlreichen kleinen Betrieben wie „Kneipen“ oder Bierlokalen über exklusive Restaurants bis zu Großgaststätten mit höchsten Umsätzen. Über diese Größengliederung wird später noch zu sprechen sein.

#### 22 % des Umsatzes sind Personalaufwendungen

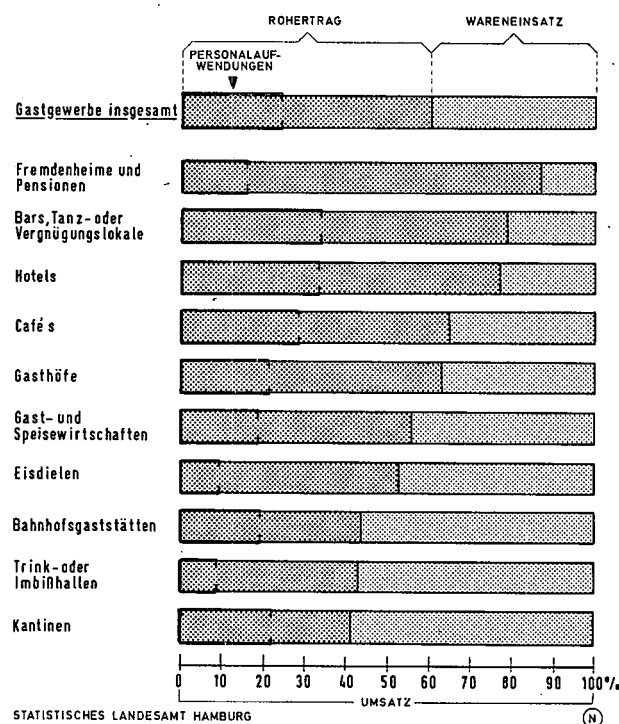
Die Spalte 8 der *Tabelle 1* gibt einen Überblick über die im Jahre 1967 geleisteten Personalaufwendungen. Mit rund 136 Mio DM wurden gut 22 % des Umsatzes für Löhne und Gehälter aufgewendet. Eine Berechnung der durchschnittlichen Lohnausgaben je Unternehmen oder je Beschäftigten anhand dieser

*Tabelle 1* ist nicht sinnvoll; denn gerade im Gastgewerbe gibt es viele Familienbetriebe, die über gar keine Angestellten verfügen. Hier stellen Inhaber, Mitinhaber und tätige Familienangehörige die Beschäftigten. Außerdem ist die Teilzeitbeschäftigung in diesem Dienstleistungssektor weit verbreitet, was in der Spalte 2 nicht berücksichtigt ist.

Das *Schaubild 1* zeigt als Ergänzung zur *Tabelle 1* in den zehn Betriebsarten des Gastgewerbes die Anteile des Wareneinsatzes, des Rohertrages

*Schaubild 1*

#### Rohertrag und Personalaufwendungen in % des Umsatzes 1967 von Unternehmen des Gastgewerbes in Hamburg nach Betriebsarten



und der Personalaufwendungen am Umsatz. Die Personalaufwendungen setzen sich zusammen aus Löhnen, Gehältern und gesetzlichen Sozialaufwendungen und bilden in diesem Dienstleistungssektor einen der bedeutendsten Kostenfaktoren, der in den letzten Jahren erheblichen Steigerungen unterlag und nicht ohne Einfluß auf die Gewinnsituation blieb. Wenn man feststellt, daß der Anteil der Personalaufwendungen am Umsatz je Betriebsart nicht in einer Korrelation zum Rohertrag steht, ist die unterschiedliche Tätigkeit (Beherbergung und/oder Verpflegung) im Gastgewerbe zu berücksichtigen. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß – wie noch darzulegen sein wird – die Beschäftigtenstruktur sehr unterschiedlich ist. Je nach Bereich überwiegen die tätigen Inhaber mit mithelfenden Familienangehörigen oder Arbeitnehmer.

#### Großer Anteil der umsatzschwachen Unternehmen

Die *Tabelle 2* zeigt, in welchem Umfang die – am Umsatz gemessen – verschieden großen Unternehmen an der Aufbringung des Umsatzes je

Tabelle 2

**Die Unternehmen des Gastgewerbes in Hamburg am 31. 8. 1968 und ihr Umsatz 1967**  
**nach Umsatzgrößenklassen und Betriebsarten**  
 — alle erfaßten Unternehmen —

Betriebsarten	Unternehmen	Davon mit einem Umsatz von ... bis unter ... DM						Umsatz	Davon Umsatz von ... bis unter ... DM				
		unter 20 000	20 000 bis 100 000	100 000 bis 250 000	250 000 bis 1 Mio	1 Mio und mehr	ohne Umsatzangabe		unter 20 000	20 000 bis 100 000	100 000 bis 250 000	250 000 bis 1 Mio	1 Mio und mehr
	Anzahl	%						Mio DM	%				
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Insgesamt	4 227	7	47	23	8	2	13	642	1	18	22	25	34
darunter													
Hotels	150	3	18	30	27	12	10	92	0	2	8	21	69
Gasthöfe	66		38	35	15		8	14		12	25	34	
Fremdenheime und Pensionen	277	26	61	5			7	13	7	55	15		
Bahnhofsgaststätten	27			26	19	22	11	18			7	16	76
Gast- und Speisewirtschaften	2 776	5	51	24	6	1	13	333	0	25	29	22	24
Cafés	71	4	30	22	23	10	11	21	0	6	13	33	48
Bars, Tanz- oder Vergnügungslokale	228	2	24	24	24	7	19	66	0	5	13	41	41
Kantinen	200	11	35	24	17	4	9	49	1	7	15	35	42
Eisdielen	116		58	25			10	9		43	47		
Trink- oder Imbißhallen	309	10	47	21	7		15	27	1	29	37	33	

Betriebsart beteiligt sind. So erzielen z. B. 12 % der Hotels mit Umsätzen von 1 Mio DM und mehr 69 % des gesamten Hotelumsatzes. Die Tabelle gibt also ein plastisches Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung der großen und kleinen Unternehmen und erlaubt den Nachweis ihrer Marktanteile innerhalb der Branche.

In Spalte 7 ist der Anteil derjenigen Firmen aufgeführt, die für den Befragungszeitraum keinen Umsatz angeben konnten, da das Geschäft neu gegründet wurde. Mit 13 % verdeutlicht der hohe Anteil dieser Firmen die besonders starke Fluktuation im Gastgewerbe, innerhalb dessen die Bars, Tanz- oder Vergnügungslokale besonders auffallen, da von ihnen fast jedes fünfte Lokal im Laufe eines Jahres neu gegründet wurde. Aber auch bei den Trink- und Imbißhallen (15 %) und bei den Gast- und Speisewirtschaften (13 %) sind die entsprechenden Anteile hoch. Die 13 % der Gastwirtschaften stellen absolut rund 350 Unternehmen dar; mit anderen Worten wechselt hier durchschnittlich an jedem Tag im Jahr mindestens eine Gastwirtschaft ihren Inhaber oder wird neu eröffnet. Der für das Gastgewerbe insgesamt aufgeführte Anteil von 13 % Unternehmen ohne Umsatzangabe ergibt nur die am Stichtag der Erhebung festgestellten Neugründungen wieder. Die auf ein Jahr bezogene Fluktuation liegt höher, da es nicht selten ist, daß ein Unternehmen mehr als einmal im Jahr den Inhaber wechselt.

#### *Umsatzstarke Unternehmen bei Hotels und Bahnhofsgaststätten*

Aus Tabelle 2 ist zu erkennen, daß die größte Zahl der Unternehmen je Betriebsart in den einzelnen Branchen in verschiedenen Umsatzgrößenklassen zu finden sind. So erzielen bei den Hotels und bei den Bahnhofsgaststätten die meisten Unternehmen Umsätze zwischen 100 000 DM und 250 000 DM. Die Bars, Tanz- und Vergnügungslokale verzeichnen eine gleichmäßige Verteilung der Unternehmen auf die untere, mittlere und höhere Umsatzgrößenklasse.

Bei den übrigen Betrieben ist die Größenklasse 20 000 DM bis 100 000 DM am stärksten besetzt. Die Fremdenheime und Pensionen fallen durch einen besonders großen Anteil von Unternehmen dieser Größenordnung auf. Über ein Viertel der Fremdenheime erzielen sogar nicht mehr als 20 000 DM Umsatz pro Jahr. Aber auch von den Eisdielen und den Gastwirtschaften liegen mehr als die Hälfte der Unternehmen in dieser Größenordnung, wobei bei den Eisdielen — wie schon erwähnt — das Hauptgeschäft nur im Sommerhalbjahr getätigt wird.

Die Anteile des tatsächlich erzielten Umsatzes (Spalte 9—13 der Tabelle 2) weichen von den Anteilen der in diesen Größenklassen liegenden Unternehmen zumeist ab. So werden in den geringer besetzten oberen Umsatzgrößenklassen die höchsten Umsatzanteile erzielt. Nur die Fremdenheime und Pensionen bilden eine Ausnahme. Durch den großen Anteil der Firmen (61 %) in der Größenklasse 20 000 DM bis 100 000 DM wird hier auch mit 55 % der größte Teil der Umsätze in dieser Betriebsart erzielt.

Die Tatsache, daß 77 % der Unternehmen des Gastgewerbes Umsätze von weniger als 250 000 DM haben, spricht für das mittelständische Gepräge dieses Dienstleistungsbereiches.

#### *Drei Viertel der Unternehmen haben nur bis zu vier Beschäftigte*

Die Tabelle 3 veranschaulicht die Größenverteilung anhand der Beschäftigtenzahl je Unternehmen auf die Betriebsarten. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß zu den Beschäftigten nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch tätige Inhaber und mithelfende Familienangehörige sowie Lehrlinge zu rechnen sind. Was für das Gastgewerbe insgesamt gilt, trifft auch für fast alle Betriebsarten zu, nämlich, daß die überwiegende Zahl der Unternehmen jeweils in der Beschäftigtengrößenklasse „1 bis 4 Beschäftigte“ liegt. Sind von den Unternehmen in der untersten Be-

Tabelle 3

**Die Unternehmen des Gastgewerbes in Hamburg am 31. 8. 1968**  
**nach Betriebsarten und Beschäftigtengrößenklassen**  
 — alle erfaßten Unternehmen —

Betriebsarten	Unternehmen	Davon mit ... bis ... Beschäftigten				
		1 bis 4	5 bis 9	10 bis 19	20 bis 49	50 und mehr
	Anzahl	%				
	1	2	3	4	5	6
Insgesamt .....	4 227	76,6	14,1	5,1	2,9	1,3
darunter						
Hotels .....	150	30,0	28,7	16,0	14,7	10,6
Gasthöfe .....	66	56,1	28,8	—	9,1	—
Fremdenheime und Pensionen .....	277	88,8	10,1	—	—	—
Bahnhofsgaststätten .....	27	29,6	37,0	—	—	11,1
Gast- und Speisewirtschaften .....	2 776	82,6	11,9	3,2	1,5	0,8
Cafés .....	71	42,3	22,5	18,3	9,9	7,0
Bars, Tanz- oder Vergnügungslokale .....	228	40,8	24,6	19,7	13,2	1,7
Kantinen .....	200	60,0	20,5	11,5	—	—
Eisdielen .....	116	79,3	17,2	3,5	—	—
Trink- oder Imbißhallen .....	309	87,1	10,0	2,9	—	—

schäftigtengrößenklasse ein großer Teil Familienbetriebe, so dürften ab 5 Beschäftigte aufwärts nur noch Unternehmen vorkommen, bei denen außer Inhaber und Familienangehörigen auch Arbeitnehmer tätig sind.

Traten die Bahnhofsgaststätten schon durch die höchsten Umsätze je Beschäftigten und je Unternehmen hervor, so fallen sie auch hier dadurch auf, daß sie in der Größenklasse 5 bis 9 Beschäftigte relativ die meisten Unternehmen stellen. Auch die Hotels weisen in dieser Größenklasse kaum weniger Unternehmen auf als in der untersten.

Die höchste Anzahl von — gemessen an der Beschäftigtenzahl — kleinen Unternehmen verzeichnen

die Fremdenheime und Pensionen, Trink- und Imbißhallen, Gast- und Speisewirtschaften und Eisdielen. Unter den Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr sind prozentual die Hotels am häufigsten vertreten; absolut gesehen stehen jedoch die Gastwirtschaften hier an der Spitze, da die 5,5% Unternehmen der drei größten Beschäftigtengrößenklassen zusammen immerhin 148 Unternehmen umfassen.

*Die Hälfte aller Beschäftigten in den Gast- und Speisewirtschaften*

In den Hamburger Unternehmen des Gastgewerbes sind 25 000 Personen beschäftigt. In Spalte 1 der Tabelle 4 fällt sofort auf, daß 50% aller Beschäf-

Tabelle 4

**Die Beschäftigten der Unternehmen des Gastgewerbes in Hamburg am 31. 8. 1968, gegliedert nach Geschlecht, nach Voll- und Teilbeschäftigten, nach der Stellung im Betrieb und nach Betriebsarten**  
 — Beschäftigte aller erfaßten Unternehmen —

Betriebsarten	Beschäftigte					Von den Beschäftigten insgesamt (Sp. 1) waren			
	insgesamt	und zwar				tätige Inhaber und Mitinhaber	unbezahlte mit-helfende Familien-angehörige	Arbeitnehmer	Lehrlinge, Volontäre
		weibliche Beschäftigte	Teilbeschäftigte						
	Anzahl	in % von Sp. 1	Anzahl	in % von Sp. 1	in % von Sp. 1				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Insgesamt .....	24 961	13 679	55	3 544	14	18	7	71	4
darunter									
Hotels .....	4 310	2 207	51	305	7	4	1	84	11
Gasthöfe .....	470	265	56	89	19	17	7	71	5
Fremdenheime und Pensionen .....	774	562	73	171	22	39	11	50	—
Bahnhofsgaststätten .....	818	430	53	55	7	4	1	91	4
Gast- und Speisewirtschaften .....	12 272	6 439	52	1 958	16	25	10	63	2
Cafés .....	929	572	62	104	11	9	3	84	4
Bars, Tanz- oder Vergnügungslokale .....	2 513	1 316	52	314	13	10	2	88	0
Kantinen .....	1 597	1 117	70	272	17	13	6	79	2
Eisdielen .....	395	235	59	90	23	35	13	52	—
Trink- oder Imbißhallen ..	848	521	61	179	21	39	14	47	—

tigten in den Gast- und Speisewirtschaften tätig sind. Die Unternehmen der anderen Betriebsarten verfügen über wesentlich weniger Beschäftigte. Über die Anteile der einzelnen Beschäftigungsarten geben die weiteren Spalten der Tabelle 4 Auskunft. Die Vermutung, daß in diesem Dienstleistungsbereich der Anteil der weiblichen Beschäftigten hoch ist, wird durch den Wert von 55 % bestätigt, der für das Gastgewerbe insgesamt gilt. Die Abweichungen der einzelnen Betriebsarten von dem Durchschnitt sind dabei nicht erheblich; sie reichen von 51 % für die Hotels bis zu 73 % für die Fremdenheime und Pensionen.

Wie aus Spalte 4 und 5 zu ersehen ist, ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten insgesamt mit 14 % nicht groß. Dagegen bestehen gewisse Unterschiede zwischen den Betriebsarten. So sind jeweils nur 7 % der Beschäftigten der Hotels und der Bahnhofsgaststätten weniger als die normale Arbeitszeit tätig. In beiden Sparten herrschen größere Unternehmen – gemessen am Umsatz und Beschäftigtenzahl – vor, in denen Teilbeschäftigte nur eine geringe Rolle spielen. Die relativ meisten Teilbeschäftigten sind in den Eisdielen, Fremdenheimen und Pensionen und Trink- und Imbißhallen zu verzeichnen. Diese fallen jedoch mit ihren absoluten Beschäftigtenzahlen nicht ins Gewicht.

#### Rund 70 % der Beschäftigten sind Arbeitnehmer

Das Gastgewerbe ist ein Wirtschaftssektor, in dem nach allgemeiner Auffassung der mittelständische Charakter weit verbreitet ist. Eine Auslegung dieses vielschichtigen Begriffes kann darin gesehen werden, daß außer einer geringen Beschäftigtenzahl je Unternehmen (6 Beschäftigte je Unternehmen) der Anteil der tätigen Inhaber und der mithelfenden Familienangehörigen neben dem Anteil der Arbeitnehmer von größerer Bedeutung ist. So ergeben die Werte der Spalten 6 und 7 der Tabelle 4 zusammen genommen, daß jede vierte Arbeitskraft im Gastgewerbe insgesamt vom Inhaber selbst oder aus seiner Familie gestellt wird. In drei Sparten ist es sogar jede zweite Arbeitskraft; denn bei den Trink- und Imbißhallen, Fremdenheimen und Pensionen und bei den Eisdielen dominieren zahlenmäßig die Klein- und Kleinstunternehmen, die in der Form von Familienbetrieben geführt werden. Aber auch bei den Gastwirtschaften gibt es viele Kleinunternehmen, denn mehr als jeder dritte Beschäftigte kommt aus dem genannten Personenkreis. Bei den Hotels und Bahnhofsgaststätten ist auf Grund der hohen Beschäftigtenzahl der Anteil der Inhaber und Familienangehörigen besonders gering. Da die in Spalte 9 aufgeführte Zahl der Lehrlinge außer bei den Hotels niedrig ist, verhalten sich die Zahlen für die Arbeit-

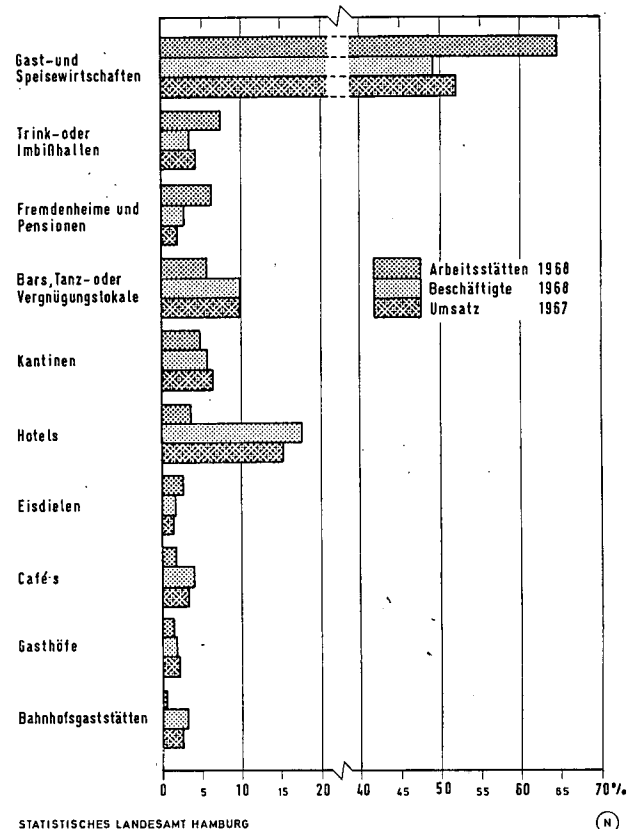
nehmer umgekehrt proportional zu der Summe aus den Werten aus Spalte 6 und 7.

#### Unterschiedliche Anteile je Betriebsart an Arbeitsstätten, Beschäftigten und Umsatz

Das Schaubild 2 gibt einen Überblick über die Anteile der verschiedenen Betriebsarten am Hamburger Gastgewerbe insgesamt. Die Darstellung erfolgt auf Arbeitsstättenbasis. Das bedeutet, daß auswärtige Zweigniederlassungen Hamburger Unternehmen nicht mit einbezogen sind, daß andererseits

Schaubild 2

#### Die Arbeitsstätten des Gastgewerbes und ihre Beschäftigten am 31. 8. 1968 sowie ihr Umsatz 1967 in Hamburg nach Betriebsarten in %



aber hiesige Zweigniederlassungen von außerhalb Hamburgs gelegenen Unternehmen mit enthalten sind. Es wird gezeigt, wie groß der Anteil für eine Betriebsart an der Arbeitsstättenzahl, am Umsatz und an den Beschäftigten des Gastgewerbes insgesamt ist. Es wird einerseits das Übergewicht der Gast- und Speisewirtschaften in allen drei Merkmalen deutlich, andererseits aber auch die unterschiedlich großen Anteile an den drei Merkmalen innerhalb einer Betriebsart (z. B. Hotels, Fremdenheime und Pensionen).

Erich Walter

# Die Bundestagswahl am 19. November 1972 in Hamburg

## *Wahlalter auf 18 Jahre herabgesetzt*

Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland fand am 19. 11. 1972 eine vorgezogene Bundestagswahl statt, für die das Wahlrecht in einigen nicht unbedeutenden Grundsätzen verändert worden ist. Aufgrund des Siebenundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 31. Juli 1970 (BGBl I S. 1161) und des Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl I S. 1061) wurde das Wahlalter herabgesetzt, und zwar das aktive von 21 auf 18 Jahre und das passive von 25 auf das Alter, mit dem die Volljährigkeit eintritt. Das war zum Zeitpunkt der Bundestagswahl das 21. Lebensjahr. Mit dieser Änderung wurde die Einheitlichkeit der Wahlaltersgrenzen für die Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen wiederhergestellt, die vorübergehend verlorengegangen war, weil die Länder diesen Schritt zwischen 1969 und 1972 bereits vollzogen hatten.

Eine weitere Änderung betrifft die Anpassung der Vorschriften des Bundeswahlgesetzes über den Ausschluß vom aktiven Wahlrecht (Wahlberechtigung) und vom passiven Wahlrecht (Wählbarkeit) an die Neufassung des Strafgesetzbuches. Die Auswirkungen des am 1. April 1970 in Kraft getretenen Ersten Gesetzes zur Reform des Strafrechts vom 25. Juni 1969 (BGBl I S. 645) auf das Wahlrecht bedurften durch die Einführung der Freiheitsstrafe als Einheitsstrafe, den Wegfall des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte und der Nebenfolgen bestimmter Verurteilungen einer Regelung der entsprechenden Vorschriften des Bundeswahlgesetzes.

Eine weitere Neuerung hat sich für die Wahlkreiseinteilung ergeben. Mit Hilfe des Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 3. Juli 1972 (BGBl I S. 1061) wurde § 3 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes dahingehend ergänzt, daß bei der Ermittlung der Bevölkerungszahlen im Hinblick auf die Wahlkreiseinteilung die Ausländer unberücksichtigt bleiben. Diese Regelung dürfte sich bei einer umfassenden Reform der Wahlkreiseinteilung bei Wahlkreisverschiebungen von Land zu Land nicht unbedeutend auswirken.

Die Bevölkerungsveränderungen und die gemeindliche Neugliederung in den Ländern machten eine Neuabgrenzung der Wahlkreise erforderlich. Im Hinblick darauf, daß die kommunale Gebietsreform noch nicht abgeschlossen ist, wurde von einer umfassenden Wahlkreisreform abgesehen. Es wurden nur solche Veränderungen vorgenommen, die wegen der Überschreitung der in § 3 Abs. 3 des Bundeswahlgesetzes festgelegten Toleranzgrenze (keine Abweichung von mehr als  $3\frac{1}{3}\%$  nach oben oder unten von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise) und aus Gründen der gemeindlichen Neugliederung unausweichlich waren. Im Zuge dieser Maßnahme wurde die in Hamburg bei den Wahlkreisen Nr. 16 Hamburg-Nord II und Nr. 17 Wandsbek

entstandene Abweichung (Nr. 16 =  $-37,5\%$  und Nr. 17 =  $+35,2\%$ ) dadurch beseitigt, daß vom Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek die Ortsteile 515 und 516 (Ortsamtsgebiet Bramfeld) abgetrennt und dem Wahlkreis Nr. 16 Hamburg-Nord II zugeschlagen worden sind.

Eine andere Reihe von Änderungen schlägt sich mehr in der Wahltechnik nieder. Durch die Verordnung zur Änderung der Bundeswahlordnung vom 28. Juli 1972 (BGBl I S. 1353) sind folgende Regelungen getroffen worden:

1. Der Wahlbenachrichtigung ist ein Vordruck auf Ausstellung eines Wahlscheines beizufügen (§ 17). Der Vordruckinhalt wurde in Anlage 3a der Bundeswahlordnung festgelegt.
2. Eine Pauschalierung des Auslagenersatzes für die Mitglieder der Wahlausschüsse und der Wahlvorstände durch Zahlung eines Erfrischungsgeldes in Höhe von 10,- DM (§ 9) ist aufgenommen worden. Damit ist geregelt, daß dieser Pauschalbetrag bei der Kostenerstattung durch den Bund als erstattungsfähig angesehen wird.
3. Folgende Vordrucke sind redaktionell verbessert worden, die als Anlagen der Bundeswahlordnung beigefügt sind, und zwar:

Anlage 4: Wahlschein,

Anlage 5: Wahlbriefumschlag (hierfür wurde auch das Format neu bestimmt – § 41 Abs. 3),

Anlage 5a: Merkblatt für die Briefwahl,

Anlage 20: Stimmzettel (gleichzeitig wurde das Format festgelegt – § 41 Abs. 1).

Des weiteren sind einige Vorschriften geändert worden, die in erster Linie klarstellende Bedeutung haben. Hierbei handelt es sich um die Bestimmung des Zeitpunktes für die Berufung der Beisitzer der Wahlausschüsse (§ 4), die Lockerung des Wohnsitzprinzips für die Mitglieder der Wahlvorstände (§ 6), Einzelheiten der Unterrichtung der Kreiswahlleiter über die Landeslisten (§ 39) sowie um die Anpassung der wahlrechtlichen Vorschriften an die geltende Rechtslage im Reisekostenrecht (§ 9), im Ordnungswidrigkeitenrecht (§ 10) und im Bereich der Verwaltungszustellung (§ 86).

## *Hamburg verlor ein Bundestagsmandat*

Ein grundlegendes Phänomen der letzten Bundestagswahl war das von verschiedenen Wählerinitiativen propagierte Stimmensplitting. Im Ergebnis dieser Aufteilung der Erst- und Zweitstimme war eine Verschiebung der Stimmenanteile zwischen der SPD und F.D.P. festzustellen, wie sie sich bei keiner der

vorangegangenen Wahlen eingestellt hat (s. Tabelle 1).

Tabelle 1

Stimmenanteile in % nach dem Bundesergebnis

Parteien	1957	1961	1965	1969	1972
	1	2	3	4	5
<b>SPD</b>					
Erststimmen .....	32,0	36,5	40,1	44,0	48,9
Zweitstimmen .....	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8
Differenz <sup>1)</sup> .....	-0,2	-0,3	-0,8	-1,3	-3,1
<b>CDU</b>					
Erststimmen .....	39,7	36,3	38,9	37,1	35,7
Zweitstimmen .....	39,7	35,8	38,0	36,6	35,2
Differenz <sup>1)</sup> .....	-	-0,5	-0,9	-0,5	-0,5
<b>CSU</b>					
Erststimmen .....	10,6	9,7	9,9	9,5	9,7
Zweitstimmen .....	10,5	9,6	9,6	9,5	9,7
Differenz <sup>1)</sup> .....	-0,1	-0,1	-0,3	-	-
<b>F.D.P.</b>					
Erststimmen .....	7,5	12,1	7,9	4,8	4,8
Zweitstimmen .....	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4
Differenz <sup>1)</sup> .....	+0,2	+0,7	+1,6	+1,0	+3,6

<sup>1)</sup> Differenz Zweitstimmen gegenüber Erststimmen.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1969 treten 1972 bei der CDU und CSU die gleichen Differenzen zwischen den Erst- und Zweitstimmen-Anteilen auf. Würde man auch bei der F.D.P. dieselbe Differenz (+ 1,0 %) wie 1969, also für 1972 ebenfalls einen Anteil von nur 5,8 % zugrundelegen, und die Stimmen in Höhe der Differenz von + 2,6 % der SPD zuschlagen, hätte im Bundesgebiet ohne Berlin 1972 die SPD statt 230 immerhin 243 und die F.D.P. statt 41 nur 29 Abgeordnetensitze errungen:

Parteien	Tatsächliches Ergebnis			Theoretisch mögliches Ergebnis		
	Stimmenanteil in %	Letzte zum Zuge gekommene Höchstzahl	Anzahl der Sitze	Stimmenanteil in %	Letzte zum Zuge gekommene Höchstzahl	Anzahl der Sitze
SPD ....	45,8	74 674	230	48,4	74 619	243
CDU ...	35,2	74 524	177	35,2	74 947	176
CSU ....	9,7	75 316	48	9,7	75 316	48
F.D.P. ...	8,4	76 341	41	5,8	74 919	29
Zusammen ....	99,1		496	99,1		496

Die Auswirkung auf Hamburg würde darin bestanden haben, daß die F.D.P. statt 2 Sitze nur 1 Mandat und die SPD statt 9 Sitzen 10 Mandate erhalten hätte. Auf keinen Fall wären Hamburg wieder 17 Mandate wie 1969 zuerkannt worden, sondern nur 16.

Parteien	Höchstzahl für die Zuerkennung des letzten Sitzes der Parteien im Bund nach der Landesliste	Für einen weiteren Sitz in Hamburg wären ... Zweitstimmen benötigt worden	Zahl der tatsächlich abgegebenen Zweitstimmen	Fehlende Zweitstimmen für einen weiteren Sitz	Auf Grund der tatsächlich abgegebenen Zweitstimmen hätte das einen Anteil von ... % bedeutet
SPD ....	73 131 (230. Sitz)	731 320 (73132x10)	673 517	57 803	59,1 (+ 4,7)
CDU ...	72 689 (177. Sitz)	436 140 (72690x 6)	411 974	24 166	35,3 (+ 2,0)
F.D.P. ..	68 104 ( 41. Sitz)	204 315 (68105x 3)	138 607	65 708	16,5 (+ 5,3)

Hamburg wird im 7. Deutschen Bundestag durch folgende Abgeordnete vertreten sein, und zwar durch 9 für die SPD, 5 für die CDU und 2 für die F.D.P.:

	Nr. des Wahlkreises
<b>SPD</b>	
Glombig, Eugen	12
Berkhan, Wilhelm	13
Nölling, Dr., Wilhelm	14
Apel, Dr., Hans	15
Meinecke, Dr., Rolf	16
Pawelczyk, Alfons	17
Schmidt, Helmut	18
Wehner, Herbert	19
Staak, Werner	Landesliste
<b>CDU</b>	
Blumenfeld, Erik	Landesliste
Damm, Carl	"
Gewandt, Heinrich	"
Orgaß, Gerhard	"
Rollmann, Dietrich Wilhelm	"
<b>F.D.P.</b>	
Kirst, Victor	Landesliste
Schuchardt, Helga	"

Gegenüber der Bundestagswahl 1969 hat im Wahlkreis Nr. 17 ein Wechsel von Frau Dr. Ilse Elsner gegen A. Pawelczyk stattgefunden, der bereits 1969 über die Landesliste gewählt worden ist. Dr. Arndt als Bewerber auf Platz 10 der Landesliste der SPD ist nicht wiedergewählt worden. Der auf Platz 9 der Landesliste der SPD gewählte W. Staak ist bereits 1970 als Listennachfolger in den Bundestag eingetreten.

Bei der CDU ist Dr. K. Schmid-Burgk ausgeschieden, bei der F.D.P. ist Frau Helga Schuchardt hinzugekommen.

Welche Voraussetzungen hätten bestehen müssen, um Hamburg zu einem 17. Abgeordneten zu verhelfen? Darüber soll untenstehende Modellrechnung Aufschluß geben.

Damit wird sichtbar, daß die CDU die größte Chance für die Erringung eines weiteren Abgeordnetensitzes gehabt hätte.



Tabelle 2

## Zahl der Einwohner und Wahlberechtigten in den acht Hamburger Wahlkreisen 1969 und 1972

Wahlkreise	Einwohner			Wahlberechtigte			Abweichung von der Durchschnittsgröße eines Wahlkreises im Bundesgebiet ohne Berlin			
	1. 1. 1969	1. 1. 1972	Zu- bzw. Abnahme	28. 9. 1969	19. 11. 1972	Zu- bzw. Abnahme	Einwohner 1. 1. 1972		Wahlberechtigte 19. 11. 1972	
							absolut	%	absolut	%
Nr.	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
12 Hamburg-Mitte ....	196 300	175 600	- 20 700	143 100	133 900	- 9 200	- 64 000	- 26,7	- 33 200	- 19,9
13 Altona .....	228 100	229 300	+ 1 200	169 600	172 500	+ 2 900	- 10 300	- 4,3	+ 5 400	+ 3,2
14 Eimsbüttel .....	260 600	255 000	- 5 600	194 300	192 200	- 2 100	+ 15 400	+ 6,4	+ 25 100	+ 15,0
15 Hamburg-Nord I ...	218 400	205 200	- 13 200	161 900	156 900	- 5 000	- 34 400	- 14,4	- 10 200	- 6,1
16 Hamburg-Nord II ...	214 600	201 800	- 12 800	165 400	163 200	- 2 200	- 37 800	- 15,8	- 3 900	- 2,3
17 Wandsbek .....	258 100	263 100	+ 5 000	189 000	199 600	+ 10 600	+ 23 500	+ 9,8	+ 32 500	+ 19,4
18 Bergedorf .....	240 000	246 100	+ 6 100	171 600	182 600	+ 11 000	+ 6 500	+ 2,7	+ 15 500	+ 9,3
19 Harburg .....	206 800	205 500	- 1 300	146 600	147 700	+ 1 100	- 34 100	- 14,2	- 19 400	- 11,6
Insgesamt										
absolut	1 822 900	1 781 600	- 41 300	1 341 500	1 348 600	+ 7 100				
%	100	97,7	- 2,3	100	100,5	+ 0,5				
Dagegen:										
Bundesgebiet ohne Berlin										
absolut	58 322 000	59 419 000	+ 1 097 000	38 677 000	41 446 000	+ 2 769 000				
%	100	101,9	+ 1,9	100	107,2	+ 7,2				
Durchschnittsgröße eines Wahlkreises	235 200	239 600	+ 4 400	156 000	167 100	+ 11 100				

## Größenunterschiede der Wahlkreise haben zugenommen

Die entscheidende Ursache für den Verlust des 17. Bundestagsmandats für Hamburg ist in der Entwicklung der Bevölkerungszahl zwischen den beiden Wahlen zu suchen.

Einer Abnahme der Einwohnerzahl zwischen dem 1. 1. 1969 und dem 1. 1. 1972 von rd. 41 000 in Hamburg (- 2,3 %) steht im Bundesgebiet eine Zunahme von rd. 1,1 Mill. (+ 1,9 %) gegenüber. Der infolge des herabgesetzten Wahlalters bedingte Zuwachs durch die 18- bis 21jährigen konnte für Hamburg nur eine geringfügige Erhöhung der Wahlberechtigtenzahl (+ 0,5 %) bewirken, dagegen führte er im Bundesgebiet zu einer um 7,2 % höheren Anzahl der Wahlberechtigten. Bei der Bundestagswahl 1969 hatte Hamburg immerhin noch einen Anteil von 3,47 % der Wahlberechtigtenzahl des Bundesgebietes. Diese Prozentzahl, bezogen auf die 496 Abgeordnetensitze, macht 17,21 Sitze aus. Dagegen verringerte sich dieser Anteil bei der Bundestagswahl 1972 auf 3,25 %, was bei einer Abgeordnetenzahl von 496 im Bundesgebiet ohne Berlin nur 16,12 Sitze bedeutet. Anhand dieser einfachen Anteilsrechnung wird deutlich, daß Hamburg für die Bundestagswahl 1972 mit dem Verlust des 17. Mandats hätte rechnen müssen.

Wie der Tabelle 2 zu entnehmen ist, haben sich die Wahlkreise bevölkerungsmäßig weiterhin unterschiedlich entwickelt. Während bei der Einwohnerzahl am 1. 1. 1969 zwischen dem kleinsten Wahlkreis Nr. 12 Hamburg-Mitte und dem größten Wahlkreis Nr. 14 Eimsbüttel eine Differenz von 64 300 Personen festzustellen ist, vergrößerte sich am 1. 1. 1972 der Abstand zwischen dem kleinsten Wahlkreis Nr. 12 Hamburg-Mitte und dem größten Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek auf 87 500 Personen.

Ähnliche Unterschiede zwischen dem kleinsten und größten Wahlkreis werden auch bei der Anzahl der Wahlberechtigten am 28. 9. 1969 in Höhe von 51 200

und am 19. 11. 1972 von 65 700 Personen sichtbar. Die Spalten 7 bis 10 der erwähnten Tabelle 2 geben die Abweichungen von der Durchschnittsgröße eines Wahlkreises zu erkennen. Auch hier liegen die Extremwerte wieder beim Wahlkreis Nr. 12 (- 26,7 bzw. - 19,9 %) sowie beim Wahlkreis Nr. 17 (+ 9,8 bzw. + 19,4 %). Auffallend sind die starken Abweichungen zwischen der Einwohnerzahl und der Anzahl der Wahlberechtigten bei den acht hamburgischen Wahlkreisen. Die Ursache hierfür erklärt sich aus den unterschiedlichen Anteilen der nichtwahlberechtigten Personen, wie sie die auf die Wahlkreise umgerechneten Ergebnisse der Volkszählung 1970 deutlich machen:

Wahlkreise	Anteile in % an der Wohnbevölkerung 1970	
	der unter 18jährigen	der Ausländer
12 Hamburg-Mitte .	17,4	5,4
13 Altona .....	21,8	3,6
14 Eimsbüttel .....	19,6	3,9
15 Hamburg-Nord I	18,3	2,8
16 Hamburg-Nord II	18,0	2,1
17 Wandsbek .....	24,4	1,9
18 Bergedorf .....	24,8	2,7
19 Harburg .....	24,1	4,3
Insgesamt .....	21,2	3,3

Bemerkenswert ist der überdurchschnittliche Anteil der unter 18jährigen in den vier Wahlkreisen Nr. 18 Bergedorf, Nr. 17 Wandsbek, Nr. 19 Harburg und Nr. 13 Altona, dem gemäß Tabelle 2, im Gegensatz zu den anderen vier Wahlkreisen, eine Zunahme der Wahlberechtigtenzahl zwischen den beiden letzten Wahlen gegenübersteht. Die sich in diesen Zentren städtischer Neubautätigkeit widerspiegelnden Wachstumsschwerpunkte der Bevölkerung lassen den Zuzug insbesondere von Familien mit Kindern erkennen. Dagegen hätten die anderen Wahlkreise eine dem Rückgang der Einwohnerzahl entsprechende Entwicklung der Anzahl der Wahlberechtigten aufzuweisen gehabt, wenn nicht die rd. 50 000 18- bis 21jährigen

wahlberechtigt geworden wären. Die Gesamtzahl der Erstwähler aus den Jahrgängen 1948 bis 1954 betrug rd. 110 000.

Bei einer rückläufigen Einwohnerzahl von Hamburg insgesamt und bei fünf teilweise erheblich unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Wahlkreisgrößen wird sich nicht eine Diskussion darüber vermeiden lassen, ob Hamburg weiterhin der Anspruch auf acht Wahlkreise erhalten bleiben wird. Im Vergleich zur Einwohnerzahl am 1. 1. 1972 von 239 600 für einen durchschnittlichen Wahlkreis lag der Hamburger Durchschnitt von 222 700 (1 781 600 : 8) zwar um rd. 17 000 (7 %) darunter, dagegen handelt es sich bei einer Anzahl der Wahlberechtigten am 19. 11. 1972 von 167 100 im Bundesgebiet immerhin um eine von 168 600 für Hamburg (1 348 600 : 8; also um eine über der Durchschnittsgröße des Bundes liegende Anzahl. Wie bereits als eine der Änderungen des Wahlrechts herausgestellt worden ist, bleiben bei der Wahlkreiseinteilung die Ausländer künftig unberücksichtigt. Ob die Außerachtlassung dieser Bevölkerungsgruppe Hamburg die erforderliche Toleranzbreite sichern wird, hängt von den Abweichungen gegenüber der Mindestgröße eines Wahlkreises im Bundesgebiet ab, über die die Wahlkreis-Kommission für die 7. Wahlperiode des Bundestages wird zu verhandeln haben.

#### Neuaufteilung führte in Hamburg zu 1 500 Wahlbezirken

Hamburg ist für die letzte Bundestagswahl in 1 502 Wahlbezirke eingeteilt worden. Gegenüber der Wahl von 1969 hat sich die Zahl der Wahlbezirke um 276 erhöht:

Wahlkreise Nr.	Anzahl der Wahlbezirke		Anzahl der Wahlberechtigten im Durchschnitt je Wahlbezirk	
	1972	1969	1972	1969
12 Hamburg-Mitte .	150	130	893	1 100
13 Altona . . . . .	192	161	899	1 053
14 Eimsbüttel . . . . .	208	173	924	1 123
15 Hamburg-Nord I	171	146	918	1 109
16 Hamburg-Nord II <sup>1)</sup> . . . . .	181	149	902	1 110
17 Wandsbek <sup>1)</sup> . . . . .	224	166	891	1 139
18 Bergedorf . . . . .	207	164	882	1 046
19 Harburg . . . . .	169	137	874	1 070
Insgesamt . . . . .	1 502	1 226	898	1 094

<sup>1)</sup> 1969 umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1972.

Im Ergebnis dieser Wahlbezirksabgrenzung konnte die auf einen Wahlbezirk durchschnittlich entfallende Anzahl der Wahlberechtigten gegenüber 1969 um rd. 200 vermindert werden. Damit wurde für 1972 eine gleichmäßigere Besetzung erreicht. Während bei der Bundestagswahl 1969 die Durchschnittszahlen noch zwischen 1 046 (Wahlkreis Nr. 18 Bergedorf) und 1 139 (Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek) schwankten, verringerte sich die Spannweite 1972 auf 50 (Wahlkreis Nr. 19 Harburg mit 874 gegenüber Wahlkreis Nr. 14 Eimsbüttel mit 924). Neben der Aufteilung zu groß gewordener Wahlbezirke in Neubaugebieten ist die um 22,5 % vermehrte Anzahl der Wahlbezirke vor

allem auf eine Maßnahme zurückzuführen, die getroffen wurde, um den Wahlvorständen die Abwicklung der Wahlhandlung zu erleichtern und um die Auszählung des vorläufigen Ergebnisses zu beschleunigen. Von dieser Aktion sind alle Wahlbezirke betroffen worden, die mehr als 1 400 Wahlberechtigte umfaßten. Um die Vergleichbarkeit der Wahlergebnisse zu erhalten – dies ist insbesondere für wahlstatistische Untersuchungen und für Wahlanalysen von Bedeutung –, wurden die Wahlbezirke grundsätzlich innerhalb ihrer Grenzen von 1969 aufgeteilt.

Durch die erhöhte Anzahl der Wahlbezirke ist auch der Bedarf an ehrenamtlichen Wahlhelfern für die Tätigkeit in den Wahlräumen angewachsen. Einschließlich einer notwendigen Reserve mußten für den Wahltag rd. 18 000 wahlberechtigte Bürger für die Aufgabe zur Verfügung stehen. Da die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich für diese ehrenamtliche Mitwirkung zur Verfügung zu stellen, von Wahl zu Wahl geringer geworden ist, hat der Senat durch Erlaß einer Anordnung die Behörden und Ämter der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet, den Bezirksämtern Angehörige des öffentlichen Dienstes namhaft zu machen, die als wahlberechtigte Bürger zur Mitarbeit in den Wahlvorständen verpflichtet werden können.

Es standen nunmehr für diese Wahl insgesamt rd. 23 000 Bedienstete zur Verfügung, auf die die Bezirksämter bei auftretendem Bedarf zurückgreifen konnten. Die am Wahltage in den Wahlvorständen ehrenamtlich tätigen Personen erhielten in Hamburg eine Aufwandsentschädigung von 20,- DM. Gegenüber 1969 bedeutet dies eine Erhöhung um 5,- DM. Insgesamt mußten hierfür rd. 290 000,- DM aufgewendet werden.

#### Es bewarben sich wieder sieben Parteien mit insbesondere bei der F.D.P. jüngeren Kandidaten

Der Landeswahlausschuß ließ in seiner Sitzung am 20. 10. 1972 unter Vorsitz des Landeswahlleiters, Staatsrat Dahrendorf, die Landeslisten für sieben Parteien, und zwar für die SPD, CDU, F.D.P., DKP, EFP, FSU und NPD mit insgesamt 121 Bewerbern zu. Von den Kreiswahlausschüssen wurde für die SPD, CDU, F.D.P., DKP, EFP und NPD für alle acht Hamburger Wahlkreise, für die FSU nur in den Kreisen 17 Wandsbek und 19 Harburg, je ein Bewerber zugelassen. Gegenüber 1969 hatte sich die EP in EFP umbenannt, die ADF kandidierte nicht mehr, und zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl stellte sich die DKP den Wählern. Außer den 121 für die Landeslisten aufgestellten Bewerbern, die in 39 Fällen gleichzeitig als Wahlkreiskandidaten auftraten, bewarben sich außerdem noch 11 nur um das Direktmandat (davon einer CDU, zwei F.D.P., sechs DKP und zwei NPD), so daß die Gesamtzahl der Bewerber auf Landeslisten und in Wahlkreisen sich auf 132 belief. Darunter befanden sich 24 Frauen, der Anteil der Frauen machte also 18,2 % aus (1969 = 12,3 %).

Parteien, die im Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzten Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Ab-

Tabelle 3

## Die Kandidaten für den Bundestag nach Parteien und Altersgruppen

Altersgruppen	SPD		CDU		F.D.P.		DKP	ADF	EFP/EP		FSU		NPD	
	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
unter 40 .....	6	9	7	5	9	3	9	13	7	6	—	—	5	1
40 bis unter 50 .....	8	5	11	5	7	4	12	9	4	3	3	5	8	2
50 bis unter 60 .....	5	4	2	4	1	5	2	2	5	4	3	3	3	8
60 und mehr .....	1	3	2	3	—	2	—	2	3	2	5	3	4	5
Insgesamt .....	20	21	22	17	17	14	23	26	19	15	11	11	20	16
Durchschnittsalter .....	46	45	44	46	38	49	39	40	45	46	58	52	48	55

geordneten vertreten waren, mußten für die Landesliste mindestens 1 341 Unterschriften (1 % von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten der letzten Bundestagswahl) sowie für jeden Kreiswahlvorschlag 200 Unterschriften von Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkreises beibringen. In Hamburg waren davon die DKP, EFP, FSU und die NPD betroffen.

Wie der Tabelle 3 zu entnehmen ist, hatte sich die F.D.P. besonders um die Verjüngung der Bewerber bemüht. Ihr Anteil der unter 40jährigen verdreifachte sich, das Durchschnittsalter ging um 11 auf 38 Jahre zurück. Einer ähnlichen Entwicklung unterlag die NPD, ihr durchschnittliches Alter verringerte sich um 7 auf 48 Jahre. Demgegenüber erhöhte sich das Durchschnittsalter bei der FSU um 6 auf 58 Jahre. Von den beiden großen Parteien hatte die SPD wieder 14 unter 50jährige, der entsprechende Anteil bei der CDU nahm beträchtlich zu, und zwar von knapp 60 % auf mehr als 80 %.

#### Hamburg hatte nach dem Saarland die höchste Wahlbeteiligung

Auch bei der Bundestagswahl 1972 hat, wie die Tabelle 4 es verdeutlicht, von den acht hamburgischen Wahlkreisen der Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek mit 93,3 % die höchste Wahlbeteiligung aufzuweisen. Die stärkste Zunahme von 5 % (87 auf 92 %) läßt sich bei dem Wahlkreis Nr. 14 Eimsbüttel feststellen.

Tabelle 4

#### Die Wahlbeteiligung in den Hamburger Wahlkreisen 1972 und 1969

Wahlkreise	Bundestagswahl 1972		Bundestagswahl 1969	
	Zahl der Wähler	Wahlbeteiligung in %	Zahl der Wähler	Wahlbeteiligung in %
Nr.	1	2	3	4
12 Hamburg-Mitte ..	118 306	88,4	119 624	83,6
13 Altona .....	159 089	92,2	148 763	87,7
14 Eimsbüttel .....	176 823	92,0	169 103	87,0
15 Hamburg-Nord I .....	144 433	92,1	142 009	87,7
16 Hamburg-Nord II <sup>1)</sup> .....	151 644	92,9	146 437	88,5
17 Wandsbek <sup>1)</sup> ..	186 199	93,3	167 893	88,8
18 Bergedorf .....	169 029	92,6	151 690	88,4
19 Harburg .....	137 309	92,9	129 462	88,3
Insgesamt .....	1 242 832	92,2	1 174 981	87,6

<sup>1)</sup> 1969 umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1972.

Hamburg-Mitte als Wahlkreis mit der stärksten Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten nimmt mit 88,4 % wieder den untersten Rang ein, der Abstand zum Wahlkreis Nr. 14 Eimsbüttel mit der nächst niedrigsten Wahlbeteiligung macht immerhin 3,6 Prozentpunkte aus.

Waren es 1969 noch rd. 166 500 Personen, die in Hamburg von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machten, verringerte sich die Zahl der Nichtwähler bei der letzten Wahl auf rd. 106 000. Spezielle, ausführlichere Untersuchungen im Zusammenhang mit der Auswertung der repräsentativen Wahlstatistik und in Verbindung mit Sonderauszählungen der Einwohnerkartei werden weitergehende Aufschlüsse über die Struktur der Nichtwähler vermitteln.

Unabhängig davon muß man die enorm hohe Wahlbeteiligung als einen Ausdruck einzigartigen Interesses an der letzten Bundestagswahl 1972 bewerten. Nur ein Bundesland (Bayern) lag knapp unter 90-% (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5

#### Die Wahlbeteiligung in den Bundesländern 1972 und 1969

Bundesländer	Wahlbeteiligung in %		Zunahme 1972 : 1969 in Prozentpunkten
	1972	1969	
	1	2	3
Schleswig-Holstein ...	90,5	86,0	4,5
Hamburg .....	92,2	87,6	4,6
Niedersachsen .....	91,4	87,5	3,9
Bremen .....	91,0	86,3	4,7
Nordrhein-Westfalen ..	91,8	87,3	4,5
Hessen .....	91,7	88,2	3,5
Rheinland-Pfalz .....	91,6	87,0	4,6
Baden-Württemberg ..	90,2	85,1	5,1
Bayern .....	89,8	85,2	4,6
Saarland .....	92,9	89,1	3,8
Bundesgebiet .....	91,1	86,7	4,4

Außer Hessen, Saarland und Niedersachsen zeichnen sich alle übrigen Bundesländer durch eine um 4,5 und mehr Prozentpunkte höhere Zunahme der Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl 1969 aus. Saarland führt auch diesmal die Spitze an. Hamburg, 1969 noch an 3. Stelle gelegen, konnte sich auf den 2. Platz vorschieben. Baden-Württemberg nahm 1969 noch den letzten Rang ein, konnte aber 1972 durch eine höhere Zuwachsrate von 5,1 % Bayern auf den letzten Platz verweisen.

**Anteil der ungültigen Erststimmen gegenüber 1969 um die Hälfte gesunken**

Der schon bei der Bundestagswahl 1969 eingetretene Rückgang des Anteils der ungültigen Stimmen hat sich auch 1972 fortgesetzt:

Jahre	Ungültige Erststimmen		Ungültige Zweitstimmen	
	Anzahl	in % der abgegebenen Erststimmen	Anzahl	in % der abgegebenen Zweitstimmen
1972 .....	7 753	0,6	5 767	0,5
1969 .....	14 397	1,2	8 172	0,7
1965 .....	23 801	2,0	15 855	1,3

Damit haben sich die intensiven Aufklärungsaktionen über die Bedeutung der Erststimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten und insbesondere über die Rolle der für die Mandatsverteilung ausschlaggebenden Zweitstimme für die Wahl einer Landesliste nachhaltig bewährt. Zweifellos hat auch die neue und deutlichere Gestaltung des Stimmzettels, vorgegeben als Anlage 20 der Bundeswahlordnung, die Stimmenabgabe in formaltechnischer Hinsicht erleichtert. Mit welchen unterschiedlichen Anteilen trotzdem die einzelnen Wahlkreise aufwarten, wird aus Tabelle 6 sichtbar.

Tabelle 6

**Die ungültigen Stimmen in den Hamburger Wahlkreisen 1972 und 1969**

Wahlkreise	Ungültige Erststimmen			Ungültige Zweitstimmen		
	1972		1969	1972		1969
	Anzahl	%	%	Anzahl	%	%
Nr.	1	2	3	4	5	6
12 Hamburg-Mitte .....	982	0,8	1,8	718	0,6	0,8
13 Altona .....	898	0,6	1,1	688	0,4	0,6
14 Eimsbüttel ..	1 067	0,6	1,1	780	0,4	0,7
15 Hamburg-Nord I .....	947	0,7	1,3	679	0,5	0,7
16 Hamburg-Nord II .....	1 014	0,7	1,3	753	0,5	0,7
17 Wandsbek ..	973	0,5	1,0	747	0,4	0,6
18 Bergedorf ..	998	0,6	1,2	762	0,5	0,7
19 Harburg .....	874	0,6	1,3	640	0,5	0,8
Insgesamt .....	7 753	0,6	1,2	5 767	0,5	0,7

Von den Wahlkreisen hatte Hamburg-Mitte zwar sowohl 1969 als auch 1972 den höchsten Anteil ungültiger Erst- und Zweitstimmen, konnte ihn jedoch am stärksten senken, und zwar um einen Prozentpunkt bei den ungültigen Erststimmen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß auch dort die niedrigste Wahlbeteiligung zu verzeichnen war. Wandsbek dagegen hatte nur einen Anteil von 0,5 % bei den ungültigen Erststimmen und zusammen mit Altona und Eimsbüttel einen von 0,4 % bei den ungültigen Zweitstimmen. Inwieweit die Ausfüllung des Stimmzettels insbesondere älteren Mitbürgern Schwierigkeiten bereitete und ob diese einen gewissen Zusammenhang mit

der Altersstruktur erkennen lassen, darüber gibt Tabelle 7 Aufschluß.

Tabelle 7

**Der Anteil der 65jährigen und älteren Einwohner nach der Volkszählung 1970**

Wahlkreise	Anteil der 65 Jahre und mehr alten Einwohner		Abweichung der ungültigen Erststimmen 1972 vom Hamburg-Durchschnitt
	%	Abweichung vom Hamburg-Durchschnitt	
Nr.	1	2	3
12 Hamburg-Mitte .....	18,7	+ 1,8	+ 0,2
13 Altona .....	17,2	+ 0,3	—
14 Eimsbüttel .....	16,8	— 0,1	—
15 Hamburg Nord I .....	20,6	+ 3,7	+ 0,1
16 Hamburg-Nord II ..	19,2	+ 2,3	+ 0,1
17 Wandsbek .....	15,0	— 1,9	— 0,1
18 Bergedorf .....	14,2	— 2,7	—
19 Harburg .....	14,5	— 2,4	—
Insgesamt .....	16,9	—	—

Die drei Wahlkreise Nr. 12 Hamburg-Mitte, Nr. 15 Hamburg-Nord I und Nr. 16 Hamburg-Nord II mit den höchsten Anteilen der 65jährigen und älteren Einwohner haben gleichzeitig auch die höchste positive Abweichung bei den ungültigen Erststimmen vom Gesamtdurchschnitt Hamburgs aufzuweisen, dagegen hebt sich deutlich beim Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek eine Korrelation im negativen Sinne ab.

Auch bei der Bundestagswahl 1972 konnte Hamburg, wie Tabelle 8 entnehmbar, seinen ersten Platz behaupten, d. h. unter den Bundesländern den Anteil ungültiger Stimmen wieder am niedrigsten halten.

Tabelle 8

**Die Anteile der ungültigen Erst- und Zweitstimmen in den Bundesländern**

Länder	Ungültige Erststimmen in %		Ungültige Zweitstimmen in %	
	1972	1969	1972	1969
		1	2	3
Schleswig-Holstein .....	1,1	1,8	0,7	1,2
Hamburg .....	0,6	1,2	0,5	0,7
Niedersachsen .....	1,0	1,9	0,7	1,4
Bremen .....	1,0	2,4	0,7	1,1
Nordrhein-Westfalen .....	1,2	2,4	0,6	1,4
Hessen .....	1,0	2,3	0,7	1,7
Rheinland-Pfalz .....	1,4	2,3	1,1	2,0
Baden-Württemberg .....	1,3	2,9	1,0	2,3
Bayern .....	1,5	2,7	0,9	1,8
Saarland .....	1,8	3,6	1,5	2,9
Bundesgebiet .....	1,2	2,4	0,8	1,7

Eine über die Hälfte des Bundesdurchschnitts hinausgehende Verminderung des Anteils der ungültigen Erststimmen haben zu verzeichnen:

	Abnahme in Prozentpunkten
Bremen	1,4
Hessen	1,3
Baden-Württemberg	1,6
Saarland	1,8

Bei den Zweitstimmen fallen insbesondere die Abnahmen bei Nordrhein-Westfalen (0,8 Prozentpunkte), Hessen (1,0 Prozentpunkte) und auch wieder bei Baden-Württemberg (1,3 Prozentpunkte) auf.

*In drei Wahlkreisen Hamburgs errang die SPD 64 % der Erststimmen*

Erwartungsgemäß konnte die SPD in allen acht Hamburger Wahlkreisen ihre Direktkandidaten er-

folgreich durchbringen. Mit nahe an die Zweidrittel-Mehrheit herankommenden Anteilen erreichte sie mit E. Glombig im Wahlkreis Nr. 12 Hamburg-Mitte 64,6 %, mit H. Schmidt im Wahlkreis Nr. 18 Bergedorf 64,0 % und mit H. Wehner im Wahlkreis Nr. 19 Harburg ebenfalls 64,0 % der abgegebenen gültigen Erststimmen. Aber auch in den anderen fünf Wahlkreisen konnte sie ihre Spitzenposition mit Anteilen von 55,0 % bis 62,3 % eindeutig behaupten. Bei einer Zunahme von rd. 72 000 oder 2,4 % für Hamburg

Tabelle 9

**Gültige Erststimmen bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969 in Hamburg**

Nr.	Wahlkreise	Gültige Erststimmen insgesamt		davon					
				SPD		CDU		F.D.P.	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		1	2	3	4	5	6	7	8
<b>Bundestagswahl 1972</b>									
12	Hamburg-Mitte	117 324	100	75 786	64,6	34 275	29,2	5 649	4,8
13	Altona	158 191	100	90 590	57,3	57 478	36,3	8 322	5,3
14	Eimsbüttel	175 756	100	103 139	58,7	60 829	34,6	9 615	5,5
15	Hamburg-Nord I	143 486	100	82 854	57,7	51 323	35,8	7 486	5,2
16	Hamburg-Nord II	150 630	100	93 885	62,3	46 293	30,7	8 798	5,9
17	Wandsbek	185 226	100	101 872	55,0	68 981	37,2	12 392	6,7
18	Bergedorf	168 031	100	107 510	64,0	51 757	30,8	6 960	4,1
19	Harburg	136 435	100	87 363	64,0	40 940	30,0	6 530	4,8
Insgesamt		1 235 079	100	742 999	60,2	411 876	33,3	65 752	5,3
<b>Bundestagswahl 1969<sup>1)</sup></b>									
12	Hamburg-Mitte	117 513	100	71 363	60,7	36 069	30,7	4 473	3,8
13	Altona	147 135	100	81 317	55,3	53 358	36,3	5 865	4,0
14	Eimsbüttel <sup>2)</sup>	167 209	100	93 542	56,0	58 529	35,0	7 063	4,2
15	Hamburg-Nord I	140 215	100	78 428	55,9	50 005	35,7	5 558	4,0
16	Hamburg-Nord II <sup>3)</sup>	144 599	100	86 522	59,8	46 166	31,9	5 533	3,8
17	Wandsbek <sup>3)</sup>	166 189	100	91 431	55,0	60 089	36,2	7 678	4,6
18	Bergedorf	149 918	100	91 624	61,1	47 116	31,4	4 921	3,3
19	Harburg	127 806	100	76 629	60,0	40 756	31,9	4 249	3,3
Insgesamt <sup>2)</sup>		1 160 584	100	670 856	57,8	392 088	33,8	45 340	3,9

Noch: Tabelle 9

**Gültige Erststimmen bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969 in Hamburg**

Nr.	Wahlkreise	davon							
		DKP <sup>1)</sup>		EFP <sup>1)</sup>		FSU		NPD	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		9	10	11	12	13	14	15	16
<b>Bundestagswahl 1972</b>									
12	Hamburg-Mitte	1 007	0,9	110	0,1	—	—	497	0,4
13	Altona	1 119	0,7	150	0,1	—	—	532	0,3
14	Eimsbüttel	1 364	0,8	162	0,1	—	—	647	0,3
15	Hamburg-Nord I	1 130	0,8	138	0,1	—	—	555	0,4
16	Hamburg-Nord II	1 007	0,7	134	0,1	—	—	513	0,3
17	Wandsbek	1 084	0,6	162	0,1	136	0,1	599	0,3
18	Bergedorf	1 050	0,6	151	0,1	—	—	603	0,4
19	Harburg	889	0,7	92	0,1	73	0,0	548	0,4
Insgesamt		8 650	0,7	1 099	0,1	209	0,0	4 494	0,4
<b>Bundestagswahl 1969<sup>1)</sup></b>									
12	Hamburg-Mitte	1 721	1,5	—	—	—	—	3 887	3,3
13	Altona	1 659	1,1	506	0,3	153	0,1	4 277	2,9
14	Eimsbüttel <sup>2)</sup>	1 896	1,1	510	0,3	232	0,1	5 120	3,1
15	Hamburg-Nord I	1 578	1,1	396	0,3	210	0,1	4 040	2,9
16	Hamburg-Nord II <sup>3)</sup>	1 705	1,2	404	0,3	58	0,1	4 211	2,9
17	Wandsbek <sup>3)</sup>	1 547	0,9	470	0,3	327	0,2	4 647	2,8
18	Bergedorf	1 562	1,1	399	0,3	181	0,1	4 115	2,7
19	Harburg	1 446	1,1	295	0,2	144	0,1	3 589	2,8
Insgesamt <sup>2)</sup>		13 114	1,1	2 980	0,3	1 305	0,1	33 886	2,9

<sup>1)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich bei der DKP um die Stimmenanteile der ADF und bei der EFP um die Anteile der EP.

<sup>2)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 wurden noch für parteilose Einzelbewerber im Wahlkreis Nr. 14: 317 und im Wahlkreis Nr. 19: 698, für Hamburg insgesamt also 1 015 Erststimmen abgegeben.

<sup>3)</sup> Umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1972.

insgesamt konnte H. Wehner im Wahlkreis Nr. 19 Harburg mit 4 % den höchsten Stimmenzuwachs für die SPD gegenüber 1969 verbuchen, gefolgt von E. Glombig mit 3,9 %. Der Kandidat des Wahlkreises Nr. 17 Wandsbek, A. Pawelczyk, erreichte – wie 1969 Frau Dr. Ilse Elsner – 55 %.

Zwar konnte die CDU im Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek mit 37,2 % durch K. Francke und im Wahlkreis Nr. 13 Altona wieder mit 36,3 % durch E. Blumenfeld ihre höchsten Erststimmen-Anteile erzielen, blieb aber mit 33,3 % um 0,5 % unter dem Hamburg-Ergebnis von 1969. Deutlich unter diesem Durchschnitt liegt der Bewerber des Wahlkreises Nr. 12 Hamburg-Mitte, D. Rollmann, mit 29,2 %, des Wahlkreises Nr. 19 Harburg, C. Damm, mit 30 %, des Wahlkreises Nr. 16 Hamburg-Nord II, G. Orgaß, mit 30,7 % sowie die Kandidatin des Wahlkreises Nr. 18 Bergedorf, Frau Irma Blohm, mit 30,8 %.

Die F. D. P. konnte die bei der Bundestagswahl 1969 verloren gegangene Schwelle von 5 % mit 6,7 % im Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek durch ihren Kandidaten, Dr. R. Bialas, und in weiteren vier Wahlkreisen (Nr. 13–16) wieder überschreiten. Das Gesamtergebnis von 5,3 % der abgegebenen gültigen Erststimmen läßt aber hier noch nicht eine entscheidende Veränderung erkennen.

Bedeutungslos sind die Stimmenanteile der vier übrigen Parteien. Die DKP konnte zwar noch den höchsten Anteil von 0,7 % erreichen, kam aber nicht an die 1,1 % heran, die 1969 die ADF noch errungen hatte. Als bezeichnend für das Abschneiden der Splitterparteien sind die Ergebnisse von EFP und FSU anzusehen, die in den von ihnen vertretenen Wahlkreisen noch nicht einmal die 200 Wähler gewinnen konnten, von denen sie für die Zulassung als Wahlkreisbewerber Unterschriften beizubringen hatten. Noch krasser fiel der Stimmenverlust bei der NPD von 2,9 % auf 0,4 % aus.

*Die F.D.P. Hamburgs setzte sich mit einem Zweitstimmen-Anteil von 11,2 % an die Spitze der Bundesländer*

Als ein in der Geschichte der Nachkriegswahlen herausragendes Ereignis ist das bei der letzten Bundestagswahl praktizierte Splitting der Erst- und Zweitstimme zu bewerten. Die Auswirkungen auf die SPD und F.D.P. im Bundesmaßstab wurden bereits im Zusammenhang mit Tabelle 1 behandelt. Aus der folgenden Tabelle 10 läßt sich dieses bisher einmalige Wahlverhalten insbesondere für Hamburg feststellen.

Außer Hamburg mit den zweithöchsten Stimmenanteilen für die SPD (60,2 bzw 54,4 %) und dem höchsten Zweitstimmen-Anteil für die F.D.P. (11,2 %) haben Hessen mit dem dritthöchsten Erststimmen-Anteil für die SPD (53,3 %) und dem dritthöchsten Zweitstimmen-Anteil für die F.D.P. (10,2 %) sowie Bremen mit den jeweils höchsten Stimmenanteilen für die SPD (61,8 bzw. 58,1 %) und dem zweithöchsten Zweitstimmen-Anteil für die F.D.P. (11,1 %) die absolut niedrigsten Differenzen von 0,1 bzw. 0,3 Prozentpunkten zwischen den SPD- und F.D.P.-Unterschieden der Erst- und Zweitstimmen-Anteile aufzuweisen.

Wenn nun eine Hinwendung zu Tabelle 11 mit den hamburgischen Wahlkreisergebnissen erfolgt, ist bei der SPD eine leichte Abnahme des Zweitstimmen-Anteils um 0,2 Prozentpunkte gegenüber der Bundestagswahl 1969 für Hamburg insgesamt zu vermerken, obwohl sie neben dem Wahlkreis Nr. 16 Hamburg-Nord II wieder – wie bei den Erststimmen – im Wahlkreis Nr. 12 Hamburg-Mitte um 2,3 Prozentpunkte, im Wahlkreis Nr. 19 Harburg um 2,2 Prozentpunkte und im Wahlkreis Nr. 18 Bergedorf um 1,5 Prozentpunkte höhere Stimmengewinne gegenüber 1969 erzielen konnte. Besonders beachtenswert ist demgegenüber der Rückgang im Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek um 2,9 Prozentpunkte auf 48,4 %.

Die CDU konnte ebenfalls den bei der Bundestagswahl 1969 errungenen Zweitstimmen-Anteil von

Tabelle 10

**Die Unterschiede zwischen den Erst- und Zweitstimmen-Anteilen von SPD und F.D.P. bei der Bundestagswahl 1972 nach Ländern**

Länder	SPD			F.D.P.			Absolute Differenz <sup>2)</sup>
	Erst-	Zweit-	Unterschied <sup>1)</sup>	Erst-	Zweit-	Unterschied <sup>1)</sup>	
	Stimmen-Anteile in %			Stimmen-Anteile in %			
	1	2	3	4	5	6	7
Schleswig-Holstein .....	52,1	48,6	— 3,5	4,2	8,6	+ 4,4	0,9
Hamburg .....	60,2	54,4	— 5,8	5,3	11,2	+ 5,9	0,1
Niedersachsen .....	51,5	48,1	— 3,4	4,5	8,5	+ 4,0	0,6
Bremen .....	61,8	58,1	— 3,7	7,1	11,1	+ 4,0	0,3
Nordrhein-Westfalen .....	52,8	50,4	— 2,4	4,9	7,8	+ 2,9	0,5
Hessen .....	53,3	48,5	— 4,8	5,3	10,2	+ 4,9	0,1
Rheinland-Pfalz .....	47,6	44,9	— 2,7	4,8	8,1	+ 3,3	0,6
Baden-Württemberg .....	42,8	38,9	— 3,9	5,6	10,2	+ 4,6	0,7
Bayern .....	39,4	37,8	— 1,6	4,0	6,1	+ 2,1	0,5
Saarland .....	50,5	47,9	— 2,6	4,0	7,1	+ 3,1	0,5
Bundesgebiet .....	48,9	45,8	— 3,1	4,8	8,4	+ 3,6	0,5

<sup>1)</sup> Unterschied Zweitstimmen-Anteile gegenüber Erststimmen-Anteile  
<sup>2)</sup> Differenz zwischen Unterschied der SPD (Sp. 3) und Unterschied der F.D.P. (Sp. 6).

Tabelle 11

## Gültige Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969 in Hamburg

Nr.	Wahlkreise	Gültige Zweitstimmen insgesamt		davon					
				SPD		CDU		F.D.P.	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		1	2	3	4	5	6	7	8
Bundestagswahl 1972									
12	Hamburg-Mitte	117 588	100	71 602	60,9	34 407	29,3	10 112	8,6
13	Altona	158 401	100	80 568	50,9	56 644	35,8	19 549	12,3
14	Eimsbüttel	176 043	100	91 971	52,2	60 831	34,6	21 321	12,1
15	Hamburg-Nord I	143 754	100	72 449	50,4	51 661	35,9	18 058	12,6
16	Hamburg-Nord II	150 891	100	86 928	57,6	46 533	30,8	15 823	10,5
17	Wandsbek	185 452	100	89 694	48,4	68 596	37,0	25 461	13,7
18	Bergedorf	168 267	100	97 610	58,0	52 850	31,4	16 222	9,6
19	Harburg	136 669	100	82 695	60,5	40 452	29,6	12 061	8,8
Insgesamt		1 237 065	100	673 517	54,4	411 974	33,3	138 607	11,2
Bundestagswahl 1969 <sup>1)</sup>									
12	Hamburg-Mitte	118 706	100	69 528	58,6	36 678	30,9	5 905	5,0
13	Altona	147 800	100	77 509	52,5	52 364	35,4	10 363	7,0
14	Eimsbüttel	167 997	100	88 300	52,6	58 986	35,1	11 725	7,0
15	Hamburg-Nord I	140 951	100	72 957	51,8	50 773	36,0	9 866	7,0
16	Hamburg-Nord II <sup>2)</sup>	145 399	100	83 074	57,1	46 713	32,1	8 219	5,7
17	Wandsbek <sup>2)</sup>	166 907	100	85 688	51,3	60 211	36,1	12 761	7,6
18	Bergedorf	150 608	100	85 107	56,5	50 298	33,4	8 134	5,4
19	Harburg	128 441	100	74 888	58,3	41 223	32,1	6 233	4,9
Insgesamt		1 166 809	100	637 051	54,6	397 246	34,0	73 206	6,3

Noch: Tabelle 11

## Gültige Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969 in Hamburg

Nr.	Wahlkreise	davon							
		DKP <sup>1)</sup>		EFP <sup>1)</sup>		FSU		NPD	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
		9	10	11	12	13	14	15	16
Bundestagswahl 1972									
12	Hamburg-Mitte	843	0,7	75	0,1	54	0,0	495	0,4
13	Altona	903	0,6	133	0,1	34	0,0	570	0,3
14	Eimsbüttel	1 030	0,6	143	0,1	64	0,0	683	0,4
15	Hamburg-Nord I	827	0,6	131	0,1	68	0,0	560	0,4
16	Hamburg-Nord II	895	0,6	100	0,1	57	0,0	555	0,4
17	Wandsbek	851	0,4	127	0,1	112	0,1	611	0,3
18	Bergedorf	828	0,5	125	0,1	36	0,0	596	0,4
19	Harburg	767	0,6	76	0,1	55	0,0	563	0,4
Insgesamt		6 944	0,6	910	0,1	480	0,0	4 633	0,4
Bundestagswahl 1969 <sup>1)</sup>									
12	Hamburg-Mitte	1 709	1,4	230	0,2	127	0,1	4 529	3,8
13	Altona	1 724	1,2	516	0,3	165	0,1	5 159	3,5
14	Eimsbüttel	2 076	1,2	513	0,3	240	0,1	6 157	3,7
15	Hamburg-Nord I	1 744	1,3	437	0,3	197	0,1	4 977	3,5
16	Hamburg-Nord II <sup>2)</sup>	1 816	1,3	425	0,3	156	0,1	4 996	3,4
17	Wandsbek <sup>2)</sup>	1 605	1,0	471	0,3	303	0,2	5 868	3,5
18	Bergedorf	1 523	1,0	429	0,3	183	0,1	4 934	3,3
19	Harburg	1 456	1,1	308	0,2	139	0,1	4 194	3,3
Insgesamt		13 653	1,2	3 329	0,3	1 510	0,1	40 814	3,5

<sup>1)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich bei der DKP um die Stimmenanteile der ADF und bei der EFP um die Anteile der EP.<sup>2)</sup> Umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1972.

34,0% nicht halten. Dazu fehlten ihr 0,7 Prozentpunkte. In den drei Wahlkreisen, wo die SPD die höchsten Gewinne verbuchen konnte, mußte sie die größten Verluste hinnehmen, und zwar im Wahlkreis Nr. 19 Harburg mit 2,5 Prozentpunkten, im Wahlkreis Nr. 18 Bergedorf mit 2,0 Prozentpunkten und im Wahlkreis Nr. 12 Hamburg-Mitte mit 1,6 Prozentpunkten. Nur in den beiden Wahlkreisen Nr. 17 Wandsbek

und Nr. 13 Altona konnte sie leichte Verbesserungen von 0,9 bzw. 0,4 Prozentpunkten erreichen, also auch wieder dort, wo sie ihre höchsten Erststimmen-Anteile aufzuweisen hat.

Wie bereits verschiedentlich herausgestellt worden ist, war der große Gewinner bei der letzten Wahl die F. D. P. Mit den 11,2% in Hamburg hat sie sich an

die Spitze der Bundesländer geschoben und gleichzeitig den höchsten Stimmenzuwachs von 4,9 Prozentpunkten gesichert (vgl. Tabelle 12).

Tabelle 12

**Zweitstimmen-Anteile der F.D.P. bei der Bundestagswahl 1972 und 1969 nach Ländern**

Länder	Zweitstimmen-Anteile in %		Zunahme in Prozentpunkten
	1972	1969	
	1	2	
Schleswig-Holstein .....	8,6	5,2	3,4
Hamburg .....	11,2	6,3	4,9
Niedersachsen .....	8,5	5,6	2,9
Bremen .....	11,1	9,3	1,8
Nordrhein-Westfalen ....	7,8	5,4	2,4
Hessen .....	10,2	6,7	3,5
Rheinland-Pfalz .....	8,1	6,3	1,8
Baden-Württemberg .....	10,2	7,5	2,7
Bayern .....	6,1	4,1	2,0
Saarland .....	7,1	6,7	0,4
Bundesgebiet .....	8,4	5,8	2,6

Bei einer Betrachtung der acht hamburgischen Wahlkreise anhand der Tabelle 11 hebt sich ein überdurchschnittlicher Anstieg im Wahlkreis 17 Wandsbek mit 6,1 Prozentpunkten, im Wahlkreis Nr. 15 Hamburg-Nord I mit 5,6 Prozentpunkten, im Wahlkreis Nr. 13 Altona mit 5,3 Prozentpunkten sowie im Wahlkreis Nr. 14 Eimsbüttel mit 5,1 Prozentpunkten ab.

Die übrigen vier Parteien sind mit Zweitstimmen-Anteilen von 0,1 bis 0,6 % fast bedeutungslos geworden. Besonders fällt der beträchtliche Rückgang bei der NPD von 3,5 % (1969) auf 0,4 % (1972) auf. Auch bei den Zweitstimmen konnten EFP und FSU wenigstens nicht jeweils die 1 341 Stimmen auf sich vereinigen, die sie als Unterschriftsquorum zwecks Zulassung ihrer Landeslisten beizubringen hatten.

Das folgende Schaubild soll noch einmal zusammenfassend den Trendverlauf der Zweitstimmen-Anteile bei den Bundestagswahlen in Hamburg seit 1949 verdeutlichen.

*Anzahl der Briefwähler noch geringer als 1961*

Als eine der Neuerungen gegenüber der Bundestagswahl 1969 ist die Bestimmung nach § 17 der Bundeswahlordnung anzusehen, zusammen mit der Wahlbenachrichtigung einen Vordruck auf Ausstellung eines Wahlscheines zu versenden. Damit soll insbesondere älteren Mitbürgern der Erwerb eines Wahlscheines erleichtert werden. Bei einer Gegenüberstellung der Zahl der Wahlscheinwähler seit der Bundestagswahl 1957, bei der die Briefwahl zum ersten Mal praktiziert wurde, wird eine nicht gleichmäßig verlaufende Entwicklung sichtbar (s. Tabelle 13).

Abgesehen von den fast bedeutungslosen Anteilen der Wahlscheinwähler in Wahlbezirken, d. h. der Gruppe von Wählern, die sich an der Wahl durch Stimmabgabe in einem beliebigen Wahlbezirk ihres Wahlkreises beteiligt oder ihre Teilnahme dadurch gesichert haben, daß sie wegen fehlender Eintragung

Tabelle 13

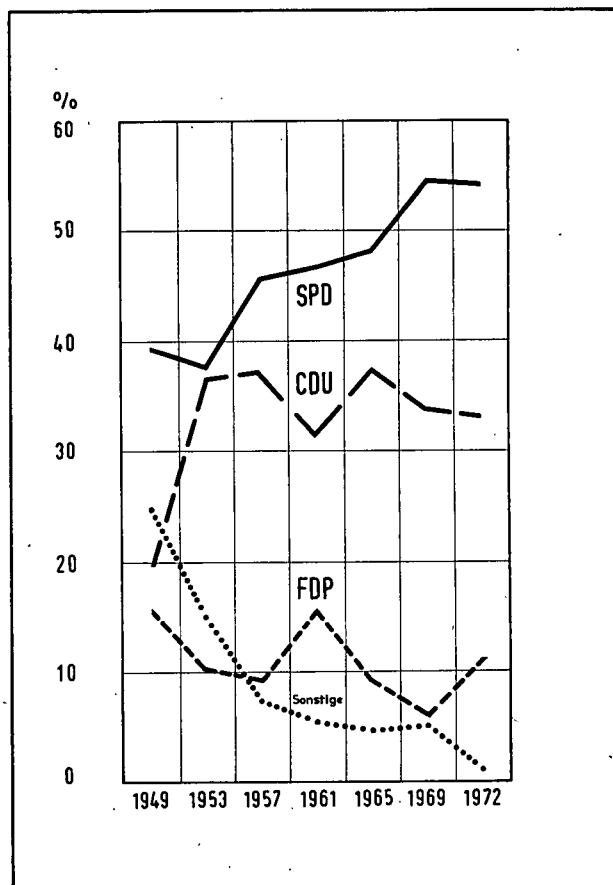
**Die Wahlscheinwähler in Hamburg seit 1957**

Art der Wahlscheinwähler	Bundestagswahl				
	1972	1969	1965	1961	1957
	1	2	3	4	5
Wahlscheinwähler insgesamt ..	89 838	106 943	114 226	91 416	74 508
davon in Wahlbezirken ....	1 064	985	2 771	606	708
Briefwähler ..	88 774	105 958	111 455	90 810	73 800
Wahlscheinwähler in % der Wähler insgesamt .....	7,2	9,1	9,5	7,4	6,3
davon: in Wahlbezirken ....	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1
Briefwähler ..	7,1	9,0	9,3	7,4	6,2

in das Wählerverzeichnis auf Antrag einen Wahlschein erhielten (§ 22 Abs. 2 BWO), hat sich die Zahl der Briefwähler bei der Bundestagswahl 1972 nicht in dem Maße erhöht, wie man infolge des erleichterten Beantragungsverfahrens auf Ausstellung von Wahlscheinen vorher hätte vermuten können. Gegenüber 1969 sind rd. 17 000 Briefwähler oder 16 % weniger zu verzeichnen, gegenüber 1965 sogar rd. 23 000 oder 20 %. Offensichtlich spielt die Jahreszeit, in der

Schaubild

**Zweitstimmen-Anteile der Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1949 in Hamburg**



Statistisches Landesamt Hamburg

h



Tabelle 14

## Die Briefwähler in Hamburg bei den Bundestagswahlen 1972, 1969 und 1965

Nr.	Wahlkreise	1972		1969		1965	
		Zahl der Briefwähler	in % der Wähler	Zahl der Briefwähler	in % der Wähler	Zahl der Briefwähler	in % der Wähler
		1	2	3	4	5	6
12	Hamburg-Mitte .....	7 912	6,7	9 314	7,8	10 780	7,8
13	Altona .....	12 872	8,1	15 800	10,6	16 757	11,3
14	Eimsbüttel .....	13 238	7,5	16 115	9,5	16 808	9,7
15	Hamburg-Nord I .....	12 381	8,6	15 687	11,0	16 980	11,0
16	Hamburg-Nord II .....	10 430	6,9	12 622	8,6	13 839	8,8
17	Wandsbek .....	13 680	7,3	15 967	9,5	15 095	9,6
18	Bergedorf .....	10 404	6,2	11 665	7,7	11 839	8,0
19	Harburg .....	7 857	5,7	8 788	6,8	9 357	7,3
	Insgesamt .....	88 774	7,1	105 958	9,0	111 455	9,3

gewählt wird, die entscheidende Rolle. Der 19. November, an dem diesmal die Wahl stattfand, fällt nun mal nicht in eine für hiesige Verhältnisse bevorzugte Urlaubs- und Reisezeit, wie man es doch viel eher von dem 19. September (1965) oder dem 28. September (1969) behaupten kann.

Wie bei den beiden vorangegangenen Wahlen warteten auch diesmal die acht hamburgischen Wahlkreise mit sehr unterschiedlichen Briefwahl-Anteilen auf (s. Tabelle 14).

Von den Wahlkreisen hatte Hamburg-Nord I wie 1969 wieder den höchsten Anteil (8,6 %), gefolgt von Altona mit 8,1 %. Harburg mit seinen 5,7 % hebt sich als Wahlkreis der wenigsten Briefwähler ab. Im Vergleich zu 1969 haben bei einem Rückgang des Anteils der Briefwähler um 21,1 % für Hamburg insge-

samt darüber liegende Abnahmen zu verzeichnen die Wahlkreise:

Nr. 13 Altona	um 23,6 %
Nr. 17 Wandsbek	um 23,2 %
Nr. 15 Nord I	um 21,8 %

Hamburg-Mitte hat mit 14,1 % die geringste Verminderung aufzuweisen.

Inwieweit die Art der Wahlhandlung, die Brief- oder Urnenwahl sich unterschiedlich auf die Stimmenanteile der Parteien im Hamburger Gesamtmaßstab auswirken, darüber gibt Tabelle 15 Auskunft.

Die SPD hat auch 1972 wieder den höchsten Abstand zwischen Brief- und Urnenwählern, und zwar einen von 9,4 Prozentpunkten vorzuweisen, ihr Briefwähler-Anteil ist gegenüber 1972 etwas mehr zurückgegan-

Tabelle 15

## Die Zweitstimmenanteile der Parteien nach Urnen- und Briefwählern bei den Bundestagswahlen 1972, 1969 und 1965

Parteien	Wahlart	Zweitstimmen-Anteile in %			Zunahmen (+) bzw. Abnahmen (-)		
		1972	1969	1965	1972 gegenüber 1969	1972 gegenüber 1965	1969 gegenüber 1965
		1	2	3	4	5	6
SPD	Urnenwahl .....	55,1	55,4	49,1	- 0,3	+ 6,0	+ 6,3
	Briefwahl .....	45,7	46,5	39,7	- 0,8	+ 6,0	+ 6,8
	zusammen .....	54,4	54,6	48,3	- 0,2	+ 6,1	+ 6,3
CDU	Urnenwahl .....	32,9	33,5	36,9	- 0,6	- 4,0	- 3,4
	Briefwahl .....	38,9	39,8	44,4	- 0,9	- 5,5	- 4,6
	zusammen .....	33,3	34,0	37,6	- 0,7	- 4,3	- 3,6
F.D.P.	Urnenwahl .....	11,0	6,0	9,3	+ 5,0	+ 1,7	- 3,3
	Briefwahl .....	14,3	8,5	11,3	+ 5,8	+ 3,0	- 2,8
	zusammen .....	11,2	6,3	9,4	+ 4,9	+ 1,8	- 3,1

Tabelle 16

**Die Zweitstimmen-Anteile der Urnen- und Briefwähler  
in den Hamburger Wahlkreisen bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969**

Nr.	Wahlkreise	Urnenwähler						Briefwähler					
		SPD		CDU		F.D.P.		SPD		CDU		F.D.P.	
		1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969	1972	1969
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
12	Hamburg-Mitte .....	61,6	59,3	28,8	30,4	8,4	4,8	51,0	49,8	36,0	37,2	11,9	6,9
13	Altona .....	51,9	53,8	35,1	34,4	12,0	6,7	39,6	41,4	43,1	43,8	16,3	9,6
14	Eimsbüttel .....	53,0	53,4	34,0	34,5	11,9	6,8	42,7	44,4	40,9	40,6	15,3	9,2
15	Hamburg-Nord I .....	51,1	52,8	35,5	35,3	12,3	6,7	43,1	43,5	40,0	42,1	15,7	9,3
16	Hamburg-Nord II .....	58,2	57,9	30,4	31,5	10,3	5,5	49,6	48,5	36,8	38,6	12,5	7,7
17	Wandsbek .....	48,8	51,7	36,7	35,9	13,6	7,5	43,0	47,5	40,3	38,1	15,8	9,4
18	Bergedorf .....	58,5	57,1	31,1	33,0	9,5	5,2	50,3	49,6	36,1	38,0	12,5	7,5
19	Harburg .....	61,0	58,7	29,3	31,8	8,6	4,7	52,7	52,2	34,2	36,7	11,9	6,5
Insgesamt .....		55,1	55,4	32,9	33,5	11,0	6,0	45,7	46,5	38,9	39,8	14,3	8,5

gen als ihr Urnenwähler-Anteil. Bei der F.D.P. dagegen läßt sich der geringste Abstand zwischen beiden Wahlarten (nur 3,3 Prozentpunkte, aber hier zugunsten der Briefwahl) feststellen; ihr Briefwähler-Anteil hat etwas stärker zugenommen.

Tabelle 16 spiegelt die Verhältnisse in den acht hamburgischen Wahlkreisen wider.

Die SPD hatte die stärkste Einbuße gegenüber 1969 im Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek sowohl bei den Urnenwählern (-2,9 Prozentpunkte) als auch bei den Briefwählern (-4,5 Prozentpunkte). Mit einem Rückgang um 1,9 bzw. 1,8 Prozentpunkte folgt der Wahlkreis Nr. 13 Altona. Demgegenüber verzeichnet den höchsten Zuwachs der Wahlkreis Nr. 12 Hamburg-Mitte, dessen Anteil sich bei den Briefwählern um 1,2 Prozentpunkte und bei den Urnenwählern um 2,3 Prozentpunkte verbessert hat.

Dafür konnte die CDU im Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek bei den Briefwählern um 2,2 Prozentpunkte und den Urnenwählern um 0,8 Prozentpunkte höhere Zweitstimmen-Anteile im Vergleich zur Bundestagswahl 1969 erzielen. Dagegen mußte sie im Wahlkreis Nr. 19 Harburg jeweils Verluste von 2,5 Prozentpunkten hinnehmen.

Bei der F.D.P. bewegen sich die Zunahmen bei den Briefwählern zwischen 6,7 Prozentpunkten im Wahl-

kreis Nr. 13 Altona und 4,8 Prozentpunkten im Wahlkreis Nr. 16 Hamburg-Nord II, bei Veränderungen der Zweitstimmen-Anteile der Urnenwähler zwischen +6,1 Prozentpunkten im Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek und +3,9 Prozentpunkten im Wahlkreis Nr. 19 Harburg.

Die enormen Schwankungen, vor allem bei den Urnenwählern der SPD (48,8% im Wahlkreis Nr. 17 Wandsbek gegenüber 61,6% im Wahlkreis Nr. 12 Hamburg-Mitte) und bei den Briefwählern zwischen 41,4% (1969 im Wahlkreis Nr. 13 Altona) und 52,7% (1972 im Wahlkreis Nr. 19 Harburg), können nur mit Unterschieden in der regionalen Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur begründet werden. Deren mögliche Einflüsse auf das Wahlverhalten aufzuzeigen, kann nur durch eine mindestens auf Ortsteile abgestellte Analyse erreicht werden. In Verbindung mit der Volkszählung 1970 und im Zusammenhang mit Sonderauszählungen der Einwohnerkartei werden z. Z. derartige Materialzusammenstellungen auf solche typischen Folgewirkungen hin untersucht. Auf jeden Fall werden die in Kürze vorliegenden Gesamtergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, über die genauso berichtet werden wird über die regionalen Sonderauswertungen, die Zusammenhänge von Wählerverhalten, Alter und Geschlecht klären helfen.

Günter Müller

# Regionaldatei

## – Konzeption und Anwendungsmöglichkeiten der Datenbank für Hamburg und das Hamburger Umland –

*Der Verflechtungsbereich der Freien und Hansestadt Hamburg reicht weit über die Grenzen des Stadtstaates in die beiden Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen hinein. Die Betrachtung dieser zusammenhängenden Region erfordert datenmäßig stets die Aufbereitung aus Quellen aller drei Länder. Diese schwierige regionalstatistische Aufgabe der Zusammenstellung und Darbietung von vergleichbarem Datenmaterial für die gesamte Region auf kleinräumiger Grundlage hat das Statistische Landesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern der Nachbarländer übernommen. Der folgende Beitrag gibt einen Bericht über den jetzigen Stand der Arbeit und die Möglichkeiten, die dieses neue Instrumentarium bietet.*

### Konzeption

Der Verstärkerungsprozeß im suburbanen Bereich sowie die wachsende Verflechtung der Großstädte mit ihrem Umland erfordern bei städtischen Analysen und Planungen zunehmend eine über den Bereich der kommunalen Grenzen hinausgehende Betrachtung. Die Größe des Beobachtungsraumes richtet sich nach der jeweiligen Fragestellung und kann von Großräumen, die z. B. durch Handelsbeziehungen abgesteckt sind, bis zu kleinen regionalen Einheiten wie Zweckverbänden, Schuleinzugsbereichen oder sonstigen die Gemeindegrenze überschreitenden Tätigkeitsräumen reichen. Diese Entwicklung hat im Laufe der vergangenen zehn Jahre einen stetig steigenden Bedarf an regionalstatistischen Daten bewirkt, d. h. an Daten für Räume, die in der Regel mehrere Verwaltungseinheiten (Gemeinden, Ortsteile) umfassen, aber unter bestimmten sachlichen Gesichtspunkten gemeinsam betrachtet werden sollen. So sind regionale Konzeptionen wie die der Stadtregionen und der Verdichtungsräume entstanden, die zum ersten Mal einen Vergleich von städtischen Einzugsbereichen auf einheitlicher Abgrenzungsgrundlage ermöglichen. Es entstanden Planungsräume wie der immer wieder als Beispiel genannte Großraum Hannover oder die Bereiche der gemeinsamen Landesplanungen Hamburg/Schleswig-Holstein und Hamburg/Niedersachsen.

Diese Planungsräume sind trotz der Abgrenzung nach strukturellen und funktionalen Gesichtspunkten nicht von der administrativen Gliederung losgelöst. Sie werden immer aus Verwaltungseinheiten (Gemeinden, Landkreise) zusammengesetzt und passen sich in der Regel in solche ein (Regierungsbezirk, Bundesland). Dies ist erforderlich, weil die statistischen Daten in der Regel nur für diese administrativen Einheiten vorliegen.

Das Statistische Landesamt Hamburg hat wegen des wachsenden Bedarfs seit Anfang der sechziger Jahre eine Sammlung der ständig benötigten Daten für die Gemeinden sowie für alle regionalen Gebietseinheiten des Hamburger Umlandes als Kartei aufgebaut. Die häufigsten Anfragen bezogen sich auf die Bereiche der gemeinsamen Landesplanungen Hamburgs mit den Nachbarländern. In Anlehnung daran wurde

für die Umlandkartei ebenfalls der gemeindegewise abgegrenzte Bereich innerhalb des um das Hamburger Rathaus gezogenen Kreises von 40 Kilometern zur Grundlage genommen. Er umfaßt 403 Gemeinden, davon 210 auf schleswig-holsteinischem und 193 auf niedersächsischen Territorium<sup>1)</sup>. Mit der Übernahme der Kartei auf Magnetband sind alle für das Umland erfaßten Daten ebenfalls für die 180 Hamburger Ortsteile aufgenommen worden. Damit ist die gesamte Region Hamburg mit 583 Gebietseinheiten datenmäßig flächendeckend in der „Regionaldatei“ erfaßt.

### Anwendung der Regionaldatei mittels Computerkarten

Alle gewünschten Merkmale und Merkmalskombinationen können nach Vorgabe von Schwellenwerten in einer *Computerkarte* ausgedruckt werden, die die Stadtteile/Kerngebiete der Freien und Hansestadt Hamburg und alle Gemeinden des Umlandes Hamburg bis 40 km erfaßt. Die Darstellung von 10 Schwellenwerten ist möglich. Aus optischen Gründen empfiehlt es sich allerdings, nicht mehr als sechs verschiedene Druckzeichen zu verwenden. Für die automatische Bestimmung von Schwellenwerten sind Standardprogramme für Häufigkeitsverteilungen, Gruppenabgrenzungen usw. vorgesehen.

Als erstes Beispiel für die Darstellung von Regionaldaten in diesem Beitrag<sup>2)</sup> ist die Bevölkerungsentwicklung zwischen den Volkszählungen 1961 und 1970, als zweitens der Beschäftigtenbesatz 1970 gewählt worden.

Deutlich erkennbar wird die ganz allgemein bei Großstädten zu beobachtende Bevölkerungsabnahme im Zentralbereich der Stadt. Es zeigt sich aber eindeutig, daß keineswegs das gesamte Stadtgebiet von einer Bevölkerungsabnahme betroffen ist. Vor allem die an den Stadtrand grenzenden Stadtteile Hamburgs – zugleich die Ausgangspunkte der Aufbau- und Entwicklungsachsen des Umlandes – zeigen im Zehnjahreszeitraum eine stürmische Entwicklung. Diese kann zwar die negative Entwicklung der zen-

<sup>1)</sup> vor der Gebietsreform in Niedersachsen

<sup>2)</sup> Vgl.: „Computerkarten als Darstellungsform von Informationen am Beispiel der Volkszählung 1970“, Hamburg in Zahlen, Heft 10/1972 sowie „Die Hamburger Erwerbstätigen . . .“, Hamburg in Zahlen, Heft 8/1972

Tabelle 1

**Bevölkerungsveränderung 27. 5. 1970 gegenüber 6. 6. 1961 im Raum Hamburg/Umland nach Entfernungszonen**

KENNZIFFER L RB KR GEM REGION, ZUORDN SCHL.	NAME DER GEBIETS- EINHEIT	WOHNBEV. 0350 (0350)		0139 (-0139)		
		STB. VZ70 06.06.61	STB. VZ70 27.05.70	STB. VZ70 06.06.61	STB. VZ70 27.05.70	x K100 / 0139
		<b>Wohnbevölkerung</b>				
		6. 6. 1961		27. 5. 1970		Veränderung
		nach dem Gebiets-		gegenüber		1961
		stand v. 27. 5. 1970		1961		%
		Anzahl	absolut			
02	HAMBURG					
	08ENTF.-ZONE BIS 05KM	708738	564070	144668	20,411	
	08ENTF.-ZONE 05 B. 10KM	731156	735031	3875	0,530	
	08ENTF.-ZONE 10 B. 20KM	386544	489049	102505	26,518	
	08ENTF.-ZONE 20 B. 30KM	5908	5632	276	4,671	
	RZS-SCHL. 08 WERT 9B <sup>1)</sup>	0	41	41	0,000	
	08ENTF.-ZONE UEB. 30KM	0	0	0	0,000	
	*	1832346	1793823	38823	2,102	
01	SCHL.-HOL.					
	08ENTF.-ZONE 10 B. 20KM	158869	222681	63812	40,166	
	08ENTF.-ZONE 20 B. 30KM	157900	186265	28365	17,964	
	08ENTF.-ZONE 30 B. 40KM	128982	144024	15042	11,662	
	*	445751	552970	107219	24,054	
03	N* SACHSEN					
	08ENTF.-ZONE 10 B. 20KM	36069	46663	10594	29,371	
	08ENTF.-ZONE 20 B. 30KM	92947	114106	21159	22,765	
	08ENTF.-ZONE 30 B. 40KM	88375	97933	9558	10,815	
	*	217391	258702	41311	19,003	
<b>INSGESAM</b>		2495488	2605495	110007	4,400	

<sup>1)</sup> Hamburg-Insel Neuwerk

Anm.: Hamburg 08 Entf.-Zone 20 bis 30 km = Stadtteile Wohldorf-Ohlstedt und Altengamme

tralen Stadtteile insgesamt nicht völlig kompensieren – Hamburg verlor 2,1% seiner Wohnbevölkerung –, sie zeigt aber, daß die Menschen bereits innerhalb der Stadtgrenzen einen neuen Wohnsitz finden. Diese stark expandierenden Stadtteile mit Zuwachsraten von mehr als 40% sind z. B. Lurup, Osdorf, Iserbrook, Niendorf, Eidelstedt, Hummelsbüttel, Bergstedt, Rahlstedt, Neugraben-Fischbek.

In der räumlichen Fortsetzung dieser Stadtteile fällt der Kranz von Gemeinden am unmittelbaren Stadtrand auf, die ebenso wie die an den leistungsfähigen Verkehrslinien gelegenen Gemeinden einen enormen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen haben.

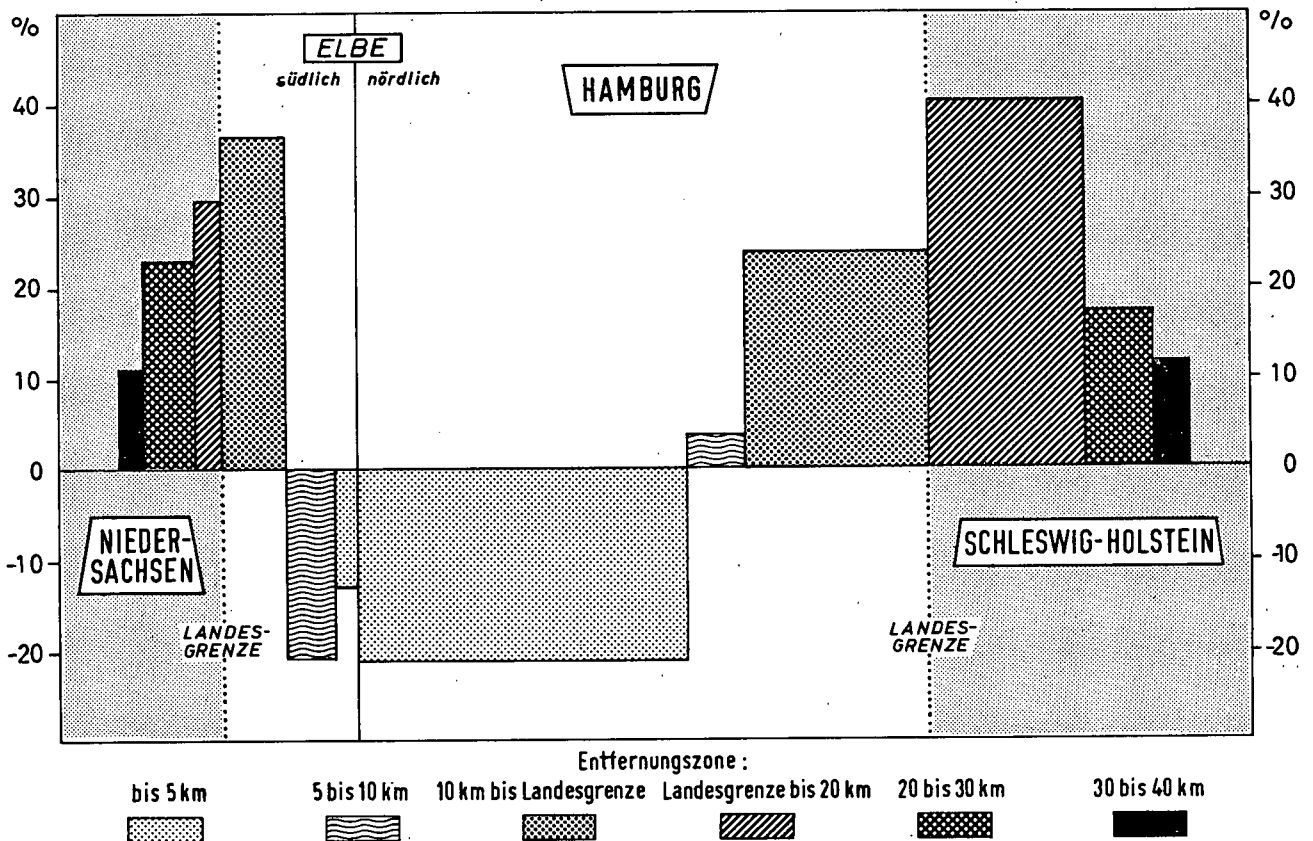
Dieses Bild wird durch Tabelle 1 untermauert. Ausgedrückt wurden aus der Regionaldatei für alle Entfernungszonen des gesamten 40-km-Kreises folgende Werte:

Spalte 1: Wohnbevölkerung am 6. 6. 1961, Gebietsstand 27. 5. 1970; (Schlüssel-Nr. 0139)

Spalte 2: Wohnbevölkerung am 27. 5. 1970, Gebietsstand 27. 5. 1970; (Schlüssel-Nr. 0350)

Mittels der im Folgenden noch näher beschriebenen Standardprogramme ist in Spalte 3 (Subtraktion Wohnbevölkerung 1961 von der Wohnbevölkerung 1970, d. h. Schlüssel-Nrn. 0350 minus 0139) die absolute, in Spalte 4 (Veränderung der Wohnbevölkerung 1961–1970 in % vom Stand des Jahres 1961, d. h. Schlüssel-Nrn. (0350 minus 0139) x K 100 : 0139) die prozentuale Veränderung automatisch berechnet und ausgedrückt worden.

**Veränderung der Wohnbevölkerung im Raum Hamburg/Umland 1961 bis 1970 nach Entfernungszonen**



Die Seitenlänge der Rechtecke auf der Waagerechten entspricht der absoluten Bevölkerungsveränderung je 10 000 = 50 000

Wie auch im *Schaubild* deutlich wird, zeigt sich nach der Bevölkerungsabnahme von 20% im 5-km-Bereich um das Rathaus – nördlich der Elbe ist die negative Entwicklung mit 136 000 Personen (–21%) erheblich stärker als im Süden (ca. 9 000 Personen = –13%) – ein Stagnationsring von 5 km bis 10 km Breite. Der nördliche Teil der Entfernungzone hat dabei bereits um 23 000 Personen (= 4%) zugenommen, während der Süden noch einen Verlust von 19 000 Personen (–21%) zu verzeichnen hatte. Die Steigerung von durchschnittlich 26% in der Zone von 10 km bis zur Landesgrenze – die nördliche Teilzone hat dabei mit 76 000 Personen um 24%, die südliche mit 27 000 Personen bereits um 36% zugenommen – wird im anschließenden Bereich: Landesgrenze bis 20 km in Schleswig-Holstein mit 40% zwar weit und in Niedersachsen mit 29% geringfügig übertroffen, jedoch bleibt die Gesamtentwicklung des nördlichen Umlandes mit 24% und des südlichen Umlandes mit 19% hinter der innerstädtischen Randzone zurück. Denn die Wachstumsintensität nimmt, wie das *Schaubild* und *Tabelle 1* zeigen, mit zunehmender Entfernung von der hamburgischen Landesgrenze ständig ab.

Das zweite Beispiel einer Computerkarte zeigt in Auswertung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung 1970 den Beschäftigtenbesatz (Tätige Personen je 1000 Einwohner) in der Region Hamburg/Umland.

In der Hansestadt zeigt sich die Massierung der Arbeitsplätze im Verhältnis zur dort ansässigen Bevölkerung in den Stadtteilen entlang der Elbe von Finkenwerder bis Billbrook und Harburg sowie nördlich der Elbe in den Kerngebieten und den anschließenden Stadtteilen wie z. B. Stellingen, Lokstedt, Fuhlsbüttel und Barmbek.

Ebenfalls über dem Durchschnitt der gesamten Region von 457 Tätigen Personen je 1000 Einwohner (Schwellenwert 5) liegen im Umland das Mittelzentrum Stade sowie einige kleinere Gemeinden mit einem oder auch mehreren kleinen Betrieben, aber geringer Wohnbevölkerung.

Durch das große Gewicht Hamburgs – die Hansestadt zählt 541 Beschäftigte auf 1000 Einwohner – liegt der Regionsdurchschnitt erheblich über dem Bundesdurchschnitt von 402 Beschäftigten je 1000 Einwohner. Das Umland Hamburgs bis 40 km erreicht einen Besatz von 271 (Schwellenwert 4), wobei der nördliche Bereich mit 277 höher liegt als der südliche mit 258 Tätigen Personen je 1000 Einwohner.

Über dem Durchschnitt des Umlandes liegen insbesondere Zentrale Orte als Ansatzpunkte wirtschaftlicher Aktivitäten und Gemeinden auf den Aufbauachsen der gemeinsamen Landesplanungen.

### **Gespeicherte Regionaldaten**

Neben den in den beiden Computerkarten bereits verwendeten Merkmalen sind in der Regionaldatei gegenwärtig ca. 800 Merkmale für alle Ortsteile und Gemeinden der Region gespeichert. Quellen sind vor

allem die aus den Großzählungen aufbereiteten Gemeindestatistiken, deren Daten seit der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 maschinell von Magnetbändern auf das Band der Datei übernommen werden. Dies ist durch die Bereitschaft der benachbarten Statistischen Landesämter, Magnetdoppel auszutauschen, möglich geworden.

Für die Stichtage der Großzählungen insbesondere 1950, 1956, 1961, 1968 und 1970/71 liegen u. a. folgende Angaben vor:

#### **aus Volkszählungen**

Fläche, Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Religion und Familienstand, nach Altersgruppen, Mietverhältnis und Mietdauer, nach Schulabschluß und überwiegend Lebensunterhalt; Schüler nach Geschlecht und Schularten; Ausländer, Erwerbstätige nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen und ihrer Stellung im Beruf; Pendler; Privathaushalte sowie Haushalte mit Telefon;

#### **aus Arbeitsstättenzählungen**

Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten nach Wirtschaftsbereichen und -abteilungen; Tätige Personen (Beschäftigte) nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen und -abteilungen;

**aus Landwirtschaftszählungen** (in Hamburg nur für Bezirke bzw. nach 1960 für Ortsamts-/Kerngebiete und ausgewählte Stadtteile)

Arbeitskräfte; land- und forstwirtschaftliche Betriebe nach Betriebs- und Nutzfläche; Art der Nutzflächen; Art des Ackerlandes; Bestand an Tieren;

#### **aus der Handwerkszählung**

Handwerksbetriebe; Tätige Personen; Gesamtumsatz;

#### **aus Gebäude- und Wohnungszählungen**

Wohngebäude nach Gebäudearten, Baujahr und Ausstattung; Wohnungen nach Baujahr der Wohngebäude, nach Anzahl der Räume, nach Ausstattung; die Gesamtwohnfläche und Miete; Wohngelegenheiten nach Ausstattung sowie Wohnparteien nach Art und Anzahl der Personen.

Aus **Fortschreibungen** liegen jährlich Daten über Wohnbevölkerung nach Altersgruppen, Mieterstatus und über Ausländer für die Hamburger Ortsteile sowie über Wohnbevölkerung, Lebendgeborene, Gestorbene, Zu- und Fortzüge und über Wohngebäude und Wohnungen für Gemeinden und Ortsteile vor.

Daneben sind Daten über Bundestags-, Bürgerschafts- und Landtagswahlen in der Regionaldatei gespeichert.

### **Standardprogramme**

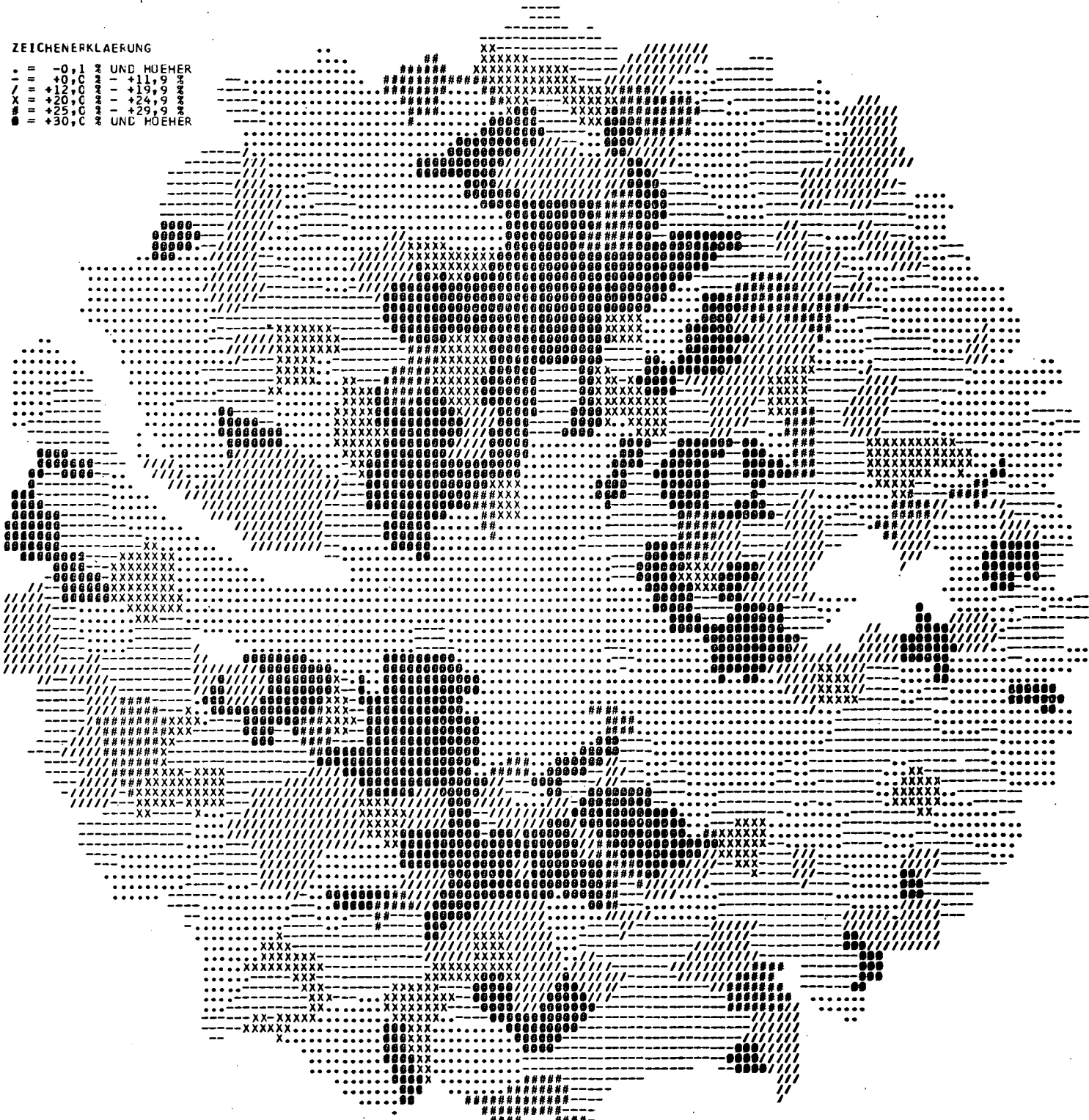
#### **Gebietseinheiten**

Die Werte der gespeicherten Merkmale sind – sofern im Einzelfall die Vorschriften über Geheimhaltung nicht verletzt werden – für jede einzelne der 583 Gebietseinheiten abrufbar.

Bevölkerungsveränderung im Raum Hamburg/Umland zwischen dem 6. 6. 1961 und dem 27. 5. 1970

ZEICHENERKLÄRUNG

- = -0,1 UND HOEHER
  - o = +0,1
  - / = +12,0
  - X = +20,0
  - # = +25,0
  - = +30,0
- UND HOEHER



Tätige Personen je 1000 Einwohner am 27. 5. 1970

ZEICHENERKLÄRUNG

- = 0,0 - 99,9
- = 100,0 - 199,9
- / = 200,0 - 269,9
- ▨ = 270,0 - 449,9
- = 450,0 UND MEHR



Die Programme erlauben die Aggregation innerhalb des Stadtgebietes aus Ortsteilen

zu den administrativen Einheiten

Stadtteil  
Kern-/Ortsamtsgebiet  
Bezirk

sowie  
zu den nichtadministrativen Einheiten

Entfernungszonen um das Hamburger Rathaus  
bis 5 km  
5 km bis 10 km  
10 km bis Landesgrenze

4 Sektoren  
7 Sektoren

im Umland Hamburgs (bis 40 km) aus Gemeinden zu  
Nachbarkreisen, soweit deren Gemeinden im 40-km-Bereich liegen:

Steinburg Hzgt. Lauenburg  
Pinneberg Lüneburg  
Segeberg Harburg  
Stormarn Stade

Entfernungszonen um das Hamburger Rathaus

Landesgrenze bis 20 km  
20 km bis 30 km  
30 km bis 40 km

4 Sektoren

Nordwest (Elbe – B 432)  
Nordost (B 432 – Elbe)  
Süd (Elbe – BAB Bremen)  
West (BAB Bremen – Elbe)

7 Sektoren

Nordnordwest Südost  
Nord Südwest  
Ostnordost West  
Ost

Aufbau- und Entwicklungsgebiete sowie Zwischenachsenräume der „Gemeinsamen Landesplanung“  
Verdichtungsraum Hamburg (gemäß Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 21. November 1968)

Stadtregion Hamburg (Abgrenzung 1961) nach ihren Zonen:

Kernstadt (Freie und Hansestadt Hamburg)  
Ergänzungsgebiet  
Verstädterte Zone  
Randzone.

Die Daten liegen also einmal für alle administrativen Einheiten der Hansestadt und des Umlandes, zum anderen für zahlreiche nichtadministrative Gebiete vor. Darüber hinaus ist jedoch außerdem der Datenabruf für beliebige, auf Ortsteilen und Gemeinden aufbauende regionale Einheiten möglich, wie z. B. für Schuleinzugsbereiche, Abwasserzweckverbände, Nah-

erholungsräume u. a. m. Dazu gehören auch die Kombinationen räumlicher Einheiten, z. B. von Entfernungszonen und Sektoren oder Entfernungszonen und Landkreisen. Über die gesamten Abrufmöglichkeiten gibt ein Merkmalskatalog in Loser-Blatt-Form Auskunft.

Als Beispiel ist in der Tabelle 2 die prozentuale Bevölkerungsveränderung 1961–1970 wie in Tabelle 1 nach Entfernungszonen – jetzt aber für die schleswig-holsteinischen Randkreise ausgedrückt worden.

In jedem Landkreis verringert sich mit zunehmender Entfernung von der Hansestadt die positive Bevölkerungsentwicklung, am krassensten im Landkreis Segeberg von 75% in der Zone 10-20 km auf 17% in der Zone 30-40 km. Dieser Unterschied ist in den anderen Landkreisen mit Werten zwischen maximal 36% und minimal 8% ausgeglichener.

Tabelle 2

Relative Veränderung der Wohnbevölkerung 27. 5. 1970 gegenüber 6. 6. 1961 im nördlichen Umland bis 40 km nach Entfernungszonen der Randkreise

KENNZIFFER L RB KR CEM	NAME DER GEBIETS- EINHEIT	SCHL.	ZUCREN	EINHEIT	(C350 - C139)	Veränderung der Wohn- bevölkerung 1970 gegenüber 1961 in %	Kenn-Nr. u. Name d. Kreises
					> K100 / C139		
01	SCHL.+PCL.	01	C			C1 0 53	HZGT.LAU.
	OBENTF.-ZONE 10 B.2CKM					35,595	
	OBENTF.-ZONE 20 B.3CKM					11,448	
	OBENTF.-ZONE 30 B.4CKM					7,641	
	OBENTF.-ZONE 40 B.5CKM					7,645	
	OBENTF.-ZONE 50 B.6CKM					4,138	
				*		10,465	
01	SCHL.+PCL.	01	C			C1 0 56	PINNEBERG
	OBENTF.-ZONE 10 B.2CKM					20,145	
	OBENTF.-ZONE 20 B.3CKM					14,114	
	OBENTF.-ZONE 30 B.4CKM			*		11,545	
				*		20,573	
01	SCHL.+PCL.	01	C			01 0 60	SEGEBERG
	OBENTF.-ZONE 10 B.2CKM					74,578	
	OBENTF.-ZONE 20 B.3CKM					43,088	
	OBENTF.-ZONE 30 B.4CKM					17,200	
	OBENTF.-ZONE 40 B.5CKM					15,482	
				*		42,694	
01	SCHL.+PCL.	01	C			C1 0 62	STORPARN
	OBENTF.-ZONE 10 B.2CKM					35,091	
	OBENTF.-ZONE 20 B.3CKM					20,164	
	OBENTF.-ZONE 30 B.4CKM					10,593	
	OBENTF.-ZONE 40 B.5CKM					13,381	
				*		22,035	

Anm.: Die o. a. Entfernungszonen über 40 km beinhalten nur ausgewählte Gemeinden.

Zunehmend wächst das Interesse an Daten für Landkreise und kreisfreie Städte im norddeutschen Raum und insbesondere im Untereibegebiet. Aus dem Grunde ist beabsichtigt, neben der Datenbereitstellung für 33 außerhalb des 40-km-Umlandes gelegene wichtige Gemeinden – es sind u. a. Brunsbüttel, Itzehoe, Glückstadt, Bad Bramstedt, Bad Segeberg, Neumünster, Lübeck, Mölln, Ratzeburg, Lauenburg, Lüchow, Dannenberg, Lüneburg, Uelzen, Soltau, Bremervörde, Cuxhaven u. a. m. – ebenfalls alle Daten für folgende Kreise zu speichern und abrufbereit zu halten:



in Schleswig-Holstein

4 Randkreise: Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hztg. Lauenburg

außerdem: Steinburg sowie die oben genannten kreisfreien Städte Neumünster und Lübeck

in Niedersachsen

2 Randkreise: Harburg, Stade

außerdem: Lüneburg, Soltau, Bremervörde, Land Hadeln sowie die oben genannten kreisfreien Städte Lüneburg und Cuxhaven.

Damit wären z. B. der Bereich der Gemeinsamen Landesplanungsarbeit Hamburg/Niedersachsen, der seit Mai 1971<sup>3)</sup> um die Landkreise Lüneburg, Soltau und um Teile von Bremervörde erweitert worden ist, sowie die kreisweise abgegrenzte „Gebietseinheit 3“ des Bundesraumordnungsprogramms (Hamburg mit den 6 Randkreisen, Land Hadeln und die kreisfreie Stadt Cuxhaven) in der Regionaldatei erfaßt.

### Rechenprozesse

Die Standardprogramme ermöglichen im Moment für jede kleinste sowie für jede durch Aggregation entstandene regionale Einheit die Anwendung der vier Grundrechenarten sowie der Prozentuierung. Das bedeutet, sie ermöglichen die automatische Berechnung von Datenkombinationen und Vergleichswerten, wie z. B. *M e ß z a h l e n*. Sie werden zur Messung des Unterschieds zweier oder mehrerer sachgleicher Zahlen zu verschiedenen Zeitpunkten am gleichen Ort oder für verschiedene Orte zum gleichen Zeitpunkt herangezogen.

Möglich ist weiterhin die Berechnung von *Beziehungszahlen*. Sachverschiedene Zahlen werden in Beziehung zueinander gesetzt. Häufig werden Dichtewerte verwendet, d. h. auf Flächen bezogene Zahlen oder pro-Kopf-Werte, d. h. auf die Anzahl der Einwohner bezogene Zahlen.

Bei *Gliederungszahlen* werden Teilgrößen auf die übergeordnete Größe als gemeinsame Basis bezogen. Diese Anteilsziffern sind sowohl sachlich als auch gleichzeitig räumlich möglich, d. h. es können Korrelationen z. B. vom Bevölkerungs- und Flächenanteil bei bestimmten regionalen Einheiten aufgestellt werden.

Als Beispiel sind in *Tabelle 3* aus der Regionaldatei für die Entfernungszonen des Hamburger Umlandes in Spalte 1 die Fläche am 27. 05. 1970 (Schlüsselnummer 0004) ausgedruckt, in Spalte 2 der Anteil der Entfernungszonenfläche (Proz. Merkmal 0004, Regionaler Zuordnungsschlüssel [RZS] 08) an der Gesamtfläche des Umlandes (RZS 00). Mit größerer Entfernung vom Mittelpunkt vergrößern sich logischerweise die Flächen der Entfernungszonen. Geringe Unterschiede in den Flächenangaben für die gleiche Entfernungszone des anderen Landes erge-

<sup>3)</sup> Anlage 1 der 2. Empfehlung der Hauptkommission zur Verwirklichung der gemeinsamen Raumordnungsvorstellungen in der Fassung vom 13. Mai 1971

Tabelle 3

### Anteile von Fläche und Wohnbevölkerung je Entfernungszone an Gesamtfläche bzw. Bevölkerung des Umlandes bis 40 km

KENNZIFFER L RB KR EEM	NAME DER GEBIETS- EINHEIT	FLAECHE RZS 08 27.05.70 HEKTAR	PPCZ. MM 0004 RZS 08	WOHNBEV. GEBIETS- MM 0350 27.05.70 INSGES.	PRCZ. MM 0350 RZS 00 V.FZS 00
<b>ENTFERN.-ZONE 10 B. 20KM</b>					
01	SCHL.HOL.	34174		7,935	27,435
03	N* SACHSEN	24230		5,649	5,849
	*	56504		13,584	33,184
<b>ENTFERN.-ZONE 20 B. 30KM</b>					
01	SCHL.HOL.	65755		19,911	22,948
03	N* SACHSEN	70555		16,382	14,058
	*	136310		36,293	37,006
<b>ENTFERN.-ZONE 30 B. 40KM</b>					
01	SCHL.HOL.	112012		26,009	17,744
03	N* SACHSEN	103858		24,114	12,066
	*	215870		50,123	29,810
INSGESAMT				430594	100,000
				811672	100,000

ben sich aus der gemeindeweisen Begrenzung der Zonen.

In Spalte 3 erscheint die Wohnbevölkerung am 27. 05. 1970 (Schlüsselnummer 0350), in Spalte 4 der prozentuale Anteil der Wohnbevölkerung 1970 (Proz. Merkmal 0350) der Entfernungszone (RZS 08) an der Wohnbevölkerung des Umlandes insgesamt (RZS 00). Die Tabelle zeigt, daß sich mit zunehmender Entfernung von der Landesgrenze das Verhältnis von Flächenanteil zu Bevölkerungsanteil umkehrt. In der Entfernungszone 10 km – 20 km (d. h. Landesgrenze bis 20 km) lebt auf 14 % der Fläche des Umlandes immerhin ein Drittel der Bevölkerung des gesamten Umlandes.

Dabei zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Nachbarländern. Auf etwa gleichen Flächenanteilen von 8 % bzw. 6 % drängen sich in Schleswig-Holstein 27 %, in Niedersachsen aber nur 6 % der Gesamtbevölkerung.

In der Entfernungszone 20 km bis 30 km sind die Verhältnisse ziemlich ausgeglichen. Auf etwa gleichen Flächenanteilen wohnen gleiche Bevölkerungsanteile. In der Entfernungszone 30 km bis 40 km insgesamt befinden sich dagegen nur 30 % der Gesamtbevölkerung auf 50 % der Gesamtfläche. Unterteilt man diese Zone nach den beiden Ländern, so zeigt sich, daß das Verhältnis in Schleswig-Holstein mit 26 % der Fläche zu 18 % der Bevölkerung ausgeglichener ist als in Niedersachsen, wo nur noch 12 % der Menschen auf 24 % der Gesamtfläche des Umlandes wohnen.

Die Karten und Tabellen zeigen, daß insgesamt mit der Regionaldatei den Entscheidungsträgern und der planenden Verwaltung ein benutzerfreundliches Instrument zur Verfügung steht, das mithilfe kann, Strukturverhältnisse und -veränderungen in der von der Großstadt Hamburg geprägten Region sowie in beliebigen Teilräumen von ihr kurzfristig mittels Daten und Datenkombinationen sowie Computerkarten zu analysieren.

Jens Gerhardt

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1971				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	762	765,5	759,0	767,6	767,7
Lufttemperatur	°C	8,6	10	8,9	5,9	3,5	5,7
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	75	87	86	82	86
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	2,7	3,8	3	4
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	4,2	7	5,3	7
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	593	24	74	12	64
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 501	154	37	51	10
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	91	6	16	13	25
Tage mit Niederschlägen	"	256	227	9	23	12	24
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	248,9	...	...	...	246,0
"  "  Altona	"	264,3	259,3	...	...	...	258,4
"  "  Eimsbüttel	"	264,6	254,9	...	...	...	255,0
"  "  Hamburg-Nord	"	401,3	352,6	...	...	...	349,0
"  "  Wandsbek	"	357,5	372,4	...	...	...	373,1
"  "  Bergedorf	"	82,6	94,8	...	...	...	94,6
"  "  Harburg	"	199,0	206,0	...	...	...	205,5
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 788,9	...	...	...	1 781,6
dav. männlich	"	861,9	827,9	...	...	...	824,1
weiblich	"	995,0	961,0	...	...	...	957,5
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	59,8	104,4	...	...	...	111,9
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 081	886 r	750 p	...	1 108 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	7,3	...	...	...	7,3 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 470	1 151 r	1 120 p	...	1 374 r
dar. unehelich	"	143	122	134 r	95 p	...	131 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	9,9	...	...	...	9,1 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,3	...	...	...	9,5 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	...	...	11,8 r	8,4 p	...	...
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 158	2 093 r	2 070 p	...	2 955 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	33	16 r	20 p	...	43 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,5	...	...	...	19,5 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	...	...	...	...	...	...
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>9)</sup>	"	17,2	22,6 r	13,1 r	17,9 p	...	...
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 689 r	- 942 r	- 950 p	...	- 1 581 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 4,0	...	...	...	10,4 r
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 796	...	...	...	6 042
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	7 109	...	...	...	7 626
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 379	- 313	...	...	...	- 1 584
dav. männlich	"	- 37	- 113	...	...	...	- 1 089
weiblich	"	- 342	- 200	...	...	...	- 495
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	13 459	...	...	...	14 285
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus Schleswig-Holstein	"	1 542	1 640	...	...	...	1 724
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	835	1 005	...	...	...	1 049
Niedersachsen	"	1 091	1 045	...	...	...	893
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	272	331	...	...	...	294
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 821	...	...	...	1 620
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	2 290	...	...	...	1 805
b) Fortgezogene nach Schleswig-Holstein	"	2 351	2 665	...	...	...	2 670
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 620	1 964	...	...	...	2 114
Niedersachsen	"	1 268	1 488	...	...	...	1 532
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	525	771	...	...	...	821
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 834	...	...	...	1 775
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	1 122	...	...	...	1 649

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala - <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 - <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. - <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. - <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1971				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	11 749	11 265	11 340	11 255	11 235	11 302
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		273 169	261 148	271 149	267 035	236 315	243 827
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	80,8	82,5	84,2	72,0	73,2
b) Gemeinnützige Krankenhäuser	Anzahl	4 573	4 803	4 690	4 698	4 698	4 811
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		123 729	129 072	131 783	129 122	115 869	121 417
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	88,0	90,1	90,7	79,0	80,9
c) Private Krankenhäuser	Anzahl	745	783	803	787	797	783
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		19 012	19 745	23 614	22 443	14 655	15 854
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	81,1	94,3	92,0	59,1	64,8
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	885	823	820	820	820	820
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		21 274	20 114	20 285	19 880	17 336	17 153
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	81,5	79,8	80,8	69,3	67,5
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		25 628	18 239	17 557	17 014	15 810	16 781
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	88,0	80,8	80,9	72,8	77,4
<b>3. Krankenhäuser für Gelstesranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 743	1 743	1 739	1 739	1 739	1 743
Bettenbestand <sup>1)</sup>		48 245	44 469	43 157	43 601	44 213	44 952
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	87,3	86,0	89,3	87,2	86,6
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 275	1 292	1 289	1 289	1 289	1 292
Bettenbestand <sup>1)</sup>		38 084	38 502	39 210	38 060	39 151	39 329
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	98,0	98,1	98,4	98,0	98,2
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 397	1 422	1 412	1 412	1 397
Bettenbestand <sup>1)</sup>		43 630	42 171	42 622	43 093	43 059	42 171
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	98,1	95,7	99,2	97,3	96,6
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>1)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	685,7	688,6	689,7	689,8	686,3
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	614,8	626,1	627,3	627,8	618,9
<b>2. Öffentliche Bücherhallen</b> einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	441 521	543 663	547 318	469 708	438 936
Ausgeliehene Noten	"	3 241	4 578	6 596	7 327	6 487	5 134
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>1)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	35 979	40 320	40 989	32 498	31 989
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	12 860	14 058	16 211	11 827	12 301
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl		43 961	59 028	65 231	55 996	68 262	57 681
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	693,6	684,9	686,1	685,6	693,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	410,3	402,7	403,8	403,9	409,8
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	50,4	47,8	47,8	47,6	49,9
Rentner	"	175,5	232,9	234,4	234,5	234,1	234,0
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	21,8	22,5	26,2	25,9	25,2
dav. männlich	"	17,9	14,9	15,5	17,9	17,9	17,2
weiblich	"	8,8	6,9	7,0	8,3	8,0	8,0

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1971				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	3 290	4 717	4 969	5 210	4 478
dav. männlich	"	2 318	1 789	2 196	2 719	2 873	2 681
weiblich	"	1 092	1 501	1 781	2 250	2 337	1 797
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	42	26	27	43	140
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	34	34	28	27	82
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	69	91	105	119	165
Elektriker	"	24	20	42	35	34	30
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	36	56	56	67	51
Tischler, Modellbauer	"	24	12	28	50	22	5
Drucker	"	44	40	36	44	50	53
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	18	13	37	23	23
Ernährungsberufe	"	75	88	92	103	63	121
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	127	144	152	184	155
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	84	130	121	122	80
Warenkaufleute	"	368	317	431	453	532	330
Verkehrsberufe	"	313	189	288	308	228	223
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	617	1 226	1 297	1 213	762
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	216	260	293	309	249
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	25 289	18 042	16 585	15 962	17 933
dav. männlich	"	13 014	13 727	9 880	8 849	8 429	9 480
weiblich	"	12 813	11 572	8 162	7 736	7 533	8 453
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>							
dav. männlich	"	5 841	6 402	5 830	5 329	4 237	5 216
weiblich	"	4 134	4 641	4 007	3 733	3 136	3 815
weiblich	"	1 707	1 781	1 823	1 596	1 101	1 401
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	5 705	5 228	4 075	4 745	5 517
weiblich	"	9 955	4 676	4 409	3 387	4 115	4 757
weiblich	"	572	1 029	819	688	630	760
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	9 098	11 747	12 156	12 715	10 902
dav. männlich	"	5 512	4 338	5 951	6 067	6 517	5 566
weiblich	"	2 787	4 760	5 796	6 089	6 198	5 336
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	43 490	.	.	.	.
weiblich	"	5 157	17 014	.	.	.	.
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 598	1 087	1 134	1 291	1 323
dar. an Molkereien geliefert	%	89,0	82,7	93,0	93,0	93,0	93,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	11,2	8,0	8,6	9,5	9,8
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	11 626	10 927	10 836	10 365	11 236
dav. lose	"	3 628	2 282	1 832	1 773	1 588	2 097
in Flaschen	"	.	805	.	.	.	622
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 123	8 523	8 400	8 156	8 056
mit abweich. Fettgehalt (H-Milch)	"	.	88	155	176	170	104
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	329	417	487	451	357
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	579	369	366	334	346
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	9,9	8,0	7,2	5,8	8,5
Kälber	"	2,6	1,9	0,9	0,7	1,1	1,5
Schweine	"	47,0	41,1	37,8	32,4	31,4	37,5
Schafe	"	2,7	1,0	0,9	0,7	0,6	0,4
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	9,0	6,6	6,2	5,0	8,3
Kälber	"	2,5	1,8	0,9	0,7	1,0	1,4
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,6	41,8	38,5	34,2	32,6	39,2
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	"	6 229	6 460	5 714	5 241	4 640	5 975
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	2 277	1 787	1 652	1 366	2 137
Kälber	t	187	160	85	60	87	133
Schweine	"	4 318	3 979	3 811	3 499	3 161	3 671

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1971				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie *)</b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 452	1 150	1 403	1 144	1 437
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	205	196	196	195	200
dar. Arbeiter *)	"	152	130	122	121	122	126
Geleistete Arbeiterstunden *)	1 000	24 859	20 438	19 737	19 710	17 897	20 060
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	178	186	215	190	187
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	139	145	191	173	161
Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	7	5	4	4	6
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	3 577	2 647	2 852	2 958	4 006
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm *)	1 000 cbm		24 621	56 750	52 635	60 696	34 157
Heizölverbrauch	1 000 t	69	62	62	66	71	73
Stromverbrauch	Mio kWh	112	149	184	189	182	168
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	9	13	15	15	10
Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 656	1 789	1 788	1 932	1 770
dar. Auslandsumsatz *)	"	155	224	245	239	321	241
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	125,3	127,5 r	135,7 p	136,8	124,3
Verarbeitende Industrie	"	109,0	123,7	124,8 r	131,0 p	135,1	121,4
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	134,1	146,6 r	149,4 p	148,3	135,0
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	133,1	128,6 r	135,4 p	160,1	132,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	110,3	106,7 r	114,3 p	121,2	106,6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	107,1	101,0 r	110,5 p	100,6	100,2
Bauindustrie	"	103,7	126,9	145,7 r	157,2 p	125,0	115,2
<b>Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 656	1 789 r	1 788	1 932	1 770
Chemische Industrie	"	215	293	319 r	309	305	260
Elektroindustrie	"	101	157	148 r	148	139	138
Maschinenbau	"	143	205	235 r	237	278	235
	"	83	136	143 r	138	197	174
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	13	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	603	645	778	743	760
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	64	55	64	72	69
Vj.-Durchschnitt *)				1. Vj. 1972	2. Vj. 1972	3. Vj. 1972	3. Vj. 1971
<b>3. Handwerk (Meßziffern) *)</b>							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	85,3	82,6	82,8	82,6	86,0
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	171,5	154,6	174,9	181,0	171,3
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	169,7	144,9	171,1	180,4	168,5
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe *)</b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	45 251	44 006	44 609	45 189	44 034
dar. Inhaber	"	1 385	1 240	1 167	1 250	1 240	1 299
Angestellte	"	4 684	5 723	5 882	5 992	6 150	5 829
Arbeiter **)	"	43 102	38 288	36 957	37 367	37 799	36 906
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 235	6 969	6 566	5 460	6 104
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	1 792	2 278	2 103	1 723	2 188
gewerbl. und industr. Bauten	"	1 673	1 768	2 483	2 380	2 019	1 833
öffentliche und Verkehrsbaute	"	2 939	2 675	2 208	2 083	1 718	2 083
Löhne (Bruttosumme **)	Mio DM	46,3	69,7	87	86,2	78,6	70,0
Gehälter (Bruttosumme **)	"	5,9	11,8	13	19,0	18,7	16,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	212,3	216	271,0	455,9	356,0
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	51,9	61	87,0	148,1	97,0
gewerbl. und industr. Bau	"	31,0	70,8	81	96,0	165,9	113,0
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	89,6	74	88,0	141,8	146,0
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	170	247	169	237	137
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"		92	112	103	113	64
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	426	728	355	656	417
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	69,8	148,8	60,1	119,4	71,9
Wohnfläche	1 000 qm	95	88	157	78	140	88
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohnbauten (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	76	62	54	73	101
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	640	491	413	457	599
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	65,7	67,9	50,8	104,8	102,0
Nutzfläche	1 000 qm	73	96	83	87	79	124
Wohnungen	Anzahl	1 388	1 242	2 056	1 032	1 799	1 280

\*) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — \*\*) einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — \*) einschließlich Lehrlingsstunden. — \*) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — \*) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — \*) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August 1969 nicht vergleichbar. — \*) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — \*) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — \*) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — \*\*) einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — \*\*) ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1971				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	174	219	160	227	255
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	445	569	382	672	574
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	68,8	110,8	75,3	127,0	98,8
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	70	52	51	117	112
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	564	447	263	702	654
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	55,4	64,2	29,7	132,4	114,3
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 140</b>	<b>1 299</b>	<b>1 573</b>	<b>1 130</b>	<b>2 042</b>	<b>1 763</b>
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)							
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	191	149	222	789	963
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	117	106	107	369	575
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	382	299	604	2 140	1 979
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	52,7	50,8	99,0	346,3	277,1
Wohnfläche	1 000 qm	96	78	59	127	456	412
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	77	53	60	295	371
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	561	250	232	2 129	2 578
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	50,5	39,6	21,5	271,9	2 474
Nutzfläche	1 000 qm	69	92	56	52	370	410
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 438</b>	<b>1 139</b>	<b>777</b>	<b>1 744</b>	<b>6 465</b>	<b>5 819</b>
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	"	968	547	208	756	3 437	2 824
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert							
<b>5. Bauüberhang</b>							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	15 358	20 400	19 800	15 300	15 358
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	3 804	4 300	4 200	4 000	3 804
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	185	186	186	187	185
Wohnungen	"	636	711	717	718	724	711
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 655	2 677	2 682	2 705	2 655
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	189	228	255	264	248
dar. Warenhäuser	"	130	270	294	365	436	417
Facheinzelhandel	"	120	158	170	184	227	213
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	168	.	.	.	198
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	169	.	.	.	206
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	164	.	.	.	182
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	161 713	.	.	.	174 234
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	211 030	.	.	.	232 468
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	307	483	295	405	387
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	33	42	31	38	34
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	274	441	264	367	353
dav. Rohstoffe							
Halbwaren	"	2	3	2	3	2	5
Fertigwaren	"	50	64	68	48	100	69
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse	"	143	207	371	213	265	279
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	220	357	192	305	288
dar. EWG-Länder	"	65	90	119	73	149	97
EFTA-Länder	"	87	86	201	82	109	87

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. — \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1971				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	"	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
Fremdenmeldungen	1 000	120	118	130	107	84	85
dar. von Auslandsgästen	"	42	41	44	34	26	23
Fremdenübernachtungen	"	232	234	251	210	162	169
dar. von Auslandsgästen	"	90	79	88	67	51	47
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 552	1 612 r	1 423 r	1 456 p	1 523
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 601	1 662 r	1 498 r	1 380 p	1 565
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 775	4 177 r	3 947 r	4 335 p	4 329
dav. Empfang	"	2 229	2 924	3 213 r	3 022 r	3 272 p	3 420
dav. Massengut	"	1 634	2 333	2 583 r	2 400 r	2 680 p	2 781
dar. Mineralöle	"	968	1 435	1 521 r	1 556 r	1 469 p	1 710
Kohle	"	192	173	197 r	146 r	141 p	107
Getreide	"	180	196	173 r	217 r	358 p	389
Sack- und Stückgut	"	595	591	630 r	622 r	592 p	639
Versand	"	713	851	964 r	925 r	1 063 p	909
dav. Massengut	"	292	360	409 r	400 r	532 p	417
Sack- und Stückgut	"	421	491	555 r	525 r	531 p	492
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
Güterempfang	1 000 t	340	402	451	406	352	385
Güterversand	"	309	480	413	457	479	684
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	2 960	2 999	2 486 p	2 469 p	2 598
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	2 953	3 003	2 486 p	2 469 p	2 544
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	138,3	166,1	118,5 p	106,2 p	109,9
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	138,0	151,0	117,2 p	114,7 p	114,3
Angekommene Fracht	t	578	1 122	1 313	1 836 p	1 435 p	1 151
Abgegangene Fracht	"	587	1 207	997	1 068 p	938 p	1 274
Angekommene Post	"	185	278	375	350 p	437 p	414
Abgegangene Post	"	229	351	390	424 p	457 p	500
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 546	12 165	11 742 r	11 823	12 490
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 823	16 461	16 273 r	16 319	17 667
Straßenbahn	"	9 436	4 696	4 479	4 420 r	4 335	4 940
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	13 360	14 964	14 976 r	14 884	14 980
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 451	2 808	2 686 r	2 624	2 598
Private Kraftomnibusse	"	301	275	310	212 r	202	224
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	479,2	479,3	480,3	480,7	479,2
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	"	310,8	432,5	431,5	432,4	432,6	432,5
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	Anzahl	5 071	6 263	5 652	5 399	...	3 900
Lastkraftwagen	"	4 632	5 673	5 052	4 853	...	3 280
Lastkraftwagen	"	362	477	529	472	...	491
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	Anzahl	859	1 058	1 131	1 234	1 026	1 124
Getötete Personen	"	26	27	29	45	40	41
Verletzte Personen	"	1 106	1 405	1 485	1 586	1 395	1 512

<sup>1)</sup> ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Translt. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Berichtigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1971				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	28 143,1	32 775,0	33 438,7	34 824,1	30 530,3
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	8 705,1	10 079,2	10 537,1	11 214,9	9 758,5
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	8 604,6	9 909,5	10 373,3	11 043,7	9 635,5
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	"	.	4 452,7	5 162,5	5 224,9	5 513,6	4 757,6
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	4 008,9	4 706,7	4 775,4	5 067,9	4 383,8
• Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	"	.	14 985,3	17 533,3	17 676,7	18 095,6	16 014,2
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	13 248,9	15 611,5	15 763,0	16 195,1	14 213,0
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	637,5	672,8	677,4	675,5	661,1
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	18 559,3	21 724,5	22 160,8	23 258,7	20 144,7
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	10 451,2	12 455,7	12 868,7	13 575,1	11 452,5
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	.	9 044,5	10 887,0	11 394,7	12 064,2
• Spareinlagen	"	.	4 069,9	8 108,1	9 268,8	9 683,6	8 692,2
• dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	5 399,0	6 069,3	6 345,0	5 770,6
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	472,2	6 041,3	6 488,9	5 525,7
• Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	430,6	496,6	467,6	486,4
• Zinsgutschriften	"	.	12,9	35,8	448,6	415,6	407,1
• Zinslastschriften	"	.	.	.	2,2	2,1	.
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>							
	Anzahl	17	22	19	16	13	16
<b>3. Wechselproteste</b>							
	Anzahl	1 044	815	725	688	699	795
• Betrag	1 000 DM	1 314	2 329	2 579	2 150	2 978	2 509
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>4)</sup></b>							
• Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 410	26 834	26 454	26 226	27 792
• Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 240	3 301	3 468	2 964	3 109
• Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 529	1 720	1 364	1 120	1 467
• Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	455	455	465	405	443
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Haupttztz Hamburg <sup>5)</sup></b>							
• Aktiengesellschaften	Anzahl	162	149	154	153	155	151
• Grundkapital	Mio DM	3 975	5 144	5 717	5 763	5 789	5 444
• Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 306	5 710	5 761	5 866	5 463
• Stammkapital	Mio DM	2 962	4 866	5 045	5 081	5 079	5 110
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>							
	1 000 DM	.	624 117	607 824	618 649	1 102 140	966 011
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	352 023	317 702	289 383	739 388	667 449
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	221 422	252 614	253 610	385 560	331 678
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	78 512	25 347	12 806	230 313	219 305
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	12 091	7 251	6 522	7 918	3 174
• Körperschaftsteuer	"	36 708	39 999	32 490	16 987	115 598	113 291
• Steuern vom Umsatz	"	.	272 694	290 122	329 266	362 751	298 562
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	152 620	181 834	185 559	230 526	184 463
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	119 474	108 288	143 707	132 225	114 099
<b>2.* Bundessteuern</b>							
	1 000 DM	523 065	628 888	758 081	777 122	962 123	775 565
• dar. Zölle	"	45 078	56 144	67 019	65 652	63 103	60 661
• Verbrauchsteuern	"	358 150	551 800	673 588	688 152	863 576	677 210
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	458 107	578 806	570 073	706 419	537 744
<b>3.* Landessteuern</b>							
	1 000 DM	35 517	40 675	23 120	69 086	33 204	28 089
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	17 424	.	45 223	5 121	3 506
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	10 870	10 807	10 592	16 383	11 891
• Biersteuer	"	2 430	3 046	3 114	3 395	3 651	2 911
<b>4.* Gemeindesteuern</b>							
	1 000 DM	46 355	68 987	44 281	193 444	18 123	17 365
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 784	51 289	5 182	166 197	16 306	12 487
• Grundsteuer A	"	73	72	16	391	53	112
• Grundsteuer B	"	5 134	7 321	1 484	25 752	919	4 074
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>							
	1 000 DM	601 215	984 879	1 086 055	1 151 409	1 558 678	1 312 190
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>							
	1 000 DM	157 752	213 828	150 646	243 741	...	417 973
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6)</sup>	"	122 235	135 006	56 480	124 571	...	295 156
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	27 638	71 046	15 900	...	62 252
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	10 509	.	34 184	34 184	32 475
• Außerdem:	"	.	.	.	.	.	.
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	47 969	44 281	125 076	- 50 244	- 47 586
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>7)</sup>	"	.	36 312	17 875	37 222	86 222	77 138
• Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	298 110	212 803	406 040	...	447 524

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. - <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. - <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. - <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. - <sup>5)</sup> nach Zerlegung. - <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1972	August 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauforderungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	166,8	182,7	185,3	187,3	172,0
Einfamiliengebäude	"	113,3	166,5	182,9	185,6	187,7	171,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	167,0	182,4	185,1	186,9	172,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	167,0	182,2	184,5	186,4	171,8
Bürogebäude	"	112,2	166,1	180,4	182,3	184,0	170,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	169,6	180,4	182,6	183,8	173,7
				Januar 1972	April 1972	Juli 1972	Juli 1971
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste	DM	232	363	373	388	397	367
männliche Arbeiter	"	140	221	236	241	247	227
Bruttostundenverdienste	"	5,10	8,08	8,52	8,72	9,01	8,16
männliche Arbeiter	"	3,32	5,44	5,75	5,87	6,04	5,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,5	44,9	43,8	44,5	44,1	44,9
männliche Arbeiter	"	42,2	40,3	41,0	41,1	40,9	41,0
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	41,4	39,5	40,3	39,8	35,8	36,5
männliche Arbeiter	"	37,2	35,0	37,8	36,7	32,0	31,6
weibliche Arbeiter	"						
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte	DM	1 098	1 726	1 846	1 875	1 919	1 741
männlich	"	747	1 244	1 330	1 353	1 394	1 257
weiblich	"	1 182	1 861	1 974	1 998	2 054	1 879
Technische Angestellte	"	748	1 252	1 322	1 343	1 389	1 271
männlich	"						
weiblich	"	1 043	1 636	1 716	1 743	1 787	1 646
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>	"	668	1 143	1 201	1 230	1 264	1 157
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 058	1 659	1 748	1 776	1 820	1 670
weiblich	"	688	1 169	1 234	1 261	1 297	1 183
Technische Angestellte	"	1 176	1 859	1 970	1 989	2 044	1 879
männlich	"	838	1 403	1 477	1 463	1 515	1 414
weiblich	"						
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>	"						
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"						
weiblich	"						
Technische Angestellte	"						
männlich	"						
weiblich	"						
				Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	480	452	...	...	475
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	113	122	"	"	103
bekämpfte Brände	"	221	367	330	"	"	372
dav. Großbrände	"	9	13	16	"	"	13
Mittelbrände	"	28	41	33	"	"	25
Kleinbrände	"	98	169	159	"	"	160
Entstehungsbrände	"	80	133	116	"	"	155
Schornsteinbrände	"	6	11	6	"	"	19
Hilfeleistungen aller Art	"	767	750	750	"	"	735
Rettungswageneinsätze	"	11 033	12 548	12 548	"	"	12 572
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 663	1 801	"	"	1 741
Betriebsunfälle	"	544	467	447	"	"	445
Krankenbeförderungen	"		3 800	2 903	"	"	4 129
Gesamtzahl der Alarmierungen	"		12 280	13 750	"	"	13 782
Außerdem:	"				"	"	
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"		97	84	"	"	84
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 105	11 174	12 353	11 037	11 798
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	14	9	7	8
Sittlichkeitsdelikte	"	214	222	208	217	196	229
Körperverletzung <sup>3)</sup>	"	91	130	94	167	148	153
Raub, räuberische Erpressung	"	41	86	98	98	126	104
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 940	3 688	4 105	3 544	4 270
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 492	3 641	3 943	3 530	3 677
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 432	7 329	8 048	7 074	7 947
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"						
diebstahl	"	180	286	272	220	275	320
Unterschlagung	"	203	160	155	159	142	171
Begünstigung und Hehlererei	"	85	80	63	59	89	86
Betrug und Untreue	"	722	1 019	1 203	1 237	1 231	1 150
Brandstiftung	"	33	39	32	35	41	32
Außerdem:	"						
Verkehrsvergehen <sup>4)</sup>	"	778	1 364	1 579	1 517	1 359	961
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>5)</sup>	"	8 929	21 580	29 160	29 743	28 444	24 992
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	422	485	419	481	440
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>6)</sup>	"	31 317	26 760	31 918	32 415	31 222	32 628

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neue Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Oberretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1972

Großstädte		Bevölkerung					Bevölkerungs-gewinn (+) oder -verlust (-)	Erwerbstätigkeit			Industrie <sup>2)</sup>			
		Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen		Arbeitslose <sup>1)</sup>	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nichtdeutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	MioDM
Berlin	2. Vj.	2 073 <sup>4)</sup>	4 904	9 245	23 313	22 475 <sup>4)</sup>	- 3 503	8 274	19 295	80 518	240 552	116	4 865	2 347
	1. Vj.	2 076 <sup>4)</sup>	4 872	11 082	20 919	22 674 <sup>4)</sup>	- 7 965	14 254	17 425	74 641	241 714	116	4 823	2 323
Hamburg	2. Vj.	1 775	4 029	5 636	18 332	20 069	- 3 344	3 573	20 662	62 441	198 272	112	4 983	2 807
	1. Vj.	1 778	3 969	6 114	19 111	20 567	- 3 601	4 920	18 354	65 791	200 479	113	5 029	2 829
München	2. Vj.	1 336 <sup>p</sup>	2 758	3 135	26 499	30 065	- 3 943	2 571 <sup>7)</sup>	24 078 <sup>7)</sup>	133 689 <sup>7)</sup>	191 159	143	4 696	3 515
	1. Vj.	1 340	2 575	3 635	24 948	21 998	+ 1 890	3 207 <sup>7)</sup>	20 275 <sup>7)</sup>	126 500 <sup>7)</sup>	192 237	144	4 469	3 335
Köln	2. Vj.	841	2 355	2 450	12 969	14 693	- 1 819	3 012	9 907	55 317	135 214	161	3 034	3 608
	1. Vj.	843	2 229	2 734	13 642	13 735	- 598	3 457	8 145	54 768	135 730	161	2 812	3 336
Essen	2. Vj.	689	1 707	2 186	4 911	6 839	- 2 407	3 700	5 877	15 829	62 359	91	1 093	1 586
	1. Vj.	691	1 618	2 583	4 962	6 121	- 2 124	4 063	5 820	16 137	62 828	91	1 015	1 469
Düsseldorf	2. Vj.	647	1 416	1 947	8 656	13 017	- 4 892	1 659	7 381	43 538	117 116	181	2 420	3 740
	1. Vj.	652	1 464	2 263	8 931	10 350	- 2 218	1 885	6 603	43 582	118 835	182	2 359	3 618
Frankfurt/M.	2. Vj.	666	1 593	1 872	14 054	15 868	- 2 093	2 379	17 757	112 022	127 671	192	2 662	3 997
	1. Vj.	668	1 506	2 084	13 716	14 738	- 1 600	2 980	17 077	112 136	129 059	193	2 615	3 915
Dortmund	2. Vj.	644	1 644	2 098	4 848	5 436	- 1 042	3 838	5 905	16 649	75 456	117	1 209	1 877
	1. Vj.	645	1 576	2 276	5 247	4 758	- 211	4 108	4 833	16 255	75 777	118	1 125	1 744
Stuttgart	2. Vj.	629	1 534	1 485	15 680	16 410	- 681	603	15 138	73 464	146 955	234	3 830	6 089
	1. Vj.	629	1 719	1 716	16 289	15 588	+ 704	919	15 070	66 706	147 273	234	3 776	6 003
Bremen	2. Vj.	592	1 549	1 865	6 459	7 946	- 1 803	3 177	6 806	15 751	84 243	142	2 302	3 889
	1. Vj.	594	1 522	2 031	7 543	7 332	- 298	4 010	6 119	15 125	84 368	142	2 096	3 529
Hannover	2. Vj.	517	1 132	1 747	9 218	9 430	- 827	2 512	9 628	34 920	113 933	220	2 178	4 213
	1. Vj.	518	1 208	1 850	8 639	9 187	- 1 190	2 731	10 686	34 349	114 682	221	2 075	4 006

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>4)</sup>			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>5)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	2. Vj.	16 683	475	229	632	4 604	405	2 380	629	306	148	852	3 835	4 988	91 858	27 239
	1. Vj.	12 834	554	267	395	2 847	470	3 158	1 551	210	101	576	3 128	3 833	131 959	40 542
Hamburg	2. Vj.	19 819	568	320	510	3 544	322	1 629	844	371	209	709	3 350	4 520	144 880	102 535
	1. Vj.	15 945	411	231	498	3 800	269	1 849	1 062	283	159	568	2 876	3 965	195 419	115 773
München	2. Vj.	24 780	708	530	575	5 818	321	3 039	1 149	514	385	1 035	2 257	3 048	101 795	81 190
	1. Vj.	15 833	496	370	438	3 723	478	4 167	1 487	467	349	933	2 054	2 864	97 971	77 842
Köln	2. Vj.	9 572	270	321	192	3 004	139	1 444	340	196	233	374	1 550	2 099	80 650	47 051
	1. Vj.	8 038	254	301	166	1 774	111	1 003	365	166	197	373	1 305	1 750	77 833	53 755
Essen	2. Vj.	.	.	.	130	702	145	739	248	42	61	94	941	1 278	30 466	31 877
	1. Vj.	.	.	.	170	1 114	109	627	203	40	58	85	856	1 137	44 256	7 543
Düsseldorf	2. Vj.	8 341	298	461	166 <sup>p</sup>	1 315 <sup>p</sup>	94	689	268	161	249	360	991	1 493	66 188	31 249
	1. Vj.	7 269	255	391	102 <sup>p</sup>	1 027 <sup>p</sup>	36	324	153	156	239	329	902	1 196	101 107	29 396
Frankfurt/M.	2. Vj.	12 377	543	815	217	938	23	198	140	325	488	617	1 291	1 671	150 037	46 432
	1. Vj.	9 752	407	609	201	1 160	34	276	106	265	397	515	1 161	1 476	126 827	8 481
Dortmund	2. Vj.	9 023	252	391	165	1 048	180	864	177	43	67	81	896	1 197	41 737	26 480
	1. Vj.	7 922	193	299	173	850	190	592	263	42	65	80	835	1 116	47 346	6 334
Stuttgart	2. Vj.	12 295	389	618	173	959	190	1 379	654	132	210	316	914 <sup>p</sup>	1 308 <sup>p</sup>	63 855	44 271
	1. Vj.	8 482	289	459	235	1 723	126	854	89	119	189	297	787	1 121	73 790	9 153
Bremen	2. Vj.	.	.	.	328	1 049	151	653	489	88	149	171	1 030	1 247	38 496	26 794
	1. Vj.	.	.	.	301	916	89	494	80	67	113	139	759	925	42 577	28 582
Hannover	2. Vj.	6 446	193	373	123	792	71	426	94	115	222	210	884	1 131	42 584	29 982
	1. Vj.	4 878	178	344	90	594	53	637	136	96	185	173	706	965	60 876	5 074

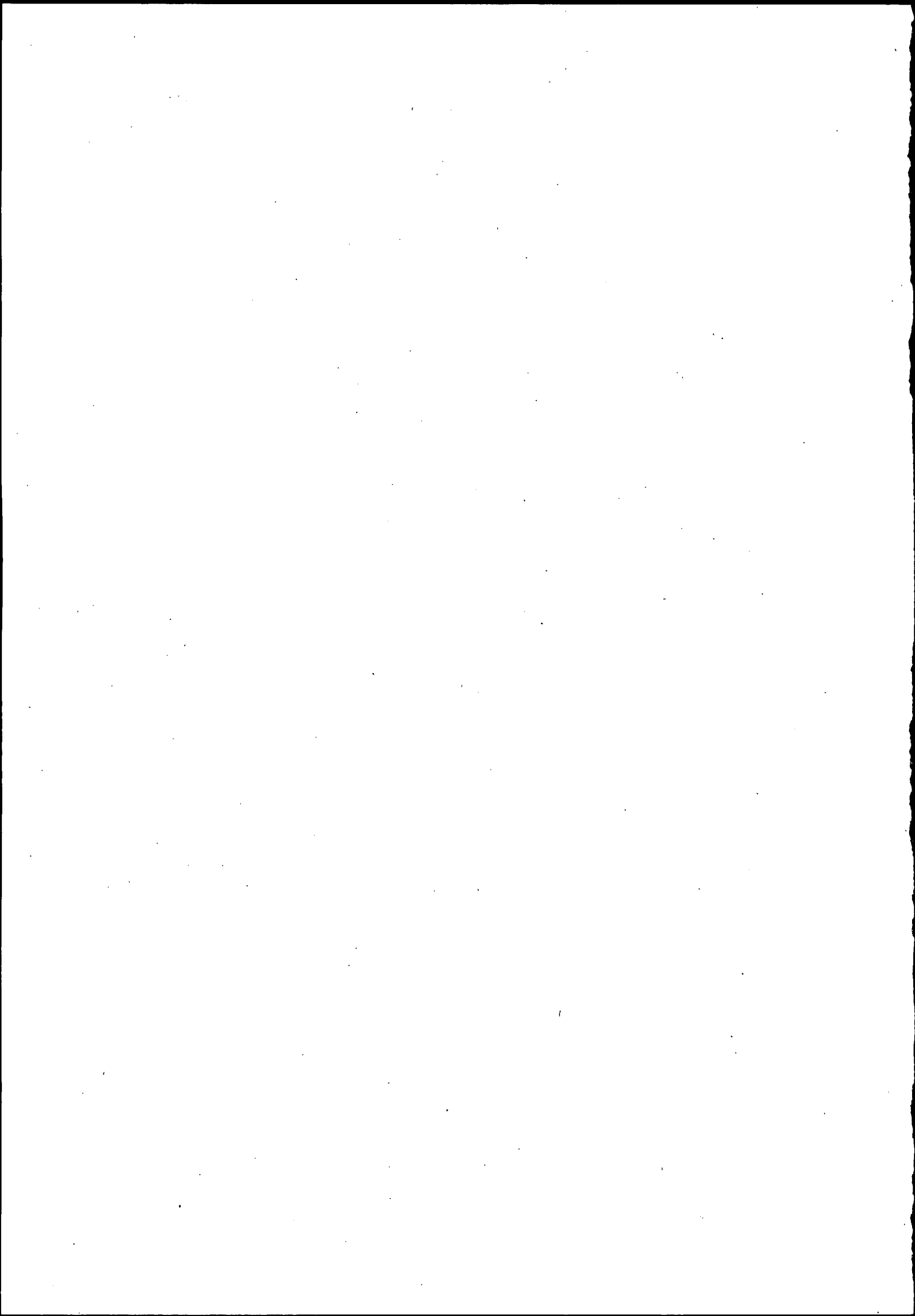
1) jeweils Quartalsende. — 2) Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — 3) ohne Mehrwertsteuer. — 4) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — 5) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — 6) In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — 7) einschließlich Landkreis München.

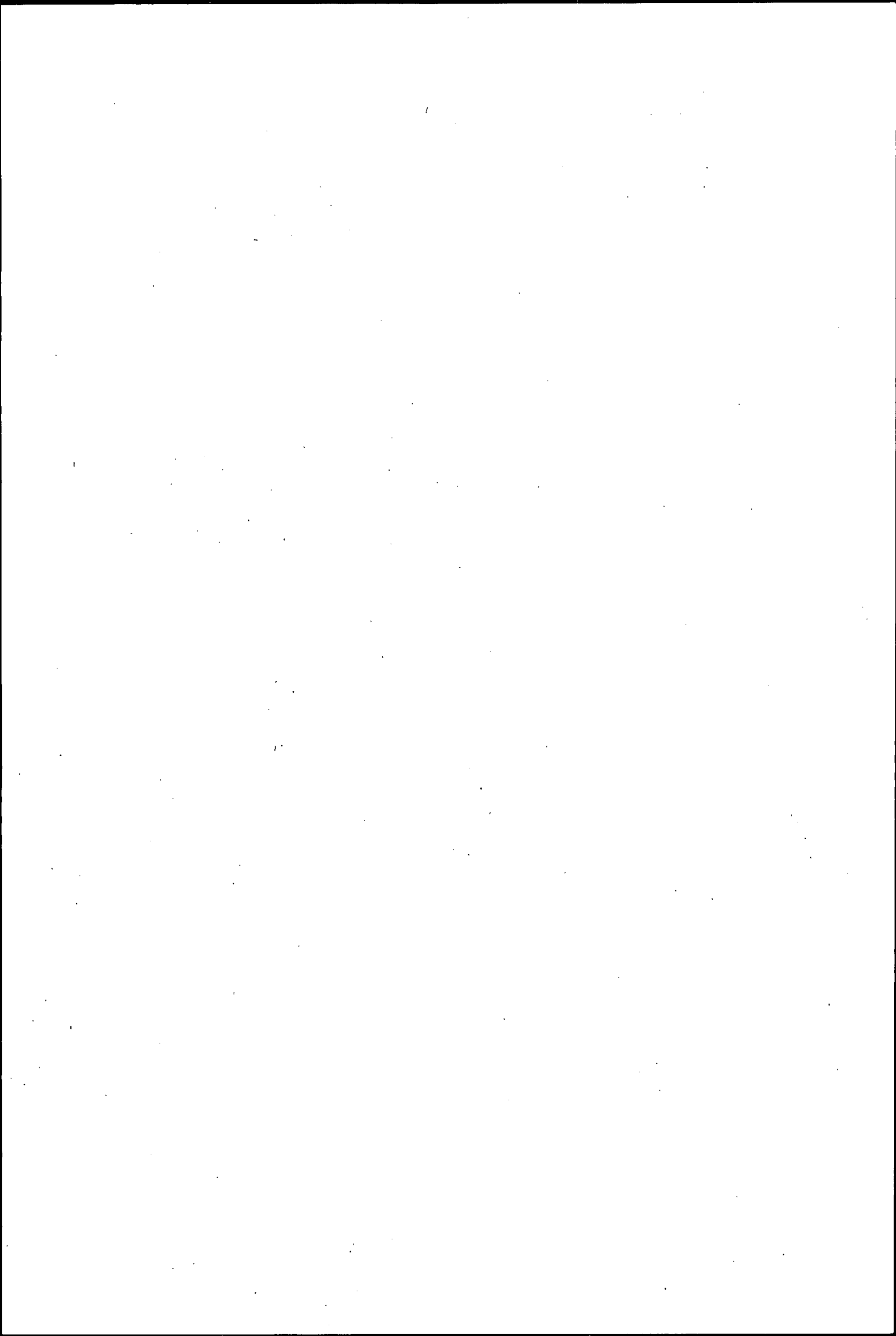
# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

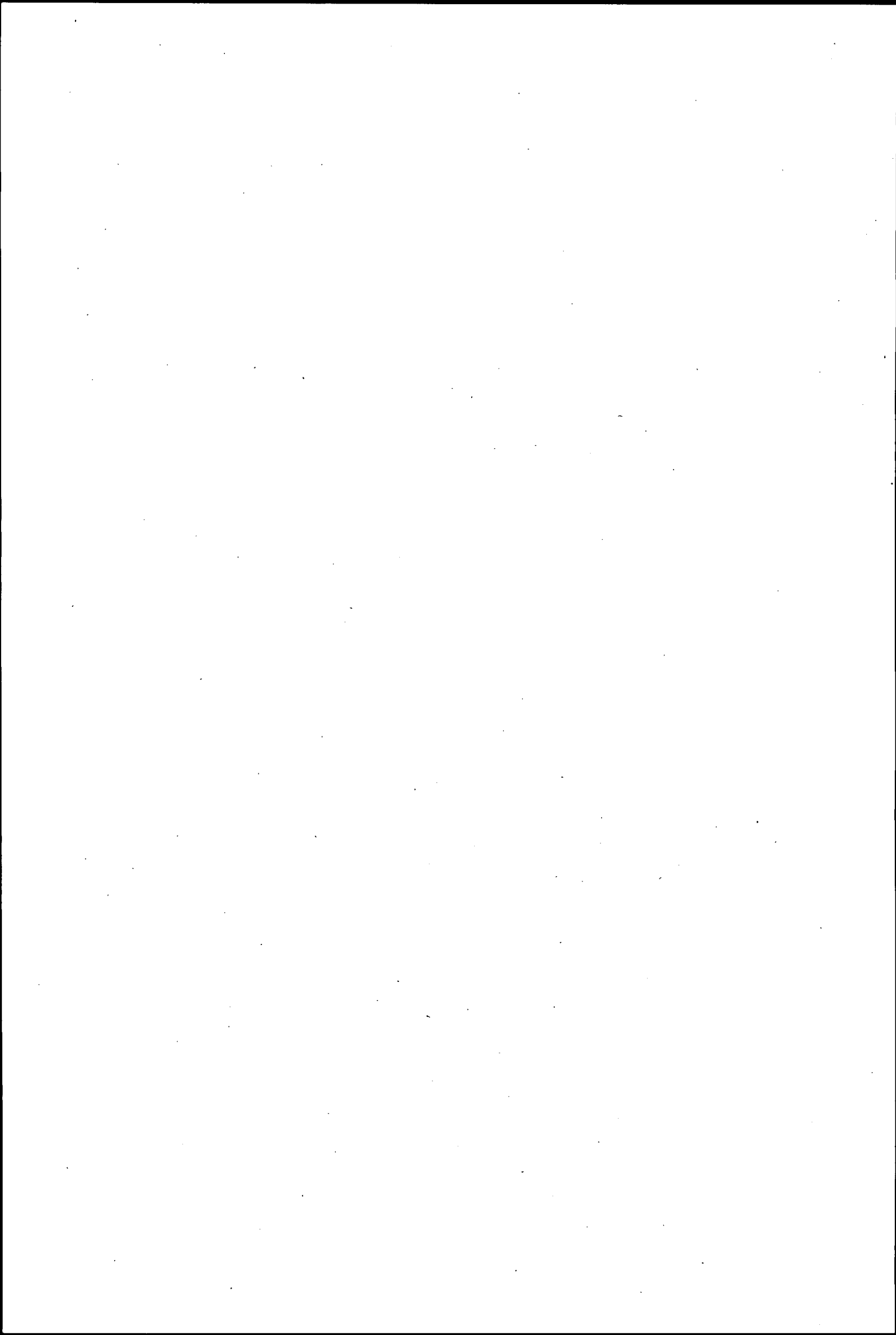
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		September 1972	Oktober 1972	November 1972	November 1971
		1965	1971				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	...	...	...	5,6
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	...	...	...	12,1
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	...	...	...	11,2
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 538 r	8 352	8 351	8 357	8 499
Geleistete Arbeitsstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	977 r	933	988	980	992
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	46 919 r	52 078	54 804	54 281	49 384
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 166 r	10 544	10 922	11 027	9 323
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	160,5	167,4 r	174,8	185,7	172,4
Verarbeitende Industrie	"	119,1	163,5	170,2 r	177,2	188,5	175,2
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	182,0	197,5 r	200,2	207,1	188,0
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	159,6	158,5 r	167,2	182,6	168,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	154,4	168,3 r	173,2	183,8	174,6
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	146,3	144,6 r	160,1	169,7	166,9
Bauindustrie	"	118,9	139,9	167,1 r	175,0	168,3	162,5
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 544	1 546	1 550	...	1 545
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	212,8	230	247,2	...	221
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	5 586	6 366	6 974	...	7 025
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	58 785 r	68 044	70 899	64 133	61 015
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	46 249 r	42 039	52 581	51 784	50 220
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	188	198	215	228	215
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	...	...	...	...	169
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	11 340	10 835	11 953	...	10 749
dav. Emplang	"	6 950	9 037	8 585	9 755	...	8 614
Versand	"	1 885	2 303	2 250	2 198	...	2 135
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	199 107	169 224	205 210	171 112	161 590
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	30 759 r	32 716	33 518 p	31 954 p	32 576
Getötete Personen	"	1 313	1 561 r	1 514	1 658 p	1 666 p	1 801
Verletzte Personen	"	36 124	43 163 r	45 785	45 902 p	43 238 p	44 812
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	3 567	4 332	4 495	4 399 p	3 867
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 528	4 663	715	441 p	268
Körperschaftsteuer	"	681	597	1 872	240	128 p	151
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 575	3 701	3 978	4 318 p	3 896
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	112,5	117,1	117,5	117,8	113,1
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,7	107,1	108,7	110,1	103,7
Index der Ausführpreise	"	104,8	121,6	125,2	125,6	125,9	121,5
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	162,7	...	...	141,2	132,5
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	130,4	140,0	140,6	133,9	123,8
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	122,6	132,8	133,3	191,9	181,8
Wohnungsmieten	"	118,5	178,5	190,0	191,1	177,1	166,2
<b>LOHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,25	7,61	7,77	...	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,9	42,6	43,8	...	44,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

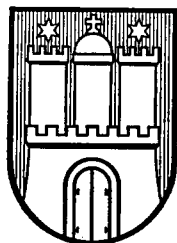
<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.







# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

März-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Einpendler hauptsächlich im Produzierenden Gewerbe

Innerhalb des Hamburger Arbeitskräftepotentials nehmen die Einpendler – insbesondere aus den Randkreisen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens – laufend an Bedeutung zu. Bereits jeder siebente der rd. 945 000 Erwerbstätigen in Hamburg hat seinen Wohnsitz außerhalb der Stadt.

44% der insgesamt 134 000 Einpendler entfallen auf den Wirtschaftsbereich Produzierendes Gewerbe, der damit im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftsbereichen die meisten Pendler beschäftigt. Demgegenüber arbeiten von den Erwerbstätigen der Hamburger Wohnbevölkerung nur 35% im sekundären Sektor. Andererseits ist der Dienstleistungsbereich unter der Hamburger Erwerbsbevölkerung weitaus stärker vertreten (33%) als bei den Einpendlern (26%). Der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr weist bei beiden Personengruppen eine relativ gleiche Besetzung aus (30%).

Aufschlußreich ist die Alterszusammensetzung der Einpendler: Zwei Drittel von ihnen stehen im Alter zwischen 21 und 45 Jahren; unter den Erwerbstätigen der Hamburger Wohnbevölkerung ist nur gut die Hälfte (54%) in diesem Alter. Entsprechend verschieben sich die Relationen in der höheren Altersklasse: ein Viertel der Einpendler ist zwischen 45 und 65 Jahre alt, bei den Hamburgern ist es ein Drittel.

### Fast 10 Milliarden Mark Spareinlagen

Der Spareinlagenbestand bei den Hamburger Kreditinstituten stieg im Jahre 1972 um fast 1 Milliarde DM auf insgesamt 9,7 Milliarden DM an. Er erreichte damit eine neue Rekordhöhe. Die Zuwachsrate lag mit 11,4 Prozent in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (12,0 Prozent). Bei anhaltender Sparfreudigkeit dürfte die 10-Milliarden-Grenze in diesem Jahr überschritten werden.

Die prämierten Spareinlagen betrugen am 31. Dezember 1972 1077 Mio DM (1971: 975 Mio DM), das ist mehr als ein Zehntel des gesamten Spareinlagenbestandes. 438 Mio DM des Zuwachses der Spareinlagen in 1972 entfielen allein auf Zinsgutschriften.

Je Kopf der Hamburger Bevölkerung errechnet sich ein durchschnittlicher Spareinlagenbetrag von 5 477 DM Ende 1972 gegenüber 4 879 DM per 31. 12. 1971.

### Hohe Produktionsleistungen der Industrie

Der Index der industriellen Nettoproduktion (1962 = 100) stieg in Hamburg seit August 1972 stetig an und erreichte im Dezember 1972 mit 136,8 Punkten den höchsten Stand des Jahres.

Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres betrug die Zunahme mehr als 10%. Den größten Anteil hieran hatte die Investitionsgüterindustrie. Eine überdurchschnittliche Zuwachsrate erzielte auch die Verbrauchsgüterindustrie, während die entsprechenden Vergleichswerte für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie nahezu unverändert blieben.

Von den für Hamburg bedeutenden Industriegruppen wiesen die Elektrotechnik, die Chemische Industrie und der Ma-

schinenbau im Dezember 1972 sowohl dem Vormonat als auch dem Dezember 1971 gegenüber die höchsten positiven Indexveränderungen auf.

Das besonders hohe Ergebnis im Dezember 1972 hat sich auch auf die Jahreswerte dieser drei Industriegruppen günstig ausgewirkt. In der Chemie wurde der Jahresdurchschnitt von 151,6 Punkten für 1971 – bisher langjähriger absoluter Spitzenwert – fast wieder erreicht. Die Elektroindustrie und der Maschinenbau verzeichneten 1972 Jahreswerte, die zwar um 5–10 Punkte unter dem Stand der „Rekordjahre 70/71“ zurückblieben, jedoch alle übrigen Ergebnisse früherer Jahre übertrafen.

### 14 900 fertiggestellte Wohnungen im Jahre 1972

Nach ersten vorläufigen Auszählungen der Bautätigkeitsstatistik sind 1972 in Hamburg rund 14 900 Wohnungen bezugsfertig geworden. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahresergebnis eine Steigerung von ca. 9%. Etwa jede zweite Wohnung ist mit öffentlichen Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert worden.

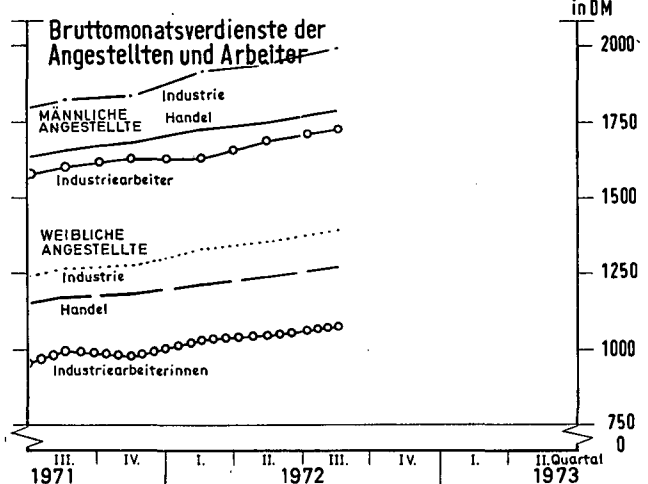
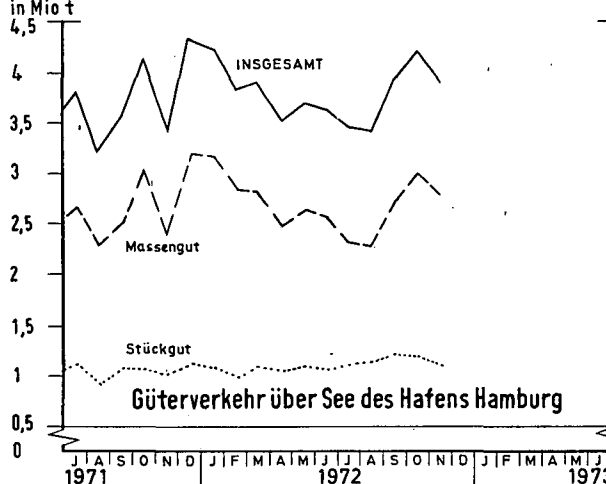
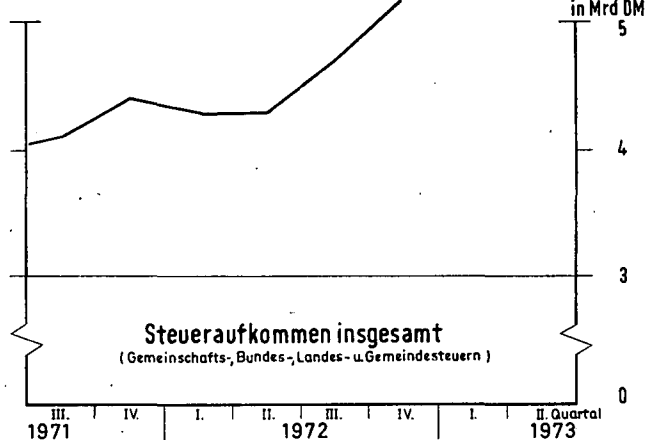
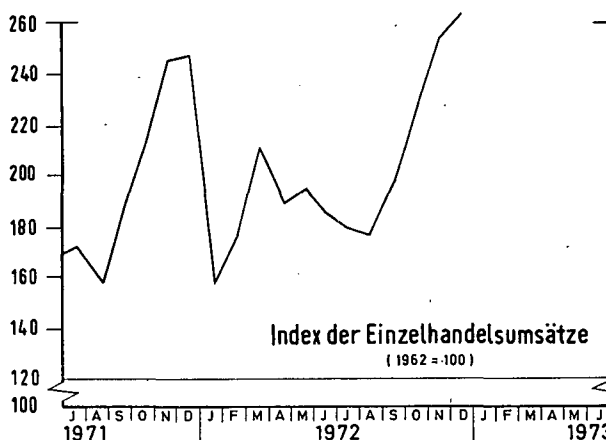
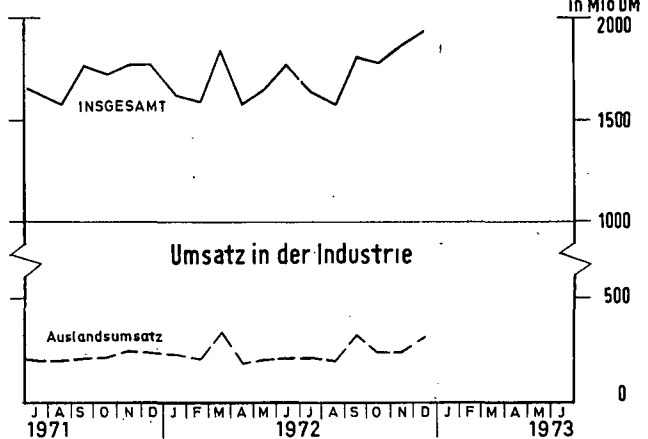
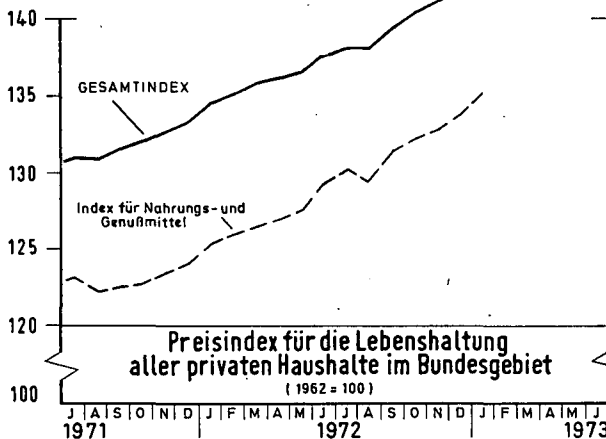
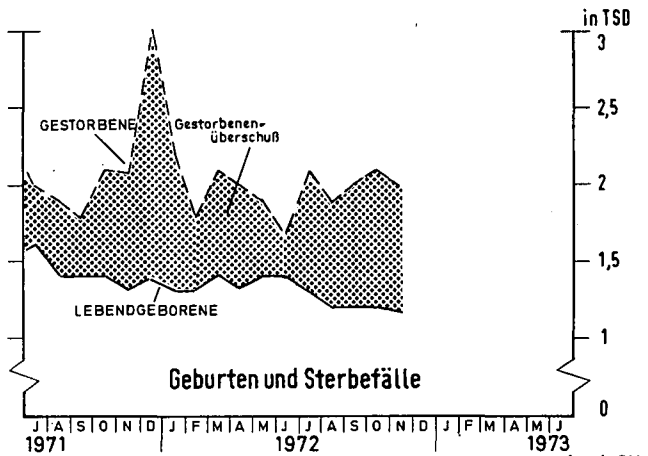
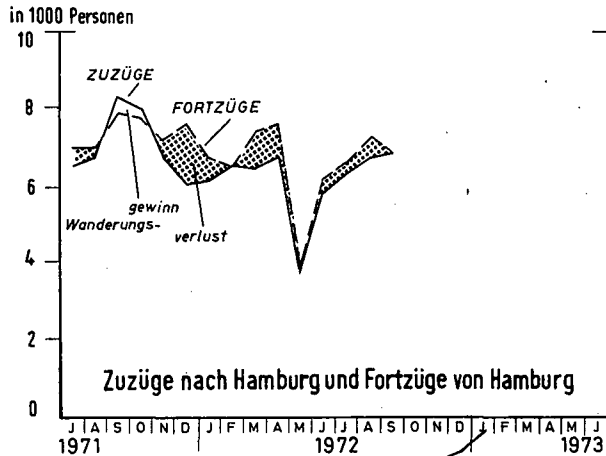
Dadurch, daß die Zahl der im Berichtsjahr erteilten Baugenehmigungen mit rund 15 000 Wohnungen in etwa dem Fertigstellungsergebnis entsprach, hat sich der Überhang an genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen Ende 1972 gegenüber dem Vorjahresende nicht wesentlich verändert. Die Hamburger Wohnungsbauwirtschaft ist mit einem Vorrat von 19 300 Wohnungen in das neue Jahr gegangen; bei drei Vierteln dieser Wohnungen hatten die Bauarbeiten bereits begonnen.

### Transportvolumen der Hafenschifffahrt 5,2 Mio t

Von der Hamburger Hafenschifffahrt wurden – bei einem unveränderten Schutenbestand von 1 400 Einheiten – im Jahre 1972 knapp 5,2 Mio t Güter befördert. Das entspricht einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr von gut 5%. Mit rund 3,5 Mio t hat das Massengut seine Spitzenstellung unter den von Schuten transportierten Gütern leicht ausbauen können, da hier die rückläufigen Tendenzen mit – 3% bei weitem nicht so ausgeprägt waren wie beim Stück- und Sackgut (– 10%). Allerdings haben sich erhebliche Umschichtungen vollzogen. Während die mengenmäßig bedeutsamste Gütergruppe „Getreide, Futtermittel und Ölsaaten“ (1,5 Mio t) nahezu unverändert blieb, konnten beim Transport von Erzen erhebliche Zunahmen erzielt werden (+ 34%). Rückläufig war dagegen vor allem die Beförderung von Mineralölen (– 27%) und Kohlen (– 25%).

Die Hafenflotte besitzt nach wie vor eine wichtige Zuliefer- und Verteilerfunktion für die im Hamburger Hafen ansässigen Industriebetriebe. So standen mehr als 3 Mio t (59%) in engem Zusammenhang mit der Industrieversorgung. Rund 870 000 t entfielen auf Transporte zwischen Seeschiff und Umschlagbetrieben. Auffallend hoch waren die Einbußen der Hafenschifffahrt beim Exportsammelgut. So wurden 1972 nur noch wenig mehr als 100 000 t vom Überseezentrum mit Schuten abtransportiert (– 45%). Der direkte Umschlag zwischen Seeschiffen (Seetransit) hat sich dagegen erfreulich entwickelt (+ 16%) und betrug knapp 520 000 t.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung





# Hamburg als Zentrum des Gartenbaus und des Umschlages von gartenbaulichen Erzeugnissen

*Betrachtungen über die wirtschaftliche Bedeutung des Gartenbaus im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg mögen im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftsstruktur der Stadt, deren Schwerpunkte Industrie und Handel sind, überraschen. Aber obwohl die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche innerhalb der Hamburger Landesgrenzen nur 18 500 ha beträgt, stellen die Erträge ihrer Nutzung eine bedeutende wirtschaftliche Leistung dar. Die Umsätze des Obst- und Gemüsegroßmarktes, die auch durch Importe von Obst, Gemüse und Südfrüchten beeinflusst werden, sowie auch die Umsatzwerte des Blumengroßmarktes sind ein wichtiger Faktor der Wirtschaft Hamburgs.*

*Die wichtigsten Produktionsgebiete gartenbaulicher Erzeugnisse für Hamburg sind neben den Vierlanden und den Marschlanden der zu Hamburg gehörende Teil des Alten Landes.*

*Das Hamburger Anbauggebiet von Blumen und Zierpflanzen stellt mit seiner Konzentrierung und Spezialisierung einen sehr leistungsfähigen Wirtschaftszweig mit einem außergewöhnlich breiten Angebot dar. Es handelt sich um knapp 1 600 Betriebe, die auf einer Fläche von 633 ha erwerbsmäßig Blumen- und Zierpflanzenanbau betreiben. Die Anbaufläche in Unterglasanlagen hat eine Ausdehnung von 211 ha, das ist weit mehr als die Wasseroberfläche der Binnen- und Außenalster. Von der Gesamtanbaufläche entfallen über 450 ha auf die Vierlande. Durch diese Feststellung wird bestätigt, daß die Vierlande zu Recht im Volksmund den Beinamen „Blumengarten Hamburgs“ führen.*

*Unter den gartenbaulichen Betrieben, die für das gesamte Staatsgebiet festgestellt wurden, befassen sich rd. 1 500 Betriebe mit Gemüsebau; die erwerbsmäßig in Nutzung genommene Freiland-Anbaufläche umfaßt gut 1 400 ha. Die zum Gemüsebau in Unterglasanlagen genutzte Fläche beträgt 128 ha, die damit um 83 ha kleiner ist als die für den Blumenanbau.*

*Schließlich ist Hamburg auch der Mittelpunkt eines großen Erzeugungsggebietes von Obst, insbesondere von Äpfeln. Allein in dem zu Hamburg gehörenden Gebiet des Alten Landes gab es 1972/73 über 1 600 ha Erwerbsobstanlagen mit mehr als 446 000 Apfelbäumen.*

*Der Obst- und Gemüsegroßmarkt Hamburg als Instrument für den Umschlag von Gartenbauerzeugnissen, die in ihrer Menge 537 000 t im Jahre 1971 ausmachen und einen Wert von 511 Mio DM repräsentieren, zählt seit Jahrzehnten zu den bedeutendsten Märkten der Welt. Dabei gehen noch erhebliche Obst- und Südfruchtimporte über den Hafen Hamburg, die den Großmarkt nicht berühren, sondern direkt vom Hafen aus in das Bundesgebiet versandt werden. Der größte Teil der Umschlagsmengen — etwa 400 000 t — sind Importe, der Rest kommt aus dem Inland. Die erfaßten Umsatzwerte an Blumen auf dem Blumengroßmarkt haben bereits die 100 Mio DM-Grenze erreicht.*

*Hamburg weist als wichtiger Eingangshafen und Umschlagplatz für Gartenbauerzeugnisse, die von Übersee eingeführt werden, zwar die höchsten Verkehrsziffern für Obst, Gemüse und Südfrüchte unter sämtlichen deutschen Städten auf, konnte aber seine Bedeutung im See-Umschlag für Gartenbauprodukte im letzten Jahrzehnt nicht besonders steigern. Diese Entwicklung basiert überwiegend auf dem Rückgang im Südfrüchteverkehr. Eingeführt wurden 1971 über den Hafen Hamburg Gartenbauprodukte im Werte von 1 084 Mio DM, das entspricht einem Anteil von 17 % der entsprechenden Einfuhr des Bundes. Der Hauptwert der Einfuhren entfällt auf die Gruppe der Obst- und Gemüsekonserven mit 472 Mio DM; es folgen Südfrüchte mit 364 Mio DM und Obst mit 205 Mio DM.*

## INHALT

1. Einleitung
2. Standort der gartenbaulichen Produktion
  - 2.1 Gebietsumfang, Bevölkerungsgröße und geopolitische Lage des Untersuchungsgebietes
  - 2.2 Die Wirtschaftsstruktur
3. Umfang des Anbaus von Gartenbauprodukten
  - 3.1 Blumen und Zierpflanzen
  - 3.2 Gemüse und Obst
4. Absatz von Gartenbauerzeugnissen
  - 4.1 Die Hamburger Großmärkte
  - 4.2 Entwicklung der Zufuhr von Gemüse, Obst und Südfrüchten
  - 4.3 Zufuhr von Gemüse und Obst inländischer Herkunft
5. Hamburg als Eingangshafen für Gartenbauprodukte
  - 5.1 Überblick über die Einfuhr von Gartenbauprodukten im Rahmen der Gesamteinfuhr
  - 5.2 Die Einfuhr nach Herkunftsländern
  - 5.3 Die Ausfuhr

### 1. Einleitung

Die Freie und Hansestadt Hamburg, in deren Mauern der Bundespräsident Dr. Dr. Gustav Heinemann in wenigen Tagen die Internationale Gartenbauausstellung 1973 eröffnen wird, verfügt auf der einen Seite in den Vier- und Marschlanden und in dem zu Hamburg gehörenden Teil des Alten Landes über eine bedeutende Gemüse- und Obstproduktion und über einen beträchtlichen Blumenanbau, sie ist auf der anderen Seite aber auch Mittelpunkt des Handels mit Gartenbauprodukten aus dem In- und Ausland. Die Bedeutung, die Hamburg von alters her als wichtiger Hafen und Warenaumschlagplatz einnimmt, prägt sich u. a. in seinem Im- und Export von Obst, Südfrüchten und Gemüse aus. Vom Gesamtwert der Einfuhr an Gartenbauprodukten der Bundesrepublik Deutschland entfielen gut 1 Mrd DM oder fast ein Fünftel auf Hamburg. Die Ausfuhrzahlen von Erzeugnissen gärtnerischer Kulturen sind, gemessen an den beträchtlichen Einfuhrzahlen, im ganzen gesehen nicht gerade groß, doch haben bestimmte Produkte im Ausland bemerkenswerten Anklang gefunden.

Der Gartenbau ist im Laufe des letzten Jahrhunderts und besonders in den letzten 25 Jahren starken Veränderungen unterworfen gewesen. Der Wunsch, Wohnung, Garten und Balkon möglichst reichlich mit Blumen und Zierpflanzen aller Art zu schmücken, ist wohl niemals so lebendig gewesen wie in den Nachkriegsjahren und hat denn auch bis jetzt gegenüber der Vorkriegszeit zu stark erhöhten Umsätzen geführt. Die moderne aufgelockerte Bauweise, bei der die Grün- und Freiflächen weit größer sind als bei dem Mietskasernenbau der Jahrhundertwende, hat

weiterhin zur Ausbreitung der Blumen und Zierpflanzen beigetragen und wird auch in Zukunft bei Steigerung des Realeinkommens eine erhöhte Nachfrage mit sich bringen. Durch Einsatz moderner, rationaler Maschinen und Geräte, durch Errichtung vor allem von Hochglas-(Gewächshaus-)anlagen zur Weiterkultivierung und Überwinterung von Gartengewächsen, die infolge ihrer Empfindlichkeit während der kalten Jahreszeit in künstlich erwärmten Räumen gehalten werden müssen, war es möglich, das Gesamtangebot an Blumen und Frischgemüse nicht nur auszudehnen, sondern auch in immer größerem Umfang ganzjährig die Bevölkerung mit hochwertigen Erzeugnissen zu versorgen.

Auch beim Obst und Gemüse konnten in den beiden letzten Jahrzehnten beträchtliche Verbrauchssteigerungen festgestellt werden. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß trotz der eingetretenen Konsumzunahme bei weitem noch nicht die Verbrauchshöhe erreicht worden ist, die beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika und einige europäische Länder aufweisen. Das Ausmaß der zu erwartenden Steigerung festzustellen, ist allerdings sehr schwer, und wäre auch sowohl für die einzelnen Gemüse- und Obstarten, wie je nach den Arbeitsbedingungen und der persönlichen Konstitution des einzelnen, recht verschieden.

Eine Untersuchung von R. Plate und G. Neidlinger in „Agrarmärkte und Landwirtschaft im Strukturwandel der 70er Jahre – Analyse und Projektion für die Bundesrepublik Deutschland –“<sup>1)</sup> kommt zu dem

<sup>1)</sup> Landwirtschaftsverlag GmbH, Hilltrup bei Münster (Westf.) S. 5.

Ergebnis, daß der Gemüseverbrauch in Zukunft weiter ansteigen wird, und zwar vor allem wegen des zunehmenden Konservenverbrauchs, insbesondere in Form von Gefrierkonserven, durch das jahreszeitlich ausgeweitete Angebot von frischem Gemüse und durch die Erweiterung der Märkte im Rahmen der EWG. Unter bestimmten Annahmen wird vermutlich der Pro-Kopf-Verbrauch von Gemüse von 64,4 kg im Jahre 1968/69 bis 1975 auf 71,4 kg und bis 1980 auf 75 kg ansteigen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch bei Obst, Obstkonserven und Fruchtsäften (ohne Zitrusfrüchte). Der Pro-Kopf-Verbrauch, der 1968/69 92,9 kg betrug, dürfte 1975 bei 98 kg und 1980 bei 105 kg liegen.

Die zukünftige Marktstellung der deutschen Gartenbauwirtschaft ist derzeit schwerlich zu beurteilen. Es ist durchaus möglich, daß nach Abbau der inneren Zollschränke in der erweiterten EWG das Masseneinkommen und damit die Gesamtkaufkraft der Bevölkerung des einheitlichen Wirtschaftsraumes steigen wird, was wiederum sicherlich eine Erhöhung des Konsums an gartenbaulichen Produkten zur Folge haben würde. Dies schließt aber nicht aus, daß bei einer Reihe von Erzeugnissen bereits die gegenwärtige Produktion in den EWG-Ländern über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinausgeht. Die bisherigen Untersuchungen über die Verbrauchsstruktur von Gartenbauprodukten deuten darauf hin, daß bei steigendem Lebensstandard der Konsum von bestimmten Gemüse- und Obstarten Rückgänge aufweisen wird bzw. starr ist, während bei anderen Erzeugnissen ein zusätzlicher Bedarf in größerem Umfang vorhanden sein dürfte.

## 2. Standort der gartenbaulichen Produktion

Die Art und Weise der Bodennutzung wird zunächst bestimmt durch die natürlichen Bedingungen, vor al-

lem des Bodens und des Klimas. Diese natürlichen Bedingungen wirken sich so stark auf den Umfang der Hauptnutzung und Kulturarten – Dauergrünland, Ackerland, Wald, Sonderkulturen – und auf den Anbau der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Erzeugnisse aus, daß man aus dem Nutzungsartenverhältnis oder aus dem Anbau der Erzeugnisse eines Gebietes auf die Beschaffenheit seiner natürlichen Verhältnisse schließen kann. Neben den natürlichen Verhältnissen wirken sich die Wirtschaftsverhältnisse in starkem Maße auf die Bodennutzung aus. Der entscheidende Anreiz für die Bevorzugung gewisser Produkte wird vor allem durch die Absatzlage und das Preisverhältnis der verschiedenen Erzeugnisse untereinander sowie durch die Preisspanne zwischen Erzeugnissen und Produktionsmitteln gegeben.

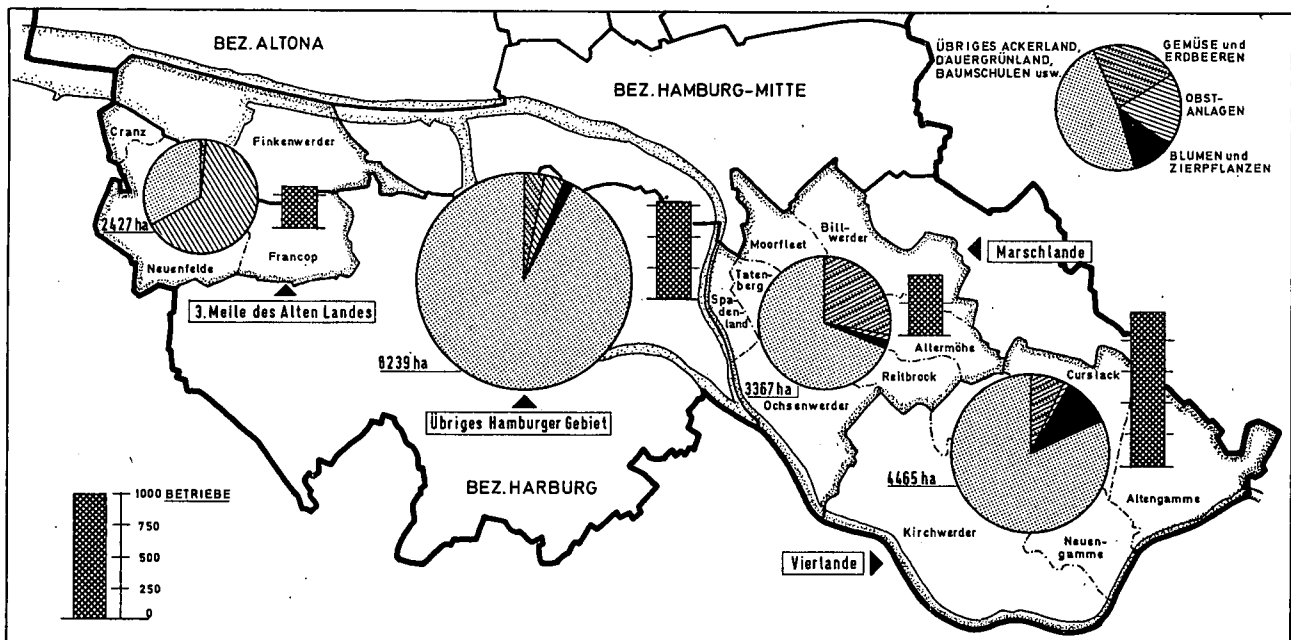
Mit Rücksicht auf die gestellte Aufgabe werden sich die folgenden Ausführungen insbesondere auf die Gebiete beschränken, in denen das Schwergewicht der gartenbaulichen Produktion liegt. Als bevorzugte Standorte des Gartenbaus in Hamburg sollen gelten:

1. die Vierlande mit den Stadtteilen Curslack, Altengamme; Neuengamme und Kirchwerder südlich von Bergedorf,
2. die Marschlande mit den Stadtteilen Ochsenwerder, Reitbrook, Allermöhe, Billwerder, Moorfleet, Tatenberg und Spadenland westlich von Bergedorf,
3. die am Südufer der Elbe gelegene und zu Hamburg gehörende „3. Meile“ des Alten Landes – sogenannte nach dem Deichverband – mit den Stadtteilen Francop, Neuenfelde und Cranz, wobei Finkenwerder einbezogen wurde.

Im Gegensatz zu diesen großen zusammenhängenden Landkomplexen gibt es im Weichbild der 2-Mil-

Schaubild 1

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe im Untersuchungsgebiet 1971 nach Art der Nutzung



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

N

lionen-Stadt und in einigen Außengebieten noch einige mehr oder weniger große und kleine Gartenbaubetriebe, deren Zahl, Fläche und Produktion im weiteren Berücksichtigung finden.

Bei vielen statistischen Untersuchungen, die das gesamte hamburgische Staatsgebiet zum Gegenstand haben, werden die Angaben über die ländlichen Gebietsteile durch das außerordentliche Übergewicht der dicht besiedelten Gebietsteile leicht erdrückt und somit der Beachtung entzogen. Es erscheint deshalb angebracht, die wichtigsten Ergebnisse, aus denen die Bedeutung des oben aufgeführten Untersuchungsgebietes für den Staat und seine Entwicklung im Laufe der Nachkriegsjahre ersichtlich ist, einmal gesondert darzustellen.

## 2.1 Gebietsumfang, Bevölkerungsgröße und geopolitische Lage des Untersuchungsgebietes

Die Gesamtfläche der Vier- und Marschlande sowie der 3. Meile des Alten Landes – im folgenden kurz „Untersuchungsgebiet“ genannt – beträgt nach dem Stand vom 31. 12. 1970 rd. 17 760 ha, die Wohnbevölkerung nach der Volkszählung 1970 rd. 45 870 Personen. Es kommen auf 1 ha durchschnittlich 2,6 Einwohner, so daß die Dichte im Untersuchungsgebiet etwa ein Zehntel so klein ist wie im Landesdurchschnitt, wo sie 24,0 Einwohner je ha ausmachte. Am dichtesten bevölkert ist die 3. Meile des Alten Landes mit 4,5 Einwohner je ha, während in dem Gebietsteil Marschlande, wo nur 1,7 Einwohner auf 1 ha kommen, die geringste Einwohnerdichte zu verzeichnen ist.

Tabelle 1  
Gebietsumfang, Bevölkerung und Einwohnerdichte im Untersuchungsgebiet 1970

Gebietsteile	Gebietsfläche	Wohnbevölkerung am 26. 5. 1970	Einwohner auf 1 ha der Gebietsfläche
	1	2	3
Curslack .....	1 061,8	2 298	2,2
Altengamme .....	1 531,2	2 045	1,3
Neuengamme .....	1 861,8	3 797	2,0
Kirchwerder .....	3 235,4	7 675	2,4
Vierlande zusammen ....	7 690,2	15 815	2,1
Ochsenwerder .....	1 416,4	2 386	1,7
Reitbrook .....	665,7	464	0,7
Allermöhe .....	1 102,4	1 472	1,3
Billwerder .....	1 099,4	2 051	1,9
Moorfleet .....	516,4	1 996	3,9
Tatenberg .....	303,6	499	1,6
Spadenland .....	339,8	409	1,2
Marschlande zusammen .	5 443,7	9 277	1,7
Francop .....	901,3	738	0,8
Neuenfelde .....	1 537,8	4 490	2,9
Cranz .....	136,9	636	4,6
Finkenwerder .....	2 049,7	14 915	7,3
3. Meile des Alten Landes zusammen .....	4 625,7	20 779	4,5
Untersuchungsgebiet insgesamt .....	17 759,6	45 871	2,6
dagegen Hamburg <sup>1)</sup> insgesamt .....	74 723,2	1 793 782	24,0

<sup>1)</sup> ohne Hamburg-Insel Neuwerk.

Betrachtet man nun die Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsgebiet seit 1950, so erhält man eine Gesamtabnahme von 5 445 Personen oder 10,6 %; denn am 13. 9. 1950 zählten diese Gebietsteile eine Wohnbevölkerung von 51 316, dagegen am 26. 5. 1970 eine solche von 45 871 Personen. Diese rückläufige Bewegung verhält sich diametral zu der Entwicklung des gesamten Hamburger Gebietes. Zur Feststellung der Gründe für die Verschiedenheit der Bevölkerungsveränderung muß man den Einfluß der beiden Grundfaktoren, natürliche Bevölkerung- und Wanderungsbewegung (Geborenen- bzw. Gestorbenenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust), in den Gebieten klarstellen. Die Bevölkerung Hamburgs hat sich zwischen den beiden Volkszählungen der Jahre 1950 und 1970 um rd. 190 000 oder 12 % vermehrt. Dieser nicht unerhebliche Zuwachs ist aber ausschließlich auf den sehr bedeutenden Wanderungsgewinn zwischen 1950 bis 1961 zurückzuführen; denn in dieser Zeit betrug der Gestorbenenüberschuß 6 861. Dagegen stellt sich der errechnete Zustrom von außen auf ungefähr 234 000 Personen. Dann freilich verlangsamte sich die Bevölkerungszunahme zusehends. Der ab 1965 eingetretene Umschwung in der Bevölkerungsentwicklung der Hansestadt Hamburg, d. h. die Bevölkerungsabnahme, liegt in einer Veränderung nicht nur der natürlichen Bevölkerungsbewegung, sondern auch der Wanderungsbewegung. Anstelle des Überschusses der Geborenen über die Gestorbenen, der von 1958 bis 1967 mit rd. 20 000 zu verzeichnen war, ist von 1968 bis 1970 ein Gestorbenenüberschuß von fast 17 000 getreten. Ein ähnlicher Verlust zeigt sich auch bei der Wanderungsbewegung. Für die Hansestadt, die hauptsächlich durch Zustrom von außen in rascher Entwicklung auf über 1,8 Mio Personen gestiegen ist, war im Jahre 1964 zum erstenmal nach dem Kriege ein Übergewicht der Fortgezogenen über die Zugezogenen festzustellen.

Gegenüber der Bevölkerungsentwicklung im gesamten Hamburger Staatsgebiet ist in den einzelnen Stadtteilen des Untersuchungsgebietes der Einfluß dieser beiden Faktoren für die Bevölkerungsbewegung sehr verschiedenartig gewesen. Dies geht deutlich aus der Tabelle 2 hervor. Bemerkenswert ist vor allem, daß nicht nur von 1950 bis 1970, sondern auch innerhalb der o. a. Zeitabschnitte in allen ländlichen Gebietsteilen die Zahl der Geborenen immer höher war als die der Gestorbenen, und zwar betrug der Geburtenüberschuß in den Jahren 1950 bis 1970 5 407 Personen (gegenüber einem Sterbeüberschuß von 5 850 Personen im gesamten Hamburger Raum). Rechnet man diesen gegen den Wanderungsverlust in Höhe von 10 852 Personen auf, so verbleibt eine bereits erwähnte Bevölkerungsabnahme von 5 445 Personen.

Der Flächeninhalt der einzelnen Stadtteile im Untersuchungsgebiet hat sich in den letzten 20 Jahren wenig verändert. Eine Ausnahme hiervon macht der Stadtteil Billwerder, von dem der östliche Teil 1968 abgetrennt und dem Kerngebiet Bergedorf angeschlossen wurde, womit sich gleichzeitig die Einwohnerzahl von 1950 bis 1970 erheblich verringerte

Tabelle 2

## Bevölkerungsveränderungen im Untersuchungsgebiet 1950 bis 1970

Gebietsteile	Bevölkerung			Geborenen- (+) bzw. Gestorbenen- überschuß (-)	Wanderungs- gewinn (+) bzw. -verlust (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-) 1950 bis 1970	
	am 13. 9. 1950	am 5. 6. 1961	am 26. 5. 1970			1950 bis 1970	
	1	2	3	4	5	absolut	%
Curslack .....	2 736	2 321	2 298	+ 271	— 709	— 438	— 16,0
Altengamme .....	2 376	2 160	2 045	+ 287	— 618	— 331	— 13,9
Neuengamme .....	4 155	4 031	3 797	+ 403	— 761	— 358	— 8,6
Kirchwerder .....	8 556	7 842	7 675	+ 897	— 1 778	— 881	— 10,3
Vierlande zusammen ....	17 823	16 354	15 815	+ 1 858	— 3 866	— 2 008	— 11,3
Ochsenwerder .....	3 227	2 562	2 386	+ 220	— 1 061	— 841	— 26,1
Reitbrook .....	700	577	464	+ 20	— 256	— 236	— 33,7
Allermöhe .....	1 545	1 715	1 472	+ 169	— 242	— 73	— 4,7
Billwerder .....	4 429	3 972	2 051	+ 195	— 2 573	— 2 378	— 53,7
Moorfleet .....	1 590	2 465	1 996	+ 200	+ 206	+ 406	+ 25,5
Tatenberg .....	408	482	499	+ 45	+ 46	+ 91	+ 22,3
Spadenland .....	586	481	409	+ 20	— 197	— 177	— 30,2
Marschlande zusammen .	12 485	12 254	9 277	+ 869	— 4 077	— 3 208	— 25,7
Francop .....	816	670	738	+ 98	— 176	— 78	— 9,6
Neuenfelde .....	3 960	3 832	4 490	+ 841	— 311	+ 530	+ 13,4
Cranz .....	939	798	636	+ 116	— 419	— 303	— 32,3
Finkenwerder .....	15 293	17 061	14 915	+ 1 625	— 2 003	— 378	— 2,5
3. Meile des Alten Landes zusammen .....	21 008	22 361	20 779	+ 2 680	— 2 909	— 229	— 1,1
Untersuchungsgebiet insgesamt .....	51 316	50 969	45 871	+ 5 407	— 10 852	— 5 445	— 10,6
dagegen Hamburg <sup>1)</sup> insgesamt .....	1 605 606	1 832 396	1 793 782	— 5 850	+ 194 026	+ 188 176	+ 11,7

<sup>1)</sup> ohne Hamburg-Insel Neuwerk.

(- 2 378 Personen oder - 53,7 %). In Reitbrook, Cranz, Spadenland und Ochsenwerder war die Abnahme der Bevölkerung ebenfalls recht erheblich. Eine Anzahl von Stadtteilen hat aber in diesem Zeitraum eine Bevölkerungszunahme zu verzeichnen gehabt, und zwar Moorfleet (+ 25,5 %), Tatenberg (+ 22,3 %) und Neuenfelde (+ 13,4 %). Die Veränderungen in der Bevölkerungsgröße der ländlichen Gebietsteile und Hamburg insgesamt ist weiter durch Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung bedingt. Infolge der unterschiedlichen Zu- und Abnahme in den einzelnen Altersgruppen hat sich im Laufe der Nachkriegszeit eine außerordentliche Umschichtung im Altersaufbau der Bevölkerung herausgebildet, als deren Ergebnis eine starke Überalterung der Bevölkerung festgestellt ist. Es muß aus Platzgründen leider darauf verzichtet werden, zu untersuchen, ob die Altersgliederung in den Landgebieten nahezu die gleiche gewesen ist wie in ganz Hamburg. Aus dem Geborenenüberschuß kann man jedoch schließen, daß in den ländlichen Gebietsteilen die jüngeren und die mittleren Altersklassen relativ stärker besetzt waren als im Landesdurchschnitt.

Besondere Beachtung verdient schließlich die geographische Lage des Untersuchungsgebietes. Es bildet keine zusammenhängende Fläche, die sich rings um die Stadt Hamburg ausbreitet, vielmehr ist es in zwei große Einzelgebiete aufgeteilt. Die südöstlich der Stadt an der Elbe gelegenen Vier- und Marschlande sind niedrig und flach und haben steinlosen, fetten, fruchtbaren Kleiboden, der durch zahlreiche

Gräben entwässert wird und sich vorzüglich für den Gartenbau eignet. Das tiefliegende Land wird durch Deiche geschützt, hinter denen die zumeist langgestreckten Stadtteile liegen. Die Bodengüte ist nicht überall die gleiche, da infolge häufiger Deichbrüche manche Strecken im Laufe der Jahrhunderte mehr oder weniger übersandet sind. Im Süden und Südwesten wird das Marschgebiet durch die Elbe, im Norden in der Hauptsache durch die Bille und im Südosten durch den lauenburgisch-holsteinischen Geestrücken begrenzt.

Etwa die gleichen Bodenverhältnisse wie in den Vier- und Marschlanden sind im Alten Land anzutreffen, das sich in einer zusammenhängenden Fläche in einem ca. 35 km langen, aber nur bis 5 km breiten Streifen von der Einmündung der Süderelbe bis nach Stade erstreckt. Drei von Deichen umschlossene Flüsse, die Este, die Lühe und die Schwinge, durchziehen das Land von Süden nach Norden. Dieses Gebiet zwischen den Flüssen wird seit alters her mit „Meilen“ bezeichnet. Die 1. Meile reicht von der Schwinge bis zur Lühe, die 2. von dieser bis zur Este, die 3. von der Este bis zur Süderelbe. Verwaltungsmäßig gehört der größere Teil der 3. Meile zu Hamburg, der kleinere Teil zu Niedersachsen.

## 2.2 Die Wirtschaftsstruktur

Die Gliederung der Bevölkerung und der im Erwerbsleben stehenden Personen nach Wirtschaftsbereichen

Tabelle 3

## Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und im Untersuchungsgebiet 1970 und 1950

Untersuchungsgebiet	Maßeinheit	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschaftsbereiche	Wirtschaftsbereiche insgesamt
		1	2	3	4	5
<b>1970</b>						
Vierlande .....	Anzahl	2 958	2 563	1 483	1 288	8 292
	%	35,7	30,9	17,9	15,5	100
Marschlande .....	Anzahl	1 464	1 352	1 088	903	4 807
	%	30,5	28,1	22,6	18,8	100
3. Meile des Alten Landes .....	Anzahl	717	5 323	1 800	1 602	9 442
	%	7,6	56,4	19,1	16,9	100
Untersuchungsgebiet insgesamt .....	Anzahl	5 139	9 238	4 371	3 793	22 541
	%	22,8	41,0	19,4	16,8	100
dagegen Hamburg insgesamt .....	Anzahl	10 126	292 878	250 103	274 600	827 707
	%	1,2	35,4	30,2	33,2	100
<b>1950 <sup>1)</sup></b>						
Vierlande .....	Anzahl	5 002	2 008	1 121	962	9 093
	%	55,0	22,1	12,3	10,6	100
Marschlande .....	Anzahl	2 370	1 702	1 307	847	6 226
	%	38,1	27,3	21,0	13,6	100
3. Meile des Alten Landes .....	Anzahl	1 703	3 707	1 758	2 379	9 547
	%	17,9	38,8	18,4	24,9	100
Untersuchungsgebiet insgesamt .....	Anzahl	9 075	7 417	4 186	4 188	24 866
	%	36,5	29,8	16,8	16,9	100
dagegen Hamburg insgesamt .....	Anzahl	19 268	282 854	240 611	203 752	746 485
	%	2,6	37,9	32,2	27,3	100

<sup>1)</sup> Erwerbspersonen.

zeigt, welcher Teil der Erwerbstätigen hauptberuflich in Land- und Forstwirtschaft, im Produzierenden Gewerbe, Handel, Verkehr usw. tätig ist und durch seine Arbeit in diesen Bereichen den Lebensunterhalt – oder zumindest den größten Teil des Lebensunterhalts – für sich und seine Angehörigen bezieht. Diese Einschränkung muß gemacht werden, weil in der hier folgenden Betrachtung jede Person nur einmal, und zwar nach ihrem Hauptberuf, eingeordnet worden ist. Die nebenberufliche Tätigkeit, wie sie besonders in der Landwirtschaft und im Gartenbau ausgeübt wird, kann in diesem Rahmen nicht berücksichtigt werden, aber etliche auf dem Lande lebende Personen beziehen einen Teil ihres Lebensunterhalts auch aus diesen nebenberuflichen Tätigkeiten. Die nachstehende Untersuchung vermittelt somit nur einen groben Überblick über das von der Volks- und Berufszählung zusammengefügte Mosaik der wirtschaftlichen Gruppierung.

Das Schwergewicht der Berufstätigkeit für die in den drei Gebietsteilen – Vier- und Marschlande sowie 3. Meile des Alten Landes – wohnenden Erwerbstätigen liegt nicht in der Landwirtschaft, sondern im Produzierenden Gewerbe, daneben auch im Handel und im Verkehrswesen. Seit dem Jahre 1950 ist der Anteil dieser zuletzt genannten Wirtschaftsabteilungen erheblich gestiegen; 1950 umfaßte er erst 46 % der Erwerbstätigen, 1970 aber über 60 %. Allerdings macht sich in der großen Zunahme, die die Zahl der diesen Wirtschaftsabteilungen zugehörigen Berufstätigen seit dem Kriege aufweist, auch der wachsende Einfluß, den Hamburg als Industrie- und Handelsstadt ausübt, auf das Wirtschaftsleben der ländlichen Gebietsteile bemerkbar. Im Zuge dieser Entwicklung und infolge des Einsatzes moderner technischer Hilfsmittel in der Landwirtschaft haben sich die Zahl und der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen

an den gesamten Erwerbstätigen von 1950 bis 1970 von 9 075 (36,5 %) auf 5 139 (22,8 %) erheblich vermindert.

Innerhalb der drei Teilräume war der Anteil von Erwerbstätigen sehr verschieden. Zwar zählt in den Vierlanden und in den Marschlanden die Landwirtschaft unter den einzelnen Wirtschaftsabteilungen die meisten Erwerbstätigen, sie umfaßte 1970 aber doch nur jeweils gut 30 % aller tätigen Personen, jedoch weit mehr als in der 3. Meile des Alten Landes (7,6 %). Wie die Tabelle 3 weiter erkennen läßt, haben sich die Zahl und der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen gegenüber 1950 im Untersuchungsgebiet erheblich vermindert.

Die Volks- und Berufszählungen unterscheiden die in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gezählten Personen auch nach ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen sozialen Schichten. Zu den Selbständigen zählen beispielsweise die Eigentümer oder Pächter von landwirtschaftlichen oder anderen Betrieben, zu den Abhängigen die Beamten, Angestellten und Arbeiter. Dazwischen steht die Gruppe der mithelfenden Familienangehörigen.

Die berufliche Umschichtung der Erwerbspersonen, die weiter oben festgestellt ist, findet auch in den Veränderungen der sozialen Gliederung sichtlichen Ausdruck. So ist in der 3. Meile des Alten Landes im Vergleich zu den Vier- und Marschlanden und zu Gesamt-Hamburg der Anteil der Selbständigen immer verhältnismäßig gering gewesen, der der Arbeitnehmer dagegen recht groß. Seit 1950 hat sich nun unter dem Einfluß der leichten Abwanderung die Zahl der Selbständigen vermindert, und auch ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ist seitdem zurückgegangen, und zwar von 11,9 % auf 8,7 %. Am stärk-

sten ist hier dagegen die Zahl der Beamten und Angestellten gewachsen; denn sie hat sich fast verdoppelt, wogegen die Zahl der Arbeiter ebenfalls eine Abnahme erfahren hat.

Der Anteil der Selbständigen sowie der der mithelfenden Familienangehörigen ist in den Vier- und Marschlanden weit höher als in der 3. Meile des Alten Landes. Dieser Unterschied ist zwar in der Hauptsache durch die verschiedene Berufsschichtung begründet – soweit diese auf der starken Ansiedlung „städtischer“ Bevölkerung in Finkenwerder beruht –, er ist im übrigen aber auch durch die verschiedene Art der landwirtschaftlichen Betriebs- und Besitzverhältnisse hervorgerufen; denn in den Vier- und Marschlanden liegt das Schwergewicht der landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Produktion keineswegs wie in der 3. Meile des Alten Landes und im übrigen Hamburger Gebiet in den mittleren und größeren Betrieben, sondern vor allem in kleinen und kleinsten Betrieben.

Wenn wir nunmehr auf Daten aus Landwirtschaftszählungen zu sprechen kommen, müssen einige wichtige Bemerkungen methodischer Art gemacht werden.

Im Rahmen der ersten Phase der Haupterhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 (Grunderhebung) wurden bundeseinheitlich einbezogen alle Betriebe mit einer landwirtschaftlich (auch gartenbaulich), forstwirtschaftlich oder fischwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha und Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche unter 1 ha einschließlich der Betriebe ohne landwirtschaftlich genutzte Fläche, deren natürliche Erzeugungseinheiten einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung im Werte von mindestens 4 000 DM entsprechen.

Die Landwirtschaftszählung 1960 hingegen erfaßte Betriebe mit einer Betriebsfläche von 0,5 ha und mehr.

Ferner unterscheiden sich die Begriffe „landwirtschaftlich genutzte Fläche“ (LZ 1971) und „landwirtschaftliche Nutzfläche“ (LZ 1960) dadurch, daß in der landwirtschaftlich genutzten Fläche die nicht mehr bearbeiteten Teile des Acker- und Grünlandes, der Obstanlagen usw., die Parkanlagen und Ziergärten nicht enthalten sind. Auch die Definition der Sonderkulturen ist gegenüber 1960 geändert. Während 1960 Obstanlagen, Baumschulen, Hopfen, Tabak sowie Heil- und Gewürzpflanzen zu den Sonderkulturen rechnet, zählen 1971 die Heil- und Gewürzpflanzen nicht mehr dazu.

Die Ergebnisse der beiden Landwirtschaftszählungen sind darum nur mit Einschränkungen vergleichbar.

Nach den Ergebnissen der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 wurden im Untersuchungsgebiet 2 033 und im übrigen Hamburger Gebiet 781 landwirtschaftliche und gartenbauliche Betriebe gezählt. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche betrug gut 10 000 ha bzw. 8 000 ha. Die Struktur der Landwirtschaft in Hamburg ist durch das starke Überwiegen der großen Zahl an Kleinbetrieben, deren Größe in diesem Beitrag bis zu 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche angenommen ist, gekennzeichnet. Ihre Zahl beträgt 1 776, die aber nur 1 439 ha oder rd. 8% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Anspruch nehmen. Sie sind besonders stark in den Vier- und Marschlanden vertreten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe in den Vierlanden ist 85%, in den Marschlanden 65% und in der 3. Meile 29%. In ähnlicher Weise erklären sich auch die Unterschiede in der sozialen Schichtung der Bevölkerung, die zwischen den Vierlanden und den Marschlanden bestehen, aus den unterschiedlichen Betriebs- und Besitzverhältnissen; denn in den Vierlanden, wo der

Tabelle 4

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf und im Untersuchungsgebiet 1970 und 1950

Untersuchungsgebiet	Maßeinheit	Selbständige	Mithelfende Familienangehörige	Beamte und Angestellte <sup>1)</sup>	Arbeiter <sup>1)</sup>	Erwerbstätige insgesamt
		1	2	3	4	5
<b>1970</b>						
Vierlande .....	Anzahl	1 625	1 595	1 924	3 148	8 292
	%	19,6	19,2	23,2	38,0	100
Marschlande .....	Anzahl	778	905	1 321	1 803	4 807
	%	16,2	18,8	27,5	37,5	100
3. Meile des Alten Landes .....	Anzahl	818	544	3 180	4 900	9 442
	%	8,7	5,7	33,7	51,9	100
Untersuchungsgebiet insgesamt .....	Anzahl	3 221	3 044	6 425	9 851	22 541
	%	14,3	13,5	28,5	43,7	100
dagegen Hamburg insgesamt .....	Anzahl	69 997	21 357	435 453	300 900	827 707
	%	8,4	2,6	52,6	36,4	100
<b>1950</b>						
Vierlande .....	Anzahl	1 746	2 244	748	4 355	9 093
	%	19,2	24,7	8,2	47,9	100
Marschlande .....	Anzahl	1 125	1 015	774	3 312	6 226
	%	18,1	16,3	12,4	53,2	100
3. Meile des Alten Landes .....	Anzahl	1 133	699	1 675	6 040	9 547
	%	11,9	7,3	17,5	63,3	100
Untersuchungsgebiet insgesamt .....	Anzahl	4 004	3 958	3 197	13 707	24 866
	%	16,1	15,9	12,9	55,1	100
dagegen Hamburg insgesamt .....	Anzahl	91 449	17 300	246 714	391 022	746 485
	%	12,2	2,3	33,1	52,4	100

<sup>1)</sup> einschließlich Lehrlinge.

Tabelle 5

**Die landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe sowie die landwirtschaftlich genutzte Fläche im Untersuchungsgebiet nach Größenklassen 1971**

Flächengröße <sup>1)</sup>	Vierlande		Marschlande		3. Meile des Alten Landes		Untersuchungsgebiet insgesamt		Übriges Hamburger Gebiet	
	Zahl der Betriebe	Landwirtschaftl. genutzte Fläche ha	Zahl der Betriebe	Landwirtschaftl. genutzte Fläche ha	Zahl der Betriebe	Landwirtschaftl. genutzte Fläche ha	Zahl der Betriebe	Landwirtschaftl. genutzte Fläche ha	Zahl der Betriebe	Landwirtschaftl. genutzte Fläche ha
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
unter 1 ha ....	760	436	128	79	47	41	935	556	223	67
1 bis unter 2 ha ....	274	342	186	254	48	65	508	661	110	155
2 bis unter 5 ha ....	45	120	59	169	56	184	160	473	128	401
5 bis unter 10 ha ....	25	170	30	208	82	582	137	960	87	628
10 bis unter 15 ha ....	19	229	10	117	56	687	85	1 033	60	739
15 bis unter 20 ha ....	12	202	9	161	29	480	50	843	46	787
20 bis unter 30 ha ....	40	985	11	258	13	314	64	1 557	55	1 306
30 bis unter 50 ha ....	37	1 386	35	1 287	2	74	74	2 747	42	1 586
50 bis unter 100 ha ....	6	325	10	545	—	—	16	870	24	1 675
100 ha und mehr .....	2	270	2	289	—	—	4	559	6	895
Insgesamt .....	1 220	4 465	480	3 367	333	2 427	2 033	10 259	781	8 239

<sup>1)</sup> nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Kleinbesitz noch stärker vorherrscht als in den Marschlanden, ist der Anteil der Selbständigen und der der mithelfenden Familienangehörigen noch größer als dort (39 % gegen 35 %).

Auf die mittleren und größeren Betriebe mit mehr als 30 ha, die in den Marschlanden ca. 64 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche umfassen, kommen in den Vierlanden nur etwa 45 % und in der 3. Meile des Alten Landes sogar weniger als 4 % der gesamten Fläche. Im Gegensatz zu den Flächenländern des Bundesgebiets gibt es in Hamburg nur relativ wenige Betriebe mit 100 ha und darüber.

Ebenso wie bei den Größenverhältnissen bestehen auch bei den Pachtverhältnissen zwischen den einzelnen Gebietsteilen recht bedeutende und für die Verschiedenheit ihrer Betriebsverhältnisse charakteristische Unterschiede. In den Marschlanden besteht nahezu ein Drittel der Gesamtfläche aller landwirtschaftlichen Betriebe aus Pachtland, in den Vierlanden aber nur der fünfte Teil. Dieser große Umfang des Pachtlandes in den Marschlanden ist jedoch nicht aus dem Zwang der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse erwachsen, sondern zu einem großen Teil durch die Bodenpolitik des hamburgischen Staates hervorgerufen worden. Größere Flächen, namentlich in Billwerder, Moorfleet und Allermöhe, sind vor langen Jahrzehnten vom hamburgischen Staat aufgekauft und weitgehend wieder pachtweise den alten Eigentümern zur Bewirtschaftung überlassen worden.

Die Verteilung der von der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 insgesamt erfaßten landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betriebe über das Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg ist in Tabelle 6 zur Darstellung gebracht. Aus diesen Zahlen kann man entnehmen, wie verschieden die landwirtschaftliche, vor allem die gartenbauliche Bedeutung der einzelnen Gebietsteile ist. Die Unterschiede erklären sich in der Hauptsache aus der ver-

schiedenen Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur sowie aus der verschiedenen Art und Güte des Bodens.

Tabelle 6

**Die Anbaufläche von Gartengewächsen und Sonderkulturen im Untersuchungsgebiet 1971**

Gebietsteile	Zahl der Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	darunter		insgesamt	Gartenbauliche Kulturen in % Spalte 2
			Gartengewächse <sup>1)</sup>	Sonderkulturen		
			ha			
1	2	3	4	5	6	
Curslack .....	168	676	102	19	121	17,9
Altengamme ..	131	1 029	69	4	73	7,1
Neuengamme ..	272	1 226	168	3	171	13,9
Kirchwerder ..	649	1 534	541	16	557	36,3
Vierlande zusammen ..	1 220	4 465	880	42	922	20,6
Ochsenwerder ..	182	861	318	15	333	38,7
Reitbrook ....	43	329	47	17	64	19,5
Allermöhe ....	78	859	73	36	109	12,7
Billwerder ....	24	741	14	14	28	3,8
Moorfleet ....	57	305	77	7	84	27,5
Tatenberg ....	49	98	71	—	71	72,4
Spadenland ..	47	174	85	2	87	50,0
Marschlande zusammen ..	480	3 367	685	91	776	23,0
Francop .....	61	593	3	382	385	64,9
Neuenfelde ...	171	1 380	11	944	955	69,2
Cranz .....	10	28	—	4	4	14,3
Finkenwerder ..	91	426	9	256	265	62,2
3. Meile des Alten Landes zusammen ..	333	2 427	23	1 586	1 609	66,3
Untersuchungsgebiet insgesamt .....	2 033	10 259	1 588	1 719	3 307	32,2
Übriges Hamburger Gebiet .....	781	8 239	359	388	747	9,1
Hamburg insgesamt ....	2 814	18 498	1 947	2 107	4 054	21,9

<sup>1)</sup> einschl. Feldgemüse



Der Anbau von gartenbaulichen Kulturen findet bei weitem seine größte Verbreitung im Untersuchungsgebiet. Unter gartenbauliche Kulturen werden zusammengefaßt die Fläche der Gartengewächse im Freiland sowie unter Glas im Wechsel mit Gartengewächsen einschließlich Blumen, Zierpflanzen, Stauden und Jungpflanzen, Gartensämereien und Vermehrungsanbau von Blumenzwiebeln und -knollen, die Fläche des Feldgemüses und die der Sonderkulturen, vor allem Obstanlagen und Baumschulen. Der Fläche nach hat der Anbau von gärtnerischen Kulturen seine größte Ausdehnung in den Stadtteilen Neuenfelde, Kirchwerder, Francop, Ochsenwerder und Finkenwerder. Mißt man jedoch den prozentualen Anteil der Gartengewächse an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in den landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Betrieben, so steht Tatenberg, wo über 72 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit Gartengewächsen bepflanzt sind, weitaus im Vordergrund; es folgen Neuenfelde, Francop und Finkenwerder mit jeweils über 60 %. Vorherrschend ist hier im Gegensatz zu den Vier- und Marschlanden der Anbau von Sonderkulturen, vor allem Obstanlagen. Im Durchschnitt des Untersuchungsgebietes werden fast ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche mit Gartengewächsen bebaut. Berücksichtigt man, daß im Bundesgebiet die Gartengewächse nur knapp 2 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche einnehmen, so erkennt man die außerordentlich große Bedeutung des hamburgischen Gartenbaus. Neben dem Gartenbau spielen die Acker- und Weidewirtschaft trotz ihres überwiegenden Flächenanteils in diesen Gebietsteilen nur eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Zum Schluß sei noch kurz darauf hingewiesen, daß der Hamburger Staat beabsichtigt, in den nächsten 10 bis 15 Jahren im Südosten der Stadt, im Raum Billwerder-Allermöhe, etwa 1 250 ha Bauland zu erschließen, von dem etwa 600 ha als Wohn- und 650 ha als Gewerbeland vorgesehen sind. Wegen der Errichtung dieses Siedlungsschwerpunktes mit 80 000 Einwohnern wird künftig für Gartenbau und Landwirtschaft wenig Platz sein. Ob und wieviele Betriebe auf den verbleibenden gartenbaulich/landwirtschaftlichen Produktionsflächen in Zukunft noch Siedlungsmöglichkeiten haben werden, läßt sich derzeit noch nicht beantworten.

### 3. Umfang des Anbaus von Gartenbauprodukten

In den vorausgegangenen Kapiteln ist zunächst ein Überblick über die Bevölkerung gegeben worden. Es wurde u. a. gesagt, in welchem Umfange und in welchen Wirtschaftsbereichen die Menschen erwerbstätig sind. Daneben wurde die Entwicklung der Bevölkerung und die Veränderung in der beruflichen Gliederung der erwerbstätigen Bevölkerung seit dem Jahre 1950, dem Zeitpunkt der ersten großen Volkszählung nach dem zweiten Weltkrieg, aufgezeigt. Eine weitere wichtige Erkenntnisquelle boten die ersten Ergebnisse der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971. Aus der Zahl der Betriebe, der Größe der Betriebe und der landwirtschaftlich genutzten Fläche läßt sich eine Fülle wertvoller Aufschlüsse über die wirtschaftlichen Grundlagen der einzelnen Teile des

Untersuchungsgebietes gewinnen. Im folgenden werden die Veränderungen in der gartenbaulichen Struktur, soweit sie vor allem durch die Ergebnisse der besonderen Blumen- und Zierpflanzenerhebung sowie der jährlichen Gemüseanbauerhebung des letzten Jahrzehntes meßbar sind, zur Darstellung gelangen.

#### 3.1 Blumen und Zierpflanzen

Die Blumen und Zierpflanzen, die zu den verschiedensten Zwecken im Ballungszentrum Hamburg gehandelt werden, kommen vorwiegend aus den Erwerbsgartenbaubetrieben in und um Hamburg. Es haben sich hier im Laufe der Zeit relativ viele und bedeutende Zierpflanzengärtnereien entwickelt, die im Freiland und in Unterglasanlagen mannigfaltige Gartenbaukulturen produzieren und auf den Markt bringen. Wenn auch der überwiegende Teil der Produktion zur Deckung des Platzkonsums dient, so haben darüber hinaus mehrere Betriebe ihre Abnehmer nicht nur im übrigen Bundesgebiet, sondern auch in vielen Teilen des Auslandes, wie z. B. bei den Erzeugnissen Mai-blumen und Jungpflanzen.

Die Anbaustatistik für Blumen und Zierpflanzen 1972, die alle Betriebe erfaßt, die den Anbau dieser Produkte erwerbsmäßig betreiben, wies im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg eine Betriebszahl von knapp 1 600 nach, darunter waren fast 1 100 Betriebe mit Unterglasanlagen. Die für den Zierpflanzenanbau genutzte Grundfläche im Freiland und unter Glas belief sich auf 586 ha, in Unterglasanlagen allein 172 ha, das entspricht ungefähr der Wasseroberfläche der Binnen- und Außenalster. Seit der Gartenbauerhebung 1961 hat sich der Zierpflanzenanbau wie folgt entwickelt:

Jahre	Grundfläche	Anbaufläche
	in ha	
1961	541	654
1966	575	649
1969	610	639
1972	586	633

#### Die Grundfläche

des Blumen- und Zierpflanzenanbaus, die alle im Laufe des Erhebungsjahres mit Zierpflanzen bestanden Flächen umfaßt, und

#### die Anbaufläche,

die im Gegensatz zur Grundfläche auch die Mehrfachnutzung durch Vor- und Nachkulturen enthält, andererseits nur Flächen erfaßt, die im Erhebungsjahr verkaufsfertige Erzeugnisse liefern,

sind im letzten Jahrzehnt trotz einer kleineren Zahl an Betrieben, im ganzen gesehen, nahezu gleichgeblieben. Durch Erweiterung der Unterglasanlagen, insbesondere der mit Hochglas, war es möglich, den Verlust der im Freiland für den Zierpflanzenanbau genutzten Flächen wieder wettzumachen.

Tabelle 7

**Betriebe und Grundflächen des Blumen- und Zierpflanzenanbaus in ausgewählten Gebietsteilen 1972**

Gebietsteile	Anzahl der Betriebe	Grundflächen				
		auf dem Freiland	in Unterglasanlagen			
			insgesamt	darunter heizbar	Hochglas	Niederglas
1	2	3	4	5	6	
Curslack .....	142	40,34	33,24	30,99	32,07	1,17
Neuengamme ..	152	39,58	7,58	6,56	7,09	0,49
Kirchwerder ..	229	72,44	35,34	31,71	32,85	2,49
Kirchwerder ..	633	181,12	45,28	37,88	41,35	3,93
Vierlande zusammen	1 156	333,48	121,44	107,14	113,36	8,08
Ochsenwerder.	115	18,75	9,64	8,80	9,20	0,44
Reitbrook ....	16	1,17	2,72	2,57	2,56	0,16
Allermöhe ....	43	5,50	2,12	1,93	2,01	0,11
Billwerder ....	4	0,13	0,34	0,22	0,32	0,02
Moorfleet .....	14	0,90	2,64	2,45	2,60	0,04
Tatenberg ....	23	2,68	1,06	1,06	1,06	—
Spadenland ..	15	1,90	1,26	1,15	1,18	0,08
Marschlande zusammen	230	31,03	19,78	18,18	18,93	0,85
Untersuchungsgebiet insgesamt <sup>1)</sup> .....	1 386	364,51	141,22	125,32	132,29	8,93
Übriges Hamburger Gebiet .....	195	49,93	31,15	25,91	26,43	4,72
darunter Bezirk						
Altona .....	35	4,89	2,93	2,03	1,96	0,07
Eimsbüttel ..	29	4,86	6,40	5,02	5,41	0,99
Nord .....	15	7,47	1,93	1,13	1,11	0,92
Wandsbek ..	62	24,39	14,27	12,98	12,94	1,33
Harburg ...	35	3,62	3,48	2,96	3,10	0,38
Hamburg insgesamt .....	1 581	414,44	172,37	151,23	158,72	13,65
dagegen 1969 ..		450,14	160,49	133,34	140,99	19,47
1966 ..		457,23	117,61	90,41	97,35	20,26

<sup>1)</sup> Aus Geheimhaltungsgründen ohne Zahlen der 3. Meile des Alten Landes.

Untersucht man nun die Standorte der Betriebe mit ihren Grundflächen im Freiland und in Unterglasanlagen, so stellt man fest, daß im Bereich der Vierlande eines der größten geschlossenen Zierpflanzenanbaugebiete zu finden ist.

Mit über 450 ha und 1 150 Betrieben besitzt dieses Gebiet jeweils gut vier Fünftel der gesamten Grundfläche und der Gesamtzahl der Zierpflanzenbetriebe Hamburgs. Wenn man berücksichtigt, daß das Areal der Vierlande eine Ausdehnung von nur 76,9 qkm hat, während beispielsweise das Land Schleswig-Holstein 15 675,8 qkm aufweist, wo nicht einmal die gesamte Grundfläche des Zierpflanzenanbaus im Freiland und in Unterglasanlagen so groß ist, wird die überragende Bedeutung der Vierlande noch klarer. In Gegenden mit vorherrschendem Obstanbau und reiner Landwirtschaft sind Zierpflanzenbetriebe nicht oder nur in relativ geringem Umfang vorhanden. Dagegen finden wir in bestimmten Teilen des Stadtgebietes etliche Betriebe mit z. T. größeren Flächen, vor allem Unterglasflächen. Einen weiteren Einblick

in die verschiedene Intensität, mit der der Zierpflanzenanbau in den einzelnen Gebietsteilen gepflegt wird, vermittelt der Umfang der Freiland-Grundfläche (vgl. Tabelle 7). Für den Zierpflanzenanbau unter Glas wurde 1972 mit rd. 172 ha eine um 55 ha (+47 %) größere Grundfläche als im Jahre 1966 ermittelt. Nach Nordrhein-Westfalen (690 ha), Baden-Württemberg, Niedersachsen und Bayern weist Hamburg die fünftgrößte Unterglasfläche von allen Bundesländern auf. Der weitaus größte Teil der Unterglasflächen, die zu 92 % mit Hochglas und zu 8 % mit Niederglas bedeckt sind, ist heizbar (90 %).

Die außergewöhnliche Mannigfaltigkeit der Zierpflanzenerzeugnisse, die in den verschiedensten Kulturfolgen und -kombinationen angebaut werden, läßt es angebracht erscheinen, im Rahmen dieses Beitrags nur den Anbau von einigen wichtigen Pflanzengruppen bzw. -arten und Gebietsteilen herauszustellen<sup>2)</sup>. Es sollen zunächst aus der großen Vielzahl der verschiedenen Blumenarten einige Daten über den Anbau auf dem Freiland gegeben werden. Eine besonders bevorzugte Stellung muß dem Anbau von Stiefmütterchen eingeräumt werden, deren Anzuchtfläche mit

<sup>2)</sup> Vgl. weitere Ergebnisse in „Statistische Berichte“ des Statistischen Landesamtes Hamburg, Reihe C, vom 16. 4. 1973, lfd. Nr. 2 —

Tabelle 8

**Anbau von Blumen und Zierpflanzen auf dem Freiland in Hamburg 1972**

Bezeichnung	Anbauflächen		
	absolut ha	%	Veränderung gegenüber 1969 in %
	1	2	3
Vermehrungs- und Anzuchtflächen zusammen	218,09	51,6	— 1,5
davon			
Blumenzwiebeln .....	2,90	0,7	+ 25,5
Verkaufsfertige Maiblumen .....	18,24	4,3	+ 6,7
Noch nicht verkaufsfertige Maiblumen .....	17,30	4,1	— 0,6
Blumenknollen und -samen <sup>1)</sup> .....	1,05	0,2	— 88,8
Stauden .....	21,34	5,1	+ 175,0
Stiefmütterchen .....	152,44	36,1	+ 11,5
Sonstige Frühling- und Sommerblumen .....	4,82	1,1	— 80,2
Aufstellungsflächen von Topf- und Ballenpflanzen	5,45	1,3	— 13,4
Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt zusammen .....	198,93	47,1	— 14,3
davon			
Tulpen .....	3,50	0,8	— 63,0
Narzissen .....	4,71	1,1	— 49,9
Gladiolen .....	12,14	2,9	— 30,4
Nelken .....	2,64	0,6	— 35,8
Rosen .....	1,52	0,4	— 39,9
Chrysanthemen .....	76,86	18,2	+ 5,5
Trockenblumen .....	4,95	1,2	— 15,7
Sonstige krautartige Schnittblumen <sup>2)</sup> .....	66,91	15,8	— 26,1
Gehölze zum Grün- und Blütenschnitt .....	25,70	6,1	+ 29,1
Anbaufläche insgesamt ..	422,47	100	— 6,8

<sup>1)</sup> Z. B. Knollenbegonien, Dahlien, Freesien, Gladiolen. — <sup>2)</sup> Z. B. Margeriten, Astern, Lilien, Dahlien.

152 ha gut ein Drittel der Gesamtanbaufläche auf dem Freiland (422 ha) einnimmt. Die Chrysanthemen stehen flächenmäßig an zweiter Stelle und zählen zu den am weitesten verbreiteten Schnittblumenarten Hamburgs. Die unter der Position „sonstige krautartige Blumen“ zusammengefaßten Schnittblumenarten, zu der u. a. Margeriten, Astern, Lilien und Dahlien gehören, folgt mit 67 ha oder 16 % der gesamten Anbaufläche. Aber auch der Anbau von Maiblumen zu Vermehrungszwecken ist mit 36 ha in der Hansestadt noch verhältnismäßig stark vertreten; mehr als ein Viertel des Anbaus im gesamten Bundesgebiet liegt nämlich in Hamburg.

Mit 218 ha blieben die Vermehrungs- und Anzuchtflächen auf dem Freiland gegenüber 1969 nahezu konstant. Während die Flächen von Blumenzwiebeln, verkaufsfertigen Maiblumen, Stauden und Stiefmütterchen zunahm, ging der Anbau bei den übrigen in Tabelle 8 aufgeführten Blumenarten zurück. An Anbauflächen von Blumen und Ziergehölzen zum Schnitt wurden 199 ha und damit um 33 ha (- 14 %) weniger als im Vergleichsjahr ermittelt. Alle wichtigen Schnittblumenarten mit Ausnahme der Chrysanthemen sowie der Gehölze zum Grün- und Blütenschnitt verzeichnen Flächeneinbußen.

Einen weiteren Beweis für die Bedeutung des Gartenbaus liefert der Blumenanbau in Unterglasanlagen, der in bestimmten Teilen Hamburgs – wie bereits erwähnt – eine besondere Rolle spielt. Der Schwerpunkt des Anbaues unter Glas liegt hier bei den Schnittrosen, deren Fläche mehr als ein Viertel des gesamten Anbaus von Blumen und Zierpflanzen in Unterglasanlagen (211 ha) umfaßt, gefolgt von den getrennt kultivierten großblumigen und dekorativen sowie kleinblumigen Chrysanthemen. Bedenkt man, daß diese Pflanzenart im Freilandanbau ebenfalls große Flächen einnimmt, so ergibt sich, daß die Chrysanthemen in Hamburg mit einer Gesamtanbaufläche von über 112 ha nach dem Land Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu den wichtigsten Schnittblumenkulturen der Bundesrepublik Deutschland gehören. Ebenfalls noch beachtliche Anbauflächen unter Glas wurden bei Nelken (23 ha) und bei Freesien (10 ha) festgestellt. Beim Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Unterglasanlagen tritt der Anbau zur Vermehrung und Anzucht, der im Freiland mehr als die Hälfte der Anbaufläche beträgt, stark zurück und erreicht hier lediglich 15 %. Demgegenüber beansprucht der Schnittblumenanbau unter Glas sieben Zehntel der Anbaufläche. Die Restfläche entfällt auf den Anbau von Beet- und Balkonpflanzen, insbesondere ist es der Anbau von Begonia semperflorens, Pelargonien und Tagetes.

Die Blumenproduktion in den Gartenbaubetrieben zeigt z. Z. beachtliche Anbauverschiebungen. So brachte die Schnittblumenanbaufläche in Unterglasanlagen 1972 gegenüber 1969 eine kräftige Zunahme (+ 9,3 %), während beim Freilandanbau eine erhebliche Abnahme (- 14,3 %) zu verzeichnen war. Unter den aufgeführten Kulturen unter Glas ist insbesondere die Fläche für Treibgehölze, Rosen, Orchideen, großblumige und dekorative Chrysanthemen besonders stark ausgeweitet worden.

Tabelle 9

Anbau und Produktion von Blumen und Zierpflanzen unter Glas in Hamburg 1972

Bezeichnung	Anbauflächen		
	absolut ha	%	Veränderung gegenüber 1969
	1	2	3
Anbauflächen von Schnittblumen zusammen .....	146,68	69,6	+ 9,3
davon			
Tulpen .....	7,53	3,6	- 2,6
Narzissen .....	1,43	0,7	- 28,5
Freesien .....	9,64	4,6	+ 11,8
Rosen .....	56,45	26,8	+ 32,5
Nelken .....	23,16	11,0	- 16,9
Chrysanthemen:			
großblumige und dekorative .....	20,60	9,8	+ 24,9
kleinblumige .....	14,88	7,0	- 3,8
Gerbera .....	2,06	1,0	+ 19,8
Orchideen .....	0,72	0,3	+ 28,6
Schnittgrün .....	0,71	0,3	- 37,2
Treibgehölze .....	1,53	0,7	+ 75,9
Übrige Zierpflanzen ...	7,97	3,8	- 13,5
Vermehrungs- und Anzuchtflächen zusammen <sup>1)</sup>	33,07	15,7	
zusammen	31,10	14,7	- 1,3
Anbau von Beet- und Balkonpflanzen zusammen			
davon			
Begonia semperflorens	12,82	6,1	+ 4,9
sonstige Beet- und Balkonpflanzen .....	18,28	8,6	- 5,3
Anbauflächen insgesamt	210,85	100	+ 24,7
Bezeichnung	Jahresproduktion (Fertigware)		
	1000 Stück	%	Veränderung gegenüber 1969 in %
	1	2	3
Produktion von Topf- und Balkonpflanzen			
Blühende Topfpflanzen zusammen .....	5 926	85,8	+ 23,4
davon			
Cyclamen .....	862	12,5	- 13,3
Lorraine-Elatior-Begonien .....	387	5,6	+ 60,6
Hortensien .....	119	1,7	- 0,8
Topfchrysanthemen	152	2,2	- 0,7
Azaleen .....	627	9,1	- 2,8
Erica gracilis .....	13	0,2	- 55,2
Pelargonien .....	746	10,8	- 2,1
Tulpen <sup>2)</sup> .....	1 350	19,5	
Hyazinthen .....	304	4,4	+ 42,1
Sonstige blühende Topfpflanzen .....	1 366	19,8	- 16,8
Grünpflanzen und Kakteen zusammen ..	984	14,2	+ 27,5
davon			
Poinsettien <sup>2)</sup> (Weihnachtsstern) .....	317	4,6	
Kakteen .....	18	0,3	+ 80,0
Übrige Grünpflanzen	649	9,3	- 14,8
Produktion von Topf- und Balkonpflanzen insgesamt	6 910	100	+ 24,0

<sup>1)</sup> 1969 Flächen nur teilweise erfaßt. – <sup>2)</sup> 1969 als Stückzahl in Töpfen nicht ermittelt.

Nach der Zierpflanzenerhebung 1972 betrug die Jahresproduktion an blühenden Topfpflanzen und an Grünpflanzen in Unterglasanlagen fast 7 Mio Stück; hierin enthalten sind nicht die Jungpflanzen und Halbfertigware. Setzt man die Zahl der in Hamburg produzierten Topfpflanzen-Fertigware in Beziehung zur Zahl der Privathaushalte, dann kommen auf einen Haushalt im Jahresdurchschnitt fast 9 Topfpflanzen. An erster Stelle der in der Statistik unter blühenden Topfpflanzen zusammengefaßten Arten stehen in Hamburg die Tulpen mit 1,35 Mio Stück. Unter den blühenden Topfpflanzen seien weiter genannt: Cyclamen mit 0,86 Mio Stück, Pelargonien mit 0,75 Mio und Azaleen mit 0,63 Mio Stück. Recht umfangreich und mannigfaltig ist in Hamburg auch das Angebot von Grünpflanzen und Kakteen. Allein die Erzeugung von Poissetien (Weihnachtsstern) beziffert sich auf 0,32 Mio Stück.

In gebietlicher Aufgliederung ergibt sich ebenso wie bei der Darstellung der Grundflächen für das Areal der Vierlande eine außerordentlich starke Konzentration des Anbaus von Blumen und Zierpflanzen auf dem Freiland und in Unterglasanlagen. Auf dieses in der Produktion von Zierpflanzen mit weitem Abstand im Vordergrund stehende Anbaugesbiet Hamburgs entfallen weit über drei Viertel des Gesamtanbaus. Alle für die Vermarktung bedeutenden Arten werden — mit wenigen Ausnahmen — hier angebaut. Neben den besonders im Schnittblumenanbau hervortretenden Vierlanden sind weitere Zusammenballungen bei bestimmten Zierpflanzengruppen in anderen Gebietsteilen zu beobachten. Die gartenbaulichen Kulturen in den Bezirken Eimsbüttel und Wandsbek sind besonders typisch für die Spezialisierung eines Anbaugesbietes auf nur wenige Arten. Hier findet sich auf verhältnismäßig engem Raum eine sehr beträchtliche Produktion von fast ausschließlich Jung- und Topfpflanzen, und zwar vorwiegend in Unterglasanlagen. Ein Teil dieser Betriebe ist als „Umschläger“ von Jungpflanzen, die als Sämlinge oder Stecklinge zur Weiterkultur verkauft werden, von größter Bedeutung. Einige andere Betriebe haben es sich zur Aufgabe gemacht, Halbfertigware zu kultivieren und als Fertigware abzusetzen. Etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Topfpflanzenerzeugung, sei es nun Fertigware, Halbfertigware oder Jungpflanzen, kommen aus den Gärtnereien der Bezirke Eimsbüttel und Wandsbek.

### 3.2 Gemüse und Obst

Einen weiteren Teil der Anbauflächen für Gartengewächse nimmt der Anbau von Gemüse ein, wobei zu beachten ist, daß es sich bei den Angaben nach der Gemüsehaupterhebung um die von den Gemüsebaubetrieben bereitgestellten Flächen des erwerbsmäßigen Anbaues von Gemüse auf dem Freiland und in Unterglasanlagen sowie von Erdbeeren handelt. Nach der bestehenden gesetzlichen Regelung werden Gemüsehaupterhebungen alle 3 Jahre total, in den dazwischenliegenden Jahren repräsentativ durchgeführt. Daher bezieht sich die folgende Darstellung der Ergebnisse über den Anbau auf die Jahre, wo originäre Zahlen vorliegen.

Bei der 1972 durchgeführten Anbauerhebung wurde bei 1 490 Betrieben eine Gesamtgemüsefläche im er-

werbsmäßigen Anbau auf dem Freiland von 1 438 ha ermittelt. Somit ist die für die Marktversorgung zur Verfügung stehende Gemüsefläche um 89 ha (—4,8%) niedriger als 1969. Verglichen mit den Ergebnissen vorhergehender Jahre zeigt der erwerbsmäßige Anbau auf dem Freiland eine rückläufige Bewegung. So ist beispielsweise in Hamburg die Gemüsefreilandfläche 1972 um etwa die Hälfte kleiner als die des Jahres 1961, was vorwiegend auf die geänderten betriebs- und marktwirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen ist. Des weiteren hat die Inanspruchnahme der Flächen für Industrieansiedlung, Wohnungsbau und Verkehr zu dieser Entwicklung beigetragen.

Tabelle 10

#### Der Anbau von Gemüse und Erdbeeren auf dem Freiland und in Unterglasanlagen seit 1961 in Hamburg

Gemüsearten Gemüsegruppen	Anbauflächen				Zu- bzw. Abnahme 1972 gegenüber 1969
	1961	1966	1969	1972	
	ha				%
	1	2	3	4	5
<b>Anbau auf dem Freiland</b>					
Kohlgemüse ...	1 058	897	629	593	— 5,7
Blattgemüse ...	490	365	305	274	— 10,2
Fruchtgemüse ...	458	302	111	91	— 18,0
Wurzelgemüse ...	507	413	366	331	— 9,6
Sonstige Arten ...	170	122	99	149	+ 50,5
Insgesamt ....	2 683	2 099	1 510	1 438	— 5,8
Erdbeeren .....	221	164	103	106	+ 2,9
<b>Anbau in Unterglasanlagen</b>					
Blumenkohl ...	13,16	12,70	6,69	5,38	— 19,6
Kohlrabi .....	7,04	11,48	10,83	10,54	— 2,7
Kopfsalat .....	33,92	30,65	31,01	33,32	+ 7,4
Gurken .....	38,46	26,70	25,75	27,05	+ 5,0
Tomaten .....	26,71	21,75	18,39	18,81	+ 2,3
Rettich .....		0,98	1,21	2,38	+ 96,7
Radies .....	24,19	8,02	11,34	16,68	+ 47,1
Sonstige Arten ...		16,79	10,03	13,86	+ 38,2
Insgesamt ....	143,48	129,07	115,25	128,02	+ 11,1

Im Vergleich zu 1969 ergeben sich die stärksten relativen Flächeneinschränkungen bei Fruchtgemüse (—18%) und Blattgemüse (—10,2%). Bei dem Fruchtgemüse ist die Flächenabnahme von Grünen Pflückbohnen und von Dicken Bohnen bemerkenswert; aber auch der Tomatenanbau zeigt eine abnehmende Tendenz. Die Einschränkung im Blattgemüseanbau, der die verschiedenen Salate und den Spinat umfaßt, ist durch den Minderanbau von Spinat, vornehmlich durch Frühjahrsspinat, verursacht worden; beim Frühjahrskopfsalat und Endiviensalat sind geringe Anbauausweitungen festzustellen. Bei den einzelnen Arten des Kohlgemüses (—5,7%) zeigt sich seit 1969 eine z. T. recht unterschiedliche Flächenentwicklung, z. B. wurden für Frühweißkohl und Spätkohlrabi nicht unerhebliche Flächenerweiterungen, bei Grün-, Rosen- und Rotkohl Flächenverminderungen ausgewiesen. Weitere Einzelheiten sind aus den „Statistischen Berichten“ zu entnehmen<sup>3)</sup>.

An der Freiland-Gemüseanbaufläche des Bundes hatte Hamburg in den 50er Jahren bei bestimmten Gemüsearten, wie Blumenkohl, Tomaten, Sellerie, Erdbee-

<sup>3)</sup> Vgl. Reihe C vom 16. 4. 1973, lfd. Nr. 3 —

ren und Porree, flächenmäßig einen bemerkenswerten Anteil. Infolge der fortgesetzten Einschränkung des Freilandgemüsebaues gibt es derzeit in der Hansestadt kaum eine Gemüseart, die an der Gesamtfläche des Bundes einen höheren Anteil als 6 % bis 8 % hat.

Die Erzeugung von Gemüse auf Flächen in Unterglasanlagen spielt im hamburgischen Gartenbau ebenfalls eine besondere Rolle. Der Vorteil dieser Produktionsart liegt in erster Linie darin, daß im Vergleich zum Freilandgemüse jahreszeitlich schon sehr frühzeitig bestimmte Gemüsearten dem Markt zugeführt werden können. Bei dem großen Bedarf der Großstadt liegt es nahe, daß der Anbau von Frischgemüse in Niederglas- und Hochglasanlagen vorrangig betrieben wird. Insgesamt umfaßte die zum Gemüsebau in Unterglasanlagen genutzte Fläche 1972 rd. 128 ha, die damit um 83 ha kleiner war als die für den Zierpflanzenanbau. Im Gegensatz zum Freilandgemüse, dessen Anbaufläche aus den erwähnten Gründen seit 1961 mehr oder weniger stark zurückgegangen ist, erweist sich der Unterglasanbau, soweit es sich um die Gesamtfläche handelt, als ziemlich beständig. Bei Tomaten und Gurken, insbesondere bei Blumenkohl, ergibt sich eine starke rückläufige Entwicklung. Der absolute Rückgang dieser drei Arten betrug seit 1961 rd. 27 ha, so daß 1972 nur noch 51 ha verbleiben. Gegenüber 1969 ist bei Gurken und Tomaten jedoch eine leichte Aufwärtsentwicklung festzustellen. Der Kohlrabi scheint seine größte Ausdehnung im Unterglasanbau bereits überschritten zu haben, wie die leicht abnehmenden Anbauflächen seit 1966 zeigen. Im Gegensatz hierzu ist der Anbau von Rettich und Radies ständig gesteigert worden.

Nach den Feststellungen der amtlichen Ernteberichterstattung errechnet sich in Verbindung mit den bei der Gemüseanbauerhebung ermittelten Anbauflächen für 1972 ein Gesamternteertrag von rd. 318 700 dz. Für die einzelnen Gemüsegruppen auf dem Freiland ergeben sich folgende Erntemengen:

Gemüsegruppe	1972	1969	Zu- bzw. Abnahme 1972 gegenüber 1969 %
	dz		
Kohlgemüse	138 584	138 018	+ 0,4
Blattgemüse	46 272	44 596	+ 3,8
Fruchtgemüse	19 234	22 230	- 13,5
Wurzelgemüse	80 177	78 835	+ 1,7
Sonstige Arten	34 474	23 530	+ 46,5
Insgesamt	318 741	307 209	+ 3,8

Das Zusammentreffen von Flächeneinschränkungen und höheren Hektarerträgen bei den meisten Gemüsearten führte zu einer Ernte, die um rd. 11 500 dz oder 3,8 % höher ausfiel als 1969.

Die Erntemenge an Gemüse unter Glas betrug bei

Gemüsearten	1972	1969	Zu- und Abnahme 1972 gegenüber 1969	dagegen auf Freiland
	dz		%	dz
Blumenkohl	1 237	2 719	- 54,5	34 998
Kohlrabi	4 446	4 326	+ 2,8	24 517
Kopfsalat	15 391	11 791	+ 30,5	35 385
Gurken	36 481	31 885	+ 14,4	909
Tomaten	13 207	12 494	+ 5,7	13 296
Zusammen	70 762	63 215	+ 11,9	109 105
Rettich	1 477	763	+ 93,6	.
Radies	9 655	3 063	+ 215,2	.
Sonstige Arten	2 984	3 905	- 23,6	.
Insgesamt	84 878	70 946	+ 19,6	.

Die Gesamternte unter Glas belief sich auf rund 85 000 dz und war damit etwa 14 000 dz (+ 19,6 %) größer als 1969. Von den einzelnen Arten brachten vor allem Radies, Rettich und Kopfsalat größere Ernten, wogegen bei Blumenkohl und Sonstige Arten niedrigere Ernten erzielt wurden. Betrachtet man die fünf Gemüsearten – Blumenkohl, Kohlrabi, Kopfsalat, Gurken und Tomaten – zusammen, dann betrug die Unterglasernte nur etwa gut die Hälfte der Freilandernte; legt man jedoch die für die Erzeugung benötigten Bodenflächen zugrunde, so wird für die Unterglasernte nur rd. ein Fünftel der für die Freilandernte erforderlichen Fläche benötigt. Hiernach ergibt sich, daß je Flächeneinheit in den Unterglasanlagen im Durchschnitt etwa viermal so viel geerntet wird als auf dem Freiland.

Bei einer Betrachtung der Standorte der wichtigsten Gemüsearten fällt auf, daß in Gebietsteilen, in denen ein hochentwickelter Blumen- und Obstanbau anzutreffen ist, der Gemüseanbau stark zurücktritt. In den Stadtteilen der Vierlande wird hauptsächlich der Feingemüseanbau bevorzugt, das sind u. a. Blumenkohl, Tomaten, grüne Pflückbohnen, Gurken, Salat, Spinat; im Durchschnitt bleiben rd. vier Fünftel der gesamten Gemüsefreilandfläche dem Feingemüseanbau vorbehalten. Unter dem zahlenmäßig reichhaltigen Sortiment werden einige Arten besonders bevorzugt. An erster Stelle stand 1972 der Tomatenanbau mit 48 ha, wovon allein 42 ha auf den Stadtteil Kirchwerder entfallen. Außerdem werden in den Vierlanden auf relativ größeren Flächen weitere Feingemüsearten, wie grüne Pflückbohnen, Rhabarber und Porree angebaut (s. T a b e l l e 11).

In den Stadtteilen der nördlich angrenzenden Marschlande zeigt sich eine wesentlich andere Anbaustruktur. Das Verhältnis vom Grobgemüseanbau zum Feingemüseanbau von 20 : 80 in den Vierlanden ändert sich auf etwa 50 : 50 in den Marschlanden. Abgesehen von Ochsenwerder, Tatenberg und Spadenland, wo der Anbau von Feingemüse noch überwiegt, steigt das Anbauverhältnis in den übrigen Ortschaften der Marschlande zugunsten des Anbaues von Grobgemüse. Neben den besonders im Gemüseanbau auf dem Freiland und in Unterglasanlagen hervortretenden Vier- und Marschlanden sind weitere

Tabelle 11

## Anbau von Gemüse und Erdbeeren in ausgewählten Gebietsteilen 1972

Gebietsteile	Anbaufläche in ha											
	im Freiland						in Unterglasanlagen					
	insgesamt	darunter				außer- dem Erd- beeren	insgesamt	darunter				
		Kohl- gemüse	Blatt- gemüse	Frucht- gemüse	Wur- zel- gemüse			Blu- men- kohl	Kohl- rabi	Kopf- salat	Gur- ken	To- maten
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
Curslack .....	5,48	2,53	0,11	1,15	0,54	3,21	0,09	—	0,02	0,02	0,00	0,00
Altengamme .....	6,35	0,54	0,37	3,36	1,03	17,44	0,25	0,02	—	—	0,07	0,10
Neuengamme .....	13,75	1,73	0,17	6,51	1,06	9,01	2,83	0,09	0,47	0,25	0,27	1,20
Kirchwerder .....	265,48	73,60	30,50	62,87	29,14	62,31	39,95	3,45	6,20	5,59	6,41	11,88
Vierlande zusammen .....	291,06	78,40	31,15	73,89	31,77	91,97	43,12	3,56	6,69	5,86	6,75	13,18
in % d. jeweilig. Gesamtfläche	20,2	13,2	11,4	80,9	9,6	87,1	33,7	66,2	63,5	17,6	25,0	70,1
Ochsenwerder .....	412,63	175,33	90,09	3,87	115,04	0,41	30,44	0,70	1,31	9,75	7,12	1,36
Reitbrook .....	47,74	24,10	9,71	0,90	11,28	0,16	6,19	0,12	0,37	1,57	1,98	0,53
Allermöhe .....	89,31	49,18	14,42	2,55	19,36	0,52	12,34	0,07	0,34	4,99	4,00	1,00
Billwerder .....	15,80	10,16	3,34	—	2,14	—	0,65	0,02	0,06	0,27	0,07	0,08
Moorfleet .....	109,28	52,78	28,96	0,73	24,05	0,05	9,18	—	0,49	3,19	2,12	0,69
Tatenberg .....	69,26	29,16	14,00	1,29	21,67	—	5,72	0,23	0,32	1,40	1,14	0,54
Spadenland .....	142,56	66,51	35,24	1,78	31,34	0,04	6,83	0,42	0,53	1,72	0,85	0,56
Marschlande zusammen .....	886,58	407,22	195,76	11,12	224,88	1,18	71,35	1,56	3,42	22,89	17,28	4,76
in % d. jeweilig. Gesamtfläche	61,6	68,7	71,5	12,2	68,0	1,1	55,7	29,0	32,4	68,7	63,9	25,3
3 .Meile des Alten Landes zus. in % d. jeweilig. Gesamtfläche	21,46 1,5	0,60 0,1	0,01 0,0	0,05 0,0	20,58 6,2	11,14 10,6	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Untersuchungsgebiet insgesamt	1 199,10	486,22	226,92	85,06	277,23	104,29	114,47	5,12	10,11	28,75	24,03	17,94
in % d. jeweilig. Gesamtfläche	83,3	82,0	82,9	93,1	83,8	98,8	89,4	95,2	95,9	86,3	88,9	95,4
Übriges Gebiet .....	239,31	106,88	46,87	6,31	53,50	1,26	13,55	0,26	0,43	4,57	3,02	0,87
in % d. jeweilig. Gesamtfläche	16,7	18,0	17,1	6,9	16,2	1,2	10,6	4,8	4,1	13,7	11,1	4,6
Hamburg insgesamt .....	1 438,41	593,10	273,79	91,37	330,73	105,55	128,02	5,38	10,54	33,32	27,05	18,81

Zusammenballungen in den anderen Gebietsteilen nicht zu beobachten.

Es ist schon darauf hingewiesen, daß in nächster Nähe Hamburgs eines der größten geschlossenen Obstanbaugebiete der Bundesrepublik liegt. Bei der starken Abhängigkeit des Obstanbaus von Klima und Bodenqualität ist sein Standort in den hamburgischen Gebietsteilen auf eng begrenzte Räume an der Niederelbe beschränkt, die sich nicht mit den Gegenden des Blumen- und Gemüseanbaus decken. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Gartenbauerhebung 1972/73 beträgt in Hamburg die Zahl der erwerbsmäßig Obstbau betreibenden Betriebe gut 400 und deren Baumobstfläche rd. 1 800 ha mit einem Bestand von über 653 000 Bäumen. Unter den verschiedenen Baumarten bilden die Apfelbäume mit rd. 490 000 Stück oder 76 % des Gesamtbestandes die größte Gruppe. Diese Bevorzugung ist vor allem auf die relativ große Widerstandskraft der Apfelbäume gegenüber rauheren klimatischen Einflüssen und auf die große Haltbarkeit und Verwertbarkeit ihrer Früchte zurückzuführen. Es folgen die Birnen mit einem Bestand von 67 700, Sauerkirschen mit 56 600 sowie Zwetschen und Pflaumen mit 28 800 Bäumen. Von den insgesamt erfaßten Obstbaubetrieben und deren Baumobstfläche entfallen allein rd. 300 Betriebe und 1 600 ha auf die 3. Meile des Alten Landes. Ihre Obstbaumzahl beläuft sich auf 580 000, von denen 446 000 Apfelbäume und 56 900 Birnenbäume sind.

#### 4. Absatz von Gartenbauerzeugnissen

Bei der Vielzahl von gartenbaulichen und landwirtschaftlichen Betrieben und der teilweise weiten Ent-

fernung zwischen Erzeugern und Verbrauchern durchläuft das Gartenbauprodukt die verschiedenen Kanäle, bis es endlich zu den zahlreichen Verbrauchern gelangt. Für den Weg vom Produzenten zum Konsumenten hat sich mit der Entwicklung der neuzeitlichen Verkehrswirtschaft eine spezifische Arbeitsteilung herausgebildet. Dabei zeigen sich Unterschiede in der Wahl der Absatzwege zwischen den einzelnen Produkten und Gebieten. Je nach Art und Umfang des Anbaues, der Verbreitung an Absatz-, Versteigerungsgenossenschaften oder ähnlichen Einrichtungen, des Handelsgewerbes und je nach der räumlichen Weite und Struktur des Marktes treten die verschiedenen Glieder des Absatzapparates mehr oder weniger stark hervor.

Die ursprüngliche Form des Verkaufs der Gartenbauprodukte vom Erzeuger direkt an den Konsumenten — sei es, daß der Erzeuger seine Ware auf den Wochenmärkten vermarktet, sei es, daß er sie im eigenen Betrieb absetzt — beschränkt sich heute noch auf relativ wenige, vor allem kleinere Betriebe. Gegenwärtig wird der weitaus größte Teil der im Raum Hamburg angebauten Erzeugnisse auf dem Großmarkt für Obst und Gemüse und auf dem Blumengroßmarkt umgeschlagen. Ein weiterer sehr großer Teil der dem Großmarkt zugeführten Gartenbauerzeugnisse kommt über den Hafen oder im Bahntransport aus dem Ausland.

##### 4.1 Die Hamburger Großmärkte

Der 1962 in Betrieb genommene Obst- und Gemüsegroßmarkt umfaßt ein Gesamtmarktareal von 25 ha

mit einer zentralen Großmarkthalle von 4 ha Grundfläche. Alle Verkaufsflächen und die Marktstraßen für den Warenverkehr in der Halle sind voll überdacht und schützen Ware und Personen vor Witterungseinflüssen. Dieser Markt ist in verkehrsmäßiger Hinsicht durch markteigene Gleisanlagen und durch breite Zufahrtstraßen sowie über den Oberhafen von der Wasserseite her aufgeschlossen. Von besonderer Bedeutung sind weiter die unmittelbar an den Verkaufsflächen der Halle und des Erzeugermarktes gelegenen Parkflächen für die Anbieter und Kunden.

Nach den Unterlagen des Amtes für Marktwesen der Behörde für Ernährung und Landwirtschaft betrug Mitte 1972 die Zahl der ständigen Großhändler einschließlich Kommissionäre 302, die der Importeure 28 und die der selbstmarktenden Erzeuger 459, von denen aber etwa zwei Drittel ihre Produkte nur während der Erntezeit anbieten. Der Grund für die relativ hohe Zahl an Selbstmarktenden, die in gewissem Umfang die Funktion des Großhandels übernehmen, dürfte darin liegen, daß bei den Hamburger Gärtnern, Obst- und Gemüsebauern seit alters her eine enge Verbindung zum Markt besteht, die sich in guten und schlechten Zeiten bewährt hat. Neben diesen Markthändlern gibt es auf dem Obst- und Gemüsegroßmarkt noch eine EWG-konforme Erzeugerorganisation „Veiling-Hamburg“, die die Vermarktung von Erzeugnissen auf dem Versteigerungsweg für etwa 750 Gartenbaubetriebe übernommen hat. Vom Gesamtumsatz des Großmarktes an inländischer Zufuhr vereinigt die Veiling ein Viertel und der Großhandel fast drei Fünftel auf sich, während die selbstmarktenden Erzeuger, die in den Anfangsjahren der Märkte fast ausschließlich alle Umsätze tätigten, knapp ein Siebtel erreichten. Dem Anbieterkreis auf dem Obst- und Gemüsegroßmarkt stehen als regelmäßige Käufer 1 763 Einzel-, Groß- und Versandhändler sowie 847 ambulante Händler gegenüber.

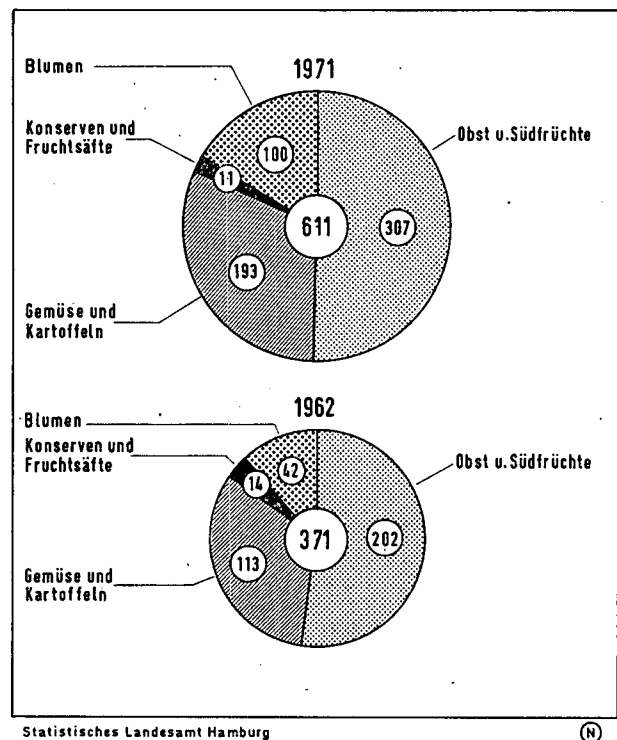
Die zweite für den hamburgischen Erwerbsgartenbau bedeutende Einrichtung für den Umschlag der in diesem Wirtschaftszweig erzeugten Produkte ist der Blumengroßmarkt. Er ist 1963 in die freigewordenen und für den Blumengroßmarkt neu eingerichteten Deichtormarkthallen verlegt worden. Auch hier ist die Frage der Zulassung von Anbietern und Käufern so geregelt, daß sowohl der Blumengroßhändler, Importhändler und Kommissionär (170 Betriebe) als auch der Selbstmarkter (490) als Anbieter tätig sind, während etwa 3 000 Kunden (nur Wiederverkäufer) auf diesem Markt einkaufen. Der Anteil der Umsätze von selbstmarktenden Erzeugern einerseits und der von Groß-/Importhändlern und Kommissionären andererseits wird mit 50 zu 50 angegeben. Als weitere Versteigerungseinrichtung sei hier auf die Blumen-Veiling hingewiesen, deren Umsatz im Vergleich zu dem Umsatz des gesamten Blumengroßmarktes noch eine untergeordnete Bedeutung in der Gesamtvermarktung von Zierpflanzen hat.

Die auf den Hamburger Großmärkten erfaßten Zufuhren an Obst, Gemüse und Blumen haben 1971 einen Wert von rund 600 Mio DM erreicht, und zwar

für Obst und Südfrüchte	307 Mio DM,
für Gemüse (ohne Kartoffeln)	185 Mio DM und
für Blumen und Zierpflanzen	100 Mio DM.

Schaubild 2

Warenumsatz von Obst, Gemüse und Blumen auf den Hamburger Großmärkten in Mio DM



Die überragende Stellung, die der heutige Markt im Hamburger Wirtschaftsleben einnimmt, wird erst deutlich, wenn die Beträge mit anderen Wirtschaftsbereichen verglichen werden. Es betragen 1971 z. B. die von den Hamburger Werften erzielten Umsätze 944 Mio DM, Fischverarbeitende Industrie 199 Mio DM und das gesamte Bauhauptgewerbe kam auf einen Umsatzbetrag von 2 457 Mio DM. Die Tatsache, daß der Ballungsraum Hamburg mit seinen 2,6 Mio Einwohnern nach dem Ruhrgebiet der größte Konsument von Gartenbauerzeugnissen im Bund ist und die, daß Hamburg inmitten des bedeutendsten zusammenhängenden deutschen Anbaugebietes für Blumen, Gemüse, Obst und Baumschulerzeugnisse liegt und mit seinen Intensivbetrieben sogar selbst große Mengen produziert und schließlich die Tatsache, daß ein Fünftel der Bundeseinfuhr an Gartenbauerzeugnissen über den Hafen Hamburg abgewickelt wird, haben dazu geführt, daß die beiden Großmärkte zu den bedeutendsten Umschlagzentren für in- und ausländische Produkte der Welt gezählt werden können.

4.2 Entwicklung der Zufuhr von Gemüse, Obst und Südfrüchten

Die Zufuhren von Gemüse, Obst und Südfrüchten zum Markt sind in ihrer Gesamthöhe und ihrer Verteilung sowohl auf die Monate wie auf die einzelnen Produkte und Herkunftsgebiete aus den Aufzeichnungen des Großmarktes bekannt. Diese Aufzeichnungen enthalten indessen nur wenige Angaben über die Anlieferung von Blumen und Zierpflanzen; sie lassen auch nicht erkennen, in welchem Umfange die einzelnen Verbrauchszentren mit Gartenbauerzeug-



Tabelle 12

## Die Zufuhr an Gartenbauprodukten zum Großmarkt Hamburg 1962 bis 1972

Jahre	Zufuhr insgesamt <sup>1)</sup>		davon entfallen auf						Von der Gesamtzufuhrmenge kamen aus dem	
	1000 t	1962 = 100	Gemüse		Obst <sup>2)</sup>		Südfrüchte		Inland 1000 t	Ausland 1000 t
			1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1962 .....	326,3	100,0	117,8	36,1	100,1	30,7	108,4	33,2	97,9	228,4
1963 .....	340,2	104,3	122,0	35,9	107,6	31,6	110,6	32,5	117,9	222,3
1964 .....	378,3	115,9	142,8	37,7	101,2	26,8	134,3	35,5	128,2	250,1
1965 .....	409,8	125,6	150,2	36,6	115,9	28,3	143,7	35,1	120,2	289,6
1966 .....	429,6	131,7	156,2	36,4	123,5	28,7	149,9	34,9	130,4	299,2
1967 .....	448,1	137,3	165,2	36,9	128,5	28,7	154,4	34,4	126,9	321,2
1968 .....	474,1	145,3	173,9	36,7	142,1	30,0	158,1	33,3	132,7	341,4
1969 .....	471,1	144,4	166,0	35,2	141,6	30,1	163,5	34,7	115,7	355,4
1970 .....	503,4	154,3	180,3	35,8	153,3	30,5	169,8	33,7	129,3	374,1
1971 .....	508,0	155,7	194,1	38,2	151,1	29,7	162,8	32,1	125,4	382,6
Ø 1962/71 .....	428,9		156,9	36,6	126,5	29,5	145,5	33,9	122,5	306,4

<sup>1)</sup> Ohne Kartoffeln. — <sup>2)</sup> Ohne Südfrüchte.  
Quelle: Obst- und Gemüsegroßmarkt Hamburg.

nissen beliefert werden. Es ist aber anzunehmen, daß nicht nur die Hansestadt versorgt wird, sondern daß auch die umliegenden Gemeinden und Städte einen großen Teil ihres Bedarfs in Hamburg decken. Schließlich findet auch ein erheblicher Versand, namentlich an Südfrüchten und feineren Gemüsearten, nach anderen Teilen des Bundes und nach Berlin (West) statt.

Von 1962 bis 1971 hat die Gesamtzufuhr an Gemüse, Obst und Südfrüchten zugenommen, und zwar im ganzen von 326 000 t auf 508 000 t, d. s. annähernd 56 %, wie aus Tabelle 12 im einzelnen zu entnehmen ist. Von der Gesamtzufuhrmenge entfallen im Durchschnitt der Jahre 1962/71 knapp drei Zehntel auf Inlands- und gut sieben Zehntel auf Auslandsware; hierbei nimmt jedoch der Anteil der Inlandsware relativ und absolut langsam ab, während der Anteil der Auslandsware relativ und absolut steigt und die Zunahme der Gesamtzufuhr fast allein von der Auslandsware bestritten wird. Von dem Gesamtvolumen entfielen im Durchschnitt 1962/71 rd. 37 % auf Gemüse, 29 % auf Obst und 34 % auf Südfrüchte. Die Gemüsezufuhr stieg von 1962 bis 1971 um 65 %, die Zufuhr von Obst um 51 % und die von Südfrüchten um 50 %.

Die Anteile vom In- und Ausland an der Marktversorgung sind nicht nur für Gemüse und Obst recht verschieden, sie schwanken auch in gewissem Ausmaße in den einzelnen Berichtsjahren. Im Zehnjahresdurchschnitt lieferte das Inland bei einem Anteil von 28,6 % an der Gesamtzufuhrmenge knapp die Hälfte der gesamten über den Markt gegangenen Gemüsemengen, gut ein Drittel der Obstmengen und knapp ein Sechstel der Gesamtbezüge an Obst und Südfrüchten, wobei letztere allein gut die Hälfte der Menge an Obst und Südfrüchten zusammen ausmachten, so daß für das Auslandsobst eine Quote von drei Zehntel verblieb. Hinsichtlich der Entwicklung der Gemüsezufuhren ist das rasche Absinken des Inlandsanteils von 57 % in 1962 auf 42 % in 1971 bemerkenswert; in absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das, die Zufuhr an Inlandsgemüse stieg von 66 500 t um 23,6 % auf 82 200 t und diejenige an Auslandsgemüse von 51 300 um 118,1 % auf 111 900 t. Einen ähnlichen Verlauf, aber in

abgeschwächter Tendenz, zeigt sich auch beim Obst. In den zehn Vergleichsjahren schwankte die angelieferte Menge an Inlandsobst weit stärker als an Inlandsgemüse, und zwar war der Anteil an Inlandsobst an der Gesamtobstmenge im Jahre 1964 mit 49 % am höchsten, mit 29 % im Jahre 1971 am niedrigsten. Die Zufuhrmengen an Inlandsobst erhöhten sich von 31 400 t im Jahre 1962 auf 43 200 t im Jahre 1971 (+37,6 %) und die an Auslandsobst von 68 700 t auf 107 900 t (+57,1 %). Für die Größe der Anteilsquote des Inlandsobstes an der Gesamtzufuhr von Obst und Südfrüchten ist die Höhe der inländischen Obsternte, wenn auch nicht allein ausschlaggebend, so doch der wichtigste Faktor. Die ungleichmäßige Entwicklung der Zufuhr an Inlandsobst, Auslandsobst und Südfrüchten und die gegenseitige Ergänzung dieser drei Gruppen sowie an Inlands- und Auslandsgemüse, wird in dem Schaubild 3 deutlich.

Schaubild 3

## Die Zufuhr an Gartenbauprodukten zum Obst- und Gemüsegroßmarkt Hamburg 1960 bis 1971

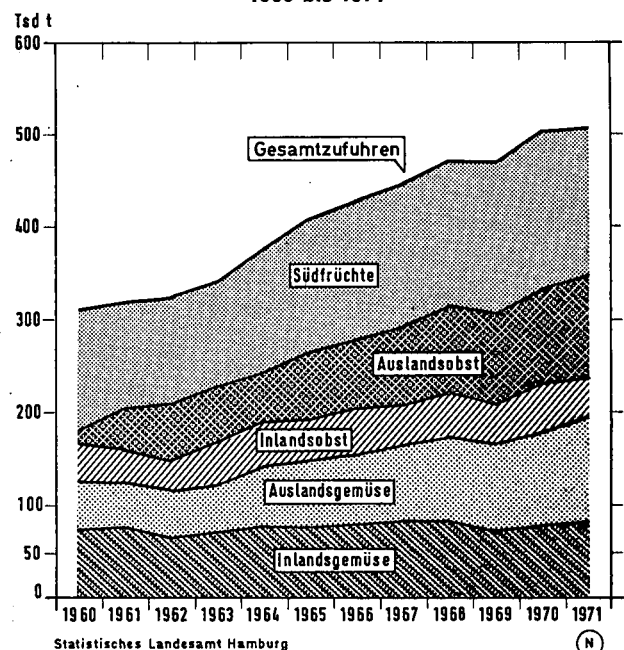




Tabelle 13

## Die Zufuhrentwicklung einzelner Gartenbauprodukte zum Großmarkt Hamburg seit 1962

Arten	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
	In 1 000 kg									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>Gruppe 1: Gartenbauprodukte, deren Zufuhr von 1962 bis 1971 ohne wesentliche Unterbrechungen gestiegen ist</b>										
Blumenkohl Ausland .....	5 143	5 468	9 811	12 405	8 186	12 256	14 605	16 251	13 737	16 228
Kohlrabi Inland .....	1 137	1 606	1 788	1 745	2 101	2 070	2 329	2 251	2 217	2 608
Kopfsalat Ausland .....	1 031	1 485	1 554	1 696	1 664	1 910	1 948	3 031	3 329	3 007
Zwiebeln Ausland .....	12 045	11 818	12 917	13 525	15 938	17 203	17 440	19 358	20 811	25 523
Porree Ausland .....	735	268	1 359	557	1 017	400	1 318	1 727	3 326	3 403
Paprika Ausland .....	804	968	1 274	1 586	2 264	1 840	2 055	2 986	4 092	4 195
Äpfel Ausland .....	31 709	28 175	19 651	23 608	21 977	31 389	34 417	39 942	34 080	42 269
Pflaumen Ausland .....	790	655	654	1 645	1 364	1 071	830	1 218	1 331	2 172
Bananen .....	26 853	28 074	31 944	39 264	32 464	34 822	38 130	37 177	38 142	37 334
Ananas .....	236	168	283	325	408	626	811	577	1 080	1 469
Clementinen .....		4 754	6 358	9 106	8 705	8 501	10 027	18 111	20 198	16 500
<b>Gruppe 2: Gartenbauprodukte, deren Zufuhr nach einer Steigerung von 1962 bis 1967/68 in den letzten Jahren zurückgegangen ist, aber trotzdem noch über dem Stand von 1962 liegt</b>										
Blumenkohl Inland .....	6 227	7 564	9 420	8 434	10 418	10 629	10 121	7 962	8 269	8 031
Sellerie Inland .....	2 863	3 873	4 053	3 991	3 545	4 196	4 263	2 929	3 568	3 277
Gurken Ausland .....	6 543	5 253	8 980	7 969	7 878	9 576	9 449	11 931	11 236	9 674
Pilze Inland .....	649	440	991	1 598	2 358	2 155	2 586	1 679	1 194	1 425
Pfirsische Ausland .....	6 587	16 835	13 092	12 970	16 579	16 918	18 982	12 854	16 564	16 432
Nüsse Ausland (ohne Kokosnüsse) .....	777	1 071	1 680	1 286	883	1 015	2 106	1 459	1 514	1 420
Zitronen .....	15 605	10 175	14 790	15 054	16 217	15 420	24 034	16 836	17 925	20 351
Porree Inland .....	2 805	2 951	3 691	3 863	3 941	4 306	3 579	3 153	2 439	3 314
<b>Gruppe 3: Gartenbauprodukte, deren Zufuhr 1971 hinter ihrem Umfang im Jahre 1962 zurückbleibt</b>										
Rosenkohl Inland .....	1 986	1 987	1 846	1 456	1 564	1 693	1 468	959	1 009	939
Grünkohl Inland .....	1 319	983	971	1 231	975	1 103	1 012	906	959	916
Spinat Inland .....	2 331	2 300	1 160	2 149	1 703	1 675	1 490	1 178	1 126	1 100
Tomaten Inland .....	3 012	2 592	2 738	1 971	2 450	2 597	2 607	2 163	1 952	1 749
Erbsen Inland .....	1 252	503	489	543	648	666	593	492	647	448
Bohnen Inland .....	2 511	2 654	2 625	2 114	2 830	3 234	3 001	2 027	2 942	2 376
Bohnen Ausland .....	2 046	1 491	1 276	1 488	1 285	1 232	1 230	1 218	1 122	1 448
Pflaumen Inland .....	4 092	3 918	3 339	3 991	4 965	3 179	4 784	2 319	2 471	3 009
Zwetschen Ausland .....	1 370	532	250	856	404	421	174	912	768	1 001
Stachelbeeren Inland .....	307	235	305	203	138	111	155	189	115	66
Mandarinen .....		1 043	563	276	164	164	67	51	5	34

Quelle: Obst- und Gemüsegroßmarkt Hamburg.

Untersucht man die Veränderungen in dem Zufuhrvolumen der einzelnen Warenarten, so lassen sich im wesentlichen die folgenden drei Bewegungsgruppen unterscheiden:

1. Gartenbauprodukte, deren Zufuhr von 1962 bis 1971 ohne wesentliche Unterbrechungen gestiegen ist,
2. Gartenbauprodukte, deren Zufuhr nach einer Steigerung von 1962 bis 1967/68 in den letzten Jahren zurückgegangen ist, aber trotzdem noch über dem Stand von 1962 liegt, und
3. Gartenbauprodukte, deren Zufuhr 1971 hinter ihrem Umfang im Jahre 1962 zurückbleibt.

Zu der ersten Gruppe gehören insbesondere Bananen, Clementinen, Äpfel, Blumenkohl und Zwiebeln, d. h. Erzeugnisse, die ausschließlich oder doch zum größten Teil aus dem Ausland bezogen werden. Dazu rechnen muß man aber auch Kopfsalat, Porree und Paprika ausländischer Herkunft, deren Zufuhr von 1962 bis 1971 beträchtlich zugenommen hat, obwohl bei Kopfsalat und Porree die inländische Produktion nicht unerheblich gesteigert wurde. Im übrigen

enthält diese Gruppe nur ein Erzeugnis inländischer Herkunft, und zwar Kohlrabi.

Der zweiten Gruppe gehören Waren an, deren Anlieferung zum Markt bis zur Rezession mehr oder weniger stark zunahm, in den letzten Jahren aber wieder gefallen ist. Bei den Produkten aus dem Inland, wie Blumenkohl und Sellerie, dürfte der Rückgang gegenüber 1967/68 im wesentlichen durch die Abnahme der Erntemengen zu erklären sein. Der gleiche Grund wirkt sich z. T. auch in der Entwicklung der Zufuhr an Pilzen und Porree inländischer Herkunft aus. Abgesehen von den genannten Erzeugnissen zählen zu dieser Gruppe nur noch Erzeugnisse aus dem Ausland, wie Zitronen, Pfirsiche und Gurken.

Betrachtet man die Zufuhrbewegung der dritten Gruppe, die durch einen Rückgang des Angebots gegenüber 1962 gekennzeichnet ist, so zeigt sich zunächst, daß die Zufuhr von Mandarinen und Stachelbeeren fast völlig bedeutungslos geworden ist. Aber auch bei den nach wie vor wichtigen Gemüsepositionen, vor allen Dingen Spinat, Erbsen, Grünkohl, Rosenkohl und Tomaten — alles Produkte aus dem Inland — sind ganz beachtliche Rückgänge in der Anlieferung festzustellen. In fast allen diesen Fällen ist

der Rückgang nicht nur die Folge der verminderten Inlandserzeugung, sondern in erheblichem Umfang auch die Wirkung des zunehmenden Konservenverbrauchs und des Gefriergemüses, deren Mengen nur zu einem kleinen Teil über den Großmarkt abgesetzt werden.

Nach den Unterlagen der seit 1970 genossenschaftlich geführten „Marktgemeinschaft Blumengroßmarkt Hamburg“ konzentrieren sich die in- und ausländischen Anlieferungen der letzten Jahre auf Schnittblumen und Schnittgrün, deren Anteil am Gesamtumsatz etwa 80 % ausmacht. Der Rest verteilt sich auf Topfpflanzen, Bindegrün und Marktbedarfsartikel. Neben steigender Belieferung aus den hamburgischen und an Hamburg grenzenden Anbaugebieten wurden wachsende Mengen an Schnittblumen aus Holland (11 Mio DM), Italien (9 Mio DM) und Dänemark (4 Mio DM) angeboten.

### 4.3 Zufuhr von Gemüse und Obst inländischer Herkunft

Von Wichtigkeit für die Zusammenhänge der Struktur des Gemüsegroßmarktes ist neben der Frage der Anlieferung und Entwicklung der Gartenbauproduktion auch die der Herkunft inländischer Produkte. Über die Herkunftsgebiete ausländischer Früchte wird im nächsten Kapitel berichtet.

Gut die Hälfte der Gesamtmarktmengen (44 500 t oder 54,1 %) von Gemüse entfiel 1971 auf die Zufuhren aus dem eigenen Gebiet, davon kam der weitaus größte Teil aus den Gartenbaubetrieben der Vier- und

Marschlande. In weitem Abstand folgen mit 19,4 % bzw. 17,9 % der gesamten Gemüsezufuhren die Lieferungen aus den benachbarten Gebieten Schleswig-Holsteins und Niedersachsens, die überwiegend solche Erzeugnisse umfassen, die diese Gebiete zumeist in ausgeprägten Anbauzentren in besonders großem Maße und in guter Qualität hervorbringen. Es sind dies die vier Landkreise Harburg, Lüneburg, Steinburg, Norder- und Süderdithmarschen. Dagegen treten die entfernteren Anbauzentren im Bund im ganzen recht stark zurück in der Belieferung des Hamburger Marktes. Die Anteile der einzelnen Gebiete an der Gesamtzufuhr haben sich im Laufe des letzten Jahrzehnts erheblich verschoben. Von der Inlandgemüseanlieferung, die zwischen 1962 bis 1971 von 66 500 t auf 82 200 t anstieg, konnten absolut und relativ die hamburgischen Anbieter wesentlich mehr auf den Markt bringen als die der übrigen Gebiete; sie dehnten ihren Anteil an der mengenmäßigen Zufuhr von 47 % auf 54 % aus, während die Anteile der benachbarten und entfernteren Gebiete entsprechend zurückgingen oder stagnierten.

Das wichtigste Obstversorgungsgebiet für Hamburg ist das Alte Land. Mit einer Zufuhr von 35 100 t im Jahre 1971 (insgesamt 43 200 t) steht dieses Anbaugbiet weit vor allen anderen Gebieten. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Zufuhren diejenigen aus der 3. Meile einschließen, die bei 8 700 t liegen, d. s. gut ein Fünftel der Gesamtzufuhren an inländischem Obst. Die Lieferungen aus allen anderen inländischen Gebieten fallen nur wenig ins Gewicht. Bemerkenswert ist, daß die Aufgliederung der gesamten Zufuhrmengen an Obst auf die einzelnen Herkunftsgebiete in den Jahren von 1962 bis 1971 ebenfalls Ab-

Tabelle 14

Die Zufuhr von Inländischem Gemüse und Obst zum Großmarkt Hamburg 1971 nach Herkunftsgebieten

Herkunftsgebiete	Gemüse					Obst				
	1971		dagegen			1971		dagegen		
	Gesamtzufuhr		1968	1965	1962	Gesamtzufuhr		1968	1965	1962
	1 000 t	in % der Gesamtzufuhr				1 000 t	in % der Gesamtzufuhr			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Land Hamburg zusammen	44,5	54,1	51,5	48,7	46,6	10,1	23,4	25,9	27,1	20,7
davon										
Vierlande .....	16,0	19,5	16,6	14,7	16,4	0,9	2,1	2,8	5,5	7,0
Marschlande .....	22,7	27,6	27,7	28,9	26,5	0,0	0,0	1,0	0,7	1,3
3. Meile d. Alten Landes	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	8,7	20,1	18,4	17,9	10,8
Sonstige Gebiete .....	5,7	6,9	7,1	5,0	3,6	0,5	1,2	3,7	3,0	1,6
Land Schlesw.-Holst. zus.	19,4	23,6	23,9	22,7	32,0	1,9	4,4	5,5	2,8	5,7
davon										
Ldkr. Norder- u. Süder-										
dithmarschen .....	6,8	8,3	5,5	5,6	12,2	—	—	—	—	0,3
Ldkr. Steinburg .....	8,6	10,5	11,5	13,3	12,0	—	—	0,0	0,0	0,6
Ldkr. Pinneberg .....	0,2	0,2	0,4	0,5	1,8	1,4	0,0	1,8	2,1	2,5
Ldkr. Stormarn .....	1,4	1,7	1,5	2,1	2,8	0,0	3,2	0,2	0,2	1,0
Sonstige Gebiete .....	2,4	2,9	5,0	1,2	3,2	0,5	1,2	3,5	0,5	1,3
Land Niedersachsen zus.	17,9	21,8	22,9	26,3	18,7	28,7	66,4	59,4	64,3	60,5
davon										
Ldkr. Harburg .....	6,4	7,8	8,0	9,4	7,1	5,8	13,4	14,9	7,7	9,2
Ldkr. Stade .....	0,0	0,0	0,0	1,8	0,3	20,6	47,7	36,3	55,5	48,7
Ldkr. Lüneburg .....	10,4	12,7	12,8	14,1	9,9	0,1	0,2	5,1	0,2	1,3
Sonstige Gebiete .....	1,1	1,3	2,1	1,0	1,4	2,2	5,1	3,1	0,9	1,3
Andere Bundesländer ...	0,4	0,5	1,7	2,3	2,7	2,5	5,8	9,2	5,8	13,1
Insgesamt .....	82,2	100	100	100	100	43,2	100	100	100	100

Quelle: Obst- und Gemüsegroßmarkt Hamburg.

weichungen aufweist. Der Gesamttendenz nach nahmen die Mengenanteile für Obst aus dem Alten Land langsam zu, diejenigen aus anderen Gegenden langsam ab.

## 5. Hamburg als Eingangshafen für Gartenbauprodukte

Hamburg weist als wichtigster Eingangshafen und Umschlagplatz für von Übersee her eingeführte Gartenbauerzeugnisse die höchsten Verkehrsziffern für Obst, Gemüse und Südfrüchte unter sämtlichen deutschen Städten auf, ist gleichzeitig aber eines der größten Konsumzentren des Bundes. Die Versorgung des Ballungsraumes Hamburg erfolgt 1. aus den Importüberschüssen, die aus dem Seeschiffsverkehr resultieren, abzüglich des Weiterversandes nach dem Inland, 2. aus den Zufuhren aus dem Ausland von der Landseite her vor allem mit Eisenbahn und Kraftfahrzeug, soweit diese Zufuhren nicht Durchfuhrmengen im Umschlagverkehr Bahn/Binnenschiff auf Seeschiff umfassen, 3. aus den Zufuhren aus den Vier- und Marschlanden und dem Alten Land sowie aus dritten deutschen Gebieten, worüber bereits berichtet wurde. Die Grundlage des Hamburger Umschlagverkehrs bildet der Empfang mittels Seeschiff aus dem Ausland. Ausführungen über den Einsatz der Verkehrsmittel Bahn, Kraftfahrzeug und Binnenschiff würden den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

Die Verkehrsverflechtungen über den Hafen Hamburg können sowohl der Außenhandelsstatistik wie der Statistik des Güterverkehrs über See entnommen werden. Die Angaben dieser beiden Statistiken stimmen jedoch nicht miteinander überein. Es liegt dies nicht nur daran, daß die Außenhandelsstatistik Nettoziffern bringt und die Verkehrsstatistik auf Bruttoziffern aufbaut, sondern an den verschiedenen Anschreibungsmethoden. Die Außenhandelsstatistik fragt bei jeder Einfuhrnachweisung nach dem Herstellungsland, die Güterverkehrsstatistik schreibt das Land an, in dem die Sendung zuletzt eingeladen oder umgeladen wurde. Dieses Gebiet kann zwar mit dem Herstellungsland zusammenfallen, aber dies muß nicht der Fall sein. So wird z. B. eine Stückgutladung, die aus Übersee stammt und in Bremerhaven auf ein anderes Seeschiff umgeladen wurde, in der Hamburger Seeschiffahrtsstatistik als Zufuhr aus dem Inlande bezeichnet, in der Außenhandelsstatistik dagegen wird das ausländische Herstellungsland eingesetzt. Das Ausmaß der hierdurch entstehenden Abweichungen dieser Statistiken ist bei den einzelnen Ländern recht verschieden und im ganzen nicht unerheblich. Aus diesen und anderen Gründen – wie zusätzliche Aussagen über den Wert der Produkte, Vergleich mit den Bundesergebnissen – erscheint es zweckmäßig, die Ergebnisse der Außenhandelsstatistik als Ausgangspunkt dieser Untersuchung zu verwenden.

Bei den Betrachtungen über den Außenhandel mit Gartenbauerzeugnissen wurden die Ein- und Ausfuhrzahlen für die

Kapitel 6: Lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels;

„ 7: Gemüse, Pflanzen, Wurzeln und Knollen, die zu Ernährungszwecken verwendet werden;

Kapitel 8: Genießbare Früchte, Schalen von Zitrusfrüchten oder von Melonen und

„ 20: Zubereitungen von Gemüse, Küchenkräutern, Früchten und anderen Pflanzen oder Pflanzenteilen

des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik zugrundegelegt. Aus dem Kapitel 7 sind die Kartoffeln ausgeschieden.

### 5.1 Überblick über die Einfuhr von Gartenbauprodukten im Rahmen der Gesamteinfuhr

Im folgenden werden für 1962 bis 1971 die Wertangaben der Außenhandelsstatistik für die einzelnen Gruppen der Gartenbauerzeugnisse gebracht, um zunächst zu zeigen, um welche Gesamtgrößen es sich bei der Einfuhr überhaupt handelt (s. Tabelle 15). Die Struktur der über den Hamburger Hafen abgewickelten Einfuhr hat sich im Berichtszeitraum wesentlich gewandelt und ist auch noch weiteren Änderungen unterworfen. Kennzeichnend für die Situation ist, daß die Importe an Gütern der gewerblichen Wirtschaft sich stärker ausweiteten als die Ernährungs- und damit auch die Gartenbauimporte. Dieses Abnehmen der Anteile ist indes nicht gleichbedeutend mit einem Zurückgehen der absoluten Werte. So reduzierten sich zwar die Quoten der Ernährungseinfuhren von 45 % (1962) auf 34 % (1971), ihre Werte wuchsen aber in der gleichen Zeit um 850 Mio DM auf 4 794 Mio DM (+22 %). Mit der unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Zuwachsrate von 60 % stieg das Gesamtimportvolumen in Hamburg zwar auf den bisher noch nie erzielten Wert von 14 Mrd DM, sein Anteil am Gesamtimport der Bundesrepublik verminderte sich aber seit 1962 von 18 % auf 12 %.

Wendet man sich nunmehr dem Verkehr mit Gartenbauprodukten zu, so zeigt sich, daß sein Umschlagsvolumen seit 1962 um 223 Mio DM auf 1 084 Mio DM gestiegen ist. Daraus errechnet sich eine Zuwachsrate von 26 %, die spürbar unter der vergleichbaren Steigerung des Imports der Güter der gewerblichen Wirtschaft (+ 93 %) lag. Hervorzuheben ist, daß vor allem seit 1966 die Importwerte an Gartenbauprodukten stagnierten. Bei Betrachtung der einzelnen Gruppen ergibt sich ein sehr divergierender Verlauf. Gemessen an der oben angeführten Zunahme des Wertes für Gartenbauprodukte insgesamt entwickelte sich die Einfuhr von Gemüse-, Obstkonserven und Fruchtsäften überproportional, und zwar auf einen Meßzifferstand von 211 (1962 = 100). Wesentlich stärker wuchsen nur noch die Importe von lebenden Pflanzen und Erzeugnisse des Blumenhandels, was aber bei einem Wert von nur 11,7 Mio DM vernachlässigt werden kann. Die beiden wichtigsten Warengruppen mit einem Betrag von 472 Mio DM bzw. 364 Mio DM für 1971 waren einerseits Gemüse- und Obstkonserven und andererseits Südfrüchte. Im Gegensatz zu den beachtlichen Umschlagssteigerungen bei der Konservenware ergab sich bei den Südfruchteinfuhren wertmäßig seit 1961 ein Rückgang von 94 Mio DM. Die Quoten für Südfrüchte an der Gesamtzufuhr, die 1962 von allen Gruppen mit 5,2 % am höchsten waren, haben sich bis 1971 auf 2,6 % halbiert, während die Anteile

Tabelle 15

## Einfuhr über den Hafen Hamburg 1962 bis 1971 nach ausgewählten Warengruppen

Jahre	Gesamteinfuhr <sup>1)</sup>	Ernährungswirtschaft insgesamt	darunter Nahrungsmittel		Von den Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs entfallen auf Gartenbauerzeugnisse						Gewerbliche Wirtschaft insgesamt
			tierischen	pflanzlichen	insgesamt	Gemüse und sonstige Küchengewächse	Obst, außer Südfrüchten	Südfrüchte	Gemüse-, Obstkonserven, Fruchtsäfte u. dgl.	Lebende Pflanzen <sup>2)</sup>	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
<b>Mio DM</b>											
1962.....	8 735,3	3 942,7	620,8	2 188,8	861,0	23,0	154,5	457,6	223,4	2,5	4 762,3
1963.....	8 675,4	3 762,3	546,4	2 246,4	864,4	27,6	171,6	413,4	249,3	2,5	4 892,4
1964.....	9 425,1	4 040,6	662,0	2 321,4	883,2	21,6	174,5	423,9	259,9	3,3	5 379,8
1965.....	10 698,3	4 488,1	737,3	2 664,2	1 138,5	22,0	216,9	514,3	380,7	4,6	6 207,0
1966.....	10 941,7	4 417,6	623,1	2 750,9	1 063,9	29,8	205,9	478,9	344,4	4,9	6 520,6
1967.....	10 329,9	4 098,1	541,0	2 609,9	1 070,8	28,1	220,6	447,5	369,3	5,3	6 201,6
1968.....	11 424,1	4 063,2	509,4	2 505,0	1 085,0	24,2	239,6	384,0	431,2	6,0	7 333,3
1969.....	12 560,4	4 155,3	567,8	2 572,8	1 050,3	30,3	249,9	354,2	407,7	8,2	8 366,8
1970.....	13 414,1	4 505,4	669,4	2 865,2	1 079,1	40,9	217,4	350,8	460,7	9,3	8 888,2
1971.....	14 011,5	4 793,6	632,4	3 243,8	1 084,4	32,5	204,9	363,6	471,7	11,7	9 193,2
<b>Anteile der Warengruppen an der Gesamteinfuhr in %</b>											
1962.....	100	45,1	7,1	25,1	9,9	0,3	1,8	4,8	2,9	0,0	56,4
1963.....	100	43,4	6,3	25,9	10,0	0,3	2,0	4,8	2,9	0,0	56,4
1964.....	100	42,9	7,0	24,6	9,4	0,2	1,9	4,5	2,8	0,0	57,1
1965.....	100	42,0	6,9	24,9	10,6	0,2	2,0	4,8	3,6	0,0	58,0
1966.....	100	40,4	5,7	25,1	9,7	0,3	1,9	4,4	3,1	0,0	59,6
1967.....	100	39,7	5,2	25,3	10,4	0,3	2,1	4,3	3,6	0,1	60,0
1968.....	100	35,6	4,5	21,9	9,5	0,2	2,1	3,4	3,8	0,1	64,2
1969.....	100	33,1	4,5	20,5	8,4	0,2	2,0	2,8	3,2	0,1	66,6
1970.....	100	33,6	5,0	21,4	8,0	0,3	1,6	2,6	3,4	0,1	66,3
1971.....	100	34,2	4,5	23,2	7,7	0,2	1,5	2,6	3,4	0,1	65,6
<b>Meßziffern 1962 = 100</b>											
1962.....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963.....	99,3	95,4	88,0	102,6	100,4	120,0	111,1	90,3	111,6	100,0	102,7
1964.....	107,9	102,5	106,6	106,1	102,6	93,9	112,9	92,6	116,3	132,0	113,0
1965.....	122,5	113,8	118,8	121,7	102,6	95,7	140,4	112,4	170,4	184,0	130,3
1966.....	125,3	112,0	100,4	125,7	123,6	129,6	133,3	104,7	154,2	196,0	136,9
1967.....	118,3	103,9	87,1	119,2	124,4	122,2	142,8	97,8	165,3	212,0	130,2
1968.....	130,8	103,1	82,1	114,4	126,0	105,2	155,1	83,9	193,0	240,0	154,0
1969.....	143,8	105,4	91,5	117,5	122,0	131,7	161,7	77,4	182,5	328,0	175,7
1970.....	153,6	114,3	107,8	130,9	125,3	177,8	140,7	76,7	206,2	372,0	186,6
1971.....	160,4	121,6	101,9	148,2	125,9	141,3	132,6	79,5	211,1	468,0	193,0

<sup>1)</sup> Rückwaren und Ersatzlieferungen sind nicht mehr in den einzelnen Warengruppen, sondern nur in der Gesamteinfuhr enthalten. — <sup>2)</sup> Einschließlich Erzeugnisse des Blumenhandels.

für Gemüse- und Obstkonserven von 2,6 % auf 3,4 % anstiegen. Die Zufuhren an Obst mit durchschnittlich 1,9 % der gesamten seewärtigen Einfuhren zeigen eine ansteigende Tendenz. Sie lagen 1969, absolut berechnet, um 62 % höher als 1962 und ihr prozentualer Anteil stieg von 1,8 % auf 2 %. In den beiden letzten Jahren sind allerdings Rückgänge festzustellen. Die Importe für Gemüse und sonstige Küchengewächse treten im ganzen bei uneinheitlicher Tendenz stark zurück; 0,4 % wurden nicht erreicht.

Die Bedeutung Hamburgs als Einfalltor für von Übersee bezogene Gartenbauerzeugnisse wird erst vollkommen erkannt durch eine Gegenüberstellung der Gesamteinfuhr aus allen Ländern der Welt und der seewärtigen Einfuhr via Hamburg. Nach der Außenhandelsstatistik wurden in die Bundesrepublik eingeführt, und zwar an

Warengruppen	1962	1966	1971
	Mio DM		
Gemüse u. sonstg. Küchengewächse	727	908	1343
Obst, außer Südfrüchten	1070	1293	1610
Südfrüchte	1013	1234	1273
Gemüse- und Obstkonserven	491	750	1417
Lebende Pflanzen einschl. Erzeugnisse des Blumenhandels	289	468	835
Insgesamt	3590	4653	6478

Der Anteil der Einfuhr über Hamburg an der Gesamteinfuhr des Bundes stellt sich danach wie folgt dar, und zwar für

Warengruppen	1962	1966	1971
	%		
Gemüse u. sonst. Küchengewächse	3,2	3,3	2,4
Obst, außer Südfrüchten	14,4	15,9	12,7
Südfrüchte	45,2	38,8	28,6
Gemüse- und Obstkonserven	45,5	45,9	33,3
Lebende Pflanzen einschl. Erzeugnisse des Blumenhandels	0,9	1,0	1,4
Insgesamt	24,0	22,9	16,7

Bei fallenden Relativzahlen, aber absolut sehr hohen Werten, gelangten über Hamburg im Durchschnitt der zehn Jahre mehr als ein Fünftel aller Gartenbauerzeugnisse. Erheblich höher liegt diese Quote, wenn die Gemüse- und Obstkonserven sowie die Südfrüchte für sich herausgehoben werden. Zu je zwei Fünftel der Konservenware und Südfrüchte nahmen ihren Weg nach der Bundesrepublik über die Hansestadt. Die Gemüseeinfuhren über Hamburg treten im Rahmen der Gesamteinfuhr des Bundes sehr weit zurück, weil diese zu einem überwiegenen Teil über

die trockenen Grenzen mit Bahn, Kraftfahrzeug und in geringem Ausmaße auch mit Binnenschiff und Flugzeug getätigt werden. Die Liefergebiete für Gemüse liegen fast ausschließlich auf dem europäischen Kontinent; der beim Bezuge von Frischgemüse aus südlicheren Teilen Italiens und aus den am Meer liegenden Produktionsgebieten in Frankreich mögliche Schiffahrtsweg kommt wegen der leichten Verderblichkeit nicht in Betracht.

Hamburgs Überseeverkehr an Produkten des Gartenbaues ist in den drei zum Vergleich herangezogenen Jahren 1962, 1966 und 1971 nicht günstig verlaufen. Die jährlichen Veränderungen der Gesamteinfuhren von Gemüse, Obst und Südfrüchten werden von einer ganzen Reihe von Faktoren hervorgerufen. So hängt die Erhöhung oder Verminderung der Einfuhr beispielsweise von solchen Erzeugnissen, die im Inland gar nicht produziert werden, in gewissem Umfange von der Erzeugung im Ausland und von Änderungen handels- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen ab. Des weiteren wird die Einfuhr beeinflusst durch Verschiebungen des Anbaues im Inland und entsprechend erniedrigtem oder erhöhtem Inlandsangebot, der Kaufkraft der Bevölkerung, des Verbrauchs von Gartenbauprodukten und schließlich durch Änderungen der Verkehrsverbindungen. So ist eine mehr oder minder große Abwanderung der Apfelsinenimporte aus Spanien vom Seeweg auf den Bahnweg über Frankreich festzustellen (1962 = 128 000 t gegen 1 000 t im Jahre 1971).

Als Durchfuhrt Hafen hat Hamburg im Untersuchungszeitraum seine Bedeutung im See-Umschlag besonders bei gartenbaulichen Produkten steigern können. Allerdings basierte diese Entwicklung zum großen Teil auf den Umschlag von Gemüse- und Obstkonserven. Der Transit, d. i. Durchfuhr des Auslandes und Durchgangsverkehr der DDR und Berlin (Ost) über Hamburg, erreichte bei Gemüse, Obst, Südfrüchten und Gemüse- und Obstkonserven mit 351 000 t 1971 den höchsten Nachkriegsstand und lag um 293 000 t über dem Stand von 1962. Unter Einschluß des Außenhandelsverkehrs, für den im Jahre 1971 rd. 908 000 t über See empfangen und 7 500 t zur See verladen wurden, ergibt sich für Gartenbauprodukte eine Gesamtumschlagsziffer von 1 266 000 t, was einem Zuwachs um fast 38 % gegenüber 1962 entspricht.

Zusammenfassend kann die Rolle Hamburgs beim Import über See dahingehend charakterisiert werden, daß die Hansestadt auf absehbare Zeit der bei weitem wichtigste Eingangshafen für Südfrüchte und überseeisches Obst bleiben wird. Sie verfügt nicht nur über die für diesen Umschlagverkehr notwendigen Verkehrsanlagen, sondern vor allem auch in ihrem Importhandel über einen Verteilungsorganismus von bedeutender Durchbildung und weitem Einflußgebiet.

## 5.2 Die Einfuhr nach Herkunftsländern

In den vorangegangenen Ausführungen wurde einerseits für die fünf Hauptgruppen der Gartenbauprodukte die Entwicklung des Einfuhrwertes über den Hafen Hamburg und andererseits die Verteilung dieser Beträge im Rahmen des Bundes aufgezeigt. Diese Ausführungen werden im folgenden ergänzt,

und zwar in der Weise, daß die Einfuhrmengen aus den wichtigsten Auslandsstaaten und dann die Entwicklung einzelner Produkte betrachtet wird.

Die bedeutendsten Länder, deren Ausfuhr nach der Bundesrepublik in erheblichem Umfang über Hamburg geleitet wird, sind Ecuador, Taiwan, Südafrika, Costa Rica, Israel und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Einfuhren aus diesen Ländern sind in der Tabelle 16, gegliedert nach den fünf Gruppen, zusammengestellt. Es würde zu weit führen, für jedes Land aufzuzeigen, welches der unzähligen Gartenbauprodukte es wann und in welchem Umfange nach Hamburg exportiert hat. Hierzu einige Bemerkungen.

Tabelle 16

### Einfuhr über den Hafen Hamburg aus den wichtigsten Herstellungsländern nach Warengruppen 1971

Herstellungsländer	Gemüse und sonstige Küchen- gewächse	Obst, außer Süd- früchten	Süd- früchte	Gemüse und Obst- konser- ven, Frucht- säfte	Lebende Pflanzen einschl. Erzeug- nisse des Blumen- handels
	1	2	3	4	5
Spanien .....	2,5	1,3	4,1	21,5	0,05
Griechenland .	.	1,0	14,2	29,2	—
Türkei .....	.	21,9	21,5	0,5	.
Marokko .....	0,3	.	38,8	7,2	.
Rep. Südafrika	0,2	27,1	16,4	28,6	0,07
Argentinien ..	.	18,9	1,1	5,5	.
Costa Rica ....	.	—	71,1	—	—
Brasilien .....	.	.	10,2	20,8	0,05
Vereinigte Staaten .....	1,2	2,8	12,1	38,2	0,16
Ecuador .....	—	0,2	105,3	.	—
Israel .....	0,3	0,1	68,5	10,8	0,20
Volksrepublik China .....	0,1	4,4	0,2	5,6	—
Taiwan .....	0,6	.	.	100,9	.

Von allen Südfruchtarten werden nach der Außenhandelsstatistik Bananen und Apfelsinen in den größten Mengen eingeführt. Die Bananeneinfuhr hat von 1962 bis 1967 um 91 700 t oder 41 % auf 315 500 t zugenommen und ist in den darauffolgenden Jahren auf 218 500 t (1971) zurückgegangen. Der weitaus überwiegende Teil stammt aus Ecuador und Kolumbien; die Einfuhren aus diesen Gebieten machten 1962 rd. 91 % der Gesamteinfuhren aus und kamen 1971 nur noch auf 58 %, während sich die Importe von Costa Rica und Honduras, deren Zufuhren über den Hafen Hamburg bis 1968 fast bedeutungslos waren, 1971 auf 40 % erhöhten. Der Import an Apfelsinen einschließlich Mandarinen stellte sich 1962 auf 290 800 t, 1971 nur noch auf 123 800 t, wobei sich der Import aus den verschiedenen Gebieten recht unterschiedlich entwickelt hat. Die Zufuhren aus Israel, dem derzeit bedeutendsten Herstellungsländ für überseeische Zufuhr an Apfelsinen, schwanken, wie auch bei den anderen Herstellungsländern, ganz unregelmäßig; die höchste Einfuhr war doppelt so groß wie die niedrigste. Eine bestimmte Tendenz ist lediglich bei den Importen aus Spanien und Marokko feststellbar. Die ersteren gingen bei wenigen Unterbrechungen stark zurück und verschwanden, wie bereits ausgeführt, 1971 völlig, die letzteren nahmen zwar beträchtlich ab, doch wurden über den Hafen 1971 noch 38 000 t gegen 71 000 t im Jahre 1962 importiert.

Tabelle 17

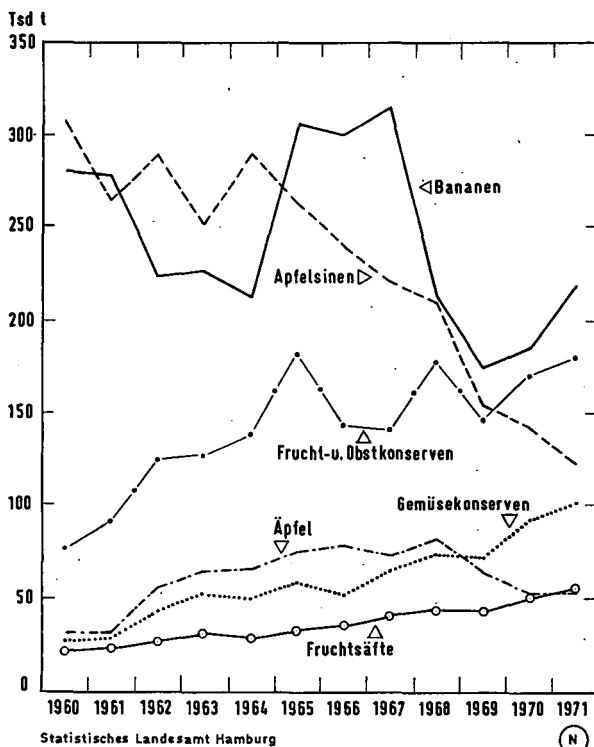
## Ausfuhr von Gartenbauerzeugnissen über den Hafen Hamburg 1962 bis 1971 nach Warengruppen

Warengruppen	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
	Mio DM									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Gemüse und sonstige Küchengewächse .....	1,2	1,5	1,3	1,6	3,4	4,2	4,4	4,6	6,5	5,7
Obst, außer Südfrüchten .	1,7	0,9	1,0	1,0	2,0	1,8	3,1	3,7	3,2	2,8
Südfrüchte .....	1,2	1,3	1,9	1,9	1,9	2,0	2,3	3,4	3,0	3,0
Gemüse- und Obstkonser- ven, Fruchtsäfte u. dgl.	2,1	2,8	2,6	3,1	3,6	4,6	5,5	6,6	7,1	7,8
Lebende Pflanzen einschl. Erzeugnisse d. Blumen- handels .....	2,8	2,9	3,0	3,5	3,2	3,1	2,9	2,8	3,0	3,2
Insgesamt .....	9,0	9,4	9,8	11,1	14,1	15,7	18,2	21,1	22,8	22,5

Die aus dem Ausland eingeführten Äpfel bilden beim Obst die bedeutendste Gruppe, über deren Umsatzentwicklung zu berichten ist. Die Einfuhr dieser überwiegend aus Argentinien und Australien und daneben aus Südafrika stammenden Äpfel zeigt ebenfalls erhebliche Schwankungen, die im ganzen vom Ausfall der Ernten im Inland abhängen. Im Durchschnitt der Jahre 1962/1971 entfielen von der Gesamtobstzufuhr knapp 60% auf Äpfel. Ihre mengenmäßige Zufuhr schwankte 1962 bis 1971 zwischen 54 000 t und 83 000 t.

Schaubild 4

## Einfuhr über den Hafen Hamburg nach ausgewählten Gartenbauerzeugnissen 1960 bis 1971



Bei den Bezügen von Gemüse- und Obstkonserven sowie Fruchtsäften aus dem Ausland sind die Lieferungen aus Taiwan, den Vereinigten Staaten von Amerika, Griechenland, Südafrika und Spanien zusammengenommen (1971 = 218 400 t) weit größer als diejenigen aus 83 anderen Ländern (121 900 t). Insgesamt stiegen die Zufuhren von 197 800 t im Jahre 1962 um 72% auf 340 300 t im Jahre 1971. Bei

dieser Gruppe ist bemerkenswert, daß das Importgeschäft Hamburgs mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Taiwan von dem Durchschnittsverlauf erheblich abweicht. Während der Export der Vereinigten Staaten von Amerika durch eine stark verringerte Ausfuhr aller konservierten Gartenbauprodukte um 54 000 t oder 59% auf 38 200 t zurückging, konnte Taiwan seinen Export von 1962 bis 1972 ganz erheblich steigern, woran die Gemüsekonserven (von 5 000 t auf 58 000 t) und ferner die Frucht- und Obstkonserven (von 11 000 t auf 25 000 t) hervorragenden Anteil hatten.

## 5.3 Die Ausfuhr

Die Ausfuhr von Gartenbauprodukten ist einmal eine Wiederausfuhr importierter Erzeugnisse, sie enthält zum anderen auch eine echte Ausfuhr von Inlandsprodukten, die teils Erzeugnisse der Vier- und Marschlande und des Alten Landes sowie benachbarter Gegenden, teils Erzeugnisse von mehr landeinwärts gelegenen Gebieten enthält. Ausgehend von einem 1962 erreichten Ausfuhrwert von 9 Mio DM steigerten sich die über den Hafen Hamburg exportierten Gartenbauerzeugnisse 1971 auf 22,5 Mio DM und lagen damit weit unter dem Einfuhrwert (1 084 Mio DM). Wenn die Ausfuhr somit absolut betrachtet weit höher liegt als 1962, so hat sich ihre Bedeutung an der deutschen Ausfuhr, d. h. ihr Anteil am Export der Bundesrepublik, doch erheblich vermindert, und zwar von 21,5% im Jahre 1962 auf 9,3% im Jahre 1971. Mangels ausreichender Unterlagen läßt sich diese Entwicklung zwar nicht zahlenmäßig ergründen, jedoch wird sie weit überwiegend durch die von der EWG geförderte Ausweitung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten, der immer mehr per Bahn oder LKW durchgeführt wird, verursacht sein. Es sei hier nochmals erwähnt, daß die Hamburger Statistik nur die seewärtige Ausfuhr, nicht jedoch die Ausfuhr über trockene Grenzen ausweist.

Von der Ausfuhr an Gartenbauprodukten entfielen 1971 rd. 25% auf Gemüse und sonstige Küchengewächse und 35% auf Gemüse- und Obstkonserven. Die Steigerung der Ausfuhr wurde im wesentlichen von diesen beiden Warengruppen getragen. Am geringsten war die Zunahme der Ausfuhr bei den lebenden Pflanzen einschließlich der Erzeugnisse des Blumenhandels.

Gustav Hohmann

# Hamburg als Wirtschafts- und Kulturzentrum

## 1. Vielseitiger Dienstleistungssektor

Für die Beurteilung der Wirtschaft einer Region, ihrer Struktur und Entwicklung ergibt sich nach wie vor der umfassendste Überblick aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Hier findet im Rahmen der arbeitsteiligen Prozesse unserer Gesellschaft die Urproduktion des agrarischen Sektors ebenso ihren Niederschlag wie die modernsten Dienstleistungen der Managementberatung, die Arbeit in den Werkhallen der Industrie und auf den Lagerflächen des Hafens wie die gesamte Ausbildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und Erwachsenenfortbildung, die Wirtschaft mit ihrer Vielfalt und Dynamik, der Bereich der gemeinnützigen Organisationen und der Staat mit all seinen gern in Anspruch genommenen Leistungen und seinen unbequemen und ungeliebten Forderungen. Ein Blick auf das Hamburger Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (in jeweiligen Preisen – im folgenden kurz mit BIP bezeichnet) zeigt z. B., daß das Verhältnis des Bereichs „Produzierendes Gewerbe“ zu „Handel und Verkehr“ in Hamburg 1,4 : 1,0 beträgt, im Bundesgebiet dagegen 3,0 : 1,0. Das bedeutet, daß zwar auch in Hamburg das „Produzierende Gewerbe“ den stärksten Bereich darstellt (vgl. Kapitel „Größte Industriestadt der Bundesrepublik“), daß aber der Anteil dieses Sektors – trotz eines überdurchschnittlich hohen Beitrages der indirekten Steuern zum BIP gerade hier – unter dem Bundesdurchschnitt liegt, während der Bereich „Handel und Verkehr“ weit über dem Durchschnitt vertreten ist (vgl. Kapitel „Welthafen Hamburg“). Dieser strukturelle Unterschied, der in gewissem Maße natürlich alle Großstädte kennzeichnet, durch den Hafen und die hafengebundenen Dienstleistungen z. B. des Groß- und Außenhandels im Falle Hamburgs aber besonders stark in Erscheinung tritt, wird noch deutlicher, wenn man 1970 mit 1961 vergleicht: In diesem Zeitraum ging der Anteil des „Produzierenden Gewerbes“ in Hamburg von 48 % auf 41 % zurück, während er im Bundesgebiet bei über 54 % etwa stagnierte. „Handel und Verkehr“ stiegen im gleichen Zeitraum in Hamburg geringfügig auf 30 %, im Bundesgebiet dagegen war ein leichter Rückgang auf 18 % zu verzeichnen (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1

Anteile ausgewählter Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt in Hamburg, in Norddeutschland und im Bundesgebiet 1970 und 1961 in %

Bereiche	1970	1961
<b>Hamburg</b>		
Produzierendes Gewerbe ....	41,2	48,0
Handel und Verkehr .....	29,7	29,1
Sonstige Dienstleistungen ...	28,5	22,0
<b>Vier norddeutsche Länder</b>		
Produzierendes Gewerbe ....	47,4	48,3
Handel und Verkehr .....	21,6	22,8
Sonstige Dienstleistungen ...	26,2	21,7
<b>Bundesgebiet</b>		
Produzierendes Gewerbe ....	54,4	54,6
Handel und Verkehr .....	17,9	19,2
Sonstige Dienstleistungen ...	24,6	20,9

Gleichzeitig wiesen auch die „Sonstigen Dienstleistungen“ noch ein beträchtliches Wachstum auf. Trotz des hohen Ausgangsniveaus zeigt sich also ein weiteres Vordringen des Dienstleistungssektors und damit zweifellos auch eine Zunahme der überregionalen Funktionen Hamburgs im tertiären Bereich (vgl. Kapitel „Fremdenverkehr“ und folgende). Dem entspricht auch eine 20 % über dem Bundesdurchschnitt dieses Bereiches liegende Produktivität (gemessen am BIP je Beschäftigten), die allerdings von der Produktivität des „Produzierenden Gewerbes“ noch übertroffen wird (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten nach zusammengefaßten Bereichen in Hamburg, in Norddeutschland und im Bundesgebiet 1970 in DM

Bereiche	Hamburg	Vier norddeutsche Länder	Bundesgebiet
	1	2	3
Produzierendes Gewerbe .	40 360	29 770	28 530
Handel und Verkehr .....	30 520	23 640	25 330
Sonstige Dienstleistungen	30 490	25 040	25 580
Land- und Forstwirtschaft	20 150	15 090	10 760
Insgesamt .....	33 450	25 770	25 620

In den folgenden Kapiteln soll versucht werden, die hinter diesen Zahlen verborgenen Strukturen anhand ausgewählter Bereiche noch etwa zu verdeutlichen, Strukturen, hinter denen wiederum die etwa 1 Mio Beschäftigten Hamburgs stehen, einzeln, in Gruppen und Ensembles oder zusammengefaßt unter Namen, die weit über Hamburg hinaus ein Begriff sind und die – an einigen Beispielen der Industrie dargestellt – zugleich einen Eindruck von der Spannweite der hamburgischen Wirtschaft geben: Mineralölverarbeitung (BP, Esso, Shell); Metallhütten (Norddeutsche Affinerie), Schiffs-, Maschinen- und Fahrzeugbau (Blohm + Voss, Hamburger Flugzeugbau, Hauni, Howaldtswerke–Deutsche Werft, SE-Fahrzeugwerke); Elektrotechnik (C. H. F. Müller, Philips, Valvo); Chemie, Gummiverarbeitung (Beiersdorf, Colgate-Palmolive, Phoenix Gummiwerke); Nahrungs- und Genussmittel (BAT, Reemtsma, Tchibo, Thörl's Vereinigte Ölfabriken).

## 2. Größte Industriestadt der Bundesrepublik

Hamburg ist im Laufe seiner Geschichte immer wieder mit mehr oder weniger treffenden, die Eigenart seiner Wirtschaft kennzeichnenden Attributen bedacht worden. Man spricht von Hamburg als Handelsmetropole, als Stadt des Kaufmanns und der Schifffahrt. In zunehmendem Maße werden auch besonders die zentralen Versorgungsfunktionen der Stadt für den Verdichtungsraum Hamburg erkannt. Damit umschreibt man gleichermaßen die ursprünglichen Säulen der Hamburger Wirtschaft: den Hafen als internationalen Warenumschlagsplatz und die damit verbundenen Welthandelsbeziehungen sowie das

überregionale Dienstleistungszentrum mit seinem weitreichenden Einzugsgebiet.

Nur zu leicht wird übersehen, daß Hamburg sich im Sog dieser Hafen- und Umlandverbundenheit auch zu einem bedeutenden Industriestandort entwickelt hat, dessen Struktur schon seit langem mehr als eine bloße Ergänzung der traditionellen Handels- und Hafenschiffahrtfunktion darstellt. Weitgehend unabhängig von dem relativ engen hafensorientierten Rahmen und den unmittelbaren industriellen Folgeeinrichtungen der Werftindustrie zählt Hamburg heute dank der Vielseitigkeit und Leistungskraft seiner Produktionsbetriebe zu den wichtigsten Industrieplätzen der Bundesrepublik.

Schon ein grober Zahlenvergleich macht das Gewicht der Hamburger Industrie im bundesdeutschen und im Hamburger Wirtschaftsraum deutlich. So ist die Gesamtzahl der allein in den Mittel- und Großbetrieben der Industrie Beschäftigten mit etwa 200 000 schon seit Jahren größer als in den übrigen Städten der Bundesrepublik. Gemessen an der Höhe des Industrieumsatzes steht Hamburg mit einem jährlichen Wert von mehr als 20 Mrd DM auch unter Berücksichtigung von Berlin (West) an erster Stelle. Der Umsatz je Beschäftigten übersteigt den Bundesdurchschnitt um beinahe 48 %. Jeder Hamburger Industriebeschäftigte ist also mit fast 97 000 DM im Jahr am Gesamtumsatz in der Bundesrepublik beteiligt, wovon im Mittel allein 13 000 DM auf Auslandsumsätze entfallen.

Diese Leistung überrascht, wenn man weiß, daß nur etwa jeder vierte erwerbstätige Hamburger in Betrieben des warenproduzierenden Gewerbes beschäftigt ist und unterstreicht den hohen Produktivitätsgrad der Hamburger Industrie. Im Vergleich zu anderen Städten – vor allem jenen im Ruhrgebiet – ist in Hamburg der Anteil der in industriellen und handwerklichen Berufen Tätigen an der Zahl der Erwerbstätigen niedriger. Er liegt hier mit 28 % (ohne Bauhauptgewerbe) knapp unter den Zahlen für die Sektoren Handel und Verkehr (33 %) und übrige Dienstleistungen (31 %) und zeigt, welche bedeutende Rolle die Industrie trotz stetiger Ausdehnung des tertiären Bereichs in Hamburgs Wirtschafts- und Erwerbsleben spielt.

#### *Vielseitige Produktionsstruktur der Industrie*

Die für Hamburgs Industrie charakteristische Vielfalt der Produktionsrichtungen bietet heute ein ausgewogenes Bild mit je nach Betrachtungsweise unterschiedlichen Schwerpunkten. Industrie und Handwerk sind in beinahe allen Zweigen des warenproduzierenden Gewerbes vertreten – sogar die Montanindustrie hat mit dem Bau eines Stahlwerkes im Hafengebiet und einer großen Aluminiumhütte in Hamburg ihren Einzug gehalten.

Die Standortvorteile, die ein Welthafen mit seinen Transportverbindungen zu in- und ausländischen Absatzmärkten und eine Großstadt als wirtschaftliches Zentrum eines Wirtschaftsraumes mit über 5 Mio Einwohnern bieten kann, haben zu einer sehr weitgehenden Differenzierung der Industriestruktur

geführt. Sie reicht von der seehafenverbundenen Grundstoffverarbeitung und den Werften mit einer Reihe anderer Fabrikationszweige des Schiffbaubedarfs über die exportintensiven Zweige der Investitionsgüterindustrie bis zu einer Vielzahl von Betrieben der Verbrauchsgüterbranche. Darüber hinaus ist Hamburg Sitz zahlreicher Konzern- und Unternehmensverwaltungen, vor allem aus der Mineralöl- und der Elektrotechnischen Industrie. Auch einige bundesdeutsche Niederlassungen des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes sowie der chemischen Verbrauchsgüterindustrie werden von Hamburg aus verwaltet.

Wenn auch die wirtschaftlich bedeutende Gruppe zu den Mittel- und Großbetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten gerechnet werden muß, so ist doch ein typisches Merkmal der industriellen Struktur Hamburgs der relativ große Anteil an Kleinbetrieben, und zwar besonders auf dem Gebiet der Druck- und Vielfältigungsindustrie, der chemischen Industrie und im Maschinenbau. Von den insgesamt etwa 2 200 Betrieben haben rd. die Hälfte nur 1 bis 9 Beschäftigte, die knapp 2 % des Gesamtumsatzes erwirtschaften.

Tabelle 3

#### **Betriebe, Beschäftigte, Umsatz der wichtigsten Industriezweige in Hamburg im Jahre 1972**

Industriezweige	Betriebe <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Umsatz	
	JD		insgesamt	darunter: Auslands- umsatz
	Anzahl			
	1	2	3	4
Industrie insgesamt .....	1 413	198 121	20 558	2 960
darunter:				
Mineralölverarbeitung	23	10 566	3 349	309
Elektrotechnische Industrie .....	88	25 802	2 673	371
Chemische Industrie .....	139	18 733	1 868	251
Maschinenbau	167	29 036	1 630	682
Ölmühlenindustrie .....	9	1 835	924	133
Schiffbau .....	28	12 633	885	387
NE-Metallindustrie .....	7	3 033	389	161
Stahlbau .....	81	8 964	581	312
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie .....	15	10 347	543	57
Druckerei- und Vielfältigungsindustrie .....	167	10 106	527	14

<sup>1)</sup> Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten, beteiligt.

#### *Hafenverbundene Rohstoffverarbeitung*

Ein wichtiges, wenn auch nicht dominierendes Element ist die überwiegend importabhängige Rohstoffbearbeitung und -veredelung. Auf diesem Sektor ist Hamburgs Stellung innerhalb der westdeutschen Wirtschaft nach wie vor am stärksten. Von hier stammen etwa 45 % der bundesdeutschen Ölmöhlenerzeugnisse sowie jeweils ein Drittel der Kaffeeproduktion und der Hülsenfruchtfabrikate.



Auch etwa 11 % der Mineralölverarbeitungskapazität und der weit überwiegender Teil der Elektrolythkupfererzeugung sind in Hamburg konzentriert. Die Mineralölindustrie ist vor allem auf den Gebieten der Schmier- und Heizölversorgung von Bedeutung und liegt mit über drei Mrd DM Jahresumsatz vor allen anderen Industriezweigen in Hamburg. In die Reihe der Betriebe, die hauptsächlich überseeische Rohstoffe verarbeiten, gehören ferner die Margarineindustrie mit 20 %-igem Anteil am Gesamtumsatz im Bundesgebiet sowie führende Werke der Tabakverarbeitung, der chemischen Industrie und der Kautschuk- und Asbestverarbeitung.

Die meisten der an der Rohstoffveredelung beteiligten Betriebe produzieren nicht nur für den inländischen Bedarf; sie setzen ihre Fabrikate auch direkt aus dem Freihafen oder über den Handel auf dem Weltmarkt ab. Der wesentliche Teil der westdeutschen Ausfuhr von Ölmühlen- und Mineralölprodukten wird z. B. aus Hamburg geliefert. Der Freihafenstandort erlaubt dabei vor allem kostengünstige Lohnveredelungsproduktion im Auftrag vorwiegend ausländischer Nachfrager.

#### Investitionsgüter für den Weltmarkt

Die internationale Position Hamburgs wird neben der Freihafenindustrie besonders von der Exportintensität der Investitionsgüterbranchen bestimmt. Dieser Sektor ist in Hamburg auch gleichzeitig der arbeitsintensivste, denn über die Hälfte der Industriebeschäftigten, nämlich 100 000, sind in dieser Gruppe tätig. Der größte Arbeitgeber ist der Maschinenbau mit rd. 29 000 Beschäftigten, die in überwiegend kleinen und mittleren Betrieben Spezialmaschinen, z. B. zur Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln, zur Holzbearbeitung sowie Baumaschinen und ein breites Sortiment von hochqualifizierten Maschinenbauteilen produzieren. Für die z. T. auf Hamburger Werften selbst gebauten Maschinenanlagen werden Dampfturbinen, Kessel und Pumpen hergestellt und heute mehr denn je auch in alle Welt exportiert. Die Exportquote von fast 42 % macht den Maschinenbau neben dem Schiffbau zu Hamburgs größtem Exporteur, obwohl dieser Zweig – gemessen am Gesamtumsatz – mit jährlich 1,6 Mrd DM nach der Mineralöl-, Elektro- und chemischen Industrie nur den vierten Rang einnimmt. Im Vergleich zum Auslandsabsatz im Bundesgebiet wird der Maschinenbau in Hamburg allerdings von anderen Zweigen der Investitionsgüterindustrie bei weitem übertroffen. So beträgt der Anteil der Exporte des Schiffbaues am Wert der Bundesausfuhr 11 %. Noch günstigere Verhältnisse lassen sich im Luftfahrzeugbau und bei den zur Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie zählenden NE-Metallhütten und Umschmelzwerken errechnen, während der Maschinenbau nur auf ein Gewicht von drei Prozent kommt.

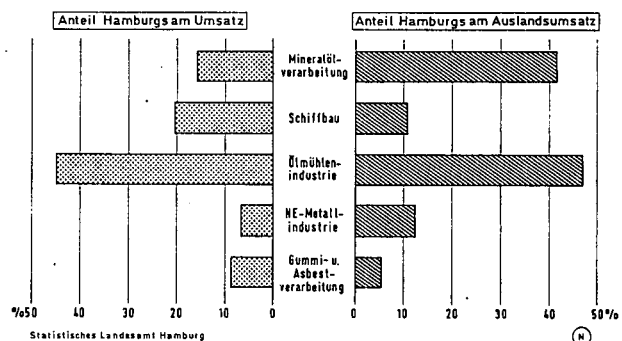
Der nächst größere Zweig ist die besonders in den letzten Jahren stark expandierende Elektrotechnische Industrie mit einem Jahresumsatz von annähernd 2,7 Mrd DM. Hier arbeiten fast 26 000 Personen an den verschiedensten Elektroerzeugnissen, angefangen von Installationsmaterial bis zu Motoren und elektromedizinischen Geräten. Namhafte Hamburger

Firmen der feinmechanischen und optischen Industrie ergänzen diesen Fertigungszweig durch die Herstellung von nautischen sowie meteorologischen Meß- und Kontrollgeräten. In traditioneller Verbindung mit dem Schiffbau erzielt gerade dieser Bereich seine Millionenumsätze zu 42 % auf ausländischen Absatzmärkten.

Ein entscheidender Wandel hat sich besonders in jüngster Zeit in der einstmalig so bedeutenden Hamburger Werftindustrie vollzogen. Zwar ist der Schiffbau mit etwa 13 000 Arbeitsplätzen noch immer der viertgrößte Industriezweig und gehört bei durchschnittlich 900 Mio DM Jahresumsatz – das sind mehr als ein Fünftel des Wertes für die Bundesrepublik – zusammen mit den Betrieben der Zulieferindustrie zu den wichtigsten Grundlagen der Hamburger Wirtschaft, hat aber bedingt durch wettbewerbsmäßige und nicht zuletzt auch übergeordnete wirtschaftspolitische Gründe seine führende Rolle weitgehend eingebüßt. Der Schwerpunkt der Produktion hat sich heute stark vom Neubau größerer Schiffe auf den Reparaturdienst und den Stahl- und Maschinenbau verlagert. Weit mehr als 40 % der an deutsche Werften vergebenen Reparaturaufträge werden auf Hamburger Docks ausgeführt. Darüberhinaus konzentriert sich die Tätigkeit auf den Bau von kleineren und mittleren Spezialschiffen und Maschinenanlagen oder Sonderanfertigungen wie Bohrinseln und Schwimmkräne.

Schaubild 1

Anteil Hamburgs am Umsatz und Auslandsumsatz ausgewählter Industriezweige im Bundesgebiet 1971 – in % –



#### Ge- und Verbrauchsgüter zur Versorgung der Bevölkerung

Von der Bedeutung Hamburgs für den norddeutschen Wirtschaftsraum war bereits die Rede. Es leuchtet ein, daß sich im Mittelpunkt eines derart weiten und unmittelbaren Absatzmarktes und in Ergänzung der agrarwirtschaftlichen Gütererzeugung der beiden Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen besondere Standortvorteile für eine Reihe von Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie und vor allem der Nahrungs- und Genußmittelverarbeitung bieten. Der vorherrschend mittelständische Charakter dieser beiden Gruppen – über 50 % der Betriebe haben nur bis zu 9 Beschäftigte – und die Vielfalt der Branchen täuschen über das eigentliche Gewicht dieser am Endverbrauch orientierten Produktion innerhalb der industriellen Wirtschaft Hamburgs hinweg.

Die verschiedenen Zweige des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes allein sind mit nahezu 5,5 Mrd DM, d. h. zu mehr als ein Viertel am jährlichen Gesamtumsatz der Industrie beteiligt und reichen damit fast an die führende Gruppe der Investitionsgüterindustrie heran. Gemessen am Umsatzergebnis dominieren die Zigarettenproduktion, die Kaffee- und Teeverarbeitung und die Ölmühlen- und Margarineindustrie. Es folgen die Herstellung von Süßwaren, die Brauereien mit dem höchsten Beschäftigtenanteil in diesem Sektor sowie die Fleisch- und Fischverarbeitung. Einen besonderen Rang nimmt entsprechend den engen wirtschaftlichen Bindungen an das Umland auch die Produktion von Futtermitteln ein. Hamburgs Öl- und Getreideschälmaschinen, die Stärkefabriken und Brauereien sowie die Fischmehlwerke liefern hierzu die wichtigsten Grundstoffe.

Die Verbrauchsgüterindustrie stellt mit über 22 000 Beschäftigten und etwa 1,3 Mrd DM Jahresumsatz die kleinste der in der amtlichen Statistik üblichen 4 Hauptgruppen dar. Hier bilden das Druckerei- und Vervielfältigungsgewerbe mit rd. 530 Mio DM und die Kunststoffverarbeitung mit nicht ganz 200 Mio DM die umsatzstärksten Zweige. Erst mit einigem Abstand folgen die Bekleidungs- und Textilindustrie. In dieser Rechnung bleibt allerdings unberücksichtigt, daß die Betriebe der chemischen Industrie, die in Hamburg vor allem Verbrauchsgüter wie Pharmazeutika, Lacke, Seifen und andere Körperpflegeartikel mit z. T. beachtlichen Anteilen an der Bundesproduktion liefern, dem Schwerpunkt nach in die Bereiche der Grundstoffproduktion eingereiht werden und so das tatsächliche Gewicht des Hamburger Verbrauchsgütersektors nur unzureichend wiedergeben.

### 3. Welthafen Hamburg

Während man sich der Bedeutung Hamburgs als Industriestandort nur langsam bewußt wird, ist die Verbindung der Stadt mit ihrem Seehafen als „Tor zur Welt“ traditionell gewachsen und in der Vorstellung auch der Binnenländer fest verankert. Hamburg ist bei 46 Mio t umgeschlagener Güter im Jahre 1972, die einen Warenwert von rd. 50 Mrd DM verkörpern dürften, der mit Abstand größte Seehafen der Bundesrepublik. Aber auch unter den Häfen Europas nimmt Hamburg einen Spitzenplatz ein. Dem Umschlagsvolumen nach lag Hamburg hier an siebenter Stelle. Wenn man dabei jedoch berücksichtigt, daß

der Umschlag von Marseille, Genua und Le Havre nur durch ein sprunghaftes Emporschnellen von angelandetem Rohöl bedingt ist – also eines Gutes, bei dem die Wertschöpfung im Hafen unverhältnismäßig gering ist – so würde Hamburg bei Außerachtlassung dieses Spezialumschlags in der Rangskala der europäischen Universalhäfen hinter Rotterdam, Antwerpen und London an vierter Stelle liegen.

#### Umfassendes Angebot an Umschlagseinrichtungen

Damit wird jedoch auch schon einer der großen Vorzüge des Hamburger Hafens angesprochen: seine Vielseitigkeit, durch die sich Hamburg den Ruf als einer der schnellsten Universalhäfen der Welt verdient hat. Entsprechend eindrucksvoll sind die Anlagen zur Abfertigung der unterschiedlichsten Güter. Hamburg verfügt über rd. 60 Hafenbecken mit 64 km Kaimauern für See- und Binnenschiffe. Mehr als 700 Kräne und Verladebrücken, umfangreiche Container- und Roll-on/Roll-off-Anlagen, 90 landfeste und schwimmende Getreideheber sowie 23 Schwimmkräne sorgen für eine schnelle Be- und Entladung der Schiffe. Hinzu kommen Spezialeinrichtungen für den Fruchtschlag; für Erze und Kalidüngemittel. Einer der wichtigsten Aktivposten aber sind die gut 13 400 geschulten Arbeitskräfte, die bei Bedarf im Schichtbetrieb „rund um die Uhr“ dafür sorgen, daß die Liegezeiten der Schiffe im Hafen möglichst gering sind.

Ebenso wichtig wie Geräte und Personal für den schnellen Umschlag sind aber auch die umfangreichen Spezialanlagen für die Einlagerung oder die kurzfristige Zwischenlagerung von Gütern. Mehr als eine Million Quadratmeter Fläche in Kaischuppen, 540 000 qm Freihafenspeicher, 60 000 qm Kühlhausfläche, Silos für knapp 900 000 t Getreide und rd. 4 Mio Kubikmeter Tanklagerraum runden die wichtigsten Kapazitätsangaben des Hamburger Hafens ab. Dabei verdienen die Vorteile, im Freihafen Waren aller Art zollfrei beliebig lange zwischenzulagern, wobei ein eventueller Reexport keinen zollrechtlichen Beschränkungen unterliegt, besonderer Erwähnung.

Zu einem technisch perfekten Seegüterumschlag kommt das umfangreiche Wissen des in Hamburg ansässigen Überseehandels und eine umfassende Dienstleistungspalette. So sei nur die Vielzahl von Banken und Exportkreditinstituten, von Außenhandels- und Transportversicherungen, von Schiffsmaklern, Spediteuren und Lagerhaltern erwähnt. Die Tatsache, daß mehr als 75 offizielle Ländervertretungen in Hamburg ihren Sitz haben – Hamburg ist nach New York der bedeutendste Konsularplatz der Welt –, unterstreicht nur die Bedeutung der Hansestadt als Schaltstation im Welthandel.

#### Dichtestes Liniennetz nach Übersee

Zwischen 18 000 und 20 000 Schiffsabfahrten – also mehr als 50 pro Tag – registrierte der Hamburger Hafen regelmäßig in den letzten Jahren: fast die Hälfte davon im fahrplanmäßigen Linienverkehr. Ein dichtes Liniennetz sorgt von Hamburg aus dafür, daß Waren aller Art ohne längere Wartezeiten nach rd. 1 100 Häfen in nahezu allen Ländern der Welt

Tabelle 4

Güterverkehr über See  
der wichtigsten europäischen Häfen 1971

Häfen	Güterumschlag insgesamt		darunter: ohne Mineralöl	
	Mio t	Mio t	% v. Sp. 1	Rang Ziffer
	1	2	3	4
1. Rotterdam ..	231,8	77,1	33,3	1
2. Marseille ...	75,5	8,4	11,1	.
3. Antwerpen ..	72,2	48,2	66,8	2
4. Le Havre ...	59,7	6,3	10,6	.
5. London ....	56,5	28,5	50,4	3
6. Genua .....	54,2	15,3	28,2	.
7. Hamburg ...	45,3	25,8	57,0	4

befördert werden können. Dabei ist die mit monatlich 365 Linienabfahrten besonders hohe Frequenz im Europaverkehr – vor allem nach den skandinavischen Ländern (107) und Großbritannien (95) – nicht so sehr ins Auge fallend, als vor allem die Häufigkeit der Überseeverbindungen. So laufen monatlich 102 Schiffe nach Afrika, 64 Frachter nach Mittel- und Fernost und 45 nach Nordamerika aus. Selbst Australien und Neuseeland sind noch an jedem dritten Tag nach Fahrplan zu erreichen.

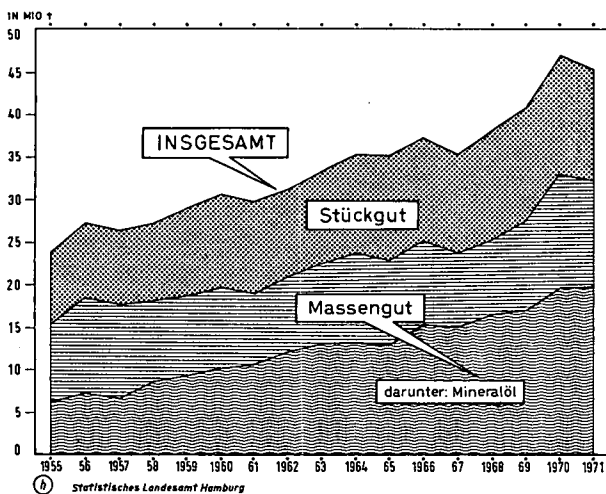
Mit der Vielzahl seiner regelmäßigen Linienabfahrten nach Übersee wird Hamburg in dieser Hinsicht von keinem der europäischen Konkurrenzhäfen erreicht. Hamburgs Bedeutung für die internationale Schifffahrt läßt sich auch daraus ersehen, daß rd. drei Viertel der Schiffstonnage der Hamburg anlaufenden Schiffe unter mehr als 80 ausländischen Flaggen fährt.

### Größter deutscher Stückguthafen

Der wichtigste Indikator für die Bedeutung eines Seehafens ist jedoch sein Güterumschlag. Umfang und vor allem auch die breite Fächerung der Güterstruktur zeigen, inwieweit das Angebot an bereitgestellten Kapazitäten von den Kunden des Seehafens auch angenommen wird.

Schaubild 2

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg  
1955 bis 1971  
(Mengen in Mio t)



Im Hamburger Hafen wurden in den letzten Jahren jeweils zwischen 45 Mio t und 47 Mio t Güter aller Art umgeschlagen. Rund 70% entfielen davon auf Massengüter. Dabei spielten die Importe von Rohöl und Mineralölprodukten mit knapp 20 Mio t (1971) – wie übrigens bei fast allen größeren Seehäfen Europas – die mit Abstand bedeutsamste Rolle. Daneben hatte aber auch der Umschlag von Getreide, Kohlen, Futtermitteln, Ölsaaten und Ölfrüchten mit jeweils etwa zweieinhalb Mio t und Erzen (1,6 Mio t) einen beachtlichen Umfang.

Auf das wegen seines hohen Wertschöpfungseffektes für jeden Hafen besonders lukrative Stückgut ent-

fielen rd. 13 Mio t. Damit ist Hamburg nach wie vor der größte Stückguthafen der Bundesrepublik und das hohe Aufkommen an vielseitiger Stückgutladung ist ein besonderes Charakteristikum des Hafens. An dieser Stelle soll nur der bedeutende Umschlag von Gemüse und Obst, vor allem Bananen und Zitrusfrüchte, hervorgehoben werden. Mit 1,0 Mio t ist Hamburg der führende Fruchturnschlagplatz Europas. Aber auch im Umschlag von Maschinen und Fahrzeugen (1,2 Mio t) nimmt Hamburg – ebenso wie bei einer Vielzahl anderer industrieller Halb- und Fertigwaren – eine hervorragende Stellung ein.

Tabelle 5

Containerverkehr in Hamburg 1968 bis 1971

Jahre	Umgeschlagene Großcontainer			Gütermenge <sup>1)</sup>	
	Insgesamt	darunter beladen		t	1968 = 100
		Anzahl	Anzahl		
	1	2	3	4	5
1968	28 559	22 835	100	238 972	100
1969	44 366	34 733	152,1	365 578	153
1970	63 876	54 316	237,9	571 408	239,1
1971	91 577	79 849	349,7	841 718	352,2

<sup>1)</sup> ohne Eigengewicht der Container.

### Rasche Expansion im Containerverkehr

Als Folge des in Hamburg anfallenden hohen Stückgutvolumens hat sich auch der Containerverkehr seit 1968, dem Anfangsjahr der statistischen Erfassung, nahezu vervierfacht. 1971 wurden im Hamburger Hafen knapp 92 000 Großcontainer von 20 Fuß Länge und mehr registriert, von denen etwa 80 000 beladen waren. Damit wurden Waren von mehr als 840 000 t Nettogewicht umgeschlagen. Trotzdem betrug der Anteil der containerisierten Güter am gesamten Stückgutumschlag 1971 nur knapp 7%, so daß noch beachtliche Entwicklungsreserven für diese technisch modernste Umschlagsart mobilisiert werden können. Allerdings spielt sich der Containerverkehr z. Z. nur in einigen wenigen Relationen ab, in denen bereits relativ hohe Containeranteile erreicht wurden. So sind beispielsweise im Austral-Verkehr 34% des gesamten Stückguts in Containern umgeschlagen worden. Für die nordamerikanische Pazifikküste lag der entsprechende Anteil bei 38% und für das Fahrtgebiet Nordamerika am Atlantik sogar bei 47%. Die bisher vorliegenden Ergebnisse für 1972 lassen auch für dieses Jahr einen weiteren Zuwachs des Containerverkehrs um mehr als 40% erwarten.

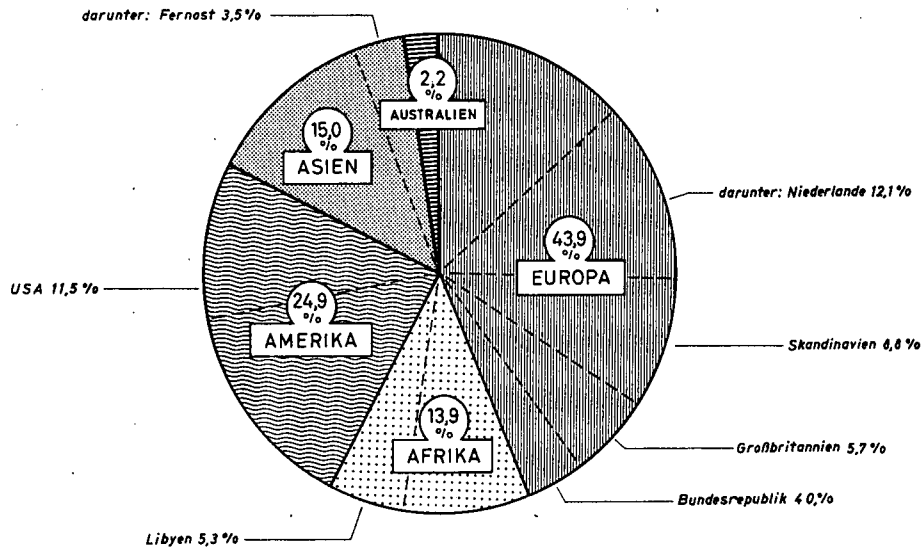
### Wichtigster deutscher Hafen für Ostasien

Entsprechend dem von Hamburg ausgehenden dichten Netz von Seeschiffsverbindungen wird auch mit allen Erdteilen ein lebhafter Güteraustausch abgewickelt. So wurden im Jahr 1971 11,3 Mio t von und nach Amerika befördert, der Güteraustausch mit Asien stand mit 6,8 Mio t zu Buch, der Verkehr mit Afrika betrug 6,3 Mio t und selbst mit Australien und Ozeanien noch 1,0 Mio t.

Noch aufschlußreicher als die absoluten Zahlen sind jedoch die Anteile Hamburgs am gesamten Seever-

Schaubild 3

Der Güterverkehr über See des Hafens Hamburg 1971 nach Erdteilen



Statistisches Landesamt Hamburg ⑥

kehr der Bundesrepublik mit den einzelnen Fahrtgebieten. Während der Hamburger Hafen in der Europafahrt – wo vor allem auch die Konkurrenz der Fährhäfen spürbar wird – „nur“ knapp 30 % an sich ziehen konnte, hält er in vielen Übersee-Relationen eine unumstrittene Spitzenposition inne. So entsprach der Hamburger Güterumschlag mit der süd-amerikanischen Pazifikküste (1,0 Mio t) 58 %, mit den Gebieten um den Golf von Mexiko und der Karibik (4,4 Mio t) sogar 59 % des gesamten deutschen Seeverkehrs in diesen Relationen. In den besonders hart „umstrittenen“ nordamerikanischen Fahrtgebieten am Atlantik und am Pazifik lagen die beiden großen deutschen Seehäfen Hamburg (3,8 Mio t) und Bremen (3,9 Mio t) fast gleichauf. Mit großem Abstand dominierend ist Hamburg jedoch auf den Asien-Routen. So entfiel auf den Hamburger Hafen im Seeverkehr mit dem mittleren Osten, den Sunda-Inseln und Philippinen 64 % (1,4 Mio t) und mit den fernöstlichen Gebieten bei immerhin 1,6 Mio t meist hochwertigen Stückguts sogar 78 %.

*Drei Viertel des Stückgutumschlags im Hinterlandverkehr*

Der Hamburger Hafen dient zwar zu einem wesentlichen Teil der Versorgung der eigenen Bevölkerung und der hier ansässigen gewerblichen Unternehmen, er erfüllt gleichzeitig aber auch ganz beachtliche überregionale Funktionen für den norddeutschen Raum, für die gesamte Bundesrepublik und darüberhinaus für einen großen Teil des europäischen Hinterlandes. Wegen der Importbezogenheit eines Teils der hamburgischen Industrie sind zwar 60 % des gesamten Hafenumschlags Lokoverkehr, doch ist es nicht verwunderlich, daß 90 % aus Massengütern bestehen. Hierbei ist in erster Linie der Import von Rohöl und Mineralölprodukten für die Hamburger Raffinerien zu nennen, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus der Versorgung des norddeutschen Raumes mit

Benzin und Heizölen dienen. Daneben spielen aber auch Steinkohlen für die Hamburger Elektrizitätsgewinnung, Ölsaaten und Ölfrüchte für die Ölmühlindustrie und Kupfererze eine große Rolle.

Auf den Hinterlandverkehr entfielen in den letzten Jahren regelmäßig etwas mehr als zwei Fünftel des gesamten Hafenumschlags. Legt man jedoch allein die hochwertigen Stückgüter zugrunde, so beträgt der Hinterlandverkehr sogar mehr als drei Viertel. Zwar kommt dem norddeutschen Raum als unmittelbarem Einzugs- und Absatzgebiet besondere Bedeutung zu, es verdient jedoch hervorgehoben zu werden, daß ein Drittel des gesamten Hafenumschlags – also rd. 15 Mio t – auf „fernorientierten“ Hinterlandverkehr entfielen (beim Stückgut allein sogar zwei Drittel). Man wird hierin ein Indiz für den großen Einzugsbereich und die weitreichenden Hinterlandverbindungen des Hamburger Hafens sehen dürfen. Innerhalb der Bundesrepublik liegt dabei das Schwergewicht auf den Ländern Nordrhein-Westfalen, Berlin und Bayern. Insbesondere hinsichtlich der Exporte industrieller Fertigprodukte muß jedoch auch auf die Bedeutung des gesamten süddeutschen Raumes hingewiesen werden.

Die Tatsache, daß der Hamburger Hafen im Schnittpunkt der europäischen Wirtschaftsräume EWG, EFTA und COMECON liegt, hat mit dazu beigetragen, daß Hamburg einer der wichtigsten europäischen Transithäfen ist. 1971 entfielen rd. 8,3 Mio t auf den Außenhandel ausländischer Staaten über Hamburg. Dabei dominiert das traditionelle Hinterland im Osten, das trotz der politischen und wirtschaftlichen Hemmnisse immer noch zu einem erheblichen Teil auf Hamburg ausgerichtet ist. So betrug der Transit der DDR über Hamburg 1971 rd. 2,3 Mio t und die CSSR im- und exportierte über Hamburg 1,7 Mio t. Der Österreich-Transit machte 1,5 Mio t aus und last not least entfielen 1,0 Mio t auf den Außenhandel der skandinavischen Staaten über Hamburg.

#### 4. Fremdenverkehr

Täglich mehr als 7 000 Übernachtungen

Ein Welthafen zieht aber nicht nur Güter an, Hamburgs Bedeutung ist auch gekennzeichnet durch einen überaus regen und vielseitigen Fremdenverkehr. Sowohl von der Zahl und der Herkunft der Gäste als auch vom Beherbergungsangebot her stellt Hamburg eine Metropole dar.

Tabelle 6

**Fremdenmeldungen und Übernachtungen insgesamt und von Ausländern in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) 1971**

Großstädte	Gäste			Übernachtungen		
	insgesamt	darunter Ausländer		insgesamt	darunter von Ausländern	
		in 1000	In %		in 1000	in %
	1	2	3	4	5	6
München .....	1 997	802	40	3 984	1 557	39
Hamburg .....	1 420	495	35	2 802	947	34
Frankfurt a. M.	1 256	590	47	2 353	1 065	45
Berlin (West) ..	1 041	233	22	2 871	684	24

Hamburg ist in der Bundesrepublik nach München die Stadt mit der zweithöchsten Zahl der Gäste. Erst mit großem Abstand folgen Frankfurt a. M. und Berlin (West). Die Tabelle 6 enthält die Zahlen für die Großstädte, die über 1 Mio Gäste pro Jahr verzeichnen können. Von den über 1,4 Mio Gästen im Jahr, die Hamburg besuchen und mindestens eine Nacht hier verbringen, kommen mehr als ein Drittel (fast 0,5 Mio) aus dem Ausland.

Tabelle 7

**Der Fremdenverkehr in Hamburg 1971 nach ausgewählten Wohnsitzen in Tsd**

Ständiger Wohnsitz der Gäste (nicht Staatsangehörigkeit)	Neu angekommene Gäste	Übernachtungen
Hamburg .....	65,7	102,8
Bundesrepublik (ohne Hamburg) .....	855,2	1 743,2
Schweden .....	75,4	116,1
Dänemark .....	61,0	93,7
Nordamerika .....	51,3	101,2
Großbritannien und Nordirland	38,5	77,1
Niederlande .....	29,2	56,6
Frankreich .....	24,7	43,3
Italien .....	21,9	44,2
Norwegen .....	20,8	36,8
Japan .....	20,6	42,4
Schweiz .....	19,6	37,0
Österreich .....	15,0	30,0
Übriges Asien (ohne Japan) ..	13,3	37,9
Südamerika .....	12,0	35,3
Belgien-Luxemburg .....	11,6	20,6
Finnland .....	11,4	20,3
Afrika .....	9,4	23,0
Spanien .....	9,2	19,3
Türkei .....	8,2	19,9
Jugoslawien .....	6,1	14,4
Ungarn .....	5,0	7,2
Griechenland .....	5,0	11,4
Israel .....	4,6	9,5
Tschechoslowakei .....	3,7	6,1
Insgesamt .....	1 398,4	2 749,5

Hierbei sind die Besucher aus den Nachbarländern Dänemark und Schweden besonders stark vertreten. Bemerkenswert ist der große Anteil der Japaner, die die Zahl der Besucher aus der Schweiz übertreffen und fast den Anteil der Norweger erreichen.

Durchschnittlich verbringen die Gäste zwei Übernachtungen in Hamburg, eine für Großstädte typische Zahl. Sie verdeutlicht, daß die Besucher überwiegend auf Geschäftsreisen oder auf Durchreisen nach Hamburg kommen und sich hier im allgemeinen nicht lange aufhalten.

Das Angebot des Hamburger Beherbergungsgewerbes ist überaus vielseitig. Im Jahr 1972 standen den Gästen fast 430 Hotels und Pensionen mit rd. 15 500 Betten zur Verfügung. Dabei ist das Angebot breit gefächert. Es reicht von einfachen Fremdenheimen über gutbürgerliche Hotelpensionen bis zu Hotels der obersten Luxusklasse.

Für die kommenden Jahre ergeben sich für den Hamburger Fremdenverkehr durch die Eröffnung des Congress Centrum Hamburg (CCH) mit dem angeschlossenen und anderen jüngst eröffneten Hotels neue Ausblicke.

#### 5. Kulturzentrum Hamburg

Das vielfältige Angebot der kulturellen Möglichkeiten Hamburgs mit der Feder des Statistikers darzustellen, verlangt als Einleitung fast eine Entschuldigung. Denn es ist offensichtlich, daß die statistische, vorwiegend quantitative Betrachtungsweise gerade die den Reiz eines kulturellen Ereignisses ausmachenden atmosphärischen Momente abzuschneiden droht. Nähert man sich dem Bereich des geistig-musischen mit dem registrierenden Rechenstift, könnte dies darüber hinaus so ausgelegt werden, als würde der nüchterne merkantile Charakter der Hamburger auch im „schönen“ Teil des hanseatischen Lebens den Ton bestimmen – ein im übrigen bei Außenstehenden seit langem vorhandenes Vorurteil<sup>1)</sup>, das trotz der Künstler und Mäzene, die ihre Heimat in Hamburg haben, trotz berühmter Oper, trotz Theater und Orchester, Funk-, Film- und Fernsehstudios, trotz Museen, Kunstsammlungen und Galerien, trotz Hochschuleinrichtungen, Instituten und Bibliotheken auch heute noch nicht ganz ausgeräumt ist.

#### Abwechslungsreiche Theaterpalette

Hamburg gehört zu den führenden Theaterstädten der Bundesrepublik. Seine repräsentativste und größte Sprechbühne mit 1 600 Plätzen und 368 000 Zuschauern in der vergangenen Spielzeit ist das Deutsche Schauspielhaus; dem Schauspielhaus angegliedert ist als Experimentierbühne der „Malersaal“ mit 300 Plätzen, der in der letzten Saison 25 000 Besucher hatte.

<sup>1)</sup> Zum Beispiel ließ Jakob Gallois vor 140 Jahren seinen chinesischen Spion über Hamburg sagen: Spricht man hier von „belles lettres“, so denken die meisten Leute an solche Briefe, in denen einem Preisermäßigungen mitgeteilt werden (Jakob Gallois: „Der chinesische Spion in Hamburg“, zitiert nach der Ausgabe von Hammerich & Lesser, Hamburg 1950, S. 67).

Die Aufführungen des Thalia-Theaters erlebten in der Saison 1971/72 rd. 336 000 Zuschauer. Das Theater hat über 1 000 Plätze und verfügt seit kurzem ebenfalls über eine Studiobühne, das „tik“-Theater in der Kunsthalle.

Neben diesen staatlichen Theatern spielen in Hamburg eine Reihe privater Bühnen, die in der vergangenen Spielzeit insgesamt über 1,16 Millionen Zuschauer für ihre Vorstellungen gewinnen konnten: Die Hamburger Kammerspiele (500 Plätze), das nach dem Krieg gegründete Junge Theater<sup>2)</sup> (700 Plätze), das Altonaer Theater. Populär sind ferner das Ohnsorg-Theater (370 Plätze), dessen Inszenierungen niederdeutscher Volksstücke häufig vom Fernsehen übertragen werden, und das mit 600 Plätzen etwas größere St. Pauli-Theater; nicht weniger sehenswert sind aber auch die Aufführungen der kleineren Bühnen, namentlich des Theaters im Zimmer (115 Plätze), der Kleinen Komödie (270 Plätze) und des Theaters für Kinder (170 Plätze). Im Operettenhaus (1 200 Plätze) haben über 135 000 Besucher in der letzten Saison Musical- und Operettenaufführungen sowie andere Gastspiele gesehen.

Eine Einrichtung von höchstem künstlerischen Rang ist die Hamburgische Staatsoper. Die Qualität der auch in vielen Gastspielreisen gezeigten Aufführungen verleihen ihr internationale Anerkennung. Besonders in der modernen Musik gehört die Hamburger Oper zur Spitzengruppe der Opernhäuser der Welt. So ist es nicht verwunderlich, daß die 1 700 Plätze an der Dammtorstraße häufig ausverkauft sind. Das außerordentlich umfangreiche Repertoire der Hamburger Staatsoper umfaßt in der laufenden Spielzeit über 50 Opern und zwei Dutzend Ballette. Insgesamt hatte die Staatsoper in der Saison 1971/72 annähernd 465 000 Zuschauer. Auswärtige Besucher erhalten auf Wunsch die Programme der Aufführungen auch in englischer Sprache.

#### *Reichhaltige musikalische Darbietungen*

Hamburg ist eine theaterfreudige, aber auch eine musikliebende Stadt. In der Hansestadt gastieren berühmte Orchester, Dirigenten und Solisten, zudem unterbreiten schon Hamburgs eigene Künstler ein vielfältiges Programm. Von diesen sind in erster Linie die drei großen ständigen Orchester zu nennen: das mit der Staatsoper verbundene Philharmonische Staatsorchester, dessen Konzerte in der Spielzeit 1971/72 mehr als 61 000 Zuhörer hatten, die Hamburger Symphoniker und das Sinfonieorchester des Norddeutschen Rundfunks (NDR). Daneben gibt es namhafte Kammerorchester, Instrumentalvereinigungen und Chorgemeinschaften.

Den zentralen Veranstaltungsort für musikalische Darbietungen bildet die zu Anfang des Jahrhunderts von dem Reeder und Überseekaufmann Carl Laeisz gestiftete Musikhalle mit einem über 2 000 Plätze verfügenden Großen Saal und einem 650 Personen fassenden Kleinen Saal, doch werden Konzerte selbstverständlich auch in vielen anderen Häusern aufge-

führt. Zum Beispiel finden Veranstaltungen im Großen Sendesaal des NDR statt; bekannt sind die Hauskonzerte im Altonaer Museum und die Kirchenmusikabende in den Hauptkirchen Hamburgs, aber auch die Jazz-, Pop-, Beat- und Folklore-Konzerte in der Ernst-Merck-Halle.

Anzusprechen ist in diesem Zusammenhang auch die Kultur-„Fabrik“ in Altona, das 1971 in einer ehemaligen Maschinenfabrik ins Leben gerufene große Kunst- und Kommunikationszentrum, das in kurzer Zeit zum sehr populären Treffpunkt von Musik- und Theater-„Fans“ geworden ist.

#### *Auch die bildende Kunst kommt nicht zu kurz*

Im Vergleich zu der Rolle, die die darstellende Kunst und die Musik in Hamburg spielen, tritt die bildende Kunst im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit ein wenig zurück, obwohl Hamburg auch auf diesem Gebiet Anlaß zu einigem Stolz haben kann.

In der Hamburger Kunsthalle sind u. a. die in- und ausländischen Maler vor allem der neueren kunstgeschichtlichen Epochen mit typischen Werken vertreten, darüber hinaus finden ständig wechselnde Sonderausstellungen statt; die Kunsthalle hatte 1972 über 116 000 Besucher. Repräsentative Ausstellungen von Werken moderner Kunstrichtungen veranstaltet der Kunstverein. In erster Linie Verkaufsausstellungen von Arbeiten zeitgenössischer Maler, Grafiker und Bildhauer werden im Kunsthaus abgehalten. Außerdem gibt es zahlreiche Galerien. Immer mehr stellen auch große Firmen und Geldinstitute in ihren Kundenräumen künstlerische Werke aus.

Einer Reemtsma-Stiftung verdankt Hamburg das Ernst-Barlach-Haus, eine Ausstellungsstätte für Arbeiten dieses Bildhauers, Grafikers und Dichters.

Eine umfassende Sammlung angewandter Kunst – Möbel, Teppiche, Keramik, Schmuck – führt das Museum für Kunst und Gewerbe, das im letzten Jahr 72 000 Besucher hatte.

#### *Sehenswerte Museumsschätze*

Das Museum für Hamburgische Geschichte spannt seinen Ausstellungsrahmen von den ersten Spuren der Frühzeit über die Hammaburg und die Hansezeit bis zur Gegenwart. Als Attraktion erweist sich immer wieder die große Modelleisenbahnanlage. Zusammen mit seiner Außenstelle im Bergedorfer Schloß hatte dieses Museum mehr als 134 000 Besucher im Jahr 1972.

Die Schausammlungen des Altonaer Museums in Hamburg – Norddeutsches Landesmuseum – erstrecken sich vornehmlich auf die Kunst- und Kulturgeschichte und die Naturkunde des norddeutschen Raums. Hervorzuheben ist hier die Fischerei- und Schiffsabteilung mit ihrer einzigartigen Sammlung von Galionsfiguren. In der Gesamtzahl von 126 000

<sup>2)</sup> Jetzt Ernst-Deutsch-Theater

Besuchern des Jahres 1972 sind die Besucher der beiden Außenstellen einbezogen; diese Außenstellen sind ein Vierländer Bauernhaus mit Hofanlage aus dem 17. Jahrhundert (Rieck-Haus) und das großbürgerliche Wohnkultur des 17. bis 19. Jahrhunderts illustrierende Jenisch-Haus in dem gleichnamigen Park in Othmarschen.

Die interessanten Sammlungen des Museums für Völkerkunde sahen im letzten Jahr knapp 70 000 Besucher. Besonders beachtenswert erscheinen das Versammlungshaus der Maori von Neuseeland, die Schätze der Goldkammer mit Goldarbeiten aus Mittel- und Süd-Amerika sowie die Sammlungen von Gegenständen indischer, afrikanischer und aztekischer Herkunft.

Das Helms-Museum in Harburg zeigt vor allem Ausstellungsgegenstände zur Harburger Stadtgeschichte und zur Landschaftskunde des Süderelbe-Gebiets. Von den 158 000 Besuchern dieses Museums entfiel die Mehrzahl auf die Außenstelle Kiekeberg, einem in der Nähe eines ausgedehnten Wildparks gelegenen Heidehof des 17. Jahrhunderts mit 13 Gebäuden.

Zum Komplex Schausammlungen zählt zudem das in einem Wasserturm im Stadtpark untergebrachte Planetarium. Die Sternvorführungen des Planetariums ließen sich im vorigen Jahr 48 000 Zuschauer demonstrieren.

Mit Spezialthemen befassen sich die Museen der Deutschen Bundespost und der Hamburgischen Electricitätswerke. Eine Sammlung zur Geschichte der Fotografie kann in der Staatlichen Landesbildstelle besichtigt werden.

Dem rein unterhaltenden Teil der Hamburger Schausammlungen zuzurechnen ist schließlich das einzige Wachfigurenkabinett der Bundesrepublik, das von einem Privatunternehmen betriebene Panoptikum.

#### *Hochschulstadt mit 34.000 Studenten*

Eine Aufzählung der bedeutendsten kulturellen Einrichtungen Hamburgs darf den Hochschulbereich nicht unberücksichtigt lassen. In Hamburg bestehen zur Zeit fünf staatliche Hochschulen: die Universität mit rund 25 000 Studenten im Sommersemester 1972, die Hochschule für bildende Kunst mit 930 Studenten, die Hochschule für Musik und darstellende Kunst mit 590 Studenten, die Fachhochschule Hamburg mit 5 800 Studenten und die Hochschule für Wirtschaft und Politik mit 730 Studenten. Die Vorarbeiten zur Zusammenfassung dieser Einrichtungen zu einer integrierten Gesamthochschule sind aufgenommen. Ferner gibt es eine nicht staatliche Fachhochschule, die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik mit rund 90 Studenten.

Daß Hamburg im Hochschulwesen eine wichtige überregionale Funktion erfüllt, belegt die Aufschlüsselung der Studentenzahlen nach den Herkunftsländern. Von den insgesamt an den Hochschulen der Stadt immatrikulierten Studenten hat nicht einmal jeder

zweite seinen ständigen Wohnsitz in Hamburg: 54 % aller Studenten sind auswärtige, davon etwa je ein Drittel aus den benachbarten Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Mit dieser hohen Quote nicht einheimischer Studenten leistet Hamburg im Bereich der Hochschulausbildung den relativ höchsten „Außenbeitrag“ aller Bundesländer.

Eine besondere Institution des sehr differenzierten hamburgischen Schulwesens ist die Internationale Schule, in der nach angelsächsischen Lehrplänen in englischer Sprache Unterricht erteilt wird. Die Schule vermittelt Kindern von Angehörigen der konsularischen Vertretungen oder von Angestellten der in Hamburg ansässigen internationalen Unternehmen einen Abschluß, der zum Studium in englisch sprechenden Ländern berechtigt. Mehrere hundert Kinder aus über 30 Staaten besuchen diese Schule.

#### *Wissenswertes und Unterhaltendes in verschiedener Form*

Aus dem kulturellen Leben der Stadt nicht fortzudenken sind die großen und kleinen Büchereien, in erster Linie die Staats- und Universitätsbibliothek mit einem Buchbestand von 1,35 Millionen Bänden (Ende 1972), die Bibliothek des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – mit 630 000 Bänden über Themen aus dem ökonomischen Bereich, mit 23 600 Zeitschriften, 9 400 Jahresperiodika und 12 Millionen Zeitungsausschnitten sowie die Commerzbibliothek mit 115 000 Bänden. Genannt werden sollten zudem die Centralbibliothek für Blinde, die einen umfangreichen Bestand an wissenschaftlichen und literarischen Werken in Blindenschrift oder auf Tonbändern vorhält und die Bibliothek des Staatsarchivs. Aus den Büchereien und sonstigen Ausgabestellen der Stiftung Öffentliche Bücherhallen wurden im vergangenen Jahr 6,14 Millionen Bücher ausgeliehen; der Buchbestand der Stiftung beläuft sich auf 1,47 Millionen Bände.

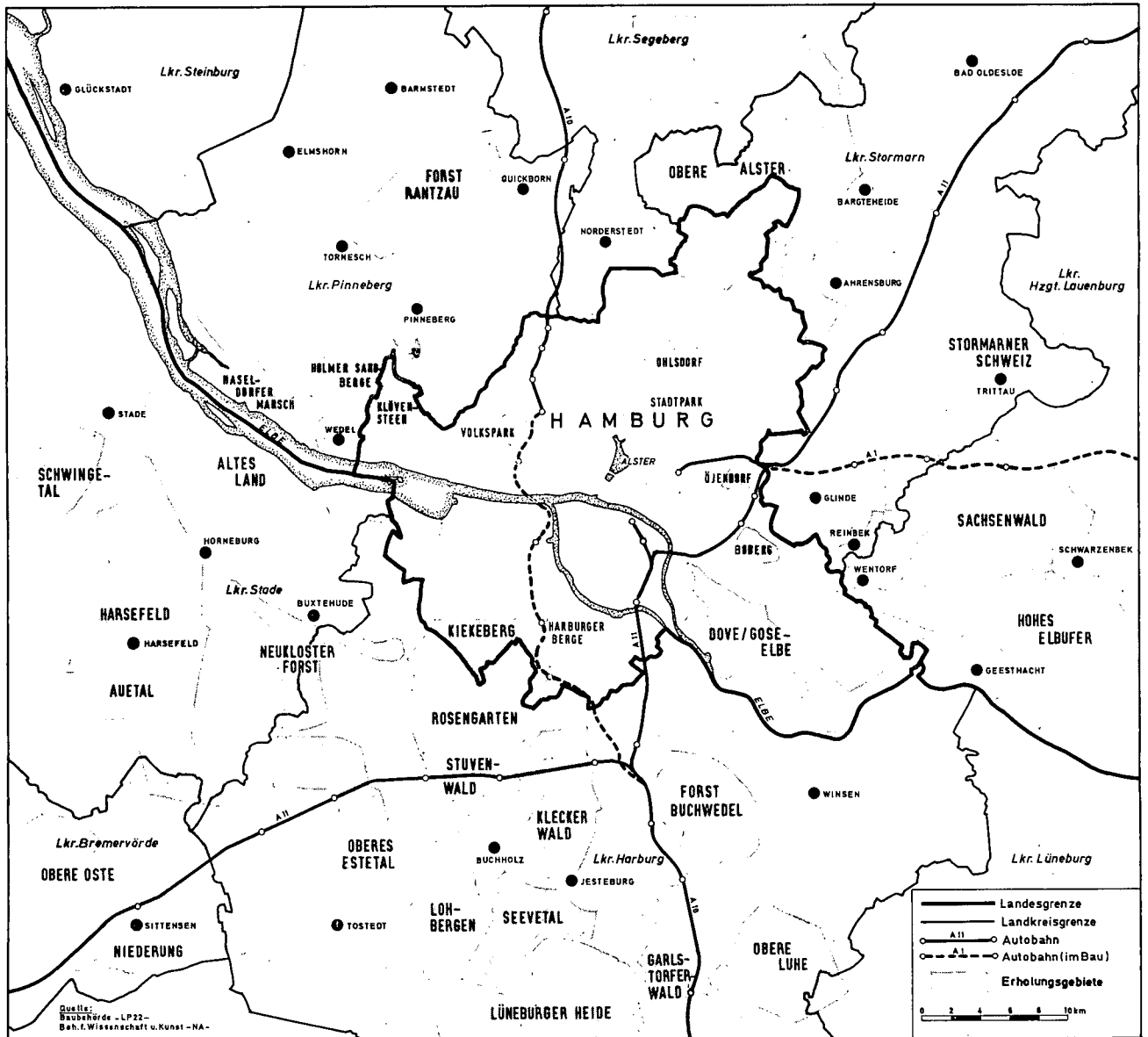
Für den, der sich nicht nur durch Bücher weiterbilden möchte, steht neben zahllosen anderen Organisationen und Instituten die Hamburger Volkshochschule als größte Weiterbildungseinrichtung der Bundesrepublik zur Verfügung. Für die in den drei Trimestern des Arbeitsjahres 1971/72 durchgeführten 2 500 Kurse hatte die Hamburger Volkshochschule 66 100 Anmeldungen entgegennehmen können.

Wer mehr auf Zerstreung und Unterhaltung aus ist, für den bietet sich vielleicht in einem der 55 Hamburger Kinos oder in einer der Varietéaufführungen des Hansa-Theaters die richtige Abwechslung. Immer wieder reizvoll ist auch ein Besuch im weltberühmten Tierpark Hagenbeck in Stellingen.

#### *Sport und Naherholung*

Auch diejenigen, die in ihrer freien Zeit sportlich aktiv sein möchten, haben in Hamburg dazu vielfache Gelegenheit. 214 Sportanlagen mit 638 Spielfeldern für Fußball, Handball (auch Kleinfeld), Hockey, Rugby, Tennis, Golf und Polo, außerdem 4 Rollschuh- und 2 Kunsteisbahnen, 10 Reitsportanlagen, 61 Boots-

## Naherholungsgebiete in Hamburg und Umland



häuser, 3 Yachthäfen, 419 Turn- und Sporthallen, 28 Sommerbäder, 17 Hallenbäder sowie viele andere öffentliche und private Sportanlagen hat die Stadt aufzuweisen. Zu Beginn dieses Jahres neu eröffnet wurde die gern als „Schwimmoper“ bezeichnete Alsterschwimmhalle.

Für Gäste und Einheimische, die Erholung und Entspannung im Grünen suchen wollen, bietet Hamburg in allen Teilen der Stadt gepflegte Parks und Grünanlagen mit einer Gesamtfläche von rund 1 600 ha – dies entspricht etwa der zehnfachen Größe der Außenalster. Besonders zentral liegen die Wallanlagen mit dem Botanischen Garten, der Alsterpark und der Stadtpark. Wer innerhalb Hamburgs eine mehrstündige Wanderung unternehmen möchte, dem sind vor allem der Elbufer- und der Alsterwanderweg zu empfehlen.

Hamburgs Attraktivität in bezug auf Kurzzeit- und Naherholung beruht nicht nur auf den vielfältigen

kulturellen Einrichtungen, ausgedehnten Grünanlagen, Naturschutzgebieten und Uferändern an Alster und Elbe innerhalb der Stadtgrenzen, sondern auch auf dem ausgedehnten Grüngürtel, der sich um die Hansestadt zieht. Ideal ist außerdem die Lage Hamburgs zwischen Nordsee und Ostsee, deren Küsten in durchschnittlich 1 bis 2 Stunden zu erreichen sind. Die Gliederung des norddeutschen Raumes in Küstengebiete sowie Geestlandschaften mit Wald, Heide, Moor und kleinen Flüssen hat für das Erholungsbedürfnis der großstädtischen Bevölkerung besondere Bedeutung. Es sind vor allem das Naturschutzgebiet Lüneburger Heide mit ca. 20 000 ha, die Grünzüge und -verbindungen Harburger Berge – Rosengarten – Stuwenvald, das Alte Land mit Este- und Schwingetal, die ausgedehnten Elbmarschen sowie die zahlreichen Seenplatten Schleswig-Holsteins, das Alstertal und der Sachsenwald. In der näheren Umgebung Hamburgs wird in diesen Gebieten gemeinsam mit den Nachbarländern die Anlage von Park- und Raststätten mit Orientierungstafeln sowie von



Rad- und Wanderwegen mit Schutzhütten gefördert, um den Erholungswert der Landschaft für alle zu erhalten und zu erhöhen.

Die Schönheiten des Hamburger Umlandes verbunden mit seiner günstigen Verkehrslage zur Kernstadt, ihren vielseitigen Arbeitsplätzen, Bildungsstätten und kulturellen Attraktivitäten, haben nicht nur viele Hamburger veranlaßt, ihren ständigen Wohnsitz dort zu suchen. Auch aus anderen Regionen sind viele Menschen dorthin zugezogen, deren ursprüngliches und

eigentliches Ziel Hamburg gewesen sein mag, so daß die gesamte Region (hier verstanden als ein Gebiet in einem 40-km-Radius um das Hamburger Rathaus — das Staatsgebiet Hamburgs selbst ergäbe einen Kreis mit einem Radius von etwa 15 km) ein ständiges Bevölkerungswachstum aufweist. Allein zwischen den beiden Großzählungen 1961 und 1970 hatte die Region eine Zunahme von über 120 000 Einwohnern. Und was könnte die Attraktivität Hamburgs als Wirtschafts- und Kulturzentrum besser bestätigen als dieses Wachstum seiner Region auf über 2,6 Mio Einwohner?

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	759,0	767,6	767,2	764,5
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	5,9	3,5	2,1	— 2,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	86	82	92	82
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3,8	3	3	4
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	7	5,3	7	6
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	74	12	24	7
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	37	51	24	52
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	16	13	21	20
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	23	12	21	14
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsgestand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	...	...	...	...	246,0
" Altona	"	284,3	...	...	...	...	258,1
" Eimsbüttel	"	264,6	...	...	...	...	254,8
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	...	...	...	348,2
" Wandsbek	"	357,5	...	...	...	...	373,2
" Bergedorf	"	82,6	...	...	...	...	94,6
" Harburg	"	199,0	...	...	...	...	205,3
• Hamburg insgesamt	"	1 856,9	...	...	...	...	1 780,2
dav. männlich	"	861,9	...	...	...	...	823,4
weiblich	"	995,0	...	...	...	...	956,8
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	49,8	...	...	...	...	...
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
• Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019 p	750 p	...	530 p	638 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	...	...	...	...	4,2 p
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269 p	1 120 p	...	1 150 p	1 277 r
dar. unehelich	"	143	113 p	95 p	...	105 p	137 r
• Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	...	...	...	...	8,4 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9 p	11,8 r	8,4 p	9,1 p	10,7 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	...	...	...	...	...	...
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 048 p	2 093 r	2 070 p	2 070 p	2 165 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	24 p	16 r	20 p	25 p	16 r
• Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	...	...	...	...	14,3 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	17,2	18,9 p	13,1 r	17,9 p	21,7 p	11,6 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>9)</sup>	"	...	...	...	...	...	...
• Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 779 p	- 942 r	- 950 p	- 920 p	- 888 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	...	...	...	...	4,8 p
<b>3. Wanderungen</b>							
• Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	...	...	...	...	6 129
• Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	...	...	...	...	6 672
• Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 379	...	...	...	...	- 543
dav. männlich	"	- 37	...	...	...	...	- 334
weiblich	"	- 342	...	...	...	...	- 209
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	...	...	...	15 003
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus Schleswig-Holstein	"	1 542	...	...	...	...	1 623
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	835	...	...	...	...	1 056
Niedersachsen	"	1 091	...	...	...	...	993
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	272	...	...	...	...	305
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	...	...	...	...	1 717
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	...	...	...	...	1 796
b) Fortgezogene nach Schleswig-Holstein	"	2 351	...	...	...	...	2 456
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 620	...	...	...	...	1 901
Niedersachsen	"	1 268	...	...	...	...	1 488
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	525	...	...	...	...	731
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	...	...	...	1 780
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	...	...	...	...	948

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	11 749	11 294	11 255	11 235	11 235	11 291
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		273 169	260 924	267 035	236 315	276 068	273 660
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	84,2	72,0	84,0	81,7
b) Gemeinnützige Krankenhäuser	Anzahl	4 573	4 740	4 698	4 698	4 695	4 810
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		123 729	127 459	129 122	115 869	131 203	133 912
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	87,5	90,7	79,0	89,0	89,4
c) Private Krankenhäuser	Anzahl	745	798	787	797	797	804
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		19 012	20 890	22 443	14 655	20 743	21 063
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	85,0	92,0	59,1	82,6	86,3
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		21 274	19 998	19 880	17 336	20 301	19 760
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	79,9	80,8	69,3	82,4	77,7
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		25 628	17 462	17 014	15 810	17 083	18 202
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	81,8	80,9	72,8	78,6	83,9
<b>3. Krankenhäuser für Geisteskrankhe</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 743
Bettenbestand <sup>1)</sup>		48 245	43 686	43 601	44 213	45 888	44 586
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>2)</sup>	%	91,4	86,2	89,3	87,2	90,5	85,9
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 275	1 291	1 289	1 289	1 287	1 292
Bettenbestand <sup>1)</sup>		38 084	38 605	38 060	39 151	39 031	39 404
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>2)</sup>	%	98,2	97,8	98,4	98,0	97,8	98,4
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 420	1 412	1 412	1 412	1 422
Bettenbestand <sup>1)</sup>		43 630	41 731	43 093	43 059	42 165	42 273
Pflegeetage							
Bettenausnutzung <sup>2)</sup>	%	97,1	95,0	99,2	97,3	95,4	94,9
<b>Kulturpflege</b>							
<b>Rundfunk und Fernsehen <sup>4)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	687,8	688,8	689,7	689,8	693,3	687,8
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	625,0	627,3	627,8	629,8	621,0
<b>Öffentliche Bücherhallen</b> (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 688	482 919	547 318	469 708	561 588	481 954
Ausgeliehene Noten	"	3 241	6 242	7 327	6 487	7 721	5 768
<b>Wissenschaftliche Büchereien <sup>5)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	40 989	32 498	46 441	40 400
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 998	16 211	11 827	16 403	15 117
<b>Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl		43 961	60 227	55 996	68 262	71 228	51 362
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>6)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	686,1	685,6	682,4	688,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	404,7	403,8	403,9	400,7	405,9
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	48,3	47,8	47,6	47,2	49,3
Rentner	"	175,5	234,0	234,5	234,1	234,5	233,7
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	24,5	26,2	25,9	27,8	25,7
dav. männlich	"	17,9	16,8	17,9	17,9	19,1	17,5
weiblich	"	8,8	7,7	8,3	8,0	8,7	8,2

am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	4 969	5 210	6 285	5 475
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 719	2 873	3 415	3 267
weiblich	"	1 092	2 004	2 250	2 337	2 870	2 208
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	27	43	76	228
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	28	27	40	100
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	105	119	143	200
Elektriker	"	24	28	35	34	40	26
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	56	67	79	67
Tischler, Modellbauer	"	24	18	50	22	18	11
Drucker	"	44	48	44	50	65	72
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	37	23	16	24
Ernährungsberufe	"	75	92	103	63	98	141
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	152	184	239	183
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	121	122	135	108
Warenkaufleute	"	368	421	453	532	633	480
Verkehrsberufe	"	313	252	308	228	414	327
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	1 297	1 213	1 522	981
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	293	309	306	297
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	16 585	15 962	16 928	17 989
dav. männlich	"	13 014	9 643	8 849	8 429	9 380	9 044
weiblich	"	12 813	9 073	7 736	7 533	7 548	8 945
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 654	5 329	4 237	5 723	5 478
dav. männlich	"	4 134	4 025	3 733	3 136	4 152	4 003
weiblich	"	1 707	1 629	1 596	1 101	1 571	1 475
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 435	4 075	4 745	6 929	6 860
dav. männlich	"	9 955	4 568	3 387	4 115	6 251	6 138
weiblich	"	572	867	688	630	678	722
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	11 472	12 156	12 715	15 914	12 255
dav. männlich	"	5 512	5 810	6 067	6 517	10 665	6 398
weiblich	"	2 787	5 662	6 089	6 198	5 249	5 857
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	.	49 131	46 748
weiblich	"	5 157	18 618	.	.	20 324	18 760
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 134	1 291	1 413	1 380
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	93,0	93,0	91,4	94,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	8,6	9,5	10,0	10,2
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	10 836	10 365	10 113	11 190
dav. lose	"	3 528	1 925	1 773	1 588	1 724	2 073
in Flaschen	"	142	142	—	—	—	603
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	8 400	8 156	8 389	8 063
mit abwechl. Fettgehalt (H-Milch)	"	—	148	176	170	201 <sup>3)</sup>	124
Ultra-hocherhitzte Milch	"	—	391	487	451	945	330
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	366	334	375	363
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	7,2	5,8	7,1	8,6
Kälber	"	2,6	1,3	0,7	1,1	1,1	1,8
Schweine	"	47,0	35,1	32,4	31,4	35,2	39,0
Schafe	"	2,7	0,8	0,7	0,6	0,8	0,7
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	6,2	5,0	5,5	7,8
Kälber	"	2,5	1,2	0,7	1,0	1,0	1,7
Schweine <sup>4)</sup>	"	49,6	36,1	34,2	32,6	36,1	38,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	"	6 229	5 355	5 241	4 640	5 386	6 037
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 701	1 652	1 368	1 523	2 040
Kälber	t	187	114	60	87	82	147
Schweine	"	4 318	3 511	3 499	3 161	3 744	3 818

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereren. — <sup>5)</sup> einschließlich 3 t „Fettarme Trinkmilch“ (Frismilch = 1,5%).

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 403	1 144	1 136	1 425
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	196	195	195	200
dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	-	152	123	121	122	120	125
Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	-	24 859	18 971	19 710	17 897	19 002	19 474
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	215	190	184	167
Gehälter (Bruttosumme)	-	75	153	191	173	155	141
Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	4	4	4	4	7
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 852	2 958	3 251	3 360
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	-	48 231	52 635	60 696	68 047	48 687
Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	66	71	74	84
Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	189	182	194	175
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	16	13	15	15	15	11
Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 713	1 788	1 932	1 730	1 614
dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	-	155	247	239	321	255	236
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	134,9	136,8	119,3 p	122,8
Verarbeitende Industrie	-	109,0	121,9	131,0	135,1	116,0 p	120,4
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	-	108,9	135,6	149,4	148,3	134,0 p	129,9
Investitionsgüterindustrie	-	110,0	126,7	135,4	160,1	116,8 p	133,2
Verbrauchsgüterindustrie	-	111,3	107,0	114,3	121,2	99,4 p	94,6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-	107,3	106,2	110,5	105,6	99,4 p	105,3
Bauindustrie	-	103,7	131,9	143,3	120,0	121,6 p	82,9
<b>Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 713	1 788	1 932	1 730	1 614
dar. Chemische Industrie	-	215	280	309	305	303	257
Elektroindustrie	-	101	155	148	139	182	167
Maschinenbau	-	143	223	237	278	227	194
	-	83	136	138	197	105	128
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	13	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	778	743	709	841
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	64	72	78	94
Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup>							
		1965	1972	2. Vj. 1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	4. Vj. 1971
<b>3. Handwerk (Meßziffern) <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	...	82,8	82,6	82,0	85,2
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	...	174,9	181,0	232,3	212,9
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	...	171,1	180,4	239,0	216,3
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	44 609	45 189	44 360	43 175
dar. Inhaber	-	1 365	1 256	1 250	1 240	1 261	1 296
Angestellte	-	4 684	5 898	5 992	6 150	6 220	5 794
Arbeiter <sup>10)</sup>	-	43 102	37 035	37 367	37 799	36 879	36 085
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	6 566	5 460	5 685	3 918
dav. für Wohnungsbauten	-	2 216	2 030	2 103	1 723	1 748	1 149
gewerblich und Industr. Bauten	-	1 673	2 064	2 380	2 019	2 090	1 350
öffentliche und Verkehrsbaute	-	2 939	2 015	2 083	1 718	1 847	1 419
Löhne (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	Mio DM	46,3	78,9	86,2	78,6	114,6	44,5
Gehälter (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	-	5,9	14,3	19,0	18,7	14,1	11,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	126,2	220,3	271,0	455,9	152,8	125,3
dav. im Wohnungsbau	-	42,2	73,1	87,0	148,1	36,1	42,2
gewerblich und Industr. Bau	-	31,0	73,8	96,0	165,9	69,4	27,4
öffentlichen und Verkehrsbau	-	53,0	73,4	88,0	141,8	41,9	55,7
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175 p	169	237	158	206
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	-	94 p	103	113	72	96
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440 p	355	656	476	470
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5 p	60,1	119,4	87,8	85,3
Wohnfläche	1 000 qm	95	93 p	78	140	103	97
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	84	65 p	54	73	57	70
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	605 p	413	457	316	799
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6 p	50,8	104,8	43,2	183,6
Nutzfläche	1 000 qm	73	107 p	87	79	69	134
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253 p	1 032	1 799	1 499	1 280

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	158	160	227	143	104
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	423	382	672	396	328
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	75,3	127,0	73,6	51,7
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	51	117	48	56
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	636	263	702	416	142
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	29,7	132,4	67,5	16,8
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 140	1 237	1 130	2 042	1 312	981
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176 p	222	789	109	94
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92 p	107	369	79	55
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	426 p	604	2 140	169	218
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,8 p	99,0	346,3	31,5	33,5
Wohnfläche	1 000 qm	96	89 p	127	456	36	45
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	66 p	60	295	46	36
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	434 p	232	2 129	777	214
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,2 p	21,5	271,9	117,7	13,1
Nutzfläche	1 000 qm	69	79 p	52	370	94	26
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 438	1 239 p	1 744	6 465	471	678
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)		968	658 p	756	3 437	158	294
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert							
<b>5. Bauüberhang</b>							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651 p	19 800	15 300	16 500 p	15 700
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		7 138	2 922 p	4 200	4 000	3 100 p	4 100
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	186	187	187 p	185
Wohnungen		638	724	718	724	725 p	711
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 705	2 682	2 705	2 706 p	2 657
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	255	264	...	160
dar. Warenhäuser		130	292	365	436	...	259
Facheinzelhandel		120	165	184	227	...	141
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	..	..	..	..	..	..
dav. Unternehmen des Außenhandels		..	..	..	..	..	..
Unternehmen des Binnengroßhandels		..	..	..	..	..	..
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	..	..	..	..	..
Lieferungen Hamburgs		140 188	..	..	..	..	..
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	329	295	405	...	333
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft		17	33	31	38	...	32
Gewerblichen Wirtschaft		195	296	264	367	...	301
dav. Rohstoffe		2	2	3	2	...	2
Halbwaren		50	58	48	100	...	54
Fertigwaren		143	236	213	265	...	245
dav. Vorerzeugnisse		9	21	20	24	...	18
Enderzeugnisse		134	215	193	241	...	227
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa		152	237	192	305	...	211
dar. EWG-Länder		65	98	73	149	...	111
EFTA-Länder		87	99	82	109	...	73

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. - \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. - \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. - \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	"	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	116	107	84	...	85
• dar. von Auslandsgästen	"	42	40	34	26	...	22
• Fremdenübernachtungen	"	232	223	210	162	...	175
• dar. von Auslandsgästen	"	90	75	67	51	...	44
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 577 p	1 423 r	1 458 p	1 400 p	1 392
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 633 p	1 498 r	1 380 p	1 569 p	1 412
Abgegangene Schiffe	"	-	-	-	-	-	-
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 842 p	3 947 r	4 335 p	4 217 p	4 235
dav. Empfang	"	2 229	2 953 p	3 022 r	3 272 p	3 192 p	3 388
dav. Massengut	"	1 634	2 348 p	2 400 r	2 680 p	2 534 p	2 764
dar. Mineralöle	"	968	1 389 p	1 556 r	1 469 p	1 476 p	1 570
Kohle	"	192	170 p	146 r	141 p	186 p	226
Getreide	"	180	255 p	217 r	358 p	371 p	579
Sack- und Stückgut	"	595	605 p	622 r	592 p	658 p	624
Versand	"	713	889 p	925 r	1 063 p	1 025 p	847
dav. Massengut	"	292	401 p	400 r	532 p	498 p	395
Sack- und Stückgut	"	421	488 p	525 r	531 p	527 p	452
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
• Gütereingang	1 000 t	340	381 p	406	352	187	177
• Gütersend	"	309	424 p	457	479	304	366
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 022 p	2 486 p	2 469 p	2 424 p	2 623
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	3 022 p	2 486 p	2 469 p	2 424 p	2 601
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	143,4 p	118,5 p	106,2 p	107,2 p	114,0
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	143,0 p	117,2 p	114,7 p	105,7 p	114,9
Angekommene Fracht	t	578	1 276 p	1 836 p	1 435 p	1 109 p	1 081
Abgegangene Fracht	"	587	1 065 p	1 068 p	938 p	797 p	964
Angekommene Post	"	185	346 p	350 p	437 p	334 p	272
Abgegangene Post	"	229	370 p	424 p	457 p	362 p	334
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	11 742 r	11 823	...	11 908
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 714	16 273 r	16 319	...	16 222
Straßenbahn	"	9 438	9 946	4 420 r	4 335	...	4 635
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	13 963	14 976 r	14 884	...	13 927
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 568	2 686 r	2 624	...	2 679
Private Kraftomnibusse	"	301	278	212 r	202	...	175
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	1 000	352,2	480,7	480,3	480,7	481,0	479,9
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	"	310,8	432,6	432,4	432,6	432,8	433,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	5 944	5 399	4 190	...	4 835
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	"	4 632	5 409	4 853	3 697	...	4 376
Lastkraftwagen	"	362	414	472	396	...	385
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
• Unfälle mit Personenschaden <sup>4)</sup>	Anzahl	859	1 064	1 234	1 026	953	921
• Getötete Personen	"	26	29	45	40	25	38
• Verletzte Personen	"	1 108	1 428	1 586	1 395	1 280	1 232

<sup>1)</sup> ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Transitt. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	33 438,7	34 824,1	34 873,9	30 386,8
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 084,9	10 537,1	11 214,9	10 840,0	9 647,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	9 935,1	10 373,3	11 043,7	10 686,6	9 524,1
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	"	.	4 905,0	5 224,9	5 513,6	5 522,3	4 639,3
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	4 510,4	4 775,4	5 067,9	5 068,0	4 282,5
Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	"	.	17 004,4	17 676,7	18 095,6	18 511,6	16 099,7
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	15 130,5	15 763,0	16 195,1	16 556,1	14 311,9
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	666,4	677,4	675,5	821,1	663,1
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	21 033,4	22 160,8	23 258,7	22 930,2	19 706,8
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	11 939,4	12 868,7	13 575,1	13 251,4	10 948,7
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 492,8	11 394,7	12 064,2	11 674,8	9 589,3
Spareinlagen	"	.	4 069,9	9 094,0	9 683,6	9 678,8	8 758,1
dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	5 970,0	6 069,3	6 349,5	5 822,7
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	538,9	488,9	545,7	724,0
Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	492,3	467,6	570,3	696,9
Zinsgutschriften	"	.	12,9	36,5	2,1	415,6	4,0
Zinslastschriften	"	.	.	.	.	.	5,7
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	16	13	14	26
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	688	699	701	708
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 150	2 978	3 185	1 861
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>4)</sup></b>	Anzahl	20 563	24 087	26 454	26 226	21 602	20 474
Anträge auf Erlass eines Zahlungsbefehls	"	3 058	3 191	3 468	2 964	3 547	2 922
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 435	1 364	1 120	1 488	1 506
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	353	464	465	405	454	518
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>5)</sup></b>	Anzahl	162	154	153	155	155	151
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 763	5 789	5 793	5 444
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	5 761	5 866	5 880	5 481
Gesellschaften m.b.H.	Mio DM	2 962	5 092	5 081	5 079	5 092	5 100
Stammkapital							
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM	.	695 916	618 649	1 102 140	829 470	716 975
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	403 928	289 383	739 388	465 275	380 681
dav. Lohnsteuer	"	89 007	253 391	253 068	385 560	311 933	270 553
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	86 357	12 806	230 313	60 159	21 004
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	21 053	6 522	7 918	86 657	87 286
Körperschaftsteuer	"	36 706	43 128	16 987	115 598	6 526	1 837
Steuern vom Umsatz	"	82 827	291 987	329 266	362 751	364 195	336 295
dav. Umsatzsteuer	"	.	174 696	185 559	230 526	240 184	213 823
Einfuhrumsatzsteuer	"	.	117 291	143 707	132 225	124 031	122 472
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	777 122	962 123	601 271	604 344
dar. Zölle	"	45 078	57 880	65 652	63 103	60 373	51 580
Verbrauchssteuern	"	358 150	639 003	688 152	863 576	517 586	530 133
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	538 007	570 073	706 419	461 458	460 197
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	69 086	33 204	36 704	41 293
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 502	45 223	5 121	6 887	4 801
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 130	10 592	16 383	15 737	13 053
Biersteuer	"	2 430	3 327	3 395	3 651	3 163	3 297
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	193 444	18 123	...	...
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	58 771	168 197	16 306	16 035	8 721
Grundsteuer A	"	73	91	391	53	...	...
Grundsteuer B	"	5 134	9 106	25 752	919	...	...
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 151 409	1 558 678	1 044 588	1 009 681
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>	1 000 DM	157 752	242 489	243 741	477 073	...	...
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6)</sup>	"	122 235	153 387	124 571	325 327	...	...
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	35 415	15 900	84 359	...	...
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	11 245	34 184	34 184	—	—
Außerdem:	"	.	.	.	.	...	...
Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	58 227	125 076	— 50 244	...	...
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>7)</sup>	"	.	40 966	37 222	86 222	...	...
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	341 681	408 040	513 051	...	...

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1972	August 1972	November 1972	November 1971
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	182,7	185,3	187,3	172,0
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	182,9	185,6	187,7	171,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	182,4	185,1	186,9	172,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	182,2	184,5	186,4	171,8
Bürogebäude	"	112,2	180,1	180,4	182,3	184,0	170,4
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	180,4	182,6	183,8	173,7
				Januar 1972	April 1972	Juli 1972	Juli 1971
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	...	373	388	397	367
• weibliche Arbeiter	"	140	...	236	241	247	227
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	...	8,52	8,72	9,01	8,16
• weibliche Arbeiter	"	3,32	...	5,75	5,87	6,04	5,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	...	43,8	44,5	44,1	44,9
• weibliche Arbeiter	"	42,2	...	41,0	41,1	40,9	41,0
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	...	40,3	39,8	35,8	36,5
• weibliche Arbeiter	"	37,2	...	37,8	36,7	32,0	31,6
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	...	1 848	1 875	1 919	1 741
• weiblich	"	747	...	1 330	1 353	1 394	1 257
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	...	1 974	1 998	2 054	1 879
• weiblich	"	748	...	1 322	1 343	1 389	1 271
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	...	1 716	1 743	1 787	1 646
• weiblich	"	688	...	1 201	1 230	1 284	1 157
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	...	1 748	1 776	1 820	1 670
• weiblich	"	688	...	1 234	1 261	1 297	1 183
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 178	...	1 970	1 989	2 044	1 879
• weiblich	"	838	...	1 477	1 463	1 515	1 414
				November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	417	710	...	508
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	87	107	108	133	...	113
bekämpfte Brände	"	221	384	309	577	...	395
dav. Großbrände	"	9	16	9	16	...	12
Mittelbrände	"	28	46	27	52	...	38
Kleinbrände	"	98	178	138	278	...	187
Entstehungsbrände	"	80	135	122	216	...	136
Schornsteinbrände	"	6	9	13	15	...	22
Hilfeleistungen aller Art	"	.	951	2 505 <sup>3)</sup>	835	...	602
Rettungswageneinsätze	"	.	12 039	12 614	12 720	...	12 947
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 741	1 737	1 836	...	1 677
Betriebsunfälle	"	544	436	447	450	...	387
Krankentransporte	"	.	2 882	2 816	2 711	...	3 169
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	.	13 481	15 536	14 265	...	14 057
Außerdem:	"	.	.	.	.	.	.
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	.	150	478 <sup>4)</sup>	136	...	128
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	12 353	11 037	11 488	10 298
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	9	7	14	5
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	217	196	186	171
Körperverletzung <sup>5)</sup>	"	91	143	167	148	180	142
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	98	126	134	126
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	4 105	3 544	3 715	3 535
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	3 943	3 530	3 583	2 818
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	8 048	7 074	7 298	6 353
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	.	.	.	.	.	.
diebstahl	"	180	273	220	275	283	267
Unterschlagung	"	203	143	159	142	164	149
Begünstigung und Hehlererei	"	85	73	59	89	78	67
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 237	1 231	940	1 046
Brandstiftung	"	33	38	35	41	43	29
Außerdem:	"	.	.	.	.	.	.
Verkehrsvergehen <sup>6)</sup>	"	778	1 471	1 517	1 359	1 421	1 290
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>7)</sup>	"	8 929	26 571	29 743	28 444	13 747 <sup>8)</sup>	22 934
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	419	481	478	592
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>9)</sup>	"	31 317	30 393	32 415	31 222	27 690	28 550

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Gebührenpflichtige Verwarnungen. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> diese erhöhte Zahl ergibt sich infolge der Sturmschäden am 13. 11. 1972.

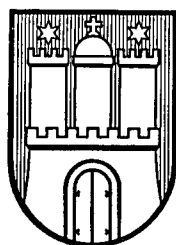
# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Oktober 1972	November 1972	Dezember 1972	Dezember 1971
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	61 489,4
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	...	...	...	6,6
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	...	...	...	11,9
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	...	...	...	13,6
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	...	8 351	8 357	...	8 426
Geleistete Arbeitsstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	...	988	980	...	938
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	...	54 804	54 281	...	48 977
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	...	10 922	11 027	...	9 718
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energieu.)	1962=100	118,2	...	174,8	185,7	178,1	151,4
Verarbeitende Industrie	"	119,1	...	177,2	188,5	179,9	152,6
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	...	200,2	207,1	194,1	167,5
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	...	167,2	182,6	181,2	143,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	...	173,2	183,8	175,7	150,7
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	115,2	...	160,1	169,7	149,7	147,9
Bauindustrie	"	118,9	...	175,0	168,3	142,9	117,0
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>	1 000	1 642,6	...	1 550	...	...	1 500
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	247,2	...	...	186,7
Geleistete Arbeitsstunden							
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	6 974	...	...	9 330
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	70 899	64 133	57 813	54 646 r
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	...	52 581	51 784	...	220 296 r
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	215	228	264	248
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	...	...	...	...	198
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	...	11 953	...	...	12 019
dav. Empfang	"	6 950	...	9 755	...	...	9 566
Versand	"	1 885	...	2 198	...	...	2 453
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	205 210	171 112	138 719	117 857
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 502 p	33 518 p	31 954 p	30 394 p	30 657
Getötete Personen	"	1 313	1 561 p	1 658 p	1 666 p	1 688 p	1 781
Verletzte Personen	"	36 124	43 948 p	45 902 p	43 238 p	41 591 p	42 127
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148 p	4 495	4 399 p	6 291 p	5 240
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928 p	715	441 p	5 649 p	4 676
Körperschaftsteuer	"	681	708 p	240	128 p	2 349 p	1 749
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915 p	3 978	4 318 p	4 329 p	4 004
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	117,5	117,8	118,2	113,3
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	...	108,7	110,1	112,7	104,4
Index der Ausfuhrpreise	"	104,8	...	125,6	125,9	126,3	121,6
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	...	...	141,2	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	140,6	133,9	141,8	133,1
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	130,2	133,3	191,9	134,8	124,6
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	191,1	177,1	192,2	182,2
<b>LOHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	7,77	7,97	...	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,8	43,8	...	44,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.

# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

April-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Erhebliche Zunahme des Außenhandelsverkehrs mit Großbritannien

Der Außenhandelsverkehr der Bundesrepublik Deutschland über den Hamburger Hafen mit Großbritannien belief sich im Jahr 1972 auf 1,36 Mrd DM und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 16%. Dies war jedoch allein auf die seewärtige Ausfuhr zurückzuführen. Während die Einfuhr von 580 Mio DM auf rd. 523 Mio DM zurückging (-10%), konnten die Exporte um nicht weniger als 243 Mio DM auf 834 Mio DM (+41%) gesteigert werden, wovon allein 96% der Ausfuhren auf Waren der gewerblichen Wirtschaft entfielen. Die wichtigste Warengruppe bildeten dabei Wasserfahrzeuge mit einem Exportwert von 224 Mio DM. Hinter dieser Position verbirgt sich eine im Vergleich zum Vorjahr stark gestiegene Ablieferung von Schiffsneubauten deutscher Werften. Daneben spielten sowohl in der Einfuhr als auch in der Ausfuhr Maschinen, Mineralöle, Kupfer, elektrotechnische und chemische Erzeugnisse sowie Eisenwaren eine erhebliche Rolle.

### Leichte Abschwächung der Verdienstzunahmen

Im Jahre 1972 betragen die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Industriearbeiter 8,90 DM, diejenigen der weiblichen 5,97 DM. Sie lagen um 0,82 DM bzw. um 0,53 DM oder um jeweils etwa 10% höher als 1971.

Im Durchschnitt wurden in der Leistungsgruppe 3 („Ungelernte“) bei den Männern rd. 80%, bei den Frauen rd. 82% und in der Leistungsgruppe 2 („Angelernte“) rd. 87% bzw. rd. 90% der Verdienste der Beschäftigten in der höchsten Leistungsgruppe 1 erzielt. Durch die unterschiedliche Entwicklung der Wochenarbeitszeit – bei den Arbeitern lag sie um 0,7 Std. niedriger und bei den Arbeiterinnen um 0,7 Std. höher als im Vorjahr – war die Zunahme der Wochenverdienste bei den Männern (+8,5%) geringer und bei den Frauen (+10,9%) größer als diejenige der Stundenverdienste.

Die Bruttomonatsverdienste in den Bereichen Industrie, Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe erhöhten sich im Jahre 1972 im Durchschnitt aller Leistungsgruppen bei den männlichen Angestellten auf 1 863 DM (+9,1%) und bei den weiblichen auf 1 296 DM (+9,7%).

Im Vergleich zum Vorjahr schwächten sich die Zuwachsraten der Verdienste weiter ab, und zwar bei den Angestellten stärker als bei den Arbeitern.

### Das Handwerk in Hamburg auch 1972 relativ stabil

Der Gesamtumsatz im hamburgischen Handwerk erreichte 1972 fast 5 Milliarden DM und lag damit nominal um 8,3% über dem des Vorjahres. Wenn auch diese Zuwachsrate,

real gesehen, infolge der Preissteigerungen im Berichtsjahr merklich niedriger sein dürfte, so kann dennoch die entsprechende Gesamtentwicklung im Handwerk als stabil bezeichnet werden.

Den höchsten Umsatzanstieg hatten im Vergleichszeitraum die Bau- und Ausbauhandwerke mit +11,9% zu verzeichnen. Diese Handwerksgruppe konnte allein ein Drittel des Gesamtumsatzes in Hamburg für sich verbuchen. Einen noch etwas stärkeren Umsatzanteil wiesen mit 1,75 Mrd DM die metallverarbeitenden Handwerke aus, bei einer Zunahme gegenüber 1971 von 9,5%. Der in diesem Handwerksbereich verhältnismäßig hohe Handelsumsatz entwickelte sich dabei wesentlich günstiger als der reine Handwerksumsatz, welcher nur um 7,3% anstieg.

Die Zahl der Beschäftigten, von 1970 auf 1971 bereits um 0,5% leicht rückläufig, verringerte sich 1972 merklicher (-3,3%) und sank hierdurch erstmalig unter die 90 000-Personen-Grenze. Auf das Bau- und Ausbauhandwerk entfiel ein Rückgang von rd. 2 200 Personen (-6,7%). Hierbei dürfte der allgemein bekannte Nachwuchsmangel bei gleichzeitiger Überalterung in den betreffenden Handwerkszweigen und den hierdurch eingetretenen starken Abgängen von Rentnern eine wesentliche Rolle spielen.

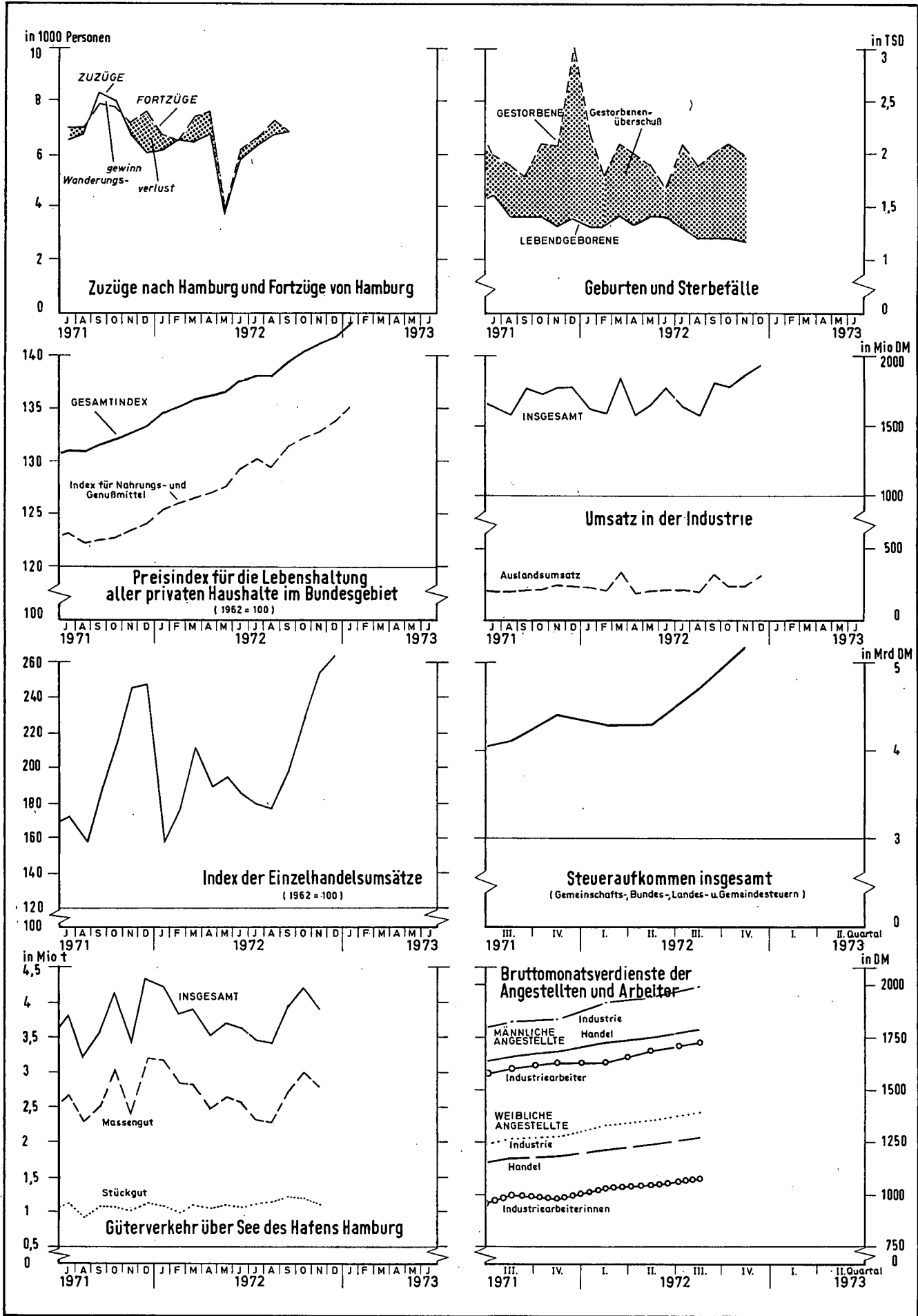
### 265 000 dz Äpfel aus Hamburgs Obstgarten

Hamburgs Obstgarten, die „3. Meile“ des Alten Landes und Finkenwerder, hat auch im vergangenen Erntejahr seinen Anteil an der Versorgung Hamburgs mit Obst geliefert. Allerdings erbrachte das Jahr 1972 nur eine „durchschnittliche Ernte“; dies lag daran, daß zum einen strichweise eingefallene Nachtfröste während der Blütezeit den Ertrag minderten, zum anderen Jungpflanzungen nicht den erhofften Behang hatten. Die für das Erntejahr 1972 ermittelte Apfelernte betrug rd. 265 000 dz. Den größten Anteil daran hat der „Golden Delicious“ mit rd. 73 000 dz (27,5%), doch auch die Sorten „Finkenwerder Herbstprinz“ mit rd. 57 000 dz, „Ingrid Marie“ mit rd. 55 000 dz und „Cox Orange“ mit rd. 49 000 dz sind noch mit bedeutenden Anteilen vertreten.

Von der Gesamtmenge wurden nahezu vier Fünftel als Eßobst verwertet und rund ein Fünftel an das verarbeitende Gewerbe abgegeben; der Eigenverbrauch betrug 2,5%.

Die Neuzüchtungen „Jamba“ – Frühsorte – und „Gloster“ – Spätsorte – brachten im Erntejahr 1972 erstmals nennenswerte Erträge. Für die Einführung dieser neuen Sorten war ein besonderer Vermarktungsweg gewählt worden. Da die Qualität in Größe, Ausfärbung und Geschmack überzeugte, fanden beide Sorten eine freundliche Aufnahme. Ihr Anbau wird darum ausgeweitet. In Fachkreisen glaubt man, mit diesen Qualitätssorten, die zudem zunächst nur in der Bundesrepublik vermehrt und gepflanzt werden dürfen, verlorengegangene Anteile an der Marktversorgung mit Äpfeln wieder wettzumachen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen und seiner Komponenten in den norddeutschen Ländern 1961 bis 1970

*Ein Vergleich des Einflusses der wichtigsten Komponenten auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 1961 auf 1970 in den norddeutschen Ländern zeigt, daß Hamburg*

- in der Entwicklung des BIP in konstanten Preisen mit einer Zunahme um 46% den Durchschnitt der norddeutschen Länder leicht übertraf, jedoch den Bundesdurchschnitt von 53% nicht erreichen konnte,*
- in der Entwicklung des BIP in jeweiligen Preisen dagegen – wegen der mit einer Zunahme um 29% erheblich unter dem Bundesdurchschnitt von 35% liegenden Preiskomponente – mit 89% auch eine entsprechend niedrigere Rate im Vergleich mit den 106% des Bundes erreichte, und*
- die nicht ungünstige Entwicklung des realen BIP wegen des Beschäftigtenrückgangs ausschließlich durch eine starke Steigerung der Produktivität je Beschäftigten erzielte, die trotz des hohen Ausgangsniveaus mit einer Zunahme um 50% knapp unter dem Bundesdurchschnitt von 51% lag.*

*Während in jeweiligen Preisen, infolge der in Hamburg relativ geringen Preisentwicklung im Produzierenden Gewerbe, der Anteil des sekundären Sektors in Hamburg zugunsten des tertiären von 48,0 auf 42,5% zurückging, konnte er mengenmäßig – bei Außerachtlassung der Preiskomponente (BIP in konstanten Preisen) – seinen Anteil von 47,1 auf 48,2% steigern.*

*Vom Leistungsniveau her gesehen (reales BIP je Beschäftigten) übertraf Hamburg den Bundesdurchschnitt 1961 um 37% und 1970 um 36%, absolut nahm das reale BIP je Beschäftigten in Hamburg in diesem Zeitraum in allen Bereichen stärker zu als in den verglichenen Gebieten, und zwar insgesamt um rd. 9 000 DM gegenüber 6 700 DM im Bundesgebiet und 6 300 DM in Schleswig-Holstein.*

## Inhalt

1. Einleitung
2. Einfluß der Preisentwicklung auf Veränderungen der Wirtschaftsstruktur
  - 2.1 Wertmäßige Entwicklung
  - 2.2 Mengenmäßige Entwicklung
3. Der Einfluß der bestimmenden Komponenten auf die Wirtschaftsentwicklung in den norddeutschen Ländern
  - 3.1 Insgesamt
  - 3.2 Produzierendes Gewerbe
  - 3.3 Handel und Verkehr
  - 3.4 Übrige Dienstleistungen
4. Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts je Beschäftigten

## 1. Einleitung

Nachdem in der vorausgegangenen Veröffentlichung von Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>1)</sup> versucht worden war, die wirtschaftliche Entwicklung in Hamburg – über die Darstellung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen hinaus durch Daten über den Bruttoproduktionswert und das Nettoinlandsprodukt transparenter zu machen, soll nunmehr – nach Vorliegen der Ergebnisse der Arbeitsstätten- bzw. Berufszählung 1970 und neuer Werte für das Bruttoinlandsprodukt 1970 in jeweiligen und konstanten Preisen nach Bereichen – die Entwicklung des BIP in Hamburg und den übrigen norddeutschen Ländern im Zeitraum 1961/70 in seine Komponenten zerlegt und analysiert werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes kann resultieren

- a) aus der mengenmäßigen Veränderung der wirtschaftlichen Leistung (Entwicklung des BIP in konstanten Preisen), verursacht durch
  - aa) die mengenmäßige Veränderung des Produktionsfaktors Arbeit (mehr oder weniger Beschäftigte)<sup>2)</sup> und
  - bb) die Veränderung der Produktivität (BIP in konstanten Preisen je Beschäftigten) durch Rationalisierung bzw. durch verstärkten Einsatz des Produktionsfaktors Kapital überhaupt, sowie
- b) aus der preisbedingten Veränderung der wirtschaftlichen Leistung (ermittelt nach dem Preisindex von Paasche)<sup>3)</sup>.

## 2. Einfluß der Preisentwicklung auf Veränderungen der Wirtschaftsstruktur

Bevor auf die engeren Zusammenhänge zwischen den die Wirtschaftsentwicklung bestimmenden Kompo-

<sup>1)</sup> „Hamburg in Zahlen“, November-Heft 1972, S. 404 ff.  
<sup>2)</sup> Änderungen in der geleisteten Arbeitszeit sollen hier nicht berücksichtigt werden.  
<sup>3)</sup> vgl. „Preisindizes in der Sozialproduktberechnung“ in „Wirtschaft und Statistik“, Jahrgang 1963, Heft 1, S. 15 ff.

Schaubild 1

Die Entwicklung des nominalen und realen BIP und des realen BIP je Beschäftigten in Hamburg und im Bundesgebiet 1961 auf 1970  
 1961 = 100

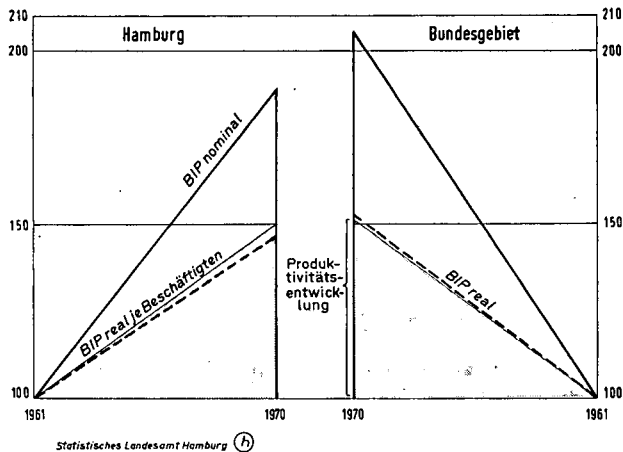
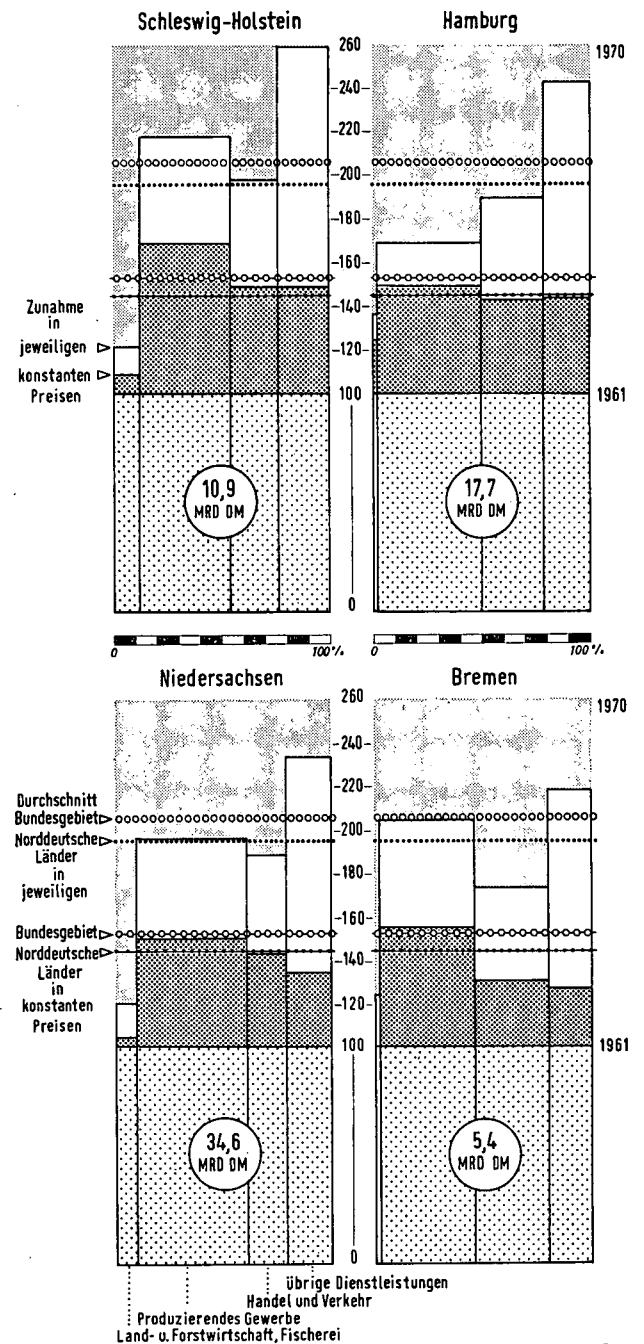


Schaubild 2

Die Anteile der Wirtschaftsbereiche am BIP 1961 und deren nominale und reale Veränderungen in den norddeutschen Ländern von 1961 auf 1970



Statistisches Landesamt Hamburg (b)

nenten eingegangen wird, soll vorab der Einfluß des Preisfaktors auf die Entwicklung der Wirtschaftsbereiche untersucht werden. In der nominalen Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum 1961/1970 blieben die norddeutschen Länder mit 95 % um 11 Punkte, in der realen Entwicklung mit 46 % jedoch um 7 Punkte hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Die Preisveränderung blieb in den norddeutschen Ländern mit 34 % etwas hinter der des Bundesgebietes (35 %) zurück, wofür eine wesentliche Ursache in der für Hamburg festzustellenden extrem niedrigen Preisrate (29 %) zu sehen ist. Bei einer vergleichsweise geringeren realen Zunahme des Brutto-

inlandsprodukts in den norddeutschen Ländern war der Preisanteil an der Gesamtzuwachsrate in den norddeutschen Ländern etwas höher als im Bundesgebiet. Hieran konnte auch die für Hamburg festzustellende, extrem niedrige Preisrate nichts ändern. Eine Erklärung mag in erster Linie in dem in strukturbedingt größeren Anteil der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und Mineralölindustrie in Hamburg zu suchen sein, die eine gegenüber anderen Bereichen unterdurchschnittliche Preisentwicklung aufzuweisen haben. Hier – im Produzierenden Gewerbe – beträgt nämlich die Preisentwicklung in Hamburg lediglich 13 % gegenüber gut 27 % im Bundesgebiet und 25 % in den norddeutschen Ländern. In den Bereichen Handel und Verkehr sowie Übrige Dienstleistungen zeigen sich derartig starke Abweichungen nicht. Vergleicht man die Bereiche untereinander, so zeigt sich, daß die Preisentwicklung im Bereich Übrige Dienstleistungen im Durchschnitt rd. 72 %, im Bereich Handel und Verkehr rd. 33 % und im Produzierenden Gewerbe – abgesehen von Hamburg – rd. 27 % betragen hat.

## 2.1 Wertmäßige Entwicklung

In allen Ländern trat in der Gesamtentwicklung eine Verschiebung der Anteile zu Ungunsten der Landwirtschaft ein, die auch in den Agrarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen 1970 nur noch 7,1 bzw. 6,0 % zum Bruttoinlandsprodukt betrug.

Abgesehen von Hamburg, wo der Anteil des Produzierenden Gewerbes rückläufig war, erhöhte sich der Anteil dieses Bereichs – wenn auch zum Teil minimal – in den übrigen norddeutschen Ländern. Insgesamt gesehen hat der Anteil des Produzierenden Gewerbes am BIP in Norddeutschland jedoch – ebenso wie beim Bund – abgenommen.

Auch für den Bereich Handel und Verkehr ist in allen norddeutschen Ländern in Übereinstimmung mit der Entwicklung im Bundesgebiet ein relativer Rückgang festzustellen.

Der Bereich Übrige Dienstleistungen konnte als einziger seinen Anteil in den norddeutschen Ländern

Tabelle 1

Die Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in den norddeutschen Ländern und im Bundesgebiet 1961 und 1970  
– in jeweiligen Preisen –

Länder	Insgesamt		Davon							
			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>a) in Millionen DM</b>										
Schleswig-Holstein	10 898	22 878	1 334	1 633	4 615	10 078	2 332	4 609	2 617	6 783
Hamburg .....	17 691	33 483	155	213	8 496	14 382	5 153	9 789	3 887	9 450
Niedersachsen ....	34 575	67 030	3 385	4 085	17 607	34 657	6 299	11 914	7 284	17 050
Bremen .....	5 426	10 518	88	110	2 390	4 889	1 830	3 180	1 119	2 448
Norddeutsche Länder insgesamt	68 590	133 909	4 962	6 041	33 108	64 006	15 614	29 492	14 907	35 731
Bundesgebiet .....	333 450	686 960	17 480	21 530	182 050	375 130	64 170	124 840	69 750	172 460
<b>b) Anteile der Bereiche an der Summe der Bereiche</b>										
Schleswig-Holstein	100	100	12,2	7,1	42,3	43,6	21,4	19,9	24,0	29,4
Hamburg .....	100	100	0,9	0,6	48,0	42,5	29,1	28,9	22,0	27,9
Niedersachsen ....	100	100	9,8	6,0	50,9	51,2	18,2	17,6	21,1	25,2
Bremen .....	100	100	1,6	1,0	44,0	46,0	33,7	29,9	20,6	23,0
Norddeutsche Länder insgesamt	100	100	7,2	4,5	48,3	47,3	22,8	21,8	21,7	26,4
Bundesgebiet .....	100	100	5,2	3,1	54,6	54,1	19,2	18,0	20,9	24,9
<b>c) Anteile der Länder am Bundesgebiet</b>										
Schleswig-Holstein	3,3	3,3	7,6	7,6	2,5	2,7	3,6	3,7	3,8	3,9
Hamburg .....	5,3	4,9	0,9	1,0	4,7	3,8	8,0	7,8	5,6	5,5
Niedersachsen ....	10,4	9,8	19,4	19,0	9,7	9,2	9,8	9,5	10,4	9,9
Bremen .....	1,6	1,5	0,5	0,5	1,3	1,3	2,9	2,5	1,6	1,4
Norddeutsche Länder insgesamt	20,6	19,5	28,4	28,1	18,2	17,1	24,3	23,6	21,4	20,7
Bundesgebiet .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>d) Maßzahlen (1961 = 100)</b>										
Schleswig-Holstein	100	210	100	122	100	218	100	198	100	259
Hamburg .....	100	189	100	137	100	169	100	190	100	243
Niedersachsen ....	100	194	100	121	100	197	100	189	100	234
Bremen .....	100	194	100	125	100	205	100	174	100	219
Norddeutsche Länder insgesamt	100	195	100	122	100	193	100	189	100	240
Bundesgebiet .....	100	206	100	123	100	206	100	195	100	247

Tabelle 2

**Die Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen  
in den norddeutschen Ländern und im Bundesgebiet 1961 und 1970**  
— in konstanten Preisen —

Länder	Insgesamt		Davon							
			Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>a) in Millionen DM</b>										
Schleswig-Holstein	11 419	17 438	1 432	1 565	4 783	8 102	2 470	3 682	2 735	4 088
Hamburg .....	18 356	26 814	185	231	8 650	12 924	5 451	7 782	4 069	5 876
Niedersachsen ....	36 066	51 166	3 557	3 726	18 243	27 595	6 648	9 542	7 618	10 303
Bremen .....	5 678	7 991	99	99	2 475	3 865	1 934	2 534	1 169	1 493
Norddeutsche Länder insgesamt	71 519	103 414	5 273	5 621	34 151	52 486	16 503	23 540	15 591	21 760
Bundesgebiet .....	347 060	530 590	18 350	20 630	188 010	304 860	67 770	99 780	72 930	105 320
<b>b) Anteile der Bereiche am Bruttoinlandsprodukt</b>										
Schleswig-Holstein	100	100	12,5	9,0	41,9	46,5	21,6	21,1	24,0	23,4
Hamburg .....	100	100	1,0	0,9	47,1	48,2	29,7	29,0	22,1	21,9
Niedersachsen ....	100	100	9,9	7,3	50,6	53,9	18,4	18,6	21,2	20,2
Bremen .....	100	100	1,7	1,2	43,6	48,4	34,1	31,7	20,6	18,7
Norddeutsche Länder insgesamt	100	100	7,4	5,4	47,8	50,8	23,1	22,8	21,8	21,0
Bundesgebiet .....	100	100	5,3	3,9	54,2	57,5	19,5	18,8	21,0	19,9
<b>c) Anteile der Länder am Bundesgebiet</b>										
Schleswig-Holstein	3,3	3,3	7,8	7,6	2,5	2,7	3,6	3,7	3,8	3,9
Hamburg .....	5,3	5,1	1,0	1,1	4,6	4,2	8,0	7,8	5,6	5,6
Niedersachsen ....	10,4	9,6	19,4	18,1	9,7	9,1	9,8	9,6	10,4	9,8
Bremen .....	1,6	1,5	0,5	0,5	1,3	1,3	2,9	2,5	1,6	1,4
Norddeutsche Länder insgesamt	20,6	19,5	28,7	27,2	18,2	17,2	24,4	23,6	21,4	20,7
Bundesgebiet .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>d) Maßzahlen (1961 = 100)</b>										
Schleswig-Holstein	100	153	100	109	100	169	100	149	100	149
Hamburg .....	100	146	100	125	100	149	100	143	100	144
Niedersachsen ....	100	142	100	105	100	151	100	144	100	135
Bremen .....	100	141	100	100	100	156	100	131	100	128
Norddeutsche Länder insgesamt	100	145	100	107	100	154	100	143	100	140
Bundesgebiet .....	100	153	100	112	100	162	100	147	100	144

(und im Bundesgebiet) erhöhen und hat in Schleswig-Holstein mit 29,4 % seinen höchsten Wert (Hamburg 27,9 %) zu verzeichnen.

## 2.2 Mengenmäßige Entwicklung

Berücksichtigt man die mengenmäßige Entwicklung, d. h. die Veränderung des Anteils der genannten Bereiche am realen BIP 1961 und 1970, so zeigt sich, daß das Produzierende Gewerbe in allen Ländern seinen Anteil nicht nur halten, sondern im Bundesgebiet auf 57,5 %, in den norddeutschen Ländern auf 50,8 % und in Hamburg auf 48,2 % ausbauen konnte, wogegen — abgesehen von Niedersachsen im Bereich Handel und Verkehr — die Anteile aller anderen Bereiche relativ abnahmen.

Dabei zeigt das Produzierende Gewerbe in Schleswig-Holstein in beiden Jahren den geringsten und die Landwirtschaft den höchsten Anteil am BIP unter

den norddeutschen Ländern, zugleich aber auch die weitaus stärkste Zunahme des Produzierenden Gewerbes unter den norddeutschen Ländern und im Vergleich zum Bundesgebiet, woraus sich eine gewisse Erklärung für die starke Verbesserung der Produktivität in Schleswig-Holstein (s. u.) ergibt. Wieweit die günstige Entwicklung auf eine Abwanderung ehemals in Hamburg ansässiger Betriebe oder auch darauf beruht, daß Neuansiedlungen statt in Hamburg sogleich im Umland vorgenommen werden, soll hier nicht untersucht werden.

## 3. Der Einfluß der bestimmenden Komponenten auf die Wirtschaftsentwicklung in den norddeutschen Ländern

### 3.1 Insgesamt

In der mengenmäßigen Entwicklung erreichte nur Schleswig-Holstein den Bundesdurchschnitt, wäh-



Tabelle 3

**Veränderung verschiedener Komponenten des Bruttoinlandsprodukts 1961/1970**

Wirtschaftsbereiche  
Insgesamt

Länder	Wertmäßige Entwicklung	Mengenmäßige Entwicklung	Preisentwicklung	Produktivitätsentwicklung
	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen	Veränderung des BIP in jeweil. Preisen; Veränd. d. BIP in konst. Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen; Zahl der Beschäftigten
	1	2	3	4
<b>Veränderung in %</b>				
Schleswig-Holstein ...	110	53	37	50
Hamburg .....	89	46	29	50
Niedersachsen .....	94	42	37	42
Bremen .....	94	41	38	39
Norddeutsche Länder .	95	45	34	45
Bundesgebiet .....	106	53	35	51

rend die mengenmäßige Zunahme des BIP in Hamburg noch über dem Durchschnitt der norddeutschen Länder lag. Gleichzeitig wiesen diese Länder jedoch stark divergierende Preisraten auf: während sie in Schleswig-Holstein 37% betrug, erreichte sie in Hamburg 29%. Damit lag Hamburg auch weit unter dem Bundesdurchschnitt von 35%. Berücksichtigt man jedoch auch die relativ geringere Mengenveränderung in den norddeutschen Ländern, so zeigt sich hier der Preiseinfluß (als Anteil an der Gesamtzuwachsrate) – abgesehen von Hamburg – als stärker als im Bundesgebiet. In der Entwicklung der Produktivität (BIP in konstanten Preisen je Beschäftigten) verfehlen Hamburg und Schleswig-Holstein knapp den Bundesdurchschnitt.

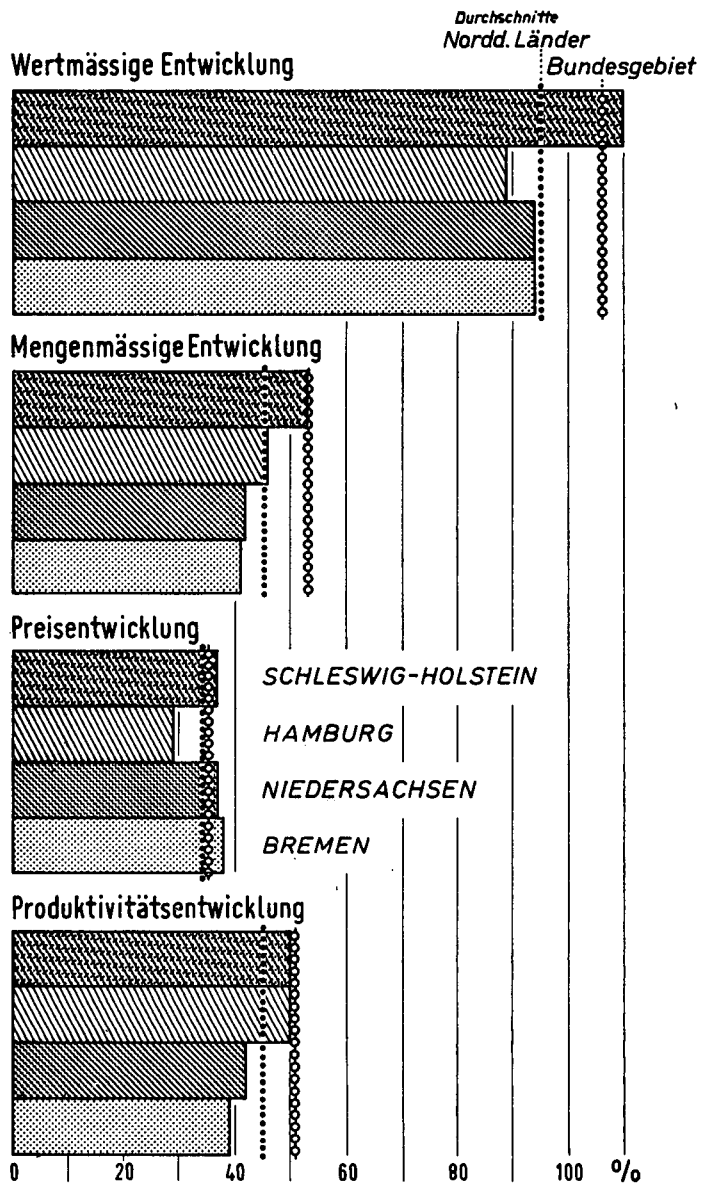
**3.2 Produzierendes Gewerbe**

Die bei der Gesamtbetrachtung feststellbare Differenzierung in der Länderentwicklung wird bei der Beachtung der Wirtschaftsbereiche sehr viel plastischer. In besonderem Maße gilt dies für das Produzierende Gewerbe. Wie nach der Gesamtbetrachtung zu erwarten, zeigt Schleswig-Holstein mengenmäßig mit 69% die relativ stärkste Entwicklung und übertrifft als einziges der norddeutschen Länder die Bundesentwicklung (62%). Bei der Preisveränderung fällt Hamburg mit einer Steigerung um 13% gegenüber 27% im Bundesdurchschnitt und 29% in Schleswig-Holstein auffallend aus dem Rahmen. Der Grund ist – wie gesagt – in der relativ großen Bedeutung der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und der Mineralölverarbeitung mit relativ niedrigen Preisraten für Hamburg zu suchen. Dementsprechend bleibt die Zunahme des BIP in jeweiligen Preisen gegenüber den anderen Gebieten deutlich zurück. Die stärkste Steigerung der Produktivität, bei – im übrigen – gleichzeitiger Abnahme der Beschäftigtenzahl<sup>4)</sup>, ist für die beiden Stadtstaaten zu verzeichnen. In den beiden Flächenländern, in den norddeutschen Ländern insge-

<sup>4)</sup> Beschäftigtenzahlen werden in diesem Beitrag nicht veröffentlicht.

Schaubild 3

**Die Entwicklung verschiedener Komponenten des BIP in den norddeutschen Ländern von 1961 auf 1970**  
– Veränderung in % –



(h)

Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 4

**Veränderung verschiedener Komponenten des Bruttoinlandsprodukts 1961/1970**  
Produzierendes Gewerbe

Länder	Wertmäßige Entwicklung	Mengenmäßige Entwicklung	Preisentwicklung	Produktivitätsentwicklung
	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen	Veränderung des BIP in jeweil. Preisen; Veränd. d. BIP in konst. Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen; Zahl der Beschäftigten
	1	2	3	4
<b>Veränderung in %</b>				
Schleswig-Holstein ...	118	69	29	61
Hamburg .....	69	49	13	78
Niedersachsen .....	97	51	30	42
Bremen .....	105	56	31	65
Norddeutsche Länder .	93	54	25	52
Bundesgebiet .....	106	62	27	61

Tabelle 5

**Veränderung verschiedener Komponenten  
des Bruttoinlandsprodukts 1961/1970**  
Handel und Verkehr

Länder	Wertmäßige Entwicklung	Mengenmäßige Entwicklung	Preisentwicklung	Produktivitätsentwicklung
	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen	Veränderung des BIP in jeweil. Preisen : Veränd. d. BIP in konst. Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen : Zahl der Beschäftigten
	1	2	3	4

**Veränderung in %**

Schleswig-Holstein ...	98	49	33	57
Hamburg .....	90	43	33	49
Niedersachsen .....	89	44	31	41
Bremen .....	74	31	33	37
Norddeutsche Länder .	89	43	32	45
Bundesgebiet .....	95	47	33	38

Tabelle 6

**Veränderung verschiedener Komponenten  
des Bruttoinlandsprodukts 1961/1970**  
Übrige Dienstleistungen

Länder	Wertmäßige Entwicklung	Mengenmäßige Entwicklung	Preisentwicklung	Produktivitätsentwicklung
	Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen	Veränderung des BIP in jeweil. Preisen : Veränd. d. BIP in konst. Preisen	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen : Zahl der Beschäftigten
	1	2	3	4

**Veränderung in %**

Schleswig-Holstein ...	159	49	74	14
Hamburg .....	143	44	69	20
Niedersachsen .....	134	35	73	5
Bremen .....	119	28	71	4
Norddeutsche Länder .	140	40	71	10
Bundesgebiet .....	147	44	72	14

samt und im Bundesgebiet sind für das Produzierende Gewerbe steigende Beschäftigtenzahlen festzustellen.

**3.3 Handel und Verkehr**

Im Bereich Handel und Verkehr nimmt Hamburg hinsichtlich der mengen- und preismäßigen Veränderung eine Mittelstellung ein. Die Zahl der Beschäftigten in

diesem Bereich hat sich nur in Niedersachsen positiv entwickelt. Die Veränderung der Produktivität verlief in Schleswig-Holstein und Hamburg am günstigsten. Während im Produzierenden Gewerbe im Bundesdurchschnitt die Steigerung des BIP in konstanten Preisen 62 % und die Preisentwicklung 27 % betrug, zeigt der Bereich Handel und Verkehr ein mehr ausgeglichenes Verhältnis zwischen der Mengen- und Preisentwicklung im Verhältnis von 47 % zu 33 %.

Schaubild 4

**Die absolute Zunahme des BIP in jeweiligen und konstanten Preisen je Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen in den norddeutschen Ländern von 1961 auf 1970**

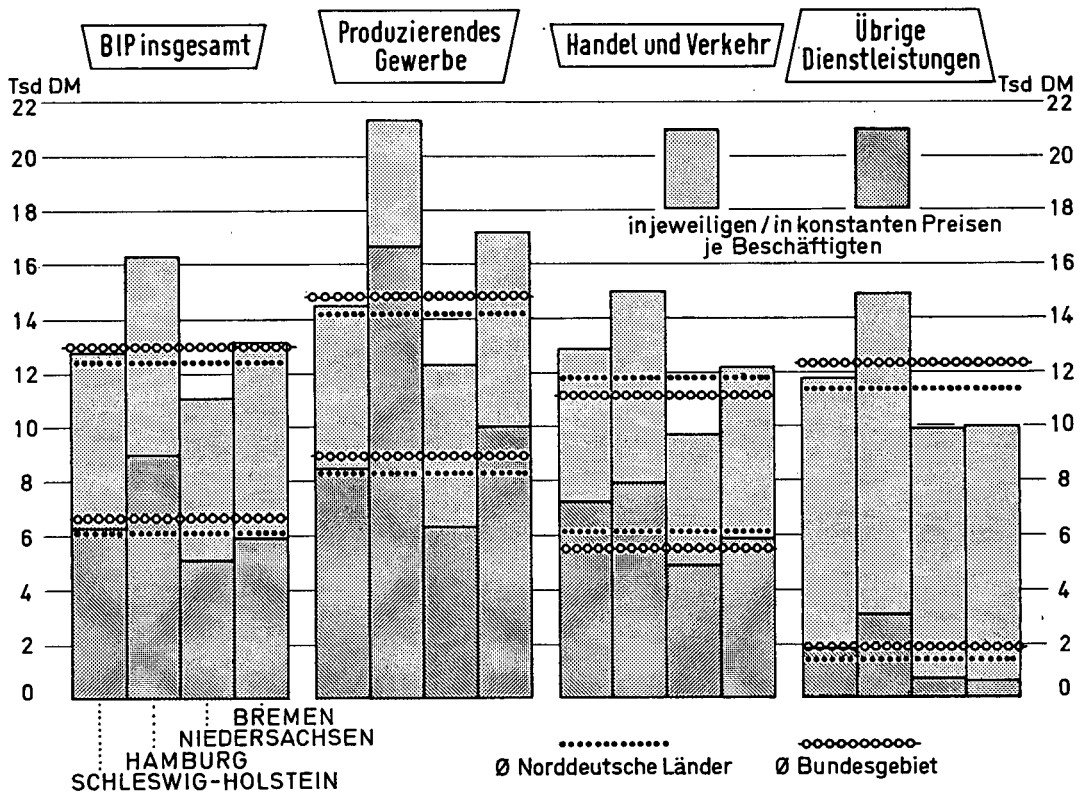


Tabelle 7

**Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Beschäftigten nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen  
in den norddeutschen Ländern und im Bundesgebiet 1961 und 1970**

— in konstanten Preisen je Beschäftigten —

Länder	Insgesamt		Darunter					
			Produzierendes Gewerbe		Handel und Verkehr		Übrige Dienstleistungen	
	1961	1970	1961	1970	1961	1970	1961	1970
	1	2	3	4	5	6	7	8
<b>a) in DM</b>								
Schleswig-Holstein .....	12 490	18 780	13 900	22 400	12 530	19 720	12 690	14 440
Hamburg .....	17 880	26 850	21 220	37 870	16 060	23 940	15 250	18 290
Niedersachsen .....	12 150	17 230	14 940	21 210	11 860	16 750	12 740	13 360
Bremen .....	15 030	20 880	15 320	25 280	15 760	21 610	13 360	13 870
Norddeutsche Länder insgesamt .....	13 530	19 590	16 000	24 330	13 530	19 640	13 350	14 670
Bundesgebiet .....	13 050	19 740	14 680	23 580	14 090	19 510	13 530	15 380
<b>b) Bundesgebiet = 100</b>								
Schleswig-Holstein .....	96	95	95	95	89	101	94	94
Hamburg .....	137	136	145	161	114	123	113	119
Niedersachsen .....	93	87	102	90	84	86	94	87
Bremen .....	115	106	104	107	112	111	99	90
Norddeutsche Länder insgesamt .....	104	99	109	103	96	101	99	95
Bundesgebiet .....	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>c) Bruttoinlandsprodukt = 100</b>								
Schleswig-Holstein .....	100	100	111	119	100	105	102	77
Hamburg .....	100	100	119	141	90	87	85	67
Niedersachsen .....	100	100	123	123	98	97	105	78
Bremen .....	100	100	102	121	105	103	89	66
Norddeutsche Länder insgesamt .....	100	100	118	124	100	100	99	75
Bundesgebiet .....	100	100	112	119	108	99	104	78
<b>d) Meßzahlen (1961 = 100)</b>								
Schleswig-Holstein .....	100	150	100	161	100	157	100	114
Hamburg .....	100	150	100	178	100	149	100	120
Niedersachsen .....	100	142	100	142	100	141	100	105
Bremen .....	100	139	100	165	100	137	100	104
Norddeutsche Länder insgesamt .....	100	145	100	152	100	145	100	110
Bundesgebiet .....	100	151	100	161	100	138	100	114
<b>e) Veränderungen 1961–1970 in DM</b>								
Schleswig-Holstein .....	—	6 290	—	8 500	—	7 190	—	1 750
Hamburg .....	—	8 970	—	16 650	—	7 880	—	3 040
Niedersachsen .....	—	5 080	—	6 270	—	4 890	—	620
Bremen .....	—	5 850	—	9 960	—	5 850	—	510
Norddeutsche Länder insgesamt .....	—	6 060	—	8 330	—	6 110	—	1 320
Bundesgebiet .....	—	6 690	—	8 900	—	5 420	—	1 850

### 3.4 Übrige Dienstleistungen

Beim Bereich Übrige Dienstleistungen überwiegt dagegen der Einfluß der Preisveränderung gegenüber der mengenmäßigen Veränderung im Verhältnis von 72 : 44 %. Da die mengenmäßige Entwicklung nur wenig unter der im Bereich Handel und Verkehr liegt, andererseits aber eine erheblich stärkere Preisentwicklung zu verzeichnen ist, liegt die Gesamtveränderung in diesem Bereich im Durchschnitt auch etwa um 40 % höher als in den beiden anderen Bereichen, so daß die mengenmäßige Veränderung nur wenig hinter der der übrigen Bereiche zurückbleibt. Auch hier nimmt Hamburg in der mengenmäßigen Entwicklung eine mittlere Stellung ein, während die Preisentwicklung hinter der der übrigen Gebiete zurückbleibt.

In der mengenmäßigen Veränderung liegt es hinter Schleswig-Holstein an zweiter Stelle und erreicht eine Veränderungsrate, die dem Bundesdurchschnitt entspricht. Die Beschäftigtenzahlen dieses Bereichs nahmen in allen Gebietseinheiten, in Hamburg und Bremen am wenigsten, zu, in der Produktivitätsentwicklung erreichte Hamburg vor Schleswig-Holstein die günstigsten Werte.

### 4. Die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts je Beschäftigten

In den norddeutschen Ländern erreichte das reale BIP je Beschäftigten im Jahre 1970 rd. 19 600 DM und

lag – im Gegensatz zu 1961 – geringfügig unter dem des Bundesgebietes. Hamburg erreichte mit einer relativen Zunahme um 50 % die Zuwachsrate von Schleswig-Holstein (+50 %), blieb aber hinter der des Bundesgebietes (+51 %) zurück. Die absolute Zunahme des BIP je Beschäftigten nahm in Hamburg mit 9 000 DM vor dem Bundesgebiet mit 6 700 DM und Schleswig-Holstein mit 6 300 DM den ersten Platz ein.

Ähnlich wie beim Niveau, nimmt auch von der Entwicklung her gesehen, der Bereich Handel und Verkehr eine Mittelstellung ein, wogegen die reale Leistung je Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe etwa um 20 % über und in den Übrigen Dienstleistungen – vom Bundesdurchschnitt für 1970 her gesehen – um rd. 20 % unter dem Durchschnitt der Bereiche lag. Im Jahre 1961 hatten die Werte einander wesentlich näher gelegen, die Differenzierung ist offenbar durch stärkere Produktivitätsverbesserungen im Produzierenden Gewerbe bzw. durch die Zunahme

in der Zahl der Beschäftigten in den Übrigen Dienstleistungen hervorgerufen worden.

Länderweise sehen die Verhältnisse grundsätzlich ähnlich aus. Die stärkste Differenzierung ergab sich in Hamburg – wohl auch als Folge des Beschäftigtenrückganges in der Industrie – durch eine Veränderung der Produktivität von 119 auf 141 der Durchschnittsleistung aller Bereiche von 1961 auf 1970. Von diesem Niveau her fällt der Vergleich für die Übrigen Dienstleistungen und den Handel und Verkehr in Hamburg mit 67 % und 87 % des Durchschnitts der Bereiche relativ ungünstig aus. Ein Vergleich dieser Bereiche mit dem Leistungsniveau in den anderen Ländern zeigt aber ein für Hamburg günstiges Ergebnis. Die Produktivität im Bereich Übrige Dienstleistungen steigerte sich in Hamburg um 20 % (Schleswig-Holstein und Bundesgebiet 14 %) und im Handel und Verkehr um 49 % (Schleswig-Holstein 57 %, Bundesgebiet 38 %).

Erich Böhm

# Selbstmordhäufigkeit in Hamburg im Regionalvergleich

Seit Einführung der statistischen Methodik in die Selbstmordforschung durch Adolf Wagner in seiner 1864 erschienenen Untersuchung „Die Gesetzmäßigkeit in den scheinbar willkürlichen menschlichen Handlungen vom Standpunkt der Statistik“ gibt es eine Vielzahl einschlägiger Untersuchungen. Psychiater, Psychologen und Soziologen vertreten häufig die Ansicht, der durch Selbstmord gefährdete Personenkreis erweitere sich ständig. In Fachzeitschriften und Tageszeitungen wird nicht selten versucht, statistisch nicht beweisbare Zusammenhänge zwischen Selbstmordhäufigkeit und Gesellschaftsform, Zeitgeist, Fehlverhalten der Mitmenschen, Krankheit, Berufskonflikten und Umwelteinflüssen herzustellen. So wird aufgrund von Einzelbeobachtungen in jüngerer Zeit gelegentlich auch vermutet, Verstärkerprozesse und Probleme des Wohnungsbaus sowie eine allgemeine Minderung der „Lebensqualität“ stünden in ursächlichem Zusammenhang mit Suizidhandlungen.

Im folgenden Beitrag wird statistisches Material zur Selbstmordhäufigkeit in Hamburg nach der Todesursachenstatistik für einen längeren Zeitraum dargeboten. Dabei zeigt sich, daß die Selbstmordziffern gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich gesunken sind. Die Zahlen der vollendeten Selbsttötungen, in den letzten Jahren erstaunlich konstant, jeweils 350 männliche und 250 weibliche Personen, lagen noch beträchtlich über denjenigen der tödlichen Kraftfahrzeugunfälle; sie zeigen, wie ernst das Suizidproblem zu nehmen ist. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Verstärkung und Selbstmordhäufigkeit ist nicht abzuleiten. Wenn auch Berlin und Hamburg in der Suizidhäufigkeit unter den deutschen Großstädten an der Spitze stehen, gibt es unter den übrigen auch solche mit relativ niedrigen Selbstmordziffern. Der Alterskomponente der Bevölkerung kommt hierbei besondere Bedeutung zu: Für regionale Vergleiche werden altersspezifische Ziffern benötigt, auf die Problematik des Nachweises globaler Selbstmordhäufigkeiten wird eingegangen. Die Suizidraten der über 70jährigen liegen besonders hoch; neben der Vereinsamung in der Großstadt wird dies zum Teil auf altersbedingte endogene Depressionen aufgrund von Störungen des Stoffwechselsystems zurückgeführt. Die Gliederung der Selbstmörder nach dem Familienstand zeigt eine überraschende Anfälligkeit der Geschiedenen; Verheiratete weisen im allgemeinen niedrigere Ziffern auf als Verwitwete und Ledige.

Die Auswertung der vorhandenen Unterlagen zur Sozialstruktur der Selbstmörder läßt z. Z. nicht eindeutig den Schluß zu, daß bestimmte soziale Gruppen besonders gefährdet wären.

Bei der Wahl der Selbstmordmittel zeigt sich im Zeitvergleich, daß die Vergiftung durch Tabletteneinnahme immer häufiger beobachtet wird, die „härteren“ Mittel werden gegenüber früher seltener angewandt.

Zur Beurteilung der Selbstmordanfälligkeit ist ergänzend die Statistik der unternommenen Freitodversuche heranzuziehen. Nach der Geschäftsstatistik des Kriminalamtes hatten in den beiden letzten Jahren je rd. 3 000 Personen in Hamburg die Absicht, sich das Leben zu nehmen, die Versuche verliefen jedoch nicht tödlich. Der Anteil der Frauen ist hier im Gegensatz zum Suizid mit letalem Ausgang beträchtlich höher. Die Relation zwischen Selbstmord und Freitodversuch betrug bei den Männern etwa 1 : 3, bei den Frauen knapp 1 : 8, in der Literatur werden meist weit höhere Anteile geschätzt. Bemerkenswert ist in Anbetracht der Konstanz der Selbstmordzahlen die laufende Steigerung der Freitodversuche in der Nachkriegszeit, und zwar besonders ausgeprägt bei den Frauen. Die Zahl der Suizide mit tödlichem Ausgang ist in den letzten Jahren vermutlich deshalb nicht angestiegen, weil der Rettungseinsatz durch Polizei und Feuerwehr häufiger und schneller, die Wiederbelebungsmaßnahmen wirksamer werden. Außerdem bestand in früheren Jahren bei den Angehörigen eher die Tendenz,

*Selbstmordversuche zu vertuschen. Schließlich spielt in diesem Zusammenhang die Verschiebung der Selbstmordmittel auf die Einnahme von Tabletten eine Rolle.*

*Selbstmordverhütung und Betreuung der Gefährdeten sind bisher weitgehend auf eine seelsorgerische Beratung beschränkt. Nach einer Verlautbarung der Hamburger Telefonseelsorge sollen im vergangenen Jahr 500 Anrufer von ihrer Absicht, Selbstmord zu begehen, abgebracht worden sein. Die Schwere des Selbstmordproblems erfordert zweifellos darüber hinausgehende Aktivitäten.*

## INHALT

1. Vorbemerkungen
2. Zusammenhang zwischen Verstädterung und Selbstmordhäufigkeit
3. Langfristige Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit und Informationen zur sozialen Struktur der Selbstmörder
  - 3.1 Die langfristige Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit
  - 3.2 Alter und Familienstand der Selbstmörder
  - 3.3 Soziale Struktur der Selbstmörder  
— Beruf und Stellung im Erwerbsleben —
4. Wahl der Selbstmordmittel
5. Informationen aus der Statistik der Freitodversuche in Hamburg
  - 5.1 Zur Definition und statistischen Erfassung der Freitodversuche
  - 5.2 Häufigkeit von Freitodversuchen im Vergleich zu den Suiziden mit letalem Ausgang
  - 5.3 Freitodversuche und Selbstmorde im saisonalen Verlauf
  - 5.4 Freitodversuche nach Arten und Motiven

### 1. Vorbemerkungen

Für zahlreiche Anfragen über die Häufigkeit von Selbstmorden in Hamburg mußte in den letzten Monaten statistisches Material bereitgestellt werden. Dieser Informationsbedarf wird in der Regel durch Presseberichte über Freitodversuche oder Selbstmorde ausgelöst, die von bekannten Persönlichkeiten oder in besonders spektakulärer Weise begangen werden. In der Öffentlichkeit entsteht dann aufgrund solcher Meldungen und gelegentlicher tendenziöser Kommentare nicht selten der beunruhigende Eindruck, daß bestimmte Gruppen oder soziale Schichten — einmal sind es Kinder, dann Studenten, Soldaten, Künstler, Rentner, Alleinstehende, Häftlinge usw. — extrem selbstmordanfällig seien. Auch Drogenkonsum und Alkoholismus werden in diesem Zusammenhang zunehmend erwähnt und deuten damit bereits die Vielschichtigkeit der Probleme an.

Mit dem Phänomen des Selbstmordes befassen sich zahlreiche Disziplinen, insbesondere Psychologen, Mediziner, Theologen und Soziologen. Die Selbstmordforschung hat in jüngster Zeit beachtliche Fortschritte zu verzeichnen, an zahlreichen Kliniken wird das Krankengut der neurologisch-psychiatrischen Abteilungen eingehend ausgewertet, wobei insbesondere auch demographische und soziale Aspekte in die Untersuchungen einbezogen werden. Hier sei besonders auf den vor kurzem erschienenen Beitrag von F. Böcker verwiesen, der dieses Problem der Sozialpsychiatrie im Kölner Raum eingehend analysiert hat<sup>1)</sup> (im Literaturverzeichnis sind 144 einschlägige Titel genannt).

Die Erkenntnis, daß Selbstmord oft durch Krankheit verursacht ist, hat zu einer gegenüber früher

<sup>1)</sup> Böcker, Felix: Suizide und Suizidversuche in der Großstadt, dargestellt am Beispiel der Stadt Köln. In: Sammlung psychiatrischer und neurologischer Einzeldarstellungen. Georg Thieme Verlag, Stuttgart 1973.

wesentlich objektiveren Einstellung zum Selbstmordgefährdeten, seinen Problemen und Motiven geführt und vor allem Aktivitäten auf den Gebieten der **Vorbeugung** und **Betreuung** ausgelöst. So wurde im April 1972 in München die „Deutsche Gesellschaft für Selbstmordverhütung“ gegründet, nachdem es in Berlin schon seit längerer Zeit eine lokale „Ärztliche Lebensmüdenbetreuung“, gegründet von dem bekannten Psychologen, Mediziner und Theologen K. Thomas, gibt<sup>2)</sup>. Auch der Telefonseelsorge wird in den Großstädten zunehmend mehr Beachtung geschenkt; die häufige Inanspruchnahme dieser Einrichtung durch Selbstmordgefährdete bestätigt ihre Notwendigkeit.

In der folgenden Darstellung werden zunächst die aus der amtlichen Todesursachenstatistik vorhandenen Daten für die Bundesländer und Großstädte auf den **Zusammenhang zwischen Verstädterung und Selbstmordhäufigkeit** untersucht, da regionale Aspekte und Vergleiche von besonderem Interesse sind. Sodann werden die in Hamburg durch Selbstmord gestorbenen Personen nach Alter, Geschlecht, Familienstand und Berufen sowie nach Arten des Selbstmordes gegliedert. Die dankenswerterweise von der Polizei Hamburg zur Verfügung gestellten Unterlagen für die **Freitodversuche** werden schließlich für einige Jahre nach Arten, Motiven und im saisonalen Verlauf dargeboten. Erst durch diese Kombination der Informationen über Suizide und Suizidversuche mit ihren engeren Beziehungen ergibt sich ein ausreichendes gesichertes Bild der Häufigkeit von Selbstmordhandlungen. Bei dieser Analyse werden vor allem die Grenzen der Aussagefähigkeit von Selbstmordzahlen nach der amtlichen Todesursachenstatistik deutlich, deren Entwicklung in der isolierten Betrachtung zu Fehlinterpretationen führen kann.

Daß die Anwendung statistischer Methoden in der Selbstmordforschung nützlich ist, gilt heute als unbestritten; es ist aber ebenso bekannt, daß die veröffentlichten Ergebnisse nicht vollständig sind. So gibt es vereinzelt Personen, die z. B. als Opfer von Verkehrs- oder Badeunfällen registriert werden, weil eine Selbstmordabsicht nicht nachweisbar ist. Verständlich ist auch, daß Familien, deren Angehörige an direkten oder indirekten Selbstmordfolgen sterben, dies – soweit möglich – den Behörden gegenüber verschweigen. Schließlich muß man sich darüber im klaren sein, daß eine exakte und vollständige Erfassung der **Motive**, die zum Selbstmord führen, über die Statistik nicht möglich ist; hier können nur globale Tendenzen festgestellt werden.

Über zahlreiche Sachverhalte, die zu einer besseren Beurteilung der Selbstmordmotive führen könnten, vermag das amtliche statistische Material bisher leider nur wenig auszusagen.

An die eigentlichen Motive heranführen könnten – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – zumindest Angaben über die:

- a) familiäre Situation:  
– neben Alter, Geschlecht, Familienstand, die

<sup>2)</sup> Von Dr. Dr. Klaus Thomas ist 1964 das „Handbuch der Selbstmordverhütung“ im Ferdinand Enke Verlag erschienen.

Haushaltsgröße, Kinderzahl, verwandtschaftliche Beziehungen, Staatsangehörigkeit, Konfession –

- b) sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse  
– Beruf, Stellung im Beruf, Bildung/Ausbildung, Einkommen, Wohnsituation (Untermieter, Hauptmieter, Eigentümer, Lage der Wohnung im Gebäude nach der Geschoßzahl), Aufenthaltsdauer am Wohnort (Sesshaftigkeit) –
- c) Konflikte und den Gesundheitszustand  
– bei Jugendlichen Schwierigkeiten in der Schule, Ausbildung, Studium; Aggressionen, Krankheiten, Drogen, Alkohol –
- d) Umstände der Selbstmordhandlung  
– Zeit, Art und Ort (wobei zu unterscheiden wäre, ob Ereignisort und Wohnort/Stadtteil identisch, um ggf. regionale Dichteziffern errechnen zu können); Abschiedsbriefe hinterlassen.

Viele der hier aufgeführten Merkmale können für die Selbstmorde mit letalem Ausgang selbstverständlich nicht ermittelt werden, da erfahrungsgemäß nachträgliche Befragungen von Angehörigen wenig ergiebig sind. Dagegen läge es im Bereich des Möglichen, für die in Krankenhäuser eingelieferten Fälle von Suizidversuchen entsprechende Fragebogen auszufüllen. Für die Selbstmordforschung wäre es nützlich, ein einheitliches, von möglichst vielen Kliniken anzuwendendes Berichtsformular zu entwickeln und die Auswertung mit Hilfe von Datenverarbeitungsanlagen durchzuführen.

## 2. Zusammenhang zwischen Verstädterung und Selbstmordhäufigkeit

Regionale Untersuchungen zur Selbstmordfrequenz wurden bisher in der BRD nur vereinzelt durchgeführt; dies hängt – abgesehen von den methodischen Erfassungsschwierigkeiten, den teilweise sehr hoch veranschlagten Dunkelziffern – vermutlich damit zusammen, daß statistisches Material über Selbstmordversuche, welches einen wesentlichen Bestandteil zur Beurteilung der Selbstmordintensität darstellt, nur für wenige Großstädte verfügbar ist.

Vergleicht man die Selbstmordzahlen 1970 und 1971 im Bundesgebiet und den Bundesländern (Tabelle 1), so wird zunächst die hohe Beteiligung der Männer in allen Ländern erkennbar. Von den 12 756 Personen, die in der BRD im Jahre 1971 durch Selbstmord aus dem Leben schieden, waren 8 024 männlichen Geschlechts, d. h. rd. 63 %. Die auf 100 000 Männer bzw. Frauen berechneten Selbstmordziffern (Tabelle 1) lassen erhebliche regionale Unterschiede erkennen: Berlin und Hamburg stehen 1970 und 1971 mit weitem Abstand an der Spitze der Länder, wobei für Berlin außerdem ein extrem hoher Anteil von Selbstmörderinnen charakteristisch ist. Umgekehrt hatte das Saarland relativ am wenigsten Selbstmorde zu verzeichnen; die Quote auf 100 000 Frauen lag dort 1971 bei 9,7, im Vergleich zu Berlin – wo sie 35,5 betrug – also ein sehr niedriger

Tabelle 1

**Selbstmorde und Selbstbeschädigungen (Pos. Nr. der ICD 1968 E 950 – E 959) \*) 1970 und 1971  
in den Ländern des Bundesgebietes**

Länder	Anzahl				Auf 100 000 Einwohner			
	1970		1971		1970		1971	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8
Schleswig-Holstein .....	371	260	370	237	31,2	19,9	30,6	17,9
Hamburg .....	355	256	354	251	42,9	26,5	42,7	26,1
Niedersachsen .....	1 023	573	981	587	30,2	15,5	28,6	15,8
Bremen .....	112	102	130	68	33,0	26,6	37,4	17,5
Nordrhein-Westfalen .....	2 099	1 197	1 960	1 073	26,0	13,6	24,0	12,1
Hessen .....	642	389	740	373	24,8	13,9	28,0	13,2
Rheinland-Pfalz .....	439	222	383	246	25,3	11,6	21,8	12,8
Baden-Württemberg .....	1 145	633	1 138	636	26,7	13,7	26,1	13,6
Bayern .....	1 382	745	1 406	786	27,8	13,5	27,7	14,1
Saarland .....	129	55	120	57	24,2	9,4	22,4	9,7
Berlin (West) .....	533	384	442	418	57,9	32,0	48,1	35,5
Bundesgebiet .....	8 230	4 816	8 024	4 732	28,5	15,2	27,4	14,8

\*) Vorläufiges Ergebnis.

Anteil. Bemerkenswert für die Selbstmordbeteiligung der Frauen ist noch, daß neben dem Saarland auch Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern sowohl 1970 als auch 1971 deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen. Inwieweit hier Zusammenhänge zwischen Konfession und Selbstmordhäufigkeit bestehen, kann im Rahmen dieses Beitrages nicht untersucht werden.

Rheinland-Pfalz hatte 1971 unter den Bundesländern die niedrigste männliche Selbstmordquote; sie war mit 21,8 knapp halb so hoch wie diejenige von Ber-

lin. Hinter Berlin und Hamburg folgten Bremen (37,4), aber auch Schleswig-Holstein verzeichnete verhältnismäßig viele männliche Selbstmörder.

Bevor auf einen Großstadtvergleich eingegangen wird, sollen noch in Tabelle 2 Selbstmordziffern für 18 ausgewählte Länder dargestellt werden; sie sind dem Statistischen Jahrbuch der BRD entnommen und beziehen sich überwiegend auf das Jahr 1967. Für zahlreiche Länder – insbesondere auch Ostblockstaaten – liegen Ergebnisse allerdings nicht vor. Auf 100 000 Einwohner bezogen schwanken die Ziffern unter den hier ausgewählten Ländern zwischen 3,4 in Griechenland und 31,3 in Ungarn. Gliedert man die Länder nach den Häufigkeitsziffern, so kann man verhältnismäßig einfach vier Gruppen bilden, die einerseits eine hohe bzw. sehr hohe Selbstmordintensität und andererseits niedrige bzw. sehr niedrige Quoten aufweisen. Noch in der Spitzengruppe befand sich demnach die BRD mit einer Häufigkeitsziffer von 21,3 hinter Ungarn, Österreich und Schweden. Auch Dänemark und die Schweiz hatten mit 17,8 bzw. 17,3 noch relativ hohe Werte.

In sieben Ländern kamen weniger als 10 Selbstmorde auf 100 000 Einwohner; neben Griechenland, Spanien und Italien waren dies die Niederlande, Norwegen, Kanada und Großbritannien. Auch hier muß auf eine Kommentierung dieser globalen Ziffern verzichtet werden.

Daß Selbstmorde in zivilisierten und hochindustrialisierten Ländern relativ häufig vorkommen und daß konfessionelle, soziale sowie gesellschaftspolitische Strukturen sich in der Selbstmorddichte auswirken, ist in der Literatur vielfach belegt. Untersuchungen über die Ursachen der hohen schwedischen bzw. sehr niedrigen norwegischen Selbstmorddichte liegen ebenfalls vor; Siegmund<sup>3)</sup> führt das Übersteigen der norwegischen Selbstmordkurve durch die schwedische auf den stärkeren Verbrauch und Mißbrauch von Alkohol zurück. Schweden zeigte 1955 nach Aufhe-

Tabelle 2

**Selbstmorde und Selbstbeschädigungen 1967  
auf 100 000 Einwohner nach ausgewählten Ländern**

Rangfolge	Länder	Häufigkeitsziffer
<b>Häufigkeit: sehr hoch</b>		
1	Ungarn .....	31,3
2	Österreich .....	22,4
3	Schweden .....	21,6
4	BRD .....	21,3
<b>Häufigkeit: hoch</b>		
5	Dänemark .....	17,8 **)
6	Schweiz .....	17,3
7	Frankreich .....	15,3 *)
8	Australien .....	15,1
9	Belgien .....	15,0
<b>Häufigkeit: niedrig</b>		
10	Japan .....	14,1
11	USA .....	10,8
12	Großbritannien und Nordirland .....	9,4
13	Kanada .....	9,0
<b>Häufigkeit: sehr niedrig</b>		
14	Norwegen .....	7,0
15	Niederlande .....	6,2
16	Italien .....	5,4
17	Spanien .....	4,5
18	Griechenland .....	3,4

Quelle: Statistisches Jahrbuch der BRD 1970 bis 1972.

\*) Mittel von 1965 und 1969

\*\*) 1966

3) Siegmund, Georg: „Selbstmordforschung“ In: Bild der Wissenschaft, 1967, S. 565 ff.



Tabelle 3

## Selbstmorde und Selbstbeschädigungen nach Großstädten 1968 bis 1971

Städte	Auf 100 000 Einwohner							
	1968		1969		1970		1971	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8
Berlin .....	57,1	31,9	56,4	33,8	57,9	32,0	48,1	35,5
Hamburg .....	40,5	25,9	42,2	27,9	42,9	26,5	42,7	26,1
München .....	32,4	15,8	34,7	19,0	34,4	21,5	32,4	21,1
Köln .....	26,8	11,6	24,7	20,4	30,2	13,3	28,4	16,4
Essen .....	23,7	13,9	27,0	9,4	25,2	11,5	25,9	8,1
Düsseldorf .....	29,0	18,6	38,7	17,4	28,5	17,2	27,9	19,6
Frankfurt .....	36,2	19,9	38,5	20,8	31,9	24,3	32,9	18,2
Dortmund .....	28,6	13,0	30,3	16,3	36,0	15,4	26,5	16,0
Stuttgart .....	26,1	14,9	25,5	17,6	26,7	14,1	30,4	16,7
Bremen .....	33,9	18,8	37,6	20,7	34,5	25,4	35,8	16,2
Hannover .....	33,9	20,9	35,3	20,7	40,3	23,4	26,2	22,5

bung der Alkoholrationierung einen besonders steilen Anstieg der Selbstmordzahlen. Außerdem weist Siegmund darauf hin, daß sich in Schweden früher erhebliche Stadt-Land-Unterschiede bei den Selbstmordzahlen zeigten, die sich in jüngerer Zeit weitgehend ausgeglichen haben.

Über die Literatur des Auslandes (besonders umfangreich der USA) informiert Thomas in dem bereits zitierten Handbuch der Selbstmordverhütung.

Die Frage, wie eng der Zusammenhang zwischen Verstädterung und Selbstmordhäufigkeit ist, wird häufig gestellt; nicht zuletzt deshalb, weil in der Presseberichterstattung einer Großstadt der Selbstmord fast zum Routinethema geworden ist, in kleineren Lokalzeitungen wird seltener darüber berichtet. Aus Materialgründen kann hier nur aufgrund globaler Selbstmordziffern für Männer und Frauen in 11 deutschen Großstädten zur Frage einer Abhängigkeit von der Einwohnerzahl Stellung genommen werden. In Tabelle 3 sind die Selbstmordziffern für die 11 größten Städte, der Einwohnerzahl nach aufgestellt, enthalten.

Wenn auch die beiden größten Städte, Berlin und Hamburg, in der Suizidhäufigkeit ebenfalls an der Spitze stehen, so trifft die Reihenfolge bei den übrigen Gemeinden nicht mehr zu. Zwar schwanken die Ziffern in den einzelnen Jahren – teils wegen der kleinen absoluten Zahlen –, es ist aber unverkennbar, daß die Selbstmorddichte in Bremen, Frankfurt und Hannover höher ist als in einigen Städten mit größerer Einwohnerzahl; ein unmittelbarer Zusammenhang ist also nicht abzuleiten. Dies hat bereits Rost im Jahre 1912 bei einer Untersuchung über die Entwicklung des Selbstmordes und Bevölkerungswachstums in 105 deutschen Städten festgestellt<sup>4)</sup>.

Er faßte die Ergebnisse wie folgt zusammen:

1. Die Städte sind im allgemeinen ein günstiger Nährboden für den Selbstmord.

<sup>4)</sup> Rost, Hans: „Der Selbstmord in den deutschen Städten“ in: Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland, Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft. 14. Heft. Paderborn 1912. – Zur damaligen Einstellung gegenüber den Selbstmordgefährdeten sei aus dem Vorwort dieser Veröffentlichung zitiert: „Es ist ein trauriges Kulturbild, das unsere Zahlen enthüllen. Allein diese Tatsachen einer erklecklichen Selbstmordfrequenz lassen sich aus dem so stolzen Kulturleben der Gegenwart nicht hinwegwischen und geben Zeugnis von der geringen Willensstärke und Moralkraft vieler Tausender von Bewohnern unserer städtischen Kulturzentren“.

2. Die Bevölkerungsdichtigkeit der Städte ist kein ausschlaggebendes Moment für die Gestaltung der Selbstmordziffer, indem es Großstädte mit niedriger und mittelgroßer Selbstmordziffer und Mittelstädte mit sehr erklecklicher Selbstmordziffer gibt.
3. Der Industriecharakter einer Stadt ist für deren Selbstmordfrequenz ohne großen Belang.
4. Für die Bildung der Selbstmordziffer in den Städten ist neben anderen untergeordneten Momenten vor allem das Vorwiegen einer der beiden christlichen Konfessionen wirksam.

Um zu einer gesicherten Aussage über die Ursache von regionalen Unterschieden in der Selbstmordhäufigkeit zu gelangen, reicht eine Differenzierung nach dem Verstädterungsgrad also keinesfalls aus, da sie von zahlreichen sonstigen Faktoren beeinflusst sind, wobei der Alterskomponente besondere Bedeutung zukommt.

An dieser Stelle sollen noch kurz die Ergebnisse für die Großstädte (Tabelle 3) mit denjenigen für die Bundesländer (Tabelle 1) verglichen werden.

Die Metropolen haben danach tendenziell höhere Selbstmordquoten, wobei zu beachten ist, daß die Länderdurchschnitte in unterschiedlichem Ausmaß durch den jeweiligen Anteil der großstädtischen Bevölkerung beeinflusst sind.

Im größten Bundesland, Nordrhein-Westfalen mit seinem hohen Anteil verstädterter Bevölkerung, hat z. B. Essen eine Selbstmordziffer, die dem Landesdurchschnitt bei den Männern relativ nahe kommt, die Beteiligung der Frauen in Essen liegt sogar beträchtlich niedriger (8,1 gegenüber 12,1 im Landesdurchschnitt 1971). Die Düsseldorferinnen scheinen dagegen relativ selbstmordanfällig zu sein, in beiden Jahren wurden hier im Vergleich zu Köln, Essen und Dortmund die höchsten Quoten verzeichnet. Bei der männlichen Selbstmordhäufigkeit in den vier größten Städten Nordrhein-Westfalens sind keine wesentlichen Unterschiede feststellbar, wenn man davon absieht, daß 1970 in Dortmund eine relativ hohe Ziffer festgestellt wurde; für Essen errechneten sich 1970 und 1971 die günstigsten Quoten.

München verzeichnete 1970 und 1971 im Vergleich zu den gesamt-bayerischen Ergebnissen – für Männer und Frauen – beträchtlich höhere Selbstmordziffern; bemerkenswert ist dabei, daß die Quoten Münchens im allgemeinen deutlich über diejenigen der vier nordrhein-westfälischen Großstädte liegen, während sich die Landesdurchschnitte nicht wesentlich voneinander unterscheiden.

Bei den baden-württembergischen Durchschnitten, die 1970 und 1971 relativ konstant waren, war der Kontrast zu den Quoten der Landeshauptstadt nicht so ausgeprägt wie im Nachbarland und in München. Stuttgart hatte insbesondere bei den Frauen – aber auch bei den Männern – gegenüber München niedrigere Selbstmordquoten und die Unterschiede gegenüber dem Landesdurchschnitt waren in Baden-Württemberg weniger ausgeprägt als in Bayern.

Der Vergleich Hessen und Frankfurt zeigt für die Großstadt ebenfalls höhere Ziffern, die weibliche Selbstmordquote war 1970 mit 24,3 relativ hoch, wenn sie auch diejenige von Berlin, Hamburg und Bremen nicht erreichte.

In Hannover lag die Beteiligung der Frauen 1970 und 1971 erheblich über dem niedersächsischen Landesdurchschnitt; für die Männer traf dies 1971 allerdings nicht zu: Wegen der niedrigen Quote von 26,2 in diesem Jahr übertraf die männliche Selbstmordziffer für Niedersachsen sogar diejenige Hannovers. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklung zufallsbedingt ist; aus Tabelle 3 war seit 1968 eine zunehmende Tendenz der männlichen Selbstmorde festzustellen, 1970 lag Hannover hinter Berlin und Hamburg bereits an dritter Stelle der 11 Großstädte.

Dieser kurze Überblick zeigt, daß das bisher vorliegende statistische Material nicht dafür ausreicht, regionale Unterschiede in der Selbstmordhäufigkeit motivieren zu können. Anzustreben wäre zunächst, daß die Darstellung globaler Selbstmordziffern für die regionalen Einheiten methodisch etwas verbessert wird; die Berechnung sollte – soweit ein altersspezifischer Nachweis unmöglich ist – zumindest nicht auf der männlichen bzw. weiblichen Gesamtbevölkerung basieren, sondern auf der „selbstmordfähigen“ Gruppe, zu der die männliche bzw. weibliche Bevölkerung im Alter von über 15 Jahren gerechnet werden könnte. Die Auswirkung einer solchen Berechnung kann am folgenden Beispiel veranschaulicht werden:

Tabelle 4  
Berechnung einer modifizierten Selbstmordziffer

Städte	Selbstmordziffern auf 100 000 der männlichen bzw. weiblichen Bevölkerung 1970				Meßziffern der Selbstmord-dichte für die „selbstmordfähige“ Bevölkerung: globale Quoten (Sp. 1 u. 2) = 100	
	Gesamtbevölkerung		„selbstmordfähige“ Bevölkerung (über 15 Jahre alt)			
	m	w	m	w	m	w
	1	2	3	4	5	6
Hamburg .....	42,9	26,5	53,9	31,8	125,6	120,0
München .....	34,4	21,5	42,3	25,3	123,0	117,7
Stuttgart .....	26,7	14,1	32,5	16,7	121,7	118,4

Die unterschiedliche Besetzung der noch nicht im Erwerbsleben stehenden Jahrgänge (unter 15jährige) bewirkt demnach bereits erhebliche Abweichungen in den modifizierten Selbstmordziffern. Nach dem Stande der Volkszählung 1970 betrug die Anteile der unter 15jährigen an der Gesamtbevölkerung in Hamburg 18,3 %, in München 15,7 % und in Stuttgart 17,2 %. Der vergleichsweise hohe Anteil Jugendlicher in Hamburg führt demnach bei den modifizierten männlichen Selbstmordziffern zu einem rd. 26 % höheren Ergebnis gegenüber der globalen Berechnung, in München wirkt sich dies dagegen nur um 23 % aus. Dieses Beispiel möge ausreichen, die Problematik der Aussagekraft globaler Selbstmordziffern aufzuzeigen. Weitere Unterschiede in der Selbstmordhäufigkeit Hamburgs und Münchens werden im nächsten Abschnitt dargestellt.

### 3. Langfristige Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit und Informationen zur sozialen Struktur der Selbstmörder

#### 3.1 Die langfristige Entwicklung der Selbstmordhäufigkeit

Die Entwicklung der tödlichen Selbstmordhandlungen in Hamburg seit der Jahrhundertwende ist im Schaubild 1 dargestellt. Die Selbstmordkurve verzeichnet danach vor dem Ersten Weltkrieg einen leicht aufwärts gerichteten Trend mit hohen Quoten in den Jahren 1903 und 1908. Während des Krieges ging die Selbstmordhäufigkeit dann ganz überraschend stark zurück, um nachher wieder kräftig anzusteigen und bereits 1920 den verhältnismäßig hohen Vorkriegsstand zu übersteigen. Zwischen den beiden Kriegen ist wiederum ein ansteigender Trend zu beobachten, wobei die Vermutung nahe liegt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse den Verlauf beeinflussten: In den Jahren des Aufschwungs 1928 und 1929 ist ein Rückgang, in den Krisen Jahren 1930 bis 1932 ein starker Anstieg der Selbstmordhäufigkeit erkennbar. Während des Zweiten Weltkrieges ist analog der Entwicklung 1914 bis 1918 ein Absinken der Selbstmordzahlen zu konstatieren, insbesondere in den beiden ersten Kriegsjahren, wobei die Abschwungphase insgesamt nicht so stark ausgeprägt war wie während des Ersten Weltkrieges. Nach dem Kriege war lediglich 1949 noch ein Jahr mit einer relativ hohen Quote, die aber immer noch weit unter den Vorkriegsdurchschnitten lag. Besonders bemerkenswert ist, daß sich das nach dem Ersten Weltkrieg beobachtete Ansteigen der Selbstmordhäufigkeit nicht in demselben Ausmaß wiederholt hat.

Im Schaubild 2 ist die Entwicklung seit 1950 dargestellt, und zwar getrennt nach männlicher und weiblicher Selbstmordbeteiligung. Zunächst wird daraus erkennbar, daß – sowohl bei der höheren männlichen Selbstmordhäufigkeit als auch bei den Frauen – im Zeitraum von 1957 bis 1966 eine rückläufige Tendenz zu beobachten war; in den letzten Jahren stiegen die Ziffern teilweise wieder leicht an.

Für den gesamten Zeitraum 1950 bis 1971 war der Trend bei den Männern rückläufig, bei den Frauen

Schaubild 1

Durch Selbstmord gestorbene Personen auf 100 000 der Bevölkerung in Hamburg  
— 1900 bis 1971 —

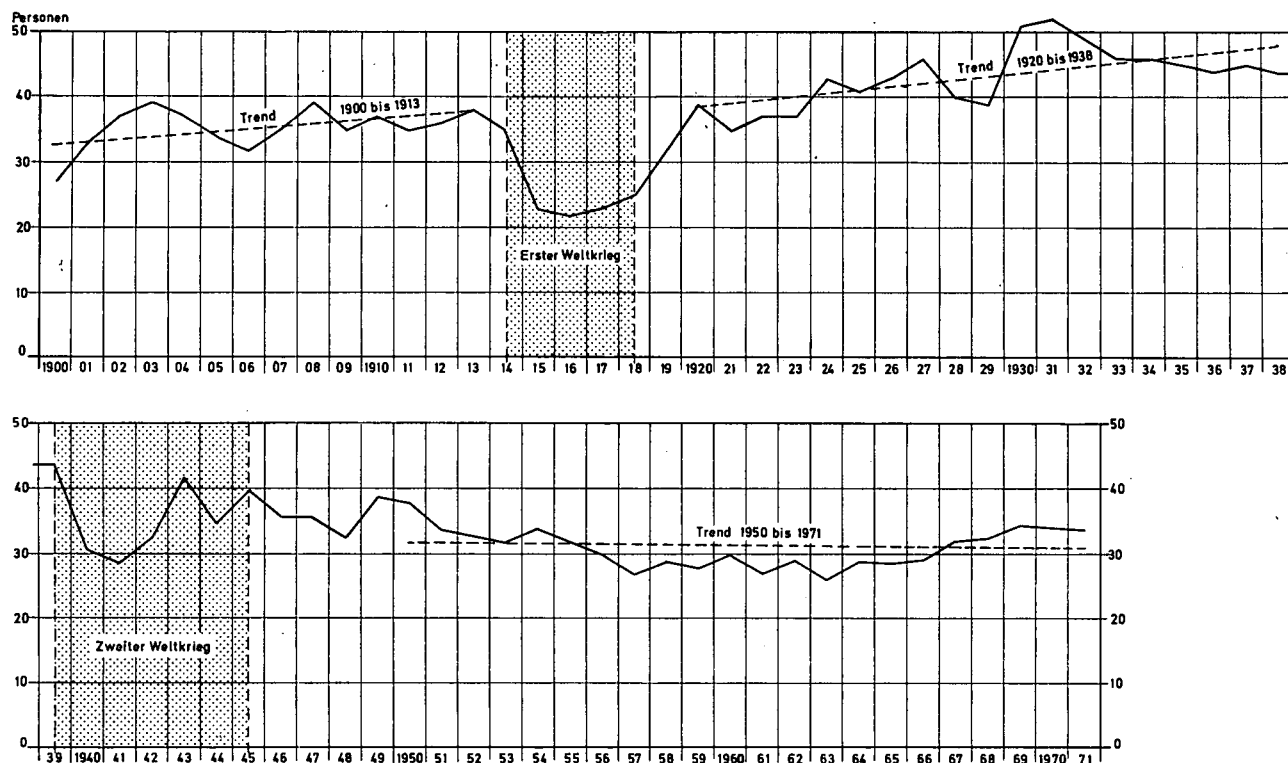
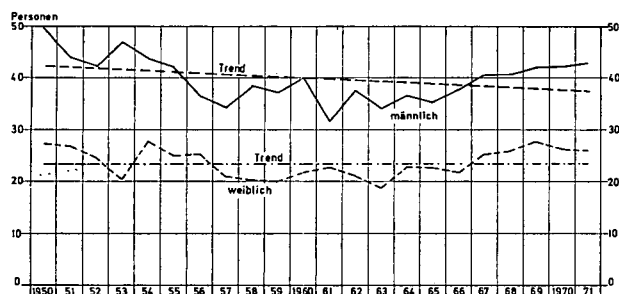


Schaubild 2

Durch Selbstmord gestorbene Personen nach Geschlecht  
auf 100 000 der Bevölkerung in Hamburg  
— 1950 bis 1971 —



veränderte er sich kaum. Es wird im Zusammenhang der Relation von Selbstmorden und Freitodversuchen im Abschnitt 5 versucht, dieses Bild einer lange Zeit konstant erscheinenden Selbstmordhäufigkeit zu differenzieren.

### 3.2 Alter und Familienstand der Selbstmörder

Die Zahlen und die altersmäßige Gliederung der in Hamburg 1933, 1939 und 1946 bis 1971 durch Freitod gestorbenen Männer und Frauen sind in Tabelle 5 enthalten; dort sind auch altersspezifische Häufigkeiten für fünf Gruppen nachgewiesen.

Mit einer gewissen Regelmäßigkeit schieden in den letzten Jahren jeweils rd. 350 Männer und 250 Frauen durch Selbsttötung aus dem Leben. Die Suizidraten steigen — wie aus Tabelle 5 und Schaubild

3 hervorgeht — mit zunehmendem Alter an, und zwar bei Männern erheblich stärker als bei Frauen. Besonders selbstmordgefährdet sind offensichtlich die über 70jährigen Männer, auch bei den Frauen liegt in dieser Altersgruppe die höchste Selbstmordquote. G. Wiendieck hat sich mit den sozialpsychologischen Determinanten des Alters-Suizids eingehend befaßt<sup>5)</sup>.

In seiner Veröffentlichung führt er hierzu u. a. aus:

„Soziale Strukturprobleme ergeben sich aus dem tatsächlich geänderten Altersaufbau der Bevölkerung und dem Fehlen realitätsangepaßter sozialer Verhaltensnormen. Die moderne Gesellschaft hat (noch) kein adäquates Rollensystem für den älteren Mitbürger ausgebildet, was zu einer erhöhten Verhaltensunsicherheit sowohl auf seiten der Alten wie der Jungen führt. Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Pensionierung. Der Betroffene wird nicht nur aus dem Arbeitsprozeß ausgeklammert, sondern zugleich aus eindeutig festgelegten Rollensystemen in einen nicht positiv definierten Bezugsrahmen entlassen ...“ (S. 220).

Neben den hieraus resultierenden Konfliktkonstellationen sind vor allem Krankheit, Einsamkeitsgefühle und andere Faktoren für den Altersanstieg der Selbstmordhäufigkeit verantwortlich.

Die Gliederung der Selbstmörder nach Familienstand und Alter gibt weitere Hinweise über die

<sup>5)</sup> Wiendieck, G.: „Sozialpsychologische Determinanten des Alters-Suizids“ in: Der Nervenarzt, 41. Jg., Heft 5, 1970.

Tabelle 5

## Die Selbstmörder nach Altersgruppen und Geschlecht in Hamburg 1933, 1939, 1946 bis 1950

Jahre	Zahl der Selbstmörder		darunter in den Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren									
			15 bis 30		30 bis 45		45 bis 60		60 bis 70		70 und mehr	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1933	381	201	61	40	95	62	118	61	70	23	37	15
1939	481	272	67 <sup>1)</sup>	36	95	61	155	91	97	43	67	41
1946	290	217	14	19	52	44	95	65	51	39	78	50
1947	298	217	33 <sup>2)</sup>	21	56	56	90	78	76	33	43	29
1948	307	188	34 <sup>3)</sup>	30	63	44	118	62	52	25	40	27
1949	376	220	25	44	77	56	152	61	70	34	52	25
1950	365	232	39 <sup>4)</sup>	35	71	61	150	77	62	35	43	24
1951	329	233	32 <sup>4)</sup>	21	51	56	138	91	57	32	51	33
1952	330	218	35	24 <sup>4)</sup>	57	45	116	84	58	41	64	24
1953	362	185	38 <sup>4)</sup>	20 <sup>4)</sup>	70	43	133	57	66	34	55	31
1954	343	255	51 <sup>3)</sup>	31 <sup>4)</sup>	63	68	117	83	51	34	67	39
1955	336	234	41 <sup>3)</sup>	41	56	42	120	82	63	35	56	34
1956	298	239	45 <sup>4)</sup>	23 <sup>4)</sup>	58	47	106	94	48	49	41	26
1957	284	202	39 <sup>3)</sup>	22 <sup>4)</sup>	40	34	117	82	42	35	46	29
1958	322	199	51 <sup>1)</sup>	19 <sup>4)</sup>	46	34	120	72	64	47	41	27
1959	314	196	52 <sup>2)</sup>	19	37	27	125	73	59	44	41	33
1960	340	215	51 <sup>4)</sup>	25	53	45	135	76	48	37	53	32
1961	269	226	47	34	39	37	93	85	41	32	49	38
1962	322	213	48	31 <sup>3)</sup>	63	33	104	82	48	37	59	30
1963	294	187	50	21	57	40	90	42	55	47	42	37
1964	316	229	47	30 <sup>4)</sup>	57	37	95	72	62	38	55	52
1965	304	227	55 <sup>3)</sup>	17 <sup>4)</sup>	53	35	78	72	68	53	50	50
1966	325	215	50	22	65	33	87	51	76	53	47	56
1967	344	249	48 <sup>4)</sup>	17	82	31	102	79	61	61	51	61
1968	343	254	52 <sup>4)</sup>	16	87	44	80	69	53	59	71	66
1969	356	272	50 <sup>1)</sup>	20	89	33	92	79	69	60	56	80
1970	355	256	57 <sup>4)</sup>	18 <sup>4)</sup>	88	35	82	79	68	55	60	69
1971	354	251	50 <sup>4)</sup>	22	92	52	87	67	67	50	58	60

## Auf 100 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe

1933	65,5	31,6	42,9	26,0	64,4	35,2	99,5	49,3	157,6	48,4	184,4	52,0
1939	58,6	30,5	40,1	19,9	43,5	25,1	95,5	49,0	133,8	54,8	179,9	85,9
1946	45,2	28,4	13,6	13,6	35,7	23,3	63,8	35,7	73,8	52,6	230,0	113,4
1947	45,3	28,0	29,7	14,7	38,4	30,0	59,1	42,1	108,8	43,4	124,9	63,7
1948	44,0	23,6	26,6	20,2	41,9	24,0	74,3	32,6	72,1	31,5	107,0	54,6
1949	51,9	26,9	17,9	28,6	50,6	30,5	94,0	31,4	95,4	41,3	130,3	47,7
1950	48,9	27,4	27,5	22,1	45,9	32,5	88,7	38,2	81,2	39,7	97,1	41,7
1951	42,9	26,7	21,7	12,8	32,6	29,1	79,1	43,7	73,2	34,7	109,0	54,2
1952	42,4	24,4	22,9	14,2	36,7	23,1	64,9	39,3	73,7	42,7	129,8	37,4
1953	45,7	20,3	23,7	11,5	45,6	22,0	72,4	26,0	82,5	33,7	106,1	45,7
1954	42,5	27,4	30,0	17,2	41,5	34,8	62,2	37,0	62,9	32,2	112,7	54,8
1955	41,0	24,7	22,8	21,8	37,1	21,5	62,6	36,0	76,8	31,8	99,8	45,7
1956	37,1	25,4	24,4	12,0	39,8	24,5	56,7	41,6	60,0	43,6	73,6	34,1
1957	34,8	21,1	20,0	11,1	27,4	17,8	62,0	36,0	51,7	30,6	80,3	36,6
1958	38,9	20,5	26,0	9,6	31,9	17,9	62,4	31,1	76,6	38,7	69,0	32,6
1959	37,5	20,0	25,5	9,4	25,5	14,3	65,0	31,4	69,6	35,4	67,5	38,2
1960	40,2	21,9	24,3	12,2	36,1	24,1	71,2	32,8	55,5	29,3	86,0	35,5
1961	31,9	22,9	23,1	16,9	26,1	19,7	50,3	37,1	45,5	24,7	76,3	40,0
1962	37,8	21,5	22,8	15,2	40,8	17,4	59,1	37,1	51,3	28,0	91,4	30,4
1963	34,3	18,8	23,4	10,2	35,8	20,9	53,9	19,7	57,3	35,1	64,9	36,1
1964	36,7	23,0	21,8	14,7	34,8	19,3	59,5	34,7	63,2	28,2	84,6	48,7
1965	35,3	22,8	25,9	8,5	31,5	18,4	50,3	35,1	67,9	39,0	76,6	45,2
1966	37,8	21,7	24,1	11,3	38,0	17,6	57,3	25,1	75,0	38,8	72,1	49,2
1967	40,3	25,2	24,0	9,1	47,3	16,7	69,1	39,4	59,7	44,5	78,3	52,1
1968	40,5	25,9	27,2	8,8	49,3	23,8	56,1	35,1	51,7	42,8	109,2	55,0
1969	42,2	27,9	26,9	11,4	48,5	17,8	66,9	41,3	67,5	43,4	86,2	65,3
1970	42,9	26,5	33,2	10,8	47,7	18,7	60,9	41,9	66,4	39,5	91,2	55,2
1971	42,8	26,1	29,5	13,5	47,9	27,6	66,3	36,5	66,7	36,0	86,5	47,0

- <sup>1)</sup> Darunter 3 Fälle  
<sup>2)</sup> Darunter 4 Fälle  
<sup>3)</sup> Darunter 2 Fälle  
<sup>4)</sup> Darunter 1 Fall

} unter 15 Jahren

Struktur des selbstmordanfälligen Personenkreises. Vorangestellt sei ein Überblick familienstandsspezifischer Selbstmordziffern, errechnet mit Hilfe der Volkszählungsdaten 1950, 1961, 1970.

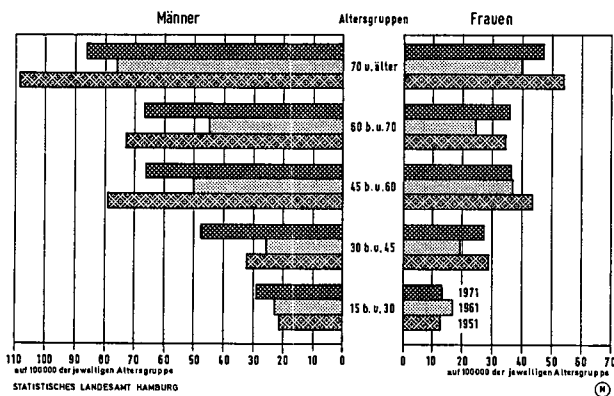
Die überraschende Höhe der Selbstmordanfälligkeit der G e s c h i e d e n e n läßt darauf schließen, daß

Eheprobleme offenbar häufig nicht bewältigt werden können, wobei auffällt, daß geschiedene Männer öfter den Freitod wählen als geschiedene Frauen. Dies trifft auch bei den Verwitweten – der Gruppe mit den zweithöchsten Selbstmordziffern – zu, die Vereinigung scheint demnach gerade bei Männern ein wesentliches Motiv für den Freitod zu sein. Die nied-

Schaubild 3

**Altersgliederung der Selbstmörder in Hamburg  
1951, 1961 und 1971**

– auf 100 000 Lebende der jeweiligen Altersgruppe –



rigsten Ziffern weisen Verheiratete auf, während Ledige wiederum eine deutlich höhere Selbstmordbeteiligung haben.

Im Schaubild 4 sind für das Jahr 1970 die hier nach dem Familienstand beschriebenen Quoten zusätzlich nach der prozentualen Altersgliederung unterteilt. In diesen Ergebnissen kommen wiederum beachtliche Unterschiede in den Verhaltensweisen von Männern und Frauen zum Ausdruck:

Während es sich bei den verwitweten Selbstmördern weit überwiegend um alte Personen handelt – bei Frauen übrigens besonders ausgeprägt – befinden sich unter den Geschiedenen auch zahlreiche jüngere und mittlere Jahrgänge. Bei den geschiedenen Männern, die 1970 den Tod gesucht hatten, war jeder zweite weniger als 50 Jahre alt, unter ihnen ein beträchtlicher Anteil sogar weniger als 30 Jahre. Die Altersgliederung der ledigen Selbstmörder unterscheidet sich bei Männern und Frauen beträchtlich. Jeder zweite männliche Selbstmord wurde von einem unter 30jährigen begangen, bei den Frauen betrug dieser Anteil ein Drittel. Ältere, unverheiratet gebliebene Frauen neigen relativ mehr zum Selbstmord als ältere unverheiratete Männer.

Diese Betrachtung alters- und familienspezifischer Häufigkeitsziffern darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß – der absoluten Zahl nach – die Verheirateten

Tabelle 6

**Familienstandsspezifische Selbstmordziffern  
– auf jeweils 100 000 Einwohner bezogen –**

Familienstand	1950	1961	1970
	1	2	3
<b>Männer</b>			
ledig (über 15 Jahre alt)	57,1	35,4	52,5
verheiratet	47,2	30,1	36,0
verwitwet	191,6	124,1	214,3
geschieden	220,0	149,0	237,7
<b>Frauen</b>			
ledig (über 15 Jahre alt)	33,9	27,0	26,3
verheiratet	26,3	19,4	22,0
verwitwet	48,6	39,9	49,2
geschieden	58,6	59,7	84,1

unter den Selbstmördern dominieren. In Tabelle 7 sind die zwischen 1950 und 1970 durch Freitod Gestorbenen in drei siebenjährigen Zeitabschnitten nach Alter, Geschlecht und Familienstand gegliedert.

In der Phase von 1964 bis 1970 haben in Hamburg 2 343 Männer und 1 702 Frauen das Leben durch Selbstmord eingebüßt. Dem Familienstand nach waren von je 100 gestorbenen Männern bzw. Frauen:

- ledig: 22 Männer, 17 Frauen
- verheiratet: 52 Männer, 40 Frauen
- verwitwet: 14 Männer, 32 Frauen
- geschieden: 12 Männer, 11 Frauen

Diese Anteile entsprechen in etwa auch denjenigen der beiden vorangegangenen Sieben-Jahres-Perioden. Bemerkenswert hoch ist die Zahl der verwitweten Frauen, die Selbstmord begangen haben; dies resultiert vor allem auf dem derzeitigen Altersaufbau mit dem überdurchschnittlichen Anteil älterer Witwen. Die Verluste des Zweiten Weltkrieges und die längere Lebenserwartung der Frauen sind im wesentlichen die Ursachen für die hohe Zahl der weiblichen Verwitweten.

Schaubild 4

**Selbstmordziffern nach dem Familienstand sowie die prozentuale Altersgliederung der durch Selbstmord Gestorbenen in Hamburg 1970**

– auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerung –

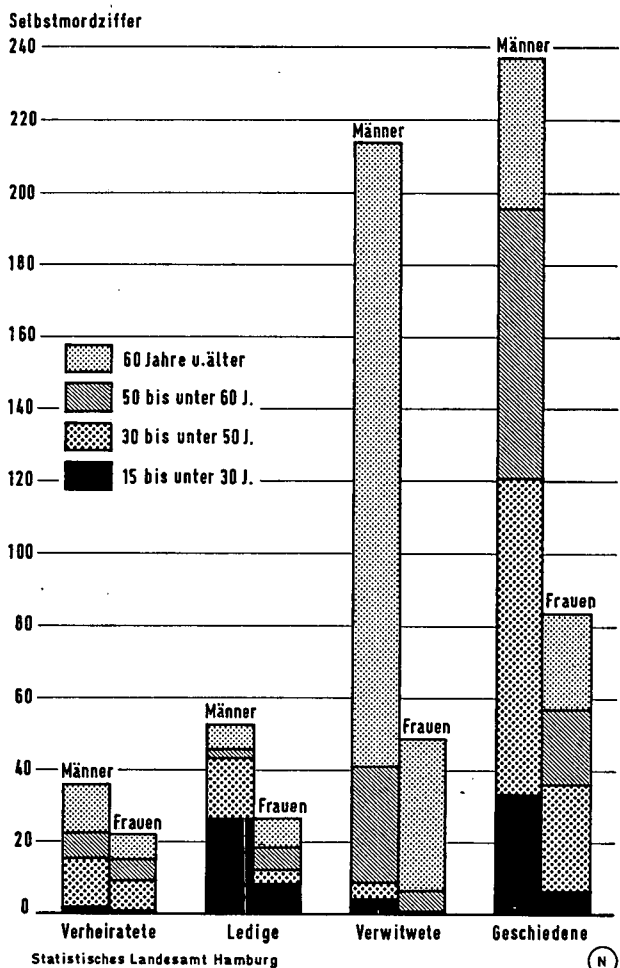


Tabelle 7

**Durch Selbstmord gestorbene Personen nach Familienstand, Altersgruppen und Geschlecht in Hamburg  
1950 bis 1970**

Familienstand	Altersgruppen	männlich			weiblich		
		1950 bis 1956	1957 bis 1963	1964 bis 1970	1950 bis 1956	1957 bis 1963	1964 bis 1970
		1	2	3	4	5	6
ledig .....	15 bis unter 30 Jahre	218	270	263	137	122	82
	30 " " 40 "	47	56	100	37	36	40
	40 " " 50 "	69	34	41	47	27	31
	50 " " 60 "	51	59	52	57	52	40
	60 " " 70 "	51	33	37	24	38	36
	70 und älter .....	20	20	19	17	16	53
Insgesamt ....		456	472	512	319	291	282
verheiratet ...	15 bis unter 30 Jahre	55	53	75	38	35	43
	30 " " 40 "	131	138	193	103	85	84
	40 " " 50 "	306	189	216	237	140	148
	50 " " 60 "	411	392	274	203	193	194
	60 " " 70 "	253	217	298	107	88	141
	70 und älter .....	140	124	159	39	39	71
Insgesamt ....		1 296	1 113	1 215	727	580	681
verwitwet ....	15 bis unter 30 Jahre	—	3	1	2	2	1
	30 " " 40 "	7	4	—	11	2	3
	40 " " 50 "	19	9	9	38	30	23
	50 " " 60 "	53	47	42	88	91	79
	60 " " 70 "	74	59	78	105	127	165
	70 und älter .....	186	170	192	145	158	281
Insgesamt ....		339	292	322	389	410	552
geschieden ...	15 bis unter 30 Jahre	12	12	20	18	12	14
	30 " " 40 "	36	34	74	31	17	19
	40 " " 50 "	93	50	49	42	47	37
	50 " " 60 "	83	107	87	36	42	51
	60 " " 70 "	27	48	44	24	26	37
	70 und älter .....	21	17	20	10	13	29
Insgesamt ....		272	268	294	161	157	187

Auf eine Kommentierung der in den drei Phasen registrierten männlichen bzw. weiblichen Suizide nach dem Familienstand in Kombination mit Altersgruppen wird hier verzichtet. Die Ergebnisse der Tabelle 7 ermöglichen dem Benutzer detaillierte Auswertungen hierüber.

Abschließend sei noch kurz ein Vergleich der Selbstmordhäufigkeit mit München angestellt, hier bezogen auf die altersmäßige Zusammensetzung und nach dem Familienstand. Interessante Unterschiede zeigen sich zunächst hinsichtlich der altersmäßigen Verteilung der Selbstmörder in den beiden Städten. Wie aus Tabelle 8 hervorgeht, ist der Anteil jüngerer Selbstmörder in München deutlich höher als in Hamburg. War in Hamburg 1970 jeder sechste männliche Selbstmörder unter 30 Jahre alt, traf dies in München auf jeden vierten zu. Bei den jüngeren Frauen waren die Anteile 1969 und 1970 in München doppelt so hoch wie in Hamburg, aber auch die 30- bis 40jährigen Frauen hatten in München eine gegenüber Hamburg beträchtlich höhere Selbstmordbeteiligung. Auffallend niedrig dagegen sind in München die Anteile für die über 70jährigen Männer und Frauen, hier hat Hamburg weit darüber liegende Quoten. Ergänzt wird dieses altersmäßige Verteilungsbild durch die Familienstandsgliederung; leider sind hier nur Vergleiche für die Jahre 1967 und 1968 möglich. Der hohe Anteil Lediger unter den Münchener Selbstmördern einerseits und eine zu Hamburg vergleichs-

Tabelle 8

**Selbstmordhäufigkeit in Hamburg und München  
nach Alter und Familienstand**

Altersgruppen Familienstand	Hamburg		München	
	1969	1970	1969	1970
	1	2	3	4
Von 100 männlichen bzw. weiblichen Selbstmördern standen in den Altersgruppen				
männlich				
unter 30 .....	14,0	16,1	21,6	25,0
30 bis unter 40	17,4	15,8	18,3	15,7
40 bis unter 50	15,2	15,2	16,8	18,1
50 bis unter 60	18,3	16,9	17,8	14,4
60 bis unter 70	19,4	19,2	19,2	17,1
70 und älter ..	15,7	16,9	6,3	9,7
weiblich				
unter 30 .....	7,4	7,0	15,6	14,3
30 bis unter 40	8,5	7,0	14,1	12,2
40 bis unter 50	15,1	16,8	28,1	19,7
50 bis unter 60	17,6	20,7	18,0	16,3
60 bis unter 70	22,1	21,5	13,3	19,7
70 und älter ..	29,4	27,0	10,9	17,7
1967      1968      1967      1968				
Von 100 Selbstmördern waren nach dem Familienstand ...				
ledig .....	20,9	19,6	32,9	36,8
verheiratet ...	47,6	44,9	39,6	40,3
verwitwet ....	20,2	24,1	13,4	13,2
geschieden ...	11,3	11,4	14,1	9,7

weise niedrige Quote von Verwitweten korrespondieren mit der vorstehend beschriebenen Altersstruktur. Diese gravierenden Unterschiede stehen zweifellos mit dem Altersaufbau der Bevölkerung im Zusammenhang, lassen sich aber allein daraus nicht erklären. Leider steht statistisches Material für eingehendere Untersuchungen dieser Zusammenhänge nicht zur Verfügung. Dieses Beispiel zeigt, daß regionale Analysen für die Selbstmordforschung vorrangig sind.

### 3.3 Sozialstruktur der Selbstmörder

– Beruf und Stellung im Erwerbsleben –

In der öffentlichen Meinung ist die Ansicht weit verbreitet, mittlere und gehobene soziale Schichten wä-

ren unter den Selbstmördern im Vergleich zu den wirtschaftlich Schwächeren anteilmäßig häufiger vertreten. Stengel hat diese Relation auch aufgrund der Selbstmordversuche untersucht und kam zu folgendem Ergebnis: „Die Klassenverteilung entsprach entweder der der Gesamtbevölkerung oder die oberen und Mittelklassen waren schwächer vertreten als in der Bevölkerung“<sup>4)</sup>. Da statistische Auswertungen zur Sozialstruktur der Selbstmörder offensichtlich sehr selten sind, wurden für Hamburg die Sterbefallzettelkarten mit der Todesursache Suizid 1970 und 1971 nach den darin enthaltenen Angaben zur Erwerbstätigkeit für vier Altersgruppen ausgezählt. In Tabelle 9 sind die Ergebnisse nach einigen Berufsgruppen der Selbstmörder bzw. nach der Stel-

<sup>4)</sup> Stengel, Erwin: „Selbstmord und Selbstmordversuch“. In: Psychiatrie der Gegenwart. Springer, Berlin 1961, Bd. III, S. 63.

Tabelle 9

Durch Selbstmord gestorbene Personen nach der Stellung zum Erwerbsleben, Geschlecht und Altersgruppen in Hamburg 1970 und 1971

Stellung zum Erwerbsleben	1970					1971				
	Insgesamt	davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren				Insgesamt	davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
		unter 30	30 bis 45	45 bis 60	60 und älter		unter 30	30 bis 45	45 bis 60	60 und älter
		1	2	3	4		5	6	7	8
<b>Männer</b>										
Fertigungsberufe . . . . .	87	22	31	27	7	92	16	40	29	7
darunter										
Schmiede, Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe . . . . .	15	5	3	5	2	19	3	8	7	1
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe . . . . .	24	7	9	7	1	23	4	11	7	1
Technische Berufe . . . . .	8	2	2	4	—	12	—	1	9	2
Dienstleistungsberufe . . . . .	108	20	39	33	16	99	16	32	34	17
darunter										
Warenkaufleute . . . . .	18	2	5	3	8	17	2	6	5	4
Bürofach-, Bürohilfskräfte . . . . .	28	7	8	12	1	18	3	4	9	2
Gästepetreuer . . . . .	6	3	3	—	—	10	—	5	5	—
Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe . . . . .	21	6	4	10	1	32	7	15	9	1
Erwerbstätige zusammen . . . . .	224	50	76	74	24	235	39	88	81	27
Rentner, Pensionäre . . . . .	124	—	12	8	104	110	2	4	6	98
Nichterwerbstätige . . . . .	7	7	—	—	—	9	9	—	—	—
Insgesamt . . . . .	355	57	88	82	128	354	50	92	87	125
<b>Frauen</b>										
Fertigungsberufe . . . . .	13	4	4	5	—	13	2	6	5	—
darunter										
Schmiede, Schlosser, Mechaniker und verwandte Berufe . . . . .	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—
Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe . . . . .	8	2	4	2	—	5	—	4	1	—
Technische Berufe . . . . .	1	1	—	—	—	1	1	—	—	—
Dienstleistungsberufe . . . . .	51	8	13	25	5	55	15	19	16	5
darunter										
Warenkaufleute . . . . .	10	—	4	5	1	8	1	1	3	3
Bürofach-, Bürohilfskräfte . . . . .	20	3	5	11	1	19	6	7	5	1
Gästepetreuer . . . . .	2	—	—	1	1	4	—	1	2	1
Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe . . . . .	7	2	4	1	—	9	2	4	3	—
Erwerbstätige zusammen . . . . .	72	15	21	31	5	78	20	29	24	5
Rentner, Pensionäre . . . . .	113	1	1	18	93	101	—	1	18	82
Nichterwerbstätige . . . . .	71	2	13	30	26	72	2	22	25	23
Insgesamt . . . . .	256	18	35	79	124	251	22	52	67	110

lung zum Erwerbsleben enthalten. Bei der globalen Gliederung nach der Erwerbstätigkeit stellt sich heraus, daß unter den männlichen Selbstmördern 1970 rund 63 % und 1971 gut 66 % erwerbstätig waren, für die männliche Gesamtbevölkerung betrug der Anteil nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 rd. 61 %, es ist danach kein signifikanter Unterschied feststellbar. Dagegen waren unter den Selbstmörderinnen Erwerbstätige weniger beteiligt; 1970 befanden sich unter der weiblichen Gesamtbevölkerung 33,5 % Erwerbstätige gegenüber 28 % bei den Suiziden. Rentnerinnen und sonstige Nichterwerbstätige – darunter insbesondere Hausfrauen – bilden mit 44 % bzw. 28 % verhältnismäßig große Gruppen. Die Alterskomponente, der hohe Anteil älterer Frauen unter der Gesamtbevölkerung, kommt in diesen Relationen zum Ausdruck bzw. begründet sie.

Die Berufsklassifizierung kann wegen der kleinen absoluten Zahlen nur in stark zusammengefaßten Gruppen erfolgen; dies gilt in besonderem Maße für die wenigen erwerbstätigen Frauen, welche den Freitod gesucht hatten; die meisten zählten erwartungsgemäß zu Dienstleistungsberufen (71 %). Von den erwerbstätigen Männern, welche 1970 und 1971 Selbstmord begangen hatten, gehörten jeweils 39 % Fertigungsberufen, 48 % bzw. 42 % Dienstleistungsberufen an. Diese Verteilung dürfte im wesentlichen wiederum der Gesamtstruktur aller Erwerbstätigen entsprechen; nach Vorliegen der Berufszählungsergebnisse können entsprechende Vergleiche auch hinsichtlich der altersmäßigen Zusammensetzung angestellt werden. Die Ergebnisse der Tabelle 9 lassen zunächst vermuten, daß die Gruppe der ungelerten Arbeiter überproportional besetzt ist. Auch könnte aus der relativ hohen Zahl der „Gästebetreuer“, das sind überwiegend Gaststättenbesitzer und Kellner, geschlossen werden, daß deren Selbstmordhäufigkeit überdurchschnittlich ist. Um diese Zusammenhänge untersuchen zu können, ist beabsichtigt, auch in den kommenden Jahren die Unterlagen zur Sozialstruktur der Selbstmörder bereitzustellen. Aufgrund der für 1970 und 1971 vorliegenden Ergebnisse kann zur Zeit jedenfalls noch nicht eindeutig der Schluß gezogen werden, daß bestimmte soziale Gruppen besonders selbstmordanfällig wären.

#### 4. Wahl der Selbstmordmittel

Die Todesursachen bzw. die Arten der Selbstmorde werden seit langem statistisch beobachtet. Abgesehen von zahlreichen ausgefallenen Selbstmordarten, die in einer Gruppe „Sonstige“ zusammengefaßt sind, handelt es sich bei den sechs gebräuchlichsten Methoden um das Vergiften, Erhängen, Erschießen, den Gastod, das Stürzen aus der Höhe und Ertränken. Mit dem Fortschreiten der Technik hat sich die Verwendung der mechanischen Mittel verändert; in den Tabellen 10a und 10b sowie im Schaubild 5 sind die Arten des Selbstmordes 1938 und ab 1945 für männliche und weibliche Personen getrennt dargestellt, da sie bemerkenswerte Unterschiede aufweisen.

Vor dem Kriege war das Erhängen die mit Abstand häufigste Selbstmordart bei Männern und Frauen: Im Jahre 1938 wählten in Hamburg von 100 männlichen

Tabelle 10a

#### Die Selbstmorde der Männer nach der Todesursache In Hamburg – in % der männlichen Selbstmörder –

Jahre	Art des Selbstmordes						
	Gifte	Koch- und Leucht- gas	Er- hängen	Er- tränken	Feuer- waffen	Sturz aus der Höhe	Son- stige
	1	2	3	4	5	6	7
1938 ...	8,0	12,8	47,9	9,9	9,7	2,9	8,8
1945 ...	10,9	1,7	63,6	7,6	12,6	—	3,6
1946 ...	14,6	1,7	66,1	8,3	2,7	1,0	5,6
1947 ...	25,5	4,0	54,0	10,5	2,0	0,3	3,7
1948 ...	18,2	9,5	52,5	10,4	1,6	1,0	6,8
1949 ...	13,3	14,6	54,0	9,8	2,1	1,9	4,3
1950 ...	16,7	18,9	47,8	7,9	0,8	1,9	6,0
1951 ...	15,2	21,9	48,6	5,2	0,6	0,6	7,9
1952 ...	17,0	15,5	51,8	8,2	0,6	2,4	4,5
1953 ...	18,5	15,8	50,8	6,6	0,8	2,8	4,7
1954 ...	19,0	25,0	42,0	3,2	1,5	3,2	6,1
1955 ...	23,2	20,7	40,5	5,1	1,2	3,0	6,3
1956 ...	24,8	18,8	47,0	2,0	1,7	1,3	4,4
1957 ...	21,1	18,7	45,7	4,6	1,1	2,5	6,3
1958 ...	22,0	11,2	51,5	5,6	1,6	2,2	5,9
1959 ...	22,9	10,8	48,7	7,6	2,6	1,6	5,8
1960 ...	22,1	14,1	46,8	5,0	3,2	3,2	5,6
1961 ...	19,0	13,0	43,1	8,5	4,5	3,3	8,6
1962 ...	23,6	15,2	42,2	3,1	4,7	3,1	8,1
1963 ...	28,9	14,3	38,8	5,4	3,1	3,7	5,8
1964 ...	21,5	14,9	45,0	5,7	2,8	2,8	7,3
1965 ...	27,0	8,2	46,0	5,3	3,0	2,0	8,5
1966 ...	30,8	6,5	44,6	4,3	4,3	1,5	8,0
1967 ...	36,6	2,6	41,3	6,1	5,5	1,5	6,4
1968 ...	31,2	2,6	41,1	5,0	6,1	5,3	8,7
1969 ...	39,0	2,2	37,4	4,8	5,9	4,2	6,5
1970 ...	44,2	2,8	38,0	2,5	5,1	2,3	5,1
1971 ...	50,8	2,3	32,5	1,1	7,1	2,5	3,7

Selbstmördern 48, unter den weiblichen 29 diese Todesart. An zweiter Stelle stand damals der Tod durch Gas (Koch- und Leuchtgas), den 27 % der Frauen und 13 % der Männer suchten.

Die dritthäufigste Selbstmordart bei den Selbstmörderinnen war die Vergiftung: Jede sechste Frau, die sich das Leben nahm, beendete es mit Gift, der Anteil bei den Männern war halb so groß. Verhältnismäßig hoch und gleich häufig bei Männern und Frauen war die Todesart „Ertränken“, die jeder zehnte männliche bzw. weibliche Selbstmörder wählte. Daß der Tod durch Feuerwaffen für Männer häufiger (10 %) als bei Frauen (2 %) registriert wurde, überrascht nicht; bemerkenswert ist dagegen, daß Frauen den Sturz aus der Höhe so häufig gewählt hatten (7 % gegenüber 3 % der männlichen Selbstmörder).

Aus den Tabellen 10a und 10b sowie dem Schaubild 5 lassen sich folgende Veränderungen der Präferenzen in den 27 Jahren feststellen:

- Die Vergiftung durch Tabletteneinnahme, bei Frauen bereits in den ersten Nachkriegsjahren zur bevorzugten Selbstmordart geworden, wird immer häufiger beobachtet. Im Jahre 1971 starben 59 von 100 Selbstmörderinnen daran. Die prozentuale Steigerung dieser Selbstmordart war bei den Männern in den letzten fünf Jahren ebenfalls außergewöhnlich hoch; lagen die Anteile bis 1965 immer noch unter 30 %, so wird 1971 bereits bei jedem zweiten männlichen Selbstmörder die To-



Tabelle 10b

**Die Selbstmorde der Frauen nach der Todesursache  
in Hamburg**

— in % der weiblichen Selbstmörder —

Jahre	Art des Selbstmordes						
	Gifte	Koch- und Leucht- gas	Er- hängen	Er- tränken	Feuer- waffen	Sturz aus der Höhe	Son- stige
	1	2	3	4	5	6	7
1938 ...	16,3	26,6	29,4	10,7	2,4	7,1	7,5
1945 ...	34,7	2,4	35,9	18,2	3,5	2,4	2,9
1946 ...	41,7	3,6	33,6	13,9	1,3	1,4	4,5
1947 ...	43,3	9,7	29,9	12,0	1,4	—	3,7
1948 ...	40,4	18,1	25,0	10,6	1,1	2,1	2,7
1949 ...	25,4	37,3	24,1	7,3	0,5	3,6	1,8
1950 ...	35,3	38,8	16,8	5,6	—	0,9	2,6
1951 ...	20,2	42,1	22,3	6,0	0,4	4,7	4,3
1952 ...	30,3	31,2	20,2	9,2	—	3,2	5,9
1953 ...	31,9	30,9	21,6	7,0	—	4,3	4,3
1954 ...	28,2	38,4	20,8	6,7	—	3,5	2,4
1955 ...	29,5	31,2	25,6	5,1	—	4,7	3,9
1956 ...	33,5	25,5	24,7	5,4	—	5,9	5,0
1957 ...	28,7	20,3	29,2	9,4	—	6,4	6,0
1958 ...	34,2	21,1	29,2	8,5	—	6,0	1,0
1959 ...	36,7	16,8	29,1	8,7	0,5	6,1	2,1
1960 ...	35,8	21,4	21,4	6,5	—	7,4	7,5
1961 ...	29,6	25,2	26,1	8,0	0,5	3,5	7,1
1962 ...	32,4	20,6	24,9	9,9	—	6,1	6,1
1963 ...	38,0	19,3	26,7	4,8	—	8,0	3,2
1964 ...	41,9	14,9	26,6	6,1	—	5,7	4,8
1965 ...	46,2	9,7	26,0	7,5	0,9	4,0	5,7
1966 ...	43,7	10,2	27,9	9,3	0,9	4,7	3,3
1967 ...	53,0	3,6	24,1	10,5	—	4,4	4,4
1968 ...	51,2	3,1	31,1	6,7	1,2	2,8	3,9
1969 ...	58,8	4,8	18,7	5,9	0,4	5,9	5,5
1970 ...	56,2	2,3	21,9	5,9	0,8	7,4	5,5
1971 ...	58,5	1,6	21,5	6,4	0,8	6,8	4,4

desursache Vergiftung festgestellt. Die Wahl von Schlaf- oder Betäubungsmitteln wird also neuerdings von Männern fast ebenso oft wie von Frauen getroffen. Hier wirken sich zweifellos zeitbedingte Strömungen aus; der allgemein hohe Tablettenkonsum — der Wunsch nach Betäubung — dürfte neben zahlreichen anderen Faktoren dazu beitragen. Das vorliegende Material für die einzelnen Jahre ermöglicht weitergehende Analysen in dieser Richtung, die evtl. auch zu Aufschlüssen über die Ursachen extremer Jahreswerte führen können.

- b) Das zweifellos „härtere“ Mittel Erhängen, in der ersten Nachkriegszeit bei zwei Dritteln der männlichen und einem Drittel der weiblichen Selbstmordhandlungen festgestellt, verzeichnete im Beobachtungszeitraum zwar abnehmende Tendenz; diese ist bei den Männern — mit einem Rückgang von zwei Dritteln auf ein Drittel — aber viel ausgeprägter als bei Frauen. Es ist bemerkenswert, daß sich immer noch mindestens jede fünfte Selbstmörderin erhängt.
- c) Die extremste Entwicklung unter den Todesursachen ist beim Gastod zu verzeichnen, der in den letzten Jahren bei Männern und Frauen nur noch ganz selten vorkommt und seit 1967 auffallend abgenommen hat. Dabei starben z. B. im Jahre 1951 etwa 42 von 100 Selbstmörderinnen an Koch- und Leuchtgas und 1954 traf dies für jeden vierten männlichen Selbstmordfall zu. Die technische Entwicklung, die vermehrte Ausstat-

tung von Küchen mit elektrischen Kochgelegenheiten dürfte mit dazu beigetragen haben. Andererseits steht das Ansteigen der Fälle von Vergiftungen durch Schlaf- oder Betäubungsmittel damit ebenfalls im Zusammenhang. Der vorübergehende Rückgang von Selbstmorden durch „Koch- und Leuchtgas“ in den Jahren 1945 bis 1947 ist auf die fehlende oder abgedrosselte Gasversorgung in der ersten Nachkriegszeit zurückzuführen.

- d) Erschießen, Sturz aus der Höhe und Ertränken sind Selbstmordarten, die — wie das Erhängen — auf eine besonders intensive Selbstmordabsicht schließen lassen.

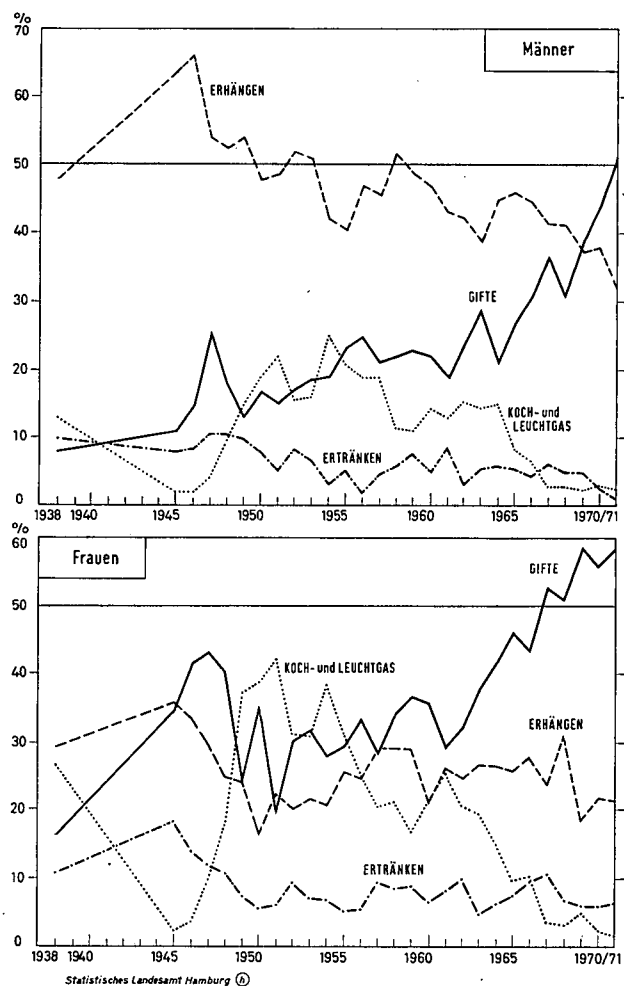
Ertränken und Sturz aus der Höhe werden auch heute noch von Frauen häufiger gewählt als von Männern; Schaubild 5 zeigt, daß der Tod im Wasser bei Männern und Frauen inzwischen zur seltenen Todesursache geworden ist.

Sturz aus der Höhe hatte bei den Selbstmörderinnen in folgenden Jahren Höchstwerte:

1938 (7,1 %)
1960 (7,4 %)
1963 (8,0 %)
1970 (7,4 %).

Schaubild 5

**Selbstmorde von Männern und Frauen nach der Tötungsart  
in Hamburg 1938 bis 1971**



Es ist durch die Selbstmordforschung inzwischen belegt, daß das Vorhandensein von leicht erreichbaren Selbstmordgelegenheiten — hier etwa Hochhäuser, Aussichts-Plattformen, Hochbrücken usw. — die Quoten nicht entscheidend beeinflußt. So ist z. B. auch der Selbstmord durch Feuerwaffen unter den Männern in den letzten Jahren nicht so angestiegen, wie dies etwa durch die leichte Beschaffbarkeit von Waffen hätte vermutet werden können. Außerdem sind für eine Beurteilung dieser Selbstmordhandlungen stets die (kleinen) absoluten Zahlen mit heranzuziehen.

## 5. Informationen aus der Statistik der Freitodversuche in Hamburg

### 5.1 Zur Definition und statistischen Erfassung der Freitodversuche

Die Freitodversuche werden — soweit sie der Polizei zur Kenntnis gelangen — in einer Statistik des Kriminalamtes nachgewiesen. Der Begriff Freitodversuch ist im Polizeibereich wie folgt festgelegt: „Absicht eines Menschen, auf freiwilliger Basis (durch Gewalt) aus dem Leben zu scheiden, ohne daß mit diesem Versuch eine strafbare Handlung begangen wird“. Da grundsätzlich niemand verpflichtet ist, der Polizei einen derartigen Versuch mitzuteilen, umfassen die in der Statistik des Kriminalamtes ausgewiesenen Daten, die dem Statistischen Landesamt für die vorliegende Untersuchung dankenswerterweise zur Verfügung gestellt wurden, also nur die der Polizei bekanntgewordenen Freitodversuche. Es handelt sich demnach um Mindestzahlen, die Dunkelziffern dürften hier sicher höher sein als bei den Suiziden mit letalem Ausgang. Bei letzteren werden im Gesundheitsamt alle eingegangenen Todesbescheinigungen amtsärztlich geöffnet und an Hand der Angaben des verschlossenen Teils der Todesbescheinigung auf die Möglichkeit eines nicht natürlichen Todes hin überprüft. Ergibt sich dabei ein solcher Verdacht, ist erforderlichenfalls das Kriminalamt (Leichen- und Vermissenstelle) einzuschalten. Wird die Polizei über einen Freitodversuch verständigt, so füllt die Revierwache, in deren Bereich er unternommen wurde, einen Fragebogen mit Angaben zur Person, Tat und Verbleib des Freitodsuchenden aus. Die Angaben zur Tat beziehen sich auf Ort, Zeit, Art der Ausführung (z. B. Einnahme von Tabletten), Mittel zur Tat und Sachverhalte über die vorgefundene Situation. Auch über das Motiv, den Eindruck einer Gemüts- oder Geisteskrankheit, das evtl. Vorhandensein eines Abschiedsbriefes sollen Eintragungen gemacht werden. Ausfertigungen dieses Fragebogens erhalten der Arzt des Aufnahmehospitals, die Krankenhausfürsorgerin, das für den Wohnsitz zuständige Gesundheitsamt (Psychiatrischer Dienst, für eine nachgehende Betreuung) und schließlich das Kriminalamt (u. a. für statistische Zwecke). Da die Auswertung nach dem Ereignisort und nicht nach dem Wohnortsprinzip durchgeführt wird, sind in den folgenden Tabellen sämtliche in Hamburg (auch von Nichthamburgern) unternommenen Versuche ausgewiesen. Nach Schätzung des Kriminalamtes dürften in der Gesamtzahl der rd. 3 000 Versuche pro Jahr etwa 100 Auswärtige enthalten sein. Es kann angenommen werden, daß anderer-

seits etwa ebensoviele Hamburger außerhalb eines Freitodversuchs unternehmen, so daß sich an der Größenordnung der hier für Hamburg ausgewiesenen Daten durch die Erfassungsmethode nach dem Ereignisort nichts ändern dürfte.

### 5.2 Häufigkeit von Freitodversuchen im Vergleich zu den Suiziden mit letalem Ausgang

Über die Relation von Freitodversuchen zu Selbstmorden werden in der Literatur — mangels statistischer Unterlagen — außerordentlich unterschiedliche Angaben gemacht. Ein Verhältnis von 10 : 1 wird vielfach noch als realistisch beurteilt, über die Schätzung der Dunkelziffer gehen die Meinungen weit auseinander; nach Thomas ist sie mindestens so hoch wie die Zahl der Freitodversuche, wahrscheinlich jedoch mehr als doppelt so hoch<sup>7)</sup>.

Die Auszählung der Hamburger Freitodversuche durch die Polizei ist in Tabelle 11 für 1938 und ab 1946 dargestellt und es sind dort auch die Zahlen der Selbstmörder nach der Todesursachenstatistik enthalten. Im Schaubild 6 sind diese Daten graphisch dargestellt. Hier überrascht zunächst in der zeitlichen Entwicklung die relative Konstanz der Selbstmordzahlen, dagegen ist laufend eine Steigerung der Freitodversuche zu beobachten, und zwar besonders ausgeprägt bei Frauen. Daß ganz allgemein der Anteil der Frauen beim Freitodversuch größer ist als derjenige der Männer — bei den Suiziden mit letalem Ausgang ist dies umgekehrt — wurde in

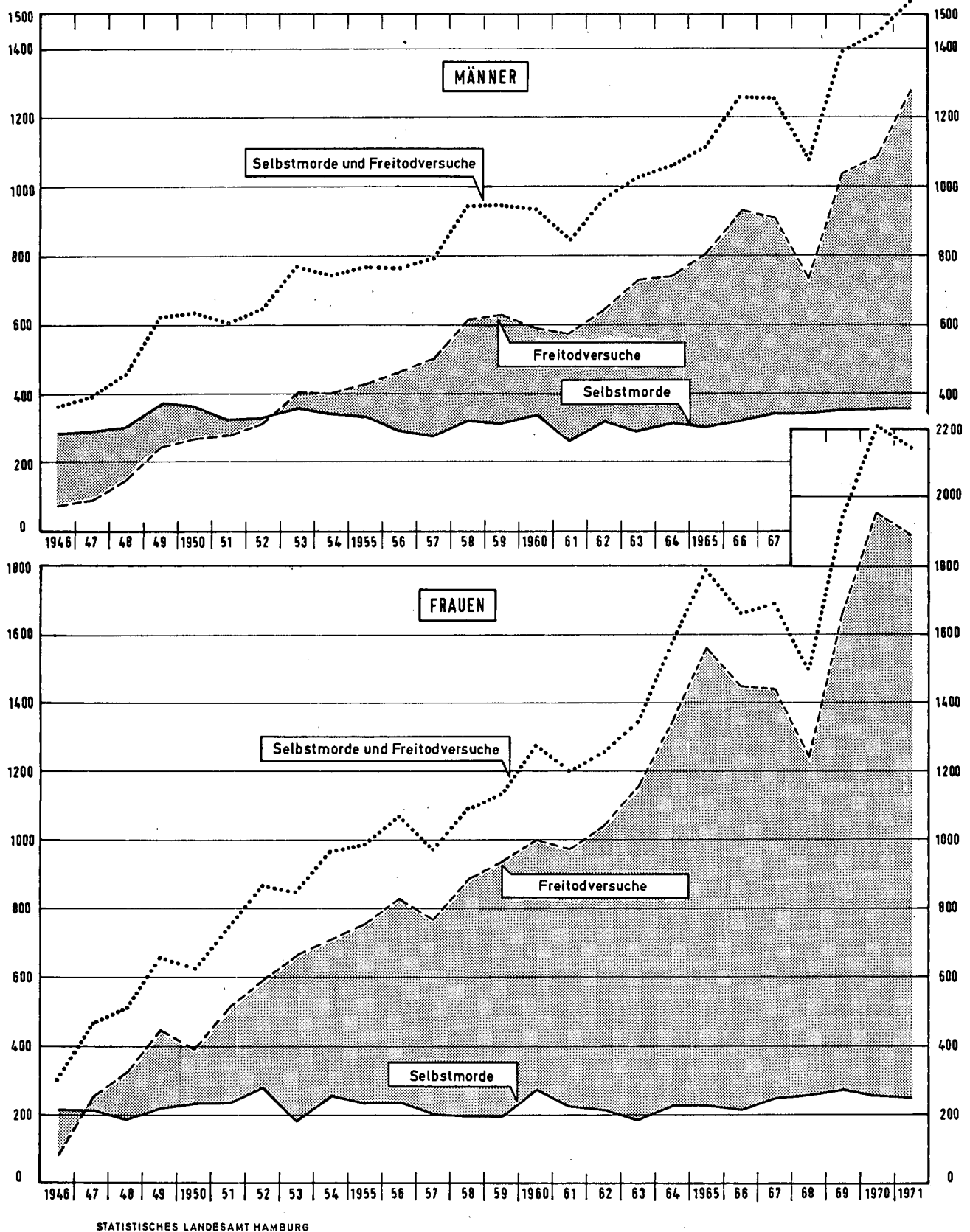
<sup>7)</sup> Thomas, a.a.O. S. 6. Er erwähnt dort, daß sie nach amerikanischen Autoren das Drei- bis Sechsfache, nach Stengel das Siebenfache der Selbstmordversuche betrage.

Tabelle 11  
Freitodversuche und Selbstmörder nach dem Geschlecht  
in Hamburg

Jahre	Zahl der Freitodversuche		auf 100 Freitodversuche kamen	Zahl der Selbstmörder		auf 100 Selbstmorde kamen
	Männer	Frauen	Männer	Männer	Frauen	Männer
	1	2	3	4	5	6
1938	.	.	.	486	252	65,9
1946	76	83	47,8	290	217	57,7
1947	95	249	27,6	298	217	57,9
1948	151	322	31,9	307	188	62,0
1949	249	448	35,7	376	220	63,1
1950	273	396	40,8	365	232	61,1
1951	280	512	35,4	329	233	58,5
1952	318	590	35,0	330	278	60,2
1953	408	665	38,0	362	185	66,2
1954	404	711	36,2	343	255	57,4
1955	432	754	36,4	336	234	58,9
1956	467	828	36,1	298	239	55,5
1957	508	770	39,7	284	202	58,4
1958	622	887	41,2	322	199	61,8
1959	633	937	40,3	314	196	61,6
1960	597	999	37,4	340	275	61,3
1961	580	974	37,3	269	226	54,3
1962	644	1 041	38,2	322	213	60,2
1963	733	1 154	38,8	294	187	61,1
1964	744	1 348	35,6	316	229	58,0
1965	810	1 562	34,1	304	227	57,3
1966	937	1 446	39,3	325	215	60,2
1967	916	1 440	38,9	344	249	58,0
1968	735	1 240	37,2	343	254	57,5
1969	1 042	1 669	38,2	356	272	56,7
1970	1 090	1 952	35,8	355	256	58,1
1971	1 185	1 888	38,6	354	251	58,5

Schaubild 6

Freitodversuche und Selbstmorde nach dem Geschlecht in Hamburg 1946 bis 1971



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

der Literatur mehrfach nachgewiesen. Die Häufung der Freitodversuche in den letzten Jahren, die auch in anderen Ländern festgestellt wurde, ist gelegentlich als Wohlstandserscheinung gedeutet worden. Bei der Analyse des Verlaufes der beiden Kurven – der

Versuche und der Selbstmorde – sollte allerdings folgendes beachtet werden:

Die Zahl der Suizide mit tödlichem Ausgang ist in den letzten Jahren vermutlich deshalb nicht ange-

stiegen, weil Polizei und Feuerwehr schneller und wirksamer helfen können, so daß Selbstmorde häufiger verhindert werden als früher. Die geretteten Personen erscheinen statistisch unter den Versuchen.

Es wurde bereits erwähnt, daß die Vergiftungen durch Schlaftabletten oder sonstige Medikamente sehr stark zugenommen haben, insbesondere bei Frauen. Dies gilt, wie unter 5.4 nachgewiesen wird, auch für die Freitodversuche. Durch die schnelle Krankenhauseinlieferung werden viele Personen gerettet und als Versuche gezählt. Es kann andererseits angenommen werden, daß in früheren Jahren bei leichteren Vergiftungen im Hause die Rettungsorgane nicht so schnell zur Stelle waren und daß bei der allgemeinen Einstellung zum Selbstmord bei den Angehörigen eher die Tendenz bestand, dies zu vertuschen.

Die Möglichkeit, daß die Zunahme der Freitodversuche bei Konstantbleiben der Suizide – als Folge der Verschiebung des Selbstmordmittels auf die Einnahme von Tabletten – nur eine scheinbare ist, wurde bereits von Waage angedeutet<sup>9)</sup>.

Wenn damit die Ergebnisse der Tabelle 11 und des Schaubildes 6 im Zeitvergleich auch relativiert werden, so bleibt doch die Tatsache, daß die Hamburger Verwaltungsstellen (Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser, Gesundheitsämter) sich in den beiden letzten Jahren mit jeweils 3 000 Freitodversuchen zu befassen hatten. Die Relation zwischen Freitodversuch und Selbstmord betrug 1970 und 1971 in Hamburg bei den Männern 3:1, bei den Frauen dagegen knapp 8:1.

### 5.3 Freitodversuche und Selbstmorde im saisonalen Verlauf

Über den monatlichen Verlauf der Selbstmordhandlungen können Aussagen aufgrund der Polizeistatistik gemacht werden. Für die Jahre 1950, 1960 und 1970 sind in Tabelle 12 die monatlichen Selbstmordzahlen für Männer und Frauen sowie die Freitodversuche nachgewiesen. Bei den Selbstmorden ergeben sich keine Hinweise auf typische saisonale Häufigkeiten; es gibt nach diesen Aufzeichnungen weder Monate, die bei Männern oder Frauen in allen Jahren besonders hohe oder auch ausgesprochen niedrige Selbstmordzahlen aufweisen. Auch bei den Freitodversuchen der Jahre 1950 und 1960, die im Vergleich zu 1970 noch verhältnismäßig niedrig waren, zeichnen sich keine einheitlichen Tendenzen ab. Dagegen erscheint für 1970 bemerkenswert, daß die Freitodversuche von Frauen in den Wintermonaten sich auffallend häuften; im Januar und Februar sowie im Dezember wurden jeweils mehr als 200 Fälle registriert, im Vergleich zum Monatsdurchschnitt von 163 also sehr hohe Zahlen. Daß sich ältere Alleinstehende im Winter und speziell an den Feiertagen zum Jahresende in der Großstadt besonders vereinsamt fühlen, mag hier eine Rolle spielen. Bei den Freitodversuchen der Männer ist ein Anstieg in den Wintermonaten nicht zu beobachten.

<sup>9)</sup> Waage, Gunnar: Selbstmordversuche bei Kindern und Jugendlichen, in: Praxis Kinderpsychologie 15:1 (1966).

Tabelle 12

### Freitodversuche und Selbstmorde im saisonalen Verlauf in Hamburg 1950, 1960 und 1970 – nach Angaben der Polizei –

Monate	1950		1960		1970	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
	1	2	3	4	5	6
<b>Freitodversuche</b>						
Januar .....	18	41	50	76	112	239
Februar .....	23	31	34	79	81	204
März .....	13	31	34	72	83	174
April .....	32	28	47	78	99	166
Mai .....	28	36	34	83	63	158
Juni .....	24	31	41	72	85	185
Juli .....	24	30	41	70	73	150
August .....	21	37	61	101	85	118
September ..	21	44	59	95	117	163
Oktober .....	20	31	58	93	104	139
November ...	24	31	73	91	102	43
Dezember ...	25	25	65	89	86	213
Insgesamt ...	273	396	597	999	1 090	1 952
<b>Selbstmorde</b>						
Januar .....	31	15	36	15	22	34
Februar .....	33	19	30	16	23	19
März .....	40	19	25	17	31	25
April .....	36	18	27	23	27	15
Mai .....	30	19	32	19	34	20
Juni .....	38	19	29	15	29	23
Juli .....	35	12	22	14	31	23
August .....	32	26	26	20	22	18
September ..	25	22	28	14	41	19
Oktober .....	24	20	24	15	41	20
November ...	22	20	30	26	26	21
Dezember ...	19	23	31	21	28	19
Insgesamt ...	365	232	340	215	355	256

Zwar hatte der Januar mit 112 Freitodversuchen die zweithöchste Zahl, im September wurden 117 registriert und auch Oktober und November hatten überdurchschnittliche Zahlen.

Die Frage, ob das Wetter Einfluß auf die Selbstmordhäufigkeit hat, wird öfter gestellt. Rakoczy hat 1 611 Fälle, die 1965 bis 1970 bei der Münchener Polizei registriert wurden, auch daraufhin untersucht<sup>9)</sup>. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß ein direkter Einfluß meteorologischer Faktoren auf die Höhe der Selbstmordquote nicht nachweisbar ist; auch bei Föhnwetter war keine Häufung an Selbstmorden feststellbar.

### 5.4 Freitodversuche nach Arten und Motiven

Bis zum Jahre 1965 wurden die polizeilichen Ermittlungen über die Freitodversuche auf Wunsch des Bundeskriminalamtes auch nach Arten und Motiven ausgewertet, seit 1966 wird darauf verzichtet. Im wesentlichen dürfte dies damit zusammenhängen, daß die Motiv-Statistik hinsichtlich ihres Aussagewertes in Fachkreisen vielfach kritisiert wurde. Die Hauptargumente und Vorbehalte stützen sich darauf, daß Ermittlungen über ursächliche Tatmotive häufig nur auf Vermutungen beruhen, daß die Geretteten

<sup>9)</sup> Rakoczy, Dr. E.: Es handelt sich dabei um eine Dissertation, die in der FAZ vom 29. 12. 72 besprochen wurde (in der Bibliothek der Ludwig Maximilians-Universität München vorhanden).

Tabelle 13

Freitodversuche in Hamburg 1955, 1960 und 1965

Freitodarten Freitodmotive	Männer						Frauen					
	1955		1960		1965		1955		1960		1965	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>Freitodarten</b>												
Vergiftungen (ohne Leuchtgas) .....	201	46,6	348	58,3	597	73,7	489	64,9	745	74,6	1 316	84,3
Leuchtgasvergiftungen .....	91	21,1	74	12,4	35	4,3	140	18,6	91	9,1	74	4,7
Erhängen oder Erdrosseln .....	26	6,0	23	3,9	22	2,7	8	1,1	16	1,6	9	0,6
Ertränken .....	18	4,2	21	3,5	20	2,5	31	4,1	34	3,4	29	1,9
Erschießen .....	2	0,5	1	0,2	6	0,7	—	—	1	0,1	—	—
Überfahrenlassen .....	3	0,7	7	1,2	2	0,2	8	1,1	7	0,7	10	0,6
Sturz aus der Höhe .....	5	1,2	7	1,2	13	1,6	11	1,5	13	1,3	23	1,5
Verletzung durch Schnitt oder Stich ..	85	19,5	111	18,5	103	12,7	67	8,7	86	8,6	86	5,5
Andere Arten .....	1	0,2	5	0,8	6	0,8	—	—	6	0,6	13	0,8
Freitodart unbekannt .....	—	—	—	—	6	0,8	—	—	—	—	2	0,1
<b>Insgesamt .....</b>	<b>432</b>	<b>100</b>	<b>597</b>	<b>100</b>	<b>810</b>	<b>100</b>	<b>754</b>	<b>100</b>	<b>999</b>	<b>100</b>	<b>1 562</b>	<b>100</b>
<b>Freitodmotive</b>												
Wirtschaftliche Gründe .....	72	16,7	35	5,9	57	7,0	45	6,0	18	1,8	43	2,8
Unheilbare Krankheit, Schwermut, Nervenleiden .....	186	43,0	163	27,3	377	46,5	320	42,4	282	28,2	642	41,1
Liebeskummer .....	19	4,4	50	8,4	52	6,4	63	8,4	78	7,8	98	6,3
Furcht vor Strafe oder Schande .....	31	7,2	21	3,5	29	3,6	19	2,5	17	1,7	22	1,4
Familienzwistigkeiten .....	111	25,7	114	19,1	194	24,0	283	37,5	206	20,6	447	28,6
Sonstige Motive .....	—	—	129	21,6	42	5,2	—	—	198	19,9	97	6,2
Nicht erkennbare Motive .....	13	3,0	85	14,2	59	7,3	24	3,2	200	20,0	213	13,6
<b>Insgesamt .....</b>	<b>432</b>	<b>100</b>	<b>597</b>	<b>100</b>	<b>810</b>	<b>100</b>	<b>754</b>	<b>100</b>	<b>999</b>	<b>100</b>	<b>1 562</b>	<b>100</b>

falsche Aussagen über die Beweggründe ihres Handelns machen und daß subjektive Einflüsse des vernehmenden Beamten nicht auszuschalten seien. Die Ergebnisse dieser Statistik für 1955, 1960 und 1965 werden hier dennoch veröffentlicht, weil sie zumindest Größenvorstellungen vermitteln und das aus der amtlichen Selbstmordstatistik gewonnene Bild ergänzen können.

Die genannten Vorbehalte gelten übrigens sicher nicht für die Gliederung der Freitodversuche nach Arten, da diese bei der Ermittlung verhältnismäßig genau bekannt werden.

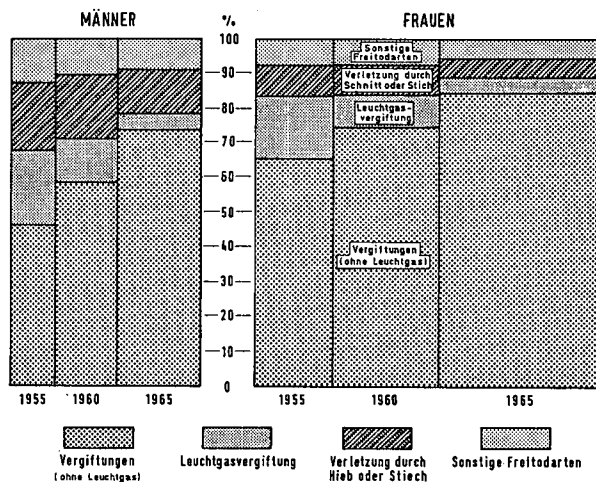
In Tabelle 13 und im Schaubild 7 sind die versuchten Freitodarten und die Freitodmotive für die drei gewählten Jahre dargestellt.

Bei den gewählten Mitteln tritt die Tendenz zur Überdosis von Medikamenten noch stärker hervor als bei den Suiziden mit tödlichem Ausgang. Vergleicht man für 1965 die Anteile der Vergiftungen bei Selbstmorden (Tabelle 10) und Freitodversuchen (Tabelle 13), kamen in diesem Jahr 27% der männlichen Selbstmörder auf diese Weise um das Leben, bei den Freitodversuchen betrug der Anteil dagegen 74%. Unter den Selbstmörderinnen des Jahres 1965 starben 46% infolge einer Vergiftung, 84% der versuchten Selbsttötungen von Frauen waren mit Medikamenten geplant. Auch in der zeitlichen Entwicklung bestätigt sich der bei den Todesursachen unter Ziff. 4 bereits erwähnte Trend, der die herkömmlichen „härteren“ Arten bzw. Mittel in ihrer Bedeutung ständig verringert.

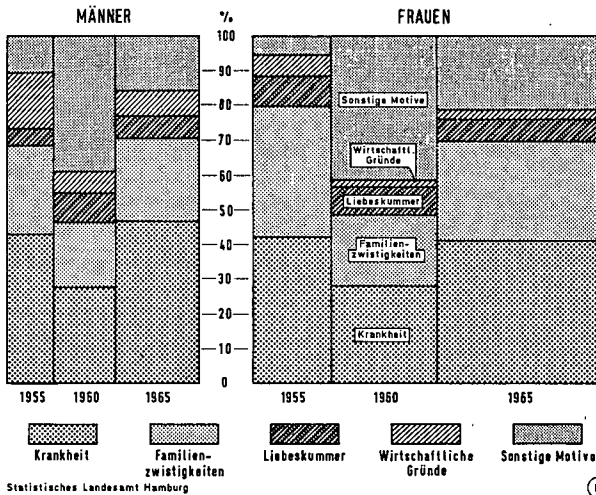
In Anbetracht der erwähnten Problematik einer Motivstatistik sei auf die eingehende Kommentierung

Schaubild 7

Freitodversuche nach Arten in Hamburg 1955, 1960 und 1965



Freitodversuche nach Motiven in Hamburg 1955, 1960 und 1965



der Ergebnisse in Tabelle 13 verzichtet. Wichtig erscheint allerdings, daß im Zuge der polizeilichen Ermittlungen für über 40% der Männer und Frauen, die 1965 einen Freitodversuch unternommen hatten, als Motiv „Unheilbare Krankheit, Schwermut, Nervenleiden“ angegeben war. Bei gut jedem vierten Fall wurden Familienzwiseigkeiten genannt, demgegenüber spielen die übrigen Motive eine relativ geringe Rolle. So wurden 1965 wirtschaftliche Gründe von

7% der lebensmüden Männer und 3% der Frauen geltend gemacht, Liebeskummer von jeweils 6% der Männer und Frauen. 1955 spielten wirtschaftliche Gründe offensichtlich noch eine größere Rolle. Aus diesen Ergebnissen kann der Schluß gezogen werden, daß etwa die Hälfte der Freitodversuche nicht wegen Krankheit, sondern aus sonstigen Konfliktsituationen heraus begangen werden.

Werner Matti

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	767,6	767,2	757,7	760,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	3,5	2,1	3,1	2,6
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	82	92	88	84
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	4	3
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	5,3	7	7	7
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	12	24	40	10
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	51	24	46	44
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	13	21	11	16
Tage mit Niederschlägen	"	258	201	12	21	26	16
<b>Bevölkerung</b>							
<b>Bevölkerungsgestand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	...	...	...	...	245,6
" Altona	"	264,3	...	...	...	...	258,1
" Eimsbüttel	"	264,6	...	...	...	...	254,8
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	...	...	...	347,3
" Wandsbek	"	357,5	...	...	...	...	373,8
" Bergedorf	"	82,6	...	...	...	...	94,5
" Harburg	"	199,0	...	...	...	...	205,3
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	...	...	...	...	1 779,4
dav. männlich	"	861,9	...	...	...	...	823,1
weiblich	"	995,0	...	...	...	...	956,3
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	59,8	...	116,2	119,4	119,7	112,2
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019 p	1 170 p	530 p	710 p	815 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	...	...	...	...	5,8 p
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269 p	1 162 p	1 150 p	1 040 p	1 294 r
dar. unehelich	"	143	113 p	120 p	105 p	90 p	109 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	...	...	...	...	9,2 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9 p	8,4 p	9,1 p	8,9 p	8,4 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 048 p	2 070 p	2 070 p	2 065 p	2 015 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	24 p	20 p	25 p	27 p	26 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,8	...	...	...	...	14,2 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	18,9 p	17,9 p	21,7 p	26,0 p	19,6 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	779 p	950 p	920 p	1 025 p	721 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	...	...	...	...	...	5,1 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	...	...	...	...	...	...
<b>Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	...	...	...	6 536
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	...	...	...	...	6 511
Fortgezogene Personen	"	379	...	...	...	...	25
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	...	...	...	...	57
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	...	...	...	...	32
dav. männlich	"	...	...	...	...	...	...
weiblich	"	...	...	...	...	...	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs	"	14 729	...	...	...	...	14 529
(Binnenwanderung)	"	...	...	...	...	...	...
<b>Nach Gebieten</b>							
a) Zugezogene aus	"	1 542	...	...	...	...	1 893
Schleswig-Holstein	"	835	...	...	...	...	1 264
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 091	...	...	...	...	1 048
Niedersachsen	"	272	...	...	...	...	370
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	2 006	...	...	...	...	1 743
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	...	...	...	...	1 852
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	2 351	...	...	...	...	2 391
b) Fortgezogene nach	"	1 620	...	...	...	...	1 894
Schleswig-Holstein	"	1 268	...	...	...	...	1 357
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	525	...	...	...	...	659
Niedersachsen	"	2 167	...	...	...	...	1 589
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	767	...	...	...	...	1 174
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	...	...	...	...	...	...
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	...	...	...	...	...	...

berechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Lüneburg. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	11 749	11 294	11 235	11 235	11 211	11 291
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		273 169	260 924	236 315	276 068	260 023	268 212
Pflegetage	‰	81,8	79,8	72,0	84,0	87,4	85,5
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
b) Gemeinnützige Krankenhäuser	Anzahl	4 573	4 740	4 698	4 695	4 695	4 808
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		123 729	127 459	115 869	131 203	123 774	135 636
Pflegetage	‰	69,1	87,5	79,0	89,0	93,1	96,1
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
c) Private Krankenhäuser	Anzahl	745	798	797	797	797	804
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		19 012	20 890	14 655	20 743	21 050	22 378
Pflegetage	‰	81,8	85,0	59,1	82,6	93,0	92,7
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		21 274	19 998	17 336	20 301	19 066	20 735
Pflegetage	‰	81,7	79,9	69,3	82,4	85,7	87,2
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>		25 626	17 462	15 810	17 083	15 816	17 618
Pflegetage	‰	85,0	81,8	72,8	78,8	80,6	86,7
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
<b>3. Krankenhäuser für Geisteskrankte</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 743
Bettenbestand <sup>1)</sup>		48 245	43 686	44 213	45 888	40 340	42 512
Pflegetage	‰	91,4	86,2	87,2	90,5	88,1	87,6
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 275	1 291	1 289	1 287	1 287	1 292
Bettenbestand <sup>1)</sup>		38 084	38 605	39 151	39 031	35 128	36 710
Pflegetage	‰	98,2	97,8	98,0	97,8	97,5	98,0
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 420	1 412	1 412	1 307	1 422
Bettenbestand <sup>1)</sup>		43 630	41 731	43 059	42 165	37 963	39 545
Pflegetage	‰	97,1	95,0	97,3	95,4	97,7	94,9
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>							
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>4)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	688,8	689,8	693,3	694,3	688,0
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	625,0	627,8	629,8	631,2	622,5
<b>2. Öffentliche Bücherhallen</b> (einschl. Musikbücherei)							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	482 919	469 708	561 588	516 381	487 541
Ausgeliehene Noten	"	3 241	6 242	6 487	7 721	5 869	7 367
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>4)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	32 498	46 441	40 425	40 377
Benützer der Lesesäle	"	10 485	13 998	11 827	16 403	15 021	14 996
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl		43 961	60 227	68 262	71 228	69 928	57 492
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>4)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	685,6	682,4	683,1	685,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	404,7	403,9	400,7	401,7	402,6
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	48,3	47,6	47,2	46,9	49,0
Rentner	"	175,5	234,0	234,1	234,5	234,5	234,1
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	24,5	25,9	27,8	35,6	29,8
dav. männlich	"	17,9	16,8	17,9	19,1	24,3	20,3
weiblich	"	8,8	7,7	8,0	8,7	11,3	9,5

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	5 210	6 285	6 120	5 406
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 873	3 415	3 213	3 126
weiblich	"	1 092	2 004	2 337	2 870	2 907	2 280
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	43	76	.	162
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	27	40	.	87
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	119	143	.	193
Elektriker	"	24	28	34	40	.	33
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	67	79	.	67
Tischler, Modellbauer	"	24	18	22	18	.	11
Drucker	"	44	48	50	65	.	81
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	23	16	.	22
Ernährungsberufe	"	75	92	63	98	.	126
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	184	239	.	174
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	122	135	.	132
Warenkaufleute	"	368	421	532	633	.	429
Verkehrsberufe	"	313	252	228	414	.	310
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	1 213	1 522	.	938
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	309	306	.	301
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	15 962	16 928	17 464	18 529
dav. männlich	"	13 014	9 643	8 429	9 380	9 841	9 303
weiblich	"	12 813	9 073	7 533	7 548	7 623	9 226
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 654	4 237	5 723	5 698	6 162
dav. männlich	"	4 134	4 025	3 136	4 152	3 939	4 270
weiblich	"	1 707	1 629	1 101	1 571	1 759	1 892
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 435	4 745	6 929	4 436	5 217
dav. männlich	"	9 955	4 568	4 115	6 251	3 872	4 333
weiblich	"	572	867	630	678	564	884
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	11 472	12 715	15 914	13 892	12 666
dav. männlich	"	5 512	5 810	6 517	10 665	6 951	6 552
weiblich	"	2 787	5 662	6 198	5 249	6 941	6 114
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	49 131	.	.
weiblich	"	5 157	18 618	.	20 324	.	.
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 291	1 413	1 352	1 273
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	93,0	91,4	90,1	93,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	9,5	10,0	10,6	10,0
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	10 365	10 113	9 218	10 825
dav. lose	"	3 628	1 925	1 588	1 724	1 587	2 004
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	507
in verlorenen Packungen	"	.	8 434	8 158	8 389	7 631	7 123
mit abwechl. Fettgehalt (H-Milch)	"	6 482	148	170	201 <sup>3)</sup>	224 <sup>4)</sup>	115
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	451	945	857	276
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	334	375	365	395
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	5,8	7,1	5,4	7,3
Kälber	"	2,6	1,3	1,1	1,1	1,1	1,5
Schweine	"	47,0	35,1	31,4	35,2	30,2	34,5
Schafe	"	2,7	0,8	0,8	0,8	0,6	0,7
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	5,0	5,5	4,7	6,7
Kälber	"	2,5	1,2	1,0	1,0	1,0	1,4
Schweine <sup>5)</sup>	"	49,8	36,1	32,6	36,1	31,0	36,5
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>6)</sup>	"	6 229	5 355	4 640	5 386	4 409	5 490
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 701	1 368	1 523	1 297	1 758
Kälber	t	187	114	87	82	81	127
Schweine	"	4 318	3 511	3 161	3 744	3 003	3 578

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerelen. — <sup>5)</sup> einschließlich 3 t „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5%).

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 401 r	1 384 r	...	1 427
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	195	195	...	201
• dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	"	152	123	122	120	...	125
• Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	1 000	24 859	18 971	17 897	19 002	...	19 592
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	190	184	...	167
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	153	173	154 r	...	140
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	4	4	4	...	4
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 958	3 251	...	3 375
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	-	48 231	60 696	68 047	...	39 114
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	71	74	...	77
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	Mio kWh	112	172	182	194	...	179
• Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 713	1 932	1 730	...	1 580
• dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	"	155	247	321	255	...	213
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	136,8	119,3 p	...	124,4
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,9	135,1	116,0 p	...	122,1
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	135,6	148,3	134,0 p	...	137,4
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	126,7	160,1	116,8 p	...	122,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	107,0	121,2	99,4 p	...	110,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	106,2	100,6	99,4 p	...	107,3
Bauindustrie	"	103,7	131,9	125,0	121,6 p	...	103,6
<b>Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt</b>	Mio DM	1 304	1 713	1 932	1 730	...	1 580
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	280	305	303	...	255
Chemische Industrie	"	101	155	139	182	...	159
Elektroindustrie	"	143	223	278	227	...	215
Maschinenbau	"	83	136	197	105	...	119
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	14	12	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	743	709	650	711
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	69	58	72	78	65	74
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup></b>				2. Vj. 1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	4. Vj. 1971
<b>3. Handwerk (Meßziffern) <sup>10)</sup></b>							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	...	82,8	82,6	82,0	85,2
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	...	174,9	181,0	232,3	212,9
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	...	171,1	180,4	239,0	216,3
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>11)</sup></b>							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	45 189	44 360	...	44 360
dar. Inhaber	"	1 365	1 256	1 240	1 261	...	1 261
Angestellte	"	4 684	5 898	6 150	6 220	...	6 220
Arbeiter <sup>12)</sup>	"	43 102	37 035	37 799	36 879	...	36 879
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	5 460	5 685	...	5 685
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	2 030	1 723	1 748	...	1 748
• gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 064	2 019	2 090	...	2 090
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 015	1 718	1 847	...	1 847
• Löhne (Bruttosumme) <sup>13)</sup>	Mio DM	46,3	78,9	78,6	114,6	...	114,6
• Gehälter (Bruttosumme) <sup>14)</sup>	"	5,9	14,3	18,7	14,0	...	14,0
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	220,3	455,9	152,8	...	152,8
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	73,1	148,1	36,1	...	36,1
• gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	73,8	165,9	75,7	...	75,7
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	73,4	141,8	41,0	...	41,0
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175 p	237	158	99	172
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	-	94 p	113	72	60	100
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440 p	656	476	183	478
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5 p	119,4	87,8	37,2	86,9
• Wohnfläche	1 000 qm	95	93 p	140	103	36	88
<b>Nichtwohnbauten</b>							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65 p	73	57	48	62
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	605 p	457	316	486	699
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6 p	104,8	43,2	96,6	104,2
• Nutzfläche	1 000 qm	73	107 p	79	69	91	141
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253 p	1 799	1 499	509	1 232

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	227	143	71	103
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	423	672	396	158	377
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	127,0	73,6	27,7	77,3
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	117	48	39	42
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	636	702	416	420	935
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	132,4	67,5	74,6	91,2
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 140	1 237	2 042	1 312	400	1 026
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176 p	789	109	72	80
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	92 p	369	79	47	37
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	426 p	2 140	169	117	250
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,8 p	346,3	31,5	24,7	36,5
Wohnfläche	1 000 qm	98	89 p	456	36	27	46
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	66 p	295	46	28	36
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	434 p	2 129	777	104	451
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,2 p	271,9	117,7	11,7	67,5
Nutzfläche	1 000 qm	69	79 p	370	94	21	98
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 438	1 239 p	6 465	471	343	630
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	"	968	658 p	3 437	158	217	388
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"						
<b>5. Bauüberhang</b> (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651 p	15 300	16 500 p	16 500	16 100
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 138	2 922 p	4 000	3 100 p	3 200	4 300
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	187 p	187	185
Wohnungen	"	636	724	724	725 p	725	712
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 705	2 705	2 706 p	2 707	2 659
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	264	177	...	177
dar. Warenhäuser	"	130	292	436	283	...	247
Facheinzelhandel	"	120	165	227	156	...	142
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	..	..	..	..	..	..
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	..	..	..	..	..	..
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	..	..	..	..	..	..
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	..	..	..	..	..
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	..	..	..	..	..
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	329	405	...	...	284
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	33	38	...	...	37
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	298	367	...	...	247
dav. Rohstoffe	"	2	2	2	...	...	2
Halbwaren	"	50	58	100	...	...	50
Fertigwaren	"	143	236	265	...	...	195
dav. Vorerzeugnisse	"	9	21	24	...	...	19
Enderzeugnisse	"	134	215	241	...	...	176
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	237	305	...	...	191
dar. EWG-Länder	"	65	98	149	...	...	95
EFTA-Länder	"	67	99	109	...	...	62

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. — \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	"	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	116	84	88	...	91
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	26	26	...	26
* Fremdenübernachtungen	"	232	223	162	172	...	181
dar. von Auslandsgästen	"	80	75	51	49	...	51
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 577 p	1 453 r	1 424	1 458 p	1 464
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 633 p	1 479 r	1 574	1 417 p	1 486
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 842 p	4 488 r	4 121	3 846 p	3 821
dav. Empfang	"	2 229	2 953 p	3 378 r	3 133	2 861 p	3 000
dav. Massengut	"	1 634	2 348 p	2 727 r	2 471	2 246 p	2 432
dar. Mineralöle	"	968	1 389 p	1 509 r	1 456	1 458 p	1 346
Kohle	"	192	170 p	149 r	190	157 p	190
Getreide	"	180	255 p	356 r	401	231 p	325
Sack- und Stückgut	"	595	605 p	651 r	662	615 p	568
Versand	"	713	889 p	1 110 r	988	985 p	821
dav. Massengut	"	292	401 p	548 r	467	477 p	401
Sack- und Stückgut	"	421	488 p	562 r	521	508 p	420
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
* Gütereingang	1 000 t	340	381 p	352	187	187	177
* Güterversand	"	309	424 p	479	304	304	316
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 022 p	2 500 r	2 424 p	2 339 p	2 509
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	3 022 p	2 501 r	2 424 p	2 339 p	2 507
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	143,4 p	106,2 r	107,2 p	109,3 p	112,9
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	143,0 p	115,3 r	105,7 p	108,5 p	110,9
Angekommene Fracht	t	578	1 276 p	1 477 r	1 109 p	1 326 p	1 251
Abgegangene Fracht	"	587	1 065 p	943 r	797 p	875 p	1 194
Angekommene Post	"	185	346 p	439 r	334 p	362 p	286
Abgegangene Post	"	229	370 p	456 r	362 p	379 p	370
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	11 823	11 987	10 788	11 637
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 714	16 319	16 588	...	16 129
Straßenbahn	"	9 438	9 948	4 335	4 496	...	4 542
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	13 963	14 884	14 974	...	13 692
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 568	2 624	2 897	2 501	2 633
Private Kraftomnibusse	"	301	278	202	180	169	189
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich)							
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	1 000	352,2	480,7	480,7	481,0	482,7	481,8
Lastkraftwagen	"	310,8	432,6	432,6	432,8	434,3	434,7
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge							
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	Anzahl	5 071	5 944	4 190	5 839	...	5 420
Lastkraftwagen	"	4 632	5 409	3 697	5 279	...	4 948
Bereinigtes Ergebnis	"	362	414	396	448	...	333
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
* Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	Anzahl	859	1 064	1 026	953	924	863
Getötete Personen	"	28	29	40	25	26	27
Verletzte Personen	"	1 106	1 428	1 395	1 280	1 224	1 182

<sup>1)</sup> ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Transit. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	34 824,1	34 873,9	38 250,9	30 656,8
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	.	.	10 084,9	11 214,9	10 840,0	10 973,3	9 849,4
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	9 935,1	11 043,7	10 686,6	10 829,1	9 685,6
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	.	.	4 905,0	5 513,6	5 522,3	5 619,4	4 603,2
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	4 510,4	5 067,9	5 068,0	5 188,9	4 273,6
• Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	.	.	17 004,4	18 095,6	18 511,6	21 658,2	16 204,2
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	15 130,5	16 195,1	16 556,1	19 670,0	14 388,7
• dar. Durchlaufende Kredite	.	.	666,4	675,5	821,1	799,9	652,9
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	.	.	21 033,4	23 258,7	22 930,2	26 265,8	19 806,1
• dav. Sicht- und Termingelder	.	.	11 939,4	13 575,1	13 251,4	16 609,4	10 991,8
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	.	.	10 492,8	12 064,2	11 674,8	11 988,2	9 539,9
• Spareinlagen	.	4 069,9	9 094,0	9 683,6	9 678,8	9 656,4	8 814,3
• dar. bei Sparkassen	.	2 792,9	5 970,0	6 345,0	6 349,5	6 339,0	5 853,8
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	.	244,3	538,9	545,7	724,0	502,5	534,2
• Lastschriften auf Sparkonten	.	203,9	492,3	570,3	696,9	525,4	478,5
• Zinsgutschriften	.	12,9	36,5	415,6	4,0	0,5	0,5
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	13	14	11	23
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	699	701	533	635
• Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 978	3 185	2 101	1 570
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>4)</sup></b>	Anzahl	20 563	24 087	26 226	21 602	21 009	22 251
• Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	3 058	3 191	2 964	3 547	3 588	3 205
• Versicherung Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	.	1 196	1 435	1 120	1 488	1 629	1 561
•	.	353	464	405	454	487	559
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>5)</sup></b>	Anzahl	162	154	155	155	155	153
• Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 789	5 793	5 812	5 455
• Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	5 866	5 880	5 896	5 524
• Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 079	5 092	5 164	5 106
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM	.	695 916	1 102 140	829 470	664 078	537 146
• dav. Steuern vom Einkommen	.	200 385	403 928	739 388	465 275	317 563	266 881
• dav. Lohnsteuer	.	89 007	253 391	385 560	311 933	256 016	227 242
• Veranlagte Einkommensteuer	.	64 393	86 357	230 313	60 159	26 068	22 328
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	.	10 279	21 053	7 918	86 657	46 888	22 839
• Körperschaftsteuer	.	36 708	43 128	115 598	6 526	11 409	5 529
• Steuern vom Umsatz	.	291 967	362 751	364 195	346 195	346 515	270 265
• dav. Umsatzsteuer	.	82 827	174 696	230 526	240 164	213 031	151 436
• Einfuhrumsatzsteuer	.	.	117 291	132 225	124 031	133 484	118 829
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	962 123	601 271	704 213	628 313
• dar. Zölle	.	45 076	57 880	63 103	60 373	58 032	54 136
• Verbrauchsteuern	.	358 150	639 003	863 576	517 586	612 917	548 495
• dar. Mineralölsteuer	.	261 342	538 007	706 419	461 458	497 163	460 530
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	33 204	36 704	75 952	67 470
• dar. Vermögensteuer	.	11 355	16 502	5 121	6 887	41 690	44 570
• Kraftfahrzeugsteuer	.	7 992	12 130	16 383	15 737	10 400	10 021
• Biersteuer	.	2 430	3 327	3 651	3 163	2 288	2 370
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	18 123	.	.	.
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	.	34 784	58 771	16 306	16 035	160 200	140 623
• Grundsteuer A	.	73	91	53	.	.	.
• Grundsteuer B	.	5 134	9 106	919	.	.	.
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 558 678	1 044 588	1 070 049	935 644
<b>6.* Einnahmen des Landes</b> (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	242 489	477 073	.	.	.
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6)</sup>	.	122 235	153 387	325 327	.	.	.
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	.	.	35 415	84 359	.	.	.
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	.	.	11 245	34 184	.	1 566	2 174
Außerdem:	.	.	.	.	.	.	.
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	.	46 355	58 227	- 50 244	.	.	.
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>7)</sup>	.	.	40 966	86 222	.	.	.
• Einnahmen des Landes insgesamt	.	.	341 681	513 051	.	.	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1972	November 1972	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	185,3	187,3	190,2	176,7
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	185,8	187,7	190,9	176,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	185,1	186,9	189,6	176,5
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	184,5	186,4	189,2	176,4
Bürogebäude	"	112,2	180,1	182,3	184,0	186,9	174,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	182,6	183,8	185,8	175,8
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste				April 1972	Juli 1972	Oktober 1972	Oktober 1971
• männliche Arbeiter	DM	232	394	388	397	404	373
• weibliche Arbeiter	"	140	245	241	247	249	229
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	8,72	9,01	9,09	8,27
• weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	5,87	6,04	6,07	5,57
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,5	44,1	44,4	45,2
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,1	40,9	41,0	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	39,8	35,8	40,1	41,7
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	36,7	32,0	37,2	38,4
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 905	1 875	1 919	1 936	1 763
• weiblich	"	747	1 381	1 353	1 394	1 410	1 278
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 182	2 033	1 998	2 054	2 064	1 892
• weiblich	"	748	1 374	1 343	1 389	1 403	1 280
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 775	1 743	1 787	1 810	1 675
• weiblich	"	668	1 254	1 230	1 264	1 282	1 172
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 808	1 776	1 820	1 842	1 697
• weiblich	"	688	1 286	1 261	1 297	1 314	1 199
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 178	2 024	1 989	2 044	2 053	1 891
• weiblich	"	838	1 504	1 463	1 515	1 533	1 434
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	710	520	...	446
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	133	112	...	111
bekämpfte Brände	"	221	384	577	408	...	335
dav. Großbrände	"	9	16	16	10	...	11
Mittelbrände	"	28	46	52	33	...	38
Kleinbrände	"	98	178	278	194	...	157
Entstehungsbrände	"	80	135	216	153	...	116
Schornsteinbrände	"	6	9	15	18	...	13
Hilfeleistungen aller Art	"	-	951	835	734	...	701
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"	-	12 039	12 720	13 303	...	11 433
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 158	1 741	1 836	1 542	...	1 419
Betriebsunfälle	"	544	436	450	381	...	419
Krankenbeförderungen	"	-	2 882	2 711	3 328	...	2 977
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	-	13 481	14 265	14 557	...	12 580
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	-	150	136	114 <sup>4)</sup>	...	114
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	11 037	11 488	10 438	10 654
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	7	14	9	4
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	196	186	190	231
Körperverletzung <sup>5)</sup>	"	91	143	148	180	129	135
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	126	134	110	109
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	3 544	3 715	3 527	3 614
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	3 530	3 583	3 066	3 003
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	7 074	7 298	6 593	6 617
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-							
diebstahl	"	180	273	275	283	256	204
Unterschlagung	"	203	143	142	164	152	141
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	89	78	116	89
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 231	940	1 137	1 270
Brandstiftung	"	33	38	41	43	40	30
Außerdem:							
Verkehrsvergehen <sup>6)</sup>	"	778	1 471	1 359	1 421	1 443	1 520
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>7)</sup>	"	8 929	26 571	28 444	13 747	11 418	26 852
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	481	478	443	496
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>8)</sup>	"	31 317	30 393	31 222	27 690	35 486	30 638

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-  
werbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebüh-  
renpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt  
wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im  
Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1972

Großstädte	Bevölkerung						Erwerbstätigkeit			Industrie <sup>2)</sup>				
	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose <sup>1)</sup>	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nichtdeutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	
	1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM	
Berlin	3. Vj.	2 072	4 687	9 187	25 483	21 386	— 403	7 324	20 054	82 087	238 468	115	5 114	2 468
	2. Vj.	2 073 <sup>4)</sup>	4 904	9 245	23 313	22 475 <sup>4)</sup>	— 3 503	8 274	19 295	80 518	240 552	116	4 865	2 347
Hamburg	3. Vj.	1 772	3 790	6 002	19 998	20 787	— 3 001	3 977	19 421	63 879	197 151	111	5 035	2 841
	2. Vj.	1 775	4 029	5 636	18 332	20 069	— 3 344	3 573	20 662	62 441	198 272	112	4 983	2 807
München	3. Vj.	1 337	2 576	3 131	25 215	25 135	— 475	2 935	22 246	135 572	192 349	144	4 776	3 572
	2. Vj.	1 338 p	2 758	3 135	26 499	30 065	— 3 943	2 571 <sup>7)</sup>	24 078 <sup>7)</sup>	133 689 <sup>7)</sup>	191 159	143	4 696	3 509
Köln	3. Vj.	840	2 153	2 343	14 721	15 660	— 1 129	3 110	9 943	56 936	134 741	160	2 877	3 425
	2. Vj.	841	2 355	2 450	12 969	14 693	— 1 819	3 012	9 907	55 317	135 214	161	3 034	3 608
Essen	3. Vj.	687	1 556	2 128	5 802	7 234	— 2 004	3 737	5 493	15 597	62 720	91	1 069	1 556
	2. Vj.	689	1 707	2 186	4 911	6 839	— 2 407	3 700	5 877	15 829	62 359	91	1 093	1 586
Düsseldorf	3. Vj.	645	1 371	1 960	9 857	11 076	— 1 808	1 669	7 776	44 130	116 588	181	2 304	3 572
	2. Vj.	647	1 416	1 947	8 656	13 017	— 4 892	1 659	7 381	43 538	117 116	181	2 420	3 740
Frankfurt/M.	3. Vj.	680	1 514	1 951	15 201	17 040	— 2 276	2 772	20 002	11 708	118 174	174	2 654	3 903
	2. Vj.	666	1 593	1 872	14 054	15 868	— 2 093	2 379	17 757	112 022	127 671	192	2 662	3 997
Dortmund	3. Vj.	642	1 615	1 914	5 179	6 582	— 1 702	3 890	5 481	17 226	75 924	118	1 340	2 087
	2. Vj.	644	1 644	2 098	4 848	5 436	— 1 042	3 838	5 905	16 649	75 456	117	1 209	1 877
Stuttgart	3. Vj.	628	1 507	1 528	17 780	18 097	— 338	669	16 431	75 453	148 801	237	3 892	6 197
	2. Vj.	629	1 534	1 485	15 680	16 410	— 681	603	15 138	73 464	146 955	234	3 830	6 069
Bremen	3. Vj.	591	1 475	1 818	7 451	8 220	— 1 112	3 246	6 653	15 897	84 356	143	2 543	4 303
	2. Vj.	592	1 549	1 865	6 459	7 946	— 1 803	3 177	6 806	15 751	84 243	142	2 302	3 889
Hannover	3. Vj.	517	1 086	1 617	9 521	10 030	— 1 040	2 605	9 327	34 995	112 178	217	2 122	4 104
	2. Vj.	517	1 132	1 747	9 218	9 430	— 827	2 512	9 628	34 920	113 933	220	2 178	4 213

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>4)</sup>			Straßenverkehrsunfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>5)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer	
	1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM	
Berlin	3. Vj.	17 030	531	256	613	4 381	416	2 690	557	287	139	761	3 575	4 666	144 804	42 388
	2. Vj.	16 683	475	229	632	4 604	405	2 380	629	306	148	852	3 835	4 988	91 858	27 239
Hamburg	3. Vj.	18 548	722	407	441	2 801	360	2 405	688	416	235	772	3 148	4 411	153 250	131 962
	2. Vj.	19 819	568	320	510	3 544	322	1 629	844	371	209	709	3 350	4 520	144 880	102 535
München	3. Vj.	25 107	794	594	499	4 737	569	9 366	2 669	584	437	1 274	2 590	3 545	114 504	92 457
	2. Vj.	24 780	708	529	575	5 818	321	3 039	1 149	514	384	1 035	2 257	3 048	101 795	81 190
Köln	3. Vj.	8 850	283	337	232	2 392	119	843	114	219	261	416	1 321	1 877	39 978	37 787
	2. Vj.	9 572	270	321	192	3 004	139	1 444	340	196	233	374	1 550	2 099	80 650	47 051
Essen	3. Vj.	.	.	.	186	977	121	922	268	33	48	71	859	1 013	45 305	25 601
	2. Vj.	.	.	.	130	702	145	739	248	42	61	94	941	1 278	30 466	31 877
Düsseldorf	3. Vj.	8 394	321	498	187	1 840	148	1 050	243	160	248	312	955	1 263	82 113	34 519
	2. Vj.	8 341	298	461	166	1 315	94	689	268	161	249	360	991	1 493	66 188	31 249
Frankfurt/M.	3. Vj.	12 176 p	509	749	100	1 025	31	380	47	369	543	656	1 249	1 571	169 240	41 938
	2. Vj.	12 377	543	815	217	938	23	198	67 r	325	488	617	1 291	1 671	150 037	46 432
Dortmund	3. Vj.	6 151	183	285	284	1 258	194	962	1 548	35	55	75	906	1 222	33 020	21 267
	2. Vj.	6 079 p	169 r	391	165	1 048	180	864	171 r	43	67	81	896	1 197	41 737	26 480
Stuttgart	3. Vj.	12 529	387	616	282	1 458	149	1 191	530	128	204	301	825	1 241	68 836	42 208
	2. Vj.	12 295	389	618	173	959	190	1 379	654	132	210	316	977 r	1 367 r	63 855	44 271
Bremen	3. Vj.	.	.	.	362	1 435	197	555	415	93	157	181	918	1 105	41 651	30 272
	2. Vj.	.	.	.	328	1 049	151	653	489	88	149	171	1 030	1 247	38 496	26 794
Hannover	3. Vj.	6 429	209	404	106	931	155	1 153	182	96	186	165	843	1 105	50 136	26 848
	2. Vj.	6 446	193	373	123	792	71	426	94	115	222	210	884	1 131	42 584	29 982

<sup>1)</sup> jeweils Quartalsende. — <sup>2)</sup> Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — <sup>3)</sup> ohne Mehrwertsteuer. — <sup>4)</sup> ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — <sup>5)</sup> einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — <sup>6)</sup> In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — <sup>7)</sup> einschließlich Landkreis München.

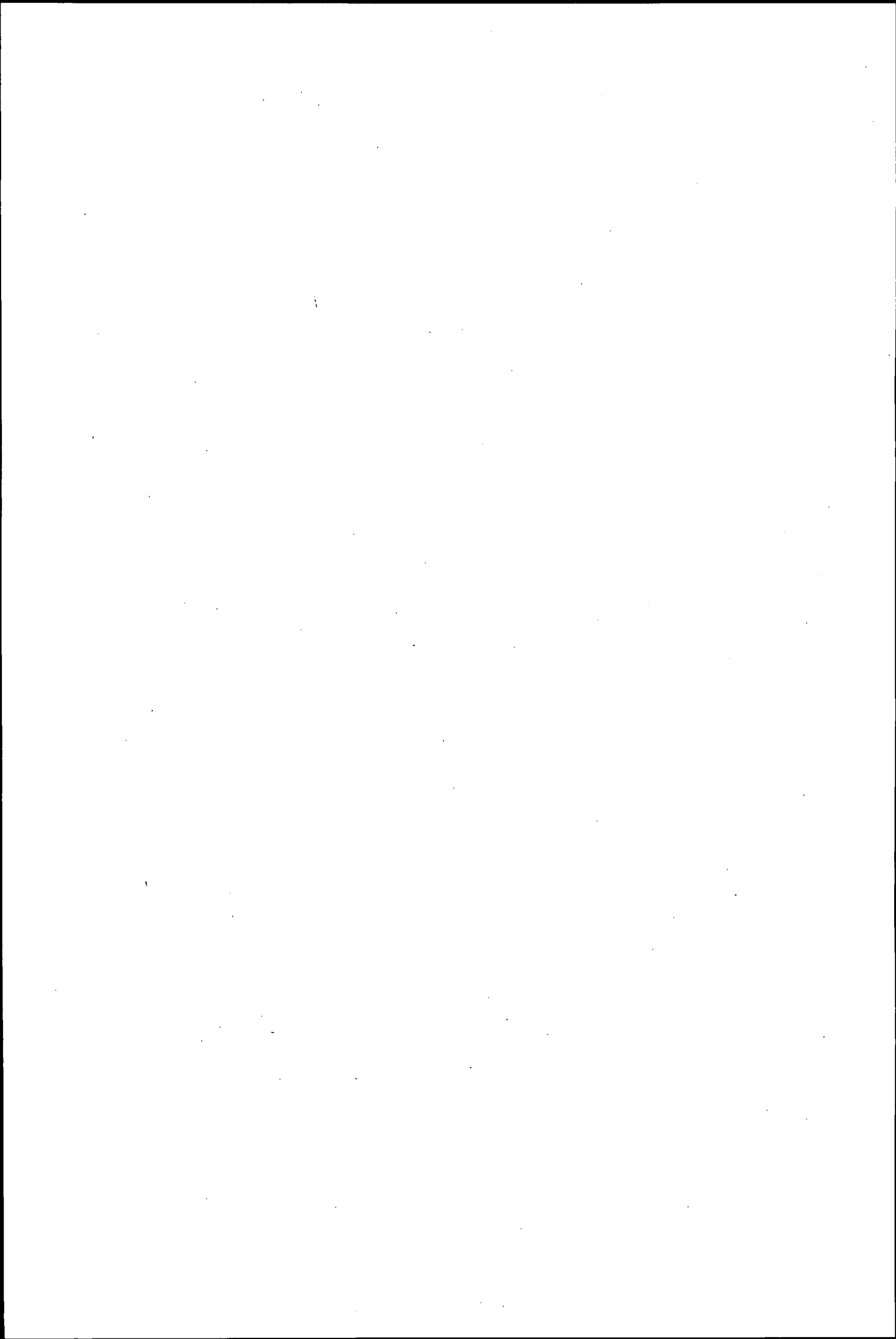
# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Dezember 1972	Januar 1973	Januar 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	6,3	...	...	...	...	...
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	...	...	...	...
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	...	...	...	...
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	...	8 357	...	...	8 365
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	...	980	...	...	925
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	...	54 281	...	...	43 644
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	...	11 027	...	...	8 508
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	...	185,7	178,1	160,0 p	152,2
Verarbeitende Industrie	"	119,1	...	188,5	179,9	161,7 p	154,0
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	...	207,1	194,1	188,4 p	167,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	...	182,6	181,2	156,7 p	150,9
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	...	183,8	175,7	149,7 p	153,3
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	...	169,7	149,7	132,7 p	134,0
Bauindustrie	"	118,9	...	168,3	142,9	...	85,9
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>	1 000	1 642,6	...	1 546	...	...	1 406
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	...	224,6	...	...	131,4
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	7 487	...	...	4 577,9
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	64 133	57 813	...	47 374
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	...	51 784	...	...	17 919
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	228	264	...	170
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	...	...	...	...	...
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	11 021	11 826	...	10 659
dav. Empfang	"	6 950	8 787	8 828	9 290	...	8 699
Versand	"	1 885	2 131	2 193	2 530	...	1 960
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	171 112	138 719	184 989	153 225
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 502 p	31 954 p	30 394 p	25 301 p	25 053
Getötete Personen	"	1 313	1 561 p	1 666 p	1 688 p	1 302 p	1 331
Verletzte Personen	"	36 124	43 948 p	43 238 p	41 591 p	34 863 p	35 103
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	4 399	6 291	5 757 p	4 781
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	441	5 649	1 096 p	690
Körperschaftsteuer	"	681	708	128	2 349	339 p	292
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915	4 317 r	4 328 r	4 852 p	4 641
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	117,8	118,2	119,5	114,0
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,6	110,1	112,7	116,7	104,4
Index der Ausführpreise	"	104,8	124,5	125,9	126,3	128,0	122,8
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	...	141,2	...	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	133,9	141,8	143,3	134,3
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	130,2	191,9	134,8	136,3	126,0
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	177,1	192,2	194,7	183,4
<b>LÖHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	7,77	7,97	...	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,8	43,8	...	44,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

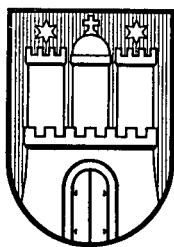
<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.







# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

Mai-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Beschäftigung im Bauhauptgewerbe leicht rückläufig

Mit durchschnittlich 44 500 Arbeitskräften im Monat lag der Beschäftigteneinsatz im Hamburger Bauhauptgewerbe 1972 um gut 3% niedriger als der des Jahres 1971. Die Tendenz zum Beschäftigtenabbau, die besonders bei größeren Unternehmen zu beobachten war, hielt also ähnlich wie 1971 auch im vergangenen Jahr an.

Mit etwa gleicher Rate – wenn auch bei sehr unterschiedlicher Entwicklung in den verschiedenen Baubereichen – sank die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Während die Arbeitsleistung im privaten Wohnungsbau und im gewerblichen und industriellen Hochbau mit Zuwachsraten von 2% bzw. fast 13% weiterhin noch auf eine gute Auftragslage schließen ließ, war die rückläufige Entwicklung bei den öffentlichen und Verkehrsbauten mit –18% noch wesentlich stärker als 1971.

Bemerkenswert ist, daß Angestellte von dem Beschäftigungsrückgang nicht betroffen waren und daß die Zahl der Auszubildenden und Praktikanten sogar beträchtlich zugenommen hat (21%); hierzu hat vermutlich die letzte bundesweite Werbekampagne zur Sicherung des Facharbeiterwachstums beigetragen.

### Zu schnelles Fahren und Alkoholeinfluß als Hauptursachen für den Wiederanstieg der Straßenverkehrsunfälle

Im Jahre 1972 ereigneten sich in Hamburg knapp 12 800 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, bei denen rund 17 500 Personen verunglückten. Trotz der sehr günstigen Witterungsverhältnisse in der zweiten Jahreshälfte sind damit die Personenschadensunfälle im Vergleich zum Vorjahr um knapp 1%, die Zahl der Verunglückten um knapp 2% angestiegen. Bedauerlicherweise haben die schweren Unfälle (mit Getöteten und Schwerverletzten) eine mit 3% weit überdurchschnittliche Zuwachsrate, die Unfälle mit Leichtverletzten sind demgegenüber etwas zurückgegangen. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Zahl der Getöteten um 5% (345) und die Zahl der Schwerverletzten um fast 3% gestiegen, während die Steigerungsrate bei den Leichtverletzten „nur“ etwas mehr als 1% betrug. Zu der negativen Unfallbilanz des Jahres 1972 kommt hinzu, daß auch die Zahl der Sachschadensunfälle (ohne Bagatellunfälle) um gut 4% auf über 25 700 angestiegen ist.

Als häufigste Unfallursache wurde von der Polizei „zu schnelles Fahren“ ermittelt. Zwar gehört diese Ursache schon

immer in die Spitzengruppe, der in diesem Jahr registrierte Anstieg um nicht weniger als 15% ist jedoch erschreckend. Mit einer Steigerungsrate von 10% folgt die Ursache Alkoholeinfluß. Man wird wohl nicht fehlgehen in der Annahme, daß gerade diese beiden Unfallursachen, die zudem häufig in Kombination auftreten, zu einem erheblichen Teil verantwortlich sind für den Wiederanstieg der Straßenverkehrsunfälle und insbesondere für die überdurchschnittliche Zunahme gerade der schweren Personenschäden.

### 4 400 Erbschaftsteuerfälle 1972

In der Erbschaftsteuerstatistik für das Veranlagungsjahr 1972 sind in Hamburg insgesamt 4 386 Steuerfälle ermittelt worden. Der Wert der Erwerbe von Todes wegen und durch Schenkungen unter Lebenden betrug 368,3 Mio DM, davon waren 329,1 Mio (= 89,4%) steuerpflichtig. Je Steuerfall ergab sich somit ein Durchschnittsbetrag in Höhe von 83 972 DM. An Erbschaftsteuer waren 42,1 Mio DM zu zahlen; dies entspricht einer Erbschaftssteuerbelastung von durchschnittlich 12,8%.

Unter den Veranlagungen von Erbschaften befanden sich im Berichtsjahr 55 Fälle – das waren 15 Fälle mehr als 1971 – mit einem Erwerbswert von jeweils mehr als 1 Mio DM.

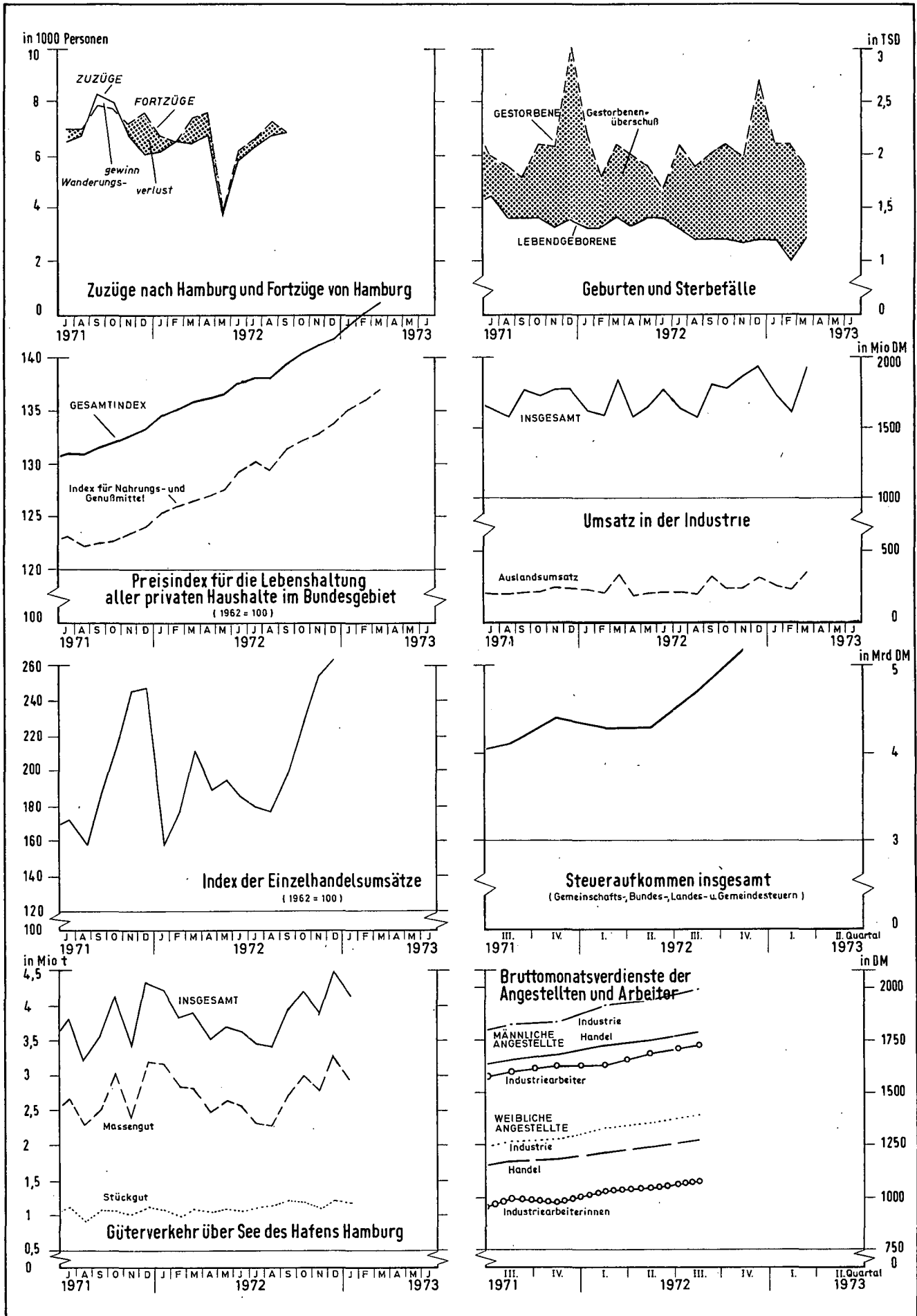
Nahezu ein Siebtel der insgesamt 4 386 Steuerfälle betrafen Schenkungen unter Lebenden.

### Geringer Rückgang im Fremdenverkehr

Hamburgs Fremdenverkehr war im Kalenderjahr 1972 leicht rückläufig. Die Zahl der Gäste, die hier übernachteten, ging gegenüber 1971 um 2% auf rd. 1 391 000 zurück. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf die Auslandsgäste zurückzuführen. Etwa 4% (= 20 000) weniger Ausländer als 1971 besuchten die Hansestadt. Bemerkenswert ist hierbei, daß allein 15 000 (= 11%) weniger Besucher als im Vorjahr aus Schweden und Dänemark kamen. Die Anzahl der inländischen Besucher war dagegen um 9 000 gegenüber 1971 nur geringfügig niedriger.

Die Zahl der Übernachtungen insgesamt liegt mit 2 672 000 um 4,6% oder rund 130 000 unter dem Ergebnis für 1971, woran die inländischen und ausländischen Besucher proportional beteiligt sind. Daraus, daß die Zahl der Übernachtungen stärker zurückging als die Zahl der Gäste, ist zu schließen, daß Touristen ferngeblieben sind, die sonst mehrere Tage in Hamburg blieben.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Bundestagswahl 1972 in Hamburg

Im letzten Februarheft dieser Zeitschrift sind die Hamburger Ergebnisse zur Wahl des 7. Deutschen Bundestages behandelt worden; wobei das Scherengewicht auf dem Nachweis der acht hamburgischen Wahlkreise lag. Mit diesem Beitrag werden nun die Ergebnisse der sog. repräsentativen Wahlstatistik veröffentlicht, deren Durchführung im § 52 (2) des Bundeswahlgesetzes geregelt ist. Danach sind in bestimmten Wahlbezirken „auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen“, jedoch unter der Voraussetzung, daß das Wahlgeheimnis nicht verletzt wird.

In Hamburg kamen 64 Wahlbezirke mit 57 268 Wahlberechtigten in die Auswahl, das sind etwas mehr als 4,2 % der Gesamtzahl der Wahlbezirke bzw. der Wahlberechtigten. Aus Gründen der Vergleichbarkeit gegenüber der Bundestagswahl 1969 wurde darauf Wert gelegt, auch für 1972 dieselben Wahlbezirke einzubeziehen und nur in den Fällen, wo durch Neubautätigkeit die Repräsentanz gefährdet zu sein schien, einen angemessenen Anteil neuer Wahlbezirke zu berücksichtigen. Auf diese Weise blieben von den 53 repräsentativen Wahlbezirken aus 1969 immerhin 41 vollständig und von den verbliebenen 12 bestimmte Teile als 21 neue Wahlbezirke für die Auswahl bei der Bundestagswahl 1972 erhalten.

Unabhängig davon ist jedoch zu beachten, daß es sich um Ergebnisse einer Stichprobe von etwa 4 % handelt, die mit einem entsprechenden Zufallsfehler belastet ist, wie es die folgende Übersicht deutlich macht.

Wenn also z. B. bei einer Gesamtheit von 238 100 die Stichprobe 10 000 Fälle beträgt, macht der zugehörige

## Übersicht

### Wahrscheinlichkeitsfehler und Schwankungsbereiche bei der repräsentativen Wahlstatistik

Gesamtheit	Fallzahl		Wahrscheinlichkeitsfehler in % bei $2\sigma$	Schwankungsbereich der Stichprobe	
	4,2%-Stichprobe			untere Grenze	obere Grenze
1 190 500	50 000		0,9	49 550	50 450
952 400	40 000		1,0	39 600	40 400
714 300	30 000		1,2	29 640	30 360
595 200	25 000		1,3	24 675	25 325
476 200	20 000		1,4	19 720	20 280
416 700	17 500		1,5	17 237	17 763
357 100	15 000		1,6	14 760	15 240
297 600	12 500		1,8	12 275	12 725
238 100	10 000		2,0	9 800	10 200
178 600	7 500		2,3	7 327	7 673
119 000	5 000		2,8	4 860	5 140
95 200	4 000		3,2	3 872	4 128
71 400	3 000		3,7	2 889	3 111
59 500	2 500		4,0	2 400	2 600
47 600	2 000		4,5	1 910	2 090
35 700	1 500		5,2	1 422	1 578
23 800	1 000		6,3	937	1 063
17 900	750		7,3	695	805
11 900	500		8,9	455	545
9 500	400		10,0	360	440
7 100	300		11,5	265	335
4 800	200		14,1	172	228
2 400	100		20,0	80	120
1 200	50		28,3	36	64

Zufallsfehler bei einem angenommenen Sicherheitsgrad von 95,5 % ( $2\sigma$ -Regel) 2 % aus und der Schwankungsbereich der Stichprobe liegt zwischen 9 800 und 10 200. Inwieweit diese Feststellungen einen hohen Wahrscheinlichkeitsgehalt haben, soll an der Gegenüberstellung des Gesamt- und Repräsentativergebnisses gemäß Tabelle 1 veranschaulicht werden.

Tabelle 1

### Das Gesamt- und Repräsentativergebnis bei der Bundestagswahl 1972

Art der Ergebnisse	Wahlberechtigte	Abgegebene Stimmen (ohne Briefwahl)		Ungültige Stimmen in % Sp. 2	Gültige Stimmen	davon						
		Anzahl	in % von Sp. 1			SPD	CDU	F.D.P.	DKP	EFP	FSU	NPD
<b>ERSTSTIMMEN</b>												
Gesamtergebnis in % von Sp. 5	1 348 617	1 154 058	85,6	0,6	1 146 741	696 230	377 103	59 978	8 047	986	194	4 203
					100	60,7	32,9	5,2	0,7	0,1	0,0	0,4
Repräsentativergebnis in % von Sp. 5	57 268	48 936	85,5	0,7	48 586	29 857	15 565	2 580	362	55	10	157
					100	61,5	32,0	5,3	0,8	0,1	0,0	0,3
<b>ZWEITSTIMMEN</b>												
Gesamtergebnis in % von Sp. 5	1 348 617	1 154 058	85,6	0,5	1 148 637	633 137	377 561	125 949	6 470	818	439	4 263
					100	55,1	32,9	11,0	0,5	0,1	0,0	0,4
Repräsentativergebnis in % von Sp. 5	57 268	48 936	85,5	0,5	48 675	27 249	15 626	5 312	262	38	33	155
					100	56,0	32,1	10,9	0,5	0,1	0,1	0,3

Tabelle 2a

**Die bei den Repräsentativstatistiken  
der Bundestagswahlen 1972 und 1969  
erfaßten Wahlberechtigten nach Alter und Geschlecht**

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	Zahl der Wahlberechtigten					
	Männer		Frauen		zusammen	
	1972	1969	1972	1969	1972	1969
	1	2	3	4	5	6
<b>a) absolut</b>						
18 bis 21	1 070	—	1 027	—	2 097	—
21 bis 25	1 690	1 538	1 775	1 438	3 465	2 976
25 bis 30	2 641	2 930	2 666	2 831	5 307	5 761
30 bis 35	3 460	2 889	3 331	2 927	6 791	5 816
35 bis 40	2 765	2 040	2 685	2 176	5 450	4 216
40 bis 45	2 104	2 095	2 211	2 386	4 315	4 481
45 bis 50	1 832	1 982	2 314	2 787	4 146	4 769
50 bis 60	3 269	3 535	4 683	4 974	7 952	8 509
60 bis 70	3 922	4 249	5 562	5 811	9 484	10 060
70 und älter	2 791	2 860	5 470	5 463	8 261	8 323
Insgesamt	25 544	24 118	31 724	30 793	57 268	54 911
<b>b) in %</b>						
18 bis 21	4,2	—	—	3,2	—	—
21 bis 25	6,6	6,9	6,4	5,6	5,8	4,7
25 bis 30	10,3	10,8	12,1	8,4	8,7	9,2
30 bis 35	13,6	14,1	12,0	10,5	10,9	9,5
35 bis 40	10,8	11,3	8,5	8,5	8,7	7,1
40 bis 45	8,2	8,6	8,7	7,0	7,2	7,7
45 bis 50	7,2	7,5	8,2	7,3	7,5	9,0
50 bis 60	12,8	13,4	14,6	14,8	15,3	16,2
60 bis 70	15,4	16,0	17,6	17,5	18,1	18,9
70 und älter	10,9	11,4	11,9	17,2	17,8	17,7
Insgesamt	100	100 <sup>1)</sup>	100	100	100 <sup>1)</sup>	100

<sup>1)</sup> ohne die 18- bis unter 21jährigen Wahlberechtigten, vergleichbar gegenüber der Bundestagswahl 1969.

Die stärkste Abweichung zwischen beiden Ergebnissen besteht beim Erststimmen-Anteil der CDU mit 0,9 Prozentpunkten (Tabellenspalte 7). Der zugehörige Wahrscheinlichkeitsfehler bei einer Stichprobe von rd. 15 000 Fällen beträgt lt. Übersicht 1,6 %. Je höher also die Besetzungszahlen sind, desto zuverlässiger sind die Ergebnisse zu bewerten. Folglich sind geringe Fallzahlen mit Vorsicht zu behandeln. Deshalb wurden in allen Tabellen die Ergebnisse, die auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe beruhen — wie auch schon 1969 —, in Klammern ( ) gesetzt.

*Bei einem leichten Anstieg der Gesamtzahl der Wahlberechtigten ein höherer Anteil von Männern gegenüber 1969*

Um geschlechts- und altersspezifische Aussagen über das allgemeine Wahlverhalten zu erhalten, wurden in den repräsentativen Wahlbezirken zunächst die Wahlberechtigten und Wähler nach 10 Altersgruppen unterschieden, und zwar Männer und Frauen im Alter von 18 bis unter 21, 21 bis unter 25 Jahre usw. Die vollständige Alterseinteilung geht aus Tabelle 2a hervor.

Gegenüber 1969 ist durch die Herabsetzung des aktiven Wahlalters die erstgenannte Altersgruppe hinzugekommen. Aus der Tabelle wird ersichtlich, daß auch 1972 der Anteil der Männer in allen Altersgruppen bis unter 45 Jahre höher (53,7 %) als bei den Frauen (43,2 %) ist. Demzufolge heben sich die höhe-

ren Anteile der Frauen ab, und zwar mit +2,0 % bei den 50- bis unter 60jährigen, mit +2,1 % bei den 60- bis 70jährigen und +6,3 % bei 70jährigen und älter. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1969 fallen die Zunahmen bei der Altersgruppe 30 bis 35 Jahre von 1,7 Prozentpunkten und bei der Altersgruppe 35 bis 40 Jahre von 2,2 Prozentpunkten für Männer und Frauen zusammen auf, während die Anteile der 25 bis 30 Jahre alten und über 40jährigen Wahlberech-

Tabelle 2b

**Die Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen  
1972 und 1969  
nach Alter und Geschlecht**

(hochgerechnet nach den Anteilsätzen der  
Repräsentativstatistiken)  
— gerundet auf 100 Personen —

Altersgruppen von . . . bis unter . . . Jahren	Zahl der Wahlberechtigten					
	Männer		Frauen		zusammen	
	1972	1969	1972	1969	1972	1969
	1	2	3	4	5	6
18 bis 21	25 100	—	24 200	—	49 300	—
21 bis 25	39 700	37 700	41 800	35 400	81 500	73 100
25 bis 30	62 300	71 300	62 800	69 200	125 100	140 500
30 bis 35	81 500	70 700	78 500	71 500	160 000	142 200
35 bis 40	65 100	50 100	63 300	53 400	128 400	103 500
40 bis 45	49 500	51 300	52 000	57 900	101 500	109 200
45 bis 50	43 100	48 300	54 500	67 700	97 600	116 000
50 bis 60	77 000	86 000	110 300	121 900	187 300	207 900
60 bis 70	92 400	103 700	130 900	142 200	223 300	245 900
70 und älter	65 800	70 100	128 800	133 100	194 600	203 200
Insgesamt	601 500	589 200	747 100	752 300	1 348 600	1 341 500
darunter: ohne die 18- bis unter 21jährigen	576 400		722 900		1 299 300	

Tabelle 2c

**Die Anteile der Männer und Frauen an der Zahl der Wahlberechtigten nach den Repräsentativstatistiken 1972 und 1969**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren			
	Männer		Frauen	
	1972	1969	1972	1969
	1	2	3	4
18 bis 21 .....	51,0	—	49,0	—
21 bis 25 .....	48,8	51,7	51,2	48,3
25 bis 30 .....	49,8	50,9	50,2	49,1
30 bis 35 .....	50,9	49,7	49,1	50,3
35 bis 40 .....	50,7	48,4	49,3	51,6
40 bis 45 .....	48,8	46,8	51,2	53,2
45 bis 50 .....	44,2	41,6	55,8	58,4
50 bis 60 .....	41,1	41,5	58,9	58,5
60 bis 70 .....	41,4	42,2	58,6	57,8
70 und älter ..	33,8	34,4	66,2	65,6
<b>Insgesamt .....</b>	<b>44,6</b>	<b>43,9</b>	<b>55,4</b>	<b>56,1</b>
darunter:				
21 bis 25 .....	50,1	49,4	49,9	50,6
45 bis 60 .....	42,2	41,5	57,8	58,5
60 und älter ..	37,8	38,7	62,2	61,3

tigten zurückgegangen sind. Einen Überblick über die absoluten Veränderungen vermittelt die Tabelle 2b mit den hochgerechneten Zahlen nach den Anteilssätzen der Repräsentativstatistiken, wobei die Abnahmen um jeweils rd. 20 000 Personen bei Männern und Frauen zusammen ab der Altersgruppe 45 bis 50 und darüber besondere Beachtung verdienen.

Wie innerhalb der einzelnen Altersgruppen Männer und Frauen vertreten waren, läßt sich noch deutlicher aus Tabelle 2c ablesen.

Während 1972 bei den 21- bis unter 45jährigen beide Geschlechter sich nahezu die Waage halten, tritt bei

Schaubild 1

**Die Wahlberechtigten bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969 nach Altersgruppen und Geschlecht**

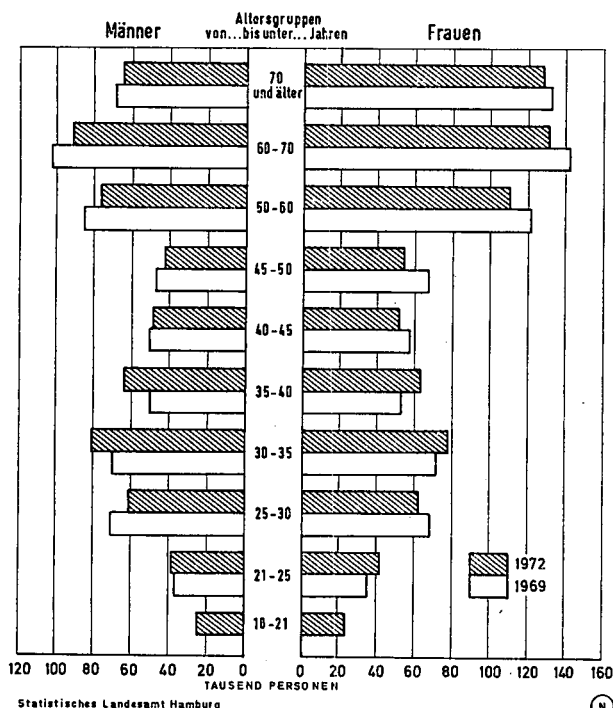
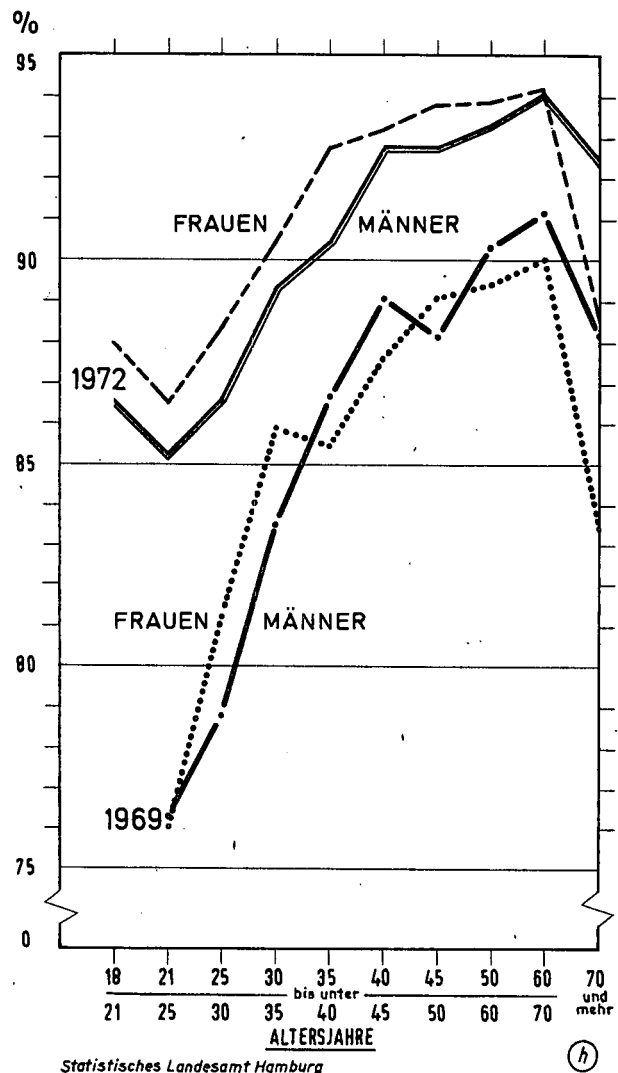


Schaubild 2

**Die Wahlbeteiligung 1972 und 1969 nach Altersgruppen und Geschlecht — ohne Briefwähler —**



den 45- bis unter 60jährigen und noch mehr bei den über 60jährigen Frauen ein klares Übergewicht auf. Bei einem Vergleich der verschiedenen Altersgruppen fällt bei den Männern der sehr hohe Abstand der ersten Altersgruppe (51,0 %) gegenüber der letzten Altersgruppe (33,8 %) von -17,2 Prozentpunkten auf und macht fast ein Drittel der ersten Altersgruppe aus. Demzufolge haben die Frauen eine Umkehrung im positiven Sinne vorzuweisen. Die Ursachen dieser entgegengesetzten Verteilung sind vor allem in den Kriegsverlusten und der unterschiedlichen Lebenserwartung der beiden Geschlechter zu suchen.

Insgesamt gab es bei der Bundestagswahl 1972 rd. 146 000 mehr wahlberechtigte Frauen als Männer, auf 100 Männer entfielen 124 Frauen (1969 = 128). Sehr unterschiedlich sind die Veränderungen innerhalb der einzelnen Altersgruppen. Im Vergleich zu 1969 haben insbesondere die 35- bis unter 40jährigen Männer einen Zugang von 15 000, die 30- bis unter 35jährigen männlichen Wahlberechtigten einen von 10 800 zu verzeichnen. Bei den Frauen liegen die Verhältnisse mit +9 900 bzw. +7 000 ähnlich. Dagegen hebt sich bei der Altersgruppe der 25- bis 30-

Tabelle 3a

**Die Wahlbeteiligung 1972 und 1969  
nach Alter und Geschlecht**  
— ohne Briefwähler —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten wählen in den Wahlräumen der repräsentativen Wahlbezirke					
	Männer		Frauen		zusammen	
	1972	1969	1972	1969	1972	1969
	1	2	3	4	5	6
18 bis 21 ....	86,6	—	88,0	—	87,3	—
21 bis 25 ....	85,3	76,3	86,6	76,1	86,0	76,2
25 bis 30 ....	86,6	78,8	88,4	81,2	87,5	80,0
30 bis 35 ....	89,4	83,5	90,5	85,9	89,9	84,7
35 bis 40 ....	90,5	86,7	92,8	85,5	91,6	86,1
40 bis 45 ....	92,8	89,1	93,2	87,6	93,0	88,3
45 bis 50 ....	92,8	88,2	93,8	89,1	93,4	88,7
50 bis 60 ....	93,3	90,3	93,9	89,4	93,7	89,7
60 bis 70 ....	94,1	91,1	94,2	90,0	94,2	90,5
70 und älter ..	92,6	88,2	88,8	83,5	90,1	85,1
Insgesamt ....	91,0	86,5	91,5	86,3	91,3	86,4
darunter:						
21 bis 45 ....	89,1	83,0	90,5	83,9	89,8	83,4
45 bis 60 ....	93,1	89,5	93,9	89,3	93,6	89,4
60 und älter ..	93,5	89,9	91,6	86,9	92,3	88,1

jährigen die Abnahme um 9 000 bei den Männern und um 6 400 bei den Frauen besonders ab. Von allen negativen Veränderungen sind die mit 13 200 bei den 45- bis unter 50jährigen Frauen, mit 11 600 bei den 50 bis 60 Jahre alten Frauen sowie mit jeweils 11 300 bei den 60- bis unter 70jährigen Männern und Frauen am höchsten.

*Mit 94,2 % ist die Wahlbeteiligung bei den 60- bis unter 70jährigen am höchsten*

Das bereits bei der Bundestagswahl 1969 den 60- bis unter 70jährigen am stärksten zugestandene Wahlinteresse findet 1972 seine Wiederholung. Sowohl die Frauen mit 94,2 % als auch die Männer mit 94,1 % haben die höchste Wahlbeteiligungsquote vor-

zuweisen, gefolgt von den 50 bis unter 60 Jahre alten Wahlberechtigten mit 93,9 % bzw. 93,3 %. Überhaupt wird aus Tabelle 3a erkennbar, daß mit zunehmendem Lebensalter die Wahlbeteiligung steigt, wobei die Kurve bei den über 70jährigen Personen verständlicherweise eine Abflachung erfährt (vgl. Schaubild 2). Aber auch die neuhinzugekommene Gruppe der 18- bis unter 21jährigen paßt nicht in den vorgezeichneten Rahmen. Deren Wahlbeteiligung ist höher als die der Wahlberechtigten zwischen 21 und 25 Jahren, für die bis auf den letzten Jahrgang der 24jährigen die erstmalige Ausübung des Wahlrechts genau so zutraf wie für die erste Gruppe der jüngsten Wähler. Wahrscheinlich war sich dieser Teil der Jungwähler besonders bewußt gewesen, zum ersten Mal als 18- bis unter 21jährige an einer Bundestagswahl teilnehmen zu dürfen.

Andererseits sticht die Zunahme der Wahlbeteiligung gegenüber 1969 gerade bei der Altersgruppe der 21- bis unter-25jährigen mit fast 10 Prozentpunkten ab. Die für Männer und Frauen zusammen ausgewiesenen 76,2 % bei der Bundestagswahl 1969 erhalten aber wieder sofort einen anderen Bezug, wenn man ihnen die 87,3 % der jüngsten Erstwähler von 1972 gegenüberstellt.

Mit welchen Anteilen männliche und weibliche Wähler sich in der jeweiligen Altersgruppe wiederfinden, darüber gibt Tabelle 3b Auskunft.

Eindeutig stehen die 60- bis unter 70jährigen mit Anteilen von 16,1 % bzw. 18,1 % wieder an der Spitze, darunter mit 15,3 % die Frauen zwischen 50 und 60 Jahren bzw. mit 13,3 % die 30- bis unter 35jährigen Männer. Auch wird hierin eine gewisse Verjüngung sichtbar. Während bei der Bundestagswahl 1969 der Anteil der 21- bis 45jährigen Männer 45,8 % betrug, erhöhte er sich 1972 auf 50,6 %, bei den Frauen von 37,4 % auf 41,1 %.

Tabelle 3b

**Die Wähler in den Wahlräumen  
der repräsentativen Wahlbezirke 1972 und 1969  
nach Alter und Geschlecht**  
— in % —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen			zusammen		
	1972		1969	1972		1969	1972		1969
	mit <sup>1)</sup>	ohne <sup>1)</sup>		mit <sup>1)</sup>	ohne <sup>1)</sup>		mit <sup>1)</sup>	ohne <sup>1)</sup>	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
18 bis 21 .....	4,1	—	—	3,2	—	—	3,6	—	—
21 bis 25 .....	6,1	6,4	5,6	5,3	5,4	4,1	5,6	5,9	4,8
25 bis 30 .....	9,7	10,1	11,0	8,1	8,4	8,6	8,8	9,2	9,6
30 bis 35 .....	13,3	13,9	11,6	10,4	10,7	9,6	11,7	12,1	10,5
35 bis 40 .....	10,9	11,3	8,5	8,7	9,0	7,2	9,7	10,0	7,8
40 bis 45 .....	8,5	8,8	9,1	7,2	7,5	7,9	7,8	8,2	8,4
45 bis 50 .....	7,4	7,7	8,4	7,5	7,8	9,4	7,5	7,7	9,0
50 bis 60 .....	13,1	13,7	15,1	15,3	15,8	16,7	14,3	14,8	16,0
60 bis 70 .....	16,1	16,8	18,6	18,1	18,7	19,7	17,2	17,8	19,2
70 und älter .....	10,8	11,3	12,1	16,2	16,7	16,8	13,8	14,3	14,7
Insgesamt .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter:									
21 bis 45 .....	48,5	50,6	45,8	39,8	41,1	37,4	43,6	45,3	41,1
45 bis 60 .....	20,5	21,3	23,5	22,8	23,5	26,1	21,8	22,6	25,0
60 und älter .....	26,9	28,1	30,7	34,2	35,4	36,5	31,0	32,1	33,9

<sup>1)</sup> Mit den bzw. ohne die 18- bis 21jährigen Wähler.



Tabelle 3c

**Die Wahrscheinempfänger und Urnenwähler  
der repräsentativen Wahlbezirke 1972 und 1969  
nach Alter und Geschlecht**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wahlberechtigten waren					
	Wahrscheinempfänger			Urnenwähler		
	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen	zusammen
	1	2	4	3	5	6
<b>1972</b>						
18 bis 21 ....	4,8	4,2	4,5	82,4	84,3	83,4
21 bis 25 ....	8,2	6,3	7,2	78,3	81,1	79,8
25 bis 30 ....	7,9	6,1	7,0	79,8	83,0	81,4
30 bis 35 ....	6,5	5,9	6,2	83,6	85,2	84,4
35 bis 40 ....	5,9	4,8	5,4	85,2	88,3	86,7
40 bis 45 ....	5,7	4,0	4,8	87,5	89,4	88,5
45 bis 50 ....	6,3	5,3	5,7	87,0	88,9	88,0
50 bis 60 ....	6,8	5,4	5,9	87,0	88,9	88,1
60 bis 70 ....	5,6	5,9	5,8	88,8	88,7	88,7
70 und älter ..	9,0	9,3	9,2	84,3	80,5	81,8
Insgesamt ....	6,7	6,1	6,4	84,9	85,9	85,5
darunter:						
21 bis 45 ....	6,8	5,4	6,1	83,1	85,5	84,3
45 bis 60 ....	6,6	5,3	5,9	87,0	88,9	88,1
60 und älter ..	7,0	7,6	7,4	86,9	84,7	85,5
<b>1969</b>						
21 bis 25 ....	8,6	6,8	7,7	69,8	70,9	70,3
25 bis 30 ....	9,0	8,7	8,8	71,7	74,2	72,9
30 bis 35 ....	8,5	6,4	7,5	76,4	80,4	78,4
35 bis 40 ....	7,9	5,6	6,7	79,9	80,7	80,3
40 bis 45 ....	7,3	6,8	7,0	82,6	81,7	82,1
45 bis 50 ....	8,2	6,9	7,4	81,0	83,0	82,1
50 bis 60 ....	9,6	7,9	8,6	81,6	82,3	82,0
60 bis 70 ....	8,4	7,6	7,9	83,5	83,2	83,3
70 und älter ..	8,8	9,3	9,1	80,4	75,7	77,4
Insgesamt ....	8,6	7,6	8,0	79,1	79,7	79,5
darunter:						
21 bis 45 ....	8,3	6,9	7,6	76,1	78,1	77,1
45 bis 60 ....	9,1	7,5	8,2	81,4	82,5	82,1
60 und älter ..	8,5	8,5	8,5	82,2	79,6	80,6

*Weniger Wahrscheinempfänger als 1969, jedoch kein Rückgang bei den ältesten Wählern*

In der vorangegangenen Veröffentlichung über die allgemeinen Wahlergebnisse wurde bereits auf eine der Neuerungen gegenüber der Bundestagswahl 1969 hingewiesen, zusammen mit der Wahlbenachrichtigung einen Vordruck auf Ausstellung eines Wahlscheines zu verschicken, um insbesondere älteren Mitbürgern den Erwerb eines Wahlscheines zu erleichtern. Bei einer Betrachtung der Tabelle 3c wird diese Absicht auch bestätigt. Mit Anteilen von 9 und mehr Prozent bei der Bundestagswahl 1972 haben die 70jährigen und älteren Wahlberechtigten davon am meisten Gebrauch gemacht.

Zum anderen scheinen sich auch die 21- bis unter 30jährigen des neuen Verfahrens zur Erlangung eines Wahlscheines besonders bewußt gewesen zu sein. Wahrscheinlich lassen sich dafür insofern Erklärungen finden, als die jüngeren Gruppen wie auch schon bei der Bundestagswahl 1969 vor allem wegen der Ausübung bestimmter Berufe, die mit Ortsabwesenheit verbunden ist (Reisende, Vertreter u. a.), nur mit Hilfe eines Wahlscheines ihr Wahlrecht ausüben können. Bei der großen Gruppe der 45- bis 60jährigen, mit 8,2 % 1969 ebenfalls einen hohen Anteil einnehmend, muß für 1972 die für Urlaubsreisen ungünstigere Jahreszeit die Ursache gewesen sein, die ein Ausweichen auf Briefwahl nicht in dem Maße hatte erforderlich werden lassen, wie das im September zur Bundestagswahl 1969 der Fall gewesen zu sein schien.

Bei einer anderen Betrachtungsweise, wie sie mit Hilfe der Tabelle 3d möglich wird, werden diese Vermutungen bekräftigt.

Allein der hohe Anteil von 51,4 % der 21- bis unter 45 Jahre alten Männer bei der Bundestagswahl 1972 ist dafür ein deutliches Indiz.

Tabelle 3d

**Die Wahrscheinempfänger  
der repräsentativen Wahlbezirke 1972 und 1969  
nach Alter und Geschlecht  
— in % —**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen			zusammen		
	1972		1969	1972		1969	1972		1969
	mit <sup>1)</sup>	ohne <sup>1)</sup>		mit <sup>1)</sup>	ohne <sup>1)</sup>		mit <sup>1)</sup>	ohne <sup>1)</sup>	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
18 bis 21 .....	3,0	—	—	2,2	—	—	2,6	—	—
21 bis 25 .....	8,0	8,3	6,4	5,8	5,9	4,2	6,8	7,0	5,2
25 bis 30 .....	12,2	12,6	12,7	8,4	8,6	10,4	10,2	10,5	11,5
30 bis 35 .....	13,2	13,6	11,9	10,1	10,3	8,0	11,5	11,8	9,8
35 bis 40 .....	9,5	9,8	7,9	6,7	6,8	5,2	8,0	8,2	6,4
40 bis 45 .....	6,9	7,1	7,4	4,6	4,7	6,9	5,7	5,8	7,1
45 bis 50 .....	6,7	6,9	7,9	6,3	6,5	8,1	6,5	6,7	8,1
50 bis 60 .....	12,9	13,3	16,4	12,9	13,2	16,7	12,9	13,3	16,6
60 bis 70 .....	12,9	13,3	17,2	16,9	17,3	18,9	15,0	15,4	18,1
70 und älter .....	14,7	15,1	12,2	26,1	26,7	21,6	20,8	21,3	17,2
Insgesamt .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter:									
21 bis 45 .....	49,9	51,4	46,3	35,5	36,3	34,6	42,2	43,4	40,1
45 bis 60 .....	19,6	20,2	24,3	19,3	19,7	24,9	19,4	19,9	24,6
60 und älter .....	27,5	28,4	29,4	43,0	44,0	40,5	35,8	36,7	35,3

<sup>1)</sup> Mit den bzw. ohne die 18- bis 21jährigen Wähler.

Bei einem Gesamtrückgang der Frauen konnte die SPD unter den weiblichen Wählern Gewinne erzielen

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit spezifischen Ergebnissen über das Wahlverhalten in bezug auf die Stimmenanteile der Parteien. Durch das direkte Anknüpfen bestimmter Merkmale des Alters und Geschlechts an die tatsächliche Entscheidung des Wählers werden Aussagen ermöglicht, wie sie keine andere Wahlanalyse hervorzubringen vermag. Als eine in der praktischen Durchführung sich nicht als schwierig erweisende Abgrenzung wurde eine Einteilung von fünf Gruppen angesehen, und zwar für Männer und Frauen getrennt:

- 18 bis unter 25 Jahre
- 25 bis unter 35 Jahre
- 35 bis unter 45 Jahre
- 45 bis unter 60 Jahre
- 60 Jahre und älter.

Um die Zuordnung der wahlberechtigten Männer und Frauen zu einer der fünf genannten Gruppen während der Wahlhandlung zu erleichtern und sie mit dem richtigen Wahlschein auszustatten, wurde auf der Wahlbenachrichtigungskarte hinter der laufenden Nr. für die Eintragung in das Wählerverzeichnis ein Zusatzbuchstabe mit ausgedruckt, beispielsweise „A“ für die 18- bis 25jährigen Männer oder „G“ für die 25- bis 35jährigen Frauen. Jede der 10 Wählergruppen umfaßte eine genügende Anzahl von Personen, so daß die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers verborgen blieb. Beim Vergleich zur Bundestagswahl 1969, bei der es nur vier Altersgruppen (21 bis 30, 30 bis 45, 45 bis 60, 60 und älter) gab, ist auf die andere Altersgliederung Rücksicht zu nehmen. Daher erfolgt in den Tabellen immer eine weitere Zusammenfassung der unter 45jährigen Wähler insgesamt.

Eingangs wurde erwähnt, daß es fast ein Viertel mehr wahlberechtigte Frauen als Männer gab. In welchem Maße dieses unterschiedliche Verhältnis sich in der Gunst der Parteien widerspiegelt, das läßt sich Tabelle 4a entnehmen.

Tabelle 4a

**Die Wähler der einzelnen Parteien in den repräsentativen Wahlbezirken 1972 und 1969 nach dem Geschlecht**

Parteien	Von 100 abgegebenen gültigen Zweitstimmen entfielen			
	1972		1969	
	auf			
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4
SPD	44,3	55,7	44,7	55,3
CDU	42,5	57,5	38,3	61,7
F.D.P.	49,0	51,0	48,7	51,3
DKP <sup>1)</sup>	65,3	34,7	57,6	42,4
NPD	60,0	40,0	63,6	36,4
Sonstige <sup>2)</sup>	(53,5)	(46,5)	54,2	45,8
Insgesamt	44,4	55,6	43,7	56,3

<sup>1)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADF. - <sup>2)</sup> 1969: EP, FSU; 1972: EFP, FSU.  
Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Bei einer Gesamtrrelation von 44,4 zu 55,6 liegen bei den Männern insbesondere die DKP (65,3), die NPD (60,0) und die F.D.P. (49,0) darüber, während bei den Frauen die CDU den Gesamtdurchschnitt um 1,9 Punkte überragt. Gegenüber der Bundestagswahl 1969 hat sich der Gesamtanteil der Männer um 0,7 Punkte auf 44,4 erhöht, für die einzelnen Parteien jedoch sind unterschiedliche Veränderungen festzustellen:

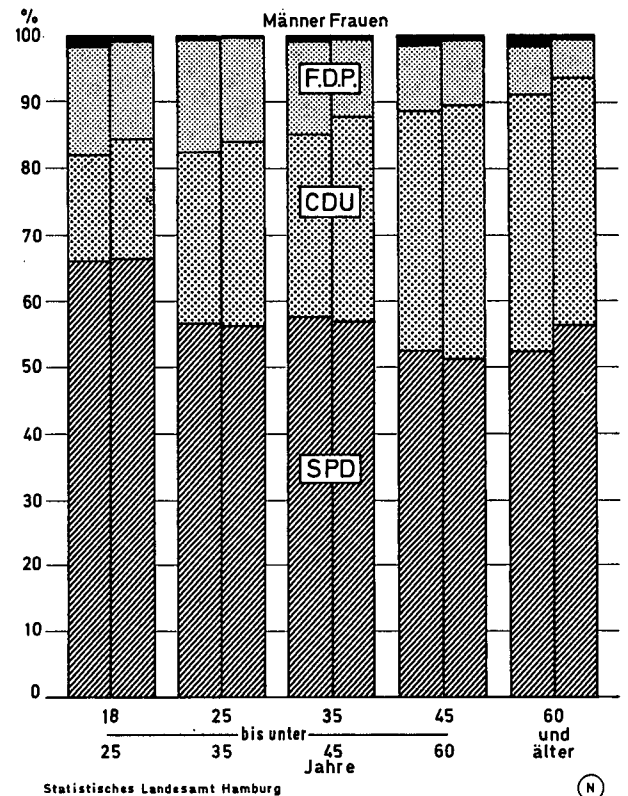
**Veränderung der Zweitstimmen-Anteile der Männer 1972/1969**

SPD	-0,4
CDU	+4,2
F.D.P.	+0,3
DKP	+7,7
NPD	-3,6
Insgesamt	+0,7

Damit haben von der positiven Gesamtzunahme der Männer vor allem die DKP und die CDU, zum Teil die F.D.P. profitiert. Demzufolge haben sich gegenüber 1969 die Frauen anteilmäßig mehr für die NPD und die SPD entschieden, wobei allerdings die 1972 von der SPD erreichten Anteile fast der Gesamtrrelation entsprechen.

Schaubild 3

**Zweitstimmen-Anteile der Parteien bei der Bundestagswahl 1972 nach Geschlecht und Altersgruppen**



Unter den Wählern der CDU mehr ältere männliche Anhänger, dagegen insbesondere weniger jüngere Frauen als 1969

Die tendenziellen Verhaltensweisen zwischen den beiden Geschlechtern erfahren eine interessante Bereicherung durch die Einbeziehung der Alterskomponente.

Tabelle 4b

**Die Wähler der einzelnen Parteien  
in den repräsentativen Wahlbezirken 1972 und 1969  
nach Geschlecht und Altersgruppen**

— Altersgruppe je Geschlecht = 100 gesetzt —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer						Frauen					
	Von 100 abgegebenen gültigen Zweitstimmen (ohne Briefwahl) entfielen auf											
	SPD	CDU	F.D.P.	DKP <sup>1)</sup>	NPD	son- stige <sup>2)</sup> Parteien	SPD	CDU	F.D.P.	DKP <sup>1)</sup>	NPD	son- stige <sup>2)</sup> Parteien
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>1972</b>												
18 bis 25 .....	65,8	16,4	16,1	(1,5)	(0,2)	(0,0)	66,0	18,3	14,8	(0,7)	—	(0,2)
25 bis 35 .....	56,7	25,8	16,8	(0,5)	(0,2)	(0,0)	56,2	28,0	15,3	(0,1)	(0,3)	(0,1)
35 bis 45 .....	57,5	27,8	13,6	(0,5)	(0,4)	(0,2)	57,1	30,7	11,5	(0,4)	(0,1)	(0,2)
18 bis 45 .....	58,8	24,7	15,5	0,6	(0,3)	(0,1)	58,5	27,1	13,8	(0,3)	(0,2)	(0,1)
45 bis 60 .....	52,8	35,8	9,9	(0,7)	(0,6)	(0,2)	51,3	38,3	9,6	(0,3)	(0,3)	(0,2)
60 und älter .....	52,2	38,9	6,9	1,1	(0,6)	(0,3)	56,3	37,6	5,5	(0,3)	(0,2)	(0,1)
Insgesamt .....	55,8	30,7	12,1	0,8	0,4	(0,2)	56,1	33,2	10,0	0,3	0,2	(0,2)
<b>1969</b>												
21 bis 30 .....	61,5	25,1	8,7	(1,5)	2,8	(0,4)	58,4	31,6	7,6	(0,9)	(1,1)	(0,4)
30 bis 45 .....	60,6	25,7	7,8	1,1	4,3	(0,5)	56,3	33,5	6,7	(0,7)	2,3	(0,5)
21 bis 45 .....	60,9	25,5	8,1	1,2	3,8	(0,5)	57,0	32,8	7,1	0,8	1,9	(0,4)
45 bis 60 .....	51,3	32,1	6,6	1,5	7,7	(0,8)	51,7	37,8	5,6	1,0	3,4	(0,5)
60 und älter .....	55,1	32,2	4,7	1,9	5,6	(0,5)	54,1	38,9	3,9	0,8	2,0	(0,3)
Insgesamt .....	56,9	29,1	6,7	1,5	5,2	0,6	54,6	36,4	5,5	0,8	2,3	0,4
<b>Veränderung 1972 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)</b>												
18(21) bis 45 .....	-2,1	-0,8	+7,4	-0,6	-3,5	-0,4	+1,5	-5,7	+6,7	-0,5	-1,7	-0,3
45 bis 60 .....	+1,5	+3,7	+3,3	-0,8	-7,1	-0,6	-0,4	+0,5	+4,0	-0,7	-3,1	-0,3
60 und älter .....	-2,9	+6,7	+2,2	-0,8	-5,0	-0,2	+2,2	-1,3	+1,6	-0,5	-1,8	-0,2
Insgesamt .....	-1,1	+1,6	+5,4	-0,7	-4,8	-0,4	+1,5	-3,2	+4,5	-0,5	-2,1	-0,2

<sup>1)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADF. — <sup>2)</sup> 1969: EP, FSU; 1972: EFP, FSU.  
Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Wie dem Schaubild 3 entnehmbar, fand die SPD sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen die größte Resonanz unter den jüngeren Wählern, was auch für die F.D.P. zutrifft. Dagegen ist die Anhängerschaft der CDU überwiegend bei den über 45jährigen Wählern zu finden. Bei ihr schwanken die Anteile der Männer zwischen 16,4% (18 bis 25 Jahre) und 38,9% (60 und älter) bedeutend stärker, als das bei der Bundestagswahl 1969 der Fall gewesen war.

Noch wesentlich differenzierter tritt die Altersschichtung bei der F.D.P. auf. Hier liegen die Streuungen bei den Männern zwischen 16,8% bei den 25- bis unter 35jährigen und 6,9% bei den über 60jährigen, bei den Frauen zwischen 15,3% und 5,5% mit ähnlicher Spannbreite. Der Anteil von 1,5% für die DKP unter den 18- bis 25jährigen Männern verdient ebenfalls Beachtung.

Bereits bei der vorangegangenen Betrachtung der Geschlechterrelationen fiel das relativ ungünstigere Abschneiden der SPD bei den Männern auf. Wie unterschiedlich sich das in den Altersgruppen ausmacht, wird aus den in der Tabelle 4b mit dargestellten Veränderungswerten kenntlich. Als besonders aufschlußreich erweisen sich die Wandlungen im

Wahlverhalten der über 60jährigen zwischen der SPD und CDU. Während bei den Männern die SPD verlor und die CDU stark aufholte, tritt bei den Frauen eine Umkehrung auf, indem die SPD an Boden gewann und die CDU Stimmen einbüßte. Als einzige Partei konnte die F.D.P. unter den Männern bei den unter 45jährigen Gewinne erzielen (+7,4%), bei den Frauen mußte sie einen Teil der SPD (+1,5%) überlassen, und zwar auf Kosten der CDU (-5,7%).

Noch deutlicher wird das altersmäßig bedingte Wahlverhalten, wenn man den Gesamt-Stimmenanteil der Partei = 100 setzt und dann die Altersgruppen betrachtet, wie es mit Hilfe der Tabelle 4c möglich ist.

Danach beruhte die Mehrheit der Anhängerschaft der SPD auf einem Anteil von 55,5% bei den unter 45jährigen Männern sowie einem Anteil von 55% bei den über 45jährigen Frauen. Bei der CDU tritt das Übergewicht sowohl mit rd. 58% bei den Männern als auch mit rd. 65% bei den Frauen in der Altersgruppe der 45jährigen und älteren Wähler auf. Die F.D.P. dagegen stützt sich überwiegend auf Männer (rd. 68%) und Frauen (rd. 60%) im Alter bis zu 45 Jahren. Im Vergleich zur Bundestagswahl 1969 konnten alle Parteien, insbesondere die F.D.P., ihre Po-

Tabelle 4c

**Die Wähler der einzelnen Parteien  
in den repräsentativen Wahlbezirken 1972 und 1969  
nach Geschlecht und Altersgruppen**

— Gesamt-Stimmenanteil der Partei = 100 gesetzt —

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Zweitstimmen-Anteile (ohne Briefwahl)											
	Männer						Frauen					
	SPD	CDU	F.D.P.	DKP <sup>1)</sup>	NPD	son- stige <sup>2)</sup> Parteien	SPD	CDU	F.D.P.	DKP <sup>1)</sup>	NPD	son- stige <sup>2)</sup> Parteien
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
<b>1972</b>												
18 bis 25 .....	12,2	5,5	13,9	(19,3)	( 4,3)	( 5,3)	10,2	4,8	12,8	(18,7)	—	(12,1)
25 bis 35 .....	23,4	19,3	32,1	(14,0)	(11,8)	( 2,6)	18,6	15,7	28,5	( 7,7)	(21,0)	(15,2)
35 bis 45 .....	19,9	17,5	21,9	(11,1)	(17,2)	(18,4)	16,2	14,7	18,2	(17,7)	(11,3)	(27,3)
18 bis 45 .....	55,5	42,3	67,9	44,4	(33,3)	(26,3)	45,0	35,2	59,5	(44,0)	(32,3)	(54,6)
45 bis 60 .....	19,3	23,7	16,8	(17,6)	(29,0)	(26,3)	20,8	26,2	21,9	(23,1)	(33,9)	(24,2)
60 und älter ....	25,2	34,0	15,3	38,0	(37,7)	(47,4)	34,2	38,6	18,6	(32,9)	(33,8)	(21,2)
Insgesamt .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>1969</b>												
21 bis 30 .....	18,2	14,6	21,9	(16,7)	9,0	(13,8)	13,8	11,2	18,0	(13,0)	( 6,3)	(13,1)
30 bis 45 .....	31,0	25,6	33,7	20,3	24,0	(26,6)	25,3	22,6	30,0	(21,3)	24,5	(29,3)
21 bis 45 .....	49,2	40,2	55,6	37,0	33,0	(40,4)	39,1	33,8	48,0	(34,3)	30,8	(42,4)
45 bis 60 .....	21,3	26,1	23,3	24,2	34,5	(32,1)	24,6	27,0	26,4	(30,9)	37,7	(30,4)
60 und älter ....	29,5	33,7	21,1	38,8	32,5	(27,5)	36,3	39,2	25,6	(34,8)	31,5	(27,2)
Insgesamt .....	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
<b>Veränderung 1972 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)</b>												
18(21) bis 45 ....	+ 6,3	+ 2,1	+12,3	+ 7,4	+ 0,3	-14,1	+ 5,9	+ 1,4	+11,5	+ 9,7	+ 1,5	+12,2
45 bis 60 .....	- 2,0	- 2,4	- 6,5	- 6,6	- 5,5	- 5,8	- 3,8	- 0,8	- 4,5	- 7,8	- 3,8	- 6,2
60 und älter ..	- 4,3	+ 0,3	- 5,8	- 0,8	+ 5,2	+19,9	- 2,1	- 0,6	- 7,0	- 1,9	+ 2,3	- 6,0

<sup>1)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADF. — <sup>2)</sup> 1969: EP, FSU; 1972: EFP, FSU.  
Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

sitionen unter den 18- bis 45jährigen Wählern ausbauen, wofür durch die stärkere Präsenz dieser Altersgruppen gegenüber 1969 entsprechende Grundvoraussetzungen bestanden hatten (vgl. Tabelle 2 a).

Mit der diesen Teil der Ausführungen abschließenden Tabelle 5 werden die absoluten Zahlen veröffentlicht, die sich als nahezu bedeutungslos für die Splitterparteien erweisen und die insbesondere den Rückgang der Stimmenzahl bei der NPD erkennen lassen.

*Nur vier von fünf der 18- bis unter 35jährigen Wähler gaben Erst- und Zweitstimme der gleichen Partei*

Bereits im ersten Beitrag zur Darstellung der Wahlergebnisse im Februar-Heft dieser Zeitschrift wurde auf die Einmaligkeit des von verschiedenen Wählerinitiativen propagierten Stimmensplittings bei der letzten Bundestagswahl hingewiesen. Über die Ausmaße des Gestaltungsrechts unterschiedlicher Erst- und Zweitstimmenvergabe vermittelt Tabelle 6 einen Überblick.

Wie es Tabellenspalte 2 bei den Männern und Tabellenspalte 5 für die Frauen zum Ausdruck bringen, haben von der Möglichkeit der differenzierten Stimmabgabe mehr Wähler Gebrauch gemacht, als das bei der Bundestagswahl 1969 der Fall gewesen ist. Auch

hier besteht ein Zusammenhang wieder insofern, als mit zunehmendem Lebensalter das Splitting abnimmt und Erst- und Zweitstimme immer mehr der gleichen Partei zufallen. Insbesondere jüngere Anhänger einer Partei entschließen sich eher dazu als ältere, wie es die Veränderungen von +4,2% bei den Männern und von +3,1 Prozentpunkten bei den Frauen im Alter bis zu 45 Jahren bestätigen.

Die unterschiedlichen Auswirkungen auf die einzelnen Parteien macht Tabelle 7 deutlich.

Von den Zweitstimmenwählern der F.D.P. gaben rd. zwei Drittel ihre Erststimme den Wahlkreisbewerbern einer anderen Partei, und zwar 69,2% bei den Männern und 66,2% bei den Frauen. Oberhalb dieser Gesamtanteile liegen die 18- bis unter 35jährigen Männer mit 75,6% bzw. 79,1% sowie die 18- bis 25jährigen Frauen sogar mit 80,1%. Dagegen waren die Zweitstimmenwähler der anderen beiden großen Parteien weit weniger bereit, ihre Erststimme Kandidaten anderer Parteien zukommen zu lassen. Die Anteile der CDU und SPD zwischen jeweils 3,1% und 4,2% geben das klar zu erkennen. Vor allem haben die Wähler der CDU sich gegenüber der Bundestagswahl 1969 wesentlich anders verhalten. Hier waren es insbesondere die jüngeren Anhänger, die diesmal bewußter als 1969 mit der Erst- und Zweitstimme dieselbe Partei wählten.

Tabelle 5

**Die Wähler in den repräsentativen Wahlbezirken 1972 und 1969  
nach der Stimmabgabe für die Parteien  
— absolute Zahlen —**

Altersgruppen von ... bis unter Jahren	Abgegebene gültige Erststimmen (ohne Briefwahl)								Abgegebene gültige Zweitstimmen (ohne Briefwahl)							
	insgesamt	davon entfielen auf							insgesamt	davon entfielen auf						
		SPD	CDU	F.D.P.	DKP <sup>1)</sup>	EFP <sup>2)</sup>	FSU	NPD		SPD	CDU	F.D.P.	DKP <sup>1)</sup>	EFP <sup>2)</sup>	FSU	NPD
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
<b>Bundestagswahl 1972</b>																
<b>Männer</b>																
18 bis 25	2 234	1 656	365	146	59	4	—	4	2 240	1 473	367	361	33	2	—	4
25 bis 35	4 968	3 359	1 263	275	49	5	1	16	4 976	2 822	1 281	837	24	1	—	11
35 bis 45	4 171	2 707	1 167	245	29	5	—	18	4 179	2 404	1 163	570	19	4	3	16
45 bis 60	4 402	2 537	1 569	218	40	8	1	29	4 404	2 327	1 574	436	30	7	3	27
60 und älter ....	2 795	3 179	2 259	242	69	8	4	34	5 806	3 034	2 256	398	65	3	15	35
Ins-gesamt .	21 570	13 438	6 623	1 126	246	30	6	101	21 605	12 060	6 641	2 602	171	17	21	93
<b>Frauen</b>																
18 bis 25	2 339	1 728	432	147	27	4	—	1	2 341	1 546	428	346	17	2	2	—
25 bis 35	5 039	3 296	1 395	318	16	5	1	8	5 045	2 834	1 414	772	7	5	—	13
35 bis 45	4 308	2 722	1 315	241	16	7	—	7	4 309	2 460	1 322	495	16	7	2	7
45 bis 60	6 162	3 378	2 344	385	26	8	1	20	6 161	3 162	2 357	592	21	5	3	21
60 und älter ....	9 168	5 295	3 456	363	31	1	2	20	9 214	5 187	3 464	505	30	2	5	21
Ins-gesamt .	27 016	16 419	8 942	1 454	116	25	4	56	27 070	15 189	8 985	2 710	91	21	12	62
<b>Bundestagswahl 1969</b>																
<b>Männer</b>																
21 bis 30	3 180	2 162	761	118	56	10	2	71	3 192	1 963	801	277	47	13	2	89
30 bis 45	5 478	3 576	1 388	219	64	23	8	200	5 494	3 331	1 411	428	57	22	7	238
45 bis 60	4 458	2 443	1 475	180	62	24	6	268	4 471	2 295	1 435	296	68	31	4	342
60 und älter ....	5 717	3 222	1 897	206	102	11	10	269	5 754	3 168	1 856	268	109	14	16	323
Ins-gesamt .	18 833 <sup>3)</sup>	11 403	5 521	723	284	68	26	808	18 911	10 757	5 503	1 269	281	80	29	992
<b>Frauen</b>																
21 bis 30	3 126	1 998	939	119	31	9	1	29	3 144	1 837	992	240	27	11	1	36
30 bis 45	5 946	3 553	1 962	247	43	15	10	116	5 976	3 364	2 000	402	44	18	9	139
45 bis 60	6 290	3 405	2 354	265	68	19	7	172	6 316	3 268	2 389	353	64	18	10	214
60 und älter ....	8 766	4 861	3 384	276	66	15	8	156	8 919	4 828	3 472	343	72	15	10	179
Ins-gesamt .	24 128 <sup>4)</sup>	13 817	8 639	907	208	58	26	473	24 355	13 297	8 853	1 338	207	62	30	568

<sup>1)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der ADF. — <sup>2)</sup> Bei der Bundestagswahl 1969 handelt es sich um die Stimmenanteile der EP. — <sup>3)</sup> Ohne 7 Erststimmen für Parteilose. — <sup>4)</sup> Ohne 10 Erststimmen für Parteilose.

*Mehr als 60 % der Gesamtwähler der F.D.P. unterstützten mit ihrer Erststimme den Kandidaten der SPD*

Inwieweit nun das Stimmensplitting innerhalb der verschiedenen Altersgruppen von den männlichen und weiblichen Wählern praktiziert wurde, soll im folgenden an den drei in den Bundestag gewählten Parteien verdeutlicht werden (s. dazu T a b e l l e 8 a).

Außer den bereits erkennbar gewordenen Tendenzen, daß mit steigendem Lebensalter die unterschiedliche Abgabe der Erst- und Zweitstimme abschiedlich und zwischen den Parteien beträchtliche Differenzierungen zu verzeichnen sind, läßt sich nun nachweisen, ob geschlechts- und altersspezifische Umschichtungen von Erst- und Zweitstimmen stattgefunden haben.

Von 100 männlichen Zweitstimmenwählern der SPD hat unter den 18- bis 25jährigen fast jeder 4. seine Erststimme der F.D.P. gegeben. Bei den Frauen fiel dieser Anteil mit 4,3 % wie in den anderen Altersgruppen noch etwas stärker aus. Dagegen unterstützten die Zweitstimmenwähler der F.D.P. in fast allen Altersgruppen mit ihrer Erststimme überwiegend den Kandidaten der SPD mit Anteilen zwischen 74,3 % und 51,5 % bei den Frauen und zwischen 73,9 % und 55,5 % bei den Männern. Lediglich in der letzten Altersgruppe der über 60jährigen ist eine Umkehrung zugunsten der eigenen Partei von 49,7 % (Männer) und 47,7 % (Frauen) festzustellen. Die Zweitstimmenwähler der CDU mit den höchsten Erststimmen-Anteilen für die gleiche Partei haben den Wahlkreisbewerbern der SPD mehr Erststimmen zukommen lassen als den Direktkandidaten der F.D.P., jedoch nicht in dem Ausmaße wie 1969. Im Gegen-

Tabelle 6

**Die Kombination von Erst- und Zweitstimmen  
der Wähler in den repräsentativen Wahlbezirken 1972 und 1969  
nach Geschlecht und Altersgruppen  
— in % —**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen			Zusammen		
	Erst- und Zweit- stimme der gleichen Partei	Erst- und Zweit- stimme ver- schiedener Parteien	Erst- und/oder Zweitstimme ungültig	Erst- und Zweit- stimme der gleichen Partei	Erst- und Zweit- stimme ver- schiedener Parteien	Erst- und/oder Zweitstimme ungültig	Erst- und Zweit- stimme der gleichen Partei	Erst- und Zweit- stimme ver- schiedener Parteien	Erst- und/oder Zweitstimme ungültig
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Bundestagswahl 1972</b>									
18 bis 25 .....	82,2	17,0	(0,8)	82,4	17,0	(0,6)	82,3	17,0	(0,7)
25 bis 35 .....	82,2	17,2	(0,6)	83,4	16,0	(0,6)	82,8	16,6	0,6
35 bis 45 .....	86,9	12,6	(0,5)	88,8	10,7	(0,5)	87,8	11,6	(0,5)
18 bis 45 .....	83,9	15,5	0,6	85,2	14,2	0,6	84,6	14,8	0,6
45 bis 60 .....	90,8	8,8	(0,4)	90,7	8,7	(0,6)	90,8	8,7	0,5
60 und älter .....	94,1	5,2	(0,7)	93,3	4,6	2,1	93,6	4,8	1,6
Insgesamt .....	88,1	11,3	0,6	89,2	9,7	1,1	88,7	10,4	0,9
<b>Bundestagswahl 1969</b>									
21 bis 30 .....	86,2	12,9	(0,9)	85,7	13,1	(1,2)	86,0	12,9	(1,1)
30 bis 45 .....	88,9	10,3	(0,8)	88,8	10,0	1,2	88,8	10,2	(1,0)
21 bis 45 .....	87,9	11,3	0,8	87,7	11,1	1,2	87,8	11,2	1,0
45 bis 60 .....	90,7	8,2	1,1	91,1	7,4	1,5	90,9	7,8	1,3
60 und älter .....	93,2	4,7	2,1	91,7	4,4	3,9	92,3	4,5	3,2
Insgesamt .....	90,2	8,5	1,3	90,1	7,6	2,3	90,1	8,0	1,9
<b>Veränderung 1972 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)</b>									
18(21) bis 45 .....	— 4,0	+ 4,2	— 0,2	— 2,5	+ 3,1	— 0,6	— 3,2	+ 3,6	— 0,4
45 bis 60 .....	+ 0,1	+ 0,6	— 0,7	+ 0,4	+ 1,3	— 0,9	— 0,1	+ 0,9	— 0,8
60 und älter ..	+ 0,9	+ 0,5	— 1,4	+ 1,6	+ 0,2	— 1,8	+ 1,3	+ 0,3	— 1,6
Insgesamt .....	— 2,1	+ 2,8	— 0,7	— 0,9	+ 2,1	— 1,2	— 1,4	+ 2,4	— 1,0

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Tabelle 7

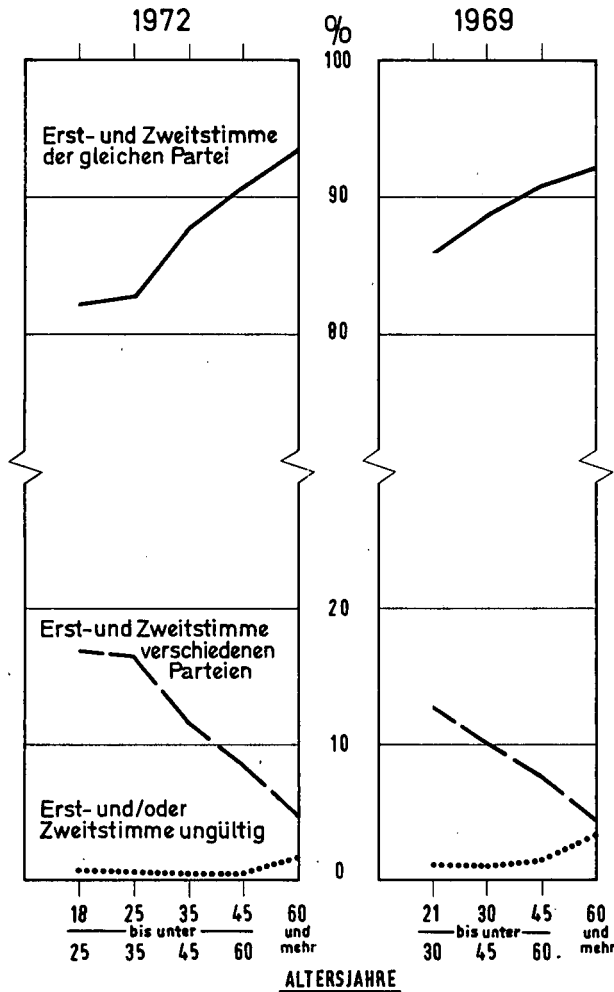
**Die unterschiedliche Abgabe von Erst- und Zweitstimmen  
der Wähler in den repräsentativen Wahlbezirken 1972 und 1969  
nach Geschlecht und Altersgruppen**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer					Frauen				
	Von 100 gültigen Zweitstimmen für die Partei entfielen Erststimmen auf Wahlkreisbewerber anderer Parteien									
	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	NPD	SPD	CDU	F.D.P.	DKP	NPD
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>Bundestagswahl 1972</b>										
18 bis 25 .....	6,0	5,4	75,6	(12,1)	(25,0)	6,0	6,1	80,1	(23,5)	—
25 bis 35 .....	4,6	5,6	79,1	( 8,3)	(27,3)	5,2	5,6	75,8	(42,9)	(46,2)
35 bis 45 .....	3,6	4,0	69,1	( 5,3)	(18,7)	3,5	3,3	67,5	(12,5)	(42,9)
18 bis 45 .....	4,6	4,9	75,2	9,2	(22,6)	4,8	4,7	74,1	(22,5)	(45,0)
45 bis 60 .....	2,6	2,9	62,4	(13,3)	(22,2)	4,3	2,8	56,4	(14,3)	(23,8)
60 und älter .....	1,9	1,4	50,3	10,8	(20,0)	3,4	1,8	52,3	(13,3)	(28,6)
Insgesamt .....	3,5	3,3	69,2	10,5	(21,5)	4,2	3,1	66,2	17,6	32,3
<b>Bundestagswahl 1969</b>										
21 bis 30 .....	4,2	13,6	69,7	(19,1)	(25,8)	5,9	13,6	70,4	(25,9)	(27,8)
30 bis 45 .....	3,5	10,1	61,0	15,8	21,4	4,8	10,3	55,0	(25,0)	(26,6)
21 bis 45 .....	3,7	11,3	64,4	17,3	22,6	5,2	11,4	60,7	25,4	26,9
45 bis 60 .....	2,3	5,3	46,6	20,6	27,8	3,9	7,2	41,1	14,1	26,2
60 und älter .....	2,3	3,3	35,4	16,5	21,7	4,2	6,4	33,2	22,2	(23,5)
Insgesamt .....	3,0	7,1	54,1	17,8	24,1	4,5	8,3	48,5	20,8	25,5
<b>Veränderung 1972 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)</b>										
18(21) bis 45 .....	+ 0,9	— 6,4	+10,8	— 8,1	—	— 0,4	— 6,7	+13,4	— 2,9	+18,1
45 bis 60 .....	+ 0,3	— 2,4	+15,8	— 7,3	— 5,6	+ 0,4	— 4,4	+15,3	+ 0,2	— 2,4
60 und älter ..	— 0,4	— 1,9	+14,9	— 5,7	— 1,7	— 0,8	— 4,6	+19,1	— 8,9	+ 5,1
Insgesamt .....	+ 0,5	— 3,8	+15,1	— 7,3	— 2,6	— 0,3	— 5,2	+17,7	— 3,2	+ 6,8

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Schaubild 4

Die Kombination von Erst- und Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen 1972 und 1969 nach Altersgruppen



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

satz dazu haben die Wähler der F.D.P. ihre Kandidatenstimme verhältnismäßig öfter CDU-Bewerbern zugestanden als umgekehrt, Zweitstimmenwähler dieser Partei Direktkandidaten der F.D.P. unterstützt. In diesem Zusammenhang bedarf es eines besonderen Hinweises auf die 5,9% bzw. 6,0% der 35- bis unter 60jährigen männlichen F.D.P.-Wähler mit ihrem Votum für den Wahlkreisbewerber der CDU.

Von doppelt soviel Erststimmenwählern der F.D.P. wie 1969 erhielt die SPD deren Zweitstimmen

Das zwischen den Wählern der SPD und F.D.P. am eindrucksvollsten praktizierte Stimmensplitting soll nochmals von einer anderen Betrachtungsweise her demonstriert werden, indem die abgegebenen Zweitstimmen dieser beiden Parteien ins Verhältnis zu den Erststimmen gesetzt werden (Tabelle 8 b).

Auch aus dieser Gegenüberstellung tritt deutlich die Absicht hervor, daß SPD-Wähler (fast jeder 5. unter den 25- bis unter 35jährigen) mit ihrer Zweitstimme die F.D.P. unterstützten und bemerkenswerterweise aber auch doppelt soviel Erststimmenwähler der F.D.P. wie 1969 ihre Zweitstimme der SPD gaben. Um eine Vorstellung über die tatsächlichen Ge-

wichtsverhältnisse zu vermitteln, seien folgende Zahlen genannt. Die F.D.P. erhielt von den insgesamt 29 857 Erststimmenwählern der SPD 3 308 Zweitstimmen, während umgekehrt von den gesamten 2 580 Erststimmenwählern der F.D.P. auf die SPD nur 720 Zweitstimmen, lediglich knapp 22% des erwähnten Anteils von 3 308, entfielen.

Von den anderen an der Bundestagswahl 1972 noch beteiligt gewesenen Parteien verdienen DKP und NPD insofern beachtet zu werden, als von den gesamten 362 Erststimmenwählern der DKP 107 (= 30%) ihre Zweitstimme der SPD zukommen ließen und von den 157 Erststimmenwählern der NPD 32 (= 20%) ihre Parteistimme der CDU gaben.

Nach wie vor der Anteil der ungültigen Stimmen unter den über 60jährigen Wählerinnen am höchsten

Im letzten Wahlaufsatz von „Hamburg in Zahlen“, Februar 1973, ist der erhebliche Rückgang des An-

Tabelle 8 a

Die abgegebenen Erststimmen im Verhältnis zu den Zweitstimmen der Wähler in den repräsentativen Wahlbezirken nach Geschlecht und Altersgruppen für die drei in den Bundestag gewählten Parteien

Parteien	Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Männer			Frauen		
		Von 100 abgegebenen Zweitstimmen (ohne Briefwahl) der vorstehenden Partei entfielen Erststimmen auf					
		SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.
		1	2	3	4	5	6
SPD	18 bis 25	93,9	(0,3)	3,5	94,0	(0,8)	4,3
	25 bis 35	95,3	(0,6)	3,0	94,8	(0,7)	3,9
	35 bis 45	96,4	(0,7)	2,4	96,5	(0,5)	2,7
	18 bis 45	95,4	(0,6)	2,9	95,2	(0,7)	3,5
	45 bis 60	97,4	(0,4)	1,9	95,7	(0,5)	3,4
	60 und älter ..	98,1	(0,3)	1,2	96,6	(0,2)	1,9
	Ins-gesamt Dagegen 1969 ..	96,5	0,4	2,3	95,8	0,5	2,9
CDU	18 bis 25	(3,2)	94,6	(1,6)	(2,1)	93,9	(2,6)
	25 bis 35	(3,4)	94,4	(1,2)	3,8	94,4	(1,5)
	35 bis 45	(2,4)	95,9	(1,0)	(1,9)	96,7	(1,0)
	18 bis 45	3,0	95,1	(1,2)	2,8	95,4	(1,4)
	45 bis 60	(1,4)	97,1	(0,6)	(1,6)	97,3	(0,8)
	60 und älter ..	(0,5)	98,5	(0,3)	(0,5)	98,2	(0,5)
	Ins-gesamt Dagegen 1969 ..	1,8	96,7	(0,8)	1,6	96,9	0,9
F.D.P.	18 bis 25	70,6	(3,3)	24,4	74,3	(4,9)	19,9
	25 bis 35	73,9	(4,1)	20,9	70,6	(4,6)	24,2
	35 bis 45	62,8	(5,9)	30,9	63,2	(3,9)	32,5
	18 bis 45	69,7	4,5	24,8	69,1	4,4	25,9
	45 bis 60	55,5	(6,0)	37,6	51,5	(4,6)	43,6
	60 und älter ..	45,5	(4,5)	49,7	46,1	(5,4)	47,7
	Ins-gesamt Dagegen 1969 ..	63,6	4,7	30,8	61,0	4,6	33,8
		43,5	8,0	45,9	35,4	10,8	51,5

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

Tabelle 8b

**Die abgegebenen Zweitstimmen im Verhältnis zu den  
Erststimmen der Wähler in den repräsentativen  
Wahlbezirken nach Geschlecht und Altersgruppen  
für SPD und F.D.P.**

Parteien	Altersgruppen unter ... Jahren von ... bis	Männer		Frauen	
		Von 100 abgegebenen Erststimmen (ohne Briefwahl) der vorstehenden Partei entfielen Zweitstimmen auf			
		SPD	F.D.P.	SPD	F.D.P.
		1	2	3	4
SPD	18 bis 25 .....	83,6	15,4	84,1	14,9
	25 bis 35 .....	80,1	18,4	81,6	16,5
	35 bis 45 .....	85,6	13,2	87,2	11,5
	18 bis 45 .....	82,8	15,9	84,1	14,4
	45 bis 60 .....	89,3	9,5	89,6	9,0
	60 und älter ...	93,6	5,7	94,7	4,4
	Insgesamt .....	86,6	12,3	88,7	10,1
	Dagegen 1969 ..	91,5	4,8	91,9	3,4
F.D.P.	18 bis 25 .....	34,9	60,3	45,6	46,9
	25 bis 35 .....	30,5	63,6	34,3	58,8
	35 bis 45 .....	23,3	71,8	27,4	66,8
	18 bis 45 .....	28,8	65,9	34,3	59,1
	45 bis 60 .....	(20,2)	75,2	27,8	67,0
	60 und älter ...	(14,9)	81,8	27,3	66,4
		Insgesamt .....	24,2	71,1	30,8
	Dagegen 1969 ..	11,4	80,5	15,5	76,0

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

teils der ungültigen Stimmen gegenüber der Bundestagswahl 1969 bereits herausgestellt worden. Die abschließende Tabelle 9 bestätigt früher getroffene Feststellungen, wonach es insbesondere den älteren Frauen schwerfällt, den Stimmzettel mit Erst- und Zweitstimme zu begreifen und richtig auszufüllen, obgleich er gegenüber vorangegangenen Wahlen eine verbesserte, verständlichere Gestaltung erfahren hat.

Bezüglich der Verschiedenartigkeit ungültiger Stimmen bleibt zu erwähnen, daß es nach der repräsentativen

Tabelle 9

**Die Anteile der ungültigen Erst- und Zweitstimmen  
in den repräsentativen Wahlbezirken 1972 und 1969  
nach Geschlecht und Altersgruppen**

Altersgruppen von ... bis unter ... Jahren	Von 100 Wählern in den Wahlräumen der repräsentativen Wahlbezirke gaben ab			
	ungültige Erststimmen		ungültige Zweitstimmen	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1	2	3	4
	<b>1972</b>			
18 bis 25 .....	(0,8)	(0,5)	(0,6)	(0,4)
25 bis 35 .....	(0,5)	(0,5)	(0,3)	(0,4)
35 bis 45 .....	(0,5)	(0,3)	(0,3)	(0,3)
18 bis 45 .....	0,6	(0,4)	(0,4)	(0,3)
45 bis 60 .....	(0,4)	(0,5)	(0,3)	(0,5)
60 und älter ..	(0,7)	1,6	(0,5)	1,1
Insgesamt ....	0,6	0,8	0,4	0,6
	<b>1969</b>			
21 bis 30 .....	(0,8)	(1,0)	(0,4)	(0,5)
30 bis 45 .....	(0,7)	0,9	(0,5)	(0,5)
21 bis 45 .....	0,7	1,0	(0,5)	(0,5)
45 bis 60 .....	(0,9)	1,2	(0,7)	0,8
60 und älter ..	1,8	3,3	1,2	1,6
Insgesamt ....	1,1	1,9	0,7	1,0
	<b>Veränderung 1972 gegenüber 1969 (in Prozentpunkten)</b>			
18 (21) bis 45 .	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,2
45 bis 60 .	- 0,5	- 0,7	- 0,4	- 0,3
60 und älter	- 1,1	- 1,7	- 0,7	- 0,5
Insgesamt ....	- 0,5	- 1,1	- 0,3	- 0,4

Zahlen in ( ) beruhen auf weniger als 50 Fällen in der Stichprobe.

tativen Wahlstatistik 177 Fälle von ungültigen Erst- und Zweitstimmen gab und daß darüber hinaus 84 ungültige Zweitstimmen, jedoch doppelt soviel ungültige Erststimmen (173) vorkamen.

Günter Müller



# Grundtendenzen der Bevölkerungsentwicklung in den letzten 50 Jahren

*Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges konnte die Stadt Hamburg ein progressives Bevölkerungswachstum verzeichnen, das vor allem durch überdurchschnittliche Geburten- und Wanderungsüberschüsse hervorgerufen wurde. Der erste Weltkrieg unterbrach das rasche Bevölkerungswachstum. Die überdurchschnittlichen Geborenenzahlen nahmen stark ab, die Sterbefälle zu. Diese Entwicklung hatte zwangsläufig zu einer Veränderung im Altersaufbau geführt. Während in der Alterspyramide von 1910 noch keine signifikanten Unregelmäßigkeiten im Altersaufbau vorhanden waren, zeigten die Pyramiden von 1925 die für die Kriegsjahre charakteristischen Einschnitte (s. Anhang s c h a u b i l d e r a u. b). Sie beruhten auf den Kriegsverlusten der jüngeren Männer (linksseitig) und auf den niedrigen Geburtenzahlen (beiderseitig).*

*In den 20er Jahren nahm die Bevölkerung wieder zu, was auf die zeitweilig hohen Geburten- und Wanderungsüberschüsse zurückzuführen war. Die Geborenenüberschüsse waren jedoch nur etwa halb so hoch wie in der Vorkriegszeit. Charakteristisch für die 20er Jahre waren ferner die starken Bewegungen der Zu- und Abwanderungen, die mit großer Wahrscheinlichkeit durch den häufigen Wechsel der Konjunkturlage ausgelöst wurden.*

*In den 30er Jahren nahm die Bevölkerung aufgrund hoher Wanderungsverluste ständig ab, obgleich die Geborenenüberschüsse seit 1934 eine beträchtliche Höhe erreichten. Durch die große Gebietsreform von 1937 trat eine weitere Bevölkerungsabnahme Hamburgs nicht mehr in Erscheinung. Die Abwanderungen konzentrierten sich in erster Linie auf die hamburgischen Landgebiete (Geestlande), die benachbarten preußischen Landkreise (Pinneberg, Stormarn) sowie die preußischen Städte (Altona, Wandsbek). Dieser aus der Abwanderung in die Nachbar- und Landgebiete resultierende Bevölkerungsverlust Hamburgs wurde jedoch durch die Gebietsreform zeitweise wieder aufgefangen.*

*Der zweite Weltkrieg brachte, ähnlich wie der erste Weltkrieg, einen Geburtenrückgang, gleichzeitig nahmen die Sterbefälle, insbesondere die der jüngeren Männer zu. Dieses fand einen gravierenden Niederschlag in der Altersstruktur. Die Alterspyramide von 1950 im Vergleich zu 1939 zeigte weitere charakteristische Einbuchtungen (s. Anhang s c h a u b i l d e r c u. d), ferner Zerklüftungen bei den Altersklassen der etwa 17- bis 20jährigen durch den Geburtenausfall während der Wirtschaftskrise um 1930. Weiterhin zeigen sich Einbuchtungen bei der 30- bis 35jährigen Altersgruppe, hervorgerufen durch den Geburtenausfall während des ersten Weltkrieges.*

*Die Evakuierten verminderten die Einwohnerzahl beträchtlich. Sie hatten vorwiegend im Umland eine Bleibe gefunden. Die Bevölkerung des Umlandes zeigte 1950 gegenüber 1939 einen sprunghaften Anstieg und hatte somit ihren seit der Jahrhundertwende zu beobachtenden Wachstumsprozeß weiter fortgesetzt.*

*Die Bevölkerungsentwicklung Hamburgs ist seit 1950 von zwei Phasen gekennzeichnet. Charakteristisch für die erste Phase, die sich statistisch an den Zählungsergebnissen 1950 und 1961 orientieren läßt, war das auf die Zuwanderung zurückzuführende Bevölkerungswachstum um 14 %. Die stärkste Bevölkerungszunahme erfolgte hierbei bis 1956. Dieses Wachstum wurde vor allem durch den Zuzug von Flüchtlingen, Heimatvertriebenen und zurückgekehrten Evakuierten aus beiden Nachbarländern und dem anderen Teil Deutschlands hervorgerufen. Besonders stark war sowohl vom Volumen aus auch vom Saldo her der Zustrom aus den Landkreisen Pinneberg und Stormarn nördlich und Harburg südlich der Elbe.*

*Seit 1956 wurde der Zustrom aus den Gebieten der Nachbarländer zusehends geringer, während die Fortzüge aus Hamburg in diese Regionen augenfällig zunahmen.*

Von 1961 bis 1970 nahm die Wohnbevölkerung um ca. 38 000 Personen oder um 2% ab. Der Bevölkerungsverlust beruhte auf den von 1964 bis 1969 registrierten Wanderungsverlusten, die vor allem durch die Abwanderung namentlich der deutschen Bevölkerung hervorgerufen wurden. Eine regionale Aufgliederung der Wanderungsströme läßt erkennen, daß seit 1961 jährlich 21 000 bis 30 000 Menschen von Hamburg nach Schleswig-Holstein zogen, während die Zahl der Zuzüge nur 18 000 bis 20 000 betrug. Hierbei nahmen die Fortzüge von Jahr zu Jahr zu, die Zahl der Zuzüge blieb, abgesehen von geringfügigen Schwankungen, nahezu unverändert. Demgegenüber war der Bevölkerungsaustausch zwischen Hamburg und Niedersachsen, gemessen am Volumen der Zu- und Fortzüge, ungleich geringer. Die Zuzüge nahmen während dieser Zeit von 15 000 auf 12 000 Personen ab, die Fortzüge von 12 000 auf 14 000 zu.

Starke Abwanderungen erfolgten hierbei in alle Hamburg unmittelbar benachbarten Landkreise nördlich und südlich der Elbe. Von den nach Schleswig-Holstein fortgezogenen Personen zogen rd. 72% in die fünf benachbarten Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg, Hzt. Lauenburg und Steinburg, rd. 57% zogen aus diesen Gebieten nach Hamburg zu. Die entsprechenden Zahlen für Harburg und Stade betragen rd. 41% bzw. rd. 26%. Diese Zahlen zeigen, daß die Verflechtung zwischen Hamburg und dem nördlichen Umland wesentlich stärker ist als zwischen den Kreisen des südlichen Umlandes.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung hatte seit 1950 zum Bevölkerungswachstum Hamburgs wenig beigetragen. Geburtenüberschüsse wurden nur 1950 und in den Jahren 1958 bis 1967 registriert. Die in den letzten Jahren starken Geburtenrückgänge und die Probleme, die sich daraus für die zukünftige Entwicklung des Altersaufbaus ergeben, sind stark in den Vordergrund gerückt.

## Inhalt

- I. Vorbemerkungen
- II. Räumliche und natürliche Bevölkerungsentwicklung bis 1939
  1. Kurzer Rückblick auf die Zeit bis 1920
  2. Der Einfluß der Wanderungen, Geburten und Gebietserweiterungen auf das Wachstum Hamburgs zwischen 1920 und 1939
  3. Die Bevölkerungsentwicklung im Hamburger Landgebiet und in den preußischen Nachbarstädten
  4. Langfristige Entwicklungstendenzen des Hamburger Umlandes von 1900 bis 1939
- III. Der Einfluß des zweiten Weltkrieges auf die Bevölkerungsentwicklung der Hansestadt Hamburg
  1. Anzahl und Ziele der durch die Kriegsereignisse verursachten Evakuierungen
  2. Der Einfluß des Krieges auf die Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung und auf die natürlichen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung
- IV. Die Bevölkerungsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg
  1. Die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung Hamburgs
  2. Natürliche Bevölkerungsentwicklung seit 1950

## I. Vorbemerkungen

In diesem Beitrag wird die Entwicklung der Wohnbevölkerung Hamburgs und ihre relevanten Einflußfaktoren während der letzten 50 Jahre dargestellt. Zu ihnen zählen die Wanderungen, die Entwicklung der Geborenen und Sterbefälle, der Altersstruktur und die Gebietsveränderungen. Grundsätzlich befaßt sich dieser Beitrag mit der Bevölkerungsentwicklung der Stadt Hamburg in der jeweiligen Gebietsabgrenzung. Zum besseren Verständnis ist es jedoch unerlässlich, auch die Entwicklung in den vor 1937 weit verstreuten Hamburger Landgebieten darzustellen. Ferner erscheint es erforderlich, die Bevölkerungsentwicklung der drei seinerzeit preußischen Nachbarstädte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg in die Untersuchung einzubeziehen. Schließlich soll auch wegen der seit geraumer Zeit fortschreitenden Verstädterung des Hamburger Umlandes auf langfristige Entwicklungstendenzen dieses Gebietes seit der Jahrhundertwende eingegangen werden.

## II. Räumliche und natürliche Bevölkerungsentwicklung bis 1939

Von 1920 bis 1939 läßt sich zwar eine Zunahme der Wohnbevölkerung von 1,1 auf 1,7 Mio beobachten, das Bevölkerungswachstum verlief jedoch nicht kontinuierlich, sondern in einem wellenförmigen Rhythmus. Dieser ist gekennzeichnet durch einen stetigen Anstieg der Bevölkerung bis 1929/30, eine Abnahme bis zum Jahre 1937 und die durch die Gebietserweiterung aufgrund des Groß-Hamburg-Gesetzes sprunghafte Erhöhung der Einwohnerzahl.

Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge ist es sinnvoll, den großen Zeitraum von 20 Jahren in kleinere Zeitabschnitte, in denen historische und wirtschaftlich-soziale Einflüsse die demographische Entwicklung maßgeblich beeinflussten, aufzuteilen. Zudem soll ein kurzer Rückblick auf die Bevölkerungsentwicklung bis 1920 gegeben werden.

### 1. Kurzer Rückblick auf die Zeit bis 1920

Von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges stieg die Bevölkerung Hamburgs von rd. 770 000 auf über 1 Mio Personen, womit Hamburg sich im Jahre 1913 erstmalig unter die Millionenstädte einreihen konnte. Die ortsanwesende Bevölkerung<sup>1)</sup> hatte nach den Ergebnissen der Personenbestandsaufnahme gegen Ende 1913 eine Zahl von 1 031 000 Personen erreicht. Wie die Untersuchung der einzelnen Jahre zeigt, waren die Quellen des bis vor dem ersten Weltkrieg überaus starken Bevölkerungswachstums sowohl beträchtliche Geburtenüberschüsse als auch Wanderungsgewinne. Dabei entfielen gemessen am Gesamtzuwachs der Bevölkerung allein etwa 20 % bis 30 % auf Geburtenüberschüsse. Ihre absolute Zahl lag im jährlichen Mittel zwischen 7 000 und 9 000; 70 % bis 80 % des Be-

völkerungswachstums entfielen auf Wanderungsgewinne. Der Wanderungssaldo nach Hamburg betrug durchschnittlich 17 000 Personen pro Jahr, die maximale Höhe erreichte er kurz vor Ausbruch des ersten Weltkrieges im Jahre 1913, in dem ein Wanderungsgewinn von 26 000 Personen registriert wurde.

Bei den Zuwanderern handelte es sich primär um Personen aus den ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins, Mecklenburgs und Hannovers, die in Hamburg aber auch in den noch bis 1937 zu Preußen gehörenden Nachbarstädten Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg eine bessere Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit in Industrie und Handel zu finden hofften<sup>2)</sup>. Die in dieser Zeit so charakteristische Land-Stadtwanderung – auch als „Landflucht“ bezeichnet – konnte auch in anderen Großstädten des Deutschen Reiches festgestellt werden. Während des ersten Weltkrieges war die Einwohnerzahl einerseits durch Sterbeüberschüsse, andererseits durch Geburtenausfälle infolge der vorübergehenden Abwesenheit der wehrpflichtigen Männer rückläufig, so daß bei der Personenbestandsaufnahme im Jahre 1917 die ortsanwesende Bevölkerung nur noch rd. 846 000 Personen betrug. Somit hatte sich die Bevölkerung um rd. 185 000 gegenüber der Bevölkerungszahl vor Kriegsausbruch verringert. Statistische Aussagen über die Zu- und Fortzüge während dieser Zeit sind nicht möglich.

Kurz nach dem Ende des Krieges stieg die Bevölkerung Hamburgs wieder rasch an. Sie hatte zwar bald wieder die Millionengrenze erreicht (1920: 1 091 000), aber den Vorkriegsstand erst im Jahre 1922 um rd. 36 100 Personen überschritten.

Welchen Einfluß der erste Weltkrieg auf die Bevölkerungsstruktur ausgeübt hatte, wurde erst deutlich durch die Gegenüberstellung der Volkszählungen von 1925 und 1910. Einerseits hatten die Kriegsverluste das zahlenmäßige Verhältnis der Geschlechter zugunsten der weiblichen Bevölkerung stark verschoben (vgl. S c h a u b i l d 3), zum anderen hatten beträchtliche Geburtenausfälle einen im Vergleich zur Vorkriegszeit veränderten Altersaufbau bewirkt. So war bei der männlichen Bevölkerung<sup>3)</sup> von 1910 bis 1925 nur eine Zunahme von 46 000 (10 %) gegenüber 86 000 (18 %) Frauen zu verzeichnen.

Gravierender jedoch waren die hohen Geburtenausfälle, die den Altersaufbau in der Nachkriegszeit stark veränderten. Wie bekannt, wird der durch keine besonderen Ereignisse wie z. B. Krieg oder Wirtschaftskrisen gestörte Altersaufbau einer Bevölkerung durch die in der Statistik häufig dargestellte „ideale“ Pyramidenform wiedergegeben: Sie ist gekennzeichnet durch eine breite Basis infolge hoher Geburtenzahlen und einer relativ starken Besetzung der jüngeren Jahrgänge; sie verjüngt sich dann bis zu den nur schwach besetzten ältesten Jahrgängen an der Spitze kontinuierlich. Diese „Idealform“ zeigte noch in etwa der Altersaufbau der hamburgischen Bevölkerung im Jahre 1910.

<sup>1)</sup> Es muß sich hier zwischen ortsanwesender Bevölkerung und der Wohnbevölkerung unterschieden werden. Bis 1929 wird die ortsanwesende Bevölkerung zugrundegelegt, von 1930 bis 1942 die Wohnbevölkerung.

<sup>2)</sup> Vgl. Schwarz, K., Analyse der räumlichen Bevölkerungsbewegung, Veröffentlichung der Akademie Raumforschung und Landesplanung, Bd. 58, Hannover 1969, S. 126.

<sup>3)</sup> Wohnbevölkerung.

Gegenüber 1910 ergibt sich für die Alterspyramide des Jahres 1925 (siehe Anhangschaubilder a u. b) ein wesentlich anderes Bild: Deutliche Einbuchtungen an der Pyramide spiegeln die ungleich höheren Sterbefälle und Geburtenrückgänge wider. Gemessen am Bevölkerungsstand von 1910 gingen die jüngeren Altersklassen (bis zu 10 Jahren) um etwa rd. 30 % zurück, womit bereits die Tendenz zu einer Überalterung während der 20er Jahre erkennbar wird.

Ferner soll noch eine dritte Komponente des Bevölkerungswachstums erwähnt werden: Die Gebiets Erweiterungen vom 23. 12. 1912 und 10. 9. 1919, die zusammen für die Stadt Hamburg einen Bevölkerungszuwachs von 23 000 Personen bewirkten. Im Jahre 1912 handelte es sich im wesentlichen um die Eingliederung von 8 Landgemeinden: Groß Borstel, Alsterdorf, Ohlsdorf, Fuhlsbüttel, Langenhorn, Klein-Borstel und Billbrook, wodurch die Stadtfläche sich um rd. 4 700 ha vergrößerte. Im Jahre 1919 fielen die Landgemeinden Finkenwerder und die Elbinseln Große und Kleine Dradenau, die zusammen den Vorort Finkenwerder bildeten, an das Hamburger Stadtgebiet, das sich somit um 850 ha erweiterte.

## 2. Der Einfluß der Wanderungen, Geburten und Gebietserweiterungen auf das Wachstum Hamburgs zwischen 1920 und 1939

In dem zugrunde gelegten Zeitraum von fast 20 Jahren fanden insgesamt 3 Volkszählungen statt: 1925, 1933 und 1939. Diese Jahre bildeten zugleich den Beginn bzw. das Ende einschneidender wirtschaftlicher und politischer Ereignisse. Im Jahre 1925 hatten sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem 1. Weltkrieg und der anschließenden Inflationszeit wieder einigermaßen stabilisiert. Mit dem Jahr 1933 fand die Wirtschaftskrise ein Ende, der Beginn einer neuen politischen Epoche wurde eingeleitet; schließlich sollten im Jahr 1939 die ersten Ergebnisse der unter nationalsozialistischer Herrschaft realisierten Wirtschafts- und Sozialpolitik dokumentiert werden.

In den 20er Jahren stieg die Bevölkerung der Stadt zunächst stetig an, um dann erstmals im Jahre 1930 bis 1937 (Gebietsreform) ständig wieder abzunehmen, wodurch ein Bevölkerungsverlust von insgesamt 44 000 Personen eintrat.

Im Oktober 1919 wurde eine ortsanwesende Bevölkerung von rd. 985 800 Personen ermittelt, im Oktober 1929 (Personenbestandserhebung) zählte man 1 142 100 Personen. Die Bevölkerung war somit gegenüber dem höchsten Vorkriegsstand (1913) um rd. 111 100 Personen bzw. um 11 % gestiegen.

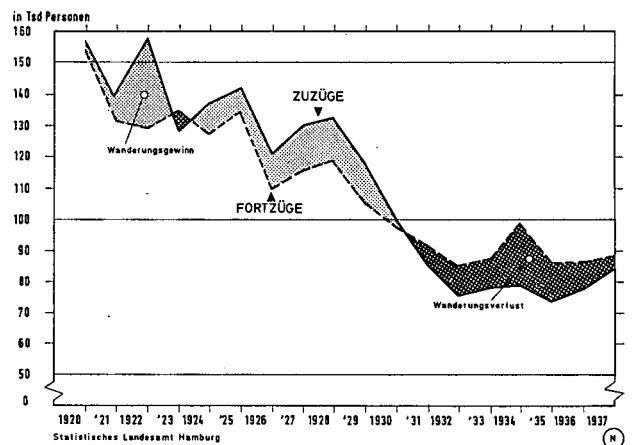
In den 20er Jahren stellten, wie auch vor dem ersten Weltkrieg, die Wanderungsgewinne für das Bevölkerungswachstum die wichtigste Einflußkomponente dar. Von dem gesamten Bevölkerungswachstum der Stadt (rd. 142 000) entfielen allein 72 % (102 500) auf Wanderungsgewinne, während die restlichen rd. 18 % durch Geborenenüberschüsse bedingt waren, die etwa im Durchschnitt der Hälfte der letzten Vorkriegsjahre entsprachen. Die Bevölkerungszunahme, infolge der Gebietserweiterung des Jahres 1923 — es handelte sich um die Eingliederung der Landge-

meinde Moorfleet — war mit 1 100 Personen so gering, daß sie im Vergleich zu den Wanderungsgewinnen und den Geburtenüberschüssen nur von untergeordneter Bedeutung war.

In den 20er Jahren waren, wie die graphische Darstellung (Schaubild 1) erkennen läßt, die Wanderungsgewinne großen Schwankungen unterworfen. Während in den Jahren 1920 und 1921 der Wanderungsgewinn rd. 10 500 Personen betrug, war im Jahre 1922 allein ein Wanderungsüberschuß von knapp 29 000 Personen festzustellen, im darauffolgenden Jahr ergab sich ein Wanderungsverlust von rd. 6 000 Personen. Mit Ausnahme des Jahres 1925 konnten von 1924 bis 1929 in etwa konstante Wanderungsüberschüsse zwischen 10 000 und gut 14 000 Personen verzeichnet werden, im Jahre 1930 ging der Zuwanderungsgewinn schlagartig um rd. 10 000 auf 2 400 zurück. In den 30er Jahren zogen dann mehr Menschen aus Hamburg fort als zu (vgl. Tabelle 1), wobei vor allem ein starker Rückgang der Zuzüge, der bereits im Jahre 1928 eingesetzt hatte, der ausschlaggebende Faktor für diese Entwicklung war.

Schaubild 1

Zu- und Fortzüge in den Jahren 1920 bis 1937  
in die / von der Stadt Hamburg



Der Wanderungssaldo (Wanderungsgewinn bzw. -verlust) sagt jedoch über die absolute Höhe der Zu- und Abwanderung nichts aus, d. h. er kann nicht die Frage beantworten, wieviel Personen insgesamt in diesen Jahren nach Hamburg zu- bzw. fortgezogen sind. Die Relevanz dieser Frage zeigt sich darin, daß in den 20er Jahren — gemessen am Wanderungsgewinn von rd. 103 000 Personen — 13mal soviel, nämlich 1 370 000 Personen nach Hamburg zugezogen, gleichzeitig etwa 12mal soviel, d. s. rd. 1 264 000 Personen aus der Stadt wieder fortgezogen sind.

Der Wanderungsgewinn von 103 000 Einwohnern stellte also nur einen recht kleinen Teil des Menschenstromes dar und ist gleichsam nur der Rückstand, der sich in der Stadt niedergelassen hatte.

Eine statistisch abgesicherte Interpretation der Gründe über die überaus großen Wanderungsströme der 20er Jahre ist nicht möglich, da keine statistischen Unterlagen über Art, Herkunft und Fortzugziel sowie die Motive der Zu- und Abwanderer vorliegen.

Tabelle 1

**Zu- und Fortzüge <sup>1)</sup> in die/von der Stadt Hamburg  
in den Jahren 1920 bis 1937**

Jahre	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- gewinn (+) bzw. -verlust (-)
	1	2	3
1920 <sup>2)</sup> .....	157 037	154 949	+ 2 088
1921 <sup>3)</sup> .....	139 975	131 554	+ 8 421
1922 .....	158 125	129 377	+ 28 748
1923 .....	128 768	135 211	- 6 443
1924 .....	137 452	127 360	+ 10 092
1925 <sup>4)</sup> .....	142 075	134 804	+ 7 271
1926 .....	121 164	109 958	+ 11 206
1927 .....	130 505	115 873	+ 14 632
1928 .....	132 621	118 776	+ 13 845
1929 .....	118 443	105 799	+ 12 644
1930 .....	100 297	97 928	+ 2 369
1931 .....	85 913	92 198	- 6 285
1932 .....	76 017	85 679	- 9 662
1933 .....	78 548	87 449	- 8 901
1934 <sup>5)</sup> .....	79 257	99 539	- 20 282
1935 .....	73 593	86 706	- 13 113
1936 .....	77 274	86 867	- 9 593
1937 <sup>6)</sup> .....	84 189	88 536	- 4 347

<sup>1)</sup> Zu der Zahl der Personen, die sich polizeilich abgemeldet haben, ist in den jeweiligen Statistischen Jahrbüchern mit Ausnahme der Jahre 1920 und 1937 laufend ein Zuschlag gemacht worden, weil stets ein Teil der Fortziehenden die Abmeldung unterließ.

<sup>2)</sup> <sup>3)</sup> <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> u. <sup>6)</sup> Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Freie und Hansestadt Hamburg, Jg. 1925, 1930/31, 1936/37, 1937/38.

Die nähere Betrachtung der jährlichen Zu- und Fortzugszahlen zeigt jedoch, daß zwischen ihnen ein enger Zusammenhang besteht. In den Jahren nämlich, in denen die Zuzüge zunahmen, wuchs auch – fast um den gleichen Prozentsatz – die Fortzugszahl an. Entsprechend verhielten sich beide Komponenten im umgekehrten Fall, d. h. bei einer Abnahme der Zu- oder Fortzüge. Es deutet alles darauf hin, daß diese überraschende Entwicklung der Wanderungsvorgänge eng mit der während der 20er Jahre oft wechselnden Konjunkturlage verknüpft war. Denn eine Zunahme beider Wanderungsströme erfolgte immer in Zeiten eines konjunkturellen Aufschwungs, der umgekehrte Fall trat wiederholt in konjunkturellen Krisenzeiten ein.

Das beste Beispiel liefern uns die Jahre ab 1924, nachdem sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach der großen Inflation, die 1923 ihren Höhepunkt erreichte, wieder einigermaßen stabilisiert hatten. Mit Beginn der günstigen Wirtschaftslage im Jahre 1924 konnte gegenüber 1923 eine Zunahme der Zugezogenen um 6 % verzeichnet werden. Die Fortdauer des konjunkturellen Klimas im folgenden Jahr 1925 brachte wiederum eine Steigerung der Zuzüge um 3 %, der Fortzüge um 6 %. Die mit den Zuzügen synchron verlaufenden Fortzüge erklären sich vermutlich daraus, daß in allen deutschen Städten die Arbeitsmarktlage in Industrie und Handel relativ gut war und jüngere und ledige Personen dazu bewogen haben mag, aus Hamburg fortzuziehen <sup>4)</sup>. Das Krisenjahr 1926 unterbrach diese Entwicklung. Im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die Zuzüge um 15 %, ebenso nahm die Zahl der Fortzüge um etwa 18 % ab.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu: „Zu- und Abwanderung im Rahmen der gesamten Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Hamburg seit dem Jahre 1910“, in: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1930, Nov.-Heft, S. 376 f.

Aber bereits im Jahre 1927 erhöhte sich mit der Wiederbelebung der Wirtschaftslage die Zahl der Zugezogenen wieder um 7 %, die der Fortzüge um 5 %. Im Jahr 1928, in denen die günstige Wirtschaftslage noch anhielt, aber die ersten Anzeichen sich anbahnender Arbeitslosigkeit schon sichtbar wurden, nahmen beide Wanderungsbewegungen nur noch geringfügig um etwa jeweils 2 % zu.

Die mit der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929 einsetzende Arbeitslosigkeit, die 1933 ihren Höhepunkt erreichte, wirkte sich wieder verändernd auf die Zu- und Fortzüge aus, ohne sie jedoch ganz zum Stillstand zu bringen.

Während die 20er Jahre Hamburg noch einen beträchtlichen Wanderungsverlust brachten, waren die 30er Jahre bis Ende 1936 durch Wanderungsverluste von 68 000 Personen gekennzeichnet. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung, die seit 1934 sehr günstig verlief, vermochte den durch die Abwanderung verursachten Rückgang der Einwohnerzahl um 53 000 nicht mehr aufzufangen.

Ein weiteres Merkmal der 30er Jahre ist, daß die Wanderungsströme beider Richtungen nunmehr geringer ausfielen, wobei zugleich die Zahl der Fortziehenden die der Zuziehenden wesentlich übertraf.

Während bis 1932 sowohl die Zu- als auch die Fortzüge sich beträchtlich verringerten, setzte unter dem Einfluß der damaligen Regierungsmaßnahmen 1933 wieder eine Steigerung der Zu- und Fortzüge um etwa je 1 % bis 3 % ein und verringerte gleichzeitig den Wanderungsverlust des Vorjahres um rd. 800 Personen. Das Jahr 1934 dagegen brachte Hamburg bei verhältnismäßig geringer Zuwanderung eine erhebliche Zunahme der Abwanderung, die einen Wanderungsverlust von 20 000 Personen bewirkte. Die im Vergleich zu den Vorjahren starken Abwanderungen standen im engen Zusammenhang mit der Auswirkung des hamburgisch-preußischen Siedlungsvertrages vom April 1934, der es vielen Stadthamburgern – mit finanzieller Unterstützung der Stadt – ermöglichte, sich in den preußischen Gemeinden (des hamburg-preußischen Landesplanungsgebietes) niederzulassen bzw. sich dort anzusiedeln. Vor allem haben die Gemeinden der Landkreise Pinneberg und Stormarn dadurch ihre Wohnbevölkerung beträchtlich steigern können <sup>5)</sup>.

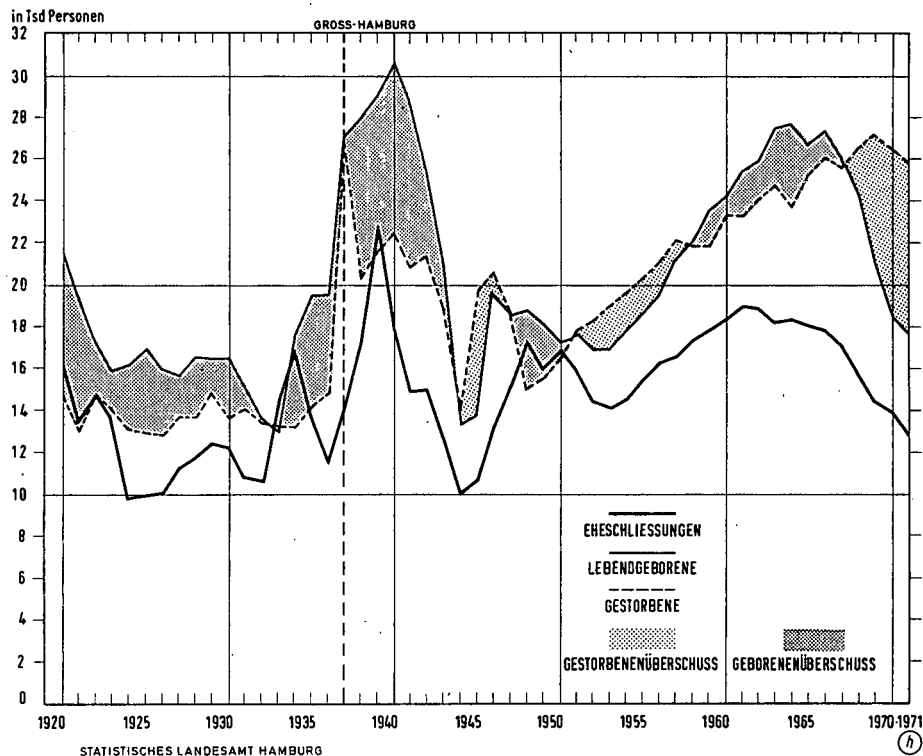
Zudem kann die Abwanderung auch auf die im Jahre 1934 einsetzende Arbeitsmarktpolitik zurückgeführt werden (Autobahnbau und sonstige Investitionen in die Infrastruktur), die vornehmlich zur Abwanderung männlicher Einzelpersonen in die Provinz geführt hatte.

Im Jahr 1935 nahmen im Vergleich zum Vorjahr sowohl die Zuzüge (7 %) als auch die Fortzüge (13 %) wieder ab, jedoch überwog absolut die Zahl der Fortzüge, so daß sich ein Wanderungsverlust von 13 000 Personen ergab. Besonders hoch war die Abwanderung der Personen in den Altersklassen zwischen

<sup>5)</sup> Vgl. Wanderungsgewinn und Wanderungsverlust in Hamburg nach Herkunft und Wanderungsziel 1931 bis 1935, in: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1936, H. 5, S. 90.

Schaubild 2

Eheschließungen, Lebendgeborene und Gestorbene  
in Hamburg 1920 bis 1971



14 und 25 Jahren, die durch die Einführung der Arbeitsdienst- und der allgemeinen Wehrpflicht bedingt wurde<sup>4)</sup>.

In den weiteren Jahren (1936/37) nahmen die Zuzüge wieder zwischen 5% bis 8% zu, während die Zahl der Fortzüge sich nur geringfügig erhöhte, so daß dadurch der Wanderungsverlust bis auf 4 300 Personen erheblich abgeschwächt werden konnte.

Im Vergleich zu den Wanderungen war die natürliche Bevölkerungsbewegung — durch Geburt oder Tod hervorgerufen — für die Entwicklung der Wohnbevölkerung meist von weitaus geringerer Bedeutung; sie kann jedoch in ihren starken Wandlungen langfristig tiefgreifende Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung hervorrufen.

Wie die Anhangtabelle zeigt, hat der Ausbruch des ersten Weltkrieges bereits im Jahre 1915 einen schlagartigen Geburtenausfall hervorgerufen. Dieser hielt in etwa bis zum Jahr 1919 an. Infolge der steigenden Eheschließungen ist dann die Zahl der Geborenen wieder rasch angewachsen, so daß sich bei verhältnismäßig geringer Sterblichkeit ein Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen zwischen durchschnittlich 5 000 bis 6 000 ergab.

Seit 1922 zeichnete sich jedoch wieder ein Geburtenrückgang ab, der bis auf geringe Schwankungen im Jahre 1932 einen Tiefstand erreichte. Während der Geborenenüberschuß in den 20er Jahren noch durchschnittlich zwischen 1 500 und 3 000 Personen betrug,

schrumpfte er — bedingt durch die allgemeine und soziale Härten auslösende Verschlechterung der Wirtschaftslage — im Jahre 1932 auf 26 Personen (1933 :343). Gemessen am letzten Vorkriegsjahr ging im Jahre 1932/33 die Zahl der Lebendgeborenen um etwa die Hälfte zurück.

Diese Entwicklung mußte zwangsläufig zu einer Veränderung des Altersaufbaus der Hamburger Bevölkerung führen; denn wie schon die Schaubilder (s. Anhangschaubilder a u. b) des Altersaufbaus der Jahre 1910 und 1925 erkennen ließen, werden durch den Geburtenausfall während des ersten Weltkrieges und durch die schwache Geburtenbesetzung bis 1933 die ersten Anzeichen einer Überalterung der Hamburger Bevölkerung erkennbar. Im Vergleich zu 1910 ist in den Jahren 1925 und 1933 die Besetzung der höheren Altersklassen in der Bevölkerungspyramide erheblich gewachsen, hingegen wiesen die Altersklassen unter 20 Jahren, die den Unterbau der Pyramide bilden, eine starke Abnahme auf.

Faßt man die einzelnen Altersklassen in fünf Gruppen von 20 Lebensjahren zusammen, so zeigte sich für die Jahre 1910, 1925 und 1933 folgendes sich veränderndes Bild.

Der Bevölkerungsverlust konzentrierte sich ausschließlich auf die jüngste Altersklasse, während die der nächst höheren Jahrgänge erheblich stärker besetzt waren (vgl. Tabelle 2).

Die Ergebnisse zeigen, daß die Umschichtung im Altersaufbau bis 1933 schon erheblich fortgeschritten war. Hieraus erklärt sich auch die Bevölkerungspolitik des Nationalsozialismus, einer rückläufigen

<sup>4)</sup> Vgl. Die Zu- und Abwanderung in der Stadt Hamburg im Jahre 1935 nach Familien, Einzelpersonen und nach dem Alter, in: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1936, Heft Nr. 1, S. 7.

Tabelle 2

**Die Wohnbevölkerung Hamburgs nach ausgewählten Altersgruppen in den Jahren 1910, 1925 und 1933**

Wohnbevölkerung im Alter von	1910		1925		1933	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
	1		2		3	
0 bis unter 20 Jahren	350 159	37,0	303 979	28,2	255 747	22,7
20 bis unter 40 Jahren	346 026	36,6	394 873	36,6	422 452	37,4
40 bis unter 60 Jahren	187 941	19,9	280 366	26,0	320 026	28,3
60 bis unter 80 Jahren	58 613	6,2	94 530	8,8	123 277	11,0
über 80 Jahre	3 631	0,4	5 388	0,5	7 805	0,7

Entwicklung der Geburtenzahlen durch Förderungsmaßnahmen der Eheschließungen (Ehestandsdarlehen) entgegenzuwirken.

Die bevölkerungspolitischen Maßnahmen blieben nicht ohne Erfolg. Die Eheschließungen stiegen in den Jahren 1933/34 auf durchschnittlich fast 14 000 bis 16 000 p. a. an, der Geburtenanstieg betrug 3 500 bis 4 500 p. a., obgleich in diesen Jahren die Sterblichkeit sogar etwas zugenommen hatte, in erster Linie wegen des wachsenden Anteils älterer Menschen.

In den Jahren 1938/39 ist die Wohnbevölkerung Hamburgs rapide angestiegen. Dieses Wachstum ist

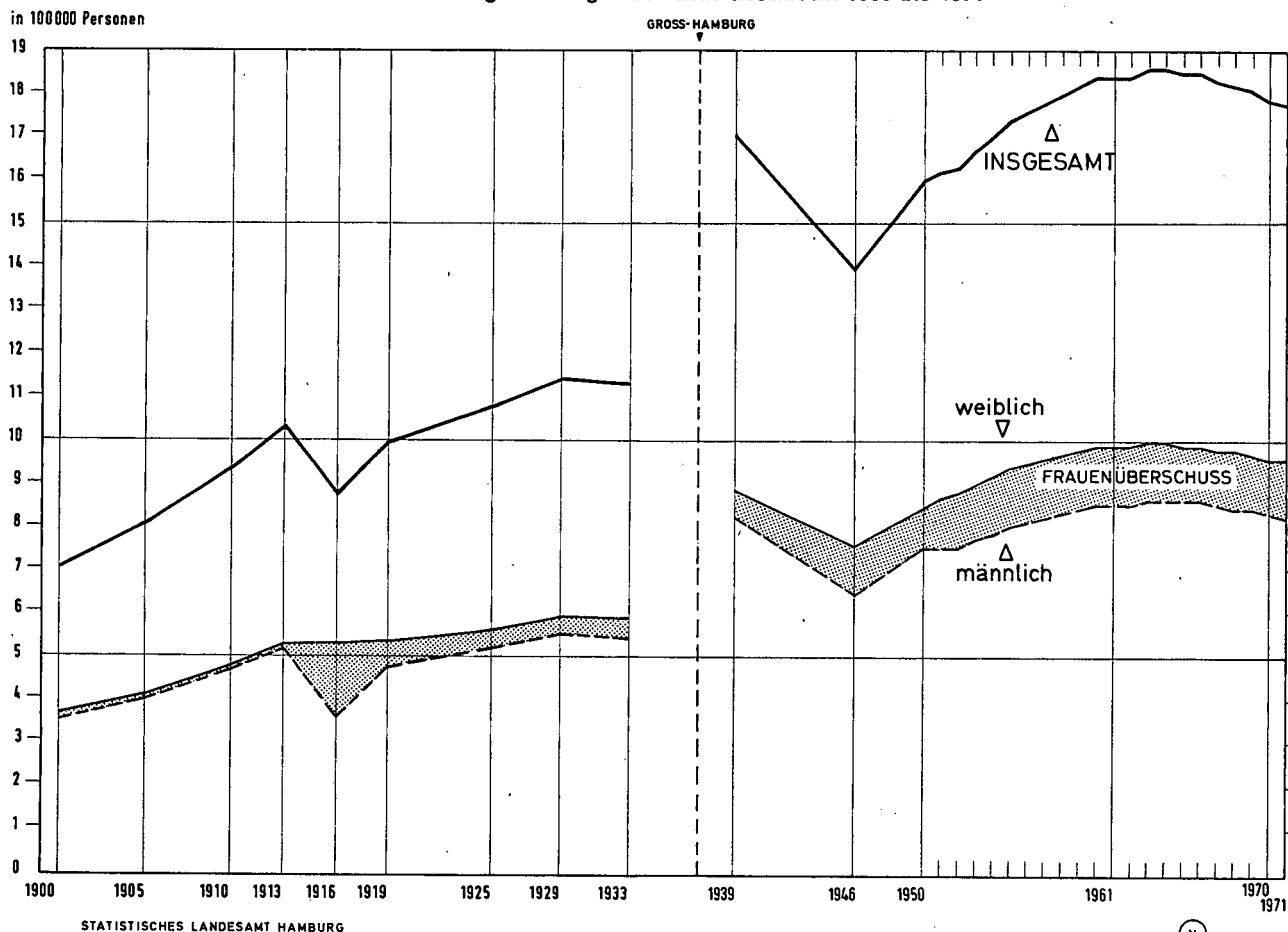
primär auf die im Rahmen des Groß-Hamburg-Gesetzes erfolgten Gebietseingliederungen vom 1. April 1937 zurückzuführen. Hierdurch wurde ein großer Teil der um Hamburg lokalisierten preußischen Städte und Landgemeinden im Austausch gegen andere Gebietsteile (Groß-Hansdorf, Schmalenbeck, die Städte Geesthacht und Cuxhaven, 7 weitere Gemeinden des Gebiets Ritzebüttel sowie die Insel Neuwerk) in das hamburgische Stadtgebiet eingemeindet. Es handelte sich im wesentlichen um die Eingliederung der drei preußischen Nachbarstädte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg sowie um 27 preußische Landgemeinden. Hierdurch erweiterte sich die flächenmäßige Ausdehnung der Stadt um rd. 61 000 ha und entsprach somit in etwa der heutigen Flächenausdehnung.

Im Zuge dieser Flächenerweiterung stieg die Wohnbevölkerung um rd. 577 000 Personen an und erreichte im Jahre 1939 einen Stand von 1 698 000 Personen (vgl. Schaubild 3).

Daneben spielten aber auch Geborenenüberschüsse (rd. 15 000) und Wanderungsgewinne (25 000) eine nicht unbedeutende Rolle. Die im Vergleich zu den ersten 30er Jahren plötzlich eintretenden Wanderungsgewinne erklären sich daraus, daß ein großer Teil der aus dem Gebiet der ehemaligen Stadt Hamburg abgewanderten Personen in jene Gebiete zog, die 1937 Hamburg zugeschlagen wurden, wodurch der Wanderungsverlust wieder aufgefangen wurde. Andererseits hatte die Zuwanderung aus den ländlichen Gebieten jenseits der Hamburger Landes-

Schaubild 3

**Die Bevölkerung Hamburgs nach dem Geschlecht 1900 bis 1971**



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(N)

Tabelle 3

## Die Bevölkerung in den Hamburger Gebietsteilen in den Jahren 1919 bis 1936

Jahre	Stadt Hamburg	Geestlande einschl. Walddörfer	Vier- und Marschlande	Landherrn- schaft Bergedorf	Geesthacht	Amt Ritzbüttel	Staatsgebiet Hamburg
	1	2	3	4	5	6	7
1919 .....	999 860	4 147	9 109	27 496	4 880	19 180	1 064 672
1925 .....	1 079 126	6 964	9 971	29 385	4 943	22 134	1 152 523
1929 .....	1 143 079	10 943	11 244	30 692	5 247	24 906	1 226 111
1933 .....	1 129 307	13 602	11 325	31 336	5 306	27 571	1 218 447
1936 .....	1 096 795	15 996	11 904	32 704	6 039	29 502	1 192 940

Quelle: Hamburg in Zahlen, Sonderschrift 1966, S. 81.

grenze (Stormarn, Hzgt. Lauenburg, Mecklenburg, Hannover) weiter unaufhörlich zugenommen.

In ähnlicher Weise lassen sich die beachtlich hohen Geburtenüberschüsse erklären, die von durchschnittlich rd. 4 000 p. a. in den Jahren 1934 bis 1936/37 auf rd. 7 000 bis 8 000 p. a. in den Jahren 1938 bis 1941 angestiegen sind <sup>7)</sup> (vgl. Anhangtabelle).

### 3. Die Bevölkerungsentwicklung im Hamburger Landgebiet und in den preußischen Nachbarstädten

Zum besseren Verständnis der Bevölkerungsentwicklung Hamburgs erscheint es sinnvoll, auch die Entwicklung des hamburgers Landesgebietes vor 1937 und die zu Preußen gehörenden Nachbarstädte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg kurz darzustellen.

Geographisch umfaßte das hamburgische Landgebiet drei Städte: Bergedorf, Cuxhaven und Geesthacht. Hinzu kamen 28 Landgemeinden, die auf die vier großen Landgebiete Geesthacht, Marschlande, Vierlande und Ritzbüttel verteilt waren.

Die Fläche des Landgebietes betrug <sup>8)</sup> rd. 280 km<sup>2</sup>, die Wohnbevölkerung durchschnittlich rd. 83 000 Personen. Die Wohndichte des Landgebietes betrug in etwa 300 Einwohner pro km<sup>2</sup> und war somit fast doppelt so groß wie die des damaligen Reichsdurchschnitts.

Das Hamburger Landgebiet hatte keineswegs eine zusammenhängende Fläche um die Stadt Hamburg, es setzte sich vielmehr aus vielen von Hamburg abgetrennten Einzelgebieten zusammen, so daß ein geographischer Zusammenhang mit der Stadt fehlte. Den größten zusammenhängenden Landkomplex bildete lediglich das Gebiet der Vier- und Marschlande, wobei in den Vierlanden sieben schmale preußische Enklaven (Kirchwerder) mit einer Fläche von nur 244 ha eingebettet waren.

Neben der gänzlich vom preußischen Gebiet umschlossenen Stadt Geesthacht befanden sich im Gebiet der Geestlande die hamburgische Exklaven: Wohldorf, Ohlstedt, Volksdorf, Berne und Farmsen; weiter westlich Groß-Hansdorf und Schmalenbek, die später an Preußen abgetreten wurden. Am entferntesten lag das Gebiet Ritzbüttel mit der Stadt Cuxhaven, deren Entfernung von Hamburg nahezu 100 km beträgt.

<sup>7)</sup> Vgl. Winkler, B., Die Bevölkerungsentwicklung in den letzten 100 Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Stadtteile, in: Hamburg in Zahlen, Sonderschrift 1966, S. 72.  
<sup>8)</sup> nach Vermessungsstand vom 1. 1. 1930.

Die Bevölkerung des hamburgers Landgebietes ist in der Zeit von 1919 bis 1936 von 64 800 auf 96 100 Personen oder um rd. ein Drittel gestiegen.

Von der Gesamtzunahme des Staatsgebietes (128 300) entfielen auf das Hamburger Landgebiet allein 31 300 Personen (24 %). Diese Bevölkerungszunahme verteilte sich jedoch auf die einzelnen Gebietsteile recht unterschiedlich. Am größten war das Wachstum zwischen 1919 und 1936 im Gebiet der Geestlande (286 %), an zweiter Stelle folgte das Amt Ritzbüttel einschließlich Cuxhaven (54 %). Geringere Zuwachsraten wiesen die Vier- und Marschlande auf (31 %), an letzter Stelle rangierten die Stadt Geesthacht (24 %) und die Landherrenschaft Bergedorf (19 %).

Vergleicht man die Zeit vor und nach dem ersten Weltkrieg, so ist festzustellen, daß seit 1920 in erster Linie der Wanderungsgewinn für das starke Bevölkerungswachstum in den Landgebieten von Bedeutung war.

Leider liegen erst seit 1931 exakte Angaben über Wanderungen nach Herkunft und Ziel vor (vgl. Tabelle 5). In welchem Umfang schon vor den 30er Jahren der Wanderungsgewinn des hamburgers Landgebietes, insbesondere des Geestgebietes, durch die Ansiedlung von Stadthamburgern bedingt war, ging „aus dem Umfang der Bautätigkeit, die während der letzten 10 Jahre (1921 bis 1931) dort eingesetzt hat, und aus der Zunahme der Pendelwanderung zwischen den Geestgemeinden und der Stadt Hamburg hervor“ wodurch sie sich somit nach und nach zu Vororten der Hansestadt entfaltet <sup>9)</sup>.

In diesem Zusammenhang ist auch die Bevölkerungsentwicklung der drei preußischen Nachbarstädte Wandsbek, Altona und Harburg-Wilhelmsburg interessant.

Wie aus der Tabelle 4 hervorgeht, ist von 1919 bis 1930 in allen drei Städten, einschließlich Hamburg, die Bevölkerung gestiegen. Am größten war das Bevölkerungswachstum in Harburg-Wilhelmsburg (52 %), gefolgt von Altona (44 %) und Wandsbek (25 %), während es in Hamburg nur 17 % betrug. Das Bild änderte sich jedoch in den 30er Jahren. Während die Bevölkerung in Harburg-Wilhelmsburg (-3 %) sowie auch in Hamburg (-5 %) im Schrumpfen begriffen war, konnten die Städte Wandsbek

<sup>9)</sup> Das hamburgische Landgebiet in der Statistik, in: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1971, H. 9, S. 277.



Tabelle 4

**Die Bevölkerung der Städte Hamburg, Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek 1919 bis 1936**

Jahre	Stadt Hamburg	Altona	Harburg-Wilhelmsburg	Wandsbek
	1	2	3	4
1919 .....	985 784	168 729	75 673	35 699
1925 .....	1 054 021	182 973	73 212	39 641
1930 .....	1 152 303	242 797	115 050	44 698
1933 .....	1 129 307	241 970	112 593	46 255
1935 .....	1 102 273	243 895	111 016	47 728
1936 .....	1 096 706	244 157	111 673	49 027

Quelle: Hamburg in Zahlen, Sonderschrift 1966, S. 83.

(9,6 %) und Altona (0,5 %) noch mehr oder weniger geringe Wachstumsraten verzeichnen, die zum überwiegenden Teil aus Abwanderungen der Hamburger Bevölkerung resultierten.

In der Tabelle 5 ist der Wanderungsgewinn bzw. -verlust der Stadt Hamburg mit dem Landgebiet sowie mit den benachbarten preußischen Gebieten dargestellt.

In den 6 Jahren sind insgesamt per Saldo über 6 000 Personen aus der Stadt in das Landgebiet gezogen. Die beiden Nachbarstädte Altona und Wandsbek hatten aus Hamburg einen Wanderungsgewinn von zusammen 3 350 Personen verzeichnen können, während Harburg-Wilhelmsburg im Bevölkerungsaustausch mit Hamburg 1 230 Personen gewonnen hatte.

Welch enge Verflechtung, sicherlich durch das schon damals relativ weitverzweigte Verkehrsnetz (U- und S-Bahnlinien) zwischen Hamburg und den preußischen Nachbarstädten bestand, zeigen einige Pendlerzahlen. Etwa ein Drittel (32 %) der Erwerbspersonen, die in der Stadt Altona wohnten, waren 1925 in Hamburg beschäftigt. Für Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg waren die entsprechenden Relationen 34 % und 36 %, während umgekehrt der Anteil der erwerbstätigen Hamburger in den genannten preußischen Städten nur 5 % betrug <sup>10)</sup>.

Beachtlich hohe Wanderungsgewinne konnten auch die Landkreise Stormarn, Pinneberg und Harburg/Jork/Winsen registrieren, deren Zahl insgesamt rd. 30 000 Personen betrug.

#### 4. Langfristige Entwicklungstendenzen des Hamburger Umlandes von 1900 bis 1939

Aus den vorangegangenen Abschnitten ging hervor, daß die Bevölkerungsentwicklung Hamburgs in der Zeit von der Jahrhundertwende bis 1939 von mehreren Phasen gekennzeichnet war. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, welche Tendenzen sich im Hamburger Umland abzeichneten und ob gegebenenfalls ein Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsentwicklung der Stadt und der des Umlandes besteht.

Um die Entwicklung des Umlandes mit der der Stadt vergleichen zu können, mußte die gegenwärtig gül-

<sup>10)</sup> Vgl. Winkler, B., a.a.O., S. 83/84.

tige Flächenausdehnung der Stadt (Staatsgrenze) zugrunde gelegt und ihre Wohnbevölkerung bis zur Jahrhundertwende zurückgerechnet werden <sup>11)</sup>. Als Umland wird das außerhalb der Staatsgrenze gelegene Gebiet im Umkreis bis zu maximal 40 km (vom Hamburger Stadtzentrum entfernt) bezeichnet.

Es erwies sich als sinnvoll, den langen Zeitabschnitt von 1900 bis 1939 in zwei Zeitperioden zu unterteilen, wobei das Volkszählungsjahr 1925 die zeitliche Zäsur bilden soll.

Das Bevölkerungswachstum Hamburgs betrug in der ersten Periode (1900 bis 1925) 45 %. Dieser Wachstumstrend hatte sich in der zweiten Periode (1925 bis 1939) jedoch nicht gleichgerichtet fortgesetzt. Vielmehr setzte nach dem stürmischen Wachstum eine Stagnation ein, wobei eine Wachstumsrate von nur 8 % verzeichnet werden konnte.

Anders gestaltete sich die Entwicklung im Hamburger Umland. Stellte sich dort während der ersten Periode (im Umkreis von 30 km) ein Wachstum von 10 % heraus, stieg die Zuwachsrate in der zweiten Periode um weitere 15 Punkte auf 26 % (vgl. Schaubild 5 u. Tabelle 6).

Das rasche Bevölkerungswachstum Hamburgs bis 1925 ist auf die starken Zuwanderungen aus den „überbelebten und in ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit überbelasteten Agrarräumen“ <sup>12)</sup>, insbesondere aus den des Fernbereichs <sup>13)</sup> zurückzuführen.

Tabelle 5

**Polizeiliche Meldungen über die Zu- und Abwanderung in der Stadt Hamburg in den Jahren 1931 bis 1936**

Herkunft oder Wanderungsziel	Zu-gezogene Personen	Fort-gezogene Personen	Wanderungsgewinn oder -verlust der Stadt Hamburg mit den Nachbargebieten
	1	2	3
Geestlande .....	5 715	10 760	- 5 045
Marschlande .....	3 727	3 935	- 208
Stadt Bergedorf .....	3 186	3 533	- 347
Stadt Geesthacht .....	710	1 214	- 504
Vierlande .....	1 986	2 171	- 185
Stadt Cuxhaven .....	3 059	3 005	+ 54
übriges Ritzbüttel .....	360	443	- 83
Hamburger Landgebiet zusammen .....	18 743	25 011	- 6 268
Stadt Altona .....	68 209	70 384	- 2 175
Stadt Wandsbek .....	18 989	20 164	- 1 175
Stadt Harburg-Wilhelmsburg .....	11 101	9 871	+ 1 230
Kreis Pinneberg .....	19 061	28 419	- 9 358
Kreis Stormarn .....	30 239	48 935	- 18 696
Kreis Harburg/Jork/Winsen <sup>1)</sup> .....	7 500	9 000	- 1 500

Quelle: Wanderungsgewinn und Wanderungsverlust in Hamburg nach Herkunft und Wanderungsziel 1931 bis 1935 in: Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft, 1936, Nr. 5, S. 90.

<sup>1)</sup> gerundete Zahlen

<sup>11)</sup> Vgl. Boustedt, O., Die Entwicklung der Bevölkerung in Hamburg und seinem Umland, in: Raumordnung an der Niederelbe, Kiel/Hamburg/Hannover 1968, S. 63 f.

<sup>12)</sup> Boustedt, O., a.a.O., S. 65.

<sup>13)</sup> Vgl. Schwarz, K., a.a.O., S. 126.

Tabelle 6

## Die Wohnbevölkerung im Hamburger Umland im Umkreis von 30 km

Gebiete	Wohnbevölkerung			Bevölkerungszunahme					
	1900	1925	1939	1925 gegenüber 1900		1939 gegenüber 1925		1939 gegenüber 1900	
				abs.	%	abs.	%	abs.	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Hamburg .....	1 079 100	1 567 800	1 698 400	488 700	45	130 600	8	619 300	57
Umland .....	155 700 <sup>1)</sup>	172 000	216 300	16 300	10	44 300	26	60 600	39
Raum Hamburg ...	1 234 800	1 739 800	1 914 700	505 000	41	174 900	10	679 900	55

<sup>1)</sup> nach der Abgrenzung des Hamburg-Preußischen Landesplanungsausschusses von 1928.

Die in der gleichen Zeit beachtliche Wachstumsrate des Umlandes (10 %) läßt vermuten – genaue statistische Unterlagen liegen nicht vor –, daß ein großer Teil der in Richtung Hamburg zugewanderten Personen sich in den Gemeinden des Umlandes, gleichsam „vor den Toren der Stadt“ niedergelassen hatte. Denn viele Gemeinden waren durch den seinerzeit bereits weiten Ausbau der Verkehrslinien (z. B. Hamburg–Wedel)<sup>14)</sup> wirtschaftlich mit Hamburg so eng verbunden, daß sie am Bevölkerungswachstum der Stadt partizipieren konnten.

In der zweiten Periode jedoch beruhte der sprunghafte Anstieg des Bevölkerungswachstums im Umland vor allem auf der Zuwanderung der Hamburger Bevölkerung. Es deutet alles darauf hin, daß dabei bevorzugt die Siedlungsgebiete des näheren Umlandes bis zu 20 km aufgesucht wurden, die sich namentlich im wirtschaftlichen Ausstrahlungsbereich der Stadt befanden.

Wie aus der Tabelle 7 zu erkennen ist, betrug das Bevölkerungswachstum zwischen 1925 und 1939 im 20-km-Umkreis 46,7 % und war damit beträchtlich stärker gewesen als im 20- bis 30-km-Umkreis, wo die Zunahme sich nur auf 15 % belief. Die Zahlen lassen den Schluß zu, daß sich mit zunehmenden Entfernungszonen der wirtschaftliche Einflußbereich Hamburgs geringer wurde, eine Tendenz, die bis in die Gegenwart zu beobachten ist<sup>15)</sup>. Somit leiteten bereits die 20er und 30er Jahre in Ansätzen eine zukunftsweisende Entwicklung ein: Nämlich den Beginn einer zunehmenden Verflechtung der Stadt mit dem Umland, die sich nach dem Kriege erheblich verstärkte.

### III. Der Einfluß des zweiten Weltkrieges auf die Bevölkerungsentwicklung der Hansestadt Hamburg

Die erste Volkszählung nach dem zweiten Weltkrieg fand im Jahre 1946 statt; sie war ein erster Versuch, eine statistische Bilanz der Kriegsauswirkungen für Bevölkerung und Wirtschaft zu ziehen. Ein Gesamtbild über Bestand und Struktur erhielt man allerdings erst durch die Volkszählung im Jahre 1950, nachdem mit der Währungsreform 1948 eine Stabilisierung der Wirtschaftsverhältnisse erreicht worden war und auch die sozialen Verhältnisse sich einigermaßen wieder konsolidiert hatten.

<sup>14)</sup> Vgl. Winkler, B., a.a.O., S. 79.

<sup>15)</sup> Vgl. Gerhard, J., Positive Bevölkerungsentwicklung im Raum Hamburg, in: Hamburg in Zahlen, 1972, Heft 7, S. 230 ff.

Die Bevölkerung der Hansestadt hatte sich während des zweiten Weltkrieges durch die Evakuierungen, Opfer der Luftangriffe sowie Einberufungen zur Wehrmacht stark vermindert. Während in der Volkszählung im Mai 1939 eine Wohnbevölkerung von 1 698 388 Personen ermittelt wurde, ist bei der Volkszählung im Oktober 1946 nur eine ortsanwesende Bevölkerung von 1 406 158 Personen festgestellt worden<sup>16)</sup>. Der Bevölkerungsverlust Hamburgs betrug also rd. 293 000 Personen oder 17 %. Außerdem bewirkte der Krieg eine starke Veränderung in der Alters- und Geschlechterstruktur sowie einen starken Rückgang der Geburtenzahlen.

#### 1. Anzahl und Ziele der durch die Kriegereignisse verursachten Evakuierungen

Nach der Bombenkatastrophe im Juli 1943 wurden etwa 700 000 Hamburger evakuiert. Zwar ist ein großer Teil dieser Personen noch während des Krieges nach Hamburg zurückgekehrt, man kann jedoch annehmen, daß bei Kriegsschluß noch ungefähr 400 000 Personen außerhalb Hamburgs evakuiert waren<sup>17)</sup>.

Aus der im Jahre 1946 erstellten Statistik geht hervor (vgl. Tabelle 8), daß die weniger bombenbedrohten Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit Abstand die meisten Hamburger beherbergten (70 %), hiervon war der Hauptteil der Evakuierten, insgesamt 121 500 Personen (43 %) nach Schleswig-Holstein gezogen. Eine Aufgliederung nach Kreisen läßt erkennen, daß in den an Hamburg grenzenden Landkreisen Pinneberg, Stormarn und Hztg. Lauenburg, sowie in Steinburg und

Tabelle 7

Die Bevölkerungsentwicklung im Hamburger Umland nach Entfernungszonen<sup>1)</sup>

Entfernungszonen	Jahre		Bevölkerungszunahme in % 1939 gegenüber 1925
	1925	1939	
	1	2	3
bis 20 km .....	58 300	85 500	46,6
20 bis 30 km .....	113 700	130 900	15,1
30 bis 40 km .....	126 300	139 000	10,0

<sup>1)</sup> gerundete Zahlen

<sup>16)</sup> Da die Zahl der zweiten Wohnsitze zu dieser Zeit sehr gering war, ist anzunehmen, daß die Zahl der Wohnbevölkerung von der ortsanwesenden Bevölkerung nur minimal abweicht.

<sup>17)</sup> Vgl. Die Hamburger Evakuierungen, in: Hamburg in Zahlen, 1947, Okt.-Heft.

Tabelle 8

**Evakuierte Hamburger  
in Schleswig-Holstein und Niedersachsen**

Wohnsitz am 29. 10. 1946	Evakuierte Hamburger		
	Zahl der Personen		
	insgesamt	männlich	weiblich
	1	2	3
<b>Schleswig-Holstein</b> .....	121 289	51 566	69 723
davon			
Krs. Stormarn .....	22 242	9 958	12 284
Krs. Pinneberg .....	18 340	8 003	10 337
Krs. Lauenburg .....	14 284	6 079	8 205
Krs. Steinburg .....	9 166	3 645	5 521
Krs. Segeberg .....	7 343	3 137	4 206
<b>Niedersachsen</b> .....	76 651	32 841	43 810
davon			
Krs. Harburg .....	18 390	7 753	10 637
Reg. Bez. Lüneburg .....	41 246	17 385	23 861
Reg. Bez. Stade .....	15 849	6 790	9 059
Krs. Stade .....	7 310	3 083	4 227

Quelle: Hamburg in Zahlen, Heft 8/1947, S. 3.

Segeberg rd. 104 000 Evakuierte eine Bleibe gefunden hatten.

In Niedersachsen wohnten rd. 77 000 Evakuierte (27%), wovon allein der Regierungsbezirk Lüneburg (41 200) und die Stadt gleichen Namens (15 800) die meisten aufgenommen hatten.

Die übrigen Hamburger verteilten sich hauptsächlich auf die Länder Bayern und Mecklenburg (je 5%), Nordrhein-Westfalen (5%) und Sachsen-Anhalt (4%).

Ein großer Teil der in den Nahbereich Hamburgs fortgezogenen Evakuierten ist wegen der herrschenden Wohnungsnot in Hamburg dort noch viele Jahre über das Kriegsende hinaus verblieben. Es ist anzunehmen, daß sie eine nicht unbedeutende Rolle im Verstärkerprozeß dieser Gebiete gespielt und auch der starken Bevölkerungskonzentration in Hamburg während der ersten Nachkriegsjahre entgegen gewirkt haben.

## 2. Der Einfluß des Krieges auf die Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung und auf die natürlichen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung

Zahlenangaben über die Wohnbevölkerung allein sind relativ wenig aussagefähig, wenn darüber hinaus nicht gleichzeitig Angaben über den Altersaufbau vorliegen, die überdies einen Aufschluß über die künftige Fortpflanzungsfähigkeit und das wirtschaftliche Leistungspotential geben können.

Die Ergebnisse der Volkszählung am 13. September 1950 vermitteln ein Bild über die Altersstruktur, die im wesentlichen durch den letzten Weltkrieg und die damit verbundene Änderung der Geborenenzahlen und Sterbefälle stark beeinflusst wurde.

Ein Blick auf die Alterspyramide von 1939 zeigt, daß sie sich von der der Jahre 1925 und 1950 wesentlich unterscheidet (s. Anhang-Schaubilder b, c u. d). Denn die durch die Kriegsverluste der jüngeren Jahrgänge sowie durch die Geburtenausfälle hervorgerufenen charakteristischen Einschnitte an beiden Pyramidenenden waren 1950 ungleich stärker ausgeprägt als 1925 und 1939.

Aus der Tabelle 9 ergibt sich die unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung 1950 und 1939.

Es erscheint hierbei zunächst verwunderlich, daß nach dem Krieg die Anzahl der 6- bis unter 15jährigen Kinder ungleich größer gewesen ist als vor dem Kriege.

Dies resultiert aus den überverhältnismäßig geburtenstarken Jahrgängen von 1934 bis 1940, während die gleiche Altersgruppe im Jahre 1939 aus den relativ geburtenschwachen Jahrgängen von 1924 bis 1933 stammte. Ebenso war die Gruppe der 20- bis 25jährigen 1950 stärker vertreten als im Jahre 1939. Dies lag daran, daß im Volkszählungsjahr 1939 diese Gruppe den geburtenschwachen Jahrgängen des ersten Weltkrieges entstammte, dagegen waren es die ungleich stärkeren Geburtenjahrgänge von 1925 bis 1930, die im zweiten Weltkrieg geringere Verluste er-

Tabelle 9

**Die Bevölkerung nach Altersgruppen 1939 und 1950**

Altersgruppen in Jahren	1939			1950		
	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
	1	2	3	4	5	6
0 bis unter 3 .....	39 892	38 129	78 021	27 273	25 635	52 908
3 " " 6 .....	35 000	33 142	68 142	27 418	26 359	53 777
6 " " 15 .....	87 744	84 450	172 194	106 230	101 726	207 956
15 " " 18 .....	33 462	31 358	64 820	28 577	28 012	56 589
18 " " 20 .....	25 313	27 324	52 637	16 803	17 168	33 971
20 " " 25 .....	36 257	44 928	81 185	49 962	52 417	102 379
25 " " 30 .....	72 154	77 052	149 206	47 834	62 311	110 145
30 " " 35 .....	79 632	84 190	163 822	36 246	46 557	82 803
35 " " 40 .....	76 849	80 014	156 863	55 260	67 139	122 399
40 " " 45 .....	61 774	79 240	141 014	64 520	75 674	140 194
45 " " 50 .....	56 824	71 568	128 392	67 405	72 101	139 506
50 " " 55 .....	55 564	61 453	117 017	56 409	69 554	125 963
55 " " 60 .....	49 947	52 726	102 673	46 718	61 619	108 337
60 " " 65 .....	42 052	45 087	87 139	43 007	50 215	93 222
65 und mehr .....	67 670	81 082	148 752	78 695	96 762	175 457

Quelle: Hamburg in Zahlen, Heft 30/1952, Übersicht 1.

Tabelle 10

## Die bis zum 31. 12. 1950 beurkundeten Wehrmachtssterbefälle nach Altersgruppen und Familienstand

Jahre	Zahl der Kriegs- sterbefälle	davon waren im Alter von ... bis unter ... Jahren						davon waren				
		15-20	20-25	25-30	30-35	35-40	45 u. mehr	ledig	verheiratet	ver- witwet	gesch.	unbe- kannt
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1939 ....	457	28	285	56	21	55	12	357	98	1	1	-
1940 ....	1 518	61	480	524	174	210	69	800	692	7	19	-
1941 ....	5 502	309	1 896	1 689	1 081	404	123	3 315	2 125	15	47	-
1942 ....	7 977	725	2 502	1 792	2 080	728	150	4 519	3 340	32	86	-
1943 ....	7 507	990	2 125	1 391	1 696	1 084	221	3 437	3 172	37	80	781
1944 ....	10 159	1 422	2 432	1 546	2 063	2 219	477	4 329	4 831	84	155	760
1945 ....	6 930	686	1 150	814	1 318	2 321	641	2 234	4 233	82	95	286
1946 ....	583	10	53	59	104	259	98	130	421	9	13	10
1947 ....	260	1	26	38	37	124	34	74	177	4	3	2
1948 ....	67	-	6	10	12	30	9	21	43	-	3	-
1949 ....	17	-	2	2	4	6	3	4	12	-	-	1

Quelle: Hamburg in Zahlen, Heft 26/1951, Übersichten 2 und 3.

litten hatten. Die Zäsur in der Altersstruktur liegt im Jahre 1950 bei den 25- bis unter 45jährigen, verursacht durch die Kriegsverluste an den Fronten und bei der Wohnbevölkerung in der Heimat. (Die Soldaten gehörten statistisch auch zur Wohnbevölkerung).

Eine Übersicht der rd. 41 000 Hamburger Wehrmachtssterbefälle nach Altersgruppen läßt erkennen, daß nahezu zwei Drittel der gefallenen Hamburger zwischen 20 und 35 Jahre alt gewesen sind. Davon entfielen rd. 27 % auf die Jahrgänge zwischen 20 bis 25 Jahren, 19 % auf die zwischen 25 und 30 und 21 % auf die Altersjahre zwischen 30 und 35. Diese Jahrgänge hatten ihre stärksten Verluste im Jahr 1942, also während der schweren Kämpfe in Rußland (Winter 1942/43).

Die Altersgruppe der über 45jährigen war 1950 um rd. 60 000 größer als im Vorkriegsjahr 1939. Eine Begründung ist darin zu sehen, daß diese Altersgruppen einerseits geringere Verluste während des Krieges hatten, zum anderen entstammen sie den um die Jahrhundertwende besonders starken Geburtenjahren.

Zu den schweren Verlusten an Gefallenen, die die Wehrmacht an den Fronten erlitt, kamen noch die hohen Sterbefälle der Zivilbevölkerung hinzu. Die durch Bombenangriffe beurkundeten Sterbefälle betragen insgesamt 37 554. Geschätzt wird diese Zahl jedoch auf ungefähr 55 000, wobei sie unter den Frauen größer war als unter den Männern. Die männliche Bevölkerung verzeichnete jedoch insgesamt – bedingt durch die Zahl der Gefallenen – höhere Verluste als die weibliche. Der daraus resultierende Frauenüberschuß betrug 1950 rd. 100 900 Frauen, d. h. 1950 entfielen durchschnittlich auf 100 Männer 113 Frauen, während das Verhältnis 1939 noch 100 : 110 betragen hatte (vgl. S c h a u b i l d 3).

Ähnlich wie im ersten Weltkrieg hatte auch der Ausbruch des zweiten Weltkrieges seit 1941 einen beträchtlichen Geburtenrückgang hervorgerufen. Die Geburtenziffer reduzierte sich von 18,0 im Jahre 1940 kontinuierlich auf 11,3 im Jahre 1945.

Die Verminderung der Geburten resultierte vorwiegend aus dem Rückgang der Zahl der Eheschließungen. Ihre Ziffer sank in der gleichen Zeit von 10,6 auf 8,8.

Wie ein Blick in die Anhangtabelle zeigt, war die Zahl der Sterbefälle großen Schwankungen unterworfen. Während sie in den Jahren 1940 bis 1942 durchschnittlich 22 000 betrug, reduzierte sie sich im Jahre 1944 auf rd. 14 000, stieg dann bis 1946/47 jedoch wieder auf 18 000 bis 20 000 an. Durch die schwache Besetzung der Geburtenzahlen von 1944 bis 1947 war die Zahl der Sterbefälle größer als die der Lebendgeborenen, so daß sich daraus ein Sterbeüberschuß ergab.

#### IV. Die Bevölkerungsentwicklung nach dem zweiten Weltkrieg

Von 1950 bis 1961 hatte Hamburg ein Bevölkerungswachstum von ca. 226 700 Personen oder 14 %. Die stärkste Bevölkerungszunahme fiel hierbei in den Zeitraum 1950 bis 1956, in dem die Wohnbevölkerung Hamburgs einen sprunghaften Anstieg von 149 000 Personen (9 %) verzeichnen konnte (vgl. S c h a u b i l d 3).

Seit 1956 verlangsamte sich die Wachstumsrate. Bis 1961 reduzierte sie sich auf 4,4 % (77 600 Personen) und nahm dann von 1961 bis 1970 um ca. 38 500 Personen oder 2,1 % ab.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung hatte zum Bevölkerungswachstum der Stadt nur sehr wenig beigetragen. Von 1951 bis 1957 und von 1968 bis 1971 werden sogar Sterbeüberschüsse von 1 000 bis 2 000 bzw. 2 000 bis 8 000 Personen registriert; nur in den Jahren 1958 bis 1966 konnten Geburtenüberschüsse verzeichnet werden, die jedoch in ihrer Stärke beträchtlich schwankten (vgl. S c h a u b i l d 2).

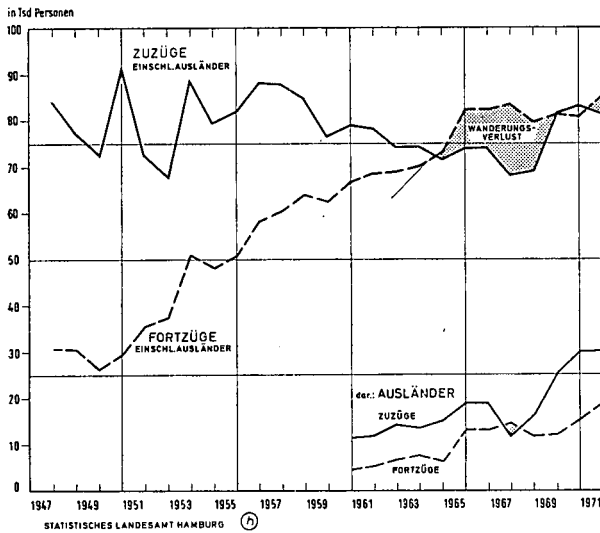
Um so größer ist die Bedeutung der Wanderungen für die Entwicklung der Wohnbevölkerung gewesen. Hierbei spielte der Bevölkerungsaustausch zwischen Hamburg und den beiden Nachbarländern die bedeutendste Rolle.

#### 1. Die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung Hamburgs

In den 50er Jahren war das Bevölkerungswachstum Hamburgs – bei einem Sterbeüberschuß von rd. 7 000 Personen – ausschließlich auf den Wanderungsgewinn zurückzuführen. Dieser betrug zwischen 1951

Schaubild 4

Die Hamburger Wanderungsbewegung 1947 bis 1971



augenfällig zu. Es wurde ein geringer Wanderungsüberschuß von 410 Personen registriert, der 1970 bereits eine Höhe von 2 400 Personen erreichte, 1971 jedoch wieder von einem Wanderungsverlust von gut 3 750 Personen abgelöst wurde.

Unterscheidet man die Zu- und Fortzüge nach Inländern und Ausländern, dann ist die Abwanderung der deutschen Bevölkerung von Hamburg durch die Zuwanderung der Ausländer (Gastarbeiter) größtenteils wieder aufgefangen worden. Betrachtet man nämlich nur die Wanderungen der Deutschen, so ergab sich für Hamburg schon 1962 ein Wanderungsverlust von ca. 2 600 Personen, der jedoch durch die Zuwanderung der Ausländer von ca. 7 700 Personen überdeckt bzw. überkompensiert wurde.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt erwies sich die enge Wanderungsverflechtung mit den beiden Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen, insbesondere mit den an Hamburg grenzenden Landkreisen nördlich und südlich der Elbe.

und 1961 jährlich 13 000 bis 38 000 Personen. Die Wanderungsüberschüsse bis 1956 waren in etwa mit denen vor dem ersten Weltkrieg vergleichbar, wenn man berücksichtigt, daß seinerzeit die Stadfläche um ein Vielfaches kleiner war als heute.

Die Anzahl der Zuzüge schwankte bis 1956 jährlich zwischen ca. 68 000 und 92 000 Personen, hingegen stieg die Fortzugszahl seit 1950 bis 1961 von ca. 26 000 bis auf 69 000 etwa stetig an. Die sich fortsetzende jährliche Zunahme der Fortzüge im darauffolgenden Jahrzehnt hatte bei gleichzeitiger Verringerung der Zuzüge zur Folge, daß der Wanderungsgewinn von Jahr zu Jahr langsam abgebaut wurde, bis sich 1964 der erste Wanderungsverlust einstellte. Dieser nahm von Jahr zu Jahr weiter zu und erreichte 1967 eine maximale Höhe von 15 200 Personen. Erst seit 1969 nahmen die Zuzüge wieder

Bis 1961 war für das Bevölkerungswachstum Hamburgs neben der Zuwanderung aus den beiden Nachbarländern auch der Zustrom aus dem anderen Teil Deutschlands einschließlich Berlin von großer Bedeutung. Bis 1956 kam von den Zugezogenen fast jeder Dritte aus Schleswig-Holstein, jeder Vierte aus Niedersachsen und aus dem anderen Teil Deutschlands. Naturgemäß war die Zahl der Fortzüge aus Hamburg in den anderen Teil Deutschlands nur gering (2 000 bis 3 000 p. a.), so daß sich dadurch für Hamburg ein sehr hoher Wanderungsgewinn ergab, der fast die Hälfte des gesamten Wanderungsgewinns ausmachte. Über gut die Hälfte belief sich der Wanderungsgewinn aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. In die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg sind in der Regel mehr Personen fortgezogen als nach Hamburg zugewandert sind.

Tabelle 11

Die Hamburger Wanderungsbewegung 1950 bis 1971

Jahre	Zuzüge			Fortzüge			Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)		
	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt	Deutsche	Ausländer	insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1950			91 931			26 083			+ 65 848
1951			72 733			35 721			+ 37 012
1952	64 313	3 871	68 184	35 357	2 162	37 519	+ 28 756	+ 1 709	+ 30 665
1953	84 964	3 944	88 908	48 829	2 276	51 105	+ 36 135	+ 1 668	+ 37 803
1954	75 632	4 217	79 849	46 153	2 471	48 624	+ 29 479	+ 1 746	+ 31 225
1955	77 254	4 781	82 035	48 094	2 757	50 851	+ 29 160	+ 2 024	+ 31 184
1956	82 699	5 468	88 167	54 882	3 221	58 103	+ 27 817	+ 2 247	+ 30 064
1957	81 888	6 129	88 017	57 009	3 467	60 476	+ 24 879	+ 2 662	+ 27 541
1958	78 247	6 763	85 010	60 592	3 423	64 015	+ 17 655	+ 3 340	+ 20 995
1959	69 085	7 717	76 802	58 633	3 917	62 550	+ 10 452	+ 3 800	+ 14 252
1960	67 876	11 344	79 220	62 168	4 540	66 708	+ 5 708	+ 6 804	+ 12 512
1961	66 449	11 973	78 422	63 507	5 240	68 747	+ 2 942	+ 6 733	+ 9 675
1962	60 075	14 206	74 281	62 654	6 472	69 126	- 2 579	+ 7 734	+ 5 155
1963	60 716	13 884	74 600	62 536	7 654	70 190	- 1 820	+ 6 230	+ 4 410
1964	56 818	15 050	71 868	66 405	6 568	72 973	- 9 587	+ 8 482	- 1 105
1965	56 528	17 564	74 092	70 266	8 371	78 637	- 13 738	+ 9 193	- 4 545
1966	55 270	18 866	74 136	69 204	13 266	82 470	- 13 934	+ 5 600	- 8 334
1967	56 222	11 972	68 494	69 129	14 602	83 731	- 12 607	- 2 630	- 15 237
1968	56 058	16 516	72 574	68 164	11 813	79 977	- 12 106	+ 4 703	- 7 403
1969	56 370	25 449	81 819	69 190	12 219	81 409	- 12 820	+ 13 203	+ 4 10
1970	53 335	30 031	83 366	65 551	15 396	80 947	- 12 216	+ 14 635	+ 2 419
1971	51 463	30 085	81 548	66 636	18 668	85 304	- 15 173	+ 11 417	- 3 756

Welche Bedeutung die an Hamburg grenzenden Kreise für den Wanderungsgewinn Hamburgs darstellten, zeigt, daß bis 1956 ca. 30 % des Wanderungsgewinnes gegenüber Schleswig-Holstein auf die unmittelbar benachbarten Landkreise Pinneberg und Stormarn und weitere rd. 26 % auf die Landkreise Segeberg, Hzgt. Lauenburg und Steinburg entfiel. Die niedersächsischen Landkreise Harburg und Stade stellten einen Anteil von durchschnittlich rd. 30 %.

Seit 1956/57 ist die Zahl der Zugezogenen aus den beiden Nachbarländern sowie aus den Nachbarkreisen rückläufig, während die Fortzüge aus Hamburg in diese Gebiete kontinuierlich zunahm. Dieser Tendenzumschwung der Wanderungsbewegung zwischen Hamburg und den Nachbarländern leitete eine neue Epoche ein, die eine gewisse Ähnlichkeit mit der der 20er und 30er Jahre hatte.

Ab 1960 hatte Hamburg gegenüber Schleswig-Holstein und Niedersachsen bereits einen Wanderungsverlust, der im Laufe der Jahre ständig zunahm. Der eigentliche Umbruch erfolgte verschärft im Jahre 1965, als der Wanderungsverlust erstmalig auf über 10 000 Personen angewachsen war. Jährlich zogen 21 000 bis 30 000 Personen von Hamburg in das nördliche Nachbarland gegenüber nur 18 000 bis 20 000 Zuzügen, wobei die Zahl der Fortzüge jährlich zunahm, die der Zuzüge hingegen geringfügig zwischen 17 000 und 19 000 schwankte. Von den nach Schleswig-Holstein fortgezogenen Personen wanderten fast drei Viertel (72 %) in die fünf benachbarten Landkreise, während etwas mehr als die Hälfte (57 %) aus diesen Gebieten nach Hamburg zugewanderten.

Weitaus geringer erwies sich die Wanderungsverflechtung Hamburgs mit dem Nachbarland Niedersachsen. Die Fortzüge nahmen von 1960 bis 1970 von 12 000 auf 16 000 zu, umgekehrt verringerten sich die jährlichen Zahlen der Zuzüge von 15 000 auf 12 000. Von den allein nach Niedersachsen fortgezogenen Personen wanderten 41 % in die Landkreise Harburg und Stade, während 26 % aus diesen Kreisen nach Hamburg zuzogen.

Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß die Verflechtung zwischen Hamburg und den benachbarten Landkreisen nördlich der Elbe wesentlich stärker ist, ferner hatten die Fortzüge aus Hamburg, vor allem in die Landkreise Pinneberg, Stormarn und Harburg, ein weitaus stärkeres Gewicht als umgekehrt die Zuzüge.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, auch die Bevölkerungsentwicklung des Umlandes nach Entfernungszonen kurz darzustellen. Gegenüber Hamburg verlief die Entwicklung im Umland stets entgegengerichtet. Während bis 1956 die Bevölkerung in Hamburg um 11 % zunahm, war im Umland im Umkreis von 40 km ein Bevölkerungsrückgang um 8 % zu verzeichnen.

Von 1956 bis 1961 nahm die Bevölkerung des Umlandes jedoch wieder um 6 % zu, wogegen die Zunahme in Hamburg nur 4 % betrug.

Von 1961 bis 1970 konnte das Umland sogar einen Bevölkerungszuwachs von über 22 % verzeichnen,

Tabelle 12

**Die Entwicklung der Wohnbevölkerung im Umland nach Entfernungszonen 1939 bis 1970**

Jahre	Umland		
	bis 20 km	20 bis 30 km	30 bis 40 km
	1	2	3
1939 .....	85 457	130 851	139 004
1950 .....	165 324	263 136	249 346
1956 .....	166 773	238 577	218 361
1961 .....	194 938	250 847	217 357
1970 .....	269 344	300 371	241 957
1971 .....	288 664	313 920	250 709

die Wohnbevölkerung in Hamburg nahm hingegen um 2 % ab, was nicht zuletzt – wie oben dargestellt – auf die starken Fortzüge von Hamburg ins Umland beruhte. Betrachtet man die Wanderungsverflechtung zwischen Hamburg und dem Umland seit 1961, so ergibt sich folgendes Bild <sup>18)</sup>:

Von 1961 bis 1970 zogen insgesamt 606 000 Personen ins Umland, davon kamen 194 000 bzw. 32 % aus Hamburg. Von den 606 000 Personen zogen knapp die Hälfte (239 500) in den Umkreis von 20 km, davon kamen allein 103 500 bzw. 43 % aus Hamburg. In die Zone zwischen 20 bis 30 km zogen 219 000 Personen, davon betrug der Anteil der aus Hamburg stammenden Zuwanderer 31 %. In der Zone zwischen 30 bis 40 km betrug die Zahl der Zuwanderer nur noch 147 500 Personen, darunter 16 % Hamburger.

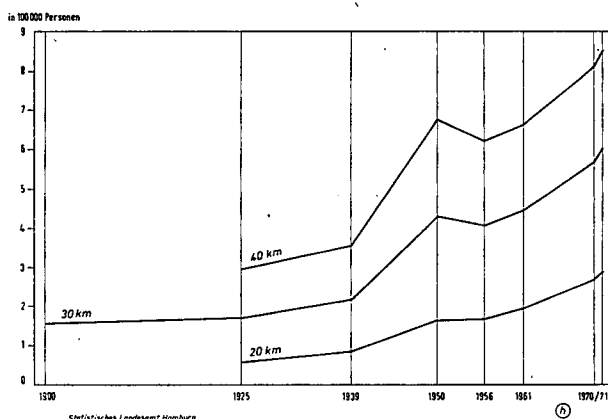
Die Zahlen der aus dem Umland nach Hamburg wandernden Personen waren für alle Entfernungszonen ungleich niedriger. Während jeder Dritte, der ins Umland (bis 40 km) zog, Hamburger war, kam umgekehrt nur jeder Fünfte aus dem Umland nach Hamburg.

**3. Natürliche Bevölkerungsentwicklung seit 1950**

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung, d. h. der Überschub der Lebendgeborenen über die Gestor-

Schaubild 5X

**Die Entwicklung der Wohnbevölkerung im Umland nach Entfernungszonen (20-, 30- und 40 km-Umkreis) seit 1900**



<sup>18)</sup> Vgl. Gerhard, J. a.a.O., S. 231 f.

benen hatte zum Bevölkerungswachstum Hamburgs seit 1950 kaum beigetragen. Von 1950 bis 1961<sup>19)</sup> sind insgesamt 214 283 Lebendgeborene und 221 253 Sterbefälle registriert worden, so daß sich ein Sterbeüberschuß von 6 970 Personen ergab.

In dem folgenden Zeitraum 1961 bis 1970 stieg in Hamburg zwar die absolute Zahl der Lebendgeborenen (229 055) um 14 772 an, gleichzeitig nahmen aber auch die Sterbefälle (228 132) um 6 879 Personen zu, so daß ein Geburtenüberschuß von nur 932 Personen erreicht werden konnte.

Der Blick auf die Zahlen über Lebendgeborene und Gestorbene seit 1950 zeigt, daß die Geburtenüberschüsse von Jahr zu Jahr stark schwankten. Abgesehen vom Jahr 1950 wurde erst 1958 der erste Geburtenüberschuß registriert, der im Jahr 1964 eine maximale Höhe von rd. 3 880 Personen erreichte; in den folgenden Jahren bis 1967 reduzierte er sich. Der erste Geburtenfehlbetrag stellte sich mit rd. 2 330 im Jahre 1968 ein, er erhöhte sich ständig und erreichte 1971 eine Höhe von -8 263.

Der Geburtenfehlbetrag oder Sterbeüberschuß in den 50er und 60er Jahren beruhte nicht auf dem Rückgang von Geborenenzahlen. Vielmehr hatten diese seit 1954 bis 1966 eine zunehmende Tendenz, die parallel lief mit der im gleichen Zeitraum zunehmenden Zahl von Eheschließungen, welche auf die starken Geburtenjahrgänge von 1934 bis 1940 zurückzuführen waren. Der Grund für den Geburtenfehlbetrag liegt eindeutig bei den zunehmenden Sterbefällen, was für die Überalterung der Hamburger Bevölkerung symptomatisch ist.

Erst seit 1967/68 zeichnet sich gegenüber den Vorjahren ein stetiger Geburtenrückgang bei gleich hoher Sterblichkeit ab. Denn während 1966 noch 27 400 Kinder lebend geboren wurden, betrug ihre Anzahl 1970 nur noch rd. 18 400, 1971 rd. 17 600. Es ist anzunehmen, daß sich der Trend des Geburtenrückganges künftig fortsetzen wird; für 1972 wurden rd. 15 500 Geborene gezählt.

Die rückläufige Geburtenentwicklung beruht einerseits auf der Überalterung unserer Bevölkerung (vgl. Anhangschaubilder e u. f), andererseits auf der Veränderung des generativen Verhaltens. So ist z. B. die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer (Geborene auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren) in den letzten Jahren stark gesunken. Während sie 1967 noch 70,8 betrug, reduzierte sie sich 1970 auf 51,8 also um 19 Punkte. Bei der Erforschung des Fortpflanzungsverhaltens ist man noch nicht zu einem eindeutigen Ergebnis gelangt. Schwarz ist u. a. der Auffassung, daß die Familien hinsichtlich des Fortpflanzungsverhaltens Kosten - Nutzen - Erwägungen anstellen. „Die Kosten und Nutzen muß man sich . . . nicht als Geldwerte, sondern auch als immaterielle Werte vorstellen. So gehören zu den Kosten nicht nur Aufwendungen für den Lebensunterhalt und für die Ausbildung der Kinder sowie die entgangenen Einnahmen durch evtl. Nichterwerbstätigkeit der Ehefrau, . . ., sondern auch die sonstigen Einschränkungen, welche sich die Eheleute mit vielen Kindern auferlegen müssen. Andererseits rechnen zu den Nutzen . . . die Freude der Eltern am Heranwachsen und an der Entwicklung der Kinder (Elternglück) sowie die durch die Kinder mögliche Selbstbestätigung.“<sup>20)</sup>

Johannes Marx

<sup>19)</sup> Zwischen dem 14. 9. 1950 und dem 5. 6. 1961.

<sup>20)</sup> Vgl. Schwarz, K., Demographische Grundlagen der Raumforschung und Landesplanung, Hannover, 1972, S. 218.

## Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in Hamburg 1900 bis 1971

Jahre	Eheschließungen				Lebendgeborene				Gestorbene				Geborenen- (+) bzw. Gestorbenen- (-) Überschuß	
	Stadt Hamburg		Staat Hamburg		Stadt Hamburg		Stadt Hamburg		Staat Hamburg		Staat Hamburg		Stadt Hamburg	Staat Hamburg
	Zahl	auf 1000 der Bev.	Zahl	auf 1000 der Bev.	Zahl	auf 1000 der Bev.	Zahl	auf 1000 der Bev.	Zahl	auf 1000 der Bev.	Zahl	auf 1000 der Bev.		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1900	6 020	8,6	6 442	8,5	20 288	29,0	22 218	29,2	12 270	17,5	13 227	17,4	+ 8 018	+ 8 991
1905	7 260	9,2	7 716	9,0	20 400	25,8	22 364	25,9	12 499	15,8	13 571	15,7	+ 7 901	+ 8 793
1910	8 038	8,8	8 578	8,6	21 262	23,2	23 231	23,2	13 022	14,2	13 996	14,0	+ 8 240	+ 9 235
1915	6 718	6,8	7 062	6,6	16 278	16,4	17 489	16,3	12 921	13,7	13 704	13,6	+ 3 357	+ 3 785
1916	5 278	5,4	5 606	5,3	11 202	11,4	12 161	11,5	12 340	14,3	13 031	14,1	- 1 138	- 870
1917	5 601	5,7	5 923	5,6	9 263	9,4	10 106	9,5	14 860	17,8	15 761	17,6	- 5 597	- 5 655
1918	6 873	7,1	7 308	7,0	9 674	9,9	10 468	10,0	15 782	19,4	16 766	19,2	- 6 108	- 6 298
1919	13 565	13,6	14 368	13,6	15 137	15,2	16 211	15,3	13 940	15,6	14 696	15,3	+ 1 197	+ 1 515
1920	15 249	15,1	16 168	15,0	20 105	19,9	21 566	20,1	13 986	13,8	14 681	13,7	+ 6 119	+ 6 885
1921	12 947	12,6	13 709	12,5	18 118	17,6	19 489	17,8	12 516	12,2	13 182	12,0	+ 5 602	+ 6 307
1922	14 072	13,4	14 844	13,3	16 141	15,3	17 387	15,5	14 022	13,3	14 844	13,3	+ 2 119	+ 2 543
1923	13 035	12,3	13 684	12,1	14 873	14,0	16 007	14,2	13 363	12,6	14 129	12,5	+ 1 510	+ 1 878
1924	9 403	8,8	9 918	8,7	15 086	14,1	16 268	14,3	12 454	11,7	13 150	11,5	+ 2 632	+ 3 118
1925	9 464	8,8	10 015	8,7	15 772	14,6	17 010	14,8	12 286	11,4	12 997	11,3	+ 3 486	+ 4 013
1926	9 679	8,9	10 292	8,8	14 833	13,6	16 011	13,7	12 120	11,1	12 864	11,0	+ 2 713	+ 3 147
1927	10 659	9,6	11 332	9,6	14 557	13,2	15 777	13,3	13 025	11,8	13 733	11,6	+ 1 532	+ 2 044
1928	11 139	9,9	11 826	9,8	15 386	13,7	16 605	13,8	12 965	11,5	13 723	11,4	+ 2 421	+ 2 882
1929	11 790	10,4	12 484	10,2	15 365	13,5	16 549	13,6	13 986	12,3	14 881	12,2	+ 1 379	+ 1 668
1930	11 510	10,0	12 255	10,0	15 442	13,4	16 559	13,4	12 929	11,3	13 772	11,2	+ 2 513	+ 2 787
1931	10 118	8,8	10 880	8,8	14 178	12,3	15 246	12,4	13 321	11,6	14 080	11,4	+ 857	+ 1 166
1932	9 944	8,7	10 678	8,7	12 668	11,1	13 744	11,2	12 642	11,1	13 446	11,0	+ 26	+ 298
1933	13 534	12,0	14 538	11,9	12 818	11,4	13 038	10,7	12 475	11,1	13 336	10,9	+ 343	- 298
1934	15 838	14,2	16 948	14,0	15 981	14,3	17 632	14,6	12 337	11,1	13 225	11,0	+ 3 644	+ 4 407
1935	12 816	11,6	13 764	11,5	17 660	16,0	19 517	16,3	13 269	12,0	14 224	11,9	+ 4 391	+ 5 293
1936	10 874	9,9	11 733	9,9	17 875	16,3	19 558	16,4	13 846	12,6	14 837	12,5	+ 4 029	+ 4 721
1937	15 841	9,5	.	.	27 200	16,3	.	.	20 342	12,2	.	.	+ 6 858	.
1938	17 361	10,3	.	.	28 148	16,8	.	.	20 419	12,2	.	.	+ 7 729	.
1939	22 861	13,4	.	.	29 134	17,1	.	.	21 773	12,8	.	.	+ 7 361	.
1940	18 059	10,6	.	.	30 718	18,0	.	.	22 573	13,2	.	.	+ 8 145	.
1941	14 961	8,8	.	.	28 840	17,0	.	.	20 903	12,3	.	.	+ 7 937	.
1942	15 037	8,9	.	.	25 321	14,9	.	.	21 404	12,6	.	.	+ 3 917	.
1943	12 726	9,1	.	.	20 911	15,0	.	.	18 977	13,6	.	.	+ 1 934	.
1944	10 145	9,4	.	.	13 265	12,3	.	.	14 254	13,2	.	.	- 989	.
1945	10 719	8,8	.	.	13 764	11,3	.	.	19 811	16,3	.	.	- 6 047	.
1946	13 343	9,5	.	.	19 519	13,9	.	.	20 635	14,7	.	.	- 1 116	.
1947	15 343	10,7	.	.	18 685	13,0	.	.	18 806	13,1	.	.	- 121	.
1948	17 330	11,6	.	.	18 820	12,6	.	.	15 127	10,1	.	.	+ 3 693	.
1949	16 143	10,5	.	.	18 193	11,8	.	.	15 598	10,1	.	.	+ 2 595	.
1950	16 965	10,7	.	.	17 380	10,9	.	.	16 667	10,5	.	.	+ 713	.
1951	16 022	9,8	.	.	17 547	10,7	.	.	17 898	10,9	.	.	- 351	.
1952	14 512	8,7	.	.	16 811	10,0	.	.	18 338	11,0	.	.	- 1 527	.
1953	14 205	8,3	.	.	16 875	9,9	.	.	19 042	11,2	.	.	- 2 167	.
1954	14 602	8,4	.	.	17 768	10,2	.	.	19 702	11,3	.	.	- 1 934	.
1955	15 530	8,8	.	.	18 560	10,5	.	.	20 371	11,5	.	.	- 1 811	.
1956	16 351	9,2	.	.	19 499	10,9	.	.	21 066	11,8	.	.	- 1 567	.
1957	16 619	9,4	.	.	21 187	12,0	.	.	22 201	12,5	.	.	- 1 014	.
1958	17 445	9,7	.	.	22 049	12,3	.	.	21 944	12,2	.	.	+ 105	.
1959	17 903	9,9	.	.	23 606	13,0	.	.	21 946	12,1	.	.	+ 1 660	.
1960	18 419	10,0	.	.	24 276	13,2	.	.	23 388	12,7	.	.	+ 888	.
1961	19 041	10,4	.	.	25 453	13,9	.	.	23 363	12,8	.	.	+ 2 090	.
1962	18 964	10,3	.	.	25 942	14,1	.	.	24 132	13,1	.	.	+ 1 810	.
1963	18 294	9,9	.	.	27 537	14,9	.	.	24 814	13,4	.	.	+ 2 723	.
1964	18 453	9,9	.	.	27 738	14,9	.	.	23 859	12,8	.	.	+ 3 879	.
1965	18 115	9,8	.	.	26 814	14,4	.	.	25 343	13,6	.	.	+ 1 471	.
1966	17 936	9,7	.	.	27 423	14,8	.	.	26 114	14,1	.	.	+ 1 309	.
1967	17 161	9,3	.	.	26 167	14,2	.	.	25 645	13,9	.	.	+ 522	.
1968	15 841	8,6	.	.	24 265	13,3	.	.	26 593	14,5	.	.	- 2 328	.
1969	14 494	8,0	.	.	21 039	11,6	.	.	27 213	15,0	.	.	- 6 174	.
1970	13 991	7,7	.	.	18 390	10,1	.	.	26 561	14,6	.	.	- 8 171	.
1971	12 972	7,3	.	.	17 637	9,9	.	.	25 900	14,5	.	.	- 8 263	.
1972	.	.	.	.	15 494 p	.	.	.	.	.	.	.	.	.



Anhangschaubilder

Die Altersgliederung der Bevölkerung in den Jahren 1910, 1925, 1939, 1950, 1961 und 1970

Schaubild a

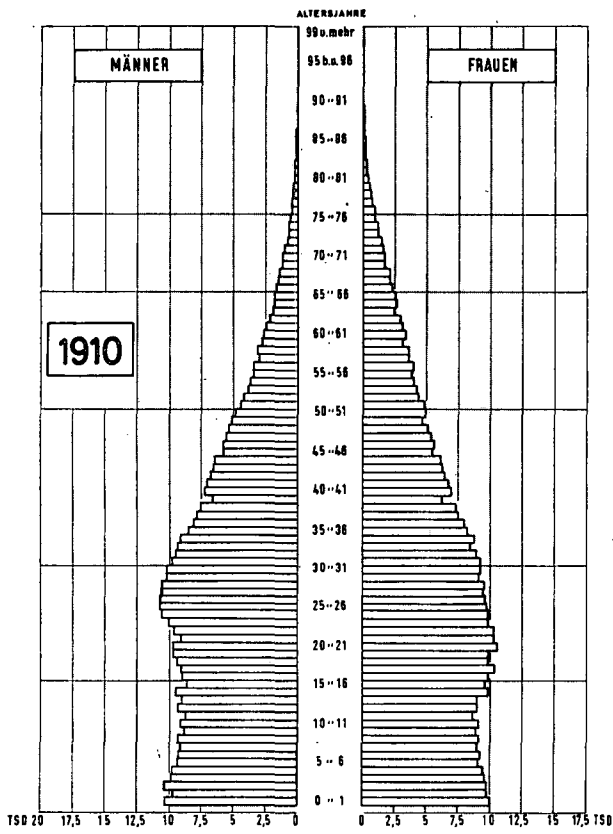


Schaubild b

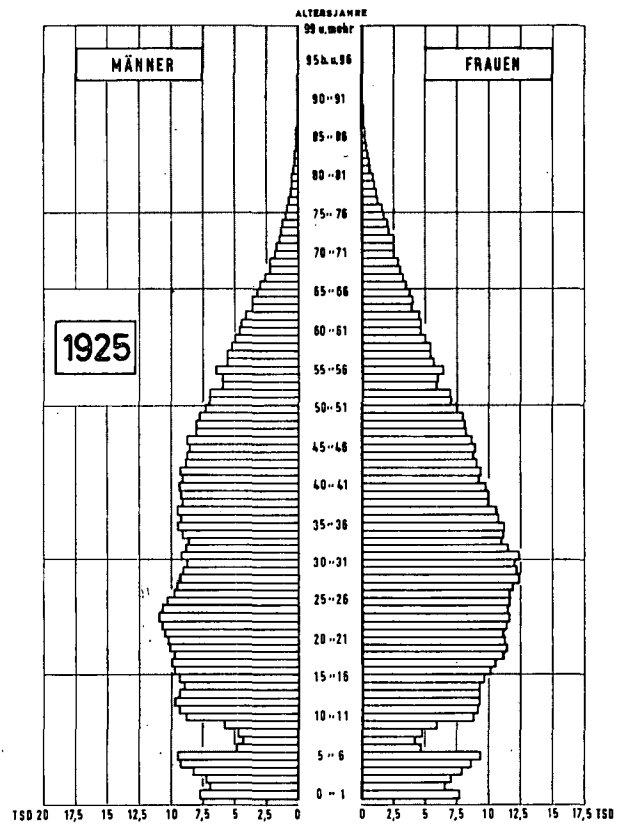


Schaubild c

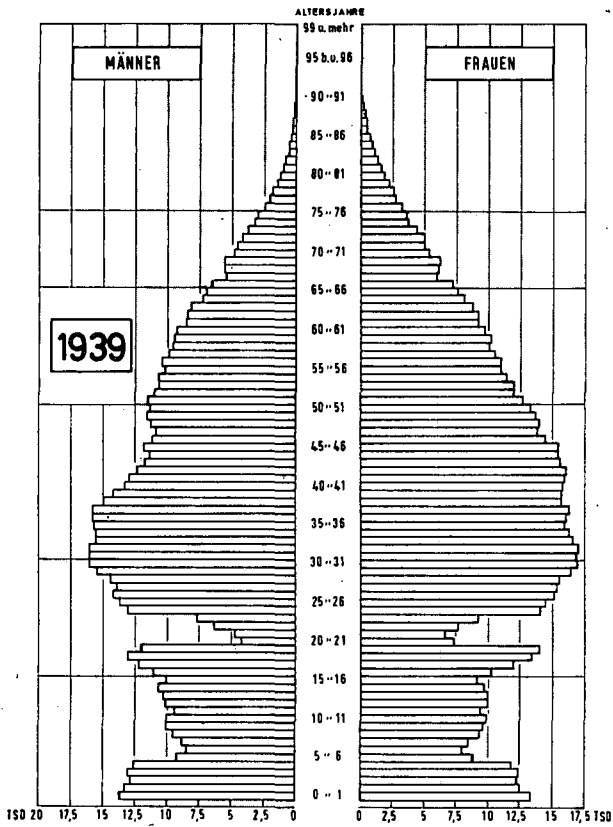


Schaubild d

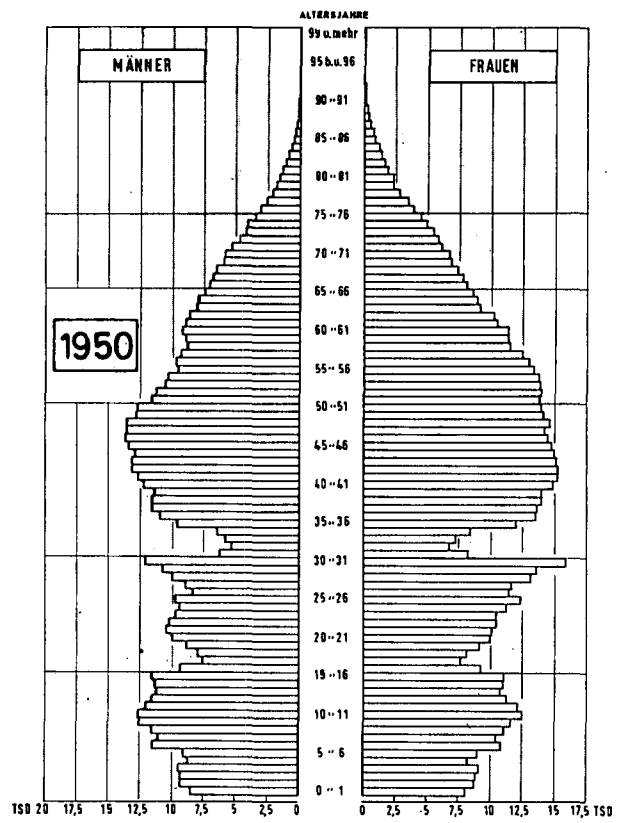


Schaubild e

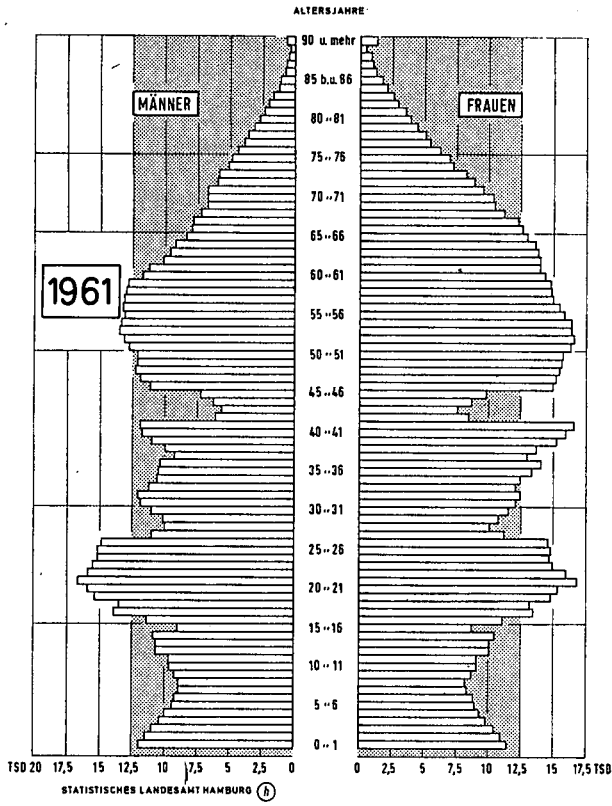
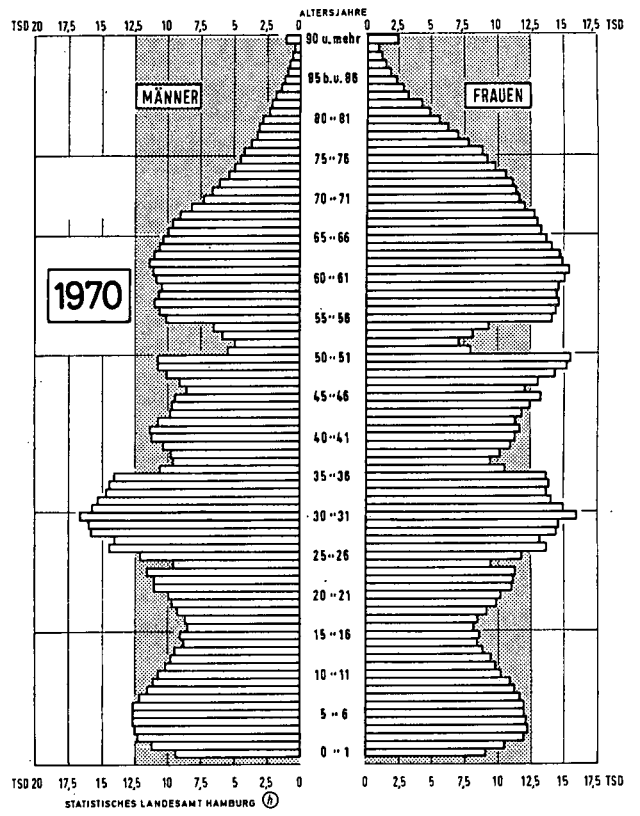


Schaubild f



# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	767,2	757,7	767,5	761,4
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	2,1	3,1	6,2	6,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	92	88	79	73
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	4	3	4
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	7	7	5,1	6
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	24	40	19	50
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	24	46	132	136
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	21	11	6	9
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	21	26	19	13
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungszustand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	...	...	...	...	244,8
" Altona	"	264,3	...	...	...	...	257,4
" Eimsbüttel	"	264,6	...	...	...	...	254,6
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	...	...	...	346,5
" Wandsbek	"	357,5	...	...	...	...	374,3
" Bergedorf	"	82,6	...	...	...	...	94,7
" Harburg	"	199,0	...	...	...	...	205,2
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	...	...	...	1 777,5
dav. männlich	"	861,9	820,7	...	...	...	822,2
weiblich	"	995,0	953,2	...	...	...	955,3
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	59,8	...	119,4	119,7	120,3	113,0
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019 p	530 p	710 p	1 085 p	1 302 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	...	...	...	...	8,6 p
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269 p	1 150 p	1 040 p	1 205 p	1 398 r
dar. unehelich	"	143	113 p	105 p	90 p	105 p	106
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	...	...	...	...	9,3 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9 p	9,1 p	8,9 p	8,7 p	7,6 p
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 048 p	2 070 p	2 065 p	1 980 p	2 327 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	24 p	25 p	27 p	21 p	24 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	...	...	...	...	15,4 p
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	18,9 p	21,7 p	26,0 p	17,4 p	17,9 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	123	779 p	920 p	1 025 p	775 p	929 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	0,8	...	...	...	...	6,2 p
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	0,8	...	...	...	...	6,2 p
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	...	...	...	...	6 446
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	...	...	...	...	7 384
Fortgezogene Personen	"	379	...	...	...	...	938
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	...	...	...	...	484
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	...	...	...	...	454
dav. männlich	"	14 729	...	...	...	...	14 913
weiblich	"	14 729	...	...	...	...	14 913
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	...	...	...	14 913
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	...	...	...	...	1 781
Schleswig-Holstein	"	835	...	...	...	...	1 163
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 091	...	...	...	...	1 146
Niedersachsen	"	272	...	...	...	...	388
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	2 006	...	...	...	...	1 719
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	...	...	...	...	1 800
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	2 351	...	...	...	...	2 576
b) Fortgezogene nach	"	1 620	...	...	...	...	2 005
Schleswig-Holstein	"	1 268	...	...	...	...	1 523
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	525	...	...	...	...	780
Niedersachsen	"	2 167	...	...	...	...	1 811
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	767	...	...	...	...	1 474
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	767	...	...	...	...	1 474
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	...	...	...	...	1 474

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	11 749	11 294	11 235	11 211	11 211	11 288
Pflegetage		273 169	260 924	276 068	260 023	284 816	277 653
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	84,0	87,4	86,3	82,6
b) Gemeinnützige Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	4 573	4 740	4 695	4 695	4 695	4 808
Pflegetage		123 729	127 459	131 203	123 774	135 558	135 999
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	87,5	89,0	93,1	92,6	92,0
c) Private Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	745	798	797	797	797	790
Pflegetage		19 012	20 890	20 743	21 050	22 364	23 203
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	85,0	82,6	93,0	90,5	90,9
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Pflegetage		21 274	19 998	20 301	19 066	21 557	21 641
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	79,9	82,4	85,7	87,5	85,1
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Pflegetage		25 628	17 462	17 083	15 816	17 339	18 544
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	81,8	78,6	80,6	79,8	85,3
<b>3. Krankenhäuser für Geistes Kranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 743
Pflegetage		48 245	43 686	45 888	40 340	47 265	45 307
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	86,2	90,5	88,1	93,3	87,3
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 292
Pflegetage		38 084	38 605	39 031	35 128	38 977	39 260
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	97,8	97,8	97,5	97,7	98,0
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 476	1 420	1 412	1 307	1 312	1 422
Pflegetage		43 630	41 731	42 165	37 963	42 446	41 963
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	95,0	95,4	97,7	98,7	94,3
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>4)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	688,8	693,3	694,3	694,1	688,2
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	-	455,8	625,0	629,8	631,2	631,2	623,6
<b>2. Öffentliche Bücherhallen einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	482 919	561 588	516 381	547 754	498 073
Ausgeliehene Noten	-	3 241	6 242	7 721	5 869	8 004	6 353
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>5)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	46 441	40 425	42 780	41 037
Benutzer der Lesesäle	-	10 485	13 998	16 403	15 021	15 190	14 420
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
	Anzahl	43 961	60 227	71 228	69 928	71 440	66 937
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>6)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	682,4	683,1	681,7	689,8
dav. Pflichtmitglieder	-	431,4	404,7	400,7	401,7	400,6	407,0
Freiwillige Mitglieder	-	70,9	48,3	47,2	46,9	46,8	49,0
Rentner	-	175,5	234,0	234,5	234,5	234,3	233,8
Krankenstand der Pflichtmitglieder	-	26,7	24,5	27,8	35,6	33,5	27,4
dav. männlich	-	17,9	16,8	19,1	24,3	22,9	18,7
weiblich	-	8,8	7,7	8,7	11,3	10,6	8,7

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	6 285	6 120	5 767	4 920
dav. männlich	"	2 318	2 528	3 415	3 213	3 158	2 681
weiblich	"	1 092	2 004	2 870	2 907	2 609	2 239
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	76	.	.	62
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	40	.	.	58
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	143	.	.	175
Elektriker	"	24	28	40	.	.	26
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	79	.	.	51
Tischler, Modellbauer	"	24	18	18	.	.	14
Drucker	"	44	48	65	.	.	68
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	16	.	.	24
Ernährungsberufe	"	75	92	98	.	.	109
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	239	.	.	162
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	135	.	.	108
Warenkaufleute	"	368	421	633	.	.	394
Verkehrsberufe	"	313	252	414	.	.	302
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	1 522	.	.	1 027
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	306	.	.	269
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	16 928	17 464	17 594	18 354
dav. männlich	"	13 014	9 643	9 380	9 841	9 820	9 200
weiblich	"	12 813	9 073	7 548	7 623	7 774	9 154
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 654	5 723	5 698	6 108	6 597
dav. männlich	"	4 134	4 025	4 152	3 939	4 343	4 784
weiblich	"	1 707	1 629	1 571	1 759	1 765	1 813
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 435	6 929	4 436	4 611	5 080
dav. männlich	"	9 955	4 568	6 251	3 872	3 855	3 986
weiblich	"	572	867	678	564	756	1 094
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	11 472	15 914	13 892	13 027	12 551
dav. männlich	"	5 512	5 810	10 665	6 951	6 692	6 377
weiblich	"	2 787	5 662	5 249	6 941	6 335	6 174
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	49 131	.	.	46 832
weiblich	"	5 157	18 618	20 324	.	.	18 959
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 413	1 352	1 725	1 619
dar. an Molkereien geliefert	%	88,0	94,0	91,4	90,1	91,2	94,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	10,0	10,6	12,2	11,9
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	10 113	9 218	11 020	11 579
dav. lose	"	3 628	1 925	1 724	1 587	1 727	2 179
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	196
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	8 389	7 631	8 084	8 746
mit abweich. Fettgehalt	"	.	148	201	224	281	115
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5%)	"	.	.	3	57	117	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	945	857	928	343
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	375	365	455	481
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	7,1	5,4	5,7	7,9
Kälber	"	2,6	1,3	1,1	1,1	1,0	1,8
Schweine	"	47,0	35,1	35,2	30,2	30,1	36,3
Schafe	"	2,7	0,8	0,8	0,6	0,5	1,0
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	5,5	4,7	5,3	8,0
Kälber	"	2,5	1,2	1,0	1,0	1,0	1,6
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,8	36,1	36,1	31,0	30,5	37,6
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	"	6 229	5 355	5 386	4 409	4 402	5 866
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 701	1 523	1 297	1 416	2 086
Kälber	t	187	114	82	81	83	149
Schweine	"	4 318	3 511	3 744	3 003	2 880	3 599

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie *)</b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 384 r	1 387	1 386	1 421
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	195	196	196	200
• dar. Arbeiter *)	-	152	123	120	121	121	125
• Geleistete Arbeiterstunden *)	-	24 859	18 971	19 002	18 574	19 858	20 606
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	184	177	190	180
• Gehälter (Bruttosumme)	-	75	153	154 r	157	160	146
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	4	4	4	4
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	3 251	2 881	2 934	3 063
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) *)	1 000 cbm	-	48 231	68 047	68 567	73 933	47 706
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	74	69	69	73
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	194	186	196	182
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	16	13	15	14	16	14
• Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 713	1 730	1 618	1 923	1 835
• dar. Auslandsumsatz *)	-	155	247	255	231	377	344
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	119,2 r	129,7	128,4 p	130,2
• Verarbeitende Industrie	-	109,0	121,9	116,0 r	127,2	126,6 p	127,2
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	-	108,9	135,6	134,0 r	146,0	137,6 p	144,8
• Investitionsgüterindustrie	-	110,0	126,7	116,8 r	132,9	133,4 p	128,8
• Verbrauchsgüterindustrie	-	111,3	107,0	99,4 r	117,0	136,2 p	111,8
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-	107,3	106,2	99,4 r	102,7	103,2 p	109,9
• Bauindustrie	-	103,7	131,9	119,6 r	127,8	134,0 p	143,1
<b>Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 713	1 730	1 618	1 923 r	1 835
• Chemische Industrie	-	215	280	303	294	293	287
• Elektroindustrie	-	101	155	182	166	173	170
• Maschinenbau	-	143	223	227	203	260	218
• Maschinenaufbau	-	83	136	105	123	154	139
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	12	13	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	709	650	634	688
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	78	65	62	69
<b>Vj.-Durchschnitt *)</b>							
		1965	1972	2. Vj. 1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	4. Vj. 1971
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	...	82,8	82,6	82,0	85,2
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	...	174,9	181,0	232,3	212,9
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	...	171,1	180,4	239,0	216,3
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe *)</b>							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	44 360	43 929	44 336	44 488
• dar. Inhaber	-	1 365	1 256	1 261	1 217	1 224	1 308
• Angestellte	-	4 684	5 898	6 220	6 149	6 173	5 945
• Arbeiter **)	-	43 102	37 035	36 879	36 563	36 939	37 235
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	5 685	5 468	6 215	7 317
• dav. für Wohnungsbauten	-	2 216	2 030	1 748	1 640	2 025	2 513
• gewerbl. und Industr. Bauten	-	1 673	2 064	2 090	2 133	2 213	2 306
• öffentliche und Verkehrsbauten	-	2 939	2 015	1 847	1 695	1 977	2 498
• Löhne (Bruttosumme) **)	Mio DM	46,3	78,9	114,6	69,2	78,6	82,8
• Gehälter (Bruttosumme) **)	-	5,9	14,3	14,0	14,1	13,9	13,0
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	126,2	220,3	152,8	145,6	191,9	148,3
• dav. im Wohnungsbau	-	42,2	73,1	36,1	49,9	85,3	55,8
• gewerbl. und Industr. Bau	-	31,0	73,8	75,7	53,6	56,7	48,4
• öffentlichen und Verkehrsbau	-	53,0	73,4	41,0	42,0	49,9	44,1
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175 p	158	99	112	120
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	-	94 p	72	60	52	66
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440 p	476	183	265	350
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5 p	87,8	37,2	54,9	69,2
• Wohnfläche	1 000 qm	95	93 p	103	36	60	73
<b>Nichtwohnbauten</b>							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65 p	57	48	57	65
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	605 p	316	486	522	936
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6 p	43,2	96,6	94,0	185,9
• Nutzfläche	1 000 qm	73	107 p	69	91	76	142
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253 p	1 499	509	749	1 288

\*) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - \*) einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - \*) einschließlich Lehrlingsstunden. - \*) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - \*) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. - \*) einschließlich Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. - \*) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - \*) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - \*) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - \*) einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - \*\*) ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	143	71	87	149
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	423	396	158	164	402
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	73,6	27,7	30,9	73,5
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	48	39	31	61
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	638	416	420	476	1 124
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	67,5	74,6	85,9	175,7
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 140</b>	<b>1 237</b>	<b>1 312</b>	<b>400</b>	<b>492</b>	<b>1 320</b>
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176 p	109	72	98	95
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92 p	79	47	63	44
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	428 p	169	117	235	208
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,8 p	31,5	24,7	31,1	29,5
Wohnfläche	1 000 qm	96	89 p	36	27	52	43
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	66 p	46	28	28	50
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	434 p	777	104	150	397
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,2 p	117,7	11,7	31,0	37,3
Nutzfläche	1 000 qm	69	79 p	94	21	24	69
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 438</b>	<b>1 239 p</b>	<b>471</b>	<b>343</b>	<b>685</b>	<b>541</b>
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	658 p	158	217	308	237
<b>5. Bauüberhang</b> (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651 p	16 500 p	16 500	16 400	16 800
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	2 922 p	3 100 p	3 200	3 500	4 300
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187 p	187	187	185
Wohnungen	"	636	724	725 p	725	725	712
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 705	2 706 p	2 707	2 710	2 661
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	177	187	217	212
dar. Warenhäuser	"	130	292	283	255	291	277
Facheinzelhandel	"	120	165	156	149	175	169
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	.	.	.	.	.
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	.	.	.	.	.	.
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	.	.	.	.	.	.
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 890	.	.	.	.	.
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	.	.	.	.	.
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	329	...	...	...	330
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	33	...	...	...	40
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	296	...	...	...	290
dav. Rohstoffe	"	2	2	...	...	...	2
Halbwaren	"	50	58	...	...	...	55
Fertigwaren	"	143	236	...	...	...	233
dav. Vorerzeugnisse	"	9	21	...	...	...	20
Enderzeugnisse	"	134	215	...	...	...	213
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	237	...	...	...	238
dar. EWG-Länder	"	65	98	...	...	...	97
EFTA-Länder	"	67	99	...	...	...	85

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. - \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. - \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. - \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	"	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr *)</b>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	116	88	...	...	107
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	26	...	...	31
* Fremdenübernachtungen	"	232	223	172	...	...	212
dar. von Auslandsgästen	"	90	75	49	...	...	61
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 577 p	1 424	1 458 p	...	1 593
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 633 p	1 574	1 417 p	...	1 660
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 842 p	4 121 r	3 846 p	4 012 p	3 907
dav. Empfang	"	2 229	2 953 p	3 133 r	2 861 p	3 029 p	3 032
dav. Massengut	"	1 634	2 348 p	2 471 r	2 246 p	2 371 p	2 418
dar. Mineralöle	"	968	1 389 p	1 456 r	1 458 p	1 270 p	1 578
Kohle	"	192	170 p	190 r	157 p	189 p	152
Getreide	"	180	255 p	401 r	231 p	305 p	323
Sack- und Stückgut	"	595	605 p	662 r	615 p	658 p	614
Versand	"	713	889 p	988 r	985 p	983 p	875
dav. Massengut	"	292	401 p	467 r	477 p	370 p	405
Sack- und Stückgut	"	421	488 p	521 r	508 p	613 p	470
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
* Gütereingang	1 000 t	340	381 p	187	187	...	424
* Güterversand	"	309	424 p	304	304	...	557
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr *)</b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 457 r	2 339 p	2 677 p	2 863
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	3 027	2 438 r	2 339 p	2 676 p	2 858
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	107,1 r	109,3 p	129,6 p	132,9
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	142,9	105,8 r	108,5 p	134,1 p	140,8
Angekommene Fracht	t	578	1 278	1 121 r	1 326 p	1 378 p	1 403
Abgegangene Fracht	"	587	1 059	805 r	875 p	961 p	1 336
Angekommene Post	"	185	346	334	362	411 p	328
Abgegangene Post	"	229	369	362	379 p	438 p	354
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *)</b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	11 987	10 788	12 476	12 578
Hoch- u. Untergrundbahn	"	13 705	15 714	16 588	14 898	17 102	16 837
Straßenbahn	"	9 436	3 946	4 496	4 014	4 587	4 670
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	13 963	14 974	13 488	15 390	14 615
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 568	106,2	2 501	2 775	2 663
Private Kraftomnibusse	"	301	278	180	169	194	234
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis *) *) (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	480,7	481,0	482,7	486,7	487,6
dar. Personenkraftwagen *) *) *)	"	310,8	432,6	432,8	434,3	437,5	439,6
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen *) Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	5 944	5 839	6 137	7 876	8 881
dar. Personenkraftwagen *)	"	4 632	5 409	5 279	5 661	7 226	8 150
Lastkraftwagen	"	362	414	448	379	449	501
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
* Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	1 064	953	924	942	1 092
* Getötete Personen	"	26	29	25	26	21	25
* Verletzte Personen	"	1 106	1 428	1 280	1 224	1 202	1 461

\*) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - \*) ohne Translt. - \*) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - \*) Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - \*) einschließlich Kombinationskraftwagen. - \*) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - \*) Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	34 873,9	38 250,9	38 244,6	30 849,9
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 084,9	10 840,0	10 973,3	10 586,2	9 839,5
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	9 935,1	10 686,6	10 829,1	10 417,6	9 712,0
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	"	.	4 905,0	5 522,3	5 619,4	5 706,5	4 541,4
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	4 510,4	5 068,0	5 188,9	5 254,6	4 218,3
• Langfristige Kredite <sup>1)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	"	.	17 004,4	18 511,6	21 658,2	21 951,9	16 469,0
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	15 130,5	16 556,1	19 670,0	19 941,9	14 648,9
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	666,4	821,1	799,9	793,6	651,8
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	21 033,4	22 930,2	26 265,8	26 420,3	19 913,8
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	11 939,4	13 251,4	16 609,4	16 814,1	11 084,2
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 492,8	11 674,8	11 988,2	12 087,1	9 694,0
• Spareinlagen	"	4 069,9	9 094,0	9 678,8	9 656,4	9 606,2	8 829,6
• dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	5 970,0	6 349,5	6 339,0	6 300,9	5 840,0
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	538,9	724,0	502,5	529,4	503,2
• Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	492,3	696,9	525,4	580,6	488,5
• Zinsgutschriften	"	12,9	36,5	4,0	0,5	1,0	0,6
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	14	11	28	34
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	701	533	626	698
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	3 185	2 101	2 703	2 024
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>1)</sup></b>	Anzahl	20 563	24 087	21 602	21 009	22 008	22 993
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 191	3 547	3 588	3 767	3 407
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	1 198	1 435	1 488	1 629	1 433	1 541
	"	353	464	454	487	556	490
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>1)</sup></b>	Anzahl	162	154	155	155	157	155
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 793	5 812	5 859	5 460
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	5 880	5 896	5 941	5 572
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 092	5 164	5 132	5 120
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM	.	695 916	829 470	664 078	898 971	808 394
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	403 928	465 275	317 563	602 697	573 260
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	253 391	311 933	256 016	241 670	226 087
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	86 357	60 159	28 068	237 210	209 173
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	21 053	86 657	46 888	15 301	12 496
• Körperschaftsteuer	"	36 708	43 128	6 526	11 409	108 516	125 503
• Steuern vom Umsatz	"	.	291 987	364 195	346 515	296 274	235 135
• dav. Umsatzsteuer	"	82 827	174 698	240 164	213 031	171 898	124 735
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	117 291	124 031	133 484	124 375	110 400
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	601 271	704 213	750 888	622 990
• dar. Zölle	"	45 076	57 880	60 373	58 032	60 263	58 458
• Verbrauchsteuern	"	358 150	639 003	517 586	612 917	660 579	537 292
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	538 007	461 458	497 163	549 008	442 435
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	36 704	75 952	33 257	31 746
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 502	6 887	41 690	4 594	4 025
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 130	15 737	10 400	13 402	14 010
• Biersteuer	"	2 430	3 327	3 163	2 288	2 527	2 688
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	.	.	.	.
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	58 771	16 035	160 200	25 345	16 197
• Grundsteuer A	"	73	91	.	.	.	.
• Grundsteuer B	"	5 134	9 106	.	.	.	.
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 044 588	1 070 049	1 211 321	1 031 988
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>	1 000 DM	157 752	242 489	.	.	.	.
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>1)</sup>	"	122 235	153 387	.	.	.	256 162
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	35 415	.	.	.	.
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	11 245	—	1 566	—	—
Außerdem:	"	.	.	.	.	.	.
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	58 227	.	.	.	.
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>2)</sup>	"	.	40 966	.	.	.	60 936
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	341 681	.	.	.	.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelagerten Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1972	November 1972	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	185,3	187,3	180,2	176,7
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	185,6	187,7	190,9	176,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	185,1	186,9	189,6	176,5
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	184,5	186,4	189,2	176,4
Bürogebäude	"	112,2	180,1	182,3	184,0	186,9	174,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	182,6	183,8	185,8	175,8
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	388	397	404	373
weibliche Arbeiter	"	140	245	241	247	249	229
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	8,72	9,01	9,09	8,27
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	5,87	6,04	6,07	5,57
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,5	44,1	44,4	45,2
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,1	40,9	41,0	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	39,8	35,8	40,1	41,7
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	36,7	32,0	37,2	38,4
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	1 875	1 919	1 936	1 763
weiblich	"	747	1 381	1 353	1 394	1 410	1 278
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	1 998	2 054	2 064	1 892
weiblich	"	748	1 374	1 343	1 389	1 403	1 280
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 743	1 787	1 810	1 675
weiblich	"	668	1 254	1 230	1 264	1 282	1 172
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	1 776	1 820	1 842	1 697
weiblich	"	688	1 286	1 261	1 297	1 314	1 199
Technische Angestellte							
männlich	"	1 178	2 024	1 989	2 044	2 053	1 891
weiblich	"	838	1 504	1 463	1 515	1 533	1 434
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	520	359	724	1 034
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	112	93	103	156
bekämpfte Brände	"	221	384	408	266	621	878
dav. Großbrände	"	9	16	10	7	23	47
Mittelbrände	"	28	46	33	25	121	205
Kleinbrände	"	98	178	194	120	319	439
Entstehungsbrände	"	80	135	153	100	139	172
Schornsteinbrände	"	8	9	18	14	19	15
Hilfeleistungen aller Art	"	951	12 039	734	690	726	1 112
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"	1 156	1 741	1 542	1 494	1 703	1 549
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	544	436	381	410	455	394
Betriebsunfälle	"	2 882	3 328	2 701	2 838	2 838	3 361
Krankenbeförderungen	"	13 481	14 557	12 668	13 910	13 910	13 975
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	114 <sup>4)</sup>	70	150	300	300	300
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	150	114 <sup>5)</sup>	70	150	300	300
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	11 488	10 438	10 892	11 820
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	14	9	8	7
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	186	190	265	191
Körperverletzung <sup>6)</sup>	"	91	143	180	129	151	168
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	134	119	131	117
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	3 715	3 527	3 659	4 037
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	3 583	3 066	3 292	3 776
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	7 298	6 593	6 921	7 813
dar. Kraftwagen- und -gebrauchsdiebstahl	"	180	273	283	256	227	305
Unterschlagung	"	203	143	164	152	139	135
Begünstigung und Hülferlei	"	85	73	78	116	80	117
Betrug und Untreue	"	722	1 260	940	1 137	1 083	1 029
Brandstiftung	"	33	38	43	40	43	54
Außerdem:							
Verkehrsvergehen <sup>7)</sup>	"	778	1 471	1 421	1 443	1 858	1 675
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>8)</sup> 7)	"	8 929	26 571	13 747	11 418	12 023	30 213
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	478	443	562	403
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>9)</sup>	"	31 317	30 393	27 690	35 486	39 960	34 326

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1972

Großstädte	Bevölkerung						Erwerbstätigkeit			Industrie <sup>2)</sup>				
	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose <sup>1)</sup>	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nichtdeutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1000 DM	
Berlin	3. Vj.	2 072	4 687	9 187	25 483	21 386	— 403	7 324	20 054	82 087	238 468	115	5 114	2 468
	2. Vj.	2 073 <sup>4)</sup>	4 904	9 245	23 313	22 475 <sup>4)</sup>	— 3 503	8 274	19 295	80 518	240 552	116	4 865	2 347
Hamburg	3. Vj.	1 772	3 790	6 002	19 998	20 787	— 3 001	3 977	19 421	63 879	197 151	111	5 035	2 841
	2. Vj.	1 775	4 029	5 636	18 332	20 069	— 3 344	3 573	20 662	62 441	198 272	112	4 983	2 807
München	3. Vj.	1 337	2 576	3 131	25 215	25 135	— 475	2 935	22 246	135 572	192 349	144	4 776	3 572
	2. Vj.	1 338 <sup>p</sup>	2 758	3 135	26 499	30 065	— 3 943	2 571 <sup>1)</sup>	24 078 <sup>1)</sup>	133 689 <sup>1)</sup>	191 159	143	4 696	3 509
Köln	3. Vj.	840	2 153	2 343	14 721	15 660	— 1 129	3 110	9 943	56 936	134 741	160	2 877	3 425
	2. Vj.	841	2 355	2 450	12 969	14 693	— 1 819	3 012	9 907	55 317	135 214	161	3 034	3 608
Essen	3. Vj.	687	1 556	2 128	5 802	7 234	— 2 004	3 737	5 493	15 597	62 720	91	1 069	1 556
	2. Vj.	689	1 707	2 186	4 911	6 839	— 2 407	3 700	5 877	15 829	62 359	91	1 093	1 586
Düsseldorf	3. Vj.	645	1 371	1 960	9 857	11 076	— 1 808	1 669	7 776	44 130	116 588	181	2 304	3 720
	2. Vj.	647	1 416	1 947	8 656	13 017	— 4 892	1 659	7 381	43 538	117 116	181	2 420	3 574
Frankfurt/M.	3. Vj.	680	1 514	1 951	15 201	17 040	— 2 276	2 772	20 002	11 708	118 174	174	2 654	3 903
	2. Vj.	666	1 593	1 872	14 054	15 868	— 2 093	2 379	17 757	112 022	127 671	192	2 662	3 997
Dortmund	3. Vj.	642	1 615	1 914	5 179	6 582	— 1 702	3 890	5 481	17 226	75 924	118	1 340	2 087
	2. Vj.	644	1 644	2 098	4 848	5 436	— 1 042	3 838	5 905	16 649	75 456	117	1 209	1 877
Stuttgart	3. Vj.	628	1 507	1 528	17 780	18 097	— 338	669	16 431	75 453	148 801	237	3 892	6 197
	2. Vj.	629	1 534	1 485	15 680	16 410	— 681	603	15 138	73 464	146 955	234	3 830	6 089
Bremen	3. Vj.	591	1 475	1 818	7 451	8 220	— 1 112	3 246	6 653	15 897	84 356	143	2 543	4 303
	2. Vj.	592	1 549	1 865	6 459	7 946	— 1 803	3 177	6 806	15 751	84 243	142	2 302	3 889
Hannover	3. Vj.	517	1 086	1 617	9 521	10 030	— 1 040	2 605	9 327	34 995	112 178	217	2 122	4 104
	2. Vj.	517	1 132	1 747	9 218	9 430	— 827	2 512	9 628	34 920	113 933	220	2 178	4 213

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>4)</sup>			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>5)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer	
	1000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM	
Berlin	3. Vj.	17 030	531	256	613	4 381	416	2 690	557	287	139	761	3 575	4 666	144 804	42 388
	2. Vj.	16 683	475	229	632	4 604	405	2 380	629	306	148	852	3 835	4 988	91 858	27 239
Hamburg	3. Vj.	18 548	722	407	441	2 801	360	2 405	688	416	235	772	3 148	4 411	153 250	131 962
	2. Vj.	19 819	568	320	510	3 544	322	1 629	844	371	209	709	3 350	4 520	144 880	102 535
München	3. Vj.	25 107	794	594	499	4 737	569	9 366	2 669	584	437	1 274	2 590	3 545	114 504	92 457
	2. Vj.	24 780	708	529	575	5 818	321	3 039	1 149	514	384	1 035	2 257	3 048	101 795	81 190
Köln	3. Vj.	8 850	283	337	232	2 392	119	1 114	114	219	261	1 321	1 877	39 978	37 787	
	2. Vj.	9 572	270	321	192	3 004	139	1 444	340	196	233	374	1 550	2 099	80 650	47 051
Essen	3. Vj.	.	.	.	186	977	121	922	268	33	48	71	859	1 013	45 305	25 601
	2. Vj.	.	.	.	130	702	145	739	248	42	61	94	941	1 278	30 466	31 877
Düsseldorf	3. Vj.	8 394	321	498	187	1 840	148	1 050	243	160	248	312	955	1 263	82 113	34 519
	2. Vj.	8 341	298	461	166	1 315	94	689	268	161	249	360	991	1 493	66 188	31 249
Frankfurt/M.	3. Vj.	12 176 <sup>p</sup>	509	749	100	1 025	31	380	47	369	543	656	1 249	1 571	169 240	41 938
	2. Vj.	12 377	543	815	217	938	23	198	67 <sup>r</sup>	325	488	617	1 291	1 671	150 037	46 432
Dortmund	3. Vj.	6 151	183	285	284	1 258	194	962	1 548	35	55	75	906	1 222	33 020	21 267
	2. Vj.	6 079 <sup>p</sup>	169 <sup>r</sup>	391	165	1 048	180	864	171 <sup>r</sup>	43	67	81	896	1 197	41 737	26 480
Stuttgart	3. Vj.	12 529	387	616	282	1 458	149	1 191	530	128	204	301	825	1 241	68 836	42 208
	2. Vj.	12 295	389	618	173	959	190	1 379	654	132	210	316	977 <sup>r</sup>	1 367 <sup>r</sup>	63 855	44 271
Bremen	3. Vj.	.	.	.	362	1 435	197	555	415	93	157	181	918	1 105	41 651	30 272
	2. Vj.	.	.	.	328	1 049	151	653	489	88	149	171	1 030	1 247	38 496	26 794
Hannover	3. Vj.	6 429	209	404	106	931	155	1 153	182	96	186	165	843	1 105	50 136	26 848
	2. Vj.	6 446	193	373	123	792	71	426	94	115	222	884	1 131	42 584	29 982	

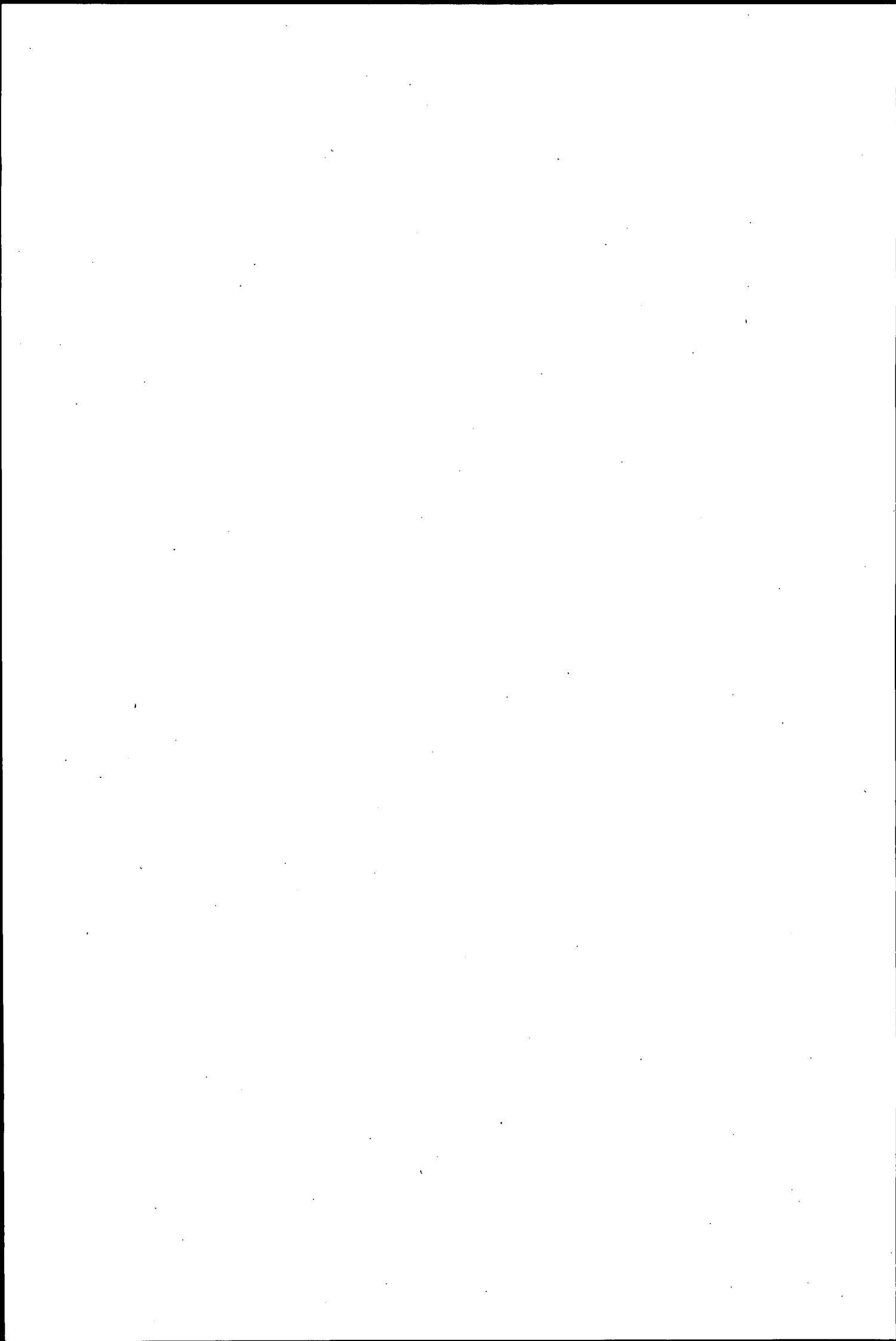
<sup>1)</sup> jeweils Quartalsende. — <sup>2)</sup> Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — <sup>3)</sup> ohne Mehrwertsteuer. — <sup>4)</sup> ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — <sup>5)</sup> einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — <sup>6)</sup> In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — <sup>7)</sup> einschließlich Landkreis München.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Dezember 1972	Januar 1973	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	...	...	...	5,7
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	...	...	...	12,3
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	...	...	...	13,1
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 304	8 303	...	8 363
Geldestete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	934	885	946	...	933
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	52 942	51 179	...	45 740
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	11 401	10 553	...	9 249
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	166,4	178,1	162,3 r	177,6	158,0
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	179,9	163,7 r	181,1	160,3
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	194,1	189,6 r	206,7	178,5
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	181,2	157,1 r	176,9	156,2
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	175,7	156,5 r	175,9	156,8
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	115,2	147,5	149,7	134,3 r	141,8	135,5
Bauindustrie	"	118,9	152,2	142,9	107,2 r	115,5	117,5
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	...	1 512,3	...	...	1 428
Geldestete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	...	177,3	...	...	156
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	10 022,3	...	...	4 010
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	57 813	48 553	...	50 769
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 072 p	280 342	17 394	20 882	21 756
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	264	189	187	170
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	55 072 p	280 342	...	...	...
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	11 826	...	...	9 980
dav. Empfang	"	8 950	8 787	9 290	...	...	7 937
Versand	"	1 885	2 131	2 530	...	...	2 043
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	138 719	184 989	210 779	176 794
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 502 p	30 394 p	25 301 p	26 120 p	24 751
Getötete Personen	"	1 313	1 561 p	1 688 p	1 302 p	1 124 p	1 271
Verletzte Personen	"	36 124	43 948 p	41 591 p	34 863 p	36 222 p	33 913
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	6 291	5 757	4 033	3 584
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	5 649	1 094 r	620	475
Körperschaftsteuer	"	681	708	2 349	339	123	65
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915	4 328 r	4 853 r	4 895	4 065
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	118,2	119,5	120,7	114,4
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,6	112,7	116,7	117,5	104,8
Index der Ausführpreise	"	104,8	124,5	126,3	128,0	130,4	123,2
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	...	...	...	144,4	180,3
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	141,8	143,3	137,3	135,0
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	130,2	134,8	136,3	195,3	126,6
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	192,2	194,7	169,4	184,3
<b>LOHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	7,77	7,97	...	8,02
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,8	43,8	...	43,9

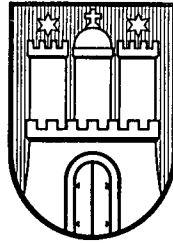
Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebereichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.





# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

Juni-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### 61 % der Hamburger Wohnungen haben Fern-, Zentral- oder Etagenheizung

Bei einer Repräsentativbefragung von rd. 8 000 Hamburger Haushalten im Jahre 1972 wurden auch Daten zur Wohnsituation und Ausstattung der Wohnungen erhoben. Diese einprozentige Wohnungsstichprobe ergab beispielsweise, daß 61 % der erfaßten Wohnungen durch Sammelheizung (Fern-, Zentral- und Etagenheizung), die übrigen durch Öfen (Einzel- und Mehrraumöfen) beheizt werden. Die Haushalte in den mit Ofen beheizten Wohnungen verwenden überwiegend – zu 58 % – feste Brennstoffe wie Kohle, Koks, Briketts usw.; in den übrigen 42 % werden etwa im Verhältnis 3 : 2 : 1 elektrischer Strom, Gas und Heizöl in dieser Reihenfolge als Brennstoff verbraucht. Bei den Wohnungen mit Zentral- oder Etagenheizung (ohne Fernheizung) dominiert als Heizmaterial das Heizöl mit 70 % der Fälle; an zweiter Stelle liegen die festen Brennstoffe (15 %), dicht gefolgt vom Gas (13 %).

In zwei von drei Küchen/Kochnischen stehen Elektroherde, 30 % sind mit Gasherden ausgestattet. Ebenfalls zwei Drittel der Küchen sind zwischen 6 und 10 qm groß. Die restlichen Küchen haben etwa zu gleichen Teilen unter 6 und über 10 qm Grundfläche. Etwa ein Fünftel der Küchen sind mit Einbauschränken versehen.

Immerhin haben 7,4 % der Wohnungen mehr als eine Toilette und 2,4 % sind mit mehr als einem Badezimmer/Duschraum ausgestattet.

### Fast 3,6 Mio Flugreisende in Hamburg

Der Flughafen Hamburg konnte im Jahre 1972 sein Fluggastaufkommen um gut 3 % steigern und hat mit 3,43 Mio Passagieren einen neuen Höchststand erreicht. Rechnet man die 165 000 Transitreisenden hinzu, so wurden auf dem Hamburger Flughafen sogar 3,6 Mio Fluggäste gezählt.

Wie in den Vorjahren konnte auch 1972 der Pauschalreiseverkehr mit fast 22 % den stärksten Zuwachs verzeichnen. Hier spiegelt sich der noch immer ungebrochene Trend zu einer ständigen Ausweitung des Flugreiseturismus wider. Im Linienverkehr, der mit beinahe 84 % den Hauptanteil an der Fluggastbeförderung zu bewältigen hatte, wurde dagegen „nur“ eine Steigerungsrate von 1 % erzielt. Diese Entwicklung ist jedoch weit positiver einzu-

schätzen, wenn man bedenkt, daß der Linienflugverkehr mit Berlin stark zurückgegangen ist (– 15 %), da jetzt verstärkt die Eisenbahn und vor allem der private PKW benutzt werden.

Beim Frachtaufkommen entsprachen die 28 000 t insgesamt beförderter Güter einer geringen Zunahme von 0,3 %. Auch hier war der Rückgang im Berlin-Verkehr (– 33 %) deutlich spürbar. Diese Verluste konnten jedoch durch erheblichen Zuwachs in anderen Relationen überkompensiert werden. Das Luftpostaufkommen konnte mit einer Steigerung um fast 14 % ein sehr günstiges Jahresergebnis vorweisen.

### Zahl der ausländischen Schüler stark angestiegen

Immer mehr ausländische Kinder erhalten Unterricht an Hamburger Schulen. Hatten im Schuljahr 1965/66, in dem die amtliche Schulstatistik die Nationalitäten der Schüler erstmals ermittelte, nur rd. 500 Schüler der allgemeinbildenden Schulen ausländische Staatsangehörigkeiten, so sind es im Schuljahr 1972/73 bereits 6 200.

Insgesamt besuchen im laufenden Schuljahr 241 300 Schüler die Hamburger allgemeinbildenden Schulen, und zwar gehen rd. 60 % auf Volksschulen, knapp ein Zehntel auf Realschulen und gut ein Fünftel auf Gymnasien; der Rest besucht Gesamtschulen und Sonderschulen. Demgegenüber sind von den ausländischen Kindern mehr als vier Fünftel Volksschüler, kaum 4 % Realschüler und nur gut ein Zehntel Gymnasiasten.

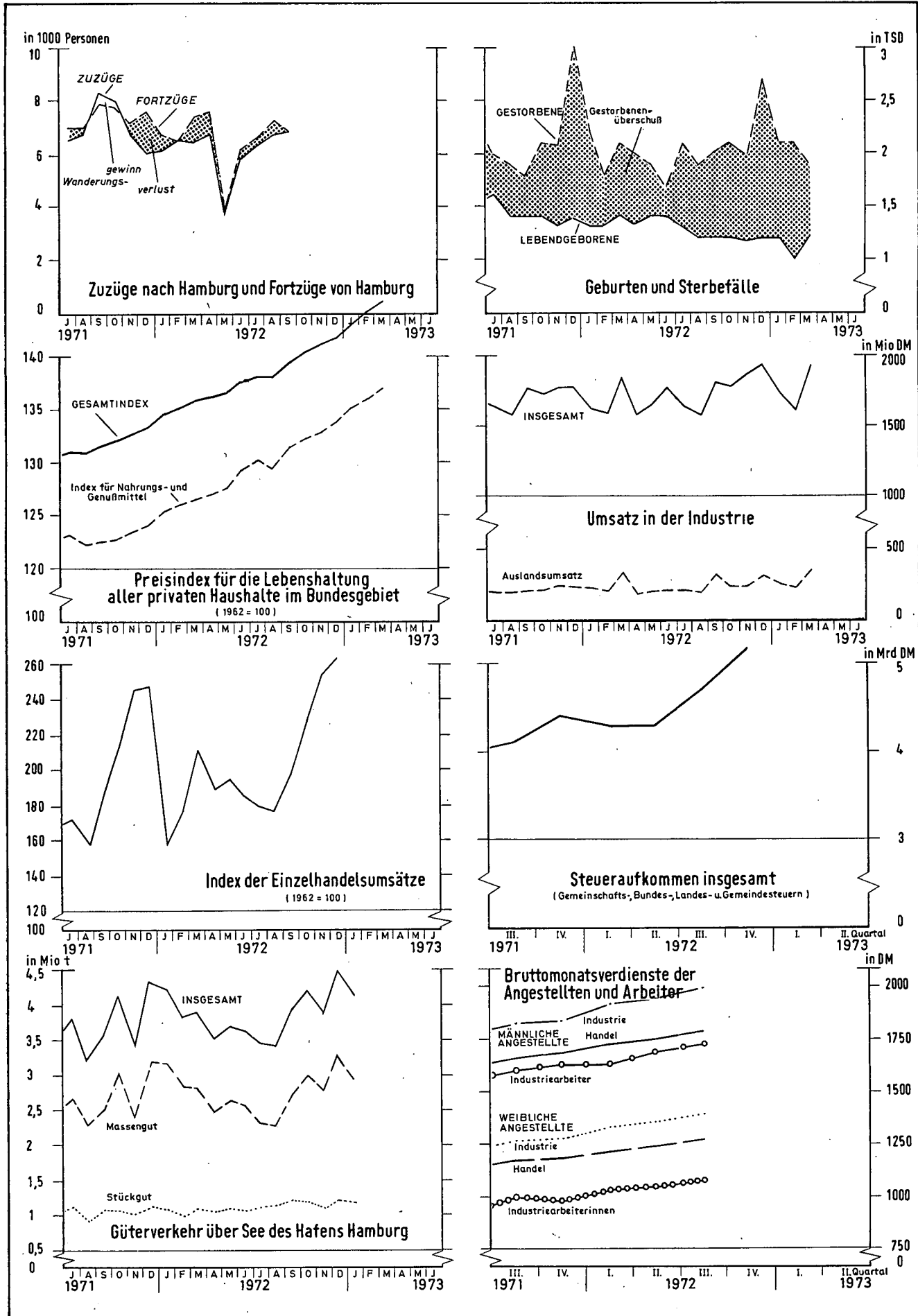
Mehr als jeder vierte ausländische Schüler hat die türkische Staatsangehörigkeit; jeweils etwa jeder zehnte ist Grieche oder Italiener.

### Eine Apotheke auf 4 660 Einwohner

Ende 1972 gab es in Hamburg 379 Apotheken, d. h. jede Apotheke hatte im Durchschnitt 4 660 Einwohner zu versorgen. Neben diesen „öffentlichen“ Apotheken bestanden in den hamburgischen Krankenhäusern noch weitere 10 Krankenhausapotheken und 35 Dispensieranstalten zur Verteilung von Heilmitteln.

Insgesamt waren in Hamburg 1 127 Apotheker tätig; dazu kamen 219 pharmazeutisch-technische Assistenten und 650 Apothekenhelfer.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung





# Containerverkehr im Hamburger Hafen 1970 bis 1972

Der Containerverkehr im Hamburger Hafen hat in den letzten Jahren einen rasanten Aufschwung genommen. 1972 wurden 137 000 Großcontainer umgeschlagen, davon 117 000 mit Ladung. In diesen Containern wurden 1,3 Mio t meist hochwertige Stückgüter befördert. Unter Hinzurechnung der Eigengewichte der Container und Trailer ergab sich sogar ein Brutto-Gewicht von 1,6 Mio t. Rund 69 % des Behälterverkehrs wurden bereits mit hochspezialisierten Vollcontainer-, weitere 6 % mit Semicontainerschiffen abgewickelt. Gegenüber dem Anfangsjahr der statistischen Beobachtung (1968) ist der Containerverkehr in Hamburg auf das Fünffache angestiegen, wobei die jährlichen Zuwachsraten jeweils bei rund 50 % lagen.

Differenziert man nach Verkehrsbereichen, so überwog 1972 die Nordamerika-Fahrt noch mit knapp 42 000 Großcontainern und einer Containerladung von einer halben Million Tonnen. Allerdings wurden für Nordamerika im Vergleich zu 1970 nur weit unterdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt, was wesentlich bedingt war durch die Stagnation im Verkehr mit den US-Häfen am Atlantik. Das Schwergewicht der jüngsten Entwicklung lag eindeutig beim Austral-Verkehr, der sich seit 1970 vervierfachte, und vor allem bei den fernöstlichen Fahrtgebieten (Hongkong, Japan), bei denen der Stückgutaustausch in Containern um das 25fache anstieg. Damit hat der Ferne Osten heute bereits einen Anteil von 22 % aller Containergüter des Hamburger Hafens erreicht.

Trotz des bisherigen Aufschwungs wurden 1972 erst rund 10 % aller Stückgüter in Großbehältern verschifft. Sehr viel höher liegt die Containerisierungsquote in den Relationen, in denen sich der Containerverkehr vorerst noch allein abspielt. So wurden im Verkehr mit der nordamerikanischen Pazifikküste bereits 53 %, und mit den Atlantikhäfen der USA und Kanadas immerhin 49 % aller Stückgüter in Containern befördert.

Im Vergleich der norwesteuropäischen Universalhäfen liegt Hamburg hinter Rotterdam (5,1 Mio t Containerladung), Antwerpen (2,3 Mio t) und Bremen (2,0 Mio t). Erfreulicherweise hatte Hamburg jedoch gegenüber 1970 die mit Abstand höchsten Zuwachsraten aller Konkurrenzhäfen aufzuweisen und konnte sich dadurch sehr viel näher an die führenden Containerhäfen heranschieben. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen wird sich der Abstand 1973 vermutlich weiter verringern. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, daß Hamburg am Containerboom der letzten Jahre voll teilgenommen hat und seine vergleichsweise ungünstigere Anfangslage wesentlich verbessern konnte.

## 1. Vorbemerkungen

Allen Unkenrufen zum Trotz hat die rapide Entwicklung des Containerverkehrs im Hamburger Hafen angehalten. Ein spürbares Nachlassen des Wachstumstempus wurde bis heute nicht registriert, ein Ende der sprunghaften Steigerung des Containerumschlags ist vorläufig nicht abzusehen. Man kann heute ohne Übertreibung sagen, daß die großen Vorteile der Containerisierung – größere Ladungseinheiten im Stückgutverkehr, damit schnellerer Umschlag der Güter und kürzere Liegezeiten der hochmodernen Seeschiffe sowie die im Idealfall ununterbrochene Transportkette vom Versender bis zum Empfänger – sich allgemein durchgesetzt haben. Immer mehr Güterarten werden in Containern verpackt und immer neue Verkehrsrelationen werden erschlossen.

Allerdings waren von seiten aller Beteiligten gewaltige Kapitalaufwendungen nötig, um die technischen Voraussetzungen für den Containerverkehr zu schaffen. Hinzu kommt ein scharfer Wettbewerb der

großen Seehäfen um das in aller Regel höchst lukrative Containergut. So ist es nicht verwunderlich, daß ständig ein starkes Bedürfnis nach einer quantitativen Beobachtung dieser modernsten Form des Stückguttransportes besteht. Das Statistische Landesamt setzt daher mit diesem Beitrag die Berichterstattung über den Containerverkehr für die Jahre 1970 bis 1972 fort<sup>1)</sup>.

## 2. Gesamtüberblick

Bevor wir uns in den folgenden Abschnitten der Struktur des Containerverkehrs zuwenden, befaßt sich Tabelle 1 mit den wichtigsten Eckzahlen. Diese Daten verdeutlichen die überaus schnelle Entwicklung der Containerisierung seit 1968, dem Beginn der statistischen Erfassung des Großbehälterverkehrs.

<sup>1)</sup> Vergl. „Containerverkehr im Hamburger Hafen von 1968 bis 1970“ in: Hamburg in Zahlen, Heft 9, 1971, S. 281 ff.

Zur Methodik dieses Berichts sei angemerkt, daß die im Hamburger Hafen umgeschlagenen Kleincontainer, d. h. die Normalcontainer von weniger als 20 Fuß (abgekürzt: 20') Länge in der Regel nicht berücksichtigt worden sind, sofern eine isolierte Darstellung aufgrund des vorhandenen Tabellenmaterials möglich war. Es wird also im Prinzip nur der Großcontainerverkehr zugrundegelegt. Hierzu rechnen neben der großen Gruppe der Normalcontainer von 20' und mehr die Spezialcontainer (insbesondere die Kühl- und Flüssigkeitscontainer) sowie die Trailer<sup>2)</sup>.

Tabelle 1

**Entwicklung des Großcontainerverkehrs<sup>1)</sup> in Hamburg  
1968 bis 1972**

Einheit	1968	1969	1970	1971	1972
	1	2	3	4	5
<b>Großcontainer insgesamt</b>					
Anzahl .....	28 559	44 366	63 876	91 577	137 273
1968 = 100 .....	100	155	224	321	481
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % .....		+ 55,3	+ 44,0	+ 43,4	+ 49,9
<b>Darunter beladene Großcontainer</b>					
Anzahl .....	22 835	34 733	54 316	79 849	116 745
1968 = 100 .....	100	152	238	350	511
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % .....		+ 52,1	+ 56,4	+ 47,0	+ 46,2
<b>Außerdem Kleincontainer<sup>2)</sup></b>					
Anzahl .....	12 295	7 776	4 959	3 101	2 033
1968 = 100 .....	100	63	40	25	17
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % .....		- 36,8	- 36,2	- 37,5	- 34,4
<b>Nettogewicht<sup>3)</sup> der in Großcontainern umgeschlagenen Güter</b>					
Tonnen .....	238 972	365 578	571 408	841 718	1 260 634
1968 = 100 .....	100	153	239	352	528
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % .....		+ 53,0	+ 56,3	+ 47,3	+ 49,8
<b>Bruttogewicht<sup>3)</sup> der Großcontainer</b>					
Tonnen .....	317 202	485 920	748 377	1 077 706	1 602 902
1968 = 100 .....	100	153	236	340	505
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % .....		+ 53,2	+ 54,0	+ 44,0	+ 48,7

<sup>1)</sup> Normalcontainer von 20' und mehr, sowie Spezialcontainer und Trailer. — <sup>2)</sup> Normalcontainer unter 20'. — <sup>3)</sup> Im Nettogewicht ist im Gegensatz zum Bruttogewicht das Eigengewicht der Container und Trailer nicht enthalten.

**137 000 Großcontainer über Hamburg**

Im Jahre 1972 wurden in Hamburg etwas mehr als 137 000 Großcontainer geladen oder gelöscht. Dabei sind alle Container, die zwar in Hamburg gepackt, jedoch in einem anderen Hafen (z. B. in Bremen oder Rotterdam) zur Verschiffung gelangt sind, unberücksichtigt geblieben.

Mit knapp 117 000 liegt die Zahl der beladenen Großcontainer etwas niedriger. Aus der Differenz der genannten Zahlen läßt sich unschwer ermitteln, daß über 20 000 Leercontainer 1972 im Hamburger Hafen umgeschlagen wurden<sup>3)</sup>. Hier wird ein Problem sichtbar, das im Prinzip für den gesamten Verkehr, insbesondere aber für hochspezialisierte Beförderungsarten wie den Containerverkehr gilt: das Ungleichgewicht der Transportströme in den einzelnen Relationen. Sicherlich stellt auch das Laden und Löschen von leeren Containern — aus dem Gesichts-

<sup>3)</sup> In dieser Untersuchung werden darunter die „Container“ verstanden, die auf eigener Achse im Roll-on/Roll-off-Verkehr umgeschlagen werden.

<sup>3)</sup> Ohne exportierte Container und solche, die für die Ausrüstung der in Hamburg gebauten Containerschiffe bestimmt waren.

winkel der Hafenwirtschaft betrachtet — eine Umschlagsleistung dar und trägt damit zur Wertschöpfung im Hamburger Hafen bei. Für die Reedereien aber ist der Transport von leeren Containern ein notwendiges Übel, das beim Ungleichgewicht des Ladungsanfalls in den einzelnen Relationen in Kauf genommen werden muß, um die Behälter wieder an den Ort der Nachfrage zurückzubefördern. Immerhin wird man bereits jetzt festhalten dürfen, daß zwar die Zahl der Leercontainer in den vergangenen Jahren absolut gestiegen ist, daß aber ihr Anteil am gesamten Großbehälterverkehr — wenn auch mit Schwankungen — rückläufiger war. So betrug die Leercontainerquote 1968 noch gut 20 %, während sie 1972 nur noch knapp 15 % ausmachte.

Obwohl der Großcontainerverkehr unzweifelhaft das Kernstück des Containerumschlags darstellt, ist in Tabelle 1 zusätzlich die Entwicklung des Kleincontainerumschlags dargestellt. Während die Zahl der Normalcontainer unter 20' Länge 1968 noch mehr als 12 000 betrug, was damals eine beachtliche Größenordnung darstellte, sank der Umschlag der kleineren Behälter in der Folgezeit stark ab. So wurden Jahr für Jahr Schrumpfraten um jeweils - 35 % registriert. Im Jahre 1972 wurden noch ganze 2 000 Kleincontainer im Hamburger Hafen umgeschlagen. Während im gleichen Zeitraum der Großbehälterverkehr um ein Vielfaches stieg, sank der Umschlag der kleineren Einheiten auf 17 % des Standes von 1968 ab und ist damit im Umschlag des Hamburger Hafens nahezu bedeutungslos. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man das Gewicht der in Containern umgeschlagenen Güter zugrundelegen würde. Auf dieser Basis betrüge der Anteil der Kleincontainer nur rund 0,3 %<sup>4)</sup>.

**Knapp 1,3 Mio t Containergut umgeschlagen**

Zur Abrundung dieses ersten Überblickes über die Bedeutung des Containerverkehrs in Hamburg ist jedoch nicht nur die Zahl der umgeschlagenen Container wichtig, sondern ebenso das Gewicht der im Containerverkehr umgeschlagenen Güter. Insgesamt wurden 1972 knapp 1,3 Mio t Stückgüter in Containern befördert. Hierbei handelt es sich um Nettogewichte, d. h. das Eigengewicht der Container bzw. Trailer ist in diesen Zahlen nicht enthalten. Die Summe der Eigengewichte betrug 1972 rund 342 000 t. Zur besseren Vergleichbarkeit mit anderen Veröffentlichungen ist daher in Tabelle 1 zusätzlich das Bruttogewicht (also Containergewicht und Ladung) aller umgeschlagenen Großcontainer aufgeführt, das 1972 mehr als 1,6 Mio t betrug.

Setzt man einmal ganz global das Netto-Gewicht der in Großcontainern umgeschlagenen Güter und die Anzahl der beladenen Großcontainer miteinander in Beziehung, so ergibt sich ein durchschnittliches Ladungsgewicht je Container von 10,8 t. Bemerkenswert ist dabei, daß sich diese Kennziffer praktisch seit Beginn der Erfassung des Containerverkehrs

<sup>4)</sup> In Kleincontainern wurden 1972 in Hamburg 3 604 t Ladung befördert.

nur unwesentlich geändert hat<sup>5)</sup>. Ebenso läßt sich errechnen, daß das durchschnittliche Eigengewicht der Container 1972 bei 2,5 t lag und damit in den letzten Jahren ebenfalls unverändert blieb.

#### Nach wie vor hohe Zuwachsraten

Vergleicht man die Entwicklung seit 1968, so zeigt sich bei allen aufgeführten Eckdaten der Tabelle 1 (natürlich mit Ausnahme der Zahlen über den Kleincontainerverkehr) ein Anstieg gegenüber dem Ursprungsjahr auf etwa das Fünffache. So ist die Zahl der umgeschlagenen Großcontainer insgesamt von 28 600 im Jahre 1968 auf 137 300 (1972) auf knapp den fünffachen Wert angestiegen. Noch etwas darüber mit einer Meßziffer von 511 liegt die Zahl der beladenen Großcontainer. Auch hieraus wird ersichtlich, daß relativ zur Gesamtentwicklung die Zahl der Leercontainer abgenommen hat, oder umgekehrt ausgedrückt, daß die Zahl der beladenen Großcontainer überproportional gestiegen ist. Betrachtet man die Zuwachsraten der einzelnen Jahre, so liegen sie mit gewissen Streuungen einheitlich um 50 % herum. Allerdings nahmen die Steigerungsraten der letzten beiden Jahre doch um einige Punkte ab. Es bleibt abzuwarten, ob hier erste Anzeichen einer Verlangsamung des Wachstumstempos deutlich werden, oder ob das geringfügige Nachlassen zufallsbedingt ist.

Am stärksten gestiegen ist das Netto-Gewicht der in Großcontainern umgeschlagenen Güter. Gegenüber einem Ausgangsgewicht von 239 000 t im Jahre 1968 wurde 1972 eine Zunahme um 428 % erreicht. Bei einer vergleichenden Betrachtung aller dieser Meßziffern ist auffällig, daß die Zuwachsrate der beladenen Großcontainer zwischen 1971 und 1972 geringfügig zurückgegangen ist, während sie beim Netto-Gewicht der in Containern umgeschlagenen Gütern 1972 mit knapp 50 % gegenüber 1971 (47 %) deutlich anstieg. Dies dürfte ein Zeichen dafür sein, daß ganz allgemein – insbesondere aber im letzten Jahr – größere Container überdurchschnittlich häufig verwendet wurden. Zusätzlich könnte es auch daran liegen, daß die durchschnittliche Auslastung der Container mit allgemein zunehmendem Ladungsangebot besser wird, oder daß sich die Güterstruktur zugunsten von spezifisch schwereren Gütern verändert hat.

<sup>5)</sup> Das Ladungsgewicht der Großcontainer betrug 1968 10,5 t, 1970 ebenfalls 10,5 t, und stieg bis 1972 geringfügig auf 10,8 t an.

Ein erstes Fazit aufgrund der globalen Ergebnisse der Tabelle 1 ergibt, daß Hamburg am Containerboom der letzten Jahre in vollem Umfang teilgenommen hat, und daß z. Z. noch keine Indizien dafür sprechen, daß das Wachstumstempo sich spürbar verlangsamen wird. Im Gegenteil: die Ergebnisse der ersten vier Monate 1973 zeigen, daß im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der umgeschlagenen Container um die neue Rekordquote von 81 % und Brutto-Gewicht der Großcontainer sogar um 86 % angestiegen ist.

### 3. Containerarten

Nach diesem allgemeinen Überblick wollen wir uns nunmehr der Struktur des Containerverkehrs unter verschiedenen Gesichtspunkten zuwenden. Dabei soll uns zunächst einmal die Frage interessieren, welche Containerarten für den Hafen von besonderer Bedeutung sind und welche Entwicklung sich in den vergangenen Jahren abgezeichnet hat.

Für die folgenden Analysen ist es zweckmäßig, daß wir uns auf die Darstellung der beladenen Großcontainer beschränken, weil sie in erster Linie die Bedeutung eines Hafens für den Containerverkehr bestimmen und man wohl annehmen kann, daß die Struktur der umgeschlagenen Leercontainer in höherem Maße zufallsbestimmt ist. Hinzu kommt, daß nur die Zahl der beladenen Container in einer echten Beziehung zum Gewicht der in Containern beförderten Güter steht.

#### 20-Fuß-Container dominierend

Geht man von den Zahlen von 1972 aus, so zeigt sich sehr deutlich, daß der 20'-Container<sup>6)</sup>, die mit großem Abstand bedeutendste Containerart darstellt. Knapp 73 000 Einheiten entfielen auf diesen Typ, der damit mehr als 62 % aller umgeschlagenen Großcontainer auf sich vereinigte. Erst weit abgeschlagen folgen die 40'-Container, von denen 38 000 oder knapp 33 % gezählt wurden. Verhältnismäßig gering war 1972 die Zahl der Trailer (3 800) sowie die der Spezialcontainer (2 200).

Auffällig ist aber auch, daß die „20-Füßer“ nicht nur die weitaus häufigste Containerart darstellen, son-

<sup>6)</sup> Dabei kann es die Ergebnisse nicht beeinflussen, daß 1972 in dieser Größenklasse auch 1090 30'-Container enthalten waren. In diesen Containern wurden 14 181 t Ladung befördert.

Tabelle 2

Beladene Großcontainer<sup>1)</sup> in Hamburg 1970, 1971 und 1972 nach Containerarten

Arten der Container	1970		1971		1972		Veränderungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	1971 gegenüber 1970	1972 gegenüber 1971
							%	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Normalcontainer								
20' bis unter 40' ....	31 062	57,2	48 629	60,9	72 793	62,3	+ 56,6	+ 49,7
40' und mehr .....	18 384	33,8	25 703	32,2	37 886	32,5	+ 39,8	+ 47,4
Spezialcontainer <sup>2)</sup> ...	2 221	4,1	2 003	2,5	2 232	1,9	- 9,8	+ 11,4
Trailer .....	2 649	4,9	3 514	4,4	3 834	3,3	+ 32,7	+ 9,1
Container insgesamt ..	54 316	100	79 849	100	116 745	100	+ 47,0	+ 46,2

<sup>1)</sup> ohne Kleincontainer. – <sup>2)</sup> Kühl- und Flüssigkeitscontainer.

Tabelle 3

Im Großcontainerverkehr<sup>1)</sup> in Hamburg umgeschlagene Güter 1970, 1971 und 1972 nach Containerarten

Arten der Container	1970		1971		1972		Veränderungen	
	t	%	t	%	t	%	1971 gegenüber 1970	1972 gegenüber 1971
							%	%
	1	2	3	4	5	6	7	8
Normalcontainer								
20' bis unter 40' ....	284 518	49,8	445 411	52,9	695 592	55,2	+ 56,5	+ 56,2
40' und mehr .....	225 519	39,5	319 893	38,0	477 206	37,9	+ 41,8	+ 49,2
Spezialcontainer <sup>2)</sup> ...	24 733	4,3	22 721	2,7	25 474	2,0	- 8,1	+ 12,1
Trailer .....	36 638	6,4	53 693	6,4	62 362	4,9	+ 46,6	+ 16,1
Nettogewicht insgesamt .....	571 408	100	841 718	100	1 260 634	100	+ 47,3	+ 49,8
Außerdem:								
Gewicht der Container und Trailer <sup>3)</sup> .....	176 969	.	235 988	.	342 268	.	+ 33,3	+ 45,0
Bruttogewicht insgesamt .....	748 377	.	1 077 706	.	1 602 902	.	+ 44,0	+ 48,7

<sup>1)</sup> ohne Kleincontainer. — <sup>2)</sup> Kühl- und Flüssigkeitscontainer. — <sup>3)</sup> einschließlich Leercontainer.

den daß sie in den letzten Jahren weit überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielten. Dadurch steigerte sich ihr Anteil von 57 % auf 62 %. Nur geringfügig an Bedeutung verloren die 40'-Container, deren Anteil von 34 % auf 33 % zurückging. Hierbei sollte jedoch auf die überdurchschnittliche Steigerungsrate des Jahres 1972 hingewiesen werden, die die der 20'-Container fast erreicht hat. Ob dies eine einmalige Erscheinung bleibt oder ob sich hier für die Zukunft eine Tendenz zu größeren Einheiten herausstellt, bleibt abzuwarten. Sowohl die Trailer als auch vor allem die Spezialcontainer haben gegenüber 1970 erhebliche Bedeutungsverluste hinnehmen müssen. Während auf diese beiden Arten 1970 noch 9 % entfielen, waren es 1972 nur noch 5 %.

Fast identische Aussagen lassen sich aus Tabelle 3 ersehen, in der das Gewicht der im Containerverkehr umgeschlagenen Güter nach Container-Größenklassen aufgeführt ist. Auch hier dominieren die 20'-Container vor den Normalcontainern von 40' Länge und mehr. Allerdings sind die Unterschiede hier bei weitem nicht so deutlich. So wurden zwar mit 696 000 t die meisten Güter in 20'-Containern befördert (55 %), immerhin entfielen aber 477 000 t (38 %) auf die größeren Einheiten. Stark an Boden verloren haben auch hier die Spezialcontainer (2 %) und die Trailer (5 %), die 1970 noch über weit höhere Anteile verfügten.

Setzt man auch hier das Gewicht der in Containern umgeschlagenen Gütermengen mit der Anzahl der Container in Beziehung, so zeigt sich, daß der 40'-Container — obwohl er vom zur Verfügung stehenden Laderaum her doppelt so groß ist wie der 20'-Container — in der Praxis auch nicht annähernd doppelt so viel Güter befördert. So betrug das durchschnittliche Netto-Gewicht in einem 20'-Container 1972 9,6 t, während in einem 40'-Container im Schnitt 12,6 t befördert wurden. Das hängt sicherlich damit zusammen, daß der größere 40'-Container häufiger für leichtere und sperrigere Güter verwendet wird. Für die Spezialcontainer wurde ein durchschnittliches Gütergewicht von 11,4 t errechnet, während die Trailer mit 16,3 t in dieser Hinsicht den absoluten Spit-

zenreiter stellten. Man darf daraus schließen, daß es sich bei den Trailern in aller Regel um 40'-Container auf eigener Achse handelt. Da die Trailer im Roll-on/Roll-off-Umschlag bei weitem nicht den extremen Belastungen ausgesetzt sind wie beim „konventionellen“ Übersetzen über Containerbrücken, werden sie vermutlich im Durchschnitt auch mit schwereren Gütern vollgeladen.

#### 4. Verkehrsbereiche

Während bisher im wesentlichen von den Gesamtergebnissen ausgegangen wurde, zeigt die folgende Darstellung, daß trotz der rasanten Entwicklung in der Vergangenheit der Containerverkehr bisher nur auf wenige Relationen konzentriert ist. Der Grund ist zweifellos darin zu sehen, daß der Containerverkehr einmal ein erhebliches Ladungsaufkommen an containerfähigem Stückgut erfordert und daß er außerdem erhebliche Kapitalinvestitionen von den Häfen und den Hafenumschlagbetrieben verlangt; Voraussetzungen, die in fast allen Entwicklungsländern z. Z. noch nicht gegeben sind.

##### Nordamerika-Verkehr noch immer führend

Führend in den für den Containerverkehr wichtigen Verbindungen ist noch immer die Nordamerika-Fahrt, obwohl sich in den letzten Jahren erhebliche Verschiebungen ergeben haben, auf die wir noch ausführlich zu sprechen kommen. Im Verkehr mit Nordamerika wurden 1972 knapp 42 000 beladene Großcontainer mit insgesamt mehr als 500 000 t Gütern befördert. Damit stellt sich der Anteil dieses Verkehrsbereichs auf 36 % bei Zugrundelegung der umgeschlagenen Großcontainer, auf der Basis der in Containern beförderten Güter sogar auf knapp 40 %. Mit 32 000 Containern und 386 000 t Gütern überwiegt dabei das Fahrtgebiet Nordamerika am Atlantik eindeutig. Aber selbst auf die amerikanische Pazifikküste, die nur mit erheblich längeren Fahrten zu erreichen ist, entfielen noch jeweils 9 % der Container bzw. des gesamten Containergutes.

Tabelle 4 zeigt, daß heute jedoch bereits der Fernost-Verkehr an die zweite Stelle der wichtigen Containerrelationen gerückt ist. Gut 30 000 Container und 278 000 t Containergut wurden in dieser, von Sachkennern als äußerst zukunftsreich eingeschätzten Relation befördert. Das entspricht einem Anteil von 26 % der umgeschlagenen Container und von 22 % der in Containern beförderten Güter. Innerhalb dieses Fahrtgebietes entfielen rund 85 % (235 000 t) auf den Verkehr zwischen Hamburg und Japan. Im übrigen sind unter den fernöstlichen Ländern nur noch Hongkong (34 000 t) und Taiwan (8 000 t) erwähnenswert.

Mit 22 % des Aufkommens an Containern folgt in der Rangskala der wichtigen Container-Fahrtgebiete Europa, das auf der Basis der Containerladung den Fernen Osten sogar leicht übertrifft. Der Europaverkehr, in dem auch die Zubringer- und Verteiler-Verkehre zu anderen Containerhäfen enthalten sind, ist in starkem Ausmaß auf Großbritannien ausgerichtet. Daneben spielt jedoch auch die Skandinavien-Fahrt eine nicht unbeträchtliche Rolle. Abschließend sei noch auf den Verkehr mit Australien und Neuseeland hingewiesen, der knapp 15 000 Container und 128 000 t Güter umfaßte, und damit auf 13 % bzw. 10 % des gesamten Großbehälterverkehrs kam.

### Starke Verschiebungen zugunsten des Fernostverkehrs

Vergleicht man die Entwicklung seit 1970, so läßt sich aus Tabelle 4 ablesen, daß sich in der kurzen Zeitspanne der letzten beiden Jahre doch erhebliche Akzentverschiebungen ergeben haben. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß neben den „traditionellen“ Containerverkehren mit der nord-amerikanischen Atlantik- und Pazifikküste im Laufe der Zeit auch die Fahrtgebiete Australiens und vor allem der Ferne Osten für den Containerverkehr erschlossen bzw. die vorhandenen Containerverkehre wesentlich intensiviert wurden. Spitzenreiter in dieser Entwicklung ist ohne Zweifel der Verkehr mit den fernöstlichen Ländern. Hier konnte die Zahl der umgeschlagenen Container von rund 2 000 auf über 30 000 – also um knapp das 14fache – gesteigert werden. Noch explosiver zeigt sich diese Entwicklung bei Zugrundelegung des Gewichtes der in Containern umgeschlagenen Güter, das im gleichen Zeitraum um das 25fache angestiegen ist. Nach dem Anlaufen einer regelmäßigen Containerverbindung durch die Trio-Gruppe und der Ausstattung dieser Linien mit den modernsten und größten Vollcontainer-Schiffen im Jahre 1972 hat sich hier eine überaus rasche Entwicklung angebahnt, die vorläufig noch

Tabelle 4  
Containerverkehr<sup>1)</sup> in Hamburg 1970, 1971 und 1972 nach ausgewählten Verkehrsbereichen

Verkehrsbereiche	1970		1971		1972		Veränderungen		
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	1971	1972	1972
							gegenüber	gegenüber	gegenüber
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<b>Beladene Großcontainer<sup>1)</sup> (Anzahl)</b>									
Europa .....	8 403	15,5	18 345	23,0	25 465	21,8	+ 118,3	+ 38,8	+ 203,0
darunter									
Großbritannien .....	5 929	10,9	11 401	14,3	14 323	12,3	+ 92,3	+ 25,6	+ 141,6
Afrika .....	120	0,2	278	0,3	265	0,2	+ 131,7	- 4,7	+ 120,8
Amerika .....	38 828	71,5	41 622	52,1	44 244	37,9	+ 7,2	+ 6,3	+ 13,9
darunter									
Nordamerika am Atlantik ..	31 903	58,7	32 754	41,0	31 778	27,2	+ 2,7	- 3,0	- 0,4
Nordamerika am Pazifik ...	6 116	11,3	7 126	8,9	10 017	8,6	+ 16,5	+ 40,6	+ 63,8
Asien .....	3 861	7,1	6 135	7,7	31 796	27,2	+ 58,9	+ 418,3	+ 723,5
darunter									
Fernost .....	2 063	3,8	5 761	7,2	30 044	25,7	+ 179,3	+ 421,5	+ 1356,3
Australien, Ozeanien .....	3 104	5,7	13 469	16,9	14 975	12,8	+ 333,9	+ 11,2	+ 382,4
Insgesamt .....	54 316	100	79 849	100	116 745	100	+ 47,0	+ 46,2	+ 114,9
<b>In Großcontainern<sup>1)</sup> beförderte Güter in Tonnen</b>									
Europa .....	92 795	16,2	210 719	25,0	311 677	24,7	+ 127,1	+ 47,9	+ 235,9
darunter									
Großbritannien .....	70 662	12,4	133 864	15,9	185 777	14,7	+ 89,4	+ 38,8	+ 162,9
Afrika .....	518	0,1	1 599	0,2	1 676	0,1	+ 208,7	+ 4,8	+ 223,6
Amerika .....	427 382	74,8	475 307	56,5	520 857	41,3	+ 11,2	+ 9,6	+ 21,9
darunter									
Nordamerika am Atlantik ..	366 669	64,2	383 547	45,6	385 703	30,6	+ 4,6	+ 0,6	+ 5,2
Nordamerika am Pazifik ...	53 955	9,4	77 164	9,2	115 099	9,1	+ 43,0	+ 49,2	+ 113,3
Asien .....	26 859	4,7	42 347	5,0	298 174	23,7	+ 57,7	+ 604,1	+ 1010,1
darunter									
Fernost .....	10 602	1,9	38 766	4,6	277 520	22,0	+ 265,6	+ 615,9	+ 2517,6
Australien, Ozeanien .....	23 854	4,2	111 746	13,3	128 250	10,2	+ 368,5	+ 14,8	+ 437,6
Insgesamt .....	571 408	100	841 718	100	1 260 634	100	+ 47,3	+ 49,8	+ 120,6

<sup>1)</sup> ohne Kleincontainer.

nicht ihren Abschluß gefunden hat<sup>7)</sup>. Auf der Basis der umgeschlagenen Container stieg der Anteil des Fernen Ostens von 4 % auf 26 %, bei Zugrundelegung des Containerguts von 2 % auf 22 %. Wie bereits erwähnt, liegt dabei das Schwergewicht auf dem Verkehr mit Japan. Würde man statt der Fahrtgebiete die Staaten als Grundlage der Berechnung nehmen, so läge Japan mit 235 000 t hinter den USA (477 000 t) und vor Großbritannien (186 000 t) an zweiter Stelle der für den Hamburger Containerverkehr wichtigen Nationen.

Auch im Austral-Verkehr wurde sowohl von der Zahl der umgeschlagenen Container als auch bei den Containergütern jeweils eine Umschlagssteigerung um das Fünffache im Vergleich zu 1970 erreicht. Hier allerdings liegt der Entwicklungssprung – infolge der Einführung von regelmäßiger Verbindung mit Vollcontainer-Schiffen – bereits in den Jahren 1970 und 1971, so daß 1972 nur noch Zuwachsraten von wenig mehr als 10 % erzielt wurden. Insgesamt lag jedoch auch hier eine erheblich überdurchschnittliche Entwicklung vor, infolge derer Australien seinen Anteil am Containerverkehr des Hamburger Hafens auf 10 % (gegenüber 4 % im Jahre 1970) steigern konnte. Ergänzend sei angemerkt, daß Hamburg für den Fernen Osten ebenso wie für den Containerverkehr mit Australien der führende Hafen der Bundesrepublik ist. 1972 wurden auf der Basis der umgeschlagenen Container 82 % des gesamten Containerverkehrs mit Asien und 58 % des Verkehrs mit Australien über Hamburg abgewickelt.

Über der mittleren Zuwachsrate lag auch noch der Europaverkehr und die – mengenmäßig allerdings nichts ins Gewicht fallenden – Verbindungen mit Afri-

<sup>7)</sup> In den ersten vier Monaten 1973 hat der Fernostverkehr die nordamerikanischen Fahrtgebiete bereits überflügelt. So wurden im Verkehr mit dem Fernen Osten 25 300 Container mit 290 000 t Bruttogewicht umgeschlagen, gegenüber 12 100 Containern (156 000 t) für Nordamerika am Atlantik und 3 800 Container (43 500 t) für Nordamerika am Pazifik.

ka. Erwähnenswert ist dabei die erfreuliche Entwicklung des Skandinavien-Verkehrs, der 1972 immerhin gut 57 000 t erreichte und damit gegenüber 1970 um 260 % anwuchs. Auch die zwischen Hamburg und insbesondere Antwerpen im Feeder-Dienst transportierten Container haben ebenso zur positiven Entwicklung des gesamten Europa-Verkehrs beigetragen wie die Verbindung zwischen Hamburg und Großbritannien, auf denen immerhin auch noch ein Anwachsen um 163 % registriert wurde.

Hinsichtlich der bisher besprochenen Relationen wird man berücksichtigen müssen, daß die erstaunlich hohen Zuwachsraten für die Containerverbindungen mit Australien und dem Fernen Osten natürlich zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen sind, daß das Ausgangsniveau des Jahres 1970 relativ niedrig war. Die gute Entwicklung des Europa-Verkehrs dagegen wird zu einem erheblichen Teil von der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung der heutigen EG-Staaten profitiert haben und auch in Zukunft weiter profitieren. Dagegen ist die Entwicklung des Containerverkehrs mit der nordamerikanischen Atlantikküste, dem mengenmäßig bedeutsamsten Fahrtgebiet, nicht ganz befriedigend verlaufen. Die geringe Zuwachsrate bei den in Containern beförderten Gütern von nur 5 % in zwei Jahren bei gleichzeitiger geringfügiger Abnahme der Zahl der umgeschlagenen Container deutet auf eine Stagnation dieses für den Hamburger Hafen bisher besonders wichtigen Verkehrs hin. Hierzu haben sicherlich eine Vielzahl von Gründen beigetragen. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Verschiebung der Währungsrelationen sowie an restriktive handelspolitische Maßnahmen der USA, die ebenso ihren Einfluß auf die Entwicklung des Containerverkehrs hatten wie verschiedene Hafentarbeiterstreiks und vor allem die in dieser Relation traditionell besonders starke Konkurrenz der bremischen Häfen. Sehr viel besser war dagegen das Ergebnis, das im Verkehr

Tabelle 5

Großcontainerverkehr in Hamburg 1972 nach Verkehrsrichtungen und ausgewählten Verkehrsbereichen

Verkehrsbereiche	Beladene Großcontainer <sup>1)</sup>			In Großcontainern <sup>1)</sup> beförderte Gütermenge		
	zusammen	davon		zusammen	davon	
		Empfang	Versand		Empfang	Versand
	Anzahl	% v. Sp. 1		t	% v. Sp. 4	
1	2	3	4	5	6	
Europa .....	25 465	44,2	55,8	311 677	45,3	54,7
darunter						
Großbritannien .....	14 323	40,7	59,3	185 777	41,7	58,3
Afrika .....	265	20,4	79,6	1 676	22,9	77,1
Amerika .....	44 240	39,7	60,3	520 857	42,7	57,3
darunter						
Nordamerika am Atlantik .....	31 778	34,3	65,7	385 703	34,5	65,5
Nordamerika am Pazifik .....	10 017	54,2	45,8	115 099	67,1	32,9
Asien .....	31 796	64,3	35,7	298 174	64,2	35,8
darunter						
Fernen .....	30 044	65,6	34,4	277 520	66,0	34,0
Australien, Ozeanien .....	14 975	7,1	92,9	128 250	11,0	89,0
Insgesamt 1972 .....	116 745	43,2	56,8	1 260 634	45,2	54,8
Dagegen 1971 .....	79 849	34,6	65,4	841 718	35,7	64,3
Dagegen 1970 .....	54 316	36,1	63,9	571 408	36,4	63,6

<sup>1)</sup> ohne Kleincontainer.

mit der amerikanischen Pazifikküste erzielt wurde. Hier stieg die in Containern beförderte Gütermenge von 54 000 t auf 115 000 t um mehr als das Doppelte an und lag nur ganz geringfügig unter der durchschnittlichen Zuwachsrate.

### Ungleichgewicht zwischen Versand und Empfang

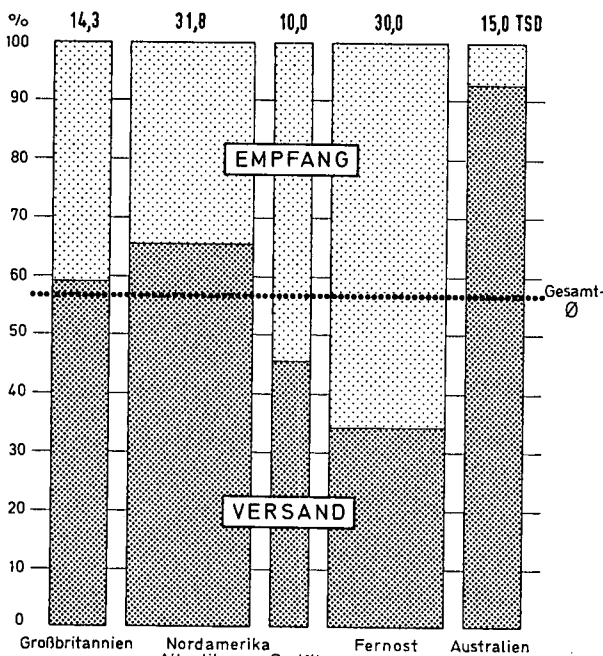
In Tabelle 5 sind für die wichtigsten Verkehrsrelationen sowohl die umgeschlagenen Container als auch die in Containern beförderten Güter nach Empfang und Versand aufgeteilt, um auf diese Weise vorhandene Disparitäten zwischen den Verkehrsrichtungen aufzuzeigen. Dabei dürfte die Darstellung nach der Zahl der umgeschlagenen Container aussagekräftiger sein, da bei der gewichtsmäßigen Betrachtung die unterschiedlichen spezifischen Gewichte der einzelnen Güter eine zu große Rolle spielen können. Die Ergebnisse zeigen, daß das Ideal – ausgeglichenes Umschlagsvolumen in beiden Richtungen – 1972 zwar nicht erreicht wurde, daß aber insgesamt auch kein allzu ungünstiger Eindruck entsteht.

So wurden 1972 von den 117 000 beladenen Großcontainern im Hamburger Hafen rund 43 % im Empfang und 57 % im Versand registriert. Auch bei Zugrundelegung des Gewichts der Containergüter ergeben sich ziemlich ähnliche Verhältnisse (45 % zu 55 %).

Ein Vergleich mit den Vorjahren läßt erkennen, daß insbesondere im letzten Jahr die früher erheblichen

Schaubild 1

Beladene Container in Hamburg 1972 nach ausgewählten Verkehrsbereichen und Verkehrsrichtungen



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Unterschiede in den Verkehrsrichtungen stark gemildert wurden. Die herausragende Stellung des ausgehenden Verkehrs auf den in den Jahren 1970 und

1971 noch 64 % bzw. 65 % aller umgeschlagenen Container entfiel, wurde vor allem unter dem Einfluß des Ostasien-Verkehrs deutlich zugunsten des Empfangs abgeschwächt. Zur korrekten Interpretation dieser Globalzahlen wird man allerdings ergänzen müssen, daß damit zwar unter Umständen eine gleichmäßigere Auslastung der Hafenumschlagseinrichtungen erreicht werden kann, daß aber im übrigen die Gesamtzahl ohne allzu große Aussagekraft hinsichtlich einer Verbesserung der durchschnittlichen Kapazitätsauslastung und einer möglichen Senkung der durchschnittlichen Transportkosten ist. Hier wird man sich sehr viel eingehender mit den einzelnen Relationen befassen müssen, denn realistischerweise kann nur eine Verminderung des Ungleichgewichtes innerhalb des gleichen Fahrtgebietes betriebswirtschaftlich relevant sein (vgl. auch Schaubild 1). Für die beteiligten Reedereien ergibt sich jedoch oft ein zusätzlicher Ausgleich dadurch, daß in Europa meist noch mindestens ein weiterer Hafen angelaufen wird.

Das stärkste Ungleichgewicht ergibt sich im Australienverkehr bei dem 1972 der Versand mit 93 % auf der Basis der beladenen Großcontainer und 89 % bei Zugrundelegung der beförderten Güter überwog. In etwa die gleichen Zahlen ergaben sich auch bereits im Jahre 1970. Die ursprünglich geäußerte Hoffnung, daß mit zunehmender Intensivierung des Containerverkehrs mit diesen Gebieten sich das Ungleichgewicht auch in Hamburg mildern würde, haben sich leider nicht bestätigt<sup>8)</sup>. Auch das Fahrtgebiet Nordamerika am Atlantik zeigt mit jeweils 66 % ein ziemlich eindeutiges Überwiegen des von Hamburg ausgehenden Verkehrs, wobei für beide Relationen der Export hochwertiger Halb- und Fertigprodukte aus der Bundesrepublik von großer Bedeutung ist.

Umgekehrt dominiert in etwa ähnlich starkem Ausmaß bei den fernöstlichen Fahrtgebieten der Empfang und zwar sowohl auf der Basis der umgeschlagenen Container als auch der Containergüter mit jeweils zwei Dritteln. Das hat seine Ursache in den großen Mengen industrieller Fertigwaren aus Japan, während aus Hongkong überwiegend Bekleidung importiert wird.

Auch in der nordamerikanischen Pazifik-Fahrt überwiegt im Containerverkehr der Empfang mit 54 % bei den umgeschlagenen Containern und sogar mit 67 % bei der beförderten Gütermenge. In dieser Relation liegt allerdings das eindeutige Schwergewicht bei dem in Containern versandten frischen Obst sowie Obst- und Gemüsekonserven und -säften. Auf diese Güterarten entfielen 1972 allein knapp 50 000 t.

Verhältnismäßig ausgeglichen ist – mit leichten Vorteilen für den Versand – der Europaverkehr. Insgesamt wird man sagen können, daß die seit Beginn der Containerisierung beobachteten Ungleichgewichte in den einzelnen Fahrtgebieten im wesentlichen er-

<sup>8)</sup> Hierzu muß allerdings angemerkt werden, daß in Bremen ein ähnlich starkes Ungleichgewicht auf der Empfangsseite auftritt. Einkommend wird in den Containern überwiegend Wolle – und zwar über den führenden Wollimport-Hafen Bremen – befördert, während ausgehend vor allem industrielle Fertiggüter über Hamburg anfallen. Insgesamt zeigt daher der Containerverkehr der Bundesrepublik mit Australien ein viel ausgeglicheneres Bild als das der einzelnen Häfen.

halten geblieben sind. Man wird daraus den Schluß ziehen können, daß bei der vorhandenen Güterstruktur in den Austauschbeziehungen die jetzigen Verhältnisse weitgehend auch in naher Zukunft bestimmend bleiben werden.

## 5. Güterstruktur

Im folgenden Abschnitt soll untersucht werden, welche Güterarten hauptsächlich in Containern umgeschlagen werden. Allerdings konnten die in Tabelle 6 nachgewiesenen Zahlen nur verhältnismäßig grob nach Güterhauptgruppen aufgliedert werden, da andernfalls die nachgewiesenen Zahlen allzu klein werden.

### Vorwiegend technische Halb- und Fertigwaren

Da aus ökonomischen Kriterien heraus die den sonstigen Seeverkehr bestimmenden Massengüter für den Containerverkehr keine Rolle spielen, zeichnen sich innerhalb des verbleibenden Stückguts zwei eindeutige Schwerpunkte ab: technische Halb- und Fertigprodukte sowie Nahrungs- und Genußmittel. 1972 entfielen immerhin 46% des gesamten Containerverkehrs auf Halb- und Fertigprodukte, wobei allerdings das Sammel- und Stückgut mit eingerechnet wurde. Allein 122 000 t oder 9,7% entfielen auf elektrotechnische Erzeugnisse und Maschinen, weitere 60 000 t waren als „Fahrzeuge“ zu verbuchen, wobei es sich hier im wesentlichen um Ersatzteile gehandelt haben dürfte. Rund 83 000 t entfielen auf Textilien und Bekleidung, und knapp 160 000 t auf die Position „sonstige Halb- und Fertigwaren“. Dahinter verbirgt sich eine breit gefächerte Palette von Stückgütern, die von Papier und Pappe über Druckereierzeugnisse, Autoreifen, Möbel bis hin zu der großen Gruppe von Kunststofferezeugnissen reicht.

Den zweiten Schwerpunkt bilden die Nahrungs- und Genußmittel, auf die insgesamt rund 25% des Con-

tainerverkehrs entfielen. Hierzu gehören neben Früchten und Gemüse (23 000 t), Getränken (45 000 t), anderen Genußmitteln (58 000 t) vor allem die Fleisch- und Fischwaren mit 83 000 t sowie die Getreide-, Obst- und Gemüseerzeugnisse mit 108 000 t. In den beiden zuletzt genannten Gruppen sind in erheblichem Umfang Konserven enthalten.

Differenziert man die genannten Güterhauptgruppen zusätzlich nach Empfang und Versand, so zeigen sich doch einige bemerkenswerte Unterschiede. So sind im ausgehenden Verkehr die Halb- und Fertigwaren mit mehr als 50% weit überdurchschnittlich vertreten, wobei hier eindeutig die elektrotechnischen Erzeugnisse, Maschinen und Fahrzeuge überwiegen. Auf der Empfangsseite liegt der Schwerpunkt dagegen bei den Nahrungs- und Genußmitteln, die immerhin auf 28,4% kamen. Weitere Einzelheiten mögen der Tabelle 6 entnommen werden.

## 6. Containerverkehr als ununterbrochene Transportkette

Eine besonders interessante Frage wird sichtbar, wenn man sich das vorhandene Datenmaterial daraufhin ansieht, in wie weit der Idealfall des Containerverkehrs – die ununterbrochene Transportkette – vom binnenländischen Versender bis zum überseeischen Empfänger und umgekehrt (Haus/Haus-Verkehr) – in den vergangenen Jahren verwirklicht wurde. Voraussetzung hierzu ist, daß beim Verloader im Hinterland eines Hafens jeweils genügend Ladungsaufkommen vorhanden ist, um ganze Container für nur einen Empfänger zu füllen. Da dies häufig nicht der Fall ist, werden in erheblichem Ausmaß Container auch in den Seehäfen gepackt bzw. entladen. Die Bereitstellung von Fazilitäten für diesen Pier/Pier-Verkehr gehört heute zu den wichtigen Aufgaben eines jeden Containerhafens. In Tabelle 7 sind als weitere Zwischenformen einmal der Pier/Haus-Verkehr aufgeführt, bei dem verschiedene Ladungs-

Tabelle 6

Im Containerverkehr<sup>1)</sup> in Hamburg 1972 umgeschlagene Güter nach ausgewählten Güterhauptgruppen

Ausgewählte Güterhauptgruppen	Insgesamt		Empfang		Versand	
	t	%	t	%	t	%
	1	2	3	4	5	6
Containerverkehr insgesamt .....	1 264 238	100	570 148	100	694 090	100
darunter						
Früchte, Gemüse .....	23 017	1,8	13 998	2,5	9 019	1,3
Textile Rohstoffe .....	28 623	2,3	21 092	3,7	7 531	1,1
Pflanzliche und tierische Rohstoffe u. ä.	27 956	2,2	18 318	3,2	9 638	1,4
Getränke .....	45 495	3,6	15 089	2,6	30 406	4,4
Anderer Genußmittel u. ä. ....	57 688	4,6	28 207	4,9	29 481	4,2
Fleisch, Fisch, Eier, Milch .....	82 522	6,5	34 232	6,0	48 290	7,0
Getreide und ähnliche Erzeugnisse ..	107 508	8,5	70 791	12,4	36 717	5,3
NE-Metalle, -Halbzeug .....	26 808	2,1	8 625	1,5	18 183	2,6
Anderer Steine und Erden .....	23 850	1,9	19 962	3,5	3 888	0,6
Chemische Grundstoffe u. ä. ....	64 153	5,1	19 089	3,3	45 064	6,5
Anderer chemische Erzeugnisse .....	92 539	7,3	38 736	6,8	53 803	7,8
Fahrzeuge .....	59 522	4,7	7 948	1,4	51 574	7,4
Elektrische Erzeugnisse, Maschinen ..	122 013	9,7	40 006	7,0	82 007	11,8
EBM-Waren .....	29 466	2,3	9 356	1,6	20 110	2,9
Glas- und andere mineralische Waren	44 092	3,5	17 143	3,0	26 949	3,9
Leder- und Textilwaren .....	82 717	6,5	39 403	6,9	43 314	6,2
Sonstige Waren .....	158 914	12,6	62 790	11,0	96 124	13,8
Besondere Transportgüter .....	82 002	6,5	52 711	9,2	29 291	4,2

<sup>1)</sup> einschließlich Kleincontainer.



Tabelle 7

Beladene Container<sup>1)</sup> in Hamburg 1968 bis 1972 nach Einsatzarten

Einsatzarten der Container	1968		1969		1970		1971		1972	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Haus/Haus .....	22 499	72,0	28 794	71,7	40 551	70,4	56 264	69,0	76 114	64,5
Pier/Pier .....	5 502	17,6	9 011	22,4	14 518	25,1	20 680	25,3	38 049	32,3
Pier/Haus .....	1 926	6,2	1 580	3,9	1 357	2,4	2 363	2,9	2 421	2,1
Haus/Pier .....	1 202	3,8	641	1,6	1 201	2,1	2 208	2,7	1 335	1,1
Unbekannt .....	139	0,4	167	0,4	14	0,0	52	0,1	—	—
Insgesamt .....	31 268	100	40 193	100	57 641	100	81 567	100	117 919	100

<sup>1)</sup> einschließlich Kleincontainer.

teile für den gleichen überseeischen Empfänger im Hafen zu einer Containerladung zusammengefaßt werden<sup>2)</sup>). Umgekehrt werden im Haus/Pier-Verkehr die in einem Container zusammengefaßten Stückgüter im Empfangshafen entladen und an die einzelnen Empfänger weitergeleitet. Angemerkt sei, daß aus technischen Gründen die relativ wenigen Kleincontainer nicht ausgesondert werden konnten.

### Zwei Drittel im Haus/Haus-Verkehr

Von den 118 000 beladenen Containern entfielen 1972 immerhin 76 000 oder knapp 65 % auf den Haus/Haus-Verkehr. Die Idealvorstellung der ununterbrochenen Transportkette ist also bei rund zwei Dritteln des gesamten Containerverkehrs erfüllt. Allerdings wurden auch 38 000 Container, und damit ein knappes Drittel, im Pier/Pier-Verkehr befördert, so daß hier die Vorteile des Containerverkehrs nur für den Seetransport genutzt werden. Auf die beiden Zwischenformen entfielen nur knapp 3 %. Rechnet man die im Pier/Pier- und im Pier/Haus-Verkehr behandelten Container zusammen, so ergibt sich, daß über 34 % aller im Hamburger Hafen umgeschlagenen Container von den Umschlagsbetrieben entweder gepackt oder entladen werden.

Der Anteil des Pier/Pier-Verkehrs ist in den Jahren seit 1968 ständig gestiegen. Während damals nur 17,6 % auf diese Verkehrsart entfielen, waren es 1972 bereits 32,3 %. Offensichtlich spielt das „Behandeln“ der Container im Hamburger Hafen eine immer größere Rolle. Es ist zu vermuten, daß gerade in den „neuen“ Fahrtgebieten zwar insgesamt ein erhebliches Ladungsaufkommen zur Verfügung steht bzw. umgekehrt für Hamburg bestimmt ist, aber offenbar nicht für den einzelnen Verloader. Dies läßt sich indirekt dadurch bestätigen, daß man den Anteil des Haus/Haus-Verkehrs in den einzelnen Relationen untersucht. So war der Anteil des Haus/Haus-Verkehrs in den traditionellen Fahrtgebieten der nordamerikanischen Atlantik- (77 %) und Pazifikküste (73 %) nicht nur weit überdurchschnittlich hoch, sondern ist im Gegensatz zur Gesamtentwicklung seit 1970 sogar noch leicht gestiegen. Auf der anderen Seite macht der Haus/Haus-Verkehr in den fernöst-

lichen Fahrtgebieten nur 53 % und im Australienverkehr sogar nur 51 % aus.

### 7. Umfang der Containerisierung

Bei einer jeden Analyse von Zahlen über den Containerverkehr taucht immer wieder die Frage auf, in welchem Umfang eigentlich der gesamte Seeverkehr eines Hafens in Containern abgewickelt wird. Da es nun offensichtlich sinnlos wäre, die Massengüter in eine solche Berechnung einzubeziehen, wird in aller Regel die Containerladung auf den gesamten Stückgutumschlag eines Hafens bezogen. Allerdings wird man sich darüber im klaren sein müssen, daß auch innerhalb der Stückgüter noch erhebliche Mengen enthalten sind, die für den Containertransport nicht geeignet sind. Hierbei spielen die physischen Eigenschaften der Güter (lebende Tiere, Holz, Fahrzeuge, Schwergut usw.) ebenso eine Rolle wie ökonomische Überlegungen (chemische Grundstoffe, Düngemittel, Eisen- und Stahlhalbezeug usw.).

### 10 % des gesamten Stückguts in Containern

Aus den Endsummen der Tabelle 8 ist ersichtlich, daß insgesamt nur knapp 10 % des gesamten Stückgutumschlags im Hamburger Hafen in Containern abgewickelt wird. Derartige Zahlen erhellen gleichzeitig die Tatsache, daß der Containerverkehr trotz der rasanten Entwicklung der letzten Jahre noch immer am Anfang steht, und daß noch erhebliche Ladungsreserven für den Behälterverkehr der Zukunft zur Verfügung stehen.

Der vorläufig noch geringe Gesamtanteil der Containerladung ist natürlich in erster Linie darauf zurückzuführen, daß bisher nur relativ wenige Fahrtgebiete für den Containerverkehr erschlossen sind. Wenn man sich überlegt, daß der gesamte Verkehr mit Afrika, mit weiten Teilen Asiens, mit Mittel- und Südamerika so gut wie keine Rolle spielt, wird der vielleicht im ersten Augenblick verblüffend niedrig erscheinende Prozentsatz erklärbar. Selbst im Verkehr des Hamburger Hafens mit Europa insgesamt wird mit 7 % ein nicht gerade imponierend zu nennender Anteil der Stückgutladung in Großbehältern befördert. Erst wenn man nach Fahrtgebieten differenziert und die Relationen, in denen sich heutzutage noch fast der gesamte Containerverkehr abspielt, näher betrachtet, wird einem die Bedeutung

<sup>2)</sup> Um einen Überblick zu ermöglichen, in welchem Ausmaß Container in Hamburg „behandelt“ werden, wurde der Pier/Haus-Verkehr im Versand (= Packen im Hamburger Hafen) und der Haus/Pier-Verkehr im Empfang (= Entladen im Hamburger Hafen) als „Pier/Haus“ zusammengefaßt. Umgekehrt liegt beim Haus/Pier-Verkehr die „Behandlung des Containers im überseeischen Hafen.“

Tabelle 8

Anteil des Containerverkehrs<sup>1)</sup> am gesamten Stückgutumschlag<sup>2)</sup> in Hamburg 1970, 1971 und 1972  
— in % —

Verkehrsbereiche	1970			1971			1972		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Empfang	Versand		Empfang	Versand		Empfang	Versand
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Europa .....	2,1	1,4	3,0	5,1	4,0	6,6	7,0	5,9	8,3
darunter									
Großbritannien .....	11,2	10,8	11,4	22,7	24,0	21,9	24,9	33,1	21,1
Afrika .....	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1
Amerika .....	12,0	7,3	19,3	14,6	9,4	22,2	16,2	11,5	23,3
darunter									
Nordamerika am Atlantik ..	36,1	22,2	52,5	46,8	33,7	58,2	48,6	36,3	59,1
Nordamerika am Pazifik ..	22,0	18,5	32,5	37,8	35,3	42,1	52,8	52,1	54,2
Asien .....	0,8	0,8	0,9	1,4	1,2	1,6	10,3	11,8	8,4
darunter									
Fernost .....	1,4	1,3	1,4	2,8	2,2	3,7	18,7	18,9	18,4
Australien, Ozeanien .....	7,2	1,4	13,3	33,8	3,6	55,0	30,4	5,7	64,9
Insgesamt .....	4,2	2,8	5,9	6,6	4,3	9,5	9,7	7,8	12,1

<sup>1)</sup> einschl. Kleincontainer. — <sup>2)</sup> ohne Leergewicht der Container bzw. Trailer.

des Containerverkehrs etwas klarer. Vor allem läßt sich hier im Zeitvergleich die Dynamik dieses Entwicklungsprozesses besser ablesen.

Differenziert man also nach Fahrtgebieten, so verwundert es — nach allem was bisher über die Bedeutung Nordamerikas für den Containerverkehr gesagt wurde — nicht weiter, daß auch hier die stärkste Containerisierung im Verkehr mit der nordamerikanischen Pazifikküste (53 %) erreicht wurde, wobei nahezu kein Unterschied zwischen Empfang und Versand festzustellen war. Nur knapp dahinter liegt die Atlantikküste mit 49 %. Besonders interessant ist dabei, daß auf der Versandseite 1972 bereits mehr als 59 % erreicht wurde. Für beide Fahrtgebiete gilt, daß der Containerverkehr hier bereits ein Gleichgewicht zur konventionell verladenen Fracht erreicht hat und in naher Zukunft vermutlich deutlich überflügeln wird.

Mit mehr als 30 % des gesamten Stückgutverkehrs hat sich der Container auch im Australien-Verkehr weitgehend durchgesetzt, vor allem wenn man berücksichtigt, daß hier eine einseitige Ausrichtung auf den Versand vorliegt. Würde man nur den ausgehenden Verkehr Hamburgs zugrunde legen, so wird im Verkehr mit Australien mit 65 % des gesamten Stückguts die weitaus höchste Containerisierungsquote aller Fahrtgebiete erreicht. Auch im Verkehr von und nach Großbritannien wird mit 25 % ein beachtlicher Teil des Stückguts in Containern verschifft.

Interessant sind die fernöstlichen Fahrtgebiete. Zwar ergibt sich insgesamt nur ein Containerisierungsanteil von knapp 19 % am gesamten Stückgut. Würde man jedoch Japan allein zugrunde legen, so werden mehr als 40 % dieses für Hamburg mit Abstand wichtigsten fernöstlichen Handelspartners bereits über den Containerverkehr abgewickelt. Hierbei liegt der Versand mit 52 % deutlich höher als der Empfang (36 %). Gerade in diesen Fahrtgebieten, die ja erst am Beginn ihrer Entwicklung im Containerverkehr stehen, ist für die nächsten Jahre mit einem weiteren

starken Anstieg der Containerisierungsquote zu rechnen.

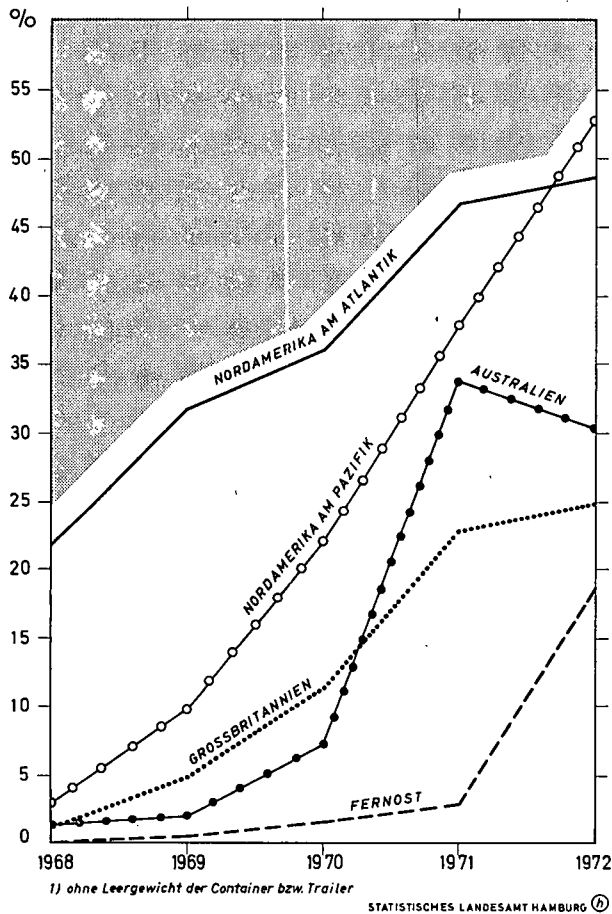
Betrachtet man die Entwicklung seit 1970, so hat sich der Anteil des Containers insgesamt „nur“ von 4 % auf 10 % erhöht, was allerdings auch einem Anstieg auf das Zweieinhalbfache entspricht. Wesentlich instruktiver ist jedoch eine Betrachtung der hauptsächlich Container-Relationen. Geradezu explosiv ist die Entwicklung zweifelsohne im Fernost-Verkehr verlaufen. Hier wurde der Anteil der Containerladung von 1 % im Jahre 1970 auf knapp 19 % gesteigert. Auch im Verkehr mit Australien ist der Anstieg von 7 % auf über 30 % bemerkenswert. Aber selbst in den nordamerikanischen Fahrtgebieten, in denen bereits 1970 relativ hohe Anteile zu verzeichnen waren, sind die weiteren Steigerungen beträchtlich. Vor allem im Verkehr mit der nordamerikanischen Pazifikküste stieg der Anteil der Containerladung von 22 % auf knapp 53 %, während die Entwicklung im Verkehr mit Nordamerika am Atlantik — bei allerdings ungleich höherem Ausgangsniveau — sehr viel langsamer vor sich ging.

Schaubild 2 vermag die zunehmende Eroberung des Stückgutverkehrs durch den Container noch etwas besser zu verdeutlichen, da hier die Entwicklung der Containerisierungsquote für die wichtigsten Fahrtgebiete bereits seit 1968 dargestellt wird. Man sieht noch einmal den ungebrochen steilen Anstieg im Verkehr mit Nordamerika am Pazifik sowie den von einem hohen Ausgangsniveau startenden, aber sehr viel gemäßigter verlaufenden Aufschwung für die Atlantikküste. Vor allem aber kann man sehr deutlich das Emporschnellen des Kurvenzugs für den Australerverkehr 1971<sup>10)</sup> und den Fernostverkehr 1972 erkennen. In der zuletzt genannten Relation dürften — nach dem relativ niedrigen Stand der Containerquote zu schließen — noch einige Ladungsreserven für den Behälterverkehr zur Verfügung stehen.

<sup>10)</sup> Der leichte Rückgang der Containerisierungsquote 1972 — obwohl die speziellen Quoten für Empfang und Versand für sich jeweils leicht gestiegen sind — beruht auf einem überproportionalen Anstieg des nur in geringem Umfang in Containern beförderten Stückgutempfangs (Struktureffekt).

Schaubild 2

Anteil des Containerverkehrs am gesamten Stückgutumschlag<sup>1)</sup> in Hamburg 1968 bis 1972 nach ausgewählten Verkehrsbereichen



## 8. Die Bedeutung der Vollcontainerschiffe

Umwälzende Veränderungen haben sich in den letzten Jahren auch hinsichtlich der auf den Containerverkehr spezialisierten Seeschiffe ergeben. Dabei sind auch hier die modernen Vollcontainerschiffe von Jahr zu Jahr erheblich größer geworden. Wenn in der vorangegangenen Veröffentlichung noch berichtet werden konnte, daß das größte Vollcontainerschiff die im Austral-Dienst eingesetzte „Melbourne-Express“ gewesen sei, die mehr als 1 500 20'-Container befördern konnte, so hat sich das Fassungsvermögen in den beiden Folgejahren nahezu verdoppelt. Die heute von der Trio-Gruppe eingesetzte „Hamburg-Express“ trägt bereits mehr als 3 000 Container auf 20'-Basis. Auf der anderen Seite reicht die Skala der Schiffsgröße der Vollcontainerschiffe aber auch hinunter bis zu den überwiegend für die Küstenfahrt bestimmten Schiffen mit Transportmöglichkeiten für nicht mehr als rund 40 Container.

In Tabelle 9 ist die Gesamtzahl der beladenen Container (einschließlich Kleincontainer) nach der Art der benutzten Schiffe aufgeteilt. So wurden 1972 sieben Zehntel aller Großcontainer in Vollcontainerschiffen befördert. Ein Vergleich zum Jahre 1970 zeigt, in welchem Umfang die Bedeutung der Vollcontainerschiffe gestiegen ist. Weitere knapp 6% der Großcontainer wurden von Teilcontainerschiffen

(Semicontainerschiffe) befördert. Hier ist allerdings anzumerken, daß die der Statistik zugrunde liegende Definition nur diejenigen Schiffe als Teilcontainerschiffe nachweist, die mit einem Teil ihres Laderaums ausschließlich für den Containerverkehr bestimmt sind, d. h. die über komplette Containersektionen verfügen.

Auf den ersten Blick mag es verwunderlich erscheinen, daß immerhin auch heute noch 25% aller Container auf normalen Frachtschiffen befördert werden, und zwar sind dabei entweder die Laderäume dieser Frachter mit speziellen Vorrichtungen für den Containerverkehr versehen, oder aber die Container werden als Deckladung befördert. Allerdings ist der Anteil der von sonstigen Frachtschiffen transportierten Container seit 1970 (39%) stark zurückgegangen. Für die richtige Beurteilung des auch heute noch relativ hohen Anteils wird man berücksichtigen müssen, daß der Einsatz der den Hamburger Hafen anlaufenden zehn überseeischen und sieben europäischen Vollcontainerlinien, sich außerhalb Europas auf Nordamerika, Australien und einige Länder des Fernen Ostens und innerhalb unseres Kontinents im wesentlichen auf Großbritannien, Skandinavien und auf Zubringerdienste zu den Rheinmündungshäfen beschränkt. Alle übrigen Fahrtgebiete werden ausschließlich von normalen Trockenfrachtern angefahren, die bei Bedarf auch Container in diesen Relationen befördern. Es ist aber bereits heute abzusehen, daß auch in den kommenden Jahren mit zunehmender Ausbreitung des Containerverkehrs die Bedeutung der Spezialschiffe weiter steigen wird, was umgekehrt einem Rückgang der Bedeutung normaler Frachtschiffe für den Containerverkehr entspricht.

Tabelle 9

Beladene Container in Hamburg 1970 bis 1972 nach Schiffsarten

Jahre Schiffsarten	Container zusammen		Darunter Großcontainer <sup>1)</sup>	
	Anzahl	%	Anzahl	%
	1	2	3	4
<b>1970</b>				
Vollcontainerschiffe	31 456	54,6	31 246	57,5
Teilcontainerschiffe	2 126	3,7	2 072	3,8
Sonstige Frachtschiffe ..	24 059	41,7	20 998	38,7
Insgesamt ....	57 641	100	54 316	100
<b>1971</b>				
Vollcontainerschiffe	50 071	61,4	49 823	62,4
Teilcontainerschiffe	4 942	6,1	4 882	6,1
Sonstige Frachtschiffe ..	26 554	32,5	25 144	31,5
Insgesamt ....	81 567	100	79 849	100
<b>1972</b>				
Vollcontainerschiffe	80 484	68,2	80 484	68,9
Teilcontainerschiffe	6 910	5,9	6 851	5,9
Sonstige Frachtschiffe ..	30 525	25,9	29 410	25,2
Insgesamt ....	117 919	100	116 745	100

<sup>1)</sup> ohne Kleincontainer.

## 9. Nordwesteuropäische Konkurrenzhäfen

Erhebliche Schwierigkeiten bereitet ein Vergleich der Containerumschlagsergebnisse zwischen den verschiedenen Seehäfen. Ein solcher Hafenvergleich wird insbesondere dadurch erschwert, daß teilweise die Zahl der umgeschlagenen Container nicht nach der Größe unterschieden wird, so daß in verschiedenen Häfen Kleincontainer mit eingerechnet sind. In anderen Häfen wird nicht nach beladenen und leeren Containern differenziert oder beim Gewicht der in Containern umgeschlagenen Güter wird häufig das

Tabelle 10

### Entwicklung des Containerverkehrs in den Häfen Rotterdam, Amsterdam, Antwerpen, Bremen und Hamburg 1970 bis 1972

Häfen	1970	1971	1972	Veränderung gegenüber 1970 in %
	1	2	3	

#### Beladene Großcontainer <sup>1)</sup>

Rotterdam .....	221 279	286 406	385 851	+ 74,4
Antwerpen <sup>2)</sup> ...	167 789	133 443	155 532	- 7,3
Bremen .....	101 233	125 251	166 545	+ 64,5
Hamburg .....	54 242	79 914	116 764	+115,3
Amsterdam <sup>2)</sup> ..	24 153	23 990	27 000 <sup>3)</sup>	+ 11,8

#### Gewicht der in Großcontainern <sup>1)</sup> umgeschlagenen Güter in Tonnen

Rotterdam .....	2 909 814	3 907 971	5 112 082	+ 75,7
Antwerpen <sup>2)</sup> ...	2 216 027	1 954 808	2 303 491	+ 3,9
Bremen .....	1 125 910	1 511 837	1 989 000	+ 76,7
Hamburg .....	570 637	841 246	1 258 758	+120,6
Amsterdam <sup>2)</sup> ..	213 602	204 209	195 000 <sup>3)</sup>	- 8,7

<sup>1)</sup> ohne Kleincontainer. — <sup>2)</sup> einschließlich Kleincontainer. — <sup>3)</sup> geschätzt auf der Basis der Ergebnisse von Januar bis Juli 1972.

Quelle: Für Hamburg und Bremen: Statistisches Bundesamt, Fachserie H, Verkehr, Reihe 2: Seeschifffahrt; für Rotterdam und Amsterdam: Centraal Bureau voor de Statistiek; für Antwerpen: Antwerps Havennieuws, Nr. 2, 1973 S. 8.

Eigengewicht der Behälter hinzugerechnet. Einigermaßen vergleichbares Material konnte daher nur für die fünf großen Universalhäfen der Antwerpen-Hamburg-range für die Jahre 1970 bis 1972 zusammengetragen werden<sup>11)</sup>. Dabei sind im Prinzip nur die beladenen Großcontainer in den Ergebnissen der

<sup>11)</sup> Zur besseren Vergleichbarkeit der Ergebnisse von Hamburg und Bremen sind einheitlich die Zahlen aus den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes genommen. Diese Daten weisen geringfügige Differenzen im Vergleich zu den eigenen Ergebnissen der Häfen auf.

Tabelle 10 berücksichtigt, sowie das in ihnen umgeschlagene Netto-Gewicht der Güter. Für Antwerpen und Amsterdam lagen allerdings nur Zahlenangaben einschließlich der Kleincontainer vor. Im Vergleich zu den übrigen Häfen dürften die nachgewiesenen Zahlen daher leicht überhöht sein. Legt man allerdings die Verhältnisse von Rotterdam, Bremen und Hamburg zugrunde, so dürfte auch bei den übrigen Häfen der Kleincontainer keine erhebliche Rolle mehr spielen.

Der mit Abstand bedeutendste Containerhafen Nordwesteuropas ist Rotterdam, das seine führende Stellung unter den Seehäfen der-Welt auch im Containerverkehr behauptet. 1972 wurden nicht weniger als 386 000 beladene Großcontainer über Rotterdam abgefertigt. Das Gewicht der in Containern beförderten Güter betrug 5,1 Mio t. Mit weniger als der Hälfte folgt Antwerpen (2,3 Mio t Containerladung) an zweiter Stelle, dahinter Bremen mit 2,0 Mio t und Hamburg mit 1,3 Mio t. Das Schlußlicht der großen Universalhäfen bildet Amsterdam, über das 1972 nur knapp 200 000 t abgefertigt wurden. Auf der Basis der umgeschlagenen Container ergibt sich eine ganz ähnliche Rangfolge. Allerdings hat hier Bremen mit knapp 167 000 beladenen Großcontainern, Antwerpen (156 000) knapp vom zweiten Platz verdrängt.

Interessante zusätzliche Aufschlüsse ergeben sich, wenn man die zeitliche Entwicklung zwischen den Jahren 1970 und 1972 zugrunde legt. Hier zeigt sich nämlich, daß Hamburg von allen genannten Universalhäfen Nordwesteuropas deutlich die höchsten Steigerungsraten aufweist. Gegenüber 1970 war in Hamburg ein Anstieg der Containerladung um 121 % zu verzeichnen. Es folgen Bremen mit 77 % und Rotterdam mit 76 % auf den folgenden Plätzen. Antwerpen konnte wegen einer teilweisen Verlagerung des Großcontainerumschlags auf Zeebrügge nur einen Zuwachs von 4 % verzeichnen, während der Containerumschlag in Amsterdam sogar rückläufig war. Würde man die Zahl der umgeschlagenen Großcontainer zugrunde legen, ergeben sich nur geringfügige Änderungen, die im einzelnen der Tabelle 10 entnommen werden können. Infolge der außerordentlich günstigen Entwicklung der letzten beiden Jahre, konnte sich Hamburg verhältnismäßig nah an die führenden Containerhäfen Europas heranschieben. Die bisher vorliegenden Ergebnisse des laufenden Jahres deuten darauf hin, daß sich 1973 der Abstand zu Bremen und Antwerpen vermutlich weiter verringern wird.

Hans-Eckhard Stegen

# Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (I)

## – Die Berufseinpender nach Herkunftsgebieten –

Zu den wichtigsten Grunddaten für die Analyse regionaler Verflechtungen gehören die Angaben über die Berufspendler. Dieser erste Beitrag zur Analyse der Pendlerbewegung<sup>1)</sup> im Raum Hamburg nach den Ergebnissen der Volkszählung 1970 beschäftigt sich mit den außerhalb der Stadt wohnenden, aber in ihr arbeitenden Erwerbstätigen, d. h. den Berufseinpendlern, – einer für Hamburg besonders interessanten Gruppe.

134 400 berufstätige Menschen pendelten 1970 täglich nach Hamburg ein, 40 % mehr als 1961. Die Herkunftsgebiete liegen weitgestreut in einem Umkreis von mehr als 100 km vom Hamburger Rathaus, jedoch hatten 9 von 10 Berufseinpendlern ihren Wohnsitz in der Region bis 40 km, und jeder zweite wohnte sogar nicht weiter als 20 km vom Stadtmittelpunkt entfernt. Der Pendelverkehr erweist sich also als ein im wesentlichen auf den Nahverkehrsbereich des städtischen Umlandes konzentriertes Phänomen; es steht zugleich in einer engen Beziehung zu der sog. „Randwanderung“ der städtischen Bevölkerung, einer besonders aktuell gewordenen Erscheinung im räumlichen Städtewachstum.

Die bedeutendsten Herkunftsgemeinden zum Zeitpunkt der Volkszählung waren die Großgemeinden in unmittelbarer Stadtrandnähe: Norderstedt, Wedel, Ahrensburg, Schenefeld, Geesthacht und Halstenbek oder Gemeinden mit guter Verkehrsverbindung zu Hamburg wie Pinneberg, Elmshorn und Buxtehude.

Im Jahre 1970 suchten 134 400 Erwerbstätige aus dem norddeutschen Raum ihren Arbeitsplatz in Hamburg auf (Tabelle 1). Gegenüber 1961 bedeutete dies eine Zunahme des Einpendlerstroms um 40 % bzw. 38 000 Personen<sup>2)</sup>. Die Zahl der Berufsauspendler in die Gemeinden der Nachbarländer stieg prozentual zwar um mehr als das Doppelte, jedoch bleibt der Umfang dieser täglichen Bewegung mit 17 600 Personen um fast neun Zehntel hinter der des Einpendlerstroms zurück. Im Saldo hat sich der Einpendlerüberschuß Hamburgs seit 1961 noch um ein Drittel vergrößert.

Das bedeutet, daß am Tage die Stadt wesentlich stärker bevölkert ist als nachts. Die Differenz zwi-

schen der Tagesbevölkerung (Summe aus Wohnbevölkerung und Einpendlerüberschuß) und der Nachtbevölkerung (= Wohnbevölkerung) betrug 1961 5,3 %. 1970 ist die Tagesbevölkerung gegenüber 1961 zwar annähernd konstant ausgewiesen, lag jedoch wegen der abnehmenden Wohnbevölkerung und der stark steigenden Einpendlerzahl bereits um 7,5 % über der Wohnbevölkerung.

Von den Berufseinpendlern kommen 99,6 % aus den beiden Nachbarländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Immerhin nehmen noch ca. 580 Personen den täglichen Weg von Bremen und Bremerhaven nach Hamburg auf sich (Tabelle 3).

Tabelle 1

Berufsein- und -auspendler Hamburgs 1950, 1961, 1970 nach Geschlecht

Stichtage	Berufspendler									
	nach Hamburg					aus Hamburg				
	insgesamt	davon				insgesamt	davon			
		weiblich		männlich			weiblich		männlich	
absolut		%	absolut	%	absolut		%	absolut	%	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
13. 9. 1950 .....	49 600	10 225	20,6	39 375	79,4	4 644	1 062	22,9	3 582	77,1
6. 6. 1961 .....	96 207	23 738	24,7	72 469	75,3	7 732	2 037	26,3	5 695	73,7
27. 5. 1970 .....	134 426	32 419	24,1	102 007	75,9	17 611	4 163	23,6	13 448	76,4

<sup>1)</sup> Analysen von Pendlerergebnissen aus früheren Volkszählungen siehe u. a.:

Ide, Walter: „Hamburg als Arbeitsplatz auswärts wohnender Erwerbspersonen“, in: Hamburg in Zahlen 7/1953.

Sobotschinski, Arnim: „Pendelwanderung und Arbeitsmarkt in Hamburg und seiner Umgebung“, in: Hamburg in Zahlen, 16/1955.

Legat, Wilfried: „Die Pendlerwanderung zwischen Hamburg und seiner Umgebung (Verkehrszählung 1956)“, in: Hamburg in Zahlen, 9/1958.

Boustedt, Olaf: „Der Pendelverkehr“, in: „Siedlung und Wirtschaft im Raum Hamburg und Umland“, Hamburg in Zahlen, Sonderheft 1/1967, S. 23–32.

<sup>2)</sup> s. a.: „Der Pendelverkehr des Umlandes Hamburg mit der Kernstadt nach Entfernungszonen“, in: Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, Regionalstatistische Grunddaten Nr. 3 vom 29. 12. 1972.

„Berufspendler nach Hamburg und ihre Herkunftsgebiete nach Altersgruppen und Wirtschaftsbereichen“, in: Statistische Berichte der Freien und Hansestadt Hamburg, Regionalstatistische Grunddaten Nr. 3 vom 16. 5. 1973.

„Pendlerströme in ausgewählte Gemeinden am 27. 5. 1970“, in: Statistische Berichte des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, AVZ 1970–2, vom 2. 2. 1973.

Tabelle 2

**Wohn-, Tages- und Wirtschaftsbevölkerung Hamburgs  
1950, 1961, 1970**

Stichtage	Freie und Hansestadt Hamburg			
	Wohnbevölkerung	Berufspendler-saldo	Tagesbevölkerung <sup>1)</sup>	Wirtschaftsbevölkerung <sup>2)</sup>
	1	2	3	4
13. 9. 1950 .....	1 605 606	44 950	1 650 562	1 695 518
6. 6. 1961 .....	1 832 346	88 475	1 920 821	2 009 296
27. 5. 1970 .....	1 793 782	116 815	1 910 597	2 027 412

<sup>1)</sup> Wohnbevölkerung zuzüglich Einpendler abzüglich Auspendler ohne Berücksichtigung der Ausbildungspendler. – <sup>2)</sup> Wohnbevölkerung zuzüglich doppeltem Berufspendlersaldo.

Das Schaubild 1 mit der Darstellung der Berufseinpenderströme nach Hamburg zeigt deutlich das über die gesamte Region verzweigte Netz mit den Knotenpunkten auf den im Entwicklungsmodell Hamburg und Umland ausgewiesenen Aufbauachsen der gemeinsamen Landesplanungen Hamburgs mit seinen Nachbarländern. Es fällt das aufgrund gut ausgebauter Verkehrswege massivere Netz des nördlichen Umlandes auf: *2 von 3 Einpendlern kommen aus Schleswig-Holstein.*

Auch diese Tatsache wird im Schaubild 1 sehr deutlich. Die in der Region ankommenden Ströme verstärken sich rund um Hamburg in der Entfernungzone 20 bis 30 km, vor allem aber im Nahbereich bis 20 km. Die großen Kreisflächen im Schaubild 2 – als Ausdruck für eine hohe Anzahl an Hamburg-Pendlern der jeweiligen Gemeinde – massieren sich einmal unmittelbar am nördlichen Stadtrand: von Wedel, Schenefeld, Halstenbek über Norderstedt und Ahrensburg bis Reinbek und Geesthacht. Im Süden weisen nur die Stadtrandgemeinden Meckelfeld und Neu Wulmstorf mehr als 2000 Berufspendler nach Hamburg auf. Im übrigen entsenden nur an leistungsfähigen Verkehrslinien gelegene zentrale Orte wie Pinneberg, Elmshorn, Quickborn, Henstedt-Ulzburg und Glinde so viele Erwerbstätige nach Hamburg. Im niedersächsischen Umland sind es allein die beiden ebenfalls auf Entwicklungsachsen gelegenen Gemeinden Buchholz und Buxtehude (s. Tabelle 5).

An der Spitze der Herkunftslandkreise steht Pinneberg; fast ein Viertel aller Hamburg-Pendler kommt von dort. Allerdings haben die Einpendler aus dem südlichen Umland seit 1961 erheblich zugenommen, so daß an zweiter Stelle bereits der Landkreis Harburg folgt, aus dem jeder fünfte Pendler kommt. Schaubild 2 verdeutlicht diese Entwicklung durch die starke Farbgebung innerhalb der Kreisflächen; Schaubild 3 zeigt ebenfalls, daß fast alle im 40-km-Umkreis erfaßten Entfernungszonen der südlichen Landkreise weit über dem Durchschnitt des relativen Zuwachses des Hamburger Umlandes von fast 38 % lagen.

Einen etwa gleich großen Umfang wie der Landkreis Harburg in Höhe von ca. 24 800 Berufspendlern nach Hamburg zeigt an dritter Stelle der Landkreis Stormarn, gefolgt von den Landkreisen Segeberg mit 18 800 und Hztg. Lauenburg mit 11 000 Berufspendlern nach Hamburg. Mehr als 100 Personen kommen

noch aus sehr weit entfernten Landkreisen nach Hamburg: aus Dithmarschen und Plön, Lüchow-Dannenberg, Wesermarsch und Wesermünde. Der Pendler-einzugsbereich Hamburgs insgesamt erstreckt sich also im Umkreis von mehr als 100 km auf einen großen Teil Norddeutschlands.

Der Bereich jedoch, in dem der Weg zur Arbeitsstätte überwiegend als mit einem zumutbaren Zeitaufwand erreichbar angesehen wird, liegt für Hamburg bei einer Entfernung von 40 km: *9 von 10 Berufseinpendlern kommen aus dem Umland bis 40 km: insgesamt 115 700 Personen.*

Der enge Zusammenhang zwischen Entfernungzone und Einpendlerbewegung nach Hamburg kommt in dem Verhältnis Berufseinpender zu Wohnbevölkerung zum Ausdruck. (Tabelle 4): So kommen aus der Entfernungzone bis 20 km über 20 % der Bevölkerung aus dem nördlichen Umland als Berufspendler

Tabelle 3

**Berufseinpender Hamburgs nach Herkunftsgebieten  
am 27. 5. 1970**

Herkunftsgebiete	Berufseinpender	
	Anzahl	% <sup>1)</sup>
Land Schleswig-Holstein .....	92 260	68,6
darunter aus Gemeinden mit 100 und mehr Pendlern nach Hamburg der Landkreise/Städte		
Landkreis Pinneberg .....	31 191	23,2
" Stormarn .....	24 812	18,5
" Segeberg .....	18 757	14,0
" Hztg. Lauenburg .....	11 038	8,2
Lübeck, Stadt .....	2 228	1,7
Landkreis Steinburg .....	2 066	1,5
" Ostholstein .....	741	0,6
Neumünster, Stadt .....	644	0,5
Landkreis Dithmarschen .....	344	0,3
Kiel, Stadt .....	320	0,2
Landkreis Plön .....	119	0,1
Land Niedersachsen .....	41 182	30,6
darunter aus Gemeinden mit 100 und mehr Pendlern nach Hamburg der Landkreise/Städte		
Landkreis Harburg .....	25 241	18,8
" Stade .....	8 146	6,1
Lüneburg, Stadt .....	1 566	1,2
Landkreis Lüneburg .....	1 336	1,0
" Soltau .....	1 263	0,9
" Land Hadeln .....	920	0,7
" Rotenburg .....	859	0,6
" Bremervörde .....	839	0,6
" Uelzen .....	492	0,4
Cuxhaven, Stadt .....	145	0,1
Landkreis Lüchow-Dannenberg ..	131	0,1
" Wesermarsch .....	124	0,1
" Wesermünde .....	120	0,1
Land Bremen .....	579	0,4
Übrige Gebiete (Gemeinden mit weniger als 100 Einpendlern nach Hamburg) .....	405	0,3
Insgesamt .....	134 426	100
dagegen am 6. 6. 1961 insgesamt ..	96 207	.
Zunahme 1970 gegen 1961 absolut	38 219	.
in %	39,7	.

<sup>1)</sup> Differenzen durch Rundungen.

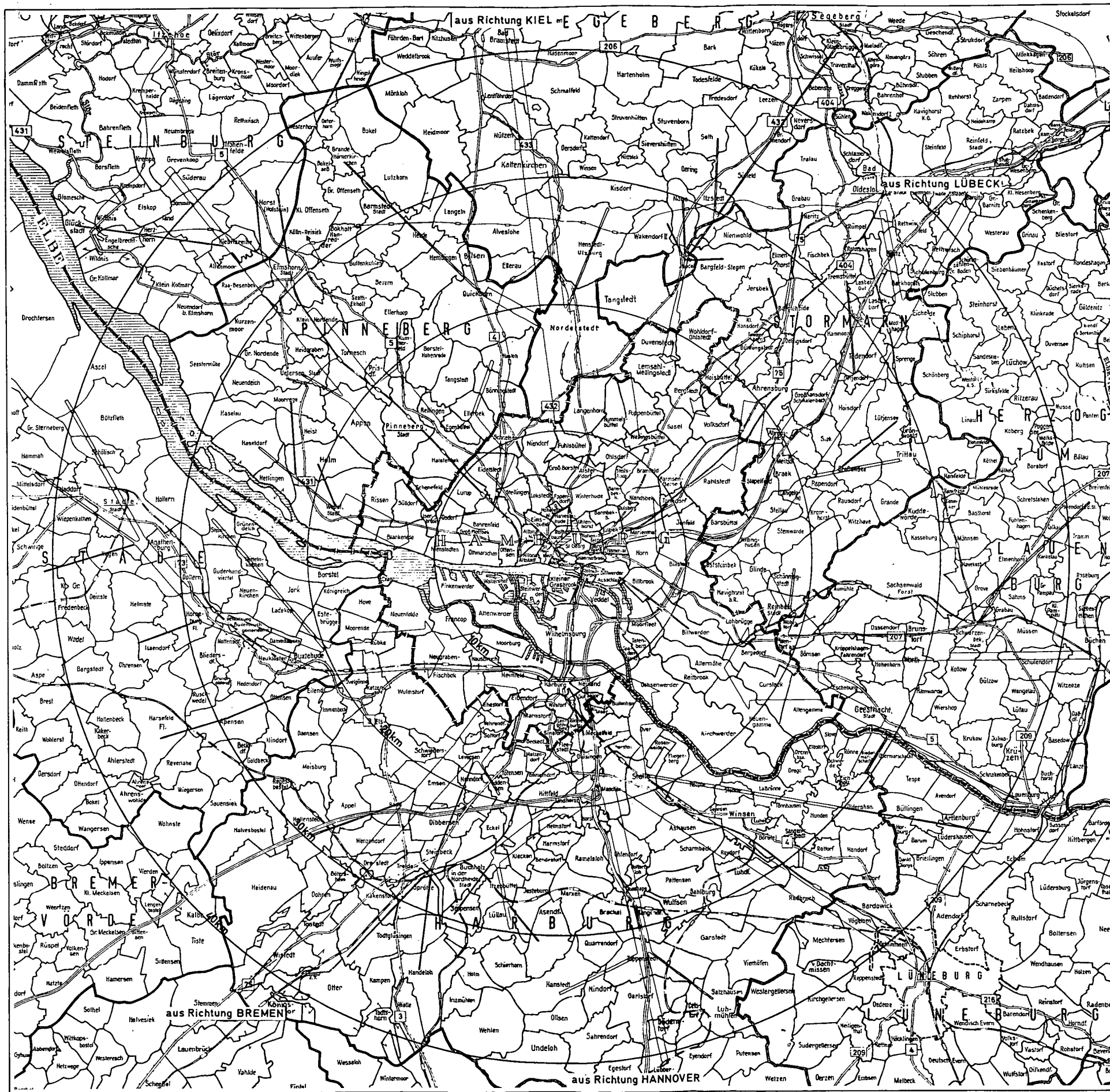
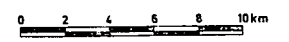


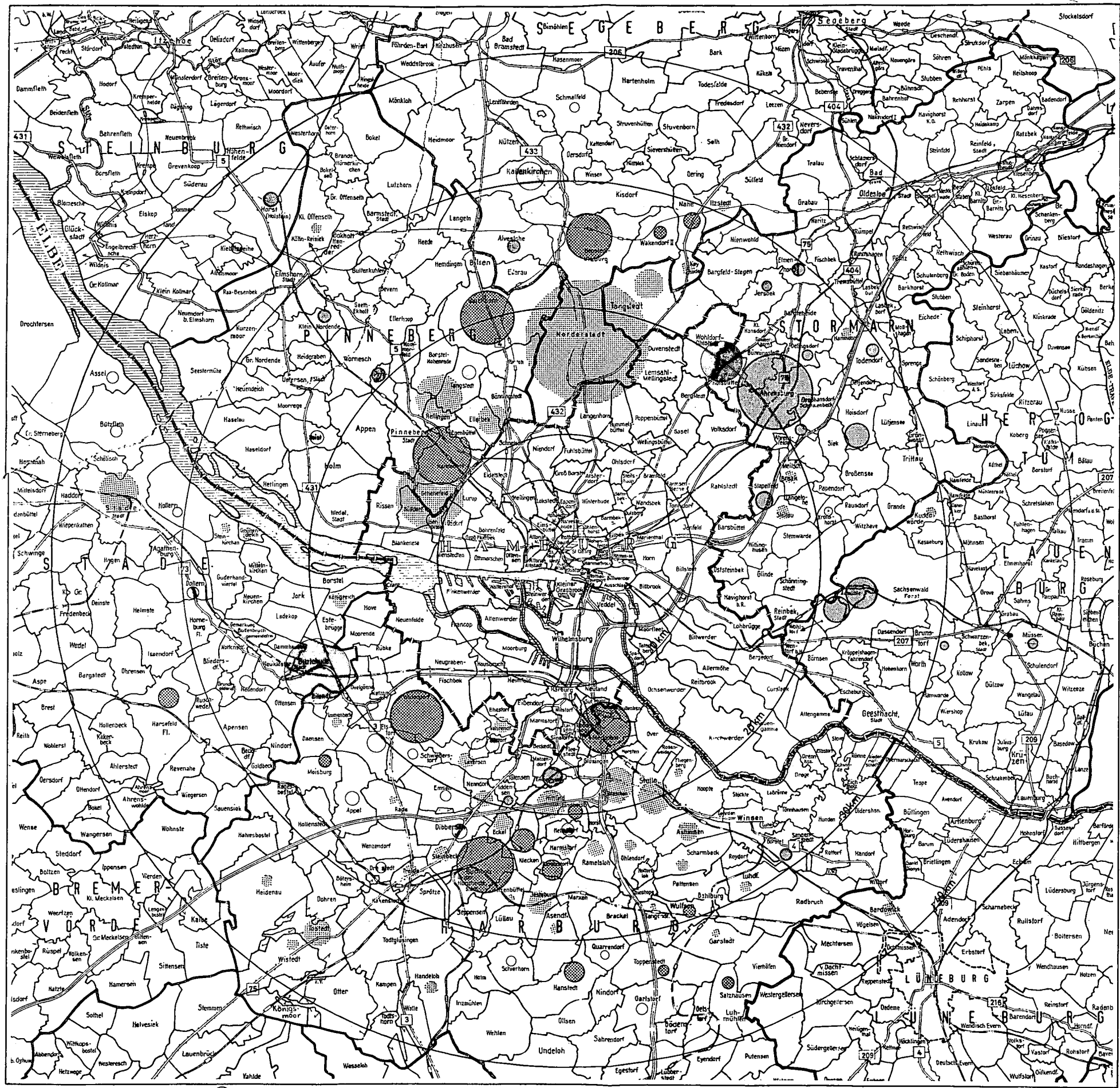
Schaubild 1  
Ströme der Berufspendler  
nach Hamburg am 27.5.1970

→ = 5000 Pendler



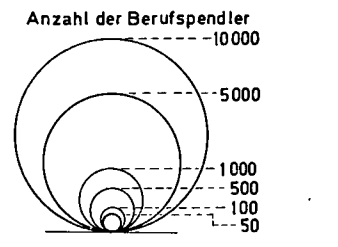
Kumulierte Darstellung





**Schaubild 2**  
**Berufspendler nach Hamburg**  
**am 27.5.1970 und deren**  
**Veränderung seit 1961**

Dargestellt sind alle Gemeinden im 40km-Umkreis mit 50 und mehr Berufspendlern nach Hamburg



Veränderung der Berufspendler nach Hamburg  
 — 6.6.1961—27.5.1970 in % —

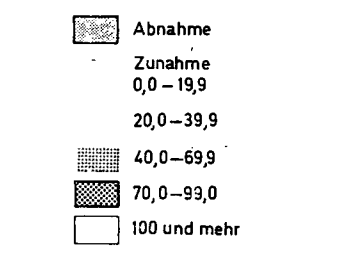
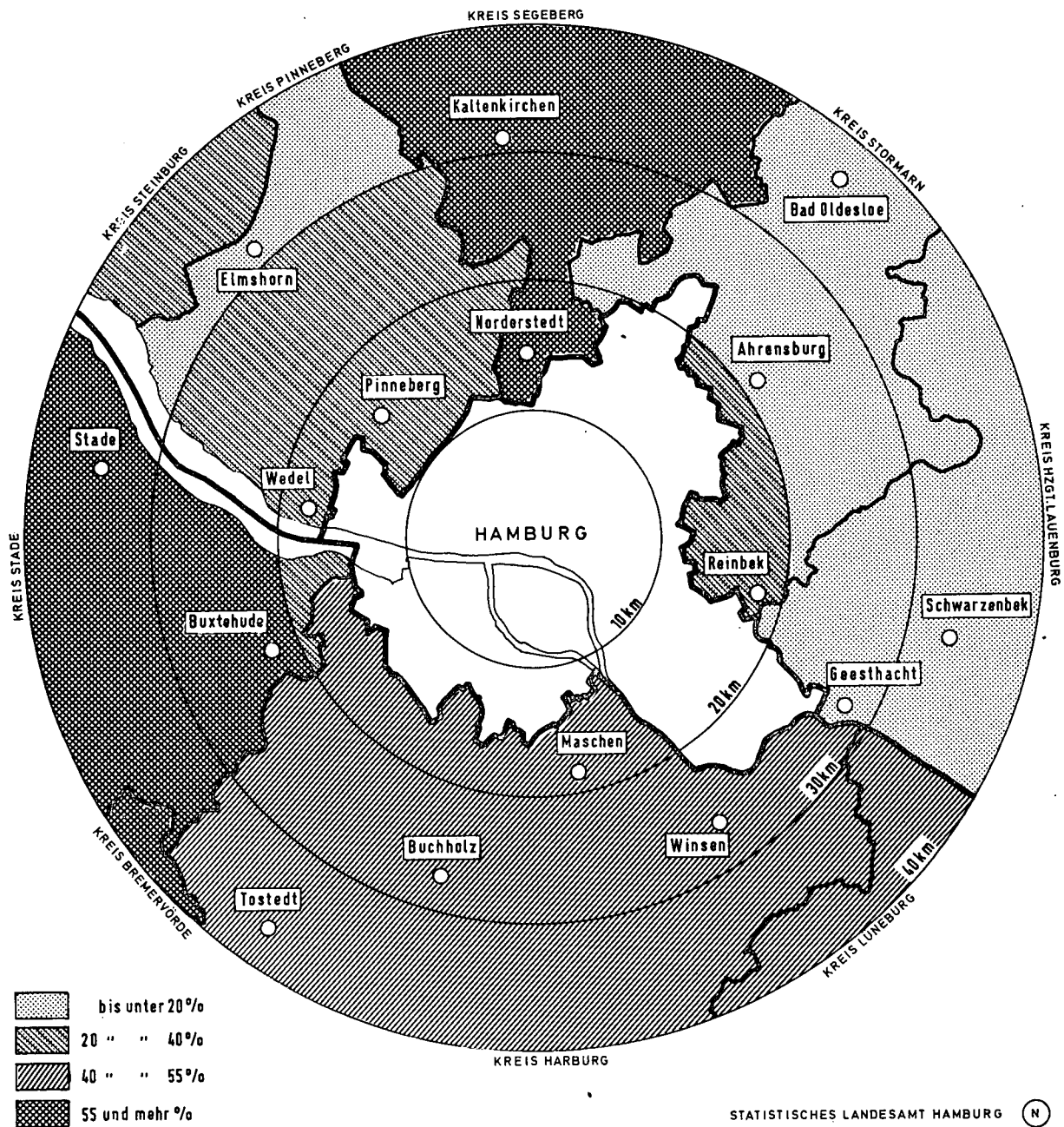




Schaubild 3

Entwicklung der Berufseinpender nach Hamburg vom 6. 6. 1961 bis 27. 5. 1970 in Landkreisen nach Entfernungszonen



nach Hamburg; in der gleichen Entfernungzone im Süden sind es sogar über 25 % der Bevölkerung.

Diese Zahlen gewinnen um so größere Bedeutung, als aus dieser Entfernungzone über 50 % aller aus dem Umland nach Hamburg einpendelnden Erwerbstätigen kommen. Das Übergewicht des Nordens als Herkunftsgebiet der Berufspendler macht sich besonders hier bemerkbar: 4 von 5 dieser Einpendler kommen aus der nördlichen Stadtrandzone.

Ein Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Einpendler nach Hamburg und den Entfernungszonen scheint dagegen nicht so offensichtlich

(Schaubild 2). So zeigen fast alle der im 40-km-Umkreis erfaßten Entfernungszonen der südlichen Landkreise seit 1961 einen weit über dem Durchschnitt des Hamburger Umlandes (37,3 %) liegenden relativen Zuwachs an Hamburg-Pendlern. Daneben fällt die im Folgenden noch näher analysierte sehr geringe Zunahme im östlichen Umland von Hamburg in allen Entfernungszonen der Landkreise Stormarn und Hztg. Lauenburg auf. Die Hauptursache dürfte in den z.T. verkehrsbedingten geringeren Bevölkerungszuwanderungen aus Hamburg, wie auch in der gleichzeitigen starken Ausweitung des Arbeitsplatzangebots in den Zentralen Orten zu suchen sein. Von Ahrensburg z. B. pendelten 1970 sogar 525 Personen

Tabelle 4

**Verhältnis von Berufseinpendlern nach Hamburg zu Berufseinpendlern insgesamt sowie zur jeweiligen Wohnbevölkerung nach Entfernungszonen**

Entfernungszonen	Anteil der Hamburg-Pendler je Entfernungzone	
	an Berufspendlern nach Hamburg insgesamt	an der jeweiligen Wohnbevölkerung
bis 20 km .....	51,6	22,2
davon		
nördlich der Elbe .....	41,3	21,4
südlich der Elbe .....	10,3	25,7
20 bis 30 km .....	35,3	13,6
davon		
nördlich der Elbe .....	21,9	13,6
südlich der Elbe .....	13,4	13,6
30 bis 40 km .....	13,1	6,2
davon		
nördlich der Elbe .....	8,3	6,7
südlich der Elbe .....	4,8	5,6

weniger nach Hamburg als 1961. Andere größere Gemeinden in diesem Bereich – wie Großhandsdorf, Bargtheide und Schwarzenbek – verzeichneten nur sehr geringe Zunahmen von Hamburg-Pendlern.

Wie zu erwarten war, hat die erhebliche Bevölkerungswanderung in der Region, die seit Jahren zu einem positiven Wanderungssaldo des Umlandes mit Hamburg, aber auch mit dem weiter entfernten Hinterland des hamburgischen Siedlungsraumes führt, den beträchtlichen Anstieg der Einpendler nach Hamburg zur Folge gehabt. Insgesamt sind von 1961 bis 1970 rd. 243 900 Personen aus Hamburg in die sechs Randkreise gezogen. Dagegen fanden aus diesen Umlandkreisen nur 141 200 Personen einen neuen Wohnsitz in Hamburg, so daß im Saldo Hamburg 102 700 Menschen an sie abgegeben hat. Wenn man die Fortzüge aus Hamburg pro Jahr auf die jeweils durchschnittliche Wohnbevölkerung bezieht, so ist festzustellen, daß im Zeitraum der vergangenen 10 Jahre jeder siebte Hamburger ins Umland zog und jeder vierte Bewohner des Umlandes ein ehemaliger Hamburger ist. Die nördlichen Hamburger Randkreise stehen dabei mit der Stadt in einer intensiveren Wanderungsbeziehung als die südlichen, denn jeder 10. Hamburger ist ins nördliche, aber nur jeder 30. ins südliche Umland gezogen, bzw. jeder 4. Bewohner der nördlichen Randkreise, aber nur jeder 5. der südlichen Randkreise ist ein ehemaliger Hamburger.

Der Umfang dieser Bevölkerungsverlagerung ist ebenso wie der der Pendelbewegung abhängig von der Lage der Verwaltungsgrenzen im Großraum<sup>3)</sup>. Sucht z. B. ein Bewohner Norderstedts täglich im nahen Fuhsbüttel seinen Arbeitsplatz auf, so zählt er als Einpendler nach Hamburg; wenn jedoch ein Erwerbstätiger aus Fuhsbüttel in Harburg arbeitet, so zählt er trotz etwa vierfacher Entfernung nur als hamburgischer Binnenpendler.

Durch Verwaltungsreformen, wie sie im Raum Hamburg 1937 durchgeführt worden sind, haben die An-

<sup>3)</sup> s. a. Boustedt, Olaf: „Forderung zur Verbesserung des Regionalvergleichs von Pendlerdaten“, In: Informationen, 20. Jg. 1970, S. 359–364.

gaben sowohl zur Wanderungs- als auch zur Pendelbewegung ganz andere Dimensionen angenommen. Im Zuge der innerregionalen Umschichtungen ging die Bevölkerung in den alten Grenzen<sup>4)</sup> vor dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1 240 000 Einwohnern im Jahre 1930 um 50 000 Personen bis 1936, um weitere 170 000 Personen bis 1961 und nochmals um 160 000 Menschen bis 1970 auf 860 000 Einwohner zurück. Das entspräche dem Stand von 1904/05<sup>5)</sup>. In den beiden Jahren 1969 und 1970 allein haben z. B. aus dem althamburgischen Gebiet 63 260 Personen ihren Wohnsitz in die neuhamburgischen Gebiete verlegt. Diese heutige Binnenwanderung hätte bei damaligen Grenzen also über wenige Jahre hinweg bereits eine Vervielfachung des negativen Wanderungssaldos zur Folge gehabt.

Die Problematik und die Interpretationsfähigkeit statistischer Angaben durch deren Bezug auf administrative Räume wie z. B. die „Stadt“ Hamburg läßt sich auch mit Hilfe von Pendlerdaten zeigen. Die Zahl der Einpendler 1970, die nach dem Gebietsstand von 1970 134 400 betrug, würde nach dem Gebietsstand von 1937 auf 276 100 steigen, also mehr als doppelt so hoch sein.

Durch die Schaffung des Begriffs „Wirtschaftsbevölkerung“ ist versucht worden, die von der in einem Gebiet erbrachten wirtschaftlichen Leistung lebenden Bevölkerung zu bestimmen. Sie setzt sich zusammen aus der Wohnbevölkerung und dem doppelten Berufspendlersaldo, da davon ausgegangen wurde, daß durchschnittlich jeder Berufspendler eine weitere Person ernährt. Es zeigt sich, daß die Wohnbevölkerung von 1950 bis 1961 um 14 % zugenommen hat, die Wirtschaftsbevölkerung dagegen um 19 %. Sie überschritt damit damals bereits die 2-Millionengrenze (s. Tabelle 2). Im Zeitraum 1961 bis 1970 hat trotz abnehmender Wohnbevölkerung der Kernstadt Hamburg um 2 % die aus der Hamburger Wirtschaft lebende Bevölkerung um 1 % zugenommen!

Wie bereits angedeutet und im Schaubild 1 dargestellt, strömen die Erwerbstätigen vor allem aus den Stadtrand-Gemeinden sowie aus den Orten der Aufbau- und Entwicklungsachsen zu ihrem Hamburger Arbeitsplatz, d. h. aus Gemeinden der sternförmig ins Umland sich erstreckenden Hauptverkehrslinien. Die Einpendlerzahlen nehmen dabei einmal aus den Achsenzwischenräumen in Richtung auf die Verkehrsachse und zum anderen auf den Achsen in Richtung Stadtrand stark zu. Insgesamt wurden die Einpendler in 10 Ströme geteilt gemäß den – zum Teil gebündelten – Hauptverkehrslinien (Schaubild 1). Der stärkste Einpendlerstrom kommt über die Verkehrsachse aus Richtung Elmshorn mit der dort beginnenden S-Bahn oder über die z. T. autobahnähnlich ausgebaute Bundesstraße 5 nach Hamburg: insgesamt fast 24 000 Menschen.

22 000 Personen kommen aus dem Einflußbereich der Achse Kaltenkirchen–Norderstedt. Hier wirkt sich je-

<sup>4)</sup> Sie umfaßten annähernd die Bezirke Altona, Wandsbek (ohne Eilbek) und Harburg (ohne Moorburg), die Ortsamtsgebiete Stellingen und Lokstedt sowie die Stadtteile Billstedt und Lohbrügge.

<sup>5)</sup> „Befragung der aus Hamburg Fortziehenden“. Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Drucksache VII/2928 vom 2. 5. 1973.

Tabelle 5

**Verhältnis von Berufspendlern nach Hamburg zu Fortzügen, Erwerbstätigen und tätigen Personen  
In Gemeinden mit 500 und mehr Hamburg-Pendlern  
— genannt nach der Zahl der Fortzüge —**

Gemeinde Land Entfernungszone	Fortzüge aus Hamburg 6. 6. 1961 bis 31. 12. 1970		Veränderung der Einpendler nach Hamburg vom 6. 6. 1961 bis 27. 5. 1970		Einpendler nach Hamburg am 27. 5. 1970	Erwerbs- tätige am 27. 5. 1970	Anteil der Pendler an den Erwerbs- tätigen	Tätige Personen		
	Anzahl	absolut	Anteil an Sp. 1	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl insgesamt am 27. 5. 1970	Veränderung gegenüber dem 6. 6. 1961 (Beschäftigte)		
								absolut	%	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Norderstedt ..... SH 20	29 470	5 190	17,6	13 490	24 760	54,5	16 857	9 318	123,6	
Wedel (Holstein) .... SH 20	9 570	830	8,7	5 270	13 260	39,7	8 720	869	11,1	
Schenefeld ..... SH 20	9 470	1 750	18,5	4 280	7 030	60,9	4 882	2 032	71,3	
Ahrensburg ..... SH 30	8 840	— 530	— 6,0	4 600	10 710	43,0	9 456	3 425	56,8	
Pinneberg ..... SH 20	8 660	1 100	12,7	4 840	15 600	31,0	13 360	2 202	19,7	
Reinbek ..... SH 20	6 670	770	11,5	3 090	6 500	47,5	5 018	2 353	88,3	
Buxtehude ..... NS 20	6 600	1 800	27,3	3 410	9 510	35,9	8 009	2 175	37,3	
Quickborn ..... SH 30	4 810	1 060	22,0	2 460	6 510	37,8	3 610	1 053	41,2	
Halstenbek ..... SH 20	4 710	1 150	24,4	2 780	4 900	56,7	1 500	461	44,4	
Elmshorn ..... SH 40	4 630	570	12,3	3 370	17 050	19,8	16 418	1 785	12,2	
Henstedt-Ulzburg .... SH 30	4 400	820	18,6	1 760	4 270	41,2	1 631	758	87,0	
Buchholz i. d. N. .... NS 30	4 390	1 210	27,6	2 610	5 420	48,2	3 716	1 050	39,4	
Schönningstedt ..... SH 20	4 250	90	2,1	740	1 970	37,6	1 442	738	104,8	
Meckelfeld ..... NS 20	4 150	930	22,4	2 110	2 820	74,8	1 028	629	157,6	
Geesthacht ..... SH 30	4 080	240	5,9	2 940	9 960	29,5	7 414	16	0,2	
Wentorf b. Hamburg .. SH 20	3 890	240	6,2	1 540	3 460	44,5	1 298	599	85,7	
Rellingen ..... SH 20	3 570	590	16,5	1 740	4 510	38,6	2 283	1 124	97,0	
Glinde ..... SH 20	3 480	600	17,2	2 110	4 410	47,8	4 222	1 100	35,2	
Stade ..... NS 40	3 030	430	14,2	1 210	13 370	9,1	15 459	2 301	17,5	
Großhansdorf ..... SH 30	3 020	40	1,3	1 550	3 070	50,5	1 370	381	38,5	
Hoisdüffel ..... SH 20	2 810	900	32,0	1 360	1 830	74,3	561	340	153,8	
Neu Wulmstorf ..... NS 20	2 610	970	37,2	2 130	3 130	68,1	1 228	664	117,7	
Bad Oldesloe ..... SH 40	2 350	340	14,5	1 360	7 730	17,6	8 020	948	13,4	
Maschen ..... NS 20	2 300	370	16,1	1 050	1 730	60,7	986	499	102,5	
Barsbüttel ..... SH 20	2 250	250	11,1	1 300	1 860	69,9	1 041	731	235,8	
Tangstedt/Stormarn . SH 30	2 160	330	15,3	800	1 730	46,2	152	44	40,7	
Ellerbek ..... SH 20	1 830	340	18,6	860	1 640	52,4	869	665	326,0	
Bargteheide ..... SH 30	1 770	60	3,4	1 010	3 130	32,3	2 192	704	47,3	
Oststeinbek ..... SH 20	1 730	230	13,3	1 110	1 660	66,9	472	130	38,0	
Fleestedt ..... NS 20	1 590	250	15,7	950	1 250	76,0	400	35	9,6	
Jesteburg ..... NS 30	1 520	200	13,2	530	1 310	40,5	844	142	20,2	
Uetersen ..... SH 30	1 440	70	4,9	970	7 280	13,3	7 001	— 21	— 0,3	
Stelle ..... NS 20	1 350	390	28,9	1 020	2 030	50,2	1 020	377	58,6	
Winsen (Luhe) ..... NS 30	1 340	370	27,6	1 400	5 360	26,1	5 179	308	6,3	
Kaltenkirchen ..... SH 40	1 330	320	24,1	630	2 920	21,6	2 704	632	30,5	
Tornesch ..... SH 30	1 310	170	13,0	980	3 500	28,0	1 556	152	10,8	
Hittfeld ..... NS 20	1 290	230	17,8	730	1 330	54,9	742	156	26,6	
Schwarzenbek ..... SH 40	1 190	80	6,7	1 020	4 100	24,9	3 371	488	16,9	
Bünningstedt ..... SH 30	1 140	50	4,4	550	1 200	45,8	443	254	134,4	
Trittau ..... SH 30	1 120	120	10,7	660	2 140	30,8	1 556	156	11,1	
Börnsen ..... SH 30	990	60	6,1	680	1 120	60,7	573	289	101,8	
Aumühle ..... SH 30	840	— 60	— 7,1	700	1 380	50,7	566	— 120	— 17,5	
Wohltorf ..... SH 20	820	— 50	— 6,1	510	990	51,5	299	— 76	— 20,3	
Tostedt ..... NS 40	790	240	30,4	700	2 060	34,0	1 418	171	13,7	

doch die dominierende Stellung Norderstedts mit allein 13 500 Hamburg-Pendlern aus. Diese Verkehrsachse ist geprägt durch die Bündelung von Autobahn, Bundesstraßen sowie AKN, Alsternord- und U-Bahn.

Ca. 20 000 Personen kommen aus dem Bereich der Achse von Bad Oldesloe,

Ca. 13 000 aus dem Bereich Schwarzenbek, Reinbek, Geesthacht.

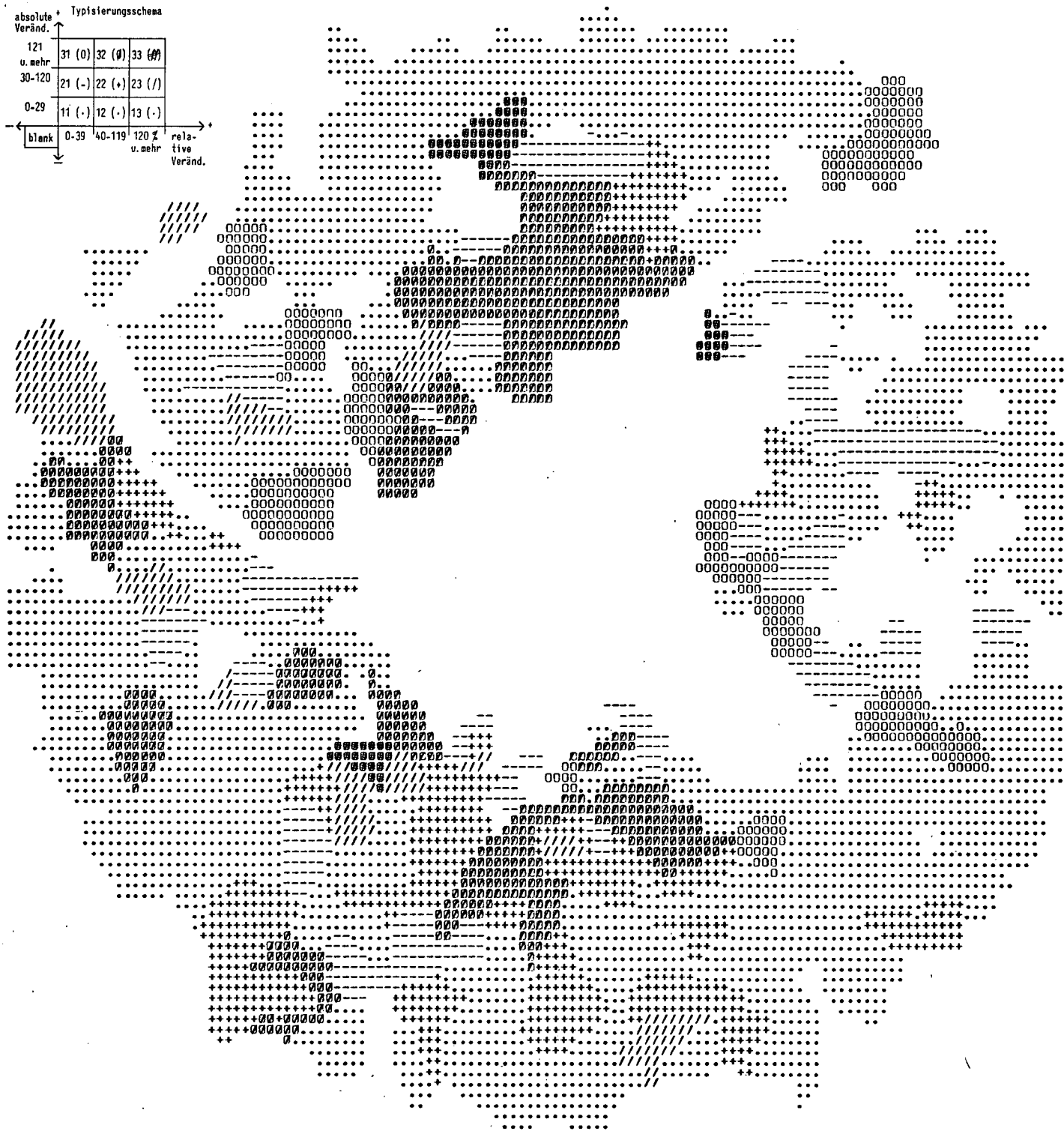
Im Umland südlich der Elbe dominiert die Verkehrsachse Autobahn/Bundesbahn von Lüneburg sowie Buchholz mit zusammen ca. 20 000 Einpendlern nach Hamburg.

Betrachtet man die 44 Gemeinden mit 500 und mehr Berufspendlern nach Hamburg (Tabelle 5), so fällt auf, daß 38 von ihnen Gemeinden der Aufbau- und Entwicklungsachsen sind. Insgesamt entsenden aus dem 40-km-Umland immerhin 29 Gemeinden 1 000 und mehr Pendler täglich nach Hamburg. Sie liegen zum größten Teil relativ nahe zum Stadtmittelpunkt, und zwar 16 davon im Umkreis bis 20 km, 9 weitere im 30-km-Kreis. Aus der Entfernungszone 30-40 km kommen mehr als 1 000 Berufseinpender nur noch aus Elmshorn (3 370), Bad Oldesloe (1 360), Stade (1 210) und Schwarzenbek (1 020) täglich nach Hamburg.

Die an leistungsfähigen Verkehrslinien gelegenen Orte haben zum großen Teil seit 1961 auch die höch-

Schaubild 4

COMPUTERKARTE REGIONALDATEI  
ENTWICKLUNG DER BERUFSEINPENDLER NACH HAMBURG 1961 - 1970



sten Zunahmen an Hamburg-Pendlern zu verzeichnen: Norderstedt, Schenefeld, Halstenbek, Pinneberg und Quickborn im Norden sowie Buxtehude und Buchholz im Süden.

In der Computerkarte (Schaubild 4) ist die absolute und relative Pendlerentwicklung typisiert

dargestellt worden, um relativ hohe Zunahmen bei absolut geringer Entwicklung nicht überzubewerten. Die Schwellenwerte wurden mit Hilfe eines Verteilungsdiagramms und des Wertes der gesamten Einpendlerentwicklung (39,7 % Zunahme der Berufseinpender nach Hamburg) gebildet. Der dunkelste Wert (Typ 33) zeigt die höchste absolute wie auch relative

Veränderung an, während die Typen 11, 12 und 13 als Gemeinden mit nur sehr geringer absoluter Pendlerzunahme zusammengefaßt und entsprechend hell markiert wurden. Die hohen absoluten Zunahmen konzentrieren sich überwiegend auf die Achsengemeinden. Das Schaubild 2 zeigt dazu jedoch ergänzend, daß vor allem im südlichen Hamburg-Umland in fast allen Gemeinden – auch in den sog. Zwischenachsenräumen – eine starke relative Zunahme an Hamburg-Pendlern stattgefunden hat.

Der Zusammenhang zwischen Fortzügen aus Hamburg und Einpendlern nach Hamburg scheint geringer zu sein als zunächst angenommen. Betrachtet man die 44 Gemeinden mit 500 und mehr Berufseinpendlern nach Hamburg, so stehen zahlreiche Gemeinden in einer erheblich abweichenden Rangfolge (Tabelle 5). Gemessen an der Höhe der Fortzüge aus Hamburg lag die Einpendlerzunahme nach Hamburg erheblich niedriger im Rang bei den – ausschließlich schleswig-holsteinischen – Gemeinden Ahrensburg, deren Zahl an Hamburg-Pendlern sogar um mehr als 500 zurückging, bei Bargteheide, Großhansdorf, Schönningstedt, Reinbek, Wentorf, Geesthacht und bei Wedel. Mit Ausnahme von Wedel liegen diese Gemeinden alle im östlichen Umland von Hamburg. Dagegen befanden sich die Gemeinden, deren Rangfolge in der Zunahme der Pendler nach Hamburg erheblich höher war als bei den Zuzügen aus Hamburg, außer Hoisdüppel und Kaltenkirchen alle im niedersächsischen Umland: Stelle, Winsen, Hittfeld, Buchholz, Tostedt und Neu Wulmstorf. Es scheinen also die aus Hamburg in die niedersächsischen Gemeinden gezogenen Erwerbstätigen ihren hamburgischen Arbeitsplatz eher beizubehalten als die nach Schleswig-Holstein ziehenden Personen. Eine eingehende Analyse der Pendlerströme und ihrer Entwicklung wird in einem späteren Artikel folgen. Es ist aber festzustellen, daß in den Gemeinden des südlichen Umlandes die Korrelation von Zuzug aus Hamburg und Einpendlerzunahme nach Hamburg

sehr eng ist. Die von diesem Zusammenhang stark abweichenden schleswig-holsteinischen Gemeinden dagegen zeichnen sich durch hohe Beschäftigtenzahlen und -zunahmen zwischen 1961 und 1970 aus. So hat Ahrensburg z. B. seine Arbeitsplätze um 3 400 erweitert. Es ist somit nicht verwunderlich, daß viele der in diese Stadt ziehenden Menschen sich dort auch einen neuen Arbeitsplatz suchen und daß die Pendelbeziehung mit Hamburg dadurch gelockert wird.

Auch für andere Gemeinden, vor allem des 20-km-Kreises bedeutet es trotz intensiver Pendlerverflechtung mit Hamburg nicht, daß sie zu reinen „Schlafstädten“ Hamburger Arbeitskräfte geworden sind. In dieser Zone liegen 6 der 10 Gemeinden, die zwischen 1961 und 1970 die höchsten Zunahmen an Beschäftigten zu verzeichnen hatten:

Norderstedt (+ 9 320), Reinbek (+ 2 350), Pinneberg (+ 2 200), Schenefeld (+ 2 030), Rellingen (+ 1 120) und Glinde (+ 1 100). Die vier anderen Gemeinden mit besonders hohen Beschäftigtenzunahmen sind in der 20–30-km-Zone Ahrensburg (+ 3 430) und Buxtehude (+ 2 180) und in der Zone von 30–40 km Stade (+ 2 300) und Elmshorn (+ 1 790). Eingehendere Untersuchungen dieser Beziehungen werden folgen.

Die traditionellen Herkunftsgebiete der hamburgischen Berufseinpendler haben sich in den letzten Jahren kaum verändert. Nach wie vor stellen die stadtrandnahen Gemeinden die Hälfte aller der die Landesgrenze überschreitenden Erwerbstätigen. Eindeutig dominieren vom Volumen her die Stadtrandgemeinden Schleswig-Holsteins und dort mit weitem Abstand die Stadt Norderstedt, aus der jeder 10. hamburgische Berufseinpendler gekommen ist. Die stärksten relativen Zunahmen dagegen verzeichneten die Gemeinden des südlichen Hamburger Umlandes.

Jens Gerhardt

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	757,7	767,5	759,1	757,9
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	3,1	6,2	5,9	8,1
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	88	79	81	74
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	4	3	3	4
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	7	5,1	5	6
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	40	19	56	69
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	46	132	152	138
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	11	6	3	4
Tage mit Niederschlägen	"	258	201	26	19	27	23
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungstand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	...	...	...	...	244,5
" Altona	"	264,3	...	...	...	...	257,0
" Eimsbüttel	"	264,6	...	...	...	...	254,3
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	...	...	...	345,7
" Wandsbek	"	357,5	...	...	...	...	374,6
" Bergedorf	"	82,6	...	...	...	...	94,6
" Harburg	"	199,0	...	...	...	...	205,0
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	...	...	...	1 775,7
dav. männlich	"	861,9	820,7	...	...	...	821,3
weiblich	"	995,0	953,2	...	...	...	954,4
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	89,8	...	119,7	120,3	...	113,7
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019 p	710 p	1 085 p	955 p	891 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	...	...	...	...	6,1
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269 p	1 040 p	1 205 p	1 060 p	1 292 r
dar. unehelich	"	143	113 p	90 p	105 p	95 p	102 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	...	...	...	...	8,8
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	8,9 p	8,9 p	8,7 p	8,9 p	7,8 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 048 p	2 065 p	1 980 p	2 400 p	2 082 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	24 p	27 p	21 p	31 p	18 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	...	...	...	...	14,3
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>9)</sup>	"	17,2	18,9 p	26,0 p	17,4 p	29,2 p	13,3 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 779 p	- 1 025 p	- 775 p	- 1 340 p	- 790 r
" <sup>10)</sup>	"	+ 0,8	...	...	...	...	5,4
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	...	...	...	...	6 726
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	...	...	...	...	7 560
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 379	...	...	...	...	- 834
weiblich	"	- 342	...	...	...	...	- 479
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	...	...	...	14 037
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus Schleswig-Holstein	"	1 542	...	...	...	...	1 742
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	835	...	...	...	...	1 107
Niedersachsen	"	1 091	...	...	...	...	1 279
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	272	...	...	...	...	391
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	...	...	...	...	1 920
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	...	...	...	...	1 785
b) Fortgezogene nach Schleswig-Holstein	"	2 351	...	...	...	...	2 464
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	1 620	...	...	...	...	1 848
Niedersachsen	"	1 268	...	...	...	...	1 621
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	525	...	...	...	...	866
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	...	...	...	1 931
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	...	...	...	...	1 544

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala - <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 - <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. - <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. - <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	11 749	11 294	11 211	11 211	11 179	11 306
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		273 169	260 924	260 023	284 816	255 596	263 453
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	87,4	86,3	80,2	81,6
b) Gemeinnützige Krankenhäuser	Anzahl	4 573	4 740	4 695	4 695	4 847	4 808
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		123 729	127 459	123 774	135 558	124 855	127 077
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	87,5	93,1	92,6	87,1	88,0
c) Private Krankenhäuser	Anzahl	745	798	797	797	797	790
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		19 012	20 880	21 050	22 364	19 794	21 066
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	85,0	93,0	90,5	84,1	88,9
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		21 274	19 998	19 066	21 557	19 754	19 253
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	79,9	85,7	87,5	82,8	78,3
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		25 628	17 462	15 816	17 339	16 262	17 220
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	81,8	80,6	79,8	79,6	81,9
<b>3. Krankenhäuser für Geistesranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 743
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		48 245	43 688	40 340	47 265	43 356	42 840
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	88,2	88,1	93,3	88,4	85,3
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 292
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		38 084	38 605	35 128	38 977	37 692	38 000
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	97,8	97,5	97,7	97,6	98,0
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 478	1 420	1 307	1 312	1 312	1 422
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		43 630	41 731	37 963	42 446	40 873	40 227
Pflegertage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	95,0	97,7	98,7	98,3	93,5
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>1)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	688,8	694,3	694,1	694,4	688,8
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	625,0	631,2	631,2	631,4	624,5
<b>2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 688	462 919	516 381	547 754	514 383	465 799
Ausgeliehene Noten	"	3 241	6 242	5 869	8 004	7 289	6 373
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>1)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	40 425	42 780	41 616	36 342
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 998	15 021	15 190	14 849	13 155
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl	Anzahl	43 981	60 227	69 928	71 440	75 400	61 156
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	683,1	681,7	681,6	689,2
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	404,7	401,7	400,6	400,2	406,7
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	48,3	46,9	46,8	46,7	48,8
Rentner	"	175,5	234,0	234,5	234,3	234,7	233,7
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	28,7	24,5	35,6	33,5	29,4	23,4
dav. männlich	"	17,9	16,8	24,3	22,9	20,2	16,0
weiblich	"	8,8	7,7	11,3	10,6	9,2	7,4

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	6 120	5 767	5 406	4 663
dav. männlich	"	2 318	2 528	3 213	3 158	2 943	2 471
weiblich	"	1 092	2 004	2 907	2 609	2 463	2 192
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	.	.	.	44
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	.	.	.	46
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	.	.	.	123
Elektriker	"	24	28	.	.	.	31
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	.	.	.	55
Tischler, Modellbauer	"	24	18	.	.	.	8
Drucker	"	44	48	.	.	.	53
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	.	.	.	37
Ernährungsberufe	"	75	92	.	.	.	84
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	.	.	.	158
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	.	.	.	106
Warenkaufleute	"	368	421	.	.	.	428
Verkehrsberufe	"	313	252	.	.	.	253
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	.	.	.	1 002
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	.	.	.	257
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	17 464	17 594	18 335	18 662
dav. männlich	"	13 014	9 643	9 841	9 820	10 409	9 445
weiblich	"	12 813	9 073	7 623	7 774	7 926	9 217
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage *)							
dav. männlich	"	5 841	5 654	5 698	6 108	5 029	5 692
weiblich	"	4 134	4 025	3 939	4 343	3 585	4 057
weiblich	"	1 707	1 629	1 759	1 765	1 444	1 635
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	5 435	4 436	4 611	5 043	4 823
weiblich	"	9 955	4 568	3 872	3 855	4 159	3 916
weiblich	"	572	867	564	756	884	907
Arbeitsuchende am Monatsende *)							
dav. männlich	"	8 299	11 472	13 892	13 027	11 732	11 366
dav. männlich	"	5 512	5 810	6 951	6 692	5 976	5 540
weiblich	"	2 787	5 662	6 941	6 335	5 756	5 826
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	.	.	.
weiblich	"	5 157	18 618	.	.	.	.
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 352	1 725	1 882	1 806
dar. an Molkereien geliefert	%	88,0	94,0	90,1	91,2	94,8	95,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	10,6	12,2	13,3	13,8
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	9 218	11 020	10 809	10 742
dav. lose	"	3 628	1 925	1 587	1 727	1 511	1 865
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	178
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	7 631	8 084	7 930	8 262
mit abwechl. Fettgehalt	"	.	148	224	281	347	123
dar.: „Fettarme Trinkmilch“	"	.	.	57	117	151	.
(Frischmilch = 1,5 %) Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	857	928	1 021	314
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	365	455	628	487
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	5,4	5,7	6,1	7,6
Kälber	"	2,8	1,3	1,1	1,0	1,3	1,4
Schweine	"	47,0	35,1	30,2	30,1	31,3	33,9
Schafe	"	2,7	0,8	0,6	0,5	1,1	0,6
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	4,7	5,3	5,0	7,0
Kälber	"	2,5	1,2	1,0	1,0	1,3	1,4
Schweine *)	"	49,8	36,1	31,0	30,5	31,5	35,2
Schlachtschlachten aus gewerblichen Schlachtungen *)							
dav. Rinder (ohne Kälber)	"	6 229	5 355	4 409	4 402	4 483	5 348
Kälber	t	1 595	1 701	1 297	1 416	1 375	1 875
Kälber	"	187	114	81	83	97,0	116
Schweine	"	4 318	3 511	3 003	2 880	2 982	3 332

\*) durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — \*) Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — \*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — \*) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 387	1 386	...	1 415
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	196	196	196 p	199
dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	-	152	123	121	121	...	123
Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	-	24 859	18 971	18 574	19 858	18 440 p	19 074
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	177	190	...	170
Gehälter (Bruttosumme)	-	75	153	157	160	...	145
Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	4	4	4	...	4
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 881	2 934	...	3 063
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	-	48 231	68 567	73 933	...	48 563
Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	69	69	...	59
Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	186	196	...	166
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	16	13	14	16	...	14
Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 713	1 618	1 923	1 778 p	1 574
dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	-	155	247	231	377	291 p	197
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energie-wirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	129,7	128,4 p	129,5	131,4
Verarbeitende Industrie	-	109,0	121,9	127,2	126,6 p	...	130,0
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	-	108,9	135,6	146,0	137,6 p	...	140,2
Investitionsgüterindustrie	-	110,0	126,7	132,9	133,4 p	...	129,8
Verbrauchsgüterindustrie	-	111,3	107,0	117,0	136,2 p	...	117,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-	107,3	106,2	102,7	103,2 p	...	122,2
Bauindustrie	-	103,7	131,9	127,8	134,0 p	...	148,5
Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 713	1 618	1 923 r	1 788 p	1 574
dar. Mineralölverarbeitung	-	215	280	294	293	299 p	241
Chemische Industrie	-	101	155	166	173	148 p	155
Elektroindustrie	-	143	223	203	260	215 p	196
Maschinenbau	-	83	136	123	154	161 p	118
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	12	13	13	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	650	634	577	539
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	65	62	58	57
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup></b>				3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
		1965	1972				
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	...	82,6	82,0	...	82,6
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	...	181,0	232,3	...	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	...	180,4	239,0	...	144,9
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>							
		Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	43 929	44 336	...	44 879
dar. Inhaber	-	1 365	1 256	1 217	1 224	...	1 281
Angestellte	-	4 684	5 898	6 149	6 173	...	5 999
Arbeiter <sup>10)</sup>	-	43 102	37 035	36 563	36 939	...	37 599
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	5 468	6 215	...	6 506
dav. für Wohnungsbauten	-	2 216	2 030	1 640	2 025	...	1 956
gewerblich und industr. Bauten	-	1 673	2 064	2 133	2 213	...	2 058
öffentliche und Verkehrsbauten	-	2 939	2 015	1 695	1 977	...	2 492
Löhne (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	Mio DM	46,3	78,9	69,2	78,6	...	72,9
Gehälter (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	-	5,9	14,3	14,1	13,9	...	12,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	126,2	220,3	145,6	191,9	...	158,3
dav. im Wohnungsbau	-	42,2	73,1	49,9	85,3	...	57,1
gewerblich und industr. Bau	-	31,0	73,8	53,6	56,7	...	59,7
öffentlichen und Verkehrsbau	-	53,0	73,4	42,0	49,9	...	41,5
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175 p	99	112	156	194
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	-	94 p	60	52	68	99
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440 p	183	265	399	558
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5 p	37,2	54,9	79,5	110,2
Wohnfläche	1 000 qm	95	93 p	36	60	88	124
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65 p	48	57	62	77
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	605 p	486	522	298	267
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6 p	96,6	94,0	40,5	53,6
Nutzfläche	1 000 qm	73	107 p	91	76	59	59
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253 p	509	749	1 081	1 649

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie - <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden - <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen, d h ohne Umrechnung, ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. - <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer, mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1968 nicht vergleichbar. - <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe - <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	71	87	109	127
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	423	158	164	173	247
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	27,7	30,9	37,2	47,7
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	39	31	64	61
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	636	420	476	180	273
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	74,6	85,9	35,2	42,1
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 140</b>	<b>1 237</b>	<b>400</b>	<b>492</b>	<b>426</b>	<b>660</b>
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)							
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176 p	72	98	70	74
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92 p	47	63	20	50
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	426 p	117	235	278	129
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,8 p	24,7	93,1	53,6	21,1
Wohnfläche	1 000 qm	96	89 p	27	52	59	29
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	66 p	28	28	33	35
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	434 p	104	150	544	277
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,2 p	11,7	31,0	37,2	43,9
Nutzfläche	1 000 qm	69	79 p	21	24	59	34
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 438</b>	<b>1 239 p</b>	<b>343</b>	<b>685</b>	<b>833</b>	<b>407</b>
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)		968	658 p	217	308	366	217
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert							
<b>5. Bauüberhang</b>							
(am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	15 651 p	16 500	16 400	15 900	17 100
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		7 136	2 922 p	3 200	3 500	4 100	5 300
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	187	187	185
Wohnungen		636	724	725	725	726	713
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 705	2 707	2 710	2 712	2 662
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	187	217	...	190
dar. Warenhäuser		130	292	255	291	...	259
Facheinzelhandel		120	165	149	175	...	160
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	.	.	.	.	.	.
dav. Unternehmen des Außenhandels		.	.	.	.	.	.
Unternehmen des Binnengroßhandels		.	.	.	.	.	.
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	.	.	.	.	.
Lieferungen Hamburgs		140 188	.	.	.	.	.
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	329	...	...	...	381
dav. Waren der Ernährungswirtschaft		17	33	...	...	...	33
Gewerblichen Wirtschaft		195	296	...	...	...	349
dav. Rohstoffe		2	2	...	...	...	2
Halbwaren		50	58	...	...	...	43
Fertigwaren		143	236	...	...	...	304
dav. Vorzeugnisse		9	21	...	...	...	19
Enderzeugnisse		134	215	...	...	...	285
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa		152	237	...	...	...	299
dar. EWG-Länder		65	98	...	...	...	90
EFTA-Länder		67	99	...	...	...	175

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. — \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	·	·	·	·	·
dav. Beherbergungsgewerbe	·	125	·	·	·	·	·
Gaststättengewerbe	·	108	·	·	·	·	·
<b>6. Fremdenverkehr *)</b>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	116	...	...	...	119
dar. von Auslandsgästen	·	42	40	...	...	...	39
* Fremdenübernachtungen	·	232	223	...	...	...	229
dar. von Auslandsgästen	·	90	75	...	...	...	70
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 577 p	1 458 p	...	1 500 p	1 496
Angekommene Schiffe	·	1 739	1 633 p	1 417 p	...	1 580 p	1 551
Abgegangene Schiffe	·	·	·	·	·	·	·
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 842 p	3 846 p	4 012 p	3 573 p	3 521
dav. Empfang	·	2 229	2 953 p	2 861 p	3 029 p	2 726 p	2 731
dav. Massengut	·	1 634	2 348 p	2 246 p	2 371 p	2 087 p	2 142
dar. Mineralöle	·	968	1 389 p	1 458 p	1 270 p	1 248 p	1 425
Kohle	·	192	170 p	157 p	189 p	74 p	121
Getreide	·	180	255 p	231 p	305 p	151 p	147
Sack- und Stückgut	·	595	605 p	615 p	658 p	639 p	589
Versand	·	713	889 p	985 p	983 p	847 p	790
dav. Massengut	·	292	401 p	477 p	370 p	314 p	327
Sack- und Stückgut	·	421	488 p	508 p	613 p	533 p	463
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
* Gütereingang	1 000 t	340	381 p	187	...	...	445
* Güterversand	·	309	424 p	304	...	...	523
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) *)</b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 339 p	2 677 p	2 859 p	2 821
Gestartete Flugzeuge	·	2 047	3 027	2 339 p	2 676 p	2 858 p	2 849
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	109,3 p	129,6 p	141,8 p	138,6
Abgereiste Fluggäste	·	71,0	142,9	108,5 p	134,1 p	136,9 p	133,2
Angekommene Fracht	t	578	1 278	1 326 p	1 378 p	1 383 p	1 209
Abgegangene Fracht	·	587	1 059	875 p	961 p	897 p	1 018
Angekommene Post	·	185	346	362 p	411 p	326 p	327
Abgegangene Post	·	229	369	379 p	438 p	348 p	313
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr *)</b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	10 788	12 476	...	11 519
Hoch- u. Untergrundbahn	·	13 705	15 714	14 898	17 102	...	15 724
Straßenbahn	·	9 436	3 946	4 014	4 587	...	4 319
Kraftomnibusse der HHA	·	8 695	13 963	13 488	15 390	...	13 540
Kraftomnibusse der VHH	·	1 873	2 568	2 501	2 775	...	2 597
Private Kraftomnibusse	·	301	278	169	194	...	281
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis *) *) (Im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen *) *)	1 000	352,2	480,7	482,7	486,7	490,0	490,7
·	·	310,8	432,6	434,3	437,5	440,2	442,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen *) Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	5 944	6 137	7 876	...	6 909
·	·	4 632	5 409	5 661	7 226	...	6 351
·	·	362	414	379	449	...	394
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
* Unfälle mit Personenschaden *)	Anzahl	859	1 064	924	942	1 049	1 066
* Getötete Personen	·	26	29	26	21	35	25
* Verletzte Personen	·	1 108	1 428	1 224	1 202	1 378	1 438

\*) ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — \*) ohne Translt. — \*) Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — \*) Stand Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — \*) einschließlich Kombinationskraftwagen. — \*) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — \*) Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen *) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	38 250,9	38 244,6	38 257,3	31 271,9
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 084,9	10 973,3	10 586,2	10 252,6	10 002,9
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	9 935,1	10 829,1	10 417,6	10 108,3	9 853,3
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren *)	"	.	4 905,0	5 619,4	5 706,5	5 866,1	4 658,1
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	4 510,4	5 188,9	5 254,6	5 403,6	4 319,4
• Langfristige Kredite *) (von 4 Jahren und darüber)	"	.	17 004,4	21 658,2	21 951,9	22 138,6	16 610,9
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	15 130,5	19 670,0	19 941,9	20 068,3	14 767,2
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	666,4	799,9	793,6	841,5	654,1
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	21 033,4	26 265,8	26 420,3	26 569,8	20 066,8
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	11 939,4	16 609,4	16 814,1	16 965,3	11 156,3
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 492,8	11 988,2	12 087,1	12 257,6	9 853,3
• Spareinlagen	"	.	4 069,9	9 094,0	9 606,2	9 604,5	8 910,5
• dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	5 970,0	6 300,9	6 295,1	5 874,4
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	538,9	502,5	453,9	499,5
• Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	492,3	525,4	580,6	420,1
• Zinsgutschriften	"	.	12,9	36,5	0,5	2,4	1,5
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	11	28	18	15
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	533	626	646	692
• Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 101	2 703	2 526	2 181
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen *)</b>	Anzahl	20 563	24 087	21 009	22 008	21 943	23 044
• Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 191	3 588	3 767	3 172	2 788
• Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 198	1 435	1 629	1 433	1 612	1 258
• Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	464	487	556	420	444
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg *)</b>	Anzahl	162	154	155	157	157	154
• Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 812	5 859	5 861	5 330
• Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	5 896	5 941	5 983	5 597
• Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 164	5 132	5 192	5 142
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM	.	695 916	664 078	898 971	632 683	534 793
• dav. Steuern vom Einkommen	"	.	200 385	403 928	317 563	300 063	239 455
• dav. Lohnsteuer	"	.	89 007	253 391	256 016	241 670	209 608
• Veranlagte Einkommensteuer	"	.	64 393	86 357	26 068	16 813	24 416
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	.	10 279	21 053	46 888	15 301	6 265
• Körperschaftsteuer	"	.	36 708	43 128	11 409	108 516	834
• Steuern vom Umsatz	"	.	291 987	346 515	296 774	332 620	295 338
• dav. Umsatzsteuer	"	.	82 827	174 696	213 031	171 898	174 761
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	.	117 291	133 484	133 814	120 577
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	704 213	750 888	735 727	696 506
• dar. Zölle	"	.	45 076	57 880	58 032	60 263	59 313
• Verbrauchsteuern	"	.	358 150	639 003	612 917	660 579	619 407
• dar. Mineralölsteuer	"	.	261 342	538 007	497 163	549 008	514 773
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	75 952	33 257	27 387	24 366
• dar. Vermögensteuer	"	.	11 355	16 502	41 690	4 594	2 305
• Kraftfahrzeugsteuer	"	.	7 992	12 130	10 400	13 402	9 590
• Biersteuer	"	.	2 430	3 327	2 288	2 527	3 365
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	48 355	80 717	.	.	50 189	43 247
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	.	34 764	58 771	160 200	25 345	10 586
• Grundsteuer A	"	.	73	91	.	8	12
• Grundsteuer B	"	.	5 134	9 106	.	976	1 072
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 070 049	1 211 321	1 081 777	991 821
<b>6.* Einnahmen des Landes</b> (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	242 489	.	.	94 269	197 496
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen *)	"	.	122 235	153 387	.	57 270	103 346
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	.	35 415	.	9 612	69 784
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	.	11 245	1 568	.	.
• Außerdem:	"	.	.	.	.	.	.
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	.	48 355	58 227	.	50 189	43 247
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer *)	"	.	.	40 966	.	18 986	32 763
• Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	.	341 681	.	163 444	273 506

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

\*) ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. - \*) einschließlich durchlaufender Kredite. - \*) Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. - \*) ohne RM-Gesellschaften. - \*) nach Zerlegung. - \*) Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1972	November 1972	Februar 1973	Februar 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	185,3	187,3	190,2	178,7
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	185,6	187,7	190,9	178,9
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	185,1	186,9	189,6	178,5
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	184,5	186,4	189,2	178,4
Bürogebäude	"	112,2	180,1	182,3	184,0	186,9	174,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	182,6	183,8	185,8	175,8
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	388	397	404	373
weibliche Arbeiter	"	140	245	241	247	249	229
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	8,72	9,01	9,09	8,27
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	5,87	6,04	6,07	5,57
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,5	44,1	44,4	45,2
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,1	40,9	41,0	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	39,8	35,8	40,1	41,7
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	36,7	32,0	37,2	38,4
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	1 875	1 919	1 936	1 763
weiblich	"	747	1 381	1 353	1 394	1 410	1 278
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	1 998	2 054	2 064	1 892
weiblich	"	748	1 374	1 343	1 389	1 403	1 280
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 743	1 787	1 810	1 675
weiblich	"	668	1 254	1 230	1 264	1 282	1 172
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	1 776	1 820	1 842	1 697
weiblich	"	688	1 288	1 261	1 297	1 314	1 199
Technische Angestellte							
männlich	"	1 178	2 024	1 989	2 044	2 053	1 891
weiblich	"	838	1 504	1 483	1 515	1 533	1 434
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	359	724	...	415
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	93	103	"	88
bekämpfte Brände	"	221	384	266	621	"	317
dav. Großbrände	"	9	18	7	23	"	17
Mittelbrände	"	28	46	25	121	"	28
Kleinbrände	"	86	178	120	319	"	140
Entstehungsbrände	"	80	135	100	139	"	121
Schornsteinbrände	"	6	9	14	19	"	11
Hilfeleistungen aller Art	"	951	951	690	726	"	689
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"	12 039	12 039	11 619	12 460	"	11 269
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 158	1 741	1 494	1 703	"	1 727
Betriebsunfälle	"	544	438	410	455	"	389
Krankenbeförderungen	"	2 882	2 882	2 701	2 838	"	2 805
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	13 481	13 481	12 668	13 910	"	12 373
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	150	150	70	150	"	81
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	10 438	10 892	9 047	10 878
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	9	8	7	7
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	190	265	179	172
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	143	129	151	122	141
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	110	131	80	100
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	3 527	3 659	3 110	3 631
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	3 066	3 262	2 602	3 329
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	6 593	6 921	5 712	6 960
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-							
diebstahl	"	180	273	256	227	171	237
Unterschlagung	"	203	143	152	139	120	163
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	116	80	63	60
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 137	1 083	984	1 166
Brandstiftung	"	33	38	40	43	47	50
Außerdem:							
Verkehrsvergehen <sup>5)</sup>	"	778	1 471	1 443	1 858	1 377	1 575
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>6)</sup>	"	8 929	26 571	11 418	12 023	9 318	26 213
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	443	562	415	450
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>7)</sup>	"	31 317	30 393	35 486	39 960	34 398	29 258

<sup>1)</sup> Effektivverdienste: ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-  
werbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebüh-  
renpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt  
wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im  
Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1972

Großstädte	Bevölkerung						Erwerbstätigkeit			Industrie <sup>1)</sup>				
	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose <sup>1)</sup>	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nicht-deutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>2)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	MioDM	1000 DM	
Berlin	3. Vj.	2 072	4 687	9 187	25 483	21 386	— 403	7 324	20 054	82 087	238 468	115	5 114	2 468
	2. Vj.	2 073 <sup>4)</sup>	4 904	9 245	25 313	22 475 <sup>4)</sup>	— 3 503	8 274	19 295	80 518	240 552	116	4 865	2 347
Hamburg	3. Vj.	1 772	3 790	6 002	19 998	20 787	— 3 001	3 977	19 421	63 879	197 151	111	5 035	2 841
	2. Vj.	1 775	4 029	5 636	18 332	20 069	— 3 344	3 573	20 662	62 441	198 272	112	4 983	2 807
München	3. Vj.	1 337	2 576	3 131	25 215	25 135	— 475	2 935	22 246	135 572	192 349	144	4 776	3 572
	2. Vj.	1 338 <sup>p</sup>	2 758	3 135	26 499	30 065	— 3 943	2 571 <sup>1)</sup>	24 078 <sup>1)</sup>	133 689 <sup>1)</sup>	191 159	143	4 696	3 509
Köln	3. Vj.	840	2 153	2 343	14 721	15 660	— 1 129	3 110	9 943	56 936	134 741	160	2 877	3 425
	2. Vj.	841	2 355	2 450	12 969	14 693	— 1 819	3 012	9 907	55 317	135 214	161	3 034	3 608
Essen	3. Vj.	687	1 556	2 128	5 802	7 234	— 2 004	3 737	5 493	15 597	62 720	91	1 069	1 556
	2. Vj.	689	1 707	2 186	4 911	6 839	— 2 407	3 700	5 877	15 829	62 359	91	1 093	1 586
Düsseldorf	3. Vj.	645	1 371	1 960	9 857	11 076	— 1 808	1 669	7 776	44 130	116 588	181	2 304	3 572
	2. Vj.	647	1 416	1 947	8 656	13 017	— 4 892	1 659	7 381	43 538	117 116	181	2 420	3 740
Frankfurt/M.	3. Vj.	680	1 514	1 951	15 201	17 040	— 2 276	2 772	20 002	11 708	118 174	174	2 654	3 903
	2. Vj.	666	1 593	1 872	14 054	15 868	— 2 093	2 379	17 757	112 022	127 671	192	2 662	3 997
Dortmund	3. Vj.	642	1 615	1 914	5 179	6 582	— 1 702	3 890	5 481	17 226	75 924	118	1 340	2 087
	2. Vj.	644	1 644	2 098	4 848	5 436	— 1 042	3 838	5 905	16 649	75 456	117	1 209	1 877
Stuttgart	3. Vj.	628	1 507	1 528	17 780	18 097	— 338	669	16 431	75 453	148 801	237	3 892	6 197
	2. Vj.	629	1 534	1 485	15 680	16 410	— 681	603	15 138	73 464	146 955	234	3 830	6 089
Bremen	3. Vj.	591	1 475	1 818	7 451	8 220	— 1 112	3 246	6 653	15 897	84 356	143	2 543	4 303
	2. Vj.	592	1 549	1 865	6 459	7 946	— 1 803	3 177	6 806	15 751	84 243	142	2 302	3 889
Hannover	3. Vj.	517	1 086	1 617	9 521	10 030	— 1 040	2 605	9 327	34 995	112 178	217	2 122	4 104
	2. Vj.	517	1 132	1 747	9 218	9 430	— 827	2 512	9 628	34 920	113 933	220	2 178	4 213

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>4)</sup>			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz <sup>2)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>5)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer
	1000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	3. Vj.	17 030	531	256	613	4 381	416	2 690	557	139	761	3 575	4 666	144 804	42 388
	2. Vj.	16 683	475	229	632	4 604	405	2 380	629	306	852	3 835	4 988	91 858	27 239
Hamburg	3. Vj.	18 548	722	407	441	2 801	360	2 405	688	416	772	3 148	4 411	153 250	131 962
	2. Vj.	19 819	568	320	510	3 544	322	1 629	844	371	709	3 350	4 520	144 880	102 535
München	3. Vj.	25 107	794	594	499	4 737	569	9 366	2 669	584	1 274	2 590	3 545	114 504	92 457
	2. Vj.	24 780	708	529	575	5 818	321	3 039	1 149	514	1 035	2 257	3 048	101 795	81 190
Köln	3. Vj.	8 850	283	337	232	2 392	119	843	114	219	416	1 321	1 877	39 978	37 787
	2. Vj.	9 572	270	321	192	3 004	139	1 444	340	196	374	1 550	2 099	80 650	47 051
Essen	3. Vj.	.	.	.	186	977	121	922	268	33	71	859	1 013	45 305	25 601
	2. Vj.	.	.	.	130	702	145	739	248	42	94	941	1 278	30 466	31 877
Düsseldorf	3. Vj.	8 394	321	498	187	1 840	148	1 050	243	160	312	955	1 263	82 113	34 519
	2. Vj.	8 341	298	461	166	1 315	94	689	268	161	360	991	1 493	66 188	31 249
Frankfurt/M.	3. Vj.	12 176 <sup>p</sup>	509	749	100	1 025	31	380	47	369	543	1 249	1 571	169 240	41 938
	2. Vj.	12 377	543	815	217	938	23	198	67	325	488	1 291	1 671	150 037	46 432
Dortmund	3. Vj.	6 151	183	285	284	1 258	194	962	1 548	35	75	906	1 222	33 020	21 267
	2. Vj.	6 079 <sup>p</sup>	169	391	165	1 048	180	864	171	43	81	896	1 197	41 737	26 480
Stuttgart	3. Vj.	12 529	387	616	282	1 458	149	1 191	530	128	301	825	1 241	68 836	42 208
	2. Vj.	12 295	389	618	173	959	190	1 379	654	132	316	977	1 367	63 855	44 271
Bremen	3. Vj.	.	.	.	362	1 435	197	555	415	93	181	918	1 105	41 651	30 272
	2. Vj.	.	.	.	328	1 049	151	653	489	88	171	1 030	1 247	38 496	26 794
Hannover	3. Vj.	6 429	209	404	106	931	155	1 153	182	96	165	843	1 105	50 136	26 848
	2. Vj.	6 446	193	373	123	792	71	426	94	115	210	884	1 131	42 584	29 982

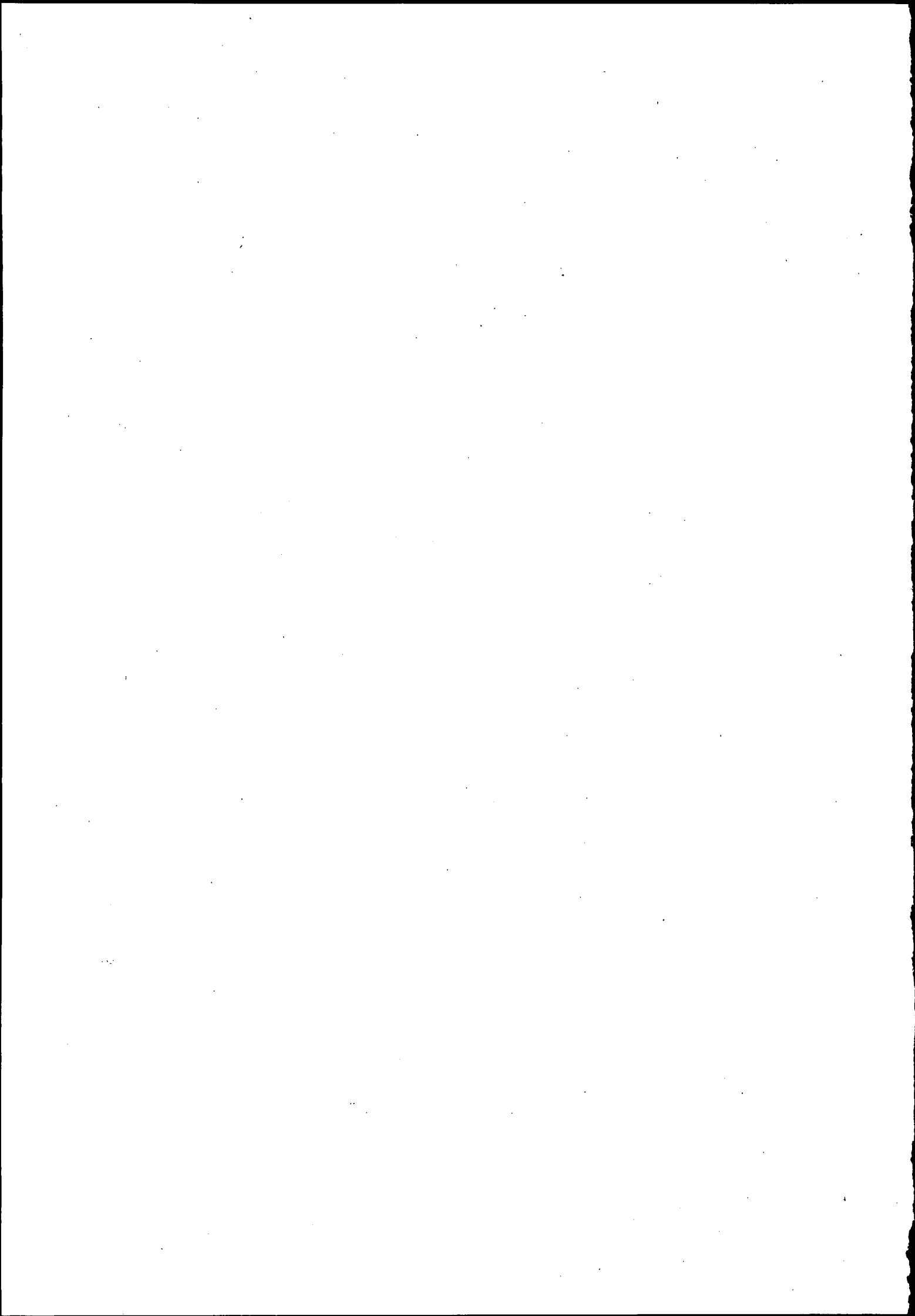
<sup>1)</sup> Jeweils Quartalsende. — <sup>2)</sup> Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — <sup>3)</sup> ohne Mehrwertsteuer. — <sup>4)</sup> ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — <sup>5)</sup> einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — <sup>6)</sup> In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — <sup>7)</sup> einschließlich Landkreis München.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Januar 1973	Februar 1973	März 1973	März 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	61 675,8
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	...	...	...	7,4
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	...	...	...	12,0
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	...	...	...	12,0
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 303	...	...	8 359
Geleistete Arbeitsstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	934	946	...	...	990
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	51 179	...	...	51 441
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	10 553	...	...	10 314
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	166,4	162,3	177,6	176,6	165,2
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	163,7	181,1	180,1	167,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	189,6	206,7	208,6	189,0
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	157,1	176,9	174,9	162,1
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	156,5	175,9	172,9	164,6
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	115,2	147,5	134,3	141,8	140,8	141,3
Bauindustrie	"	118,9	152,2	107,2	115,5	131,0	143,4
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>	1 000	1 642,8	...	...	...	...	1 525,1
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	...	...	...	...	217,2
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	...	...	...	4 963,9
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	94 495	51 568	65 900	61 199
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 072 p	17 394	20 882	...	23 608
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	189	187	219	206
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	55 072 p	...	...	...	...
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	...	...	...	11 296
dav. Empfang	"	8 950	8 787	...	...	...	9 124
Versand	"	1 885	2 131	...	...	...	2 172
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	184 989	210 779	280 956	294 824
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 502 p	25 301 p	26 120 p	27 982 p	31 049
Getötete Personen	"	1 313	1 561 p	1 302 p	1 124 p	1 231 p	1 448
Verletzte Personen	"	38 124	43 948 p	34 863 p	36 222 p	38 079 p	43 105
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	5 757	4 033	3 775	3 339
Voranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	1 094	620	5 017	4 374
Körperschaftsteuer	"	681	708	339	123	2 019	1 701
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915	4 853	4 895	3 633	3 270
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	119,5	120,7	121,4	115,0
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,6	116,7	117,5	117,8	105,6
Index der Ausführpreise	"	104,8	124,5	128,0	130,4	131,3	123,8
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	...	...	144,4	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	143,3	137,3	145,4	135,6
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	130,2	136,3	195,3	138,3	127,1
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	194,7	169,4	196,1	185,5
<b>LOHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	...	7,77	7,97	...	8,02
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	...	43,8	43,8	...	43,9

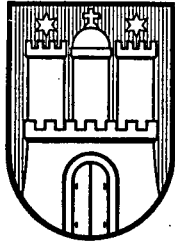
Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. - <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.





# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

Juli-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Weiterhin leichter Rückgang der Wohnbevölkerung im Jahre 1972

Ende 1972 hatte Hamburg 1 766 200 Einwohner, rd. 15 400 oder 0,9% weniger als ein Jahr zuvor. Zu dieser Bevölkerungsabnahme, die um 3 400 Personen höher war als 1971, hat zu gut zwei Dritteln der Überschuß der Gestorbenen über die Lebendgeborenen und zu knapp einem Drittel die über den Zuzügen liegende Zahl der Fortzüge beigetragen.

Im vergangenen Jahr sind 25 800 Einwohner gestorben; dies bedeutet im Vergleich zu 1971 zwar eine leichte Verminderung, da aber 1972 die Zahl der Lebendgeborenen gegenüber dem Vorjahr um 2 400 auf 15 200 zurückgegangen ist, ergab sich insgesamt ein **G e s t o r b e n e n ü b e r s c h u ß** von nahezu 10 600.

In der Wanderungsbilanz des letzten Jahres standen 82 400 Fortzüge 77 600 Zuzügen gegenüber, so daß sich ein negativer Saldo von 4 800 errechnet; der Wanderungsverlust des Jahres 1971 belief sich auf knapp 3 800 Einwohner. Bevorzugte Ziele der aus Hamburg fortgezogenen Personen waren wiederum die schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Randkreise; der Wanderungsverlust gegenüber diesen Gebieten betrug annähernd 16 200. Ein positiver Saldo wurde bei den Wanderungen von Ausländern ermittelt, der mit 10 100 ungefähr die Größenordnung des Jahres 1971 erreichte.

### Weniger Kraftfahrzeuge neu zugelassen

Im Jahre 1972 wurden in Hamburg 71 300 fabrikneue Kraftfahrzeuge — über 5% weniger als im Jahr zuvor — zum öffentlichen Straßenverkehr zugelassen.

Relativ am stärksten ist der Rückgang an Neuzulassungen mit fast 15% bei den Nutzfahrzeugen (Lkw und Zugmaschinen). Ihnen folgen mit knapp 5% die Personenkraftwagen. Die seit einiger Zeit zu beobachtende Vorliebe zum Motorradfahren hat sich auch in der Statistik niedergeschlagen: Zwar ist die absolute Zahl der Neuzulassungen mit 480 Kraftträdern noch relativ klein, gegenüber 1971 bedeutet sie aber eine Zunahme von fast 52%. Infolge der immer noch anhaltenden Nachfrage nach Wohnwagen ist die Zahl der Kraftfahrzeuganhänger um 12% gestiegen.

Betrachtet man die Neuzulassungen von Personenkraftwagen, die 82% der gesamten Neuzulassungen ausmachen, so läßt sich deutlich der Trend zum hubraumstarken Wagen feststellen. Während die Neuzulassungen von Perso-

nenwagen mit einem Hubraum von 1 200 bis unter 1 500 ccm um fast 14% und mit einem Hubraum von 1 500 bis unter 2 000 ccm um knapp 5% unter den Vorjahreszahlen liegen, haben sich die Neuzulassungen von Wagen, die mit Maschinen über 2 000 ccm ausgerüstet sind, um mehr als 17% erhöht.

### Fast 40% der privaten Pkw werden nachts auf der Straße abgestellt

Im Rahmen der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 haben etwa 8 000 repräsentativ ausgewählte Hamburger Haushalte unter anderem auch Fragen über die Kraftfahrzeughaltung beantwortet.

42% dieser Haushalte sind Besitzer von Personenkraftwagen; unter ihnen hat fast jede zehnte Familie jeweils zwei Wagen.

Nach den Angaben der Fahrzeughalter werden 61% der Pkw nachts im Freien abgestellt: 39% der Personenkraftwagen stehen auf der Straße, 19% auf Einstellplätzen oder privaten Parkplätzen und 3% auf öffentlichen Parkplätzen.

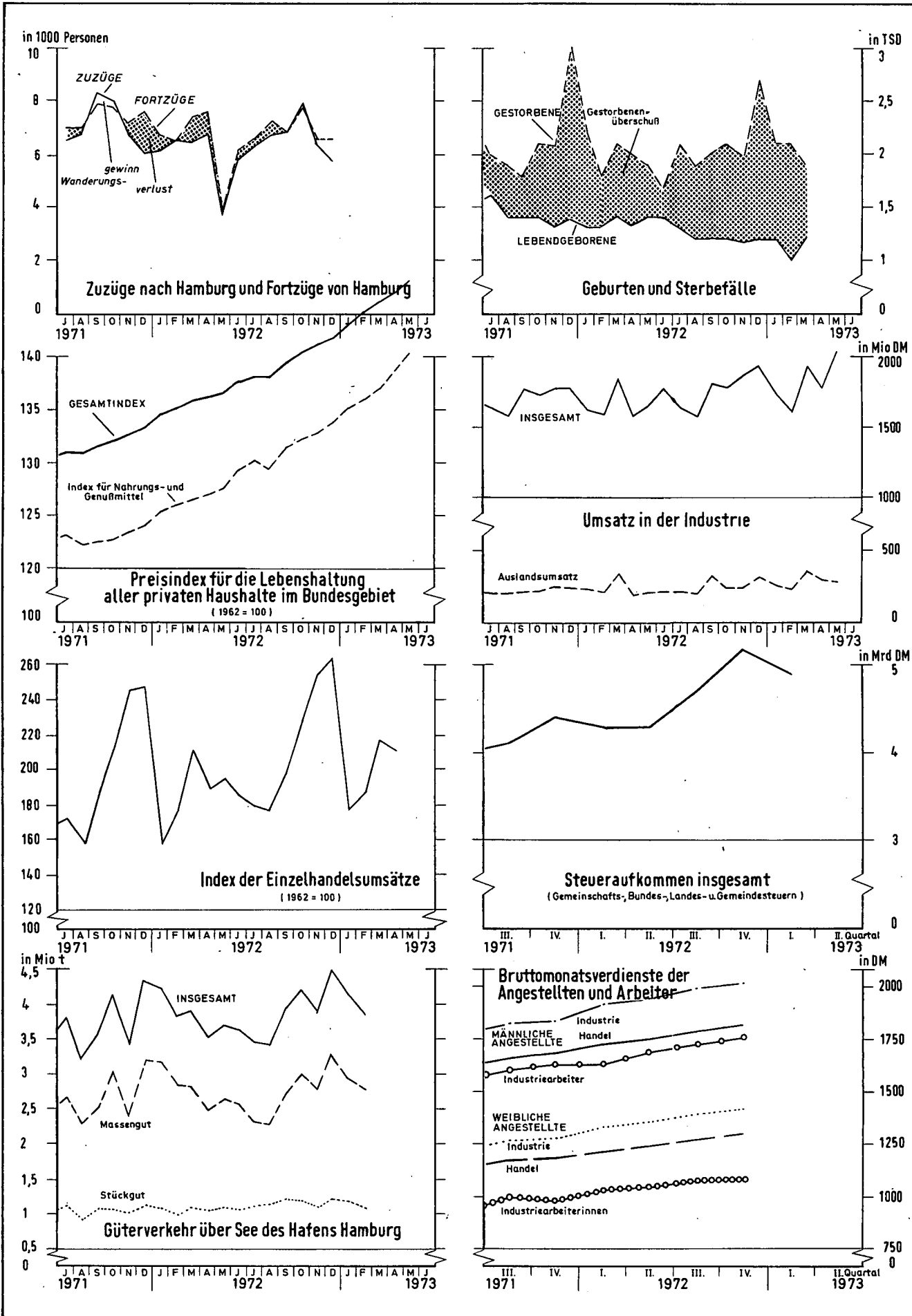
Die restlichen Pkw sind zur Nachtzeit in Garagen untergebracht, und zwar 29% in Einzelgaragen und 10% in Sammelgaragen.

### Zwei Fünftel der Haushalte fühlen sich in ihrer Wohnung durch Lärm gestört

Bei der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 sind die repräsentativ ausgewählten Haushalte auch darüber befragt worden, wie sie ihre Wohnverhältnisse beurteilen.

Etwa 90% der Familien haben die Frage „Ist eine Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel in der Nähe Ihrer Wohnung?“ bejaht. Ebenfalls rd. 90% haben angegeben, daß Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf in der Nähe der Wohnung vorhanden sind. Gut 80% können von zu Hause aus Grünanlagen oder Grünflächen leicht erreichen. Für 60% hat die Wohnung eine günstige Lage zu sportlichen Einrichtungen, und für 45% der Befragten ist die Wohnung zu kulturellen Einrichtungen günstig gelegen. Knapp 70% sind der Ansicht, daß sie eine ruhige Wohnlage haben; trotzdem haben 40% der Haushalte die Frage, ob sie sich in ihrer Wohnung durch Lärm belästigt fühlen, mit „ja“ beantwortet. Fast jeder fünfte Haushalt fühlt sich in seiner Wohnung durch Geruchsbelästigungen beeinträchtigt.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Geburtenentwicklung und langfristige Tendenzen der allgemeinen Fruchtbarkeit in Hamburg

Die natürliche Bevölkerungsbewegung der letzten 20 Jahre in Hamburg ist neben einer steigenden Zahl der Sterbefälle gekennzeichnet durch einen ununterbrochenen Anstieg der jährlichen Geburtenzahlen bis 1964 und einen fast gradlinigen Rückgang seit 1966. 1952 betrug die Zahl der Lebendgeborenen 16 800. Sie stieg bis auf 27 700 im Jahr 1964; 1972 wurden nur noch 15 500 Neugeborene registriert. Die Ursachen dieser Geburtenentwicklung werden in folgendem Beitrag, soweit es das Material der amtlichen Statistik zuläßt, herausgearbeitet.

Der erste Teil dieses Aufsatzes dient hauptsächlich der Einführung in die Problematik der Fruchtbarkeitsmessung und stellt als Bezugsrahmen für den zweiten Teil die gegenwärtigen Tendenzen der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Hamburg dar.

An die Skizzierung des allgemeinen Fruchtbarkeitsverlaufs seit dem 19. Jahrhundert im zweiten Teil schließt sich eine ausführlichere Analyse der Geburtenentwicklung seit 1950 in Hamburg an. Für diese Analyse kommen folgende demographische Ursachenkomplexe in Betracht:

1. *Einflüsse aus dem Altersaufbau und aus der Familienstandsgliederung der weiblichen Bevölkerung im gebärfähigen Alter.*  
Der sehr uneinheitliche Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung verursacht eine im Zeitablauf stärker fluktuierende Besetzung der fruchtbarsten Altersgruppen. Diese Tatsache wirkt sich besonders auf die Zahl der jährlichen Eheschließungen aus. Da die durchschnittliche eheliche Fruchtbarkeit in den ersten Jahren nach der Eheschließung ein ausgeprägtes Maximum aufweist, ist der Einfluß des Altersaufbaus auf die Geborenenzahl verständlich.
2. *Die Eheneigung der nichtverheirateten Frauen.*  
Für die Fortpflanzung der Bevölkerung hat die eheliche Geburt immer noch die überragende Bedeutung. Die konstatierte Schwankung der Zahl von Lebendgeborenen ist allein auf eine Veränderung der Anzahl von ehelichen Kindern zurückzuführen. Die Zahl der nichtehelichen Kinder hält sich in engen Grenzen und macht weniger als 10% der Geburten aus. Eine abnehmende Eheneigung hätte eine negative Wirkung auf die Anzahl der jährlich Geborenen.
3. *Die eheliche Fortpflanzungsnorm.*  
Wie viele erste, zweite, dritte und weitere Kinder nach Vollendung des fruchtbaren Alters im Durchschnitt auf eine Ehe entfallen, ist in Verbindung mit vorstehend genannter Eheneigung entscheidend für die langfristige Fruchtbarkeit einer Bevölkerung.
4. *Der Zeitpunkt der Geburten.*  
Bei gegebener Fortpflanzungsnorm hängt die jährliche Geborenenzahl vom Zeitpunkt der einzelnen Geburten ab. Die Anpassung einer als relativ stabil vorzustellenden Fortpflanzungsnorm an temporäre Schwankungen im gesellschaftlichen und ökonomischen Bezugsfeld geschieht über kurzfristige Veränderungen der durchschnittlichen Geburtenabstände. Eine allgemeine Verschiebung von Geburten wirkt sich direkt auf die jährliche Geborenenzahl aus.

Am Schluß des Aufsatzes wird der Versuch unternommen, in einem Modell beispielhaft darzustellen, wie sich eine Verschiebung der Geburtszeitpunkte bei konstanter Fortpflanzungsnorm in einer Veränderung der jährlichen Geburtenzahlen niederschlägt, und welchen Effekt dies auf eine Fruchtbarkeitsmessung hat, je nachdem, ob diese als Querschnittanalyse (jährliche Fruchtbarkeitsmessung) oder als Längsschnittanalyse (horizontale Fruchtbarkeitsmessung) angelegt wird.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Die Variabilität der Lebendgeborenenzahl von 1950 bis 1972 in Hamburg ist zu etwa einem Drittel auf einen direkten Einfluß aus dem Altersaufbau zurückzuführen.

*Die allgemeine Ehenneigung der weiblichen Bevölkerung Hamburgs unterlag von 1950 bis 1970 keinen wesentlichen Änderungen. Eine leichte Tendenz zur Vorverlegung der Ehen ist festzustellen.*

*Die beobachtete starke Veränderung der jährlichen Zahl der Eheschließungen, mit einem kontinuierlichen Anstieg von 1953 bis 1961 und einem nachfolgenden stärkeren Rückgang, ist demnach vorwiegend aus dem Altersaufbau zu erklären.*

*Die Verheiratetenquote hat von 1961 bis 1970 in allen Altersgruppen zugenommen (bei einer Aufteilung der Frauen im gebärfähigen Alter von 15 b. u. 45 Jahren in 5-Jahresgruppen). Dennoch ist die Absolutzahl der verheirateten Frauen im Alter von 15 b. u. 25 Jahren um 8% gegenüber 1961 gesunken infolge schwacher Besetzung der nach 1944 geborenen Jahrgänge. 1950 war die Zahl der verheirateten Frauen in den Altersgruppen unter 40 Jahren z. T. wesentlich niedriger als 1961.*

*Die jährliche eheliche Fruchtbarkeit ist von 1950 bis 1961 gestiegen und danach stark zurückgegangen. Hier liegt die Hauptursache für die Fluktuation der Geborenenzahl.*

*Die Schwankungen der jährlichen ehelichen Fruchtbarkeit können auf eine zeitliche Verschiebung von Geburten, wie auch auf eine Veränderung der Fortpflanzungsnorm zurückgehen. Das vorliegende statistische Material reicht nicht aus, um die beiden Effekte mit Sicherheit zu trennen. Als Ersatz wurde behelfsweise die Entwicklung von durchschnittlichen Geburtenabständen untersucht. Die Ergebnisse deuten auf eine Verminderung der Geburten seit 1966 infolge sich vergrößernder Geburtenabstände hin.*

*Die nichteheliche Fruchtbarkeit hat sich in ihrem Ausmaß nicht geändert. Es ist der Trend zu einer gleichmäßigeren Verteilung über alle Altersgruppen zu beobachten.*

*1961 betrug die Quote der von ausländischen Müttern lebendgeborenen Kinder 1,1%, sie ist bis 1971 auf 10,3% gestiegen.*

*Die allgemeine Fruchtbarkeit der ausländischen Frauen Hamburgs im gebärfähigen Alter ist doppelt so hoch wie die deutscher Frauen. Dies liegt z. T. an der relativ stärkeren Besetzung der fruchtbarsten Altersgruppen bei Ausländerinnen. Wenn man die Altersgliederung der deutschen Frauen zugrunde legt, entspricht die gegenwärtige Fruchtbarkeit ausländischer Frauen der Hamburger Gesamtfruchtbarkeit zu Anfang der 60er Jahre.*

*Die heutige Gesamtfruchtbarkeit in Hamburg wird überwiegend von den deutschen Frauen bestimmt, da der Anteil der ausländischen Frauen noch niedrig ist.*

## INHALT

### 1. Einführung

- 1.1 Natürliche Bevölkerungsbewegung in Hamburg seit 1950
- 1.11 Entwicklung der Geborenen- und Gestorbenenanzahl
- 1.12 Gliederung der Lebendgeborenen nach ausgewählten demographischen Merkmalen
- 1.2 Möglichkeiten und Probleme einer Fruchtbarkeitsmessung

### 2. Analyse der langfristigen Tendenzen der jährlichen Fruchtbarkeit

- 2.1 Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeit seit dem 19. Jahrhundert
- 2.11 Verlauf der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern in Hamburg und in der Bundesrepublik im Vergleich mit ausgewählten Ländern
- 2.12 Demographische Komponenten der langfristigen Fruchtbarkeitsentwicklung in Hamburg
- 2.2 Jährliche Fruchtbarkeit ohne Berücksichtigung des Familienstandes ab 1950

### 2.21 Altersspezifische Fruchtbarkeit

### 2.22 Effekt des Altersaufbau der Bevölkerung auf die Geborenenzahl

### 2.3 Jährliche eheliche Fruchtbarkeit ab 1950

### 2.31 Heiratsneigung und Familienstandsgliederung

### 2.32 Altersspezifische eheliche Fruchtbarkeit

### 2.33 Die ehelich Lebendgeborenen nach der Lebendgeborenenfolge

### 2.34 Zeitabstände der ehelichen Geburten von der Eheschließung bzw. von der Geburt des vorangegangenen Kindes

### 2.4 Jährliche nichteheliche Fruchtbarkeit ab 1950

### 2.5 Ausländergeburten seit 1960

### 3. Anhang

### 3.1 Zusammenhang zwischen jährlicher und horizontal gemessener Fruchtbarkeit erläutert an einem Modell gemäß Schaubild 8

### 3.2 Ausgewählte Literaturhinweise zur Fruchtbarkeitsmessung

### 3.3 Tabellen und Alterspyramiden

# 1. Einführung

## 1.1 Natürliche Bevölkerungsbewegung in Hamburg seit 1950

### 1.11 Entwicklung der Geborenen- und Gestorbenenanzahl

Im Jahr 1952 wurden in Hamburg 16 800 Kinder lebend geboren. Dies war die niedrigste Zahl im ersten Jahrzehnt nach dem 2. Weltkrieg. Nach einem ununterbrochenen Anstieg erreichte die Anzahl der Lebendgeborenen 1964 mit 27 700 ihren absoluten Höchststand nach 1945 (Tabelle 1 und Schaubild 1, siehe auch Tabelle 10 im Anhang). Seit 1966 fiel die Zahl der Lebendgeborenen kontinuierlich. Sie betrug 1972 nur noch rund 15 500, das bedeutet einen Rückgang um 44 % seit 1964.

In 11 Jahren der Zeitspanne 1950 bis 1971 wurde ein Überschuß der Lebendgeborenen über die Gestorbenenanzahl beobachtet von durchschnittlich 1 600 pro Jahr. Für die verbleibenden 11 Jahre ergab sich ein Gestorbenenüberschuß, der im Mittel (-) 3 200 pro Jahr betrug. Seit 1968 öffnet sich eine Schere zunehmender Gestorbenenüberschüsse (Schaubild 1). 1971 hatte der Saldo der natürlichen Bevölkerungsbewegung einen Wert von (-) 8 300. Diese Zahl resultiert aus der Differenz von 17 600 Lebendgeborenen und 25 900 Gestorbenen.

Aufgrund einer vorläufigen Bevölkerungsvorausschätzung ohne Berücksichtigung von Wanderungsvorgängen ist bis 1985 mit einer relativ konstanten Gestorbenenanzahl um 27 000 zu rechnen, die erst gegen das Jahr 2000 auf ca. 24 000 leicht absinken wird. Bei einem Andauern der Fruchtbarkeitsbedingungen von 1972 kann man im Mittel der Jahre 1973 bis 1985 ca. 13 500 Lebendgeborene erwarten. Daraus würde sich ein durchschnittlicher Gestorbenenüberschuß von (-) 13 500 Personen ergeben.

Diese Tendenzen:

1. ein voraussichtlicher Rückgang der Lebendgeborenen in naher Zukunft um fast 50 % gemessen an

Tabelle 1  
Daten zur natürlichen Bevölkerungsbewegung in Hamburg 1960 bis 1972\*)

Jahre	Lebendgeborene	davon		Totgeborene	Gestorbene	Überschuß der Geborenen (+) Gestorbenen (-)
		ehelich	nicht ehelich			
	1	2	3	4	5	6
1960..	24 276	22 259	2 017	326	23 388	+ 888
1961..	25 453	23 515	1 938	373	23 363	+ 2 090
1962..	25 942	24 006	1 936	344	24 132	+ 1 810
1963..	27 537	25 636	1 901	317	24 814	+ 2 723
1964..	27 738	25 801	1 937	302	23 859	+ 3 879
1965..	26 814	25 099	1 715	306	25 343	+ 1 471
1966..	27 423	25 665	1 758	252	26 114	+ 1 309
1967..	26 167	24 479	1 688	244	25 645	+ 522
1968..	24 265	22 562	1 703	225	26 593	- 2 328
1969..	21 039	19 487	1 552	210	27 213	- 6 174
1970..	18 390	16 981	1 409	134	26 561	- 8 171
1971..	17 637	16 179	1 458	160	25 900	- 8 263
1972..	p15 494					

\*) Ergebnisse ab 1950 enthält die Tabelle 10 im Anhang.

dem Höchstwert nach dem Krieg aus dem Jahr 1964,

2. eine Gestorbenenanzahl, die bei Andauern der gegenwärtigen Fruchtbarkeit und Sterblichkeit im Mittel doppelt so hoch sein wird wie die Anzahl der Lebendgeborenen,

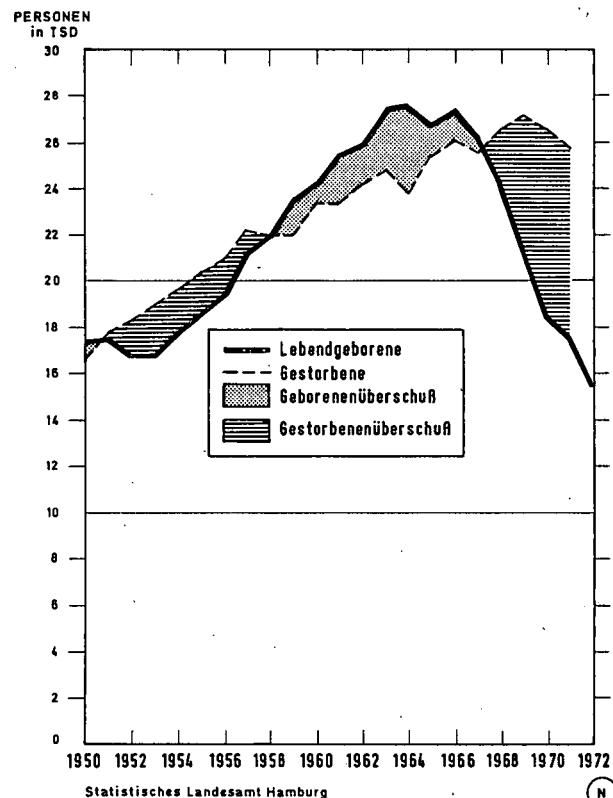
signalisieren einschneidende Änderungen in der natürlichen Bevölkerungsbewegung, die ihre Auswirkungen über den Altersaufbau der Bevölkerung unter anderem auf das Wirtschaftsleben Hamburgs, auf Probleme der Rentenversicherung und auf den Ausnutzungsgrad bestimmter Infrastruktureinrichtungen, etwa der Schulen, haben werden. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang hier Wanderungsbewegungen in Zukunft einen Ausgleich schaffen werden.

Der relativ stetige Anstieg der Sterbefälle von rund 17 000 im Jahr 1950 bis auf etwa 27 000 in naher Zukunft ist die Folge des Aufrückens stark besetzter Jahrgänge in Altersjahre mit hoher altersspezifischer Sterbeziffer. Veränderungen der Sterblichkeit selbst sind an dieser Entwicklung kaum beteiligt.

Dagegen spielen Einflüsse der Altersstruktur auf den Verlauf der Geborenenzahl eine weniger gewichtige Rolle. Es wird sich zeigen, daß die Entwicklung der Geburten mit ihrem starken Anstieg bis 1964, gefolgt von dem ab 1966 einsetzenden rapiden Rückgang, im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1972 zu etwa  $\frac{2}{3}$  auf Veränderungen der allgemeinen jährlichen Fruchtbarkeit zurückzuführen ist, während nur rund  $\frac{1}{3}$  der Variabilität der Lebendgeborenen von Wandlungen im Altersaufbau verursacht wurde.

Schaubild 1

Lebendgeborene und Gestorbene in Hamburg 1950–1972



Statistisches Landesamt Hamburg

(N)

### 1.12 Gliederung der Lebendgeborenen nach ausgewählten demographischen Merkmalen

Die Gliederung der in Hamburg Lebendgeborenen nach der Legitimität, nach der Staatsangehörigkeit der Mütter und nach der Lebendgeborenenfolge für die Jahre 1960, 1965 und 1971 ist untenstehend in einem Schema zusammengestellt worden.

Der Anteil der ehelich Lebendgeborenen liegt in den drei Jahren nahezu unverändert bei etwa 92%. Es fällt auf, daß der Anteil der ersten ehelichen Kinder leicht rückläufig ist. Der Anteil der zweiten ehelichen Kinder ist um 5 Punkte gestiegen. Wie zu erwarten war, zeigt die Rate der vierten und weiteren ehelichen Kinder eine fallende Tendenz.

Die Quote der Lebendgeborenen mit ausländischer Mutter ist, bedingt durch den verstärkten Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, seit 1960 von 1% auf 10% gestiegen.

1971 waren 8,4% der Lebendgeborenen deutscher Mütter nichtehelich. Von den Lebendgeborenen ausländischer Mütter wurden 1971 dagegen nur 6,7% als nichtehelich registriert.

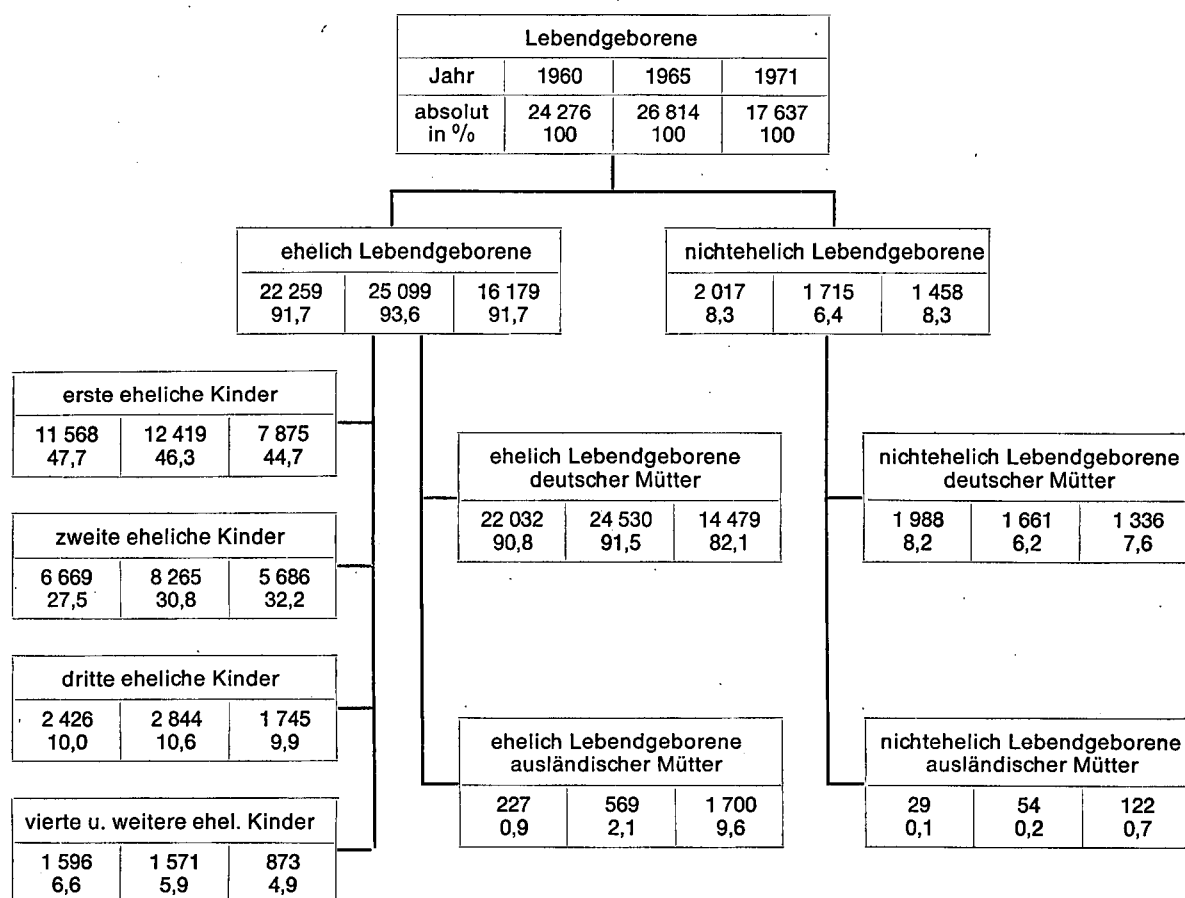
Interessant ist, daß sich die relative Gliederung der Lebendgeborenen (abgesehen von der Quote der Lebendgeborenen mit ausländischer Mutter) als sehr stabil erweist, trotz der starken Änderungen in der

absoluten Gliederung. So ist z. B. der Anteil der ehelich bzw. der nichtehelich Lebendgeborenen in den Jahren 1960 und 1971 gleich hoch mit 91,7% bzw. 8,3%, obwohl die Absolutzahl der ehelich Lebendgeborenen von 22 300 auf 16 200 und die Zahl der nichtehelich Lebendgeborenen von 2 000 auf 1 450 gesunken ist. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den anderen im Schema aufgeführten Gruppierungen. Dieser Effekt läßt sich dahingehend interpretieren, daß offenbar eine Veränderung der hier relevanten Verhaltensmuster der Bevölkerung, wie generatives Verhalten und Eheneigung, nicht allein für die Veränderungen verantwortlich gemacht werden können. Es muß auch von der Altersstruktur der Bevölkerung ein gewisser Einfluß ausgehen.

Man kann vermuten, daß sich in der starken Veränderlichkeit der Geborenenzahlen seit 1950 der Einfluß einer größeren Zahl von Faktoren ausprägt. Es wird nur zum Teil gelingen, diese unterschiedlichen Einflüsse zu isolieren und ihre Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Lebendgeborenen abzuschätzen. Vor einer weiteren Analyse des Materials der amtlichen Hamburger Bevölkerungsstatistik seit 1950 ist es zweckmäßig, einen methodischen Teil über Möglichkeiten der Fruchtbarkeitsmessung einzuschalten. Zur Erläuterung der Probleme soll im Anschluß daran die langfristige allgemeine Fruchtbarkeitsentwicklung für Hamburg und für einige ausgewählte Länder besprochen werden.

#### Schema

**Schematische Gliederung der in Hamburg Lebendgeborenen absolut und in Prozent für die Jahre 1960, 1965 und 1971**



## 1.2 Möglichkeiten und Probleme einer Fruchtbarkeitsmessung

Als erster Eindruck einer Betrachtung der beschriebenen Geburtenentwicklung drängt sich auf, daß hier starke Schwankungen in der Fruchtbarkeit der Bevölkerung zugrunde liegen müssen. Es ist dann nicht mehr weit bis zu generalisierenden und oberflächlichen Urteilen wie: „Die Pille ist Schuld an dem Absinken der Geburtenzahl“ oder „Der allgemeine Konsumegoismus führte zu einem Schwinden des Willens zum Kinde“.

Zu einer einwandfreien Beurteilung z. B. des Geburtenrückgangs seit 1964 kann man aber erst dann kommen, wenn jeweils nur die Geburten vergleichbarer Gruppen der weiblichen Bevölkerung gegenübergestellt werden. So ist zu beachten, daß für Frauen im allgemeinen nur der Zeitabschnitt von 15 bis unter 45 Jahren als gebärfähiges Alter angenommen werden kann. Wenn sich die Zahl dieser Frauen stärker ändert, sind die Geborenenzahlen nicht mehr vergleichbar. Darüberhinaus ist von Frauen im Alter von 20 bis 30 Jahren im Durchschnitt eine höhere Geborenenzahl zu erwarten als von älteren oder jüngeren Frauen. Weiterhin gilt es zu bedenken, daß verheiratete Frauen im Mittel weit mehr Kinder gebären als Nichtverheiratete.

Es ist also für die Beurteilung von Unterschieden in der Geborenenzahl zweier Jahre notwendig, Verschiebungen in der alters- und familienstandsspezifischen Struktur der weiblichen Bevölkerung zu eliminieren. Zu diesem Zweck werden die Frauen im gebärfähigen Alter nach alters- und familienstandsspezifischen Aspekten gegliedert. In gleicher Weise gliedert man die Lebendgeborenen nach den Alters- und Familienstandsdaten ihrer Mütter. Es lassen sich nun spezielle jährliche Fruchtbarkeitsziffern berechnen, die z. B. angeben, wieviele Lebendgeborene (von verheirateten Müttern im Alter von 20 b. u. 21 Jahren) auf 1 000 verheiratete Frauen im Alter von 20 b. u. 21 Jahren in einem bestimmten Jahre entfallen<sup>1)</sup>.

Man bezeichnet eine Analyse aufgrund von jährlichen Fruchtbarkeitsziffern als jährliche, periodische oder auch vertikale Fruchtbarkeitsbetrachtung. Ein Vergleich jährlicher Fruchtbarkeitsziffern aus verschiedenen Jahren gibt ein wesentlich genaueres Bild von Veränderungen der Fruchtbarkeit als ein Vergleich von absoluten Geborenenzahlen.

Leider kann man mit jährlichen Fruchtbarkeitsziffern nur das generative Durchschnittsverhalten eines Jahres messen. Dieses generative Durchschnittsverhalten selbst läßt sich als Resultante aus Veränderungen im „Willen zum Kind“, der sogenannten Fortpflanzungsnorm, und aus kurzfristigen Verschiebungen der Geburtszeitpunkte in Reaktion auf ökonomische und gesellschaftliche Ereignisse bei „gleichbleibender“ Fortpflanzungsnorm auffassen. Ein Geburtenrück-

gang, der durch ein Hinausschieben von Geburten entsteht, ist bei unveränderter Fortpflanzungsnorm nur vorübergehender Natur und wird u.U. später wieder kompensiert. Ein Geburtenrückgang aufgrund eines Absinkens der Fortpflanzungsnorm bedeutet eine langfristige Senkung der Geburtenzahl. Eine Kompensation ist nicht zu erwarten.

Vom Bevölkerungsstatistiker wird häufig die Beantwortung folgender Fragen zum Geburtenrückgang gefordert: In welchem Umfang wurde der Rückgang verursacht durch

- eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur
- eine Verschiebung der Geburtszeitpunkte
- eine Senkung der Fruchtbarkeitsnorm?

Mit Hilfe des traditionellen statistischen Instrumentariums einer jährlichen Fruchtbarkeitsmessung läßt sich in der Regel nur die erste Komponente mit Sicherheit isolieren.

Kurzfristige Verschiebungen der Geburtszeitpunkte kann man dagegen nur durch Fruchtbarkeitsziffern, die auf der Grundlage einer bevölkerungsstatistischen Zeitreihenbetrachtung gebildet wurden, in den Griff bekommen. Diese horizontale Fruchtbarkeitsmessung setzt voraus, daß die demographischen Daten bestimmter Geburts- oder Eheschließungsjahrgänge beim Durchlaufen des gebärfähigen Alters beobachtet werden (Kohortenanalyse). Aber auch dann ist die Prognose der zukünftigen Geburtenentwicklung noch recht unsicher, wenn nicht in regelmäßigen Abständen durch Interviewerbefragungen die Fortpflanzungsnorm der Bevölkerung erfragt wird<sup>2)</sup>.

Der Effekt von zeitlichen Verschiebungen der Geburtszeitpunkte bei konstanter Fortpflanzungsnorm auf die jährlichen Geburtenzahlen und auf eine jährliche bzw. horizontale Fruchtbarkeitsmessung wurde in Teil 3 beispielhaft an einem Modell dargestellt.

Die oben aufgezeigte Problematik ist vom United States National Committee on Vital and Health Statistics in einem Report vom April 1970 für die USA folgendermaßen umrissen worden<sup>3)</sup>:

*“The most unpredictable and changeable component, as past rapid changes in U.S. fertility indicate (especially the „birth boom“ of the late 40's and the unexpectedly steep decline of the 60's<sup>4)</sup>) is reproductive norms. Along with marriage values, what couples want in the way of family size and birth spacing<sup>5)</sup> has become the most strategic element in the determination of fertility patterns.“*

<sup>1)</sup> Eine knappe Zusammenfassung der Methodik und der Erfahrungen in Amerika mit Kohortenanalysen und Interviewerbefragungen geben die beiden Schriften:

Fertility Measurement. A Report of the United States National Committee on Vital and Health Statistics. (Bibliographische Angaben im Anhang);

und

Needs for National Studies of Population Dynamics. A Report of the United States National Committee on Vital and Health Statistics. (Bibliographische Angabe im Anhang).

Eine im Auftrage des Bundesgesundheitsministeriums 1970 auf Stichprobenbasis durchgeführte Untersuchung über die Situation der werdenden Mütter stellt für die Bundesrepublik in Teilen einen ersten Ansatz in Richtung auf eine Erfragung der Fortpflanzungsnorm dar: Die Situation der werdenden Mütter. Hrsg.: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Köln 1970.

<sup>2)</sup> Needs for National Studies . . . , a.a.O., S. 7.

<sup>3)</sup> Vgl. dazu den Verlauf der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern in den USA ab 1940 in Schaubild 3.

<sup>4)</sup> Im Original nicht gesperrt.

<sup>1)</sup> Als Beispiel:  
eheliche Fruchtbarkeitsziffer von Frauen im Alter von 20 b. u. 21 Jahren

in der Zeit vom 1. 1. 1970 bis 31. 12. 1970 von verheirateten Frauen im Alter von 20 b. u. 21 Jahren Lebendgeborene

für 1970 =  $\frac{\text{Bestand an verheirateten Frauen im Alter von 20 b. u. 21 Jahren am 31. 12. 1970}}{\text{Bestand an verheirateten Frauen im Alter von 20 b. u. 21 Jahren am 31. 12. 1970}} \times 1\,000$

## 2. Analyse der langfristigen Tendenzen der jährlichen Fruchtbarkeit

### 2.1 Entwicklung der allgemeinen Fruchtbarkeit seit dem 19. Jahrhundert

#### 2.1.1 Verlauf der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer in Hamburg und in der Bundesrepublik im Vergleich mit ausgewählten Ländern

Um den Stellenwert der Geburtenentwicklung nach dem 2. Weltkrieg in Hamburg besser abschätzen zu können, mag es hilfreich sein, die Grundtendenz der Entwicklung in den vergangenen 150 Jahren kurz zu umreißen.

Da sich Umfang und Struktur der Bevölkerung in diesem Zeitraum stark geändert haben, sind absolute Geborenenzahlen für eine Darstellung der Entwicklung, wie oben ausgeführt, ungeeignet. Für grobe zeitliche und regionale Vergleiche genügt es, die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer zu verwenden. Sie gibt an, wie viele Lebendgeborene auf 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter entfallen.

In Hamburg sind allgemeine Fruchtbarkeitsziffern seit 1871 berechnet worden. Eine Betrachtung der rohen Geburtenziffern (Anzahl der Lebendgeborenen auf 1 000 der Bevölkerung) macht es für die Zeit von 1821 bis 1871 wahrscheinlich, daß die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer in dieser Periode relativ stabil war und sich bis ca. 1865 um den Wert 115 bewegte. In der Folge ist ein Anstieg der Ziffer bis auf 145 Punkte in den Jahren 1875 bis 1880 zu beobachten (vergleiche Schaubild 2). Anschließend zeigt

sich ein fast kontinuierliches Fallen der Fruchtbarkeit bis auf 77 Punkte im Jahr 1914. Seit dem 1. Weltkrieg schwankt die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer in Hamburg um einen Durchschnittswert von 56. Es läßt sich zur Zeit noch nicht abschätzen, ob der Rückgang der Ziffer auf voraussichtlich 45 Punkte im Jahre 1972 nur Ausdruck einer zyklischen Bewegung ist, dem dann bald wieder ein Anstieg folgen würde, oder ob er das Symptom eines langfristigen Absinkens des Fruchtbarkeitsniveaus darstellt.

Ein Vergleich der jährlichen Fruchtbarkeitsentwicklung in Hamburg und in der Bundesrepublik (bzw. im Deutschen Reich) zeigt eine erstaunliche Parallelität der Kurven. In der Zeitspanne von 1950 bis 1971 liegen die Ziffern für die BRD im Durchschnitt um 18,5 Punkte über den Werten von Hamburg. Dieser Abstand hat sich für 1971 geringfügig auf 16 Punkte vermindert. Der Niveauunterschied der beiden Kurven hat seine Ursache in einer bisher allgemein beobachteten geringeren Fruchtbarkeit von Großstadtbevölkerungen. So liegt z. B. die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer für Frankfurt a. M. im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1971 noch um 6 Punkte unter dem entsprechenden Wert für Hamburg.

Ein internationaler Vergleich mit Frankreich und den USA (nur weiße Bevölkerung) zeigt, daß die Fruchtbarkeit in diesen beiden Ländern nach dem 2. Weltkrieg höher ist als in der Bundesrepublik (Schaubild 3). Im Mittel der Jahre 1950 bis 1969 liegen die Ziffern in den USA um 26 und in Frankreich um

Schaubild 2

Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern für Hamburg und die Bundesrepublik ab 1871  
(Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren)

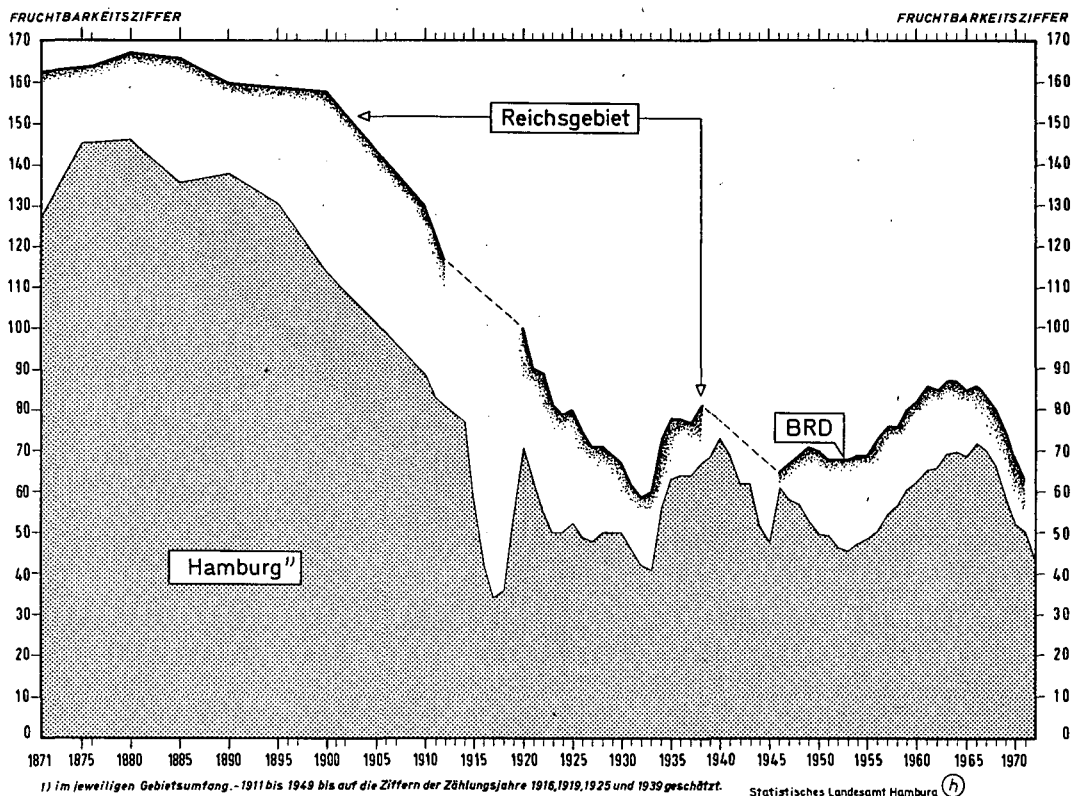
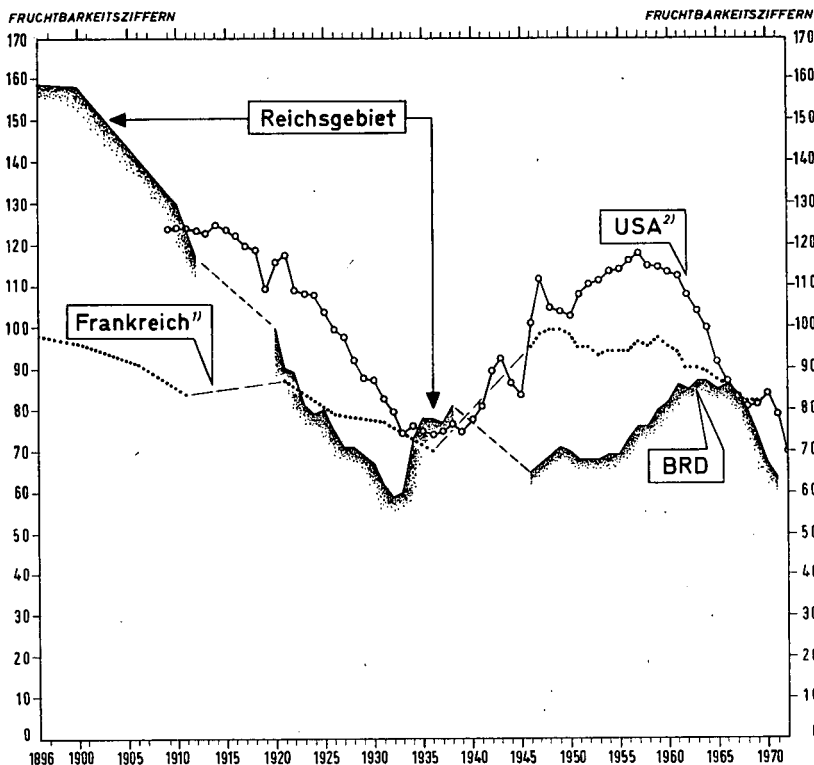




Schaubild 3

**Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern für die BRD, Frankreich und die USA**  
(Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren)



1) geschätzt auf Grund von AFZ für 15 bis unter 30 Jahre alte Frauen  
2) nur weiße Bevölkerung; - 1972: Nov.71 bis Nov.72; - ab 1970 geschätzt auf Grund von Ziffern für Bevölkerung insgesamt.

Statistisches Landesamt Hamburg ©

14 Punkte über dem entsprechenden Durchschnittswert von 78 in der Bundesrepublik. Die Fruchtbarkeitsziffern weisen allerdings im Jahr 1968 für alle drei Länder einen fast gleichen Wert von rund 80 Punkten auf. Danach wurde für die Bundesrepublik ein Rückgang bis auf 66 Punkte im Jahr 1971 und für die USA ein Abfall auf voraussichtlich 70 Punkte im Jahr 1972 beobachtet. Das Phänomen sinkender Fruchtbarkeit in den letzten Jahren ist fast allen industrialisierten Ländern gemeinsam.

So stellte Schubnell als Ergebnis der Zweiten Europäischen Bevölkerungskonferenz in Straßburg (1971) unter anderem fest:<sup>6)</sup>

1. Die Geburtenrate [rohe Geburtenziffer] ist in allen europäischen Ländern gesunken, obwohl die Heiratshäufigkeit höher ist und in einem früheren Lebensalter geheiratet wird ... Am stärksten ist der Rückgang von vierten, fünften und mehr Kindern in den Familien ... Diese Entwicklung ist, bei gewissen Phasenverschiebungen, in allen europäischen Ländern zu beobachten; sie scheint in einigen osteuropäischen Ländern noch rascher abzulaufen als in den westeuropäischen.
2. In vielen europäischen Ländern sind es – neben den ärmsten – die reichsten Familien, die die meisten Kinder haben. Die Demographen sprechen von der U-förmigen Kurve. Die mittleren Einkommensbezieher haben die geringste Kinderzahl. Das bedeutet eine Umkehrung bisheriger Relationen zwischen Fruchtbarkeit und Einkommen wie

auch zwischen Fruchtbarkeit und Bildungsstand ... Bei all diesen Faktoren zeigen sich zwischen den Ländern und zwischen den Sozialschichten zwar Phasenunterschiede, der Trend scheint aber in die gleiche Richtung zu gehen ...

3. Die Verbreitung von Ovulationshemmern und die Praktizierung der Empfängnisverhütung durch die Pille kann keineswegs als die Ursache des Geburtenrückgangs angesehen werden, der, wie die Untersuchungen zeigen, in gleicher Weise in Ländern eingetreten ist, in denen die Pille nicht angewendet wird. Die Pille ist allenfalls eine, die Praktizierung der Empfängnisverhütung erleichternde Bedingung des Geburtenrückgangs, dessen Ursachen vielschichtig sind und auf zahlreiche Faktoren unterschiedlichen Gewichts zurückgehen, die noch längst nicht genügend erforscht wurden.

**2.12 Demographische Komponenten der langfristigen Fruchtbarkeitsentwicklung in Hamburg**

Man kann vermuten, daß der Anstieg der allgemeinen jährlichen Fruchtbarkeitsziffer in Hamburg seit Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1880 von ca. 115 auf 145 Punkte nicht durch eine Erhöhung der ehelichen bzw. der nichtehelichen Fruchtbarkeit verursacht wurde, sondern durch eine Zunahme der Heiratshäufigkeit und eine Herabsetzung des Heiratsalters. Diese Vermutung wird bestätigt durch die Beobachtung, daß in Hamburg 1871 nur 42,9% der Frauen im gebärfähigen Alter verheiratet waren, während 1880 dieser Anteil 48,9% betrug (Tabelle 2).

<sup>6)</sup> Schubnell, H.: Zweite Europäische Bevölkerungskonferenz in Straßburg. In: Allgemeines Statistisches Archiv. Bd. 56 (1972), S. 232–239.

Nach Mackenroth<sup>7)</sup> waren im „traditionellen“ generativen Verhalten der deutschen Bevölkerung die Heiratshäufigkeit und das Heiratsalter die eigentlichen Variablen der Fruchtbarkeit. Innerhalb der Ehen unterlag dagegen die Fruchtbarkeit keiner wesentlichen Beschränkung.

Das steigende Angebot an Arbeitsplätzen in Hamburg in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts (als wichtiges Datum ist hier die Einführung der Gewerbefreiheit im Jahr 1866 zu nennen) hatte als Ergebnis nicht nur einen verstärkten Zuzug von Arbeitskräften,

Tabelle 2

**Prozentualer Anteil der verheirateten Frauen an den 15- bis unter 45jährigen Frauen (Verheiratetenquote) in Hamburg für Volkszählungstichtage ab 1871**

Jahre	Verheiratetenquote	Jahre	Verheiratetenquote
1871 ...	42,9	1910 ...	52,1
1875 ...	46,7	1916 ...	49,2
1880 ...	48,9	1919 ...	47,4
1885 ...	48,2	1925 ...	51,0
1890 ...	48,6	1939 ...	60,2
1895 ...	48,7	1950 ...	56,6
1900 ...	49,7	1961 ...	57,1
1905 ...	51,0	1970 ...	65,7

ten, sondern auch eine Zunahme der Heiratshäufigkeit. Bei sinkender Sterblichkeit und noch beibehaltener hoher ehelicher Fruchtbarkeit führte dies zu dem bekannten sprunghaften Anstieg der Bevölkerung.

Ab 1900 deutet sich ein Wandel im generativen Verhalten an. Obwohl der Prozentsatz der verheirateten Frauen im gebärfähigen Alter gegenüber 1880 noch um einen Punkt gestiegen ist, weist die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer einen um 32 Punkte niedrigeren Wert auf. Dieser Trend setzt sich fort, wie ein Blick auf Tabelle 2 bestätigt. 1910 ist gegenüber 1900 eine Steigerung des Verheiratetenanteils um 2,4 Punkte auf 52,1% und ein weiteres Fallen der Fruchtbarkeitsziffer um 26 Punkte auf den Wert 88 zu beobachten. Diese Zahlen sind mit dem „traditionellen“ generativen Verhalten nicht mehr vereinbar. Es bahnt sich hier eine Entwicklung an, bei der schließlich für 1970 einer Verheiratetenquote von 65,7% nur noch eine allgemeine Fruchtbarkeitsziffer von 52 gegenübersteht.

Nach Mackenroth hören in dem Idealtyp des „modernen“ generativen Verhaltens Heiratsalter und Heiratshäufigkeit auf, soziologische Variable zu sein. Jeder, der überhaupt zur Heirat ansteht, heiratet auch und heiratet relativ früh. Die ganze Variabilität verlagert sich auf die Fruchtbarkeit in der Ehe. Die eheliche Fortpflanzungsnorm wird ausgerichtet nach einem Lebensplan, der eine bestimmte Anzahl von Kindern vorsieht<sup>8)</sup>. Eine immer geübtere Geburtenkontrolle ist das Mittel, diesen Plan einzuführen. In der Tendenz werden die gewünschte Zahl der Kinder in einer Ehe und der Zeitpunkt der Geburten die eigentlichen Variablen der Fruchtbarkeit.

<sup>7)</sup> Mackenroth, G.: Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin 1953.

<sup>8)</sup> Mackenroth, a.a.O.

Aufgrund dieser Konstellation sind kurzfristige Änderungen der jährlichen Fruchtbarkeit als Reaktion auf eine sich verändernde Umwelt möglich und auch tatsächlich zu erwarten, wie der Verlauf der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer seit dem 1. Weltkrieg in Hamburg bestätigt.

Man erkennt, wie sich ein Trend sinkender jährlicher Fruchtbarkeitsziffern von 1890 an bis in den Anfang der 30er Jahre erstreckt, der in seiner Langfristigkeit auf ein Sinken der Fortpflanzungsnorm hinweist; oder etwas genauer formuliert, der anzeigt, wie sich das generative Verhalten in Form einer Geburtenbeschränkung immer mehr einer gesunkenen Fortpflanzungsnorm anpaßt. Diese Interpretation wird durch den Abfall der jährlichen Fruchtbarkeit während des 1. Weltkrieges in Verbindung mit seiner teilweisen Kompensation zwischen 1919 und 1922 noch unterstrichen. Der Rückgang der allgemeinen jährlichen Fruchtbarkeit um 1917 ist eben nicht durch ein Sinken der Fortpflanzungsnorm, sondern durch eine Verschiebung der Geburten (z. T. auch infolge einer Verschiebung von Eheschließungen) um ca. 3 Jahre hervorgerufen worden. Der gleiche Effekt zeigt sich noch einmal am 2. Weltkrieg.

Besonders deutlich ist dieser Vorgang am Verlauf der jährlichen Fruchtbarkeit der USA zu erkennen (Schaubild 3). In der sehr regelmäßig ausgeprägten fallenden Tendenz bis 1933 bzw. der steigenden Tendenz ab 1939 stellen die Weltkriege nur eine Episode dar, offenbar ohne direkten Einfluß auf die Fortpflanzungsnorm. (Für Frankreich und die BRD können die allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern der Kriegsjahre nicht beigebracht werden).

Von 1933 bis 1940 steigt in Hamburg die jährliche allgemeine Fruchtbarkeit, induziert durch eine gezielte Bevölkerungspolitik in der NS-Zeit, wieder an. Es kann allerdings bezweifelt werden, ob hier ausschließlich eine Erhöhung der Fortpflanzungsnorm durch Bevölkerungspolitik die Ursache darstellt. Wahrscheinlicher ist, daß die Norm nach dem 1. Weltkrieg nicht so stark abgesunken war, wie die Fruchtbarkeitsziffer, sondern daß infolge der unsicheren wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse z. T. Geburten hinausgeschoben wurden bis in die Zeit der Verhältnisse nach 1933<sup>9)</sup>. Krieg und Kriegsfolgen verursachten bis 1952 wieder ein Sinken der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer.

Dieser sehr allgemeine und die Kausalzusammenhänge etwas verkürzende Überblick aufgrund des Verlaufs der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer konnte alters- und familienstandsspezifische Einflüsse nicht genügend berücksichtigen. Soweit es das Material der amtlichen Hamburger Statistik gestattet, werden diese Zusammenhänge nachfolgend ab 1950 näher untersucht.

<sup>9)</sup> Für die Effektivität einer Bevölkerungspolitik ist es entscheidend, ob sie auf ein „traditionelles“ oder „modernes“ generatives Verhalten trifft. Bekannt sind die bevölkerungspolitischen Erfolge des Merkantilismus. Damals konnte über eine Erhöhung der Heiratshäufigkeit „automatisch“ die Fortpflanzungsnorm erhöht werden. Wenn eine Bevölkerungspolitik, mit der eine Steigerung der Fortpflanzungsnorm verfolgt werden soll, auf ein „modernes“ generatives Verhalten trifft, kann es geschehen, daß ökonomische Anreize, eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse etc. in einer Vorverlegung geplanter Geburten bei konstant gebliebener Fortpflanzungsnorm verpuffen. Dem ersten Erfolg würde ein kompensatorisches Absinken der Geburten folgen. Der Effekt wäre eine zeitweilige Überbeanspruchung gewisser Infrastruktureinrichtungen (z. B. Schulen). Per Saldo würde sich dann nur eine Belastung der Volkswirtschaft ergeben.

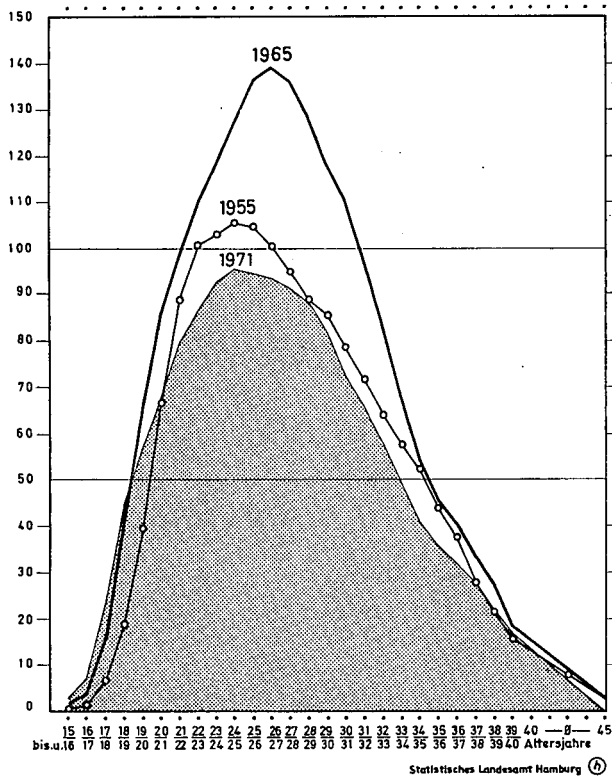
## 2.2 Jährliche Fruchtbarkeit ohne Berücksichtigung des Familienstandes ab 1950

Im vorhergehenden Abschnitt wurde die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer als Maßstab für die jährliche Fruchtbarkeit verwendet. Dies bietet zwar Vorteile für globale Vergleiche, da Informationen in einer einzigen leicht zu berechnenden Zahl konzentriert werden, läßt aber die alters- und familienspezifische Bedingtheit der jährlichen Fruchtbarkeit nicht erkennen.

### 2.21 Altersspezifische Fruchtbarkeit

Die durchschnittliche Abhängigkeit der jährlichen Fruchtbarkeit vom Alter der Frauen kann aus der Verteilung von altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern abgelesen werden. Schaubild 4 gibt eine geglättete Verteilung dieser Ziffern für die Jahre 1955, 1965 und 1971 wieder.

Schaubild 4  
**Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern in Hamburg 1955, 1965, 1971**  
 (Lebend- und Totgeborene nach Alter der Mütter auf 1000 Frauen gleichen Alters)



Es fällt ins Auge, daß die Ziffern für 1965 durchgehend über denen von 1955 liegen. Besonders ausgeprägt ist der Anstieg für die Altersgruppe der 23 b. u. 33 Jahre alten Frauen. 1965 wurden von 1 000 Frauen im Alter von 26 Jahren durchschnittlich 139 Kinder geboren, also 39 Kinder mehr als 1955.

Von 1965 bis 1971 sinken die Fruchtbarkeitsziffern bei den über 18 Jahre alten Frauen stark ab. Der Rückgang ist im Alter von 26 Jahren mit 46 Geborenen am größten. Bis zum Alter von 18 Jahren ist die Fruchtbarkeit gegenüber 1965 geringfügig gestiegen. Ein Vergleich der Jahre 1955 und 1971 macht deutlich, daß die Fruchtbarkeit 1971 für die unter 20-jährigen etwa um ein Jahr früher einsetzt, aber für die

über 21 Jahre alten Frauen im allgemeinen unter dem Niveau von 1955 liegt.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß sich die Entwicklung der jährlichen allgemeinen Fruchtbarkeit, wie sie Schaubild 2 zeigte (Anstieg bis in die Mitte der 60er Jahre, danach starker Abfall), in den altersspezifischen Ziffern für 1955, 1965 und 1971 wieder spiegelt. Die Veränderung der allgemeinen Fruchtbarkeit wurde vorwiegend durch ein proportional auf alle Altersjahre verteiltes Steigen bzw. Fallen der altersspezifischen Ziffern verursacht. Eine Verschiebung der Fruchtbarkeit auf jüngere Altersjahre ist für Hamburg von geringerem Gewicht. Die höchste Fruchtbarkeit ist um das 25. Lebensjahr zu erwarten.

### 2.22 Effekt des Altersaufbaus der Bevölkerung auf die Geborenenzahl

Um genau zu verfolgen, wie die Geburten seit 1950 von Veränderungen in der Verteilung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern abhängen, ist es notwendig, die Einflüsse aus dem Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung auszuschalten. Bei der sehr un einheitlichen Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung gerade in den mittleren Altersjahren sind hier erhebliche Verzerrungen zu erwarten.

Nach einem gebräulichen Verfahren soll die Geburtenentwicklung von 1950 bis 1972 durch eine Standardisierung auf das Jahr 1960 in zwei Komponenten zerlegt werden:

1. Einfluß aus dem Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung
2. standardisierte Fruchtbarkeitsentwicklung.

Das Jahr 1960 ist in seiner Struktur für die betrachtete Periode als ein mittleres Jahr anzusehen, das als Maßstab für die Entwicklung in den anderen Jahren die geringste Verzerrung erwarten läßt.

Die Zahl  $G$  der Geborenen von 1960 kann durch die Formel

$$G^{1960} = \sum_{i=15}^{44} w_i^{1960} \cdot f_i^{1960}$$

dargestellt werden, mit den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern  $f_i$  und der Anzahl der Frauen  $w_i$  im Alter  $i$ . Diese Beziehung folgt aus der Definition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern

$$f_i = \frac{g_i}{w_i},$$

wobei  $g_i$  die Zahl der Geborenen von Müttern im Alter  $i$  bedeutet.

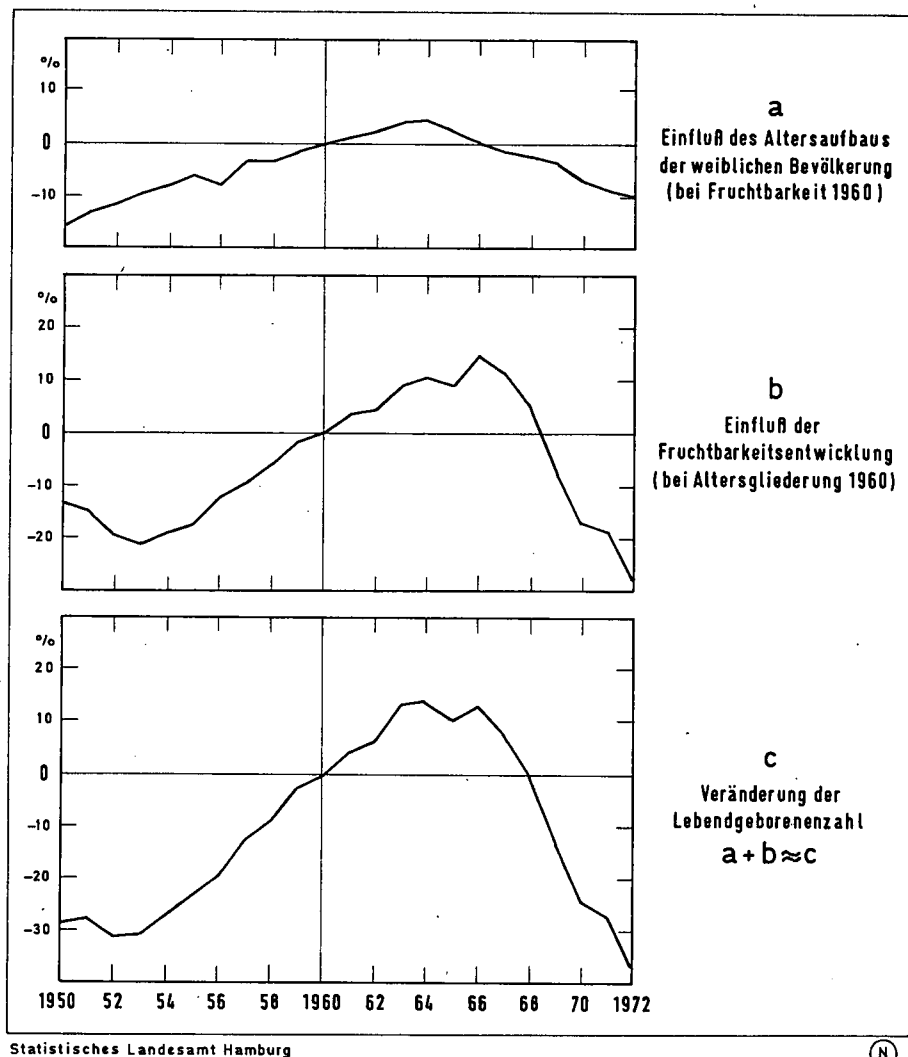
Es läßt sich nun berechnen, wie groß die Geborenenzahl z. B. 1950 gewesen wäre, wenn die Fruchtbarkeitsbedingungen von 1960 vorgelegen hätten:

$$G^{1950/1960} = \sum_i w_i^{1950} \cdot f_i^{1960}$$

Die Abweichung dieser hypothetischen Geborenenzahl von der tatsächlichen Zahl für 1960 ist ausschließ-

Schaubild 5

Prozentuale Veränderung der Lebendgeborenenzahl in Hamburg seit 1950 in Abhängigkeit vom Altersaufbau der Frauen im Alter von 15 b. u. 45 Jahren und von der standardisierten Fruchtbarkeit (Basis 1960)



lich auf Abweichungen der Altersstruktur von 1950 gegenüber 1960 zurückzuführen. Sie wird zweckmäßig als prozentuale Abweichung angegeben und ist ein Maß für den Einfluß der Altersstruktur von 1950 auf die Geborenenzahl (gemessen an den Verhältnissen von 1960).

Entsprechend kann eine um Einflüsse aus der Altersstruktur „bereinigte“ Geborenenzahl für 1950 berechnet werden, indem man auf die Altersstruktur von 1960 die Fruchtbarkeitsziffern von 1950 anwendet

$$G^{1960/1950} = \sum_i w_i^{1960} \cdot f_i^{1950}$$

Die Ergebnisse dieser Berechnungen auf der Basis von altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für 5-Jahresgruppen (vergl. Tabelle 10 im Anhang) gibt Schaubild 5 wieder. Dargestellt wurden die Abweichungen der Geborenenzahlen gegenüber 1960 in Prozent.

Kurve c zeigt die Veränderung der Geborenenzahlen von 1950 bis 1972.

Aus a läßt sich der Einfluß des Altersaufbaus ablesen. Kurve b kann man als Veränderung der bereinigten allgemeinen Fruchtbarkeit interpretieren<sup>10)</sup>.

Es fällt auf, daß die Bewegungsrichtung der Einflüsse aus dem Altersaufbau (a) und der Trend der Fruchtbarkeit (b) im allgemeinen übereinstimmen. Die Schwankungen in der Fruchtbarkeit sind zusätzlich durch Einflüsse aus dem Altersaufbau verstärkt worden. Erst dadurch ist es zu dem extremen Auf und Ab der Geborenenzahl gekommen.

Im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1972 wurden 31 % der Variabilität der Geborenenzahl durch Veränderungen im Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung Hamburgs verursacht (gemessen an den Verhältnissen von 1960). Von 1969 bis 1972 ist der Rück-

<sup>10)</sup> Aus Addition der Kurven a und b müßte sich theoretisch c ergeben. Die tatsächlichen Abweichungen sind gering und betragen nur für die Jahre 1965 bis 1969 und für 1972 mehr als  $\pm$  einen Punkt, mit einer maximalen Abweichung von + 3,4 Punkten für 1968 (a+b-c).

gang der Geburten zu 22 % auf Einflüsse aus dem Altersaufbau zurückzuführen.

1972 wären 17 600 lebendgeborene Kinder zu erwarten gewesen, wenn der Altersaufbau von 1960 vorgelegen hätte, 2 100 Geborene mehr als die tatsächliche Zahl von 15 500. Dagegen hätte man 1972 unter Fruchtbarkeitsbedingungen von 1960 etwa 21 900 Kinder erwarten können, eine um 6 400 Lebendgeborene höhere Zahl. Als Vergleich dazu: 1960 war die tatsächliche Lebendgeborenenzahl um 8 800 Kinder höher als 1972. Von dieser Differenz wird eine Abnahme um 8 500 Geburten durch den hier verwendeten Ansatz erklärt.

Ein Blick auf die Alterspyramiden der Hamburger Bevölkerung von 1950, 1961 und 1970 (vergleiche S c h a u b i l d 9 im Anhang) gibt Hinweise darauf, warum der Einfluß des Altersaufbaus auf die Zahl der Lebendgeburten bis 1964 einem aufsteigenden und später einem abfallenden Trend folgte.

Um 1950 kamen die geburtsschwachen Jahrgänge der vor 1933 Geborenen in das fruchtbare Alter. Dies hätte normalerweise eine negative Wirkung auf die Geborenenzahl haben müssen. Da aber in dieser Zeit ein hoher Zuzug von Frauen im gebärfähigen Alter zu verzeichnen war, ergab sich per Saldo für den Einfluß des Altersaufbaus ein Trend mit positiver Steigung. Diese in den Jahren der Rezession Geborenen hatten bis 1960 das Alter der höchsten Fruchtbarkeit von ca. 25 Jahren passiert. Stärker besetzte Altersgruppen der nach 1933 Geborenen rückten nach. 1961 war der am dichtesten besetzte Jahrgang 1940 etwa 21 Jahre alt und durchlief nun das Alter der höchsten Fruchtbarkeit. Dies führte von 1962 bis 1965 zu einer Steigerung der Geburten. Anschließend erreichten die schwach besetzten Altersgruppen der ab 1945 Geborenen das fruchtbare Alter. Die Folge ist ein dämpfender Effekt. Um 1980 wird dieser negative Einfluß am größten sein. Danach werden sich dann die hohen Geborenenzahlen aus der Mitte der 60er Jahre bemerkbar machen. 1990 sind diese Jahrgänge etwa 25 Jahre alt.

Als Fazit ergibt sich für die betrachtete Periode, daß etwa von 1960 bis 1968 eine hohe allgemeine Fruchtbarkeit auf die stark besetzten Jahrgänge der von

1935 bis 1943 Geborenen traf. In den Zeitabschnitten vor 1960 und besonders nach 1968 mit einer niedrigen allgemeinen Fruchtbarkeit standen gerade schwächer besetzte Jahrgänge im fruchtbaren Alter um 25 Jahre.

### 2.3 Jährliche eheliche Fruchtbarkeit ab 1950

Es bleibt nun noch zu klären, welche Konstellationen der demographischen Variablen zu dem im S c h a u b i l d 5 b gezeigten Fruchtbarkeitsverlauf geführt haben. Es ist dazu notwendig, den altersspezifischen Ansatz um familienstandsspezifischen Aspekte zu erweitern.

Seit 1950 bewegt sich der Anteil der nichtehelichen Kinder an der Gesamtzahl der jährlich Lebendgeborenen in etwa zwischen 10 % und 7 %. Ein Vergleich der nichtehelich Lebendgeborenen mit der Entwicklung der ehelichen Geburten zeigt, daß außerdem die Zahl der nichtehelichen Kinder geringeren Veränderungen ausgesetzt war, als die der ehelichen (vergl. S c h a u b i l d 6). Demnach sind die Ursachen der allgemeinen Fruchtbarkeitsschwankungen in Veränderungen der ehelichen Fruchtbarkeit bzw. des Bestandes an verheirateten Frauen zu suchen.

#### 2.3.1 Heiratsneigung und Familienstandsgliederung

Verlässliche Zahlen über die Familienstandsgliederung der Hamburger Bevölkerung liegen nach dem 2. Weltkrieg nur für die Volkszählungsjahre 1950, 1961 und 1970 vor. Familienstandsspezifische Ziffern können darum für andere Jahre nicht gebildet werden.

Die Heiratsneigung der weiblichen Bevölkerung kann aus altersspezifischen Eheschließungsziffern der ledigen Frauen bzw. der nichtverheirateten Frauen abgelesen werden (T a b e l l e 3). Die allgemeine Heiratsziffer der ledigen Frauen im gebärfähigen Alter hat sich nur geringfügig geändert. 1961 ist die Ziffer um 9 Punkte höher als 1950. Der Rückgang um 2 Punkte bis 1970 fällt nicht ins Gewicht. 1970 gingen von 1 000 ledigen Frauen im gebärfähigen Alter im Durchschnitt 105 Frauen (jährlich) eine Ehe ein. Fast den gleichen Wert hat die allgemeine Eheschließungsziffer für nichtverheiratete Frauen. Hierbei wer-

Tabelle 3

**Eheschließungsziffern und Verheiratetenquote der Frauen in Hamburg nach dem Alter 1950, 1961 und 1970 (Volkszählungsjahre)**

Alter in Jahren	Eheschließungen lediger Frauen auf 1000 ledige Frauen im Alter ...			Eheschließungen auf 1000 nicht verheiratete Frauen im Alter ...			Verheiratetenquote der Frauen im Alter ... in %			Verheiratete Frauen im Alter ... 1961 = 100		
	1950	1961	1970	1950	1961	1970	1950	1961	1970	1950	1961	1970
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
15 bis unter 20 ....	30,5	41,5	49,7	30,6	41,5	50,0	3,0	4,0	5,1	56,3	100	94,4
20 bis unter 25 ....	169,7	196,2	201,5	171,9	197,0	201,9	6,7	38,5	49,9	64,0	100	91,6
25 bis unter 30 ....	176,1	179,1	181,2	191,9	186,5	180,8	3,2	71,7	76,1	88,9	100	111,9
30 bis unter 35 ....	110,9	78,1	82,8	141,0	97,4	99,7	0,0	79,9	81,8	66,8	100	122,8
35 bis unter 40 ....	54,4	41,3	38,7	81,7	54,5	58,0	2,9	78,3	81,9	89,9	100	85,0
40 bis unter 45 ....	32,2	25,9	20,9	48,1	35,7	35,0	4,3	73,9	79,6	132,6	100	109,0
15 bis unter 45 ....	98,7	107,8	105,5	104,5	106,1	106,2	6,6	57,1	65,7	88,9	100	104,2

den neben den ersten Eheschließungen lediger Frauen auch die weiteren Ehen geschiedener und verwitweter Frauen berücksichtigt. Unterschiede zeigen sich erst, wenn man die altersspezifische Verteilung der Eheschließungsziffer betrachtet.

Ein Vergleich der Spalten 1, 2 und 3 in Tabelle 3 läßt von 1950 bis 1970 bei ledigen Frauen eine Tendenz zur Verlagerung der Eheschließungen in jüngere Altersjahre erkennen. Im Alter von 20 b. u. 25 Jahren kamen 1950, 1961 bzw. 1970 auf 1 000 ledige Frauen rund 170, dann 196 und zuletzt 202 Eheschließungen. Diese steigende Tendenz zeigt sich ebenfalls in den Altersgruppen 15 b. u. 20 Jahre und 25 b. u. 30 Jahre. In den beiden höchsten Altersgruppen weisen die Ziffern dagegen einen fallenden Trend auf. Jede Frau, die überhaupt heiraten will, heiratet möglichst früh. Von denen, die mit 40 Jahren noch ledig sind, wird nur mehr selten eine Ehe eingegangen.

Die Eheschließungsziffern nichtverheirateter Frauen stimmen im niedrigen Alter mit denen der Ledigen überein und nehmen erst für ältere Frauen höhere Werte an, weil Eheschließungen geschiedener und verwitweter Frauen naturgemäß erst in höherem Alter ins Gewicht fallen können. Auffällig ist der große Unterschied der beiden Reihen für 1950 (Sp. 4 minus Sp. 1) in den älteren Gruppen. Dies hat seine Ursache in einem hohen Anteil von Kriegerwitwen, die um 1950 eine zweite Ehe eingehen.

Ein Sinken des durchschnittlichen Heiratsalters für Ledige bei gleichbleibender Eheneigung muß normalerweise einen Anstieg des Anteils der verheirateten Frauen in den einzelnen Altersgruppen zur Folge haben (vergl. die Spalten 7, 8 und 9), sofern sich die Ehelösungen in Grenzen halten oder durch Wiederheirat weitgehend ausgeglichen werden. 1950, 1961 bzw. 1970 stieg die Verheiratetenquote der Frauen im gebärfähigen Alter von 56,6% über 57,1% bis auf 65,7%.

Die hohe Steigerung des Prozentsatzes von 1961 bis 1970 ist nur z. T. auf eine Vorverlegung des Heiratsalters zurückzuführen. Aus der Alterspyramide von 1970 kann man ablesen, daß jetzt die Altersgruppe der 15 b. u. 25-jährigen Frauen besonders schwach vertreten ist. Da diese Altersgruppe bekanntlich eine hohe Ledigenquote aufweist, wird dadurch der gesamte Anteil der Ledigen an den Frauen im gebärfähigen Alter prozentual verringert bzw. die Rate der Verheirateten erhöht<sup>11)</sup>.

Obwohl der Verheiratetenanteil von 66% für 1970 als leicht „überhöht“ angesehen werden muß, ist dennoch ein echter Anstieg gegenüber 1961 sicher, da die Verheiratetenquote in jeder Altersgruppe gestiegen ist. Außerdem ist die Absolutzahl der Verheirateten im gebärfähigen Alter 1970 um 4% höher als

im vorhergehenden Volkszählungsjahr (vergl. Sp. 11 und 12).

Es kann somit als sicher gelten, daß die Neigung eine Ehe zu schließen, in der weiblichen Bevölkerung Hamburgs nicht abgenommen hat, und daß aus dieser Richtung keine wesentlichen Einflüsse auf die Fruchtbarkeitsentwicklung zu verzeichnen sind.

Wirft man dagegen einen Blick auf die Entwicklung der Eheschließungszahlen (Schaubild 6), so erstaunt, daß ihre Zahl trotzdem so stark fluktuiert. 1961 wurden 19 000 Ehen in Hamburg registriert, die höchste Zahl aus der Zeitspanne 1950 bis 1971. Ein Tiefpunkt wurde einmal im Jahr 1953 mit 14 200 und zum anderen 1971 mit 13 000 Eheschließungen erreicht. Offenbar haben hier Einflüsse aus dem Altersaufbau den Ausschlag gegeben. Wenn die Altersjahre mit einer hohen Heiratsneigung schwach vertreten sind, dann ist naturgemäß die Zahl der neu geschlossenen Ehen auch kleiner.

Als Anhalt kann der Effekt, den der Altersaufbau auf die Geborenenzahl hat (Schaubild 5a), auf die Eheschließungen übertragen werden, weil die Fruchtbarkeitsziffern und die Eheneigung eine ähnliche Altersverteilung aufweisen. Man erkennt die Übereinstimmung in der Tendenz der beiden Kurven. Eine größere Abweichung ergibt sich nur für die Jahre 1950 bis 1952. Hier wirken sich die zusätzlichen Eheschließungen von Kriegerwitwen aus.

Die Vergleichbarkeit mit Geborenenzahlen ist allerdings durch die Tatsache eingeschränkt, daß hier jeweils der Altersaufbau einer anderen Familienstandsguppe den Ausschlag gibt. Für die Geborenenzahl ist besonders der Bestand an verheirateten Frauen von Bedeutung. Die Entwicklung der Eheschließungen hängt von der Altersverteilung der Nichtverheirateten ab. Man erkennt, wie weit sich eine eingehende Analyse der Geburtenentwicklung in alters- und familienstandsspezifische Aspekte verästelt.

### 2.32 Altersspezifische eheliche Fruchtbarkeit

Tabelle 4 gibt altersspezifische eheliche Fruchtbarkeitsziffern für die drei letzten Volkszählungsjahre wieder. Bei der Interpretation ist im Auge zu behalten, daß für jedes Altersjahr der folgende theoretische Zusammenhang zwischen Fruchtbarkeitsziffern nach dem Familienstand gilt:

$$\begin{aligned} & \text{eheliche Fruchtbarkeitsziffer} \times \text{Verheiratetenquote} \\ & + \text{nichteheliche Fruchtbarkeitsziffer} \times \text{Quote der} \\ & \text{nichtverheirateten Frauen} \\ & = \text{Fruchtbarkeitsziffer ohne Berücksichtigung} \\ & \text{des Familienstandes.} \end{aligned}$$

Die Summe aus Verheiratetenquote und Nichtverheiratetenquote ist dabei für jedes Altersjahr gleich 1. Die letzte Ziffer wurde im Abschnitt 2.21 besprochen (altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer). Sie wird in der Praxis selbstverständlich direkt berechnet. Daß dabei die hohe eheliche Fruchtbarkeit der jüngeren Alters-

<sup>11)</sup> Aus dem gleichen Grund weist übrigens das im Statistischen Jahrbuch von Hamburg veröffentlichte durchschnittliche Heiratsalter lediger Frauen seit 1964 einen leichten Anstieg auf. Die im Jahrbuch mitgeteilten Zahlen basieren auf einer Mittelwertberechnung, in die allein die Anzahl der Eheschließenden geordnet nach ihrem Alter eingeht. Die schwache Besetzung der jüngeren Jahrgänge in den letzten Jahren führt zu einem Überwiegen der älteren Eheschließenden und zu einer verzerrten Erhöhung bei der Berechnung des mittleren Heiratsalters.

Tabelle 4

**Altersspezifische eheliche Fruchtbarkeitsziffern in Hamburg 1950, 1961 und 1970**

— ehelich Lebendgeborene nach dem Alter der Mütter auf 1 000 verheiratete Frauen gleichen Alters —

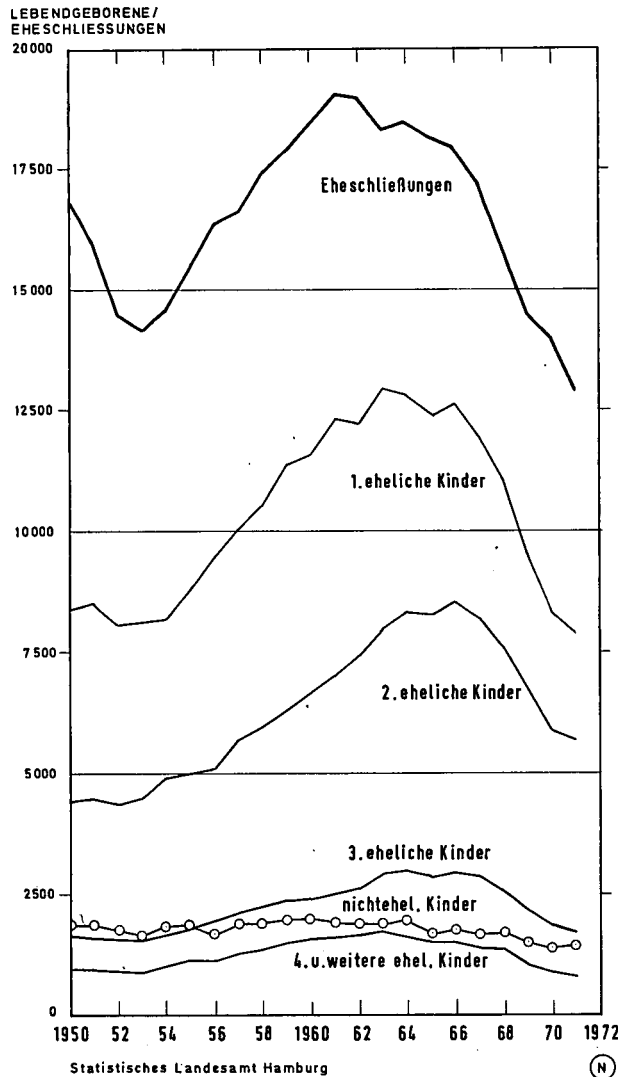
Alter in Jahren	Volkszählungsjahre		
	1950	1961	1970
	1	2	3
15 bis unter 20 ..	395,6	367,6	375,3
20 bis unter 25 ..	232,6	252,5	156,5
25 bis unter 30 ..	139,0	180,9	116,0
30 bis unter 35 ..	83,5	89,1	72,1
35 bis unter 40 ..	34,4	39,5	30,6
40 bis unter 45*)	11,6	12,5	7,3
15 bis unter 45*)	78,6	105,8	73,3

\*) unter Berücksichtigung der Kinder älterer verheirateter Mütter.

gruppen nicht stärker durchschlägt, liegt an dem noch niedrigen Anteil an verheirateten Frauen in diesem Alter. So sind z. B. in der Gruppe 15 b. u. 20 Jahre nur etwa 4% der Frauen verheiratet (vergl. Tabelle 3, Sp. 7-9).

Schaubild 6

**Eheschließungen, ehelich Lebendgeborene nach der Lebendgeborenenfolge und nichtehelich Lebendgeborene in Hamburg 1950-1971**



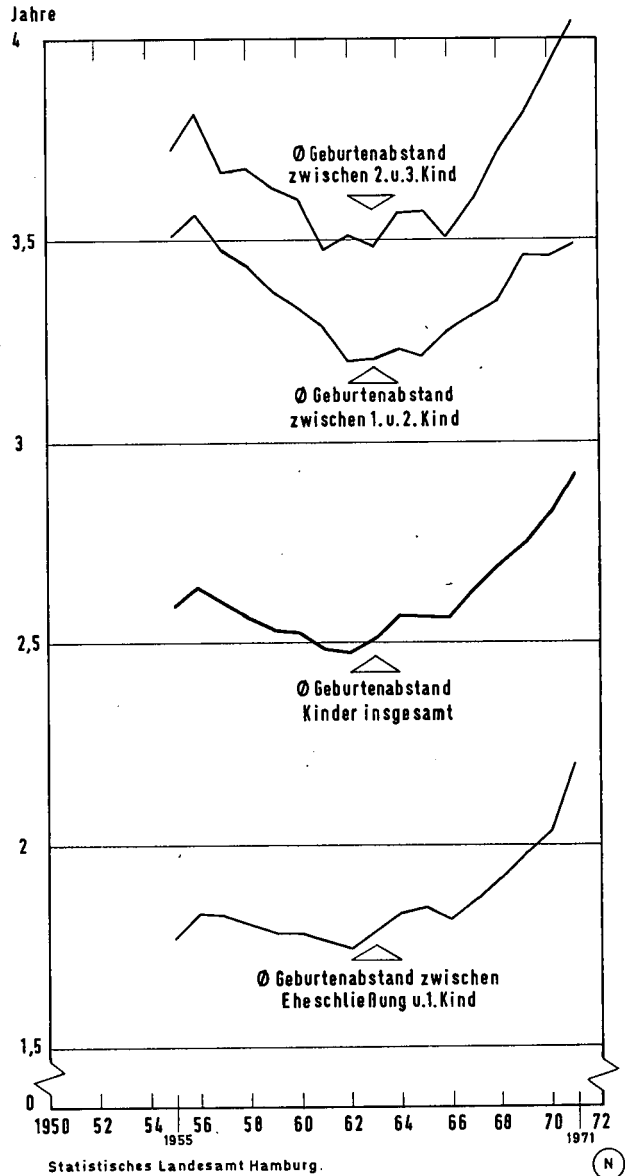
Die allgemeine eheliche Fruchtbarkeitsziffer hatte 1950 einen Wert von 79. Sie stieg auf 106 Punkte im Jahr 1961 und nahm 1970 einen Wert von 73 an. Hier zeigt sich nun die gesuchte Ursache für die allgemeine jährliche Fruchtbarkeitschwankung.

Die im Schaubild 5 b dargestellte standardisierte allgemeine Fruchtbarkeit weist von 1950 bis 1961 eine Zunahme um 17% und von 1961 bis 1970 einen Rückgang von 20% auf. Die entsprechenden Prozentzahlen für die allgemeinen ehelichen Fruchtbarkeitsziffern sind: Erhöhung der Ziffer bis 1961 um 26%, Abfall seit 1961 um 31% (alle Prozentzahlen bezogen auf 1961). Ein derartiger Vergleich ist ohne Berücksichtigung der Familienstandsgliederung problematisch. Er soll nur zeigen, daß die Tendenz der allgemeinen Fruchtbarkeit in den ehelichen Ziffern, als dem verursachenden Moment, wiederzufinden ist.

Wenn man die Reihen im einzelnen betrachtet, fällt auf, daß sich die Fruchtbarkeit der jüngsten Alters-

Schaubild 7

**Durchschnittliche Abstände der ehelichen Geburten von der Eheschließung bzw. von der Geburt des vorangegangenen Kindes in Hamburg 1955-1971**



gruppe nicht wesentlich geändert hat. 1970 wurden von 1 000 verheirateten Frauen im Alter von 15 b. u. 20 Jahren 375 Kinder geboren, geringfügig mehr als 1961. Aber schon auf 1 000 Frauen der nächsten Altersgruppe entfallen fast 100 Kinder weniger als 1961, und in der folgenden Gruppe (25 b. u. 30 Jahre) ist noch einmal eine Minderung um gut 60 Geburten festzustellen.

Damit kristallisiert sich als Ursache für den Geburtenrückgang der letzten Jahre heraus, daß die jährliche Fruchtbarkeit der verheirateten Frauen, abgesehen von der jüngsten Altersgruppe, die jedoch zahlenmäßig kaum ins Gewicht fällt, gegenüber 1961 wesentlich gesunken ist.

Wieweit nun aber der Rückgang der jährlichen ehelichen Fruchtbarkeit besonders in den mittleren Altersgruppen durch einen gesunkenen Anteil neuer Ehen verursacht wurde, kann hier nicht festgestellt werden — bekanntlich ist die eheliche Fruchtbarkeit für jedes Heiratsalter kurz nach der Eheschließung am höchsten. Dieser Sachverhalt ließe sich nur durch eine horizontale Betrachtung von Eheschließungsjahrgängen klären.

### 2.33 Die ehelich Lebendgeborenen nach der Lebendgeborenenfolge

Schaubild 6 zeigt die Aufgliederung der Lebendgeborenen in eheliche Kinder nach der Lebendgeborenenfolge und in nichteheliche Kinder. Man erkennt, wie der bereits bekannte Verlauf der gesamten Geborenenzahl besonders durch die Geburtenentwicklung der ersten, zweiten und dritten ehelichen Kinder geprägt wird.

1963 wurden 13 000 erste eheliche Kinder lebend geboren, 1971 nur noch 7 900; das ist ein Rückgang um 39 %. 1966 konnten 8 500 zweite eheliche Kinder registriert werden, 1971 nur noch 5 700; mithin 33 % weniger als 1966. Bei dritten ehelichen Kindern ist von 1964 bis 1971 eine Abnahme der Geburten um 42 % zu beobachten. Dagegen ist die Zahl der nicht-ehelichen Kinder von der allgemeinen Tendenz nicht so stark abhängig.

Ein Vergleich der Eheschließungszahlen und der ehelich Lebendgeborenen seit 1950 (Schaubild 6) weist deutlich für erste Kinder einen parallelen Verlauf der Kurven auf, der auch für zweite Kinder noch gut erkennbar ist. Es entsteht dadurch der Eindruck, als wenn die Erklärung der Eheschließungszahlen aus dem Altersaufbau auch auf die ehelich geborenen Kinder übertragen werden könnte. Im Gegensatz dazu wurde aber festgestellt, daß für die Geburtenentwicklung Fluktuationen in der Fruchtbarkeit den Ausschlag geben. Der Widerspruch klärt sich, wenn man berücksichtigt, daß erste eheliche Kinder im Durchschnitt etwa 2 Jahre nach der Eheschließung und zweite eheliche Kinder im Mittel gut 3 Jahre nach der Geburt des ersten Kindes geboren werden. Bei dritten Kindern beträgt dieser errechnete Abstand von der Geburt des zweiten Kindes knapp 4

Jahre (vergl. Schaubild 7 und Tabelle 9 im Anhang).

Unter Verwendung dieser durchschnittlichen Geburtenabstände kann man versuchen, einen Ersatz für die fehlende ehedauerspezifische Längsschnittanalyse zu konstruieren. In Tabelle 5 ist die Zahl der ehelich lebendgeborenen ersten Kinder jeweils auf die zwei Jahre früher beobachtete Zahl der Eheschließungen bezogen worden. Die Geburten zweiter Kinder wurden als Prozentsatz der 3 Jahre früher registrierten Geburten erster Kinder berechnet. Entsprechend ist für dritte Kinder eine Verschiebung der Bezugswahlen um 4 Jahre vorgenommen worden.

Tabelle 5

**Relationen zwischen Erstkindern und Eheschließungen, Zweitkindern und Erstkindern sowie zwischen dritten Kindern und Zweitkindern unter Berücksichtigung durchschnittlicher Geburtenabstände in Hamburg 1952 bis 1971**

— nur eheliche Kinder —

Jahre	Erstkindern auf 100 der vor 2 Jahren geschlossenen Ehen	Zweitkindern auf 100 der vor 3 Jahren geborenen Erstkindern	Dritte Kinder auf 100 der vor 4 Jahren geborenen Zweitkindern
	1	2	3
1952 .....	47,5		
1953 .....	50,6	53,9	
1954 .....	56,5	57,9	38,7
1955 .....	61,7	62,0	39,6
1956 .....	65,0	63,1	45,9
1957 .....	65,1	69,6	48,1
1958 .....	64,2	67,9	46,2
1959 .....	68,5	66,4	47,9
1960 .....	66,3	66,0	47,4
1961 .....	68,9	66,9	44,3
1962 .....	66,6	65,3	44,2
1963 .....	68,1	69,1	46,7
1964 .....	67,6	67,5	45,2
1965 .....	67,9	67,4	40,5
1966 .....	68,5	65,5	40,1
1967 .....	66,0	63,9	36,2
1968 .....	61,3	61,2	31,0
1969 .....	55,4	53,3	26,4
1970 .....	52,4	49,4	22,0
1971 .....	54,3	51,7	21,3

Es fällt auf, daß die berechneten Quotienten etwa von 1956 bis 1965 für erste, zweite und dritte Kinder sehr stabil sind. Wenn man diesen Zahlen folgt, entfielen um 1960 auf 3 neu geschlossene Ehen im Durchschnitt nach 2 Jahren 2 erste Kinder und auf 3 erste Kinder im Durchschnitt nach gut 3 Jahren 2 zweite Kinder. Auf 2 zweite Kinder kam ein drittes Kind nach knapp 4 Jahren.

Seit 1967 nehmen die Quotienten zunehmend ungünstigere Werte an. Während aufgrund der Zahlen aus Tabelle 5 um 1960 auf 100 Ehen 66 erste Kinder, 44 zweite und 20 dritte Kinder entfielen, kamen 1971 auf 100 Ehen nur 54 erste Kinder, 29 zweite und 6 dritte Kinder.

Diese Zahlen stimmen zwar in der Tendenz mit dem bisher konstatierten Fruchtbarkeitsverlauf überein, aber es wäre sicher falsch, daraus eine durchschnittliche Familiengröße abzuleiten. Einmal sind nicht die



Bestandszahlen der Ehen nach der Anzahl der Kinder in die Berechnung eingegangen sondern nur die Zugänge aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung seit 1950; die Bestandsveränderungen durch das Wanderungsgeschehen und durch Ehelösungen konnten ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Zum anderen ist zu beachten, daß die Geburtenabstände eine ausgeprägte linksschiefe Verteilung aufweisen. Der dichteste Wert für die Geburt erster Kinder fällt z. B. in den Jahren 1968 bis 1971 in den 5. Monat nach der Eheschließung (die voreheliche Konzeption ist offenbar immer noch von großer Bedeutung). Die Zuordnung von ersten Kindern zu Eheschließungen über das arithmetische Mittel der Häufigkeitsverteilung von Geburtenabständen ist daher sicherlich problematisch.

Die oben für 1956 bis 1965 beobachtete Konstanz der Relationen von ersten, zweiten und dritten Kindern zueinander und zu den Eheschließungen — nach Verschiebung der Kurven gegeneinander um die durchschnittlichen Geburtenabstände — kann ein Hinweis darauf sein, daß eine Kohortenanalyse für diese 10 Jahre eine gleichbleibende horizontal gemessene Fruchtbarkeit feststellen würde. Diese Hypothese kann durch Material von anderer Seite jedoch nicht gestützt werden.

Sicher ist dagegen aufgrund dieser Quotienten, daß die Fruchtbarkeit bis 1956 gestiegen ist und nach 1966 einen starken Rückgang erlebte. Es soll nun kurz die Frage behandelt werden, ob dieser Rückgang möglicherweise auf eine Vergrößerung der Geburtenabstände zurückzuführen ist.

### 2.34 Zeitabstände der ehelichen Geburten von der Eheschließung bzw. von der Geburt des vorangegangenen Kindes

Wenn man den zeitlichen Verlauf der durchschnittlichen Geburtenabstände im einzelnen betrachtet, fällt auf, daß die Abstandskurven einer Tendenz folgen, die dem Trend der Geburtenkurven entgegengerichtet ist. Die einander entsprechenden Kurven weisen eine hohe negative Korrelation miteinander auf. In den Jahren 1955 bis 1971 ergibt sich bei zweiten Kindern für die Korrelation der durchschnittlichen Geburtenabstände mit der Zahl der Lebendgeborenen ein Korrelationskoeffizient von  $-0,89$ . Für dritte Kinder hat dieser Koeffizient den Wert  $-0,84$  und bei ersten Kindern ergibt sich eine Zahl von  $-0,68$ . Wenn man diese Korrelationsrechnung nur für die Periode 1966 bis 1971 ausführt, weil hier ein Anstieg der Abstände besonders markant ausgeprägt ist, ergeben sich für erste, zweite und dritte Kinder Korrelationskoeffizienten von  $-0,95$  bis  $-0,98$ .

Es ist fraglich, ob man aus dieser hohen negativen Korrelation generell den Schluß ziehen darf: Weil die mittleren Geburtenabstände bis 1962/63 eine fallende Richtung hatten, haben sich die Geborenenzahlen erhöht; und weil die Abstände seit 1966 stark gestiegen sind, folgen die Geburten nun einem abfallenden Trend.

Diese Behauptung könnte durch folgenden Zusammenhang gestützt werden: Wenn sich Geburtenab-

stände bei im übrigen gleichbleibenden Bedingungen vergrößern (verkürzen), hat dies vorübergehend ein Sinken (Steigen) der Geborenenzahlen zur Folge. Vergleiche dazu die nähere Erläuterung des Problems in Teil 3. Es ist möglich, daß diese Argumentation zum Teil für die Zeit nach 1966 zutrifft. Dabei ist aber im Auge zu behalten, daß durch den seit 1964 sinkenden Zugang an neu geschlossenen Ehen wahrscheinlich der Anteil von noch kinderlosen Ehen mit längerer Ehedauer gestiegen ist. Dies hätte zur Folge, daß anteilig mehr erste Kinder mit einem großen Abstand von der Eheschließung geboren werden. Rechnerisch würde sich auch dann ein höherer durchschnittlicher Abstand ergeben, wenn sich die Verhaltensweisen bezüglich der durchschnittlichen Geburtenabstände, etwa jeweils bezogen auf 1 000 Ehen nach der Ehedauer, nicht geändert hätten. In gleicher Weise läßt sich für zweite Kinder bezüglich der sinkenden Neuzugänge erster Kinder und für dritte Kinder argumentieren. Hier wird wieder deutlich, daß man diese Fragen nicht restlos klären kann, wenn die Ehestandsdaten nicht nach der Ehedauer vorliegen.

Auf jeden Fall läßt sich folgendes festhalten: Sofern die Verlängerung der durchschnittlichen Geburtenabstände seit 1966 tatsächlich eine nennenswerte Verminderung der Geburten verursacht hat, ist mit einem sofortigen Ansteigen der Geburtenzahlen zu rechnen, wenn dieser Prozeß sich vergrößernder Geburtenabstände zu einem Stillstand kommt; es sei denn, dieser Anstieg wird durch einen neu auftretenden negativen Effekt aus einer anderen Richtung wieder zunichte gemacht.

Entscheidend für die Geburtenentwicklung einer Bevölkerung ist letztlich ihre Fortpflanzungsnorm, eine Größe, die von den jüngeren Altersgruppen naturgemäß erst in der Zukunft voll realisiert wird und nur schwer aus statistischem Material der Gegenwart und Vergangenheit erschließbar ist. Diese Norm kann man sich als langfristigen aufwärts- oder abwärtsgerichteten bzw. auch gleichbleibenden Trend vorstellen, der umspielt wird von kurzfristigeren Schwankungen der Geburtenzahlen. Diese Schwankungen können durch Unregelmäßigkeiten im Altersaufbau und in der Familienstandsgliederung oder durch Verschiebungen der Geburtszeitpunkte verursacht werden. Wieweit die Fortpflanzungsnorm seit 1966 gesunken ist bzw. welchen Ausschlag temporäre Schwankungen gegeben haben, läßt sich z. Z. nicht eindeutig feststellen.

Die Entwicklung der ehelichen Geburtenzahlen in den nächsten Jahren muß zur Klärung dieser Frage abgewartet werden, da im Moment eine Interpretation des Abschwungs seit 1966 als temporäre Schwingung noch plausibel ist. Die Schwingung hätte für diesen Fall in der Gegenwart ihren tiefsten Punkt erreicht. Wenn allerdings ein deutlicher Anstieg der jährlichen Fruchtbarkeit in naher Zukunft nicht festgestellt werden kann, ist sicher, daß die Fortpflanzungsnorm gesunken ist.

### 2.4 Jährliche nichteheliche Fruchtbarkeit ab 1950

Es bleiben noch einige Bemerkungen zur nichtehelichen Fruchtbarkeit und zur Entwicklung der Ausländergeburten nachzutragen.

Tabelle 6

**Altersspezifische nichteheliche Fruchtbarkeitsziffern in Hamburg 1950, 1961 und 1970**

— nichtehelich Lebendgeborene nach dem Alter der Mütter auf 1 000 nichtverheiratete Frauen gleichen Alters —

Alter in Jahren	Volkszählungsjahre		
	1950	1961	1970
	1	2	3
15 bis unter 20*)	6,4	7,0	9,6
20 bis unter 25 ..	23,2	17,6	15,9
25 bis unter 30 ..	18,6	19,7	15,0
30 bis unter 35 ..	14,2	14,4	13,9
35 bis unter 40 ..	6,4	7,0	10,9
40 bis unter 45*)	2,6	3,6	3,0
15 bis unter 45*)	12,2	11,6	11,6

\*) unter Berücksichtigung der Kinder von jüngeren bzw. älteren nichtverheirateten Müttern.

1960 wurden in Hamburg 2 000 nichtehelich lebendgeborene Kinder registriert, die höchste Zahl seit 1950. In den vorhergehenden Jahren bewegten sich diese Geburten um einen Wert von 1 800. Bis 1970

sank die Lebendgeborenenzahl der nichtehelichen Kinder auf 1 400 ab, 1971 war ein leichter Anstieg um 50 Geborene zu bemerken. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen war von 1950 bis 1955 noch relativ hoch mit einem Maximum im Jahre 1951 von 10,7 %. Danach ist ein allmähliches Absinken dieses Prozentsatzes auf 6,5 % in den Jahren 1965 bis 1967 zu beobachten. Er steigt dann wieder leicht an bis auf 8,3 % im Jahre 1971. In dieser Bewegung der Prozentzahlen wirkt sich bei einer relativ stabilen Geborenenzahl von nichtehelichen Kindern das starke Auf und Ab der Gesamtgeborenenzahl aus.

Die allgemeine nichteheliche Fruchtbarkeit hat sich seit 1950 praktisch nicht geändert, wie ein Blick auf Tabelle 6 bestätigt. 1970 entfielen auf 1 000 nichtverheiratete Frauen im gebärfähigen Alter jährlich 12 nichtehelich Lebendgeborene. Die altersspezifische Verteilung der nichtehelichen Fruchtbarkeit zeigt für 1950 eine Konzentration in der Altersgruppe 20 b. u. 25 Jahre mit jährlich 23 nichtehelichen Kindern auf 1 000 nichtverheiratete Frauen dieses Alters. Von 1950 bis 1970 ist die Tendenz zu einer gleichmäßigeren Verteilung der nichtehelichen Fruchtbarkeit auf alle Altersgruppen zu beobachten.

Tabelle 7

**Lebendgeborene nach der Legitimität und nach der Staatsangehörigkeit in Hamburg 1960 bis 1971**

Jahre	Lebendgeborene nach Staatsangehörigkeit der Eltern bzw. der Mutter									Lebendgeborene nach ihrer Staatsangehörigkeit		
	insgesamt	ehelich						nicht ehelich			Deutsch Sp. 3+5+8	Nicht-deutsch Sp. 4+6+9
		insgesamt	Mutter				insgesamt	Mutter				
			Deutsch	Deutsch	Nicht-deutsch	Nicht-deutsch		Deutsch	Nicht-deutsch			
										Vater		
Deutsch	Nicht-deutsch	Deutsch	Nicht-deutsch	Deutsch	Nicht-deutsch							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11		
1960 ....	24 276	22 259	21 750	282	82	145	2 017	1 988	29	23 820	456	
1961 ....	25 453	23 515	22 919	345	71	180	1 938	1 911	27	24 901	552	
1962 ....	25 942	24 006	23 359	395	69	183	1 936	1 907	29	25 335	607	
1963 ....	27 537	25 636	24 807	501	84	244	1 901	1 869	32	26 760	777	
1964 ....	27 738	25 801	24 827	518	127	329	1 937	1 873	64	26 827	911	
1965 ....	26 814	25 099	24 009	521	143	426	1 715	1 661	54	25 813	1 001	
1966 ....	27 423	25 665	24 552	504	142	467	1 758	1 700	58	26 394	1 029	
1967 ....	26 167	24 479	23 247	481	183	568	1 688	1 621	67	25 051	1 116	
1968 ....	24 265	22 562	21 298	481	168	615	1 703	1 638	65	23 104	1 161	
1969 ....	21 039	19 487	18 096	421	206	764	1 552	1 479	73	19 781	1 258	
1970 ....	18 390	16 981	15 299	444	229	1 009	1 409	1 305	104	16 833	1 557	
1971 ....	17 637	16 179	14 044	435	282	1 418	1 458	1 336	122	15 662	1 975	

In Prozenten der Lebendgeborenen insgesamt

1960 ....	100	91,7	89,6	1,2	0,3	0,6	8,3	8,2	0,1	98,1	1,9
1961 ....	100	92,4	90,0	1,4	0,3	0,7	7,6	7,5	0,1	97,8	2,2
1962 ....	100	92,5	90,0	1,5	0,3	0,7	7,5	7,4	0,1	97,7	2,3
1963 ....	100	93,1	90,1	1,8	0,3	0,9	6,9	6,8	0,1	97,2	2,8
1964 ....	100	93,0	89,5	1,9	0,5	1,2	7,0	6,8	0,2	96,7	3,3
1965 ....	100	93,6	89,5	1,9	0,5	1,6	6,4	6,2	0,2	96,3	3,7
1966 ....	100	93,6	89,5	1,8	0,5	1,7	6,4	6,2	0,2	96,2	3,8
1967 ....	100	93,5	88,8	1,8	0,7	2,2	6,5	6,2	0,3	95,7	4,3
1968 ....	100	93,0	87,8	2,0	0,7	2,5	7,0	6,8	0,3	95,2	4,8
1969 ....	100	92,6	86,0	2,0	1,0	3,6	7,4	7,0	0,3	94,0	6,0
1970 ....	100	92,3	83,2	2,4	1,2	5,5	7,7	7,1	0,6	91,5	8,5
1971 ....	100	91,7	79,6	2,5	1,6	8,0	8,3	7,6	0,7	88,8	11,2

Diese Fruchtbarkeitsziffern belegen noch einmal, daß die Schwankungen der Geborenenzahlen seit 1950, soweit sie überhaupt auf Veränderungen der Fruchtbarkeit zurückzuführen sind, ausschließlich durch eine Variation der ehelichen jährlichen Fruchtbarkeit verursacht wurden.

## 2.5 Ausländergeburten seit 1960

Der Anteil von Ausländern an der Hamburger Bevölkerung ist seit 1960 stark gestiegen. Besonders in den mittleren Altersjahren wurden hohe Zugänge verzeichnet. 1961 wären 1% der Frauen im gebärfähigen Alter Ausländerinnen. Dieser Anteil stieg bis 1971 auf 5,8%.

Für Frauen im Alter von 20 b. u. 30 Jahren hat sich die Rate der Ausländerinnen von 1961 bis 1971 sogar von 1% auf 9,1% erhöht. Da auch bei ausländischen Frauen im Durchschnitt die höchste Fruchtbarkeit in dieser Altersgruppe festzustellen ist, verwundert es nicht, daß 1971 ein Anteil von 10,3% der in Hamburg lebendgeborenen Kinder von ausländischen Müttern stammten. Dagegen wurden 1961 erwartungsgemäß nur 1,1% der Kinder von Ausländerinnen geboren.

Wie aus Tabelle 7 entnommen werden kann, hatten 1822 lebendgeborene Kinder im Jahr 1971 eine ausländische Mutter, darunter 1700 eheliche Kinder. Von den ehelichen Geborenen stammten 1418 Kinder aus reinen Ausländerfamilien (beide Elternteile Ausländer). Der Umfang dieser letzten Geborenengruppe stieg seit 1970 sprunghaft an, weil unter verheirateten Gastarbeitern immer mehr die Tendenz besteht, sich in Deutschland für längere Zeit mit der Familie seßhaft zu machen.

Alters- und familienstandsspezifische Fruchtbarkeitsziffern nach der Staatsangehörigkeit konnten nur für 1971 berechnet werden, weil die benötigte statistische Gliederung der Lebendgeborenen aus den vorhergehenden Jahren nicht bekannt ist. Die in der Ziffernberechnung verwendeten Bestandszahlen von Frauen beruhen auf einer Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse von 1970. Da bei Großzählungen eine leichte Tendenz zur Untererfassung von Ausländern besteht, können die in Tabelle 8 mitgeteilten Ziffern für Nichtdeutsche als Obergrenze angesehen werden.

Der Bestand an Ausländerinnen im gebärfähigen Alter hat sich vom 1. 1. 1971 bis zum 31. 12. 1971 um 23,4% erhöht. Aus diesem Grund war es ratsam, die Geborenen nicht wie bisher auf die Jahresendbevölkerung zu beziehen, sondern für die Ziffern nach der Staatsangehörigkeit den Durchschnitt aus Jahresanfangs- und Jahresendbestand zu verwenden.

Aus diesen Basiszahlen ergibt sich 1971 für Ausländerinnen eine etwa doppelt so hohe allgemeine Fruchtbarkeit als für deutsche Frauen. Diese Relation zeigt sich bei der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer sowohl für Frauen insgesamt wie für verheiratete

Frauen. Es ist dabei zu beachten, daß die allgemeinen Ziffern für Nichtdeutsche durch die überdurchschnittliche Besetzung der fruchtbarsten Altersgruppen einen höheren Wert aufweisen, als dies bei einer gewachsenen Bevölkerung der Fall gewesen wäre.

Wenn man die relative Altergliederung der deutschen Frauen im gebärfähigen Alter auf die altersspezifischen Ziffern der Nichtdeutschen anwendet, sinkt die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer für ausländische Frauen insgesamt von 100 auf 82 und für Verheiratete von 144 auf 107. Danach war die eheliche Fruchtbarkeit der Ausländerinnen 1971 nicht höher als die der verheirateten Frauen von Hamburg aus dem Jahr 1961 (vergl. Tabelle 4). Die niedrigere eheliche

Tabelle 8

### Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern der deutschen sowie der ausländischen Frauen in Hamburg 1971

— bezogen auf den Jahresdurchschnitt —

Alter in Jahren (von ... bis unter ...)	Frauen insgesamt		verheiratete Frauen		Frauen Insgesamt, Deutsch + Nicht- deutsch
	mit der Staatsangehörigkeit				
	Deutsch	Nicht- deutsch	Deutsch	Nicht- deutsch	
	1	2	3	4	5
15 b. u. 20*) ..	25,2	65,3	350,3	282,2	27,1
20 b. u. 25 ....	79,8	134,6	148,6	233,2	84,8
25 b. u. 30 ....	84,8	137,9	107,3	176,8	88,6
30 b. u. 35 ....	56,4	86,9	66,7	99,2	57,6
35 b. u. 40 ....	26,2	53,0	29,9	62,3	27,3
40 b. u. 45*) ..	6,1	13,3	6,7	15,9	6,2
15 b. u. 45*) ..	47,5	99,7	66,6	143,5	50,2
15 b. u. 45*) bei Altersgliederung der deutschen Frauen	47,5	82,4	66,6	106,9	.

\*) unter Berücksichtigung der Kinder jüngerer bzw. älterer Mütter.

Fruchtbarkeitsziffer von Ausländerinnen der jüngsten Altersklasse hängt mit der hohen Verheiratetenquote von 22% in dieser Gruppe zusammen (bei deutschen Frauen nur 4,3%).

Ein Vergleich der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für deutsche Frauen (Sp. 1 der Tabelle 8) und für Frauen insgesamt (Sp. 5) zeigt, daß die höhere Fruchtbarkeit der Ausländerinnen in den Gesamtziffern nicht entscheidend durchschlägt, weil ihr Anteil an der weiblichen Bevölkerung Hamburgs dafür zu niedrig ist. Man kann demnach nicht sagen: Die Gesamtfuchtbarkeit ist nur darum nicht noch tiefer gesunken, weil der Rückgang der Fruchtbarkeit deutscher Frauen in hohem Maße von Ausländerinnen aufgefangen wird. Daß dennoch 10,3% der Kinder von ausländischen Müttern geboren wurden, ist auf die wesentlich günstigere Altersverteilung bei Nichtdeutschen zurückzuführen. Die fruchtbarsten Altersjahre sind überdurchschnittlich besetzt; während 1971 nur 32% der deutschen Frauen im gebärfähigen Alter 20 b. u. 30 Jahre alt waren, betrug dieser Anteil bei den Ausländerinnen Hamburgs 52%.

### 3. Anhang

#### 3.1 Zusammenhang zwischen jährlicher und horizontal gemessener Fruchtbarkeit erläutert an einem Modell gemäß Schaubild 8

Modellannahmen:

1. Für jeden Ehejahrgang werden 8 Ehen angenommen, Abgänge keine.
2. Fortpflanzungsnorm: Von jeder verheirateten Frau wird innerhalb von 4 Jahren nach der Eheschließung 1 Kind geboren. Jeder Ehejahrgang bringt also 8 Kinder hervor.
3. Der Zeitpunkt der Geburten ist variabel.
4. Für die Berechnung des Abstandes der Geburten von der Eheschließung wird unterstellt, daß Ehen nur am 1. 1. geschlossen werden und Geburten nur auf den 31. 12. entfallen.

Variable:

$t_i$  = Beobachtungsjahr

$t'_j$  = Eheschließungsjahr = Ehejahrgang

$g_i$  = gesamte Geburtenzahl je Beobachtungsjahr

$g'_j$  = gesamte Geburtenzahl je Ehejahrgang

$d$  = Ehedauer in Jahren

$\bar{d}_i$  = durchschnittlicher Abstand der Geburten von der Eheschließung je Beobachtungsjahr in Jahren

$\bar{d}'_j$  = durchschnittlicher Abstand der Geburten von der Eheschließung je Ehejahrgang in Jahren

Erläuterung des Modells:

In jedem Jahr wird das Modell um einen neuen Ehejahrgang von 8 Ehen erweitert. Der Neuzugang (mit seinen Geburten in den 4 Jahren nach der Eheschließung) ist im Schaubild um 1 Jahr nach rechts verschoben über dem vorhergehenden Ehejahrgang eingezeichnet worden. Dadurch erscheinen die Geburten in der Horizontalen nach dem Ehejahrgang der Eltern und in der Senkrechten nach dem Geburtsjahr geordnet.

Bei den beobachteten Ehejahrgängen sind 3 verschiedene Konstellationen der zeitlichen Aufeinanderfolge von Geburten (Geburtenschema) aufgetreten:

$(1+1+3+3) = 8$ ,  $(1+3+3+1) = 8$ ,  $(3+3+1+1) = 8$ . Diese Geburtenschemata geben von links nach rechts an, wieviele Geburten in das erste, zweite, dritte und vierte Ehejahr eines bestimmten Ehejahrgangs entfallen. Die Summe in der Horizontalen ist immer gleich 8 Geburten.

Wenn man die Geburten eines bestimmten Beobachtungsjahres betrachtet, erhält man von oben nach unten gelesen ebenfalls Geburten aus ersten, zweiten, dritten und vierten Ehejahren. Die Geburten

stammen aber immer von einem anderen Ehejahrgang. Dadurch kann es bei kurzfristigen Verschiebungen der Geburtszeitpunkte geschehen (vergleiche Beobachtungsjahr  $t_3$ ), daß in dem jüngsten der beobachteten Ehejahrgänge ( $t'_3$ ) sich eine Vorverlegung der Geburten schon in vollem Umfang bemerkbar macht, während sich in dem ältesten beobachteten Ehejahrgang ( $t'_0$ ) noch die frühere Neigung, spät zu gebären, voll auswirkt. Als Folge davon werden in diesem Jahr ( $t_3$ ) 12 Geburten gezählt, obwohl jeder Ehejahrgang unverändert 8 Kinder hervorbringt. Wenn man nun im Jahr  $t_3$  eine Fruchtbarkeitsanalyse anstellt ohne Kenntnis der horizontalen Zuordnung der Geburten zu Ehejahrgängen, kann leicht der Fehler unterlaufen, daß diese 12 Geburten als von einem Ehejahrgang stammend interpretiert werden. Man käme dann in diesem Modell zu völlig falschen Schlüssen.

Die möglichen Geburtenschemata senkrecht nach Geburtsjahren abgelesen sind  $(1+1+3+3) = 8$ ,  $(3+3+3+3) = 12$ ,  $(3+3+1+1) = 8$ ,  $(1+3+1+1) = 6$ ,  $(1+1+3+1) = 6$ .

Horizontale Fruchtbarkeitsbetrachtung:  
(rechts unten in Schaubild 8)

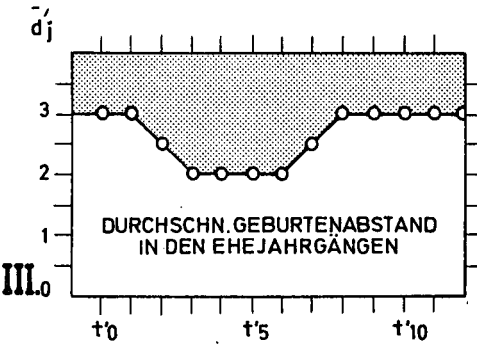
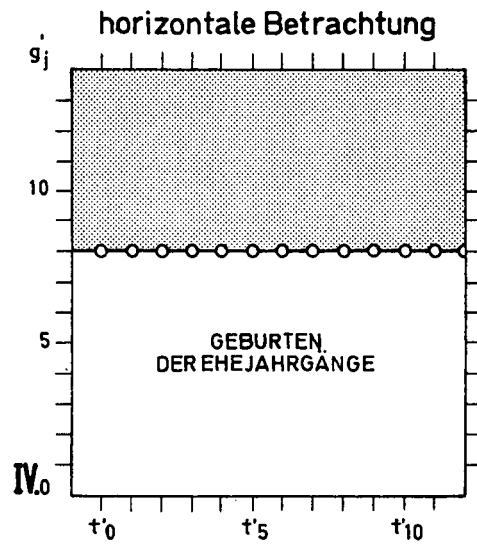
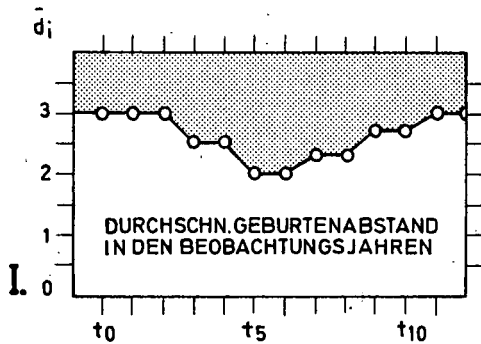
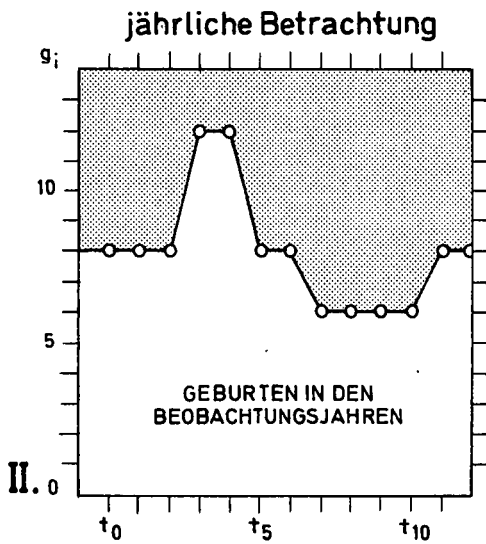
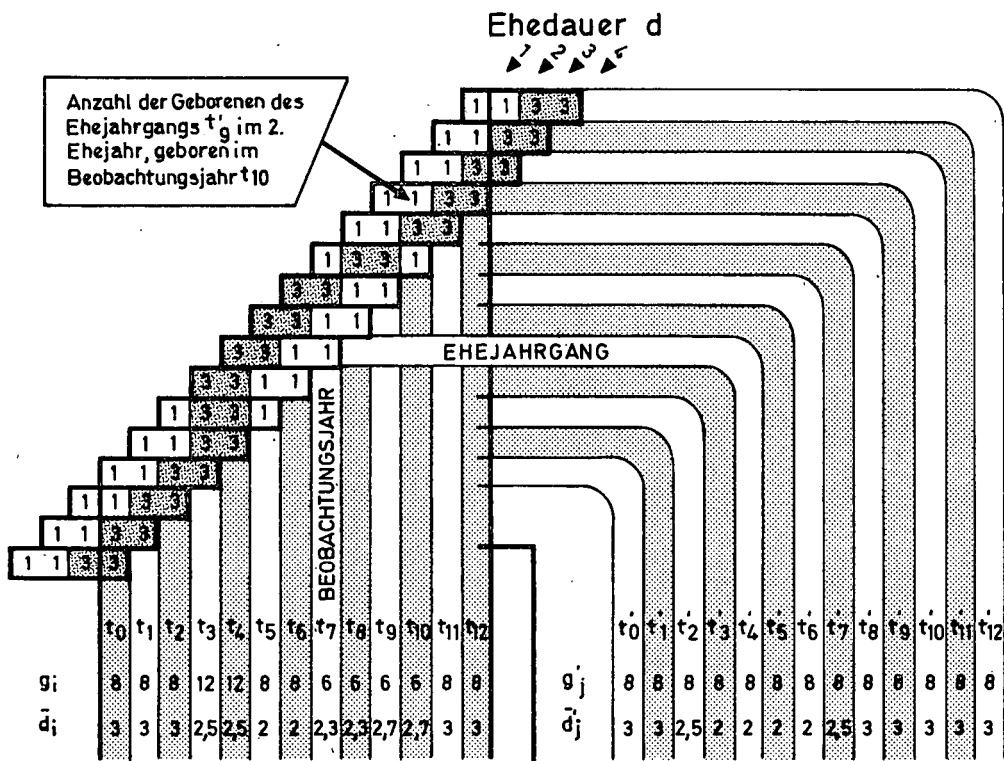
Die Geburten eines Ehejahrgangs werden über mehrere Jahre verfolgt. Die Gesamtgeburtenzahl je Ehejahrgang  $g'_j$  ist immer gleich 8. Der durchschnittliche Abstand der Geburten von der Eheschließung  $\bar{d}'_j$  beträgt erst 3 Jahre (bei  $t'_0$  und  $t'_1$ ), sinkt dann auf 2 Jahre und steigt später wieder auf 3 Jahre. Trotz zeitlicher Verschiebung der Geburtszeitpunkte bleibt die Gesamtgeburtenzahl je Ehejahrgang konstant (Diagramm III und IV). Diese Betrachtung würde zu dem richtigen Ergebnis kommen, daß sich die allgemeine horizontal gemessene Fruchtbarkeit und die Fruchtbarkeitsnorm nicht geändert haben, sondern nur der durchschnittliche Geburtenabstand.

Jährliche Fruchtbarkeitsbetrachtung:  
(links unten in Schaubild 8)

Die Geburten eines Jahres werden gezählt, sie stammen von verschiedenen Ehejahrgängen. Die jährliche Geburtenzahl  $g_i$  ändert sich. Sie beträgt erst 8 Kinder in den Jahren  $t_0$  bis  $t_2$ , steigt auf 12 Kinder, sinkt dann über 8 auf 6 Kinder und ist vom Jahr  $t_{11}$  wieder normal. Der durchschnittliche Geburtenabstand der Geburten eines Jahres  $\bar{d}_i$  sinkt von 3 Jahren auf 2 Jahre und steigt anschließend wieder auf 3 Jahre (Diagramm I und II). Diese Betrachtung kommt zu dem Ergebnis, daß die allgemeine jährliche Fruchtbarkeit zuerst steigt, anschließend fällt und sich dann wieder normalisiert. Wenn diese jährliche Fruchtbarkeit mit der Fortpflanzungsnorm gleichgesetzt würde, käme man zu der falschen Aussage, die Fortpflanzungsnorm ist erst gestiegen, dann gefallen und hat sich anschließend normalisiert. In Wirklichkeit ist die Fortpflanzungsnorm aber stets konstant geblieben.

Schaubild 8

Schematische Darstellung zum Modell der jährlichen und horizontalen Fruchtbarkeitsentwicklung (Erläuterung des Modells auf S. 250)



### 3.2 Ausgewählte Literaturhinweise zur Fruchtbarkeitsmessung

- 1) **Burgdörfer, Fr.:** Familienstatistik und Fruchtbarkeitsmessung. Neue Aufgaben und neue Wege der deutschen Bevölkerungsstatistik. In: Revue de L'Institut International de Statistique, 1937, S. 214 ff.
- 2) **Whelpton, P. K.:** Cohort Analysis of Fertility. In: American Sociological Review. Vol. 14 (1949), S. 735 ff.
- 3) **Ungern-Sternberg, R. v. und H. Schubnell:** Grundriß der Bevölkerungswissenschaft (Demographie). Stuttgart 1950.
- 4) **Mackenroth, G.:** Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung. Berlin 1953.
- 5) **Whelpton, P. K.:** Cohort Fertility, Native White Women in the United States. Princeton 1954.
- 6) **Grabill, W. H.:** C. V. Kiser and P. K. Whelpton: The Fertility of American Women. (A Volume in the Census Monograph Series). New York 1958.
- 7) **Whelpton, P. K.:** "Fertility". In: Hauser, Ph. M. and O. T. Duncan: The Study of Population. An Inventory and Appraisal. New York 1959, S. 400 ff.
- 8) **Flaskämper, P.:** Bevölkerungsstatistik. Hamburg 1962. (Grundriß der sozialwissenschaftlichen Statistik. T. 2, Bd. 1.)
- 9) **Fertility Measurement.** A Report of the United States National Committee on Vital and Health Statistics. Hrsg.: U. S. Department of Health, Education, and Welfare. Washington, D. C. 1965. (National Center for Health Statistics. Ser. 4, Nr. 1.)
- 10) **Schwarz, K.:** Die Längsschnittbetrachtung als neue Aufgabe der Bevölkerungsstatistik. In: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 52 (1968), S. 44 ff.
- 11) **Ryder, N. B.:** Cohort Analysis. In: International Encyclopedia of the Social Sciences. Vol. 2 (1968), S. 54 ff.
- 12) **Winkler, W.:** Demometrie. Berlin 1969.
- 13) **Needs for National Studies of Population Dynamics.** A Report of the United States National Committee on Vital and Health Statistics. Hrsg.: U. S. Department of Health, Education, and Welfare. Rockville, Md., 1970. (National Center for Health Statistics. Ser. 4, Nr. 12.)
- 14) **Wagenführ, R.:** Wirtschafts- und Sozialstatistik gezeigt am Beispiel der BRD. Bd. 1. Freiburg i. Br. 1970.

Eine ausführliche Bibliographie der einschlägigen Literatur befindet sich in folgender Veröffentlichung der Deutschen Akademie für Bevölkerungswissenschaft:

Statistische Methoden und Materialien für Demographen. Bd. I. Hrsg.: Deutsche Akademie für Bevölkerungswissenschaft an der Universität Hamburg. Hamburg 1966. (Akademie-Veröffentlichung. Reihe A, Nr. 9.)

Joachim Müller

### 3.3 Tabellen und Alterspyramiden

Tabelle 9 Durchschnittliche Abstände der ehelichen Geburten von der Eheschließung bzw. von der Geburt des vorangegangenen Kindes in Hamburg 1955 bis 1971

— Lebend- und Totgeborene —

Jahre	Geburten mit maximalem Abstand bis unter 10 Jahren								Kinder mit Abstand <sup>1)</sup> 10 Jahre und mehr, Mehrlinge, Geburtenabstand unbekannt
	1. Kind		2. Kind		3. Kind		Kinder insgesamt		
	Geborene	Abstand <sup>1)</sup> zwischen Eheschließung und 1. Kind in Jahren	Geborene	Abstand <sup>1)</sup> zwischen 1. u. 2. Kind in Jahren	Geborene	Abstand <sup>1)</sup> zwischen 2. und 3. Kind in Jahren	Geborene	Abstand <sup>1)</sup> von der Eheschließung bzw. vom Vorkind in Jahren	
	1	2	3	4	5	6	7	8	
1955 .....	8 723	1,774	4 628	3,514	1 737	3,729	16 216	2,593	748
1956 .....	9 491	1,830	4 859	3,565	1 972	3,819	17 480	2,640	593
1957 .....	10 050	1,827	5 389	3,474	2 044	3,669	18 813	2,603	773
1958 .....	10 451	1,805	5 540	3,439	2 145	3,677	19 539	2,570	912
1959 .....	11 261	1,783	5 985	3,376	2 275	3,632	21 079	2,535	830
1960 .....	11 463	1,784	6 383	3,336	2 338	3,607	21 775	2,530	758
1961 .....	12 208	1,759	6 718	3,286	2 439	3,478	23 006	2,487	837
1962 .....	12 145	1,745	7 073	3,204	2 574	3,509	23 464	2,475	847
1963 .....	12 849	1,787	7 662	3,205	2 836	3,485	25 076	2,509	846
1964 .....	12 699	1,833	8 016	3,230	2 900	3,568	25 268	2,570	804
1965 .....	12 295	1,846	7 990	3,214	2 669	3,572	24 472	2,568	900
1966 .....	12 445	1,803	8 169	3,270	2 824	3,506	24 962	2,565	932
1967 .....	11 800	1,867	7 907	3,311	2 761	3,606	23 838	2,635	848
1968 .....	10 824	1,917	7 333	3,350	2 448	3,722	21 933	2,690	817
1969 .....	9 377	1,984	6 483	3,460	2 049	3,816	18 946	2,775	733
1970 .....	8 150	2,035	5 686	3,460	1 740	3,929	16 470	2,821	633
1971 .....	7 742	2,197	5 465	3,488	1 626	4,041	15 669	2,919	652

<sup>1)</sup> durchschnittlicher Geburtenabstand. — <sup>2)</sup> Kinder, deren Geburt 10 und mehr Jahre nach der Eheschließung bzw. nach der Geburt des vorangegangenen Kindes erfolgte, wurden bei der Berechnung durchschnittlicher Geburtenabstände nicht berücksichtigt.

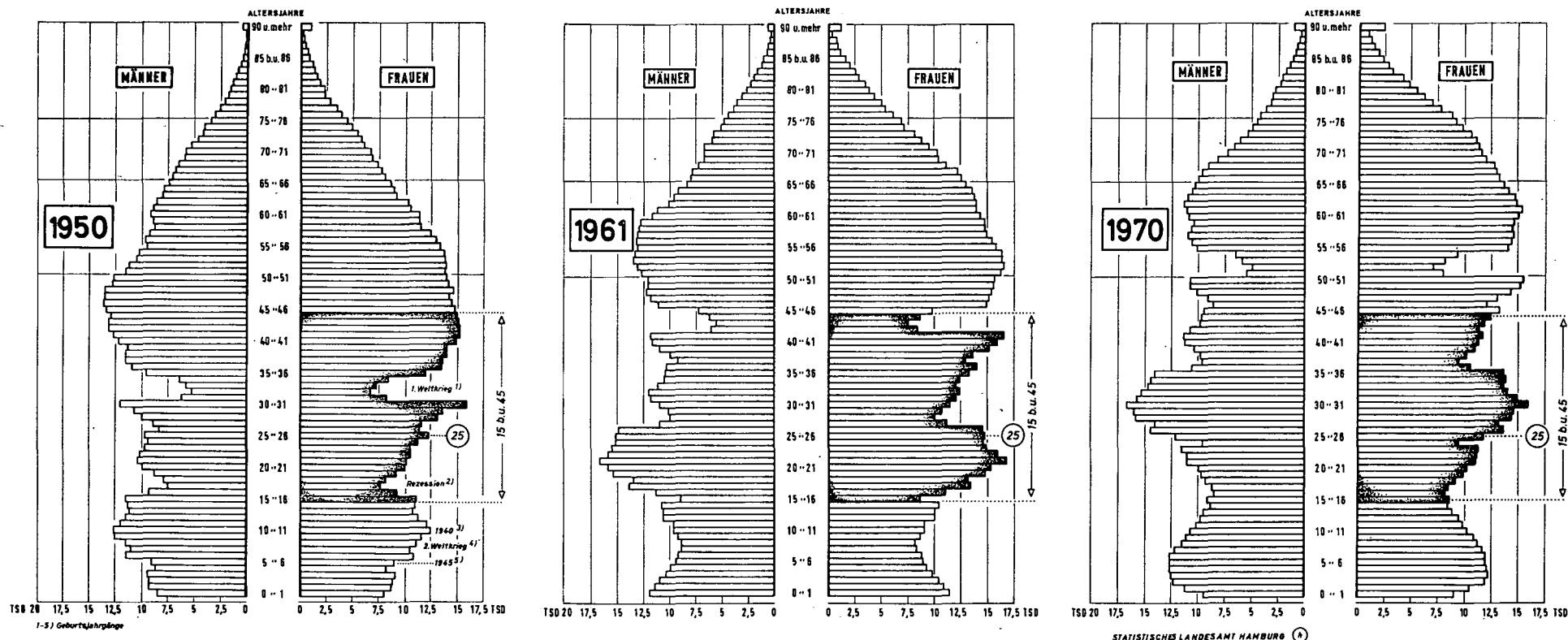
Tabelle 10 Natürliche Bevölkerungsbewegung und altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern für Hamburg 1950 bis 1972

Jahre	Gestorbene			Lebendgeborene							Eheschließungen	Fruchtbarkeitsziffern für die Altersgruppen . . . <sup>1)</sup>					
	insgesamt	darunter Säuglingssterbefälle (unter 1 J. alt)	Totgeborene	insgesamt	davon				nicht-ehelich	15 b. u. 20 Jahre		20 b. u. 25 Jahre	25 b. u. 30 Jahre	30 b. u. 35 Jahre	35 b. u. 40 Jahre	40 b. u. 45 Jahre	
					davon nach der Lebendgeborenenfolge												
					insgesamt	ehelich											
						1. Kinder	2. Kinder	3. Kinder									4. und weitere Kinder
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
1950 ..	16 667	762	327	17 380	15 537	8 405	4 444	1 694	994	1 843	16 965	18,2	100,0	94,7	62,7	26,8	9,3
1951 ..	17 898	708	291	17 547	15 673	8 522	4 525	1 627	999	1 874	16 022	17,2	103,3	91,8	58,8	25,0	8,3
1952 ..	18 338	545	271	16 811	15 027	8 056	4 386	1 610	975	1 784	14 512	15,1	96,1	89,2	56,1	22,8	7,8
1953 ..	19 042	549	317	16 875	15 188	8 113	4 527	1 579	969	1 687	14 205	15,2	94,4	88,2	55,4	22,8	6,9
1954 ..	19 702	522	300	17 762	15 915	8 196	4 934	1 719	1 066	1 853	14 602	13,8	90,7	92,6	60,2	26,1	7,2
1955 ..	20 371	611	283	18 560	16 720	8 787	4 998	1 794	1 160	1 840	15 530	12,9	89,1	94,0	63,0	30,1	7,7
1956 ..	21 066	540	320	19 499	17 789	9 497	5 117	2 013	1 162	1 710	16 351	13,0	95,7	105,2	66,6	30,0	6,6
1957 ..	22 201	633	304	21 187	19 320	10 108	5 704	2 178	1 330	1 867	16 619	15,4	91,1	108,2	71,1	33,2	8,1
1958 ..	21 944	623	338	22 049	20 151	10 494	5 954	2 279	1 424	1 898	17 445	15,6	97,8	117,9	69,9	31,8	7,6
1959 ..	23 606	624	311	23 606	21 624	11 389	6 305	2 392	1 538	1 982	17 903	18,3	98,5	126,4	74,0	32,2	8,7
1960 ..	23 388	619	326	24 276	22 259	11 568	6 669	2 426	1 596	2 017	18 419	19,7	97,9	127,5	76,2	32,3	10,4
1961 ..	23 363	598	373	25 453	23 515	12 336	7 019	2 527	1 633	1 938	19 041	22,0	105,6	130,4	75,2	33,2	9,6
1962 ..	24 132	639	344	25 942	24 006	12 262	7 436	2 633	1 675	1 936	18 964	24,2	106,7	129,8	76,2	33,3	8,9
1963 ..	24 814	603	317	27 537	25 636	12 971	7 988	2 942	1 735	1 901	18 294	24,6	114,0	135,4	79,6	34,0	8,4
1964 ..	23 859	527	302	27 738	25 801	12 822	8 325	3 014	1 640	1 937	18 453	27,7	113,2	134,4	84,0	33,9	7,8
1965 ..	25 343	463	306	26 814	25 099	12 419	8 265	2 844	1 571	1 715	18 115	28,7	113,8	130,3	81,5	32,7	8,6
1966 ..	26 114	505	252	27 423	25 665	12 634	8 492	2 980	1 559	1 758	17 936	31,2	123,5	134,3	83,5	32,8	8,6
1967 ..	25 645	451	244	26 167	24 479	11 951	8 192	2 892	1 444	1 688	17 161	31,4	123,0	126,4	80,6	33,0	7,6
1968 ..	26 593	488	225	24 265	22 562	10 998	7 603	2 583	1 378	1 703	15 841	32,4	114,1	114,9	77,9	32,0	7,8
1969 ..	27 213	442	210	21 039	19 487	9 500	6 730	2 186	1 071	1 552	14 494	31,9	95,5	100,7	68,2	29,1	7,2
1970 ..	26 561	396	134	18 390	16 981	8 301	5 905	1 865	910	1 409	13 991	28,3	86,0	91,8	61,5	27,0	6,4
1971 ..	25 900	401	160	17 637	16 179	7 875	5 686	1 745	873	1 458	12 972	27,1	84,6	91,7	57,5	26,6	6,4
1972 ..	p15 494			p15 494								s24,1	s75,3	s81,6	s51,2	s23,7	s5,7
1972 <sup>3)</sup>	25 786	298	116	r15 223	13 871	7 025	4 774	1 383	689	1 352	12 222						

<sup>1)</sup> bezogen auf die Jahresendbevölkerung. — <sup>2)</sup> unter Berücksichtigung der Kinder jüngerer bzw. älterer Mütter. — <sup>3)</sup> Diese Zahlen lagen erst kurz vor Redaktionsschluß vor und konnten im Text nicht mehr berücksichtigt werden.

Schaubild 9

Altersaufbau der Hamburger Bevölkerung insgesamt und der Frauen im gebärfähigen Alter 1950, 1961, 1970 (Volkszählungstichtage)





# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	767,5	759,1	762,8	759,6
Lufttemperatur	°C	8,8	9,1	8,2	5,9	12,9	12,8
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	79	81	71	70
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	5,1	5	5	6
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	854	19	56	61	104
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	132	152	195	153
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	89	6	3	1	4
Tage mit Niederschlägen	"	258	201	19	27	23	21
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,8	...	...	...	...	245,5
" Altona	"	284,3	...	...	...	...	256,7
" Eimsbüttel	"	284,8	...	...	...	...	254,0
" Hamburg-Nord	"	401,3	...	...	...	...	344,9
" Wandsbek	"	357,5	...	...	...	...	374,8
" Bergedorf	"	82,6	...	...	...	...	94,7
" Harburg	"	199,0	...	...	...	...	204,8
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	...	...	...	1 774,8
dav. männlich	"	861,9	820,7	...	...	...	820,8
weiblich	"	995,0	953,2	...	...	...	953,6
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	49,8	...	120,3	...	...	114,3
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019 p	1 085 p	955 p	970 p	1 297 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	8,8	...	...	...	...	8,8 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269 p	1 205 p	1 060 p	1 050 p	1 365 r
dar. unehelich	"	143	113 p	106 p	95 p	100 p	106 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	...	...	...	...	9,1 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	8,9 p	8,7 p	8,9 p	9,4 p	7,9 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 048 p	1 960 p	2 400 p	2 020 p	2 145 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	24 p	21 p	31 p	30 p	22 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	...	...	...	...	14,2 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>9)</sup>	"	17,2	18,9 p	17,4 p	29,2 p	28,6 p	16,3 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 779 p	- 775 p	- 1 340 p	- 970 p	- 780 r
dav. männlich	"	0,8	...	...	...	...	- 5,2 r
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	...	...	...	...	5 767
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	...	...	...	...	6 277
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	- 379	...	...	...	...	- 510
dav. männlich	"	- 37	...	...	...	...	- 120
weiblich	"	- 342	...	...	...	...	- 390
Umgezogene Personen Innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	...	...	...	...	13 402
<b>Nach Gebieten</b>							
<b>a) Zugezogene aus</b>							
Schleswig-Holstein	"	1 542	...	...	...	...	1 464
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	835	...	...	...	...	1 024
Niedersachsen	"	1 091	...	...	...	...	972
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	272	...	...	...	...	323
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 008	...	...	...	...	1 564
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	...	...	...	...	1 767
<b>b) Fortgezogene nach</b>							
Schleswig-Holstein	"	2 351	...	...	...	...	2 506
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 620	...	...	...	...	1 874
Niedersachsen	"	1 268	...	...	...	...	1 538
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	525	...	...	...	...	820
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	...	...	...	...	1 563
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	...	...	...	...	670

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	11 749	11 294	11 211	11 179	11 179	11 306
Pflegetage		273 169	260 924	284 816	255 596	272 762	266 421
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	86,3	80,2	83,1	79,5
b) Gemeinnützige Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	4 573	4 740	4 695	4 847	4 847	4 808
Pflegetage		123 729	127 459	135 558	124 855	132 753	128 251
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	87,5	92,6	87,1	88,3	85,7
c) Private Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	745	798	797	797	797	790
Pflegetage		19 012	20 890	22 364	19 794	21 659	22 015
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	85,0	90,5	84,1	88,2	87,2
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Pflegetage		21 274	19 998	21 557	19 754	20 555	20 239
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	79,9	87,5	82,8	83,4	79,6
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand <sup>1) 2)</sup>	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Pflegetage		25 628	17 462	17 339	16 262	18 150	18 619
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	81,8	79,8	79,6	89,0	86,5
<b>3. Krankenhäuser für Gelstetranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 743
Pflegetage		48 245	43 686	47 265	43 356	45 568	44 429
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	86,2	93,3	88,4	89,9	85,6
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 292
Pflegetage		38 084	38 605	38 977	37 692	38 925	39 290
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	97,8	97,7	97,6	97,6	98,1
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 476	1 420	1 312	1 312	1 312	1 422
Pflegetage		43 630	41 731	42 446	40 873	42 212	40 701
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	95,0	98,7	98,3	98,6	91,6
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>4)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	688,8	694,1	694,4	694,9	690,2
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	455,8	625,0	631,2	631,4	631,4	626,0
<b>2. Öffentliche Bücherhallen einschl. Musikbücherei</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	462 919	547 754	514 383	492 054	457 282
Ausgeliehene Noten	"	3 241	6 242	8 004	7 289	6 624	6 139
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>5)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	42 780	41 616	46 134	43 996
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 998	15 190	14 849	15 959	16 285
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl		43 961	60 227	71 440	75 400	55 605	63 483
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>6)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	681,7	681,6	681,3	688,5
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	404,7	400,6	400,2	399,8	406,2
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	48,3	46,8	46,7	46,6	48,6
Rentner	"	175,5	234,0	234,3	234,7	234,9	233,7
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	24,5	33,5	29,4	27,9	22,4
dav. männlich	"	17,9	16,8	22,9	20,2	18,9	15,4
weiblich	"	8,8	7,7	10,6	9,2	9,0	7,0

<sup>1)</sup> am Monatsende, — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten, — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten, — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer, — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe), — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	5 767	5 406	5 012	4 138
dav. männlich	"	2 318	2 528	3 158	2 943	2 696	2 201
weiblich	"	1 092	2 004	2 609	2 463	2 316	1 937
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	.	.	.	23
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	.	.	.	35
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	.	.	.	90
Elektriker	"	24	28	.	.	.	29
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	.	.	.	54
Tischler, Modellbauer	"	24	18	.	.	.	17
Drucker	"	44	48	.	.	.	54
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	.	.	.	37
Ernährungsberufe	"	75	92	.	.	.	101
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	.	.	.	140
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	.	.	.	93
Warenkaufleute	"	368	421	.	.	.	399
Verkehrsberufe	"	313	252	.	.	.	234
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	.	.	.	869
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	.	.	.	83
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	17 594	18 335	20 355	19 652
dav. männlich	"	13 014	9 643	9 820	10 409	11 334	9 891
weiblich	"	12 813	9 073	7 774	7 926	9 021	9 761
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 654	6 108	5 029	5 496	5 353
dav. männlich	"	4 134	4 025	4 343	3 585	4 003	3 934
weiblich	"	1 707	1 629	1 765	1 444	1 493	1 419
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 435	4 611	5 043	5 917	5 129
dav. männlich	"	9 955	4 568	3 855	4 159	5 079	4 337
weiblich	"	572	867	756	884	838	792
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	11 472	13 027	11 732	11 482	10 698
dav. männlich	"	5 512	5 810	6 692	5 976	5 823	5 230
weiblich	"	2 787	5 662	6 335	5 756	5 659	5 468
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	.	.	.
weiblich	"	5 157	18 618	.	.	.	.
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 725	1 882	1 894	1 942
dar. an Molkereien geliefert	%	88,0	94,0	91,2	94,8	96,6	95,5
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	10,6	12,2	13,3	13,4	14,3
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	11 020	10 809	11 389	11 534
dav. lose	"	3 628	1 925	1 727	1 511	1 753	2 154
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	167
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	8 084	7 930	8 292	8 657
mit abweich. Fettgehalt	"	.	148	281	347	401	159
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"	.	.	117	151	183	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	928	1 021	943	397
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	455	628	745	629
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	5,7	6,1	6,0	8,0
Kälber	"	2,6	1,3	1,0	1,3	1,0	1,6
Schweine	"	47,0	35,1	30,1	31,3	29,3	40,3
Schafe	"	2,7	0,8	0,5	1,1	0,7	0,9
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	5,3	5,0	4,7	6,8
Kälber	"	2,5	1,2	1,0	1,3	1,0	1,4
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,8	38,1	30,5	31,5	29,6	40,8
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	"	6 229	5 355	4 402	4 483	4 197	5 908
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 701	1 416	1 375	1 273	1 800
Kälber	t	187	114	83	97,0	72	137
Schweine	"	4 318	3 511	2 880	2 982	2 829	3 940

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachttette, jedoch ohne Innereien.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 386	1 376	1 367	1 411
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	196	195 r	194	199
dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	"	152	123	121	120	119	124
Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	"	24 859	18 971	19 858	18 368 r	19 047	19 098
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	190	186	202	182
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	153	160	161	166	148
Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	4	4	3	4	4
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 934	2 704	2 680	2 392
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	-	48 231	73 933	53 373	63 589	45 166
Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	69	55	55	47
Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	196	171	183	157
Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	"	16	13	16	12	11	14
Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 713	1 923	1 775 r	2 031	1 644
dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	"	155	247	377	291	286	206
<b>Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	128,3 r	129,3 r	130,8 p	124,6
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,9	126,6	127,6	130,0 p	122,7
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	135,6	137,6	131,3	150,5 p	128,3
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	126,7	133,3	143,6	137,0 p	128,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	107,0	136,2	117,5	111,8 p	107,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,2	103,2	111,7	105,1 p	116,5
Bauindustrie	"	103,7	131,9	131,9	142,2	150,4 p	152,1
Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 713	1 923	1 775 r	2 031	1 644
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	280	293	298 r	304	282
Chemische Industrie	"	101	155	173	155 r	175	155
Elektroindustrie	"	143	223	260	213 r	231	184
Maschinenbau	"	83	136	154	153 r	141	118
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	13	13	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	634	577	501	519
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	69	58	62	58	51	53
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup></b>				3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
<b>3. Handwerk (Meßziffern) <sup>10)</sup></b>							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,6	...	82,6	82,0	...	82,6
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	...	181,0	232,3	...	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	...	180,4	239,0	...	144,9
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>11)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	44 336	44 430	...	45 224
dar. Inhaber	"	1 365	1 256	1 224	1 201	...	1 311
Angestellte	"	4 684	5 898	6 173	6 123	...	6 010
Arbeiter <sup>12)</sup>	"	43 102	37 035	36 939	37 106	...	37 903
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	6 215	5 912	...	6 984
dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	2 030	2 025	1 863	...	2 120
gewerbli. und Industr. Bauten	"	1 673	2 064	2 213	2 169	...	2 368
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 015	1 977	1 880	...	2 496
Löhne (Bruttosumme) <sup>13)</sup>	Mio DM	46,3	78,9	78,6	78,8	...	83,6
Gehälter (Bruttosumme) <sup>14)</sup>	"	5,9	14,3	13,9	13,6	...	12,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	220,3	191,9	188,3	...	174,9
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	73,1	85,3	53,9	...	52,5
gewerbli. und Industr. Bau	"	31,0	73,8	56,7	70,8	...	61,2
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	73,4	49,9	64,6	...	61,2
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175	112	156	165	150
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	-	94	52	68	94	97
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	265	399	366	342
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	54,9	79,5	78,6	66,6
Wohnfläche	1 000 qm	95	93	60	88	76	71
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohnggebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	57	62	81	60
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604 r	522	298	838	410
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	94,0	40,5	98,2	46,2
Nutzfläche	1 000 qm	73	107	76	59	139	77
Wohnungen	"	-	-	-	-	-	-
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	749	1 081	1 002	909

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. - <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren; ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. - <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungsgesetz.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	87	109	137	205
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	423	164	173	308	700
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	30,9	37,2	63,4	134,8
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	31	64	60	54
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	638	476	180	822	820
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	85,9	35,2	124,2	179,1
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 140</b>	<b>1 237</b>	<b>492</b>	<b>428</b>	<b>928</b>	<b>2 133</b>
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 237	492	428	928	2 133
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	98	70	130	150
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	197	92	63	20	61	76
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	235	278	263	324
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7 r	93,1	53,6	48,3	49,7
Wohnfläche	1 000 qm	96	89	52	59	56	68
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	66	28	33	34	53
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435 r	150	544	566	341
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3 r	31,0	37,2	59,8	27,6
Nutzfläche	1 000 qm	69	80 r	24	59	90	53
<b>Wohnungen</b>	<b>Anzahl</b>	<b>1 438</b>	<b>1 238 r</b>	<b>685</b>	<b>833</b>	<b>728</b>	<b>954</b>
Wohnungen insges. 1) (alle Baumaßnahmen)	"	968	655 r	308	366	309	534
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"						
<b>5. Bauüberhang</b>							
(am Ende des Berichtszeitraumes 2)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651	16 400	15 900	16 100	18 300
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	2 922	3 500	4 100	4 200	4 000
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen 3)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	187	187	186
Wohnungen	"	638	724	725	726	727	714
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 705	2 710	2 712	2 715	2 665
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	217	212	...	195
dar. Warenhäuser	"	130	292	291	292	...	268
Facheinzelhandel	"	120	165	175	175	...	161
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels 4)</b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	..	..	148	...	...	..
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	..	..	158	...	...	..
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	..	..	134	...	...	..
<b>3. Handel mit Berlin (West) 5)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	..	..	..	..	..
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	..	..	..	..	..
<b>4. Die Ausfuhr des Landes Hamburg 6) 7)</b>							
Mio DM		212	329	316	443	...	262
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	33	31	31	...	28
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	296	285	412	...	234
dav. Rohstoffe	"	2	2	3	4	...	2
Halbwaren	"	50	58	70	74	...	51
Fertigwaren	"	143	236	212	334	...	181
dav. Vorerzeugnisse	"	9	21	22	23	...	21
Enderzeugnisse	"	134	215	190	311	...	160
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern							
Europa	"	152	237	236	366	...	193
dar. EWG-Länder	"	65	98	150	263	...	91
EFTA-Länder	"	87	99	48	52	...	70

1) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — 2) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — 3) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — 4) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — 5) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. — 6) Quelle: Statistisches Bundesamt. — 7) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	.	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	116	102	123	...	121
dar. von Auslandsgästen	.	42	40	30	45	...	42
* Fremdenübernachtungen	.	232	223	201	228	...	235
dar. von Auslandsgästen	.	80	75	59	81	...	80
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 558 r	1 514 r	1 500 p	1 570 p	1 668
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 611 r	1 577 r	1 580 p	1 610 p	1 731
Abgegangene Schiffe	.	.	.	.	.	.	.
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 855 r	3 986 r	3 573 p	4 029 p	3 697
dav. Empfang	.	2 229	2 966 r	2 980 r	2 726 p	3 088 p	2 832
dav. Massengut	.	1 634	2 342 r	2 306 r	2 087 p	2 414 p	2 211
dar. Mineralöle	.	958	1 392 r	1 262 r	1 248 p	1 465 p	1 190
Kohle	.	192	166 r	189 r	74 p	158 p	177
Getreide	.	180	259 r	292 r	151 p	215 p	316
Sack- und Stückgut	.	595	624 r	674 r	639 p	674 p	621
Versand	.	713	889 r	1 006 r	847 p	941 p	865
dav. Massengut	.	292	398 r	373 r	314 p	360 p	411
Sack- und Stückgut	.	421	491 r	633 r	533 p	581 p	454
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
* Gütereingang	1 000 t	340	381	459	370	505	396
* Gütersend	.	309	424	486	484	553	449
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>1)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 677 p	2 859 p	3 225 p	3 340
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	3 027	2 676 p	2 858 p	3 226 p	3 339
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	129,6 p	141,8 p	169,3 p	156,8
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	142,9	134,1 p	136,9 p	171,0 p	159,6
Angekommene Fracht	t	578	1 278	1 378 p	1 383 p	1 269 p	1 170
Abgegangene Fracht	.	587	1 059	961 p	897 p	1 028 p	1 141
Angekommene Post	.	185	346	411 p	326 p	379 p	325
Abgegangene Post	.	229	369	438 p	348 p	385 p	324
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>1)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	12 476	11 620	12 034	11 947
Hoch- u. U-Bahn	.	13 705	15 714	17 102	15 859	...	16 360
Straßenbahn	.	9 438	3 946	4 587	4 115	...	4 606
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	13 963	15 390	14 264	...	14 217
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 568	2 775	2 607	...	2 644
Private Kraftomnibusse	.	301	278	194	274	...	319
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>1)</sup> (Im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	480,7	486,7	490,0	492,7	494,4
dar. Personenkraftwagen <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	.	310,8	432,6	437,5	440,2	442,4	445,2
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 944	7 876	7 538	...	7 851
dar. Personenkraftwagen <sup>1)</sup>	.	4 632	5 409	7 226	6 848	...	7 248
Lastkraftwagen	.	362	414	449	453	...	469
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
* Unfälle mit Personenschaden <sup>4)</sup>	Anzahl	859	1 064	942	1 049	1 132	1 172
* Getötete Personen	.	26	29	21	35	13	26
* Verletzte Personen	.	1 108	1 428	1 202	1 378	1 509	1 547

<sup>1)</sup> ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Transi. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	38 244,6	38 257,3	38 316,3	31 577,4
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	.	.	10 084,9	10 586,2	10 252,6	10 169,9	10 070,2
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	9 935,1	10 417,6	10 108,3	10 052,9	9 934,7
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	.	.	4 905,0	5 706,5	5 866,1	5 920,2	4 776,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	4 510,4	5 254,6	5 403,6	5 470,5	4 398,2
Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	.	.	17 004,4	21 951,9	22 138,6	22 226,2	16 731,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	15 130,5	19 941,9	20 068,3	20 198,2	14 865,9
dar. Durchlaufende Kredite	.	.	666,4	793,6	841,5	832,3	655,7
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	.	.	21 033,4	26 420,3	26 569,8	27 266,1	20 439,4
dav. Sicht- und Termingelder dar. von Unternehmen und Privatpersonen	.	.	11 939,4	16 814,1	16 965,3	17 678,8	11 473,1
Spareinlagen	.	.	4 069,9	12 087,1	12 257,6	12 721,6	10 124,7
dar. bei Sparkassen	.	.	2 792,9	9 094,0	9 604,5	9 587,3	8 966,3
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	.	.	244,3	5 970,0	6 300,9	6 280,3	5 898,9
Lastschriften auf Sparkonten	.	.	203,9	538,9	529,4	453,9	496,1
Zinsgutschriften	.	.	12,9	492,3	580,6	515,5	460,1
	.	.	.	36,5	1,0	2,2	0,9
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	28	18	16	7
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	626	646	666	695
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 703	2 526	2 859	2 387
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>4)</sup></b>							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	Anzahl	20 563	24 087	22 008	21 943	25 826	25 551
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	3 058	3 191	3 767	3 172	3 911	3 108
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	1 198	1 435	1 433	1 612	1 594	1 333
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	.	353	464	556	420	582	435
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>5)</sup></b>							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	154	157	157	157	154
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 552	5 859	5 861	5 864	5 332
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 651	5 941	5 983	6 022	5 630
Stammkapital	Mio DM	2 862	5 092	5 132	5 192	5 252	5 150
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM	.	695 916	898 971	632 683	588 461	504 290
dav. Steuern vom Einkommen	.	200 385	403 928	602 697	300 063	283 198	246 492
dav. Lohnsteuer	.	89 007	253 391	241 670	271 677	258 555	217 790
Veranlagte Einkommensteuer	.	64 393	86 357	237 210	16 813	18 841	9 715
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	.	10 279	21 053	15 301	16 838	3 300	13 031
Körperschaftsteuer	.	36 708	43 128	108 516	— 5 265	2 502	5 956
Steuern vom Umsatz	.	.	291 987	296 274	332 620	305 263	257 798
dav. Umsatzsteuer	.	82 827	174 698	171 898	198 806	188 562	148 359
Einfuhrumsatzsteuer	.	.	117 291	124 375	133 814	116 701	109 439
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 085	720 653	750 888	735 727	761 079	701 903
dar. Zölle	.	45 078	57 880	60 263	56 984	57 037	57 929
Verbrauchssteuern	.	358 150	639 003	660 579	657 738	683 157	626 097
dar. Mineralölsteuer	.	261 342	538 007	549 008	532 344	573 158	525 917
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	33 257	27 387	69 484	65 168
dar. Vermögensteuer	.	11 355	16 502	4 594	2 226	46 375	42 583
Kraftfahrzeugsteuer	.	7 992	12 130	13 402	13 523	12 455	11 091
Biersteuer	.	2 430	3 327	2 527	3 156	3 104	3 083
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	.	50 189	184 029	164 383
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	.	34 764	58 771	25 345	13 813	160 402	141 052
Grundsteuer A	.	73	91	.	8	146	150
Grundsteuer B	.	5 134	9 106	.	976	19 579	18 172
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 211 321	1 081 777	1 120 091	990 061
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>	1 000 DM	157 752	242 489	.	94 269	310 165	144 552
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6)</sup>	.	122 235	153 387	.	57 270	114 197	34 618
Anteil an den Steuern vom Umsatz	.	.	35 415	.	9 612	88 088	13 234
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	.	.	11 245	.	.	38 396	31 532
Außerdem:	.	.	.	.	.	.	.
Einnahmen aus Gemeindesteuern	.	46 355	58 227	.	50 189	107 238	101 319
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>7)</sup>	.	.	40 966	.	18 986	38 835	12 331
Einnahmen des Landes insgesamt	.	.	341 681	.	163 444	456 298	258 202

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Februar 1972	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	187,3	190,2	200,0	182,4
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	187,7	190,9	200,8	182,7
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	186,9	189,6	199,2	182,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	186,4	189,2	198,6	181,7
Bürogebäude	"	112,2	180,1	184,0	186,9	195,8	179,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	183,8	185,8	193,2	180,4
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	388	397	404	373
weibliche Arbeiter	"	140	245	241	247	249	229
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	8,72	9,01	9,09	8,27
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	5,87	6,04	6,07	5,57
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,5	44,1	44,4	45,2
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,1	40,9	41,0	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	39,8	35,8	40,1	41,7
weibliche Arbeiter	"	37,2	38,0	36,7	32,0	37,2	38,4
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	1 875	1 919	1 936	1 763
weiblich	"	747	1 381	1 353	1 394	1 410	1 278
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	1 998	2 054	2 064	1 892
weiblich	"	748	1 374	1 343	1 389	1 403	1 280
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 743	1 787	1 810	1 675
weiblich	"	668	1 254	1 230	1 264	1 282	1 172
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	1 776	1 820	1 842	1 697
weiblich	"	688	1 288	1 261	1 297	1 314	1 199
Technische Angestellte							
männlich	"	1 176	2 024	1 989	2 044	2 053	1 891
weiblich	"	838	1 504	1 463	1 515	1 533	1 434
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	724	462	...	403
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	103	128	...	74
bekämpfte Brände	"	221	384	621	334	...	329
dav. Großbrände	"	9	16	23	15	...	14
Mittelbrände	"	28	46	121	42	...	32
Kleinbrände	"	98	178	319	162	...	159
Entstehungsbrände	"	80	135	139	108	...	123
Schornsteinbrände	"	6	9	19	7	...	1
Hilfeleistungen aller Art	"	.	951	728	746	...	772
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"	.	12 039	12 460	11 805	...	11 836
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 158	1 741	1 703	1 761	...	1 834
Betriebsunfälle	"	544	438	455	381	...	432
Krankenbeförderungen	"	.	2 882	2 838	2 660	...	2 890
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	.	13 481	13 910	13 013	...	13 011
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	.	150	150	108	...	97
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	10 892	9 047	11 363	12 085
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	8	7	3	6
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	265	179	168	242
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	143	151	122	168	131
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	131	80	87	115
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	3 659	3 110	3 814	3 931
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	3 262	2 602	3 449	3 877
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	6 921	5 712	7 263	7 808
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-							
diebstahl	"	180	273	227	171	235	332
Unterschlagung	"	203	143	139	120	150	137
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	80	63	80	74
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 083	984	1 253	1 404
Brandstiftung	"	33	38	43	47	34	59
Außerdem:							
Verkehrsvergehen <sup>5)</sup>	"	778	1 471	1 858	1 377	1 489	1 310
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>6)</sup> 7)	"	8 929	26 571	12 023	9 318	8 326	26 652
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	562	415	520	408
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>8)</sup>	"	31 317	30 393	39 960	34 398	34 447	28 884

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Obervertragsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.



# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1972

Großstädte	Bevölkerung						Erwerbstätigkeit			Industrie *)				
	Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose <sup>1)</sup>	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nichtdeutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>2)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	
	1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1000 DM	
Berlin	4. Vj.	2 063 <sup>4)</sup>	4 367	10 138	23 784	27 514 <sup>4)</sup>	- 9 501	11 292	14 791	82 381	234 898	114	5 472	2 652
	3. Vj.	2 072	4 687	9 187	25 483	21 386	- 403	7 324	20 054	82 087	238 468	115	5 114	2 468
Hamburg	4. Vj.	1 768	3 435	6 817	20 160	21 022	- 4 051	5 210	15 962	69 455	194 627	110	5 510	3 120
	3. Vj.	1 770 <sup>r</sup>	3 790	6 002	19 998	20 787	- 3 001	3 977	19 421	63 879	197 151	111	5 035	2 841
München	4. Vj.	1 339	2 410	3 365	29 067	25 466	+ 2 646	3 352	16 032	143 103	191 630	143	5 040	3 764
	3. Vj.	1 337	2 576	3 131	25 215	25 135	- 475	2 935	22 246	135 572	192 349	144	4 776	3 572
Köln	4. Vj.	838	2 054	2 569	14 088	14 969	- 1 396	3 845	7 168	63 309	134 076	160	3 369	4 020
	3. Vj.	840	2 153	2 343	14 721	15 660	- 1 129	3 110	9 943	56 936	134 741	160	2 877	3 425
Essen	4. Vj.	685	1 414	2 426	6 018	7 002	- 1 996	4 283	4 707		61 597	90	1 138	1 661
	3. Vj.	687	1 558	2 128	5 802	7 234	- 2 004	3 737	5 493	15 597	62 720	91	1 069	1 556
Düsseldorf	4. Vj.	644	1 343	2 141	9 757	10 410	- 1 451	2 222	5 935		116 313	181	2 490	3 866
	3. Vj.	645	1 371	1 960	9 857	11 076	- 1 808	1 669	7 776	44 130	116 588	181	2 304	3 572
Frankfurt/M.	4. Vj.	678	1 402	2 162	15 430	16 379	- 1 709	3 193	17 245	122 263	127 573	188	2 986	4 404
	3. Vj.	680	1 514	1 951	15 201	17 040	- 2 276	2 772	20 002	114 272 <sup>r</sup>	118 174	174	2 654	3 903
Dortmund	4. Vj.	641	1 445	2 107	6 011	6 858	- 1 509	4 297	4 820	17 226	75 452	118	1 398	2 181
	3. Vj.	642	1 615	1 914	5 179	6 582	- 1 702	3 890	5 481	17 226	75 924	118	1 340	2 087
Stuttgart	4. Vj.	627	1 369	1 729	15 450	16 744	- 1 654	809	14 272		148 354	237	4 243	6 767
	3. Vj.	628	1 507	1 528	17 780	18 097	- 338	669	16 431	75 453	148 801	237	3 892	6 197
Bremen	4. Vj.	590	1 352	1 902	7 558	8 561	- 1 553	3 444	5 963	17 220	83 805	142	2 720	4 610
	3. Vj.	591	1 475	1 818	7 451	8 220	- 1 112	3 246	6 653	15 897	84 356	143	2 543	4 303
Hannover	4. Vj.	516	1 034	1 795	10 228	9 887	- 420	3 371	8 117	39 383	108 682	211	2 560	4 981
	3. Vj.	517	1 086	1 617	9 521	10 030	- 1 040	2 605	9 327	34 995	112 178	217	2 122	4 104

Großstädte	Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>4)</sup>			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern		
	Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz <sup>2)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (In Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (In Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>2)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer	
	1000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM	
Berlin	4. Vj.	16 842	671	325	544	4 493	1 350	9 860	3 217	249	121	658	3 825	4 837	58 418	62 769
	3. Vj.	17 030	531	256	613	4 381	416	2 690	557	287	139	761	3 575	4 666	144 804	42 388
Hamburg	4. Vj.	18 505	914	518	654	4 891	1 159	8 973	2 623	321	182	624	2 876	3 965	90 260	141 320
	3. Vj.	18 548	722	408	441	2 801	360	2 405	688	416	235	772	3 148	4 411	153 250	131 962
München	4. Vj.	23 490	923	689	415	4 452	639	5 512	2 072	495	370	1 043	2 300	3 306	106 361	95 482
	3. Vj.	25 107	794	594	499	4 737	569	9 366	2 669	584	437	1 274	2 590	3 545	114 504	92 457
Köln	4. Vj.	8 657	316	377	248	2 148	340	4 516	1 515	164	196	325	1 339	1 832	109 131	50 552
	3. Vj.	8 850	283	337	232	2 392	119	843	114	219	261	416	1 321	1 877	39 978	37 787
Essen	4. Vj.	.	.	.	186	1 359	343	2 107	431	34	50	887	1 151	1 151	48 098	68 494
	3. Vj.	.	.	.	186	977	121	922	268	33	48	71	859	1 013	45 305	25 601
Düsseldorf	4. Vj.	9 024	341	530	152	1 730	370	3 127	750	162	252	316	988	1 331	92 359	47 277
	3. Vj.	8 394	321	498	187	1 840	148	1 050	243	160	248	312	955	1 263	82 113	34 519
Frankfurt/M.	4. Vj.	11 441	578	853	145	1 230	600	4 611	2 935	296	437	535	1 248	1 628	175 662	84 490
	3. Vj.	12 176	509	749	100	1 025	31	380	47	369	543	656	1 249	1 571	169 240	41 938
Dortmund	4. Vj.	6 062	227	354	392	2 021	480	1 819	1 202	41	64	79	993	1 301	34 009	56 901
	3. Vj.	6 151	183	285	284	1 258	194	962	1 548	35	55	75	906	1 222	33 020	21 267
Stuttgart	4. Vj.	11 450	550	877	197	1 191	318	2 165	873	124	198	296	987	1 386	49 175	92 654
	3. Vj.	12 529	387	616	282	1 458	149	1 191	530	128	204	301	825	1 241	66 836	42 208
Bremen	4. Vj.	.	.	.	230	1 621	730	3 008	537	78	129	154	1 020	1 246	99 965	40 959
	3. Vj.	.	.	.	362	1 435	197	555	415	93	157	181	918	1 105	41 651	30 272
Hannover	4. Vj.	6 219	271	525	131	1 005	235	2 133	1 281	94	182	160	902	1 187	52 074	39 200
	3. Vj.	6 429	209	404	106	931	155	1 153	182	96	186	165	843	1 105	50 136	26 848

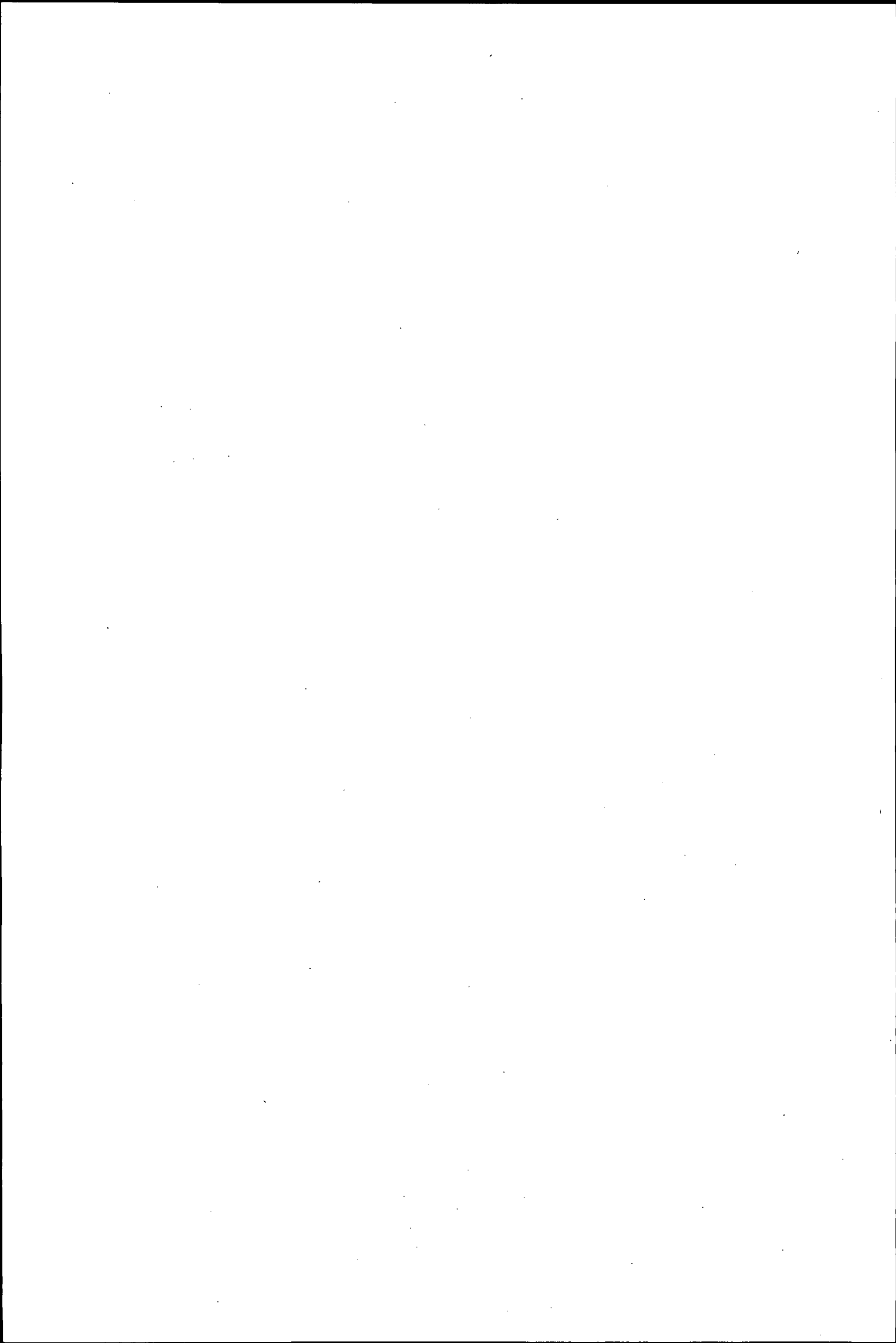
<sup>1)</sup> jeweils Quartalsende. — <sup>2)</sup> Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — <sup>3)</sup> ohne Mehrwertsteuer. — <sup>4)</sup> ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — <sup>5)</sup> einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — <sup>6)</sup> In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — <sup>7)</sup> einschließlich Landkreis München.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	März 1973	April 1973	April 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	...	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	...	5,1	7,4	...	6,5
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	...	12,3	12,0	...	11,7
Gestorbene	1 Jahr	11,5	...	13,1	12,0	...	11,3
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	...	...	...	8 327
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	934	...	...	...	921
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	...	...	...	46 997
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	...	...	...	9 244
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	166,4	177,6	176,6	...	175,0
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	181,1	180,1	...	177,9
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	206,7	208,6	...	198,7
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	176,9	174,9	...	172,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	175,9	172,9	...	175,1
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	147,5	141,8	140,8	...	149,5
Bauindustrie	"	118,9	152,2	115,5	131,0	...	169,4
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>	1 000	1 642,6	...	...	...	...	1 524
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Mio Std.	233,3	...	...	...	...	216
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	...	...	...	...	4 739
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	51 668	65 900	59 029	66 688
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 072 p	20 882	25 939	24 016	24 919
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	187	219	218	189
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6	...	...	...	...
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	...	...	...	10 328
dav. Empfang	"	6 950	8 787	...	...	...	8 302
Versand	"	1 885	2 131	...	...	...	2 026
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	210 779	260 956	...	220 781
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 502 p	26 120 p	27 982 p	28 716 p	30 233
Getötete Personen	"	1 313	1 561 p	1 124 p	1 231 p	1 257 p	1 357
Verletzte Personen	"	36 124	43 948 p	36 222 p	38 079 p	40 962 p	42 605
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	4 033	3 775	4 123	3 580
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	620	5 017	467	513
Körperschaftsteuer	"	681	708	123	2 019	74	- 41
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915	4 895	3 633	3 893	3 752
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	120,7	121,4	122,2	115,3
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,8	117,5	117,8	119,9	105,4
Index der Ausführpreise	"	104,8	124,5	130,4	131,3	132,3	123,7
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	...	144,4	...	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	137,3	145,4	146,7	135,9
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	130,2	195,3	138,3	140,5	127,4
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	169,4	196,1	196,9	186,0
<b>LOHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	7,77	7,97	8,02	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,6	43,8	43,8	43,9	44,2

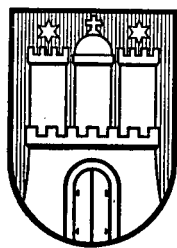
Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrielerichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. - <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.





# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

August-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Zahl der Wohngeldempfänger weiter angestiegen

Seit Inkrafttreten des Zweiten Wohngeldgesetzes vom Dezember 1970 hat sich die Zahl der Wohngeldempfänger in Hamburg von 42 150 auf 65 800 im Mai 1973 erhöht. Das bedeutet eine Steigerung um fast 60% innerhalb von gut zwei Jahren, die sicherlich in erster Linie auf die gegenüber den früheren Bestimmungen weiter gefaßten Regelungen des Zweiten Wohngeldgesetzes zurückzuführen ist, aber auch zum Teil als Auswirkung des allgemeinen Baukosten- und Mietanstiegs angesehen werden muß. Auch die zahlreichen Hinweise über die Möglichkeiten des Wohngeldbezuges in Presse, Fernsehen und Rundfunk werden hierbei eine Rolle gespielt haben.

Beinahe alle Wohngeldempfänger erhalten Mietzuschüsse; nur etwa 1% bekommen als Wohnungseigentümer das Wohngeld in Form von Lastenzuschüssen. 88% der Miet- und Lastenzuschußempfänger sind Nichterwerbstätige, vor allem Rentner und Pensionäre; dieser Anteil hat sich seit 1970 um etwa 5% erhöht.

Das durchschnittliche monatliche Wohngeld je Empfänger, das Ende 1970 DM 45,40 betrug, ist bis Mai dieses Jahres um ein Drittel auf DM 60,46 angestiegen. Insgesamt wurden 1972 nahezu 50 Millionen DM in Hamburg an Wohngeld ausgezahlt.

### Weniger Verurteilungen wegen Rauschmitteldelikten

Im Jahre 1972 wurden vor den hamburgischen Gerichten Strafverfahren gegen rd. 26 500 Personen rechtskräftig abgeschlossen. 19 700 Angeschuldigte sind verurteilt worden, 6 800 Personen wurden nicht schuldig gesprochen.

Die Zahl der Verurteilten insgesamt ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Zwar sind die Verurteilungen von Erwachsenen und Heranwachsenden geringfügig angestiegen, aber die 1971 sehr hohe Zahl verurteilter Jugendlicher hat sich im vergangenen Jahr wieder stark verringert.

Hauptdeliktgruppen sind nach wie vor die Vergehen im Straßenverkehr mit 42% aller Verurteilungen (Vorjahr: 40%) und die Diebstähle, auf die 27% aller Verurteilungen entfielen (Vorjahr: 31%). Deutlich abgenommen haben die Verurteilungen wegen Verstößen gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Opiumgesetz). 1971 wurden 280 Personen, darunter 75 Jugendliche, wegen Rauschmitteldelikten verurteilt, 1972 noch insgesamt 168, darunter 36 Jugendliche.

### Jeder zweite Haushalt hat eine Waschmaschine

Im Rahmen der 1%-Wohnungstichprobe 1972 sind etwa 8 000 repräsentativ ausgewählte Hamburger Haushalte auch

nach der Ausstattung ihrer Wohnungen mit Haushaltsgeräten gefragt worden. Die Frage nach dem Vorhandensein einer Waschmaschine in der Wohnung haben die Hälfte der Familien bejaht. Ein Drittel der Haushalte haben die Anschlussfrage, ob eine Waschmaschine zur allgemeinen Benutzung im Gebäude vorhanden ist, mit ja beantwortet; hierin sind allerdings auch einige Familien enthalten, die eine eigene Waschmaschine haben und deshalb bereits in der ersten Gruppe mitgezählt worden sind. 88% der Befragten gaben an, daß sich in der Wohnung ein Kühlschrank befindet. Fast 70% verfügen in ihrer Wohnung über Telefon. Eine Versorgung mit warmem Wasser ist bei 81% der Wohnungen gegeben; dabei sind sowohl die zentrale Warmwasserversorgung als auch die automatische Warmwasserbereitung durch Einzelgeräte gezählt worden, und zwar für Küche oder Badezimmer oder auch für sonstige Räume in der Wohnung.

### Zur Schulbildung der Einpendler

Von den rd. 90 100 Personen mit abgeschlossener Schulbildung, die aus Schleswig-Holstein täglich nach Hamburg einpendeln, haben fast 46% weiterführende Schulen besucht; unter den 40 700 aus Niedersachsen kommenden Erwerbstätigen trifft dies auf nicht ganz 35% zu. Der niedersächsische Anteil deckt sich nahezu mit der entsprechenden Quote erwerbstätiger Hamburger.

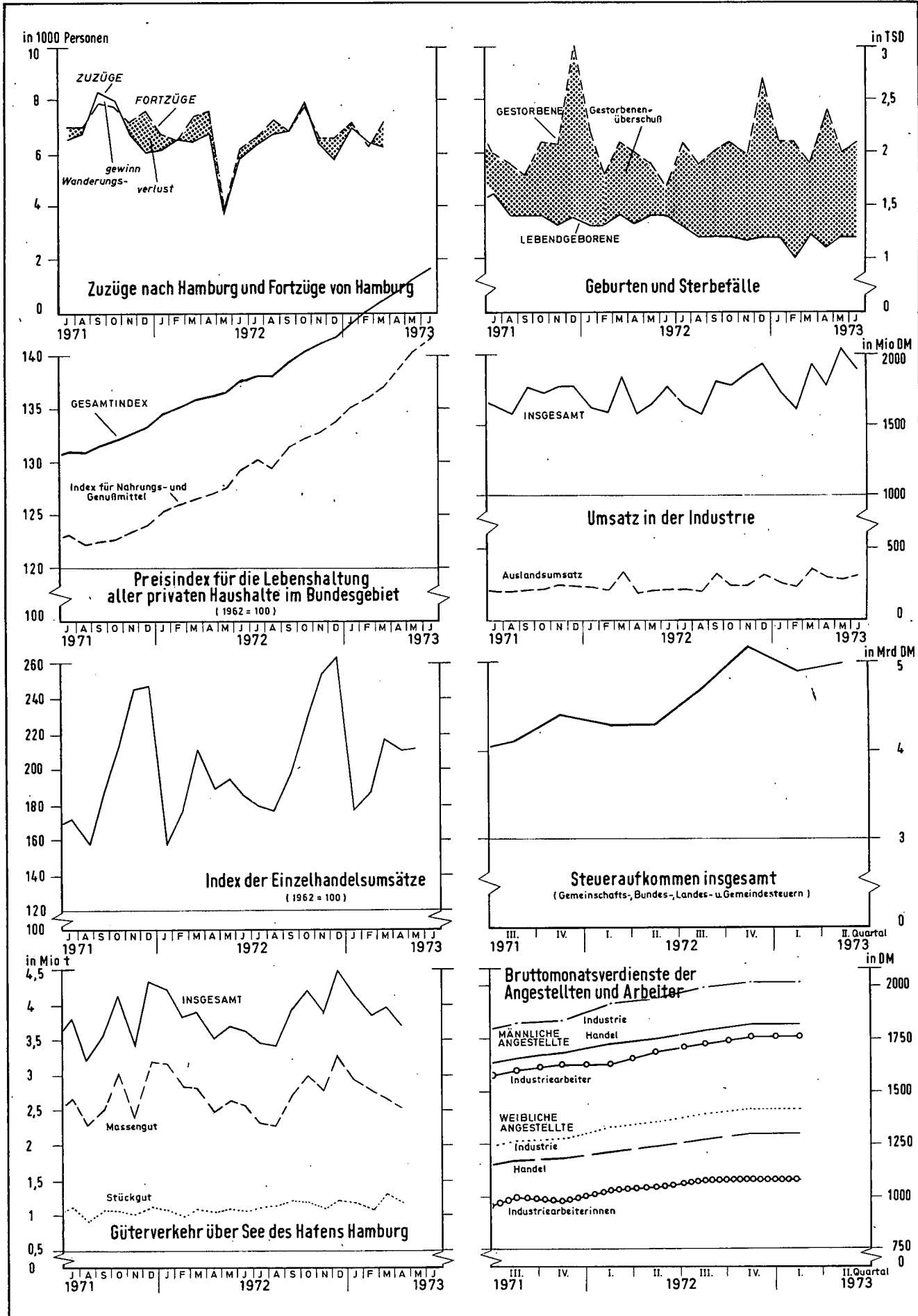
Zwischen der unterschiedlichen Schulbildung und der sozialen Schichtung der Einpendler aus dem nördlichen bzw. südlichen Nachbarland besteht ein enger Zusammenhang: Der Anteil der Arbeiter unter den Pendlern beläuft sich nach der Volkszählung 1970 für die schleswig-holsteinischen Einpendler auf 32% und für die niedersächsischen auf 45%.

### Mehr als drei Viertel aller Schiffe im Hamburger Hafen unter ausländischen Flaggen

Fast 18 700 Seeschiffe mit einem Rauminhalt von 45,8 Mio Nettoregistertonnen haben im Jahr 1972 den Hamburger Hafen angelaufen; diese Zahlen liegen um mehr als 7% über denen des Jahres 1971.

Am Gesamtverkehr des Hafens waren Schiffe aus 73 Staaten beteiligt. Knapp ein Viertel der Schiffe hatten – gemessen an der Schiffstonnage – Heimathäfen in der Bundesrepublik. Für die wichtigsten ausländischen Flaggen konnten folgende Anteile verzeichnet werden: Großbritannien 14%, Liberia 8%, Niederlande, Norwegen und Griechenland je 6%.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Wohnabsichten der Hamburger

– Vorläufige Ergebnisse der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 –

Im Frühjahr 1972 wurden im Rahmen der 1 %-Wohnungsstichprobe 8 200 Haushalte in Hamburg durch Interviewer auch nach ihren Wohnabsichten befragt. Die Angaben zu diesem Teil der Wohnungsstichprobe wurden für diese Darstellung im Vorwege manuell ausgezählt; es handelt sich somit hier nur um vorläufige Ergebnisse. In etwas mehr als einem Fünftel – nämlich in 1 684 – der befragten Haushalte wurde hierbei die Frage: „Ist von Ihnen oder von Haushaltsmitgliedern ein Wohnungswechsel etwa in den nächsten 5 bis 6 Jahren beabsichtigt?“ bejaht. In fast 90 % der Fälle ist es der ganze Haushalt, der einen Wohnungswechsel anstrebt; in den anderen Fällen sind es einzelne Haushaltsmitglieder – wohl überwiegend erwachsene Töchter und Söhne – die eine neue Wohnung suchen.

## 30 % der Untermieter sind auf Wohnungssuche

Ein Vergleich der Struktur der Haushalte nach dem Eigentums-/Mietverhältnis zwischen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und der 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 zeigt folgendes Bild:

### Eigentums-/Mietverhältnis der Haushalte in %

Eigentums-/Mietverhältnis	<del>1968</del> Gebäude- und Wohnungszählung 1968	1 %-Wohnungsstichprobe 1972
Eigentümer	16,5	16,3
Hauptmieter	75,6	75,8
Untermieter	7,9	7,9
Insgesamt	100	100

Die weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden Erhebungen deutet darauf hin, daß die 1 %-Wohnungsstichprobe – zumindest bei diesem Merkmal – eine gute Repräsentation der Gesamtheit widerspiegelt.

Waren es bei allen Haushalten zusammen rd. 20 %, in denen – vom ganzen Haushalt oder nur von Haushaltsteilen – ein Wohnungswunsch geäußert wurde, so zeigen sich in der Aufteilung dieser Haushalte nach ihrem Eigentums-/Mietverhältnis signifikante Unterschiede: Bei den Eigentümern wurde nur in jedem 10. Haushalt der Wunsch nach einer neuen Wohnung festgestellt; bei den Hauptmietern gab es in 22 % der Fälle Wohnungswünsche und von den Untermietern haben 30 % die Absicht, die Wohnung zu wechseln. Ergänzend zu diesen Angaben sei noch erwähnt, daß sowohl bei den Eigentümern als auch bei den Hauptmietern in jedem 40. Haushalt nur einzelne Mitglieder einen Wohnungswechsel angaben <sup>1)</sup>, während es bei den Untermietern ausschließlich ganze

Haushalte sind, die eine neue Wohnung suchen; dabei ist allerdings zu beachten, daß Untermieterhaushalte überwiegend Einpersonenhaushalte sind <sup>2)</sup>.

Die genannten Unterschiede führen auch dazu, daß die Haushalte mit Wohnungswunsch hinsichtlich der Eigentums-/Mietverhältnisse eine andere Struktur zeigen als die der gesamten Erhebungsmasse:

### Eigentums-/Mietverhältnis der Haushalte und Haushaltsteile mit Wohnungswunsch in %

Eigentums-/Mietverhältnis	Ganze Haushalte	Haushaltsteile	Zusammen
Eigentümer	6,7	17,9	7,9
Hauptmieter	80,3	82,1	80,5
Untermieter	13,0	–	11,6
Insgesamt	100	100	100

Diese andere prozentuale Aufteilung überrascht nicht, da sie den bekannten Tatsachen über die Mobilitätsneigung entspricht. Während Haushalte, die bereits Eigentum – sei es ein eigenes Haus oder eine Eigentumswohnung – besitzen, eine unterdurchschnittliche Neigung haben, ihre Wohnung zu wechseln, wird bei den Untermietern eine überdurchschnittliche Mobilitätsneigung deutlich. Auffallend ist allerdings, daß in Eigentümerhaushalten relativ häufiger von Haushaltsteilen ein Wohnungswunsch geäußert wurde als in Haushalten von Hauptmietern.

### Knapp ein Drittel der Haushalte hatte die Absicht, noch 1972 umzuziehen

Auf die Frage, in welchem Jahr der Umzug in eine neue Wohnung vorgesehen sei, gaben 535 (32 %) der 1 684 Haushalte bzw. Haushaltsteile die Antwort, daß sie noch im Jahre 1972 umziehen wollten; weitere 416 (25 %) Haushalte gaben 1973 als vorgesehenes Umzugsjahr an. Die restlichen 733 Haushalte haben ihren Wohnungswechsel für die folgenden Jahre geplant, und zwar 212 Haushalte (13 %) für 1974, 181 Haushalte (11 %) für 1975 und 340 Haushalte (20 %) für 1976 oder später.

Werden die genannten Zahlen über die geplanten Umzugsjahre mit den Angaben der Haushalte verglichen, welche Schritte bereits zur Verwirklichung des beabsichtigten Wohnungswechsels unternommen wurden, so zeigt es sich, daß wenigstens etwa 90 Haushalte mit vorgesehenen Umzugsjahren 1972 bzw. 1973 bis Ende April 1972 (Erhebungstichtag) noch keinerlei Schritte hierzu unternommen hatten. Insgesamt gaben nämlich 822 Haushalte an, sie hätten noch nichts im Hinblick auf den beabsichtigten

<sup>1)</sup> Diese Haushaltsteile sind in den aufgeführten Anteilssätzen enthalten.

<sup>2)</sup> Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 waren etwas mehr als 72 % aller Untermieter Einpersonenhaushalte.

Wohnungswechsel getan; das sind fast die Hälfte aller Haushalte mit einem Wohnungswunsch. Hieraus zeigt sich, daß vermutlich ein Teil dieser Haushalte hinsichtlich ihres Umzugstermins recht optimistische Vorstellungen hatte; andererseits ist es in Einzelfällen selbst in einem Ballungsraum wie Hamburg bei entsprechender Zahlungsbereitschaft doch möglich, relativ kurzfristig eine neue Wohnung zu beschaffen.

#### *82 % streben eine Mietwohnung an*

Von allen Haushalten und Haushaltsteilen, die einen Wohnungswunsch geäußert haben, wollen 1 381 oder 82 % in eine Mietwohnung ziehen und 303 oder 18 % in ein eigenes Haus oder in eine Eigentumswohnung.

Gliedert man die Fälle, in denen eine Mietwohnung gewünscht wird, danach auf, welche Schritte zur Verwirklichung bereits unternommen wurden, so ist festzustellen, daß fast genau die Hälfte aller dieser Haushalte angegeben haben, sie hätten noch nichts getan, um ihre künftigen Wohnabsichten zu verwirklichen. Ob und wie weit man aus dieser Tatsache schließen könnte, die Absichten zu einem Wohnungswechsel seien nur recht vage und wenig konkret, geht aus dem vorliegenden Material nicht hervor; doch darf man wohl vermuten, daß ein gewisser Teil der geäußerten Wohnungswünsche – zumindest zum Zeitpunkt der Erhebung – auf recht unbestimmte „Wunschvorstellungen“ zurückgehen dürfte.

Andererseits hatten etwa 20 % der Haushalte bereits Verhandlungen mit Maklern, Bauherren, Gebäudeeigentümern oder Wohnungsbaugesellschaften bzw. -genossenschaften über ihre künftige Mietwohnung aufgenommen und etwa ebensoviele Haushalte hatten entweder bereits einen Antrag auf Zuweisung einer Wohnung gestellt oder sonstige Schritte – wie z. B. den Abschluß eines Bausparvertrages – bzw. eine Mehrzahl verschiedener Schritte unternommen, um zu einer neuen Wohnung zu gelangen. Die restlichen rd. 10 % der Haushalte hatten Zeitungsanzeigen aufgegeben bzw. beantwortet oder einen Antrag auf einen Wohnberechtigungsschein, auf eine Betriebswohnung bzw. eine Wohnung für öffentliche Bedienstete gestellt.

Auch von den Haushalten, die Haus- bzw. Wohnungseigentum anstreben, hat ein großer Teil – nämlich 45 % – angegeben, daß noch keinerlei Schritte zur Verwirklichung dieser Wünsche unternommen wurden. Bei weiteren rd. 20 % der Fälle hatten Verhandlungen über den Wohnungskauf bzw. der Hausbau schon begonnen; etwa 23 % dieser Haushalte hatte sonstige Schritte – zu denen u. a. der Abschluß eines Bausparvertrages zählte – bzw. eine Kombination mehrerer Schritte unternommen, um zu einer Eigentumswohnung oder zu einem eigenen Haus zu kommen.

*Bei Mietwohnungen wollen mehr als ein Drittel der Haushalte in eine Wohnung von 61 qm bis 80 qm umziehen*

Die Größe der gewünschten Mietwohnungen – gemessen in qm Wohnfläche – ist nicht nur eine Frage

des Bedarfs, der z. B. von der Zahl der Personen abhängt, sondern vor allem auch abhängig von der Mietzahlungsbereitschaft. Wenn die beiden Komponenten „Größe der Wohnung“ und „künftige monatliche Miete (Mietzahlungsbereitschaft)“ nicht in einem realistischen Verhältnis zueinander stehen, ist kaum damit zu rechnen, daß der entsprechende Wohnungswunsch verwirklicht werden kann.

Mehr als ein Drittel aller Haushalte – nämlich 37 % – haben angegeben, daß sie eine Mietwohnung von 61 qm bis 80 qm wünschen. Wie sah es nun mit der Mietzahlungsbereitschaft dieser Haushalte aus? Etwa 44 % sind bereit, eine Monatsmiete von 300 DM bis 400 DM zu zahlen, was etwa einem qm-Preis von 5,- DM entspricht. Weitere rd. 20 % der Haushalte haben angegeben, 250 DM bis 300 DM im Monat zu zahlen und fast 19 % wollen sogar für solche Wohnungen 400 DM und mehr im Monat als Miete ausgeben.

Ähnlich sieht es auch bei den 32 % der Haushalte aus, die eine Mietwohnung in der Größe von 41 qm bis 60 qm Wohnfläche anstreben. Etwas mehr als ein Viertel dieser Haushalte ist bereit, für ihre neue Wohnung 250 DM bis 300 DM im Monat an Miete zu zahlen und bei weiteren je 23 % dieser Haushalte liegt die Mietzahlungsbereitschaft bei 200 DM bis 250 DM bzw. bei 300 DM bis 400 DM.

Rund jeder sechste Haushalt, der eine neue Mietwohnung anstrebt, wünscht sich diese in einer Größe von 81 qm bis 100 qm Wohnfläche. Etwa 40 % dieser Haushalte sind bereit, hierfür eine Monatsmiete von 300 DM bis 400 DM zu zahlen, weitere rd. 29 % wollen 400 DM bis 500 DM und gut 18 % 500 und mehr DM im Monat für ihre künftige Wohnung ausgeben. Hier zeigt sich bei einem gewissen Teil der Wohnungssuchenden wohl doch eine Unterschätzung der notwendigen Mietzahlungsbereitschaft für eine von ihnen erstrebte Wohnungsgröße.

Etwa 11 % der Haushalte streben Mietwohnungen bis 40 qm Wohnfläche an; hier bewegt sich dann auch die Mietzahlungsbereitschaft mit Schweregewicht bei einem monatlichen Betrag von 150 DM bis 250 DM, den rd. 60 % dieser Haushalte zahlen wollen. Um welche Art von Haushalten es sich handelt, die diese – verhältnismäßig kleinen – Mietwohnungen wünschen, geht aus der bis jetzt vorliegenden vorläufigen Auszählung noch nicht hervor.

*Die Mehrzahl der Haushalte ist bereit, für die gewünschte Wohnung eine höhere Miete zu zahlen*

Vergleicht man bei denjenigen Hauptmieterhaushalten, die einen Wunsch nach einer anderen Mietwohnung geäußert haben, die jetzige Miete und die Mietzahlungsbereitschaft für die neue Wohnung, so kann man feststellen, daß die Mehrzahl dieser Haushalte bereit ist, künftig eine höhere Miete zu zahlen.

So sind z. B. von allen Hauptmietern, die z. Z. der Erhebung eine Monatsmiete bis zu 200 DM zahlten, rd. 76 % bereit, bei Verwirklichung ihres Wohnungswunsches mehr als 200 DM im Monat für ihre Miete



auszugeben; dieser Prozentsatz gliedert sich wie folgt auf einzelne Mietpreisstufen auf:

von 200 DM bis 250 DM wollen zahlen rd. 20 %,  
von 250 DM bis 300 DM wollen zahlen rd. 21 %,  
von 300 DM bis 400 DM wollen zahlen rd. 26 %,  
400 und mehr DM wollen zahlen rd. 9 %.

Während bisher nur etwa jeder 8. Hauptmieterhaushalt mit Wohnungswunsch eine Monatsmiete von 300 und mehr DM zahlte, zeigte etwas mehr als die Hälfte dieser Haushalte die Bereitschaft, nach einem Wohnungswechsel eine Miete in dieser Höhe auf sich zu nehmen.

Aus allen diesen Angaben ergibt sich deutlich, daß die Haushalte, die einen Wohnungswechsel anstreben, auch bereit sind, dafür entsprechend höhere und zusätzliche Belastungen auf sich zu nehmen.

#### *Eine zu kleine Wohnung häufiger Grund für einen angestrebten Wohnungswechsel*

Bei den Haushalten, die im ganzen einen Wohnungswunsch geäußert haben, stand mit fast einem Drittel aller Fälle als Grund die zu kleine jetzige Wohnung weitaus an der Spitze. Es dürfte sich hierbei sicher zum großen Teil um junge und wachsende Familien handeln, bei denen z. B. mit der Geburt eines Kindes die bisherige Wohnung zu klein geworden ist und die im allgemeinen auch die finanziellen Möglichkeiten haben dürften, eine größere – und damit teurere – Wohnung zu mieten.

An zweiter Stelle der Gründe für einen beabsichtigten Wohnungswechsel ganzer Haushalte steht der Wunsch nach einer eigenen Wohnung, nach einem eigenen Haus oder nach eigener Haushaltsführung mit rd. 13 % aller Fälle. Hier haben naturgemäß die Untermieter ein besonders großes Gewicht; bei ihnen steht dieser Grund mit etwa 41 % sogar weitaus an erster Stelle.

Jeder zehnte Haushalt mit Wohnungswunsch hat angegeben, daß die jetzige Wohnung ausstattungsmäßig nicht den Ansprüchen genüge. Bei jedem 15. Haushalt war die Kündigung durch den Vermieter und für jeden 17. Haushalt die Geräusch- oder Geruchsbelästigung durch Industrie oder Verkehr der Grund für den beabsichtigten Wohnungswechsel. Etwa jeder 20. Haushalt gab an, daß die jetzige Woh-

nung zu groß sei; hierbei dürfte es sich vorwiegend um ältere und schrumpfende Familien handeln.

In den Fällen, in denen nur Haushaltsteile einen Wohnungswunsch geäußert haben, steht als Grund hierfür mit fast 45 % aller Angaben die Eheschließung an der Spitze der genannten Gründe. An zweiter Stelle mit fast 40 % wurde das Streben nach eigener Wohnung bzw. eigener Haushaltsführung die Ursache für den geäußerten Wohnungswunsch. In diesen Fällen wird das Phänomen der Haushaltsteilung deutlich: Die erwachsenen Kinder ziehen aus dem elterlichen Haushalt, um eine eigene Wohnung zu errichten, ohne daß – wie in den erstgenannten Fällen – eine Eheschließung als Wegzugsgrund genannt wird.

#### *Weitere 227 Haushalte beabsichtigen einen Wohnungswechsel, beanspruchen aber keine eigene Wohnung*

Außer den genannten Haushalten und Haushaltsteilen wurden durch die Wohnungsstichprobe 1972 noch 227 Haushalte ermittelt, die auf die Frage nach einem beabsichtigten Wohnungswechsel angaben, sie wollten zwar ihr jetzige Wohnung aufgeben, strebten aber keine eigene Wohnung an.

Etwa ein Viertel dieser Haushalte will künftig als Haushaltsmitglied in einer anderen Wohnung leben; zu denken ist hier etwa an den Studenten, der nach Beendigung des Studiums aus Hamburg wegzieht und zu seiner Familie außerhalb der Stadt zurückgeht oder an einen älteren Menschen, der seine Wohnung aufgibt und zu seinen Kindern zieht.

Beinahe jeder Fünfte von diesen Haushalten gibt sein bisheriges Domizil auf und hat die Absicht, künftig als Untermieter zu wohnen; hierbei ist zu erwähnen, daß der größte Teil dieser Haushalte auch bisher in Untermiete wohnte.

Gut 10 % der genannten Haushalte beabsichtigt in ein Heim umzuziehen, wobei es sich vor allem um ältere Menschen handeln dürfte, die ein Alters- oder Pflegeheim aufsuchen wollen.

Der Rest dieser 227 Haushalte (etwa 44 %) will die Wohnung wechseln, weil eine Niederlassung im Ausland bzw. eine Rückkehr ins Heimatland – z. B. bei Gastarbeitern oder ausländischen Studenten – vorgesehen ist.

Detlef Schmidt

# Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Bundesgebiet

– Typisierung der Trendentwicklung in einzelnen Bereichen –

*Im folgenden Beitrag wird versucht, anhand aufgegliederter Werte für das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 regionale Entwicklungstypen für Wirtschaftsbereiche darzustellen, die einer intensiveren Analyse der hamburgischen Entwicklung im Verhältnis zum Bundesgebiet dienen sollen. Es zeigt sich, daß in den letzten Jahren vor allem ein relativ starkes Wachstum im übrigen Bundesgebiet zu beobachten ist, während sich in Hamburg der Trend der Jahre 1960–68 bis 1972 fortsetzt. Eine Ursache dafür liegt möglicherweise darin, daß ein zunehmender Teil des Wachstums der Region Hamburg/Umland außerhalb der administrativen Grenzen Hamburgs stattfindet. Beachtenswert scheint aber auch, daß die Bereiche, deren Entwicklung über der des jeweiligen Bereiches im Bundesgebiet und über der des Bundesgebietes im allgemeinen liegt, in Hamburg nur einen Anteil von 17 % haben, während auf die Bereiche, in denen die Entwicklung in beiden Fällen unter der des Bundesgebietes liegt, ein Anteil von 47 % entfällt.*

Die zur Verfügung stehenden Ergebnisse aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung<sup>1)</sup> zeigen, daß sich die Differenz zwischen dem Wachstum des hamburgischen Bruttoinlandsproduktes und dem des Bundesgebietes in den letzten vier Jahren vergrößert hat, und zwar sowohl beim nominalen als auch beim realen Sozialprodukt. Dabei stellt sich die Frage, ob sich die Entwicklung in Hamburg plötzlich so stark verschlechtert hat, oder ob sie im Bundesgebiet so viel stärker geworden ist. Ermittelt man aus der Entwicklung in den Jahren 1960 bis 1968 eine einfache Trendgerade und verlängert sie in die Jahre 1969 bis 1972, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 1

Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Hamburg und im Bundesgebiet in jeweiligen und konstanten Preisen  
– Meßzahlen 1969 bis 1972 –

Art der Angaben		1969	1970	1971	1972
		1	2	3	4
– in jeweiligen Preisen (1960 = 100) –					
Tatsächliche	Hamburg . . . . .	182	207	227	243
Entwicklung	Bund . . . . .	200	227	251	274
Trend	Hamburg . . . . .	183	192	201	210
	Bund . . . . .	189	199	209	219
Abweichung in %	Hamburg . . . . .	–1	8	13	16
	Bund . . . . .	6	14	20	25
– in Preisen von 1962 (1960 = 100) – /					
Tatsächliche	Hamburg . . . . .	143	153	154	155
Entwicklung	Bund . . . . .	152	161	166	171
Trend	Hamburg . . . . .	143	148	152	157
	Bund . . . . .	145	150	155	160
Abweichung in %	Hamburg . . . . .	0	3	1	–1
	Bund . . . . .	5	7	7	7

Demnach hat Hamburg beim nominalen Sozialprodukt eine positive Abweichung vom Trend, für 1972 z. B. 243 statt 210 (bzw. 16 % mehr). Allerdings liegt die positive Abweichung vom Trend im Bundesge-

biet erheblich höher: 274 statt 219 (bzw. 25 % mehr). Das heißt, während nach dem Trend 1960 bis 1968 die Entwicklung in Hamburg und im Bundesgebiet im Jahre 1972 nur 9 Punkte auseinander gelegen hätte (210 statt 219), betrug die Differenz tatsächlich 31 Punkte (243 statt 274). Bemerkenswert ist ferner, daß bei der Entwicklung des realen Sozialprodukts Hamburg nur eben um den Trendwert lag (1971: 154 statt 152, 1972: 155 statt 157), das Bundesgebiet dagegen mit 171 statt 160 um 7 % höher. Dieses relativ stärkere Wachstum im übrigen Bundesgebiet kann mit dem stärkeren Konjunkturerbruch 1967 (verglichen mit der stetigen Entwicklung in Hamburg) allenfalls zum Teil erklärt werden (Schaubild). Es erscheint also sinnvoll, den Ursachen dieser Abweichungen etwas intensiver nachzugehen.

Zu diesem Zweck soll untersucht werden, bei welchen hamburgischen Bereichen die längerfristige Entwicklung

- a) über oder unter dem Bundesdurchschnitt des jeweiligen Bereichs und
- b) über oder unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt liegt.

Zur Vereinfachung der Darstellung werden folgende Abkürzungen eingeführt:

- re = Regionalentwicklung eines Einzelbereichs
- be = Bundesentwicklung eines Einzelbereichs
- ba = Bundesentwicklung allgemein

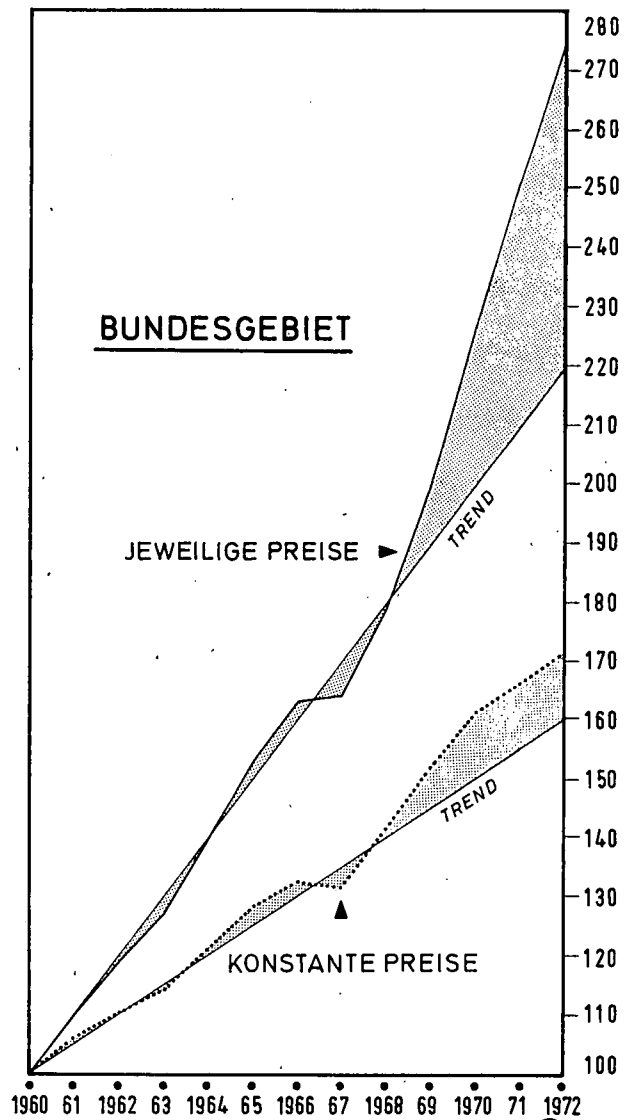
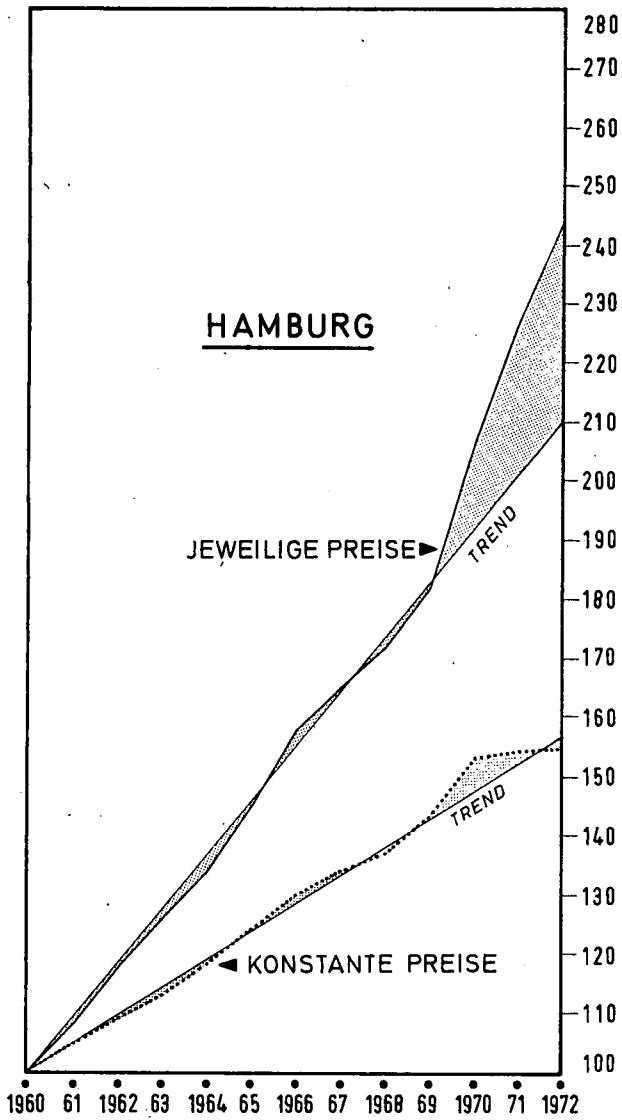
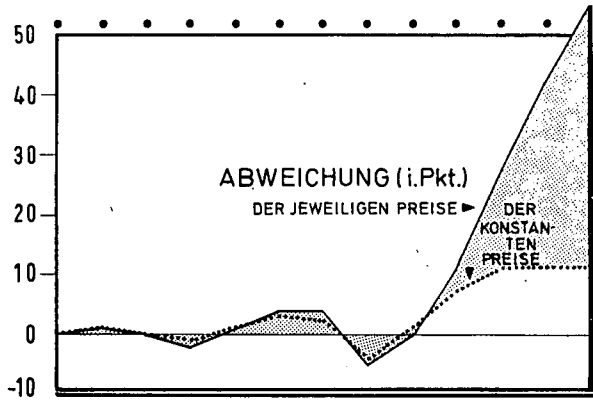
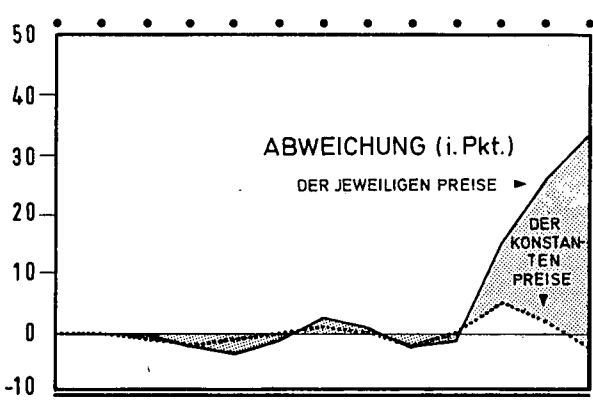
Aus einem Vergleich der Entwicklung dieser unterschiedlichen Aggregationsstufen läßt sich eine Typisierung der Regionalentwicklung von Einzelbereichen ableiten.

Dies soll an dem Beispiel des Wirtschaftsbereichs „Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw.“ in

<sup>1)</sup> „Das Bruttoinlandsprodukt in Hamburg 1960 bis 1971 – revidierte Ergebnisse“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 7/72 und Statistische Berichte, Reihe P, lfd. Nr. 1 vom 22. 6. 1972 und lfd. Nr. 2 vom 3. 11. 1972.

Schaubild

Meßzahlen (1960 = 100) des Bruttoinlandsprodukts Hamburgs und des Bundesgebietes in jeweiligen und konstanten Preisen sowie der jeweilige Trend (Basis 1960 bis 1968) und die Abweichung zwischen beiden Reihen in Punkten



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

Hamburg für die Entwicklung von 1960 auf 1970 (1960 = 100) in Preisen von 1962 erläutert werden.

Für die Entwicklung dieses Wirtschaftsbereichs in Hamburg wurde eine Meßzahl von  $re = 233$  (im Trend: 236) berechnet.

Die Entwicklung des gleichen Bereichs im Bundesgebiet lag mit  $be = 280$  (im Trend: 313) um 47 (im Trend: 77) Punkte höher als in Hamburg.

Die allgemeine Bundesentwicklung des Bruttoinlandsprodukts wies nur einen Wert von

ba = 161 (im Trend: 159)  
auf.

$$ba < \boxed{re} < be$$

Die Hamburger Entwicklung dieses Bereichs läßt sich für dieses Beispiel nun durch die Relation

typisieren. Insgesamt sind folgende sechs Grundtypen der Regionalentwicklung von Einzelbereichen möglich (Schema 1):

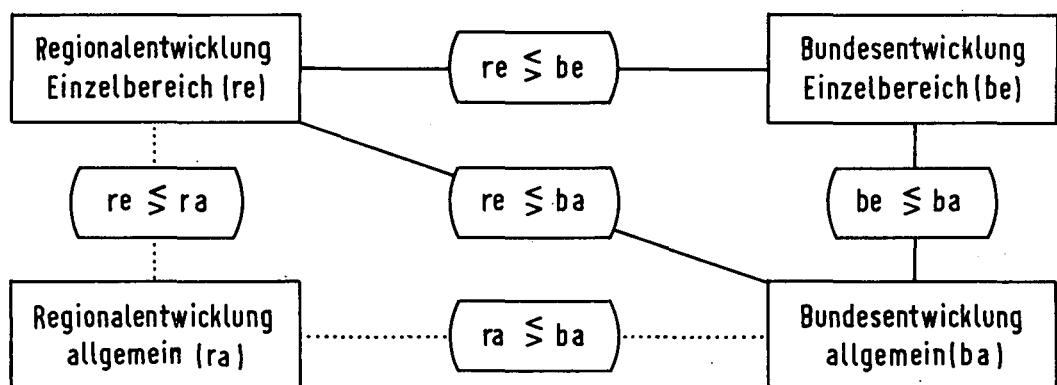
Schema 1

Typ	Anteil der Bereiche nebenstehenden Typs am BIP in Hamburg 1970 in %	Charakteristik		Bereichsinterner Regionalquotient (re) in Relation zu (be)	Allgemeiner Bereichsquotient (be) in Relation zu (ba)	Regionaler <sup>1)</sup> Bereichsquotient (re) in Relation zu (ba)	Typ
A 1	7.4	ba < be < re	re	ba < re	(+)	(+)	A 1
A 2	9.8				(+)	(-)	A 2
B	26.6	ba < re < be	re	re < be	(-)	(+)	B
C	7.9	be < re < ba	re	re < ba	(+)	(-)	C
D 1	9.2	re < ba < be	re	re < ba	(-)	(+)	D 1
D 2	37.9				(-)	(-)	D 2

<sup>1)</sup> Wie man sieht, gilt generell folgende Beziehung:  $\frac{re}{be} \cdot \frac{be}{ba} = \frac{re}{ba}$

Die Ableitung dieser Typen kann auch durch folgendes Schema veranschaulicht werden:

Schema 2



In Schema 2 links unten ist unter der Verwendung des Begriffs ra = Regionalentwicklung allgemein noch eine weitere Möglichkeit zur Typenbildung angedeutet worden, auf die jedoch in diesem Beitrag nicht näher eingegangen werden soll.

Um den Einfluß der Zufälligkeiten des Ausgangs- und des Endjahres der Beobachtungsperiode sowie der Preisentwicklung zu verringern, soll im folgenden eine Trendberechnung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1962 für 1960 bis 1970 durchgeführt und mit deren Ergebnissen gerechnet werden. Dabei werden die für Hamburg besonders interessanten Bereiche „Verarbeitendes Gewerbe“, „Handel“, „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ sowie „Sonstige Dienstleistungen“ im Sinne der „externen“ Bereichsgliederung unterteilt, so daß sich eine Aufgliederung des Bruttoinlandsprodukts in 26 Bereiche ergibt.

Nach Schema 1 machen 1970 die Bereiche, deren Entwicklung über dem Bundesdurchschnitt des jeweiligen Bereichs (be) und über dem allgemeinen Bundesdurchschnitt (ba) liegen (Typ A 1 u. 2), das heißt die „Motoren“ der hamburgischen Entwicklung, nur einen Anteil von 17 % des hamburgischen Brut-

toinlandsproduktes zu konstanten Preisen aus. Demgegenüber beträgt der Anteil der Bereiche, deren Entwicklung unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt (ba) und unter dem Bundesdurchschnitt des jeweiligen Bereichs (be) liegt (Typ D 1 u. 2), 1970 über 47 % des hamburgischen Bruttoinlandsproduktes zu konstanten Preisen.

Besonders problematisch dürfte der Typ D<sub>1</sub> sein, d. h. die Bereiche, bei denen der jeweilige Bundesbereich über der Entwicklung im allgemeinen Bundesdurchschnitt liegt, während der jeweilige regionale Bereich weder den allgemeinen noch gar den speziellen Bundesdurchschnitt erreicht. Bei Typ C stellt sich die Frage, wie positiv es zu beurteilen ist, daß die regionale Entwicklung über der speziellen Entwicklung des Bundesbereiches liegt, wenn dieser selbst unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt liegt und auch der entwicklungsstärkere regionale Bereich den allgemeinen Bundesdurchschnitt nicht erreicht. Ähnlich kritische Fragen werfen auch die Typen B und A<sub>2</sub> auf (vgl. Tabellen 2 und 3).

Bei Betrachtung der Tabellen wird z. B. deutlich, daß im Verarbeitenden Gewerbe nur ein hamburgischer Bereich (Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bear-

Tabelle 2

## Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1962 in der Zeit von 1960 bis 1970

Typ Bereiche	Anteil der Bereiche am BIP in Hamburg in %		Meßziffer 1970 (1960 = 100)			
	1960	1970	Hamburg		Bundesgebiet	
			tatsächlicher Wert	Trendwert	tatsächlicher Wert	Trendwert
	1	2	3	4	5	6
Typ A 1						
Kreditinstitute und Versicherungs- unternehmen .....	2,8	3,4	189	189	190	187
Übriger Verkehr .....	3,4	4,0	186	186	176	170
	6,2	7,4	.	.	.	.
Typ A 2						
VG Eisen- und NE-Metall- erzeugung und -bearbeitung .	0,8	1,2	244	305	145	145
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik .....	1,8	2,3	199	264	131	138
Einzelhandel .....	5,9	6,3	167	162	157	153
	8,5	9,8	.	.	.	.
Typ B						
VG Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw. ...	14,4	22,0	233	236	280	313
Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost) .....	1,6	1,9	188	182	195	197
Wohnungsvermietung (einschl. Nutzung von Eigentümer- wohnungen) .....	2,5	2,7	168	168	174	178
	18,5	26,6	.	.	.	.
Typ C						
Eisenbahnen .....	1,5	1,3	140	135	122	116
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen .....	6,3	4,9	123	133	120	121
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ....	1,0	0,9	135	128	114	117
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbs- charakter .....	1,1	0,8	113	110	108	110
	9,9	7,9	.	.	.	.
Typ D 1						
VG Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau .....	6,1	5,6	143	150	189	178
VG Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren ..	2,7	3,0	171	149	198	193
VG Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glas- gewerbe .....	0,6	0,6	134	124	171	162
	9,4	9,2	.	.	.	.
Typ D 2						
Übrige Dienstleistungen .....	5,1	5,1	156	149	157	151
Baugewerbe .....	6,0	5,6	142	135	158	151
Großhandel und Handels- vermittlung .....	11,4	9,9	136	134	149	146
Gesundheits- und Veterinärwesen Gebietskörperschaften und Sozialversicherung .....	0,8	0,7	131	132	147	151
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau .....	6,9	6,1	135	131	152	149
VG Leder- und Bekleidungs- gewerbe .....	1,7	1,5	137	125	139	133
VG Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe .....	0,8	0,5	97	99	129	124
VG Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe .....	10,8	6,1	88	93	147	146
Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe .....	1,1	0,6	92	91	112	108
VG Holz-, Papier- und Druck- gewerbe .....	2,8	1,7	92	86	157	158
VG Textilgewerbe .....	0,3	0,1	68	55	137	136
	47,7	37,9	.	.	.	.
Insgesamt .....	100,2	98,8	153	152	161	159

VG = 9 Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes

beitung) in seiner Entwicklung über der des entsprechenden Bundesbereiches lag, alle übrigen acht Bereiche in Hamburg dagegen unter der jeweiligen Bundesentwicklung. Nur zwei Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes in Hamburg übertrafen in ihrer Entwicklung das allgemeine Wachstum im Bundesgebiet, im Bundesgebiet dagegen lagen vier Bereiche des

Verarbeitenden Gewerbes über der allgemeinen Entwicklung.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Möglichkeit hinzuweisen, das Anteilsverhältnis von Bereichen etwa des D-Typs zu solchen des A-Typs zur Beurteilung von Regionen mit heranzuziehen. Diese Möglich-

Tabelle 3

**Strukturgleichungen zur hamburgischen Bruttoinlandsproduktentwicklung in Preisen von 1962  
in der Zeit von 1960 bis 1970**

Typ  Bereiche	Auf der Basis von					
	Trendwerten			Anfangs- und Endjahr		
	Bereichs- interner Regional- quotient	Allgemeiner Bereichs- quotient	Regionaler Bereichs- quotient	Bereichs- interner Regional- quotient	Allgemeiner Bereichs- quotient	Regionaler Bereichs- quotient
	$\frac{re}{be}$	$\times \frac{be}{ba}$	$= \frac{re}{ba}$	$\frac{re}{be}$	$\times \frac{be}{ba}$	$= \frac{re}{ba}$
	1	2	3	4	5	6
Typ A 1						
Kreditinstitute und Versicherungs- unternehmen .....	1,01	1,18	1,19	0,99	1,18	1,17
Übriger Verkehr .....	1,09	1,07	1,17	1,06	1,09	1,16
Typ A 2						
VG Eisen- und NE-Metall- erzeugung und -bearbeitung .	2,10	0,91	1,92	1,68	0,90	1,52
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik .....	1,91	0,87	1,66	1,52	0,81	1,24
Einzelhandel .....	1,06	0,96	1,02	1,06	0,98	1,04
Typ B						
VG Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw. ...	0,75	1,97	1,48	0,83	1,74	1,45
Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost) .....	0,92	1,24	1,14	0,96	1,21	1,17
Wohnungsvermietung (einschl. Nutzung von Eigentümer- wohnungen) .....	0,94	1,12	1,06	0,97	1,08	1,04
Typ C						
Eisenbahnen .....	1,16	0,73	0,85	1,15	0,76	0,87
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen .....	1,10	0,76	0,84	1,03	0,75	0,76
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ....	1,09	0,74	0,81	1,18	0,71	0,84
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbs- charakter .....	1,00	0,69	0,69	1,05	0,67	0,70
Typ D 1						
VG Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau .....	0,84	1,12	0,94	0,76	1,17	0,89
VG Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren ..	0,77	1,21	0,94	0,86	1,23	1,06
VG Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glas- gewerbe .....	0,77	1,02	0,78	0,78	1,06	0,83
Typ D 2						
Übrige Dienstleistungen .....	0,99	0,95	0,94	0,99	0,98	0,97
Baugewerbe .....	0,89	0,95	0,85	0,90	0,98	0,88
Großhandel und Handels- vermittlung .....	0,92	0,92	0,84	0,91	0,93	0,84
Gesundheits- und Veterinärwesen Gebietskörperschaften und Sozialversicherung .....	0,87	0,95	0,83	0,89	0,91	0,81
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau .....	0,88	0,94	0,82	0,89	0,94	0,84
VG Leder- und Bekleidungs- gewerbe .....	0,94	0,84	0,79	0,99	0,86	0,85
VG Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe .....	0,80	0,78	0,62	0,75	0,80	0,60
VG Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe .....	0,64	0,92	0,58	0,60	0,91	0,55
Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe .....	0,84	0,68	0,57	0,82	0,70	0,57
VG Holz-, Papier- und Druck- gewerbe .....	0,54	0,99	0,54	0,59	0,98	0,57
VG Textilgewerbe .....	0,40	0,86	0,35	0,50	0,85	0,42
Insgesamt .....	0,96	1,00	0,96	0,95	1,00	0,95

re = regionale Entwicklung eines einzelnen Bereiches  
be = Entwicklung eines einzelnen Bereiches im Bund  
ba = allgemeine Entwicklung im Bund  
VG = 9 Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes

keit besteht sowohl für alle 31 Bereiche der externen Gliederung des Bruttoinlandsprodukts als auch für die 9 externen Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes. Bei der Suche nach möglichen Ursachen der Ent-

wicklungsunterschiede ist zunächst zu beachten, daß eine beträchtliche Anzahl von Betrieben im Laufe der Jahre aus Hamburg in die benachbarten Gebiete verlagert worden ist. Das bedeutet, daß ein zu-

Tabelle 4

**Anteile der Bereiche am Bruttoinlandsprodukt in Hamburg und im Bundesgebiet 1960 und 1970**  
 – in Preisen von 1962 –

Typ Bereiche	Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %				Anteil Hamburg Anteil Bundesgebiet	
	1960		1970		1960	1970
	Hamburg	Bundesgebiet	Hamburg	Bundesgebiet	Sp. 1 Sp. 2	Sp. 3 Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
Typ A 1						
Kreditinstitute und Versicherungs- unternehmen .....	2,8	2,2	3,4	2,5	1,27	1,36
Übriger Verkehr .....	3,4	1,9	4,0	2,0	1,79	2,00
	6,2	4,1	7,4	4,5		
Typ A 2						
VG Eisen- und NE-Metall- erzeugung und -bearbeitung .	0,8	5,2	1,2	4,7	0,15	0,26
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik .....	1,8	1,0	2,3	0,8	1,80	2,88
Einzelhandel .....	5,9	6,3	6,3	6,1	0,94	1,03
	8,5	12,5	9,8	11,6		
Typ B						
VG Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw. ...	14,4	5,2	22,0	9,0	2,77	2,44
Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost) .....	1,6	1,4	1,9	1,7	1,14	1,12
Wohnungsvermietung (einschl. Nutzung von Eigentümer- wohnungen) .....	2,5	2,7	2,7	3,0	0,93	0,90
	18,5	9,3	26,6	13,7		
Typ C						
Eisenbahnen .....	1,5	2,0	1,3	1,5	0,75	0,87
Schifffahrt, Wasserstraßen und Häfen .....	6,3	0,7	4,9	0,5	9,00	9,80
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ...	1,0	5,5	0,9	3,9	0,18	0,23
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbs- charakter .....	1,1	1,8	0,8	1,2	0,61	0,67
	9,9	10,0	7,9	7,1		
Typ D 1						
VG Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau .....	6,1	8,3	5,6	9,7	0,73	0,58
VG Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren ..	2,7	5,9	3,0	7,2	0,46	0,42
VG Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glas- gewerbe .....	0,6	2,2	0,6	2,3	0,27	0,26
	9,4	16,4	9,2	19,2		
Typ D 2						
Übrige Dienstleistungen .....	5,1	3,5	5,1	3,4	1,46	1,50
Baugewerbe .....	6,0	7,5	5,6	7,4	0,80	0,76
Großhandel und Handels- vermittlung .....	11,4	7,6	9,9	7,0	1,50	1,41
Gesundheits- und Veterinärwesen Gebietskörperschaften und Sozialversicherung .....	0,8	1,1	0,7	1,0	0,73	0,70
Energiewirtschaft und Wasser- versorgung, Bergbau .....	6,9	7,4	6,1	7,0	0,93	0,87
VG Leder- und Bekleidungs- gewerbe .....	1,7	4,8	1,5	4,2	0,35	0,36
VG Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe .....	0,8	2,1	0,5	1,7	0,38	0,29
VG Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe .....	10,8	6,4	6,1	5,8	1,69	1,05
Gaststätten- und Beherbergungs- gewerbe .....	1,1	1,4	0,6	1,0	0,79	0,60
VG Holz-, Papier- und Druck- gewerbe .....	2,8	3,9	1,7	3,8	0,72	0,45
VG Textilgewerbe .....	0,3	2,1	0,1	1,8	0,14	0,06
	47,7	47,8	37,9	44,1		
Insgesamt .....	100,2	100,1	98,8	100,2		

VG = 9 Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes

nehmender Teil gerade des Wachstums der Region Hamburg/Umland außerhalb der administrativen Grenzen Hamburgs stattfindet und damit u. a. auch statistisch nicht mehr bei Hamburg in Erscheinung

tritt. Die tatsächliche Entwicklung der Gesamt-Region ist also zweifellos positiver verlaufen als sie für Hamburg allein gesehen erscheint. Leider fehlen jedoch statistische Vergleichswerte für die oben durcge-

führten Berechnungen, so daß eine parallele Darstellung der Entwicklung der Region Hamburg/Umland nicht möglich ist, so wünschenswert und notwendig eine solche regionale Betrachtung wäre, um die strukturellen Entwicklungen richtig beurteilen zu können.

Eine weitere mögliche Ursache von Entwicklungsunterschieden muß in der jeweils unterschiedlichen Ausgangslage gesehen werden. Der Gedanke scheint jedenfalls nicht völlig abwegig, daß dort, wo bereits ein hohes Niveau bzw. hohe Anteilswerte zu Beginn eines größeren Beobachtungszeitraumes vorliegen, auf längere Sicht nicht auch noch überdurchschnittliche Wachstumsraten zu erwarten sind. Als Beispiel werden im folgenden die Anteile der Bereiche am Bruttoinlandsprodukt (zu konstanten Preisen) in Hamburg und im Bundesgebiet im Ausgangsjahr 1960 und im Jahr 1970 gegenübergestellt (Tabelle 4).

Ohne auf eine genauere Quantifizierung eingehen zu wollen, scheint danach angesichts der relativ niedrigen Ausgangslage in Hamburg das Wachstum z. B. des Bereichs „Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung“ etwas weniger spektakulär zu sein. Auf der anderen Seite läßt die relativ hohe Ausgangslage die Entwicklung z. B. der Bereiche „Großhandel“

<sup>1)</sup> Vgl. auch „Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen und seiner Komponenten in den norddeutschen Ländern 1961 bis 1970“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 4/73.

oder „Nahrungs- und Genußmittelgewerbe“ etwas weniger problematisch erscheinen.

Zu beachten ist ferner, daß das relativ gute Abschneiden des Bereichs „Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik“ und das relativ schlechte Abschneiden des Bereichs „Holz-, Papier- und Druckgewerbe“ mit eine Folge veränderter schwerpunktmäßiger Zuordnung einzelner Unternehmen ist.

Deutlich zeigen sich bei Tabelle 4 schließlich auch die Schwerpunkte der überregionalen Funktionen Hamburgs, z. B. „Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen“, „Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik“, „Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung“, „Großhandel und Handelsvermittlung“, „Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen“, „Nachrichtenübermittlung“.

Die vorstehend entwickelte Typisierung kann zunächst noch nicht mehr als Anhaltspunkte für eingehendere Analysen geben<sup>2)</sup>. Eine Vertiefung etwa mit Umsatz- oder Beschäftigtenzahlen, vor allem soweit sie auch für Kreise und Gemeinden vorliegen und damit die an sich erforderliche Regionsbetrachtung ermöglichen, wäre anzustreben. Desgleichen wäre eine Gegenüberstellung der Zeiträume 1960 bis 1968 und 1969 bis 1972 wünschenswert, sobald detailliertes Zahlenmaterial für die Jahre 1971 und 1972 vorliegt.

Jürgen Weißker



# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	759,1	762,8	765,0	761,1
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	5,9	12,9	17,3	15,6
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	81	71	68	69
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	3,5
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	5	5	4	5,6
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	56	61	32	99
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	152	195	286	198
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	3	1	1	4
Tage mit Niederschlägen	"	258	201	27	23	11	19
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	244,8	...	...	...	244,5
" Altona	"	284,3	256,4	...	...	...	256,2
" Eimsbüttel	"	284,6	253,9	...	...	...	253,9
" Hamburg-Nord	"	401,3	344,5	...	...	...	344,4
" Wandsbek	"	357,5	375,0	...	...	...	375,2
" Bergedorf	"	82,6	94,6	...	...	...	94,6
" Harburg	"	199,0	204,7	...	...	...	204,7
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	...	...	...	1 773,5
dav. männlich	"	861,9	820,7	...	...	...	820,5
weiblich	"	995,0	953,2	...	...	...	953,0
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	59,8	114,7	121,0	121,5	122,1	115,4
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019	965 p	970 p	1 180 p	1 112 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,9	...	...	...	7,6
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269	1 060 p	1 150 p	1 235 p	1 363 r
dar. unehelich	"	143	113	95 p	100 p	90 p	108
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	8,6	...	...	...	9,3
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9	8,9 p	9,4 p	7,3 p	8,0
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 149 r	2 400	2 020 p	2 050 p	2 028 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	25 r	31	30 p	20 p	29 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	14,5	...	...	...	13,9
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	19,2 r	29,2 p	26,1 p	16,2 p	21,3 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	123	- 880 r	- 1 340 p	- 870 p	- 815 p	- 665 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	0,8	- 6,0	...	...	...	- 4,6
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	...	...	...	...	...	...
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 466	...	...	...	5 839
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 870	...	...	...	6 232
Fortgezogene Personen	"	379	404	...	...	...	393
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	144	...	...	...	75
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	260	...	...	...	318
dav. männlich	"	...	...	...	...	...	...
weiblich	"	...	...	...	...	...	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 428	...	...	...	14 277
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 695	...	...	...	1 505
Schleswig-Holstein	"	835	1 092	...	...	...	929
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 091	1 041	...	...	...	920
Niedersachsen	"	272	351	...	...	...	327
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	2 006	1 629	...	...	...	1 480
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	2 101	...	...	...	1 934
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	2 351	2 581	...	...	...	2 400
b) Fortgezogene nach	"	1 620	1 960	...	...	...	1 702
Schleswig-Holstein	"	1 268	1 564	...	...	...	1 433
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	525	830	...	...	...	692
Niedersachsen	"	2 167	1 744	...	...	...	1 626
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	767	981	...	...	...	773
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	...	...	...	...	...	...
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	...	...	...	...	...	...

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala - <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 - <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. - <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. - <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	11 749	11 294	11 179	11 179	11 159	11 303
Pflegetage		273 169	260 924	255 596	272 762	246 953	254 763
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	80,2	83,1	78,1	76,2
b) Gemeinnützige Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	4 573	4 740	4 847	4 847	4 847	4 683
Pflegetage		123 729	127 459	124 855	132 753	122 817	125 589
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	87,5	87,1	88,3	84,5	85,1
c) Private Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	745	798	797	797	797	796
Pflegetage		19 012	20 890	19 794	21 659	18 975	21 182
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	85,0	84,1	88,2	78,6	84,6
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Pflegetage		21 274	19 998	19 754	20 555	19 217	19 635
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	79,9	82,8	83,4	80,6	77,2
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Pflegetage		25 628	17 482	16 262	18 150	17 065	17 970
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	81,8	79,6	89,0	86,5	84,4
<b>3. Krankenhäuser für Geisteskrankte</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 743
Pflegetage		48 245	43 686	43 356	45 568	43 729	43 459
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	86,2	88,4	89,9	89,2	83,7
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 292
Pflegetage		38 084	38 605	37 692	38 925	37 077	37 965
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	99,2	97,8	97,6	97,6	96,0	94,8
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand <sup>1)</sup>	Anzahl	1 478	1 420	1 312	1 312	1 312	1 422
Pflegetage		43 630	41 731	40 873	42 212	40 594	40 473
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	95,0	98,3	98,6	98,1	90,9
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>4)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>5)</sup>	1 000	667,8	688,8	694,4	694,9	695,2	690,4
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>5)</sup>	-	455,8	625,0	631,4	631,4	631,6	626,4
<b>2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	462 919	514 383	492 054	486 329	476 165
Ausgeliehene Noten	-	3 241	6 242	7 289	6 624	7 138	6 490
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>6)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	41 616	46 134	35 606	42 626
Benutzer der Lesesäle	-	10 485	13 998	14 849	15 959	13 914	15 280
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl	Anzahl	43 961	60 227	75 400	55 605	56 933	55 972
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>7)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	681,6	681,3	680,6	688,4
dav. Pflichtmitglieder	-	431,4	404,7	400,2	399,8	398,8	406,5
Freiwillige Mitglieder	-	70,9	48,3	46,7	46,6	46,4	48,4
Rentner	-	175,5	234,0	234,7	234,9	235,4	233,5
Krankenstand der Pflichtmitglieder	-	26,7	24,5	29,4	27,9	28,5	23,0
dav. männlich	-	17,9	16,8	20,2	18,9	19,4	15,7
weiblich	-	8,8	7,7	9,2	9,0	9,1	7,3

<sup>1)</sup> am Monatsende. - <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. - <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. - <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. - <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). - <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	5 406	5 012	4 437	3 573
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 943	2 696	2 329	1 987
weiblich	"	1 092	2 004	2 463	2 316	2 108	1 586
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	.	.	.	23
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	.	.	.	29
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	.	.	.	81
Elektriker	"	24	28	.	.	.	22
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	.	.	.	38
Tischler, Modellbauer	"	24	18	.	.	.	16
Drucker	"	44	48	.	.	.	30
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	.	.	.	7
Ernährungsberufe	"	75	92	.	.	.	69
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	.	.	.	131
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	.	.	.	85
Warenkaufleute	"	368	421	.	.	.	342
Verkehrsberufe	"	313	252	.	.	.	215
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	.	.	.	731
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	.	.	.	251
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	18 335	20 355	22 210	20 662
dav. männlich	"	13 014	9 643	10 409	11 334	12 443	10 479
weiblich	"	12 813	9 073	7 926	9 021	9 767	10 183
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 654	5 029	5 496	4 920	5 335
dav. männlich	"	4 134	4 025	3 585	4 003	3 590	3 820
weiblich	"	1 707	1 629	1 444	1 493	1 330	1 515
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 435	5 043	5 917	5 935	5 962
dav. männlich	"	9 955	4 568	4 159	5 079	4 937	4 977
weiblich	"	572	867	884	838	998	985
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	11 472	11 732	11 482	11 127	10 568
dav. männlich	"	5 512	5 810	5 976	5 823	5 593	5 299
weiblich	"	2 787	5 662	5 756	5 659	5 534	5 269
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	.	.	44 057
weiblich	"	5 157	18 618	.	.	.	18 384
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 882	1 894	1 663	1 789
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	94,8	96,6	96,2	94,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	10,6	13,3	13,4	12,1	13,6
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	10 809	11 389	11 679	11 701
dav. lose	"	3 628	1 925	1 511	1 753	1 766	2 037
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	58
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	7 930	8 292	8 409	9 093
mit abwechl. Fettgehalt	"	.	148	347	401	248	152
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"	.	.	151	183	184	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	1 021	943	1 072	361
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	628	745	1 188	837
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	6,1	6,0	5,1	5,9
Kälber	"	2,6	1,3	1,3	1,0	1,3	1,5
Schweine	"	47,0	35,1	31,3	29,3	28,2	35,2
Schafe	"	2,7	0,8	1,1	0,7	0,6	0,9
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	5,0	4,7	4,0	6,0
Kälber	"	2,5	1,2	1,3	1,0	1,3	1,4
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,8	36,1	31,5	29,6	28,3	36,2
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	"	6 229	5 355	4 483	4 197	3 925	5 180
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 701	1 375	1 273	1 112	1 565
Kälber	t	187	114	97,0	72	80	125
Schweine	"	4 318	3 511	2 982	2 829	2 712	3 465

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 376	1 367	1 366	1 411
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	195	194	194	198
• dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	-	152	123	120	119	119	123
• Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	-	24 859	18 971	18 368	19 047	17 990	19 520
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	186	202	205	186
• Gehälter (Bruttosumme)	-	75	153	161	166	183	151
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	4	3	4	4	3
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 704	2 680	2 095	2 542
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	-	48 231	53 373	63 589	55 440	40 127
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	55	55	46	48
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	171	183	179	160
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	-	16	13	12	11	11	11
• Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 713	1 775	2 031	1 892	1 765
• dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	-	155	247	291	286	304	219
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	129,3	130,6 r	132,9	118,3
• Verarbeitende Industrie	-	109,0	121,9	127,6	130,0	133,3	117,2
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	-	108,9	135,6	131,3	150,5	154,7	125,9
• Investitionsgüterindustrie	-	110,0	126,7	143,6	137,0	142,1	121,2
• Verbrauchsgüterindustrie	-	111,3	107,0	117,5	111,8	110,9	99,7
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-	107,3	106,2	111,7	105,1	107,1	109,1
• Bauindustrie	-	103,7	131,9	142,2	147,1 r	152,2	139,4
Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 713	1 775	2 031	1 892	1 765
• dar. Mineralölverarbeitung	-	215	280	298	304	194	281
• Chemische Industrie	-	101	155	156 r	175	172	161
• Elektroindustrie	-	143	223	213	231	234	306
• Maschinenbau	-	83	136	153	141	169	136
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	13	14	14	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	578 r	501	409	459
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	58	51	46	38
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup></b>				3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
<b>3. Handwerk (Meßziffern) <sup>9)</sup></b>							
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	...	82,6	82,0	...	82,6
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	...	181,0	232,3	...	154,6
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	...	180,4	239,0	...	144,9
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>9)</sup></b>							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	44 430	44 583	44 486	45 071 r
• dar. Inhaber	-	1 365	1 256	1 201	1 217	1 274	1 281 r
• Angestellte	-	4 684	5 898	6 123	6 173	6 197	5 951 r
• Arbeiter <sup>10)</sup>	-	43 102	37 035	37 106	37 193	37 015	37 839 r
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	5 912	6 550	6 109	7 036 r
• dav. für Wohnungsbauten	-	2 216	2 030	1 863	1 989	1 892	2 172 r
• gewerblich und industr. Bauten	-	1 673	2 064	2 169	2 294	1 980	2 191 r
• öffentliche und Verkehrsbauten	-	2 939	2 015	1 880	2 267	2 237	2 673 r
• Löhne (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	Mio DM	48,3	78,9	78,9 r	93,6	88,1	83,3 r
• Gehälter (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	-	5,9	14,3	13,6	14,6	16,8	13,6 r
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	126,2	220,3	189,4 r	235,6	241,4	233,0 r
• dav. im Wohnungsbau	-	42,2	73,1	53,0 r	52,7	65,9	76,1 r
• gewerblich und industr. Bau	-	31,0	73,8	70,8	95,7	85,9	66,7 r
• öffentlichen und Verkehrsbau	-	53,0	73,4	64,6	87,2	89,6	90,2 r
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175	156	165	270	166
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	94	94	68	94	201	103
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	399	366	410	363
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	79,5	78,6	78,4	77,4
• Wohnfläche	1 000 qm	95	93	88	76	84	80
<b>Nichtwohnbauten</b>							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	62	81	92	48
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604 r	298	838	468	536
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	40,5	98,2	84,4	127,0
• Nutzfläche	1 000 qm	73	107	59	139	103	105
• Wohnungen	-	-	-	-	-	-	-
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	1 081	1 002	1 094	986

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	109	137	243	141
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	423	173	308	369	375
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	37,2	63,4	78,5	73,3
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	64	60	88	49
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	638	180	822	460	451
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	35,2	124,2	75,1	91,5
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 237	426	928	930	1 085
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	70	130	89	98
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92	20	61	52	85
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	278	263	213	124
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7	53,6	48,3	40,9	20,9
Wohnfläche	1 000 qm	96	89	59	56	45	25
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	66	33	34	44	42
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435	544	566	211	226
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3	37,2	59,8	30,8	37,5
Nutzfläche	1 000 qm	69	80	59	90	41	50
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insges. <sup>1)</sup> (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 238	833	728	595	268
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	"	968	655	368	309	238	74
<b>5. Bauüberhang</b> (am Ende des Berichtszeitraumes <sup>2)</sup> )							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651	15 900	16 100	16 500	19 100
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	"	7 136	2 922	4 100	4 200	4 400	3 900
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen <sup>3)</sup></b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	187	187	186
Wohnungen	"	636	724	726	727	727	714
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	"	2 322	2 705	2 712	2 715	2 717	2 666
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	212	212	191	186
dar. Warenhäuser	"	130	292	292	288	285	263
Facheinzelhandel	"	120	165	175	177	165	161
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels <sup>4)</sup></b>							
Groß- und Außenhandel	1962 = 100	"	"	132	"	"	"
dav. Unternehmen des Außenhandels	"	"	"	124	"	"	"
Unternehmen des Binnengroßhandels	"	"	"	129	"	"	"
<b>3. Handel mit Berlin (West) <sup>5)</sup></b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 890	"	"	"	"	"
Lieferungen Hamburgs	"	140 188	"	"	"	"	"
<b>4. <sup>6)</sup> Die Ausfuhr des Landes Hamburg <sup>7)</sup></b>							
	Mio DM	212	329	443	491	"	338
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft	"	17	33	31	35	"	30
Gewerblichen Wirtschaft	"	195	296	412	456	"	308
dav. Rohstoffe	"	2	2	4	4	"	5
Halbwaren	"	50	58	74	87	"	63
Fertigwaren	"	143	236	334	365	"	240
dav. Vorerzeugnisse	"	9	21	23	28	"	21
Enderzeugnisse	"	134	215	311	337	"	219
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa	"	152	237	366	375	"	261
dar. EWG-Länder	"	65	98	263	275	"	91
EFTA-Länder	"	67	99	52	62	"	87

<sup>1)</sup> ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — <sup>2)</sup> An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — <sup>3)</sup> Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — <sup>4)</sup> Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — <sup>5)</sup> Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. — <sup>6)</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt. — <sup>7)</sup> Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	.	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	116	123	141	...	130
dar. von Auslandsgästen	.	42	40	45	52	...	47
• Fremdenübernachtungen	.	232	223	228	260	...	245
dar. von Auslandsgästen	.	90	75	81	93	...	85
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 838	1 558	1 430 r	1 570 p	1 540 p	1 634
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 611	1 466 r	1 610 p	1 650 p	1 686
Abgegangene Schiffe	.	.	.	.	.	.	.
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 855	3 734 r	4 029 p	4 028 p	3 638
dav. Empfang	.	2 229	2 966	2 883 r	3 088 p	2 975 p	2 851
dav. Massengut	.	1 634	2 342	2 215 r	2 414 p	2 322 p	2 239
dar. Mineralöle	.	968	1 392	1 329 r	1 465 p	1 421 p	1 082
Kohle	.	192	166	87 r	158 p	132 p	211
Getreide	.	180	259	178 r	215 p	87 p	345
Sack- und Stückgut	.	595	624	668 r	674 p	653 p	612
Versand	.	713	889	851 r	941 p	1 053 p	787
dav. Massengut	.	292	398	323 r	360 p	452 p	335
Sack- und Stückgut	.	421	491	528 r	561 p	601 p	452
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
• Gütereingang	1 000 t	340	381	370	505	...	446
• Güterversand	.	309	424	484	553	...	480
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 859 p	3 225 p	2 856 p	3 230
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	3 027	2 858 p	3 226 p	2 856 p	3 232
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	141,8 p	169,3 p	137,6 p	159,7
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	142,9	138,9 p	171,0 p	133,5 p	155,9
Angekommene Fracht	t	578	1 278	1 383 p	1 269 p	919 p	1 078
Abgegangene Fracht	.	587	1 059	897 p	1 028 p	716 p	1 056
Angekommene Post	.	185	346	326 p	379 p	308 p	338
Abgegangene Post	.	229	369	348 p	385 p	345 p	329
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	11 620	12 034	10 509	10 954
Hoch- u. U-Bahn	.	13 705	15 714	15 859	16 485	14 619	14 941
Straßenbahn	.	9 438	3 948	4 115	4 385	2 816	4 106
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	13 963	14 264	15 026	14 603	13 550
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 568	2 607	2 757	2 422	2 494
Private Kraftomnibusse	.	301	278	274	417	364	355
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich)	1 000	352,2	480,7	490,0	492,7	494,4	498,6
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>7)</sup>	.	310,8	432,6	440,2	442,4	443,7	448,9
• b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 071	5 944	7 538	7 200	5 945	7 650
dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	.	4 632	5 409	6 848	6 527	5 483	6 973
Lastkraftwagen	.	362	414	453	442	320	526
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
• Unfälle mit Personenschaden <sup>4)</sup>	Anzahl	859	1 064	1 049	1 132	1 056	1 112
• Getötete Personen	.	26	29	35	13	26	22
• Verletzte Personen	.	1 108	1 428	1 378	1 509	1 389	1 462

<sup>1)</sup> ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Translt. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	38 257,3	38 316,3	38 794,2	31 914,4
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	.	.	10 084,9	10 252,6	10 169,9	10 450,7	10 148,4
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	9 935,1	10 108,3	10 052,9	10 358,7	9 998,8
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	.	.	4 905,0	5 866,1	5 920,2	5 926,4	4 796,9
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	4 510,4	5 403,6	5 470,5	5 480,4	4 432,2
Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	.	.	17 004,4	22 138,6	22 226,2	22 417,1	16 969,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	.	.	15 130,5	20 068,3	20 198,2	20 382,8	15 080,9
dar. Durchlaufende Kredite	.	.	666,4	841,5	832,3	816,2	650,7
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	.	.	21 033,4	26 569,8	27 266,1	27 260,3	20 902,9 r
dav. Sicht- und Termingelder	.	.	11 939,4	16 965,3	17 678,8	17 716,0	11 824,1
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	.	.	4 069,9	10 492,8	12 257,6	12 762,5	10 318,3
Spareinlagen	.	.	2 792,9	9 094,0	9 604,5	9 544,3	9 078,8
dar. bei Sparkassen	.	.	244,3	5 970,0	6 295,1	6 265,8	5 945,9
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	.	.	203,9	538,9	453,9	505,7	558,0
Lastschriften auf Sparkonten	.	.	12,9	492,3	458,1	551,3	446,5
Zinsgutschriften	.	.	.	36,5	2,4	2,6	1,0
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	18	16	15	19
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	688	646	666	628	718
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 526	2 859	2 077	2 084
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>4)</sup></b>	Anzahl	20 583	24 087	21 943	25 826	24 981	24 636
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls	.	3 058	3 191	3 172	3 911	3 283	3 419
Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	1 196	1 435	1 612	1 594	1 276	1 527
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	.	353	464	420	582	444	526
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>5)</sup></b>	Anzahl	162	154	157	157	156	155
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 861	5 864	5 873	5 522
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	5 983	6 022	6 070	5 653
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 192	5 252	5 341	5 145
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM	.	695 916	632 683	588 461	1 029 623	777 151
dav. Steuern vom Einkommen	.	.	200 385	403 928	300 063	659 782	517 104
dav. Lohnsteuer	.	.	89 007	253 391	271 677	295 945	223 308
Veranlagte Einkommensteuer	.	.	64 393	86 357	16 813	18 841	186 982
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	.	.	10 279	21 053	16 838	31 507	6 749
Körperschaftsteuer	.	.	36 706	43 128	5 265	107 530	100 066
Steuern vom Umsatz	.	.	291 987	332 620	305 263	369 841	260 048
dav. Umsatzsteuer	.	.	82 827	174 696	198 806	223 819	140 910
Einfuhrumsatzsteuer	.	.	.	117 291	133 814	116 701	119 138
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	735 727	761 079	840 176	708 333
dar. Zölle	.	.	45 076	57 880	56 984	57 037	55 539
Verbrauchssteuern	.	.	358 150	639 003	657 736	683 157	756 638
dar. Mineralölsteuer	.	.	261 342	538 007	532 344	573 158	644 273
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	27 387	69 484	21 802	31 252
dar. Vermögensteuer	.	.	11 355	16 502	2 226	- 175	2 329
Kraftfahrzeugsteuer	.	.	7 992	12 130	13 523	12 455	11 852
Biersteuer	.	.	2 430	3 327	3 156	3 104	3 831
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	50 189	184 029	22 111	27 668
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	.	.	34 764	58 771	13 813	160 402	16 888
Grundsteuer A	.	.	73	91	8	146	183
Grundsteuer B	.	.	5 134	9 106	976	19 579	4 175
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 081 777	1 120 091	1 374 025	1 107 196
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>	1 000 DM	157 752	242 489	94 269	310 165	321 862	273 866
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6)</sup>	.	.	122 235	153 387	57 270	114 197	229 230
Anteil an den Steuern vom Umsatz	.	.	.	35 415	9 612	88 088	6 622
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	.	.	.	11 245	-	38 396	-
Außerdem:	.	.	.	.	.	.	.
Einnahmen aus Gemeindesteuern	.	.	46 355	58 227	50 189	107 238	22 111
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>7)</sup>	.	.	.	40 968	18 986	38 835	72 906
Einnahmen des Landes insgesamt	.	.	341 681	613 681	613 444	416 879	358 975

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Februar 1972	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Baufleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	187,3	190,2	200,0	182,4
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	187,7	190,9	200,8	182,7
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	186,9	189,6	199,2	182,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	186,4	189,2	198,6	181,7
Bürogebäude	"	112,2	180,1	184,0	186,9	195,8	179,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	183,8	185,8	193,2	180,4
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	388	397	404	373
weibliche Arbeiter	"	140	245	241	247	249	229
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	8,72	9,01	9,09	8,27
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	5,87	6,04	6,07	5,57
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,5	44,1	44,4	45,2
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,1	40,9	41,0	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	39,8	35,8	40,1	41,7
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	36,7	32,0	37,2	38,4
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte	DM						
männlich	"	1 098	1 805	1 875	1 919	1 936	1 763
weiblich	"	747	1 381	1 353	1 394	1 410	1 278
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 182	2 033	1 998	2 054	2 064	1 892
weiblich	"	748	1 374	1 343	1 389	1 403	1 280
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 043	1 775	1 743	1 787	1 810	1 675
weiblich	"	668	1 254	1 230	1 264	1 282	1 172
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte	"						
männlich	"	1 058	1 808	1 776	1 820	1 842	1 697
weiblich	"	688	1 286	1 261	1 297	1 314	1 199
Technische Angestellte	"						
männlich	"	1 176	2 024	1 989	2 044	2 053	1 891
weiblich	"	838	1 504	1 463	1 515	1 533	1 434
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	462	475	437	365
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	128	114	92	91
bekämpfte Brände	"	221	384	334	361	345	274
dav. Großbrände	"	9	16	15	19	17	13
Mittelbrände	"	28	46	42	43	38	23
Kleinbrände	"	98	178	162	147	156	108
Entstehungsbrände	"	80	135	108	144	133	123
Schornsteinbrände	"	6	9	7	8	1	7
Hilfeleistungen aller Art	"		951	746	864	871	823
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"		12 039	11 805	13 184	12 285	11 929
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 741	1 761	1 981	1 963	1 933
Betriebsunfälle	"	544	436	381	492	475	457
Krankenbeförderungen	"		2 882	2 660	2 880	2 514	2 733
Gesamtzahl der Alarmierungen	"		13 481	13 013	14 523	13 593	13 117
Außerdem:	"						
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"		150	108	103	98	111
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	9 047	11 363	12 701	13 286
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	7	3	4	6
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	179	168	248	213
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	143	122	168	165	179
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	80	87	118	142
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	3 110	3 814	4 098	4 322
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	2 602	3 449	4 297	4 403
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	5 712	7 263	8 395	8 725
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"						
diebstahl	"	180	273	171	235	270	320
Unterschlagung	"	203	143	120	150	145	153
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	63	80	41	84
Betrug und Untreue	"	722	1 260	984	1 253	1 241	1 464
Brandstiftung	"	33	38	47	34	31	32
Außerdem:	"						
Verkehrsvergehen <sup>4)</sup>	"	778	1 471	1 377	1 489	1 327	1 356
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>5)</sup> *)	"	8 929	26 571	9 318	8 326	7 670	24 902
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	415	520	526	417
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>6)</sup>	"	31 317	30 393	34 398	34 447	28 064	29 290

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-  
werbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebüh-  
renpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt  
wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im  
Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.



# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1972

Großstädte		Bevölkerung					Erwerbstätigkeit			Industrie <sup>2)</sup>				
		Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose <sup>1)</sup>	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nichtdeutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1000 DM
Berlin	4. Vj.	2 063 <sup>2)</sup>	4 367	10 138	23 784	27 514 <sup>4)</sup>	- 9 501	11 292	14 791	82 361	234 898	114	5 472	2 652
	3. Vj.	2 072	4 687	9 187	25 483	21 386	- 403	7 324	20 054	82 087	238 468	115	5 114	2 468
Hamburg	4. Vj.	1 766	3 435	6 817	20 160	21 022	- 4 051	5 210	15 962	69 455	194 627	110	5 510	3 120
	3. Vj.	1 770	3 790	6 002	19 998	20 787	- 3 001	3 977	19 421	63 879	197 151	111	5 035	2 841
München	4. Vj.	1 339	2 410	3 365	29 067	25 466	+ 2 646	3 352	16 032	143 103	191 630	143	5 040	3 764
	3. Vj.	1 337	2 576	3 131	25 215	25 135	- 475	2 935	22 246	135 572	192 349	144	4 776	3 572
Köln	4. Vj.	838	2 054	2 569	14 088	14 969	- 1 396	3 845	7 168	63 309	134 076	160	3 369	4 020
	3. Vj.	840	2 153	2 343	14 721	15 660	- 1 129	3 110	9 943	56 936	134 741	160	2 877	3 425
Essen	4. Vj.	685	1 414	2 426	6 018	7 002	- 1 996	4 283	4 707	61 597	61 597	90	1 138	1 661
	3. Vj.	687	1 556	2 128	5 802	7 234	- 2 004	3 737	5 493	62 720	62 720	91	1 069	1 556
Düsseldorf	4. Vj.	644	1 343	2 141	9 757	10 410	- 1 451	2 222	5 935	116 313	116 313	181	2 490	3 866
	3. Vj.	645	1 371	1 960	9 857	11 076	- 1 808	1 669	7 776	44 130	116 588	181	2 304	3 572
Frankfurt/M.	4. Vj.	678	1 402	2 162	15 430	16 379	- 1 709	3 193	17 245	122 263	127 573	188	2 986	4 404
	3. Vj.	680	1 514	1 951	15 201	17 040	- 2 276	2 772	20 002	114 272	118 174	174	2 654	3 903
Dortmund	4. Vj.	641	1 445	2 107	6 011	6 858	- 1 509	4 297	4 820	17 226	75 452	118	1 398	2 181
	3. Vj.	642	1 615	1 914	5 179	6 582	- 1 702	3 890	5 481	17 226	75 924	118	1 340	2 087
Stuttgart	4. Vj.	627	1 369	1 729	15 450	16 744	- 1 654	809	14 272	148 354	148 354	237	4 243	6 767
	3. Vj.	628	1 507	1 528	17 780	18 097	- 338	669	16 431	75 453	148 801	237	3 892	6 197
Bremen	4. Vj.	590	1 352	1 902	7 558	8 561	- 1 553	3 444	5 963	17 220	83 805	142	2 720	4 610
	3. Vj.	591	1 475	1 818	7 451	8 220	- 1 112	3 246	6 653	15 897	84 356	143	2 543	4 303
Hannover	4. Vj.	516	1 034	1 795	10 228	9 887	- 420	3 371	8 117	39 383	108 682	211	2 560	4 961
	3. Vj.	517	1 086	1 617	9 521	10 030	- 1 040	2 605	9 327	34 995	112 178	217	2 122	4 104

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>4)</sup>			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleitetste Arbeitsstunden	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>5)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	4. Vj.	16 842	671	325	544	4 493	1 350	9 860	3 217	249	121	658	3 825	4 837	58 418	62 769
	3. Vj.	17 030	531	256	613	4 381	416	2 690	557	287	139	761	3 575	4 666	144 804	42 388
Hamburg	4. Vj.	18 505	914	518	654	4 891	1 159	8 973	2 623	321	182	624	2 876	3 965	90 260	141 320
	3. Vj.	18 548	722	408	441	2 801	360	2 405	688	416	235	772	3 148	4 411	153 250	131 962
München	4. Vj.	23 490	923	689	415	4 452	639	5 512	2 072	495	370	1 043	2 300	3 306	106 361	95 482
	3. Vj.	25 107	794	594	499	4 737	569	9 366	2 669	584	437	1 274	2 590	3 545	114 504	92 457
Köln	4. Vj.	8 657	316	377	248	2 148	340	4 516	1 515	164	196	325	1 339	1 832	109 131	50 552
	3. Vj.	8 850	283	337	232	2 392	119	843	114	219	261	416	1 321	1 877	39 978	37 787
Essen	4. Vj.	.	.	.	186	1 359	343	2 107	431	34	50	70	897	1 151	48 098	68 494
	3. Vj.	.	.	.	186	977	121	922	268	33	48	71	859	1 013	45 305	25 601
Düsseldorf	4. Vj.	9 024	341	530	152	1 730	370	3 127	750	162	252	316	988	1 331	92 359	47 277
	3. Vj.	8 394	321	498	187	1 840	148	1 050	243	160	248	312	955	1 263	82 113	34 519
Frankfurt/M.	4. Vj.	11 441	578	853	145	1 230	600	4 611	2 935	296	437	535	1 248	1 628	175 662	84 490
	3. Vj.	12 176	509	749	100	1 025	31	380	47	369	543	658	1 249	1 571	169 240	41 938
Dortmund	4. Vj.	6 062	227	354	392	2 021	480	1 919	1 202	41	64	79	993	1 301	34 009	58 901
	3. Vj.	6 151	183	285	284	1 258	194	962	1 548	35	55	75	906	1 222	33 020	21 267
Stuttgart	4. Vj.	11 450	550	877	197	1 191	318	2 165	873	124	198	286	987	1 386	49 175	92 654
	3. Vj.	12 529	387	616	282	1 458	149	1 191	530	128	204	301	825	1 241	68 836	42 208
Bremen	4. Vj.	.	.	.	230	1 621	730	3 008	537	76	129	154	1 020	1 246	99 965	40 959
	3. Vj.	.	.	.	362	1 435	197	555	415	93	157	181	918	1 105	41 651	30 272
Hannover	4. Vj.	6 219	271	525	131	1 005	235	2 133	1 281	94	182	160	902	1 187	52 074	39 200
	3. Vj.	6 429	209	404	106	931	155	1 153	182	96	186	165	843	1 105	50 136	26 848

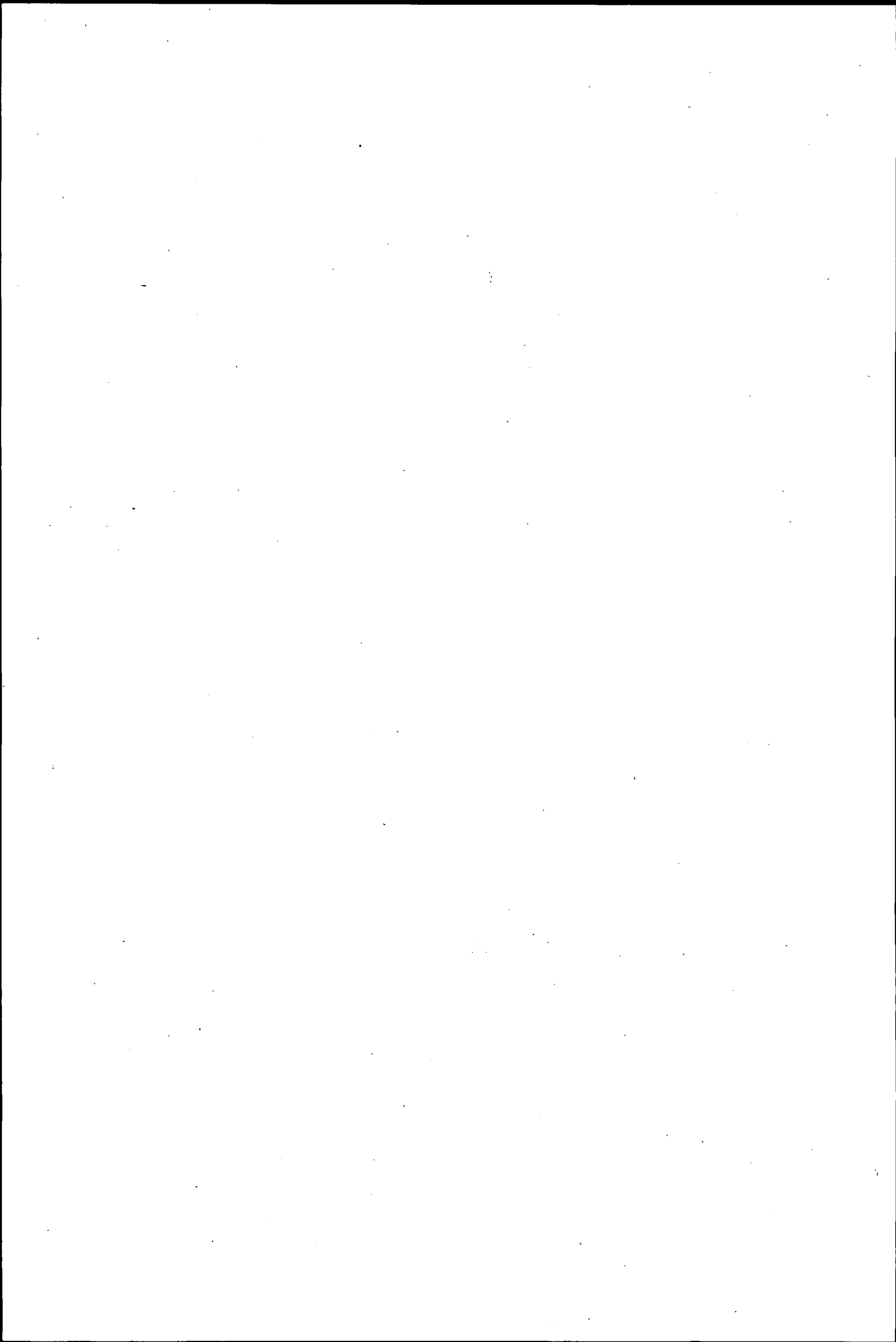
<sup>1)</sup> jeweils Quartalsende. — <sup>2)</sup> Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — <sup>3)</sup> ohne Mehrwertsteuer. — <sup>4)</sup> ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — <sup>5)</sup> einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — <sup>6)</sup> in den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — <sup>7)</sup> einschließlich Landkreis München

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		März 1973	April 1973	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 668,9	...	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,7	7,4	...	...	8,5
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	11,3	12,0	...	...	12,1
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8	12,0	...	...	11,6
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 348	8 347	...	8 321
Gefeiistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	934	973	916	...	941
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	56 902	52 818	...	49 057
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	12 262	11 095	...	9 764
Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	168,4	176,6	188,4	183,6	171,4
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	180,1	192,3	188,0	174,6
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	208,6	219,6	218,7	196,0
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	174,9	188,2	182,8	169,0
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	172,9	183,5	174,0	166,5
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	147,5	140,8	154,8	153,3	153,8
Bauindustrie	"	118,9	152,2	131,0	165,5	173,7	175,4
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,8	1 533,5	1 485,8	1 516,7	1 530,3	1 563,7
Gefeiistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	210,4	188,9	202,0	231,0	236,5
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 170,0	5 075,7	5 138,2	5 607,1	5 483,5
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	65 900	59 029	68 245	63 798
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 072 p	25 939	24 016	32 936	27 772
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	219	218	221	199
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6	128	121	...	112
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	...	...	...	10 744
dav. Empfang	"	8 850	8 787	...	...	...	8 638
Versand	"	1 885	2 131	...	...	...	2 106
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	280 956	259 631	241 966	255 130
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 550 r	27 982 p	28 716 p	34 930 p	34 431
Getötete Personen	"	1 313	1 566 r	1 231 p	1 257 p	1 555 p	1 637
Verletzte Personen	"	36 124	44 020 r	38 079 p	40 962 p	48 468 p	48 469
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	3 775	4 123	4 216	3 366
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	5 017	467	349	359
Körperschaftsteuer	"	681	708	2 019	74	118	- 16
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915	3 633	3 893	3 674	3 700
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	121,4	122,2	122,8	115,6
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,8	117,8	119,9	123,1	105,4
Index der Ausführpreise	"	104,8	124,5	131,3	132,3	133,2	123,9
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	174,3	...	...	188,5	174,6
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	145,4	146,7	147,8	136,5
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	130,2	138,3	140,5	142,1	128,4
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	196,1	196,9	197,6	186,5
<b>LÖHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	7,77	7,97	8,02	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,6	43,8	43,8	43,9	44,2

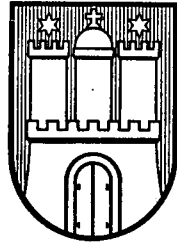
Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. - <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.





# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

September-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Mehr Gäste durch IGA 73

In Hamburgs Beherbergungsbetrieben wurden im ersten Halbjahr 1973 rd. 680 900 Gäste aufgenommen; das sind 26 700 oder 4,1% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich gleichzeitig um 25 200 (+ 2%) auf mehr als 1,3 Mio. Hervorzuheben ist dabei vor allem der starke Ausländer-Reiseverkehr, der rd. 20 000 Gäste mehr erbrachte und damit um 9,6% anstieg.

Der Aufschwung des Fremdenverkehrs ist erst im zweiten Quartal eingetreten. Während sich in den ersten Monaten noch die rückläufige Entwicklung der Jahre 1971 und 1972 fortsetzte, begann der Umschwung, als im April dieses Jahres das Kongreßzentrum fertiggestellt wurde und wenig später die Internationale Gartenbauausstellung ihre Tore öffnete. So stiegen im zweiten Quartal die Zahl der Gäste um nicht weniger als 9,1% und die Zahl der Übernachtungen um 7,1%. Damit wurde das schlechte Ergebnis der ersten drei Monate überkompensiert, und es ist zu vermuten, daß im Verlauf dieses Jahres die Gesamtentwicklung sich weiterhin positiv gestaltet.

### Höchster Pendleranteil im Bezirk Harburg

Ziel der meisten Berufseinpender nach Hamburg sind nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung die Arbeitsstätten im Bezirk Hamburg-Mitte. Über 54 000 Berufstätige kommen täglich aus den Nachbarländern in den mit fast 400 000 Arbeitsplätzen ebenfalls vom Arbeitsangebot her an der Spitze liegenden Bezirk, der damit über 43% aller einpendelnden Berufstätigen aufnimmt; d.h. jede siebte dort tätige Person wohnt nicht in Hamburg.

Die höchste Einpendlerquote mit fast 20% weist der von der Einpendlerzahl her an zweiter Stelle stehende Bezirk Harburg auf: Mit fast 16 000 Einpendlern kommt jede fünfte dort tätige Person aus den Nachbargebieten Hamburgs.

Insgesamt bleiben 90% aller schleswig-holsteinischen Berufseinpender in den sechs Bezirken nördlich der Elbe; 46% aller niedersächsischen Einpendler suchen einen Arbeitsplatz südlich der Elbe im Bezirk Harburg auf.

### Weniger Führerscheineulinge als in früheren Jahren

1972 wurden in Hamburg knapp 41 000 Führerscheine ausgestellt. Davon entfielen 65% auf Ersterteilungen, 15% auf Wiedererteilungen nach Entzug der Fahrerlaubnis und der Rest auf Umschreibungen oder Erweiterungen auf andere Führerscheinklassen. Zum ersten Mal seit 1969 ist in Hamburg die Zahl der ausgestellten Führerscheine rückläufig. Sie lag um knapp 6% niedriger als im Jahr zuvor, die der Ersterteilungen sogar um rd. 9%. Im Bundesgebiet insgesamt stieg dagegen die Zahl der Anfänger im Straßenverkehr um 2%.

Unter den über 26 000 Ersterteilungen waren die für die Klasse 3 (Pkw) mit über 86% am stärksten vertreten. Ähnlich wie im Vorjahr wurden auch 1972 mehr als die Hälfte

aller Pkw-Führerscheine (54%) an Frauen ausgegeben. Bemerkenswert ist die steigende Beliebtheit von Motorrädern. Zwar ist die Zahl von etwas über 1 000 Ersterteilungen der Führerscheinklasse 1 nicht übermäßig hoch (4%), gegenüber 1971 stellt sie jedoch einen Anstieg um fast zwei Fünftel dar.

### Zahl der Strafgefangenen erheblich angestiegen

In den hamburgischen Strafvollzugsanstalten verbüßten am 31. März dieses Jahres 1841 Männer und 21 Frauen Freiheits- oder Jugendstrafen; gegenüber dem gleichen Stichtag des Vorjahres waren dies rd. 21% mehr. Bei etwa jedem zweiten Strafgefangenen betrug die Dauer der Freiheits- oder Jugendstrafe bis zu einem Jahr, bei jeweils knapp einem Fünftel aller Einsitzenden lag die Strafe zwischen mehr als einem Jahr bis einschließlich zwei Jahren bzw. zwischen zwei bis einschließlich fünf Jahren. 70 Gefangene mußten lebenslange Freiheitsstrafen verbüßen, für 42 Personen war Sicherungsverwahrung angeordnet. Vier Fünftel aller Gefangenen waren vorbestraft, davon beinahe die Hälfte fünfmal und häufiger.

### Stark erhöhter Wasserverbrauch in der Industrie

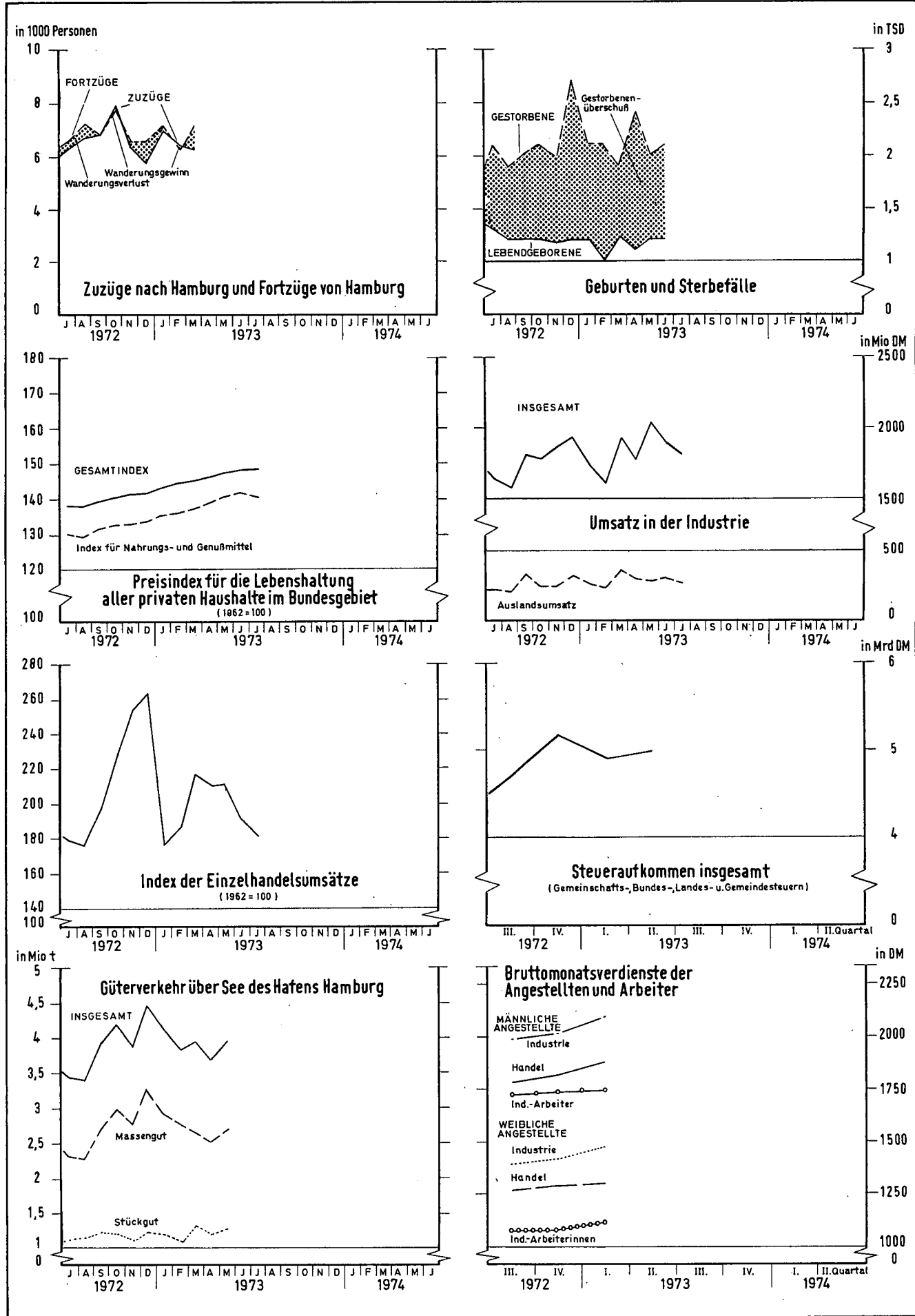
Hamburgs Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten verbrauchten im Laufe des Jahres 1971 fast 374 Mio cbm Wasser. Umgerechnet benötigten also allein die Mittel- und Großbetriebe in jeweils drei Tagen die Wassermenge der Binnen- und Außenalster.

Die 1971 neu zugeführte Wassermenge stieg innerhalb von zwei Jahren trotz rückläufiger Betriebszahlen — die letzte Wasserhaushaltserhebung wurde 1969 durchgeführt — um mehr als 11%, nachdem von 1967 auf 1969 nur ein Mehrbedarf von 4% zu verzeichnen war. Der starke Anstieg ist um so bemerkenswerter, als sich gleichzeitig der Anteil der durch erhöhten bzw. rationelleren Einsatz von Kreislaufsystemen „eingesparten“ Wassermengen ausgedehnt hat.

Den weitaus größten Anteil am gesamten industriellen Wasserverbrauch haben die 21 Betriebe der Mineralölverarbeitung mit etwa 61%. Weitere 12 Betriebe der NE-Metallindustrie und der Ölmühlenindustrie folgen mit einem Verbrauchsanteil von 20%. Nicht einmal ein Fünftel der industriell genutzten Wassermengen entfallen somit auf alle übrigen Industriegruppen in Hamburg.

Die Mineralölverarbeitung und die NE-Metallindustrie beziehen jeweils weit mehr als 90% ihrer vor allem zu Kühlzwecken benötigten Wassermengen aus Oberflächenwasser. Dagegen decken z.B. die Süßwarenindustrie, die Chemische Industrie sowie die Brauereien ihren Bedarf überwiegend durch Eigenförderung aus Grundwasserquellen. Dementsprechend ist der Anteil der von diesen Gruppen aus dem öffentlichen Versorgungsnetz oder von anderen Betrieben bezogenen Mengen gering, verglichen z.B. mit der Elektrotechnischen Industrie mit über 80% Fremdbezug.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Die bauliche und soziographische Struktur der großen Neubaugebiete in Hamburg

Die Idee zum Bau von Wohnungen für fast 80 000 Menschen im Raum Billwerder-Allermöhe wurde im Entwicklungsmodell Hamburg und Umland 1969 erstmals niedergelegt<sup>1)</sup>. Im Jahr 1972 begann in großem Umfange die Planung dieses Neubaugebietes. Bei der Realisierung eines solchen Großprojektes ist man bestrebt, auf der Grundlage des vorhandenen kleinräumlichen Zahlenmaterials zusammenfassende Überblicke für andere Neubaugebiete Hamburgs seit deren Bezug zu erstellen, um aus deren Analyse Anhaltspunkte für die Planung solcher großer Neubaugebiete zu gewinnen.

Für erste Analysen wurden im folgenden Beitrag 19 der bekanntesten Neubaugebiete bzw. Teile von ihnen ausgewählt und für diese wichtigste Strukturdaten aus der Gebäude- und Wohnungszählung von 1968 und der Volkszählung von 1970 aufbereitet. Schon eine solche Aufbereitung von Zählungsergebnissen für Raumeinheiten, die nicht nach bestehenden Verwaltungsgrenzen, sondern aus städtebaulich abgegrenzten Baublöcken gebildet wurden, stellt ein Novum dar, das erst durch den Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen ermöglicht wurde. Damit bieten sich überhaupt neuartige Möglichkeiten einer tieferehenden und problemorientierten Analyse der regionalen Stadtstruktur, so daß diese Abhandlung zugleich als ein Modellbeispiel für solche Untersuchungen dienen kann. Zur Zeit laufen Arbeiten am Aufbau von Datenbanken, mit deren Hilfe auch die Großzählungsdaten in dieser kleinräumigen Gliederung fortgeschrieben und dadurch auch Entwicklungsanalysen für ausgewählte Teilräume durchgeführt werden können, doch wird dieses Ziel kaum vor Ende 1974 zu erreichen sein. Eine sachlich und zeitlich aufeinander abgestimmte umfassende Strukturanalyse wird dann das Zählungswerk von 1975 bieten, dessen Ergebnisse jedoch kaum vor Frühjahr 1977 derartig kleinräumige Sonderauswertungen ermöglichen werden.

Als Neubaugebiet wurde generell die Häufung von 500 und mehr räumlich zusammenliegenden und in der Regel 1960 und später erbauten Wohnungen bezeichnet. In Hamburg gibt es davon insgesamt 69, von denen zwar 12 als zusammenhängende Wohngebiete bereits vor 1960 – die Grindel-Hochhäuser z. B. 1954 – erbaut wurden, jedoch in dieser Konzeption zu den Großwohnprojekten zählen sollen.

Die größte Siedlung mit 9 300 Wohneinheiten befindet sich im Bereich der Straße Dannerallee im Norden der Stadtteile Horn und Billstedt. Nach der Größenordnung folgen mit 5 900 Wohneinheiten Lohbrügge Nord und mit 4 800 Einheiten der Osdorfer Born. Noch nicht berücksichtigt ist Steilshoop: 7 100 Wohneinheiten werden erst im Laufe des Jahres 1973 bezugsfertig. Von den in diesem Beitrag behandelten 19 Einheiten liegen die beiden kleinsten Ge-

biete in Jenfeld mit jeweils unter 1 000 Wohneinheiten. Als Grundlage für eine vertiefte Analyse der Struktur und als Voraussetzung für eine Beobachtung ihrer künftigen Entwicklung wurden die wesentlichsten, in kleinräumlicher Gliederung vorliegenden Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. 10. 1968 und der Volkszählung vom 27. 5. 1970 für diese Neubaugebiete zusammengestellt. Sie werden nachfolgend auf charakteristische Gemeinsamkeiten und individuelle Differenzierung durchleuchtet, wobei eine Fortschreibung wohnungsstatistischer Daten von 1968 auf 1970 nicht möglich war.

Ausgewählte Neubaugebiete in Hamburg

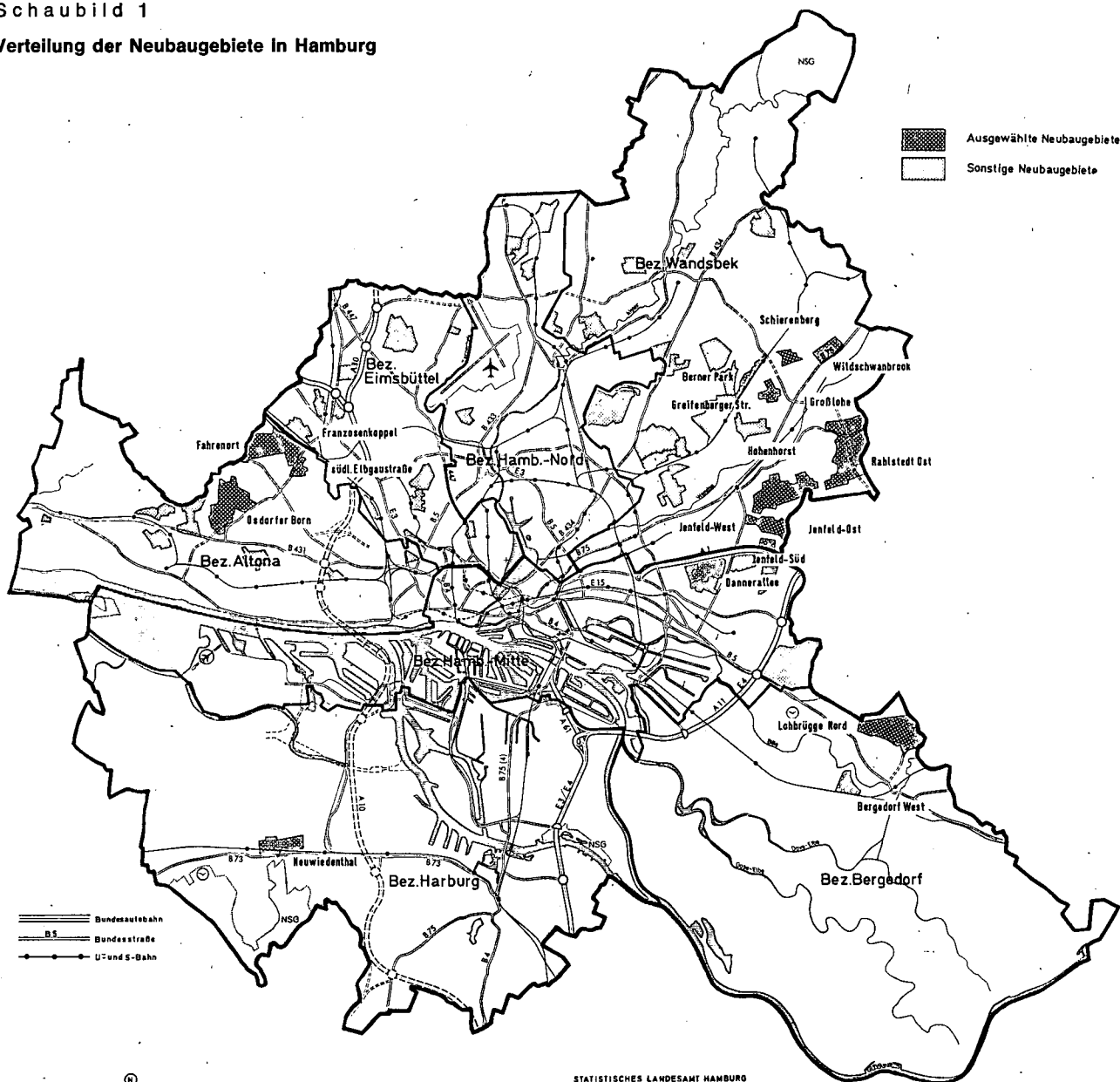
Siedlung	Wohneinheiten	Mittleres Bezugsjahr	Ortsteil	Blocknummern
1. Dannerallee	9 300 <sup>1)</sup>	1968	130 131	19, 21, 22, 48–53 7, 25, 205, 206
2. Osdorfer Born	4 800	1968	219 220	99, 100 3, 4, 10, 16, 17, 94–96, 102
3. Fahrenort	2 250	1959	219	5–12, 14, 16–23
4. Franzosenkoppel	3 500	1966	219	4, 13, 15, 24–26, 50, 51, 64
5. Elbgäustr.	1 400	1971	219	67–70, 101, 104
6. Hohenhorst	3 000	1962	512	26–36
7. Hohenhorst-Randgebiete			513	36
			526	205, 221–224, 243–246
			526	226, 227, 248, 249, 260
8. Berner Park	1 900	1963	514	48, 49, 51, 66, 125, 127
9. Greifenberger Str.	1 500	1964	526	65, 66, 90, 91
10. Rahlstedt Ost	1 400	1965	526	240, 242, 251, 253, 256–259, 269
11. Großlohe	2 000	1962	526	178–180, 183–186, 238, 270
12. Wildschwanbrook	1 400	1966	526	47, 263, 264
13. Schierenberg	1 000	1972	526	29, 30, 271–273
14. Jenfeld West	930	1969	512	23, 41
15. Jenfeld Ost	1 050	1969	512	43, 56–58
16. Jenfeld Süd	820	1968	512	74, 80, 81
17. Lohbrügge Nord	5 860	1965/ 66	601	19–26, 28–34, 44, 46, 47
18. Bergedorf West	2 400	1970	602	93–98
19. Neuwiedenthal	3 000	1967	717 718	18–22 42–48

<sup>1)</sup> Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland – Bürgerschaftsdrucksache Nr. 2239 – Hamburg 1969.

<sup>1)</sup> Gesamtprojekt

Schaubild 1

Verteilung der Neubaugebiete In Hamburg



### 1. Die Bausubstanz der Neubaugebiete

So bekannt verschiedene der größeren Neubaugebiete sind und so sehr sie das städtebauliche Gewicht mancher Stadtteile bestimmen, so ist doch ihr Anteil am Gewicht der Gesamtstadt recht gering, und sie beeinflussen daher auch die Gesamtstruktur kaum nennenswert.

Es entfielen auf die 19 Großbauvorhaben im Jahre 1968 nur 3,82 % der Wohngebäude, 4,82 % der Wohnungen und 5,92 % der Wohnbevölkerung Hamburgs (Tabelle 1). Um so größer sind jedoch ihre charakteristischen Abweichungen vom Gesamtdurchschnitt der Stadt und – was vielleicht noch bemerkenswerter ist – die Unterschiede untereinander. Aus diesem Grunde wollen wir uns vor allem mit diesen charakteristischen Strukturunterschieden befassen.

Ein starkes Übergewicht der Mehrfamilienhäuser zeigt sich im Vergleich mit dem Hamburger Durchschnitt:

Der Anteil der Wohngebäude mit 3 und mehr Wohnungen lag mit 43,2 % erheblich über dem Hamburger Durchschnitt (35,6 %); besonders niedrig war vergleichsweise der Anteil der Zweifamilienhäuser. Dieses Strukturbild wies aber extreme Abweichungen nach oben wie auch nach unten auf.

- \* Die Mehrfamilienhäuser prägten zu gut drei Viertel die Gebiete von Dannerallee, Osdorfer Born und Neuwiedenthal
- \* von Zweifamilienhäusern wurden in besonderem Maße geprägt die Gebiete Jenfeld West und südliche Elbgaustraße
- \* Einfamilienhäuser bestimmten in besonderem Maße das Gesicht der Gebiete von Schierenberg, Lohbrügge Nord, Rahlstedt Ost, Wildschwanbrook und Hohenhorst
- \* als dem Durchschnitt am meisten angenähert kann man Jenfeld Ost bezeichnen.



Tabelle 1

## Ausgewählte Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 für die Neubaugebiete

Lfd. Nr.	Merkmale	Hamburg insgesamt	Neubaugebiete zusammen	davon Neubaugebiete						
				Danner- allee	Os- dorfer Born	Fran- zosen- koppel	Fahren- ort	südl. Elbgau- straße	Hohen- horst	angren- zender Bereich Hohen- horst
				Im Bezirk						
				Hmb.- Mitte	Altona			Wandsbek		
1	2	3	4	5	6	7	8	9.		
1	Wohngebäude ohne Wochen- end- und Ferienhäuser Anzahl	179 787	6 872	330	308	421	739	219	919	240
2	darin Wohnungen ..	659 583	31 823	2 315	2 334	2 385	2 112	593	4 100	1 359
3	darin Personen ..	1 684 171	99 654	7 022	8 410	7 657	7 242	2 068	12 248	4 045
	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude <sup>1)</sup>									
4	mit einer Wohnung %	49,9	47,6	20,9	22,1	16,9	45,1	21,5	53,2	45,8
5	mit zwei Wohnungen %	14,5	9,2	1,8	2,9	34,2	26,4	52,0	5,9	3,8
6	mit drei und mehr Wohnungen %	35,6	43,2	77,3	75,0	48,9	28,5	26,5	40,9	50,4
7	Wohnungen ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern Anzahl	669 909	31 893	2 315	2 334	2 385	2 113	593	4 115	1 363
8	darunter öffentlich gefördert %	39,5	91,5	95,7	94,3	95,6	86,8	88,0	89,3	86,5
	Wohnungen nach der Zahl der Räume (einschl. Küchen) <sup>2)</sup>									
9	Wohnungen mit einem Raum %	1,8	1,0	0,3	1,1	—	0,0	0,2	3,0	0,8
10	mit zwei Räumen %	9,2	9,0	6,6	6,1	5,4	3,3	11,4	11,7	9,9
11	mit drei Räumen %	34,0	24,6	27,8	12,2	29,8	30,5	16,0	31,6	28,8
12	mit vier Räumen %	35,7	45,7	49,3	48,4	55,9	37,3	52,3	36,8	45,1
13	mit fünf Räumen %	12,4	16,4	14,0	30,9	7,8	23,1	17,2	14,0	10,9
14	mit sechs oder mehr Räumen %	6,9	3,3	2,0	1,3	1,1	5,8	2,9	2,9	4,5
15	Gesamtwohnfläche in 1000 qm	41 791,9	2 070,5	151,6	170,0	149,7	136,9	36,6	251,2	86,1
16	Räume je Person <sup>3)</sup> <sup>4)</sup> .....	1,5	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
17	Wohnfläche je Person in qm <sup>3)</sup> <sup>4)</sup>	24,8	20,8	21,6	20,2	19,6	18,9	17,7	20,5	21,3
18	Mieten von Mietwohnungen in Wohngebäuden (mit Mietangaben) <sup>5)</sup> DM je qm	2,55	2,75	2,68	3,13	2,50	2,66	2,26	2,71	2,63
19	Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten insgesamt <sup>6)</sup> .....	744 977	32 799	2 359	2 374	2 454	2 263	628	4 300	1 414
20	darunter Wohnparteien mit einer Person .. %	29,2	16,3	14,4	11,6	11,6	13,3	16,9	22,1	18,7
21	Untermiet- wohnparteien .....	7,9	3,0	2,2	2,2	2,8	5,2	5,4	4,4	4,0

<sup>1)</sup> Ohne Wochenend- und Ferienhäuser. — <sup>2)</sup> Ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern. — <sup>3)</sup> Ohne solche in Zweitwohnungen sowie Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte gemietet sind. — <sup>4)</sup> Räume mit 6 oder mehr qm und alle Küchen. — <sup>5)</sup> Ohne Hausmeister-, Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen und ohne Wohnungen von Altenteilern und sonstigen Wohnungsnutzern. — <sup>6)</sup> Ohne Angehörige ausländischer Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen und Wohngelegenheiten in Wochenend- und Ferienhäusern.

Auch hinsichtlich der Wohnungsgrößen (nach der Zahl der Räume einschl. Küchen) finden wir die gleichen starken Differenzen. Herausragende Eigenschaft der Neubaugebiete ist der hohe Anteil der Vier- und Fünfraumwohnungen. Im Durchschnitt entfiel auf sie hier ein Anteil von 62,1 % gegenüber nur 48,1 % im Hamburger Durchschnitt.

Auffallend gering war dagegen der Anteil der Drei- raumwohnungen, die sich ja auch für die wachsende Familie als besonders ungeeignet erwiesen hat im Vergleich zur gleichgroßen 2<sup>2</sup>/<sub>2</sub>-Zimmerwohnung.

Ein- und Zweiraumwohnungen lagen etwa beim Hamburger Durchschnitt, während Sechs- und Mehrraum- wohnungen knapp halb so stark vertreten waren.

Auch hier ist die Streuung zwischen den einzelnen Gebietsteilen bemerkenswert groß.

\* Kleinwohnungen (mit 1–2 Räumen) waren mit 13 % und gut 14 % vor allem in Hohenhorst, Greifenberger Straße, Lohbrügge Nord und südl. Elbgaustraße sehr stark vertreten, während sie in manchen anderen Gebieten z. T. ganz fehlten oder nur sehr schwach vertreten waren, wie z. B. in der

noch: Tabelle 1

Ausgewählte Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 für die Neubaugebiete

Lfd. Nr.	Merkmale	davon Neubaugebiete											
		Groß-lohe	Wild-schwan-brook	Rahl-stedt Ost	Berner Park	Jenfeld Ost	Jenfeld West	Jenfeld Süd	Greifen-berger Straße	Schie-ren-berg	Loh-brügge Nord	Berge-dorf West	Neu-wiedenthal
		im Bezirk											
		noch: Wandsbek									Bergedorf		Har-burg
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21		
1	Wohngebäude ohne Wochenend- und Ferienhäuser Anzahl	531	335	423	217	78	26	11	193	120	1 309	—	453
2	darin Wohnungen ..	2 159	1 400	1 449	867	397	40	21	1 137	497	6 016	—	2 642
3	darin Personen ..	7 457	4 916	4 259	2 934	1 294	99	54	3 271	1 162	17 242	—	8 274
4	Nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude <sup>1)</sup> mit einer Wohnung %	63,0	55,5	67,4	61,3	50,0	44,0	36,4	45,6	68,4	60,9	—	27,8
5	mit zwei Wohnungen %	1,5	0,9	0,9	—	7,9	56,0	36,4	—	8,3	3,1	—	1,8
6	mit drei und mehr Wohnungen %	35,5	43,6	31,7	38,7	42,1	—	27,2	54,4	23,3	36,0	—	70,4
7	Wohnungen ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern Anzahl	2 196	1 402	1 449	867	401	43	22	1 137	497	6 018	—	2 643
8	darunter öffentlich gefördert %	97,0	95,0	94,2	98,7	77,6	2,3	—	95,3	56,1	93,7	—	86,6
9	Wohnungen nach der Zahl der Räume (einschl. Küchen) <sup>2)</sup> mit einem Raum %	0,3	—	3,8	0,1	1,2	—	—	1,0	—	0,4	—	1,4
10	mit zwei Räumen %	7,8	3,1	6,9	6,6	10,2	7,0	4,5	13,6	4,2	13,2	—	12,2
11	mit drei Räumen %	26,2	11,4	31,9	26,0	25,7	37,2	50,0	29,7	31,4	22,6	—	13,8
12	mit vier Räumen %	44,2	68,1	37,2	27,2	32,2	37,2	27,3	47,9	39,5	45,9	—	52,5
13	mit fünf Räumen %	16,6	13,9	18,5	33,4	19,7	9,3	18,2	6,7	21,5	14,2	—	16,9
14	mit sechs oder mehr Räumen %	4,9	3,5	1,7	6,7	11,0	9,3	—	1,1	3,4	3,7	—	3,2
15	Gesamtwohnfläche in 1000 qm	139,4	98,1	94,1	55,3	28,2	2,5	1,2	68,2	34,0	392,4	—	175,0
16	Räume je Person <sup>3)</sup> <sup>4)</sup> .....	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2	1,6	1,5	1,2	1,7	1,3	—	1,2
17	Wohnfläche je Person in qm <sup>3)</sup> <sup>4)</sup>	18,7	20,0	22,1	18,8	21,8	25,2	21,5	20,9	29,3	22,8	—	21,1
18	Mieten von Mietwohnungen in Wohngebäuden (mit Mietangaben) <sup>5)</sup> DM je qm	2,71	2,63	2,58	2,88	3,31	2,32	2,75	2,62	3,99	2,71	—	2,92
19	Wohnparteien in Wohnungen und Wohngelegenheiten insgesamt <sup>6)</sup> Anzahl	2 267	1 425	1 462	925	494	74	26	1 160	433	6 092	—	2 649
20	Wohnparteien mit einer Person .. %	16,4	9,2	15,3	18,6	20,9	20,3	23,1	24,5	9,2	18,0	—	14,8
21	Untermiet- wohnparteien .....	3,5	2,5	1,8	6,5	6,3	6,8	11,5	2,2	1,6	2,0	—	0,8

<sup>1)</sup> Ohne Wochenend- und Ferienhäuser. — <sup>2)</sup> Ohne solche in Wochenend- und Ferienhäusern. — <sup>3)</sup> Ohne solche in Zweitwohnungen sowie Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte gemietet sind. — <sup>4)</sup> Räume mit 6 oder mehr qm und alle Küchen. — <sup>5)</sup> Ohne Hausmeister-, Dienst-, Werks-, Stifts-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen und ohne Wohnungen von Altenteilern und sonstigen Wohnungsnutzern. — <sup>6)</sup> Ohne Angehörige ausländischer Streitkräfte und ohne Wohnparteien in Zweitwohnungen und Wohngelegenheiten in Wochenend- und Ferienhäusern.

Franzosenkoppel, in Fahrenort, Jenfeld, Schierenberg und Wildschwanbrook (mit nur 3,1%).

\* Die beherrschende Wohnungsgröße mit 4 Räumen, die in den Neubaugebieten besonders hoch über dem Hamburger Durchschnitt lag, wurde zum beherrschenden Element vor allem im Wildschwanbrook, Franzosenkoppel, südl. Elbgaustraße und Neuwiedenthal.

Im übrigen zeigte sie sehr unterschiedliche Kombinationsformen mit größeren bzw. mit kleineren Wohnungen:

in Kombination mit Dreizimmerwohnungen bestimmten sie die Struktur in Dannerallee, Hohenhorst, Rahlstedt Ost;

in Kombination mit Fünfstückwohnungen waren sie charakteristisch für Osdorfer Born, Fahrenort, Schierenberg.

\* Gebiete mit einem hohen Anteil großer Wohnungen (5, 6 und mehr Räume) fanden sich vor allem im Berner Park und in Jenfeld Ost.

\* Ein Neubaugebiet, das in seiner Wohnungsstruktur am ehesten dem Durchschnitt der Neubaugebiete entspricht, ist Fahrenort.

Als bester Indikator für die Wohndichte eignet sich die Maßzahl Wohnfläche je Person (in qm). Sie liegt im Durchschnitt der Neubaugebiete mit 20,8 qm bemerkenswert niedriger als im Hamburger Gesamtdurchschnitt mit 24,8 qm; wenn wir weiter vorne feststellten, daß in den Neubaugebieten die Mehrraumwohnungen (mit 4 und 5 Räumen) erheblich über dem Durchschnitt vertreten waren, so muß man aus diesen Zahlen folgern, daß die Zahl der Räume zugenommen, die Größe der Räume sich eher verkleinert hat — was in manchen Fällen zu einer Beengung führen kann.

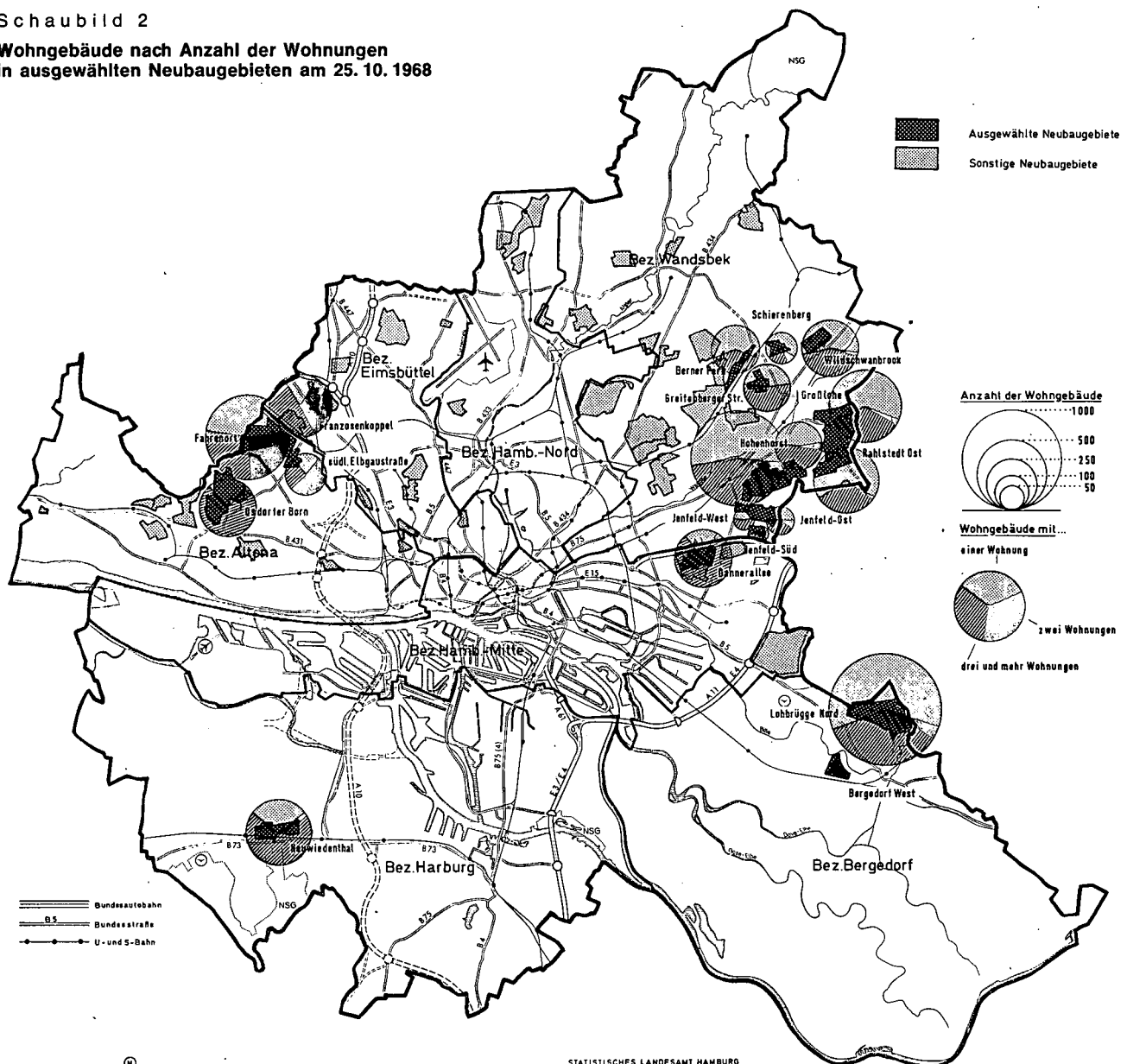
Aus naheliegenden Gründen sind die Schwankungen in der durchschnittlichen Wohnfläche je Person nicht so ausgeprägt wie bei den früher betrachteten Daten — trotzdem stellen wir um den Durchschnittswert

von 20,8 qm einen Schwankungsbereich zwischen 17,7 qm in der südl. Elbgaustraße (mit einem hohen Anteil an Zweiraumwohnungen) und Schierenberg mit 29,3 qm fest —, ohne daß hier aus der Wohnungsgrößengliederung ersichtliche Zusammenhänge deutlich werden.

Für die Analyse der Wohnverhältnisse ist natürlich die Durchschnittsmiete je qm Wohnfläche von besonderem Interesse. Obwohl in diesen Neubaugebieten im Durchschnitt 91,5 % der Wohnungen öffentlich gefördert sind — im Gegensatz zu nur 39,5 % im Hamburger Durchschnitt — liegen die Quadratmetermieten hier mit DM 2,75 doch deutlich über dem Gesamtdurchschnitt mit DM 2,55; und es verdient festgehalten zu werden, daß es Gebiete gibt, bei denen die Quadratmetermiete über DM 3,— (Osdorfer Born: DM 3,13, Jenfeld Ost: DM 3,31), ja in einem Fall sogar bei DM 4,— liegt (Schierenberg: DM 3,99). Die durchschnittliche Miete je qm betrug

Schaubild 2

Wohngebäude nach Anzahl der Wohnungen in ausgewählten Neubaugebieten am 25.10.1968



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

Tabelle 2

Ausgewählte Daten aus der Volkszählung 1970 für die Neubaugebiete

Lfd. Nr.	Merkmale	Hamburg		Neu- bau- gebiete zusam- men	davon						
		insgesamt	ohne Neubaugebiete		Dann- er- allee	Os- dor- fer Born	Fran- zo- sen- kop- pel	Fah- ren- ort	südl. Elb- gau- straße	Hohen- horst	angren- zender Bereich Hohen- horst
					im Bezirk			Hmb.- Mitte	Altona		Wandsbek
		1	2		3	4	5	6	7	8	9
1	Wohnbevölkerung .... Anzahl	1 793 823	1 670 869	122 954	9 645	12 856	7 561	7 144	4 277	12 331	4 117
2	davon männlich .....	46,1	46,0	48,0	47,4	48,2	47,7	49,2	47,5	48,7	47,4
3	weiblich .....	53,9	54,0	52,0	52,6	51,8	52,3	50,8	52,5	51,3	52,6
4	darunter Ausländer insgesamt	3,3	3,3	2,0	1,8	3,1	1,2	2,5	2,5	1,2	2,1
5	Wohnbevölkerung insgesamt nach dem Alter										
6	unter 6 Jahren	7,7	7,3	13,6	13,7	18,0	11,1	7,8	13,9	6,9	12,0
7	8 bis " 15 "	10,6	10,1	17,5	16,1	18,0	18,2	19,4	16,3	18,3	17,4
8	15 " " 18 "	2,9	2,8	3,5	3,3	3,3	4,0	6,1	3,8	4,4	3,4
9	18 " " 21 "	3,3	3,3	3,0	2,6	2,5	3,7	4,9	3,3	4,6	2,4
10	21 " " 45 "	33,4	33,0	38,6	39,0	39,2	36,9	31,4	35,8	34,7	39,3
11	45 " " 60 "	18,0	18,5	11,5	12,0	8,9	14,3	17,0	13,6	15,3	10,8
12	60 " " 65 "	7,2	7,5	3,6	3,4	2,9	4,0	4,7	4,2	4,5	4,1
13	65 " " 75 "	11,0	11,4	6,0	6,4	5,3	5,6	6,6	6,6	7,2	7,4
13	75 und mehr Jahre	5,9	6,1	2,7	3,5	1,9	2,2	2,1	2,5	4,1	3,2
14	Unter der Wohnbevölkerung insgesamt waren ledig	34,5	33,9	42,2	40,6	45,2	41,9	43,4	42,1	42,6	39,9
15	verheiratet	51,3	51,5	49,0	50,1	47,3	50,3	47,8	47,3	45,4	50,5
16	Wohnbevölkerung mit überwiegender Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit										
17	insgesamt	42,0	42,3	38,3	39,3	35,3	40,1	40,0	39,2	42,2	38,9
18	männlich	57,6	58,0	53,2	53,5	49,0	55,8	53,6	53,4	58,0	52,5
18	weiblich	28,6	28,9	24,5	26,4	22,5	25,8	26,8	26,3	27,3	26,6
19	Rente, Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe usw. insgesamt	19,7	20,2	12,0	12,2	12,0	11,3	12,6	14,4	14,7	13,0
20	männlich	16,9	17,4	9,7	10,6	10,2	9,6	11,6	10,6	11,0	10,7
21	weiblich	22,1	22,7	14,1	13,7	13,8	12,8	13,6	17,7	18,2	15,2
22	Angehörige, Eltern, Ehemann usw. insgesamt	38,3	37,5	49,7	48,5	52,7	48,6	47,4	46,5	43,1	48,1
23	männlich	25,5	24,6	37,1	35,9	40,8	34,6	34,8	35,9	31,1	36,8
24	weiblich	49,3	48,4	61,4	59,9	63,8	61,3	59,6	56,0	54,6	58,3
25	Schüler und Studierende insgesamt auf 1000 der Wohnbevölkerung	133	130	180	169	179	186	208	165	200	190
26	Unter den Erwerbstätigen insgesamt waren nach der Stellung im Beruf Beamte, Angestellte einschl. kfm. und techn. Lehrlinge	52,6	52,7	51,2	53,0	49,3	51,8	33,8	42,4	50,4	53,0
27	Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge	36,3	35,9	43,4	42,3	45,9	44,5	61,1	53,8	42,9	40,4
28	Private Haushalte										
29	Einpersonenhaushalte insgesamt	284 557	275 159	9 398	819	768	505	475	493	1 141	353
30	Mehrpersonenhaushalte mit 2 Personen	239 716	229 557	10 159	899	912	684	602	344	1 168	377
31	mit 3 Personen	137 174	128 093	9 081	766	901	563	467	306	744	310
32	mit 4 und mehr Pers.	134 441	120 282	14 159	1 032	1 591	865	845	466	1 303	445
33	Einpersonenhaushalte insgesamt	35,8	36,5	22,0	23,3	18,4	19,3	19,9	30,6	26,2	23,8
34	Mehrpersonenhaushalte mit 2 Personen	30,1	30,5	23,7	25,6	21,9	26,1	25,2	21,4	26,8	25,4
35	mit 3 Personen	17,2	17,0	21,2	21,8	21,6	21,5	19,5	19,0	17,1	20,9
36	mit 4 und mehr Pers.	16,9	16,0	33,1	29,4	38,1	33,1	35,4	29,0	29,9	30,0
37	Mehrpersonenhaushalte ohne ledige Pers. unter 18 Jahren	285 949	274 079	11 870	1 018	1 048	841	775	380	1 410	427
38	mit ledigen Pers. unter 18 Jahren	225 382	203 853	21 529	1 679	2 356	1 271	1 139	736	1 805	705
39	Mehrpersonenhaushalte ohne ledige Pers. unter 18 Jahren	55,9	57,3	35,5	37,7	30,8	39,8	40,5	34,1	43,9	37,7
40	mit ledigen Pers. unter 18 Jahren	44,1	42,7	64,5	62,3	69,2	60,2	59,5	65,9	56,1	62,3

Lfd. Nr.	Merkmale	davon											
		Groß-lohe	Wild-schwan-brook	Rahl-stedt Ost	Berner Park	Jenfeld Ost	Jenfeld West	Jenfeld Süd	Greifen-berger Straße	Schie-ren-berg	Loh-brücke Nord	Bergedorf West	Neu-wieden-thal
		im Bezirk											
		noch: Wandsbek									Bergedorf		Har-burg
		11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1	Wohnbevölkerung .... Anzahl	7 736	4 976	4 503	4 080	3 939	1 828	809	3 366	1 369	17 521	5 896	9 000
2	davon												
3	männlich ..... %	47,9	48,3	47,2	47,4	48,4	49,3	46,5	45,7	49,6	47,5	48,6	48,8
3	weiblich ..... %	52,1	51,7	52,8	52,6	51,6	50,7	53,5	54,3	50,4	52,5	51,4	51,2
4	darunter												
4	Ausländer insgesamt %	1,6	1,7	2,0	2,0	2,4	2,5	6,7	2,1	1,6	1,4	2,4	2,6
	Wohnbevölkerung insgesamt nach dem Alter												
5	unter 6 Jahren %	11,0	15,1	15,3	10,8	16,4	17,1	16,4	10,5	17,0	15,0	19,0	17,1
6	6 bis " 15 " %	23,4	22,7	15,9	19,8	16,5	18,1	10,9	19,2	11,6	14,7	13,2	17,6
7	15 " " 18 " %	4,6	3,2	2,5	5,2	3,4	2,7	2,1	3,7	1,3	2,3	2,0	2,8
8	18 " " 21 " %	3,7	2,4	2,2	3,9	3,3	2,7	2,7	2,8	0,7	2,0	2,5	2,3
9	21 " " 45 " %	34,8	39,9	43,5	33,2	37,6	39,9	44,4	35,8	49,6	42,0	45,1	41,1
10	45 " " 60 " %	11,9	8,9	9,5	14,4	10,3	8,2	9,0	13,1	9,9	10,5	8,1	8,3
11	60 " " 65 " %	3,2	2,7	2,8	3,7	4,1	3,7	4,2	4,0	2,3	3,7	3,7	2,8
12	65 " " 75 " %	4,8	3,8	5,6	5,5	5,8	5,5	7,6	7,6	5,1	6,8	4,8	5,5
13	75 und mehr Jahre %	2,6	1,3	2,7	3,5	2,6	2,1	2,7	3,3	2,5	3,0	1,6	2,5
	Unter der Wohnbevölkerung insgesamt waren												
14	ledig ..... %	46,6	46,4	39,8	45,1	44,4	44,8	35,2	41,3	35,6	38,3	39,2	43,0
15	verheiratet ..... %	44,2	47,6	52,2	44,0	46,4	46,7	54,6	47,0	57,7	53,0	54,0	49,6
	Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit												
16	insgesamt ..... %	36,5	36,4	39,0	37,0	37,5	36,2	40,7	38,0	42,8	37,5	39,7	35,9
17	männlich ..... %	51,0	52,0	54,6	50,7	50,2	47,7	59,3	53,4	57,6	54,6	54,1	50,8
18	weiblich ..... %	23,2	21,8	25,0	24,6	25,5	25,0	24,5	25,0	28,3	22,1	26,0	21,7
	Rente, Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe usw.												
19	insgesamt ..... %	11,2	6,6	11,0	12,5	13,2	11,6	14,3	14,2	7,7	12,1	10,1	10,7
20	männlich ..... %	8,6	5,6	8,3	9,3	12,2	9,2	12,0	10,2	8,7	9,2	9,0	7,9
21	weiblich ..... %	13,6	7,5	13,4	15,5	14,2	13,9	16,4	17,6	6,8	14,6	11,1	13,3
	Angehörige, Eltern, Ehemann usw.												
22	insgesamt ..... %	52,3	57,0	50,0	50,5	49,3	52,2	45,0	47,8	49,5	50,4	50,2	53,4
23	männlich ..... %	40,4	42,4	37,1	40,0	37,5	43,1	28,7	36,4	33,7	36,2	36,8	41,2
24	weiblich ..... %	63,2	70,6	61,6	59,9	60,3	61,1	59,1	57,4	64,9	63,2	62,9	65,0
25	Schüler und Studierende insgesamt auf 1000 der Wohnbevölkerung .....	233	215	160	217	162	179	132	202	134	152	136	171
	Unter den Erwerbstätigen insgesamt waren nach der Stellung im Beruf												
26	Beamte, Angestellte einschl. kfm. und techn. Lehrlinge ... %	39,1	52,6	58,1	49,8	43,3	47,2	47,9	55,0	72,7	62,8	54,9	52,6
27	Arbeiter einschl. gewerbli. Lehrlinge . %	55,6	41,2	33,8	43,9	50,5	49,0	48,7	38,6	19,6	31,3	41,2	43,5
	Private Haushalte												
28	Einpersonenhaushalte insgesamt ..... Anzahl	529	202	295	336	281	137	90	345	88	1 499	359	683
	Mehrpersonenhaushalte												
29	mit 2 Personen .. "	502	246	413	279	342	149	89	293	175	1 519	556	610
30	mit 3 Personen .. "	489	374	388	224	258	139	91	230	115	1 493	547	676
31	mit 4 und mehr Pers. "	980	687	497	540	459	204	58	375	140	1 967	623	1 082
32	Einpersonenhaushalte insgesamt ..... %	21,2	13,4	18,5	24,4	21,0	21,8	27,4	27,8	17,0	23,1	17,2	22,4
	Mehrpersonenhaushalte												
33	mit 2 Personen .. %	20,1	16,3	25,9	20,2	25,5	23,7	27,1	23,6	33,8	23,4	26,7	20,0
34	mit 3 Personen .. %	19,6	24,8	24,4	16,2	19,3	22,1	27,7	18,5	22,2	23,0	26,2	22,2
35	mit 4 und mehr Pers. %	39,2	45,5	31,2	39,2	34,3	32,4	17,7	30,2	27,0	30,4	29,9	35,5
	Mehrpersonenhaushalte ohne ledige Pers.												
36	unter 18 Jahren .. Anzahl	596	334	459	361	375	151	100	344	187	1 756	600	708
37	mit ledigen Pers. unter 18 Jahren .. "	1 375	973	839	682	684	341	138	554	243	3 223	1 126	1 660
	Mehrpersonenhaushalte ohne ledige Pers.												
38	unter 18 Jahren .. %	30,2	25,6	35,4	34,6	35,4	30,7	42,0	38,3	43,5	35,3	34,8	29,9
39	mit ledigen Pers. unter 18 Jahren .. %	69,8	74,4	64,6	65,4	64,6	69,3	58,0	61,7	56,5	64,7	65,2	70,1

1968 für die ab 1949 errichteten Wohnungen in Hamburg DM 2,82.

Billiger als im Hamburger Durchschnitt wohnte man nur in der südl. Elbgastraße (DM 2,26), in Jenfeld West (DM 2,32) und in Franzosenkoppel (DM 2,50).

Zum Schluß noch ein paar Zahlen über die Wohnparteien. Bemerkenswert ist hier vor allem, daß die Durchschnittsgröße der Wohnparteien in den Neubaugebieten mit 3,04 Personen erheblich über dem Hamburger Gesamtdurchschnitt lag. Ganz offensichtlich ist hier der Anteil der kinderreichen Familien um einiges höher als in den alten Wohnvierteln. Diese Feststellung wird noch erhärtet durch die Tatsache, daß die kinderlosen Einpersonenzohnparteien mit nur 16,3% weit unter dem Gesamtdurchschnitt (29,2%) liegen; das gleiche gilt für die Untermieterwohnparteien, die in den Neubaugebieten mit 3,0% noch nicht die Hälfte des Gesamtdurchschnittes (7,9%) erreichen.

Selbstverständlich finden wir auch hier erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gebieten – es schwanken die Extremwerte:

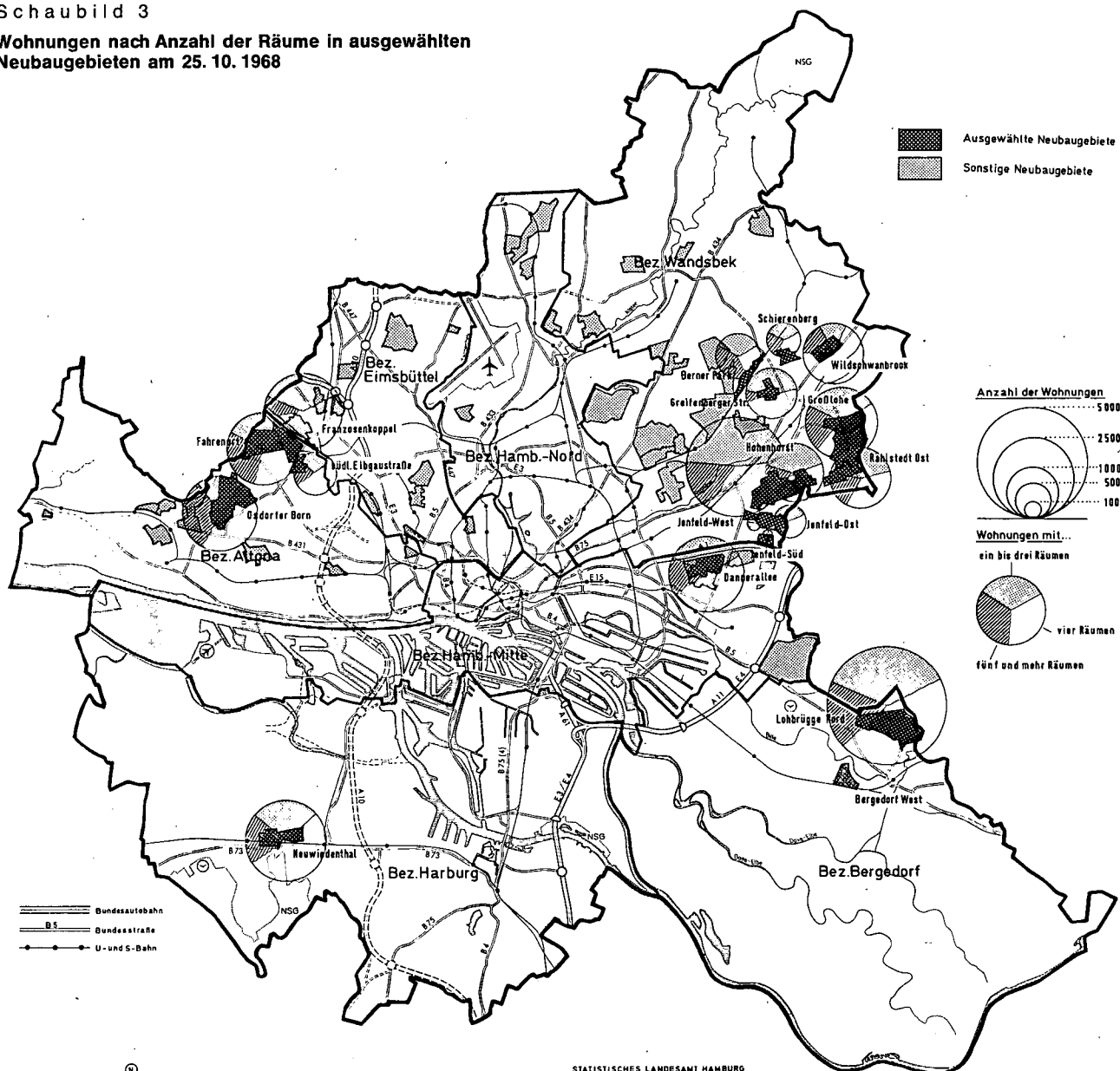
- \* bei den Einpersonenzohnparteien zwischen 9,2% (Rahlstedt Ost und Schierenberg) und 24,5% (Greifenberger Straße) – wobei aber nirgends der Hamburger Gesamtdurchschnitt erreicht wird –
- \* bei den Untermieterparteien 0,8% (Neuwiedenthal) und 11,5% (Jenfeld), wo der Hamburger Durchschnitt erheblich überschritten wird.

## 2. Die Bevölkerungsstruktur

Der Bevölkerungsanteil der hier untersuchten Neubaugebiete war mit 6,85% (nach der Volkszählung

Schaubild 3

Wohnungen nach Anzahl der Räume in ausgewählten Neubaugebieten am 25. 10. 1968



von 1970) nicht viel höher als er mit 5,92 % der Gebäude bei der Gebäudezählung im Jahre 1968 ermittelt wurde und liegt noch im Bereich des Anteilsatzes am Wohnungsbestand.

Bei der Analyse der biologischen Struktur (Tabelle 2) erkennen wir – selbst bei der Geschlechterproportion – noch erwähnenswerte Abweichungen vom Hamburger Durchschnitt: der Anteil der Männer liegt in den Neubaugebieten immerhin um 2 % Punkte höher als in den übrigen Gebieten Hamburgs; die Vollfamilie dürfte hier eben stärker vertreten sein als die Verwitweten und die Rumpffamilien der Kriegsoffer.

Für die Beurteilung der künftigen Entwicklung ist naturgemäß die Altersstruktur ein besonders wichtiger Indikator. Ganz generell kann man sagen, daß die Bevölkerung der Neubaugebiete erheblich jünger ist als im Hamburger Durchschnitt – ganz besonders zeigt sich dieses bei den

Jahrgängen bis zu 18 Jahren, deren Anteil hier bei 34,6 % liegt im Gegensatz zu 20,2 % bei der übrigen Bevölkerung;

auch bei den voll produktiven Altersjahrgängen von 18 Jahren bis 45 Jahren weisen die Neubaugebiete mit einem Anteil von 41,6 % noch ein erhebliches Übergewicht gegenüber dem übrigen Bevölkerungsbestand mit nur 36,0 % auf.

In den nachfolgenden Altersklassen der Älteren (45 Jahre bis 65 Jahre) und Alten (65 Jahre und älter) sinkt der Anteil laufend ab und umfaßt nur noch 23,8 % gegen 43,5 % bei der übrigen Bevölkerung Hamburgs.

Überraschend ist bei dieser Analyse, daß in den einzelnen Neubaugebieten die Anteile der Jahrgangsklassen sehr stark schwanken, und zwar so unterschiedlich, daß es kaum möglich erscheint, eine altersmäßige Typisierung vorzunehmen. Um das Aus-

Schaubild 4

**Wohnbevölkerung nach Altersgruppen in ausgewählten Neubaugebieten am 27. 5. 1970**

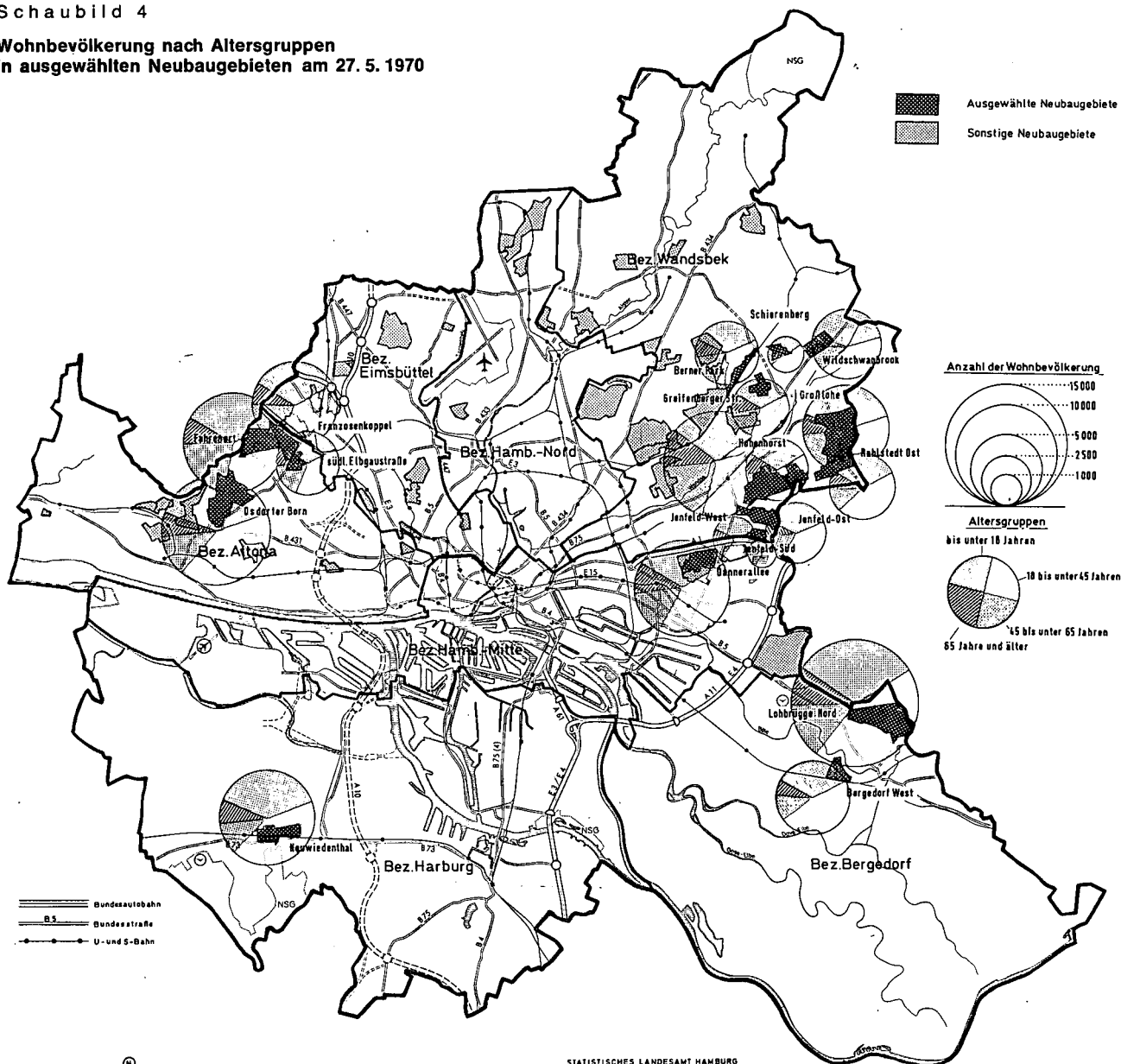


Tabelle 3

**Regionale Extremwerte für die ausgewählten  
Neubauggebiete**  
— Volkszählung 1970 —

Merkmale	Höchste Werte		Durchschn.- werte Neu- bau- gebiete zusam- men	Niedrigste Werte	
	1	2		3	4
Wohnbevölkerung					
männlich .....	49,6	49,3	48,0	46,5	45,7
weiblich .....	54,3	53,5	52,0	50,7	50,4
darunter					
Ausländer insges. %	6,7	3,1	2,0	1,2	1,2
Wohnbevölkerung insgesamt nach dem Alter					
unter 6 Jahren %	19,0	18,0	13,6	7,8	6,9
6 bis unter 15 Jahren %	23,4	22,7	17,5	11,6	10,9
15 bis unter 18 Jahren %	6,1	4,6	3,5	2,0	1,3
18 bis unter 21 Jahren %	4,9	4,6	3,0	2,0	0,7
21 bis unter 45 Jahren %	49,6	45,1	38,6	33,2	31,4
45 bis unter 60 Jahren %	17,0	15,3	11,5	8,2	8,1
60 bis unter 65 Jahren %	4,7	4,5	3,6	2,7	2,3
65 bis unter 75 Jahren %	7,6	7,6	6,0	4,8	3,8
75 und mehr Jahre %	4,1	3,5	2,7	1,6	1,3
Unter der Wohn- bevölkerung insges. waren					
ledig .....	46,6	46,4	42,2	35,6	35,2
verheiratet .....	57,7	54,6	49,0	44,2	44,0
Wohnbevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch					
Erwerbstätigkeit					
insgesamt .....	42,8	42,2	38,3	35,9	35,3
männlich .....	59,3	58,0	53,2	49,0	47,7
weiblich .....	28,3	27,3	24,5	21,8	21,7
Rente, Pension, Arbeitslosen- geld/-hilfe usw.					
insgesamt .....	14,7	14,4	12,0	7,7	6,6
männlich .....	12,2	12,0	9,7	7,9	5,6
weiblich .....	18,2	17,7	14,1	7,5	6,8
Angehörige, Eltern, Ehemann usw.					
insgesamt .....	57,0	53,4	49,7	45,0	43,1
männlich .....	43,1	42,4	37,1	31,1	28,7
weiblich .....	70,6	65,0	61,4	56,0	54,6
Schüler und Studie- rende insgesamt auf 1000 der Wohn- bevölkerung .....	233	217	180	134	132
Unter den Erwerbs- tätigen insgesamt waren nach der Stellung im Beruf					
Beamte, Angestellte einschl. kfm. und techn. Lehrlinge . %	72,7	62,8	51,2	39,1	33,8
Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge %	61,1	55,6	43,4	33,8	19,6
Private Haushalte Einpersonen- haushalte insges. %	30,6	27,8	22,0	17,0	13,4

noch: Tabelle 3

Merkmale	Höchste Werte		Durchschn.- werte Neu- bau- gebiete zusam- men	Niedrigste Werte	
	1	2		3	4
Mehrpersonen- haushalte					
mit 2 Pers. ... %	33,8	27,1	23,7	20,0	16,3
mit 3 Pers. ... %	27,7	26,2	21,2	17,1	16,2
mit 4 u. mehr Personen .... %	45,5	39,2	33,1	27,0	17,7
Mehrpersonen- haushalte ohne ledige Pers. unter 18 Jahren .... %	43,9	43,5	35,5	29,9	25,6
mit ledigen Pers. unter 18 Jahren .... %	74,4	70,1	64,5	56,5	56,1

maß dieser Schwankungen zu veranschaulichen, haben wir in der Tabelle 3 die Extremwerte den Durchschnittswerten der Neubauggebiete gegenübergestellt, und die Übersicht spricht schon fast für sich selbst — in einigen Altersklassen betragen die Höchstwerte bis zum siebenfachen des Tiefstwertes (z. B. bei den 18- bis 21jährigen). Wenn wir bei der groben Dreiteilung der Altersgruppen bleiben, so können wir folgende Charakterisierung besonders typischer Altersstrukturen bei einzelnen Neubaugebieten feststellen:

\* Überdurchschnittlicher Anteil der Jugendlichen (bis 18 Jahre: über 35 %) in Wildschwanbrook (41,0 %), Osdorfer Born (39,3 %), Großlohe (39,0 %);

\* Überdurchschnittlicher Anteil der Vollproduktiven (18 Jahre bis 45 Jahre: über 42 %) Schierenberg (50,3 %), Bergedorf West (47,6 %), Jenfeld (47,1 %);

\* Überdurchschnittlicher Anteil der Älteren und Alten (älter als 45 Jahre: über 24 %) in Hohenhorst (31,1 %), Fahrenort (30,4 %) und Greifenberger Straße (28,0 %).

Bei der Analyse des Familienstandes verwundert es angesichts der geschilderten Altersstruktur weiter nicht, daß der Anteil der Ledigen (Jugendlichen) in den Neubaugebieten mit 42,2 % erheblich höher war als bei der übrigen Hamburger Bevölkerung mit 33,9 % — hier steht also offensichtlich noch ein erheblicher Heiratszyklus bevor, der die Kinderzahlen entsprechend erhöhen und entweder einen beachtlichen Wohnungsbedarf und damit Erweiterung der Siedlungen bewirken oder aber eine entsprechende Abwanderung der nachfolgenden neuen Familien auslösen dürfte.

In einem engen Zusammenhang mit der Altersstruktur steht auch der Besatz an Schülern und Studierenden (auf 1000 der Bevölkerung). Selbstverständlich ist er hier erheblich höher als



beim übrigen Bevölkerungsteil (180 zu 130!), und er variiert auch bemerkenswert stark zwischen den einzelnen Gebieten — wie das u. a. die Tabelle 3 veranschaulicht. Eine sachgerechte Interpretation dieser Unterschiede bedarf der Einbeziehung so vieler Faktoren, daß sie hier nur als Faktum festgehalten werden kann.

Die Gliederung der Bevölkerung nach Haushaltsgrößen und nach ihrer demographischen Struktur ist für die Beurteilung der Wohnungssituation besonders aufschlußreich. Aufgrund unserer bisherigen Analysen konnten wir es erwarten, daß

- \* die kleinen Haushalte — also die Ein- und Zweipersonenhaushalte erheblich unterdurchschnittlich (45,7 % zu 67,0 %),
- \* die Drei- und insbesondere die Vier- und Mehrpersonenhaushalte entsprechend überdurchschnittlich vertreten sind: der Anteil der letzteren liegt mehr als doppelt so hoch wie bei der übrigen Bevölkerung.

Vielleicht noch eindrucksvoller ist eine Analyse der Mehrpersonenhaushalte nach solchen mit und ohne Kindern (ledige Personen unter 18 Jahren).

Im Hamburger Durchschnitt — und erst recht nach Abzug der Neubaugebiete — überwiegen eindeutig die Haushalte ohne haushaltszugehörige Jugendliche (mit 55,9 %); in den Neubaugebieten ist es gerade umgekehrt, denn hier dominieren die Haushalte mit Jugendlichen mit nicht weniger als 64,5 %!

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann es weiter nicht überraschen, daß selbst in diesem Falle sehr erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Neubaugebieten zu verzeichnen sind — wie das insbesondere die Tabelle 3 verdeutlicht.

- \* Als ausgesprochen kinderreich — im Sinne der vorstehenden Gruppierung — kann man vor allem die Neubaugebiete von Wildschwanbrook, Neuwiedenthal und Großlohe bezeichnen —
- \* als relativ kleingegliedert kann man die Haushaltsstrukturen von Hohenhorst und Schierenberg bezeichnen, wobei die reinen Einpersonenhaushalte überdurchschnittlich stark vertreten sind im Ge-

biet: südliche Elbgaustraße, Greifenberger Straße und Jenfeld, wobei sie aber alle noch erheblich unter dem Hamburger Durchschnitt liegen.

Als letztes wollen wir noch kurz die sozioökonomische Struktur der Bewohner der ausgewählten Neubaugebiete betrachten.

Bei der allgemeinen Erwerbsquote darf es nicht verwundern, daß angesichts des hohen Anteils an Jugendlichen unter 15 Jahren (31,1 % gegen 27,4 %) auch die Erwerbsquote in den Neubaugebieten erheblich unter dem Durchschnitt liegt und demgegenüber der Anteil der hinsichtlich des überwiegenden Lebensunterhaltes „Abhängigen“ — vor allem angehörige Ehefrauen und Kinder — entsprechend hoch ist (49,7 % gegen 37,5 %) —, das ist die typische Erwerbsstruktur junger Bevölkerungsgruppen: die Belastung der erwerbstätigen Männer, vor allem Familienväter wird nur dadurch gemildert, daß hier der Anteil der einkommensschwachen Rentner, Pensionäre etc. erheblich unter dem Durchschnitt liegt.

Am höchsten liegt die Erwerbsquote in Hohenhorst und Schierenberg (ziemlich genau am Hamburger Durchschnitt) — am niedrigsten im Osdorfer Born und in Neuwiedenthal.

Nach der sozialen Stellung weisen die Neubaugebiete die relativ geringsten Abweichungen gegenüber dem Hamburger Durchschnitt auf — am stärksten tritt bei ihnen noch der Anteil der Arbeiter gegenüber den übrigen Gebieten hervor. Gerade auf diesem Gebiet erweist sich aber die oft schon problematische Aussagekraft von Durchschnittswerten, denn gerade hier tritt die bekannte Tendenz zur sozialen Quartierbildung hervor, wie uns das schon die Tabelle 3 mit den Extremwerten erkennen läßt.

Wir finden

- \* ausgesprochene Angestellten- und Beamstensiedlungen — besonders ausgeprägt in Schierenberg und in Lohbrügge Nord und
- \* kaum weniger ausgeprägte Arbeitersiedlungen in Fahrenort und in Großlohe.

Olaf Boustedt

# Die Hamburger Privathaushalte nach Art und Größe sowie ihre Haushaltsvorstände nach Stellung im Beruf und überwiegendem Lebensunterhalt

– Ergebnisse der Volkszählung 1970 –

Als Privathaushalte zählen alleinwohnende Personen sowie jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt. Ein Blick auf die letzten Volkszählungen zeigt: Trotz Rückgangs der Wohnbevölkerung hat die Anzahl der Privathaushalte sich laufend erhöht. Von 1950 bis 1970 um gut 23 %; betrachtet man die Einpersonenhaushalte gesondert, so sind es bei diesen sogar über 55 %. Vermehrte Haushaltsteilungen und Zuzug ausländischer Arbeitskräfte sind die hauptsächlichsten Gründe dafür; auch die Einpersonen-Resthaushalte, die durch den Tod eines Ehepartners entstehen, spielen – vor allem infolge der größeren Lebenserwartung der Frauen – zunehmend eine Rolle.

Entsprechend verringert hat sich die durchschnittliche Haushaltsgröße; mit 2,2 Personen hat Hamburg 1970 zusammen mit Frankfurt/M. und Hannover noch eine „Mittellage“. Die durchschnittliche Haushaltsgröße (= Quotient aus „Bevölkerung in Privathaushalten“ zur „Zahl der Privathaushalte“) ist in vielen statistischen Darstellungen ausschließlich angegeben. Diese Tatsache entbehrt nicht einer gewissen Problematik: Durch die immer stärkere Zunahme der Einpersonenhaushalte wird der Durchschnitt so gedrückt, daß teilweise falsche Schlußfolgerungen gezogen werden. Richtiger erscheint es, daneben auch die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte auszuweisen. Für Hamburg beträgt diese 2,9 Personen.

Wenn gesagt wurde, daß die durchschnittliche Haushaltsgröße infolge des zunehmenden Gewichtes der Einpersonenhaushalte niedriger geworden ist, so muß doch auch für die Mehrpersonenhaushalte festgestellt werden, daß diese sich verkleinert haben. Das gilt auch für die überdurchschnittlich großen Mehrpersonenhaushalte, die sich vornehmlich in den Außenbezirken Hamburgs finden.

In Richtung Stadtmitte (bzw. auch Bezirksmitte) nimmt die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte ab. Umgekehrt steht es mit dem Besitz durch Einpersonenhaushalte. Bei einem Durchschnitt von 35,8 % der Privathaushalte insgesamt liegen in Hamburg 38 von insgesamt 104 Stadtteilen mit ihrem Anteil an Einpersonenhaushalten über diesem Prozentsatz.

Neben den Privathaushalten mit ihren Personen gibt es die sogenannte „Anstaltsbevölkerung“, die in Hamburg 2 % der Wohnbevölkerung beträgt. Hamburg liegt damit im ersten Drittel der Skala, die bei Stuttgart bis zu 6,2 % reicht. In Hamburg ist die weibliche Anstaltsbevölkerung in der Überzahl; in anderen Großstädten ist es – besonders wegen der hohen Quote an ausländischen Arbeitnehmern – umgekehrt.

Im Rahmen der haushaltsstatistischen Feststellungen werden die Haushaltsvorstände auch nach ihrer Stellung im Beruf untersucht. Knapp zwei Drittel der Haushaltsvorstände sind erwerbstätig. Den Großteil mit 52 % stellen die Angestellten und Beamten, die Arbeiter sind mit einem Prozentsatz von 36 % und die Selbständigen mit 12 % vertreten. Betrachtet man die Einpersonenhaushalte, so stellen hier die Angestellten/Beamten sogar 57 %, bei den weiblichen Einpersonenhaushalten liegt dieser Anteilssatz bei 70 %. Was für die „Insgesamt“-Analyse gilt, setzt sich fort bei den Ergebnissen für die sozialen Gruppen. Auch hier ist unter den Einpersonenhaushalten die Tendenz festzustellen, daß die Angestellten/Beamten an erster Stelle stehen, und zwar sind die Frauen wieder bei weitem in der Überzahl; umgekehrt ist es in dieser Hinsicht bei den Arbeitern.

Unter den Mehrpersonenhaushalten sind die Zweipersonenhaushalte prozentual bei allen drei Gruppen (Angestellte/Beamte, Selbständige, Arbeiter) am stärksten besetzt. Je größer der Haushalt, desto geringer ist sein prozentualer Anteil innerhalb der jeweiligen sozialen Schicht. Es besteht offenbar ein Zusammenhang zwischen Haushaltsgröße und sozialer Schichtung; bemerkenswert erscheint u. a., daß bei den größeren Haushaltungen Arbeiterhaushalte an erster Stelle stehen, während Angestellte/Beamte einen relativ niedrigeren Anteil aufweisen.

*Ein Vergleich der erwerbstätigen Haushaltsvorstände mit den Erwerbstätigen schlechthin zeigt erwartungsgemäß eine weitgehende Übereinstimmung der Struktur der Stadtteile, in denen die Erwerbstätigen einer bestimmten sozialen Sparte überdurchschnittlich vertreten sind.*

*Die selbständigen Haushaltsvorstände sind mit besonders hohen prozentualen Anteilen an den Haushalten der Erwerbstätigen insgesamt in den vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Außenbezirken vertreten. Die Elbvororte, die Alster und einige weitere Stadtteile in bevorzugter Wohnlage sind das Hauptwohngebiet der Angestellten/Beamten sowie jener Selbständigen, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus nicht landwirtschaftlichen Quellen bestreiten.*

*Ein deutlicher Unterschied zwischen dem Hamburg nördlich und südlich der Elbe besteht darin, daß Arbeiterhaushalte bevorzugt südlich der Elbe ihren Wohnsitz haben.*

*Im Durchschnitt beziehen die Haushaltsvorstände ihren überwiegenden Lebensunterhalt zu 63 % aus eigener Erwerbstätigkeit, zu 35 % überwiegend aus Rente, Pension, Sozialhilfe, Vermögen usw. und zu 2 % aus Unterhalt durch Eltern, Ehemann usw.*

## INHALT

- 1. Die Privathaushalte**
  - 1.1 Starke Zunahme der Einpersonenhaushalte
  - 1.2 Rückgang bei den Haushalten mit 5 und mehr Personen
  - 1.3 Hohe Anteile der Ein- und Zwei-Personenhaushalte in den Großstädten
  - 1.4 Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen liegen in den Großstädten unter dem Bundesdurchschnitt
  - 1.5 In Hamburg zum Teil beachtliche regionale Veränderungen gegenüber den Ergebnissen der Volkszählung 1961
  - 1.6 Überdurchschnittlich große Mehrpersonenhaushalte vornehmlich in den Außenbezirken
  - 1.7 Mehr als ein Drittel aller Stadtteile liegt mit dem Anteil an Einpersonenhaushalten über dem Durchschnitt
- 2. Die Anstaltsbevölkerung**
  - 2.1 Rund 2 % der Hamburger Wohnbevölkerung lebt in Anstalten
- 3. Die erwerbstätigen Haushaltsvorstände nach der Stellung im Beruf**
  - 3.1 Über die Hälfte sind Angestellte oder Beamte
  - 3.2 Die regionale Verteilung der erwerbstätigen Haushaltsvorstände nach ihrer sozialen Schichtung
    - 3.2.1 Höchste prozentuale Anteile der selbständigen Haushaltsvorstände vorwiegend in landwirtschaftlich genutzten Stadtteilen
    - 3.2.2 Der nördliche Teil Hamburgs ist bevorzugtes Wohngebiet der Beamten und Angestellten
    - 3.2.3 Arbeiterhaushalte dominieren südlich der Elbe
  - 3.3 Größte Streuung der Anteilssätze bei den Arbeitern
- 4. Die Haushaltsvorstände nach dem überwiegenden Lebensunterhalt**
  - 4.1 Höchste prozentuale Anteile der Haushaltsvorstände mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit in der südlichen Hälfte der Stadt
  - 4.2 Nördlich der Elbe wohnen zahlreiche Rentner und Pensionäre
  - 4.3 Standorte der Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Eltern (Ehemann usw.)
  - 4.4 Größte Streuung der Anteilssätze bei den Erwerbstätigen
- 5. Anhang**
  - 5.1 Erläuterung der in dem Beitrag zugrundegelegten Begriffe und Merkmale

Tabelle 1

## Die Privathaushalte in Hamburg 1939, 1950, 1956, 1961 und 1970 nach der Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	1939		1950		1956		1961		1970		Veränderung			
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	1956 gegenüber 1950 in %	1970 gegenüber 1961		1970 gegenüber 1950 in %
												absolut	in %	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Haushalte insgesamt ....	578 702	100	645 450	100	700 331	100	751 169	100	795 888	100	+ 8,5	+44 719	+ 6,0	+23,3
davon mit														
1 Person ...	65 290	11,3	183 401	28,4	188 881	27,0	220 068	29,3	284 557	35,8	+ 3,0	+64 489	+29,3	+55,2
2 Personen .	200 595	34,7	199 523	30,9	216 948	31,0	233 327	31,1	239 716	30,1	+ 8,7	+ 6 389	+ 2,7	+20,1
3 Personen .	164 784	28,5	134 554	20,8	146 730	20,9	156 717	20,9	137 174	17,2	+ 9,0	-19 543	-12,5	+ 1,9
4 Personen .	92 027	15,9	79 281	12,3	91 896	13,1	92 997	12,4	91 500	11,5	+15,9	- 1 497	- 1,6	+15,4
5 und mehr Personen ...	56 006	9,6	48 691	7,6	55 876	8,0	48 060	6,4	42 941	5,4	+14,8	- 5 119	-10,7	-11,8

## 1. Die Privathaushalte

## 1.1 Starke Zunahme der Einpersonenhaushalte

Trotz Rückgangs der Einwohnerzahlen seit 1961 hat sich die schon seit 1950 feststellbare Zunahme von Privathaushalten fortgesetzt.

In die Tabelle 1 sind für 1939 die Zahlen der Haushalte insgesamt und nach der Haushaltsgröße aufgenommen worden; bei den Einpersonenhaushalten zeigt sich auch für den Zeitraum von 1939 bis 1950 eine starke Zunahme der Einpersonenhaushalte, doch sollte diese gerade für den eben genannten Zeitraum zwar in der Tendenz erkannt, jedoch in ihrer Aussagekraft nicht überbewertet werden. Der Grund dafür liegt z. T. in der methodischen Erfassung: Die Einzeluntermieter sind 1939 überwiegend als Haushaltsmitglieder der Haushaltung ihres Vermieters zugerechnet worden, 1950 aber fast allgemein als besondere, selbständige Haushaltung erfaßt oder abgetrennt und gezählt worden. Dies war weitgehend auch berechtigt, da der vor dem Kriege in dieser Personengruppe maßgebende „möblierte Zimmerabvermieter“, der zumeist auch teilweise von der Haushaltung des Vermieters gepflegt und betreut wurde, unter den Wohn- und Wirtschaftsverhältnissen des Jahres 1950 nicht mehr die gleiche Bedeutung hatte<sup>1)</sup>.

Die neue Abgrenzung des Haushaltbegriffes sollte bei der Beurteilung der starken Zunahme der Einpersonenhaushalte von 1939 bis 1950 mit berücksichtigt werden, sie dürfte auch die Begründung dafür sein, daß — bei Anstieg der Haushalte insgesamt — die übrigen Haushaltsgrößen absolut und in ihrem Anteil bis zur Zählung 1950 zurückgegangen waren, wie auch aus dem Schaubild 1 zu erkennen ist.

Die Anzahl der Privathaushalte insgesamt stieg von 1950 bis 1970 um 150 438 oder 23,3 %. Die stärkste

<sup>1)</sup> s. dazu: Statistik des hamburgischen Staates, Heft 36, S. IX f.

<sup>2)</sup> Ausländische Arbeitnehmer-Wohnparteien mit nur 1 Person bestanden im Oktober 1968 z. B. zu rd. 80 % aus Männern — s. dazu: „Die Ausländer in Hamburg ...“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 8/71, S. 255.

Zunahme fand bei den Einpersonenhaushalten statt: Sie betrug gegenüber 1950 mehr als die Hälfte (55,2 %). Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte erhöhte sich von 28,4 % im Jahre 1950 auf 35,8 % im Jahre 1970 (Tabelle 1). Speziell die Zahl der Alleinwohnenden hat demnach zugenommen; diese Entwicklung ist vor allem durch die Verselbständigung von Haushaltsteilen infolge der verbesserten Wohnungsversorgung, durch Zunahme der Ehescheidungen, durch eine höhere Zahl von „Resthaushalten“, den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte und weiterer Faktoren verursacht worden. Die Entwicklung zwischen zwei Volkszählungen mag durch folgende Zahlen verdeutlicht werden.

Die Einpersonenhaushalte bestanden:

1961 aus 68 880 Männern und 151 188 Frauen  
1970 aus 86 343 Männern und 198 214 Frauen.

Es zeigt sich also bei den Einpersonenhaushalten der Männer ein Anstieg um ein Viertel gegenüber 1961, bei denen der Frauen sogar um 31,1 %. Dabei ist bei den Männern noch zu berücksichtigen, daß ein Teil des Anstiegs auf ausländische Arbeitskräfte entfällt<sup>2)</sup>. Der gegenüber den Männern um fast 6 Punkte stärkere Anstieg der weiblichen Einpersonenhaushalte — zum Teil bedingt durch die längere Lebenserwartung der Frauen — erhält dadurch noch mehr Gewicht.

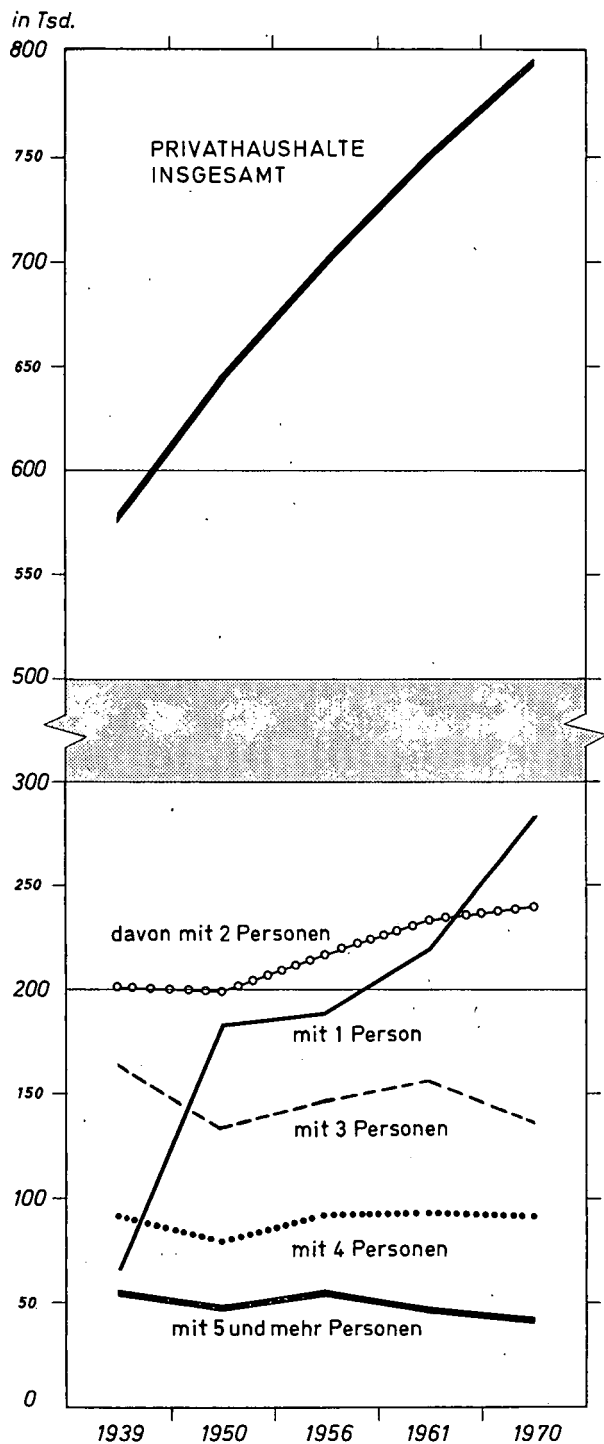
## 1.2 Rückgang bei den Haushalten mit 5 und mehr Personen

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, hat von 1950 auf 1956 die Zahl aller Mehrpersonenhaushalte zugenommen; für die Zeit von 1956 bis 1961 verlief die Entwicklung ähnlich bis auf die 5- und mehr Personenhaushalte, die einen absoluten und anteilmäßigen Rückgang aufweisen, eine Entwicklung, die sich auch von 1961 bis 1970 fortsetzt (−10,7 %).

Auch die übrigen Mehrpersonenhaushalte weisen — ausgenommen die Zweipersonenhaushalte — ab 1961 absolute und relative Rückgänge auf; letztere betra-

Schaubild 1

Die Privathaushalte in Hamburg 1939, 1950, 1956, 1961 u. 1970 nach der Haushaltsgröße



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

gen bei den Dreipersonenhaushalten 12,5% und bei den Vierpersonenhaushalten 1,6%.

Vergleicht man die Veränderungen von 1950 zu 1970, so ergeben sich Zugänge

- für die Haushalte mit 2 Personen von 20,1%
- für die Haushalte mit 3 Personen von 1,9%
- für die Haushalte mit 4 Personen von 15,4%

und ein Rückgang von 11,8% für die 5- und mehr Personenhaushalte.

Zwischen dem günstigen Stand der Vierpersonenhaushalte und dem relativ starken Rückgang der 5- und mehr Personenhaushalte könnte möglicherweise insoweit ein Zusammenhang bestehen, als viele Familien, die früher vielleicht drei und mehr Kinder gehabt hätten, sich jetzt mit zweien „begnügen“.

Von den insgesamt 795 888 Privathaushalten am 27. 5. 1970 waren 284 557 Einperson- und 511 331 Mehrpersonenhaushalte. Diese umfaßten 1 492 819 Personen, die sich folgendermaßen aufteilten:

239 716 Zweipersonenhaushalte  
mit 479 432 Personen  
= 27% der Bevölkerung in Privathaushalten

137 174 Dreipersonenhaushalte  
mit 411 522 Personen  
= 23% der Bevölkerung in Privathaushalten

91 500 Vierpersonenhaushalte  
mit 366 000 Personen  
= 21% der Bevölkerung in Privathaushalten

42 941 Fünf- und mehr Personenhaushalte  
mit 235 865 Personen  
= 13% der Bevölkerung in Privathaushalten.

Eine Gegenüberstellung der eben genannten Prozentzahlen mit den prozentualen Anteilen der Privathaushalte (Tabelle 1) ergibt für 1970 folgendes Bild:

Haushaltsgrößen Privathaushalte mit	Haushalte in %	Bevölkerung in Privathaushalten in %
1 Person	36	16
2 Personen	30	27
3 Personen	17	23
4 Personen	12	21
5 und mehr Personen	5	13

Demnach bestanden 36% der Haushalte mit 16% der „Bevölkerung in Privathaushalten“ aus Einzelpersonen. Die Ein- und Zweipersonen-Haushalte zusammen umfassen rd. zwei Drittel der Haushalte mit 43% der „Bevölkerung in Privathaushalten“.

Addiert man die Anteile der Zwei- und Dreipersonenhaushalte, so zeigt sich, daß in 47% der Haushalte rd. die Hälfte der Bevölkerung lebt; eine Zusammenfassung der Haushalte mit vier und fünf und mehr Personen weist 17% der Haushalte mit gut einem Drittel der „Bevölkerung in Privathaushalten“ aus.

Für die Mehrpersonenhaushalte errechnet sich eine Durchschnittsgröße von 2,9 Personen; werden Ein- und Mehrpersonenhaushalte nicht getrennt, so ergibt sich eine durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,2 Personen. Bei den weiter zurückliegenden Großzäh-

lungen betragen die durchschnittlichen Haushaltsgrößen für

Jahre	alle Haushalte	die Mehrpersonenhaushalte
1961	2,4 Personen	3,0 Personen
1956	2,5 Personen	
1950	2,5 Personen	3,0 Personen
1939	3,0 Personen	3,3 Personen <sup>3)</sup>
1933	3,2 Personen	

<sup>3)</sup> geschätzt, da in der Sondernummer 1 „Aus Hamburgs Verwaltung und Wirtschaft“ vom März 1940 keine Anstaltsbevölkerung nachgewiesen ist.

Demnach ist der Haushalt vor rd. vierzig Jahren im Durchschnitt um eine Person größer gewesen als heute.

### 1.3 Hohe Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte in den Großstädten

Außer dem Rückblick ist auch ein Vergleich der Privathaushalte der Städte über 400 000 Einwohner für das Volkszählungsjahr 1970 angebracht.

Wie bei der Struktur der großen Städte nicht anders zu erwarten, liegt in ihnen der prozentuale Anteil an Einpersonenhaushalten in jedem Fall über dem Bundesdurchschnitt von 25,1 %. Dabei nehmen Berlin und München die Spitzenstellung ein; mehr als vier von zehn Haushalten sind hier Einpersonenhaushalte und in beiden Städten wohnt auch rd. jeder fünfte Einwohner allein. Es folgt Frankfurt, wo fast jeder Sechste allein wohnt. In Hannover, Stuttgart und Hamburg sind jeweils knapp ein Drittel der Haushalte Einpersonenhaushalte, auch hier wohnt ungefähr jeder Sechste allein.

Dem Bundesdurchschnitt am nächsten kommen mit dem prozentualen Anteil ihrer Einpersonenhaushalte

die Städte Dortmund, Bremen und Essen (27 % bis 26,8 %); hier wohnt gut jeder zehnte Einwohner allein (Bund 9,2). Bei den Zweipersonenhaushalten sind die Extremwerte nicht so hoch wie bei den Einpersonenhaushalten; sie bewegen sich in der Regel um die 30 % der Privathaushalte insgesamt; Stuttgart (28,4 %) und München (27,7 %) sind dem Bundesdurchschnitt von 27,1 % am nächsten.

Lagen die prozentualen Anteile bei den Einpersonenhaushalten und Zweipersonenhaushalten stets über dem Bundesdurchschnitt, so tritt bei den Dreipersonenhaushalten schon teilweise ein, was sich bei den größeren Haushalten durchgehend zeigt: Das Absinken der Anteile an Privathaushalten unter den Bundesdurchschnitt von 19,6 %. Bei den Dreipersonenhaushalten sind es von den 14 aufgeführten Städten bereits 8, bei denen dies zutrifft.

Hinsichtlich der Bevölkerung in Privathaushalten kann hier ein zusammenfassender Satz genügen: Wie schon bei Hamburg festgestellt, so ergibt auch bei den übrigen aufgeführten Städten der Tabelle die Summe aus der Bevölkerung der Zwei- und der Dreipersonenhaushalte ungefähr die Hälfte der jeweiligen Bevölkerung in Privathaushalten (Bundesdurchschnitt nur 41,3 %); nur Berlin und Nürnberg liegen noch über der sonst zu beobachtenden Abweichung von bis zu zwei Punkten nach unten oder oben.

Ein Blick auf die Anteile der Vier- und der Fünf- und mehr Personenhaushalte bestätigt, was auch sonst immer wieder festgestellt werden kann: Die großen Städte sind nicht attraktiv für die größeren Haushalte. Bei beiden Haushaltsgrößen liegt jede der aufgeführten Großstädte mit ihrem Anteil zum Teil erheblich unter dem Bundesdurchschnitt; das gilt besonders für Berlin, München, Frankfurt und bei den Fünf- und mehr Personenhaushalten auch für Hamburg.

Faßt man wieder im unteren Teil der Tabelle 2 jeweils die Spalten 17 und 18 zusammen, so wird

Tabelle 2

Die Privathaushalte und die Bevölkerung in Privathaushalten am 27. Mai 1970 nach der Haushaltsgröße in den Städten der BRD über 400 000 Einwohner

Städte	Privat- haushalte insgesamt	davon							Durchschnittliche Haushaltsgröße der	
		Ein- person- haushalte	Mehr- person- haushalte	davon mit ... Personen					Privat- haushalte insgesamt	Mehr- person- haushalte
				1 in %	2 in %	3 in %	4 in %	5 und mehr in %		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Privathaushalte										
Berlin .....	1 062 039	469 699	592 340	44,2	30,1	14,8	7,5	3,4	2,0	2,8
Hamburg .....	795 888	284 557	511 331	35,8	30,1	17,2	11,5	5,4	2,2	2,9
München .....	591 431	246 510	344 921	41,7	27,7	17,0	9,4	4,3	2,1	2,9
Köln .....	351 213	115 015	236 108	32,7	29,9	18,7	11,5	7,1	2,4	3,0
Essen .....	276 327	73 884	202 443	26,7	30,3	21,1	13,6	8,2	2,5	3,1
Frankfurt/M. ....	300 349	114 698	185 651	38,2	29,8	17,2	9,9	4,9	2,2	2,9
Düsseldorf .....	280 632	92 727	187 905	33,0	30,5	18,8	11,4	6,3	2,3	3,0
Dortmund .....	252 722	68 156	184 566	27,0	29,5	21,5	13,8	8,2	2,5	3,1
Stuttgart .....	264 312	94 458	169 854	35,7	28,4	17,5	11,9	6,5	2,3	3,0
Bremen .....	230 205	61 580	168 625	26,8	30,0	20,5	14,6	8,2	2,5	3,1
Hannover .....	235 773	85 762	150 011	36,4	30,0	17,8	10,7	5,1	2,2	2,9
Nürnberg .....	198 280	60 421	137 859	30,5	32,2	20,3	11,2	5,9	2,3	2,9
Duisburg .....	182 669	53 250	129 419	29,2	29,4	20,4	13,0	8,1	2,5	3,1
Wuppertal .....	170 006	48 422	121 584	28,5	31,7	20,2	12,2	7,4	2,4	3,0
Bundesgebiet ..	21 990 648	5 527 093	16 463 555	25,1	27,1	19,6	15,2	12,9	2,7	3,3

ersichtlich, daß je nach Stadt der Anteil der Vier- und Fünf- und mehr Personenhaushalte an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten der jeweiligen Stadt zwischen 24,7 % (Berlin) und 41,2 % (Bremen) und damit eindeutig unter dem Bundesdurchschnitt von 49,5 % liegt (in Hamburg wohnen 33,8 % in diesen Haushaltsgrößen).

Der Bundesdurchschnitt wird nicht nur durch die Großstädte bestimmt, sondern auch durch die Verhältnisse auf dem „flachen Land“, das ganz andere Voraussetzungen für die Unterbringung der Großhaushalte bieten kann.

#### 1.4 Die durchschnittlichen Haushaltsgrößen liegen in den Großstädten unter dem Bundesdurchschnitt

Abschließend zu diesem Städtevergleich einige Anmerkungen über die durchschnittliche Haushaltsgröße. In keiner der 14 aufgeführten Städte mit ihren zahlreichen Einpersonenhaushalten wird der Bundesdurchschnitt von 2,7 Personen für die Privathaushalte insgesamt bzw. von 3,3 Personen für die Mehrpersonenhaushalte erreicht.

Mit 2,5 Personen je Haushalt liegen Essen, Dortmund, Bremen und Duisburg dem Bundesdurchschnitt von 2,7 Personen insgesamt noch am nächsten, gefolgt von Köln und Wuppertal mit 2,4 Personen. Alle übrigen aufgeführten Städte gruppieren sich um den Hamburger Durchschnitt oder liegen – wie Frankfurt und Hannover – mit ihm gleich. Es handelt sich um Städte mit einer hohen Quote an ausländischen Arbeitnehmern und/oder größerem Anteil an älteren alleinstehenden Mitbürgern, wie z. B. Hannover und vor allem Berlin.

Wie eingangs schon ausgeführt wurde, erscheint es zweckmäßig, auch die durchschnittliche Größe der Mehrpersonenhaushalte auszuweisen. Die Differenz zu der Größe der Privathaushalte insgesamt beläuft sich auf 0,6 Personen bis 0,8 Personen.

noch: Tabelle 2

**Die Privathaushalte und die Bevölkerung in Privathaushalten am 27. Mai 1970 nach der Haushaltsgröße in den Städten der BRD über 400 000 Einwohner**

Städte	Bevölkerung in Privathaushalten insgesamt	davon							Durchschnittliche Haushaltsgröße der	
		Bevölkerung in Einpersonenhaushalten	Bevölkerung in Mehrpersonenhaushalten	davon mit ... Personen					Privathaushalte insgesamt	Mehrpersonenhaushalte
				1 in %	2 in %	3 in %	4 in %	5 und mehr in %		
	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
<b>Bevölkerung in Privathaushalten</b>										
Berlin .....	2 100 190	469 699	1 630 491	22,4	30,4	22,5	15,1	9,6	2,0	2,8
Hamburg .....	1 777 376	284 557	1 492 819	16,0	27,0	23,2	20,6	13,2	2,2	2,9
München .....	1 236 050	246 510	989 540	19,9	26,5	24,3	18,0	11,3	2,1	2,9
Köln .....	825 593	115 015	710 578	13,9	25,4	23,9	19,5	17,3	2,4	3,0
Essen .....	694 979	73 884	621 095	10,6	24,1	25,2	21,6	18,5	2,5	3,1
Frankfurt/M. ...	648 939	114 698	534 241	17,7	27,6	23,9	18,3	12,5	2,2	2,9
Düsseldorf ....	648 761	92 727	556 034	14,3	26,4	24,3	19,7	15,3	2,3	3,0
Dortmund .....	636 985	68 156	568 829	10,7	23,4	25,6	22,0	18,3	2,5	3,1
Stuttgart .....	603 625	94 458	509 167	15,6	24,9	23,0	20,9	15,6	2,3	3,0
Bremen .....	579 993	61 580	518 413	10,6	23,8	24,4	23,2	18,0	2,5	3,1
Hannover .....	520 415	85 762	434 653	16,5	27,2	24,2	19,5	12,6	2,2	2,9
Nürnberg .....	461 933	60 421	401 512	13,1	27,6	26,1	19,3	13,9	2,3	2,9
Duisburg .....	450 812	53 250	397 562	11,8	23,8	24,8	21,1	18,5	2,5	3,1
Wuppertal .....	413 192	48 422	364 770	11,7	26,1	24,9	20,1	17,2	2,4	3,0
Bundesgebiet ..	60 176 464	5 527 093	54 649 371	9,2	19,8	21,5	22,3	27,2	2,7	3,3

#### 1.5 In Hamburg zum Teil beachtliche regionale Veränderungen gegenüber den Ergebnissen der Volkszählung 1961

Untersucht man regionalisierte Daten, so lassen sich interessante Beobachtungen vor allem auch im Hinblick auf die Veränderungen gegenüber der Volkszählung 1961<sup>4)</sup> machen.

Generell wurde eingangs festgestellt, daß die Zahl der Privathaushalte insgesamt trotz Rückgangs der Bevölkerung laufend angestiegen ist. Diese Aussage muß im Hinblick auf die einzelnen Hamburger Bezirke differenziert werden.

Bei Vergleichen zeigt sich, daß in zwei Bezirken absolute Rückgänge vorliegen: Hamburg-Mitte hatte 1970 insgesamt 116 819 Privathaushalte gegenüber 120 437 im Jahre 1961 und damit einen Rückgang um 3,0 % zu verzeichnen. In Hamburg-Nord war bei 172 147 Privathaushalten im Jahre 1970 gegenüber 182 556 im Jahre 1961 der Rückgang mit 5,7 % noch stärker. Wesentlich größere Unterschiede gibt es bei den Bezirken, in denen die Zahl der Privathaushalte angestiegen ist. Hier geht der Zuwachs von Altona mit 2,6 % über Eimsbüttel (4,1 %), Harburg (11,6 %), Bergedorf (27,4 %) bis hin zu Wandsbek mit einem Plus von 30,2 % gegenüber 1961.

Die in einigen Bezirken erhebliche Zunahme der Zahl der Haushalte dürfte sich z. T. aus dem Anwachsen der Einpersonenhaushalte erklären und ist andererseits auf die unterschiedlich starke Neubautätigkeit in den einzelnen Bezirken zurückzuführen, wobei der Bezirk Wandsbek weitaus an der Spitze liegt<sup>5)</sup>. Bei der nächsten Zählung dürften 1970 noch nicht erfaßte bzw. erst geplante Neubaugebiete wie Mümmelmannsberg und Steilshoop die Gewichte inner-

<sup>4)</sup> s. dazu: „Wohnbevölkerung und Haushaltungen in der Freien und Hansestadt Hamburg am 6. Juni 1961“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 9/63, S. 237 ff.

<sup>5)</sup> s. dazu: „20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg – Volumen des Wohnbaus –“, in: Hamburg in Zahlen, Heft 8/72, S. 271 ff.

Tabelle 3

**Die Privathaushalte und die Bevölkerung in Privathaushalten in Hamburg am 27. Mai 1970  
nach Kern-/Ortsamtsgebieten und Bezirken**

Kern- bzw. Ortsamtsgebiete, Bezirke	Privathaushalte insgesamt		Durch- schnitt- liche Haus- halts- größe	Einpersen- haushalte			Mehrpersonenhaushalte							Durch- schnitt- liche Haus- halts- größe	
	Anzahl	Personen		ins- gesamt	davon		Anzahl	Personen	davon mit ... Personen						
					männl.	weibl.			2	3	4	5 und mehr			
	1	2		3	4	5	6	7	8	9	10	11	Anzahl		Per- sonen
<b>Bezirk Hamburg-Mitte</b>															
Kerngebiet .....	60 468	116 082	1,9	27 929	10 452	17 477	32 539	88 153	17 964	8 435	4 448	1 692	9 128	2,7	
OG. Billstedt ....	41 544	99 993	2,4	12 817	3 717	9 100	28 727	87 176	12 363	7 919	5 436	3 009	16 949	3,0	
OG. Veddel- Rothenburgsort ..	8 387	18 304	2,2	2 926	1 221	1 705	5 461	15 378	2 800	1 436	852	373	2 062	2,8	
OG. Finkenwerder	6 420	16 108	2,5	1 690	670	1 020	4 730	14 418	1 983	1 367	883	497	2 819	3,0	
<b>Bezirk Hamburg-Mitte zusammen .....</b>	<b>116 819</b>	<b>250 487</b>	<b>2,1</b>	<b>45 362</b>	<b>16 060</b>	<b>29 302</b>	<b>71 457</b>	<b>205 125</b>	<b>35 110</b>	<b>19 157</b>	<b>11 619</b>	<b>5 571</b>	<b>30 958</b>	<b>2,9</b>	
<b>Bezirk Altona</b>															
Kerngebiet .....	69 177	143 984	2,1	27 841	8 960	18 881	41 336	116 143	21 318	10 692	6 508	2 818	15 399	2,8	
OG. Blankenese ..	46 099	114 069	2,5	14 280	3 969	10 311	31 819	99 789	12 780	8 337	6 633	4 069	22 686	3,1	
<b>Bezirk Altona zusammen .....</b>	<b>115 276</b>	<b>258 053</b>	<b>2,2</b>	<b>42 121</b>	<b>12 929</b>	<b>29 192</b>	<b>73 155</b>	<b>215 932</b>	<b>34 098</b>	<b>19 029</b>	<b>13 141</b>	<b>6 887</b>	<b>38 085</b>	<b>3,0</b>	
<b>Bezirk Eimsbüttel</b>															
Kerngebiet .....	68 403	131 168	1,9	32 022	10 425	21 597	36 381	99 146	19 814	9 528	5 032	2 007	10 806	2,7	
OG. Lokstedt ....	31 518	73 416	2,3	9 874	3 129	6 745	21 644	63 542	9 564	6 125	4 366	1 589	8 575	2,9	
OG. Stellingen ...	21 768	50 391	2,3	7 142	2 293	4 849	14 626	43 249	6 413	4 124	2 880	1 209	6 531	3,0	
<b>Bezirk Eimsbüttel zusammen .....</b>	<b>121 689</b>	<b>254 975</b>	<b>2,1</b>	<b>49 038</b>	<b>15 847</b>	<b>33 191</b>	<b>72 651</b>	<b>205 937</b>	<b>35 791</b>	<b>19 777</b>	<b>12 278</b>	<b>4 805</b>	<b>25 912</b>	<b>2,8</b>	
<b>Bezirk Hamburg-Nord</b>															
Kerngebiet .....	65 105	127 068	2,0	29 450	7 968	21 482	35 655	97 618	19 600	8 881	5 088	2 086	11 423	2,7	
OG. Barmbek- Uhlenhorst .....	73 819	146 622	2,0	30 099	7 567	22 532	43 720	116 523	24 783	11 243	5 846	1 848	9 844	2,7	
OG. Fuhlsbüttel ..	33 223	76 041	2,3	11 211	2 767	8 444	22 012	64 830	10 018	5 891	4 228	1 875	10 209	2,9	
<b>Bezirk Hamburg-Nord zusammen .....</b>	<b>172 147</b>	<b>349 731</b>	<b>2,0</b>	<b>70 760</b>	<b>18 302</b>	<b>52 458</b>	<b>101 387</b>	<b>278 971</b>	<b>54 401</b>	<b>26 015</b>	<b>15 162</b>	<b>5 809</b>	<b>31 476</b>	<b>2,8</b>	
<b>Bezirk Wandsbek</b>															
Kerngebiet .....	61 506	142 408	2,3	19 847	5 503	14 344	41 659	122 561	19 017	11 549	7 535	3 558	19 740	2,9	
OG. Bramfeld ....	25 189	60 163	2,4	7 404	2 037	5 367	17 785	52 759	7 753	5 028	3 532	1 472	8 041	3,0	
OG. Alstertal ...	20 256	50 693	2,5	5 281	1 490	3 791	14 975	45 412	6 266	3 931	3 330	1 448	7 767	3,0	
OG. Walddörfer ..	12 657	32 730	2,6	3 183	892	2 291	9 474	29 547	3 762	2 400	2 193	1 119	6 051	3,1	
OG. Rahlstedt ...	30 068	79 984	2,7	7 457	2 175	5 282	22 611	72 527	8 205	6 179	5 225	3 002	16 680	3,2	
<b>Bezirk Wandsbek zusammen .....</b>	<b>149 676</b>	<b>365 978</b>	<b>2,4</b>	<b>43 172</b>	<b>12 097</b>	<b>31 075</b>	<b>106 504</b>	<b>322 806</b>	<b>45 003</b>	<b>29 087</b>	<b>21 815</b>	<b>10 599</b>	<b>58 279</b>	<b>3,0</b>	
<b>Bezirk Bergedorf</b>															
Kerngebiet .....	27 903	68 951	2,5	7 682	1 916	5 766	20 221	61 269	8 276	5 720	4 321	1 904	10 273	3,0	
OG. Vier- und Marschlande .....	8 140	24 665	3,0	1 432	537	895	6 708	23 233	2 128	1 658	1 533	1 389	7 871	3,5	
<b>Bezirk Bergedorf zusammen .....</b>	<b>36 043</b>	<b>93 616</b>	<b>2,6</b>	<b>9 114</b>	<b>2 453</b>	<b>6 661</b>	<b>26 929</b>	<b>84 502</b>	<b>10 404</b>	<b>7 378</b>	<b>5 854</b>	<b>3 293</b>	<b>18 144</b>	<b>3,1</b>	
<b>Bezirk Harburg</b>															
Kerngebiet .....	46 948	108 773	2,3	14 524	4 504	10 020	32 424	94 249	14 737	9 314	5 963	2 410	12 981	2,9	
OG. Wilhelmsburg	20 712	50 013	2,4	6 510	2 700	3 810	14 202	43 503	5 953	4 011	2 637	1 601	9 016	3,1	
OG. Süderelbe ...	16 578	45 750	2,8	3 956	1 451	2 505	12 622	41 794	4 219	3 406	3 031	1 966	11 014	3,3	
<b>Bezirk Harburg zusammen .....</b>	<b>84 238</b>	<b>204 536</b>	<b>2,4</b>	<b>24 990</b>	<b>8 655</b>	<b>16 335</b>	<b>59 248</b>	<b>179 546</b>	<b>24 909</b>	<b>16 731</b>	<b>11 631</b>	<b>5 977</b>	<b>33 011</b>	<b>3,0</b>	
<b>Freie und Hansestadt Hamburg</b>															
<b>Hamburg insgesamt .....</b>	<b>795 888</b>	<b>1 777 376</b>	<b>2,2</b>	<b>284 557</b>	<b>86 343</b>	<b>198 214</b>	<b>511 331</b>	<b>1 492 819</b>	<b>239 716</b>	<b>137 174</b>	<b>91 500</b>	<b>42 941</b>	<b>235 865</b>	<b>2,9</b>	

halb der Bezirksämter erneut verschieben. Auch die Konzentration evtl. noch weiterer Gastarbeiter in bestimmten Stadtteilen kann dazu beitragen.

Rückgänge und Zuwächse wirken sich in gewissem Umfang auch auf die „Rangfolge“ aus, die sich z. T. anders darstellt als 1961<sup>4)</sup>. Hamburg-Nord hat zwar mit einem Anteil von 21,6% (Rückgang um 2,7 Punkte gegenüber 1961) noch die größte Anzahl von Privathaushalten, nicht aber die höchste Einwohnerzahl; hier steht Wandsbek an erster Stelle, dementsprechend auch mit seiner „Bevölkerung in Privathaushalten“.

Bei den „Privathaushalten insgesamt“ ist Wandsbek mit einem Anteil von 18,8% (3,5 Punkte mehr als 1961) vom vierten auf den zweiten Platz vorgerückt. Eimsbüttel hat sich mit seinem Anteil an Haushalten auf dem dritten Platz gehalten.

Einen Gesamtüberblick bringt das „Tabelleau“, in dem die sieben Hamburger Bezirke in einer Rangordnung aufgeführt sind.

Zu den Einpersonenhaushalten einige Hinweise: Bei der „Insgesamt“-Zahl steht jetzt Hamburg-Nord mit 41,1% an erster Stelle, Eimsbüttel ist (gegenüber 1961) auf den zweiten Platz gerückt. Bei den Einpersonenhaushalten insgesamt steht Wandsbek an

<sup>4)</sup> vgl. Hamburg in Zahlen, Heft 9/63, S. 238 ff.



Tableau

**Privathaushalte, Bevölkerung in Privathaushalten und in Anstalten in Hamburg am 27. 5. 1970**

– Anteile in den Bezirken in % –

1	2	Ei n p e r s o n e n h a u s h a l t e d e r j e w e i l i g e n P r i v a t h a u s h a l t e d e s B e z i r k s			M e h r p e r s o n e n h a u s h a l t e d e r j e w e i l i g e n P r i v a t h a u s h a l t e d e s B e z i r k s					I n A n s t a l t e n e r f a ß t e P e r s o n e n	
		3	d a v o n		6	d a v o n m i t . . . P e r s o n e n				11	12
			männlich	weiblich		2	3	4	5 und mehr		
W 20,6	N 21,6	N 41,1	M 35,4	N 74,1	B 74,7	N 53,7	H 28,2	B 21,7	B 12,2	N 31,7	N 3,2
N 19,7	W 18,8	E 40,3	H 34,6	B 73,1	W 71,2	E 49,3	B 27,4	W 20,5	H 10,1	W 19,7	B 2,1
A 14,5	E 15,3	M 38,8	E 32,3	W 72,0	H 70,3	M 49,1	W 27,3	H 19,6	W 9,9	M 14,1	M 2,0
E 14,3	M 14,7	A 36,5	A 30,7	A 69,3	A 63,5	A 46,6	E 27,2	A 18,0	A 9,4	A 10,5	W 1,9
M 14,1	A 14,5	H 29,7	W 28,0	E 67,7	M 61,2	W 42,3	M 26,8	E 16,9	M 7,8	H 10,5	H 1,8
H 11,5	H 10,6	W 28,8	B 26,9	H 65,4	E 59,7	H 42,1	A 26,0	M 16,3	E 6,6	E 8,0	A 1,5
B 5,3	B 4,5	B 25,3	N 25,9	M 64,6	N 58,9	B 38,7	N 25,7	N 14,9	N 5,7	B 5,5	E 1,1
HH 100	HH 100	HH 35,8	HH 30,3	HH 69,7	HH 64,2	HH 46,9	HH 26,8	HH 17,9	HH 8,4	HH 100	HH 2,0

[M] = Bezirk Hamburg-Mitte - [A] = Bezirk Altona - [E] = Bezirk Eimsbüttel - [N] = Bezirk Hamburg-Nord - [W] = Bezirk Wandsbek - [B] = Bezirk Bergedorf - [H] = Bezirk Harburg - [HH] = Hamburg insgesamt

vorletzter und Bergedorf wie schon bisher an letzter Stelle. Durchgehend zeigt sich eine Erhöhung des Anteils der Einpersonenhaushalte an den Privathaushalten insgesamt, die ja zu dem bisher noch nicht erreichten Durchschnitt von 35,8 % geführt hat.

Wie bereits erwähnt und auch aus Tabelle 3 ersichtlich, haben bei der letzten Volkszählung 284 557 Personen der „Bevölkerung in Privathaushalten“ allein gelebt. Das sind 16 % der „Bevölkerung in Privathaushalten“ (1961 waren es 12 % der Wohnbevölkerung). Naturgemäß gibt es heute wie damals beträchtliche Unterschiede zwischen den Bezirken. Die Abweichungen vom Durchschnitt betragen 1970 z. B. bei Hamburg-Nord + 4,2 Punkte, bei Eimsbüttel + 3,2 Punkte, bei Wandsbek - 4,2 Punkte und bei Bergedorf sogar - 6,3 Punkte.

Die Zunahme der Einpersonenhaushalte hat die durchschnittliche Haushaltsgröße gemindert; einer Gegenüberstellung der diesbezüglichen Ergebnisse aus den letzten beiden Volkszählungen ist folgende Entwicklung zu entnehmen:

Bezirke	Durchschnittliche Haushaltsgrößen			
	aller Haushalte		der Mehrpersonenhaushalte	
	1961	1970	1961	1970
	1	2	3	4
Hamburg-Mitte	2,4	2,1	2,9	2,9
Altona	2,4	2,2	3,0	3,0
Eimsbüttel	2,2	2,1	2,9	2,8
Hamburg-Nord	2,3	2,0	2,9	2,8
Wandsbek	2,6	2,4	3,0	3,0
Bergedorf	2,8	2,6	3,2	3,1
Harburg	2,6	2,4	3,0	3,0

In der durchschnittlichen Haushaltsgröße haben sich Hamburg-Mitte und Hamburg-Nord – beides Bezirke mit überdurchschnittlichem Anteil an Einpersonenhaushalten – um jeweils 0,3 Personen am stärksten verkleinert; alle anderen Bezirke bis auf Eimsbüttel (- 0,1 Personen) liegen um 0,2 Personen je Haushalt unter dem Stand von 1961.

Die Mehrpersonenhaushalte für sich allein sind in ihrer Größe nur in Eimsbüttel, Hamburg-Nord und Bergedorf um 0,1 Personen je Haushalt zurückgegangen, bei allen anderen Bezirken ist die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte gegenüber 1961 unverändert geblieben.

Wenn auch für die Verminderung der durchschnittlichen Haushaltsgröße die Zunahme der Einpersonenhaushalte der bestimmende Faktor ist, so sei doch darauf hingewiesen, daß auch die Mehrpersonenhaushalte infolge einer (geringen) langfristigen Verkleinerung mit zur Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße beigetragen haben.

**1.6 Überdurchschnittlich große Mehrpersonenhaushalte vornehmlich in den Außenbezirken**

Wie der Tabelle 4 und dem „Tableau“ zu entnehmen ist, hat Bergedorf bei seinen Privathaushalten mit einem Anteil von fast 75 % die relativ meisten Mehrpersonenhaushalte. Zweipersonenhaushalte spielen dabei noch eine verhältnismäßig geringe Rolle; mit diesen steht es an letzter Stelle (1. Stelle Hamburg-Nord). Bei den Dreipersonenhaushalten ist es bereits auf der zweiten und mit den Vier-, Fünf- und mehr Personenhaushalten an der ersten Stelle.

An zweiter Stelle mit den relativ meisten Mehrpersonenhaushalten steht Wandsbek, an der dritten Stelle Harburg. Alle drei finden sich hinsichtlich der Zweipersonenhaushalte an den drei letzten Stellen.

Tabelle 4

## Die Privathaushalte in Hamburg am 27. 5. 1970 nach Bezirken und der Haushaltsgröße

- in % -

Bezirke	Privat- haushalte insgesamt	davon							
		Einpersonenhaushalte			Mehrpersonenhaushalte				
		zusammen	davon		zusammen	davon mit ... Personen			
			männlich	weiblich		2	3	4	5 und mehr
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
Hamburg-Mitte .....	100	38,8	35,4	64,6	61,2	49,1	26,8	16,3	7,8
Altona .....	100	36,5	30,7	69,3	63,5	46,6	26,0	18,0	9,4
Eimsbüttel .....	100	40,3	32,3	67,7	59,7	49,3	27,2	16,9	6,6
Hamburg-Nord .....	100	41,1	25,9	74,1	58,9	53,7	25,7	14,9	5,7
Wandsbek .....	100	28,8	28,0	72,0	71,2	42,3	27,3	20,5	9,9
Bergedorf .....	100	25,3	26,9	73,1	74,7	38,7	27,4	21,7	12,2
Harburg .....	100	29,7	34,6	65,4	70,3	42,1	28,2	19,6	10,1
Hamburg insgesamt .....	100	35,8	30,3	69,7	64,2	46,9	26,8	17,9	8,4

Bei den Mehrpersonen-Haushalten mit 3, 4, 5 und mehr Personen hat Hamburg-Nord jeweils die geringsten Anteile, liegt also auf dem siebenten Platz. Auf dem fünften und sechsten Platz liegen in diesen Haushaltsgrößen jeweils Hamburg-Mitte und Altona (3 Personen), Eimsbüttel und Hamburg-Mitte (4 Personen), Hamburg-Mitte und Eimsbüttel (5 und mehr Personen), d. h. mit Ausnahme von Altona also jene Bezirke, die umgekehrt bei den Einpersonenhaushalten die höchsten Anteile besitzen und sich damit dort auf den drei ersten Plätzen befinden. Über die prozentualen Anteile im einzelnen siehe das „Tableau“, welches auch Auskunft gibt über die stärkermäßig sehr unterschiedliche Besetzung der Einpersonenhaushalte mit männlichen und weiblichen Personen; Hamburg-Nord, das bei den Einpersonenhaushalten auch insgesamt führt, hat mit fast drei Vierteln weiblicher Einpersonenhaushalte die Spitzenstellung, dicht gefolgt von Bergedorf und Wandsbek. Selbst in Hamburg-Mitte, das unter den Bezirken hinsichtlich der Quote alleinstehender Frauen an letzter Stelle steht, betrug ihr Anteil noch fast zwei Drittel. Für Hamburg insgesamt ergibt sich ein Verhältnis von 30,3 % männlichen zu 69,7 % weiblichen Einpersonenhaushalten.

In dem Beitrag „Wohnbevölkerung und Haushalte ... am 6. Juni 1961“<sup>7)</sup> wurde die regional noch tiefere Aufgliederung der Haushalte nach der Größe in den Stadtteilen durch farbig angelegte Schaubilder verdeutlicht. In Anlehnung an vorangegangene Beiträge über Ergebnisse der Volkszählung 1970 werden in diesem Beitrag Kartogramme verwendet; im Interesse der Vergleichbarkeit beider Arten von Schaubildern sind aber die gleichen Schwellenwerte wie 1961 verwendet worden. Bei einem Vergleich zeigt sich, daß bei den Mehrpersonen-Haushalten 1970 die Stadtteile Moorfleet, Reitbrook, Neuengamme, Curslack und Neuenfelde unter die 1961 noch durchschnittliche Haushaltsgröße von 3,5 (und mehr) Personen gesunken sind. Sie liegen jetzt in der Größenordnung 3,2 Personen bis 3,4 Personen. Eine durchschnittliche Größe der Mehrpersonen-Haushalte von 3,5 und mehr Personen findet sich nur noch in Spadenland, Tatenberg, Allermöhe, Ochsenwerder, Kirchwerder, Altengamme (Bezirk Bergedorf) und in Francop (Harburg). Diese sieben Stadtteile haben

7) a.a.O.

auch heute noch weithin ländlichen Charakter. Weitere 20 Stadtteile sind mit Mehrpersonen-Haushalten in der Durchschnittsgröße 3,2 Personen bis 3,4 Personen und 18 mit der Durchschnittsgröße von 3,1 Personen besetzt. All diese überdurchschnittlichen Größen in den Mehrpersonen-Haushalten befinden sich in Stadtteilen der Peripherie. Gebiete mit größerer Neubautätigkeit weisen gegenüber 1961 z. T. ein Hineinwachsen in den nächsthöheren Schwellenwert auf, so z. B. Rahlstedt vom damaligen Durchschnitt von 3,1 Personen in die durchschnittliche Größe von 3,2 Personen bis 3,4 Personen je Mehrpersonen-Haushalt.

Mit der Ausnahme „Billbrook“, das mit seiner um mehr als die Hälfte zurückgegangenen Bevölkerung und dem Anwachsen der Durchschnittsgröße der Mehrpersonen-Haushalte eine Sonderstellung einnimmt, bestätigt sich die schon früher gemachte Feststellung, daß die Durchschnittsgröße der Mehrpersonen-Haushalte in Richtung auf die Stadtmitte – ggf. auch Bezirksmitte – hin abnimmt. In allen Stadtteilen von Fuhlsbüttel in südlicher Richtung bis Rothenburgsort und von Bahrenfeld in östlicher Richtung bis Tonndorf liegt die Durchschnittsgröße der Mehrpersonenhaushalte unter 3 Personen pro Haushalt, in den zur Peripherie hin angrenzenden Stadtteilen höchstens bei 3 Personen oder 3,1 Personen. Zählt man die im Süden liegenden Kerngebiete Bergedorf sowie Harburg einschließlich dessen näherer Umgebung dazu, so sind es insgesamt 47 Stadtteile, bei denen der Durchschnitt der Mehrpersonen-Haushalte weniger als drei Personen pro Haushalt beträgt.

### 1.7 Mehr als ein Drittel aller Stadtteile liegt mit dem Anteil an Einpersonenhaushalten über dem Durchschnitt

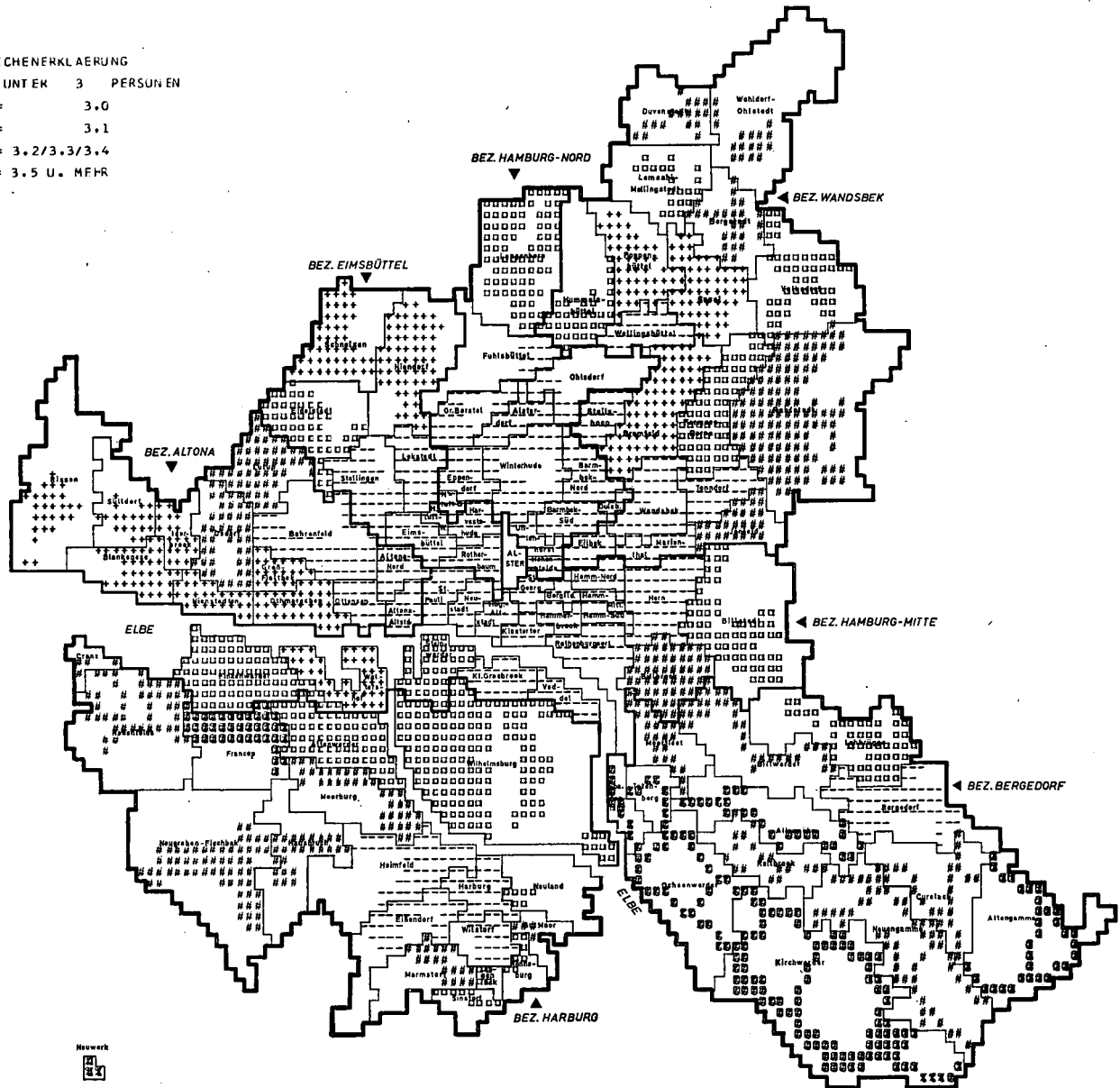
Bei der regionalen Betrachtung des Anteils der Einpersonenhaushalte im Schaubild 3 und im Vergleich zur Verteilung der Mehrpersonenhaushalte (Schaubild 2) zeigt sich eine unmittelbare spiegelbildliche Verteilung. Genau umgekehrt ist hier nämlich die Besetzung: Nahm die durchschnittliche Größe der Mehrpersonen-Haushalte in Richtung auf die Stadtmitte immer mehr ab, so verhält es sich bei den Einpersonenhaushalten so, daß der Besatz mit diesen Haushalten in Richtung auf die City zu immer

Schaubild 2

DIE HAMBURGER STADTEILE NACH DER DURCHSCHNITTLICHEN GRÖSSE DER MEHRPERSONENHAUSHALTE AM 27.5.1970

ZEICHENERKLÄRUNG

- = UNTER 3 PERSONEN
- + = 3,0
- = 3,1
- # = 3,2/3,3/3,4
- ⊙ = 3,5 U. MEHR



stärker wird. Für die Kerngebiete Bergedorf und Harburg gilt diese Feststellung ebenfalls. Spitzenstellung in der Besetzung mit Einpersonen-Haushalten haben im Bezirk Mitte: St. Georg (58,4%), Neustadt (52,0%), St. Pauli (51,4%) und – Sonderstellung durch überwiegend allein wohnende Werftbedienstete – Steinwerder mit 64,2%.

Im Bezirk Eimsbüttel sind es die Stadtteile Harvestehude (54,2%) und Rotherbaum (55,7%) mit u. a. zahlreichen Studenten-Einpersonen-Haushalten.

Die gewählten Schwellenwerte entsprechen wieder denen für 1961, so daß auch bei den Einpersonen-Haushalten Vergleiche ebenfalls schon anhand der Schaubilder vorgenommen werden können. Dabei erweist sich, daß bei 23 – meist an der Peripherie und im Bezirk Bergedorf liegenden – Stadtteilen der

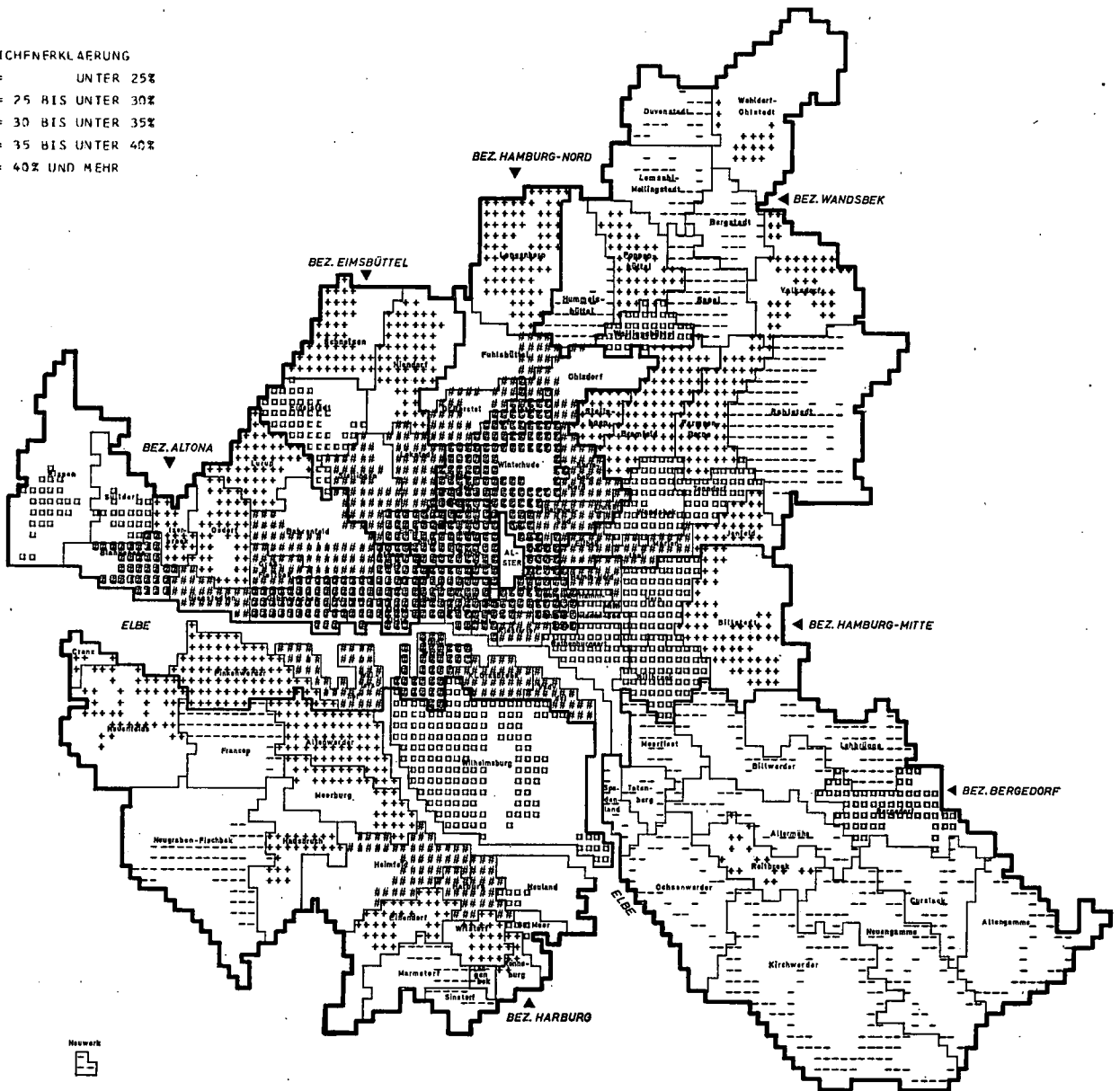
Anteil an den Einpersonen-Haushalten kein Wachstum über den alten Schwellenwert hinaus erfahren hat (Kennzeichnung außer bei Schnelsen und Niendorf, die in der Gruppe 25% bis unter 30% Anteil stehen geblieben sind, im Schaubild 3 durchweg mit – = unter 25%). Bei allen anderen Stadtteilen sind zwischen den beiden Volkszählungen die Anteile der Einpersonen-Haushalte an den Privathaushalten insgesamt entsprechend der allgemeinen Tendenz gewachsen. Eine Aufgliederung für 1970 ergibt:

- 24 Stadtteile mit 25% bis unter 30% Anteil der Einpersonen-Haushalte
- 15 Stadtteile mit 30% bis unter 35% Anteil der Einpersonen-Haushalte

Schaubild 3

DIE HAMBURGER STADTTEILE NACH DEM ANTEIL DER EINPERSONENHAUSHALTE AM 27.5.1970

- ZEICHENERKLÄRUNG
- = UNTER 25%
  - + = 25 BIS UNTER 30%
  - = 30 BIS UNTER 35%
  - # = 35 BIS UNTER 40%
  - = 40% UND MEHR



20 Stadtteile mit 35 % bis unter 40 % Anteil  
der Einpersonen-Haushalte

22 Stadtteile mit 40 % und mehr Anteil  
der Einpersonen-Haushalte

Wie schon früher ausgeführt, beträgt der Anteil der Einpersonen-Haushalte im Durchschnitt 35,8 % der Hamburger Privathaushalte insgesamt. Über 35 %, aber noch unter dem Durchschnitt von 35,8 % liegen noch Bahrenfeld, Stellingen, Harburg und Heimfeld.

Ergebnis: In Hamburg sind in 66 Stadtteilen die Anteile der Einpersonen-Haushalte an den Privathaushalten insgesamt unter dem Durchschnitt von 35,8 %; 38 Stadtteile liegen mit ihrem Anteil der Einpersonen-Haushalte darüber.

## 2. Die Anstaltsbevölkerung

Neben der „Bevölkerung in Privathaushalten“ gibt es noch die sogenannte „Anstaltsbevölkerung“; diese umfaßt alle Personen, die als Insassen oder Personal im Bereich einer Anstalt wohnen und dort keinen eigenen Haushalt führen.

Anstalten sind öffentliche oder private Einrichtungen, die einem bestimmten sozialen, religiösen oder wirtschaftlichen Zweck dienen und in denen Insassen und/oder Personal ständig gemeinschaftlich wohnen. Hierbei wird in der Regel eine Gemeinschaftsverpflegung angeboten oder eine gemeinsame Kochgelegenheit bzw. eine Teeküche zur Benutzung überlassen. Zu den Anstalten rechnen z. B. Krankenhäuser (bei denen die Patienten aber nicht zur Anstaltsbevölkerung zählen), Alters-, Pflege-, Kinder-, Erzie-

hungs-, Schülerwohnheime, (Gast-)Arbeiterunterkünfte, Strafvollzugsanstalten.

Hotels, Pensionen und Gaststätten wurden bei der Volkszählung 1970 nur dann erfaßt, wenn mindestens 11 Personen des Personals im Betriebsgebäude wohnten. Das erklärt auch, warum Hamburg 1970 mit einer Anzahl von 506 weniger „Anstalten“ aufwies als 1961 – damals wurden Betriebshaushalte bereits ab 6 Personen erfaßt und dabei 588 Anstalten gezählt.

### 2.1 Rund 2 % der Hamburger Wohnbevölkerung lebt in Anstalten

Am Stichtag der Volkszählung 1970 betrug die Anstaltsbevölkerung in Hamburg 36 367 und damit rd. 2 % der Wohnbevölkerung. Beim Vergleich mit anderen Großstädten über 400 000 Einwohner ergibt sich, daß die Bandbreite zwischen 1,4 % (Dortmund) und 6,2 % (Stuttgart) liegt. Weitere Städte mit einer relativ hohen Anstaltsbevölkerung sind München mit 5,4 %, Frankfurt mit 4,3 % und Köln mit 3,6 % Anstaltsbevölkerung – alles Städte, die auch mit der Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte an der Spitze stehen –, wobei diese Tatsache natürlich nur einen – wenn auch recht bedeutsamen – Faktor neben anderen darstellt. So dürfte auch zu erklären sein, daß bei diesen vier Städten die männlichen Anstaltspersonen bei weitem überwiegen, während in Hamburg, Berlin und Dortmund die weibliche Anstaltsbevölkerung in der Mehrzahl ist.

In Hamburg steht der Bezirk Hamburg-Nord mit 11 513 Anstaltspersonen – das sind 3,2 % der dortigen Wohnbevölkerung und 31,7 % der Hamburger Anstaltsbevölkerung – mit Abstand an der Spitze. In diesem Bezirk liegen u. a. die Alsterdorfer Anstalten, Alten-Wohnheime, -heime, -pflegeheime auf der Uhlenhorst, die Anstalt Ochsenzoll in Langenhorn und die Strafanstalt Fuhlsbüttel. Ein besonders hoher Frauenanteil unter der Anstaltsbevölkerung – fast viermal soviel Frauen wie Männer – zeigt sich im Bereich des Ortsamts Barmbek-Uhlenhorst.

An zweiter Stelle findet sich Wandsbek mit 7 176 Personen in Anstalten; das entspricht 1,9 % der Wohnbevölkerung und 19,7 % der Anstaltsbevölkerung in Hamburg insgesamt. Hier differieren die Zahlen für männliche und weibliche Anstaltsinsassen nicht wesentlich. Einem starken weiblichen Besatz in Altersheimen z. B. in Poppenbüttel stehen Stammbesetzungen in Kasernen und im „Berufsförderungswerk“ (Internat mit 438 Plätzen) in Farmsen-Berne gegenüber. Hamburg-Nord und Wandsbek haben zusammen demnach über die Hälfte der Hamburger Anstaltsbevölkerung in ihren Bezirken.

Der an dritter Stelle stehende Bezirk Hamburg-Mitte hat mit 5 132 Insassen gut 14 % der Hamburger Anstaltsbevölkerung in seinen Mauern. Altenheime in St. Georg, die Durchgangsunterkunft Finkenwerder und vor allem das „Rauhe Haus“ in Horn sind dabei erwähnenswerte Größen. In diesem Bezirk überwiegen männliche Anstaltsinsassen um mehr als das Doppelte.

Die restlichen Bezirke seien summarisch genannt: Altona und Harburg mit je 10,5 %, Eimsbüttel mit 8 % und Bergedorf mit 5,5 % der Hamburger Anstaltsbevölkerung.

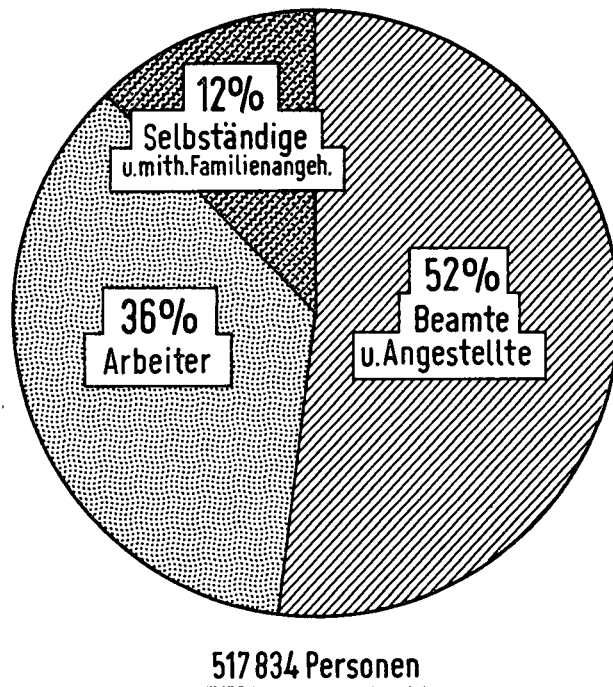
### 3. Die erwerbstätigen Haushaltsvorstände nach der Stellung im Beruf

#### 3.1 Über die Hälfte sind Angestellte oder Beamte

In den 795 888 Privathaushalten sind 517 834 Haushaltsvorstände oder rd. 65 % erwerbstätig. Den Großteil der erwerbstätigen Haushaltsvorstände stellen die Angestellten und Beamten (einschließlich der kaufmännischen und technischen Lehrlinge) mit zusammen 52 %, es folgen die Arbeiter (einschließlich der gewerblichen Lehrlinge) mit 36 % und die Selbständigen (einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen) mit 12 %.

Schaubild 4

Die erwerbstätigen Haushaltsvorstände nach der Stellung im Beruf am 27. 5. 1970



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

Diese Reihenfolge der erwerbstätigen Haushaltsvorstände nach der Stellung im Beruf bleibt auch erhalten, wenn man die Haushaltsvorstände insgesamt aufgliedert nach Einpersonen- und Mehrpersonen-Haushalten – wenn auch mit einer gewissen Verschiebung der Gewichte.

Bei den 124 327 Einpersonen-Haushalten haben die Angestellten und Beamten mit 57 % der erwerbstätigen Haushaltsvorstände den größten Anteil, bei den 393 507 Mehrpersonen-Haushalten stellen sie rd. die Hälfte, die Arbeiter sind bei den Einpersonen-Haushalten mit 34 % und bei den Mehrpersonen-Haushalten mit 37 % vertreten; Selbständige mit 9 % und 13 %. Daß der tertiäre Sektor besonders viele

Tabelle 5

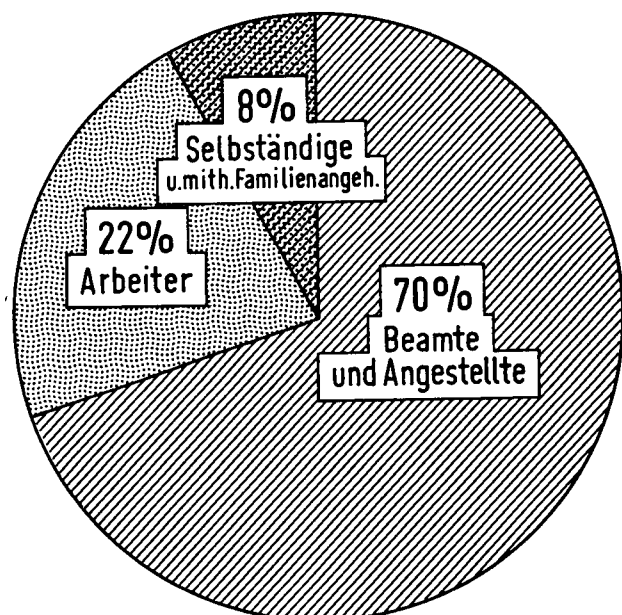
**Die erwerbstätigen Haushaltsvorstände in Hamburg am 27. 5. 1970 nach der Haushaltsgröße und der Stellung im Beruf**

Haushaltsgröße	Erwerbstätige Haushalts- vorstände insgesamt	davon waren nach der Stellung im Beruf					
		Selbständige/ Mithelfende Familienangehörige		Beamte/Angestellte		Arbeiter	
		Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
	1	2	3	4	5	6	7
Einpersonenhaushalte	Zahl 124 327 %/o 100	10 873 8,7	17,4	70 867 57,0	26,5	42 587 34,3	22,6
davon:							
männlich	Zahl 58 150 %/o 100	5 856 10,1	53,9	24 470 42,1	34,5	27 824 47,8	65,3
weiblich	Zahl 66 177 %/o 100	5 017 7,6	46,1	46 397 70,1	65,5	14 763 22,3	34,7
Mehrpersonenhaushalte	Zahl 393 507 %/o 100	51 508 13,1	82,6	196 509 49,9	73,5	145 490 37,0	77,4
davon mit:							
2 Personen	Zahl 146 351 %/o 100	20 155 13,7	39,1	75 158 51,4	38,3	51 038 34,9	35,1
3 Personen	Zahl 120 120 %/o 100	13 883 11,6	27,0	60 802 50,6	30,9	45 435 37,8	31,2
4 Personen	Zahl 86 791 %/o 100	11 424 13,2	22,2	44 099 50,8	22,4	31 268 36,0	21,5
5 und mehr Personen	Zahl 40 245 %/o 100	6 046 15,0	11,7	16 450 40,9	8,4	17 749 44,1	12,2
Insgesamt	Zahl 517 834 %/o 100	62 381 12,0	100	267 376 51,6	100	188 077 36,3	100

Frauen beschäftigt, ist bei der Betrachtung der Einpersonenhaushalte ersichtlich: 70 % der weiblichen Einpersonenhaushalte finden sich bei den Angestellten und Beamten, 22 % bei den Arbeitern und 8 % bei den Selbständigen. Männer überwiegen bei den Einpersonenhaushalten der Arbeiter und Selbständigen.

Schaubild 5

Die erwerbstätigen weiblichen Vorstände von Einpersonenhaushalten nach der Stellung im Beruf am 27. 5. 1970



66 177 Personen

Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

Ein Blick auf die Unterteilung der Mehrpersonenhaushalte zeigt, daß die Angestellten und Beamten in den verschiedenen Haushaltsgrößen sich mit ihrem Anteil ungefähr bei der eben erwähnten Hälfte halten, lediglich bei der Gruppe „Haushalte mit 5 und mehr Personen“ stellen sie nur 41 %; in dieser Gruppe verzeichnen die Arbeiter mit 44 % den höchsten Anteil.

Außer der zusammenfassenden Darstellung des Anteils der jeweiligen Gruppe von Erwerbstätigen an den Einpersonenhaushalten und den Mehrpersonenhaushalten insgesamt, gliedert Tabelle 5 auch die erwerbstätigen Haushaltsvorstände innerhalb ihrer jeweiligen Stellung im Beruf nach der Haushaltsgröße auf.

Bei dem durchschnittlichen Anteil der Einpersonenhaushalte von 35,8 % und der Mehrpersonenhaushalte von 64,2 % aller Privathaushalte ergibt sich für die Aufteilung der erwerbstätigen Haushaltsvorstände folgendes Bild:

27 % dieser Haushaltsvorstände, die nach ihrer Stellung im Beruf Angestellte oder Beamte sind, leben als Einzelpersonen; bei den Arbeitern sind es 23 % und bei den Selbständigen 17 %.

Entsprechend umgekehrt in der Höhe ist der Anteil der Haushaltsvorstände der Mehrpersonenhaushalte in der jeweiligen Sparte der Erwerbstätigen. Er beträgt in der Gruppe der Selbständigen 83 %, in der Gruppe der Arbeiter 77 % und bei den Angestellten und Beamten 73 %.

Aus der Tabelle 5 wird der in den Einpersonenhaushalten bei den Angestellten und Beamten wesentlich höhere Anteil an weiblichen Haushalts-

vorständen (Verhältnis knapp zwei Drittel zu gut einem Drittel) deutlich. Umgekehrt ist es bei den Arbeitern, wo auf knapp zwei Drittel männlicher gut ein Drittel weiblicher Haushaltsvorstände entfällt.

Ohne auf die jeweiligen Anteile näher einzugehen (s. dazu Tabelle 5), kann ganz allgemein festgestellt werden, daß bei den Mehrpersonen-Haushalten die Zweipersonen-Haushalte prozentual bei allen drei Gruppen am stärksten besetzt sind. Bei den größeren Haushalten nehmen die durchschnittlichen Anteile sowohl bei den erwerbstätigen Haushaltsvorständen insgesamt als auch bei den einzelnen sozialen Schichten mit steigender Personenzahl ab.

Die Reihenfolge der durchschnittlichen Anteile bei den einzelnen Haushaltsgrößen wechselt wie folgt:

Zweipersonen-Haushalte:	Selbstständige	Beamte/ Angestellte	Arbeiter
Dreipersonen-Haushalte:	Arbeiter	Beamte/ Angestellte	Selbstständige
Vierpersonen-Haushalte:	Beamte/ Angestellte	Selbstständige	Arbeiter
5- und mehr Personen-haushalte:	Arbeiter	Selbstständige	Beamte/ Angestellte

### 3.2 Die regionale Verteilung der erwerbstätigen Haushaltsvorstände nach ihrer sozialen Schichtung

In dem Beitrag „Die Hamburger Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf und nach Wirtschaftszweigen“<sup>8)</sup> ist u. a. die regionale Verteilung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf unter dem Gesichtspunkt der im Vergleich zu Hamburg insgesamt überdurchschnittlichen Anteile dargestellt worden. Eine ähnliche Untersuchung wurde für die erwerbstätigen Haushaltsvorstände durchgeführt und hat die erwartete Parallelität gezeigt, so daß eine praktisch sich wiederholende Übersicht für die Haushaltsvorstände sich hier erübrigt<sup>9)</sup>.

Im nachfolgenden Abschnitt sollen in der Hauptsache jeweils 10 Extremwerte dargestellt und kurz kommentiert werden, wobei schon einleitend gesagt sei, daß einige Stadtteile wegen ihrer besonderen Situation sowohl bei den höchsten als auch bei den niedrigsten Anteilen wiederholt auftreten. Um Wiederholungen bei begründeten Erklärungen zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß außer dem bereits erwähnten Steinwerder, wo rd. 75 % der erwerbstätigen Haushaltsvorstände Arbeiter sind, noch Billbrook (83 %) sowie Waltershof (78 %) und Kleiner Grasbrook (68 %) eine Sonderstellung einnehmen. Alle vier Stadtteile sind – gemessen an den übrigen Stadtteilen – absolut niedrig besetzt (z. T. noch Folge der Sturmflut 1962); sie sind hafennah gelegen und ihre Bevölkerung ist überwiegend auf Werften und in anderen hafengebundenen Betrieben tätig.

<sup>8)</sup> s. dazu: Hamburg in Zahlen, Heft 8/72, S. 264.

<sup>9)</sup> Interessenten seien auf Hamburg in Zahlen, Heft 8/72, S. 264, oder auf das diesem Beitrag beigefügte Anhangschaubild 1 verwiesen.

### 3.2.1 Höchste prozentuale Anteile der selbständigen Haushaltsvorstände vorwiegend in landwirtschaftlich genutzten Stadtteilen

Schaubild 6 a zeigt, daß die überwiegend landwirtschaftlich genutzten Vier- und Marschlande (Bezirk Bergedorf) und Francop (Bezirk Harburg), das im übrigen um fast 3 Punkte mehr auch noch mit Arbeiterhaushalten besetzt ist, prozentual die höchsten Anteile an Haushaltsvorständen aus den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen besitzen. Dabei liegen die Stadtteile Spadenland und Reitbrook mit einem Anteil von über 50 % an der Spitze.

Um eine falsche Interpretation zu vermeiden, sollten bei der Kommentierung von Prozentzahlen auch die absoluten Zahlen berücksichtigt werden. Ein Beispiel dafür: Tatenberg mit seinen 99 erwerbstätigen Haushaltsvorständen insgesamt (darunter 51 Selbständige) liegt im prozentualen Anteil noch um 2,6 Punkte höher als Kirchwerder mit seinen 1953 erwerbstätigen Haushaltsvorständen (darunter 769 Selbständige).

Neben den Stadtteilen mit Höchstwerten, die auf einer landwirtschaftlichen Basis beruhen, gibt es – auch noch über dem Durchschnitt liegend<sup>10)</sup> – selbstverständlich Stadtteile mit einer wirtschaftlich völlig andersartigen Struktur. Dafür bietet Hamburg-Altstadt ein Beispiel. Hier besitzen die 226 Haushalte von Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen im wesentlichen eine gewerbliche Basis; mit einem Anteil von 20,5 % liegen sie immerhin noch 8,5 Punkte über dem Durchschnitt.

Ein Blick auf die Stadtteile, die die niedrigsten prozentualen Anteile an Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen besitzen, läßt erkennen, daß es sich bei diesen um solche handelt, in denen Arbeiterhaushalte überdurchschnittlich vertreten sind; in Dulsberg kommt dazu noch ein stärkerer Anteil von Angestellten und Beamten. Abgesehen von den „Inseln“ Dulsberg und Wilstorf (ebenfalls überdurchschnittlicher Arbeiteranteil) handelt es sich um eine zusammenhängende, nur von der Veddel unterbrochene Fläche von Horn bis Waltershof/Wilhelmsburg (Schaubild 6 a).

Am niedrigsten liegen die Anteile selbständiger Haushaltsvorstände – Tabelle 6 a – in den vier hafennah gelegenen Stadtteilen, zu denen eingangs dieses Abschnitts schon Ausführungen gemacht wurden.

### 3.2.2 Der nördliche Teil Hamburgs ist bevorzugtes Wohngebiet der Angestellten und Beamten

Wie dem Schaubild 6 b zu entnehmen ist, befinden sich die Stadtteile mit den höchsten prozentualen Anteilen an Haushaltsvorständen aus der Schicht der Angestellten und Beamten ausschließlich im Gebiet nördlich der Elbe, z. T. vereinzelt, aber auch zusammenhängend wie im äußersten Westen, im Nordosten und im Gebiet Hamm-Nord (das mit 68,9 % Anteil an erster Stelle

<sup>10)</sup> s. Anhangschaubild 1.

Schaubild 6a

Stadtteile mit den höchsten und den niedrigsten prozentualen Anteilen der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen



Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 6

Erwerbstätige Haushaltsvorstände in Hamburg am 27. 5. 1970 nach ausgewählten Stadtteilen und der Stellung im Beruf

a) Selbständige/Mithelfende Familienangehörige (Durchschnittlicher Anteil für Hamburg insgesamt 12,0 %)

Stadtteile mit den jeweils höchsten prozentualen Anteilen				Stadtteile mit den jeweils niedrigsten prozentualen Anteilen			
Stadtteile	Erwerbstätige Haushaltsvorstände insgesamt	darunter waren Selbständige/Mithelfende Familienangehörige		Stadtteile	Erwerbstätige Haushaltsvorstände insgesamt	darunter waren Selbständige/Mithelfende Familienangehörige	
		Zahl	%			Zahl	%
	1	2	3		1	2	3
Spadenland	124	52	51,5	Kleiner Grasbrook	411	12	2,9
Reitbrook	133	67	50,4	Billbrook	1 288	46	3,6
Ochsenerwerder	550	249	45,3	Waltershof	459	19	4,1
Tatenberg	99	51	41,9	Steinwerder	327	18	5,5
Kirchwerder	1 953	769	39,3	Hamm-Süd	1 388	88	6,3
Neuengamme	853	313	36,7	Rothenburgsort	3 228	207	6,4
Francop	183	65	35,5	Wilstorf	4 857	313	6,4
Altengamme	475	165	34,7	Horn	13 830	900	6,5
Curslack	634	201	31,7	Dulsberg	6 413	424	6,6
Allermöhe	375	115	30,7	Wilhelmsburg	13 960	857	6,8



Schaubild 6b

**Stadtteile mit den höchsten und niedrigsten prozentualen Anteilen der Beamten/Angestellten**



Statistisches Landesamt Hamburg

noch: Tabelle 6

b) Beamte/Angestellte (Durchschnittlicher Anteil für Hamburg insgesamt 51,6%)

Stadtteile mit den jeweils höchsten prozentualen Anteilen				Stadtteile mit den jeweils niedrigsten prozentualen Anteilen			
Stadtteile	Erwerbstätige Haushaltsvorstände insgesamt	darunter waren Beamte/Angestellte		Stadtteile	Erwerbstätige Haushaltsvorstände insgesamt	darunter waren Beamte/Angestellte	
		Zahl	%			Zahl	%
1	2	3	1	2	3		
Hamm-Nord	8 983	6 193	68,9	Gut Moor	75	8	10,7
Ohlsdorf	4 857	3 238	66,7	Billbrook	1 288	172	13,4
Volksdorf	3 923	2 610	66,5	Neuenfelde	1 345	201	14,9
Groß-Flottbek	3 569	2 372	66,5	Reitbrook	133	21	15,8
Sülldorf	1 961	1 294	66,0	Waltershof	459	81	17,6
Borgfelde	2 399	1 581	65,9	Neuland	371	72	19,4
Eilbek	8 242	5 370	65,2	Steinwerder	327	65	19,9
Rissen	3 095	2 008	64,9	Kirchwerder	1 953	402	20,6
Bergstedt	1 962	1 270	64,7	Ochsenwerder	550	119	21,6
Harvestehude	7 556	4 890	64,7	Moorburg	413	93	22,5

Schaubild 6c

**Stadtteile mit den höchsten und den niedrigsten prozentualen Anteilen der Arbeiter**



Staatliches Landesamt Hamburg

noch: Tabelle 6

c) Arbeiter (Durchschnittlicher Anteil für Hamburg insgesamt 36,3 %)

Stadtteile mit den jeweils höchsten prozentualen Anteilen				Stadtteile mit den jeweils niedrigsten prozentualen Anteilen			
Stadtteile	Erwerbstätige Haushaltsvorstände insgesamt	darunter waren Arbeiter		Stadtteile	Erwerbstätige Haushaltsvorstände insgesamt	darunter waren Arbeiter	
		Zahl	%			Zahl	%
	1	2	3		1	2	3
Billbrook	1 288	1 070	83,1	Groß-Flottbek	3 569	373	10,5
Waltershof	459	359	78,2	Wellingsbüttel	2 455	260	10,6
Steinwerder	327	244	74,6	Volksdorf	3 923	444	11,3
Gut Moor	75	53	70,7	Othmarschen	3 388	386	11,4
Neuland	371	252	67,9	Harvestehude	7 556	920	12,2
Kleiner Grasbrook	411	279	67,9	Blankenese	4 435	576	13,0
Wilhelmsburg	13 960	8 847	63,4	Marienthal	3 818	533	14,0
Neuenfelde	1 345	842	62,6	Rissen	3 095	468	15,1
Harburg	7 627	4 362	57,2	Nienstedten	1 988	317	15,9
Moorburg	413	233	56,4	Uhlenhorst	6 897	1 123	16,4

der Tabelle 6 b steht) und den benachbarten Stadtteilen Borgfelde und Eilbek.

Nimmt man zu den in der Tabelle 6 b aufgeführten Stadtteilen noch weitere – ebenfalls über dem Hamburger Durchschnitt liegende – Stadtteile hinzu, so ergibt sich folgendes, die Wohnlage der Angestellten und Beamten kennzeichnendes Bild:

In den Elbvororten außer den in der Tabelle 6 b aufgeführten Stadtteilen Groß-Flottbek, Sülldorf und Rissen noch Blankenese, Nienstedten und Othmarschen.

An der Außenalster das überwiegend von Einzelpersonen-Haushalten bewohnte Harvestehude und die gegenüberliegende Uhlenhorst, alsteraufwärts dann Alsterdorf und Ohlsdorf. Im Wandsbeker Bezirk – ebenfalls an der Alster gelegen – Wellingsbüttel, Bergstedt und Wohldorf-Ohlstedt sowie Volksdorf. Weiter südlich, aber ebenfalls in bevorzugter Wohnlage am und um das Wandsbeker Gehölz Marienthal als weiterer Nachbar des anteilmäßig führenden Hamm-Nord.

Ist das nördliche Hamburg in weiten Teilen also hauptsächlich Wohngebiet der Angestellten und Beamten und – nach den Vier- und Marschlanden – auch der Selbständigen<sup>11)</sup>, so steht es umgekehrt mit seinem südlichen Teil: Ausschließlich dort finden sich die Stadtteile mit den geringsten Anteilen von Angestellten- und Beamtenhaushalten.

Der geringste Wert findet sich in Gut Moor (Bezirk Harburg); mit 8 Haushaltsvorständen aus dieser sozialen Schicht stellt es – bei 75 erwerbstätigen Haushaltsvorständen insgesamt – einen Anteil von 10,7%. Auch hier sollten wieder absolute Zahlen zum Vergleich gebracht werden: Mit einem Anteil von nur 2,7 Punkten mehr (13,4%) verfügt z. B. der in der Rangfolge nächste Stadtteil Billbrook über 172 Haushaltsvorstände, die Angestellte bzw. Beamte sind – bei 1 288 erwerbstätigen Haushaltsvorständen insgesamt. Dagegen hat Reitbrook (15,8% Anteil) wiederum nur 21 Haushaltsvorstände dieser sozialen Schicht – bei 133 erwerbstätigen Haushaltsvorständen insgesamt.

Ein Blick auf das Schaubild ergänzt die Ergebnisse der Tabelle: Es sind Teile der Vier- und Marschlande, hafennahe Gebiete, landwirtschaftlich genutzte Stadtteile im Bezirk Harburg und ebendort noch Neuenfelde mit seinem starken Anteil an (Werft-)Arbeitern, die offensichtlich für Angestellte und Beamte wenig attraktive Wohngebiete darstellen.

### 3.2.3 Arbeiterhaushalte dominieren südlich der Elbe

Bei einem ersten Vergleich von Schaubild 6 b mit dem nun zu analysierenden Schaubild 6 c lassen sich gewisse Ähnlichkeiten – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen – feststellen. Ausgenommen bleiben bei dem Vergleich u. a. die Vier- und Marschlande, Wilhelmsburg, Harburg und einige Elbvororte.

Die höchsten prozentualen Anteile an Arbeiterhaushalten unter den erwerbstätigen Haushaltsvorständen finden sich – abgesehen von Billbrook, das mit einem Anteil von 83,1% führt – in den Stadtteilen südlich der Elbe. Wie dem Schaubild 6 c zu entnehmen ist, handelt es sich bei dem größten

Komplex um ein zusammenhängendes Gebiet, beginnend bei den hafennahen Stadtteilen Waltershof, Steinwerder, Kleiner Grasbrook (Bezirk Mitte) über Wilhelmsburg (mit 8 847 Arbeiterhaushalten der größtmäßig in diesem Zusammenhang bedeutendste Stadtteil) bis hin zu Harburg, Neuland und Gut Moor. An Wilhelmsburg leicht angrenzend ist noch Moorburg zu nennen, das zwar auch einen Anteil von 21,1% an selbständigen Haushaltsvorständen hat, mit 56,4% Arbeiterhaushalten aber noch zu den zehn Stadtteilen mit den höchsten prozentualen Anteilen an Arbeiterhaushalten gehört; genauso Neuenfelde (22,5% Anteil an Selbständigen-, 62,6% Anteil an Arbeiterhaushalten). Mit den erwähnten Ausnahmen decken sich diese Stadtteile mit jenen, in denen Angestellte und Beamte mit den geringsten Anteilen vertreten sind.

Um das Bild abzurunden, sollten noch einige Stadtteile angeführt werden, die mit ihren prozentualen Anteilen dicht an das in Tabelle 6 c zuletzt aufgeführte Moorburg anschließen: Es handelt sich dabei um Finkenwerder (55,9%), Veddel (55,7%) und Rothenburgsort (55,9%) mit ihren relativ zahlreichen Arbeiterhaushalten.

Bei einem Blick auf das nördliche Hamburg zeigt sich – erwartungsgemäß –, daß ausschließlich hier die niedrigsten Anteile der Arbeiterhaushalte zu finden sind. Die zehn in der Tabelle 6 c aufgeführten und im Schaubild gekennzeichneten Stadtteile gehören ausnahmslos zu den im Abschnitt über die Angestellten und Beamten gekennzeichneten Gebieten mit gehobenen Wohnlagen. Es sei noch erwähnt, daß es nicht ausschließlich die Elbvororte sind, welche die niedrigsten prozentualen Anteile an Arbeiterhaushalten aufweisen. Nach Groß-Flottbek folgen Wellingsbüttel und Volksdorf; Harvestehude steht an 5. Stelle noch vor Blankenese, dem mit Marienthal wieder ein Stadtteil aus Wandsbek folgt.

### 3.3 Größte Streuung der Anteilssätze bei den Arbeitern

Daß die größte Streuung der Anteilssätze sich bei den Arbeitern findet, wurde im Hinblick auf die Erwerbstätigen insgesamt bereits in „Hamburg in Zahlen“, Heft 8/72, a.a.O. S. 262, festgestellt. Dieses gilt auch für die erwerbstätigen Haushaltsvorstände. Nachfolgend wird ein Überblick über die Streuung bei den Haushaltsvorständen nach der Stellung im Beruf gegeben; die Vergleichszahlen für alle Erwerbstätigen aus „Hamburg in Zahlen“, Heft 8/72, sind jeweils in Klammern aufgeführt.

Stellung im Beruf	Niedrigster Anteil in %	Durchschnittlicher Anteil in %	Höchster Anteil in %
Selbständige/Mithelfende Familienangehörige	2,9 ( 3,0)	12,0 (11,0)	51,5 (55,9)
Angestellte/Beamte	10,7 (16,4)	51,6 (52,6)	68,9 (68,5)
Arbeiter	10,5 (12,2)	36,3 (36,4)	83,1 (79,8)

<sup>11)</sup> s. auch Anhangschaubild 1.

Ähnlich wie bei allen Erwerbstätigen zeigt sich auch bei den erwerbstätigen Haushaltsvorständen, daß der niedrigste Anteil durchweg noch nicht einmal halb so groß ist wie der Durchschnittsanteil. Andererseits ist (mit Ausnahme der Angestellten und Beamten) der Abstand vom Durchschnitt bis zum höchsten Anteil bei den Selbständigen und bei den Arbeitern mehr als doppelt so hoch.

Bei einer regionalen Betrachtung der niedrigsten Anteile der Haushaltsvorstände ergeben sich bei den Selbständigen 2,9% auf dem Kleinen Grasbrook (Hafengelände), bei den Angestellten und Beamten 10,7% in Gut Moor (Agrargebiet) und bei den Arbeitern 10,5% in Groß-Flottbek (gehobene Wohnlage).

Die Haushaltsvorstände mit den höchsten Anteilen unter den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen finden sich im Spadenland (51,5% – Agrargebiet), die höchsten Anteile unter den Angestellten und Beamten mit 68,9% in Hamm-Nord und unter den Arbeitern mit 83,1% in Billbrook (dort u. a. Wohnlager Berzeliusstraße und Gastarbeiterunterkünfte).

#### **4. Die Haushaltsvorstände nach dem überwiegenden Lebensunterhalt**

Nach dem Ergebnis der Volkszählung 1970 bestritten die Vorstände der 795 888 Privathaushalte ihren überwiegenden Lebensunterhalt mit einem Anteil von

63% aus eigener Erwerbstätigkeit

35% überwiegend aus Rente, Pension, Sozialhilfe, Vermögen usw.

2% aus Unterhalt durch Eltern, Ehemann usw.

Naturgemäß bestehen für diese Durchschnittswerte in den einzelnen Stadtteilen Abweichungen nach oben und unten. Im Rahmen dieses Beitrags sollen nur Extremwerte behandelt werden. Einen darüber hinausgehenden Überblick, der über durchschnittliche Anteile aufweist, bietet das Anhangschaubild 2. Für die Analyse stehen Tabelle 7 und die Schaubilder 7a – c zur Verfügung.

##### **4.1 Höchste prozentuale Anteile der Haushaltsvorstände mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit in der südlichen Hälfte der Stadt**

Schaubild 7a macht deutlich, daß die Stadtteile mit den zehn höchsten prozentualen Anteilen der Haushaltsvorstände, die überwiegend von eigener Erwerbstätigkeit leben, sich hauptsächlich im südlichen Hamburg finden. Es handelt sich um ungefähr die Hälfte der auch in anderem Zusammenhang immer wieder genannten landwirtschaftlich genutzten Vier- und Marschlande im Bezirk Bergedorf, um das auch landwirtschaftlich genutzte, vor allem aber von Werftarbeitern bewohnte Neuenfelde im Bezirk Harburg und um die völlig anders strukturierten Stadtteile des Bezirkes Hamburg-Mitte: Billbrook, Hammerbrook und Steinwerder, wobei die beiden letztgenannten mit 81,4% und 93,6% auch die höchsten Anteile aufweisen. In der Reihenfolge der An-

teile (Tabelle 7a) folgen das zahlenmäßig kleinste Spadenland mit 80,7% und Billbrook mit 78,1% Anteil. Beide bieten wieder ein Beispiel dafür, daß bei der Interpretation auch die absoluten Zahlen beachtet werden müssen. Spadenland hat 96 Haushaltsvorstände mit überwiegendem Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit, Billbrook dagegen 1267. Ähnlich bemerkenswerte Unterschiede in den absoluten Zahlen (bei einer prozentualen Punktdifferenz von nur 1,4) weisen Tatenberg und Kirchwerder auf (Tabelle 7a).

Das Hervorheben der Stadtteile einschließlich der z. T. erheblichen un bebauten Flächen im Schaubild kann ohne Hinzuziehen der Tabelle zu unrichtigen Vorstellungen führen; korrekter ist in dieser Hinsicht das als Kartogramm lediglich auf die bebauten Flächen bezogene Anhangschaubild 2. Hier könnte mit Hilfe der Maschinenzichen die Dichte der Besiedlung verdeutlicht werden – vgl. dort z. B. Spadenland/Tatenberg mit Billbrook.

Die Stadtteile mit den prozentual niedrigsten Anteilen befinden sich – Schaubild 7a – alle in der nördlichen Hälfte der Stadt; es sind u. a. stark bewohnte Stadtteile nördlich der Außenalster, hafennahe, aber dünn besiedelte Teile des Bezirkes Hamburg-Mitte und Ottensen. Alle in der Tabelle 7a aufgeführten Namen bis auf Borgfelde und Hohe Luft-Ost kehren in der Tabelle 7b unter der Rubrik „mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente, Pension usw.“ wieder. Daraus wird verständlich, warum hier die niedrigsten prozentualen Anteile für überwiegenden Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit gegeben sind.

Abschließend zur Tabelle 7a ist noch festzustellen, daß der Abstand der Niedrigstwerte zu dem Durchschnitt von 63% in Punkten ausgedrückt wesentlich geringer ist als der Abstand der Höchstwerte vom Durchschnitt. Hierauf sollte hingewiesen werden, weil z. B. Winterhude, Barmbek-Nord und Ottensen generell nicht den Eindruck hervorrufen, daß es sich hier um ausgesprochene Wohngebiete von Rentnern/Pensionären handele.

##### **4.2 Nördlich der Elbe wohnen zahlreiche Rentner und Pensionäre**

Daß gleichwohl diese soziale Gruppe in den genannten Stadtteilen mit einem bedeutsamen Anteil (über 40%) vertreten ist, zeigt die eben erwähnte Tabelle 7b (Haushaltsvorstände mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente, Pension, Sozialhilfe, Vermögen usw. Das dazu gehörende Schaubild 7b ist im allgemeinen ein Spiegelbild vom Schaubild 7a – auf den ersten Blick scheinen nur Teile der Vier- und Marschlande und Francop dazugekommen zu sein.

Nach der Stadtteils-Struktur lassen sich bei den Höchstwerten zusammenfassen der Kleine Grasbrook (besitzt mit 48,7% den höchsten Anteil), die Veddel, Ottensen und Altona-Nord: Alle vier Stadtteile haben überdurchschnittliche Anteile an Arbeitern.

Schaubild 7a

Stadtteile mit den höchsten und den niedrigsten prozentualen Anteilen des überwiegenden Lebensunterhalts aus eigener Erwerbstätigkeit



Statistisches Landesamt Hamburg

Tabelle 7

Haushaltsvorstände in Hamburg am 27. 5. 1970 nach ausgewählten Stadtteilen und dem überwiegenden Lebensunterhalt aus  
a) eigener Erwerbstätigkeit (Durchschnittlicher Anteil für Hamburg insgesamt 62,8 %)

Stadtteile mit den jeweils höchsten prozentualen Anteilen				Stadtteile mit den jeweils niedrigsten prozentualen Anteilen			
Stadtteile	Haushalts- vorstände insgesamt	darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit		Stadtteile	Haushalts- vorstände insgesamt	darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit	
		Zahl	%			Zahl	%
	1	2	3		1	2	3
Steinwerder	346	324	93,6	Kleiner Grasbrook	788	395	50,1
Hammerbrook	430	350	81,4	Dulsberg	11 597	6 072	52,4
Spadenland	119	96	80,7	Barmbek-Nord	26 090	14 275	54,7
Billbrook	1 622	1 267	78,1	Eppendorf	14 867	8 169	55,0
Ochsenwerder	684	529	77,3	Winterhude	32 126	17 653	55,0
Neuenfelde	1 675	1 289	77,0	Borgfelde	4 186	2 308	55,1
Tatenberg	151	116	76,8	Ottensen	18 067	10 212	56,5
Kirchwerder	2 485	1 873	75,4	Veddel	2 575	1 458	56,6
Curslack	828	617	74,5	Fuhlsbüttel	7 205	4 108	57,0
Neuengamme	1 115	828	74,3	Hoheluft-Ost	6 525	3 753	57,5

Schaubild 7b

Stadtteile mit den höchsten und den niedrigsten prozentualen Anteilen des überwiegenden Lebensunterhalts aus Rente, Pension Sozialhilfe, Vermögen usw.



Statistisches Landesamt Hamburg

noch: Tabelle 7

b) Rente, Pension, Sozialhilfe, Vermögen usw. (Durchschnittlicher Anteil für Hamburg insgesamt 35,2%)

Stadtteile mit den jeweils höchsten prozentualen Anteilen				Stadtteile mit den jeweils niedrigsten prozentualen Anteilen			
Stadtteile	Haushaltsvorstände insgesamt	darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente, Pension usw.		Stadtteile	Haushaltsvorstände insgesamt	darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Rente, Pension usw.	
		Zahl	%			Zahl	%
	1	2	3		1	2	3
Kleiner Grasbrook	788	384	48,7	Steinwerder	346	20	5,8
Dulsberg	11 597	5 357	46,2	Hammerbrook	430	70	16,3
Barmbek-Nord	26 090	11 441	43,9	Spadenland	119	22	18,5
Winterhude	32 126	13 602	42,3	Billbrook	1 622	348	21,5
Veddel	2 575	1 082	42,0	Neuenfelde	1 675	374	22,3
Eppendorf	14 867	6 162	41,4	Ochsenwerder	684	153	22,4
Ottensen	18 067	7 432	41,1	Tatenberg	151	35	23,2
Fuhlsbüttel	7 205	2 924	40,6	Gut Moor	102	24	23,5
Ohlsdorf	8 088	3 250	40,2	Kirchwerder	2 485	590	23,7
Altona-Nord	11 531	4 624	40,1	Francop	239	57	23,8

Schaubild 7c

Stadtteile mit den höchsten und den niedrigsten prozentualen Anteilen des überwiegenden Lebensunterhalts aus Unterhalt durch Eltern, Ehemann usw.



Statistisches Landesamt Hamburg

noch: Tabelle 7

c) Unterhalt durch Eltern, Ehemann usw. (Durchschnittlicher Anteil für Hamburg insgesamt 2,0%)

Stadtteile mit den jeweils höchsten prozentualen Anteilen				Stadtteile mit den jeweils niedrigsten prozentualen Anteilen			
Stadtteile	Haushaltsvorstände insgesamt	darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Unterhalt durch Eltern usw.		Stadtteile	Haushaltsvorstände insgesamt	darunter mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Unterhalt durch Eltern usw.	
		Zahl	%			Zahl	%
		1	2			3	1
Rotherbaum	11 436	795	6,9	Tatenberg	151	—	—
Borgfelde	4 186	241	5,8	Ochsenwerder	684	2	0,3
Harvestehude	11 985	562	4,7	Billbrook	1 622	7	0,4
Gut Moor	102	4	3,9	Waltershof	614	3	0,5
Groß-Flottbek	5 375	199	3,7	Neuland	581	3	0,5
Hohenfelde	5 699	212	3,7	Altenwerder	797	4	0,5
Eppendorf	14 867	536	3,6	Steinwerder	346	2	0,6
Alsterdorf	5 916	208	3,5	Curslack	828	5	0,6
Lokstedt	10 155	337	3,3	Rönneburg	848	5	0,6
Othmarschen	5 066	160	3,2	Neuengamme	1 115	8	0,7
				Moorburg	577	4	0,7
				Neuenfelde	1 675	12	0,7

In den übrigen sechs Stadtteilen, die im mittleren Norden der Stadt liegen, sind Arbeiter weniger stark vertreten, hier bestimmen Angestellte/Beamte und Selbständige das Bild (s. auch Anhangschaubild 1); es kann wohl angenommen werden, daß der Kreis von Einkommensbeziehern nach Tabelle 7b im großen und ganzen aus den jeweils entsprechenden Schichten hervorgegangen ist. Leider sind bislang die Einkünfte aus Rente, Pension, Sozialhilfe, Vermögen usw. nicht getrennt nachgewiesen. Unter diesen Umständen ist keine regionale und quantitative Aufgliederung möglich, es läßt sich aber vermuten, daß in Stadtteilen mit bevorzugter Wohnlage z. B. Lebensunterhalt aus Vermögen und Pension in stärkerem Maße bezogen wird als Sozialhilfe.

Die Stadtteile mit den zehn prozentual niedrigsten Anteilen an Haushaltsvorständen, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus Rente, Pension usw. beziehen, liegen nur in den Bezirken Hamburg-Mitte (Steinwerder mit dem niedrigsten Anteil von 5,8%, Hammerbrook – beide dünn besiedelt – und Billbrook), Harburg und Bergedorf (Ortsamt Vier- und Marschlande). In der zugrundeliegenden Berufsstruktur handelt es sich bei Bezirk Hamburg-Mitte um überdurchschnittlich mit Arbeitern besetzte Stadtteile, in den übrigen Gebieten herrschen landwirtschaftlich Selbständige allein oder mit Arbeitern gemischt vor – z. B. Neuenfelde, Francop – s. dazu auch Anhangschaubild 1.

#### 4.3 Standorte der Haushalte mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Eltern (Ehemann usw.)

Tabelle 7c und Schaubild 7c weisen die Haushalte aus, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Eltern, Ehemann usw. beziehen. Wie schon bei den anderen Einkünften, sind wieder nur die Extremwerte angegeben.

Bei den zehn Stadtteilen mit den prozentual höchsten Anteilen sollte man das im Hinblick auf die Haushalte größtmäßig unbedeutende Gut Moor ausschalten. Die restlichen neun Stadtteile liegen alle nördlich der Elbe. Abgesehen von den beiden Elbvororten Othmarschen und Groß-Flottbek befinden sich die Stadtteile zusammenhängend in durchweg günstiger Lage zur Universität, Hochschule für Musik und darstellende Kunst, zur Hochschule für bildende Künste und zur Werkkunstschule (beide in Hohenfelde). Bekannt sind im Hinblick auf die Universitätsnähe Rothenbaum (mit 6,9% Anteil fast 5 Punkte über dem Durchschnitt) und Harvestehude (4,7%), beides Stadtteile, in denen auch Einpersonenhaushalte im Vergleich zu Hamburg insgesamt überdurchschnittlich vertreten sind. An Harvestehude grenzt Eppendorf mit dem Universitätskrankenhaus an, und von den weiter angrenzenden Stadtteilen Lokstedt und Alsterdorf sind Universität und Klinikhörsäle verkehrsmäßig gut zu erreichen. Hinzu kommt, daß sich in den Gebieten mit Ausbildungsstätten verhältnismäßig zahlreiche Großwohnungen (Altbauten) befinden, die sich zur Untervermietung eignen.

Borgfelde fällt durch seinen zweiten Platz in der Skala auf (5,8% Anteil). Eine Erklärung dafür dürfte

in der Nachbarschaft zu Hohenfelde und dem Vorhandensein eines Studentenwohnheims zu suchen sein. Man vergleiche – Tabelle 7c – auch hier wieder einmal prozentuale Anteilssätze und absolute Zahlen – Beispiel: Borgfelde mit 5,8% bei 4 186 Haushaltsvorständen insgesamt und Eppendorf mit 3,6% Anteil und 14 867 Haushaltsvorständen insgesamt.

Bei den prozentual niedrigsten Anteilen sind hier 12 Stadtteile aufgeführt. Der Grund liegt darin, daß die drei letztangeführten alle über den gleichen Anteil von 0,7% verfügen. Wie aus der Tabelle 7c (rechte Seite) ersichtlich, dürften – lagebedingt – hier kaum Studenten in eigenem Haushalt wohnen. Die absoluten Zahlen der Haushalte, die überwiegend durch Eltern, Ehemann usw. ihren überwiegenden Lebensunterhalt beziehen, liegen – mit Ausnahme von Neuenfelde – alle unter 10. Regional gesehen handelt es sich um die südliche Hälfte Hamburgs, Gebiete, in denen überdurchschnittlich Arbeiter, (selbständige) Landwirte und Arbeiter und Selbständige wohnen.

#### 4.4 Größte Streuung der Anteilssätze bei den Erwerbstätigen

Die Stadtteile, die den nachstehenden Extremwerten zugeordnet werden müssen, sind zum größten Teil als Sonderfälle in dem vorstehenden Beitrag schon wiederholt erwähnt worden.

Überwiegender Lebensunterhalt aus	Niedrigster Anteil in %	Durchschnittlicher Anteil in %	Höchster Anteil in %
Erwerbstätigkeit	50,1	62,8	93,6
Rente/Pension, Sozialhilfe, Vermögen usw.	5,8	35,2	48,7
Unterhalt durch Eltern, Ehemann usw.	–	2,0	6,9

Überwiegender Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit wurde mit 50,1% als niedrigstem Anteil, das sind 12,7 Punkte weniger als der durchschnittliche Anteil von 62,8%, auf dem Kleinen Grasbrook bezogen. Der Unterschied zu Steinwerder beträgt 43,5 Punkte; hier in Steinwerder, dem Wohnsitz hauptsächlich von Wertarbeitern, liegt mit 93,6% der überwiegende Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit also am höchsten. Entsprechend niedrig ist auf Steinwerder der Prozentsatz derer, die überwiegend von Rente, Pension usw. leben: Mit 5,8% halten diese Einkommensbezieher den niedrigsten Anteil Hamburgs überhaupt. Erst wenn man diesen Anteil versechsfacht, erhält man fast den Durchschnitt von 35,2%; 13,5 Punkte über dem Durchschnitt, also 48,7% hoch liegt der höchste Anteilssatz, der bei Rente, Pension usw. erreicht wurde; wir finden ihn auf dem Kleinen Grasbrook.

Die für den überwiegenden Lebensunterhalt durch Eltern, Ehemann usw. ausgewiesenen Sätze sind



zwar absolut und prozentual verständlicherweise recht niedrig, die Spannweite — besonders vom Durchschnitt bis zum höchsten Anteil — aber (relativ) groß.

Der niedrigste Anteil (—) findet sich bei dem landwirtschaftlich strukturierten Stadtteil Tatenberg, der durchschnittliche Anteil ist 2%; erst das fast Dreieinhalbfache davon, nämlich 6,9%, weist in Rotherbaum den höchsten Anteil an Haushaltsvorständen aus, die ihren überwiegenden Lebensunterhalt durch Bezüge von den Eltern usw. bestreiten.

## 5. Anhang

### 5.1 Erläuterung der in dem Beitrag zugrundegelegten Begriffe und Merkmale

#### Privathaushalt

Als Haushalt (Privathaushalt) zählt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt. Zum Haushalt können außer verwandten auch familienfremde Personen gehören, z. B. häusliches Dienstpersonal, gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Anstalten gelten nicht als Privathaushalte, können aber solche Haushalte im Anstaltsbereich beherbergen (z. B. den Haushalt des Anstaltsleiters, des Pförtners usw.). auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person (z. B. ein Untermieter) ist ein Privathaushalt.

#### Bevölkerung in Privathaushalten

Die Bevölkerung in Privathaushalten umfaßt — mit wenigen Ausnahmen — alle in Hamburg gezählten Personen, die entweder allein oder zusammen mit Angehörigen eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft bilden (wohnberechtigte Bevölkerung abzüglich Anstaltsbevölkerung). Zu ihnen gehören einmal Personen, die in Hamburg ihren alleinigen Wohnsitz haben, ferner Personen mit mehreren Wohnsitzen, wobei es keine Rolle spielt, wo sie sich überwiegend aufhalten. So ist z. B. der abwesende Haushaltsvorstand, der in einer anderen Gemeinde seiner Arbeit nachgeht und dort — als Untermieter — eine zweite Unterkunft hat, Angehöriger von zwei Haushalten.

Einmal zählt er zum Haushalt seiner Familie, zum anderen bildet er als Untermieter einen Einpersonenhaushalt.

Die mehrfache Erfassung und Zuordnung von Personen mit mehr als einem Wohnsitz ist dadurch begründet, daß sie an jedem Wohnsitz allein oder zusammen mit Angehörigen eine selbständig wirtschaftende Einheit bilden, entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und an den infrastrukturellen Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde teilhaben.

Nur in zwei Fällen wurde von der mehrfachen Zuordnung abgesehen:

1. Wenn alle Haushaltsmitglieder überwiegend in einer anderen Gemeinde lebten bzw. von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gingen, wurden sie an dem Ort, wo sie sich nur zeitweilig aufhielten, nicht zur Bevölkerung in Privathaushalten gerechnet.
2. Ledige Personen mit 25 und mehr Jahren wurden nicht mehr zum Haushalt der Eltern (im Sinne der „Bevölkerung in Privathaushalten“) gerechnet, wenn sie weiteren Wohnraum hatten, von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gingen bzw. sich dort überwiegend aufhielten, ihren Lebensunterhalt selbst bestritten und nicht etwa Haushaltsvorstand im Haushalt der Eltern waren.

#### Haushaltsgröße

Als Haushaltsgröße wird die Gliederung der Haushalte nach der Zahl der Haushaltsmitglieder bezeichnet, wobei von der „Bevölkerung in Privathaushalten“ ausgegangen wird.

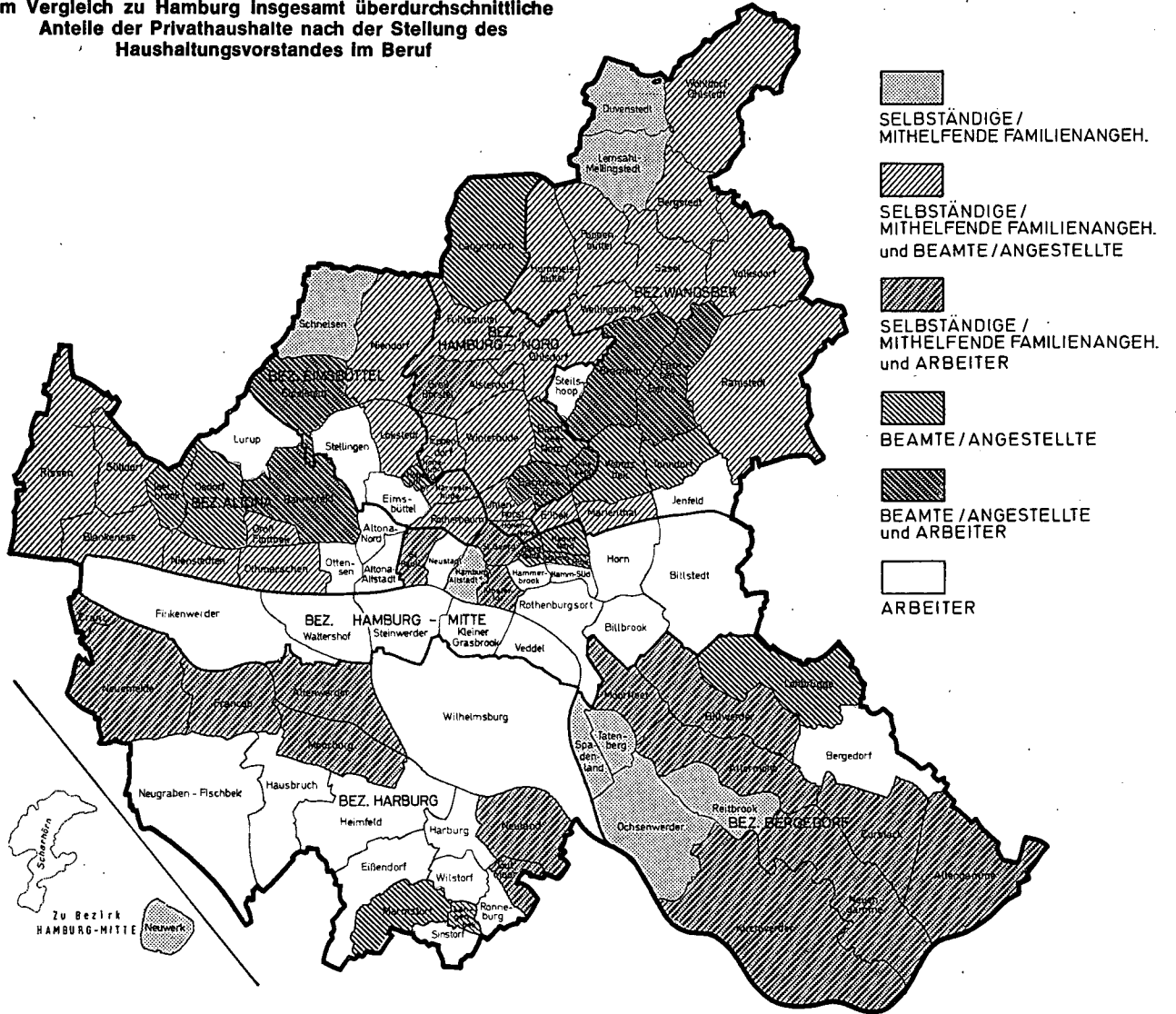
**Durchschnittliche Haushaltsgröße**  
Sie gibt an, wieviel Personen im Durchschnitt auf einen Privathaushalt entfallen und errechnet sich aus dem Quotienten „Bevölkerung in Privathaushalten“ zur „Zahl der Privathaushalte“.

Hinsichtlich der Definitionen zu „Stellung im Beruf“ s. „Hamburg in Zahlen“, Heft 8/72, S. 269 f.

Hans Georg Wollenhaupt

Anhangschaubild 1

Im Vergleich zu Hamburg insgesamt überdurchschnittliche  
Anteile der Privathaushalte nach der Stellung des  
Haushaltungsvorstandes im Beruf



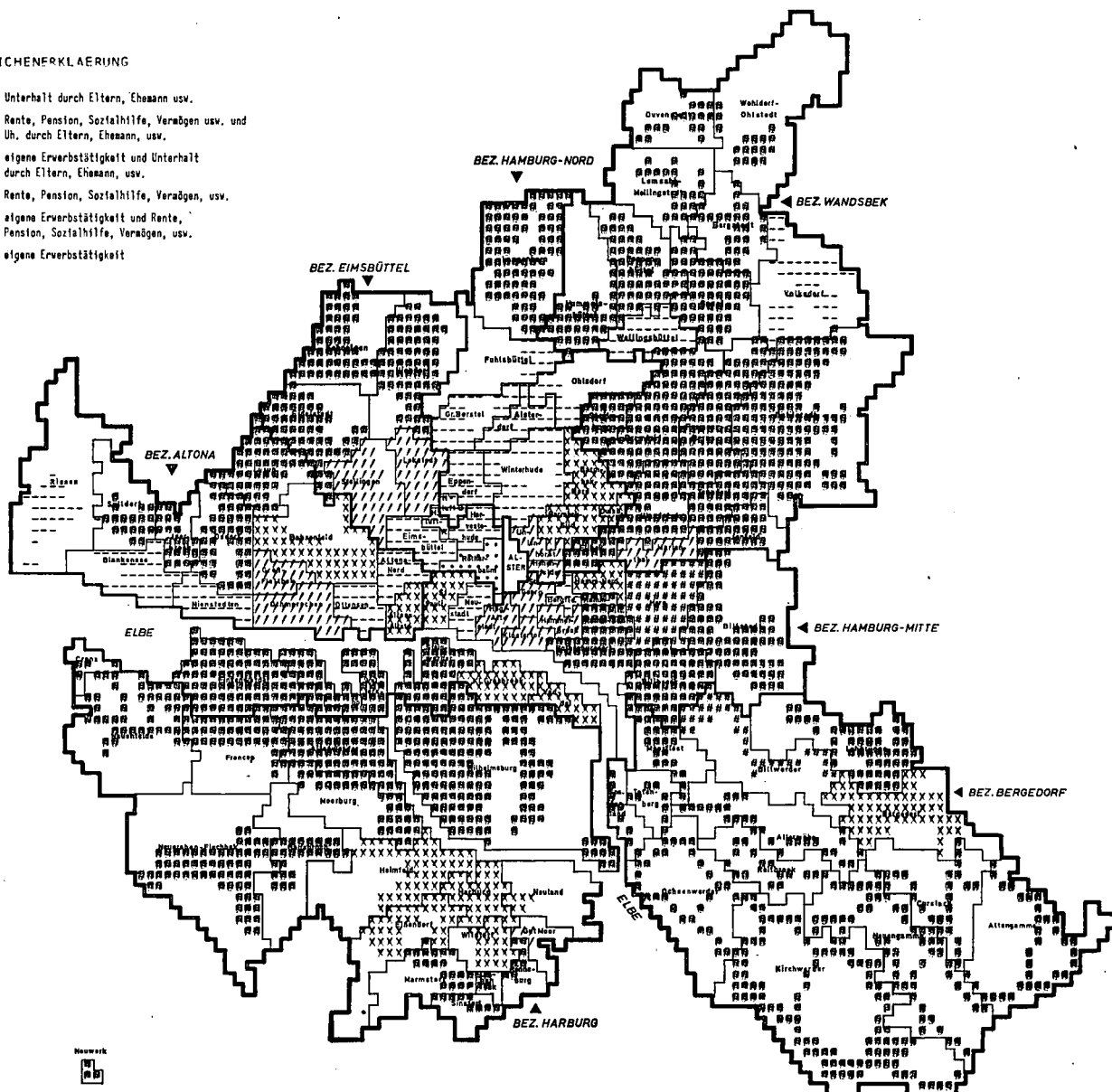
Statistisches Landesamt Hamburg

# Anhangschaubild 2

IM VERGLEICH ZU HAMBURG INSGESAMT ÜBERDURCHSCHNITTliche ANTEILE DER PRIVATHAUSHALTE  
NACH DEM ÜBERWIEGENDEN LEBENSUNTERTHALT DES HAUSHALTSVORSTANDES (VZ. 1970)

## ZEICHENERKLÄRUNG

- = Unterhalt durch Eltern, Ehefrau usw.
- = Rente, Pension, Sozialhilfe, Verträgen usw. und  
Uh. durch Eltern, Ehefrau, usw.
- / = eigene Erwerbstätigkeit und Unterhalt  
durch Eltern, Ehefrau, usw.
- X = Rente, Pension, Sozialhilfe, Verträgen, usw.
- # = eigene Erwerbstätigkeit und Rente,  
Pension, Sozialhilfe, Verträgen, usw.
- = eigene Erwerbstätigkeit



Maßstab  
1:50.000

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	762,8	765,0	759,8	763,5
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	12,9	17,3	18,6	18,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	71	68	73	74
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	5	4	5	5
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	61	32	94	60
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	195	286	203	213
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	1	1	—	2
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	23	11	18	16
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	244,8	...	...	...	244,3
"  Altona	"	284,3	256,4	...	...	...	255,9
"  Eimsbüttel	"	284,8	253,9	...	...	...	253,6
"  Hamburg-Nord	"	401,3	344,5	...	...	...	343,6
"  Wandsbek	"	357,5	375,0	...	...	...	375,7
"  Bergedorf	"	82,8	94,6	...	...	...	94,6
"  Harburg	"	199,0	204,7	...	...	...	204,6
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	...	...	...	1 772,3
dav. männlich	"	881,9	820,7	...	...	...	820,0
dav. weiblich	"	985,0	953,2	...	...	...	952,3
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	59,6	114,7	121,5	122,1	...	116,2
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019	970 p	1 180 p	...	1 103 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,9	...	...	...	7,3 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269	1 150 p	1 235 p	...	1 341 r
dar. unehelich	"	143	113	100 p	90 p	...	112 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	8,6	...	...	...	8,9 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9	9,4 p	7,3 p	...	8,4 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	...	...	...	...	...	...
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 149	2 020 p	2 050 p	...	1 976 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	25	30 p	20 p	...	34 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,5	...	...	...	13,1 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	...	...	...	...	...	...
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>9)</sup>	"	17,2	19,2	26,1 p	16,2 p	...	25,4 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 880	- 870 p	- 815 p	...	- 635
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,0	...	...	...	- 4,2
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 466	...	...	...	6 346
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 870	...	...	...	6 641
Fortgezogene Personen	"	— 379	- 404	...	...	...	- 295
über die Landesgrenze Hamburgs	"	— 37	- 144	...	...	...	+ 36
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	— 342	- 260	...	...	...	- 331
dav. männlich	"	...	...	...	...	...	...
weiblich	"	...	...	...	...	...	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 428	...	...	...	14 863
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	...	...	...	...	...	...
Schleswig-Holstein	"	1 542	1 695	...	...	...	1 685
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	835	1 092	...	...	...	1 095
Niedersachsen	"	1 091	1 041	...	...	...	871
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	272	351	...	...	...	314
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 008	1 629	...	...	...	1 534
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	2 101	...	...	...	2 256
b) Fortgezogene nach	"	...	...	...	...	...	...
Schleswig-Holstein	"	2 351	2 581	...	...	...	2 672
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 620	1 960	...	...	...	1 979
Niedersachsen	"	1 268	1 564	...	...	...	1 442
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	525	830	...	...	...	747
Obrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 744	...	...	...	1 608
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	981	...	...	...	919

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	11 749 273 189 81,8	11 294 260 924 79,8	11 179 272 762 83,1	11 159 246 953 78,1	11 134 251 060 78,7	11 303 256 230 77,6
b) Gemeinnützige Krankenhäuser Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	4 573 123 729 89,1	4 740 127 459 87,5	4 847 132 753 88,3	4 847 122 817 84,5	4 847 125 535 83,9	4 690 124 533 85,3
c) Private Krankenhäuser Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	745 19 012 81,8	798 20 890 85,0	797 21 659 88,2	797 18 975 78,6	797 17 741 72,0	803 20 573 84,1
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	885 21 274 81,7	820 19 998 79,9	820 20 555 83,4	820 19 217 80,6	820 20 772 84,3	820 20 910 82,3
b) Tbc-Heilstätten Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	1 084 25 628 85,0	761 17 462 81,8	761 18 150 89,0	761 17 065 86,5	761 16 944 81,3	761 17 430 81,1
<b>3. Krankenhäuser für Geistesranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	1 743 48 245 91,4	1 741 43 686 86,2	1 739 45 568 89,9	1 739 43 729 89,2	1 739 44 577 88,0	1 743 44 126 85,0
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	1 275 38 084 98,2	1 291 38 605 97,8	1 287 38 925 97,6	1 287 37 077 96,0	1 287 39 019 97,8	1 292 39 202 97,9
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs Bettenbestand <sup>1)</sup> ) Pflegetage Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	Anzahl ‰	1 476 43 630 97,1	1 420 41 731 95,0	1 312 42 212 98,6	1 312 40 594 98,1	1 312 42 287 98,9	1 422 42 276 95,0
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>1)</sup>)</b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup> ) Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup> )	1 000 -	667,8 455,8	688,8 625,0	694,9 631,4	695,2 631,6	694,5 630,7	688,4 624,9
<b>2. Öffentliche Bücherhallen einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände Ausgeliehene Noten	Anzahl -	348 686 3 241	462 919 6 242	492 054 6 624	486 329 7 138	470 512 6 202	438 171 5 458
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>1)</sup>)</b>							
Ausgeliehene Bände Benutzer der Lesesäle	Anzahl -	28 113 10 485	38 398 13 998	46 134 15 959	35 606 13 914	35 665 12 078	34 024 12 268
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
	Anzahl	43 961	60 227	55 605	56 933	72 920	62 487
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup>)</b>							
Mitglieder dav. Pflichtmitglieder Freiwillige Mitglieder Rentner Krankenstand der Pflichtmitglieder dav. männlich weiblich	1 000 . . . . . .	677,8 431,4 70,9 175,5 26,7 17,9 8,8	687,0 404,7 48,3 234,0 24,5 18,8 7,7	681,3 399,8 46,6 234,9 27,9 18,9 9,0	680,6 398,8 46,4 235,4 28,5 19,4 9,1	679,9 398,0 46,4 235,5 24,8 17,1 7,7	688,7 406,6 48,3 233,8 22,3 15,4 6,9

<sup>1)</sup> am Monatsende. — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	5 012	4 437	4 792	3 808
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 696	2 329	2 468	2 157
weiblich	"	1 092	2 004	2 316	2 108	2 324	1 651
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	.	.	.	32
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	.	.	.	31
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	.	.	.	67
Elektriker	"	24	28	.	.	.	22
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	.	.	.	42
Tischler, Modelbauer	"	24	18	.	.	.	14
Drucker	"	44	48	.	.	.	27
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	.	.	.	9
Ernährungsberufe	"	75	92	.	.	.	59
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	.	.	.	119
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	.	.	.	109
Warenkaufleute	"	368	421	.	.	.	362
Verkehrsberufe	"	313	252	.	.	.	218
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	.	.	.	886
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	.	.	.	308
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	20 355	22 210	21 877	20 404
dav. männlich	"	13 014	9 643	11 334	12 443	12 336	10 316
weiblich	"	12 813	9 073	9 021	9 767	9 541	10 088
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>	"	5 841	5 654	5 496	4 920	5 899	6 377
dav. männlich	"	4 134	4 025	4 003	3 580	4 182	4 528
weiblich	"	1 707	1 629	1 493	1 330	1 717	1 849
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen	"	10 527	5 435	5 917	5 935	6 960	5 729
dav. männlich	"	9 955	4 568	5 079	4 937	5 788	4 854
weiblich	"	572	867	838	998	1 172	875
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>	"	8 299	11 472	11 482	11 127	10 894	10 638
dav. männlich	"	5 512	5 810	5 823	5 593	5 444	5 392
weiblich	"	2 787	5 662	5 659	5 534	5 450	5 246
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	.	.	.
weiblich	"	5 157	18 618	.	.	.	.
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 894	1 663	1 427	1 551
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	96,6	96,2	95,9	94
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	10,6	13,4	12,1	10,1	11,4
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	11 389	11 679	11 502	12 015
dav. lose	"	3 628	1 925	1 753	1 766	1 561	2 084
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	.
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	8 292	8 409	7 953	9 169
mit abweich. Fettgehalt	"	.	148	401	248	595	190
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"	.	.	183	184	186	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	943	1 072	1 393	572
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	745	1 188	1 070	946
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	6,0	5,1	5,1	5,5
Kälber	"	2,6	1,3	1,0	1,3	1,0	1,7
Schweine	"	47,0	35,1	29,3	28,2	29,6	34,9
Schafe	"	2,7	0,8	0,7	0,6	0,6	0,7
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	4,7	4,0	4,7	5,0
Kälber	"	2,5	1,2	1,0	1,3	0,9	2,0
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,8	36,1	29,6	28,3	29,8	35,0
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>	"	6 229	5 355	4 197	3 925	4 188	4 648
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	1 595	1 701	1 273	1 112	1 270	1 242
Kälber	t	187	114	72	80	69	147
Schweine	"	4 318	3 511	2 829	2 712	2 834	3 236

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und Öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie *)</b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 367	1 366	1 366	1 413
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	194	194	194	198
• dar. Arbeiter *)	"	152	123	119	119	119	123
• Geleistete Arbeiterstunden *)	"	24 859	18 971	19 047	17 990	16 352	17 384
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	202	205	205	185
• Gehälter (Bruttosumme)	"	75	153	166	183	167	149
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE *)	14	4	4	4	4	4
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 680	2 095	1 913	2 028
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) *)	1 000 cbm	-	48 231	63 589	55 440	54 558	46 153
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	55	46	44	42
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	183	179	178	155
• Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	18	13	11	11	10	11
• Umsatz *)	Mio DM	1 304	1 713	2 031	1 892	1 815	1 646
• dar. Auslandsumsatz *)	"	155	247	286	304	270	210
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	130,6	132,4 r	115,3 p	111,1
• Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,9	130,0	133,3	114,9 p	110,8
• Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	135,6	150,5	154,7	133,9 p	118,3
• Investitionsgüterindustrie	"	110,0	126,7	137,0	142,1	111,0 p	108,6
• Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	107,0	111,8	110,9	87,3 p	97,9
• Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	108,2	105,1	107,1	105,5 p	108,6
• Bauindustrie	"	103,7	131,9	147,1	144,4 r	110,0 p	127,5
Umsatz *) nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 713	2 031	1 892	1 815	1 646
• dar. Mineralölverarbeitung	"	215	280	304	318 r	338	262
• Chemische Industrie	"	101	155	175	173 r	162	143
• Elektroindustrie	"	143	223	231	234	200	174
• Maschinenbau	"	83	136	141	169	133	135
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserrförderung	Mio cbm	11	13	14	14	14	14
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	501	409	465	409
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	51	46	46	33
<b>Vj.-Durchschnitt *)</b>							
		1965	1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe *)</b>							
		1965	1972	Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	44 583	44 486	44 269	44 746
• dar. Inhaber	"	1 365	1 258	1 217	1 274	1 241	1 261
• Angestellte	"	4 684	5 898	6 173	6 197	6 212	5 844
• Arbeiter **)	"	43 102	37 035	37 193	37 015	36 816	37 641
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	6 550	6 109	5 373	6 103
• dav. für Wohnungsbauten	"	2 216	2 030	1 989	1 892	1 453	1 805
• gewerblich und industr. Bauten	"	1 673	2 064	2 294	1 980	2 035	2 078
• öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 015	2 267	2 237	1 885	2 220
• Löhne (Bruttosumme) **)	Mio DM	46,3	78,9	93,6	88,1	83,5	79,5
• Gehälter (Bruttosumme) **)	"	5,9	14,3	14,6	16,8	16,5	14,1
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	220,3	235,5 r	241,4	363,7	248,1
• dav. im Wohnungsbau	"	42,2	73,1	52,7	65,9	99,5	96,3
• gewerblich und industr. Bau	"	31,0	73,8	95,7	85,9	88,6	85,4
• öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	73,4	87,1 r	89,6	175,6	66,4
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175	165	270	243	163
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	-	94	94	201	161	97
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	366	410	660	398
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	78,6	78,4	144,6	74,3
• Wohnfläche	1 000 qm	95	93	76	84	128	84
<b>Nichtwohnbauten</b>							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	81	92	76	55
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604	838	468	882	485
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	98,2	84,4	128,2	71,9
• Nutzfläche	1 000 qm	73	107	139	103	186	94
<b>Wohnungen</b>							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	1 002	1 094	1 955	1 185

\*) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrielerichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — \*) einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — \*) einschließlich Lehrlingsstunden. — \*) eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. — \*) bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — \*) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren; ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — \*) bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — \*) ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — \*) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — \*\*) einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — \*\*) ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	158	137	243	162	159
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	423	308	369	473	376
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	63,4	78,5	100,1	66,5
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	60	88	57	55
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	636	822	460	542	492
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	124,2	75,1	76,4	107,5
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 140	1 237	928	930	1 351	1 061
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)							
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	130	89	111	109
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92	61	52	52	71
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	263	213	274	198
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7	48,3	40,9	55,0	31,4
Wohnfläche	1 000 qm	96	89	56	45	57	40
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	66	34	44	38	45
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435	566	211	160	219
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3	59,8	30,8	24,0	24,5
Nutzfläche	1 000 qm	69	80	90	41	37	47
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 438	1 238	728	595	822	523
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)		968	655	309	238	188	256
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert							
<b>5. Bauüberhang</b> (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651	16 100	16 500	17 000	19 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		7 136	2 922	4 200	4 400	5 000	4 100
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	187	187	186
Wohnungen		636	724	727	727	728	714
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 705	2 715	2 717	2 720	2 668
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	212	191	182	180
dar. Warenhäuser		130	292	288	285	297	283
Fach Einzelhandel		120	165	177	165	154	155
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100			153	...	...	...
dav. Unternehmen des Außenhandels				162	...	...	...
Unternehmen des Binnengroßhandels				143	...	...	...
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990					
Lieferungen Hamburgs		140 188					
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	329	491	361	...	253
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft		17	33	35	35	...	22
Gewerblichen Wirtschaft		195	296	456	326	...	231
dav. Rohstoffe		2	2	4	2	...	3
Halbwaren		60	58	87	83	...	54
Fertigwaren		143	238	365	241	...	174
dav. Vorerzeugnisse		9	21	28	23	...	17
Enderzeugnisse		134	215	337	218	...	157
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa		152	237	375	272	...	183
dar. EWG-Länder		65	98	275	179	...	82
EFTA-Länder		87	99	62	50	...	73

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. - \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. - \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. - \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
<b>Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr</b>							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
* Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	"	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
* Fremdenmeldungen	1 000	120	116	141	141	...	142
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	52	48	...	61
* Fremdenübernachtungen	"	232	223	260	272	...	258
dar. von Auslandsgästen	"	90	75	93	91	...	106
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 558	1 565 r	1 496 r	1 590 p	1 631
Angekommene Schiffe	"	1 739	1 611	1 617 r	1 565 r	1 630 p	1 653
Abgegangene Schiffe	"	"	"	"	"	"	"
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 855	3 956 r	4 028 p	4 041 p	3 464
dav. Empfang	"	2 229	2 966	3 010 r	2 975 p	3 007 p	2 661
dav. Massengut	"	1 634	2 342	2 314 r	2 322 p	2 381 p	1 999
dar. Mineralöle	"	968	1 392	1 456 r	1 421 p	1 445 p	1 254
Kohle	"	192	166	155 r	132 p	70 p	157
Getreide	"	180	259	211 r	87 p	163 p	101
Sack- und Stückgut	"	585	624	696 r	653 p	626 p	662
Versand	"	713	889	946 r	1 053 p	1 034 p	803
dav. Massengut	"	292	398	377 r	452 p	453 p	330
Sack- und Stückgut	"	421	491	569 r	601 p	581 p	473
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
* Gütereingang	1 000 t	340	381	505	447	444	398
* Güterversand	"	309	424	553	482	318	314
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	3 225 p	2 856 p	2 683 p	3 666
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	3 027	3 226 p	2 856 p	2 682 p	3 671
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	169,3 p	137,6 p	119,4 p	158,5
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	142,9	171,0 p	133,5 p	135,7 p	171,9
Angekommene Fracht	t	578	1 278	1 269 p	919 p	841 p	1 047
Abgegangene Fracht	"	587	1 059	1 028 p	716 p	679 p	915
Angekommene Post	"	185	346	379 p	308 p	248 p	352
Abgegangene Post	"	229	369	385 p	345 p	304 p	354
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	12 034	10 509	...	10 490
Hoch- u. U-Bahn	"	13 705	15 714	16 485	14 619	...	14 390
Straßenbahn	"	9 438	3 946	4 385	2 816	...	3 882
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	13 963	-15 026	14 603	...	13 104
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 568	2 757	2 422	...	2 330
Private Kraftomnibusse	"	301	278	417	364	...	316
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Führberechtigung <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich)							
dar. Personenkraftwagen <sup>6)</sup> <sup>7)</sup>	1 000	352,2	480,7	492,7	494,4	495,1	501,2
dar. Personenkraftwagen <sup>6)</sup> <sup>7)</sup>	"	310,8	432,6	442,4	443,7	444,3	451,1
b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge							
dar. Personenkraftwagen <sup>6)</sup>	Anzahl	5 071	5 944	7 200	5 945	...	5 708
Lastkraftwagen	"	4 632	5 409	6 527	5 483	...	5 236
Lastkraftwagen	"	362	414	442	320	...	353
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
* Unfälle mit Personenschaden <sup>8)</sup>	Anzahl	859	1 064	1 132	1 056	905	1 096
* Getötete Personen	"	26	29	13	26	16	17
* Verletzte Personen	"	1 106	1 428	1 509	1 389	1 260	1 506

<sup>1)</sup> ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. - <sup>2)</sup> ohne Translt. - <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. - <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. - <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. - <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
• Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	38 316,3	38 794,2	38 657,6	31 761,3
• dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 084,9	10 169,9	10 450,7	10 291,9	9 832,7
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	9 935,1	10 052,9	10 358,7	10 213,5	9 694,5
• Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	"	.	4 905,0	5 920,2	5 926,4	5 945,9	4 873,1
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	4 510,4	5 470,5	5 480,4	5 493,1	4 478,3
• Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	"	.	17 004,4	22 226,2	22 417,1	22 419,8	17 055,5
• dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	15 130,5	20 198,2	20 382,8	20 404,3	15 155,9
• dar. Durchlaufende Kredite	"	.	666,4	832,3	816,2	803,7	678,8
• Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	21 033,4	27 266,1	27 260,3	27 546,3	21 518,4
• dav. Sicht- und Termingelder	"	.	11 939,4	17 678,8	17 716,0	18 057,7	12 393,4
• dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 492,8	12 721,6	12 762,5	13 168,3	10 961,8
• Spareinlagen	"	.	4 089,9	9 094,0	9 544,3	9 488,6	9 125,0
• dar. bei Sparkassen	"	.	2 792,9	5 970,0	6 280,3	6 231,0	5 965,7
• Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	.	244,3	538,9	496,1	559,4	649,2
• Lastschriften auf Sparkonten	"	.	203,9	492,3	515,5	619,0	607,8
• Zinsgutschriften	"	.	12,9	36,5	2,2	3,9	4,8
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	16	15	11	16
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	666	628	711	714
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 859	2 077	3 504	2 736
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>4)</sup></b>	Anzahl	20 563	24 087	25 826	24 981	24 503	21 439
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 191	3 911	3 283	3 470	3 176
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 198	1 435	1 594	1 276	1 730	1 100
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	464	582	444	555	407
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>5)</sup></b>	Anzahl	162	154	157	156	158	154
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 864	5 873	5 916	5 542
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 851	6 022	6 070	6 116	5 660
Gesellschaften m. b. H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 252	5 341	5 370	5 086
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM	.	695 916	588 461	1 029 623	711 672	572 427
• dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	403 928	283 198	659 782	384 640	269 382
• dav. Lohnsteuer	"	89 007	253 391	258 555	295 945	327 249	206 818
• Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	86 357	18 841	224 801	24 635	53 801
• Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	21 053	3 300	31 507	14 917	9 953
• Körperschaftsteuer	"	36 706	43 128	2 502	107 530	17 839	— 1 190
• Steuern vom Umsatz	"	82 827	291 987	305 263	369 841	327 032	303 044
• dav. Umsatzsteuer	"	.	174 696	188 562	223 819	203 117	187 978
• Einfuhrumsatzsteuer	"	.	117 291	116 701	146 022	123 915	115 066
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	761 079	840 176	838 999	736 327
• dar. Zölle	"	45 078	57 880	57 037	55 152	50 930	50 107
• Verbrauchsteuern	"	358 150	639 003	683 157	756 638	766 702	665 565
• dar. Mineralölsteuer	"	261 342	538 007	573 158	644 273	660 236	564 209
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	69 484	21 802	28 748	28 343
• dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 502	46 375	— 175	3 279	1 156
• Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 130	12 455	11 852	12 130	11 855
• Biersteuer	"	2 430	3 327	3 104	3 586	3 659	3 705
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	184 029	22 111	75 538	55 880
• dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	58 771	160 402	16 888	15 607	10 596
• Grundsteuer A	"	73	91	146	183	29	21
• Grundsteuer B	"	5 134	9 106	19 579	4 175	18 943	10 831
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 120 091	1 374 025	1 219 276	1 049 754
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>	1 000 DM	157 752	242 489	310 165	321 862	132 988	169 375
• dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6)</sup>	"	122 235	153 387	114 197	293 439	83 157	53 583
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	35 415	88 088	6 622	21 083	87 449
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	11 245	38 396	—	—	—
Außerdem:	"	.	.	.	.	.	.
• Einnahmen aus Gemeindesteuern	"	46 355	58 227	107 238	22 111	75 538	55 880
• Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>7)</sup>	"	.	40 966	38 835	72 906	26 559	18 780
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	341 681	456 238	416 879	235 085	244 035

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		November 1972	Februar 1972	Mai 1973	Mai 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	187,3	190,2	200,0	182,4
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	187,7	190,9	200,8	182,7
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	186,9	189,6	199,2	182,2
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	186,4	189,2	198,6	181,7
Bürogebäude	"	112,2	180,1	184,0	186,9	195,8	179,6
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	183,8	185,8	193,2	180,4
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
<b>Bruttowochenverdienste</b>							
• männliche Arbeiter	DM	232	394	397	404	412	373
• weibliche Arbeiter	"	140	245	247	249	257	236
<b>Bruttostundenverdienste</b>							
• männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,01	9,09	9,41	8,52
• weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,04	6,07	6,20	5,75
<b>Bezahlte Wochenarbeitszeit</b>							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,1	44,4	43,8	43,8
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	40,9	41,0	41,5	41,0
<b>Geleistete Wochenarbeitszeit</b>							
• männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	35,8	40,1	-	-
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	32,0	37,2	-	-
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
<b>Kaufmännische Angestellte</b>							
• männlich	DM	1 098	1 805	1 819	1 836	2 077	1 846
• weiblich	"	747	1 381	1 394	1 410	1 488	1 330
<b>Technische Angestellte</b>							
• männlich	"	1 182	2 033	2 054	2 064	2 158	1 974
• weiblich	"	748	1 374	1 389	1 403	1 456	1 322
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
<b>Kaufmännische Angestellte</b>							
• männlich	"	1 043	1 775	1 787	1 810	1 883	1 716
• weiblich	"	668	1 254	1 264	1 282	1 288	1 201
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
<b>Kaufmännische Angestellte</b>							
• männlich	"	1 058	1 808	1 820	1 842	1 932	1 748
• weiblich	"	688	1 286	1 297	1 314	1 329	1 234
<b>Technische Angestellte</b>							
• männlich	"	1 178	2 024	2 044	2 053	2 106	1 970
• weiblich	"	838	1 504	1 515	1 533	1 614	1 477
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
<b>Feueralarme</b>							
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	Anzahl	288	491	475	437	...	395
bekämpfte Brände	"	67	107	114	92	...	94
dav. Großbrände	"	9	18	19	17	...	301
Mittelbrände	"	28	46	43	38	...	10
Kleinbrände	"	98	178	147	156	...	34
Entstehungsbrände	"	80	135	144	133	...	119
Schornsteinbrände	"	8	9	8	1	...	136
Hilfeleistungen aller Art	"	-	951	864	871	...	2
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"	-	12 039	13 184	12 285	...	975
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 158	1 741	1 981	1 963	...	12 126
Betriebsunfälle	"	544	436	492	475	...	1 934
Krankenbeförderungen	"	-	2 882	2 880	2 514	...	485
Gesamtzahl der Alarmierungen	"	-	13 481	14 523	13 593	...	2 770
Außerdem:	"	-	-	-	-	...	13 496
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"	-	150	103	98	...	94
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
<b>Straftaten insgesamt</b>							
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	Anzahl	8 102	11 440	11 363	12 701	13 346	11 989
Sittlichkeitsdelikte	"	4	7	3	4	9	4
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	214	208	168	248	228	236
Raub, räuberische Erpressung	"	91	143	168	165	201	148
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	41	114	87	118	126	136
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	3 413	3 774	3 814	4 098	4 287	3 827
Diebstahl zusammen	"	1 822	3 628	3 449	4 297	4 347	3 979
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	7 263	8 395	8 634	7 806
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"	-	-	-	-	-	-
diebstahl	"	180	273	235	270	247	284
Unterschlagung	"	203	143	150	145	176	135
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	80	41	83	80
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 253	1 241	1 627	1 414
Brandstiftung	"	33	38	34	31	30	37
<b>Außerdem:</b>							
Verkehrsvergehen <sup>5)</sup>	"	778	1 471	1 489	1 327	1 196	1 607
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>6)</sup> 7)	"	8 929	28 571	8 326	7 670	7 502	26 481
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	520	526	412	507
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>4)</sup>	"	31 317	30 393	34 447	28 064	23 319	29 058

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1972

Großstädte		Bevölkerung					Erwerbstätigkeit				Industrie <sup>1)</sup>			
		Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose <sup>1)</sup>	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nichtdeutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>2)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	4. Vj.	2 063 <sup>1)</sup>	4 367	10 138	23 784	27 514 <sup>4)</sup>	- 9 501	11 292	14 791	82 361	234 898	114	5 472	2 652
	3. Vj.	2 072	4 687	9 187	25 483	21 386	- 403	7 324	20 054	82 087	238 468	115	5 114	2 468
Hamburg	4. Vj.	1 768	3 435	6 817	20 160	21 022	- 4 051	5 210	15 962	69 455	194 627	110	5 510	3 120
	3. Vj.	1 770	3 790	6 002	19 998	20 787	- 3 001	3 977	19 421	63 879	197 151	111	5 035	2 841
München	4. Vj.	1 339	2 410	3 365	29 067	25 466	+ 2 646	3 352	16 032	143 103	191 630	143	5 040	3 764
	3. Vj.	1 337	2 576	3 131	25 215	25 135	- 475	2 935	22 246	135 572	192 349	144	4 776	3 572
Köln	4. Vj.	838	2 054	2 569	14 088	14 969	- 1 396	3 845	7 188	63 309	134 076	160	3 369	4 020
	3. Vj.	840	2 153	2 343	14 721	15 660	- 1 129	3 110	9 943	56 936	134 741	160	2 877	3 425
Essen	4. Vj.	685	1 414	2 426	6 018	7 002	- 1 996	4 283	4 707	15 597	61 597	90	1 138	1 661
	3. Vj.	687	1 556	2 128	5 802	7 234	- 2 004	3 737	5 493	15 597	62 720	91	1 069	1 556
Düsseldorf	4. Vj.	644	1 343	2 141	9 757	10 410	- 1 451	2 222	5 935		116 313	181	2 490	3 866
	3. Vj.	645	1 371	1 960	9 857	11 076	- 1 808	1 669	7 776	44 130	116 588	181	2 304	3 572
Frankfurt/M.	4. Vj.	678	1 402	2 162	15 430	16 379	- 1 709	3 193	17 245	122 263	127 573	188	2 986	4 404
	3. Vj.	680	1 514	1 951	15 201	17 040	- 2 276	2 772	20 002	114 272	118 174	174	2 654	3 903
Dortmund	4. Vj.	641	1 445	2 107	6 011	6 858	- 1 509	4 297	4 820	17 226	75 452	118	1 398	2 181
	3. Vj.	642	1 615	1 914	5 179	6 582	- 1 702	3 890	5 481	17 226	75 924	118	1 340	2 087
Stuttgart	4. Vj.	627	1 369	1 729	15 450	16 744	- 1 654	809	14 272		148 354	237	4 243	6 767
	3. Vj.	628	1 507	1 528	17 780	18 097	- 338	669	16 431	75 453	148 801	237	3 892	6 197
Bremen	4. Vj.	590	1 352	1 902	7 558	8 561	- 1 553	3 444	5 983	17 220	83 805	142	2 720	4 610
	3. Vj.	591	1 475	1 818	7 451	8 220	- 1 112	3 246	6 653	15 897	84 356	143	2 543	4 303
Hannover	4. Vj.	516	1 034	1 795	10 228	9 887	- 420	3 371	8 117	39 383	108 682	211	2 560	4 961
	3. Vj.	517	1 086	1 617	9 521	10 030	- 1 040	2 605	9 327	34 995	112 178	217	2 122	4 104

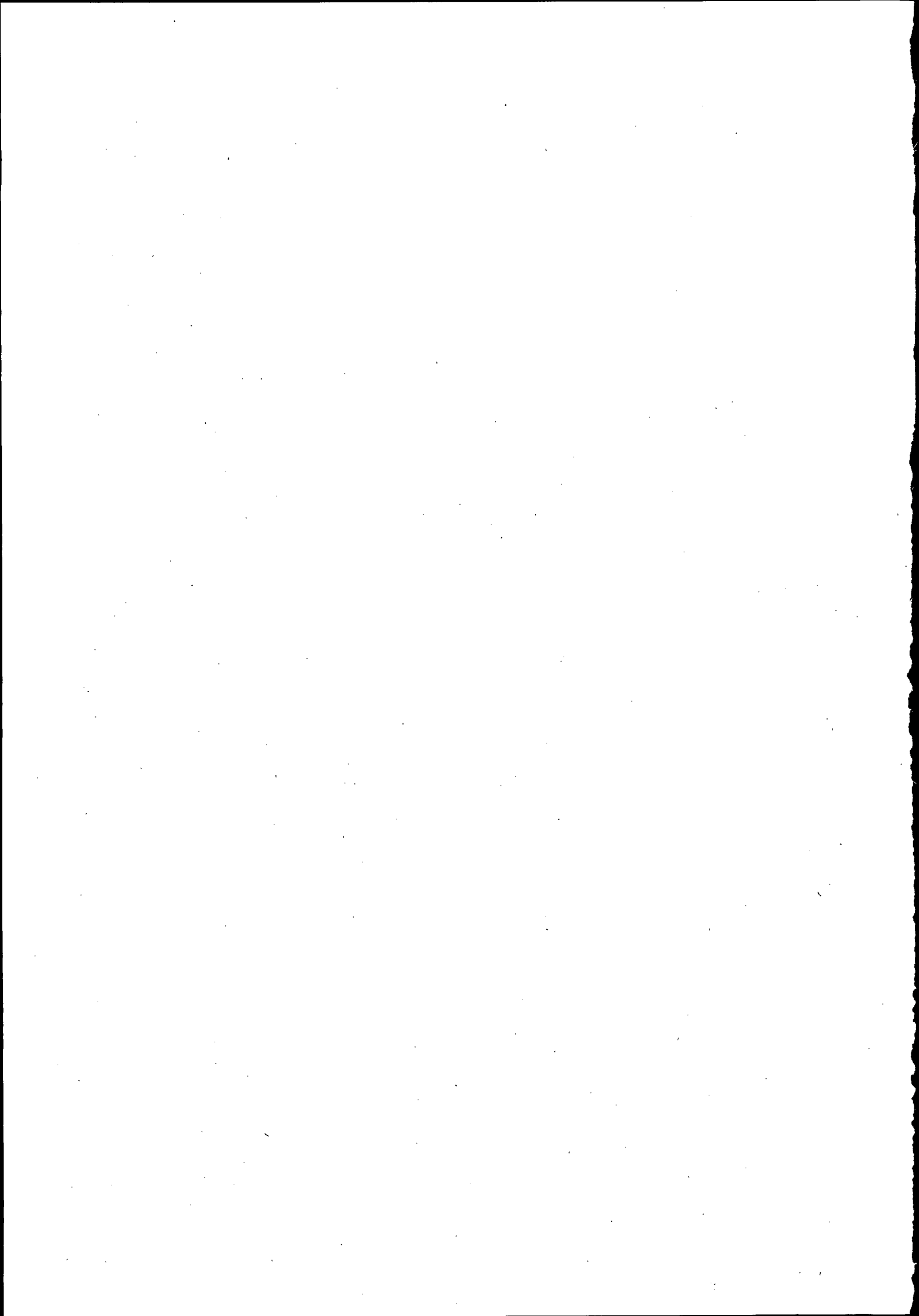
Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>1)</sup>			Straßenverkehrs-unfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz <sup>2)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>3)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	4. Vj.	16 842	671	325	544	4 493	1 350	9 860	3 217	249	121	658	3 825	4 837	58 418	62 769
	3. Vj.	17 030	531	256	613	4 381	416	2 690	557	287	139	761	3 575	4 666	144 804	42 388
Hamburg	4. Vj.	18 505	914	518	654	4 891	1 159	8 973	2 623	321	182	624	2 876	3 965	90 260	141 320
	3. Vj.	18 548	722	408	441	2 801	360	2 405	688	416	235	772	3 148	4 411	153 250	131 962
München	4. Vj.	23 490	923	689	415	4 452	639	5 512	2 072	495	370	1 043	2 300	3 306	106 361	95 482
	3. Vj.	25 107	794	594	499	4 737	569	9 366	2 669	584	437	1 274	2 590	3 545	114 504	92 457
Köln	4. Vj.	8 657	316	377	248	2 148	340	4 516	1 515	164	196	325	1 339	1 832	109 131	50 552
	3. Vj.	8 850	283	337	232	2 392	119	843	114	219	261	416	1 321	1 877	39 978	37 787
Essen	4. Vj.	.	.	.	186	1 359	343	2 107	431	34	50	70	887	1 151	48 098	68 494
	3. Vj.	.	.	.	186	977	121	922	268	33	48	71	859	1 013	45 305	25 601
Düsseldorf	4. Vj.	9 024	341	530	152	1 730	370	3 127	750	162	252	316	988	1 331	92 359	47 277
	3. Vj.	8 394	321	498	187	1 840	148	1 050	243	160	248	312	955	1 263	82 113	34 519
Frankfurt/M.	4. Vj.	11 441	578	853	145	1 230	600	4 611	2 935	296	437	535	1 248	1 628	175 662	84 490
	3. Vj.	12 176	509	749	100	1 025	31	380	47	369	543	656	1 249	1 571	169 240	41 938
Dortmund	4. Vj.	6 062	227	354	392	2 021	480	1 919	1 202	41	64	79	993	1 301	34 009	56 901
	3. Vj.	6 151	183	285	284	1 258	194	962	1 548	35	55	75	906	1 222	33 020	21 267
Stuttgart	4. Vj.	11 450	550	877	197	1 191	318	2 165	873	124	198	296	987	1 386	49 175	92 654
	3. Vj.	12 529	387	616	282	1 458	149	1 191	530	128	204	301	825	1 241	68 836	42 208
Bremen	4. Vj.	.	.	.	230	1 621	730	3 008	537	76	129	154	1 020	1 246	99 965	40 959
	3. Vj.	.	.	.	362	1 435	197	555	415	93	157	181	918	1 105	41 651	30 272
Hannover	4. Vj.	6 219	271	525	131	1 005	235	2 133	1 281	94	182	160	902	1 187	52 074	39 200
	3. Vj.	6 429	209	404	106	931	155	1 153	182	96	186	165	843	1 105	50 136	26 848

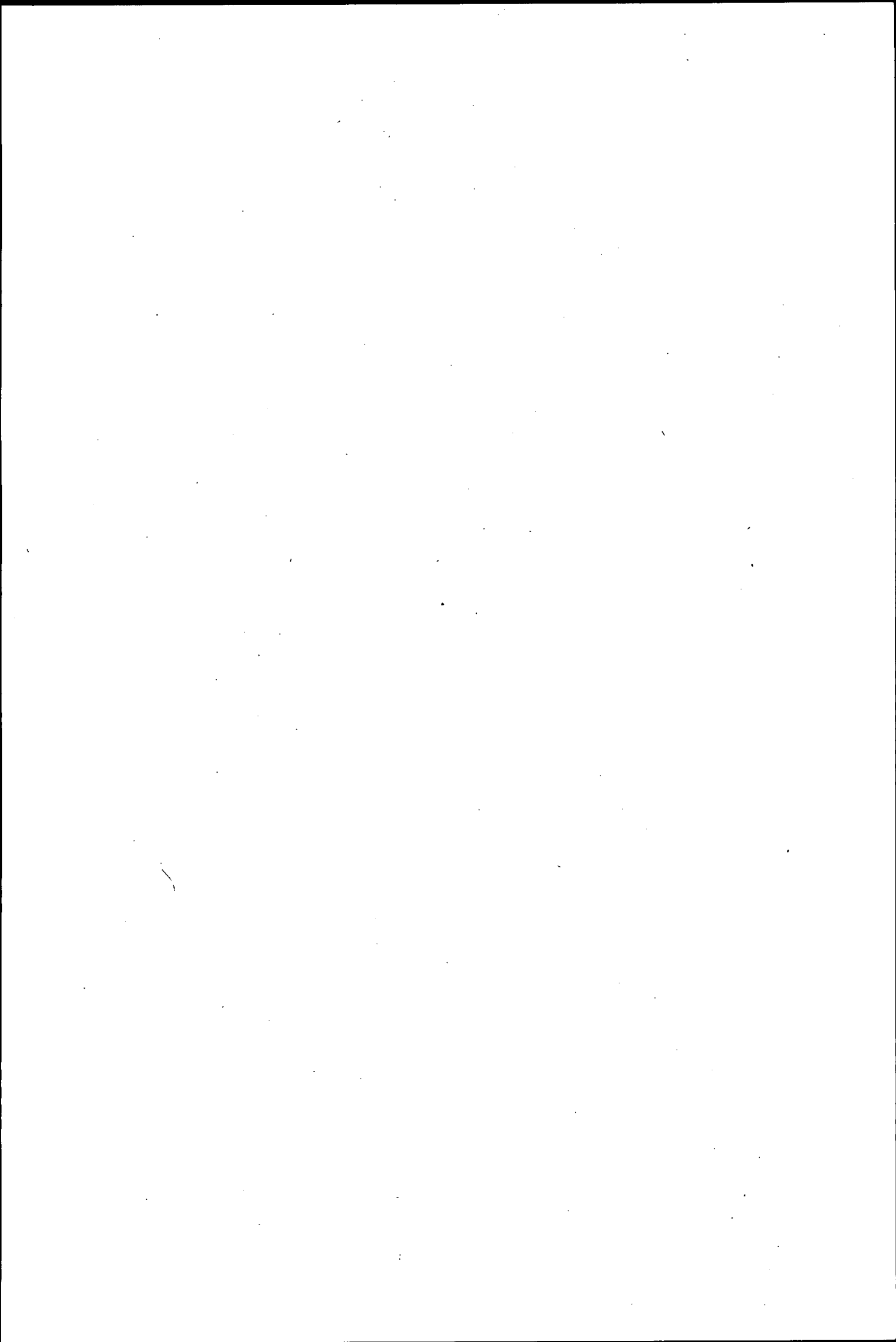
<sup>1)</sup> jeweils Quartalsende. — <sup>2)</sup> Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — <sup>3)</sup> ohne Mehrwertsteuer. — <sup>4)</sup> ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — <sup>5)</sup> einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — <sup>6)</sup> In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Unterfassung der Berliner Bevölkerung. — <sup>7)</sup> einschließlich Landkreis München

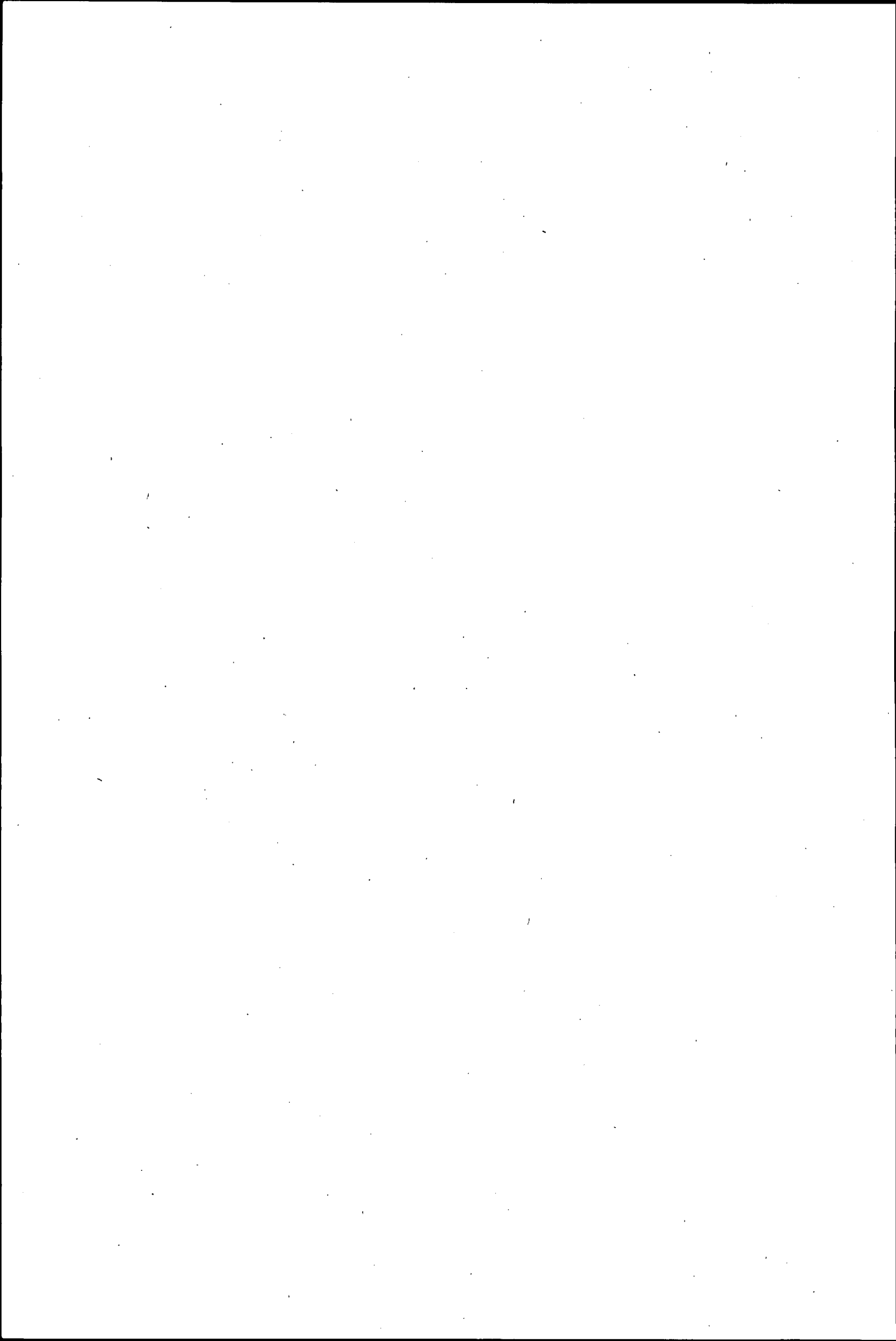
# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatdurchschnitt		April 1973	Mai 1973	Juni 1973	Juni 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 668,9	...	...	...	61 673,5
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,7	...	...	...	7,7
Lebendgeborene	Einw. und 1 Jahr	17,7	11,3	...	...	...	12,1
Gestorbene		11,5	11,8	...	...	...	11,3
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 347	8 352	8 353	8 320
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	934	916	969	904	952
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	52 818	57 313	55 921	51 255
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	8 950	11 095	12 369	11 596	10 264
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	166,4	188,4	183,6	187,1	169,4
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	192,3	188,0	192,6	173,5
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	219,6	218,7	223,6	200,5
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	188,2	182,8	189,7	168,5
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	183,5	174,0	173,6	160,7
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	147,5	154,8	153,3	158,0	145,4
Bauindustrie	"	118,9	152,2	165,5	173,7	180,0	170,5
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 533,0 r	1 516,7	1 530,3	...	1 573,3
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	252,3 r	202,0	231,0	...	239,6
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 170,1 r	5 138,2	5 607,1	...	6 411,3
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	59 029	68 245	61 274	75 178
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 072 p	24 016	32 936	43 545	36 435
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	218	221	214	195
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6	132 r	153	...	...
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	11 154	...	...	11 142
dav. Empfang	"	8 950	8 787	8 958	...	...	9 215
Versand	"	1 885	2 131	2 196	...	...	1 927
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 827	197 718	259 631	241 966	219 513	246 609
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 550	28 716 p	34 930 p	33 488 p	35 237
Getötete Personen	"	1 313	1 568	1 257 p	1 555 p	1 525 p	1 622
Verletzte Personen	"	38 124	44 020	40 962 p	48 468 p	46 730 p	49 514
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	4 123	4 216	4 634	3 461
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	467	349	4 974	4 199
Körperschaftsteuer	"	681	708	74	118	2 188	1 583
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915	3 893	3 874	4 144	3 543
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	122,2	122,8	123,4	115,7
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,6	119,9	123,1	124,1	105,0
Index der Ausführpreise	"	104,8	124,5	132,3	133,2	133,5	124,1
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	174,3	...	188,5	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	146,7	147,8	148,7	137,4
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	130,2	140,5	142,1	143,2	130,0
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	196,9	197,6	198,3	187,0
<b>LOHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	7,77	7,97	8,02	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,8	43,8	43,8	43,9	44,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.  
<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebilichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. — <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. — <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. — <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). — <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.

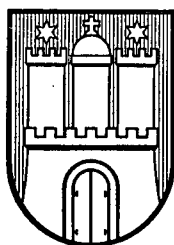








# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

Oktober-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Bevölkerungswachstum in der Region Hamburg hält an

Entgegen der Vorstellung von einer „allgemeinen Abwanderung aus dem Norden“ hat die Region Hamburg – d. h. Hamburg und die sechs Randkreise des Umlandes – ihren Bevölkerungsstand auch 1972 weiterhin positiv verändern können. Allein der Wanderungsgewinn betrug fast 19 000 Einwohner; der Überschuss der Gestorbenen über die Geborenen belief sich auf rd. 10 000 Personen. Insgesamt ist die Bevölkerung der Region damit im vergangenen Jahr um annähernd 9 000 auf 2 820 000 Einwohner angewachsen. In den schleswig-holsteinischen Randkreisen hat die Bevölkerung um 15 000 und in den niedersächsischen Randkreisen um 9 000 Personen zugenommen. Relativ hat jedoch das Gebiet südlich der Elbe mit 2,9% eine höhere Zuwachsrate als das nördliche Umland (2,0%). Die Einwohnerzahl Hamburgs ist um rd. 14 000 oder 0,9% zurückgegangen.

### Erhebliche Zunahme im Güterverkehr mit dem Fernen Osten

Mit einem Umschlag von rd. 1,3 Mio t in den ersten sieben Monaten des Jahres 1973 wurde im Hamburger Hafen ein neuer Höchststand im Fernostverkehr erreicht. Dieses Umschlagsvolumen lag um fast 340 000 t oder 36% über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Japan konnte mit einem Güterumschlag von 500 000 t (+ 32%) seine Stellung als wichtigster fernöstlicher Handelspartner Hamburgs behaupten. Hervorzuheben ist, daß im Handel mit Japan zum großen Teil hochwertige Stückgüter ausgetauscht werden; von besonderer Bedeutung waren Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge (77 000 t) sowie Chemikalien (41 000 t).

Infolge einer ungewöhnlich starken Steigerung um 63% rangiert die Volksrepublik China nunmehr mit 350 000 t umgeschlagener Güter im Warenverkehr mit dem Fernen Osten an zweiter Stelle. Die größten Anteile entfielen dabei auf Im- und Exporte von Eisen- und Stahlhalbezeug (76 000 t), NE-Metallen (70 000 t) und Chemikalien (46 000 t).

### Fast 500 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als vor einem Jahr

Am 31. August 1973 waren in Hamburg 6 321 Kapitalgesellschaften mit einem Nominalkapital von insgesamt 11,3 Mrd DM im Handelsregister eingetragen. Unterscheidet man nach der Rechtsform, so gliedert sich der Bestand an Kapitalgesellschaften in 158 Aktiengesellschaften (einschließlich Kommanditgesellschaften auf Aktien) mit 5,9 Mrd DM Grundkapital und in 6 163 Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die zusammen über 5,4 Mrd DM Stammkapital verfügten. Im Durchschnitt entfielen 37,5 Mio DM Kapital auf eine AG und 0,9 Mio DM auf eine GmbH.

Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres erhöhten sich die Zahl der Aktiengesellschaften um 5 und die durchschnittliche Kapitalausstattung der Unternehmen dieser Rechtsform um 1,8%. Bei den Gesellschaften mit be-

schränkter Haftung stieg hingegen die Gesamtzahl innerhalb des letzten Jahres um 496 an, und das durchschnittliche Stammkapital verringerte sich um 1,1%. Im ganzen gesehen hat die Zahl aller Gesellschaften um knapp 9% und ihr Kapital um gut 6% zugenommen.

### Anstieg der Auftragsvergaben im Tiefbau um fast zwei Drittel

Nach den Ergebnissen der Tiefbaustatistik wurden im ersten Halbjahr 1973 Aufträge über 228,5 Mio DM für Tiefbauarbeiten in Hamburg vergeben. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung von etwa 65%.

Der relativ stärkste Zuwachs war im Straßenbrückenbau zu verzeichnen, auf den jedoch nur knapp 5% der Vergabesumme entfielen; die Brückenarbeiten im Südabschnitt der westlichen Umgehung in Marmstorf sowie für einen Fußgängertunnel in Harburg zählen hier zu den bedeutendsten Vorhaben. Auf etwa das Dreifache des Vorjahreswertes erhöhten sich die Vergaben für Wasserwirtschaftliche Tiefbauten, die nahezu ein Drittel der Gesamtvergabesumme ausmachten; als wichtigstes Projekt ist aus diesem Bereich der Sammler Wilhelmsburg zu nennen. Um fast 70% auf jetzt 44 Mio DM nahmen die Vergaben für Straßenbauten zu; die größten Straßenbauvorhaben sind der Südabschnitt der westlichen Umgehung in Sinstorf, die BAB von der Landesgrenze bis zur Veddel, die Gärtnerstraße in Hoheluft-West, der Zubringer für die westliche Umgehung in Schnelsen sowie die Hindenburgstraße in Alsterdorf. Bei den sonstigen Tiefbauten stieg die Vergabesumme im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres um annähernd ein Drittel und erreichte nunmehr 96 Mio DM; die größten Aufträge wurden hier für die Eisenbahnbrücke über die Süderelbe und die City-S-Bahn im Bereich von St. Pauli vergeben.

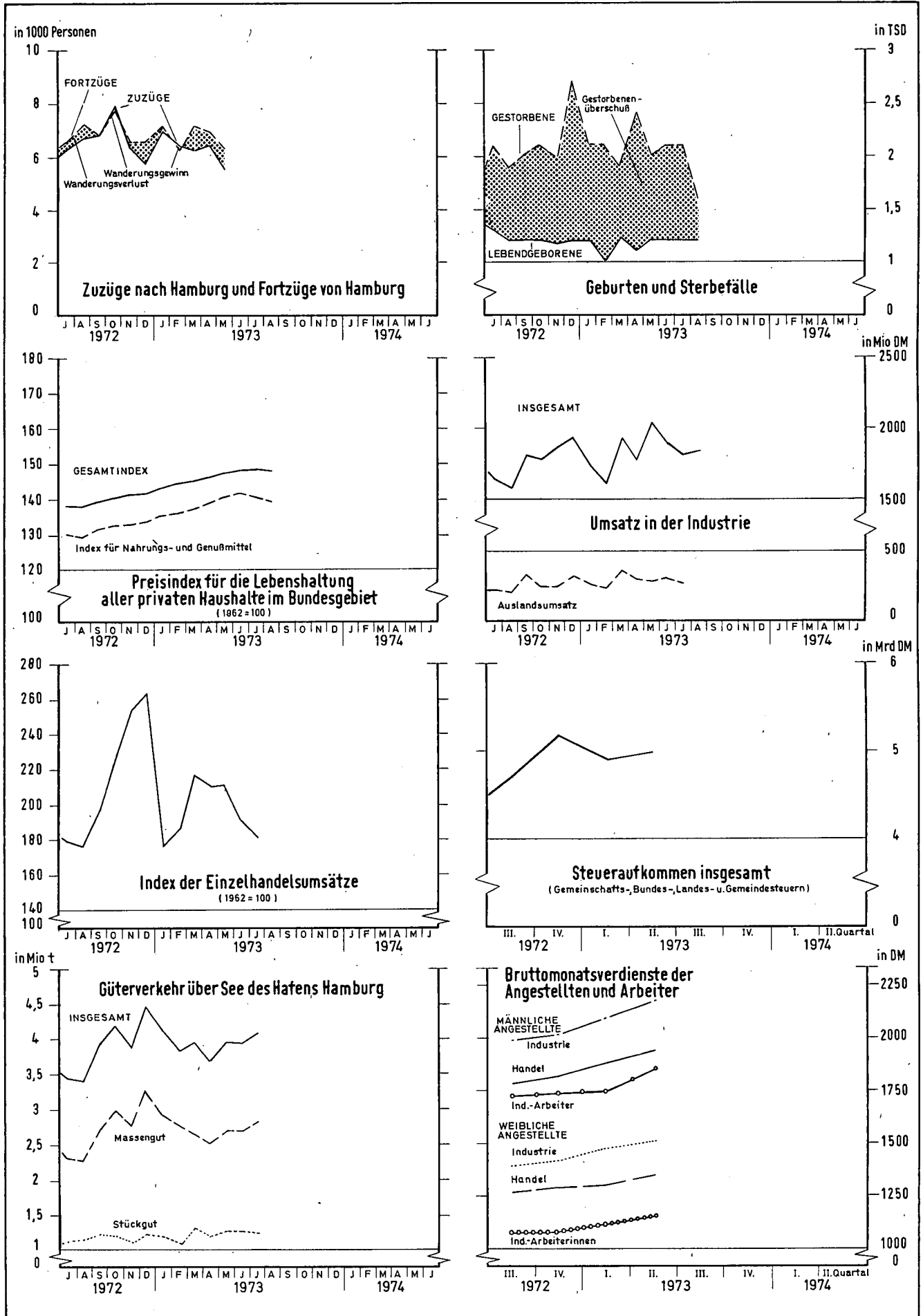
### 300 000 Krankenhauspatienten

Anfang 1973 verfügten die Krankenhäuser in Hamburg über 20 431 Betten. Rund drei Viertel davon sind für die Behandlung Akutkranker bestimmt, der Rest gehört hauptsächlich zu Krankenhäusern und Abteilungen für Psychiatrie und Neurologie. Auf 1 000 Einwohner kommen damit neun Betten für Akutranke.

Nähezu 300 000 Patienten wurden 1972 stationär behandelt, jeder sechste hatte seinen Wohnsitz außerhalb Hamburgs, in aller Regel in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen. Die Verweildauer der Patienten betrug in den Krankenhäusern für Akutranke im Durchschnitt 17,9 Tage (bei den männlichen Patienten 18,8 und bei den weiblichen 17,5 Tage).

2 392 Ärzte sind Anfang 1973 in den Krankenhäusern tätig gewesen, darunter 460 Frauen. Des weiteren arbeiteten zur Betreuung der Patienten in den Krankenhäusern 8 560 Frauen und Männer; von diesen in der Krankenpflege tätigen Personen waren 8% Ausländer. Der höchste Anteil von Ausländern fand sich bei den Krankenpflegehelferinnen, bei denen 29% nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hatten.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (II)

## – Struktur und Entwicklung der Berufseinpender –

*Nach der Analyse der Herkunftsgebiete hamburgischer Berufseinpender aufgrund der Volkszählungsergebnisse von 1970<sup>1)</sup> beschäftigt sich dieser Beitrag mit der Struktur der Einpendler und ihrer zahlenmäßigen Entwicklung seit 1961. Untersucht wird die Gesamtzahl der aus den Nachbarländern kommenden Pendler nach Geschlecht, Alter und Familienstand, nach ihrer Stellung im Beruf sowie der wirtschaftlichen Struktur. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Entwicklung bzw. den Trend seit 1961 gelegt.*

*Durch die starke Zunahme des Einpendlerstroms hatte 1970 bereits jede siebente in Hamburg tätige Person ihren Wohnsitz in einem der beiden Nachbarländer. Dabei haben Frauen und Männer um den gleichen Prozentanteil zugenommen, so daß auch 1970 immer noch drei von vier Einpendlern männlichen Geschlechts waren.*

*Stark zurückgegangen ist der Anteil der unter 25 Jahre alten Berufseinpender. Diese Gruppe, die durch längere Ausbildungszeiten auch unter den Erwerbstätigen zurückgegangen ist, sucht offenbar zunehmend ihren ersten bzw. einen neuen Arbeitsplatz im Umland in der Nähe ihrer Wohnung.*

*Eine erstaunlich starke Strukturveränderung zeigte sich auch beim Familienstand. Die Zunahme des Pendlerstroms nach Hamburg beruhte fast ausschließlich auf der Zunahme verheirateter Einpendler, während der Anteil der Ledigen zurückging. Hier wirken sich die Fortzüge der Familien ins Umland aus, bei denen der Arbeitsplatz in Hamburg in der Regel beibehalten wird.*

*Insgesamt war ein starker Rückgang der Arbeiter unter den Einpendlern zu verzeichnen, während – betrachtet man die Wirtschaftsbereiche – von 1961 bis 1970 fast doppelt so viele Menschen aus den Nachbarländern in die qualifizierten Arbeitsstätten des Dienstleistungsbereichs strömten.*

<sup>1)</sup> Die Pendelbewegung in der Region Hamburg/Umland (I) – Die Berufseinpender nach Herkunftsgebieten –; in: Hamburg in Zahlen, Heft 6, Jg. 1973, S. 211 ff.

### *Nur ein Viertel der Einpendler sind Frauen*

Die Zahl der Pendler im Raum Hamburg ist durch die wachsende Mobilität der Menschen seit dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere seit den sechziger Jahren, ständig gestiegen. Von den 1 007 300 Beschäftigten<sup>2)</sup> Hamburgs kam 1961 jeder zehnte aus den Nachbarländern; 1970 wohnte bereits jede siebente der 970 700 Tätigen Personen außerhalb der Stadtgrenzen. Trotz geringer werdender Arbeitsplätze und zunehmender Pendlerströme hat sich der Anteil der Frauen bzw. Männer sowohl an den Tätigen Personen als auch an den Pendlern von 1961 bis 1970 nicht verändert: Der Frauenanteil beträgt bei den Einpendlern nach wie vor 24 %, obwohl ihr Anteil an den Erwerbstätigen<sup>3)</sup> im Umland und an den Tätigen Personen in Hamburg – auch kaum verändert – um etwa 10 Prozentpunkte höher liegt.

Die Mobilitätsbereitschaft der weiblichen Erwerbstätigen – eine allgemein bekannte Tatsache – ist erheblich geringer als die der Männer. Da Frauen zum

Teil eine weniger qualifizierte Ausbildung besitzen und weniger hoch bezahlte Berufe ausüben bzw. in stärkerem Umfang auch Halbtagsbeschäftigungen nachgehen und zudem noch weitgehend durch Hausarbeit belastet sind, sind sie in höherem Maße an relativ kurzen Wegen zur Arbeitsstätte interessiert. Dies wird durch die vorliegenden Tabellen bestätigt.

So liegt der Frauenanteil an den im Stadtgebiet arbeitenden Hamburger *Erwerbstätigen* (Erwerbstätige abzüglich Auspendler), d. h. an den durch günstige innerstädtische Verkehrsmittel in der Regel nicht sehr lange zur Arbeitsstätte fahrenden Menschen, mit 40 % über dem durchschnittlichen Anteil weiblicher Tätiger Personen in Hamburg von 36 %. Weiterhin liegt der Anteil der weiblichen *Einpendler* in den verkehrsmäßig relativ gut angebundenen nördlichen Randkreisen Pinneberg, Segeberg und Stormarn über dem Gesamtdurchschnitt von 24 % (Tabelle 1), der der ungünstiger liegenden Landkreise Herzogtum Lauenburg und Stade dagegen z. T. weit darunter. Von den aus den Gebieten außerhalb der sechs Randkreise kommenden Berufseinpendlern ist nur noch einer von zehn eine Frau.

Die starke Abhängigkeit der Frauen von einer relativ kurzen Fahrzeit zum Arbeitsplatz macht

<sup>2)</sup> Als *Tätige Personen* (Beschäftigte) gelten alle in den nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählungen erfaßten im Betrieb dauerhaft Tätigen.

<sup>3)</sup> Als *Erwerbstätige* gelten alle in den Volks- und Berufszählungen am Wohnort erfaßten in einem Arbeitsverhältnis stehenden und selbständigen Personen ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Beschäftigung.

Tabelle 1

## Berufseinpender am 27. 5. 1970 nach Geschlecht

Herkunftsgebiete	Berufseinpender nach Hamburg am 27. 5. 1970		
	insgesamt	darunter weiblich	
		absolut	%
	1	2	3
Insgesamt .....	134 425	32 419	24,1
davon			
Schleswig-Holstein ....	92 261	23 982	26,0
davon			
4 Randkreise .....	85 798	23 085	26,9
davon			
Hzgt. Lauenburg ..	11 038	2 556	23,2
Pinneberg .....	31 191	8 508	27,3
Segeberg .....	18 757	5 180	27,6
Störmarn .....	24 812	6 841	27,6
übrige Gebiete .....	6 463	897	13,9
Niedersachsen .....	41 585	8 405	20,2
davon			
2 Randkreise .....	33 387	7 595	22,7
davon			
Harburg .....	25 241	6 305	25,0
Stade .....	8 146	1 290	15,8
übrige Gebiete .....	8 198	810	9,9
Bremen .....	579	32	5,5

auch die Betrachtung nach Entfernungszonen deutlich (Tabelle 2). Von den Einpendlern aus der 20-km-Zone waren 30 % Frauen, von der erheblich geringeren absoluten Zahl der Einpendler aus der 40-km-Zone dagegen waren es nur noch 18 %. Bei der mittleren Zone entsprach der Anteil mit 24 % dem allgemeinen Durchschnitt. Weiterhin ist festzustellen, daß in allen Entfernungszonen der Anteil der Frauen an den Einpendlern aus dem verkehrsgünstig gelegenen schleswig-holsteinischen Umland höher lag als derjenige der Einpendler aus den benachbarten Gebieten Niedersachsens.

## Das Durchschnittsalter steigt

Die Altersstruktur der hamburgischen Berufseinpender wird naturgemäß maßgeblich durch die Gruppe der 25 Jahre bis 45 Jahre alten Erwerbstätigen bestimmt. Mehr als die Hälfte (57 %) aller Einpendler

Tabelle 2

## Berufseinpender am 27. 5. 1970 nach Entfernungszonen und Geschlecht

Entfernungszonen	Berufseinpender nach Hamburg am 27. 5. 1970		
	insgesamt	darunter weiblich	
		absolut	%
	1	2	3
Landesgrenze bis 20 km .	59 736	17 875	29,9
davon			
Schleswig-Holstein ....	47 744	14 572	30,5
Niedersachsen .....	11 992	3 303	27,5
20-30 km .....	40 864	9 647	23,6
davon			
Schleswig-Holstein ....	25 393	6 201	24,4
Niedersachsen .....	15 471	3 446	22,3
30-40 km .....	15 111	2 759	18,3
davon			
Schleswig-Holstein ....	9 609	1 929	20,1
Niedersachsen .....	5 502	830	15,1

gehören dieser Gruppe an (Tabelle 3). Sie ist es, die sich seit 1961 auch am stärksten entwickelt hat. Die Zunahme des gesamten Pendlerstroms nach Hamburg beruht fast vollständig auf dem Anwachsen dieser Gruppe um mehr als 36 000 Personen.

Die Zahlen untermauern die These, daß in diesem Alter, in dem die meisten Familien gegründet werden bzw. bereits gegründet worden sind, der Wunsch nach einem der Familiengröße angepaßten dauerhaften Wohnsitz realisiert wird, wobei die Möglichkeiten des näheren Umlandes eine erhebliche Rolle spielen. Das bedeutet, daß sich nicht nur junge Hamburger Familien nach neuem Wohnraum im Umland umsehen, sondern auch, daß im Umland lebende junge Ehepaare eine familienentsprechende Unterkunft wahrscheinlich zunächst im Umland suchen, auch wenn sie in Hamburg arbeiten.

Entsprechendes gilt auch für die 45 Jahre bis 65 Jahre alten nach Hamburg einpendelnden Erwerbs-

Tabelle 3

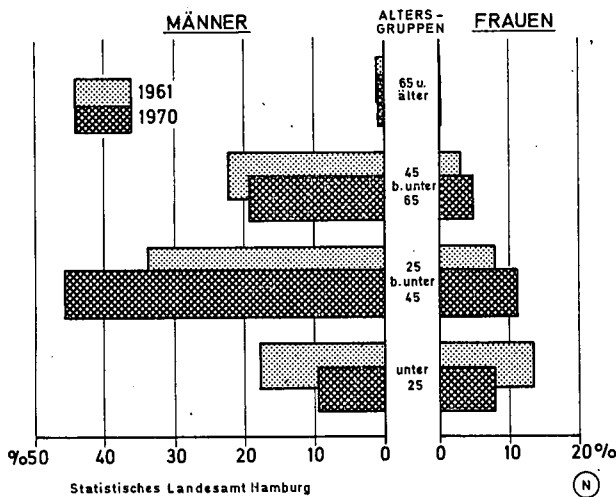
Berufseinpender<sup>1)</sup> nach Altersgruppen am 27. 5. 1970 und 6. 6. 1961

Altersgruppen	Berufseinpender nach Hamburg <sup>1)</sup>			
	1970	1961	Veränderung 1970 gegenüber 1961	
	Anzahl		absolut	%
	1	2	3	4
Insgesamt .....	133 846	95 559	38 287	40,1
davon				
männlich abs.	101 459	71 868	29 591	41,2
% ..	75,8	75,2		
weiblich abs.	32 387	23 691	8 696	36,7
% ..	24,2	24,8		
unter 25 Jahre				
abs.	23 575	29 999	- 6 424	- 21,4
% v. insges. .	17,6	31,4	16,8	
davon				
männl. abs.	13 032	17 043	- 4 011	- 23,5
% ..	55,3	56,8	62,4	
weibl. abs.	10 543	12 956	- 2 413	- 18,6
% ..	44,7	43,2	37,6	
25 bis unter				
45 Jahre abs.	76 151	40 132	36 019	89,8
% v. insges. .	56,9	42,0	94,1	
davon				
männl. abs.	61 123	32 514	28 609	88,0
% ..	80,3	81,0	79,4	
weibl. abs.	15 028	7 618	7 410	97,3
% ..	19,7	19,0	20,6	
45 bis unter				
65 Jahre abs.	32 590	24 420	8 170	33,5
% v. insges. .	24,3	25,6	21,3	
davon				
männl. abs.	26 048	21 401	4 647	21,7
% ..	79,9	87,6	56,9	
weibl. abs.	6 542	3 019	3 523	116,7
% ..	20,1	12,4	43,1	
65 Jahre und				
älter abs.	1 530	1 008	522	51,8
% v. insges. .	1,1	1,1	1,4	
davon				
männl. abs.	1 256	910	346	38,0
% ..	82,1	90,3	66,3	
weibl. abs.	274	98	176	179,6
% ..	17,9	9,7	33,7	

<sup>1)</sup> Aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Schaubild 1

Verteilung der Berufseinpender nach Altersgruppen und Geschlecht 1961 und 1970 in %

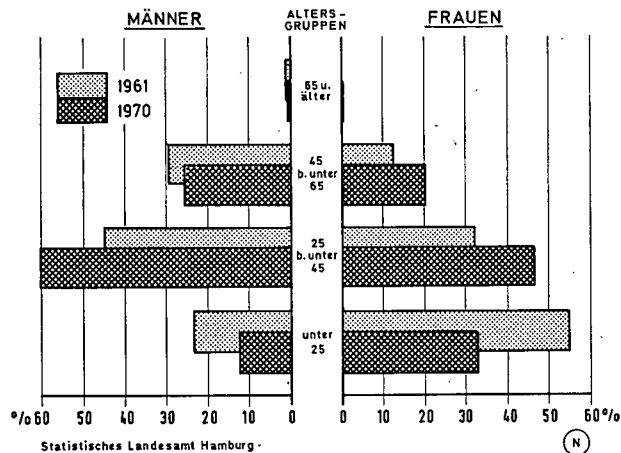


tätigen. Diese Gruppe ist um ein Drittel – nämlich 8 200 Personen – größer geworden.

Eine rückläufige Entwicklung machte allein die Pendlergruppe der unter 25jährigen durch. Einmal hat der Anteil dieser Altersgruppe an den Erwerbstätigen durch das Wirksamwerden der geburtenschwachen Jahrgänge wie auch durch längere Ausbildungszeiten abgenommen. Zum anderen wirkt sich vermutlich auch das Verhalten der Jugendlichen aus, die erste Arbeitsstelle in der Nähe der Wohnung zu suchen. Unterstützt wird dieses Bestreben zunehmend durch das wachsende Arbeitsplatzangebot im Umland, das auch die bereits nach Hamburg einpendelnden jungen Leute lockt, die noch relativ unabhängig und nicht so fest mit ihrer Arbeitsstelle verbunden sind. So pendelten 1970 über ein Fünftel (6 200 Personen) weniger junge Menschen nach Hamburg ein als 1961 und verminderten ihren Anteil an der Gesamtzahl der Berufseinpender von damals 31 % auf nur noch 18 % im Jahre 1970. Zu zwei Dritteln waren bei diesem Rückgang die Männer beteiligt. Die jungen Frauen scheinen nach wie vor qualifiziertere Arbeitsplätze nur in Hamburg zu finden.

Schaubild 2

Verteilung der männlichen und weiblichen Berufseinpender nach Altersgruppen 1961 und 1970 in %



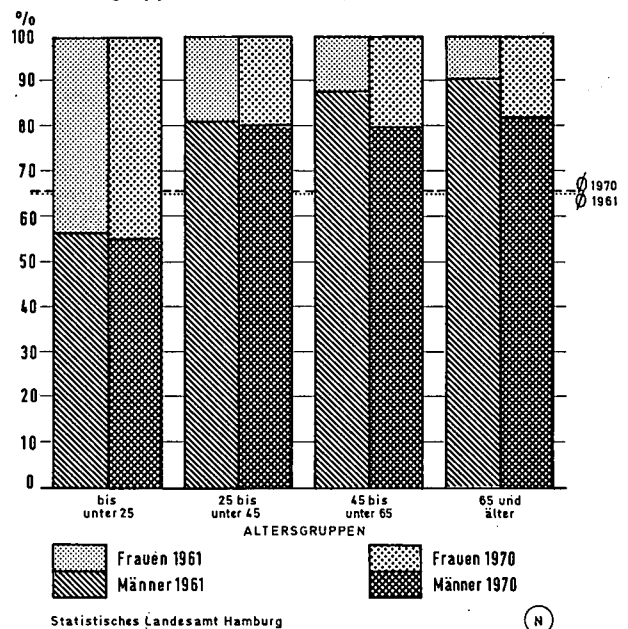
Auch die Zunahme der Gruppe der 25 Jahre bis 45 Jahre alten Berufseinpender ging mit fast 80 % zum größten Teil auf die zunehmende Zahl der männlichen Einpendler zurück. Das ist insofern verständlich, als viele Frauen durch die gerade in diesen Jahren wachsende Familie stark in Anspruch genommen werden und einer Beschäftigung nicht nachgehen können. Immerhin kamen 1970 doch noch fast doppelt so viele Frauen dieses Alters zu einer Hamburger Arbeitsstelle als zehn Jahre zuvor – wahrscheinlich als Folge der Fortzugsbewegung ins Umland. Die stärkste relative Zunahme erfolgte bei den Frauen jedoch in der Gruppe der 45- bis 65jährigen mit 117 %.

Hier macht sich der Trend bemerkbar, daß die Frauen, nachdem die Kinder nach und nach zuerst bei ihrer Ausbildung tagsüber, dann mit dem Aufbau einer eigenen Lebenssphäre für immer aus dem Haushalt fortgezogen sind, versuchen, wieder in ihren alten Beruf zurückzugehen. Bei der Wahl der neuen Arbeitsstelle wird vermutlich vielfach zuerst die alte Firma in Erwägung gezogen, die gerade für die aus Hamburg fortgezogenen Frauen wohl zum größten Teil in der Stadt ihren Sitz hat. Darüber hinaus ist denkbar, daß die Ehefrau dann verstärkt in Hamburg einen Arbeitsplatz sucht, wenn der Mann auch dort arbeitet. Einmal kann somit auch die Frau das höhere Lohnniveau der Stadt ausnutzen – zum anderen bieten sich ihnen die finanziellen und sozialen Vorteile der gemeinsamen An- und Rückfahrt im eigenen Fahrzeug.

Der mit zunehmendem Alter von 55 % in der jüngsten auf 82 % in der ältesten Gruppe steigende Anteil der Männer an den Berufseinpendlern ist seit 1961 durch die steigende Berufstätigkeit der Frauen und die damit verbundene starke Zuwachsrates der weiblichen Einpendler in allen Gruppen rückläufig (Schaubild 3). War z. B. 1961 nur jeder achte der 45 Jahre bis 65 Jahre alten Einpendler weib-

Schaubild 3

Anteil der Männer und Frauen in den jeweiligen Altersgruppen der Berufseinpender 1961 und 1970



lichen Geschlechts, ist 1970 schon jeder fünfte in dieser Gruppe eine Frau gewesen.

Es ist also einmal festzustellen, daß das durchschnittliche Alter der Hamburger Berufseinpender gestiegen ist. Zum anderen hat sich gezeigt, daß die Frauen innerhalb der einzelnen Altersgruppen anteilmäßig zunehmend an Bedeutung gewinnen.

#### Zunehmender Berufseinpenderstrom nur durch Verheiratete

Im vorigen Abschnitt ist bereits festgestellt worden, daß junge Leute eher bereit sind, eine neue (bzw. überhaupt die erste) Arbeitsstelle in der Nähe ihrer Wohnung zu suchen. Vermutlich gilt das gleiche für die Ledigen, deren höchster Anteil unter den jungen Leuten zu finden ist. Diese im Durchschnitt geringere Bereitschaft, längere Wege zum Arbeitsplatz täglich zurückzulegen, sowie der in den jungen Jahren durch Heirat besonders häufige Wechsel des Familienstandes lassen vermuten, daß der Anteil der Ledigen unter den Einpendlern stagniert, wenn nicht sogar zurückgeht.

Durch die starke Fortzugsbewegung Hamburger Familien ins Umland dagegen werden die Verheirateten unter den Einpendlern zugenommen haben. Denn die „Befragung der aus Hamburg Fortziehenden“<sup>4)</sup> hat ergeben, daß fast die Hälfte (44,5%) aller fortziehenden Haushalte Mehrpersonenhaushalte sind<sup>5)</sup>

<sup>4)</sup> Befragung der aus Hamburg Fortziehenden – Bürgerschaftliches Ersuchen vom 22. Dezember 1971 – Bürgerschaftsdrucksache VII/2928 vom 2. 5. 1973.

<sup>5)</sup> ebenda S. 8

und daß „wohnungsbedingte Anlässe“ zum Fortzug ins Umland „vielfach eine Funktion der Haushaltsgröße“ sind; „es zeigt sich eine deutlich höhere Mobilität der Vier-Personen-Haushalte (Ehepaare mit zwei Kindern)“<sup>6)</sup>.

Bei den Verheirateten ist anzunehmen, daß ein Wohnsitzwechsel sehr viel weniger einen Arbeitsplatzwechsel verursacht als bei Ledigen. Tatsächlich ist festzustellen, daß sich das Verhältnis von Ledigen und Verheirateten bei den Einpendlern stark verschoben hat: Waren 1961 noch jeder Dritte ledig und zwei von drei Einpendlern verheiratet, so war 1970 trotz einer Zunahme der Umlandwohnbévölkerung um fast 50 000 ledige Personen nur noch *jeder fünfte Einpendler ledig*. Die Zunahme der verheirateten Wohnbevölkerung im Umland um ein Viertel – das sind fast 100 000 Menschen – und dementsprechend der verheirateten Einpendler um zwei Drittel – das sind über 40 000 Personen – bewirkte demgegenüber, daß 1970 *bereits drei von vier Einpendlern verheiratet* waren. Insgesamt beruht die Zunahme der hamburgischen Berufseinpender also ausschließlich auf der Zunahme verheirateter Pendler (Tabelle 4).

#### Auch Selbständige werden zunehmend zu Einpendlern

Die Anzahl der in Hamburg selbständigen Tätigen Personen hat seit 1961 um rd. ein Fünftel abgenommen (Tabelle 5). Dagegen pendelten 1970 mehr als doppelt so viele Selbständige als 1961 nach Ham-

<sup>6)</sup> ebenda S. 6

Tabelle 4

Wohnbevölkerung in der Region Hamburg und Berufseinpender nach Hamburg am 27. 5. 1970 und 6. 6. 1961 nach dem Familienstand

Gebietseinheiten	Insgesamt	davon						
		Ledige		Verheiratete		Verwitwete und Geschiedene <sup>1)</sup>		
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	
1	2	3	4	5	6	7		
<b>Wohnbevölkerung</b>								
<b>6 Randkreise<sup>2)</sup></b>								
27. 5. 1970 .....	abs.	985 515	380 131	38,6	503 828	51,1	101 556	10,3
6. 6. 1961 .....	abs.	827 335	331 821	40,1	405 309	49,0	90 205	10,9
Veränderung 1970 gegenüber 1961 ..	abs.	158 180	48 310	.	98 519	.	11 351	.
	%	19,1	14,6	.	24,3	.	12,6	.
<b>Freie und Hansestadt Hamburg</b>								
27. 5. 1970 .....	abs.	1 793 823	618 532	34,5	919 910	51,3	255 381	14,2
6. 6. 1961 .....	abs.	1 832 346	662 734	36,2	925 112	50,5	244 500	13,3
Veränderung 1970 gegenüber 1961 ..	abs.	- 38 523	- 44 202	.	- 5 202	.	10 881	.
	%	- 2,1	- 6,7	.	- 0,6	.	4,5	.
<b>Region Hamburg<sup>3)</sup></b>								
27. 5. 1970 .....	abs.	2 779 338	998 663	35,9	1 423 738	51,2	356 937	12,8
6. 6. 1961 .....	abs.	2 659 681	994 555	37,4	1 330 421	50,0	334 705	12,6
Veränderung 1970 gegenüber 1961 ..	abs.	119 657	4 108	.	93 317	.	22 232	.
	%	4,5	0,4	.	7,0	.	6,6	.
<b>Berufseinpender<sup>4)</sup></b>								
27. 5. 1970 .....	abs.	133 846	28 445	21,3	99 065	74,0	6 336	4,7
6. 6. 1961 .....	abs.	95 559	32 827	34,4	58 837	61,6	3 895	4,1
Veränderung 1970 gegenüber 1961 ..	abs.	38 287	- 4 382	.	40 228	.	2 441	.
	%	40,1	- 13,3	.	68,4	.	62,7	.

<sup>1)</sup> einschl. der Personen „ohne Angabe“. – <sup>2)</sup> Landkreise: Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Hztg. Lauenburg, Harburg, Stade. – <sup>3)</sup> Freie und Hansestadt Hamburg und 6 Randkreise. – <sup>4)</sup> aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Tabelle 5

## Berufseinpender und Tätige Personen nach der Stellung im Beruf am 27. 5. 1970

Stellung im Beruf	Berufseinpender nach Hamburg <sup>1)</sup>			Tätige Personen in Hamburg		
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
		männlich	% von Sp. 1		männlich	% von Sp. 4
	1	2	3	4	5	6
Insgesamt 1970 .....	133 846	101 459	75,8	970 721	620 484	63,9
1961 .....	95 559	71 868	75,2	1 007 322	655 248	65,0
Veränderung 1970 gegenüber 1961 abs. .	38 287	29 591	.	— 36 601	— 35 764	.
davon						
Selbständige 1970 ...	5 754	5 010	87,1	72 606	57 613	79,4
% von insgesamt	4,3	4,9	.	7,5	9,3	.
1961 ...	2 375	2 070	87,2	92 196	72 114	78,2
% von insgesamt	2,5	2,9	.	9,2	11,0	.
Veränderung 1970 gegenüber 1961 abs. .	3 379	2 940	.	— 19 590	— 14 501	.
Abhängige 1970 ...	127 057	96 297	75,8	882 019	559 951	63,5
% von insgesamt	94,9	94,9	.	90,9	90,2	.
1961 ...	92 755	69 741	75,2	885 765	578 138	65,3
% von insgesamt	97,1	97,0	.	87,9	88,2	.
Veränderung 1970 gegenüber 1961 abs. .	34 302	26 556	.	— 3 746	— 18 187	.
darunter						
Arbeiter 1970 ...	48 303	42 843	88,7	381 679	283 278	74,2
% der Abhängigen	38,0	44,5	.	43,3	50,6	.
1961 ...	49 892	43 664	87,5	436 560	321 562	73,7
% der Abhängigen	53,8	62,6	.	49,3	55,6	.
Veränderung 1970 gegenüber 1961 abs. .	— 1 589	— 821	.	— 54 881	— 38 284	.

<sup>1)</sup> ohne Einpendler aus Bremen sowie 1961 ohne die in Anstalten lebenden Berufseinpender.

burg ein. Der Anteil der einpendelnden Männer liegt mit 87 % auch hier deutlich über dem Anteil der Männer bei den in Hamburg tätigen Inhabern (79 %). Insgesamt stieg der Anteil der einpendelnden Selbständigen an der Gesamtzahl der hamburgischen Selbständigen von 2,6 % auf 8,0 %.

Den größten Anteil an den Berufseinpendlern haben nach ihrer Stellung im Beruf mit 95 % die Abhängigen: Angestellte, Beamte, Arbeiter und Lehrlinge. Der Anteil von Frauen und Männern entspricht sowohl dem der gesamten Einpendler als auch dem der gesamten Tätigen Personen. Dagegen ist bei den Arbeitern, die gut ein Drittel der abhängigen Einpendler ausmachen, das männliche Geschlecht überdurchschnittlich vertreten: drei von vier in Hamburg beschäftigten Arbeitern und fast 9 von 10 Arbeiter-Einpendlern sind Männer.

Insgesamt ist durch fortschreitende Rationalisierung mittels Automation der Anteil der Arbeiter an den gesamten Tätigen Personen (von 43 % auf 39 %) wie auch noch stärker an den Berufseinpendlern (von 52 % auf 30 %) seit 1961 z. T. erheblich zurückgegangen. Die Hamburger Wirtschaft kann also nicht mehr so stark wie früher den erforderlichen Arbeiterbedarf im ländlichen Umland decken. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß der Unterschied zwischen Arbeitern und Angestellten immer stärker verwischt wird, so daß z. B. 1970 eine exakte Trennung schon nicht mehr immer gewährleistet war.

#### Stärkste Einpendlerzunahmen im Dienstleistungsbereich

Wie anfangs bereits aufgezeigt, war 1970 jeder siebente Hamburger Arbeitsplatz von einem Bewohner der Nachbarländer besetzt (Tabelle 6). 1961 war

es erst jeder zehnte. Die Notwendigkeit, Arbeitskräfte aus dem Umland zu beschäftigen bzw. die ins Umland ziehenden Mitarbeiter im Hamburger Betrieb zu halten, gilt gleichermaßen zunehmend für alle Wirtschaftsbereiche. Den höchsten Anteil der Einpendler verzeichnet dabei das Produzierende Gewerbe. 17 % aller in diesem Bereich Tätigen Personen kamen aus den Nachbarländern. In den Bereichen Handel und Verkehr sowie sonstigen Dienstleistungen ist nur jeder achte Beschäftigte (12 %) Einpendler.

Somit unterscheiden sich die Berufseinpender in ihrer wirtschaftlichen Struktur geringfügig von der Struktur der Hamburger Arbeitsplätze. Waren z. B. 35 % der Tätigen Personen in Hamburg 1970 im Produzierenden Gewerbe beschäftigt, so pendelten immerhin 43 % aller Einpendler in diesem Bereich ein. Auffällig ist der unterschiedliche Anteil bei schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Einpendlern. Von den aus den zwei südlichen Randkreisen kommenden Pendlern arbeiteten 50 %, von den aus den vier schleswig-holsteinischen Randkreisen kommenden Pendlern jedoch nur 40 % in diesem Wirtschaftsbereich. So erklärt sich durch den hohen Arbeiteranteil im Produzierenden Gewerbe auch, daß von den Einpendlern aus Niedersachsen fast jeder zweite (45 %), aus Schleswig-Holstein aber nur jeder dritte (32 %) ein Arbeiter ist.

Es gilt also festzustellen, ob die aus Niedersachsen einpendelnden Personen überwiegend in Arbeitsstätten südlich der Elbe bleiben — also im überwiegend vorherrschenden hafenorientierten Produzierenden Gewerbe (fast zwei Drittel der Arbeitsplätze südlich der Elbe gehören dazu), bzw. ob die aus dem nördlichen Umland einpendelnden Personen in dem von der wirtschaftlichen Struktur her differenzierten Gebiet nördlich der Elbe bleiben — nur knapp ein Drittel der Arbeitsplätze nördlich der Elbe gehörten zum

Tabelle 6

## Berufseinpender und Tätige Personen am 27. 5. 1970 und 6. 6. 1961 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche <sup>1)</sup>	Berufseinpender nach Hamburg					Tätige Personen in Hamburg				
	insgesamt	davon				insgesamt	davon			
		männlich		weiblich			männlich		weiblich	
		absolut	% von Sp. 1	absolut	% von Sp. 1		absolut	% von Sp. 6	absolut	% von Sp. 6
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Insgesamt ..... 1970	134 425	102 006	75,9	32 419	24,1	970 721	620 484	63,9	350 237	36,1
..... 1961	96 207	72 469	75,3	23 738	24,7	1 005 530	654 241	65,1	351 289	34,9
Veränderung 1970 gegen 1961 abs	38 218	29 537	77,3	8 681	22,7	— 34 809	— 33 757	97,0	— 1 052	— 3,0
Veränderung 1970 gegen 1961 %	39,7	40,8		36,6		— 3,5	— 5,2		— 0,3	
darunter										
Prod. Gewerbe ..... 1970	58 770	50 531	86,0	8 239	14,0	343 882	263 509	76,6	80 373	23,4
% von insgesamt	43,7	49,5		25,4		35,4	42,5		22,9	
Prod. Gewerbe ..... 1961	51 020	43 716	85,7	7 304	14,3	406 738	303 469	74,6	103 269	25,4
% von insgesamt	53,0	60,3		30,8		40,5	46,4		29,4	
Veränderung 1970 gegen 1961 abs	7 750	6 815	87,9	935	12,1	— 62 856	— 39 960	63,6	— 22 896	— 36,4
Veränderung 1970 gegen 1961 %	15,2	15,6		12,8		— 15,5	— 13,2		— 22,2	
Handel und Verkehr ..... 1970	40 126	28 463	70,9	11 663	29,1	323 853	202 324	62,5	121 529	37,5
% von insgesamt	29,9	27,9		36,0		33,4	32,6		34,7	
Handel und Verkehr ..... 1961	26 904	17 678	65,7	9 226	34,3	336 617	212 991	63,3	123 626	36,7
% von insgesamt	28,0	24,4		38,9		33,5	32,6		35,2	
Veränderung 1970 gegen 1961 abs	13 222	10 785	81,6	2 437	18,4	— 12 764	— 10 667	83,6	— 2 097	— 16,4
Veränderung 1970 gegen 1961 %	49,1	61,0		26,4		— 3,8	— 5,0		— 1,7	
Sonstige Dienstleistungen .1970	34 598	22 221	64,2	12 377	35,8	299 725	152 091	50,7	147 634	49,3
% von insgesamt	25,7	21,8		38,2		30,9	24,5		42,2	
Sonstige Dienstleistungen 1961	17 626	10 550	59,9	7 076	40,1	259 357	135 328	52,2	124 029	47,8
% von insgesamt	18,3	14,6		29,8		25,8	20,7		35,3	
Veränderung 1970 gegen 1961 abs	16 972	11 671	68,8	5 301	31,2	40 368	16 763	41,5	23 605	58,5
Veränderung 1970 gegen 1961 %	96,3	110,6		74,9		15,6	12,4		19,0	

<sup>1)</sup> ohne den Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“.

Produzierenden Gewerbe. Zum anderen soll untersucht werden, ob die hohen Anteile der im Produzierenden Gewerbe arbeitenden Einpendler aus Niedersachsen auf das in diesem Bereich unterdurchschnittliche Arbeitsplatzangebot im Hamburger Pendler-einzugsbereich zurückzuführen sind.

Tatsächlich verfügte Schleswig-Holstein 1970 innerhalb des 40-km-Kreises gegenüber dem entsprechenden Raum in Niedersachsen bei mehr als dem doppelten Arbeitsplatzangebot über mehr als das dreifache Angebot an Arbeitsplätzen im Produzierenden Gewerbe. Dieser Abstand wird sich durch die großen Industrieansiedlungen im Raum Stade möglicherweise verringern. Zusammen mit der Fertigstellung der in Brunsbüttel im Aufbau befindlichen Industrien wird vermutlich die Zahl der im Produzierenden Gewerbe Hamburgs arbeitenden Einpendler um einiges zurückgehen.

Weiterhin hat eine Analyse der Pendlerströme ergeben, daß 90 % der schleswig-holsteinischen Berufseinpender als Ziel die Arbeitsstätten im Stadtgebiet nördlich der Elbe aufsuchen und nur 10 % die Elbe überqueren. Dagegen bleiben von den niedersächsischen Berufseinpendlern bereits 46 % südlich der Elbe, obwohl sich in diesem Teil der Stadt mit 9 % der gesamten Arbeitsstätten Hamburgs nur 13 % aller Arbeitsplätze befinden.

Die Zahl der im Produzierenden Gewerbe arbeitenden Einpendler hat zwischen 1961 und 1970 noch um 7 800 Personen (15 %) zugenommen, obwohl sich die

entsprechenden Arbeitsplätze in Hamburg im gleichen Zeitraum um 62 000 (16 %) verringert haben. Der Anteil dieser Gruppe an den gesamten Einpendlern hat trotzdem um 9 Prozentpunkte abgenommen, und zwar zugunsten der Einpendler im Dienstleistungsbereich, die ihren Anteil in den Abteilungen Handel und Verkehr bei einer Zuwachsrate von fast 50 % von 28 % auf 30 % und im sonstigen Dienstleistungsbereich bei einer Zuwachsrate von sogar fast 100 % von 18 % auf 26 % steigerten. Insgesamt stieg somit der Anteil der in den Dienstleistungen beschäftigten Einpendler an den Einpendlern insgesamt um 10 Prozentpunkte auf 56 % im Jahre 1970. Diese Entwicklung hat vor allem zwei Gründe: Einmal werden die im öffentlichen Dienst arbeitenden Angestellten und Beamten als auch die in sonstigen Dienstleistungsbetrieben Beschäftigten selbst nach Verlegen ihres Wohnsitzes ins Hamburger Umland wegen des qualifizierten Arbeitsangebots sowie der finanziellen Vorteile, die die Großstadt bietet, kaum ihren Arbeitsplatz wechseln. Zum anderen ziehen die in diesem Umfang im Umland nicht zu findenden qualifizierten Arbeitsplätze des Dienstleistungsbereichs zusätzlich entsprechend qualifizierte Beschäftigte aus dem Umland an.

Auf Grund der vorstehenden Ergebnisse ist für den Zeitraum bis zur nächsten Großzählung im Jahre 1975, die u. a. auch Angaben zur Pendlerbewegung bringen wird, weiterhin mit einem Ansteigen der Zahl der Berufseinpender nach Hamburg zu rechnen. Die in den vergangenen Jahren verstärkt zu beobachtende Gründung von Betrieben im Hamburger Um-



land sowie der Aufbau der Großindustrien in Stade und Brunsbüttel lassen jedoch vermuten, daß gewisse Pendlerströme auch nach dort umgelenkt werden und die Steigerungsrate sich abschwächt. Vor allem die Zahl der unter 25 Jahre alten und die der ledigen Menschen unter den Berufseinpendlern wird stark zurückgehen. Dagegen dürfte die Zahl der 25- bis 45jährigen und verheirateten Erwerbstätigen unter den Pendlern weiter steigen. Der Rückgang der Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe in Ham-

burg und die entsprechende Zunahme im Umland läßt erwarten, daß die in diesem Bereich arbeitenden und nach Hamburg einpendelnden Erwerbstätigen des Umlandes kaum noch zunehmen werden. Stark zunehmen wird dagegen weiterhin die Zahl der Einpendler in die qualifizierten Dienstleistungsstätten der Hansestadt sowohl im Handel und Verkehr als auch noch stärker in den sonstigen Dienstleistungen.

Jens Gerhardt

# Das Konzept der Zählung 1975

## 1. Vorbemerkungen

### 1.1 „Verbesserung der regionalstatistischen Informationen“

Unter dieser Überschrift hat die Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) am 16. April 1970 eine EntschlieÙung verabschiedet, aus der wegen seiner Bedeutung für den künftigen Turnus von Großzählungen folgender Passus im Wortlaut zitiert werden soll:

„Angesichts der Aufgaben auf den Gebieten der Raumordnung und Landesplanung sowie der Regionalpolitik und für die Regionalforschung reicht es nicht aus, nur alle zehn Jahre eine statistische Bestandserhebung in tiefer regionaler Gliederung vorzunehmen.

Vorgeschlagen wird deshalb neben der im 10jährigen Abstand stattfindenden Volks- und Berufszählung mit einer ausführlichen Arbeitsstättenzählung und einigen Angaben über die Wohnung, jeweils in der zeitlichen Mitte, also nach fünf Jahren, im Rahmen der Wohnungszählung auch Angaben über die Bevölkerung, die Arbeitsstätten (nach der Zahl der Beschäftigten) sowie insbesondere die Pendler zu erfassen. Die anderen Großzählungen, z. B. Landwirtschaftszählung, Handelszensus, Industriezensus, sollten in ihrer Regionalisierung mit den Volks-, Berufs-, Arbeitsstätten- und Wohnungszählungen abgestimmt werden“<sup>1)</sup>.

Diese Anregung, jeweils zwischen den Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen – die um die Jahre mit der Endziffer „0“ stattfinden<sup>2)</sup> – Gebäude- und Wohnungszählungen mit demographischen Daten und einigen Daten aus den Arbeitsstätten – um die Jahre mit der Endziffer „5“ – durchzuführen, ist inzwischen von den zuständigen Bundesressorts, der Bundes-, Landes- und Städtestatistik sowie vom Deutschen Städtetag aufgegriffen und weiter entwickelt worden.

### 1.2 Alle 5 Jahre eine „Großzählung“

Nach diesem Konzept werden somit die Statistischen Ämter und die anderen beteiligten Stellen alle 5 Jahre eine umfangreiche statistische Erhebung (Großzählung) durchführen müssen. Das bedeutet, daß die Statistischen Ämter laufend mit diesen Zählungen beschäftigt sind, da erfahrungsgemäß Vorbereitung, Erhebung, Aufbereitung, Auswertung und Veröffentlichung einer Großzählung mehr als fünf Jahre in Anspruch nehmen und sich daher die Arbeiten für aufeinanderfolgende Erhebungen sogar zeitlich

<sup>1)</sup> Ministerkonferenz für Raumordnung – EntschlieÙungen, Empfehlungen und zustimmende Kenntnisnahmen. Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministeriums 11, Bonn 1972, S. 15 f.

<sup>2)</sup> Die letzten Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen fanden 1950, 1961 und 1970 statt. Die nächste Zählung soll nach dem Vorschlag des Rates der Europäischen Gemeinschaften in der Zeit zwischen dem 1. März und dem 31. Mai 1981 durchgeführt werden (BR-Drucksache 465/73).

überlappen, wie es z. Z. bereits der Fall ist (Zählung 1970 befindet sich noch in der Aufbereitung und Auswertung und Zählung 1975 in der Vorbereitung). Es sollte in diesem Zusammenhang auch nicht übersehen werden, daß sich aus diesem 5-Jahres-Turnus für den Statistischen Dienst und für die Institutionen, die das erhobene statistische Material verarbeiten und nutzbar machen, erhebliche finanzielle, personelle und organisatorische Konsequenzen ergeben.

### 1.3 Vorbereitung der Zählung 1975

Die für 1975 vorgesehene Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung ist in einer Reihe von Gremien – sowohl im Bereich der beteiligten Ressorts als auch im Bereich der Statistik – intensiv vorbereitet worden. Das war und ist insbesondere deswegen erforderlich, weil in der Zählung 1975 Daten aus den verschiedenen Bereichen zusammengestellt werden sollen, wie es bislang noch in keiner vorhergehenden Großzählung der Fall war. Hierauf wird weiter unten noch näher eingegangen.

Von den Gremien, die sich zeitlich vor der eingehenden Behandlung im Rahmen der Bundes- und Landesstatistik mit der Zählung 1975 befaßt haben, sollen zwei besonders erwähnt werden, weil in ihnen wesentliche Vorarbeiten geleistet wurden. Zum einen handelt es sich um den Arbeitskreis „Zählung 1975“ im Ausschuß Bau- und Wohnungsstatistik des Verbandes Deutscher Städtestatistiker, in dem vor allem die aus der Sicht der Städte und Gemeinden erforderlichen Datenbereitstellungen aus der Zählung 1975 und die Frage einer koordinierten kommunalen Zusatzerhebung diskutiert und formuliert wurden. Zum anderen hatte der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau eine Arbeitsgruppe von Sachverständigen für die „Vorbereitung des städtebaulichen Sonderteils der Wohnungszählung 1975“ zusammengerufen, die ihre Arbeitsergebnisse im April 1973 als „Empfehlungen zur Erfassung städtebaulicher Merkmale im Rahmen einer Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975“ niedergelegt hat. Diese Empfehlungen bildeten die Grundlage für die Anforderungen der Bundesressorts an die Zählung 1975 und sind damit letztlich wesentliche Grundlage für die amtliche Statistik in der weiteren Vorbereitung geworden.

## 2. Daten aus verschiedenen Bereichen

Wie schon erwähnt, soll die Zählung 1975 Merkmale aus verschiedenen Bereichen erfassen. Dabei ist nicht nur daran gedacht, diese Daten gemeinsam zu erheben, sondern auch daran, sie gemeinsam aufzubereiten und auszuwerten, so daß eine umfassende Darstellung der Bevölkerung in ihren wesentlichen Lebensbereichen „Wohnen“ und „Arbeiten“ möglich wird. Das hat zur Folge, daß die Zählung 1975 in allen ihren Phasen von der Vorbereitung bis zur Auswertung komplexer ist bzw. sein wird als vorangegangene Großzählungen.

Im einzelnen sollen im Rahmen der Zählung 1975 Daten aus folgenden Bereichen ermittelt werden:

- a) Grundstücke (nur bebaute Grundstücke)
- b) Gebäude (alle Wohn- und Nichtwohngebäude)
- c) Wohnungen
- d) Arbeitsstätten und Unternehmen
- e) Personen (in Haushalten und Anstalten)
- f) Haushalte (Wohnparteien)
- g) Beschäftigte (in Arbeitsstätten und Unternehmen)
- h) Pendler (zwischen Wohnung und Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte).

Damit stellt sich diese Zählung als eine Grundstücks-, Gebäude-, Wohnungs-, Arbeitsstätten- und Volkszählung dar; aus den „üblichen“ Großzählungen fehlt nur der Teil Berufszählung. Um allerdings keine falschen Vorstellungen über den Umfang der vorgesehenen Zählung aufkommen zu lassen, sei hier ausdrücklich darauf hingewiesen, daß insbesondere der sog. „Volkszählungs-Teil“ der Zählung 1975 gegenüber einer „normalen Volkszählung“, wie sie z. B. 1970 durchgeführt wurde, in den Merkmalen erheblich eingeschränkt ist. Auch die Teile „Gebäudezählung“ und „Wohnungszählung“ haben einen weniger umfangreichen Merkmals-Katalog, als bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968; dafür sollen aber 1975 im Gegensatz zu 1968 nicht nur die Wohngebäude und die bewohnten Nichtwohngebäude, sondern alle Gebäude erfaßt werden. Neu ist der Teil „Grundstückszählung“; es hat ihn in dieser Form noch bei keiner Großzählung bundes einheitlich gegeben; lediglich als Zusatzerhebungen sind Grundstückszählungen in der Vergangenheit in verschiedenen Städten durchgeführt worden.

Trotz dieser Vielzahl von Bereichen, aus denen die Zählung 1975 Daten zusammentragen wird, gibt es doch einen wesentlichen Schwerpunkt dieser Zählung: Es ist die „Städtebauliche Bestandsaufnahme“.

### 3. Die „Städtebauliche Bestandsaufnahme“ steht im Mittelpunkt

#### 3.1 Was gehört zu einer städtebaulichen Bestandsaufnahme?

Kernstück einer städtebaulichen Bestandsaufnahme ist die Erfassung von Art und Maß der baulichen Nutzung aller Grundstücke in kleinräumlicher Gliederung. Der Begriff „Art und Maß der baulichen Nutzung“ geht auf das Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960<sup>3)</sup> zurück; sein Inhalt wird in der Baunutzungsverordnung<sup>4)</sup> konkretisiert. Hier ist im einzelnen festgelegt, welche Arten und Maße baulicher Nut-

zung in verschiedenen Bauflächen bzw. Baugebieten, die durch Flächennutzungspläne und Bauleitpläne näher bezeichnet werden, zulässig sind.

Bei der Art der baulichen Nutzung geht es um

- a) Gebäudearten, wie z. B. Wohngebäude oder Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
- b) Anlagen, wie z. B. für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche oder sportliche Zwecke
- c) Betriebe, wie z. B. Handwerksbetriebe, Gewerbebetriebe, Gartenbaubetriebe, Tankstellen
- d) Stellplätze und Garagen.

Das Maß der baulichen Nutzung wird festgelegt durch die

- a) Geschoßflächenzahl (Geschoßfläche in qm je Grundstücksfläche in qm)
- b) Baumassenzahl (Baumasse in cbm je Grundstücksfläche in qm)
- c) Grundflächenzahl (Grundfläche in qm je Grundstücksfläche in qm)
- d) Zahl der Vollgeschosse.

Aus dieser Aufzählung der für Art und Maß der baulichen Nutzung entscheidenden Merkmale wird deutlich, daß für eine städtebauliche Bestandsaufnahme die Erfassung von Flächen-Grundstücksfläche, überbaute Fläche, Geschoßfläche – und deren Nutzungen durch „Wohnen“ und „Arbeiten“ wesentlich ist. Mit diesen „Eckdaten“ erschöpft sich aber eine städtebauliche Bestandsaufnahme noch nicht. Neben den bebauten Grundstücken ist auch eine Erfassung der unbebauten Grundstücke wünschenswert, um bestimmte Flächenaggregate – wie z. B. Baublocks – besser unter städtebaulichen Gesichtspunkten analysieren zu können<sup>5)</sup>. Weiterhin sind neben der Kenntnis der „Nutzung“ auch über die „Benutzer“ der Grundstücks- und Gebäudeflächen – nämlich die Haushalte und Personen sowie die Arbeitsstätten und Beschäftigten – soziale, demographische und ökonomische Daten erforderlich; es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Merkmale, wie sie auch in bisherigen Volks-, Arbeitsstätten- und Wohnungszählungen erhoben worden sind. Entsprechendes gilt auch für weitere sachliche Angaben, wie z. B. Baulter von Gebäuden, Ausstattungen von Wohnungen, räumliche Beziehungen zwischen „Wohnen“ einerseits und „Arbeiten“ bzw. „Ausbildung“ andererseits (Berufs- und Ausbildungspendler), die ebenfalls zu einer städtebaulichen Bestandsaufnahme gehören.

Über die hier genannten Daten hinaus können auch – objektive und subjektive – Angaben über die

<sup>3)</sup> BGBl. I, S. 341 ff.

<sup>4)</sup> Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) vom 26. Juli 1962 in der ab 1. Januar 1969 geltenden Fassung. BGBl. I, 1968, S. 1237 ff.

<sup>5)</sup> Es sei bereits an dieser Stelle erwähnt, daß eine Erfassung unbebauter Grundstücke im Rahmen der Zählung 1975 nicht vorgesehen ist, weil die damit verbundenen Schwierigkeiten den Erfolg der Zählung leicht in Frage stellen würden.

„Umwelt“ von Wohnungen und von Arbeitsstätten für eine städtebauliche Bestandsaufnahme von Bedeutung sein. Derartige Merkmale wurden z. B. in der Wohnungsstichprobe 1972 erhoben; weil sie sich wegen der Problematik in der Erhebung und Auswertung mehr für eine durch Interviewer durchgeführte Repräsentativbefragung eignen, ist auch davon abgesehen worden, die Zählung 1975 mit „Umwelt“-Fragen zu belasten. Es zeigte sich auch hier, daß es nicht möglich ist, in einer Zählung alle diejenigen Merkmale erschöpfend zu erfassen, die für eine städtebauliche Bestandsaufnahme von Belang sind bzw. sein können. In diesem Zusammenhang sei aus den Empfehlungen der bereits erwähnten Arbeitsgruppe beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zitiert:

„Durch die Gewinnung bundeseinheitlicher städtebaulich relevanter Daten können weitere gemeindeeigene Erhebungen – insbesondere für die Bauleitplanung, die Verkehrsplanung, für die Vorbereitung städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen oder für die Sozialplanung – nicht ersetzt werden.“

Eine städtebauliche Bestandsaufnahme kann nur dann den vorgesehenen vielfältigen Zwecken dienen, wenn die erforderlichen Daten in einer kleinräumlichen Gliederung vorliegen. Hierzu bieten sich die nach Straße und Hausnummer – in der Mehrzahl der Fälle – eindeutig lokalisierbaren bebauten Grundstücke an. Aus ihnen können dann die notwendigen übergeordneten regionalen Gliederungen – wie Blockseiten, Blocks, Ortsteile, Stadtteile, Bezirke – hierarchisch entwickelt werden. Außerdem können aus dieser kleinsten räumlichen Einheit „Grundstück“ auch andere flächenbezogene Gliederungen – wie z. B. Planquadrate verschiedener Seitenlänge – aufgebaut werden, wobei sich allerdings gewisse Abgrenzungs- und Zuordnungsprobleme ergeben können, auf die aber an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll. Für die EDV-Praxis ist hierfür ein „Regionales Systemband“ erforderlich, das für jede Straße und Hausnummer die entsprechende Zuordnung zu den genannten übergeordneten regionalen Einheiten enthält; im Statistischen Landesamt Hamburg wird ein derartiges „Regionales Systemband“ geführt.

### 3.2 Die Erhebungspapiere und ihre wichtigsten städtebaulich relevanten Merkmale

Obwohl eine endgültige Fassung der Erhebungspapiere noch nicht vorliegt – es müssen sich noch verschiedene statistische Gremien mit der Zählung 1975 befassen und auch durch die für 1974 vorgesehenen Probezählungen können sich noch Änderungen ergeben – dürfte doch schon zum jetzigen Zeitpunkt der wesentliche Inhalt der Zählungspapiere, vor allem auch was ihre städtebaulich relevanten Merkmale betrifft, unbestritten sein.

Für die Erfassung aller bebauten Grundstücke ist ein Grundstücksbogen vorgesehen, der mit dem Gebäudebogen zu einem (dreiteiligen) Zählpapier zusammengefaßt werden soll, da die Mehrzahl aller Grundstücke nur

ein Gebäude enthält. Stehen mehrere Gebäude auf einem Grundstück, so sollen für deren Erhebung entsprechende weitere Gebäudebogen als Einlegeblätter verwendet werden.

Der Grundstücksbogen enthält neben den Angaben zur Lokalisierung (Straße, Hausnummer bzw. Flurstücknummer) sowie Namen und Anschrift des Auskunftgebenden nur wenige – dafür aber städtebaulich besonders wichtige – Angaben, nämlich:

- a) Größe des Grundstücks in qm
- b) Überbaute Fläche (Grundfläche aller Gebäude auf dem Grundstück zusammen) in qm
- c) Zahl der Kfz-Stellplätze in Einzelgaragen, Sammelgaragen oder auf Stellplätzen
- d) Zu dem Grundstück gehörende, aber auf einem anderen bebauten oder unbebauten Grundstück befindliche Kfz-Stellplätze
- e) Angaben zur Wasserversorgung
- f) Angaben zur Abwasser und Fäkalienbeseitigung.

Die Angaben zur Lokalisierung des Grundstücks sind notwendig für die Zusammenführung mit den anderen Zählungsteilen: Gebäude, Wohnungen, Haushalte (Personen) und Arbeitsstätten sowie zur kleinräumlichen Aufbereitung, die über die Zählerliste mit Hilfe von Straße und Hausnummer erfolgen soll. Über die Flurstücksnummern ist eine Verbindung zum Liegenschaftskataster möglich, das – soweit es bereits automatisiert ist – zur Vorgabe von Daten für die Grundstückserhebung herangezogen oder zu Kontrollzwecken (Vollzähligkeit, Richtigkeit der Flächenangaben) verwendet werden kann.

Angaben über die Wasserversorgung sowie die Abwasser- und Fäkalienbeseitigung sind in früheren Erhebungen bei den Gebäuden erfragt worden; da aber anzunehmen ist, daß normalerweise alle Gebäude eines Grundstücks eine gleichartige Ver- und Entsorgung haben, sind diese Fragen auf den Grundstücksbogen übernommen worden, um den Auskunftspflichtigen bei einer Mehrzahl von Gebäuden auf einem Grundstück eine mehrfache gleiche Eintragung zu ersparen.

Der Grundstücksbogen enthält auch ein Verzeichnis aller auf dem Grundstück befindlichen Gebäude, das vor allem Kontrollzwecken dienen soll. Es ist vorgesehen, den Grundstücksbogen zu perforieren, um ihn vom Gebäudebogen abtrennen und zur Überprüfung – vor allem der beiden Flächenangaben – erforderlichenfalls den Kataster- und Vermessungsämtern in den Bezirken zuleiten zu können, ohne dadurch die weitere Bearbeitung des Gebäudebogens zu verzögern.

Der Gebäudebogen enthält eine Reihe von traditionellen Merkmalen, wie sie bei Gebäudezählungen „üblich“ sind; zu ihnen gehören: Angaben über die soziale Stellung bzw. Art des Eigentümers,

Art des Gebäudes, Zahl der Vollgeschosse, Baujahr des Gebäudes, öffentliche Förderung sowie die Frage, ob es sich um ein landwirtschaftliches Anwesen handelt. Dazu kommen 1975 mehrere neue Merkmale, von denen einige eine besondere städtebauliche Bedeutung haben. Neu sind die vorgesehenen Fragen nach einem Personenaufzug, nach den in den letzten 10 Jahren vorgenommenen bestimmten Modernisierungen und größeren Instandsetzungen und danach, ob Wohnungen, die sich im Gebäude befinden, als Ferienwohnungen eigengenutzt und/oder gewerbsmäßig vermietet werden. Von besonderer Wichtigkeit sind die Angaben über die überbaute Fläche (Grundfläche) des Gebäudes und die Nutzfläche des Gebäudes nach Nutzungsarten in qm, soweit es sich nicht um die Nutzung für Wohnzwecke handelt, die nämlich aus der Angabe über die Wohnfläche im Wohnungsbogen hervorgeht. Obwohl der Nutzungsartenkatalog voraussichtlich noch überarbeitet werden wird, sollen hier die 10 Nutzungsarten, nach denen die Nutzung je Gebäude in qm zusammenzufassen ist, nach dem augenblicklichen Stand genannt werden:

1. Öffentliche Verwaltung, Banken, Versicherungen, Industrieverwaltungen, Handels- und Wirtschaftsunternehmen
2. Kirchliche, kulturelle, soziale Einrichtungen
3. Hotels, Pensionen
4. Läden, Gaststätten
5. Büros und Praxen freier Berufe
6. Gewerbebetriebe, Handwerk, Industrie
7. Garagen, Parkhaus
8. Land- und Forstwirtschaft, Gartenbau
9. Einrichtungen für öffentlichen Verkehr, Versorgung und Entsorgung, Erholung und Sport
10. Sonstige Nutzungen, Ungenutzt.

Das zweite – ebenfalls dreiteilige – Erhebungspapier besteht aus dem Haushaltsbogen, dem Personenbogen und dem Wohnungsbogen.

Der Haushaltsbogen enthält neben Namen und Anschrift Angaben der einzelnen Haushaltsmitglieder über Geburtsdaten, Staatsangehörigkeit, Lage der Arbeitsstätte bzw. Ausbildungsstätte sowie den Geschäfts- bzw. Wirtschaftszweig des Betriebes. Ferner wird ermittelt, ob einzelne Familienmitglieder noch einen anderen Wohnsitz haben und ob sie von dort zur Arbeit bzw. zur Ausbildung gehen. Diese Angaben sind überwiegend dazu erforderlich, um einerseits die Wohnbevölkerung festzustellen und andererseits die Pendlerbeziehungen darzustellen.

Mit dem Personenbogen werden für die einzelnen Haushaltsmitglieder die aus Volkszählungen

bekanntem demographischen und erwerbsstatistischen Merkmale – wie Geschlecht, Familienstand, Stellung innerhalb des Haushalts, überwiegender Lebensunterhalt, Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf, Wochenarbeitszeit – erfragt. Für die Ermittlung der Pendlerströme sind die Angaben über benutzte Verkehrsmittel sowie über den Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte aufgenommen worden. Neu und besonders wichtig ist die Frage nach dem monatlichen Netto-Einkommen des gesamten Haushalts, für das 14 Einkommensgruppen – von „unter 400 DM“ bis „5 000 DM und mehr“ – vorgesehen sind.

Im Wohnungsbogen sind die auch in vorangegangenen Wohnungszählungen üblichen Fragen zusammengefaßt. Art, Lage und Größe (Zahl der Räume und Wohnfläche), Ausstattung und Miete der Räume. Besondere Fragen sind dem Eigentums- und Mietverhältnis und der Motorisierung des Haushalts einschließlich der nächtlichen Pkw-Abstellung auf der Straße bzw. auf öffentlichem Parkplatz gewidmet. Für Untermieter und für leerstehende Wohnungen ist jeweils ein gesonderter kleiner Fragenkomplex vorgesehen.

Die bisher genannten Erhebungsbogen sind als lesefähige Belege konzipiert worden, d. h., soweit als möglich wurde das Strichmarkierungsverfahren, wie es schon erfolgreich bei der Volkszählung 1970 verwendet wurde, vorgesehen; die Angaben, die nicht anders als im Klartext zu machen sind, müssen dann mit lesefähigen, stilisierten Ziffern in den Statistischen Ämtern signiert werden. Mit Hilfe der automatischen Lesegeräte soll die Aufbereitung der Zählung 1975 erheblich beschleunigt werden.

Das dritte und letzte der Erhebungspapiere ist der Arbeitsstättenbogen. Erstmals soll 1975 auch die Arbeitsstättenzählung – insbesondere unter städtebaulichen Gesichtspunkten – enger in das gesamte Zählungswerk integriert werden.

Der Arbeitsstättenbogen enthält daher neben den traditionellen Fragen nach der Tätigkeit und dem wirtschaftlichen Schwerpunkt, der Niederlassungsart, der Handwerkseigenschaft, nach den tätigen Personen und den Löhnen und Gehältern in Arbeitsstätten und Unternehmen sowie über die Zweigniederlassungen die „neuen“ Fragen nach der Nutzfläche der Arbeitsstätte in qm und bei den tätigen Personen als Darunter-Position die Beschäftigten mit verwaltender Tätigkeit und die mobilen Beschäftigten, d. h., die nicht am Standort der Arbeitsstätte tätigen Personen. Die zur Nutzfläche gehörende Nutzungsart soll durch Umschlüsselung aus dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der Arbeitsstätte ermittelt werden. Die Möglichkeit einer Ausgliederung der Beschäftigten mit verwaltender Tätigkeit ist zur Ermittlung planerisch relevanter Daten über die tatsächliche Nutzung bestimmter Baugebiete von großer Wichtigkeit: So sind z. B. nach der BauNVO in allgemeinen Wohngebieten zwar Verwaltungsanlagen, nicht jedoch Produktionsanlagen von Industriebetrieben zulässig; da aber eine Aufgliederung in „Verwaltungsbetriebe“ und „Produktionsbetriebe“ nach der geltenden Systematik der Arbeitsstätten nicht möglich

ist, muß diese an Hand der vorgesehenen Ausgliederung der tätigen Personen mit verwaltender Tätigkeit ermöglicht werden. Bei der kleinräumlichen Auswertung bisheriger Arbeitsstättenzählungen hat es sich häufig als besonders störend erwiesen, daß am Ort einzelner Arbeitsstätten auch diejenigen Beschäftigten nachgewiesen wurden, die dort überhaupt nicht tätig sind, wie z. B. Bauarbeiter, Schiffsbesatzungen, Vertreter. Die Ausgliederung dieser mobilen Beschäftigten macht u. a. die Berechnung wirklichkeitsgetreuer Dichtewerte und richtiger Strukturdaten möglich.

#### 4. Bereitstellung der Ergebnisse

##### 4.1 1. Phase der Aufbereitung

Die Statistischen Ämter und alle Konsumenten sind sich darüber einig, daß es ein vordringliches Ziel sein muß, Daten aus der Zählung 1975 möglichst schnell zur Verfügung zu stellen, wobei sich allerdings bei einer so umfassenden und komplizierten Erhebung niemand darüber Illusionen machen sollte, daß vielleicht schon kurze Zeit nach dem Erhebungsstichtag mit fertigen Daten gerechnet werden könne.

Zur Bereitstellung erster Ergebnisse nach etwa 12 Monaten hatte das Statistische Bundesamt den Vorschlag gemacht, 1% aller Zählbezirke bevorzugt und vorweg aufzubereiten, um somit etwa zu einer 1%-Stichprobe für das Bundesgebiet zu kommen. Da hiermit verwertbare Ergebnisse für Bundesländer bzw. kleinere räumliche Einheiten nicht zu erwarten gewesen wären und außerdem der Gesamtverlauf der Aufbereitung der Zählung 1975 hierdurch erheblich gestört worden wäre, haben die Statistischen Landesämter, bei denen der wesentliche Teil der Aufbereitungen erfolgen muß, diesen Vorschlag abgelehnt.

In Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt wurde deshalb folgendes Konzept für die erste Phase der Aufbereitung entwickelt, das inzwischen auch von dem auf Bundesebene federführenden Ressort – dem Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau – akzeptiert wurde: Frühestens innerhalb von 18 Monaten nach dem Zählungsstichtag – der voraussichtlich im Herbst 1975 liegen wird – sollen die wichtigsten endgültigen Eckdaten aus allen Zählungsteilen, mit Ausnahme der Grundstücksdaten, in Form eines „Gemeindeblattes“ vorliegen, das etwa dem „Gemeindeveröffentlichungsprogramm“ der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 bzw. dem „Gemeindeblatt“ der Volkszählung 1970 entsprechen wird. Dieses „Gemeindeblatt 1975“ soll so konzipiert werden, das es nach Möglichkeit folgende Zwecke erfüllen kann:

- a) Zusammenführung der Gemeindeergebnisse zu einem ersten Bundesergebnis; u. a. zur Lieferung an das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
- b) Lieferung erster Ergebnisse an die Gemeinden

- c) Gemeindeveröffentlichungsprogramm der Länder
- d) Erstellung von Ergebnissen in kleinräumlicher Gliederung (Blockprogramm).

Diese Aufbereitung der 1. Phase wird voraussichtlich noch keine Daten aus dem Grundstücksbogen enthalten, weil anzunehmen ist, daß der Grundstücksbogen wegen der erforderlichen umfangreichen Kontroll- und Prüfungsarbeiten nicht so schnell aufbereitet werden kann. Ferner sind für diese Phase noch keine Kombinationstabellen vorgesehen, sondern lediglich „lineare“ Aufbereitungen der einzelnen Zählungsteile.

##### 4.2 Weitere Aufbereitungen

Die Überlegungen über die weiteren Aufbereitungsphasen sind z. Z. noch nicht abgeschlossen. Vorgehen ist ein nicht allzu umfangreiches Tabellenprogramm, das einerseits Kombinationstabellen der einzelnen Zählungsteile in sich und andererseits Kombinationstabellen der einzelnen Zählungsteile untereinander – insbesondere unter städtebaulichen Aspekten – vorsieht.

Da im Augenblick noch nicht zu übersehen ist, welche Probleme zum Zeitpunkt der Ergebnisbereitstellung aktuell sein werden, ist ferner vorgesehen, Programmier- und Maschinenkapazität für problemorientierte ad-hoc-Aufbereitung bereitzuhalten.

Die Ergebnisse der Zählung 1975 werden aber nicht nur in Form von Tabellenprogrammen von der amtlichen Statistik bereitzustellen sein. Städte und Gemeinden haben bereits vielfach den Wunsch geäußert, das Material dieser Zählung für vielfältige kommunale Zwecke zu verwenden, zu denen vor allem der Aufbau von Dateien (Grundstücke, Gebäude) und der Vergleich mit bestehenden Dateien (Einwohner-, Liegenschaftskataster) gehören. Zu diesem Komplex hat der Ausschuß „Kommunalstatistik und Verwaltungsautomation“ im Verband Deutscher Städtestatistiker verschiedene Forderungen<sup>6)</sup> erhoben, aus denen hier auszugsweise zitiert werden soll:

„Die Beschreibung der Grundstücke im Grundstücksbogen soll nicht allein über eine Straße und Hausnummer erfolgen, sondern alle auf dem Grundstück vorkommenden Straßen und Hausnummern erfassen. Die Angaben sollten auf dem Datenband in Folgesätzen festgehalten werden. Dadurch wird die Verbindung zu Angaben in anderen kommunalen Dateien (Einwohner, Liegenschaften) möglich.“

„Die zusammengeführten und bereinigten Zahlen sollten zwei Jahre nach der Zählung zur Verfügung stehen und zwar in leicht verarbeitbarer Form mit einheitlichen Formaten. Die Gemeinden sollten sie als Dateien übernehmen und mit Hilfe von Benutzersprachen (DATAV, GIS, STAF) auswerten können.“

„Um die Zählungsergebnisse mit den Dateien des Verwaltungsvollzugs in Verbindung bringen zu kön-

<sup>6)</sup> Sitzung am 24./25. 5. 1973 in Düsseldorf.

nen, sollten in den Bandsätzen der endgültigen Zählungsergebnisse Stellen für die interne regionale Gliederung der Gemeinden freigelassen werden."

#### 4.3 Geheimhaltung

Wenn die Ergebnisse der Zählung 1975 — wie von verschiedenen Konsumenten gewünscht — auch als Einzeldaten weitergegeben werden sollen, muß die Frage der Geheimhaltung entsprechend gesetzlich gelöst werden.

Während noch bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 eine Reihe von Daten als Einzelangaben nicht weitergegeben werden durften, was die Auswertung des erhobenen Materials — z. B. auch in kleinräumlicher Aufbereitung nach Blocks und Blockseiten — erheblich erschwerte, waren die Geheimhaltungsbestimmungen im Volkszählungsgesetz 1970 erheblich gelockert. Wenn auch der Schutz der Auskunftspflichtigen vor einer mißbräuchlichen Verwendung der von ihnen für eine Statistik gemachten Angaben nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß überhaupt bzw. zutreffende Auskünfte erteilt werden, so darf doch die Geheimhaltung nicht so weit getrieben werden, daß wesentliche Teile einer mit hohen Kosten zustande gekommenen Zählung nicht für notwendige öffentliche und wissenschaftliche Belange genutzt werden können. Dabei ist es unbestritten, daß bei einer Veröffentlichung von Einzelangaben erheblich strengere Maßstäbe anzulegen sind als bei einer Weitergabe lediglich für verwaltungsinterne oder wissenschaftliche Bearbeitungen. Es sollte daher angestrebt werden, die Frage der Geheimhaltung im Zählungsgesetz für 1975 so großzügig zu handhaben, wie es einerseits für den Schutz der Intimsphäre der Auskunftspflichtigen unbedingt erforderlich und andererseits für eine umfassende Ausschöpfung der Zählungsergebnisse notwendig ist.

#### 5. Weitere Fragen zur Zählung 1975

Wenn auch vorstehend das Konzept der Zählung 1975 im wesentlichen umrissen wurde, so sind doch noch nicht alle Komplexe, die mit dieser Zählung zusammenhängen, angesprochen worden. Es sollen hier darum noch einige weitere Fragen zur Zählung 1975 kurz angesprochen werden.

##### 5.1 Probezählungen

Zur Vorbereitung der Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung 1975 sind für das Jahr 1974 bis zu drei Probezählungen vorgesehen, die jeweils höchstens 25 000 Haushalte und 5 000 Arbeitsstätten erfassen sollen. Diese auf freiwilliger Grundlage durchzuführenden Probezählungen sollen dazu dienen, Inhalt und Form der Erhebungspapiere sowie die Organisation und den Ablauf der Zählung zu testen.

Es ist vorgesehen, die letzte dieser Probezählungen im Herbst 1974 schon mit den endgültigen Erhe-

bungspapieren durchzuführen, damit das aus dieser Probeerhebung hervorgehende Material für die Plausibilitäts- und Tabellenprogramme bereits als Testmaterial dienen kann. Weil dann für diesen Zweck nicht mehr auf — frühestens ein Jahr später vorliegendes — erstes „echtes“ Material aus der Zählung gewartet werden muß, kann die Aufbereitung im maschinellen Bereich hierdurch erheblich beschleunigt werden.

##### 5.2 Vorerhebung

Etwa 6 Monate bis 8 Monate vor dem Zählungstichtag — also im Frühjahr 1975 — wird der Zählung 1975 eine Grundstücks- und Gebäudeerhebung vorausgehen.

Derartige Vorerhebungen sind — vor allem in größeren Kommunen — besonders aus folgenden Gründen notwendig bzw. wünschenswert:

- a) Nur ein — mehr oder minder großer — Teil der Grundstücks- und Gebäudeeigentümer wohnt auf seinem Grundstück. Wo das nicht der Fall ist, kann der Zähler bei der Erhebung die vom Grundstücks- und Gebäudeeigentümer zu erbringenden Angaben nicht beibringen. Hierdurch würde der Ablauf der Erhebung verzögert, so daß es gilt, diese Fälle weitgehend in einer Vorerhebung zu erfassen.
- b) Der sog. „Mehrfachhausbesitz“ (Wohnungsbau-gesellschaften, Haus- und Grundstücksverwaltungen, Immobilienfonds u. a.) ist kaum in der Lage, die umfangreichen Arbeiten, die mit der Ausfüllung einer Vielzahl von Erhebungsbogen verbunden sind, kurzfristig zu erledigen. Auch hier ist es also angebracht, um die Zählung nicht zu verzögern, eine Vorerhebung durchzuführen.
- c) Wenn dem Zähler die in der Vorerhebung bereits erfaßten Gebäudebogen mit näheren Angaben über die dort wohnenden Haushalte und die Arbeitsstätten mitgegeben werden können, wird sein Zählgeschäft und eine vollzählige Erfassung wesentlich erleichtert.
- d) Die in der Vorerhebung anfallenden Grundstücksbogen können abgetrennt und — ohne den Ablauf der Zählung zu verzögern — den Kataster- und Vermessungsämtern zur Überprüfung zugeleitet werden.

Soweit die für eine Vorerhebung zur Erfassung vorgesehenen Grundstücks- und Gebäudeeigentümer in der gleichen Gemeinde wohnen, ist es möglich, die erforderlichen Angaben auf den Erhebungsbogen durch Zähler bzw. Interviewer beizubringen. Wo das nicht der Fall ist, muß die Vorerhebung auf postalischem Wege erfolgen.

##### 5.3 Organisation und Ordnungssystem

Die bereits genannte Arbeitsgruppe beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in ihren Empfehlungen gefordert, die Zählung

1975 so zu konzipieren, „daß sich ein eindeutiger Bezug zwischen Angaben über Gebäude und Grundstücke einerseits und Angaben über Wohnungen, Haushalte, Personen und Arbeitsstätten andererseits herstellen läßt“.

Das bedeutet: Die Zählung 1975 muß schon von der Organisation und vom Ordnungsnummernsystem her so angelegt sein, daß eine Zusammenführung der einzelnen Zählungsteile – d. h. der verschiedenen Erhebungsbogen – auf die Erhebungseinheit „Grundstück“ (= Straße und Hausnummer) möglich ist. Hierzu soll vor allem eine entsprechend konzipierte Zählerliste dienen, in die der Zähler vorpaginierte Nummern der Erhebungsbogen zu jeder erfaßten Straße und Hausnummer einzutragen hat. Jede Zählerliste soll nur eine Blockseite umfassen, wodurch die Überprüfung der regionalen Zuordnung und der Vollzähligkeit sowie eine kleinräumliche Aufbereitung erleichtert wird.

Dieses Verfahren soll auch in den Probezählungen getestet werden.

#### 5.4 Erfassung der Grundstücke

Während in Hamburg bereits 1968 eine Grundstückserhebung durchgeführt wurde, ist eine derartige Zählung auf Bundesebene Neuland. Es ergeben sich in diesem Zusammenhang eine Reihe methodischer und technisch-organisatorischer Probleme, auf die aber im Rahmen dieses Beitrages nicht näher eingegangen werden kann<sup>7)</sup>.

Hingewiesen werden soll aber auf die Verbindung zwischen Liegenschaftskataster und Grundstückserhebung 1975. In einer Reihe von Städten ist bzw. wird das Liegenschaftskataster automatisiert. Dort, wo diese Automatisierung bis zum Zeitpunkt der Zählung 1975 (Vorerhebung bzw. Zählungstichtag) bereits erfolgt ist, ergibt sich die Möglichkeit, aus dem Liegenschaftskataster für die Zählung gewisse Daten vorzugeben bzw. diese Daten nach der Erhebung relativ einfach zu überprüfen; hierzu gehört vor allem die Größe der Grundstücksfläche. Auf der anderen Seite besteht die Möglichkeit, daß ein automatisiertes Liegenschaftskataster mit gewissen Daten aus der Zählung „angereichert“ werden kann. An dieser Stelle sollen diese Probleme nur angedeutet werden; es wird noch intensiver Vorgespräche der beteiligten Stellen bedürfen, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen.

#### 5.5 Kommunale Zusatzerhebungen

Bevor das hier dargestellte Konzept der Zählung 1975 vorlag, hat sich ein Arbeitskreis des Ausschusses „Bau- und Wohnungsstatistik“ im Verband Deutscher Städtestatistiker Gedanken über koordinierte kommunale Zusatzerhebungen gemacht, da die fehlende Koordination von Zusatzerhebung zur Gebäude- und Wohnungszählung 1968 allgemein als Mangel empfunden wurde.

<sup>7)</sup> Siehe hierzu: „Methoden und Begriffe der Grundstückserhebung 1968“, in: Hamburg in Zahlen, Jahrgang 1969, Juni-Heft, S. 135 ff.

Weil aus dem jetzt vorliegenden Konzept der Zählung 1975 deutlich wird, daß die wichtigsten von den Gemeinden geforderten Merkmale in die Erhebung eingehen werden, sollte auf kommunale Zusatzerhebungen möglichst verzichtet werden; auch um das ohnehin schon umfangreiche und komplizierte Zählungswerk nicht noch mehr zu belasten. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat entsprechend in einem Schreiben vom 13. 7. 1973 an das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau darauf hingewiesen, daß diese Verbände den ihnen angeschlossenen Mitgliedern gemeindliche Zusatzerhebungen nicht empfehlen werden.

#### 5.6 Basis für Fortschreibungen und Dateien

Die Ergebnisse der Zählung 1975 werden für verschiedene Fortschreibungen eine neue Basis abgeben.

Das gilt vor allem für die Fortschreibung bau- und wohnungsstatistischer Daten. Die Bautätigkeitsstatistik soll ab 1975 nicht unwesentlich erweitert werden; vor allem sollen in den Merkmalskatalog städtebauliche Daten aufgenommen und die sog. Abgangstatistik verbessert werden. Sie soll auch dazu dienen, wesentliche Eckdaten der Zählung 1975 über Gebäude und Wohnungen fortzuschreiben und damit auch die bisherige Fortschreibung auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 abzulösen und auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Ferner wird voraussichtlich auch die Bevölkerungsfortschreibung nach Vorliegen der Ergebnisse der Zählung 1975 auf eine neue Basis umgestellt werden. Da – wie eingangs bereits dargestellt – künftig in etwa fünfjährigem Turnus neue Grunddaten über die Bevölkerung vorliegen werden, wird es möglich sein, alle 5 Jahre eine neue Ausgangsbasis für die Bevölkerungsfortschreibung zu gewinnen und damit die unvermeidlichen Fortschreibungsdifferenzen möglichst klein zu halten.

Auch in anderen Bereichen – besonders auf kommunaler Ebene – können die Ergebnisse der Zählung 1975 Grundlage für den Aufbau neuer oder für die Kontrolle und Fortschreibung bestehender Dateien dienen; zu denken wäre z. B. an Einwohner-, Grundstücks-, Gebäude-, Wohnungs- oder Arbeitsstätten-Dateien.

#### 6. Schlußbemerkungen

Der hier gegebene Überblick über das Konzept der Zählung 1975 hat gezeigt, daß diese Erhebung mehr sein wird als eine städtebauliche Bestandsaufnahme, wenn diese auch ein wesentliches Ziel darstellt. Darüber hinaus hat die Zählung 1975 auch eine besondere Bedeutung für die Raumordnung und die Landesplanung, weil hier erstmals bundesweit ein umfangreicher Katalog von Daten für diese Aufgaben bereitgestellt werden wird. Aber auch der Wohnungs-, Verkehrs- und Umweltpolitik in Bund, Ländern und Gemeinden soll neues Basismaterial gelie-



fert werden. Für Hamburg wird diese Erhebung insofern von besonderem Interesse sein, als es nur auf diese Weise ein vergleichbares, kleinräumlich tiefgegliedertes Datenmaterial für den gesamten Siedlungsraum – also auch jenseits von Landesgrenzen – erhält, denn gerade dieser Aspekt ist angesichts der anhaltenden Randwanderung in das Umland für die Regionalplanung von vitaler Bedeutung.

Nicht zuletzt werden auch Prognosen auf verschiedenen Gebieten von den Ergebnissen der Zählung 1975 profitieren. Daß der Vergleich mit vorhergehenden entsprechenden Zählungen und die Aufstellung

längerfristiger Reihen eine wesentliche Aufgabe sein wird, soll ebenfalls erwähnt werden.

Aus dieser kurzen und keineswegs erschöpfenden Aufzählung dürfte deutlich werden, daß die Zählung 1975 zur Lösung vieler Probleme und Fragen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft neues Zahlenmaterial bereitstellen wird, mit dem für einen längeren Zeitraum gearbeitet werden kann und muß; denn die nächste vergleichbare Zählung wird nicht vor 1985 stattfinden können.

Detlef Schmidt

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>1)</sup>	759,7	763,0	765,0	759,8	764,9	770,7
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	17,3	18,6	18,3	17,2
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	68	73	65	73
Windstärke	Meßzahl <sup>2)</sup>	3	3	3	3	3	2,8
Bewölkung	" <sup>3)</sup>	7	6	4	5	4	4,5
Summenwerte <sup>4)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	32	94	40	60
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	286	203	265	211
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	1	—	1	1
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	11	18	12	18
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsstand (Monatsende) <sup>5)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	244,8	...	...	...	245,6
" Altona	"	264,3	256,4	...	...	...	255,5
" Eimsbüttel	"	264,6	253,9	...	...	...	253,4
" Hamburg-Nord	"	401,3	344,5	...	...	...	343,0
" Wandsbek	"	357,5	375,0	...	...	...	375,9
" Bergedorf	"	82,6	94,6	...	...	...	94,6
" Harburg	"	199,0	204,7	...	...	...	204,4
Hamburg insgesamt	"	1 858,9	1 773,9	...	...	...	1 772,4
dav. männlich	"	861,9	820,7	...	...	...	820,2
weiblich	"	995,0	953,2	...	...	...	952,2
dar. Ausländer <sup>6)</sup>	"	59,8	114,7	122,1	123,0	123,8	...
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>7)</sup>	Anzahl	1 510	1 019	1 181 r	945 p	1 260 p	1 158 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,9	...	...	...	7,7
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269	1 227 r	1 210 p	1 170 p	1 227 r
dar. unehelich	"	143	113	89 r	105 p	115 p	120
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	14,4	8,6	...	...	...	8,2
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	8,9	7,3	8,6 p	9,7 p	9,9
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 149	2 057 r	2 210 p	1 570 p	1 967 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	25	20	39 p	16 p	34 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	13,6	14,5	...	...	...	13,1
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>8)</sup>	"	17,2	19,2	16,9 r	32,2 p	13,7 p	27,2 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-) je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 123	- 880	- 830 r	- 1 000 p	- 400 p	- 740 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,0	...	...	...	- 4,9
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	Anzahl	6 174	6 466	...	...	...	6 739
Fortgezogene Personen über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 870	...	...	...	7 260
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-) dav. männlich	"	- 379	- 404	...	...	...	- 521
weiblich	"	- 37	- 144	...	...	...	- 234
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	- 342	- 260	...	...	...	- 287
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 428	12 474	15 795	14 097	13 591
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus Schleswig-Holstein	"	1 542	1 695	...	...	...	1 661
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	835	1 092	...	...	...	1 049
Niedersachsen	"	1 091	1 041	...	...	...	1 072
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	272	351	...	...	...	352
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 629	...	...	...	1 586
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	2 101	...	...	...	2 420
b) Fortgezogene nach Schleswig-Holstein	"	2 351	2 581	...	...	...	2 829
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 620	1 960	...	...	...	2 085
Niedersachsen	"	1 268	1 564	...	...	...	1 722
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	525	830	...	...	...	1 012
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 744	...	...	...	1 783
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	981	...	...	...	926

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	11 749	11 294	11 159	11 134	11 116	11 307
Pflegetage		273 169	260 924	246 953	251 060	241 639	246 967
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	81,8	79,8	78,1	78,7	75,8	75,4
b) Gemeinnützige Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	4 573	4 740	4 847	4 847	4 847	4 690
Pflegetage		123 729	127 459	122 817	125 535	123 968	120 866
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	89,1	87,5	84,5	83,9	83,3	83,0
c) Private Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	745	798	797	797	797	803
Pflegetage		19 012	20 890	18 975	17 741	18 582	18 634
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	81,8	85,0	78,6	72,0	76,6	77,1
<b>Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Pflegetage		21 274	19 998	19 217	20 772	20 929	20 985
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	81,7	79,9	80,6	84,3	83,6	82,6
b) Tbc-Heilstätten							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Pflegetage		25 628	17 482	17 065	16 944	16 710	16 777
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	85,0	81,8	86,5	81,3	79,5	77,2
<b>Krankenhäuser für Geistesranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 739
Pflegetage		48 245	43 686	43 729	44 577	44 724	43 346
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	91,4	88,2	89,2	88,0	88,2	84,5
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 292
Pflegetage		38 084	38 605	37 077	39 019	39 045	39 134
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	88,2	97,8	96,0	97,8	99,7	97,7
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs							
Bettenbestand <sup>1)</sup> )	Anzahl	1 476	1 420	1 312	1 312	1 312	1 422
Pflegetage		43 630	41 731	40 594	42 287	42 158	42 449
Bettenausnutzung <sup>2)</sup> )	%	97,1	95,0	98,1	98,9	98,4	95,4
<b>Kulturpflege</b>							
<b>Rundfunk und Fernsehen <sup>3)</sup>)</b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>4)</sup> )	1 000	667,8	688,8	695,2	694,5	694,6	687,1
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>4)</sup> )	"	455,8	625,0	631,6	630,7	630,7	623,8
<b>Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	462 919	486 329	470 512	514 962	433 843
Ausgeliehene Noten	"	3 241	6 242	7 138	6 202	7 454	4 968
<b>Wissenschaftliche Büchereien <sup>5)</sup>)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	35 606	35 665	37 194	33 907
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 998	13 914	12 078	13 130	12 067
<b>Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
	Anzahl	43 961	60 227	56 933	72 920	63 134	62 746
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>6)</sup>)</b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	680,6	679,9	681,1	686,7
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	404,7	398,8	398,0	398,4	404,8
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	48,3	46,4	46,4	46,2	48,3
Rentner	"	175,5	234,0	235,4	235,5	236,5	233,6
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	24,5	28,5	24,8	24,0	20,2
dav. männlich	"	17,9	16,8	19,4	17,1	16,6	14,1
weiblich	"	8,8	7,7	9,1	7,7	7,4	6,1

am Monatsende. — <sup>1)</sup>) ohne Säuglingsbetten. — <sup>2)</sup>) ohne gesperrte Betten. — <sup>3)</sup>) ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. — <sup>4)</sup>) Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA — Institut für Wirtschaftsforschung — Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). — <sup>5)</sup>) nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	4 437	4 792	4 705	3 894
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 329	2 468	2 473	2 138
weiblich	"	1 092	2 004	2 108	2 324	2 232	1 756
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	.	.	.	27
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	.	.	.	30
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	.	.	.	71
Elektriker	"	24	28	.	.	.	19
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	.	.	.	46
Tischler, Modellbauer	"	24	18	.	.	.	29
Drucker	"	44	48	.	.	.	11
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	.	.	.	77
Ernährungsberufe	"	75	92	.	.	.	132
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	.	.	.	132
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	.	.	.	417
Warenkaufleute	"	388	421	.	.	.	218
Verkehrsberufe	"	313	252	.	.	.	860
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	.	.	.	305
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	.	.	.	
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	22 210	21 877	21 395	19 346
dav. männlich	"	13 014	9 643	12 443	12 336	12 416	9 987
weiblich	"	12 813	9 073	9 767	9 541	8 979	9 359
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage *)							
dav. männlich	"	5 841	5 654	4 920	5 899	5 760	5 882
weiblich	"	4 134	4 026	3 590	4 182	4 086	4 134
dav. männlich	"	1 707	1 629	1 330	1 717	1 684	1 748
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	5 435	5 935	6 960	5 620	6 629
weiblich	"	9 855	4 588	4 937	5 788	4 831	5 516
dav. männlich	"	572	867	998	1 172	789	1 113
Arbeitsuchende am Monatsende *)							
dav. männlich	"	8 299	11 472	11 127	10 894	10 855	10 423
weiblich	"	5 612	5 810	5 593	5 444	5 530	5 355
dav. männlich	"	2 787	5 682	5 534	5 450	5 325	5 068
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	.	.	.
weiblich	"	5 157	18 618	.	.	.	.
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 663	1 427	1 238	1 312
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	96,2	95,9	93,8	94,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,6	10,6	12,1	10,1	8,7	9,7
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	11 679	11 502	11 169	10 509
dav. lose	"	3 628	1 925	1 766	1 561	1 585	1 692
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	.
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	8 409	7 953	8 025	8 246
mit abwechl. Fettgehalt	"	.	148	248	595	531	152
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"	.	.	184	186	156	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	1 072	1 393	1 028	419
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	518	1 188	1 070	940	613
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	5,1	5,1	7,5	7,6
Kälber	"	2,6	1,3	1,3	1,0	1,1	1,2
Schweine	"	47,0	35,1	28,2	29,6	28,4	33,0
Schafe	"	2,7	0,8	0,6	0,6	0,6	0,8
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	4,0	4,7	6,5	6,5
Kälber	"	2,6	1,2	1,3	0,9	1,0	1,0
Schweine *)	"	49,8	36,1	28,3	29,8	28,6	34,2
Schlachtungsmengen aus gewerblichen Schlachtungen *)							
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	6 229	5 355	3 925	4 188	4 603	5 139
Kälber	t	1 595	1 701	1 112	1 270	1 752	1 678
Schweine	"	187	114	80	69	91	104
Schweine	"	4 318	3 511	2 712	2 834	2 738	3 323

\*) durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — \*) Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — \*) gewerbliche und Hausschlachtungen. — \*) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 366	1 366	1 363	1 411
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	1 000	219	198	194	194	194	198
Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	"	152	123	119	119	119	123
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	24 859	18 971	17 990	16 352	17 266	17 008
Gehälter (Bruttosumme)	"	119	184	205	205	204	190
Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	75	153	183	167	163	150
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	14	4	4	4	5	4
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	6 418	2 711	2 095	1 913	2 145	2 157
Heizölverbrauch	1 000 t	48 231	48 231	55 440	54 558	50 722	47 802
Stromverbrauch	Mio kWh	69	61	46	44	44	48
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	112	172	179	178	183	162
Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	16	13	11	10	11	10
dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	"	1 304	1 713	1 892	1 815	1 849	1 581
	"	155	247	304	270	306	200
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	132,4	115,7 r	112,0 p	107,1
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,9	133,3	114,9	110,3 p	106,6
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	135,6	154,7	133,9	132,3 p	125,3
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	128,7	142,1	111,0	98,9 p	102,3
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	107,0	110,9	87,3	95,1 p	95,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	106,2	107,1	105,5	100,0 p	91,8
Bauindustrie	"	103,7	131,9	144,4	116,9r	120,3 p	119,7
<b>Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 713	1 892	1 815	1 849	1 581
Chemische Industrie	"	215	280	318	338	352	277
Elektroindustrie	"	101	155	173	162	158	169
Maschinenbau	"	143	223	234	200	213	208
	"	63	136	169	133	128	129
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	14	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	409	465	549	438
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	46	46	48	40
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup></b>							
		1965	1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
<b>Handwerk (Meßziffern) <sup>10)</sup></b>							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>Bauhauptgewerbe <sup>11)</sup></b>							
		1965	1972	Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) dar. Inhaber	Anzahl	49 151	44 189	44 486	44 269	43 878	45 137
Angestellte	"	1 385	1 256	1 274	1 241	1 190	1 238
Arbeiter <sup>12)</sup>	"	4 684	5 898	6 197	6 212	6 272	5 920
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	43 102	37 035	37 015	36 316	36 416	37 979
dav. für Wohnungsbauten	"	6 828	6 109	6 109	5 373	5 790	6 223
gewerbl. und Industr. Bauten	"	2 216	2 030	1 892	1 458	1 663	1 718
öffentliche und Verkehrsbauten	"	1 673	2 064	1 980	2 035	2 000	2 205
Löhne (Bruttosumme) <sup>13)</sup>	Mio DM	2 939	2 015	2 237	1 865	2 127	2 300
Gehälter (Bruttosumme) <sup>14)</sup>	"	46,3	78,9	88,1	83,5	86,1	82,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	5,9	14,3	16,8	16,6	15,5	14,4
dav. im Wohnungsbau	"	128,2	220,3	241,4	363,7	211,3	263,3
gewerbl. und industr. Bau	"	42,2	73,1	65,9	99,5	66,8	79,6
öffentlichen und Verkehrsbau	"	31,0	73,8	85,9	88,6	83,8	66,2
	"	53,0	73,4	89,6	175,6	60,7	117,5
<b>Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau) dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	Anzahl	269	175	270	243	238	115
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	410	660	525	262
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	78,4	144,6	113,0	51,8
Wohnfläche	1 000 qm	95	93	84	128	112	53
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohnbauten (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	92	76	62	74
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604	468	882	418	813
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	84,4	128,2	64,1	80,1
Nutzfläche	1 000 qm	73	107	103	186	86	118
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	1 094	1 955	1 643	668

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. — <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. — <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. — <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle. — <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmenge, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. — <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. — <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, umgerechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. — <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. — <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. — <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. — <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	281	158	243	162	200	111
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	423	369	473	505	232
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	78,5	100,1	103,7	41,9
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	88	57	47	65
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	636	460	542	255	1 135
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	75,1	76,4	61,4	82,8
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 140	1 237	930	1 351	1 438	634
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)							
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	89	111	100	86
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92	52	52	56	37
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	213	274	195	206
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7	40,9	55,0	37,2	29,8
Wohnfläche	1 000 qm	96	89	45	57	39	44
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	66	44	38	31	22
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435	211	160	113	139
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3	30,8	24,0	22,4	14,9
Nutzfläche	1 000 qm	69	80	41	37	31	30
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 438	1 238	595	822	503	621
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)		968	655	238	188	218	277
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert							
<b>5. Bauüberhang</b> (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 698	15 651	16 500	17 000	17 900	19 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		7 138	2 922	4 400	5 000	5 200	4 100
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	187	187	186
Wohnungen		638	724	727	728	728	715
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 705	2 717	2 720	2 721	2 670
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	191	182	...	177
dar. Warenhäuser		130	292	285	297	...	267
Facheinzelhandel		120	165	165	154	...	145
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	..	..	...	...	...	..
dav. Unternehmen des Außenhandels		..	..	...	...	...	..
Unternehmen des Binnengroßhandels		..	..	...	...	...	..
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	..	..	..	..	..
Lieferungen Hamburgs		140 188	..	..	..	..	..
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	329	361	460	...	301
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft		17	33	35	62	...	30
Gewerblichen Wirtschaft		195	296	326	398	...	271
dav. Rohstoffe							
Halbwaren		2	2	2	3	...	2
Fertigwaren		50	58	83	85	...	57
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse		143	238	241	310	...	212
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse		9	21	23	28	...	19
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern							
Europa		152	237	272	333	...	211
dar. EWG-Länder		85	98	179	172	...	87
EFTA-Länder		67	99	50	55	...	81

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. - \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. - \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. - \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr</b>							
<b>Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
Gastgewerbe	1962 = 100	111	·	·	·	·	·
dav. Beherbergungsgewerbe	·	125	·	·	·	·	·
Gaststättengewerbe	·	108	·	·	·	·	·
<b>Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
Fremdenmeldungen	1 000	120	116	141	144	·	141
dar. von Auslandsgästen	·	42	40	48	57	·	57
Fremdenübernachtungen	·	232	223	272	259	·	257
dar. von Auslandsgästen	·	90	75	91	98	·	103
<b>Verkehr</b>							
<b>Seeschifffahrt</b>							
<b>Schiffsverkehr über See</b>							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 558	1 506 r	1 641 r	1 700 p	1 680
Abgegangene Schiffe	·	1 739	1 611	1 576 r	1 696 r	1 715 p	1 785
<b>Güterverkehr über See</b>							
dav. Empfang	1 000 t	2 942	3 855	3 952 r	4 079 r	4 222 p	3 434
dav. Massengut	·	2 229	2 968	2 919 r	3 054 r	3 130 p	2 564
dar. Mineralöle	·	1 634	2 342	2 265 r	2 398 r	2 505 p	1 901
Kohle	·	968	1 392	1 421 r	1 443 r	1 395 p	1 264
Getreide	·	192	166	116 r	128 r	131 p	101
Sack- und Stückgut	·	180	259	101 r	176 r	164 p	159
Versand	·	595	624	654 r	656 r	625 p	663
dav. Massengut	·	713	889	1 033 r	1 025 r	1 092 p	870
Sack- und Stückgut	·	292	396	434 r	439 r	508 p	382
	·	421	491	599 r	586 r	584 p	488
<b>Binnenschifffahrt</b>							
Güterempfang	1 000 t	340	381	447	444	·	487
Güterversand	·	309	424	482	317 r	·	373
<b>Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
<b>Gelandete Flugzeuge</b>							
Gestartete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 856 p	2 683 p	2 779 p	3 845
Angekommene Fluggäste	1 000	2 047	3 027	2 856 p	2 682 p	2 779 p	3 858
Abgereiste Fluggäste	·	70,5	142,9	137,6 p	119,4 p	149,4 p	183,2
Angekommene Fracht	t	71,0	142,9	133,5 p	135,7 p	133,8 p	169,0
Abgegangene Fracht	·	578	1 278	919 p	841 p	1 048 p	1 202
Angekommene Post	·	587	1 059	716 p	679 p	858 p	1 077
Abgegangene Post	·	185	346	308 p	248 p	322 p	369
	·	229	369	345 p	304 p	381 p	391
<b>Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
<b>Beförderte Personen</b>							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 487	10 509	10 262	10 622	10 140
Hoch- u. Untergrundbahn	·	13 705	15 714	14 619	14 399	14 969	14 256
Straßenbahn	·	9 438	3 948	2 816	2 498	2 918	3 686
Kraftomnibusse der HHA	·	9 695	13 963	14 603	14 539	14 775	12 745
Kraftomnibusse der VHH	·	1 873	2 568	2 422	2 236	2 470	2 186
Private Kraftomnibusse	·	301	278	364	319	382	350
<b>Kraftfahrzeuge</b>							
<b>a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>4)</sup></b> (im Verkehr befindlich)							
dar. Personenkraftwagen <sup>4) 5)</sup>	1 000	352,2	480,7	494,4	495,1	495,2	477,1
	·	310,8	432,6	443,7	444,3	444,1	429,8
<b>b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge</b> (dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> )							
Lastkraftwagen	Anzahl	5 071	5 944	5 945	5 165	·	4 314
	·	4 632	5 409	5 483	4 689	·	3 964
	·	362	414	320	323	·	239
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>							
<b>Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup></b>							
Getötete Personen	Anzahl	859	1 064	1 056	905	911	995
Verletzte Personen	·	26	29	26	16	24	23
	·	1 108	1 428	1 389	1 260	1 239	1 394

ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Transit. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM		31 994,3	38 794,2	38 657,6	38 946,9	31 991,2
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"		10 084,9	10 450,7	10 291,9	10 298,8	9 765,5
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		9 935,1	10 358,7	10 213,5	10 214,8	9 631,0
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	"		4 905,0	5 926,4	5 945,9	5 966,6	5 018,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		4 510,4	5 480,4	5 493,1	5 507,0	4 580,1
Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	"		17 004,4	22 417,1	22 419,8	22 681,5	17 207,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"		15 130,5	20 382,8	20 404,3	20 654,7	15 291,9
dar. Durchlaufende Kredite	"		666,4	816,2	803,7	941,6	682,7
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"		21 033,4	27 260,3	27 546,3	27 632,4	21 459,4
dav. Sicht- und Termingelder	"		11 939,4	17 716,0	18 057,7	18 184,8	12 277,3
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"		10 492,8	12 762,5	13 168,3	13 199,0	10 791,9
Spareinlagen	"	4 069,9	9 094,0	9 544,3	9 488,6	9 447,6	9 182,1
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	5 970,0	6 265,8	6 231,0	6 213,2	5 985,8
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	538,9	505,7	559,4	503,2	515,2
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	492,3	551,3	619,0	546,9	459,9
Zinsgutschriften	"	12,9	36,5	2,6	3,9	2,7	1,8
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	15	11	14	17
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	628	711	633	661
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	2 077	3 504	3 538	1 914
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>4)</sup></b>	Anzahl	20 563	24 087	24 981	24 503	24 497	24 626
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 191	3 283	3 470	3 467	3 359
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	1 196	1 435	1 276	1 730	1 752	1 805
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	353	464	444	555	508	430
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>5)</sup></b>	Anzahl	162	154	156	158	158	153
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 873	5 916	5 917	5 628
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	6 070	6 116	6 163	5 667
Gesellschaften m.b.H., Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 341	5 370	5 398	5 019
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM		695 916	1 029 623	711 672	672 940	624 420
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	403 928	659 782	384 640	391 681	382 346
dav. Lohnsteuer	"	89 007	253 391	295 945	327 249	285 952	288 445
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	86 357	224 801	24 635	51 819	30 636
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	21 053	31 507	14 917	48 094	46 435
Körperschaftsteuer	"	36 708	43 128	107 530	17 839	5 816	16 830
Steuern vom Umsatz	"		291 987	369 841	327 032	281 259	242 073
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	174 696	223 819	203 117	172 461	171 538
Einfuhrumsatzsteuer	"		117 291	146 022	123 915	108 798	70 535
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	840 176	838 999	915 277	735 560
dar. Zölle	"	45 078	57 880	55 152	50 930	54 012	52 038
Verbrauchssteuern	"	358 150	639 003	756 638	766 702	837 189	660 113
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	538 007	644 273	660 236	722 654	566 554
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	21 802	28 748	70 836	69 350
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 502	— 175	3 279	46 374	42 740
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 130	11 852	12 130	10 972	11 932
Biersteuer	"	2 430	3 327	3 586	3 659	3 459	3 758
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	22 111	75 538	217 352	177 086
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	58 771	16 888	15 607	195 151	152 550
Grundsteuer A	"	73	91	183	29	114	127
Grundsteuer B	"	5 134	9 106	4 175	18 943	18 142	18 670
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 374 025	1 219 276	1 306 728	1 094 613
<b>6.* Einnahmen des Landes</b> (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	242 489	321 862	132 988	455 741	285 917
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6)</sup>	"	122 235	153 387	293 439	83 157	172 223	167 133
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"		35 415	6 622	21 083	176 282	16 568
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"		11 245	—	—	36 400	32 868
Außerdem:	"						
Einnahmen aus Gemeindesteuern <sup>7)</sup>	"	46 355	58 227	22 111	75 538	144 551	111 351
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>8)</sup>	"		40 966	72 906	26 559	47 298	44 671
Einnahmen des Landes insgesamt	"		341 681	416 879	235 085	647 591	441 939

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckkämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — <sup>7)</sup> nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.



### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	Mai 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Leistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	190,2	200,0	202,0	185,3
Wohnfamiliegebäude	"	113,3	183,2	190,9	200,8	203,3	185,6
Wohnfamiliegebäude	"	113,0	182,7	189,6	199,2	200,8	185,1
Mehrfamiliengebäude	"	112,8	182,3	189,2	198,6	200,5	184,5
Mischgenutzte Gebäude	"	112,2	180,1	186,9	195,8	196,3	182,3
Industriegebäude	"	112,4	180,7	185,8	193,2	194,9	182,6
Industrielle Betriebsgebäude	"						
				Oktober 1972	Januar 1973	April 1973	April 1972
<b>Ohne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	404	412	427	388
weibliche Arbeiter	"	140	245	249	257	265	241
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,09	9,41	9,63	8,72
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,07	6,20	6,39	5,87
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,4	43,8	44,4	44,5
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,0	41,5	41,5	41,1
Gehaltete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	40,1			
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	37,2			
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	1 936	2 077	2 109	1 875
weiblich	"	747	1 381	1 410	1 488	1 515	1 353
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	2 064	2 158	2 232	1 998
weiblich	"	748	1 374	1 403	1 456	1 490	1 343
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 810	1 883	1 951	1 743
weiblich	"	668	1 254	1 282	1 288	1 339	1 230
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	1 842	1 932	1 989	1 776
weiblich	"	688	1 288	1 314	1 329	1 375	1 261
Technische Angestellte							
männlich	"	1 178	2 024	2 053	2 106	2 175	1 989
weiblich	"	838	1 504	1 533	1 614	1 683	1 463
				Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	437	453	474	363
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	92	87	105	91
bekämpfte Brände	"	221	384	345	366	369	272
dav. Großbrände	"	9	16	17	17	19	10
Mittelbrände	"	28	48	38	32	45	24
Kleinbrände	"	98	178	156	169	150	106
Entstehungsbrände	"	80	135	133	147	153	131
Schornsteinbrände	"	6	9	1	1	2	1
Hilfeleistungen aller Art	"		951	871	1 093	931	835
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"		12 039	12 285	12 606	12 213	11 646
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 158	1 741	1 963	1 855	1 882	1 747
Betriebsunfälle	"	544	436	475	469	487	447
Krankenbeförderungen	"		2 882	2 514	2 978	2 692	2 843
Gesamtzahl der Alarmierungen	"		13 481	13 593	14 152	13 618	12 844
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"		150	98	205	94	82
<b>Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	12 701	13 346	10 953	11 298
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	4	9	4	5
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	248	228	201	179
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	143	165	201	179	147
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	118	126	113	115
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	4 098	4 287	3 442	3 690
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	4 297	4 347	3 330	3 710
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	8 395	8 634	6 772	7 400
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-							
diebstahl	"	180	273	270	247	261	293
Unterschlagung	"	203	143	145	176	166	136
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	41	83	54	59
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 241	1 627	1 555	1 321
Brandstiftung	"	33	38	31	30	39	23
Außerdem:							
Verkehrsvergehen <sup>5)</sup>	"	778	1 471	1 327	1 196	1 291	1 402
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>6)</sup>	"	8 929	26 571	7 670	7 502	8 520	24 144
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	526	412	495	490
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>7)</sup>	"	31 317	30 393	28 064	23 319	23 049	28 989

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsmarktkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebührenpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BÜNDESGBIETES 1. Vj. 1973 UND 4. Vj. 1972

Großstädte		Bevölkerung					Erwerbstätigkeit			Industrie *)				
		Wohnbevölkerung †)	Lebendgeborene	Gestorbene	Zu-/gezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose †)	Offene Stellen †)	Nichtdeutsche Arbeitnehmer †)	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz ‡)	Umsatz je 1000 Einwohner
		1 000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Mio DM	1 000 DM
Berlin	1. Vj.	2 057 †)	4 340	10 596	19 793	19 573 †)	- 6 036	11 543	16 909		237 436	115	5 491	2 669
	4. Vj.	2 063 †)	4 367	10 138	23 784	27 514 †)	- 9 501	11 292	14 791	82 361	234 898	114	5 472	2 652
Hamburg	1. Vj.	1 762	3 389	6 115	19 457	20 527	- 3 796	5 767	17 594		196 271	111	5 272	2 992
	4. Vj.	1 768	3 435	6 817	20 160	21 022	- 4 051	5 210	15 962	69 455	194 627	110	5 510	3 120
München	1. Vj.	1 338	2 517	3 424	26 624	27 066	- 1 349	4 206 †)	18 543 †)		192 468	144	4 962	3 709
	4. Vj.	1 339	2 410	3 365	29 067	25 466	+ 2 646	3 352	16 032	143 103	191 630	143	5 040	3 764
Köln	1. Vj.	836	1 956	2 731	12 569	13 979	- 2 185	3 867	8 765		135 110	162	3 180	3 803
	4. Vj.	838	2 054	2 569	14 088	14 969	- 1 396	3 845	7 168	63 309	134 076	160	3 369	4 020
Essen	1. Vj.	683	1 436	2 482	5 458	5 855	- 1 443	4 307	6 076		61 399	90	1 066	1 561
	4. Vj.	685	1 414	2 426	6 018	7 002	- 1 996	4 283	4 707		61 597	90	1 138	1 661
Düsseldorf	1. Vj.	642	1 247	2 208	9 728	10 364	- 1 597	2 316	7 532		114 962	179	2 670	4 159
	4. Vj.	644	1 343	2 141	9 757	10 410	- 1 451	2 222	5 935		116 313	181	2 490	3 866
Frankfurt/M.	1. Vj.	677	1 306	2 075	14 587	15 350	- 1 532	3 015	18 417		127 734	189	2 826	4 174
	4. Vj.	678	1 402	2 162	15 430	16 379	- 1 709	3 193	17 245	122 263	127 573	188	2 986	4 404
Dortmund	1. Vj.	639	1 362	2 235	4 985	5 651	- 1 537	4 213	6 068		76 753	120	1 243	1 945
	4. Vj.	641	1 445	2 107	6 011	6 858	- 1 509	4 297	4 820	17 226	75 452	118	1 398	2 181
Stuttgart	1. Vj.	628	1 353	1 661	15 128	13 974	+ 846	828	14 457		148 761	237	4 299	6 846
	4. Vj.	627	1 369	1 729	15 450	16 744	- 1 654	809	14 272		148 354	237	4 243	6 767
Bremen	1. Vj.	589	1 317	1 984	6 855	7 447	- 1 259	3 431	7 345		85 159	145	2 494	4 234
	4. Vj.	590	1 352	1 902	7 558	8 561	- 1 553	3 444	5 963	17 220	83 805	142	2 720	4 610
Hannover	1. Vj.	514	1 051	1 848	8 518	9 423	- 1 702	3 636	10 649		107 975	210	2 419	4 706
	4. Vj.	516	1 086	1 617	9 521	10 030	- 1 040	2 605	9 327	39 383	112 178	217	2 122	4 104

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr †)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz ‡)	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer ‡)	Lohn- und Einkommensteuer
		1 000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	1. Vj.	13 771	459	223	484	4 299	210	1 037	223	202	98	539	3 231	4 094	144 964	50 324
	4. Vj.	16 842	671	325	544	4 493	1 350	9 860	3 217	249	121	658	3 825	4 837	58 418	62 769
Hamburg	1. Vj.	17 368	490	278	369	2 757	279	1 499	1 031	276	157	542	2 819	3 778	242 769	135 206
	4. Vj.	18 505	914	518	654	4 891	1 159	8 973	2 623	321	182	624	2 876	3 965	90 260	141 320
München	1. Vj.	13 895	547	409	371	4 491	369	4 144	636	435	325	923	1 761	2 485	130 589	90 228
	4. Vj.	23 490	923	689	415	4 452	639	5 512	2 072	495	370	1 043	2 300	3 306	106 361	95 482
Köln	1. Vj.	7 449	230	275	127	1 495	71	948	150	165	197	357	1 244	1 675	67 732	62 987
	4. Vj.	8 657	316	377	248	2 148	340	4 516	1 515	164	196	325	1 339	1 832	109 131	50 552
Essen	1. Vj.	.	.	.	126	1 242	96	685	158	41	60	794	1 004	74 316	8 425	
	4. Vj.	.	.	.	186	1 359	343	2 107	431	34	50	70	887	1 151	48 098	68 494
Düsseldorf	1. Vj.	7 319	345	537	175	1 813	64	539	1 863	160	249	315	886	1 128	128 324	11 359
	4. Vj.	9 024	341	530	152	1 730	370	3 127	750	162	252	316	988	1 331	92 359	47 277
Frankfurt/M.	1. Vj.	9 543	324	479	176	1 186	35	391	63	293	433	555	1 091	1 418	185 487	13 465
	4. Vj.	11 441	578	853	145	1 230	600	4 611	2 935	296	437	535	1 248	1 628	175 662	84 490
Dortmund	1. Vj.	5 418	165	258	222	905	105	613	156	38	59	76	785	1 049	42 085	6 998
	4. Vj.	6 062	227	354	392	2 021	480	1 919	1 202	41	64	79	993	1 301	34 009	56 901
Stuttgart	1. Vj.	8 765	362	576	173	1 128	107	851	140	115	183	269	811	1 182	111 779	8 909
	4. Vj.	11 450	550	877	197	1 191	318	2 165	873	124	198	296	987	1 386	49 175	92 654
Bremen	1. Vj.	.	.	.	246	998	112	331	84	68	115	140	919	1 390	56 202	31 340
	4. Vj.	.	.	.	230	1 621	730	3 008	537	76	129	154	1 020	1 246	99 965	40 959
Hannover	1. Vj.	5 193	177	344	129	1 290	61	398	92	87	169	149	780	1 008	66 377	6 562
	4. Vj.	6 219	271	525	131	1 005	235	2 133	1 281	92 r	179	165	902	1 187	31 874 r	59 400

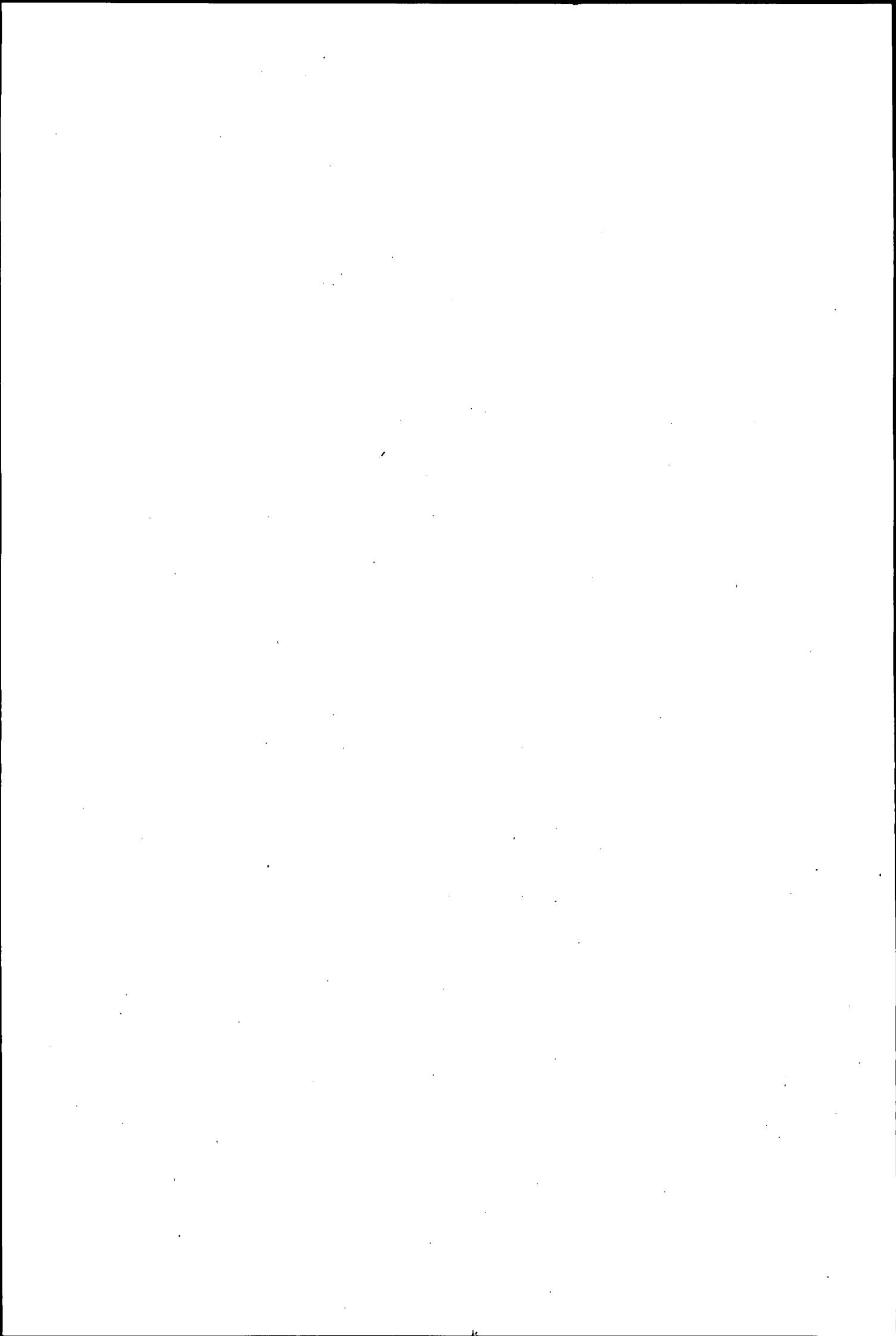
\*) jeweils Quartalsende. — †) Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — ‡) ohne Mehrwertsteuer. — §) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — ¶) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — §) In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — ¶) einschließlich Landkreis München

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

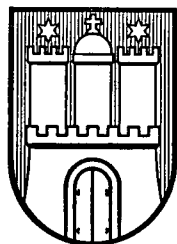
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Mai 1973	Juni 1973	Juli 1973	Juli 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 668,9	...	61 673,5	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,7	...	...	...	7,2
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	11,3	...	...	...	11,5
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8	...	...	...	11,3
<b>INDUSTRIE *)</b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 352	8 353	8 379	8 320
Geleistete Arbeiterstunden	Mio Std.	1 055	934	969	904	865	878
Umsatz *) ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 688	57 313	55 921	52 111	46 545
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	12 369	11 596	10 874	9 122
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	166,4	183,6	187,1	158,6	155,6
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	188,0	192,6	161,5	158,6
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	218,7	223,6	204,1	190,1
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	182,8	189,7	146,6	145,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	174,0	173,6	137,6	146,0
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	115,2	147,5	153,3	158,0	143,3	143,7
Bauindustrie	"	118,9	152,2	173,7	180,0	152,7	165,9
<b>LAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe *)							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 533,0	1 530,3	...	...	1 546
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	252,3	231,0	...	...	221,1
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 170,1	5 607,1	...	...	6 083
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 039 p	68 245	61 274	65 887	72 410
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 072 p	32 936	43 545	47 481	47 303
<b>ANDELE</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	221	214	209	197
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6	153	...	...	...
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag *)	1 000 t	8 835	10 918	12 198	...	...	10 333
dav. Empfang	"	6 950	8 787	9 753	...	...	8 491
Versand	"	1 885	2 131	2 445	...	...	1 842
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 627	197 718	241 966	219 513	187 291	190 237
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden *)	"	26 364	31 550	34 930 p	33 488 p	31 894 p	35 082
Getötete Personen	"	1 313	1 566	1 555 p	1 525 p	1 547 p	1 821
Verletzte Personen	"	36 124	44 020	48 468 p	46 730 p	45 587 p	50 584
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	4 216	4 634	5 406	3 502
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	349	4 974	643	559
Körperschaftsteuer	"	681	708	118	2 188	296	173
Steuern vom Umsatz	"	2 018	3 915	3 874	4 144	4 069	3 949
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte *)	1962=100	104,0	118,1	122,8	123,4	124,4	116,0
Index der Einfuhrpreise	"	106,3	106,6	123,1	124,1	122,7	104,6
Index der Ausführpreise	"	104,8	124,5	133,2	133,5	133,6	124,3
Preisindex für Wohngebäude *)	"	114,6	174,3	188,5	...	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung *)	"	109,0	137,9	147,8	148,7	148,6	138,5
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	130,2	142,1	143,2	142,0	131,5
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	197,6	198,3	198,9	187,9
<b>LOHNE OHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	7,77	7,97	8,02	7,39
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,6	43,8	43,8	43,9	44,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrierichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - \*) einschließlich Lehrlingsstunden. - \*) einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz in Handelswaren. - \*) hochgerechnete Totalergebnisse. - \*) Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - \*) teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - \*) ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - \*) Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - \*) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen.



# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

November-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

## Kurzinformationen

### Mehr als die Hälfte der Hamburger Rohölimporte aus nichtarabischen Ländern

Von Januar bis August dieses Jahres wurden insgesamt 7,8 Mio t Erdöl und weitere 3,1 Mio t Mineralölprodukte für die Versorgung Hamburgs und des norddeutschen Raumes über den Hamburger Hafen importiert. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1972 nahmen die Rohöleinfuhren um annähernd 14 % zu, die Importe von Mineralölprodukten gingen um rd. 19 % zurück.

Während für die Bundesrepublik 74 % des eingeführten Rohöls aus arabischen Ländern stammen, bezieht Hamburg von dort nur 46 % seiner Rohölimporte. Die wichtigsten Herkunftsländer des in Hamburg umgeschlagenen Erdöls sind Saudi-Arabien (27 %), Libyen (11 %) sowie Algerien, Kuwait und Abu Dhabi. Auf außerarabische Ölproduzenten entfällt demnach mehr als die Hälfte, d. h. über 4 Mio t, der hamburgischen Rohölimporte; Hauptlieferant ist mit gut 3 Mio t der Iran vor Venezuela und Nigeria.

Bei den Einfuhren von Mineralölprodukten liegt die Sowjetunion mit 25 % an der Spitze der Lieferländer für die Versorgung Hamburgs. Die Niederlande und Italien folgen mit jeweils rd. 20 %, der Rest verteilt sich auf eine Vielzahl meist europäischer Länder.

### 500 deutsche Frauen heirateten Ausländer

Unter den 12 222 Ehen, die im Jahre 1972 in Hamburg geschlossen wurden, gab es 1178 oder rd. 10 %, bei denen mindestens ein Partner eine ausländische Staatsangehörigkeit hatte. Dem internationalen Charakter Hamburgs entsprechend waren bei den Eheschließenden fast alle Nationalitäten vertreten.

Mit Ausländern gingen 513 deutsche Frauen zum Standesamt, die Neigung der Männer, Ausländerinnen zu heiraten, war offensichtlich geringer (393). Verhältnismäßig häufig wurden Österreicher, Italiener und Jugoslawen als Ehepartner gewählt, 83 deutsche Frauen heirateten Asiaten (darunter 23 aus dem Iran und 10 aus Indonesien). Unter den Ausländerinnen, die deutschen Männern das Jawort gaben, waren 55 Jugoslawinnen, 31 Österreicherinnen, 28 Frauen aus Großbritannien und 23 aus Finnland.

Im Berichtsjahr wurden 272 Ehen in Hamburg geschlossen, bei denen beide Partner Ausländer waren. In vier von fünf

Fällen hatten Mann und Frau die gleiche Staatsangehörigkeit. Griechen, Jugoslawen und Spanier waren unter ihnen am häufigsten beteiligt.

### Höheres Lehramt wurde zum beliebtesten Studium

Nach den ersten Ergebnissen der Studentenstatistik für das Sommersemester 1973 führte der für fast alle Studienfächer verhängte Numerus clausus an der Hamburger Universität zu einem geringfügigen Rückgang der Studentenzahl um 0,6 % im Vergleich zum Sommersemester des letzten Jahres; nicht ganz 24 900 Studenten wurden für das diesjährige Sommersemester gezählt.

Die am häufigsten gewählte Ausbildungsrichtung war erstmals das Lehramt an Gymnasien mit 3690 Studenten, nahezu 12 % mehr als im Sommersemester des Vorjahres. Demgegenüber hat sich die Zahl der Studenten, die sich auf das Lehramt an Volks- und Realschulen vorbereiten, um annähernd 13 % auf jetzt 3410 verringert. Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre hatten zusammen 3650 und Rechtswissenschaft 2540 Studenten belegt, jeweils etwa ebensoviele wie im Sommersemester des Jahres zuvor. Die Immatrikulationen für das Fach Medizin gingen um 3 % auf 1850 zurück. Beurlaubte Studenten und Gasthörer sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

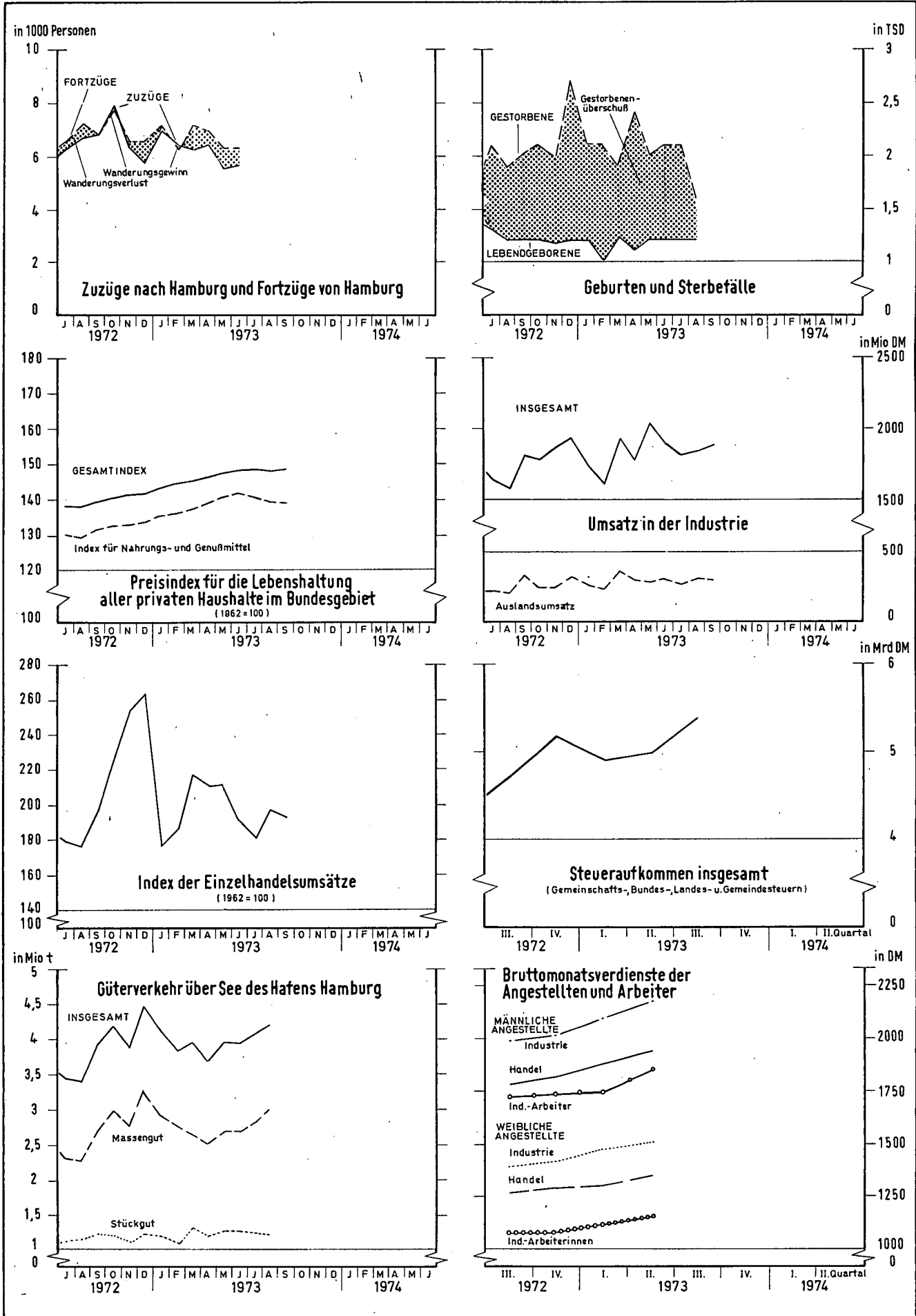
### Führerscheinentzug meist wegen Alkohols am Steuer

1972 wurden in Hamburg rd. 5200 Führerscheininhaber die Fahrerlaubnisse entzogen. Damit erhöhte sich die Zahl der Führerscheinentziehungen im Vergleich zu 1971 um etwa 2 %. Im Bundesgebiet insgesamt betrug die Steigerungsrate jedoch 9 %.

Der Hauptgrund für den Entzug des Führerscheins war – wie in den Vorjahren – Alkohol am Steuer; hierauf beruhten fast 95 % aller Fälle. Die Trunkenheit löste oft weitere Verkehrsdelikte aus.

Rechnet man zu den 5200 Führerscheinentziehungen noch die von Gerichten und Verwaltungsbehörden verhängten isolierten Sperrn (720), Fahrverbote (430) sowie die Versagungen bzw. Rücknahmen einer Wiedererteilung hinzu, so wurden im Berichtsjahr insgesamt rd. 7200 Personen von der Teilnahme am Straßenverkehr ausgeschlossen.

Ausgewählte Diagramme zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung



# Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Hamburg seit 1950

Von 1950 bis 1972 sind in Hamburg rd. 465 000 Wohnungen gebaut worden. Zum Zeitpunkt der Gebäudezählung 1961 entfiel gut die Hälfte des gesamten Bestandes auf Wohnungen, die seit 1950 erbaut wurden, 1972 belief sich dieser Anteil bereits auf knapp zwei Drittel.

Betrachtet man die Bauleistung der einzelnen Jahre, so bildete das Jahr 1963 eine zeitliche Zäsur. Während in den acht Jahren zuvor – mit Ausnahme des Jahres 1958 – jährlich zwischen 22 000 und 27 000 Wohnungen gebaut wurden, belief sich das Bauvolumen ab 1963 nur noch auf 12 100 bis 17 200 Wohnungen. Die starke Bautätigkeit in den 50er Jahren (Wiederaufbauphase) war notwendig, um die durch Kriegszerstörung, aber auch durch den Flüchtlingszustrom herbeigeführte Wohnungsnot so schnell wie möglich zu beheben. Mit Beginn der 60er Jahre trat mehr und mehr die Befriedigung der Wohnansprüche bei insgesamt gestiegenem Lebensstandard als eine Aufgabe in den Vordergrund, die sich mit der der Stadtsanierung und den städtebaulich-raumplanerischen Maßnahmen immer mehr verband (Konsolidierungsphase).

Im Laufe der Zeit, insbesondere während der Wiederaufbauphase, hat sich auch die Wohnungsstruktur stark verändert. Diese Entwicklung läßt sich deutlich an zwei charakteristischen Merkmalen dokumentieren. Einmal durch die starke Abnahme der Wohngelegenheiten bei gleichzeitiger Zunahme von vollwertigen Wohnungen, zum anderen durch den sich von Jahr zu Jahr abzeichnenden Trend zur größeren Wohnung. Während 1950 noch jede fünfte Wohnung eine Behelfswohnung war (Wohngelegenheit), reduzierte sich deren Anteil 1956 bereits auf 13 %. Bei der letzten Gebäude- und Wohnungszählung 1968 wurde nur noch ein Bestand von knapp 4 % ausgewiesen.

Der dabei gleichzeitig zu beobachtende Trend zur größeren Wohnung läßt sich deutlich an der Entwicklung der Raumzahl ablesen. Abgesehen von der hier nicht weiter behandelten Verbesserung der Ausstattung gewannen die größeren Wohnungen in der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum an zunehmender Bedeutung. Während noch Anfang der 50er Jahre (1950/51) die Vier- und Mehr-Zimmerwohnungen anteilmäßig mit 4 % bis 5 % am unteren Ende der Rangskala standen, nahmen sie gut 21 Jahre später (1971/72) hinter den Drei-Zimmerwohnungen mit 25 % den zweiten Platz ein.

Diesem Angebot an Wohnungen bzw. Wohnraum stand jedoch eine ebenfalls nicht unbeträchtliche Nachfrage gegenüber, die sich rein statistisch durch den Bestand und die Veränderung von Bevölkerung und Haushaltungen quantifizieren läßt.

Von 1950 bis 1961 nahm die Wohnbevölkerung in Hamburg um etwa 226 700 Personen oder um 14 % zu. Dieser Bevölkerungszuwachs beruhte bei einem Sterbeüberschuß von insgesamt rd. 7 000 Personen ausschließlich auf dem Wanderungsgewinn, insbesondere hervorgerufen durch den Zustrom von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen. Seit 1960 vererbte jedoch der starke Wanderungsgewinn, ab 1966 sind sogar, hauptsächlich bedingt durch die zunehmenden Abwanderungen ins Hamburger Umland, zum Teil beträchtliche Wanderungsverluste registriert worden, so daß in der Zeit von 1961 bis 1970 sich die Bevölkerung Hamburgs geringfügig reduzierte.

Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung, insbesondere Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle, können über Veränderungen der Haushaltsstruktur einen hinsichtlich der Wohnungsnachfrage bedarfsmindernden oder bedarfsauslösenden Einfluß haben. In der Regel läßt sich dieser Einfluß allerdings nicht exakt quantifizieren, da diese und eine Reihe anderer Faktoren, welche einen zusätzlichen Wohnungsbedarf oder eine Nachfrageminderung auslösen, statistisch nicht erfaßbar sind.

*Der Vergleich bevölkerungs- und wohnungsstatistischer Zahlen zeigt, daß in den 50er Jahren der jährliche Wohnungszugang (Rohzugang) mit der Bevölkerungszunahme ohne weiteres Schritt halten konnte. In den 60er und 70er Jahren konnte die Stadt sogar die Wohnungsversorgung der gesamten Einwohner aufgrund der im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung überproportionalen Bautätigkeit merklich verbessern. Mußten 1950 noch 4,30 Personen eine Wohnung teilen, entfielen 1968 nur noch 2,54 Personen auf eine Wohnung (1971 : 2,51). Auch aus der Entwicklung der Haushalte nach ihrer wohnlichen Unterbringung und nach ihrem Wohn- und Mietverhältnis können einige interessante Aussagen hinsichtlich der Wohnungsversorgung gemacht werden. Während bei der Zählung 1950 auf eine Wohnung noch 1,76 Haushalte entfielen, reduzierte sich diese Zahl 1961 auf 1,25. Beim letzten Zensus 1968 belief sich die Relation bereits auf 1,07. Die Untermieterhaushalte nahmen dementsprechend seit 1950 ständig ab. 1950 lebten angesichts der noch herrschenden Wohnungsnot 39 % aller Haushalte als Untermieter, 1961 reduzierte sich dieser Anteil bereits auf 19 % und 1968 auf 8 %.*

*Verschiebungen in den Proportionen der Haushalte (Eiipersonen- und Mehrpersonenhaushalte) haben sich besonders bei den Untermietern ergeben. Der für diese Gruppe charakteristisch hohe Anteil der Eiipersonenhaushalte in selbständigen Wohnungen hat sich von 1950 bis 1968 von 46 % auf 73 % erhöht, während die Mehrpersonenhaushalte sich anteilmäßig entsprechend verminderten.*

*Zu keiner Zeit haben sich in Hamburg innerhalb eines Zeitraumes von gut 21 Jahren so starke Wandlungen in Art, Umfang und Qualität des Wohnungsbestandes, in der Wohnungsversorgung sowie in den Wohn- und Mietverhältnissen ergeben, wie seit Mitte der 50er Jahre.*

## INHALT

### 1. Vorbemerkungen

### 2. Die Entwicklung des Wohnungsbaus in Hamburg

#### 2.1 Der jährliche Wohnungszugang

#### 2.2 Die Struktur der Wohnungen

##### 2.21 Die Wohnungen nach Art und Anzahl der Gebäude

##### 2.22 Die Wohnungen nach Anzahl der Räume

##### 2.23 Der Wohnungsbestand nach Qualitätsgruppen

###### 2.231 Begriffliche Abgrenzungen

###### 2.232 Wohnungen und Wohngelegenhelten

### 3. Darstellung der Hamburger Wohnungsversorgung anhand bevölkerungs- und wohnungsstatistischer Daten

#### 3.1 Entwicklung und Veränderungskomponenten der Wohnbevölkerung und Haushalte als wohnungsbedarfsauslösende und -mindernde Faktoren

##### 3.11 Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung

##### 3.12 Die Relation jährlicher Bauleistungen zur Bevölkerungsentwicklung

#### 3.2 Die Haushalte und ihre Wohnungsversorgung

##### 3.21 Struktur der Haushalte

##### 3.22 Die Haushalte nach ihrer Unterbringung

##### 3.23 Die Haushalte nach ihrem Wohn- und Mietverhältnis



## 1. Vorbemerkungen

In diesem Beitrag wird die Entwicklung des Wohnungsbaus und der Wohnbevölkerung mit ihren Veränderungskomponenten dargestellt, um skizzenhaft ein Bild von der Wohnungsversorgung in Hamburg zu erhalten.

Im ersten Teil des Beitrags wird zunächst auf die Entwicklung des Wohnungsbaus eingegangen; es werden wesentliche Merkmale herausgestellt, die bereits auf erste Anzeichen einer Verbesserung der Wohnungsversorgung hindeuten. Als Instrumentarium hierfür dienen zunächst die jährlichen Ergebnisse der Bautätigkeitsstatistik, zu deren Hauptaufgabe die Erfassung des Roh- und Reinzugangs an Wohnungen zählt. Lückenlose Informationen über qualitative und strukturelle Veränderungen im Wohnungsbau lassen sich aus der Bautätigkeitsstatistik freilich nicht gewinnen.

Hierfür geben Daten aus den Gebäude- und Wohnungszählungen ein umfassenderes Bild. Wenn auch die Zahlenunterlagen des letzten Zensus (1968) zum Zeitpunkt dieser Veröffentlichung verhältnismäßig weit zurückliegen – die nächste Zählung erfolgt erst im Jahre 1975 –, so erscheint es doch als opportun, mit Hilfe von einigen demographischen und wohnungsstatistischen Daten langfristige Veränderungen in der Wohnungsversorgung aufzuzeigen. Dabei ist es erforderlich, auf die Entwicklung der Wohnbevölkerung und ihrer Veränderungskomponenten einzugehen. Hierzu zählen vor allem die Wanderungen, die Eheschließungen, die Geburten und die Sterbefälle. Sie alle haben einen nachhaltigen Einfluß auf die strukturelle Veränderung der Haushalte, die für die Nachfrageseite im Wohnungssektor eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

## 2. Die Entwicklung des Wohnungsbaus in Hamburg

### 2.1 Der jährliche Wohnungszugang

Von 1950 bis 1972 sind in der Hansestadt Hamburg insgesamt rd. 100 900 Wohngebäude und rd. 465 000 Wohnungen gebaut worden<sup>1)</sup>. Die Tabelle 1 gibt darüber Auskunft, wie sich der Wohnungszugang (Rohzugang) auf die einzelnen Jahre verteilte.

<sup>1)</sup> Vgl. auch „20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg“, in: Hamburg in Zahlen, Jg. 1972, H. 8, S. 272 ff.

Tabelle 1

Wohnungszugang und jährliche Bevölkerungszu- (+)  
bzw. -abnahme (-) 1950 bis 1972

Jahre	Rohzugang <sup>1)</sup>	Wohnungs- bestand am Ende des Jahres	Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahmen (-)
	1	2	3
1950 .....	27 238	311 479 <sup>2)</sup>	+ 62 166
1951 .....	27 080	347 195	+ 30 863
1952 .....	23 847	370 127	+ 22 912
1953 .....	23 916	395 309	+ 35 636
1954 .....	24 656	417 215	+ 29 291
1955 .....	23 623	440 120	+ 29 373
1956 .....	26 423	465 893	+ 28 557
1957 .....	23 013	488 185	+ 26 677
1958 .....	17 473	504 681	+ 20 865
1959 .....	22 116	525 734	+ 15 934
1960 .....	20 900	545 437	+ 13 384
1961 .....	21 888	566 410	+ 3 557
1962 .....	23 071	588 440	+ 6 980
1963 .....	17 187	604 343	+ 7 142
1964 .....	16 746	620 217	+ 2 794
1965 .....	17 250	636 442	— 3 070
1966 .....	17 088	648 226 <sup>3)</sup>	— 7 094
1967 .....	18 003	664 938	— 14 707
1968 .....	18 259 <sup>4)</sup>	675 137 <sup>4)</sup>	— 9 723
1969 .....	14 913	688 096	— 5 715
1970 .....	12 087	698 888	— 5 752
1971 .....	13 664	710 829	— 12 019
1972 .....	14 856	724 120	— 15 407

<sup>1)</sup> Von 1950 bis 1957 einschließlich Notbau. — <sup>2)</sup> Zurückgerechnet vom Ergebnis der Wohnungszählung 1961 auf den Stand am 13. 9. 1950. —

<sup>3)</sup> Abzüglich der seit 1961 für unbewohnbar erklärten Wohnungen. —

<sup>4)</sup> Ab 1968 fortgeschrieben aufgrund der Ergebnisse der Wohnungszählung 1968.

Bei Betrachtung der Zahlenreihe fällt zunächst auf, daß gleich zu Beginn der 50er Jahre eine lebhaftere Bautätigkeit einsetzte. Bis 1957 wurden jährlich zwischen 23 000 und gut 27 000 Wohnungen gebaut. Das Jahr 1958 unterbrach diese Entwicklung. Die Fertigstellungen verringerten sich auf 17 500 Wohnungen, stiegen dann aber in den Jahren 1959 bis 1962 noch auf zwischen 21 000 und 23 000 Wohnungen wieder an.

Seit 1963 ging die durchschnittliche Jahresleistung auf unter 20 000 Wohnungen zurück und deutet somit eine Wende im Hamburger Wohnungsbau an. Lag bis 1968 das jährliche Bauvolumen noch bei rd. 17 000 bis 18 000 Wohnungen, bewegte es sich von 1969 bis 1972 zwischen 14 900 und 12 100 Wohnungen, wobei der Tiefststand im Jahre 1970 registriert wurde.

Der lange Zeitabschnitt von gut 21 Jahren läßt sich somit in zwei Entwicklungsphasen einteilen, wobei die zeitliche Zäsur das Jahr 1963 bildet. Die überdurchschnittlichen Wohnungsbauleistungen der ersten Phase waren notwendig, um die durch Kriegseinwirkung und Flüchtlingszustrom hervorgerufene drückende Wohnungsnot so schnell wie möglich zu lindern.

Erst seit 1963 verlangsamte sich das jährliche Bauvolumen. Der Wohnungsbau trat allmählich in eine neue Entwicklungsphase, war doch der Wiederaufbau bereits Ende der 50er Jahre im großen und ganzen abgeschlossen und das Stadium, wo schlechterdings überall Wohnungen benötigt wurden, überwunden. Aufgabe der Städte- und Wohnungspolitik war es nunmehr, den aus der demographischen Entwicklung entstehenden Wohnungsbedarf ständig zu decken, eine angemessene wohnliche Unterbringung der in der Wohnungsversorgung zurückgebliebenen Bevölkerungsgruppen und allgemein eine qualitative Verbesserung des Wohnungsbestandes zu erreichen.

Das Volumen des Wohnungsbaus in den 60er Jahren ist überdies im Zusammenhang mit folgenden Ereignissen zu sehen: Der beträchtliche Zustrom von

Flüchtlingen aus der DDR bis August 1961 hat zunächst noch zu außerordentlichen Anstrengungen im – hauptsächlich sozialen – Wohnungsbau geführt. Zudem mag der im Jahre 1960 konzipierte Abbau der Wohnraumbewirtschaftung und der Mietpreisbindung im Altwohnungsbestand, der bis Ende 1965 abgeschlossen sein sollte, zu erheblichen Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau beigetragen haben, um eine eventuelle Eingliederung des Altwohnungsbestandes in den freien Wohnungsmarkt reibungslos zu sichern<sup>2)</sup>.

Die im Vergleich zu den Vorjahren starke Reduzierung des Bauvolumens ab 1963 beruhte vor allem auf dem starken Rückgang der Bautätigkeit privater Haushalte. Sicherlich mögen hier steigende Bau- und Bodenpreise den frei finanzierten Wohnungsbau, aber auch den öffentlich geförderten Wohnungsbau merklich belastet haben. Zudem mag die Konjunkturpolitik im Jahre 1963 zu einer Zurückhaltung in der Förderung des sozialen Wohnungsbaus geführt haben<sup>3)</sup>.

Dem jährlichen Rohzugang an Wohnungen stand jeweils ein Wohnungsabgang, vor allem durch Sanierungsmaßnahmen bedingt, gegenüber. Unter den rd. 465 000 Rohzugängen zwischen 1950 und 1972 wurden rd. 24 000 Wohnungsabgänge festgestellt, die zusätzlich einen Wohnungsbedarf auslösten. Insgesamt belief sich somit der Reinzugang auf 441 000 Wohnungen. Während die Abgänge in den Jahren 1950 bis 1957 durchschnittlich nur etwa 3 % bis 4 % vom Rohzugang betragen, waren diese in den folgenden Jahren beträchtlich höher; sie erreichten in den Jahren ab 1969 einen Anteil von gut 11 % bis 13 %. Diese Entwicklung ist insbesondere dadurch hervorgerufen, daß auch die Aufgaben der Erneuerung des unbefriedigenden Altbaubestandes in den Vordergrund rückten, die sich mit Städtebau- und raumplanerischen Maßnahmen eng verbanden.

Im allgemeinen sind jedoch bei der Entwicklung des Reinzugangs in den einzelnen Jahren die gleichen Tendenzen zu beobachten, wie sie bei den Rohzugängen festgestellt wurden.

## 2.2 Die Struktur der Wohnungen

Das wohnungspolitische Interesse erstreckt sich nicht nur auf rein quantitative Bauleistungen, sondern auch darauf, welche strukturelle Entwicklung den Wohnungsbau kennzeichnet. In den nachstehenden Abschnitten sollen jedoch nur drei Merkmale herausgestellt werden, um einen Einblick in die Wohnverhältnisse und Wohnungsversorgung zu gewinnen.

### 2.21 Die Wohnungen nach Art und Anzahl der Gebäude

Hinsichtlich der Wohnverhältnisse der Hamburger Bevölkerung können aus der Verteilung der Wohnungen auf die Gebäudearten einige interessante Aussagen gemacht werden. Hierbei werden die Gebäude global

<sup>2)</sup> Vgl. Jahresbericht 1971 über den sozialen Wohnungsbau, in: Bundesbaublatt, Juli 1972, S. 344, (Amtlicher Teil).

<sup>3)</sup> Vgl. Jahresbericht 1971 über den sozialen Wohnungsbau, a. a. O., S. 345.

Tabelle 2

### Die Wohnungen (Rohzugang) in Hamburg nach Gebäudearten 1950 bis 1972

Jahre	Wohnungen <sup>1)</sup> Anzahl	davon entfallen auf <sup>2)</sup>					
		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Sonst. Baumaßnahmen	
		Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	
1950	27 238						
1951	27 080						
1952	23 847						
1953	23 916	3 244	13,6	19 082	79,8	1 590	6,6
1954	24 656	4 273	17,3	18 943	76,8	1 440	5,9
1955	23 623	3 110	13,2	18 975	80,3	1 538	6,5
1956	26 423	4 364	16,5	20 954	79,3	1 105	4,2
1957	23 013	5 047	21,9	16 735	72,7	1 231	5,4
1958	17 473	3 315	19,0	13 013	74,5	1 145	6,5
1959	22 116	5 086	23,0	15 741	71,2	1 289	5,8
1960	20 900	4 916	23,5	14 800	70,8	1 184	5,7
1961	21 888	4 256	19,4	16 450	75,2	1 182	5,4
1962	23 071	3 411	14,8	18 641	80,8	1 019	4,4
1963	17 187	2 630	15,3	13 214	76,9	1 343	7,8
1964	16 746	2 028	12,1	13 824	82,6	894	5,3
1965	17 250	2 566	14,9	13 769	79,8	915	5,3
1966	17 088	2 548	14,9	13 613	79,7	927	5,4
1967	18 003	2 315	12,8	14 611	81,2	1 077	6,0
1968	18 259 <sup>3)</sup>	1 674	9,2	16 012	87,7	573	3,1
1969	14 913	1 592	10,7	12 782	85,7	539	3,6
1970	12 087	1 237	10,2	10 506	86,9	344	2,9
1971	13 664	1 576	11,5	11 524	84,3	564	4,1
1972	14 856	1 276	8,6	13 117	88,3	463	3,1

<sup>1)</sup> Von 1950 bis 1957 einschließlich Notbau. – <sup>2)</sup> Für die Jahre 1950 bis 1952 liegen keine Angaben vor. – <sup>3)</sup> Von 1968 an wird der Nettozugang an Wohnungen nachgewiesen, d. h. Wohnungen, die sich lediglich um Räume vergrößern – Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden –, nicht wie bisher im Rohzugang erfaßt werden.

nach Ein- und Zweifamilienhäusern und Mehrfamilienhäusern differenziert, die somit in der Regel mit Eigenheimen bzw. Mietwohnungen identisch sind<sup>4)</sup>.

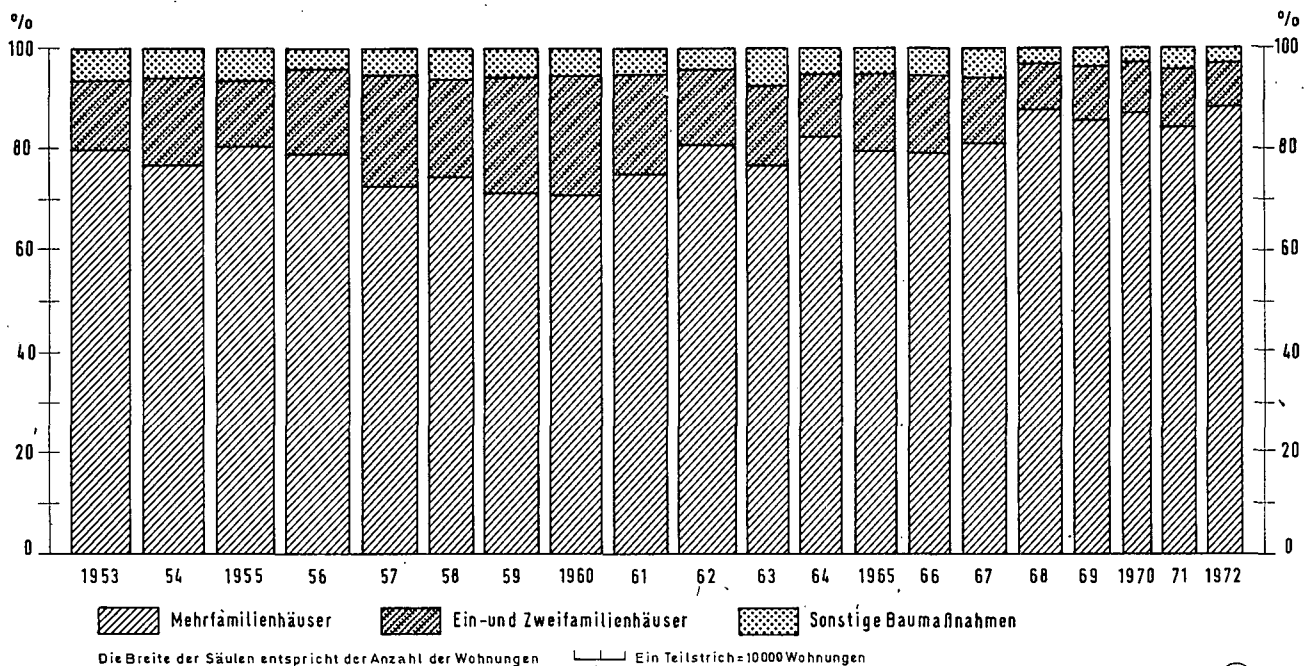
Wie aus der Tabelle 2 zu erkennen ist, hatten die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in allen Jahren mit Anteilen zwischen 71 % und gut 88 % das größte Gewicht. In der Tendenz hatte sich der Wohnungsanteil in Mehrfamilienhäusern von 1953 bis etwa 1960 leicht vermindert, während seit 1961 eine Zunahme dieses Anteils zu beobachten ist.

Gegenüber den Mehrfamilienhäusern ist der Trend der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern von einer entgegengerichteten Entwicklung gekennzeichnet. Er nahm bis 1960 leicht zu, in den nachfolgenden Jahren aber wiederum ab (s. Schaubild 1). Diese Entwicklung steht zweifellos in engem Zusammenhang mit dem bis 1960 festgestellten beachtlichen Anteil der privaten Haushalte am Rohzugang der Wohnungen (rd. 48 %). Parallel zur relativen Abnahme des „privaten“ Wohnungsbaus in den 60er Jahren ist auch der Anteilswert der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern stark abgefallen. Hingegen dokumentiert der dominierende und seit 1960 steigende Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern deutlich seinen Stellenwert in der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Dies ist für eine Großstadt wie Hamburg nicht verwunderlich, „obgleich die Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern

<sup>4)</sup> Vgl. auch „20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg“, a. a. O., S. 273 f.

Schaubild 1

**Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern, Mehrfamilienhäusern und in sonstigen Gebäuden  
(Wohnungen in Nichtwohngebäuden, Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden usw.) 1953 bis 1972**



sern ihre Bedeutung besonders für die Erfüllung subjektiver Wohnwünsche keineswegs verloren haben“<sup>5)</sup>.

Der Anteil der Wohnungen, die im Wege sonstiger Baumaßnahmen<sup>6)</sup> entstanden sind, war gegenüber den Anteilswerten an Ein- bzw. Zwei- und Mehrfamilienhäusern sehr gering. Sie erreichten nur ein Gewicht von 3 % bis gut 7 %.

### 2.22 Die Wohnungen nach Anzahl der Räume

Die Entwicklung der Wohnungsgrößen gibt einen weiteren Anhaltspunkt über die Verbesserung der Wohnverhältnisse und Wohnungsversorgung der Bevölkerung, wenn man dafür zunächst nur den Trend zur größeren Wohnung als Indiz ansieht.

Ein Merkmal für die Größe der Wohnung ist die Zahl der Räume, über deren Entwicklung die Tabelle 3 Auskunft gibt.

Um eine Fehlinterpretation des statistischen Begriffs „Raumzahl“ zu vermeiden, sei zuvor vermerkt, daß zu den Räumen auch die Küche gezählt wird; eine „Dreiraumwohnung“ ist somit identisch mit dem allgemeineren Begriff einer „Zweizimmerwohnung“, eine „Vierraumwohnung“ mit einer „Dreizimmerwohnung“ usw.

Während bis 1954 noch die Zweizimmerwohnungen in ihrem Anteil dominierten, wurden sie ab 1955 von den Dreizimmerwohnungen übertroffen. Sie erreichten in den nachfolgenden Jahren einen Anteil von 33 % bis 47 % am Gesamtzugang der Wohnungen.

Faßt man den langen Zeitabschnitt bis 1971 in 11 Zeitperioden zusammen, um Zufallsschwankungen in den einzelnen Jahren auszuschalten, so läßt sich auch

schon vor 1956 eine ständige Zunahme der Dreizimmerwohnungen beobachten. Ab 1956/57 ist jedoch ein kontinuierlicher Rückgang dieses Anteils – mit Ausnahme der Periode 1964/65 – von 46 % auf 34 % zu erkennen.

Hingegen haben die Wohnungen mit vier und mehr Zimmern bis zu den Jahren 1958/59 anteilmäßig von 4 % auf 23 % relativ stark zugenommen. Ab 1960/61 stagnierte jedoch dieser Anteil und schwankte zwischen 19 % und 24 %.

Der Anteil der Zweizimmerwohnungen, auf die in den ersten vier Jahren noch 48 % bzw. 45 % entfiel, ist – abgesehen von unwesentlichen Schwankungen – laufend bis auf etwa ein Fünftel zurückgegangen und hat sich somit etwa um die Hälfte reduziert.

Obwohl der Anteil der Einzimmerwohnungen in letzter Zeit wieder zunahm, konzentrierte sich das Wohnungsangebot doch überwiegend auf Dreizimmerwohnungen, wobei aber die noch größeren Wohnungen (Vier- und Mehrzimmerwohnungen) zunehmend an Bedeutung gewannen.

Interessant ist die Entwicklung der Einzimmerwohnungen. Während ihr Anteilswert bis 1954 noch zwischen 21 % und 23 % lag, nahm er bis 1957 rapide auf 7 % ab; stieg aber dann auf 24 % (1971) wieder an. Die steigende Tendenz der Einzimmerwohnungen kann dadurch erklärt werden, daß den Vermietern von Einzimmerappartements meist eine relativ höhere Rendite zufließt als bei Vermietung größerer Wohnungen<sup>7)</sup>. Andererseits mögen auch Veränderungen in der Haushaltsstruktur – eine Zunahme der Einzelpersonenwohnparteien – diesen Trend bewirkt haben, ist doch die Größe der Wohnpartei, der Nachfrageeinheit auf dem Wohnungsmarkt, Orientierungspunkt für die Bautätigkeit.

<sup>5)</sup> Vgl. „20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg“, a. a. O., S. 274.

<sup>6)</sup> Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, Umbau, Erweiterung u. a.

<sup>7)</sup> Vgl. „20 Jahre Bautätigkeit in Hamburg“, a. a. O., S. 274 f.

Tabelle 3

Die Wohnungen (Rohzugang) in Hamburg nach der Größe der Wohnungen<sup>1)</sup>

Jahre	Wohnungen	davon mit							
		1 und 2 Räumen (Einzimmerwohnungen)		3 Räumen (Zweizimmerwohnungen)		4 Räumen (Dreizimmerwohnungen)		5 und mehr Räumen (Vier- und Mehr-Zimmerwohnungen)	
		Anzahl	In % von Sp. 1	Anzahl	In % von Sp. 1	Anzahl	In % von Sp. 1	Anzahl	In % von Sp. 1
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1950	27 238	5 760	21,1	13 145	48,3	7 247	26,6	1 086	4,0
1951	27 080	6 236	23,0	13 014	48,1	6 431	23,7	1 399	5,2
1952	23 847	5 227	21,9	10 839	45,4	6 405	26,9	1 376	5,8
1953	23 916	5 436	22,7	10 809	45,2	6 395	26,8	1 276	5,3
1954	24 656	5 322	21,6	9 527	38,6	8 182	33,2	1 625	6,6
1955	23 623	3 189	13,5	9 342	39,5	9 483	40,2	1 609	6,8
1956	26 423	2 466	9,3	9 287	35,2	12 095	45,8	2 575	9,7
1957	23 013	1 675	7,3	7 427	32,3	10 502	45,6	3 409	14,8
1958	17 473	1 799	10,3	4 127	23,6	7 942	45,5	3 605	20,6
1959	22 116	2 333	10,6	5 219	23,6	9 492	42,9	5 072	22,9
1960	20 900	2 484	11,9	5 016	24,0	8 681	41,5	4 719	22,6
1961	21 888	3 143	14,3	5 089	23,3	9 026	41,2	4 630	21,2
1962	23 071	3 284	14,2	6 033	26,2	8 928	38,7	4 826	20,9
1963	17 187	1 973	11,5	4 121	24,0	7 255	42,2	3 838	22,3
1964	16 746	2 316	13,8	3 480	20,8	7 784	46,5	3 166	18,9
1965	17 250	2 309	13,4	3 844	22,3	7 339	42,5	3 758	21,8
1966	17 088	2 554	14,9	3 624	21,2	6 765	39,6	4 145	24,3
1967	18 003	3 831	21,3	3 118	17,3	6 659	37,0	4 395	24,4
1968	18 259	3 262	17,9	3 918	21,5	6 983	38,2	4 096	22,4
1969	14 913	2 659	17,8	3 288	22,0	5 362	36,0	3 604	24,2
1970	12 087	2 353	19,5	2 686	22,2	4 243	35,1	2 805	23,2
1971	13 664	3 259	23,9	2 575	18,8	4 480	32,8	3 350	24,5
1972	14 856	3 201	21,5	2 632	17,7	5 361	36,1	3 662	24,6

<sup>1)</sup> Vgl. Tabelle 2, Fußnoten 1 und 3.

## 2.23 Der Wohnungsbestand nach Qualitätsgruppen

Die seit dem zweiten Weltkrieg durchgeführten vier Gebäude- und Wohnungszählungen 1950, 1956, 1961 und 1968 hatten in erster Linie die Aufgabe, den Wohnungsbestand neu festzustellen, da die Fortschreibungszahlen mit zunehmendem Zählungsabstand immer größere Fehler aufweisen, weil die Bautätigkeitsstatistik nur in der Lage ist, einen Teil der tatsächlichen Veränderung des Wohnungsbestands zu erfassen. Um die Verbesserung des Wohnungsstandards besser quantifizieren zu können, soll im nächsten Abschnitt die Zusammensetzung des Wohnungsbestands nach Wohnungen und Wohngelegenheiten untersucht werden.

### 2.231 Begriffliche Abgrenzungen

Ein Vergleich der Zählungsergebnisse ist z. T. dadurch erschwert, daß sich im Laufe der Zeit der Wohnungsbegriff geändert hat. Standen doch die ersten beiden Zählungen nach dem Krieg (1950 und 1956) unter ganz anderen Aspekten als die späteren Zählungen 1961 und 1968: Was 1950 und 1956 noch als vollwertige Wohnung galt, mußte 1961 und 1968 infolge der geänderten Qualitätsansprüche den Behelfswohnungen (jetzt Wohngelegenheiten) zugerechnet werden.

So werden in den ersten beiden Zählungen die Wohneinheiten nach Normal- und Notwohnungen unterteilt, wobei zu den Normalwohnungen auch die Wohnungen in Behelfsheimen mit 30 und mehr qm Wohnfläche zählten.

Nach der Begriffsabgrenzung von 1961 wurden dagegen sämtliche Wohnungen in Behelfsheimen als Behelfswohnungen ausgewiesen; 1968 wurden diese als Wohngelegenheiten bezeichnet. Überdies zählten zu den Notwohnungen 1950 und 1956 auch alle in Notwohngebäuden und Kellern befindlichen Wohnungen sowie alle zum dauernden Wohngebrauch nicht eingerichteten Dachgeschoßwohnungen. In den späteren Zählungen sind hingegen alle Dachgeschoßwohnungen mit eigener Küche oder Kochnische zu den vollwertigen Wohnungen gezählt worden<sup>2)</sup>. Durch die geschilderten Änderungen, von denen nur die wichtigsten genannt sind, ist die Vergleichbarkeit der Zählungsergebnisse erheblich erschwert worden.

Um zu einer möglichst unverzerrten Darstellung struktureller Veränderungen zu gelangen, wurde die Zusammensetzung des Wohnungsbestands in den Zählungsjahren nach einheitlich gebildeten Qualitätsgruppen differenziert, und zwar in

- (1) Wohnungen, die mit dem seit 1961 geläufigen Begriff einer (vollwertigen) Wohnung identisch sind. Es sind Wohnungen mit eigener Küche oder Kochnische in Wohn- und Nichtwohngebäuden;
- (2) Wohngelegenheiten: Dazu rechnen alle Wohnungen ohne eigene Küche oder Kochnische, alle Kellerwohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie sämtliche Wohnungen, die in Behelfsheimen gelegen sind;

<sup>2)</sup> Vgl. „Ergebnisse der Gebäudezählung vom 6. Juni 1961 in Hamburg“, in: Hamburg in Zahlen, Jg. 1963, H. 3, S. 59.

(3) Wohneinheiten: Dies ist der Oberbegriff für sämtliche Wohnungen einschließlich Wohngelegenheiten.

### 2.232 Wohnungen und Wohngelegenheiten

Über die Veränderung des Wohnungsbestandes an Wohnungen und Wohngelegenheiten gibt die Tabelle 4 Auskunft.

Die Zahl der Wohneinheiten insgesamt erhöhte sich in Hamburg von 1950 bis 1968 um rd. 309 000 oder um 80 %. Hieraus ergibt sich jedoch nur ein sehr unvollständiges Bild über das Angebot an Wohnungen. 1950 zählte jede fünfte Wohnung in Hamburg zu der Gruppe der Wohngelegenheiten, und der Bestand an Wohnungen betrug nur 309 700 Einheiten. Bis 1956 reduzierte sich die Anzahl der Wohngelegenheiten um gut 8 700 bzw. 11 %. Dagegen nahm der Bestand an Wohnungen um gut 148 000 Einheiten oder 48 % zu. Der Anteil der Wohngelegenheiten verminderte sich dadurch auf 13 %. Von 1956 bis 1961 verlangsamte sich die Zunahme an Wohnungen. Die Wachstumsrate reduzierte sich um gut die Hälfte auf rd. 20 % (93 400 Wohnungen). In den folgenden sieben Jahren, bis 1968, nahm der Wohnungsbestand noch um weitere 118 800 Wohnungen oder um rd. 22 % zu. In den letzten beiden Zeitabschnitten wurde wiederum ein erheblicher Abbau an Wohngelegenheiten erreicht. In den fünf Jahren von 1956 bis 1961 betrug der Rückgang rd. 11 000 Einheiten oder 16 %, in den weiteren sieben Jahren, bis 1968, sogar rd. 31 700 oder 55 %. Die entsprechenden Anteilswerte für die beiden Zählungsjahre waren 9,4 % bzw. 3,8 %.

Nimmt man eine Unterteilung der Wohngelegenheiten vor, die einmal in dauerhaften Wohn- und Nichtwohngebäuden, zum anderen in den für Kleingartenver-

Tabelle 4

### Wohnungen<sup>1)</sup> und Wohngelegenheiten in den Jahren 1950, 1956, 1961 und 1968

Zählungsstichtage	Wohneinheiten insgesamt	davon waren				
		Wohnungen insgesamt	Wohngelegenheiten			
			insgesamt	in % v. Sp. 1	davon in	
					Wohn- u. Nichtwohngebäuden	Behelfsgebäuden
1	2	3	4	5	6	
13. 9.1950	386 382	309 724	76 658	19,9	12 808	63 850
25. 9.1956	525 341	457 235	68 106	13,0	10 912	57 194
6. 6.1961	608 330	551 159	57 171	9,4	9 948	47 223
25.10.1968	696 225	669 929	26 296	3,8	6 818	19 478

<sup>1)</sup> Zur Begriffsdefinition s. Text.

eine charakteristischen Behelfsheimen lagen, ergibt sich folgender Trend: In den ersten drei Zählungsjahren entfielen rd. 80 % der Wohngelegenheiten auf Behelfsgebäude. Bis 1968 reduzierte sich dieser Anteil auf zwei Drittel (66,3 %). Dieser Rückgang ist vor allem auf die seit 1961 nach und nach vollzogene Auflösung von Kleingartenvereinen zurückzuführen, die im Zuge der Stadtsanierung und Neuerschließung von Industriegebieten notwendig war<sup>2)</sup>.

Aus den vorstehenden Zahlen wird von Zählung zu Zählung eine Verbesserung des Wohnungsangebots – sowohl nach der Zahl als auch nach der Qualität – offenkundig.

<sup>2)</sup> Vgl. „Gebäude- und Wohnungszählung in Hamburg am 25. 10. 1968“, in: Hamburg in Zahlen, Jg. 1970, H. 1, S. 19.

## 3. Darstellung der Hamburger Wohnungsversorgung anhand bevölkerungs- und wohnungsstatistischer Daten

Bisher hat sich die Untersuchung vornehmlich mit dem Bestand und der Veränderung des Angebots auf dem Wohnungsmarkt befaßt. Die nachstehenden Abschnitte sollen nun die Nachfragekomponente auf dem Wohnungssektor analysieren. Dabei ist zunächst zu zeigen, wie sich die Wohnbevölkerung in den einzelnen Jahren und Zeitabschnitten verändert hat und welche Komponenten diese Entwicklung maßgebend bestimmt haben. Die von der Nachfrageseite her bedeutendste Größe ist die Anzahl und die Struktur der Haushalte (Wohnparteien), die durch Wanderungen, Eheschließungen und -scheidungen, Sterbefälle und Geburten stark variieren kann. Um im Hinblick auf die Wohnungsversorgung den Wohnungsbau beurteilen zu können, soll versucht werden, Zusammenhänge zwischen demographischen und rein wohnungsstatistischen Vorgängen aufzuzeigen.

### 3.1 Entwicklung und Veränderungskomponenten der Wohnbevölkerung und Haushalte als wohnungsbedarfsauslösende und -mindernde Faktoren

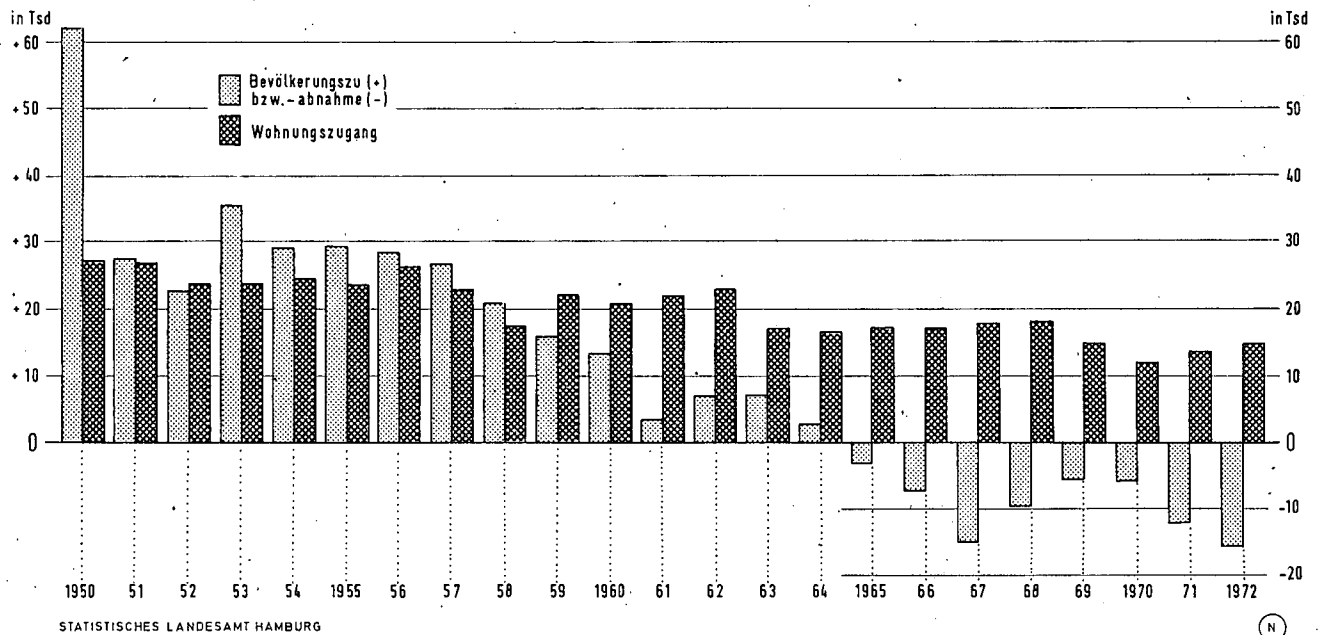
Die außerordentliche Bauleistung, insbesondere die der 50er Jahre, war sozial- und gesellschaftspolitisch erforderlich, um den hohen Wohnungsfehlbestand, der neben dem kriegsbedingten Ersatzbedarf aus der starken Bevölkerungszunahme resultierte, abdecken zu können. Vom 31. 12. 1950 bis zum 31. 12. 1972 hatte Hamburg ein Bevölkerungswachstum von rd. 183 000 Personen oder rd. 11 %. Diese Zunahme konzentrierte sich vor allem auf den Zeitraum bis 1957, in dem die Bevölkerung allein um 203 000 Personen anstieg. Ab 1958 ist dann eine spürbare Verlangsamung des Wachstums eingetreten. Erstmals vom Jahre 1965 ab ging die Wohnbevölkerung Hamburgs um jährlich zwischen 0,1 % bis 1,6 % zurück.

#### 3.11 Wanderungen und natürliche Bevölkerungsentwicklung

In den 50er Jahren war das Bevölkerungswachstum der Stadt bei einem Sterbeüberschuß von rd. 7 000 Personen (VZ 1950 bis VZ 1961) ausschließlich auf hohe Wanderungsgewinne zurückzuführen. Diese be-

Schaubild 2

## Wohnungszugang und jährliche Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-) 1950 bis 1972



trugen zwischen 1951 und 1960 jährlich zwischen 13 000 bis 38 000 Personen. Seit 1959 ist ein starker Rückgang der Wanderungsgewinne festzustellen. Gegenüber 1958 reduzierten sie sich von 21 000 auf 14 000, nahmen dann bis 1963 weiter bis auf 4 400 ab. Von 1964 bis 1968 sind Wanderungsverluste von jährlich 1 100 bis 15 000 Personen registriert worden. Seit 1969 ist durch die Zunahme der Zuzüge wieder ein geringer Wanderungsüberschuß von 410 Personen eingetreten, der 1970 eine Höhe von 2 400 Personen erreichte, aber bereits im folgenden Jahr, 1971, wieder von einem Wanderungsverlust von gut 3 700 abgelöst wurde.

In den 50er Jahren schwankten die Zuzüge nach Hamburg zwischen etwa 68 200 und 91 900 Personen. Die Fortzüge, die eine Höhe zwischen 26 000 und 64 000 erreichten, hatten seit 1950 hingegen ständig zugenommen. Durch die weitere Zunahme der Fortzüge im darauffolgenden Jahrzehnt wurde bei gleichzeitiger Verringerung der Zuzüge der Wanderungsgewinn allmählich abgebaut, so daß sich erstmals im Jahre 1964 ein Wanderungsverlust einstellte. Dieser nahm von Jahr zu Jahr zu, bis er 1967 eine maximale Höhe von gut 15 200 Personen erreichte, sich im folgenden Jahr jedoch wieder um die Hälfte reduzierte. Durch die Zunahme der Zuzüge in den folgenden Jahren 1969 und 1970 um jeweils 10 000 konnte bei gleichzeitig auf hohem Niveau stagnierenden Fortzügen ein Wanderungsgewinn von zusammen 2 800 Personen erreicht werden. Infolge der dann rapiden Zunahme der Fortzüge im Jahre 1971 schlug dieser jedoch in den zuvor erwähnten Wanderungsverlust von gut 3 700 um.

In den letzten vier Jahren (1969 bis 1972) sind insgesamt rd. 55 200 deutsche Personen mehr fort- als zugezogen. Hierbei handelte es sich überwiegend um junge Ehepaare, die in Hamburg noch keine Wohnung hatten. Ob dadurch ein bedarfsmindernder Effekt ausgelöst wird, hängt davon ab, daß keine durch den Wegzug der Kinder „auslaufende Familien-Wohnun-

gen blockieren, die für sie zu groß sind, während andere, wachsende Familien keine angemessenen größeren und preiswerten Wohnungen finden können“<sup>10)</sup>.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung Hamburgs vermag die Wohnbevölkerung im Vergleich zu den Wanderungen nur geringfügig zu verändern. Ihre Bedeutung liegt nur darin, daß es durch Eheschließungen und Geburten zur Bildung von neuen Haushaltstypen kommt, die wiederum als potentielle Nachfrager auf dem Wohnungsmarkt auftreten können. Umgekehrt können Sterbefälle, insbesondere von Einpersonenhaushalten, und Ehelösungen den Wohnungsmarkt entlasten.

Wie ein Blick auf die Tabelle 5 zeigt, belief sich von 1950 bis 1972 die Zahl der Lebendgeborenen zwischen gut 15 200 und 27 700 Personen p. a., wobei von 1954 bis 1966 eine steigende Tendenz zu erkennen ist. Sie lief in etwa parallel mit den in diesem Zeitraum zunehmenden Eheschließungen von 14 600 auf 19 000 im Jahre 1961, welche in den folgenden Jahren bis 1966 jedoch auf hohem Niveau zwischen 17 900 und 19 000 stagnierten.

Von 1967 bis 1971 nahm die Zahl der Lebendgeborenen von 26 100 auf 17 600 ab und pendelte sich somit wieder auf das Niveau der Jahre um 1950 ein. Der tiefste Wert wurde mit 15 200 Geburten im Jahr 1972 registriert. In etwa gleiche Tendenzen zeigten auch die Eheschließungen. Ab 1967 reduzierte sich ihre Anzahl von 17 200 auf 12 200 im Jahre 1972. Es lösen jedoch nicht alle Eheschließungen einen Neubedarf an Wohnungen aus. Häufig treten junge Ehepaare erst mit der Geburt des ersten oder zweiten Kindes als Bedarfsträger auf. Neben der Frage, ob die Zahl der Wohnräume ausreicht, werden von vielen Jungverheirateten auch Überlegungen angestellt, wo die Woh-

<sup>10)</sup> „Die Wohnungsversorgung der älteren Menschen in Hamburg“, In: Hamburg in Zahlen, Jg. 1971, H. 8, S. 266 f.

Tabelle 5

## Bevölkerungsdaten Hamburgs 1950 bis 1972

Jahre	Bevölkerungs- bestand am Ende des Jahres	Darunter Aus- länder <sup>1)</sup>	Lebend- geborene	Gestorbene	Überschuß der Geborenen (+) bzw. Ge- storbenen (-)	Ehe- schließen- gen	Ehe- scheidun- gen	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs- gewinn (+) bzw. -verlust (-)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1950	1 583 466	22 483	17 380	16 667	+ 713	16 965	5 208	91 931	26 083	+ 65 848
1951	1 614 329	24 228	17 547	17 898	- 351	16 022	4 109	72 733	35 721	+ 37 012
1952	1 637 241	22 893	16 811	18 338	- 1 527	14 512	4 101	68 184	37 519	+ 30 665
1953	1 672 877	20 639	16 875	19 042	- 2 167	14 205	3 875	88 908	51 105	+ 37 803
1954	1 702 168	19 684	17 768	19 702	- 1 934	14 602	3 686	79 849	48 624	+ 31 225
1955	1 731 541	20 866	18 560	20 371	- 1 811	15 530	3 436	82 035	50 851	+ 31 184
1956	1 760 098	20 619	19 499	21 066	- 1 567	16 351	3 389	88 167	58 103	+ 30 064
1957	1 786 775	22 201	21 187	22 201	- 1 014	16 619	3 423	88 017	60 476	+ 27 541
1958	1 807 640	25 080	22 049	21 944	+ 105	17 445	3 467	85 010	64 015	+ 20 995
1959	1 823 574	27 768	23 606	21 946	+ 1 660	17 903	3 416	76 802	62 550	+ 14 252
1960	1 836 958	34 272	24 276	23 388	+ 888	18 419	3 395	79 220	66 708	+ 12 512
1961	1 840 515	41 960	25 453	23 363	+ 2 090	19 041	3 574	78 422	68 747	+ 9 675
1962	1 847 495	48 658	25 942	24 132	+ 1 810	18 964	3 541	74 281	69 126	+ 5 155
1963	1 854 637	54 169	27 537	24 814	+ 2 723	18 294	3 875	74 600	70 190	+ 4 410
1964	1 857 431	58 658	27 738	23 859	+ 3 879	18 453	3 972	71 868	72 973	- 1 105
1965	1 854 361	62 908	26 814	25 343	+ 1 471	18 115	3 994	74 092	78 637	- 4 545
1966	1 847 267	73 270	27 423	26 114	+ 1 309	17 936	4 197	74 136	82 470	- 8 334
1967	1 832 560	61 539	26 107	25 645	+ 522	17 161	4 129	68 494	83 731	- 15 237
1968	1 822 837	64 551	24 265	26 593	- 2 328	15 841	4 512	72 574	79 977	- 7 403
1969	1 817 122	77 377	21 039	27 213	- 6 174	14 494	4 892	81 819	81 409	+ 410
1970	1 793 640	96 294	18 390	26 561	- 8 171	13 991	5 183	83 366	80 947	+ 2 419
1971	1 781 621	110 838	17 637	25 900	- 8 263	12 972	5 368	81 548	85 304	- 3 756
1972	1 766 214	116 182	15 223	25 786	- 10 563	12 222	5 522	77 600	82 444	- 4 844

<sup>1)</sup> Quelle: Einwohnerzentralamt.

nung liegt (Arbeitsplatzfrage) und vor allem zu welchem Preis sie zu erhalten ist (Einkommensfrage). Schließlich ist nicht bekannt, ob die zusammenfindenden Ehepartner zum Zeitpunkt der Eheschließung schon eine Wohnung besitzen. Haben beide Partner keine eigene Wohnung, so kann man mit der Haushaltsgründung einen neuen Wohnungsbedarf annehmen. Waren beide Partner jeweils Wohnungsinhaber, so dürfte umgekehrt mit der Eheschließung eine der beiden Wohnungen freigesetzt werden.

Andererseits muß man beachten, daß auch Ehescheidungen als Haushaltsteilungen den Wohnungsmarkt zusätzlich belasten können. Die jährlichen Ehescheidungen beliefen sich seit 1950 zwischen 3 400 und 5 500 p. a., wobei seit 1961 eine leicht zunehmende Tendenz zu beobachten ist.

Einen hinsichtlich der Wohnungsversorgung bedarfsmindernden Effekt können Sterbefälle auslösen, insbesondere die älterer Einpersonenhaushalte. Beim Sterbefall in Mehrpersonenhaushalten ist ungewiß, ob die alte Wohnung beibehalten wird, vor allem dann, wenn die Mieten für diese Wohnungen nicht zu hoch sind<sup>1)</sup>.

Insgesamt nahm der Trend der Sterbefälle, je mehr wir uns der Gegenwart nähern, aufgrund der überalterten Bevölkerung zu. Während 1950 die Zahl der Sterbefälle 16 700 Personen betrug, erhöhten sie sich in den letzten Jahren bis auf 27 200 im Jahre 1969.

Eine exakte Quantifizierung des durch Wanderungen und durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung bedingten Effektes, der hinsichtlich der Wohnungsver-

sorgung bedarfsmindernd oder bedarfsauslösend wirken könnte, läßt sich, wenn überhaupt, nur mit aller Vorsicht vornehmen.

### 3.12 Die Relation jährlicher Bauleistungen zur Bevölkerungsentwicklung

Um sich ein Bild davon machen zu können, welche Bedeutung die Bautätigkeit im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung hatte, soll zunächst der Rohzugang an Wohnungen mit der Bevölkerungsveränderung in den einzelnen Jahren verglichen werden. Aussagefähiger wäre zweifellos ein Vergleich des jährlichen Wohnungszugangs mit Haushaltszahlen, diese werden in der Regel jedoch nicht fortgeschrieben, so daß hier Ergebnisse nur aus den Großzählungen vorliegen.

Tabelle 1 zeigt, welche Bedeutung der Wohnungsbau für die Deckung des aus der demographischen Entwicklung entstandenen Wohnungsbedarfs hatte.

Der Rohzugang an Wohnungen belief sich in den 50er Jahren (1950 bis 1960) auf rd. 252 000 Wohnungen. Demgegenüber stand eine Bevölkerungszunahme von 316 000 Personen. Da man etwa im Durchschnitt als Maßstab 0,4 Wohnungen je Person (d. h. 2,5 Personen je Wohnung) zugrunde legen kann, zeigt die Zahlenreihe, daß Hamburg seinen recht beträchtlichen Bevölkerungszuwachs mit Wohnungen zu versorgen in der Lage war (vgl. S c h a u b i l d 3).

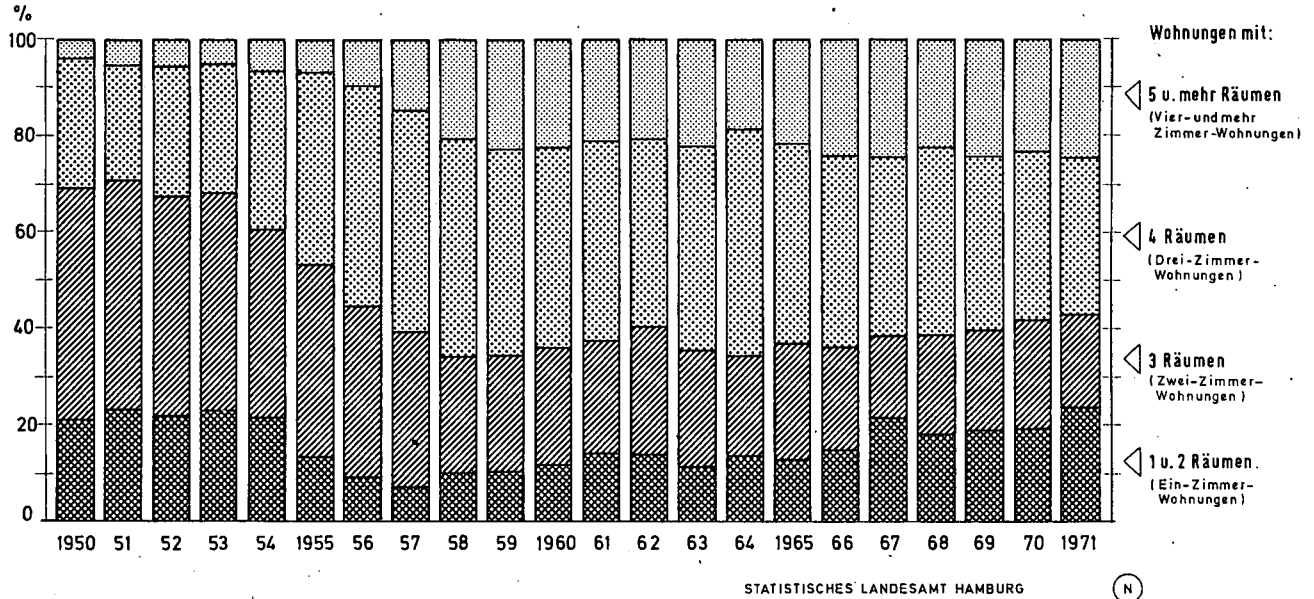
Gegenüber den 50er Jahren bot die Entwicklung in den 60er Jahren ein anderes Bild. Einer rückläufigen Bevölkerungsbewegung um rd. 20 000 Personen stand eine Wohnungszunahme von etwa 165 000 gegenüber. Obgleich sich also der Wohnungszugang ge-

<sup>1)</sup> Vgl. auch „Die Wohnungsversorgung der älteren Menschen in Hamburg“, a. a. O., S. 266 f.



Schaubild 3

Der Rohzugang an Wohnungen nach der Raumzahl 1950 bis 1971



genüber den 50er Jahren um fast die Hälfte verminderte, ist im Verhältnis zur negativen Bevölkerungsentwicklung (Abwanderungen) eine relativ starke Bautätigkeit zu verzeichnen.

Aus diesen Zahlen geht recht deutlich hervor, daß Hamburg seinen beachtlichen Bevölkerungszuwachs während der 50er Jahre einmal mit Wohnungen versorgen konnte, zum anderen konnte, vor allem in den 60er Jahren, die Wohnungsversorgung der gesamten Einwohnerschaft erheblich verbessert werden. Mußten 1950 noch im Durchschnitt 4,30 Personen eine Wohnung teilen, waren es 1961 nur noch 2,98 Personen. Bis 1968 reduzierte sich diese Zahl auf bereits 2,54 (1971: 2,51). Während in den 50er Jahren bis Mitte der 60er Jahre diese Entwicklung noch voll auf die Wirkungen des Wohnungsbaus zurückzuführen war, beruhte die Verbesserung seit 1965 auch auf dem durch die Abwanderung bedingten Bevölkerungsverlust, wodurch der Wohnungsmarkt beträchtlich entlastet wurde.

Die durchschnittliche Belegungszahl der Wohnungen ist – wie aus den Ergebnissen der Tabelle 8 hervorgeht – erheblich zurückgegangen. Gemessen an der Zahl der Personen je Wohnung kommt die seit 1950 eingetretene Verbesserung der Wohnungsversorgung infolge Auflösung von Untermieterhaushalten ebenfalls zum Ausdruck. Hierauf soll weiter unten noch näher eingegangen werden.

Diese Gegenüberstellung der Zahlenreihe zeigt bei allen Einschränkungen, die man bei der Beurteilung solcher Entwicklungen machen muß, daß der Wohnungsbau in Hamburg außerordentliche Leistungen vollbracht hat. Das Problem einer angemessenen Wohnungsversorgung ist jedoch zu vielschichtig, als daß eine einfache Gegenüberstellung von Bevölkerungs- bzw. Haushaltszahlen und Wohnungen zu einem Urteil führen könnte.

Weitaus aufschlußreicher ist die Beziehung zwischen den Zahlen der Bewohner und der Räume (Ta-

belle 8). Wie die folgenden Ergebnisse zeigen, kamen 1950 auf 100 Wohnräume über 111 Personen, diese Relation verbesserte sich von Zählung zu Zählung. Durch die starke Bautätigkeit in den ersten 6 Jahren hat sie sich um 18,7 Punkte verbessert, während in den folgenden zwei Zeitabschnitten eine Veränderung von 10,1 bzw. 14,7 Punkten erreicht wurde. Zu entsprechenden Ergebnissen kommt man, wenn die Anzahl der Personen auf die Wohnräume bezogen wird. Ein noch stärkeres Gewicht erhält diese positive Entwicklung, wenn man überdies den Trend zur größeren Wohnung berücksichtigt (vgl. Tabelle 3).

### 3.2 Die Haushalte und ihre Wohnungsversorgung

#### 3.2.1 Struktur der Haushalte

Wanderungen und natürliche Bevölkerungsvorgänge haben einen entscheidenden Einfluß auf die Anzahl und Struktur der Haushalte. Unter einem Haushalt versteht man die Personen, die zusammen wohnen und eine gemeinsame Hauswirtschaft führen. Als Wohnpartei tritt der Haushalt auf dem Wohnungsmarkt als Nachfrager nach Wohnraum auf. Die statistisch ermittelten Haushaltszahlen lassen jedoch die Frage offen, welche Haushalte eine Wohnungsnachfrage wirklich ausüben und welche Haushalte als Nachfrager mehrmals auftreten. Hinzu kommt die Wohnungsnachfrage derjenigen Wohnparteien, die auf Veränderungswünschen in regionaler und qualitativer Hinsicht beruht und die nicht zuletzt eine eigene Dynamik aufweist. Im Rahmen dieser Abhandlung werden die Begriffe Wohnpartei und Haushalt gleichbedeutend verwendet.

Von 1950 bis 1968 ist die Zahl der Haushalte um rd. 74 500 oder 16 % gestiegen. Die größte Steigerungsrate fiel hierbei in den Zeitraum 1950 bis 1956, in dem für Hamburg auch das größte Bevölkerungswachstum festgestellt wurde. In den folgenden fünf Jahren ist nur eine leichte Zunahme aller Wohnparteien festzustellen, von 1961 bis 1968 nahm ihre Anzahl jedoch um 0,9 % leicht ab.



Tabelle 6

**Die Wohnparteien in Hamburg nach der Größe  
1950, 1956, 1961 und 1968**

Zählungs- stichtage	Anzahl der Wohn- parteien	davon mit ... Personen									
		1		2		3		4		5 u. mehr	
		Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
13. 9.1950	634 070	173 249	27,3	196 937	31,1	133 928	21,1	79 666	12,6	50 290	7,9
25. 9.1956	693 397	186 552	26,9	215 622	31,1	145 554	21,0	90 866	13,1	54 803	7,9
6. 6.1961	752 346										
25.10.1968	744 977	217 526	29,2	242 805	32,6	145 870	19,6	93 808	12,6	44 968	6,0

Leider liegen nur Angaben über die Haushaltsgröße für die Jahre 1950, 1956 und 1968 vor. Wie die Tabelle 6 zeigt, sind die Wohnparteien mit zwei Personen als stärkste Gruppe vertreten. Ihnen folgte die große Gruppe der Einpersonenzohnparteien, an dritter und vierter Stelle rangierten die Wohnparteien mit drei und vier Personen, den letzten Platz nahmen die mit fünf und mehr Personen ein.

Von 1950 bis 1956 konnten alle Haushaltsgrößen eine Zunahme verzeichnen, von 1956 bis 1968 konzentrierte sich bei einer Gesamtzunahme von 6% die Zunahme auf die Ein- und Zweipersonenzohnparteien. Eine Abnahme erfuhren die – absolut gesehen – weniger stark besetzten Gruppen mit drei und fünf Personen.

Hamburg ist also über alle Zeiträume hinweg durch einen großen Anteil von Ein- und Zweipersonenzohnparteien geprägt worden. Die Gründe hierfür sind nicht eindeutig zu erklären.

Durch den ungünstigen Altersaufbau ist der Anteil der älteren Menschen sehr hoch, viele sind alleinstehend und treten dementsprechend als Einpersonenzohnparteien auf dem Wohnungsmarkt auf. Unter den Einpersonenzohnparteien befinden sich z. B. auch Studenten und sonstige Einzeluntermieter („möblierte Herren“). Der in den 50er Jahren und mit Ausnahme der Jahre 1966 bis 1968 ermittelte Wanderungsgewinn Hamburgs bestand zu einem großen Teil aus jungen, unverheirateten Einzelpersonen. Jedoch muß bei der aus der Wanderungsstatistik ausgewiesenen Zahl der Einzelpersonen beachtet werden, daß darunter auch Haushaltsmitglieder enthalten sind, die zu dem bereits in Hamburg ansässigen Haushaltsvorstand zugezogen sind.

Von 1969 bis 1972 sind rd. 55 200 deutsche Personen, d. s. bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,5 Personen rd. 22 700 Haushalte, mehr aus Hamburg fort- als zugezogen. Hierbei entfiel der überwiegende Anteil auf junge Ehepaare, die meist im Umland eine Mietwohnung oder ein Eigentumsobjekt erworben haben.

### 3.22 Die Haushalte nach ihrer Unterbringung

Wie die Tabelle 7 zeigt, ist aufgrund der außergewöhnlichen Wiederaufbau- und Neubautätigkeit für die Haushalte sowohl eine quantitative als auch qualitative Verbesserung der Wohnversorgung erreicht worden.

Bei einer Zunahme von rd. 118 000 Haushalten belief sich von 1950 bis 1961 der Zugang an Wohnungen auf rund 222 000 Einheiten, während der Bestand an Wohngelegenheiten in der gleichen Zeit sich um 19 700 reduzierte. Im gleichen Zeitraum nahmen die Wohnparteien, die eine Wohnung bewohnten, um rd. 145 000 oder 27% zu, während die Zahl der in Wohngelegenheiten untergebrachten Wohnparteien sich um 30% verminderte. 1950 waren noch angesichts der Wohnungsnot gut 14% aller Wohnparteien in Wohngelegenheiten untergebracht; dieser Anteil nahm in den folgenden elf Jahren von über 11% im Jahre 1956 auf 8% im Jahre 1961 ab.

Von 1961 bis 1968 stand einem zumeist durch Abwanderung bedingten Bevölkerungsrückgang von insgesamt 73 700 Haushalten (9%) eine Zunahme der Wohnparteien in Wohnungen um gut 4% gegenüber. Dieses Ergebnis ist zweifellos auf die deutliche Zunahme an Wohnungen zurückzuführen. Die im gleichen Zeitraum beachtliche Abnahme der Wohnparteien in Wohngelegenheiten um gut 57% kann vermutlich darauf zurückgeführt werden, daß ein großer Teil von ihnen im Abwanderungsgebiet (Umland) eine Mietwohnung oder auch ein Eigentumsobjekt oder in Hamburg eine „vollwertige“ Wohnung erhalten hat.

Während im Jahre 1950 auf eine Wohnung noch 1,76 Haushalte entfielen, war die Relation 1961 mit durchschnittlich 1,25 Haushalten weitaus günstiger, somit reduzierte sich die Belegungsquote um 23,2%.

In der Belegungsziffer von 1956, die 1,35 Haushalte je Wohnung ergab, zeigt sich, daß der entscheidende Durchbruch zur Verbesserung der Wohnversorgung bereits zwischen 1950 und 1956 zu erkennen war. Diese Veränderung erhält ein um so größeres

Tabelle 7

**Die Wohnparteien in Wohnungen<sup>1)</sup> und Wohngelegenheiten  
in den Jahren 1950, 1956, 1961 und 1968**

Zählungs- jahre	Wohn- parteien insge- samt	davon in			
		Wohnungen		Wohngelegenheiten	
		Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1
1	2	3	4	5	
13. 9. 1950	634 070	543 761	85,8	90 309	14,2
25. 9. 1956	693 397	616 430	88,9	76 967	11,1
6. 6. 1961	752 346	688 690	91,5	63 656	8,5
25. 10. 1968	744 977	717 918	96,4	27 059	3,6

<sup>1)</sup> Zur Begriffsdefinition s. Text.

Tabelle 8

**Die Belegung der Wohnungen<sup>1)</sup> („Normal“-Wohnungen) und Wohneinheiten  
1950, 1956, 1961 und 1968**

Zählungsjahre	Wohnungen			Wohneinheiten insgesamt			Auf 100 Wohn- räume kamen ... Personen	Auf 100 Personen kamen ... Wohn- räume
	Personen je Wohn- partei	Wohn- parteien je Wohnung	Personen je Wohnung	Personen je Wohn- partei	Wohn- parteien je Wohnung	Personen je Wohnung		
	1	2	3	4	5	6		
3. 9. 1950 .....	2,45	1,76	4,30	2,48	1,64	4,06	111,5	89,7
25. 9. 1956 .....	2,47	1,35	3,33	2,48	1,32	3,28	92,8	107,8
6. 6. 1961 .....	2,41	1,25	3,01	2,41	1,24	2,98	82,7	121,0
25. 10. 1968 .....	2,37	1,07	2,54	2,37	1,07	2,53	68,8	145,3

<sup>1)</sup> Zur Begriffsdefinition s. Text.

Gewicht, als die in dieser Zeit durchschnittliche Haushaltsgröße sich – wenn auch nur geringfügig, um 0,02 – vergrößerte.

In den folgenden sieben Jahren von 1961 bis 1968 hat sich die Belegungsziffer von 1,25 auf 1,07 oder um 14,4 % weiter reduziert. Dieses im Hinblick auf die Wohnungsversorgung positive Ergebnis war nicht nur das Resultat einer divergierenden Entwicklung zwischen abnehmender Bevölkerung und Wohnungsbau. Es trat auch eine Verbesserung der Wohnungsversorgung dadurch ein, daß die durchschnittliche Haushaltsgröße sich von 2,41 auf 2,37 Personen je Wohnpartei verminderte.

Mit der stetigen Verbesserung der Wohnungsversorgung hat sich eine relativ hohe Mobilität der Haushalte herausgebildet (innerstädtische Umzüge), wobei sich die Nachfrage nach Wohnungen auch wegen der Großbauvorhaben stärker regional konzentrierte.

### 3.23 Die Haushalte nach ihrem Wohn- und Mietverhältnis

Ein für die Wohnungsversorgung besonders instruktives Ergebnis stellt die Entwicklung der Wohnparteien nach ihrem Wohn- und Mietverhältnis dar.

Die T a b e l l e 9 zeigt, wie sich die Zusammensetzung der Wohnparteien, gegliedert nach den Merkmalen Eigentümer-, Mieter- und Untermieterwohnparteien, seit 1950 geändert hat.

Zunächst vermittelt die Zusammensetzung der Wohnparteien nach den Merkmalen Wohnungsinhaber und

Untermieter folgendes Bild, wobei der Begriff Wohnungsinhaber ein Sammelbegriff für die Einheit Hauptmieter- und Eigentümerwohnpartei darstellt. In allen Zählungen standen die Hauptmieter- und Eigentümerwohnparteien – wie zu erwarten war – weit an der Spitze. Ihr Anteil nahm seit 1950 ständig zu; umgekehrt nahm die Anzahl der Untermieterhaushalte kontinuierlich ab. Während im Jahre 1950 von allen Wohnparteien noch gut 39 % zur Untermiete wohnten, verminderte sich 1956 diese Zahl bereits auf knapp 25 %. In den folgenden Zählungsjahren ist eine weitere Abnahme der Untermieter von beträchtlichem Umfang festzustellen. Im Jahre 1961 betrug ihr Anteil noch 19 %, im letzten Zählungsjahr schrumpfte er weiter auf knapp 8 %.

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich bei den Untermieterwohnparteien in Wohnungen. Hierbei hat sich der Anteil der Wohnparteien mit mehreren Personen beträchtlich verringert. Während nämlich 1950 noch 54 % aller Mehrpersonenwohnparteien zur Untermiete in einer Wohnung lebten, verringerte sich 1968 ihr Anteil auf 27 %. Dagegen hat sich der Anteil der Einpersonenwohnparteien entsprechend erhöht.

Die Gründe für die strukturelle Wandlung der Haushalte, die auf eine merkliche Verbesserung der Wohnungsversorgung schließen lassen, sind eindeutig und vorstehend schon beschrieben worden. Noch sichtbarer wird diese Entwicklung, wenn man die Gruppe der Wohnparteien in Wohnungen weiter nach den Merkmalen Eigentümer und Hauptmieter betrachtet. Leider ist in der Zählung von 1950 eine Unterteilung der Wohnparteien in Eigentümer und Hauptmieter nicht vorgenommen worden. Wie aus der T a -

Tabelle 9

**Die Wohnparteien nach Unterbringungsart und Mietverhältnis  
1950, 1956, 1961 und 1968**

Zählungs- jahre	Wohn- parteien insges.	davon waren				Von den Wohn- parteien wohnten in Wohn- ungen <sup>1)</sup>	davon waren							
		Wohnungs- inhaber		Untermieter			Eigentümer		Hauptmieter		Untermieter			
		Anzahl	in % v. Sp. 1	Anzahl	in % v. Sp. 1		Anzahl	in % v. Sp. 6	Anzahl	in % v. Sp. 6	insgesamt		darunter mit 1 Person	
											Anzahl	in % v. Sp. 6	Anzahl	in % v. Sp. 11
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	
3. 9. 1950	634 070	385 209	60,8	248 861	39,2	575 672 <sup>2)</sup>					240 159 <sup>2)</sup>	41,7 <sup>2)</sup>	110 305	45,9 <sup>2)</sup>
25. 9. 1956	693 397	523 588	75,5	169 809	24,5	616 430	67 710	11,0	387 395	62,8	161 325	26,2		
6. 6. 1961	752 346	608 330	80,9	144 016	19,1	688 690	84 135	12,2	467 024	67,8	137 531	20,0		
25. 10. 1968	744 977	685 934	92,1	59 043	7,9	717 918	107 670	15,0	552 786	77,0	57 462	8,0	41 746	72,6

<sup>1)</sup> Zur Begriffsdefinition s. Text. – <sup>2)</sup> Einschließlich Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr qm.

belle 9 zu erkennen ist, stellen die Hauptmieter ab 1956 das stärkste Kontingent der Bewohner in Wohnungen dar.

Von 1956 bis 1968 erhöhte sich ihr Anteil von 63 % auf 77 %. Der hohe Anteil der Hauptmieter in Hamburg steht somit im engen Zusammenhang mit dem großen Anteil an Mehrfamilienhäusern, die überwiegend mit Miethäusern identisch sind (vgl. Tabelle 2).

Der Anteil der Wohnparteien, die eine Eigentümerwohnung besaßen, ist im gleichen Zeitraum geringfügig von 11 % auf 15 % gestiegen. Für eine Groß-

stadt wie Hamburg ist es jedoch nicht ungewöhnlich, daß die Zahl der Eigentümerwohnparteien weitaus geringer ist als die der Mieter- bzw. Hauptmieterwohnparteien. Beachtlich ist jedoch, daß ihre absolute Zahl sich um 40 000 bzw. um 59 % erhöhte, während die zur Hauptmiete wohnenden Haushalte sich um 165 400 bzw. um 43 % erhöhen konnten. Es ist anzunehmen, daß hinsichtlich einer weiteren Zunahme der Eigentümerwohnparteien eine gewisse Sättigung eingetreten ist, da hohe Bodenpreise und andere ökonomische und soziale Faktoren zu einer Bebauungsart führen, die größere Mietwohngebäude wirtschaftlicher erscheinen lassen.

Johannes Marx

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	759,8	764,9	761,8	764,8
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	18,6	18,3	14,9	12,3
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	73	65	78	78
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	3
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	5	4	5	5
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	94	40	57	85
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	203	265	143	137
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	99	—	1	4	4
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	18	12	18	17
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungszustand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	244,8	...	...	...	245,3
Altona	"	284,3	256,4	...	...	...	255,4
Eimsbüttel	"	284,6	253,9	...	...	...	253,3
Hamburg-Nord	"	401,3	344,5	...	...	...	342,6
Wandsbek	"	357,5	375,0	...	...	...	376,1
Bergedorf	"	82,8	94,6	...	...	...	94,6
Harburg	"	199,0	204,7	...	...	...	204,4
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	...	...	...	1 771,7
dav. männlich	"	861,9	820,7	...	...	...	819,9
weiblich	"	995,0	953,2	...	...	...	951,8
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	59,8	114,7	123,0	123,8	123,8	115,7
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019	944 r	1 260 p	820 p	1 103 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,9	...	...	...	7,6 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269	1 208 r	1 170 p	1 130 p	1 216 r
dar. unehelich	"	143	113	106 r	115 p	110 p	99 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	8,6	...	...	...	8,4 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9	8,7 r	9,7 p	9,7 p	8,3 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	2 112	2 149	2 211 r	1 570 p	2 130 p	2 021 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	39	25	39	16 p	30 p	23 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	13,6	14,5	...	...	...	13,9 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	17,2	19,2	32,3 r	13,7 p	26,5 p	18,9 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	123	— 880	— 1 003 r	— 400 p	— 1 000 p	— 805 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (—)	"	0,8	— 6,0	...	...	...	— 5,5 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	...	...	...	...	...	...
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 466	...	...	...	6 913
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 870	...	...	...	6 886
Fortgezogene Personen	"	— 379	— 404	...	...	...	+ 27
über die Landesgrenze Hamburgs	"	— 37	— 144	...	...	...	+ 35
Wanderungsgewinn (+) -verlust (—)	"	— 342	— 260	...	...	...	— 8
dav. männlich	"	...	...	...	...	...	...
weiblich	"	...	...	...	...	...	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 428	15 795	14 097	...	12 843
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 695	...	...	...	1 723
Schleswig-Holstein	"	835	1 092	...	...	...	1 028
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 091	1 041	...	...	...	979
Niedersachsen	"	272	351	...	...	...	330
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	2 006	1 629	...	...	...	1 652
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	1 535	2 101	...	...	...	2 559
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	2 351	2 581	...	...	...	2 530
b) Fortgezogene nach	"	1 620	1 960	...	...	...	1 903
Schleswig-Holstein	"	1 268	1 564	...	...	...	1 589
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	525	830	...	...	...	827
Niedersachsen	"	2 187	1 744	...	...	...	1 846
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	767	981	...	...	...	921
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	...	...	...	...	...	...
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	...	...	...	...	...	...

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. — <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. — <sup>3)</sup> Windstärken: 1 bis 12 nach der Beaufortskala — <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). — <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. — <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 — <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. — <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. — <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. — <sup>10)</sup> Landkreise Pinneberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. — <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. — <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>1. Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	11 749	11 294	11 134	11 116	11 108	11 307
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		273 189	260 924	251 060	241 639	246 316	249 229
Pflegelage		81,8	79,8	78,7	75,8	79,0	78,5
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
b) Gemeinnützige Krankenhäuser	Anzahl	4 573	4 740	4 847	4 847	4 847	4 690
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		123 729	127 459	125 535	123 968	125 335	120 874
Pflegelage		89,1	87,5	83,9	83,3	86,1	85,8
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
c) Private Krankenhäuser	Anzahl	745	798	797	797	797	803
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		19 012	20 890	17 741	18 582	19 764	19 859
Pflegelage		81,8	85,0	72,0	76,6	84,2	84,2
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
<b>2. Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		21 274	19 998	20 772	20 929	21 527	19 322
Pflegelage		81,7	79,9	84,3	83,6	87,5	78,5
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
b) Tbc-Heilstätten	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		25 628	17 462	16 944	16 710	15 582	16 783
Pflegelage		85,0	81,8	81,3	79,5	75,9	79,8
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
<b>3. Krankenhäuser für Gelstesranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 739
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		48 245	43 686	44 577	44 724	43 601	42 652
Pflegelage		91,4	86,2	88,0	88,2	88,7	87,4
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 289
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		38 084	38 605	39 019	39 045	37 886	37 879
Pflegelage		98,2	97,8	97,8	99,7	98,1	97,8
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 420	1 312	1 312	1 312	1 422
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		43 630	41 731	42 287	42 158	40 736	42 086
Pflegelage		97,1	95,0	98,9	98,4	98,2	97,7
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%						
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>1)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	688,8	694,5	694,6	693,1	688,6
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	-	455,8	625,0	630,7	630,7	630,6	625,8
<b>2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	462 919	470 512	514 962	525 292	495 513
Ausgeliehene Noten	-	3 241	6 242	6 202	7 454	5 211	5 573
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>1)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	35 665	37 194	37 821	34 261
Benutzer der Lesesäle	-	10 485	13 998	12 078	13 130	12 482	12 290
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
	Anzahl	43 961	60 227	72 920	63 134	63 948	51 596
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>1)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	679,9	681,1	681,8	685,8
dav. Pflichtmitglieder	-	431,4	404,7	398,0	398,4	398,9	403,3
Freiwillige Mitglieder	-	70,9	48,3	46,4	46,2	46,1	48,3
Rentner	-	175,5	234,0	235,5	236,5	236,8	234,2
Krankenstand der Pflichtmitglieder	-	26,7	24,5	24,8	24,0	25,6	21,3
dav. männlich	-	17,9	16,8	17,1	16,6	17,5	14,8
weiblich	-	8,8	7,7	7,7	7,4	8,1	6,5

<sup>1)</sup> am Monatsende. - <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten. - <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten. - <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer. - <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe). - <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	4 792	4 705	4 590	3 977
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 468	2 473	2 323	2 196
dav. weiblich	"	1 092	2 004	2 324	2 232	2 267	1 781
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	.	.	34	27
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	.	.	39	34
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	.	.	107	78
Elektriker	"	24	28	.	.	18	19
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	.	.	63	46
Tischler, Modellbauer	"	24	18	.	.	14	12
Drucker	"	44	48	.	.	48	34
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	.	.	20	14
Ernährungsberufe	"	75	92	.	.	82	82
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	.	.	159	52
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	"	81	114	.	.	118	119
Warenkaufleute	"	368	421	.	.	502	386
Verkehrsberufe	"	313	252	.	.	162	240
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	849	982	.	.	1 151	951
Künstler und zugeordnete Berufe	"	177	254	.	.	298	244
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	21 877	21 395	21 083	19 421
dav. männlich	"	13 014	9 643	12 336	12 416	12 272	10 368
dav. weiblich	"	12 813	9 073	9 541	8 979	8 811	9 053
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>							
dav. männlich	"	5 841	5 654	5 899	5 760	5 665	5 572
dav. weiblich	"	4 134	4 026	4 182	4 086	3 959	3 893
dav. weiblich	"	1 707	1 629	1 717	1 684	1 706	1 679
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	5 435	6 960	5 620	4 916	5 740
dav. weiblich	"	9 955	4 568	5 788	4 831	3 960	4 846
dav. weiblich	"	572	867	1 172	789	956	894
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>							
dav. männlich	"	8 299	11 472	10 894	10 855	11 321	10 788
dav. weiblich	"	5 512	5 810	5 444	5 530	5 639	5 512
dav. weiblich	"	2 787	5 662	5 450	5 325	5 682	5 276
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787	.	.	.	45 509
weiblich	"	5 157	18 618	.	.	.	18 370
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 427	1 238	1 053	1 066
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	95,9	93,8	88,7	93,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	10,1	8,7	7,7	8,1
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	11 502	11 169	10 462	10 261
dav. lose	"	3 628	1 925	1 561	1 585	1 430	1 819
in Flaschen	"	.	142	.	.	.	.
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	7 953	8 025	7 382	7 971
mit abweich. Fettgehalt	"	.	148	595	531	534	139
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"	.	.	186	156	151	.
Ultra-hocherhitzte Milch	"	.	391	1 393	1 028	1 116	332
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	1 070	940	541	375
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	5,1	7,5	9,4	6,6
Kälber	"	2,8	1,3	1,0	1,1	0,9	1,0
Schweine	"	47,0	35,1	29,6	28,4	26,5	33,1
Schafe	"	2,7	0,8	0,6	0,6	0,7	1,0
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	4,7	6,5	8,1	5,9
Kälber	"	2,5	1,2	0,9	1,0	0,9	0,8
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,8	36,1	29,8	28,6	26,9	33,9
Schlachtmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>							
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	6 229	5 355	4 188	4 603	5 033	5 048
Kälber	t	1 595	1 701	1 270	1 752	2 217	1 568
Kälber	"	187	114	69	91	77	82
Schweine	"	4 318	3 511	2 834	2 738	2 710	3 369

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Inneren.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>1. Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 366	1 363	1 362	1 410
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	1 000	219	198	194	194	193	197
• Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	-	24 859	18 971	16 352	17 286	17 624	18 546
• Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	184	205	204	190	182
• Gehälter (Bruttosumme)	-	75	153	167	163	164	153
• Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	4	4	5	3	4
• Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	1 913	2 145	2 157	2 090
• Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm <sup>5)</sup> )	1 000 cbm	-	48 231	54 558	50 722	41 955	45 273
• Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	44	44	48	59
• Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	178	183	180	168
• Stromerzeugung (gesamte Industrielle Erzeugung)	-	16	13	10	11	12	10
• Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 713	1 815	1 849	1 898	1 808
• dar. Auslandsumsatz <sup>7)</sup>	-	155	247	270	306	298	331
<b>Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1962 = 100	109,1	123,9	115,7	112,0	129,3 p	117,7
Verarbeitende Industrie	-	109,0	121,9	114,9	110,3	128,2 p	115,3
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	-	108,9	135,6	133,9	132,3	148,7 p	132,2
Investitionsgüterindustrie	-	110,0	128,7	111,0	98,3	129,3 p	121,2
Verbrauchsgüterindustrie	-	111,3	107,0	87,3	95,1	115,4 p	108,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	-	107,3	108,2	105,5	100,0	108,7 p	91,5
Bauindustrie	-	103,7	131,9	116,9	121,1 r	141,1 p	144,7
<b>Umsatz <sup>8)</sup> nach Industriegruppen insgesamt</b>							
dar. Mineralölverarbeitung	Mio DM	1 304	1 713	1 815	1 849	1 898	1 808
Chemische Industrie	-	215	280	338	352	325	275
Elektroindustrie	-	101	155	161	158	178	169
Maschinenbau	-	143	223	200	213	268	231
	-	83	136	133	128	157	131
<b>2. Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	14	13	13
• Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	465	549	548	522
• Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	46	48	44	47
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>9)</sup></b>							
		1965	1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
• Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
• dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>1. Bauhauptgewerbe <sup>1)</sup></b>							
• Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) dar. Inhaber	Anzahl	49 151	44 189	44 269	43 878	43 007 p	44 928
• Angestellte	-	1 365	1 258	1 241	1 190	1 190 p	1 221
• Arbeiter <sup>10)</sup>	-	4 684	5 898	6 212	6 272	6 147 p	5 953
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	43 102	37 035	36 316	36 416	35 870 p	37 754
• dav. für Wohnungsbauten	-	6 828	6 109	5 373	5 790	5 853 p	6 859
• gewerbli. und Industr. Bauten	-	2 216	2 030	1 458	1 663	1 680 p	2 135
• öffentliche und Verkehrsbauten	-	1 973	2 064	2 035	2 000	2 094 p	2 404
• Löhne (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	Mio DM	46,3	78,9	83,5	86,1	83,5 p	84,2
• Gehälter (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	-	5,9	14,3	15,5	16,6	14,6 p	13,4
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	-	128,2	220,3	363,7	211,3	277,8 p	216,4
• dav. im Wohnungsbau	-	42,2	73,1	99,5	66,8	64,8 p	56,5
• gewerbli. und Industr. Bau	-	31,0	73,8	88,6	83,8	115,6 p	81,5
• öffentlichen und Verkehrsbaus	-	53,0	73,4	175,6	60,7	97,4 p	78,4
<b>2. Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
• Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175	243	238	157	163
• dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	-	94	161	120	77	80
• Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	660	525	391	322
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	144,6	113,0	80,0	63,7
• Wohnfläche	1 000 qm	95	93	128	112	83	67
<b>Nichtwohnbauten</b>							
• Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	76	62	61	82
• Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604	882	418	320	950
• Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	128,2	64,1	27,7	191,5
• Nutzfläche	1 000 qm	73	107	186	86	48	170
<b>Wohnungen</b>							
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	1 955	1 643	1 078	948

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen. - <sup>6)</sup> ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. - <sup>7)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Heft 1969 nicht vergleichbar. - <sup>8)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - <sup>9)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - <sup>10)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - <sup>11)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - <sup>12)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	162	200	179	191
Umbauter Raum	1 000 cbm	388	423	473	505	410	414
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	100,1	103,7	85,2	79,8
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	82	57	47	66	81
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	638	542	255	341	845
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	76,4	61,4	39,1	188,8
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 140	1 237	1 351	1 438	1 101	1 198
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	111	100	178	165
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	-	197	92	52	56	89	66
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	274	195	430	415
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7	55,0	37,2	84,9	65,3
Wohnfläche	1 000 qm	96	89	57	39	88	89
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	88	66	38	31	56	65
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435	160	113	247	330
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3	24,0	22,4	37,0	38,9
Nutzfläche	1 000 qm	89	80	37	31	62	70
<b>Wohnungen</b>	Anzahl	1 438	1 238	822	503	1 391	1 261
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert	-	968	655	188	218	654	770
<b>5. Bauüberhang</b> (am Ende des Berichtszeitraumes *)							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651	17 000	17 900	17 700	19 600
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen	-	7 136	2 922	5 000	5 200	5 200	3 900
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	187	188	186
Wohnungen	-	636	724	728	728	730	716
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)	-	2 322	2 705	2 720	2 721	2 725	2 674
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	182	182	193	197
dar. Warenhäuser	-	130	232	297	268	261	267
Facheinzelhandel	-	120	165	154	148	151	160
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	...	...	...	...	...	...
dav. Unternehmen des Außenhandels	-	...	...	...	...	...	...
Unternehmen des Binnengroßhandels	-	...	...	...	...	...	...
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	-	-	-	-	-
Lieferungen Hamburgs	-	140 188	-	-	-	-	-
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *)</b>							
Mio DM	-	212	329	460	380	...	283
dav. Waren der Ernährungswirtschaft	-	17	33	62	65	...	32
Gewerblichen Wirtschaft	-	195	296	398	315	...	251
dav. Rohstoffe	-	2	2	-	-	...	-
Halbwaren	-	50	58	3	3	...	2
Fertigwaren	-	143	236	85	88	...	59
dav. Vorerzeugnisse	-	9	21	310	224	...	190
Enderzeugnisse	-	134	215	28	27	...	20
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern	-	134	215	282	197	...	170
Europa	-	152	237	333	290	...	203
dar. EWG-Länder	-	65	98	172	177	...	89
EFTA-Länder	-	87	99	55	51	...	85

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. - \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. - \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. - \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. - \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. - \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. - \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
Noch: Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr							
<b>5. Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
• Gastgewerbe	1962 = 100	111	.	.	.	.	.
dav. Beherbergungsgewerbe	.	125	.	.	.	.	.
Gaststättengewerbe	.	108	.	.	.	.	.
<b>6. Fremdenverkehr <sup>1)</sup></b>							
• Fremdenmeldungen	1 000	120	118	144	144	...	133
dar. von Auslandsgästen	.	42	40	57	53	...	48
• Fremdenübernachtungen	.	232	223	259	266	...	257
dar. von Auslandsgästen	.	90	75	98	96	...	96
<b>Verkehr</b>							
<b>1. Seeschifffahrt</b>							
Schiffsverkehr über See	Anzahl	1 638	1 558	1 619 r	1 742 r	1 690 p	1 653 r
Angekommene Schiffe	.	1 739	1 611	1 675 r	1 774 r	1 720 p	1 730 r
Abgegangene Schiffe	.	.	.	.	.	.	.
Güterverkehr über See	1 000 t	2 942	3 855	4 079	4 206 r	4 082 p	3 925 r
dav. Empfang	.	2 229	2 968	3 054	3 106 r	3 012 p	2 909 r
dav. Massengut	.	1 634	2 342	2 398	2 471 r	2 378 p	2 283 r
dar. Mineralöle	.	968	1 392	1 443	1 410 r	1 198 p	1 414 r
Kohle	.	192	166	128	120 r	137 p	161 r
Getreide	.	180	259	176	172 r	257 p	64 r
Sack- und Stückgut	.	595	624	656	635 r	634 p	626 r
Versand	.	713	889	1 025	1 100 r	1 069 p	1 015 r
dav. Massengut	.	292	398	439	528 r	455 p	431 r
Sack- und Stückgut	.	421	491	586	572 r	614 p	584 r
<b>2. Binnenschifffahrt</b>							
• Gütereingang	1 000 t	340	381	444	416	380 p	412
• Güterversand	.	309	424	317	348	350 p	363
<b>3. Luftverkehr (gewerblicher Verkehr) <sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 683 p	2 779 p	2 444 p	3 377
Gestartete Flugzeuge	.	2 047	3 027	2 682 p	2 779 p	2 444 p	3 381
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	119,4 p	149,4 p	147,1 p	167,6
Abgereiste Fluggäste	.	71,0	142,9	135,7 p	133,8 p	143,8 p	175,2
Angekommene Fracht	t	578	1 278	841 p	1 048 p	1 000 p	1 258
Abgegangene Fracht	.	587	1 059	679 p	858 p	807 p	1 019
Angekommene Post	.	185	346	248 p	322 p	327 p	384
Abgegangene Post	.	229	369	304 p	381 p	361 p	384
<b>4. Personenbeförderung im Stadtverkehr <sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
Beförderte Personen							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 467	10 262	10 622	...	10 705
Hoch- u. Untergrundbahn	.	13 705	15 714	14 399	14 969	...	14 657
Straßenbahn	.	9 438	9 948	2 498	2 918	...	4 011
Kraftomnibusse der HHA	.	9 695	13 963	14 539	14 775	...	13 344
Kraftomnibusse der VHH	.	1 873	2 568	2 236	2 470	...	2 471
Private Kraftomnibusse	.	301	278	319	382	...	397
<b>5. Kraftfahrzeuge</b>							
a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrberechtigung <sup>4)</sup> <sup>5)</sup> (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> <sup>5)</sup>	1 000	352,2 310,8	480,7 432,6	495,1 444,3	495,2 444,1	495,1 443,8	478,4 430,9
• b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen <sup>4)</sup> Lastkraftwagen	Anzahl	5 071 4 632 362	5 944 5 409 414	5 165 4 689 323	3 543 3 103 347	...	4 522 4 057 368
<b>6. Straßenverkehrsunfälle</b>							
• Unfälle mit Personenschaden <sup>4)</sup>	Anzahl	859	1 064	905	911	1 069	1 057
• Getötete Personen	.	26	29	16	24	21	28
• Verletzte Personen	.	1 108	1 428	1 260	1 239	1 431	1 443

<sup>1)</sup> ohne Helme, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Transit. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM	.	31 994,3	38 657,6	38 946,9	39 303,2	32 484,5
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)	"	.	10 084,9	10 291,9	10 298,8	10 548,9	10 031,6
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	9 935,1	10 213,5	10 214,8	10 469,8	9 860,2
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>	"	.	4 905,0	5 945,9	5 966,6	5 915,1	5 052,8
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	4 510,4	5 493,1	5 507,0	5 454,6	4 592,6
Langfristige Kredite <sup>3)</sup> (von 4 Jahren und darüber)	"	.	17 004,4	22 419,8	22 681,5	22 839,2	17 400,1
dar. an Unternehmen und Privatpersonen	"	.	15 130,5	20 404,3	20 654,7	20 808,8	15 485,5
dar. Durchlaufende Kredite	"	.	666,4	803,7	941,6	938,3	681,1
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	"	.	21 033,4	27 546,3	27 632,4	27 908,8	21 443,2
dav. Sicht- und Termingelder	"	.	11 939,4	18 057,7	18 184,8	18 531,4	12 224,6
dar. von Unternehmen und Privatpersonen	"	.	10 492,8	13 168,3	13 199,0	13 600,1	10 694,5
Spareinlagen	"	4 069,9	9 094,0	9 488,6	9 447,6	9 377,4	9 218,6
dar. bei Sparkassen	"	2 792,9	5 970,0	6 231,0	6 213,2	6 187,3	5 996,8
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)	"	244,3	538,9	559,4	503,2	428,5	450,6
Lastschriften auf Sparkonten	"	203,9	492,3	619,0	546,9	477,9	415,7
Zinsgutschriften	"	12,9	36,5	3,9	2,7	2,9	1,6
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	11	14	13	21
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	711	633	592	604
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	3 504	3 538	2 475	1 446
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>1)</sup></b>							
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	Anzahl	20 563	24 087	24 503	24 497	24 102	24 510
Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung	"	3 058	3 191	3 470	3 467	3 306	3 171
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen	"	1 196	1 435	1 730	1 752	1 451	1 382
	"	353	464	555	508	478	429
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>1)</sup></b>							
Aktiengesellschaften	Anzahl	162	154	158	158	158	154
Grundkapital	Mio DM	3 975	5 552	5 916	5 917	5 943	5 641
Gesellschaften m.b.H.	Anzahl	3 877	5 651	6 116	6 163	6 174	5 690
Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 370	5 398	5 517	5 029
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>							
	1 000 DM	.	695 916	711 672	672 940	1 009 438	946 780
dav. Steuern vom Einkommen	"	200 385	403 928	384 640	391 681	666 373	625 068
dav. Lohnsteuer	"	89 007	253 391	327 249	285 952	275 874	279 599
Veranlagte Einkommensteuer	"	64 393	86 357	24 635	51 819	230 050	209 762
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	10 279	21 053	14 917	48 094	1 661	25 886
Körperschaftsteuer	"	36 706	43 128	17 839	5 816	158 789	109 822
Steuern vom Umsatz	"	.	291 987	327 032	281 259	343 065	321 713
dav. Umsatzsteuer	"	82 827	174 696	203 117	172 461	192 490	184 897
Einfuhrumsatzsteuer	"	.	117 291	123 915	108 798	150 576	136 815
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	838 999	915 277	889 591	716 233
dar. Zölle	"	45 076	57 880	50 930	54 012	54 437	59 689
Verbrauchssteuern	"	358 150	639 003	766 702	837 189	802 732	629 201
dar. Mineralölsteuer	"	261 342	538 007	660 236	722 654	683 292	530 415
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	28 748	70 836	21 150	24 905
dar. Vermögensteuer	"	11 355	16 502	3 279	46 374	1 084	4 051
Kraftfahrzeugsteuer	"	7 992	12 130	12 130	10 972	8 972	10 212
Biersteuer	"	2 430	3 327	3 659	3 459	3 619	3 665
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	75 538	217 352	— 4 777	18 884
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	34 764	58 771	15 607	195 151	— 8 489	16 319
Grundsteuer A	"	73	91	29	114	13	25
Grundsteuer B	"	5 134	9 106	18 943	18 142	2 495	1,583
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 219 276	1 306 728	1 412 088	1 203 625
<b>6.* Einnahmen des Landes</b>							
(ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)	1 000 DM	157 752	242 489	132 988	455 741	326 413	313 646
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>1)</sup>	"	122 235	153 387	83 157	172 223	297 772	278 279
Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	.	35 415	21 063	176 282	7 491	10 463
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	.	11 245	—	36 400	—	—
Außerdem:	"	.	.	.	.	.	.
Einnahmen aus Gemeindesteuern <sup>2)</sup>	"	46 355	58 227	75 538	144 551	— 4 777	18 884
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>3)</sup>	"	.	40 966	26 559	47 298	70 829	68 510
Einnahmen des Landes insgesamt	"	.	341 681	235 085	647 591	392 465	401 040

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag; einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — <sup>7)</sup> nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	Mai 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	190,2	200,0	202,0	185,3
Einfamiliengebäude	"	113,3	183,2	190,9	200,8	203,3	185,6
Mehrfamiliengebäude	"	113,0	182,7	189,8	199,2	200,8	185,1
Gemischt genutzte Gebäude	"	112,8	182,3	189,2	198,6	200,5	184,5
Bürogebäude	"	112,2	180,1	186,9	195,8	196,3	182,3
Gewerbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	185,8	193,2	194,9	182,6
				Oktober 1972	Januar 1973	April 1973	April 1972
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>1. Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
• männliche Arbeiter	DM	232	394	404	412	427	388
• weibliche Arbeiter	"	140	245	249	257	265	241
Bruttostundenverdienste							
• männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,09	9,41	9,63	8,72
• weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,07	6,20	6,39	5,87
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,4	43,8	44,4	44,5
• weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,0	41,5	41,5	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
• männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	40,1			
• weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	37,2			
<b>2. Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	DM	1 098	1 905	1 936	2 077	2 109	1 875
• weiblich	"	747	1 381	1 410	1 488	1 515	1 353
Technische Angestellte	"						
• männlich	"	1 182	2 033	2 064	2 158	2 232	1 998
• weiblich	"	748	1 374	1 403	1 456	1 490	1 343
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 043	1 775	1 810	1 883	1 951	1 743
• weiblich	"	668	1 254	1 282	1 288	1 339	1 230
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
• männlich	"	1 058	1 808	1 842	1 932	1 989	1 776
• weiblich	"	688	1 288	1 314	1 329	1 375	1 261
Technische Angestellte							
• männlich	"	1 178	2 024	2 053	2 106	2 175	1 989
• weiblich	"	838	1 504	1 533	1 614	1 683	1 463
				Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>1. Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	453	474	...	388
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	87	105	...	91
bekämpfte Brände	"	221	384	366	369	...	297
dav. Großbrände	"	9	16	17	19	...	12
Mittelbrände	"	28	46	32	45	...	22
Kleinbrände	"	98	178	169	150	...	148
Entstehungsbrände	"	80	135	147	153	...	111
Schornsteinbrände	"	6	9	1	2	...	4
Hilfeleistungen aller Art	"		951	1 093	931	...	814
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"		12 039	12 606	12 213	...	11 779
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 158	1 741	1 855	1 882	...	1 743
Betriebsunfälle	"	544	436	469	487	...	489
Krankenbeförderungen	"		2 882	2 978	2 692	...	2 692
Gesamtzahl der Alarmierungen	"		13 481	14 152	13 618	...	12 981
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"		150	205	94	...	94
<b>2. Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	13 346	10 953	9 368	10 411
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	9	4	5	5
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	228	201	178	242
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	143	201	179	115	110
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	126	113	86	81
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	4 287	3 442	2 829	3 362
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	4 347	3 330	3 222	3 524
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	8 634	6 772	6 051	6 886
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-	"						
diebstahl	"	180	273	247	261	208	263
Unterschlagung	"	203	143	176	166	134	111
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	83	54	59	49
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 627	1 555	904	1 331
Brandstiftung	"	33	38	30	39	23	29
Außerdem:							
Verkehrsvorgänge <sup>5)</sup>	"	778	1 471	1 196	1 291	1 505	1 459
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>6)</sup> 7)	"	8 929	26 571	7 502	8 520	8 713	23 111
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	412	495	638	304
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>8)</sup>	"	31 317	30 393	23 319	23 049	23 054	30 166

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsjahreskreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-  
werbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehenanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebüh-  
renpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt  
wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im  
Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1. VJ. 1973 UND 4. VJ. 1972

Großstädte		Bevölkerung					Erwerbstätigkeit			Industrie <sup>2)</sup>				
		Wohnbevölkerung <sup>1)</sup>	Lebendgeborene	Gestorbene	Zugezogene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose	Offene Stellen <sup>1)</sup>	Nichtdeutsche Arbeitnehmer <sup>1)</sup>	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner
		1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	MioDM	1000 DM
Berlin	1. Vj.	2 057 <sup>4)</sup>	4 340	10 596	19 793	19 573 <sup>4)</sup>	- 6 036	11 543	16 909		237 436	115	5 491	2 669
	4. Vj.	2 063 <sup>4)</sup>	4 367	10 138	23 784	27 514 <sup>4)</sup>	- 9 501	11 292	14 791	82 361	234 898	114	5 472	2 652
Hamburg	1. Vj.	1 762	3 389	6 115	19 457	20 527	- 3 796	5 767	17 594		196 271	111	5 272	2 992
	4. Vj.	1 766	3 435	6 817	20 160	21 022	- 4 051	5 210	15 962	69 455	194 627	110	5 510	3 120
München	1. Vj.	1 338	2 517	3 424	26 624	27 066	- 1 349	4 206 <sup>5)</sup>	18 543 <sup>5)</sup>		192 468	144	4 962	3 709
	4. Vj.	1 339	2 410	3 365	29 067	25 466	+ 2 646	3 352	16 032	143 103	191 630	143	5 040	3 764
Köln	1. Vj.	836	1 956	2 731	12 569	13 979	- 2 185	3 867	8 765		135 110	162	3 180	3 803
	4. Vj.	838	2 054	2 569	14 088	14 969	- 1 396	3 845	7 168	63 309	134 076	160	3 369	4 020
Essen	1. Vj.	683	1 436	2 482	5 458	5 855	- 1 443	4 307	6 076		61 399	90	1 066	1 561
	4. Vj.	685	1 414	2 426	6 018	7 002	- 1 996	4 283	4 707		61 597	90	1 138	1 661
Düsseldorf	1. Vj.	642	1 247	2 208	9 728	10 364	- 1 597	2 316	7 532		114 962	179	2 670	4 159
	4. Vj.	644	1 343	2 141	9 757	10 410	- 1 451	2 222	5 935		116 313	181	2 490	3 866
Frankfurt/M.	1. Vj.	677	1 306	2 075	14 587	15 350	- 1 532	3 015	18 417		127 734	189	2 826	4 174
	4. Vj.	678	1 402	2 162	15 430	16 379	- 1 709	3 193	17 245	122 263	127 573	188	2 986	4 404
Dortmund	1. Vj.	639	1 362	2 235	4 985	5 651	- 1 537	4 213	6 068		76 753	120	1 243	1 945
	4. Vj.	641	1 445	2 107	6 011	6 858	- 1 509	4 297	4 820	17 226	75 452	118	1 398	2 181
Stuttgart	1. Vj.	628	1 353	1 661	15 128	13 974	+ 846	828	14 457		148 761	237	4 299	6 846
	4. Vj.	627	1 369	1 729	15 450	16 744	- 1 654	809	14 272		148 354	237	4 243	6 767
Bremen	1. Vj.	589	1 317	1 984	6 855	7 447	- 1 259	3 431	7 345		85 159	145	2 494	4 234
	4. Vj.	590	1 352	1 902	7 568	8 561	- 1 553	3 444	5 963	17 220	83 805	142	2 720	4 610
Hannover	1. Vj.	514	1 051	1 848	8 518	9 423	- 1 702	3 636	10 649		107 975	210	2 419	4 706
	4. Vj.	516	1 086	1 617	9 521	10 030	- 1 040	2 605	9 327	39 383	112 178	217	2 122	4 104

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr <sup>4)</sup>			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleistete Arbeitsstunden	Umsatz <sup>3)</sup>	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensunfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer <sup>5)</sup>	Lohn- und Einkommensteuer
		1000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	1. Vj.	13 771	459	223	484	4 299	210	1 037	223	202	98	539	3 231	4 094	144 964	50 374
	4. Vj.	16 842	671	325	544	4 493	1 350	9 860	3 217	249	121	658	3 825	4 837	58 418	62 769
Hamburg	1. Vj.	17 368	490	278	369	2 757	279	1 499	1 031	276	157	542	2 819	3 778	242 769	135 206
	4. Vj.	18 505	914	518	654	4 891	1 159	8 973	2 623	321	182	624	2 876	3 965	90 260	141 320
München	1. Vj.	13 895	547	409	371	4 491	369	4 144	636	435	325	1 761	2 485	130 589	90 228	
	4. Vj.	23 490	923	689	415	4 452	639	5 512	2 072	495	370	1 043	2 300	3 306	106 361	95 482
Köln	1. Vj.	7 449	230	275	127	1 495	71	948	150	165	197	357	1 244	1 675	67 732	62 987
	4. Vj.	8 657	316	377	248	2 148	340	4 516	1 515	164	196	325	1 339	1 832	109 131	50 552
Essen	1. Vj.	.	.	.	126	1 242	96	685	158	41	60	794	1 004	74 316	8 425	
	4. Vj.	.	.	.	186	1 359	343	2 107	431	34	50	887	1 151	48 098	68 494	
Düsseldorf	1. Vj.	7 319	345	537	175	1 813	64	539	1 863	160	249	315	886	1 128	128 324	11 359
	4. Vj.	9 024	341	530	152	1 730	370	3 127	750	162	252	316	988	1 331	92 359	47 277
Frankfurt/M.	1. Vj.	9 543	324	479	176	1 186	35	391	63	293	433	555	1 091	1 418	185 487	13 465
	4. Vj.	11 441	578	853	145	1 230	600	4 611	2 935	296	437	535	1 248	1 628	175 662	84 490
Dortmund	1. Vj.	5 418	165	258	222	905	105	613	156	38	59	76	785	1 049	42 085	6 998
	4. Vj.	6 062	227	354	392	2 021	480	1 919	1 202	41	64	79	993	1 301	34 009	56 901
Stuttgart	1. Vj.	8 765	362	576	173	1 128	107	851	140	115	183	269	811	1 182	111 779	8 909
	4. Vj.	11 450	550	877	197	1 191	318	2 165	873	124	198	296	987	1 386	49 175	92 654
Bremen	1. Vj.	.	.	.	246	998	112	331	84	68	115	140	919	1 390	56 202	31 340
	4. Vj.	.	.	.	230	1 621	730	3 008	537	76	129	154	1 020	1 246	99 965	40 959
Hannover	1. Vj.	5 193	177	344	129	1 290	61	398	92	87	169	149	780	1 008	66 377	6 562
	4. Vj.	6 219	271	525	131	1 005	235	2 133	1 281	92	179	165	902	1 187	31 874	59 400

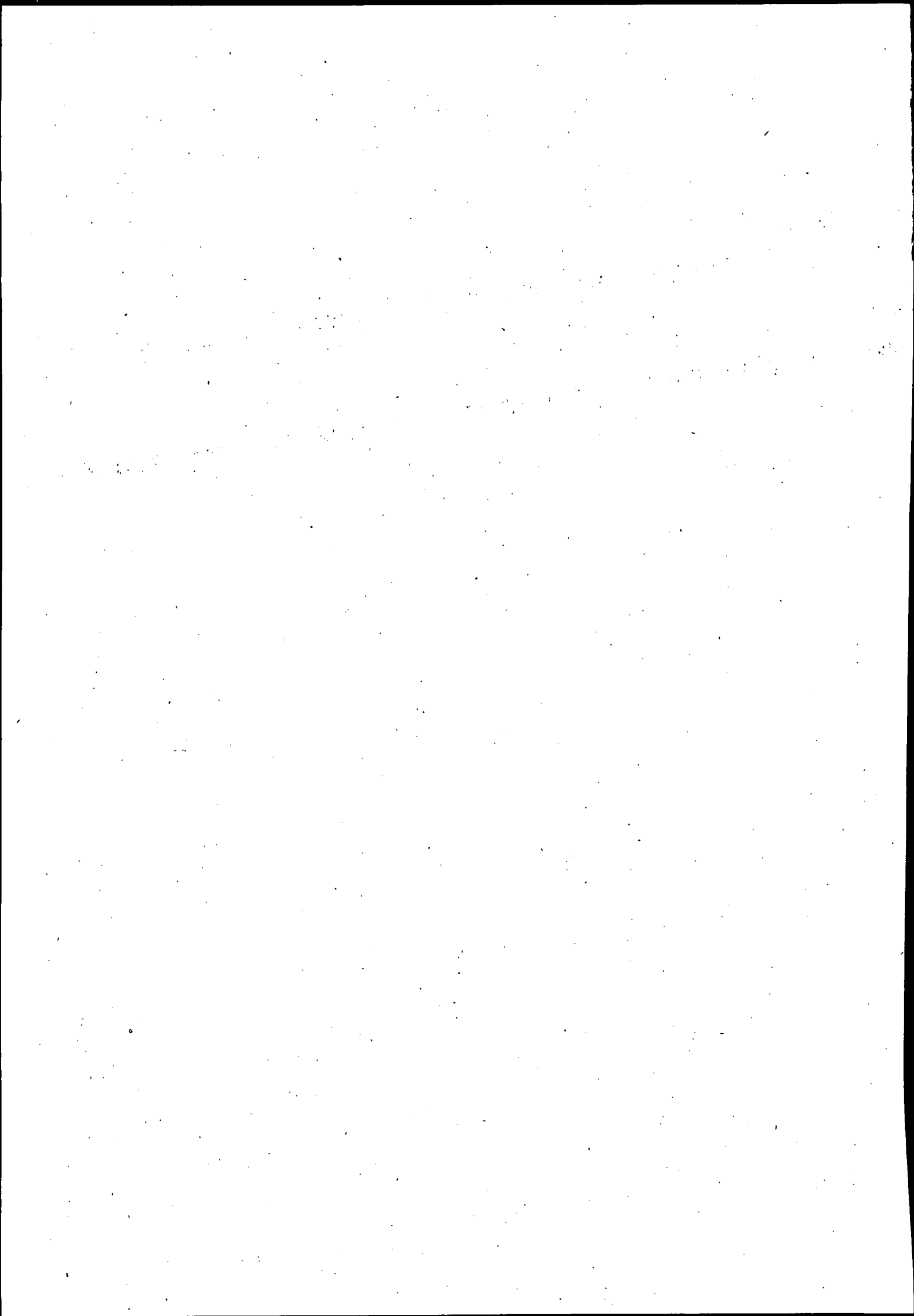
<sup>1)</sup> Jeweils Quartalsende. — <sup>2)</sup> Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — <sup>3)</sup> ohne Mehrwertsteuer. — <sup>4)</sup> ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — <sup>5)</sup> einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — <sup>6)</sup> In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — <sup>7)</sup> einschließlich Landkreis München

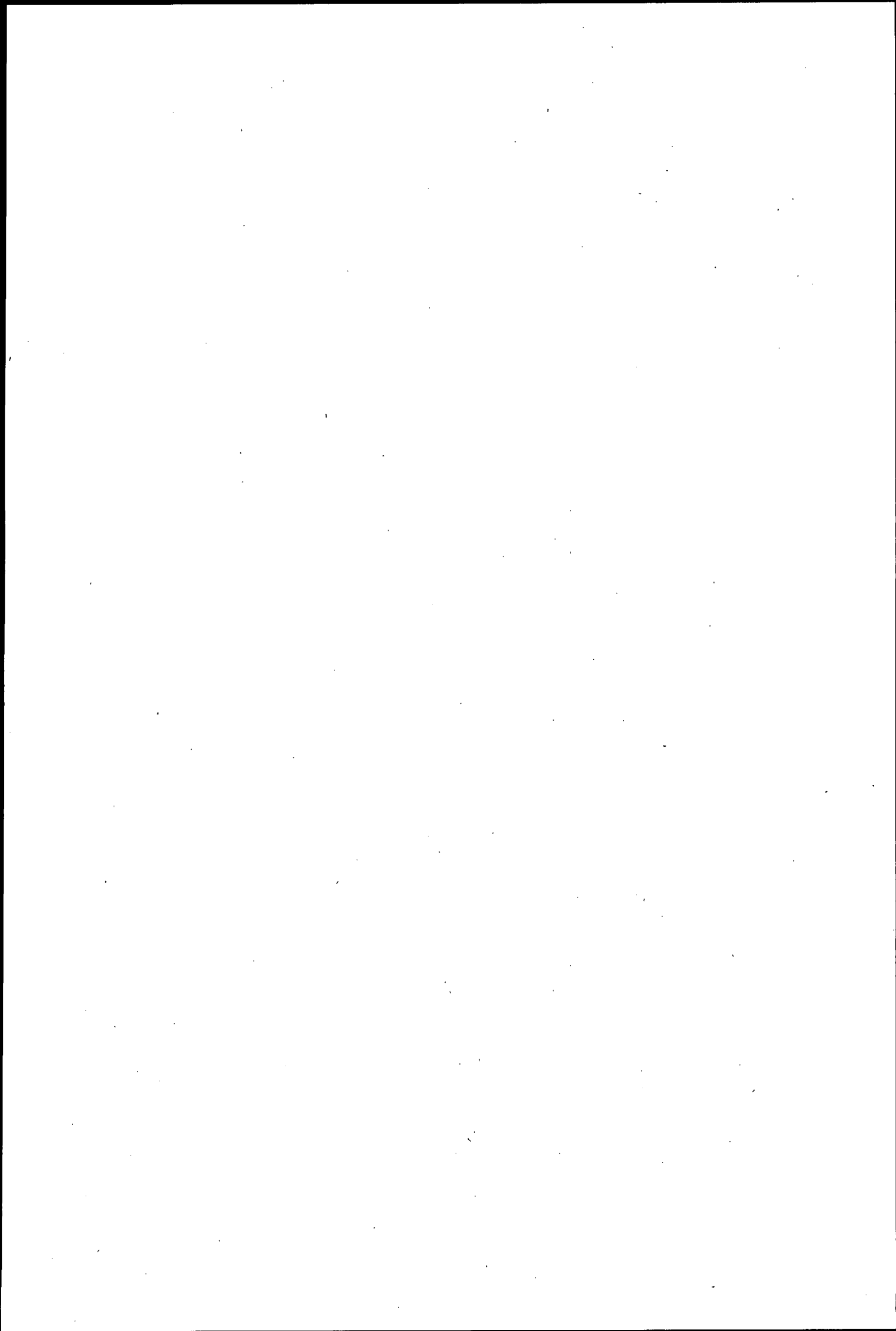
# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

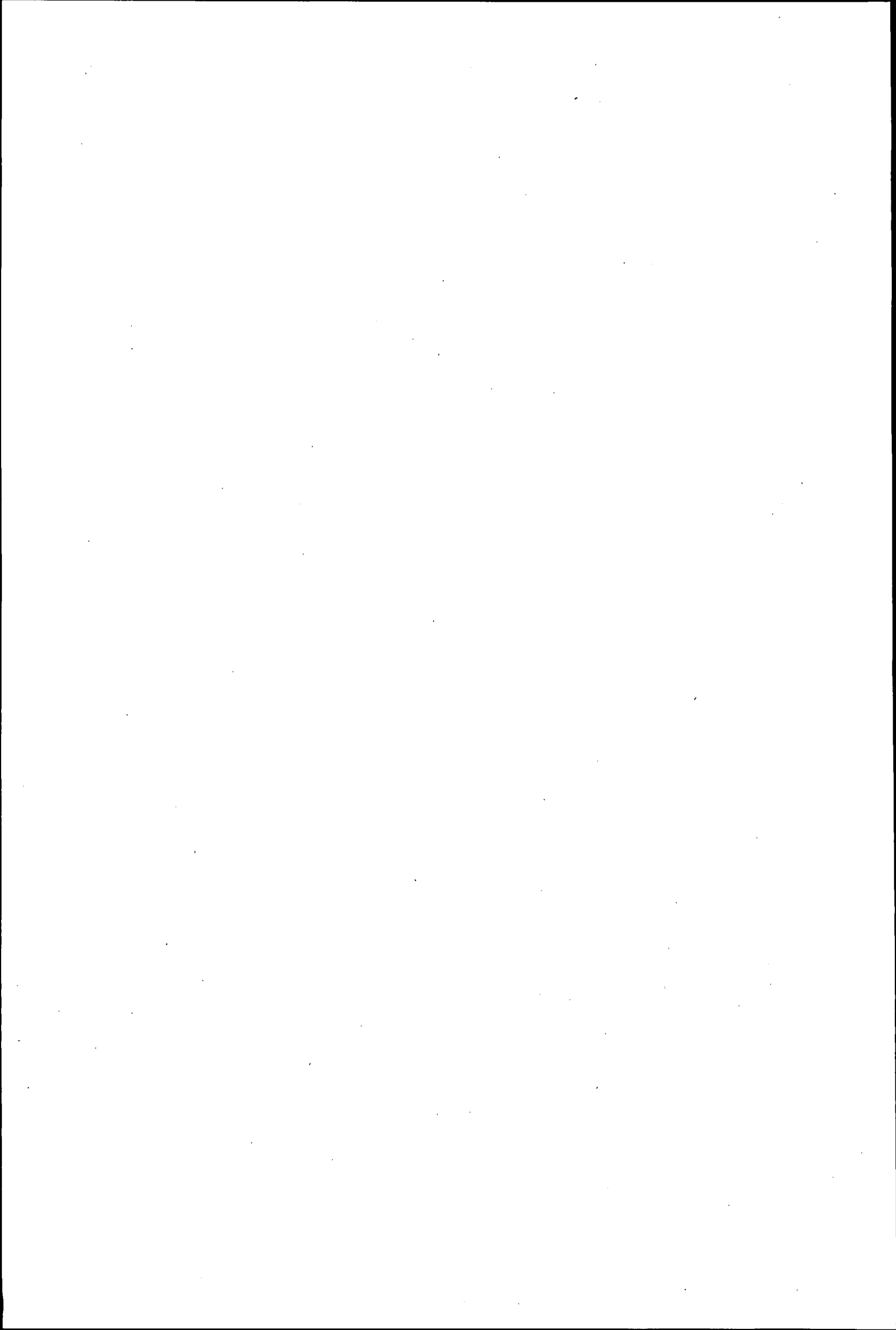
Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Juni 1973	Juli 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 668,9	61 967,2	...	...	...
Eheschließungen	auf 1 000	8,9	6,7	...	...	...	7,8
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	11,3	...	...	...	11,0
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8	...	...	...	10,8
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 353	8 379	8 417	8 345
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	934	904	865	903	883
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 668	55 921	52 111	53 548	47 178
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	11 596	10 874	10 946	8 941
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitstäglich)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	168,4	187,1	158,6	157,1	144,2
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	192,6	161,5	159,8	145,7
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	223,6	204,1	204,6	181,3
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	189,7	146,6	139,5	126,4
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	173,6	137,6	142,2	136,0
Nahrungs- und Genußmittelind.	"	115,2	147,5	158,0	143,3	143,1	135,8
Bauindustrie	"	118,9	152,2	180,0	152,7	150,0	151,2
<b>BAUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	1 642,6	1 533,0	...	...	...	1 554
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	252,3	...	...	...	221,8
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 698	6 170,1	...	...	...	6 296
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 053 r	61 274	65 887	62 152	70 157
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 328	55 053 r	43 545	47 481	40 010	34 405
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	214	209	199	194
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6	...	...	...	...
<b>VERKEHR</b>							
<b>Seeschifffahrt</b>							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	...	...	...	10 894
dav. Empfang	"	6 950	8 787	...	...	...	8 578
Versand	"	1 885	2 131	...	...	...	2 316
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	219 513	187 291	132 401	150 745
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 550	33 488 p	31 894 p	30 163 p	33 295
Getötete Personen	"	1 313	1 568	1 525 p	1 547 p	1 367 p	1 671
Verletzte Personen	"	36 124	44 020	46 730 p	45 587 p	41 313 p	47 099
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer-	Mio DM	1 395	4 148	4 634	5 406	5 021	4 639
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	4 974	643	573	502
Körperschaftsteuer	"	681	708	2 188	296	326	148
Steuern vom Umsatz <sup>10)</sup>	"	2 018	3 915	4 144	4 069	3 810	3 737
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise Industrieller Produkte <sup>7)</sup>	1962=100	104,0	116,1	123,4	124,4	124,9	116,3
Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter	"	106,3	106,6	124,1	122,7	124,4	105,6
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	"	104,8	124,5	133,5	133,6	134,3	124,8
Preisindex für Wohngebäude <sup>8)</sup>	"	114,6	174,3	...	...	189,9	175,9
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>9)</sup>	"	109,0	137,9	148,7	148,6	148,6	138,5
Nahrungs- und Genußmittel	"	109,0	130,2	143,2	142,0	140,7	130,6
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	198,3	198,9	199,8	189,0
<b>LOHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	7,97	8,02	8,37	7,61
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,6	43,8	43,9	43,2	42,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. - <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. - <sup>10)</sup> ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.

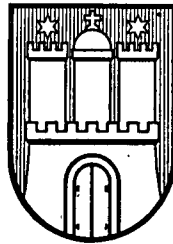








# HAMBURG IN ZAHLEN



Jahrgang 1973

Dezember-Heft

Monatsschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg

---

## Hamburg im Jahre 1973

### 1. Gesamtüberblick

Zunahme des realen Sozialprodukts um 5 %

### 2. Bevölkerung

Wohnbevölkerung weiterhin rückläufig – Wanderungsverlust bei der deutschen Bevölkerung größer als im Vorjahr – Umland weiterhin attraktiv für die fortziehenden Hamburger – Sterbefälle leicht, Geburten stärker rückläufig – noch weniger Eheschließungen als 1972 – Ausländerzustrom hielt auch 1973 weiter an.

### 3. Beschäftigung und Lebenshaltung

Anzeichen für eine gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt – Arbeitszeiten in der Industrie tendieren weiterhin nach unten – Leicht steigende Zunahme der Stundenverdienste – Höhere Zuwachsrate der Gehälter im Handel als in der Industrie – Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung erheblich höher als im Vorjahr

### 4. Bildung und Kultur

Zahl der Realschüler um 15 % gestiegen – Lehramt an Gymnasien wurde zum meistgefragten Studiengang – Größeres Interesse an Theater- und Museumsbesuchen

### 5. Industrie

Anhaltender Aufschwung in der Industrie – Rege Produktionstätigkeit in fast allen Industriezweigen – Beschäftigungsrückgang durch Betriebsabwanderungen – Beträchtliches nominelles Umsatzwachstum, begünstigt durch erhöhte Auslandsnachfrage – Zurückhaltende Prognose der kurzfristigen Entwicklung

### 6. Bauwirtschaft und Wohnungsbau

Zunahme der Baufertigstellungen im Wohnungsbau – Tendenzwende in der Bauwirtschaft? – Starker Rückgang der Hochbautätigkeit – Zunahme des Auftragswertes der öffentlichen Tiefbauaufträge – Zahl der Wohngeldempfänger nur geringfügig gestiegen

### 7. Handel und Verkehr

Stark rückläufiges Umsatzwachstum im Einzelhandel – Belegung des Fremdenverkehrs – Rekordergebnis im Hamburger Hafen – Weiterhin starker Anstieg des Containerumschlags – Binnenschiffsverkehr im wesentlichen unverändert – Steigendes Transportvolumen in der Hafenschiffahrt – Starker Rückgang im Luftverkehr durch Bummelstreik – Öffentlicher Personennahverkehr im wesentlichen unverändert – Verlangsamtes Wachstum des Kraftfahrzeugbestands – Rückgang der Straßenverkehrsunfälle

### 8. Geld und Staatsfinanzen

Wiederanstieg der Spareinlagen im Oktober – Staatsausgaben wachsen langsamer – Weiter kräftig wachsende Steuereingänge – Ende 1973 voraussichtlich über 5 Milliarden DM Staatsschulden

### 9. Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg

Bevölkerungszunahme 1972 in der Region um 1 %

## 1. Gesamtüberblick

Der nachfolgende erste Überblick über die demographische und wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1973 hat im wesentlichen Monatsergebnisse bis Ende September bzw. Oktober zur Grundlage. Dabei ist versucht worden, die Auswirkungen der Stabilitätspolitik auf die Entwicklung in den Wirtschaftszweigen bei den Schätzwerten für das ganze Jahr bzw. bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Wieweit sich die Verknappung der erdölabhängigen Energie- und Rohstoffversorgung durch die Nahostkrise direkt und indirekt auf die wirtschaftlichen und demographischen Daten auswirken wird, läßt sich noch nicht übersehen. Immerhin haben als Folge der erwähnten Ursachen auch in Hamburg bereits einige Zweige mit Kurzarbeit bzw. mit Produktionseinschränkungen reagiert, so z. B. die größeren Kfz-Reparaturwerkstätten, die Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie sowie einige Unternehmen der Bauwirtschaft. Angesichts der augenblicklichen Unsicherheit über das Ausmaß und die Dauer der Versorgungsschwierigkeiten kann zumindest für das Winterquartal ein Rückgang der realen Wachstumsrate nicht ausgeschlossen werden. Für den Bereich der demographischen Daten ist nicht zuletzt auch die unbefristete Aussetzung der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer aus Nicht-EWG-Staaten mit einer erheblichen Veränderung der Ausländerzahlen zu rechnen.

### *Zunahme des realen Sozialprodukts um 5 %*

Nach den bisher vorliegenden Unterlagen ist für 1973 in Hamburg eine reale Zunahme des Sozialprodukts um etwa 5% und eine nominale Zuwachsrate von gut 12% zu erwarten. Damit würde Hamburg die nach dem Stand vom 18. Oktober vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung geschätzte Bundesentwicklung mit nominal 12,5% und real 6,0% nur knapp verfehlen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich die Stabilitätsmaßnahmen in einigen Bereichen (z. B. in der Bauwirtschaft) im Verlauf des Jahres 1973 durch den Rückgang der privaten und öffentlichen Hochbautätigkeit bereits spürbar ausgewirkt haben.

Die ungünstige Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungsbewegung hat sich 1973 fortgesetzt. Der Gestorbenenüberschuß nahm durch eine weitere Abnahme der Geburten- und eine geringere Abnahme der Gestorbenenanzahlen weiter zu und erreichte 1973 11 600 Personen. Der Wanderungsverlust stieg — wenn auch geringfügig — weiter an und erreichte rd. 5 000 Personen, wobei einem Wanderungsverlust an deutscher Bevölkerung von 19 000 Personen ein Wanderungsgewinn an Ausländern in Höhe von 14 000 Personen gegenübersteht. Der Gesamtwanderungsverlust an deutscher Bevölkerung ist fast mit dem Wanderungssaldo identisch, der sich zwischen Hamburg und den Umlandkreisen (Pinnberg, Segeberg, Storman, Hzgt. Lauenburg, Stade, Harburg) ergibt.

Die Zahl der in Hamburg wohnenden Ausländer erhöhte sich um 10 000 oder 9,5% auf rd. 116 000. Hierunter sind Türken mit einem Anteil von rd. 25% am stärksten vertreten.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich, von saisonalen Schwankungen abgesehen, etwas erhöht und betrug Ende Oktober 5 600 Personen. Gleichzeitig hiermit verminderte sich die Zahl der offenen Stellen auf rd. 19 000. Hiervon kann eine gewisse Entspannung am Arbeitsmarkt abgeleitet werden. Zu bemerken ist, daß die Zahl der offenen Stellen seit einer im Mai 1973 zu verzeichnenden Zunahme um rd. 2 000 Stellen über dem Vorjahrsniveau liegt. Ein vorübergehend verstärktes Arbeitsplatzangebot vor allem im Bereich der verarbeitenden Industrie ist hier denkbar.

Kurzarbeit hat in Hamburg bis Ende Oktober 1973 nur eine geringe Rolle gespielt, Streiks waren nicht zu verzeichnen. Nach den Ergebnissen der lfd. Verdiensterhebung in Industrie und Handel verminderte sich im Zeitraum Jan.—Juli die geleistete Arbeitszeit bei den männlichen Industriearbeitern um 0,2 Stunden; die Zunahme der Stundenverdienste der Industriearbeiter hat sich dagegen beschleunigt (+ 10,7% gegenüber + 10,2% 1972), blieb aber hinter der Entwicklung der Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel (+ 11,0% gegenüber + 9,8% 1972) etwas zurück. Der Preisindex für die Lebenshaltung erreichte eine Steigerungsrate von + 7,2% gegenüber + 5,5% im Zeitraum Januar—September 1972; die höchsten Preissteigerungen ergaben sich für die Ausgabenarten Nahrungs- und Genußmittel sowie Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung mit jeweils mehr als 8%.

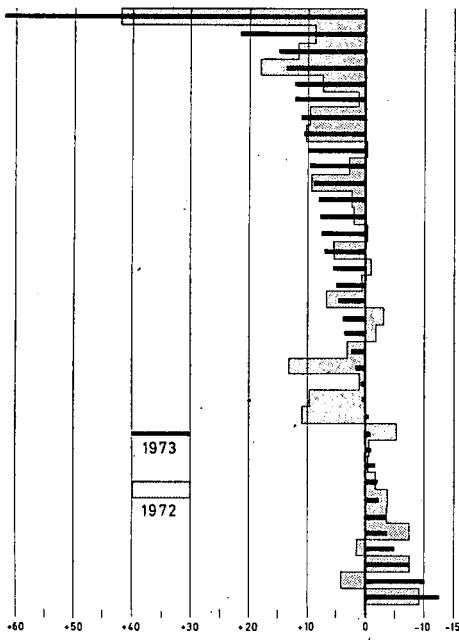
Im Zeitraum Januar bis September 1973 nahm die mengenmäßige Produktion gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs um knapp 4% zu. Rückgänge waren im Schiffbau und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie zu verzeichnen, Zuwachsraten von über 10% dagegen in der NE-Metallindustrie, in der Elektrotechnischen Industrie und in der Mineralölverarbeitung. Die Zahl der Industriebeschäftigten war mit -2,2% weiterhin rückläufig, die Bruttolohn- und Gehaltssumme nahm um 9,6% zu. Die Umsatzzunahme betrug im o. g. Zeitraum fast 10%, die Zunahme der Auslandsumsätze etwas über 21%.

Im Wohnungsbau ist für den Zeitraum Oktober 1972 bis September 1973 die Fertigstellung von 15 300 Wohnungen zu verzeichnen. Dies bedeutet eine erneute Steigerung der jährlichen Rate der fertiggestellten Wohnungen. Fast die Hälfte der Wohnungen wurde öffentlich gefördert, die durchschnittliche Wohnungsgröße betrug 71,1 qm und war damit etwas kleiner als im vorausgehenden Vergleichszeitraum. Im Verlauf des Jahres 1973 waren Zeichen für ein Abflauen der Konjunktur im Hochbau spürbar (deutlicher Rückgang in der Zahl der Beschäftigten und der geleisteten Arbeitszeit). Der Tiefbau zeigte — in erster Linie infolge einiger Großbauvorhaben wie z. B. Elbtunnelbau, City-S-Bahn, U-Bahn — insgesamt eine Zunahme in der Produktionsleistung um 3%.

Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze blieb bis September mit 4,7% deutlich hinter der vorjährigen Zuwachsrate von 7,1% zurück. Der Fremdenverkehr zeigte erstmals nach mehreren Jahren wieder eine Aufwärtstendenz, wozu die Internationale Gartenbau-Ausstellung, die Erweiterung des Bettenangebots und die Eröffnung des Kongreßzentrums beigetragen haben mögen.

Schaubild 1

Ausgewählte Veränderungsdaten 1973 und 1972



Wirtschafts- und Finanzdaten	Demographische Daten	Verkehrsdaten
Auslandsumsatz der Industrie (Jan.-Sept.)		Containerumschlag (Jan.-Okt.)
Gesamtsteueraufkommen (Jan.-Sept.)		Stückgutumschlag (Jan.-Okt.)
Haushaltswirksame Steuereinnahmen (Jan.-Sept.)		
Bruttoinlandsprodukt (nominal)		
Bruttomon. Verd. d. Ang. i. Ind. u. Hdl. (Jan.-Juli)		
Bruttostd. Verd. d. Ind.-Arbeiter (Jan.-Juli)		
Fertiggest. Wohnungen (jeweils Okt.-Sept.)		
Industrie-Umsatz (Jan.-Sept.)		
Preisindex - Wohnungsbau (jeweils Aug.)	Fortzüge ins Umland	
Inlandsumsatz der Industrie (Jan.-Sept.)		Gesamtumschlag (Jan.-Okt.)
Preisindex - Lebenshaltung (Jan.-Sept.)		Massengutumschlag (Jan.-Okt.)
Bruttoinlandsprodukt (real)		
Einzelhandelsumsätze (Jan.-Sept.)		
Produktionsindex - Industrie (Jan.-Sept.)		Gäste im Fremdenverkehr (Jan.-Sept.)
		Kraftfahrzeugbestand (1. Juli)
Spareinlagen (September)		Beförderte Personen im öffentl. Nahverkehr
	Zuzüge aus dem Umland	
	Studenten an Hochschulen (jeweils SS.)	
Beschäftigte im Bauhauptgewerbe (Jan.-Sept.)	Bevölkerung am Jahresende	
	Fortzüge insgesamt	
Beschäftigte in der Industrie (Jan.-Sept.)	Zuzüge insgesamt	
Geleistete Arbeiterstd. Industrie (Jan.-Sept.)	Gestorbene	
	Eheschließungen	Straßenverkehrsunf. m. Personensch. (Jan.-Sept.)
	Lebendgeborene	Fluggäste (Jan.-Okt.)

Der Hamburger Hafen wird mit rd. 49 Mio t Gütern seinen bisher höchsten Jahresumschlag erreichen. Besonders erfreulich ist dabei die Entwicklung im Stückgutverkehr, der bis Ende Oktober eine Zuwachsrate von 12% erzielte; der Massengutumschlag nahm um 6% zu. Hiermit in Zusammenhang steht die weitere erhebliche Ausdehnung des Containerverkehrs um 62% (1972 42%). Im Binnenschiffsverkehr wird das Vorjahrsergebnis von knapp 10 Mio t geringfügig überschritten werden. Der Luftverkehr ist durch den Bummelstreik der Fluglotsen und die Erleichterung des Berlin-Verkehrs spürbar beeinträchtigt worden. Der Rückgang im Passagierverkehr betrug rd. 10%. Eine geringfügige Steigerung ihres Fahrgastaufkommens konnten die öffentlichen Nahverkehrsmittel erzielen. Sie beförderten von Januar bis Ende September 1973 rd. 446 Mio Fahrgäste. Der Kraftfahrzeugbestand (Stand jeweils 1. Juli) zeigt rückläufige Zuwachsraten, und zwar +2,3% gegenüber 3,3% im davorliegenden Zeitraum. Die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden sowie die Zahl der dabei Verunglückten verringerten sich um rd. 5% bzw. 6%. Die Zahl der getöteten Personen nahm sogar um rd. 10% ab.

Nach einer in den letzten Jahren ununterbrochenen Zunahme ist der Spareinlagenbestand im Bundesgebiet seit Januar und in Hamburg vom März bis September 1973 rückläufig und stieg im Oktober wieder leicht an. Die haushaltswirksamen Steuereinnahmen erreichten für den Zeitraum Januar bis September 1973 eine Zuwachsrate von 13,6% gegenüber 18,2% im Vergleichszeitraum des Vorjahrs.

2. Bevölkerung

Wohnbevölkerung weiterhin rückläufig

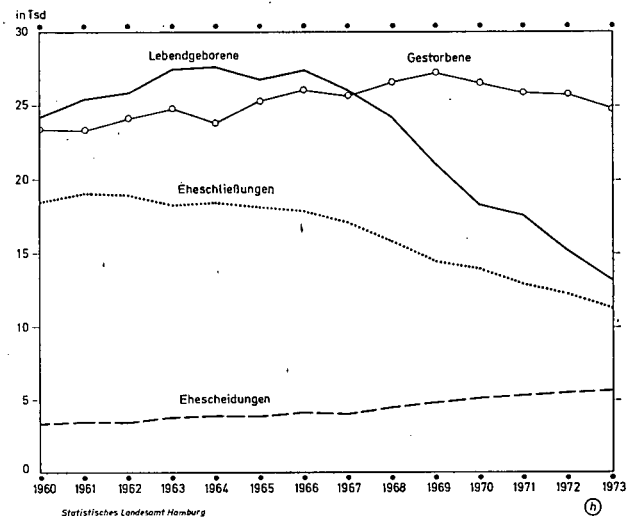
Die Bevölkerungsfortschreibung weist für den Beginn des Jahres 1973 rd. 1 766 200 Einwohner aus. Unter

Zugrundelegung der für 1973 bereits vorliegenden monatlichen Ergebnisse der Bevölkerungsentwicklung und unter Hinzuschätzung der letzten Monate ist zum Jahresende eine Einwohnerzahl von etwa 1 750 000 zu erwarten; diese Zahl liegt um rd. 16.000 niedriger als zum Jahresbeginn.

Wie schon im Vorjahr war für diesen Rückgang zu mehr als zwei Dritteln die natürliche Bevölkerungsbewegung ausschlaggebend.

Schaubild 2

Lebendgeborene und Gestorbene sowie Eheschließungen und -scheidungen 1960 bis 1973



bewegung ausschlaggebend. Bemerkenswert ist, daß der Gestorbenenüberschuß sich gegenüber dem Vorjahr abermals erhöht hat. Zwar ist die Zahl der Gestorbenen absolut zurückgegangen, jedoch hat sich die Zahl der Geburten noch stärker verringert.

Obwohl der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte weiterhin angehalten hat, liegt der Gesamtwanderungsverlust mit rd. 5 000 etwa in der Höhe des Vorjahres.

### Wanderungsverlust bei der deutschen Bevölkerung größer als im Vorjahr

Das Wanderungsvolumen insgesamt betrug 1972 rd. 77 600 Zuzüge und rd. 82 400 Fortzüge. Im Jahre 1973 ergibt sich bei rd. 76 000 Zu- und rd. 81 000 Fortzügen

Tabelle 1

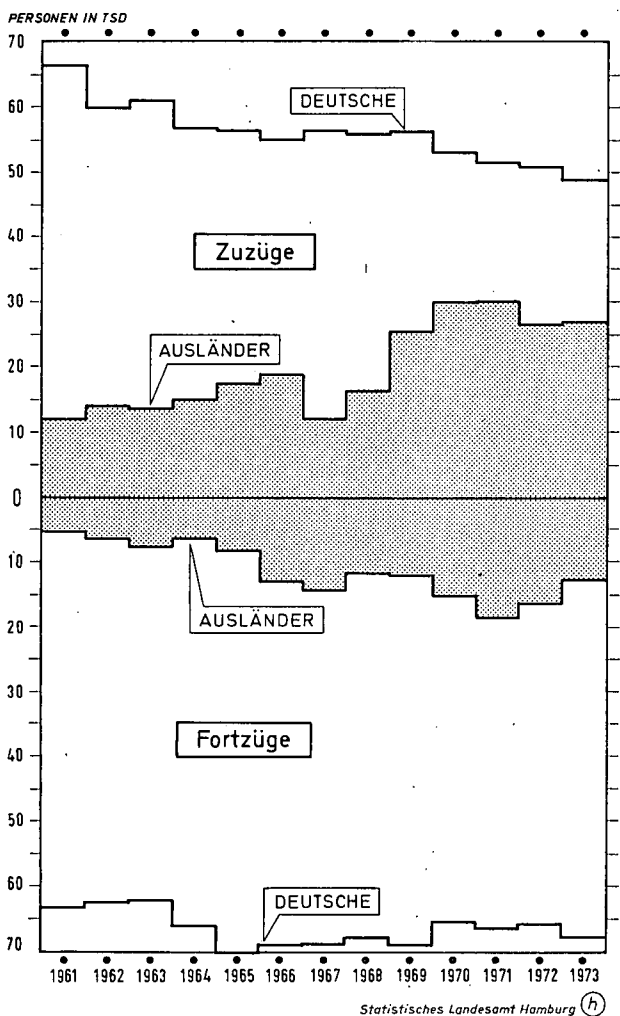
Wanderungen nach der Nationalität 1970 bis 1973

Art der Wanderung	1970	1971	1972	1973
	1	2	3	4
<b>Zuzüge</b>				
Deutsche ....	53 335	51 463	50 978	49 000
Ausländer ...	30 031	30 085	26 623	27 000
<b>Fortzüge</b>				
Deutsche ....	65 568	66 636	65 923	68 000
Ausländer ...	15 379	18 668	16 522	13 000
<b>Wanderungs- saldo (±) ...</b>				
Deutsche ....	-12 233	-15 173	-14 945	-19 000
Ausländer ...	+14 652	+11 417	+10 101	+14 000

der erwähnte Wanderungsverlust von etwa 5 000 Personen. Wenn dieser negative Saldo auch ungefähr in der Höhe des Vorjahres liegt, so ist gleichwohl seine Struktur eine andere als 1972: Eine Analyse zeigt, daß

Schaubild 3

Zu- und Fortzüge von Deutschen und Ausländern 1961 bis 1973



Statistisches Landesamt Hamburg (h)

die Zuzüge der Deutschen um rd. 2 000 gegenüber 1972 zurückgegangen, die Fortzüge dagegen um rd. 2 000 gestiegen sind. Der Wanderungsverlust bei den Deutschen in Höhe von 19 000 liegt damit um 4 000 höher als im Vorjahr. Der mit + 14 000 um rd. 4 000 höhere Wanderungsgewinn bei den Ausländern gegenüber 1972 ergibt sich – obwohl die Zuzüge in fast gleicher Höhe geblieben sind – aus den um 3 500 verminderten Fortzügen. Hier scheint sich eine Tendenz zur Selbsthaftwerdung der „Gastarbeiter“ abzuzeichnen.

### Umland weiterhin attraktiv für die fortziehenden Hamburger

Das Hamburger Umland (Kreise Hztg. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg und Stade) ist weiterhin bevorzugtes Zielgebiet der Fortziehenden; von ihnen haben 1973 etwa 45% dort Wohnung genommen. Die Gründe dafür sind aufgrund der Ergebnisse einer Motivbefragung im Vorjahresbericht bereits dargelegt worden.

Für 1973 dürften die Zuzüge aus dem Umland mit etwa 17 400 in der Vorjahreshöhe liegen; dagegen werden sich die Fortzüge um 2 700 erhöhen (+ 8,1% gegenüber 1972). Der absolute Wanderungsverlust wird damit rd. 18 800 (1972: 16 163) betragen.

### Sterbefälle leicht, Geburten stärker rückläufig

Aufgrund der bisher vorliegenden Monatsergebnisse kann die Zahl der Gestorbenen für 1973 auf rd. 24 900 geschätzt werden; das bedeutet einen Rückgang gegenüber 1972 um etwa 900. Die Zahl der Lebendgeborenen wird dagegen um 1 900 zurückgehen (1972: 15 200; 1973: 13 300). Die Gründe für den dadurch gegenüber 1972 noch einmal um etwa 1 000 erhöhten Gestorbenenüberschuß sind in der Überalterung unserer Großstadtbevölkerung, einer geringeren Zahl von Eheschließungen und der sich auswirkenden Familienplanung zu suchen.

### Noch weniger Eheschließungen als 1972

Die Zahl der Eheschließungen betrug 1973 rd. 11 300; sie liegt damit um 900 unter der Vergleichszahl des Vorjahres. Demnach wurden 1973 auf 1 000 Einwohner 6,5 Ehen geschlossen. Damit setzte sich der bereits seit etwa 10 Jahren zu beobachtende rückläufige Trend weiterhin fort. Der Grund dafür dürfte im wesentlichen in der schwachen Besetzung der heiratsfähigen Jahrgänge zu suchen sein. Die Zahl der Ehescheidungen, die 1972 rd. 5 500 betrug, wird nach den Erfahrungen der letzten Jahre 1973 – wenn auch geringfügig – weiterhin ansteigen.

### Ausländerzustrom hielt auch 1973 weiter an

Am 20. 9. 1973 waren nach einer Auszählung aus der Einwohnerkartei rd. 116 000 Ausländer in Hamburg wohnhaft; das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine abermalige Zunahme um mehr als 10 000 (+ 9,5%). Relativ stärker als bei den Männern stieg mit +11,3% die Zahl der ausländischen Frauen, die ihren Anteil an der Gesamtzahl von 37,7% am 20. 9. 1972 auf

Tabelle 2

Veränderungskomponenten der Bevölkerung in Hamburg  
1970 bis 1973

Art der Angaben	1970	1971	1972	1973	Veränderung 1973 gegenüber 1972	
					absolut	in %
	1	2	3	4	5	6
Natürliche Bevölkerungs- bewegung .....						
Lebendgeborene	18 390	17 637	15 223	13 300	-1 900	-12,6
Gestorbene	26 561	25 900	25 786	24 900	- 900	- 3,4
Gestorbenen- überschuß .....	8 171	8 263	10 563	11 600		
Eheschließungen	13 991	12 972	12 222	11 300	- 900	- 7,5
Wanderungs- bewegung insgesamt .....						
Zuzüge	83 366	81 548	77 601	76 000	-1 600	- 2,1
Fortzüge	80 947	85 304	82 445	81 000	-1 400	- 1,8
Wanderungs- gewinn (+), -verlust (-)	+ 2 419	- 3 756	- 4 844	- 5 000		
Bevölkerungs- verlust .....	5 752	12 019	15 407	16 600		
Wanderungs- bewegung zwi- schen Hamburg und dem Umland <sup>1)</sup> .....						
Zuzüge	15 474	15 769	17 317	17 400	+ 100	+ 0,5
Fortzüge	28 265	32 227	33 480	36 200	+2 700	+ 8,1
Wanderungs- verlust .....	12 791	16 458	16 163	18 800		

<sup>1)</sup> Kreise Hzgt. Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg und Stade.

38,3% am 20. 9. 1973 erhöhen konnten. Daraus sowie aus der um rd. 2 500 gestiegenen Zahl von Personen im Alter unter 16 Jahren, die überwiegend auch in Hamburg geboren wurden, läßt sich ein verstärkter Trend zur Selbstverwertung erkennen. Auch die Tatsache, daß der Anteil der Erwerbstätigen innerhalb eines Jahres von 65,4% auf 64,8% gesunken ist, deutet auf diese Entwicklung hin.

Der Ausländerzustrom wird in den kommenden Jahren in verstärktem Ausmaß auf verschiedenen Gebieten zu Schwierigkeiten führen. Erheblicher Druck wird vor allem auf Kindergärten und Schulen ausgeübt werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß sich

Tabelle 3

## Ausländer in Hamburg nach ausgewählten Merkmalen

Art der Angaben	Stand am 20. 9.				Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1972		1973		absolut	in %
	absolut	in %	absolut	in %		
	1	2	3	4	5	6
Ausländer insgesamt .....	106 223	100	116 346	100	+10 123	+ 9,5
davon						
männlich .....	66 166	62,3	71 775	61,7	+ 5 609	+ 8,5
weiblich .....	40 057	37,7	44 571	38,3	+ 4 514	+ 11,3
darunter						
ledig .....	46 374	43,7	50 308	43,2	+ 3 934	+ 8,5
verheiratet .....	55 428	52,2	61 265	52,7	+ 5 837	+ 10,5
darunter						
unter 16 Jahren	19 540	18,4	22 001	18,9	+ 2 461	+ 12,6
16 bis unter						
30 Jahren	37 670	35,5	40 900	35,2	+ 3 230	+ 8,6
30 bis unter						
36 212	34,1	39 685	34,1	+ 3 473	+ 9,6	
darunter						
Erwerbstätige ...	69 500	65,4	75 388	64,8	+ 5 888	+ 8,5

Quelle: Einwohnerkartei

dieser Personenkreis auf zahlreiche Nationalitäten verteilt. Es werden sich daher in wachsendem Maße insbesondere auf dem Gebiet des Schulwesens Probleme für Hamburg ergeben.

## Ausländer in Hamburg nach ausgewählten Nationalitäten

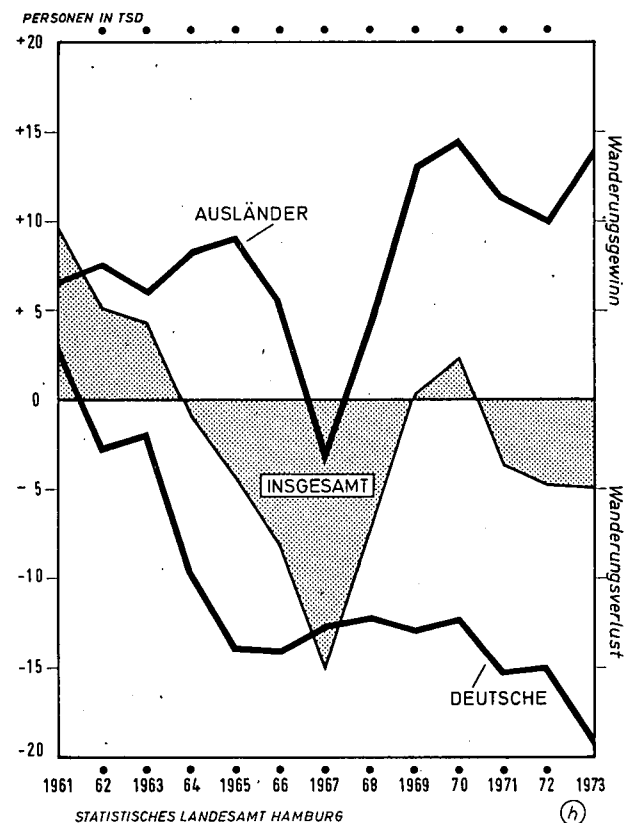
Nationalitäten	30. 9. 72	30. 9. 73	Veränderung gegenüber Vorjahr	
			absolut	in %
Insgesamt .....	106 223	116 346	+10 123	+ 9,5
darunter				
Türkei .....	23 347	27 758	+ 4 411	+18,9
Jugoslawien .....	15 564	17 222	+ 1 658	+10,7
Griechenland .....	8 195	8 292	+ 97	+ 1,2
Portugal .....	6 128	7 570	+ 1 442	+23,5
Italien .....	6 607	6 762	+ 155	+ 2,3
Spanien .....	5 182	5 544	+ 362	+ 7,0
Österreich .....	4 315	4 482	+ 167	+ 3,9
Großbritannien ..	3 297	3 701	+ 404	+12,3
Iran .....	2 582	2 642	+ 60	+ 2,3
USA .....	2 452	2 476	+ 24	+ 1,0

Quelle: Einwohnerkartei

Eine Betrachtung nach Nationalitäten zeigt, daß der ohnehin schon starke Anteil der Türken sich um + 4 400 (+ 18,9%) noch verstärkte. Mit 27 758 hat fast jeder vierte in Hamburg ansässige Ausländer (23,9%) die türkische Staatsangehörigkeit. Mit erheblichem Abstand liegen die Jugoslawen mit einem Anteil von 14,8% an zweiter Stelle. Griechen, Portugiesen, Italiener und Spanier – also Angehörige weiterer „Anwerbeländer“ – folgen mit Anteilen zwischen 7,1% und 4,8% auf den nächsten Plätzen, wobei die Portugiesen mit + 23,5% gegenüber dem Vorjahre den relativ höchsten Zuwachs unter den

Schaubild 4

## Salden der Wanderungsbewegung 1961 bis 1973



am stärksten vertretenen Nationalitäten aufwiesen. Für den internationalen Charakter Hamburgs spricht, daß unter den zehn stärksten Ausländergruppen auch Österreich, Großbritannien, der Iran und die USA vertreten sind.

### 3. Beschäftigung und Lebenshaltung

#### Anzeichen für eine gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Bei weiterhin hohem Beschäftigungsstand lag die Zahl der Arbeitslosen 1973 in allen Monaten bis einschließlich Oktober über denen von 1972. Sie erreichte Ende November den Stand von rd. 6 700 Personen und übertraf den Vorjahrsstand um rd. 34 %. Wie die folgende Tabelle zeigt, hält diese Tendenz bereits seit 1970 an. Dennoch lag die Arbeitslosenquote in Hamburg Ende November mit 0,9 % erheblich unter der im Bundesgebiet (1,5 %) und in Schleswig-Holstein (2,3 %).

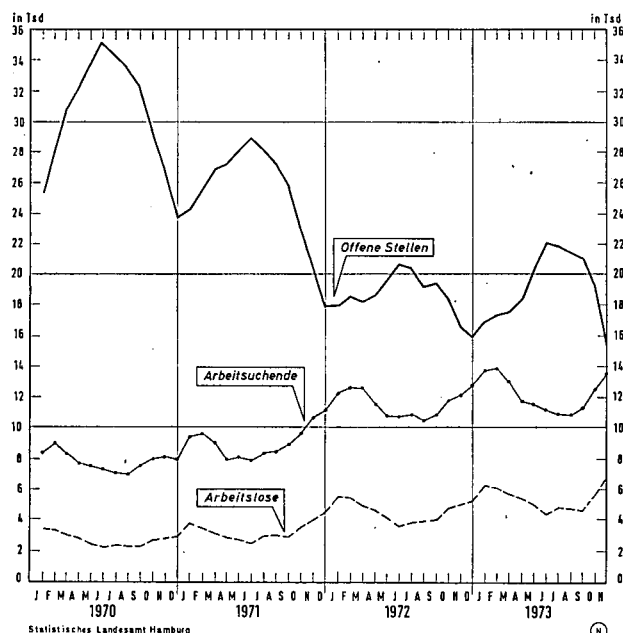
Stand	Arbeitslose	Arbeit-suchende	Offene Stellen
	1	2	3
1970 30. September ....	2 319	7 601	32 284
1971 30. September ....	2 891	8 879	25 762
1972 30. September ....	3 977	10 788	19 421
1973 30. September ....	4 590	11 321	21 083
31. Oktober .....	5 596	12 468	19 151
30. November .....	6 644	13 548	15 718

Bei der Zahl der Arbeit-suchenden, die die Arbeitslosen mit umfaßt, ist für Ende November gegenüber 1972 eine Zunahme um rd. 11 % zu verzeichnen.

Der Bestand der offenen Stellen verminderte sich gegenüber dem Stand vom September um 1 932.

#### Schaubild 5

Offene Stellen, Arbeitslose und Arbeit-suchende 1970 bis 1973 (Stand jeweils am Monatsende)



Den nunmehr 13 548 Arbeit-suchenden stehen Ende November 1973 rd. 15 700 den Arbeitsämtern zur Vermittlung gemeldete (noch nicht vermittelte) offene Stellen gegenüber. Im Verlauf der Jahre 1970 bis 1972 ist die Zahl der offenen Stellen im Vergleich zum jeweiligen Vorjahrsmonat bis einschließlich April 1973 stetig zurückgegangen. Von Mai bis Oktober 1973 liegt das Niveau der zur Vermittlung gemeldeten, noch nicht vermittelten Arbeitsplätze um jeweils etwa ein- bis zweitausend über dem Niveau des Jahres 1972.

Kurzarbeit hat 1973 kaum eine Rolle gespielt, für einige Monate sind überhaupt keine Kurzarbeiter ausgewiesen. Im Monat September wurde in einem Fahrzeugwerk Kurzarbeit nötig. Dabei mangelte es aber nicht an Aufträgen, vielmehr bestanden Zuliefer-schwierigkeiten bei Ersatzteilen. Mitte Oktober hatten 9 Betriebe Kurzarbeit angezeigt, darunter 8 Betriebe der Bekleidungsindustrie, die wegen rückläufiger Auftragseingänge ihre Produktion einschränken mußten. Infolge von Streik gingen 1973 in Hamburg keine Arbeitstage verloren; 1972 waren dagegen 8 172 verlorene Arbeitstage zu verzeichnen.

Ende Januar 1973 waren in Hamburg 69 455 ausländische Arbeitnehmer beschäftigt. Neuere Zahlen über ausländische Arbeitnehmer können nicht genannt werden, da die Karteien der Arbeitsämter über ausländische Arbeitnehmer seit Beginn dieses Jahres wegen der Umstellung auf die Beschäftigtenstatistik nicht mehr fortgeführt werden. Mit ersten Ergebnissen (Stand: 31.12.1973) ist im Laufe des Jahres 1974 zu rechnen.

#### Arbeitszeiten in der Industrie tendieren weiterhin nach unten

In den ersten drei Quartalen des Jahres 1973 ging im Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres die Anzahl der bezahlten Wochenstunden bei den männlichen Industriearbeitern um 0,2 Std. auf 44,1 Std. zurück, hielt sich aber bei den weiblichen auf dem gleichen Stand von 41,4 Std. Die unterschiedliche Entwicklung beruht offenbar darauf, daß einerseits weniger, andererseits gleich viel Mehrarbeitszeiten geleistet sind. Daraus muß man den Schluß ziehen, daß sich zumindest in einigen Industriezweigen die Tendenz zum Übergang auf die 41- oder gar 40-Stunden-Woche im Wege tariflich vereinbarter Arbeitszeitverkürzungen im großen und ganzen fortgesetzt hat.

#### Leicht steigende Zunahme der Stundenverdienste

Die Bruttostundenverdienste erhöhten sich von 1972 auf 1973 im Durchschnitt des Erhebungszeitraums bei den Industriearbeitern um 10,4 % auf 9,75 DM, bei den Industriearbeiterinnen um 9,8 % auf 6,49 DM; die Steigerungsraten lagen um 3 bzw. 1 Zehntelpunkt über denen des Jahres 1972. Die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der Arbeiter betragen 430,- DM, diejenigen der Arbeiterinnen 269,- DM. Während die Zuwachsrate bei den Männern trotz der gering gesunkenen Arbeitszeit um 2 Punkte auf 10,5 % zunahm, nahm sie bei den Frauen unter gleichgebliebener Arbeitszeit leicht um 0,7 Punkte auf 10,2 % ab. Daraus erklärt sich auch, daß die Zuwachsrate der Brutto-

Tabelle 4

**Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten und Bruttoverdienste der Industriearbeiter in Hamburg 1970 bis 1973**

Geschlecht	1970	1971	1972	Januar bis Juli		Veränderung 1973 gegenüber 1972 <sup>1)</sup>	
				1972 <sup>1)</sup>	1973	absolut	in %
				1	2	3	4
<b>Bezahlte Wochenstunden</b>							
Männlich	45,5	44,9	44,2	44,3	44,1	— 0,2	— 0,5
Weiblich	41,4	40,3	41,0	41,4	41,4	—	—
Ins-gesamt	44,6	44,2	43,6	43,7	43,7	—	—
<b>Bruttostundenverdienste in DM</b>							
Männlich	7,25	8,08	8,90	8,83	9,75	+10,1	+10,4
Weiblich	4,89	5,44	5,97	5,91	6,49	+ 9,7	+ 9,8
Ins-gesamt	6,85	7,65	8,44	8,35	9,24	+10,3	+10,7
<b>Bruttowochenverdienste in DM</b>							
Männlich	329	363	394	389	430	+ 8,5	+10,5
Weiblich	202	221	245	244	269	+10,9	+10,2
Ins-gesamt	306	338	369	367	403	+ 9,2	+ 9,8

<sup>1)</sup> Umgerechnete Werte, weil ab 1973 neuer Berichtskreis. — <sup>2)</sup> Januar bis Juli.

wochenverdienste sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen um ein geringes größer war als diejenige der Bruttostundenverdienste.

**Höhere Zuwachsrates der Gehälter im Handel als in der Industrie**

Die Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten in Industrie und Handel stiegen im Durchschnitt der ersten drei Quartale von 1 856,— DM in

Tabelle 5

**Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel in Hamburg 1970 bis 1973**

— in DM —

Geschlecht	1970	1971	1972	Januar bis Juli		Veränderung 1973 gegenüber 1972 <sup>1)</sup>	
				1972 <sup>1)</sup>	1973	absolut	in %
				1	2	3	4
<b>Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau)</b>							
Männlich	1 611	1 799	1 976	2 001	2 196	+195	+ 9,7
Weiblich	1 105	1 245	1 380	1 387	1 529	+142	+10,2
Ins-gesamt	1 432	1 606	1 776	1 794	1 989	+195	+10,9
<b>Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe</b>							
Männlich	1 487	1 643	1 781	1 760	1 949	+189	+10,7
Weiblich	1 034	1 155	1 263	1 206	1 354	+148	+12,3
Ins-gesamt	1 262	1 403	1 530	1 480	1 643	+163	+11,0
<b>Industrie und Handel</b>							
Männlich	1 539	1 708	1 863	1 856	2 050	+194	+10,5
Weiblich	1 054	1 181	1 296	1 249	1 394	+145	+11,6
Ins-gesamt	1 323	1 476	1 619	1 582	1 756	+174	+11,0

<sup>1)</sup> Umgerechnete Werte, weil ab 1973 neuer Berichtskreis. — <sup>2)</sup> Januar bis Juli.

1972 auf 2 050,— DM in 1973, also um 194,— DM oder 10,5%, diejenigen der weiblichen Angestellten demgegenüber von 1 249,— DM auf 1 394,— DM, also um 145,— DM oder 11,6%. In der Industrie allein erhöhten sich vergleichsweise die Gehälter der männlichen Angestellten um 195,— DM oder 9,7%, diejenigen der weiblichen Angestellten um 142,— DM oder 10,2%. Im Bereich „Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“ war die Zunahmerate — im Unterschied zum vorjährigen Vergleich — sogar noch größer; sie belief sich auf 10,7% bzw. 12,3%. Vergleicht man die Entwicklung von 1972 auf 1973 mit derjenigen von 1971 auf 1972, so kann man davon ausgehen, daß, auf das ganze Jahr 1973 gesehen, die Zuwachsrates des Bereichs „Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe“ deutlich über derjenigen des Vorjahres liegen, hingegen der Bereich „Industrie“ seine Rate nur knapp halten wird.

**Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung erheblich höher als im Vorjahr**

Der Preisindex für die Lebenshaltung in der BRD hat sich im Durchschnitt der Monate Januar bis September von 1972 auf 1973 erheblich erhöht; dies gilt für beide nachgewiesenen Haushaltstypen. Der Anstieg belief sich für den ersten Typ (mittlere 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte) auf 7,4%, für den zweiten

Tabelle 6

**Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1970 bis 1973**

— 1962 = 100 —

Art der Haushalte	1970	1971	1972	Januar bis September		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	
				1972	1973	1972	1973 <sup>1)</sup>
				1	2	3	4
Mittlere 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte	123,7	130,4	137,9	136,8	146,9	+5,8	+7,4
Alle privaten Haushalte	124,0	130,4	137,9	136,8	146,6	+5,8	+7,2

<sup>1)</sup> Januar bis September.

(alle privaten Haushalte) auf 7,2%, der Abstand zwischen beiden ist also minimal. Die Tendenz der von Jahr zu Jahr zunehmenden Steigerungsrate hat sich weiterhin verstärkt; denn im Vorjahr hat diese lediglich 5,8% ausgemacht. Der Index liegt für beide Haushaltstypen knapp unter 147 Punkten (auf der Basis 1962 = 100), während er im Vorjahr nicht einmal 137 Punkte erreicht hat. Eine geringere Zunahme ließ sich indessen in den Hauptgruppen Kleidung/Schuhe (7,3%), persönliche Ausstattung/sonstige Waren/Dienstleistungen (7,3%), Körper-/Gesundheitspflege (7,1%), Wohnungsmiete (5,9%), Bildung/Unterhaltung (5,1%) und Haushaltsführung (4,9%) im Rahmen des Index für den erstgenannten Typ sowie in den Hauptgruppen persönliche Ausstattung/sonstige Waren/Dienstleistungen (6,0%), Wohnungsmiete (5,8%), Bildung/Unterhaltung (5,6%) und Haushaltsführung (4,7%) im Rahmen des Index für den zweitgenannten Typ errechnen. Die größte Erhöhung für den ersten

Tabelle 7

**Preisindex für die Lebenshaltung 1972 und 1973  
nach Hauptgruppen Januar bis September**  
— 1962 = 100 —

Art der Angaben	4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte			Alle privaten Haushalte		
	Januar bis September		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Januar bis September		Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	1972	1973		1972	1973	
	1	2	3	4	5	6
Nahrungs- und Genußmittel	128,9	140,0	+8,6	128,0	138,7	+8,4
Kleidung, Schuhe	132,0	141,7	+7,3	129,4	139,0	+7,4
Wohnungsmiete	186,6	197,6	+5,9	181,8	192,4	+5,8
Elektr., Gas, Brennstoffe	138,5	148,9	+7,5	142,2	154,9	+8,9
Haushaltsführung	125,7	131,8	+4,9	125,8	131,7	+4,7
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	136,3	147,3	+8,1	132,6	142,6	+7,5
Körper- und Gesundheitspflege	147,4	157,8	+7,1	158,6	170,0	+7,2
Bildung, Unterhaltung	134,2	141,0	+5,1	141,6	149,5	+5,6
Pers. Ausstattung, sonstige Waren, Dienstleistungen	149,6	160,5	+7,3	131,3	139,2	+6,0

Typ entfiel auf die Hauptgruppen Nahrungs-/Genußmittel (8,6%) und Verkehr/Nachrichtenübermittlung (8,1%) sowie für den zweiten Typ auf die Hauptgruppen Elektrizität/Gas/Brennstoffe (8,9%) und Nahrungs-/Genußmittel (8,4%). Während von den neun Hauptgruppen im Bereich der 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte immerhin sechs unter der Zuwachsrate des Gesamtindex zu finden sind, lassen sich im Bereich aller privaten Haushalte lediglich vier davon feststellen.

#### 4. Bildung und Kultur

##### Zahl der Realschüler um 15% angestiegen

An den allgemeinbildenden Schulen setzt sich die in den Vorjahren beobachtete Entwicklung auch im Schuljahr 1973/74 fort. Nach vorläufigen Ergebnissen der Schulstatistik für das laufende Schuljahr besuchen rd. 237 400 Schüler die staatlichen allgemeinbildenden und Sonderschulen Hamburgs (ohne Heimschulen und ohne Einrichtungen des zweiten Bildungsweges); gegenüber dem vorangegangenen Schuljahr bedeutet dies eine Zunahme um 3%. Nach wie vor ist dieser Zuwachs sowohl eine Folge der vermehrten Übergänge auf weiterführende Schulen und des damit verbundenen längeren Verbleibs der Schüler im Schulsystem als auch Konsequenz der Tatsache, daß der 1973 eingeschulte Jahrgang zahlenmäßig stärker ist als die Summe der am Ende des letzten Schuljahrs abgegangenen Schüler.

Während in den Volksschulen mit 140 100 knapp 1% weniger Schüler als 1972 gezählt wurden, hat der Besuch der Realschulen und Gymnasien wiederum deutlich zugenommen. Die Gymnasien haben gut 8% mehr

Schüler als im Schuljahr zuvor; 52 900 Schüler besuchen gegenwärtig diese Schulgattung. In den Realschulen erhöhte sich die Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr sogar um 15% auf jetzt 24 500. Auch die Gesamtschulen verzeichnen einen — allerdings geringer ausfallenden — Anstieg der Schülerzahl auf nicht ganz 10 400 (+ 4%). Der Förderung von behinderten Kindern hat Hamburg seit jeher besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lassen. Die hohe Zahl von 9 500 Schülern (1% mehr als 1972), die im laufenden Schuljahr in Sonderschulen unterrichtet werden, bringt dies erneut zum Ausdruck.

Die Einrichtung von Vorschulklassen für Fünfjährige, mit der 1970 begonnen wurde, ist im Berichtsjahr weiter vorangetrieben worden; es bestehen zur Zeit bereits 54 Vorschulklassen mit nahezu 1 400 Kindern; dagegen waren 1972 erst 35 Klassen zur vorschulischen Erziehung von Fünfjährigen eingerichtet, in denen sich knapp 900 Kinder befanden.

##### Lehramt an Gymnasien wurde zum meistgefragten Studiengang

Mit mehr als 33 700 Studenten (darunter gut 2 000 Ausländern) an wissenschaftlichen, künstlerischen und Fachhochschulen ist Hamburg einer der beliebtesten Studienorte im Bundesgebiet. Die Studentenstatistik des diesjährigen Sommersemesters ermittelte im einzelnen folgende vorläufige Studentenzahlen für die sechs Hamburger Hochschulen:

An der Universität sind annähernd 24 900 Studenten immatrikuliert, 0,6% weniger als im Sommersemester des Jahres 1972 (jeweils ohne Beurlaubte und Gasthörer). Die Zahl der Studienanfänger lag mit 2 230 um ein knappes Viertel unter der des Sommersemesters 1972. In den größten Studienfächern gab es keine auffallenden Änderungen der Belegungshäufigkeiten. Eine Ausnahme bilden lediglich die Lehrämter. Durch eine Zunahme um beinahe 12% innerhalb eines Jahres auf insgesamt 3 690 Studenten ist das Lehramt an Gymnasien erstmals die am stärksten besetzte Ausbildungsrichtung geworden. Für das früher am häufigsten gewählte Studium des Volks- und Realschullehramtes hatten sich 3 410 Studenten oder 13% weniger als im Sommersemester des Vorjahrs eingeschrieben. In dem „klassischen“ Numerus-clausus-Fach Medizin gingen die Immatrikulationen um knapp 3% auf 1 850 zurück. Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre (zusammen 3 650), Rechtswissenschaft (2 540) und Psychologie (950) hatten etwa ebensoviele Studenten wie im Sommersemester 1972 belegt.

Die Hochschule für Wirtschaft und Politik nahm im 25. Jahr ihres Bestehens 17% zusätzliche Bewerber auf; insgesamt 860 Studenten konnten dort im Sommersemester einem Studium nachgehen.

An den künstlerischen Hochschulen war ebenfalls ein relativ bedeutender Anstieg der Studentenzahlen im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Die Hochschule für bildende Künste hatte über 1 100 (+ 19%) und die Hochschule für Musik und darstellende Kunst 630 Studenten (+ 7%). Außerdem gab es an der Musikhoch-



schule 51 und an der Kunsthochschule 187 Studenten, die gleichzeitig an der Universität immatrikuliert waren; um Doppelerfassungen zu vermeiden, wurden diese Studenten nur bei der Universität gezählt.

An der zweitgrößten Hochschule der Hansestadt, der Fachhochschule Hamburg, studierten 6 150 Studenten, insgesamt 5% mehr gegenüber dem Sommersemester 1972; hier sind die Studentenzahlen in den Fachbereichen Produktions- und Verfahrenstechnik sowie Sozialpädagogik am stärksten angewachsen. Auch die Evangelische Fachhochschule für Sozialpädagogik hat mit 120 die Zahl ihrer Studenten prozentual beachtlich erhöht (+ 42%).

#### Größeres Interesse an Theater- und Museumsbesuchen

Über das Kulturleben Hamburgs stehen der amtlichen Statistik leider nur wenige aktuelle Zahlen zur Verfügung. Wie die Hamburger Volkshochschule berichtete, wurden in den drei Trimestern des Arbeitsjahres 1972/73 insgesamt rd. 2 500 Kurse mit 65 500 angemeldeten Teilnehmern durchgeführt. Diese Zahlen entsprechen in etwa denen des vorangegangenen Arbeitsjahrs. Zumindest teilweise ebenfalls dem Bereich der Weiterbildung zuzurechnen sind wie die Volkshochschule die Büchereien. Von Januar bis September dieses Jahres wurden von den öffentlichen Büchereien 4,63 Mio Bände ausgeliehen; damit haben sich die Hamburger und auswärtigen Benutzer 9% mehr Bücher aus dem Angebot der öffentlichen Büchereien zur Lektüre ausgewählt als in den gleichen Monaten des Vorjahrs. Die Staats- und Universitätsbibliothek verzeichnete im selben Zeitraum eine Steigerung ihrer Ausleihungen um gut 5% auf 341 000 Bände.

Im ganzen gesehen hat auch die Theaterfreudigkeit in Hamburg wieder zugenommen. Die öffentlichen und privaten Bühnen konnten in der Spielzeit 1972/73 annähernd 2,64 Mio Zuschauer für ihre Aufführungen gewinnen; im Vergleich zu der vorangegangenen Saison bedeutet dies eine Zunahme um fast 12%. Allerdings hatten nur die Privattheater, insbesondere das Operettenhaus, mehr Besucher als in der Vorjahressaison. In den staatlichen Spielstätten hat sich die Zuschauerzahl insgesamt um 5% auf rd. 1,14 Mio verringert.

Für sieben der hamburgischen Museen und Schausammlungen werden dem Statistischen Landesamt die monatlichen Besucherzahlen mitgeteilt. Es sind dies die Museen für Hamburgische Geschichte, für Kunst und Gewerbe, für Völkerkunde, das Altonaer und das Helms-Museum sowie die Kunsthalle und das Planetarium. Im ganzen besuchten über 600 000 Menschen bis zum September dieses Jahres die genannten Museen und Schausammlungen. Alle berichtenden Museen, die Kunsthalle und das Planetarium haben ihre Attraktivität für die Besucher steigern können; den relativ größten Zuwachs erreichte das Altonaer Museum. Die vielfältigen Bemühungen um eine stärkere „Öffnung nach außen“ – z. B. die Werbeaktion „Das Gelbe vom Ei“ und die Verlängerung der Öffnungszeiten an Wochenenden – lockten im Berichtsjahr bis

zum September insgesamt 13% mehr Besucher als in den gleichen drei Quartalen des Jahres 1972 in die Ausstellungssammlungen, eine Steigerung, die angesichts des anhaltend schönen Wetters in diesem Frühjahr und Sommer besondere Beachtung verdient.

## 5. Industrie

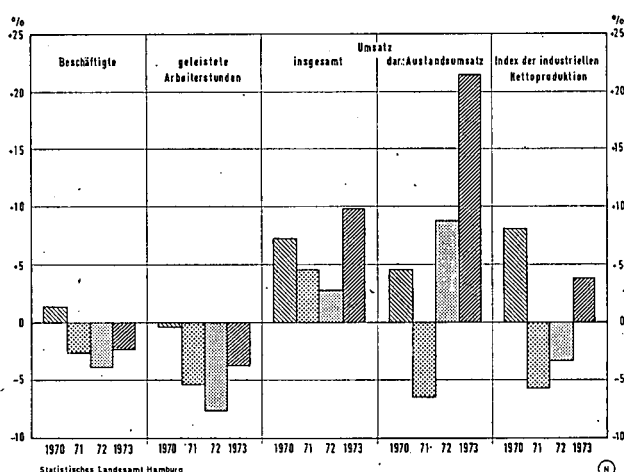
### Anhaltender Aufschwung in der Industrie

Die seit Jahresbeginn registrierte Aufwärtsentwicklung der Hamburger Industrie hält – gemessen an den monatlichen Produktions- und Umsatzergebnissen –

Schaubild 6

#### Die Industrie in den Monaten Januar bis September 1970 bis 1973

– Zu- (+) bzw. Abnahme (–) gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in % –



unvermindert an. Mit einem Produktionsindex von etwa 125 Punkten und einer fast 10%igen Gesamtumsatzsteigerung sind die konjunkturellen Schwächetendenzen der Jahre 1971 und 1972 weitgehend überwunden. Auch die jüngsten Monatsdaten liefern noch keinerlei Anzeichen für eine nennenswerte Auswirkung der währungs- und stabilitätspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung oder der Restriktionspolitik der Bundesbank auf das industrielle Wachstum in Hamburg. Erfahrungsgemäß ist hier wie auch in wirtschaftlichen Aufschwungphasen mit einer zeitlich verschobenen Reaktion der Hamburger Wirtschaft zu rechnen, die jedoch angesichts der durchweg pessimistischen Erwartungen der Industrie kurzfristig eintreten kann. Hierbei dürfte vor allem die wachsende Unsicherheit infolge der veränderten Lage im Mineralöl- und Energiebereich zusätzliche Dämpfungseffekte auslösen.

### Rege Produktionstätigkeit in fast allen Industriezweigen

Die industrielle Nettoproduktion in der Verarbeitenden Industrie (1962 = 100) erhöhte sich im Vergleich zum vergangenen Jahr um beinahe 4%, nachdem 1972 für denselben Zeitraum noch eine Veränderungsrate von -3% zu verzeichnen war. Dieser Aufschwung ist in erster Linie auf die außerordentlich rege Produktionstätigkeit am Ende des ersten und im

Tabelle 8

Daten zur Entwicklung der Industrie <sup>1)</sup> in Hamburg 1970 bis 1973

Art der Angaben	Einheit	1970	1971	1972	Januar – September			
					1972	1973	Veränderung gegenüber Vorjahr	
							absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7		
Beschäftigte .....	Anzahl MD	211 394	205 223	198 121	198 894	194 573	-4 321	- 2,2
Geleistete Arbeiterstunden .....	in 1000	261 066	245 253	227 646	170 302	164 082	-6 220	- 3,7
Bruttosumme der Löhne und Gehälter .....	in Mio DM	3 485,8	3 803,1	4 035,5	2 935,4	3 217,2	+281,8	+ 9,6
Index der industriellen Produktion ....	1962=100							
Verarbeitende Industrie .....	"	126,5	123,7	121,9	119,1	123,8	+ 4,7	+ 3,9
davon								
Grundstoff- und Produktionsgüter- industrie .....	"	137,6	134,1	135,6	131,4	141,0	+ 9,6	+ 7,3
Investitionsgüterindustrie .....	"	134,9	133,1	126,7	121,8	127,1	+ 5,3	+ 4,4
Verbrauchsgüterindustrie .....	"	118,3	110,3	107,0	104,7	110,1	+ 5,4	+ 5,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrie ..	"	108,9	107,1	106,2	106,9	104,7	- 2,2	- 2,1
Mineralölverarbeitende Industrie .....	"	137,1	128,8	131,2	124,9	140,3	+ 15,4	+12,3
NE-Metallindustrie .....	"	134,2	133,9	131,7	127,9	146,1	+ 18,2	+14,2
Maschinenbau .....	"	129,6	134,0	128,9	120,3	125,9	+ 5,6	+ 4,7
Schiffbau .....	"	108,1	97,9	87,9	88,7	79,9	- 8,8	- 9,9
Elektrotechnische Industrie .....	"	157,3	155,3	144,5	139,7	157,8	+ 18,1	+13,0
Chemische Industrie .....	"	143,8	151,6	151,2	151,1	157,1	+ 6,0	+ 4,0
Gummi- und asbestverarbeitende Industrie .....	"	136,6	131,1	133,7	130,1	124,9	- 5,2	- 4,0

<sup>1)</sup> ohne Bauindustrie und Energieversorgung.

Verlauf des zweiten Quartals zurückzuführen. Damit ist ein Niveau erreicht, das fast wieder an den letzten Höchststand des Jahres 1970 herankommt, obgleich die diesjährige durchschnittliche Wachstumsrate für das gesamte Bundesgebiet von über 8% nicht realisiert werden konnte.

Mit Ausnahme der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, deren Produktionsausstoß wie schon 1972 wieder rückläufig ist (-2%), liegen die Veränderungs-raten aller Hauptgruppen über dem Durchschnitt der Gesamtentwicklung. An der Spitze ist die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie mit einem Anstieg von mehr als 7% zu finden, der vor allem durch die hohen Expansionsraten der NE-Metallindustrie und der Mineralölverarbeitung bestimmt ist. Insbesondere die ölverarbeitende Industrie konnte ihre 1972 z. T. stillgelegten Kapazitäten wieder aktivieren. Es folgt die Verbrauchsgüterindustrie, die mit einem Wachstum von etwa 5% erstmals seit 4 Jahren wieder steigende Produktionszahlen aufweist. In diesem Bereich machen sich vor allem die erstaunlich hohen Zuwachsraten der Textil- und Bekleidungsindustrie (vor allem zu Beginn des Jahres) und der Kunststoffverarbeitung bemerkbar.

Beachtlich ist der über 4%ige Anstieg der Fertigung in der Investitionsgüterindustrie, zumal im Vorjahr noch ein Rückgang von mehr als 8% zu verzeichnen war. In dieser Hauptgruppe wurden jedoch wie üblich sehr unterschiedliche Veränderungs-raten festgestellt. So konnte z. B. die Elektrotechnische Industrie nach stark rückläufiger Tendenz im Jahr 1972 um 13% expandieren, während der Schiffbau trotz vorübergehender Erholung im Mai mit Produktionseinbußen von beinahe 10% seine Abwärtsentwicklung weiter fortsetzt.

### Beschäftigungsrückgang durch Betriebsabwanderungen

Wie in den vergangenen Jahren hält der Beschäftigtenrückgang auch 1973 weiter an. Das Abnahmetempo ist allerdings mit -2% um etwa die Hälfte langsamer als 1972. Während 1970 in den mittleren und größeren Betrieben noch rd. 211 000 Personen beschäftigt waren, liegt der diesjährige Monatsdurchschnitt nur noch bei rd. 195 000.

Die erneute Abnahme um nicht ganz 4 000 tätige Personen allein in den vergangenen 9 Monaten erklärt sich diesmal zu einem Drittel aus Veränderungen in der regionalen Wirtschaftsstruktur, denn 10 Betriebe, darunter einige größere der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und der Verbrauchsgüterindustrie, haben ihre Produktion in das Hamburger Umland verlagert. Dem stehen nur geringfügige Kapazitätserweiterungen in der Grundstoffverarbeitung gegenüber, nachdem ähnliche Verluste 1972 noch durch Betriebsneugründungen ausgeglichen werden konnten. Die um etwa 4% zurückgegangene Zahl der geleisteten Arbeiterstunden beruht also neben gewissen Rationalisierungseffekten oder tariflichen Arbeitszeitverkürzungen auf der doch wieder beachtlichen Zahl von Betriebsabwanderungen. Inwieweit echte Produktivitätsfortschritte erzielt werden konnten, läßt sich auch für einzelne Bereiche der Industrie nur schwer übersehen. Wahrscheinlich sind jedoch die 1972 nicht voll ausgelasteten Produktionskapazitäten in diesem Jahr besser genutzt worden.

### Beträchtliches nominelles Umsatzwachstum, begünstigt durch erhöhte Auslandsnachfrage

Der Gesamtumsatz der Hamburger Industrie betrug in den vergangenen 9 Monaten etwa 16,5 Mrd DM. Das

Tabelle 9

**Umsätze der Industrie <sup>1)</sup> in Hamburg 1970 bis 1973**  
(Hauptbeteiligte Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) – in Mio DM –

Art der Angaben	1970	1971	1972	Januar – September			
				1972	1973	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	
Gesamtumsatz <sup>2)</sup> .....	19 110,5	19 875,0	20 557,8	15 048,0	16 532,2	+1 484,2	+ 9,9
davon							
Inlandsumsatz .....	16 196,2	17 188,9	17 597,8	12 893,3	13 913,4	+1 020,1	+ 7,9
Auslandsumsatz .....	2 914,3	2 686,1	2 960,0	2 154,7	2 618,8	+ 464,1	+21,5
davon							
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie ...	6 492,6	6 619,0	6 817,4	5 008,4	5 835,7	+ 827,3	+16,5
Investitionsgüterindustrie .....	6 304,6	6 680,7	6 987,1	5 082,9	5 285,5	+ 202,6	+ 4,0
Verbrauchsgüterindustrie .....	1 244,5	1 217,7	1 245,8	925,5	972,9	+ 47,4	+ 5,1
Nahrungs- und Genußmittelindustrie .....	5 068,8	5 357,6	5 507,5	4 031,2	4 438,1	+ 406,9	+10,1

<sup>1)</sup> ohne Bauindustrie und Energieversorgung. – <sup>2)</sup> ohne Mehrwertsteuer.

entspricht einer Steigerung von fast 10% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs und damit einer Verdreifachung der damaligen nominellen Wachstumsrate. Die noch im letzten Jahresrückblick für die zweite Hälfte des Jahres 1972 vermuteten Abschwächungstendenzen haben sich also nicht bestätigt oder waren zumindest nur von sehr kurzer Dauer. Auf jeden Fall kann selbst unter der Annahme z. T. hoher Preissteigerungen auf der Erzeugerseite noch von einem ausreichenden realen Wachstum gesprochen werden. Dabei bleibt jedoch offen, ob sich auch die Ertragslage der gesamten Industrie wesentlich verbessert hat. Angesichts des unvermindert hohen Kostenanstiegs – allein die Bruttosumme der Löhne und Gehälter lag Ende September um 10% über dem Vorjahrsniveau – darf dies bezweifelt werden.

Den größten Anteil an der insgesamt positiven Entwicklung haben die Branchen, deren Absatzrichtung überwiegend ausländische Märkte umfaßt. Hierzu gehören 1973 vor allem der Maschinenbau, die Elektrotechnische Industrie und NE-Metallverarbeitung. Der Auslandsumsatz der verarbeitenden Industrie stieg um über 21 %, also etwa 2½mal so schnell wie 1972. Diese Erhöhung ist um so bemerkenswerter, als gerade im Auslandsgeschäft aufgrund der DM-Aufwertung gegenläufige Tendenzen zu erwarten waren. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß der Inlandsabsatz in Hamburg mit einem Wert von knapp 14 Mrd DM, das sind über 80 % des industriellen Gesamtumsatzes, das entschieden größere Gewicht hat.

Anders als bei den Produktionsmengen zeigen sich in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Hauptgruppen doch beträchtliche Unterschiede. Während die Investitionsgüterindustrie mit einer unterdurchschnittlichen Umsatzsteigerung von + 4% die im Vorjahr erreichte Ausweitung von 5% nur knapp halten konnte, erhöhte sich die Wachstumsrate der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie von + 1% auf + 16%. Zu berücksichtigen sind jedoch gerade in diesem Sektor die z. T. hohen Preissteigerungen, bedingt durch überproportionale Erhöhung der Rohstoffpreise, so daß die reale Entwicklung entsprechend ruhiger verlaufen ist. Ähnliches gilt für den Bereich der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, deren Umsatz um 10% anstieg.

### Zurückhaltende Prognose der kurzfristigen Entwicklung

Die bisherigen Monatsergebnisse und die – allerdings nur begrenzt aussagefähigen Daten – über die Auftragsituation der Hamburger Industriebetriebe ermöglichen keinen eindeutigen Schluß über die weitere Entwicklung bis zum Jahreswechsel. Hinzu kommt, daß eine Vorhersage über die kurzfristigen Veränderungen in der Produktion und in der Zahl der Beschäftigten durch die Unsicherheiten auf dem Rohölmarkt erschwert ist. Es ist durchaus denkbar, daß die in Hamburg bedeutsame Mineralölindustrie aber auch die chemische Industrie durch evtl. Begrenzung der Rohölförderung ihre Produktion einschränken müssen, was bei anderenfalls möglichen Preissteigerungen auch für die übrige weiterverarbeitende Industrie entsprechende Konsequenzen haben dürfte. Im übrigen wird für eine weiterhin günstige Entwicklung vermutlich vor allem die Auslandsnachfrage nach Investitionsgütern, die in diesem Jahr ein wesentlicher Faktor der konjunkturellen Auftriebsmomente gewesen ist, von großer Bedeutung sein. Bei der Inlandsnachfrage ist in Teilbereichen noch am ehesten mit einer geringfügigen Verlangsamung, nicht zuletzt saisonbedingt, zu rechnen.

### 6. Bauwirtschaft und Wohnungsbau

#### Zunahme der Baufertigstellungen im Wohnungsbau

Im Zeitraum von Oktober 1972 bis September 1973 wurden mit insgesamt rd. 15 300 Wohnungen etwa 10 % mehr Wohnungen fertiggestellt als im vorangegangenen Vergleichszeitraum. Die durchschnittliche Wohnfläche der fertiggestellten Wohnungen betrug 71,1 qm und war etwas geringer als im Vorjahrszeitraum. Von den fertiggestellten Wohnungen wurde fast die Hälfte öffentlich gefördert, ein Anteil, der dem Durchschnitt der Jahre 1971/72 entspricht. Die Zuwachsrate der fertiggestellten Wohnungen betrug bei nicht öffentlich geförderten 14,5 %, bei öffentlich geförderten 5,7 %. Aus der Tatsache, daß die Zahl der Wohnungen je Wohngebäude von 5,8 auf 6,8 Wohnungen anstieg, läßt sich eine Verschiebung zum Mehrfamilienhausbau oder zum Bau größerer Mehrfamilienhäuser ableiten.

Tabelle 10

## Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in Hamburg 1970 bis 1973

Art der Angaben	1970	1971	1972	Oktober 1971 bis September 1972	Oktober 1972 bis September 1973	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
<b>Baugenehmigungen</b>							
Wohngebäude .....	2 004	2 045	2 103	1 983	2 252	+ 269	+13,6
Nichtwohngebäude .....	980	917	782	854	785	- 69	- 8,1
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude in 1000 cbm .....	6 674	7 678	7 252	8 205	5 906	-2 299	-28,0
Nutzfläche der Nichtwohngebäude in 1000 qm ..	1 157	1 149	1 286	1 393	1 104	- 289	-20,8
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden .....	12 690	14 904	15 036	14 569	15 501	+ 932	+ 6,4
<b>Baufertigstellungen</b>							
Wohngebäude .....	1 830	2 289	2 110	2 222	2 116	- 106	- 4,8
Wohnfläche der Wohngebäude in 1000 qm <sup>1)</sup> .....	805	905	1 030	966	1 059	+ 93	+ 9,6
Durchschnittl. Wohnfläche je Wohnung in qm <sup>1)</sup> ..	68,6	69,1	71,6	71,8	71,1	- 0,7	- 1,0
Nichtwohngebäude .....	886	926	793	879	747	- 132	-15,0
Umbauter Raum der Nichtwohngebäude in 1000 cbm .....	4 889	6 729	5 216	6 269	5 494	- 775	-12,4
Nutzfläche der Nichtwohngebäude in 1000 qm ..	938	1 104	957	1 041	940	- 101	- 9,7
Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ..	12 087	13 664	14 856	13 946	15 344	+1 398	+10,0
darunter öffentlich gefördert:							
absolut .....	4 313	6 559	7 861	7 068	7 470	+ 402	+ 5,7
in % .....	35,7	48,0	52,9	50,7	48,7	- 2,0	

<sup>1)</sup> ohne Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden.

Zu den größten Bauvorhaben (Wohnbauten nach der Anzahl der Wohnungen) gehörten im Zeitraum Oktober 1972 bis September 1973

Meiendorf (Leharstr., Zellerstr., Nordlandweg) mit	650 WE
Mümmelsmannsberg mit	440 WE
Berne (Roter Hahn, Tucholskyring) mit	310 WE
und Steilshoop (Steilshooper Str.) mit	300 WE

Die steigende Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen – sie nahm im Zeitraum Oktober 1972 bis September 1973 um 6,4 % zu gegenüber einem Rückgang um - 2,7 % im Jahr davor – deutet darauf hin, daß trotz der ungünstigen Kapitalmarktverhältnisse durch den bereits eingetretenen geringeren Preisanstieg für Bauleistungen oder erwartete Preisrück-

gänge das Interesse am Wohnungsbau gestiegen ist. Zu den nach den veranschlagten reinen Baukosten größten Projekten gehören u.a.

Fabrik- und Lagergebäude in den Bezirken Mitte und Harburg, das

Kongreßzentrum, einige Hotels der Luxusklasse (Loew's Plaza, Intercontinental) sowie eine

Klinik und

Institutsgebäude der Universität

## Tendenzwende in der Bauwirtschaft?

Ein relativ unklares Bild bietet die Lage der Bauwirtschaft in Hamburg im Rückblick auf die vergangenen 9 Monate des laufenden Jahres. Dies gilt sowohl für die bisherigen saisonalen Veränderungen der Bautätigkeit als auch für die Struktur der Bauleistungen und besonders für die Beurteilung der kurzfristigen Fortentwicklung.

Betrachtet man zunächst das Bauvolumen – hier gemessen am Index der Nettobauproduktion (1962 = 100) –, so ergibt sich wie 1972 wieder eine Wachstumsrate von etwa 2,5%. Dieser immerhin beachtliche Anstieg ist u. a. zurückzuführen auf eine auch in diesem Jahr wieder recht kräftige Zunahme der Auftrags-eingänge um nahezu 17%. Dadurch blieben die Auftragsbestände im langfristigen Durchschnitt weiterhin konstant, und zwar auf einer Höhe von 3 Mrd DM. Diese insgesamt als positiv zu bewertenden Aspekte

Tabelle 11

## Preisindex für Gebäude in Hamburg im August 1973

Art der Angaben	August 1973	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
		August 1971	August 1972	August 1973
	1	3	2	4
Wohngebäude .....	202,0	+12,1	+ 9,3	+ 9,0
davon				
Erd- und Grundbauarbeiten	161,6	+ 7,5	+ 3,1	+ 5,1
Rohbauarbeiten .....	199,7	+12,2	+ 8,3	+ 7,3
Ausbauarbeiten .....	213,9	+12,8	+11,5	+10,6
Haustechnische Anlagen ..	187,0	+10,7	+ 7,6	+10,5
Bürogebäude .....	196,3	+11,2	+ 8,0	+ 7,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	194,9	+12,4	+ 5,7	+ 6,7

haben denn auch bis zum Herbst noch eine in etwa gleichbleibende Produktionstätigkeit sichergestellt; die Zahl der Beschäftigten nahm nur geringfügig ab (- 0,8 %).

Auf der anderen Seite sind jedoch die geleisteten Arbeitsstunden deutlich, und zwar um mehr als 5% zurückgegangen. Das läßt darauf schließen, daß die Kapazitäten insgesamt nicht mehr ausgelastet werden konnten. Dieser scheinbare Widerspruch kann nur damit erklärt werden, daß die Reichweiten der Auftragsbestände durch schleppenden Baubeginn, vor allem im Hochbau, bereits beträchtlich in die Länge gezogen wurden, d. h. daß die Spanne zwischen Auftragserteilung und Baubeginn zugenommen hat. Diese Tendenz verstärkte sich im Laufe des zweiten Halbjahres. Es ist daher zu befürchten, daß die Kapazitätsauslastung weiter zurückgehen wird.

Tabelle 12

**Die Entwicklung des Bauhauptgewerbes in Hamburg  
1970 bis 1973**  
— alle Betriebe —

Art der Angaben	1970	1971	1972	Januar bis September		Veränderung gegenüber Vorjahr	
				1972 <sup>1)</sup>	1973 <sup>2)</sup>	absolut	in %
				4	5		
Beschäftigte (MD) . . . .	46 651	46 068	44 534	44 492	44 142	- 350	- 0,8
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt (in 1000) . . . .	75 050	76 974	74 370	55 865	52 955	- 2 910	- 5,2
davon für Wohnbauten, gewerbliche u. industrielle Bauten . . . .	19 313	22 666	23 046	17 237	15 953	- 1 284	- 7,4
öffentliche u. Verkehrsbauten, davon im Hochbau . . . .	35 819	31 880	26 050	20 043	17 994	- 2 049	- 10,2
Straßenbau . . . .	8 421	6 417	5 400	4 392	3 294	- 1 098	- 25,0
Tiefbau . . . .	5 664	6 713	5 700	4 262	3 995	- 267	- 6,2
Produktionsindex insges. (1962=100) . . . .	122,5	126,9	131,9	129,1	132,5		+ 2,6
davon Hochbau . . . .	108,4	110,0	114,2	111,4	114,7		+ 3,0
Tiefbau . . . .	150,9	161,0	167,6	164,7	169,4		+ 2,9

<sup>1)</sup> berichtigte Zahlen. — <sup>2)</sup> vorläufige Zahlen.

Insgesamt wird man sagen können, daß die Situation der Bauwirtschaft in Hamburg Ende September noch als befriedigend angesehen werden kann; während im Bundesgebiet die Entwicklung teilweise schon erheblich schlechter verlaufen ist. Allerdings ist auch in Hamburg nicht auszuschließen, daß bei Verstärkung der genannten Schwächetendenzen durch saisonale Einflüsse sich möglicherweise kurzfristig Einbrüche ergeben.

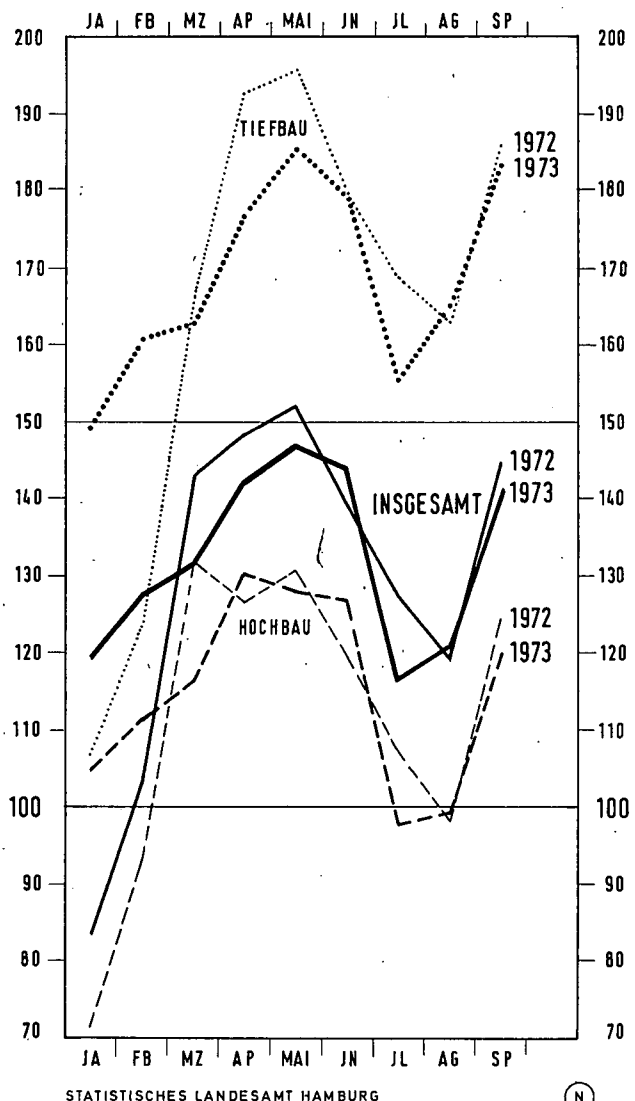
**Starker Rückgang der Hochbautätigkeit**

Das konstante Wachstum der Bauproduktion ist diesmal zu gleichen Teilen bestimmt vom Hoch- und Tief-

bau, nachdem der Hochbau 1972 noch die weitaus größeren Anteile hatte. In beiden Bereichen kam es zu Beginn des Jahres — bedingt durch die milde Witterung — zu einem sprunghaften Anstieg der Bautätigkeit, so daß Bauaufträge teilweise zeitlich vorgezogen werden mußten. Bis zur Jahresmitte folgte eine Phase rückläufiger Aktivität, vor allem auf dem Sektor der öffentlichen Hochbauten und im privaten Wohnungsbau. Seither sind gerade auf diesem Gebiet keine Anzeichen für eine Erholung zu erkennen, obwohl der Produktionsindex im 9-Monatsvergleich zu 1972 noch einen Anstieg der Hochbauleistung von 3% ausweist. Der Rückgang der im öffentlichen Hochbau geleisteten Arbeitsstunden um 25% sowie die über 7%ige Abnahme der Stundenzahl im privaten Wohnungsbau (1972 betrug die Veränderungsrate noch + 12%) deuten auf ein beträchtliches Nachlassen der Nachfrage hin. Die Gründe hierfür sind insbesondere die Erschwerung der Wohnbaufinanzierung durch den Wegfall der Steuererleichterungen, die Zinserhöhungen sowie die Zurückstellung staatlicher Aufträge im Rahmen der allgemeinen Restriktionspolitik der öffentlichen Hand. Um so bemerkenswerter ist, daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden für Bauleistungen im

Schaubild 7

**Nettoproduktion des Bauhauptgewerbes arbeitstäglich**  
1962 = 100



STATISTISCHES LANDESAMT HAMBURG

(N)

industriellen und gewerblichen Bau trotz gestiegener Kapital-, Herstellungs- und Grundstückskosten noch um mehr als 2% zugenommen hat. Aber auch hier sind im Vergleich zu der Veränderungsrate von 1972 (+ 7%) bereits Abschwächungstendenzen erkennbar.

Im Gegensatz zum Hochbau war die Kapazitätsauslastung bei den Tiefbauunternehmen in diesem Jahr günstiger als 1972, so daß das Bauvolumen auch hier um fast 3% über dem Vorjahrsniveau lag. Der Rückgang der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war ungleich niedriger als 1972. Allein im sonstigen Tiefbau, wozu in Hamburg vor allem der Tunnel-, Brücken- und Sielbau zu rechnen sind, ist nur noch eine Abnahme von 6% gegenüber - 24,5% für 1972 zu verzeichnen. Ähnlich schwächer ist auch die negative Veränderungsrate im Straßenbau mit - 6% gegenüber - 12% im Vorjahr.

#### Zunahme des Auftragswertes der öffentlichen Tiefbauaufträge

Der Auftragswert der Tiefbau-Auftragsvergaben der öffentlichen Hand - erfaßt werden nur solche mit einem Einzelauftragswert von mindestens 25 000 DM - betrug in der Zeit von Oktober 1972 bis September 1973 rd. 467 Mio DM, was einer Ausweitung des Volumens um etwa 78% im Vergleich zu den 12 davorliegenden Monaten entspricht. Dabei ist allerdings zu beachten, daß sich diese Vorhaben in der Regel über mehrere Jahre erstrecken. Im übrigen waren in den Vorjahren die Auftragsvergaben stark rückläufig, und zwar nahmen sie von 1970 auf 1971 um ein Drittel und von 1971 auf 1972 um ein Viertel ab. Auf die im Zeit-

raum Oktober 1972 bis September 1973 nach dem Auftragswert 5 größten Projekte mit einem Einzelwert von 1 Mio DM und mehr entfielen 195,4 Mio DM oder 42% der gesamten Tiefbaumaßnahmen. Hierzu gehören folgende Vorhaben: Sammler Wilhelmsburg, Weiterbau der City-S-Bahn, Eisenbahnbrücke Süderelbe, Westliche Umgehung Hamburg (einschließlich Zubringer Schnelsen-Nord).

Das Volumen der Baufertigstellungen im Nichtwohnbau im Zeitraum von Oktober 1972 bis September 1973 nahm mit 5,5 Mio cbm umbauten Raumes im Vergleich zum Vorjahr um rd. 12% ab. Die Zahl der fertiggestellten Nichtwohngebäude sank gleichzeitig sogar um 15%. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei den Baugenehmigungen im Nichtwohnbau festzustellen. Mit 5,9 Mio cbm umbauten Raumes in der Periode 1972/73 hat sich das Volumen zum Vorjahr um 28% verringert, während für die Zahl der genehmigten Nichtwohngebäude eine Abnahme um 8% zu verzeichnen ist.

#### Zahl der Wohngeldempfänger nur geringfügig gestiegen

Am 30. 9. 1973 wurden in Hamburg rd. 62 000 Wohngeldempfänger registriert, wodurch sich die Zahl im Vergleich zum Stichtag (30. 9.) des Vorjahrs um knapp 2% erhöht hat. Von den Wohngeldempfängern erhielt der weitaus größte Teil Mietzuschüsse; nur 625 waren Empfänger von Lastenzuschüssen. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch hat von 59,71 DM (30. 9. 1972) geringfügig auf 58,64 DM (30. 9. 1973) abgenommen. Durch die geringe Zunahme der Wohngeldempfänger bei gleichzeitiger Abnahme des Wohngeldanspruchs haben die monatlichen Wohngeldzahlungen im September 1973 mit 3,638 Mio DM unwesentlich unter denen des entsprechenden Vorjahrsmonats gelegen.

Tabelle 13

#### Auftragsvergaben im Tiefbau in Hamburg 1970 bis 1973 - Einzelaufträge von 25 000 DM und mehr - - in Mio DM -

Art der Tiefbaumaßnahmen <sup>1)</sup>	1970	1971	1972	Oktober 1971 bis September 1972	Oktober 1972 bis September 1973	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1	2	3	4	5	absolut	in %
Straßenbauten ..	103,0	66,1	76,9	63,9	100,3	+ 36,4	+ 57,0
Straßenbrückenbauten ..	112,7	29,4	2,2	4,7	13,2	+ 8,5	+179,8
Tiefbauten an Bundeswasserstraßen	60,4	19,0	23,5	17,5	16,6	- 0,9	- 5,2
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten ..	84,7	92,5	82,8	61,8	133,6	+ 71,8	+116,1
Sonstige Tiefbauten ..	164,7	141,5	161,3	115,1	203,3	+ 88,2	+ 76,6
Tiefbaumaßnahmen insgesamt <sup>2)</sup> ..	525,4	348,5	346,7	283,1	467,0	+203,9	+ 77,5
darunter Einzelaufträge von 1 Mio DM und mehr ..	370,8	186,1	192,2	113,7	272,8	+159,1	+140,0

<sup>1)</sup> einschl. des vom Bauherrn gestellten Materials. - <sup>2)</sup> ohne die von der OFD Hamburg verwalteten Auftragsvergaben für Bundesbauten.

Tabelle 14

#### Wohngeld in Hamburg 1970 bis 1973

Art der Angaben	Stand am			
	31. Dezember 1970	31. Dezember <sup>1)</sup> 1971	30. September <sup>1)</sup> 1972	30. September <sup>1)</sup> 1973
	1	2	3	4
Mietzuschußempfänger				
Anzahl .....	41 540	54 023	60 323	61 417
Monatl. Wohngeldanspruch in 1000 DM .....	1 871	3 187	3 595	3 596
Monatl. Wohngeldanspruch je Empfänger in DM ...	45,00	59,00	59,60	58,55
Lastenzuschußempfänger				
Anzahl .....	611	835	730	625
Monatl. Wohngeldanspruch in 1000 DM .....	42	58	51	42
Monatl. Wohngeldanspruch je Empfänger in DM ...	69,00	69,00	69,16	67,03
Wohngeldempfänger insges.				
Anzahl .....	42 151	54 858	61 053	62 042
Monatl. Wohngeldanspruch in 1000 DM .....	1 913	3 245	3 646	3 638
Monatl. Wohngeldanspruch je Empfänger in DM ...	45,40	59,15	59,71	58,64

<sup>1)</sup> nach dem Zweiten Wohngeldgesetz (BGBl. I, 1970, S. 1637).

## 7. Handel und Verkehr

### Stark rückläufiges Umsatzwachstum im Einzelhandel

Im Einzelhandel erreichten die nominellen Umsätze für die Zeit vom Januar bis September zwar neue Höchstwerte, doch lag die Steigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1972 mit nur 4,7% weit unter dem entsprechenden Vorjahrswert von 7,1%. Die Entwicklung des Hamburger Einzelhandels blieb damit wiederum deutlich hinter der des Bundesgebiets (+ 8%) zurück. Der reale Umsatz stagnierte in verschiedenen Branchen; in einigen ging er sogar zurück.

Tabelle 15

Umsätze im Einzelhandel in Hamburg 1970 bis 1973  
— in Mio DM —

Wirtschaftsgliederung	1970	1971	1972	Januar — September		Veränderung gegenüber Vorjahr	
				1972	1973	absolut	in %
				1	2		
Einzelhandel insgesamt	8 398	8 954	9 539	6 594	6 905	+311	+4,7
davon							
Nahrungs- u. Genußmittel	2 695	2 810	2 951	2 119	2 276	+157	+7,4
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	2 468	2 630	2 896	1 927	1 945	+ 18	+0,9
Hausrat u. Wohnbedarf	793	868	911	626	673	+ 47	+7,5
Sonstige Waren	2 443	2 646	2 780	1 922	2 011	+ 89	+4,6

Die Höchststraten lagen diesmal beim Handel mit Hausrat und Wohnbedarf (+ 7,5%) und bemerkenswerterweise beim Nahrungs- und Genußmittelhandel (+ 7,4%). Gerade hier war in den vergangenen Jahren stets eine unterdurchschnittliche Entwicklung zu verzeichnen. Dagegen schnitt der frühere Spitzenreiter Handel mit Bekleidung, Wäsche, Schuhen mit nur + 0,9% denkbar ungünstig ab. Das Umsatzwachstum der sonstigen Waren (Elektroerzeugnisse, Papier, pharmazeutische Artikel, Fahrzeuge) liegt dicht am Gesamtdurchschnitt und ist gegenüber dem Vorjahrswert nur unwesentlich gestiegen.

Der Facheinzelhandel, der zwei Drittel der Gesamtumsätze erzielt, verzeichnete mit einem Umsatzplus von nur 3,9% eine noch niedrigere Wachstumsrate als im Vorjahr mit 4,6%. Auch die Warenhäuser erlitten starke Wachstumseinbußen. Betrug ihre Umsatzsteigerung von Januar bis September 1972 noch 8,9%, so sank sie im gleichen Zeitraum 1973 auf 5,5%.

Legt man die bisherige Entwicklung der ersten neun Monate 1973 zugrunde, so läßt sich der Gesamtumsatz des Einzelhandels in diesem Jahr auf knapp 10 Mrd DM schätzen.

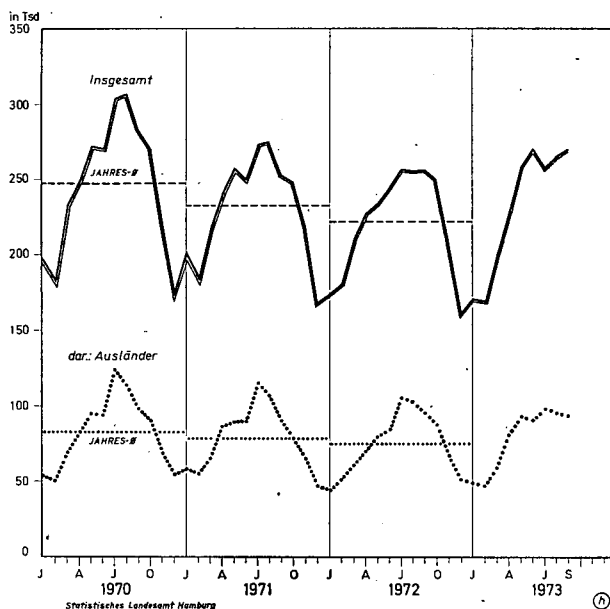
### Belegung des Fremdenverkehrs

Erstmals seit 1970 können im Hamburger Beherbergungsgewerbe, das über rd. 400 Betriebe mit knapp 16 300 Betten verfügt, wieder mehr Gäste verzeichnet werden. Der Rückgang der letzten Jahre hat sich bisher in diesem Jahr nicht wiederholt. Nach den bis

Schaubild 8

### Fremdenverkehr

— Zahl der monatlichen Übernachtungen 1970 bis 1973 —



September 1973 vorliegenden Zahlen wurden um 3,7% mehr Gäste gezählt als im gleichen Vorjahrszeitraum. Die Anzahl der Ausländer stieg sogar um 3,6%. Da die Zahl der Übernachtungen nur um 2,5% zunahm, scheint der schon früher beobachtete Trend zu einer kürzeren Aufenthaltsdauer weiter zu bestehen.

Allerdings hat der Aufschwung des Fremdenverkehrs erst im zweiten Quartal eingesetzt, als das Kongreßzentrum und die IGA eröffnet wurden. Daher wird dem letzten Quartal dieses Jahres besondere Bedeutung hinsichtlich der weiteren Entwicklung beigemessen. Denn während die in der Regel 12 Messen und außerdem die verschiedensten Ausstellungen alljährlich von etwa 500 000 Interessenten aufgesucht werden, verzeichnete allein die diesjährige IGA (vom 27. 4. 1973 bis zum 7. 10. 1973 geöffnet) rd. 5,9 Mio Besucher.

Unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Zahlen läßt sich für das ganze Jahr 1973 die Gesamtzahl der Gäste auf etwas mehr als 1,4 Mio schätzen (rd. 50 000 mehr als im Vorjahr). Davon dürften rd. 490 000 Ausländer sein. Die Zahl aller Übernachtungen wird sich voraussichtlich auf 2,7 Mio, die der Ausländer auf 0,9 Mio belaufen.

### Rekordergebnis im Hamburger Hafen

Bis einschließlich Oktober dieses Jahres wurden im Hamburger Hafen 40,6 Mio t Güter umgeschlagen. Das waren rd. 2,8 Mio t oder knapp 8% mehr als in den ersten zehn Monaten des Vorjahrs. Nach dem leichten Rückgang im vergangenen Jahr steuert der Hafen damit auf ein neues Rekordergebnis zu. Die Ursachen hierfür liegen einmal in einer Wiederbelebung des Welthandels, vor allem aber darin, daß Hamburg erfreulicherweise vom Exportboom der deutschen Wirtschaft in starkem Ausmaß profitiert hat. So hat zu diesem Anstieg denn auch vor allem der Güterverkehr beigetragen, der eine Zunahme von 19%

Tabelle 16

## Güterverkehr über See in Hamburg 1970 bis 1973

— Mengen in 1000 t —

Art der Angaben	1970	1971	1972	Januar — Oktober			
				1972	1973	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	
Gesamtumschlag	46 959	45 303	46 254	37 708	40 554	+2 846	+ 7,6
davon							
Stückgut	13 974	12 995	13 382	10 852	12 171	+1 319	+12,2
Massengut	32 985	32 308	32 872	26 856	28 383	+1 527	+ 5,7
Empfang	36 069	35 090	35 581	29 047	30 273	+1 226	+ 4,2
davon							
Stückgut	7 635	7 097	7 482	6 053	6 419	+ 366	+ 6,1
Massengut	28 434	27 993	28 099	22 994	23 854	+ 860	+ 3,7
Versand	10 890	10 213	10 673	8 661	10 281	+1 620	+18,7
davon							
Stückgut	6 339	5 898	5 900	4 799	5 752	+ 953	+19,9
Massengut	4 551	4 315	4 773	3 862	4 529	+ 667	+17,3

(1,6 Mio t) zu verzeichnen hatte. Beim Empfang dagegen betrug die Steigerung nur 4% (1,2 Mio t).

Differenziert man das Umschlagsvolumen grob nach der Art der Güter, so muß besonders hervorgehoben werden, daß die außergewöhnlich gute Entwicklung vor allem auf das Stückgut mit seiner gegenüber dem Massengutverkehr ungleich höheren Wertschöpfungsrate zurückzuführen war. Das Stückgut aufkommen der ersten zehn Monate betrug insgesamt 12,2 Mio t und verbesserte sich damit gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um mehr als 12%. Innerhalb der Stück- und Sackgut-Positionen wurden besonders hohe Steigerungsraten beim Eisen- und Stahlhalbzeug sowie bei Eisen- und NE-Metallen erzielt. Erstmals seit langen Jahren hat sich auch der für Hamburg bedeutende Südf Fruchtumschlag wieder positiv entwickelt (+ 7%). Das ist um so beachtlicher, als gleichzeitig auch Obst- und Gemüsekonserven erhebliche Zuwachsraten aufwiesen. Stark rückläufig waren dagegen die Anlandungen von Zucker. Insgesamt gesehen lag beim Stückgut das Schwergewicht der Zunahme im Versand (+ 20%), während auf der Empfangsseite ein Plus von 6% erzielt wurde.

Sehr unterschiedlich verlief die Entwicklung bei den Massengütern, auf die mengenmäßig mit 28,4 Mio t rd. 70% des Gesamtumschlags entfielen. Insgesamt wurden 1,5 Mio t mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres umgeschlagen (+ 6%). Dabei stieg der Rohölimport um 9% auf knapp 10 Mio t an, während gleichzeitig der Umschlag von Mineralölprodukten um 8% (auf 5,9 Mio t) zurückging. Der Grund für diese Verschiebungen ist in einer Ausweitung der Hamburger Raffineriekapazitäten bei gleichzeitig erheblich höherem Energiebedarf zu suchen. Rückläufig war auch der Umschlag von Kohlen (- 14%) und Getreide (- 5%). Ungewöhnlich stark war dagegen die Zunahme beim Erzumschlag, der — nicht zuletzt wegen der nunmehr voll produzierenden Hamburger Stahlwerke — um ziemlich genau ein Drittel auf 1,5 Mio t anstieg. Auch bei den Massengütern hat sich der Versand mit einer Zuwachsrate von + 17% weit aus besser entwickelt als der Empfang (+ 4%).

Im Gegensatz zum Vorjahr gingen von der Durchführung, einer der wesentlichen Stützen des Güter-

umschlags, diesmal keine neuen Impulse aus. Bis August dieses Jahres belief sich der Güterumschlag im Transitverkehr auf 5,6 Mio t und lag damit um 3% niedriger als 1972. Hierbei wurden die zumeist für die DDR und CSSR kurzfristig zwischengelagerten Getreide-, Ölfrucht- und Futtermittelmengen hinzuge-rechnet, obgleich sie an sich statistisch als „Einfuhr auf offene Zollager“ zu behandeln sind. Zwar lag die DDR auch in diesem Jahr insgesamt mit 1,8 Mio t in der Skala der Transitländer an erster Stelle, der Transitverkehr über Hamburg war jedoch um 336 000 t (- 16%) rückläufig. Diese Entwicklung ist jedoch weit weniger dramatisch, wenn man berücksichtigt, daß wegen der schlechten Ernten 1972 ein bis dahin unbekannter Rekord im Getreide-Transit zur DDR zu verzeichnen war, wohingegen in diesem Jahr sich die Getreideimporte der DDR über Hamburg normalisiert haben. Etwa unverändert blieb mit mehr als einer Million t die Durchfuhr der CSSR. Der Österreich-Transit verminderte sich dagegen um gut 6%, wobei in erster Linie die Ausfuhr über Hamburg hinter den Vorjahrswerten zurückblieb. Stark angestiegen sind dagegen der Außenhandel der skandinavischen Länder über Hamburg (+ 20%) sowie die fast ausschließlich aus hochwertigem Stückgut bestehenden Transitmengen aus Ungarn (+ 22%) und der Schweiz (+ 20%).

Da bislang keine Anzeichen für eine Abschwächung der Umschlagsmengen in den letzten Wochen bis zum Jahresende erkennbar sind, kann für das gesamte Jahr 1973 mit einem Umschlagsvolumen von rd. 50,0 Mio t gerechnet werden. Davon dürften rd. 35,3 Mio t auf Massengüter und 14,7 Mio t auf Stückgüter entfallen.

## Weiterhin starker Anstieg des Containerumschlags

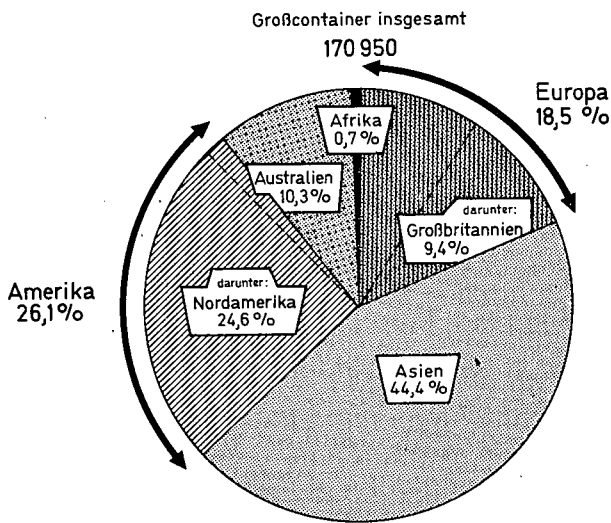
Im Containerverkehr nahm das Wachstumstempo in diesem Jahr trotz der schon guten Entwicklung der Vorjahre noch weiter zu. Bis Ende Oktober wurden insgesamt 171 000 Großcontainer (20 Fuß und mehr) umgeschlagen, was einer Steigerungsrate von 62% entspricht. Würde man das Bruttogewicht der beladenen Container zugrunde legen, so lag die Zunahme sogar bei knapp 76%, was darauf hindeutet, daß in diesem Jahr in verstärktem Umfang die größeren 40'-Container benutzt worden sind. Mit dieser weiterhin stürmischen Aufwärtsentwicklung wurde bereits Ende Oktober die Zwei-Mio-t-Grenze überschritten.

Die außerordentlich hohen Zuwachsraten waren vor allem auf die starke Ausweitung des Ostasienverkehrs zurückzuführen. In dieser Relation stieg die Zahl der umgeschlagenen Container um 166%. Dagegen nahm der Containerumschlag mit Nordamerika nur noch geringfügig zu (+ 3%). Infolge dieser extrem unterschiedlichen Tendenzen haben die fernöstlichen Fahrtgebiete das traditionelle Containerland Nordamerika bei weitem übertroffen (vgl. Schaubild 9). Während in den ersten Monaten rd. 76 000 Container im Verkehr mit Ostasien transportiert wurden, konnten die Fahrtgebiete Nordamerika am Atlantik und am Pazifik zusammen nur 42 000 auf sich vereinigen. Neben den ostasiatischen Containerverbindungen wurde auch der Australien-Verkehr wesentlich intensiviert, was in einer Zuwachsrate von 43% seinen Ausdruck findet.



Schaubild 9

**In Hamburg umgeschlagene Großcontainer nach Verkehrsbereichen in % Januar bis Oktober 1973**



Statistisches Landesamt Hamburg

(h)

Innerhalb Europas ist vor allem der Behälterverkehr mit Großbritannien und Irland hervorzuheben, der mit rd. 11 000 Einheiten um 49% zugenommen hat.

Da nicht anzunehmen ist, daß in den letzten beiden Monaten wesentliche Verschlechterungen eintreten werden, wird man für das gesamte Jahr 1973 mit einem Umschlag von etwa 210 000 Großcontainern im Hamburger Hafen rechnen können. Beim Brutto-Gewicht der in Containern umgeschlagenen Güter wird voraussichtlich ein Umschlagsvolumen von 2,5 Mio t erzielt werden.

**Binnenschiffsverkehr im wesentlichen unverändert**

Im Verkehr mit Hamburg beförderte die Binnenschiffahrt zwischen Januar und September dieses Jahres etwa 7,2 Mio t. Das Transportvolumen lag somit um rd. 126 000 t bzw. 1,8% nur geringfügig über dem Vorjahrsresultat.

Die – wenn auch geringe – Zuwachsrate wurde ausschließlich durch einen starken Anstieg im Niederelbeverkehr erreicht, während auf dem Gebiet der Oberelbe sich das Transportvolumen um 1,1% auf knapp 17 500 t verminderte. Starke Einbußen erlitt die Binnenschiffahrt hierbei vor allem im Durchgangsverkehr mit der DDR (– 11%), insbesondere aber in der Durchfuhr von und nach der CSSR (– 25,1%), die mit einer Gütermenge von rd. 567 000 t um fast 190 000 t niedriger lag als in den entsprechenden Monaten des Vorjahrs. Zu dieser erheblich rückläufigen Entwicklung haben nicht zuletzt die starke Vereisung im Monat Januar sowie die niedrigen Wasserstände der Trockenmonate Juli bis September beigetragen, die den Schiffsverkehr auf der Oberelbe stark behinderten und zeitweise sogar zum Erliegen brachten.

Dagegen stiegen die Transportleistungen im Unterelbeverkehr um knapp 18% auf rd. 3,1 Mio t an. Im Gegensatz zur Oberelbe mögen die weitaus günstigeren Fahrverhältnisse für das positive Ergebnis mit ausschlaggebend gewesen sein.

Vorausgesetzt, daß der Winter nicht allzu früh einsetzt, wird das Transportvolumen der Binnenschiffahrt in den restlichen Monaten wahrscheinlich noch um ungefähr 2,5 Mio t zunehmen, so daß vermutlich das Vorjahrsresultat mit knapp 10 Mio t geringfügig überschritten werden kann.

**Steigendes Transportvolumen in der Hafenschiffahrt**  
Im ersten drei Viertel Jahr wurden im Hamburger Hafen über 4 Mio t Güter aller Art mit Schuten befördert, womit gegenüber dem Vorjahr eine Zuwachsrate von 8% verzeichnet wurde. Hierbei hat die Beförderung von Sack- und Stückgut, die rd. 1,3 Mio t erreichte, um 5,1% zugenommen; bei den Massengütern wurde sogar eine Steigerung von 9,5% registriert. In diesem Bereich fielen vor allem erhebliche Zunahmen in der Erzbeförderung (+ 17,3%) und im Getreidetransport (+ 9,2%) auf, während das Transportaufkommen bei Kohle und Koks (– 12,9%) sowie von Mineralöl (– 6,2%) sich rückläufig entwickelte.

Da zum Jahresende mit einer guten Beschäftigungslage im Hamburger Hafen gerechnet wird, wird man für das gesamte Jahr 1973 ein Beförderungsvolumen der Hafenschiffahrt von reichlich 5,4 Mio t erwarten dürfen.

**Starker Rückgang im Luftverkehr durch Bummelstreik**

Zum ersten Male seit Mitte der fünfziger Jahre sind die Verkehrsleistungen auf dem Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel im Vergleich zum Vorjahr erheblich zurückgegangen. Die Zahl der Starts und Landungen im gewerblichen Luftverkehr verringerte sich in den ersten zehn Monaten dieses Jahres um rd. 9 600 (– 15%), so daß insgesamt nur 53 000 Flugzeugbewegungen zu verzeichnen waren. Ähnlich hoch waren die Einbußen im Fluggastaufkommen. Hier wurden bis Ende Oktober „nur“ 2,7 Mio Personen (ohne Transit) abgefertigt. Damit betrug der Rückgang im Passagierverkehr 10% (– 299 000). Besonders stark betroffen war der Linienverkehr (– 13%). Zwar konnten auch im Pauschalreiseverkehr (einschl. Charterflugverkehr) die hohen Zuwachsraten der Vorjahre nicht erreicht werden; immerhin wurde in dieser durch die Flugtouristik geprägten Verkehrsart noch eine Steigerung von 4% erzielt. Auch im Luftfrachtgeschäft bestätigen sich die allgemein negativen Tendenzen. Gegenüber dem Vorjahr ging das Ladungsaufkommen um knapp 13% auf 19 900 t (ohne Transit) zurück. Der Luftpostverkehr konnte dagegen mengenmäßig ein leichtes Plus verbuchen (+ 2%) und betrug rd. 7 700 t.

Die insgesamt rückläufige Entwicklung beruhte in erster Linie auf den anhaltenden Auseinandersetzungen der Fluglotsen mit der Bundesregierung („Dienst nach Vorschrift“), die seit Beginn der Sommermonate zur Einstellung zahlreicher Flüge zwang. Eine Normalisierung des durch den Bummelstreik beeinträchtigten Luftverkehrs und damit eine Wende der bisherigen Entwicklungstendenzen ist vorerst noch nicht abzusehen. Zudem haben in verstärktem Maße die zwischen der BRD und der DDR vereinbarten Reiseerleichterungen zu einem starken Rückgang der Passagierzahlen im Berlin-Verkehr geführt. Allein in den ersten zehn Monaten wurden in dieser Relation knapp 129 600 Personen (– 20%) weniger befördert als im Vorjahr. Hinzu kommt, daß auch der Wegfall von Zu-

bringerflügen infolge des größeren Angebots von Direktverbindungen von anderen Flughäfen die Frequenz des Hamburger Flughafens negativ beeinflusst hat.

Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungstendenz wird das Jahresergebnis 1973 (ohne Transit) rd. 3,1 Mio Personen betragen. Bei der Luftfracht kann mit insgesamt 24 600 t gerechnet werden, und das Luftpostaufkommen wird voraussichtlich bei 9 500 t liegen.

#### Öffentlicher Personennahverkehr im wesentlichen unverändert

Bis September dieses Jahres wurden von Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs über 445,8 Mio Fahrgäste befördert. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer leichten Zunahme um 253 000 bzw. 0,1 %.

Differenziert man das Beförderungsergebnis des öffentlichen Personennahverkehrs nach Betriebszweigen, so konnte nur der Kraftomnibusverkehr eine positive Entwicklung verzeichnen. Hier wurden in den ersten neun Monaten 161,3 Mio Beförderungsfälle registriert, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 6% gleichkommt. Hingegen entwickelte sich die Beförderungsleistung der Straßenbahnen als Folge der vor allem durch Linienstillegungen verursachten Verkehrsverlagerungen, insbesondere zum Kraftomnibus, weiterhin rückläufig. Bis September wurden 5,8 Mio Fahrgäste bzw. 15,1 % weniger befördert als im Vergleichszeitraum des Jahres 1972. Damit hat die Straßenbahn, deren Anteil am gesamten Beförderungsaufkommen nur noch 7,3 % beträgt, als öffentliches Verkehrsmittel erheblich an Bedeutung verloren; hingegen vermochte der zunehmende Kraftomnibusverkehr seinen Stellenwert auf 36,2 % deutlich zu verbessern.

Tabelle 17

#### Mit Hamburger Verkehrsmitteln beförderte Personen 1970 bis 1973

— Betriebszweigsbeförderungsfälle in 1000 —

Verkehrsmittel	1970	1971	1972	Januar bis September			
				1972	1973	Veränderung gegenüber Vorjahr	
						absolut	in %
1	2	3	4	5	6	7	
Schnell- und Vorortbahnen <sup>1)</sup>	332 991	333 460	331 449	245 219	243 423	-1 796	- 0,7
Kraftomnibusse	189 527	198 497	207 246	152 132	161 285	+9 153	+ 6,0
Straßenbahnen	63 315	56 355	51 691	38 458	32 645	-5 813	-15,1
Schiffahrt <sup>2)</sup>	13 314	13 138	12 070	9 744s	8 453s	-1 291	-13,2
Insgesamt	599 147	601 450	602 456	445 553	445 806	+ 253	+ 0,1

<sup>1)</sup> S- und U-Bahnen, nichtbundeseigene Eisenbahnen. — <sup>2)</sup> Hafen- und Alsterschiffahrt.  
s = geschätzte Zahl.

Auch das Beförderungsergebnis der Schiffahrt lag um 13,2% niedriger als im Vorjahr, während die Transportleistung der Schnell- und Vorortbahnen, die allein mehr als die Hälfte aller Personen im öffentlichen Nahverkehr befördern (243,4 Mio), im wesentlichen unverändert blieb (- 0,7 %).

#### Verlangsamtes Wachstum des Kraftfahrzeugbestands

Im Rahmen der jährlichen Bestandsauszählung wurden am 1. Juli 1973 in Hamburg insgesamt knapp 537 000 Kraftfahrzeuge registriert, davon allein rd. 488 000 (91%) Personen- und Kombinationskraftwagen. Im Durchschnitt entfielen damit auf je 1 000 Hamburger Einwohner 302 Kraftfahrzeuge.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Fahrzeugbestand nur geringfügig erhöht. Die Ausweitung des Kraftfahrzeugbestands belief sich zwar immer noch auf rd. 12 100 Fahrzeuge (+ 2,3%); die Zuwachsrate liegt aber erheblich unter denjenigen der Vorjahre (1972: 3,0%, 1971: 6,3%).

Zu dieser Entwicklung mögen mehrere Gründe beigetragen haben. Zunächst einmal wird man berücksichtigen müssen, daß sich die Motorisierung langsam ihrer Sättigungsgrenze nähert und in dieser Phase mit spektakulären Bestandszunahmen wohl auch in Zukunft nicht gerechnet werden kann. Hinzu kommen die im Zuge der Stabilitätspolitik in diesem Jahr relativ hohen Kreditkosten, die eine gewisse Zurückhaltung potentieller Autokäufer bewirkt haben mag. Darauf deutete auch die Zahl der Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge hin, die sich in den ersten sieben Monaten gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs um 3,3% verminderte. Letztlich ist auch die seit geraumer Zeit rückläufige Einwohnerzahl Hamburgs, insbesondere durch die Abwanderung ins Umland, nicht ohne Einfluß auf die Bestandszahlen der in Hamburg zugelassenen Kraftfahrzeuge geblieben. Das bedeutet jedoch nicht, daß sich damit auch automatisch die Verkehrsdichte verringert hat. Denn viele Hamburger, die sich in den benachbarten Landkreisen angesiedelt haben, nehmen zum großen Teil weiterhin als Pendler, vor allem in der Zeit des Berufsverkehrs, am Stadtverkehr teil.

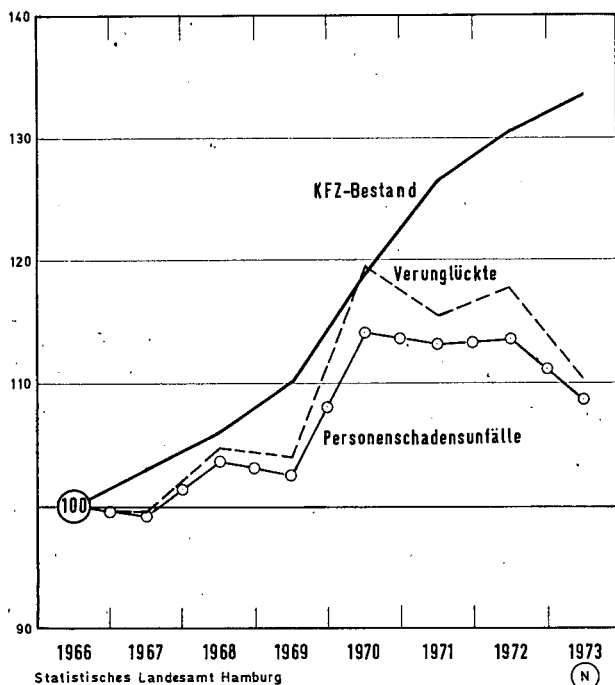
#### Rückgang der Straßenverkehrsunfälle

In den Monaten Januar bis September ereigneten sich in Hamburg etwas mehr als 8 900 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschäden; dabei verunglückten rd. 12 100 Verkehrsteilnehmer. Gegenüber den ersten neun Monaten des Vorjahrs ist somit die Zahl der Personenschadensunfälle um knapp 5% gesunken, die Zahl der Verunglückten sogar um 6%. Besonders erfreulich ist, daß die Zahl der Getöteten überproportional abgenommen hat (- 10%). Angemerkt sei auch noch, daß die Sachschadensunfälle (ohne Bagatellunfälle) um 5% — also ebenso stark wie die schweren Unfälle — zurückgegangen sind.

Ein ganz wesentlicher Grund für das Absinken der Personenschadensunfälle ist in einem starken Rückgang der Alkoholunfälle zu suchen, die in den ersten neun Monaten um mehr als 12% hinter den Vorjahrswerten zurückgeblieben sind. Es hat dabei den Anschein, daß das ständige Einwirken der Automobilverbände sowie von Presse, Rundfunk und Fernsehen im Zusammenhang mit der Diskussion um das 0,8‰-Gesetz zu einem verantwortungsvolleren Fahrverhalten geführt haben. Allerdings sind gleichzeitig in Hamburg auch die allgemeinen Überwachungsmaßnahmen sowie die Trunkenheitskontrollen durch die Polizei verstärkt worden. Offen bleibt vorläufig allerdings die

Schaubild 10

**Kraftfahrzeugbestand, Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden, Verunglückte 1966 bis 1973**  
1966 = 100



Frage, ob der hier sichtbar werdende Tendenzumschwung von Dauer sein wird, oder ob nach einiger Zeit der „Gewöhnung“ die Unfallzahlen wieder steigen.

Da die Zahl der Verkehrsunfälle stark von den Witterungsbedingungen abhängig ist, ist eine Unfallprognose für die letzten Monate dieses Jahres sehr schwierig. Unter Berücksichtigung der Sonntagsfahrverbote kann für das gesamte Jahr 1973 mit einem Schätzwert von etwa 12 000 Personen- und rd. 24 500 Sachschadensunfällen gerechnet werden. Die Zahl der verunglückten Personen dürfte sich dabei auf 16 400 belaufen.

## 8. Geld und Staatsfinanzen

### Wiederanstieg der Spareinlagen im Oktober

Der anhaltende und gleichzeitig sich beschleunigende Preisauftrieb zeitigte Auswirkungen auf das Kontensparen. Nachdem die Spareinlagen bei den Hamburg-

Tabelle 18

**Spareinlagenbestand <sup>1)</sup> bei Kreditinstituten in Hamburg und im Bundesgebiet 1970 bis 1973**

Gebiete	31. 12.			31. 10.		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1970	1971	1972	1972	1973		
	in Mio DM						in %
	1	2	3	4	5	6	7
Hamburg <sup>2)</sup>	7 764	8 692	9 684	9 269	9 393	+ 124	+1,3
Bundesgebiet <sup>3)</sup>	205 440	232 478	263 953	249 955	261 418	+11 463	+4,6

<sup>1)</sup> von privaten und öffentlichen Haushalten sowie Unternehmen, —  
<sup>2)</sup> Quelle: Landeszentralbank Hamburg. — <sup>3)</sup> Quelle: Deutsche Bundesbank.

ger Kreditinstituten Ende 1972 eine Rekordhöhe von 9,7 Mrd DM erreicht hatten, läßt die Spartätigkeit seither zunehmend nach. Wie aus den statistischen Meldungen der Landeszentralbank hervorgeht, überstiegen zwischen Januar und September 1973 die monatlichen Abhebungen von Sparkonten die Einzahlungen; der letzte Berichtsmonat, Oktober, schloß allerdings wieder mit einem Einzahlungsüberschuß (+ 16 Mio DM) ab. Ob das bereits Signal für einen Tendenzumschwung ist, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen. Vom 31. Dezember 1972 bis 31. Oktober 1973 verringerte sich der Spareinlagenbestand um 291 Mio DM oder 3,2 %, während sich für die ersten zehn Monate 1972 aufgrund laufender Einzahlungsüberschüsse noch ein Zuwachs von 577 Mio DM bzw. 6,6 % errechnete.

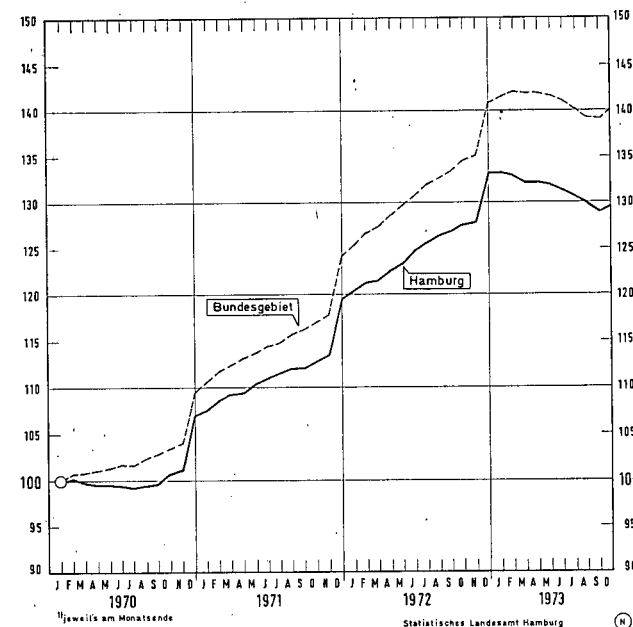
Ende Oktober waren auf den Sparkonten 9,4 Mrd DM gutgeschrieben, nur 124 Mio DM mehr als zwölf Monate zuvor. 1,28 Mrd DM, das sind 13,6 % des Gesamtbestands an Spareinlagen, waren von den Sparern prämiengünstig angelegt worden. Mit einer Steigerungsrate von 31,1 % hat das prämiengünstige Sparen somit einen kräftigen Aufschwung genommen. Dies kann als Indiz dafür angesehen werden, daß sich die Sparer angesichts der Geldentwertung neuerdings zunehmend renditebewußter verhalten.

So setzte sich die Geldvermögensbildung privater Haushalte in der BRD 1972 nach vorläufigen Ergebnissen zu 65,7 % (1971 72,1 %) aus Spareinlagen, zu 7,4 % (1971 3,2 %) aus Sparbriefen und -obligationen sowie zu 26,9 % (1971 22,6 %) aus Wertpapieren und Termingeldern zusammen. Danach ist größter Konkurrent des Sparbuchs der Erwerb festverzinslicher Wertpapiere geworden.

Der Spareinlagenbestand bei den Kreditinstituten im gesamten Bundesgebiet belief sich am 31. Oktober

Schaubild 11

**Die Entwicklung des Spareinlagenbestandes <sup>1)</sup> bei Kreditinstituten in Hamburg und im Bundesgebiet 1970 bis 1973**  
(Stand Ende Januar 1970 = 100)



1973 auf 262,4 Mrd DM. Ende Februar, auf seinem Höchststand angelangt, betrug er noch 266,2 Mrd DM. Er hat sich also seitdem um 3,8 Mrd DM (- 1,4 %) zurückentwickelt. Nimmt man den Dezemberwert 1972 als Bezugsgröße, dann macht der Rückgang in den ersten 10 Monaten 1973 nicht mehr als 1,5 Mrd DM oder 0,6 % aus. Im Bundesgebiet haben sich demnach die Spareinlagen in geringerem Umfang vermindert als in der Hansestadt. Für Oktober ist ebenfalls ein Wiederanstieg der Spareinlagen zu beobachten.

### Staatsausgaben wachsen langsamer

Die Finanzsituation Hamburgs im Rechnungszeitraum Januar bis September 1973 ist gekennzeichnet durch ein verlangsamtes Wachstum der Ausgaben auf nach wie vor hohem Niveau bei gleichzeitig reichlich fließenden Steuereinnahmen und verminderter Schuldenaufnahme.

Die öffentlichen Gesamtausgaben betragen bis zum 30. 9. 1973 5,05 Mrd DM und lagen damit um 434 Mio DM bzw. 9,4 % über dem Ergebnis der vergleichbaren Vorjahrsperiode, in der der Ausgabenanstieg noch 12,2 % betragen hatte. Demgegenüber erhöhten sich die staatlichen Gesamteinnahmen in den ersten neun Monaten 1973 um 190 Mio DM bzw. 3,8 % auf 5,21 Mrd DM. Die Einnahmen übersteigen also in diesem Zeitraum die Ausgaben um 159 Mio DM. Während Personalausgaben und laufende Sachausgaben überdurchschnittlich zunahm, ist bei den Ausgaben für direkte sowie indirekte Investitionen nur ein geringfügiger Anstieg zu konstatieren. Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist jedoch die ab 1. Januar 1973 erfolgte Umstellung der Wohnungsbaufinanzierung zu berücksichtigen, welche die Ausgabenseite des hamburgischen Haushalts entlastet: Die Finanzierung des Wohnungsbauförderungsprogramms wurde der Wohnungsbaukreditanstalt übertragen.

Tabelle 19

### Öffentliche Ausgaben Hamburgs nach ausgewählten Arten 1970 bis 1973

Ausgabearten	1970			1971			1972			Januar - September	
	1970	1971	1972	1972	1973	Veränderung gegenüber Vorjahr					
	in Mio DM						in %				
	1	2	3	4	5	6	7				
Öffentliche Ausgaben insgesamt ....	5 145	5 809	6 587	4 616	5 050	+434	+ 9,4				
darunter Personalausgaben	2 113	2 537	2 800	2 071	2 300	+229	+11,1				
Investitionen <sup>1)</sup>	1 178	1 267	1 308	843	873	+ 30	+ 3,6				
Laufender Sachaufwand ..	637	690	865	591	654	+ 63	+10,7				

<sup>1)</sup> Sachinvestitionen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, Darlehen und Erwerb von Beteiligungen.

Quelle: Vierteljahresstatistik über die Ausgaben und Einnahmen der Länder, SFK 3.

### Weiter kräftig wachsende Steuereingänge

Auch für das Haushaltsjahr 1973 sind wieder hohe Steuermehrerträge zu erwarten. In den ersten neun

Monaten wurden nämlich in Hamburg insgesamt brutto 15,3 Mrd DM an Steuern (ohne den Stabilitätszuschlag und die ebenfalls aus stabilitätspolitischen Gründen erhobene Investitionsteuer) eingenommen; das sind 2,0 Mrd DM oder 15,1 % mehr als im gleichen Zeitabschnitt des Vorjahrs. Bei konstanter Steuerrückzahlungsquote müßte sich das totale Aufkommen bis zum Jahresschluß auf rd. 21,3 Mrd DM belaufen. Die für Hamburg haushaltswirksamen Steuereinnahmen erreichten in den ersten drei Vierteljahren rd. 3,2 Mrd DM, 380 Mio DM oder 13,6 % mehr als zur gleichen Zeit im Vorjahr. Falls dieser Zuwachs bis Dezember anhält, würde - ausgehend vom Istresultat der haushaltsrelevanten Steuereinnahmen 1972 - der 3,976 Mrd DM betragende originäre, rechnerische Haushaltsansatz 1973 um gute 200 Mio DM überschritten werden. Demzufolge werden nunmehr die Hamburg verbleibenden Steuereinnahmen für das gesamte Jahr 1973 auf 4,128 Mrd DM veranschlagt. Bei der Beurteilung von absolutem Niveau und Zuwachsrate muß man aber immer die inflationsbedingte Aufblähung in Rechnung stellen.

Das Entwicklungstempo variierte je nach Einzelsteuer beträchtlich. Läßt man die Bagatellabgaben unberücksichtigt, so erweist sich, daß das Branntweinmonopol sowie die Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer mit einem Plus von bis jetzt 27,0 % bzw. 21,5 % an der Spitze liegen. Am ungünstigsten schnitt andererseits in den ersten neun Monaten 1973 die allerdings ohnehin nicht sehr ergiebige Erbschaftsteuer ab, deren Aufkommen sich um bald ein Viertel verminderte, ein Ergebnis, das mit den starken Zufallseinflüssen, denen diese Abgabeart ausgesetzt ist, zusammenhängt. Unter den reinen Bundessteuern lagen, abgesehen von den schon erwähnten Spitzenreitern Branntweinmonopol und Ergänzungsabgabe, die Tabak- und Mineralölsteuer mit + 16,7 % bzw. + 15,7 % vornan. Im Aufkommen der Tabak- und Mineralölsteuer schlugen sich besonders die Steuerheraufsetzungen kassenmäßig nieder, bei den Branntweinabgaben die Vorverlegung der Zahlungsfrist. Während die reinen Landessteuern insgesamt betrachtet stagnieren, konnten die Gemeindesteuern durchschnittliche Mehreinnahmen erzielen; die Lohnsummensteuer erreichte sogar ein Plus von 18,3 %. Ein Vergleich mit dem Bundesgebiet muß unter Ausschaltung des kommunalen Steueraufkommens angestellt werden, weil darüber kein aktuelles Zahlenmaterial greifbar ist. Bei Bund und Ländern wurden von Januar bis September 1973 kumuliert 145,9 Mrd DM Steuereingänge registriert, das sind 18,1 Mrd DM oder 14,6 % (Hamburg 15,1 %) mehr als im Jahr davor. Dabei verbuchten die Gemeinschaftlichen Steuern (ohne Gewerbesteuerumlage) mit + 16,2 % (Hamburg + 16,9 %) das größte Wachstumstempo für sich; die reinen Bundessteuern sind um 8,8 % (Hamburg 14,3 %) und die ausschließlich den Ländern reservierten Steuern um 6,6 % (Hamburg 0,3 %) gestiegen. Sichtlich ungünstig schneidet Hamburg also bei dem Vergleich im Hinblick auf die Entwicklung der Landessteuern ab.

### Ende 1973 voraussichtlich über 5 Milliarden DM Staatsschulden

Um die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt zu schließen, sieht sich Hamburg jedes

Tabelle 20

## Steueraufkommen in Hamburg 1970 bis 1973

Steuerarten	Januar bis September						
	1970	1971	1972	1972	1973	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mio DM						in %
	1	2	3	4	5	6	7
Gemeinschaftliche Steuern <sup>1)</sup>	7 022	7 489	8 351	6 022	7 037	+ 1 015	+16,9
davon Lohnsteuer	2 138	2 657	3 041	2 149	2 525	+ 376	+17,5
Veranlagte Einkommensteuer	804	942	1 036	768	890	+ 122	+15,9
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	173	145	253	231	265	+ 34	+14,7
Körperschaftsteuer	466	480	518	352	391	+ 39	+11,1
Steuern vom Umsatz	3 441	3 265	3 504	2 522	2 966	+ 444	+17,6
Bundessteuern ..	7 234	7 547	8 648	6 151	7 033	+ 882	+14,3
darunter Zölle ..	594	674	695	499	503	+ 4	+ 0,8
Mineralölsteuer	5 286	5 497	6 456	4 601	5 324	+ 723	+15,7
Tabaksteuer	765	745	809	545	636	+ 91	+16,7
Kaffeesteuer	292	294	302	217	236	+ 19	+ 8,8
Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer	54	68	89	65	79	+ 14	+21,5
Landesteuern ..	481	488	509	384	385	+ 1	+ 0,3
darunter Vermögensteuer	200	209	198	149	152	+ 3	+ 2,0
Erbsteuer	45	28	27	21	16	- 5	-23,8
Kraftfahrzeugsteuer	122	130	146	108	109	+ 1	+ 0,9
Gemeindesteuern <sup>2)</sup>	715	828	969	713	818	+ 105	+14,7
darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital <sup>1)</sup>	520	615	705	518	595	+ 77	+14,9
Gewerbesteuer nach der Lohnsumme	105	121	148	109	129	+ 20	+18,3
Gemeinschaft-, Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern insgesamt	15 451	16 352	18 477	13 270	15 274	+ 2 004	+15,1
darunter Hauswirtschaftliche Steuererhebungen	2 714	3 187	3 688	2 787	3 167	+ 380	+13,6

<sup>1)</sup> ohne Gewerbesteuerumlage. - <sup>2)</sup> einschl. Gewerbesteuerumlage.

Jahr erneut genötigt, Kredite in Anspruch zu nehmen. Darüber war in diesem Jahr der aufgrund des verschärften Stabilitätsprogramms der Bundesregierung gesetzte Rahmen für Nettokreditaufnahme zu beachten.

Wie der Vierteljahresstatistik über die Ausgaben und Einnahmen der Länder zu entnehmen ist, betrug die Schuldenaufnahme der Hansestadt bis 30. September 1973 506 Mio DM. Gegenüber dem Zeitraum Januar bis September 1972 bedeutet das eine um 369 Mio DM oder 42,2% verminderte Kreditaufnahme. Gleichzeitig wurden bestehende Schulden in größerem Umfang getilgt. Demzufolge stieg der fortgeschriebene Bestand fundierter Schulden in den ersten neun Monaten 1973 um 157 Mio DM bzw. 3,4% an und erreichte am 30. 9. 1973 mit 4,84 Mrd DM das absolut höchste Niveau seit der Währungsreform.

Die Gesamtschuldenbelastung pro Kopf der Bevölkerung beläuft sich jetzt auf 2 752 DM, während sie ein Jahr zuvor 2 604 DM ausmachte. Bringt man lediglich die Neuschulden aus Kreditmarktmitteln einschl. der öffentlichen Sondermittel in Ansatz, die vor allem das Budget belasten, dann ergeben sich gegenwärtig 2 018 DM je Einwohner Hamburgs, 141 DM mehr als zum korrespondierenden Vorjahrstermin.

Tabelle 21

Stand der fundierten Schulden <sup>1)</sup> 1970 bis 1973

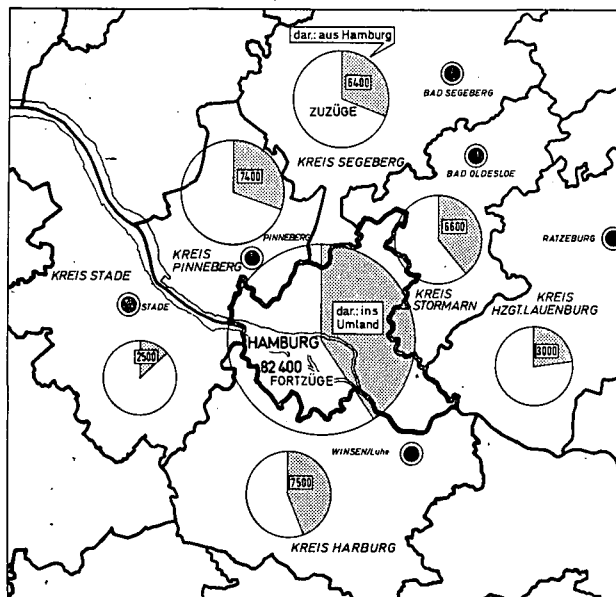
Schuldenarten	31. 12.			30. 9.			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	1970	1971	1972	1972	1973			
	in Mio DM							in %
	1	2	3	4	5	6		7
Fundierte Schulden insgesamt	3 498	4 059	4 680	4 621	4 837	+216	+ 4,7	
davon Altschulden ..	651	627	613	620	606	- 14	- 2,3	
Neuschulden ..	2 847	3 432	4 067	4 001	4 231	+230	+ 5,7	
davon aus Kreditmarktmitteln <sup>2)</sup>	2 152	2 745	3 379	3 330	3 547	+217	+ 6,5	
bei Gebietskörperschaften ..	695	687	688	671	684	+ 13	+ 1,9	

<sup>1)</sup> ohne Anleihestücke im eigenen Bestand. - <sup>2)</sup> einschl. öffentlicher Sondermittel.

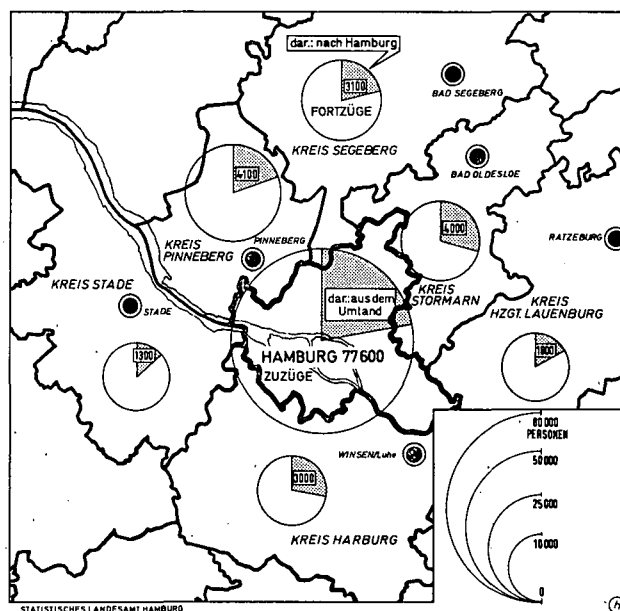
Bis Jahresultimo ist mit einer weiteren Erhöhung der öffentlichen Verschuldung auf etwa 5,1 Mrd DM zu rechnen, da lt. Intention der Finanzverwaltung im vierten Quartal 1973 noch 319 Mio DM an Verpflichtungen eingegangen und 35 Mio DM getilgt werden sollen. Das würde im Endergebnis ein deutlich verlangsamtes Anwachsen des Schuldenstatus, bezogen auf das ganze Jahr 1973, um 9,4% bedeuten, da in 1972 und 1971 die vergleichbaren Zuwachsqoten noch 15,3% bzw. 16,0% betragen hatten.

Wanderungsbewegung in der Region Hamburg 1972

a) Die Fortzüge aus Hamburg und der Anteil der aus Hamburg zugezogenen Personen an den Gesamtzuzügen in den Randkreisen



b) Die Zuzüge nach Hamburg und der Anteil der nach Hamburg fortgezogenen Personen an den Gesamtfortzügen in den Randkreisen



Eine statistische Gegenüberstellung der Hamburger Zahlen mit denen des Bundesgebiets ist nur nach dem Stand Ende Juni 1973 durchführbar. Aktuellere Daten liegen für das Bundesgebiet gegenwärtig nicht vor. Danach erhöhten sich die fundierten Schulden aller öffentlichen Haushalte zusammengenommen – Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, ÖffA, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne die Schulden dieser Haushalte untereinander) von 154,9 Mrd DM am 31. Dezember 1972 auf 159,1 Mrd DM am 30. Juni 1973. Sie nahmen damit um 4,2 Mrd DM oder 2,7% zu. Die entsprechend berechnete Veränderungsrate für Hamburg ergibt + 3,5%. Begrenzt man die Gegenüberstellung auf die aus ökonomischer Werte besonders relevante Teilmasse der inländischen Neuschulden aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln, dann beträgt die durchschnittliche Bestandszuwachsquote aller öffentlichen Haushalte bei einem Schuldenvolumen am 30. Juni 1973 von insgesamt 137,8 Mrd DM + 3,3%; die von Hamburg liegt mit + 4,4% um ein Drittel darüber. Separat dargestellt, hat der Bund mit + 5,3% seine Nettoverschuldung am Kreditmarkt am stärksten aufgestockt; ihm folgen die Gemeinden nebst deren Verbänden mit + 4,5%; am zurückhaltendsten waren die Länder, die ihre Schuldenbürde nur um 0,7% vergrößerten.

9. Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg

Bevölkerungszunahme in der Region 1972 um 1%

Die Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg während der vergangenen Jahre entspricht in der Tendenz derjenigen anderer Verdichtungsgebiete in der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist gekennzeichnet durch starke Zunahmen im Umland, vor allem durch Wanderungen aus dem Zentralbereich der Region: die mit wachsendem Abstand zur Innenstadt steigenden

Wohnqualitäten hinsichtlich der Freizeitwerte, aber auch die günstigeren Preise verursachten, daß 40,5% der im Jahre 1972 aus Hamburg fortgezogenen Personen – insgesamt 33 400 – im Hamburger Umland einen neuen Wohnsitz gefunden haben (Schaubild 12). Dagegen kamen von den 77 600 im gleichen Zeitraum in Hamburg zugezogenen Personen 17 300 Personen, d. s. 22,3%, aus dem Umland. Der größere Teil der in Hamburg Zuziehenden kommt aus anderen Gebieten der Bundesrepublik.

Trotz negativer Bevölkerungsbilanz wächst die Bevölkerungszahl in der Gesamtregion jedoch immer noch ständig; sie stieg 1972 um 11 100 Personen, so daß in dem Raum Hamburg mit 6 Umlandkreisen jetzt 2 819 900 Menschen wohnen. Es ist allerdings bereits abzusehen, wann diese positive Entwicklung stagnieren wird. Gegenüber 1971 verringerte sich dieser Zuwachs um 6 700 Personen. Wachsendes Geburtendefizit in der Hansestadt Hamburg, aber auch abnehmender Geburtenüberschuß im Umland sowie abnehmende Wanderungsgewinne der Randkreise lassen dies vermuten. So sind die der 4 nördlichen Randkreise trotz des hohen positiven Saldos mit Hamburg im Jahre 1972 im Vergleich zum Vorjahr bereits um 20% (rd. 3 800 Personen) zurückgegangen. Dabei beruhen die Wanderungsgewinne des Kreises Stormarn z. B. zu mehr als 80% allein auf dem positiven Saldo mit Hamburg. Für den Kreis Pinneberg wäre die Wanderungsbilanz ohne den hohen Überschuß an Zuwanderern aus der Hansestadt 1972 bereits negativ gewesen.

Steigende Wanderungsgewinne – auch gegenüber Hamburg – zeigten allein noch der Kreis HZgt. Lauenburg und der Landkreis Harburg, zwei Kreise, die durch ihre langjährige relativ ungünstige Verkehrsverbindung zu den Hamburger Geschäftszentren – insbesondere zur Innenstadt – erst in diesen Jahren

Tabelle 22

## Bevölkerungsentwicklung in der Region Hamburg 1970 bis 1972

Gebiete	Bestand 31. 12. 1970	Komponenten der Bevölkerungs- entwicklung 1971		Bestand 31. 12. 1971	Komponenten der Bevölkerungs- entwicklung 1972		Bestand 31. 12. 1972	Bevölkerungs- veränderung 31. 12. 72 gegenüber 31. 12. 70.	
		Ge- borenen- bzw. Sterbe- überschuß	Wan- derungs- gewinn/ verlust		Ge- borenen- bzw. Sterbe- überschuß	Wan- derungs- gewinn/ verlust		absolut	%
	Anzahl	Anzahl		Anzahl	Anzahl		Anzahl		
	1	2	3	4	5	6	7		
Krs. Pinneberg <sup>1)</sup> .....	238 188	614	5 297	244 099	182	3 197	247 478	9 290	3,9
Krs. Segeberg .....	168 228	736	6 920	175 884	263	5 890	182 037	13 809	8,2
Krs. Stormarn .....	159 142	110	4 276	163 528	—	138	166 595	7 453	4,7
Krs. Hzgt. Lauenburg .....	143 268	10	2 190	145 468	—	299	147 798	4 530	3,2
<b>4 Randkreise nördlich der Elbe .....</b>	<b>708 826</b>	<b>1 470</b>	<b>18 683</b>	<b>728 979</b>	<b>8</b>	<b>14 921</b>	<b>743 908</b>	<b>35 082</b>	<b>4,9</b>
Krs. Harburg .....	147 828	420	5 886	154 134	—	91	160 328	12 500	8,5
Krs. Stade .....	141 310	304	2 493	144 107	2 993	2 358	149 458	8 148	5,8
<b>2 Randkreise südlich der Elbe .....</b>	<b>289 138</b>	<b>724</b>	<b>8 379</b>	<b>298 241</b>	<b>2 902</b>	<b>8 643</b>	<b>309 786</b>	<b>20 648</b>	<b>7,1</b>
<b>6 Randkreise zusammen ...</b>	<b>997 964</b>	<b>2 194</b>	<b>27 062</b>	<b>1 027 220</b>	<b>2 910</b>	<b>23 564</b>	<b>1 053 694</b>	<b>55 730</b>	<b>5,6</b>
Freie u. Hansestadt Hamburg	1 793 640	—8 263	—3 756	1 781 621	—10 563	—4 844	1 766 214	—27 426	—1,5
<b>Region insgesamt .....</b>	<b>2 791 604</b>	<b>—6 069</b>	<b>23 306</b>	<b>2 808 841</b>	<b>— 7 653</b>	<b>18 720</b>	<b>2 819 908</b>	<b>28 304</b>	<b>1,0</b>

<sup>1)</sup> ohne Helgoland

den Entwicklungsvorsprung der übrigen Umlandkreise teilweise nachholen können.

Den größten Bevölkerungszuwachs zwischen 1970 und 1972 verzeichnete absolut immer noch der vor allem mit Norderstedt sehr verkehrsgünstige Kreis Sege-

berg; die stärkste relative Entwicklung fand dagegen im Landkreis Harburg statt — ein Gebiet, von dem aus, wie oben angedeutet, mit der Fertigstellung der Westtangente und mit dem Bau der S-Bahn nach Harburg und Neugraben die Hamburger Innenstadt bald gut erreichbar sein wird.

# Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
<b>Meteorologische Beobachtungen</b>							
Mittelwerte <sup>1)</sup>							
Luftdruck	mm <sup>2)</sup>	759,7	763,0	764,9	761,8	777,4	765,5
Lufttemperatur	°C	8,6	9,1	18,3	14,9	8,7	8,9
Relative Luftfeuchtigkeit	%	79	78	65	78	83	87
Windstärke	Meßzahl <sup>3)</sup>	3	3	3	3	3	2,7
Bewölkung	" <sup>4)</sup>	7	6	4	5	6	4,2
Summenwerte <sup>5)</sup>							
Niederschlagshöhe	mm	981	654	40	57	68	24
Sonnenscheindauer	Std.	1 471	1 524	265	143	97	154
Tage ohne Sonnenschein	Anzahl	90	89	1	4	11	6
Tage mit Niederschlägen	"	256	201	12	18	17	9
<b>Bevölkerung</b>							
<b>1. Bevölkerungsgestand (Monatsende) <sup>6)</sup></b>							
Bezirk Hamburg-Mitte	1 000	287,6	244,8	...	...	...	244,5
- Altona	"	264,3	256,4	...	...	...	255,2
- Eimsbüttel	"	264,6	253,9	...	...	...	253,3
- Hamburg-Nord	"	401,3	344,5	...	...	...	341,8
- Wandsbek	"	357,5	375,0	...	...	...	376,1
- Bergedorf	"	82,6	94,6	...	...	...	94,6
- Harburg	"	199,0	204,7	...	...	...	204,2
Hamburg insgesamt	"	1 856,9	1 773,9	...	...	...	1 769,7
dav. männlich	"	861,9	820,7	...	...	...	819,1
weiblich	"	995,0	953,2	...	...	...	950,6
dar. Ausländer <sup>7)</sup>	"	49,8	114,7	123,8	124,7 r	125,7	115,7
<b>2. Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>							
Eheschließungen <sup>8)</sup>	Anzahl	1 510	1 019	1 263 r	820 p	849 p	869 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	6,9	...	...	...	5,8 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	2 235	1 269	1 167 r	1 130 p	1 155 p	1 158 r
dar. unehelich	"	143	113	115	110 p	125 p	136 r
Lebendgeborene von ortsansässigen Müttern	"	14,4	8,6	...	...	...	7,7 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	6,4	8,9	9,9 r	9,7 p	10,7 p	11,8 r
Unehelich Geborene in % der Geborenen	%	6,4	8,9	9,9 r	9,7 p	10,7 p	11,8 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 112	2 149	1 597 r	2 130 p	2 230 p	2 071 r
dar. im ersten Lebensjahr	"	39	25	18 r	30 p	35 p	22 r
Gestorb. Ortsansässige (ohne Totgeborene)	"	13,6	14,5	...	...	...	13,8 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	17,2	19,2	15,4 r	26,5 p	30,3 p	19,0 r
dar. im ersten Lebensjahr je 1000 Lebendgeborene <sup>9)</sup>	"	17,2	19,2	15,4 r	26,5 p	30,3 p	19,0 r
Geborenen- (+) / Gestorbenenüberschuß (-)	"	+ 123	- 880	- 430 r	- 1 000 p	- 1 075 p	- 913 r
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	+ 0,8	- 6,0	...	...	...	6,1
<b>3. Wanderungen</b>							
Zugezogene Personen	Anzahl	6 174	6 466	...	...	...	7 972
über die Landesgrenze Hamburgs	"	6 553	6 870	...	...	...	7 806
Fortgezogene Personen	"	379	404	...	...	...	166
über die Landesgrenze Hamburgs	"	37	144	...	...	...	238
Wanderungsgewinn (+) -verlust (-)	"	342	260	...	...	...	72
dav. männlich	"	...	...	...	...	...	...
weiblich	"	...	...	...	...	...	...
Umgezogene Personen innerhalb Hamburgs (Binnenwanderung)	"	14 729	14 428	14 097	13 110	...	16 950
Nach Gebieten							
a) Zugezogene aus	"	1 542	1 695	...	...	...	1 991
Schleswig-Holstein	"	835	1 092	...	...	...	1 192
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 091	1 041	...	...	...	1 288
Niedersachsen	"	272	351	...	...	...	423
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	...	...	...	...	...	...
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 006	1 629	...	...	...	1 988
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	1 535	2 101	...	...	...	2 705
b) Fortgezogene nach	"	2 351	2 581	...	...	...	2 988
Schleswig-Holstein	"	1 620	1 960	...	...	...	2 311
dar. angrenzende Kreise <sup>10)</sup>	"	1 268	1 564	...	...	...	1 807
Niedersachsen	"	525	830	...	...	...	972
dar. angrenzende Kreise <sup>11)</sup>	"	...	...	...	...	...	...
Übrige Bundesländer einschl. Berlin (West)	"	2 167	1 744	...	...	...	2 214
Ausland und Sonstige <sup>12)</sup>	"	767	981	...	...	...	797

<sup>1)</sup> errechnet auf Grund täglich dreimaliger Beobachtung. - <sup>2)</sup> reduziert auf 0° C, Normalschwere und Meeresspiegel. - <sup>3)</sup> Windstärken: 1. bis 12 nach der Beaufortskala - <sup>4)</sup> Bewölkungsgrade: 0 bis 8 (0 = wolkenlos, 8 = ganz bedeckt). - <sup>5)</sup> an Stelle der Monatsdurchschnitte Jahreswerte. - <sup>6)</sup> Fortschreibung des Ergebnisses der Volkszählung vom 27. 5. 1970 - <sup>7)</sup> Nach den Angaben des Einwohner-Zentralamtes. - <sup>8)</sup> nach dem Ereignisort. - <sup>9)</sup> unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - <sup>10)</sup> Landkreise Plönberg, Stormarn, Segeberg und Herzogtum Lauenburg. - <sup>11)</sup> Landkreise Harburg und Stade. - <sup>12)</sup> Hierzu gehören: DDR, Berlin (Ost) und Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z. Z. unter fremder Verwaltung, Ausland und unbekannt.



## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
<b>Gesundheitswesen</b>							
<b>Krankenhäuser in Hamburg</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	11 749	11 294	11 116	11 108	11 019	11 340
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		273 169	260 924	241 639	246 316	274 028	271 149
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	79,8	75,8	79,0	85,8	82,5
b) Gemeinnützige Krankenhäuser	Anzahl	4 573	4 740	4 847	4 847	4 847	4 690
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		123 729	127 459	123 968	125 335	134 967	131 783
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	89,1	87,5	83,3	86,1	89,8	90,1
c) Private Krankenhäuser	Anzahl	745	798	797	797	797	803
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		19 012	20 860	18 582	19 764	21 965	23 614
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,8	85,0	76,6	84,2	89,6	94,3
<b>Hamburgische Krankenhäuser außerhalb Hamburgs</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser	Anzahl	885	820	820	820	820	820
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		21 274	19 998	20 929	21 527	22 246	20 285
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	81,7	79,9	83,6	87,5	87,5	79,8
b) Tbc-Hellstätten	Anzahl	1 084	761	761	761	761	761
Bettenbestand <sup>1)</sup> <sup>2)</sup>		25 626	17 462	16 710	15 582	17 048	17 557
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	85,0	81,8	79,5	75,9	61,4	60,8
<b>Krankenhäuser für Geistes Kranke</b>							
a) Öffentliche Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 743	1 741	1 739	1 739	1 739	1 739
Bettenbestand <sup>1)</sup>		48 245	43 686	44 724	43 601	44 982	43 157
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	91,4	86,2	88,2	88,7	88,8	86,0
b) Gemeinnützige Krankenhäuser in Hamburg	Anzahl	1 275	1 291	1 287	1 287	1 287	1 289
Bettenbestand <sup>1)</sup>		38 084	38 605	39 045	37 686	39 457	39 210
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	98,2	97,8	99,7	98,1	98,9	98,1
c) Krankenhäuser außerhalb Hamburgs	Anzahl	1 476	1 420	1 312	1 312	1 312	1 422
Bettenbestand <sup>1)</sup>		43 630	41 731	42 158	40 736	42 001	42 622
Pflegetage							
Bettenausnutzung <sup>3)</sup>	%	97,1	95,0	98,4	98,2	98,4	95,7
<b>Kulturpflege</b>							
<b>1. Rundfunk und Fernsehen <sup>4)</sup></b>							
Tonrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	1 000	667,8	688,8	694,6	693,1	693,2	688,6
Fernsehrundfunkteilnehmer <sup>1)</sup>	"	456,8	625,0	630,7	630,6	630,7	626,1
<b>2. Öffentliche Bücherhallen (einschl. Musikbücherei)</b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	348 686	462 919	514 962	525 292	610 860	543 663
Ausgeliehene Noten	"	3 241	6 242	7 454	5 211	8 099	6 596
<b>3. Wissenschaftliche Büchereien <sup>1)</sup></b>							
Ausgeliehene Bände	Anzahl	26 113	38 398	37 194	37 821	43 048	40 320
Benutzer der Lesesäle	"	10 485	13 998	13 130	12 482	15 842	14 058
<b>4. Besucher der Museen und Schausammlungen</b>							
Anzahl		43 961	60 227	63 134	63 948	72 408	65 231
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>							
<b>Soziale Krankenversicherung <sup>4)</sup></b>							
Mitglieder	1 000	677,8	687,0	681,1	681,8	681,0	684,9
dav. Pflichtmitglieder	"	431,4	404,7	398,4	398,9	397,6	402,7
Freiwillige Mitglieder	"	70,9	48,3	46,2	46,1	46,0	47,8
Rentner	"	175,5	234,0	236,5	236,8	237,4	234,4
Krankenstand der Pflichtmitglieder	"	26,7	24,5	24,0	25,6	28,6	22,5
dav. männlich	"	17,9	16,8	16,6	17,5	19,3	15,5
weiblich	"	8,8	7,7	7,4	8,1	9,2	7,0

<sup>1)</sup> am Monatsende, — <sup>2)</sup> ohne Säuglingsbetten, — <sup>3)</sup> ohne gesperrte Betten, — <sup>4)</sup> ab Januar 1971 nur noch gebührenpflichtige Teilnehmer, — <sup>5)</sup> Staats- und Universitäts-Bibliothek, Commerzbibliothek und HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg (HWWA ohne Ausleihe), — <sup>6)</sup> nur Ortskrankenkasse, Betriebskrankenkassen, Innungskrankenkasse.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
<b>Erwerbstätigkeit</b>							
<b>1. Arbeitslose</b>							
Arbeitslose	Anzahl	3 410	4 532	4 705	4 590	5 596	4 717
dav. männlich	"	2 318	2 528	2 473	2 323	2 793	2 617
weiblich	"	1 092	2 004	2 232	2 267	2 803	2 100
nach ausgewählten Berufsgruppen							
Bauberufe	"	95	60	38	34	80	26
Metallerzeuger und -bearbeiter	"	51	45	44	39	53	34
Schlosser, Mechaniker u. zugeordnete Berufe	"	95	116	122	107	124	91
Elektriker	"	24	28	18	18	26	42
Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter	"	55	54	68	63	56	58
Tischler, Modellbauer	"	24	18	21	14	20	28
Drucker	"	44	48	55	48	70	36
Lederhersteller, Leder- u. Fellverarbeiter	"	7	22	21	20	20	13
Ernährungsberufe	"	75	92	80	82	113	92
Warenprüfer, Versandfertigmacher	"	132	143	152	159	181	144
Ingenieure, Chemiker, Physiker	"	81	114	142	118	154	130
Mathematiker	"	368	421	498	502	609	431
Warenkaufleute	"	313	252	216	162	206	288
Verkehrsberufe	"	849	982	1 203	1 151	1 489	1 226
Organisations-, Verwaltungs- u. Büroberufe	"	177	254	292	298	274	260
Künstler und zugeordnete Berufe	"						
<b>2. Offene Stellen und Vermittlungen</b>							
Offene Stellen	Anzahl	25 827	18 716	21 395	21 083	19 151	18 042
dav. männlich	"	13 014	9 643	12 416	12 272	11 112	9 880
weiblich	"	12 813	9 073	8 979	8 811	8 039	8 162
Stellenvermittlung in Beschäftigung über 7 Tage <sup>1)</sup>							
dav. männlich	"	5 841	5 654	5 760	5 665	5 920	5 830
weiblich	"	4 134	4 025	4 086	3 959	4 238	4 007
dav. männlich	"	1 707	1 629	1 684	1 706	1 682	1 823
Stellenvermittlung in Beschäftigung bis zu 7 Tagen							
dav. männlich	"	10 527	5 435	5 620	4 916	4 927	5 228
weiblich	"	9 955	4 568	4 831	3 960	4 172	4 409
dav. männlich	"	572	867	789	956	755	819
Arbeitsuchende am Monatsende <sup>2)</sup>							
dav. männlich	"	8 299	11 472	10 855	11 321	12 486	11 747
weiblich	"	5 512	5 810	5 530	5 639	6 029	5 951
dav. männlich	"	2 787	5 662	5 325	5 662	6 457	5 796
<b>3. Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer</b>							
männlich	"	16 703	45 787				
weiblich	"	5 157	18 618				
<b>Landwirtschaft und Fischerei</b>							
<b>1. Milcherzeugung</b>							
Kuhmilcherzeugung	t	2 104	1 437	1 238	1 053	1 180	1 087
dar. an Molkereien geliefert	%	86,0	94,0	93,8	88,7	85,3	93,0
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,5	10,6	8,7	7,7	8,3	8,0
<b>2. Trinkmilchabsatz durch Molkereien</b>							
Vollmilch	t	10 011	10 501	11 169	10 462	...	10 927
dav. lose	"	3 626	1 925	1 585	1 430	...	1 832
in Flaschen	"		142			...	
in verlorenen Packungen	"	6 482	8 434	8 025	7 382	...	8 523
mit abweich. Fettgehalt	"		148	531	534	...	155
dar.: „Fettarme Trinkmilch“ (Frischmilch = 1,5 %)	"			156	151	...	
Ultra-hocherhitzte Milch	"		391			...	
Entrahmte Milch und Buttermilch	"	382	516	940	541	...	369
<b>3. Zufuhr an Lebendvieh zum Viehmarkt (Inlandtiere)</b>							
Rinder	1 000 St.	7,8	7,2	7,5	9,4	13,4	8,0
Kälber	"	2,6	1,3	1,1	0,9	0,9	0,9
Schweine	"	47,0	35,1	28,4	26,5	32,6	37,8
Schafe	"	2,7	0,8	0,6	0,7	0,9	0,9
<b>4. Schlachtungen von Inlandtieren</b>							
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	6,4	6,4	6,5	8,1	8,1	6,6
Kälber	"	2,5	1,2	1,0	0,9	0,9	0,9
Schweine <sup>3)</sup>	"	49,6	36,1	28,6	26,9	26,9	38,5
Schlachtungsmengen aus gewerblichen Schlachtungen <sup>4)</sup>							
dar. Rinder (ohne Kälber)	"	6 229	5 355	4 603	5 033	5 033	5 714
Kälber	t	1 595	1 701	1 752	2 217	2 217	1 787
Schweine	"	187	114	91	77	77	85
Schweine	"	4 318	3 511	2 738	2 710	2 710	3 811

<sup>1)</sup> durch das Arbeitsamt vermittelte Arbeitskräfte. — <sup>2)</sup> Arbeitslose einschließlich derjenigen Personen, die, ohne arbeitslos zu sein, eine Beschäftigung aufnehmen wollen. — <sup>3)</sup> gewerbliche und Hausschlachtungen. — <sup>4)</sup> einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
<b>Industrie, Handwerk und öffentliche Energieversorgung</b>							
<b>Industrie <sup>1)</sup></b>							
Zahl der berichtenden Betriebe (technische Einheiten)	Anzahl	1 704	1 413	1 363	1 362	...	1 408
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	219	198	194	193	...	196
dar. Arbeiter <sup>2)</sup>	"	152	123	119	118	...	122
Geleistete Arbeiterstunden <sup>3)</sup>	1 000	24 859	18 971	17 266	17 624	...	19 737
Löhne (Bruttosumme)	Mio DM	119	154	204	190	...	186
Gehälter (Bruttosumme)	"	75	183	163	164	...	145
Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>4)</sup>	14	4	5	3	...	5
Gasverbrauch ohne Erdgas	1 000 cbm	6 418	2 711	2 145	2 157	...	2 647
Erdgasverbrauch (Ho = 4 300 kcal/cbm) <sup>5)</sup>	1 000 cbm	"	48 231	50 722	41 955	...	56 750
Heizölverbrauch	1 000 t	69	61	44	48	...	62
Stromverbrauch	Mio kWh	112	172	183	180	...	184
Stromerzeugung (gesamte industrielle Erzeugung)	"	16	13	11	12	...	13
Umsatz <sup>6)</sup>	Mio DM	1 304	1 713	1 849	1 898	...	1 789
dar. Auslandsumsatz <sup>6)</sup>	"	155	247	306	298	...	245
<b>Index der Industriellen Nettoproduktion (arbeitsmäßig)</b>							
Industrie (einschl. Bau- und Energiewirtschaft)	1982 = 100	109,1	123,9	112,0	129,3	129,9 p	127,5
Verarbeitende Industrie	"	109,0	121,9	110,3	128,2	127,6 p	124,8
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	"	108,9	135,6	132,3	148,7	148,3 p	146,6
Investitionsgüterindustrie	"	110,0	126,7	98,3	129,3	126,5 p	128,9
Verbrauchsgüterindustrie	"	111,3	107,0	95,1	115,4	108,7 p	106,7
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	"	107,3	106,2	100,0	106,7	110,2 p	101,0
Bauindustrie	"	103,7	131,9	121,1	140,6 r	137,3 p	145,7
Umsatz <sup>6)</sup> nach Industriegruppen insgesamt	Mio DM	1 304	1 713	1 849	1 898	...	1 789
dar. Mineralölverarbeitung	"	215	280	352	325	...	318
Chemische Industrie	"	101	155	158	178	...	157
Elektroindustrie	"	143	223	213	268	...	232
Maschinenbau	"	83	136	128	157	...	144
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>							
Wasserförderung	Mio cbm	11	13	14	13	14	13
Stromerzeugung (brutto)	Mio kWh	451	608	549	548	675	645
Gaserzeugung (brutto)	Mio cbm	59	58	48	44	54	55
<b>Vj.-Durchschnitt <sup>7)</sup></b>							
		1965	1972	3. Vj. 1972	4. Vj. 1972	1. Vj. 1973	1. Vj. 1972
<b>Handwerk (Meßziffern) <sup>8)</sup></b>							
Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962 = 100	96,5	82,5	82,6	82,0	...	82,6
Umsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	238,8	185,7	181,0	232,3	...	154,6
dar. Handwerksumsatz	Vj.-Ø 1962 = 100	218,5	183,9	180,4	239,0	...	144,9
<b>Monatsdurchschnitt</b>							
		1965	1972	August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>Bauhauptgewerbe <sup>9)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	49 151	44 189	43 878	43 394	...	44 066
dar. Inhaber	"	1 365	1 256	1 190	1 207	...	1 187
Angestellte	"	4 684	5 898	6 272	6 238	...	5 891
Arbeiter <sup>10)</sup>	"	43 102	37 035	36 416	35 949	...	36 988
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 828	6 109	5 790	5 869	...	6 784
dav. für Wohnungsbauten	"	2 218	2 030	1 663	1 665	...	2 168
gewerbl. und Industr. Bauten	"	1 673	2 064	2 000	2 046	...	2 409
öffentliche und Verkehrsbauten	"	2 939	2 015	2 127	2 158	...	2 207
Löhne (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	Mio DM	48,3	78,9	86,1	83,8	...	86,6
Gehälter (Bruttosumme) <sup>11)</sup>	"	5,9	14,3	15,5	15,0	...	13,1
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	126,2	220,3	211,3	245,1	...	210,5
dav. im Wohnungsbau	"	42,2	73,1	66,8	58,3	...	53,8
gewerbl. und Industr. Bau	"	31,0	73,8	83,8	89,9	...	84,2
öffentlichen und Verkehrsbau	"	53,0	73,4	60,7	96,9	...	72,5
<b>Baugenehmigungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- u. Wiederaufbau)	Anzahl	269	175	238	157	135	247
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser	"	"	94	120	77	71	112
Umbauter Raum	1 000 cbm	440	440	525	391	291	728
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	84,5	113,0	80,0	57,3	148,8
Wohnfläche	1 000 qm	95	93	112	83	58	157
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	94	65	62	61	64	62
Umbauter Raum	1 000 cbm	359	604	418	320	676	491
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	34,5	105,6	64,1	27,7	90,7	67,9
Nutzfläche	1 000 qm	73	107	86	48	86	83
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 388	1 253	1 643	1 078	749	2 056

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - <sup>3)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>4)</sup> eine t Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts; = 3 t Rohbraunkohle. - <sup>5)</sup> bis Dezember 1969 Effektivmengen, d. h. ohne Umrechnung; ab Januar 1970 umgerechnet auf Ho = 4 300 kcal/cbm. - <sup>6)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren, ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer; mit den entsprechenden Angaben im Zahlenspiegel bis einschließlich August-Haft 1969 nicht vergleichbar. - <sup>7)</sup> bei Beschäftigten: Jahresdurchschnitt, errechnet aus den Werten jeweils am Ende eines Vierteljahres. - <sup>8)</sup> ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - <sup>9)</sup> nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet. - <sup>10)</sup> einschließlich Umschüler und Lehrlinge. - <sup>11)</sup> ab Januar 1969 einschließlich Arbeitgeberzulagen gemäß Vermögensbildungstarifverträgen.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
<b>Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>							
<b>3. Baubeginne</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	261	158	200	179	198	219
Umbauter Raum	1 000 cbm	386	423	505	410	517	569
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	45,4	80,0	103,7	85,2	91,5	110,8
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	82	62	47	66	80	52
Umbauter Raum	1 000 cbm	340	636	255	341	790	447
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,7	100,1	61,4	39,1	103,6	-64,2
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 140	1 237	1 438	1 101	1 397	1 573
<b>4. Baufertigstellungen</b>							
<b>Wohnbauten</b>							
Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	318	176	100	178	176	149
dar. Ein- und Zweifamilienhäuser		197	92	56	89	81	106
Umbauter Raum	1 000 cbm	458	425	195	430	446	299
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	53,0	67,7	37,2	84,9	89,3	50,8
Wohnfläche	1 000 qm	96	89	39	88	98	59
<b>Nichtwohnbauten</b>							
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	86	66	31	56	68	53
Umbauter Raum	1 000 cbm	338	435	113	247	461	250
Veranschlagte reine Baukosten	Mio DM	31,9	53,3	22,4	37,0	75,5	39,6
Nutzfläche	1 000 qm	69	80	31	62	95	56
<b>Wohnungen</b>							
Wohnungen insges. *) (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 438	1 238	503	1 391	1 385	777
dar. mit öffentl. Mitteln gefördert		968	655	218	654	504	208
<b>5. Bauüberhang (am Ende des Berichtszeitraumes *)</b>							
Im Bau befindliche Wohnungen	Anzahl	17 696	15 651	17 900	17 700	17 700	20 400
Genehmigte, aber noch nicht begonnene Wohnungen		7 136	2 922	5 200	5 200	4 500	4 300
<b>6. Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen *)</b>							
Bestand an Wohngebäuden	1 000	172	187	187	188	188	186
Wohnungen		636	724	728	730	731	717
Wohnräume über 6 qm (einschl. Küchen)		2 322	2 705	2 721	2 725	2 730	2 677
<b>Handel, Gastgewerbe und Fremdenverkehr</b>							
<b>1. Umsatz-Meßzahlen des Einzelhandels</b>							
Einzelhandel	1962 = 100	119	202	182	193	...	228
dar. Warenhäuser		130	292	268	261	...	294
Facheinzelhandel		120	165	148	151	...	170
<b>2. Umsatz-Meßzahlen des Groß- und Außenhandels *)</b>							
Groß- und Außenhandel	1970 = 100	...	...	...	...	...	...
dav. Unternehmen des Außenhandels		...	...	...	...	...	...
Unternehmen des Binnengroßhandels		...	...	...	...	...	...
<b>3. Handel mit Berlin (West) *)</b>							
Bezüge Hamburgs	1 000 DM	111 990	...	...	...	...	...
Lieferungen Hamburgs		140 188	...	...	...	...	...
<b>4. * Die Ausfuhr des Landes Hamburg *) *)</b>							
Mio DM		212	329	380	411	...	483
dav. Waren der							
Ernährungswirtschaft		17	33	65	70	...	42
Gewerblichen Wirtschaft		195	296	315	341	...	441
dav. Rohstoffe							
Halbwaren		2	2	3	3	...	2
Fertigwaren		50	58	88	65	...	68
dav. Vorerzeugnisse							
Enderzeugnisse		143	236	224	273	...	371
		9	21	27	34	...	29
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchs-							
ländern		134	215	197	240	...	342
Europa							
dar. EWG-Länder		152	237	290	275	...	357
EFTA-Länder		65	98	177	154	...	119
		67	99	51	57	...	201

\*) ab Januar 1968 ohne Wohnungen, die durch Erweiterungsmaßnahmen o. ä. in der Raumzahl verändert sind. — \*) An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand von 31. 12. angegeben. — \*) Fortschreibung der bei der Gebäudezählung 1961 bzw. 1968 ermittelten Gebäude und Wohnungen (Begriffserläuterungen siehe März-Heft 1963, S. 58/59). An Stelle des Monatsdurchschnitts wird der Stand vom 31. 12. angegeben. — \*) Werte ohne jeweilige Umsatzsteuer. — \*) Ab Januar 1972 können Angaben für den Handel mit Berlin (West) nicht mehr geliefert werden. — \*) Quelle: Statistisches Bundesamt. — \*) Nachgewiesen werden die Waren, die in Hamburg hergestellt oder zuletzt wirtschaftlich sinnvoll so bearbeitet worden sind, daß sich ihre Beschaffenheit wesentlich verändert hat.

### Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
<b>Handel, Gastgewerbe u. Fremdenverkehr</b>							
<b>Umsatz-Meßzahlen des Gastgewerbes</b>							
Gastgewerbe	1962 = 100	111	..	..	..	..	..
dav. Beherbergungsgewerbe	"	125	..	..	..	..	..
Gaststättengewerbe	"	108	..	..	..	..	..
<b>Fremdenverkehr<sup>1)</sup></b>							
Fremdenmeldungen	1 000	120	116	144	141	...	130
dar. von Auslandsgästen	"	42	40	53	50	...	44
Fremdenübernachtungen	"	232	223	266	271	...	251
dar. von Auslandsgästen	"	90	75	96	93	...	88
<b>Seeschifffahrt</b>							
<b>Schiffsverkehr über See</b>							
Angekommene Schiffe	Anzahl	1 638	1 558	1 742	1 564 r	1 570 s	1 612 r
Abgegangene Schiffe	"	1 739	1 611	1 774	1 596 r	1 600 s	1 662 r
<b>Güterverkehr über See</b>							
dav. Empfang	1 000 t	2 842	3 855	4 206	4 089 r	4 505 p	4 177
dav. Massengut	"	2 229	2 966	3 106	3 038 r	3 253 p	3 213
dar. Mineralöle	"	1 634	2 342	2 471	2 389 r	2 614 p	2 583 r
Kohle	"	988	1 392	1 410	1 192 r	1 446 p	1 521
Getreide	"	192	166	120	..	..	..
Sack- und Stückgut	"	180	259	172	..	..	..
Versand	"	595	624	635	649 r	639 p	630 r
dav. Massengut	"	713	889	1 100	1 051 r	1 252 p	964
Sack- und Stückgut	"	292	398	528	442 r	641 p	409 r
	"	421	491	572	609 r	611 p	555 r
<b>Binnenschifffahrt</b>							
Güterempfang	1 000 t	340	381	416	380	386	451
Güterversand	"	309	424	348	262 r	346	413
<b>Luftverkehr (gewerblicher Verkehr)<sup>2)</sup></b>							
Gelandete Flugzeuge	Anzahl	2 041	3 025	2 779 p	2 444 p	2 234 p	2 999
Gestartete Flugzeuge	"	2 047	3 027	2 779 p	2 444 p	2 234 p	3 003
Angekommene Fluggäste	1 000	70,5	142,9	149,4 p	147,1 p	137,8 p	166,1
Abgereiste Fluggäste	"	71,0	142,9	133,8 p	143,8 p	128,8 p	151,0
Angekommene Fracht	t	578	1 278	1 048 p	1 000 p	1 071 p	1 313
Abgegangene Fracht	"	587	1 059	858 p	807 p	950 p	897
Angekommene Post	"	185	346	322 p	327 p	358 p	375
Abgegangene Post	"	229	369	381 p	361 p	428 p	390
<b>Personenbeförderung im Stadtverkehr<sup>3)</sup></b> (Ausgewählte Verkehrsmittel)							
<b>Beförderte Personen</b>							
Stadtbahn (S-Bahn)	1 000	9 505	11 487	10 622	10 230	...	12 165
Hoch- u. U-Bahn	"	13 705	15 714	14 969	13 888	...	16 461
Straßenbahn	"	9 438	3 948	2 918	2 815	...	4 479
Kraftomnibusse der HHA	"	9 695	13 963	14 775	14 400	...	14 964
Kraftomnibusse der VHH	"	1 873	2 568	2 470	2 456	...	2 808
Private Kraftomnibusse	"	301	278	382	370	...	310
<b>Kraftfahrzeuge</b>							
<b>a) Bestand an Kraftfahrzeugen mit Fahrerlaubnis<sup>4)</sup> (im Verkehr befindlich) dar. Personenkraftwagen<sup>5)</sup> *)</b>							
	1 000	352,2	480,7	495,2	495,1	493,6	479,3
	"	310,8	432,6	444,1	443,8	442,7	431,5
<b>b) Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar. Personenkraftwagen<sup>5)</sup> Lasterkraftwagen</b>							
	Anzahl	5 071	5 944	3 543	4 288	...	5 652
	"	4 632	5 409	3 103	3 729	...	5 052
	"	362	414	347	494	...	629
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>							
<b>Unfälle mit Personenschaden<sup>6)</sup></b>							
Getötete Personen	Anzahl	859	1 064	911	1 069	1 044	1 131
Verletzte Personen	"	26	29	24	21	19	29
	"	1 106	1 428	1 239	1 431	1 358	1 485

<sup>1)</sup> ohne Heime, Jugendherbergen, Massen- und Privatquartiere. — <sup>2)</sup> ohne Transit. — <sup>3)</sup> Ab Januar 1968 wird der Gelegenheitsverkehr insgesamt einbezogen, der Linienverkehr soweit er im Bereich des Hamburger Verkehrsverbundes erbracht wurde. — <sup>4)</sup> Stand: Ende des jeweiligen Berichtsjahres bzw. -monats; ohne Bundesbahn und Bundespost. — <sup>5)</sup> einschließlich Kombinationskraftwagen. — <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. — <sup>7)</sup> Bereinigtes Ergebnis ab August 1972.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
		1965	1972				
<b>Geld und Kredit</b>							
<b>1. Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)</b>							
(Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)							
Kredite an Nichtbanken	Mio DM		31 994,3	38 946,9	39 303,2	38 766,7	32 775,0
dav. Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr einschl.)			10 084,9	10 298,8	10 548,9	10 217,3	10 079,2
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			9 935,1	10 214,8	10 469,8	10 143,2	9 909,5
Mittelfristige Kredite (von über 1 bis unter 4 Jahren) <sup>2)</sup>			4 905,0	5 966,6	5 915,1	5 930,8	5 162,5
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			4 510,4	5 507,0	5 454,6	5 453,2	4 706,7
Langfristige Kredite <sup>2)</sup> (von 4 Jahren und darüber)			17 004,4	22 681,5	22 839,2	22 618,6	17 533,3
dar. an Unternehmen und Privatpersonen			15 130,5	20 654,7	20 808,8	20 595,5	15 611,5
dar. Durchlaufende Kredite			668,4	941,6	930,3	705,1	672,8
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken			21 033,4	27 632,4	27 908,8	28 522,6	21 724,5
dav. Sicht- und Termingelder dar. von Unternehmen und Privatpersonen			11 939,4	18 184,8	18 531,4	19 129,2	12 455,7
Spareinlagen		4 069,9	10 492,8	13 199,0	13 600,1	14 138,1	10 887,0
dar. bei Sparkassen		2 792,9	9 094,0	9 447,6	9 377,4	9 393,4	9 268,8
Gutschriften auf Sparkonten (ohne Zinsen)		244,3	5 970,0	6 213,2	6 187,3	6 185,6	6 041,3
Lastschriften auf Sparkonten		203,9	538,9	503,2	428,5	528,5	496,6
Zinsgutschriften		12,9	492,3	546,9	477,9	517,0	448,6
			36,5	2,7	2,9	4,5	2,2
<b>2. Konkurse und Vergleichsverfahren</b>	Anzahl	17	19	14	13	28	19
<b>3. Wechselproteste</b>	Anzahl	1 044	686	633	592	722	725
Betrag	1 000 DM	1 314	2 159	3 538	2 475	3 608	2 579
<b>4. Mahn- und Offenbarungseidverfahren / eidesstattliche Versicherungen <sup>3)</sup></b>	Anzahl	20 563	24 087	24 497	24 102	30 184	26 834
Anträge auf Erlaß eines Zahlungsbefehls Anträge auf Abnahme des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung Haftbefehle zur Erzwingung des Offenbarungseides / der eidesstattlichen Versicherung		3 058	3 191	3 467	3 306	3 792	3 301
Geleistete Offenbarungseide / eidesstattliche Versicherungen		1 196	1 435	1 752	1 451	1 785	1 720
		353	464	508	478	503	455
<b>5. Kapitalgesellschaften mit Hauptsitz Hamburg <sup>4)</sup></b>	Anzahl	162	154	158	158	158	154
Aktiengesellschaften	Mio DM	3 975	5 552	5 917	5 943	5 949	5 717
Grundkapital	Anzahl	3 877	5 651	6 163	6 174	6 219	5 710
Gesellschaften m.b.H. Stammkapital	Mio DM	2 962	5 092	5 398	5 517	5 555	5 045
<b>Steuern</b>							
<b>1.* Gemeinschaftssteuern</b>	1 000 DM		695 816	672 940	1 009 438	685 906	607 824
dav. Steuern vom Einkommen		200 385	403 928	391 681	666 373	355 530	317 702
dav. Lohnsteuer		89 007	253 391	285 952	275 874	293 268	252 614
Veranlagte Einkommensteuer		64 393	86 357	51 819	230 050	39 543	25 347
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag		10 279	21 053	48 094	1 661	20 060	7 251
Körperschaftsteuer		38 706	43 128	5 816	158 789	2 658	32 490
Steuern vom Umsatz			291 987	281 259	343 065	330 376	290 122
dav. Umsatzsteuer		82 827	174 698	172 461	192 490	202 904	181 834
Einfuhrumsatzsteuer			117 291	108 798	150 576	127 472	108 288
<b>2.* Bundessteuern</b>	1 000 DM	523 065	720 653	915 277	889 591	871 751	758 081
dar. Zölle		45 078	57 880	54 012	54 437	56 779	67 019
Verbrauchssteuern		358 150	639 003	837 189	802 732	794 472	673 588
dar. Mineralölsteuer		261 342	538 007	722 654	683 292	687 397	578 806
<b>3.* Landessteuern</b>	1 000 DM	35 517	42 442	70 836	21 150	28 563	23 120
dar. Vermögensteuer		11 355	16 502	46 374	1 084	2 967	876
Kraftfahrzeugsteuer		7 992	12 130	10 972	8 972	12 419	10 807
Biersteuer		2 430	3 327	3 459	3 619	2 941	3 114
<b>4.* Gemeindesteuern</b>	1 000 DM	46 355	80 717	217 352	— 4 777	58 575	44 281
dar. Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital		34 764	58 771	195 151	— 8 489	18 989	5 182
Grundsteuer A		73	91	114	13	11	16
Grundsteuer B		5 134	9 106	18 142	2 495	1 226	1 484
<b>5.* Einnahmen des Bundes</b>	1 000 DM	601 215	1 100 877	1 306 728	1 412 088	1 242 512	1 086 055
<b>6.* Einnahmen des Landes (ohne Einnahmen aus Gemeindesteuern)</b>	1 000 DM	157 752	242 489	455 741	326 413	193 268	150 646
dar. Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>5)</sup>		122 235	153 387	172 223	297 772	154 468	56 480
Anteil an den Steuern vom Umsatz			35 415	176 282	7 491	10 236	71 046
Anteil an der Gewerbesteuerumlage			11 245	36 400	—	—	—
Außerdem:							
Einnahmen aus Gemeindesteuern <sup>6)</sup>		46 355	58 227	144 551	— 4 777	58 575	44 281
Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer <sup>7)</sup>			40 968	47 298	70 829	46 594	17 875
Einnahmen des Landes insgesamt			341 681	647 591	392 465	298 437	212 803

Abweichungen in den Summen durch Runden der Einzelangaben.

<sup>1)</sup> ohne Landeszentralbank, Postsparkassen, Postscheckämter sowie ländliche Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 unter 5 Mio DM lag einschließlich aller im Bereich der Landeszentralbank gelegenen Niederlassungen auswärtiger Kreditinstitute. Infolge Umgestaltung mit Angaben bis 1968 nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> einschließlich durchlaufender Kredite. — <sup>3)</sup> Ab 1. Juli 1970 ist an Stelle des Offenbarungseides die eidesstattliche Versicherung getreten. — <sup>4)</sup> ohne RM-Gesellschaften. — <sup>5)</sup> nach Zerlegung. — <sup>6)</sup> Nach Abzug der Erstattungen an nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. — <sup>7)</sup> nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

## Zahlenspiegel

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatsdurchschnitt		Februar 1973	Mai 1973	August 1973	August 1972
		1965	1972				
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>							
<b>Leistungen am Gebäude (reine Baukosten)</b>							
Wohngebäude	1962 = 100	113,1	182,9	190,2	200,0	202,0	185,3
Mehrfamiliengebäude	"	113,3	183,2	190,9	200,8	203,3	185,6
Ehrentafelgebäude	"	113,0	182,7	189,6	199,2	200,8	185,1
Mischgenutzte Gebäude	"	112,8	182,3	189,2	198,6	200,5	184,5
Industriegebäude	"	112,2	180,1	186,9	195,8	196,3	182,3
Werbliche Betriebsgebäude	"	112,4	180,7	185,8	193,2	194,9	182,6
				Oktober 1972	Januar 1973	April 1973	April 1972
<b>Löhne und Gehälter<sup>1)</sup></b>							
<b>Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Bruttowochenverdienste							
männliche Arbeiter	DM	232	394	404	412	427	388
weibliche Arbeiter	"	140	245	249	257	265	241
Bruttostundenverdienste							
männliche Arbeiter	"	5,10	8,90	9,09	9,41	9,63	8,72
weibliche Arbeiter	"	3,32	5,97	6,07	6,20	6,39	5,87
Bezahlte Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	Std.	45,5	44,2	44,4	43,8	44,4	44,5
weibliche Arbeiter	"	42,2	41,0	41,0	41,5	41,5	41,1
Geleistete Wochenarbeitszeit							
männliche Arbeiter	"	41,4	39,0	40,1			
weibliche Arbeiter	"	37,2	36,0	37,2			
<b>Angestellte, Bruttomonatsverdienste</b>							
<b>In Industrie und Hoch- und Tiefbau</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	DM	1 098	1 905	1 936	2 077	2 109	1 875
weiblich	"	747	1 381	1 410	1 488	1 515	1 353
Technische Angestellte							
männlich	"	1 182	2 033	2 064	2 158	2 232	1 998
weiblich	"	748	1 374	1 403	1 456	1 490	1 343
<b>In Handel, Kredit und Versicherungen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 043	1 775	1 810	1 883	1 951	1 743
weiblich	"	668	1 254	1 282	1 288	1 339	1 230
<b>In Industrie und Handel<sup>2)</sup> zusammen</b>							
Kaufmännische Angestellte							
männlich	"	1 058	1 808	1 842	1 932	1 989	1 776
weiblich	"	668	1 288	1 314	1 329	1 375	1 261
Technische Angestellte							
männlich	"	1 178	2 024	2 053	2 106	2 175	1 989
weiblich	"	838	1 504	1 533	1 614	1 683	1 463
				August 1973	September 1973	Oktober 1973	Oktober 1972
<b>Öffentliche Ordnung und Sicherheit</b>							
<b>Feuerlösch- und Rettungsdienst</b>							
Feueralarme	Anzahl	288	491	474	...	...	452
dav. falsche Alarme und Unfugmeldungen	"	67	107	105	...	...	122
bekämpfte Brände	"	221	384	369	...	...	330
dav. Großbrände	"	9	16	19	...	...	16
Mittelbrände	"	28	46	45	...	...	33
Kleinbrände	"	98	178	150	...	...	159
Entstehungsbrände	"	80	135	153	...	...	116
Schornsteinbrände	"	6	9	2	...	...	6
Hilfeleistungen aller Art	"		951	931	...	...	750
Rettungswageneinsätze <sup>3)</sup>	"		12 039	12 213	...	...	12 548
dar. Straßen- und Verkehrsunfälle	"	1 156	1 741	1 882	...	...	1 801
Betriebsunfälle	"	544	436	487	...	...	447
Krankenbeförderungen	"		2 882	2 692	...	...	2 903
Gesamtzahl der Alarmierungen	"		13 481	13 618	...	...	13 750
Außerdem:							
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr	"		150	94	...	...	84
<b>Feststellungen der Polizei</b>							
Straftaten insgesamt	Anzahl	8 102	11 440	10 953	9 368	12 980	11 174
dar. Mord und Totschlag einschl. Versuche	"	4	7	4	5	7	14
Sittlichkeitsdelikte	"	214	208	201	178	243	208
Körperverletzung <sup>4)</sup>	"	91	143	179	115	168	94
Raub, räuberische Erpressung	"	41	114	113	86	111	98
Diebstahl ohne erschwerende Umstände	"	3 413	3 774	3 442	2 829	4 071	3 688
Diebstahl unter erschwerenden Umständen	"	1 822	3 628	3 330	3 222	4 282	3 641
Diebstähle zusammen	"	5 235	7 402	6 772	6 051	8 353	7 329
dar. Kraftwagen- und -gebrauchs-							
diebstahl	"	180	273	261	208	299	272
Unterschlagung	"	203	143	166	134	169	155
Begünstigung und Hehlerei	"	85	73	54	59	55	63
Betrug und Untreue	"	722	1 260	1 555	904	1 467	1 203
Brandstiftung	"	33	38	39	23	29	32
Außerdem:							
Verkehrsvergehen <sup>5)</sup>	"	778	1 471	1 291	1 505	1 499	1 579
Verkehrsordnungswidrigkeiten <sup>6)</sup>	"	8 929	28 571	8 520	8 713	11 315	29 160
Andere Ordnungswidrigkeiten	"	423	454	495	638	699	485
Verwarnungen mit Verwarnungsgeld <sup>7)</sup>	"	31 317	30 393	23 049	23 054	30 834	31 918

<sup>1)</sup> Effektivverdienste; ab 1973 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar. — <sup>2)</sup> Handel, Kreditinstitute und Versicherungsge-  
werbe. — <sup>3)</sup> ohne §§ 223 und 230. — <sup>4)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Verkehrsvergehensanzeigen. — <sup>5)</sup> vor dem 1. 1. 1969 Übertretungsanzeigen. — <sup>6)</sup> vor dem 1. 1. 1969 gebüh-  
renpflichtige Verwarnungen und ab 1. 1. 1973 einschl. Anzeigen wegen nicht bezahlter Verwarnungsgelder, die bisher unter „Verkehrsordnungswidrigkeiten“ geführt  
wurden. — <sup>7)</sup> ab 1. 1. 1973 nur noch grobe Verkehrsverstöße, die sofort eine Anzeige nach sich ziehen. — <sup>8)</sup> einschl. Einsätze der freien Hilfsorganisationen, die im  
Auftrag der Feuerwehr gefahren wurden.

# AUSGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN IN HAMBURG UND 10 ANDEREN GROSSSTÄDTEN DES BUNDESGBIETES 1. Vj. 1973 UND 4. Vj. 1972

Großstädte		Bevölkerung					Erwerbstätigkeit			Industrie *)				
		Wohnbevölkerung *)	Lebendgeborene	Gestorbene	Zuzugene Personen	Fortgezogene Personen	Bevölkerungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Arbeitslose *)	Offene Stellen *)	Nichtdeutsche Arbeitnehmer *)	Beschäftigte	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Umsatz *)	Umsatz je 1000 Einwohner
		1000	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	MioDM	1000 DM
Berlin	1. Vj.	2 057 *)	4 340	10 596	19 793	19 573 *)	- 6 036	11 543	16 909		237 436	115	5 491	2 669
	4. Vj.	2 063 *)	4 367	10 138	23 784	27 514 *)	- 9 501	11 292	14 791	82 361	234 898	114	5 472	2 652
Hamburg	1. Vj.	1 762	3 389	6 115	19 457	20 527	- 3 796	5 767	17 594		196 271	111	5 272	2 992
	4. Vj.	1 766	3 435	6 817	20 160	21 022	- 4 051	5 210	15 962	69 455	194 627	110	5 510	3 120
München	1. Vj.	1 338	2 517	3 424	26 624	27 066	- 1 349	4 206 *)	18 543 *)		192 468	144	4 962	3 709
	4. Vj.	1 339	2 410	3 365	29 067	25 466	+ 2 646	3 352	16 032	143 103	191 630	143	5 040	3 764
Köln	1. Vj.	836	1 956	2 731	12 569	13 979	- 2 185	3 867	8 765		135 110	162	3 180	3 803
	4. Vj.	838	2 054	2 569	14 088	14 969	- 1 396	3 845	7 168	63 309	134 076	160	3 369	4 020
Essen	1. Vj.	683	1 436	2 482	5 458	5 855	- 1 443	4 307	6 076		61 399	90	1 066	1 561
	4. Vj.	685	1 414	2 426	6 018	7 002	- 1 996	4 283	4 707		61 597	90	1 138	1 661
Düsseldorf	1. Vj.	642	1 247	2 208	9 728	10 364	- 1 597	2 316	7 532		114 962	179	2 670	4 159
	4. Vj.	644	1 343	2 141	9 757	10 410	- 1 451	2 222	5 935		116 313	181	2 490	3 866
Frankfurt/M.	1. Vj.	677	1 306	2 075	14 587	15 350	- 1 532	3 015	18 417		127 734	189	2 826	4 174
	4. Vj.	678	1 402	2 162	15 430	16 379	- 1 709	3 193	17 245	122 263	127 573	188	2 986	4 404
Dortmund	1. Vj.	639	1 362	2 235	4 985	5 651	- 1 537	4 213	6 068		76 753	120	1 243	1 945
	4. Vj.	641	1 445	2 107	6 011	6 858	- 1 509	4 297	4 820	17 226	75 452	118	1 398	2 181
Stuttgart	1. Vj.	628	1 353	1 661	15 128	13 974	+ 846	828	14 457		148 761	237	4 299	6 846
	4. Vj.	627	1 369	1 729	15 450	16 744	- 1 654	809	14 272		148 354	237	4 243	6 767
Bremen	1. Vj.	589	1 317	1 984	6 855	7 447	- 1 259	3 431	7 345		85 159	145	2 494	4 234
	4. Vj.	590	1 352	1 902	7 568	8 561	- 1 553	3 444	5 963	17 220	83 805	142	2 720	4 610
Hannover	1. Vj.	514	1 051	1 848	8 518	9 423	- 1 702	3 636	10 649		107 975	210	2 419	4 706
	4. Vj.	516	1 086	1 617	9 521	10 030	- 1 040	2 605	9 327	39 383	112 178	217	2 122	4 104

Großstädte		Bauhauptgewerbe			Baugenehmigungen		Baufertigstellungen			Fremdenverkehr *)			Straßenverkehrsunfälle		Steuern	
		Geleitetste Arbeitsstunden	Umsatz *)	Umsatz je 1000 Einwohner	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Wohngebäude	Wohnungen (in Wohn- u. Nichtwohngebäuden)	Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	Fremdenmeldungen	Fremdenmeldungen je 1000 Einwohner	Fremdenübernachtungen	Personenschadensfälle	Verunglückte insgesamt	Gewerbesteuer *)	Lohn- und Einkommensteuer
		1000	Mio DM	1000 DM	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	1000 cbm	1000	Anzahl	1000	Anzahl	Anzahl	1000 DM	1000 DM
Berlin	1. Vj.	13 771	459	223	484	4 299	210	1 037	223	202	98	539	3 231	4 094	144 964	50 324
	4. Vj.	16 842	671	325	544	4 493	1 350	9 860	3 217	249	121	658	3 825	4 837	58 414	62 769
Hamburg	1. Vj.	17 368	490	278	369	2 757	279	1 499	1 031	276	157	542	2 819	3 778	242 769	135 206
	4. Vj.	18 505	914	518	654	4 891	1 159	8 973	2 623	321	182	624	2 876	3 965	90 260	141 320
München	1. Vj.	13 895	547	409	371	4 491	369	4 144	636	435	325	923	1 761	2 485	130 589	90 228
	4. Vj.	23 490	923	689	415	4 452	639	5 512	2 072	495	370	1 043	2 300	3 306	106 361	95 482
Köln	1. Vj.	7 449	230	275	127	1 495	71	948	150	165	197	357	1 244	1 675	67 732	62 987
	4. Vj.	8 657	316	377	248	2 148	340	4 516	1 515	164	186	325	1 339	1 832	109 131	50 552
Essen	1. Vj.	.	.	.	126	1 242	96	685	158	41	60	91	794	1 004	74 316	8 425
	4. Vj.	.	.	.	188	1 359	343	2 107	431	34	50	70	887	1 151	48 098	68 494
Düsseldorf	1. Vj.	7 319	345	537	175	1 813	64	539	1 863	160	249	315	1 128	1 288	128 324	11 359
	4. Vj.	9 024	341	530	152	1 730	370	3 127	750	162	252	316	988	1 331	92 359	47 277
Frankfurt/M.	1. Vj.	9 543	324	479	176	1 186	35	391	63	293	433	555	1 091	1 418	185 487	13 465
	4. Vj.	11 441	578	853	145	1 230	600	4 611	2 935	296	437	535	1 248	1 628	175 662	84 490
Dortmund	1. Vj.	5 418	165	258	222	905	105	613	156	38	59	76	785	1 049	42 085	6 998
	4. Vj.	6 062	227	354	392	2 021	480	1 919	1 202	41	64	79	993	1 301	34 009	56 901
Stuttgart	1. Vj.	8 785	362	576	173	1 128	107	851	140	115	183	269	811	1 182	111 779	8 909
	4. Vj.	11 450	550	877	197	1 191	318	2 165	873	124	198	296	987	1 386	49 175	92 654
Bremen	1. Vj.	.	.	.	246	998	112	331	84	68	115	919	1 390	1 390	56 202	31 340
	4. Vj.	.	.	.	230	1 621	730	3 008	537	78	129	154	1 020	1 248	99 965	40 959
Hannover	1. Vj.	5 193	177	344	129	1 290	61	398	92	87	169	780	1 008	66 377	6 562	
	4. Vj.	6 219	271	525	131	1 005	235	2 133	1 281	92	179	902	1 187	31 874	59 400	

\*) Jeweils Quartalsende. — \*) Betriebe mit i. a. 10 und mehr Beschäftigten. — \*) ohne Mehrwertsteuer. — \*) ohne Privatquartiere, Jugendherbergen und Massenquartiere. — \*) einschließlich eventuell erhobener Lohnsummensteuer. — \*) In den Fortzügen sind die Anmeldungen von Berlinern in Westdeutschland in Nebenwohnungen enthalten, die aber weiterhin in Berlin leben. Hierdurch ergibt sich eine gewisse Untererfassung der Berliner Bevölkerung. — \*) einschließlich Landkreis München



# USGEWÄHLTE BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSZAHLEN FÜR DAS BUNDESGBIET

Sachgebiete	Maßeinheit	Monatendurchschnitt		Juli 1973	August 1973	September 1973	September 1972
		1965	1972				
<b>BEVÖLKERUNG</b>							
Bevölkerung am Monatsende	1 000	59 011,7	61 668,9	...	...	...	61 776,1
Eheschließungen	auf 1 000	8,3	6,7	...	...	...	7,6
Lebendgeborene	Einw. und	17,7	11,3	...	...	...	10,6
Gestorbene	1 Jahr	11,5	11,8	...	...	...	10,9
<b>INDUSTRIE <sup>1)</sup></b>							
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	8 460	8 340	8 379	8 417	...	8 352
Geleistete Arbeiterstunden <sup>2)</sup>	Mio Std.	1 055	934	865	903	...	933
Umsatz <sup>3)</sup> ohne Umsatzsteuer	Mio DM	31 218	49 688	52 111	53 548	...	52 081
dar. Auslandsumsatz	"	4 903	9 950	10 874	10 946	...	10 544
Index der industriellen Nettoproduktion (arbeitsstetig)							
Industrie (einschl. Bau- u. Energiew.)	1962=100	118,2	168,4	158,6	157,1	185,5	168,6
Verarbeitende Industrie	"	119,1	169,0	161,5	159,8	190,1	171,4
Grundst.- u. Produktionsgüterind.	"	124,8	191,3	204,1	204,6	220,4	197,0
Investitionsgüterindustrie	"	117,8	161,9	146,6	139,5	185,5	161,8
Verbrauchsgüterindustrie	"	115,6	163,1	137,6	142,2	175,8	168,9
Nahrungs- und Genussmittelind.	"	115,2	147,5	143,3	143,1	155,3	144,2
Bauindustrie	"	118,9	152,2	152,7	150,0	172,2	169,6
<b>AUWIRTSCHAFT</b>							
Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>	1 000	1 642,6	1 533,0	1 539	...	...	1 575
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)							
Geleistete Arbeitsstunden	Mio Std.	233,3	252,3	209	...	...	233
Umsatz ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	Mio DM	3 098	6 170,1	6 325	...	...	6 576
Baugenehmigungen für Wohnungen	Anzahl	51 898	64 053	65 887	62 152	50 651	68 044
Baufertigstellungen für Wohnungen	"	49 326	55 053	47 481	40 010	49 994	42 039
<b>HANDEL</b>							
Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	124	202	209	199	201	198
Index der Groß- und Außenhandelsumsätze	"	...	111,6	147	...	...	...
<b>VERKEHR</b>							
Seeschifffahrt							
Güterumschlag <sup>5)</sup>	1 000 t	8 835	10 918	...	...	...	10 835
dav. Empfang	"	6 950	8 787	...	...	...	8 585
Versand	"	1 885	2 131	...	...	...	2 250
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	144 927	197 718	187 291	132 401	153 132	169 224
Straßenverkehrsunfälle							
Unfälle mit Personenschaden <sup>6)</sup>	"	26 364	31 550	32 016 r	30 163 p	31 375 p	32 712
Getötete Personen	"	1 313	1 566	1 569 r	1 367 p	1 391 p	1 528
Verletzte Personen	"	36 124	44 020	45 721 r	41 313 p	43 010 p	45 799
<b>STEUERN</b>							
Lohnsteuer	Mio DM	1 395	4 148	5 406	5 021	5 167	4 332
Veranlagte Einkommensteuer	"	1 233	1 928	643	573	5 519	4 663
Körperschaftsteuer	"	681	708	296	326	2 349	1 872
Steuern vom Umsatz <sup>10)</sup>	"	2 018	3 915	4 069	3 810	3 782	3 701
<b>PREISE</b>							
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte <sup>1)</sup>	1962=100	104,0	116,1	124,4	124,9	125,2	117,1
Index der Einfuhrpreise für Auslandsgüter	"	106,3	106,6	122,7	124,4	124,0	107,1
Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	"	104,8	124,5	133,6	134,3	134,9	125,2
Preisindex für Wohngebäude <sup>2)</sup>	"	114,6	174,3	...	189,9	...	...
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>3)</sup>	"	109,0	137,9	148,6	148,6	148,7	140,0
Nahrungs- und Genussmittel	"	109,0	130,2	142,0	140,7	139,8	132,8
Wohnungsmieten	"	118,5	187,9	198,9	199,8	200,5	190,0
<b>LÖHNE IN DER INDUSTRIE</b>							
Bruttostundenverdienste der Männer	DM	4,54	7,89	7,97	8,02	8,37	7,61
Bezahlte Wochenarbeitszeit der Männer	Std.	45,1	43,6	43,8	43,9	43,2	42,6

Quelle: Statistisches Bundesamt.

<sup>1)</sup> Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - <sup>2)</sup> einschließlich Lehrlingsstunden. - <sup>3)</sup> einschließlich Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren. - <sup>4)</sup> hochgerechnete Totalergebnisse. - <sup>5)</sup> Verkehr zwischen deutschen Seehäfen ist doppelt gezählt. - <sup>6)</sup> teilweise auch in Verbindung mit Sachschaden. - <sup>7)</sup> ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. - <sup>8)</sup> Bauleistungen am Gebäude (reine Baukosten). - <sup>9)</sup> 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen. - <sup>10)</sup> ab Juli 1973 einschließlich Investitionsteuer.

